



HANDBUCH

Für Lehrerinnen und Lehrer im Saarland



Sie stehen tagtäglich unter Strom. Bei uns im Fokus!

So gut und günstig sollten
Lehrer versichert sein

Versicherungs-
schutz bis 67
möglich!

**Nutzen Sie unsere attraktiven Sonderkonditionen
in der Dienstunfähigkeits- und Berufsunfähigkeits-
versicherung**

Sicherheit für den Fall der Dienst- oder
Berufsunfähigkeit ist wichtig! Denn
dieses Risiko wird oft unterschätzt.

Wir bieten Ihnen Sonderkonditionen
bei Neuabschluss einer Dienst- oder
Berufsunfähigkeitsversicherung. Damit
sparen Sie über die gesamte Laufzeit
bares Geld!

Lassen Sie sich persönlich beraten
Geschäftsstelle Saarbrücken
Tel. 0681 3037-19891
ralf.brem@huk-coburg.de



Mehr Infos unter
huk.de/beamte



HANDBUCH

für Lehrerinnen und Lehrer im Saarland

GEW

2025 | 11. Auflage

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)
Landesverband Saarland
Mainzer Straße 84
66121 Saarbrücken
Tel.: 0681 66830-0 | Fax: 0681 66830-17

Internet: <http://www.gew.saarland> | E-Mail: info@gew-saarland.de

Redaktion: Willi Schirra

Herstellung: COD Büroservice GmbH
Mainzer Straße 35 | 66111 Saarbrücken
Tel. 0681 39353-51 | Fax 0681 6852301
print@cod.de | www.cod.de

A large, stylized, light pink shape that resembles a thick, slanted letter 'W' or a series of connected 'V' shapes, serving as a background for the text.

GEW

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit der vorliegenden Neuauflage des „Handbuches für Lehrerinnen und Lehrer“ stellt die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Landesverband Saarland, seit Jahren ein praktisches und aktuelles Nachschlagewerk zur Verfügung, das sich seit seinem ersten Erscheinen im Jahr 1988 einer großen Beliebtheit und Nachfrage erfreut. Das „Handbuch“ ist mittlerweile die 12. Auflage unserer bewährten Rechtssammlung, die wir inhaltlich aktualisiert haben.

Die Notwendigkeit einer Neuauflage hat sich durch zahlreiche Veränderungen sowie Neufassungen von Gesetzen, Verordnungen und Richtlinien ergeben. Bemerkenswert dabei ist, dass im Schulbereich insgesamt die Zahl der Veränderungen von Rechtsvorschriften bzw. deren Neufassung zugenommen hat.

Die GEW legt Wert darauf, dass ihre Mitglieder sich in einer Zeit der zunehmenden Verrechtlichung des Schulwesens optimal informieren können, um kompetent und auch streitbar ihre Interessen zu vertreten. Dies gilt insbesondere für unsere Mitglieder in den Personalräten.

Für die Lehrerinnen und Lehrer wird es zunehmend wichtig, ein handliches, gut gegliedertes und leicht lesbares Nachschlagewerk für die Alltagspraxis in der Schule zur Verfügung zu haben. Zu wissen, wo Rechtsfragen umfangreich beantwortet, schnell nachgeschlagen und überprüft werden können, ist oft bedeutsamer als sich lediglich in einem Detail auszukennen. Auch im digitalen Zeitalter ist dieses Nachschlagewerk wegen seiner Übersichtlichkeit sehr gefragt. Selbstverständlich erhalten unsere Mitglieder in besonderen Fällen ergänzend zum Handbuch eine professionelle Rechtsberatung durch unsere Landesrechtsschutzstelle.

Die GEW versteht die Herausgabe des „Handbuches“ als eine spezielle gewerkschaftliche Serviceleistung, die für ihre Mitglieder bestimmt ist. Einmal mehr unterstreichen wir auch hierdurch unsere Kompetenz und führende Rolle in allen die saarländische Lehrerschaft betreffenden Rechtsfragen sowie im Bereich der Informations- und Serviceleistungen für unsere Mitglieder.

Anregungen für Verbesserungen unseres Handbuches sind uns stets willkommen.

Mit freundlichen Grüßen


Max Hewer,
GEW-Landesvorsitzender

Alphabetisches Inhaltsverzeichnis

Arbeitszeit der Lehrer:innen (PflichtstundenVO)	6
Aufsichtspflicht der Lehrkräfte	11
Erlass zur Aufsichtspflicht auf dem Hin- und Rückweg zwischen Schule und Sportübungsstätte.....	19
Ausländische Schüler:innen	20
Beamtengesetz (SBG)	23
Berufsschulen (AO-BS)	73
Berufs- und Studienorientierung	86
Betriebspraktika.....	98
Beurteilung	103
Brände und Katastrophen.....	110
Datenschutz	113
Dienstbefreiung (UrlaubsVO).....	118
Dienstordnung für Lehrer (ADOL)	122
Dienstordnung für Schulleiter (ADOS)	127
Ehrenamtliche Tätigkeit	130
Elternzeitverordnung (EltZV)	131
Elternzeitgesetz (BEEG).....	134
Förderschulen (ZVO-Fös).....	152
Studentafeln.....	164
Ferientermine	170
Gemeinschaftsschulen (Gemeinschaftsschulverordnung – GemSVO).....	173
Studentafel	192
Gemeinschaftsveranstaltung	195
Glatteiserlass	196
Grundschulen (ZVO-GS)	197
Grundschule der Zukunft.....	204
Gymnasien	207
ZVO für das auslaufende achtjährige Gymnasium	207
Studentafel des auslaufenden achtjährigen Gymnasiums	217
Auslaufendes achtjähriges Gymnasium mit bilinguaalem Zug	221
ZVO des neunjährigen Gymnasiums.....	224
Studentafeln des neunjährigen Gymnasiums.....	235
Neunjähriges Gymnasium mit bilinguaalem Zug	245
Studentafel des neunjähriges Gymnasium mit bilinguaalem Zug	248
Gymnasiale Oberstufe (GOS-VO)	249
ÜbergangsVO.....	285
Hausaufgaben über das Wochenende	288
Inklusionsverordnung	289
Rundschreiben.....	299

KlassenbildungsVO	303
Konferenzordnung (AKO)	306
Praktikum an Schulen	307
Lehrerlaufbahnverordnung (SLehrLVO)	309
Leistungsbewertung	313
Leistungsverweigerung durch Schüler:innen	342
Mehrarbeit im Schuldienst	344
Mutterschutzgesetz (MuSchG)	352
Mutterschutzverordnung (MuSchVO)	368
Nichtraucherschutzgesetz	370
Pädagogischer Tag an Schulen	373
Prüfungsordnung	374
Hauptschulabschluss	374
Mittlerer Bildungsabschluss	383
Rechtschreibung	392
Religionsunterricht	393
Schülerförderungsgesetz	395
Ausführung des Schülerförderungsgesetzes	398
Schulfremde Personen	401
Schulgottesdienst	403
Schulmitbestimmungsgesetz (SchuMG)	404
Schulordnung (AScho)	432
Schulordnungsgesetz (SchoG)	442
Schulpflichtgesetz	470
Ausführung des Schulpflichtgesetzes (VO-Schulpflichtgesetz)	477
Schulpraktika	481
Schulpsychologischer Dienst (VO-Schulpsychologischer Dienst)	486
Schulfahrtenerlass	489
FAQ (Häufig gestellte Fragen)	496
Abschluss von Verträgen	500
Absicherung bei Insolvenz	501
Sekundarstufe I (Aufnahmeverordnung)	502
Selbständigkeit und Eigenverantwortung von Schulen	505
Sponsoring, Spenden und Werbung an Schulen	507
Verfassung des Saarlandes (Auszug)	508
Verhaltenszeugnisse	510

**Verordnung über die Festlegung der Zahl der Unterrichtsstunden der
beamteten Lehrer und Lehrerinnen an öffentlichen Schulen (PflichtstundenVO)**

Vom 21. Juli 1987 –
zuletzt geändert durch Verordnung vom 8. Juli 2021 (Amtsbl. I S. 1824)

§ 1

Geltungsbereich

(1) Diese Verordnung regelt die Zahl der Unterrichtsstunden sowie die Anrechnungs- und Ermäßigungsstunden der hauptamtlich als Lehrer und Lehrerinnen an öffentlichen Schulen tätigen Beamten und Beamtinnen des Landes.

(2) Die Arbeitszeit von Lehrern und Lehrerinnen, die Aufgaben nach § 7 wahrnehmen, ohne dass sie hierfür Anrechnungsstunden erhalten, bestimmt sich nach der Verordnung über die Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten.

(3) Die Arbeitszeit einer Lehrkraft, deren Eintritt in den Ruhestand gemäß § 43 Abs. 3 des Saarländischen Beamtengesetzes hinausgeschoben wird, kann abweichend von den §§ 2 bis 8 auf Unterricht und sonstige schulische Arbeiten verteilt werden. Dabei beträgt die Zahl der Unterrichtsstunden, die im Durchschnitt wöchentlich zu erteilen sind, mindestens 13. Die §§ 9 und 10 finden keine Anwendung.

§ 2

Pflichtstundenzahl

(1) Die Zahl der im Durchschnitt wöchentlich zu erteilenden Unterrichtsstunden (Pflichtstundenzahl) ergibt sich aus der für die Lehrkraft maßgeblichen Regelstundenzahl, vermindert um die Zahl der Anrechnungsstunden (§§ 4 bis 8), der Ermäßigungsstunden (§§ 9 und 10) und der Freistellungsstunden (§ 11).

(2) Eine Unterrichtsstunde dauert regelmäßig 45 Minuten.

(3) Abweichend von Absatz 2 dauert in den Jahrgangsstufen P1 und P2 der Europäischen Schule Saarland eine Unterrichtseinheit regelmäßig 30 Minuten. In diesem Fall gelten 1,5 Unterrichtseinheiten als eine Unterrichtsstunde gemäß Absatz 1.

§ 3

Regelstundenzahl

(1) Die Regelstundenzahl vollzeitbeschäftigter Lehrkräfte beträgt im Durchschnitt bei einer Unterrichtstätigkeit	
an Grundschulen sowie an der Europäischen Schule Saarland in den Jahrgangsstufen P1 bis einschließlich P4	28
an Förderschulen	27
an Gemeinschaftsschulen	27
– bei einem Einsatz mit zwei bis sieben Unterrichtsstunden in der gymnasialen Oberstufe	26
– bei einem Einsatz mit mindestens acht Unterrichtsstunden in der gymnasialen Oberstufe	25
an Gymnasien, am Deutsch-Luxemburgischen Schengen-Lyzeum Perl sowie an der Europäischen Schule Saarland ab einschließlich der Jahrgangsstufe P5	26
– bei einem Einsatz mit mindestens acht Unterrichtsstunden in der gymnasialen Oberstufe oder in den Jahrgangsstufen S6 bis einschließlich S7 der Europäischen Schule Saarland	25
an beruflichen Schulen	25,5
an Abendgymnasien	22
– bei einem Einsatz mit mindestens acht Unterrichtsstunden in der gymnasialen Oberstufe	21
am Studienkolleg	21
an Gemeinschaftsschulen in Abendform	23

Abweichend hiervon beträgt die Regelstundenzahl

von Fachlehrern und Fachlehrerinnen sowie von Technischen Lehrern und Technischen Lehrerinnen bei überwiegender Unterrichtstätigkeit an beruflichen Schulen in Fächern des berufsfeld-, fachrichtungs- oder berufsbezogenen Bereichs	28
von Fachlehrern und Fachlehrerinnen für musisch-technische Fächer bei überwiegender Unterrichtstätigkeit in diesen Fächern an Förderschulen, Gemeinschaftsschulen, Gymnasien oder beruflichen Schulen	28
von Fachlehrern und Fachlehrerinnen an Förderschulen als Gruppen-/Klassenleiter oder Gruppen-/Klassenleiterin (Zahl der wöchentlich auf den Unterricht und die Beaufsichtigung der Gruppe/Klasse entfallenden Zeitstunden)	32
von Technischen Lehrern und Technischen Lehrerinnen bei überwiegend fachpraktischer Tätigkeit an Gemeinschaftsschulen, Gymnasien oder beruflichen Schulen	28
von Werkstattlehrern und Werkstattlehrerinnen	30

¹⁾ siehe auch Vermerk für Lehrwerkmeister:innen

(2) Die Regelstundenzahl einer Lehrkraft, die wöchentlich mindestens je sechs Stunden Unterricht erteilt, für den gemäß Absatz 1 unterschiedliche Regelstundenzahlen gelten, bestimmt sich nach deren mittlerem Wert; bei einer anderen Verteilung der Unterrichtstätigkeit gilt die Regelstundenzahl nach Absatz 1 für den überwiegend erteilten Unterricht.

§ 3a

Befristete Über- und Unterschreitungen der Pflichtstundenzahl

Aus dienstlichen Gründen kann die Pflichtstundenzahl (§ 2 Abs. 1) einer Lehrkraft durch den Schulleiter oder die Schulleiterin vorübergehend um bis zu zwei Unterrichtsstunden höher oder niedriger festgesetzt werden. Hierdurch entstehende Über- oder Unterschreitungen der Pflichtstundenzahl sind, soweit ein Ausgleich nicht innerhalb des Schuljahres erfolgt, im folgenden Schuljahr auszugleichen.

§ 3b

Besondere Form der Arbeitszeitverteilung (Vorgriffsstunden)

(1) Die Pflichtstundenzahl kann durch die Schulaufsichtsbehörde vorübergehend um eine Unterrichtsstunde erhöht werden (Vorgriffsstunde). Die Zahl der insgesamt durch eine Lehrkraft geleisteten Vorgriffsstunden soll sechs nicht überschreiten. Satz 1 gilt nicht für Lehrkräfte mit einem Grad der Behinderung von wenigstens 50.

(2) Eine Erhöhung der Pflichtstundenzahl gemäß Absatz 1 ist durch eine Ermäßigung der Pflichtstundenzahl in späteren Schuljahren auszugleichen; dabei kann die Pflichtstundenzahl auch um mehr als eine Unterrichtsstunde im Schuljahr unterschritten werden.

§ 4

Anrechnungsstunden für den Schulleiter oder die Schulleiterin

(1) Die Schule (Berufsbildungs-/Schulzentrum) erhält für den Schulleiter oder die Schulleiterin Anrechnungsstunden. Die Anzahl (A) der Anrechnungsstunden ergibt sich aus der Formel:

$$A = B + S \times G$$

Es bezeichnen

B die schulformbezogene Basiszahl,
S die Schülerzahl des vorhergehenden Schuljahres,
G den besonderen Gewichtungsfaktor.

(2) Die Werte für B und G ergeben sich aus der Anlage. Bei der Ermittlung des Wertes S an Schulen, an denen ein sonderpädagogisches Förderzentrum eingerichtet ist, wird die Schülerzahl um die Zahl der Integrationsschüler und Integrations-schülerinnen erhöht, deren sonderpädagogischer Förderbedarf von der Schule personalisiert wird.

(3) Anrechnungsstunden, die aufgrund des § 8 Abs. 1 nicht in Anspruch genommen werden, entfallen.

§ 5

Weitere Anrechnungsstunden für die Schulleitung

(1) Für Aufgaben der Vertretung des Schulleiters oder der Schulleiterin und für Koordinierungsaufgaben erhält die Schule (Berufsbildungs-/Schulzentrum) zusätzlich einen Vomhundertsatz der nach § 4 ermittelten Anzahl der Anrechnungsstunden, dessen Höhe sich aus der Anlage ergibt.

(2) Die Zuweisung der Anrechnungsstunden nach Absatz 1 erfolgt durch den Schulleiter oder die Schulleiterin.

§ 6

Schuldeputate

(1) Zum Ausgleich von Belastungen, die durch besondere unterrichtliche oder sonstige schulische Arbeit entstehen, erhält die Schule (Berufsbildungs-/Schulzentrum) in angemessenem Umfang Anrechnungsstunden (Schuldeputate). Schuldeputate können insbesondere zugewiesen werden für besonderen Aufwand in Korrekturfächern, bei überwiegendem Unterricht in Oberstufen- oder Abschlussklassen, für die Betreuung von Schulpartnerschaften und für die Wahrnehmung von Aufgaben der Nachbarschaftsschule. Die Anordnung von Mehrarbeit zu diesem Zweck ist unzulässig. Die Höchstzahl der Schuldeputate (D) ergibt sich aus der Formel:

$$D = b + S \times g$$

Es bezeichnen

b die schulformbezogene Basiszahl,
S die Schülerzahl des vorhergehenden Schuljahres,
g den besonderen Gewichtungsfaktor.

Die Werte für b und g ergeben sich aus der Anlage.

Bei Schulen, an denen ein sonderpädagogisches Förderzentrum eingerichtet ist, erhöht sich der Wert b um zwei.

(2) § 5 Abs. 2 ist anzuwenden.

§ 7

Weitere Deputate

(1) Für die Wahrnehmung von Aufgaben der Lehrerbildung, der Lehrerfortbildung und für Beratungsaufgaben können Lehrkräfte Anrechnungsstunden in dem für die Wahrnehmung der Aufgaben erforderlichen Umfang erhalten. Die Entscheidung trifft das Ministerium für Bildung, Kultur und Wissenschaft.

(2) Das Gleiche gilt für die Durchführung von Schul- oder Modellversuchen, von Projekten und für die Erarbeitung von Lehrplänen.

(3) Die Summe der Anrechnungsstunden nach den Absätzen 1 und 2 darf für alle öffentlichen Schulen zusammen 2250 nicht übersteigen.

§ 8

Höchstzahl der Anrechnungsstunden

(1) Die auf eine Lehrkraft entfallende Pflichtstundenzahl darf durch Anrechnungsstunden gemäß §§ 4 bis 6 nicht auf weniger als ein Viertel der Regelstundenzahl vermindert werden.

(2) Bei der Berechnung der auf eine Schule entfallenden Anrechnungsstunden gemäß §§ 4 bis 6 werden jeweils Bruchteile von Stunden bis 0,5 abgerundet, über 0,5 aufgerundet.

(3) Bei Schulen im Aufbau wird für die Berechnung der Anrechnungsstunden gemäß §§ 4 bis 6 die Schülerzahl um die Hälfte der Differenz zu der bis zum Ausbau zu erwartenden Schülerzahl erhöht.

(4) Bei auslaufenden Schulen wird für die Berechnung der Anrechnungsstunden gemäß §§ 4 bis 6 die prognostizierte Schülerzahl desjenigen Schuljahres, in dem die Anrechnungsstunden gewährt werden, zugrunde gelegt.

(5) An Schulstandorten, an denen eine auslaufende Schule und eine Schule im Aufbau von demselben Schulleiter oder derselben Schulleiterin geleitet werden, wird für die Berechnung der Anrechnungsstunden gemäß §§ 4 bis 6 die schulformbezogene Basiszahl nur für eine Schule eingerechnet. Bei unterschiedlichen Basiszahlen wird die höhere Basiszahl zugrunde gelegt. Absatz 3 findet keine Anwendung.

(6) Bei Schulen mit den Sekundarstufen I und II wird für die Berechnung der Anrechnungsstunden gemäß §§ 4 bis 6 die schulformbezogene Basiszahl nur einmal eingerechnet.

(7) Bei der Europäischen Schule Saarland wird für die Berechnung der Anrechnungsstunden gemäß §§ 4 bis 6 die jeweilige Anzahl der Anrechnungsstunden für die Jahrgangsstufen P1 bis einschließlich P4 sowie für die Jahrgangsstufen P5 bis einschließlich S7 ermittelt, wobei für die Jahrgangsstufen P5 bis einschließlich S7 die schulformbezogene Basiszahl nur einmal eingerechnet wird. Die Gesamtzahl der Anrechnungsstunden ergibt sich aus der Summe der beiden nach Satz 1 ermittelten Zahlenwerte.

§ 9

Altersermäßigung

(1) Die Regelstundenzahl ermäßigt sich nach Ablauf des Schuljahres, in dem die Lehrkraft das 57. Lebensjahr vollendet, um eine Wochenstunde und nach Ablauf des Schuljahres, in dem die Lehrkraft das 60. Lebensjahr vollendet, um insgesamt drei Wochenstunden (Altersermäßigung).

(2) Die Altersermäßigung entfällt bei Ausübung einer anzeigepflichtigen Nebentätigkeit gegen Vergütung, wenn die Nebentätigkeit sich auf zusammen mehr als sechs Monate eines Schuljahres erstreckt. Bei einer Teilzeitbeschäftigung von weniger als drei Vierteln der Regelstundenzahl vermindert sich die Altersermäßigung um die Hälfte.

(3) Die einer Lehrkraft zum Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens dieser Verordnung bereits gewährte Altersermäßigung, die über die nach Absatz 1 zu gewährende hinausgeht, bleibt unberührt.

§ 10

Ermäßigung für Schwerbehinderte

(1) Schwer behinderte Lehrkräfte erhalten auf Antrag, der an die Schulaufsichtsbehörde zu richten ist, eine Ermäßigung ihrer Regelstundenzahl. Sie beträgt bei Lehrkräften mit einem Grad der Behinderung von mindestens 50 zwei Pflichtstunden, bei Lehrkräften mit einem Grad der Behinderung von mindestens 70 drei Pflichtstunden.

(2) Auf besondere amtsärztliche Empfehlung kann Lehrkräften mit einem Grad der Behinderung von mindestens 70 eine weitere Ermäßigung gewährt werden. Die weitere Ermäßigung darf zwei Pflichtstunden nicht übersteigen.

(3) § 9 Abs. 2 gilt entsprechend.

§ 11

Freistellung

Gesetzliche Vorschriften über die Freistellung zur Wahrnehmung besonderer Aufgaben bleiben unberührt.

§ 12

Verteilung der wöchentlichen Unterrichtsstunden

Die Verteilung der Unterrichtsstunden einer Lehrkraft auf die einzelnen Wochentage richtet sich nach den dienstlichen Bedürfnissen und erfolgt durch den Schulleiter oder die Schulleiterin. Die Verteilung der Unterrichtsstunden teilzeitbeschäftigter Lehrkräfte soll so erfolgen, dass eine angemessene Anzahl von Wochentagen für die teilzeitbeschäftigten Lehrkräfte unterrichtsfrei ist.

§ 12a

Besondere Form der Teilzeitbeschäftigung

In den Fällen des § 79 des Saarländischen Beamtengesetzes kann auf Antrag der Lehrkraft die Teilzeitbeschäftigung auch in der Weise bewilligt werden, dass der Teil, um den die regelmäßige Arbeitszeit im Einzelfall ermäßigt ist, zu einem zusammenhängenden Zeitraum von einem Jahr zusammengefasst wird. Dabei darf der nach Jahren zu bemessende Gesamtzeitraum der Teilzeitbeschäftigung zwei Jahre nicht unterschreiten und sieben Jahre nicht überschreiten. Das Freistellungsjahr ist in der Regel am Ende des bewilligten Gesamtzeitraumes der Teilzeitbeschäftigung zu nehmen.

§ 13

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Verkündung in Kraft.

Anlage

zur Verordnung über die Festlegung der Zahl der Unterrichtsstunden der beamteten Lehrer und Lehrerinnen an öffentlichen Schulen (PflichtstundenVO)

	zu § 4		zu § 5	zu § 6	
	B	G	%	b	g
Grundschule, Jahrgangsstufen P1 bis einschließlich P4 der Europäischen Schule Saarland	3	0,009	30	1	0,01
Gymnasium, Gemeinschaftsschule, Deutsch-Luxemburgisches Schengen-Lyzeum Perl, Jahrgangsstufen P5 bis einschließlich S5 der Europäischen Schule Saarland (Sek. I)	5	0,013	70	2	0,025
Gymnasium, Gemeinschaftsschule, Deutsch-Luxemburgisches Schengen-Lyzeum Perl, Jahrgangsstufen S6 bis einschließlich S7 der Europäischen Schule Saarland (Sek. II)	5	0,017	70	2	0,06
Förderschule	4	0,013	30	1	0,01
Berufliche Vollzeitschule	5	0,015	90	2	0,03
Berufliche Teilzeitschule	5	0,006	90	2	0,012

¹⁾Vermerk für Lehrwerkmeister:innen:

Die Arbeitszeit der Lehrwerkmeister:innen ist in einer allgemeinen Dienstanweisung geregelt:

– Auszug –

3. Arbeitszeit

Die wöchentliche Arbeitszeit richtet sich nach der geltenden tarifvertraglichen Regelung. Sie beträgt im Durchschnitt z. Z. 39,5 Zeitstunden.

Die Verteilung der Arbeitszeit auf die Aufgabenbereiche A (Eigenständige Unterweisungsfähigkeit, Mitarbeit im Team) und B (sonstiger Aufgabenbereich) obliegt dem Schulleiter/der Schulleiterin.

Dabei ist in der Regel im Aufgabenbereich A von wöchentlich 32 Stunden fachpraktischer Unterweisung auszugehen, die im Hinblick auf die gebotene Planungs-, Vor- und Nachbereitungstätigkeit von durchschnittlich etwa 20 Minuten je Unterweisungsstunde einem Zeitanteil von 34,5 Zeitstunden entsprechen.

Die verbleibende wöchentliche Arbeitszeit von in der Regel 5,0 Zeitstunden steht für den Einsatz im Aufgabenbereich B zur Verfügung.

Planungs-, Vor- und Nachbereitungstätigkeiten im Aufgabenbereich A dürfen, soweit sachliche Gründe nicht entgegenstehen, außerhalb der Schule durchgeführt werden.

**Erlass zur Aufsichtspflicht der Lehrkräfte, zur Haftung
und zur Unfallversicherung im Bereich der allgemein-
bildenden und berufsbildenden Schulen des Saarlandes**

Vom 30. Mai 1971 – GMBL. Saar S. 471

I. Aufsichtsführung des Lehrpersonals im Bereich der Schule

1. Allgemeine Bedeutung der Aufsichtspflicht

Im Bereich der allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen werden minderjährige Personen unterrichtet und erzogen, die infolge ihrer Jugend und im Hinblick auf ihr Zusammensein in der Gruppe eines besonderen Schutzes und einer besonderen Aufsicht bedürfen. Ihre ordnungsgemäße Beaufsichtigung ist folglich eine mit dem Amt des Lehrers notwendig verbundene Pflicht. Sie obliegt als Dienstpflicht allen beamteten und angestellten Lehrkräften, die durch Verfügung der zuständigen Schulbehörde mit selbständigem Unterricht bzw. mit selbständiger Überwachung der Schüler bei sonstigen schulischen Anlässen betraut sind. Inhalt der Aufsichtspflicht ist es, sowohl die Schüler selbst vor Schaden zu bewahren als auch durch sie drohende Schädigungen dritter Personen zu verhindern. Die Aufsichtspflicht besteht also nicht nur im Interesse der Schüler, sondern auch zum Schutze Dritter.

2. Umfang der Aufsichtspflicht

Die Aufsichtspflicht des Lehrers erstreckt sich auf alle Schüler, die ihm jeweils auf Grund des Stundenplanes zur Unterrichterteilung zugewiesen oder auf Grund sonstiger Anordnung seiner Obhut anvertraut sind. Daneben hat er bei Vorliegen besonderer Umstände, etwa eines plötzlichen Unwohlseins eines Kollegen, erforderlichenfalls auch ohne ausdrückliche Weisung die Beaufsichtigung der betreffenden Schüler zu übernehmen. Demgegenüber ist es nicht vertretbar, grundsätzlich eine Aufsichtspflicht sämtlicher Lehrkräfte einer Schule gegenüber allen dieser Schule angehörigen Schülern anzunehmen. Zeitlich und räumlich beschränkt sich die Aufsichtspflicht auf schulische Veranstaltungen und die Orte, an denen diese stattfinden, einschließlich einer angemessenen Zeit vor Beginn und nach Beendigung des Unterrichts oder der Schulveranstaltung entsprechend den jeweiligen Erfordernissen, § 21 Abs. 2 Satz 1 der Allgemeinen Schulordnung (ASchO) vom 23. Oktober 1967 (Amtl. Schulbl. 1967, S. 97) i.d.F. des Erlasses vom 1. April 1970 (GMBL. 1970, S. 234).

3. Art und Weise der Aufsichtsführung im Allgemeinen

Der Lehrer hat die Beaufsichtigung der ihm anvertrauten Schüler in einer Weise durchzuführen, die einen möglichst wirksamen und umfassenden Schutz vor jeglichen Gefahren gewährleistet. Er muss alle zur Schadensverhütung notwendigen Maßnahmen treffen und deren Befolgung überwachen. Sein Verhalten im Einzelnen bestimmt sich nach vernünftiger Überlegung auf Grund allgemeiner Lebenserfahrung, seiner besonderen Erfahrung als Erzieher und nach den jeweiligen Umständen, wobei Zahl, Alter, Disziplin und Reife der Schüler sowie die örtlichen Verhältnisse zu berücksichtigen sind. Grundsätzlich darf sich der Lehrer im Hinblick auf mögliche Gefahrenquellen nicht auf die Erteilung von Warnungen, Geboten und Verboten beschränken; er muss sich auch von deren Einhaltung überzeugen und notfalls ihre Durchsetzung erzwingen. Darüber hinaus muss er mit der Übertretung seiner Weisungen rechnen und die für diesen Fall erforderlichen Vorkehrungen treffen. Der Lehrer hat alle, auch entfernt liegende Möglichkeiten einer Schädigung zu beachten, was gegebenenfalls dazu führen kann, dass er abwägen muss, gegen welche von mehreren drohenden Gefahren in erster Linie einzuschreiten ist. Andererseits hat sich die Aufsichtspflicht des Lehrers auf den Bereich des Möglichen zu beschränken, Unmögliches darf von ihm nicht verlangt werden. So wird man von keinem Lehrer erwarten können, dass er ohne Unterbrechung jeden einzelnen der ihm anvertrauten Schüler im Auge behält bzw. überall dort gleichzeitig zum Eingreifen in der Lage ist, wo irgendwelche Gefahren drohen. Insoweit werden durch das praktische Leben Grenzen gezogen. Es würde im Übrigen sowohl dem Sinn einer wirksamen Beaufsichtigung als auch dem Erziehungszweck der Schule widersprechen, die Aufsichtspflicht in übertriebener Weise auszudehnen. Ständige und pausenlose Aufsicht gewährleistet durchaus nicht die beste Unfallverhütung, zumal den Schülern außerhalb der Schule weitgehende Freiheit und Selbständigkeit zugebilligt werden. Dann kann gerade eine unaufhörliche Gängelung im entscheidenden Moment zu gefährlicher Unsicherheit führen. Gefahren lassen sich ohnehin nicht vollständig ausschließen. In der Gelegenheit, gefährliche Situationen zu meistern, liegt für die Schüler ein nicht zu verkennender Erziehungsfaktor.

Demnach hat der Lehrer seine Aufsichtspflicht zwar gewissenhaft, sorgfältig und nach besten Kräften zu erfüllen, jedoch ist eine lebensfremde, von übergroßer Ängstlichkeit getragene Handhabung nicht am Platze.

4. Einsatz von Hilfskräften

Grundsätzlich ist es dem Lehrer gestattet, zur Unterstützung seiner Aufsichtsführung Hilfspersonen heranzuziehen. Insbesondere wird er geeigneten Schülern Ordnungsfunktionen übertragen und sie erforderlichenfalls zeitweise zur Aufsicht

über ihre Mitschüler bestellen können. Ausnahmsweise kann auch die Mithilfe des Hausmeisters geboten sein. Bei Ausflügen und Wanderungen empfiehlt sich u. U. die Mitnahme von Schülereltern, Praktikanten etc., beim Baden und Schwimmunterricht besteht eine zusätzliche Kontrolle durch das Badepersonal. Der Lehrer kann sich durch den Einsatz derartiger Hilfskräfte zwar entlasten, er wird dadurch gleichwohl nicht von jeder Aufsichtspflicht befreit, sondern bleibt der eigentlich Verantwortliche. Eine wirksame Entlastung setzt voraus, dass die Übertragung von Aufsichtsbefugnissen im Einzelfall sachgemäß und ausreichend erscheint, dass der Lehrer die jeweilige Hilfsperson unter Berücksichtigung ihrer Eignung und Fähigkeiten sorgfältig auswählt und anleitet und dass er selbst jederzeit in der Lage ist, die Aufsichtsführung der Hilfskraft zu überwachen und eine wirksame Oberaufsicht auszuüben.

5. Aufsichtspflicht in typischen Schulsituationen

Für bestimmte Anlässe findet das Verhalten von Lehrern und Schülern durch ministerielle Erlasse im Einzelnen eine annähernd genaue Regelung. Bei der Vielfältigkeit des Schullebens ist es allerdings nicht möglich, alle denkbaren Sachverhalte vorweg exakten Richtlinien zu unterwerfen und damit eine schematisierte Erfüllung der Aufsichtspflicht zu erreichen. Erfahrungsgemäß beinhalten jedoch bestimmte Schulsituationen typische Gefahrenquellen, so dass hierbei von vornherein Anhaltspunkte für eine sinnvolle und zweckmäßige Aufsichtsführung gegeben sind.

a) Unterricht

Die Aufsichtspflicht des Lehrers erstreckt sich in erster Linie auf den regulären, planmäßig ausgewiesenen Unterricht, umfasst daneben aber auch zusätzliche freiwillige Unterrichtsveranstaltungen oder besonders angeordneten Strafunterricht (Nachsitzen). Der Lehrer handelt auch dann pflichtgemäß, wenn er nicht ständig jeden einzelnen Schüler der Klasse beobachtet. Das gilt insbesondere für die moderne Erziehungsform des Gruppenunterrichts, der schon seiner Natur nach einer ununterbrochenen Beaufsichtigung ausschließt. Hierbei muss der Lehrer allerdings sorgfältig prüfen, ob Alter, Reifegrad und Disziplin der Schüler derartige Unterrichtsformen zulassen, ob die Schüler auf etwaige Gefährdungen genügend vorbereitet und ihnen hinreichend gewachsen sind. Die Aufsicht ist zumindest so zu gestalten, dass die Schüler auch bei vorübergehender Abwesenheit des Lehrers mit dessen ständiger Rückkehr rechnen müssen und sich niemals völlig unkontrolliert fühlen können. Daneben empfiehlt sich die Bestellung eines geeigneten Aufsichtsschülers. Besonderer Sorgfalt bedarf es während des Unterrichts in den naturwissenschaftlichen und technischen Fächern wie Physik, Chemie, Werken etc., zu denen naturgemäß der Umgang mit Werkzeugen, Elektrizität, Gas und sonstigen gefährlichen Stoffen gehört. Der Lehrer muss alle Unfallmöglichkeiten berücksichtigen, bei Experimenten größte Vorsicht walten lassen, zum Schutze der Schüler die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen treffen und die Schüler – soweit sie selbst beteiligt sind – eingehend und sachgemäß anleiten. Ferner hat er dafür Sorge zu tragen, dass Geräte und Material ausreichend gesichert aufbewahrt werden. Zeitweiliges Verlassen des Klassenraumes durch den Lehrer während des Unterrichts ist grundsätzlich mit der Aufsichtspflicht nicht vereinbar. Es lässt sich nur bei plötzlicher Erkrankung oder Unwohlsein des Lehrers rechtfertigen, sowie bei Vorliegen eines wirklich unaufschiebbaren dienstlichen Grundes. In letzterem Fall darf der Lehrer gleichwohl die Klasse nur dann allein lassen, wenn er nach Abwägen der jeweiligen Umstände insbesondere Alter und Disziplin der Schüler, zu der Auffassung gelangt, der dienstliche Anlass sei gegenüber der Aufsichtspflicht vorrangig zu bewerten. Auch dann hat er die Klasse vor Verlassen eindringlich zu ermahnen und Maßnahmen zu treffen, die sicherstellen, dass sich die Schüler nicht völlig unbeaufsichtigt fühlen, z. B. Bestellung eines geeigneten Aufsichtsschülers oder Veranlassung eines Kollegen zu gelegentlichen Stichproben.

Das Hinausweisen eines störenden Schülers ist nur dann zulässig, wenn der Lehrer davon ausgehen kann, dass der Betreffende ohne Risiko einige Zeit – etwa vor der Klassentür – unbeaufsichtigt bleiben kann. Bestehen daran Zweifel, so empfiehlt es sich eher, den Schüler nach Hause zu schicken. Sind durch das Verhalten eines Einzelnen Ordnung und Unterrichtserfolg der gesamten Klasse gefährdet, so hat sein Individualinteresse an der Unterrichtsteilnahme zugunsten der Rechte der Klassengesamtheit zurückzutreten.

b) Aufsicht außerhalb des Unterrichts

Die Aufsichtspflicht besteht auch außerhalb des eigentlichen Unterrichts im Bereich des Schulgeländes (§ 21 Abs. 2 Satz 2 ASchO). Während der Pausen sind die Schüler sowohl auf dem Schulhof als auch beim Betreten bzw. Verlassen des Schulgebäudes zu beaufsichtigen. Hierbei erscheint es erst recht unmöglich, das Verhalten jedes einzelnen Schülers ständig zu kontrollieren. Die Aufsicht ist so zu führen, dass keine dauernd aufsichtsfreien Bereiche entstehen, in denen die Schüler sich unbeobachtet wissen. Der Schulleitung obliegt es, für eine zweckmäßige und wirkungsvolle Organisation zu sorgen. Die dem jeweils aufsichtsführenden Lehrer zugewiesenen Gebiete müssen übersehbar sein; er darf nicht gleichzeitig mit anderen Pflichten belastet sein.

Auch während etwaiger Freistunden dürfen Schüler nicht unbeaufsichtigt bleiben.

Ein Verlassen des Schulgeländes in der Unterrichtszeit, in Pausen und Freistunden ist den Schülern bis Klassenstufe 9 einschließlich nur mit Genehmigung eines Lehrers gestattet. Für diesen Fall ruht die Aufsichtspflicht der Schule, die Erziehungsberechtigten sind insoweit allein verantwortlich (§ 14 Abs. 5 ASchO). Erst recht entfällt eine schulische Aufsichtspflicht, wenn sich Schüler unerlaubt vom Schulgrundstück entfernen.

Der tägliche Weg zwischen Wohnung und Schule bzw. zurück unterliegt nicht der Aufsichtspflicht. Sie beginnt und endet gem. § 21 Abs. 2 Satz 1 ASchO eine angemessene Zeit – in der Regel etwa 15 Minuten – vor und nach dem Unterricht bzw. sonstigen Schulveranstaltungen. In diesem Zeitraum findet eine Beaufsichtigung der Schüler statt, wobei vorausgesetzt wird, dass sie das Schulgelände weder früher betreten noch verspätet verlassen. Schüler und Eltern sind entsprechend zu belehren.

Für Fahrschüler, die auf einen längeren Aufenthalt im Schulgebäude angewiesen sind, besteht nach § 21 Abs. 2 Satz 3 und 4 ASchO eine erweiterte Aufsichtspflicht. Ihnen ist ein geeigneter Raum zur Verfügung zu stellen, in dem allerdings nicht dauernd ein Lehrer anwesend zu sein braucht. Eine Kontrolle durch Stichproben genügt; hilfsweise können der Hausmeister oder ältere Schüler zur Beaufsichtigung herangezogen werden.

Ähnlich ist zu verfahren, wenn auch die anderen Schüler bereits vor Unterrichtsbeginn Zutritt zu den Klassenräumen erhalten, wenn sie während der Pause infolge schlechten Wetters in den Klassen verbleiben oder wenn einzelnen Schülern, z. B. Rekonvaleszenten, der Aufenthalt im Schulgebäude während der Pause gestattet wird. Im Allgemeinen ist eine fortwährende Kontrolle entbehrlich. Zur Erfüllung der Aufsichtspflicht genügt es, dass die betreffenden Schüler jederzeit mit dem Erscheinen einer Aufsichtsperson rechnen müssen.

Die erweiterte Aufsicht über Fahrschüler umfasst in sinnvoller Anwendung des § 21 Abs. 2 ASchO, insbesondere des Merkmals "angemessene Zeit vor Beginn und nach Beendigung des Unterrichts entsprechend den jeweiligen Erfordernissen", auch das Besteigen und Verlassen der Schulbusse auf dem Schulgelände bzw. unmittelbar vor der Schule.

c) Schulsport

Für den Unterricht in Leibeserziehung ist die ordnungsgemäße Erfüllung der Aufsichtspflicht wegen der hierbei auftretenden Gefahren von besonderer Bedeutung. Der Sportlehrer hat Übungsstätte und Sportgeräte auf betriebssicheren Zustand zu überprüfen und bei Feststellung etwaiger Mängel von einer Benutzung abzusehen. Sportgerechte Kleidung für Lehrer und Schüler ist selbstverständliche Voraussetzung. Die Übungen selbst dürfen nicht zu einer kräftemäßigen Überforderung der Schüler führen. Stets entscheidend wichtig ist die richtige Hilfestellung, die der Lehrer entweder selbst gibt oder von Schülern ausführen lässt, auf deren Auswahl und genaue Anleitung er besondere Sorgfalt verwenden muss. Sind die Schüler in Gruppen eingeteilt, hat sich der Lehrer vorwiegend dort aufzuhalten, wo am ehesten eine Gefährdung droht, während er im Übrigen geeignete Schüler zur Betreuung der anderen Gruppen heranziehen muss.

Entsprechendes gilt für den Schwimmunterricht. Trotz allgemeiner Überwachung und Beaufsichtigung durch das Badepersonal bleibt der Lehrer für die Sicherheit der Schwimmklasse verantwortlich. Demzufolge hat er während des Schwimmunterrichts insbesondere seinen Platz so zu wählen – in der Regel außerhalb des Wassers – dass er alle im Wasser befindlichen Schüler übersehen kann. Im Einzelnen wird auf die Bestimmungen der §§ 8-13 der "Richtlinien für den Schwimmunterricht an den Schulen des Saarlandes" (Amtl. Schulbl. 1967, S. 108) verwiesen.

Die Erfüllung der Aufsichtspflicht bei schulsportlichen Wettkämpfen, insbesondere bei Austragung der Bundesjugendspiele, richtet sich nach den für den regulären Sportunterricht maßgebenden Grundsätzen.

d) Unterrichtswege

Vor allem im Rahmen des Sportunterrichts entstehen häufig sogenannte Unterrichtswege, nämlich dann, wenn sich die Sportanlagen nicht auf dem Schulgelände befinden. Für die Klassenstufen ab Klasse 5 bestimmt dazu der "Erlass zur Aufsichtspflicht auf dem Hin- und Rückweg zwischen Schule und Sportstätte" vom 12. Oktober 1970 (GMBI. 1970 S. 611), dass die Schüler solche Wege grundsätzlich ohne Begleitung eines aufsichtsführenden Lehrers zurücklegen können, sofern nicht besondere, nach pflichtgemäßem Ermessen zu prüfende Gründe, z. B. erhöhte Verkehrsgefahren, entgegenstehen. Zumindest in den unteren Klassenstufen empfiehlt es sich jedoch, die Schüler in Gruppen gehen zu lassen und jeweils einen Ordnungsschüler mit der Führung zu beauftragen. Bei Schülern der Grundschule wird gleichwohl eine geschlossene Hin- und Rückführung durch einen aufsichtsführenden Lehrer in aller Regel unentbehrlich sein. Dabei sind nach Möglichkeit verkehrsreiche Straßen, gefährliche Überwege etc. zu meiden, ferner ist darauf zu achten, dass andere Straßenpassanten möglichst wenig behindert werden. Sofern nicht ausnahmsweise besondere Verkehrsgefahren vorliegen, bestehen keine Bedenken, die Schüler direkt zur Sportstätte zu bestellen bzw. von dort zu entlassen, wenn der Unterricht mit Sport beginnt bzw. endet oder zusätzliche Sportstunden am Nachmittag stattfinden.

Diese Grundsätze gelten sinngemäß auch für sonstige Unterrichtsveranstaltungen außerhalb des Schulgeländes, sie finden z. B. für den Weg vom Schulgottesdienst zur Schule Anwendung (vgl. "Erlass betr. Schulgottesdienst" vom 11. April 1968, GMBI. 1968, S. 90).

e) Besichtigungen, Wandertage, Wanderfahrten

Bei Besichtigungen, Wanderungen und mehrtägigen Fahrten ist in verstärktem Maße die zweifache Zielsetzung einer ordnungsgemäßen Beaufsichtigung zu beachten: Einerseits sind die Schüler selbst vor Gefahren zu schützen, andererseits dürfen Dritte durch das Verhalten der Schüler nicht zu Schaden kommen. Zwar erfordert schon der Sinn derartiger Veranstaltungen eine größere Freizügigkeit für die Schüler, jedoch gilt auch hier der Grundsatz, die Aufsichtsführung so zu handhaben, dass bei den Schülern niemals das Gefühl entstehen kann, völlig ohne Kontrolle zu sein. Entscheidend kommt es darauf an, dass entsprechend der Klassen- oder Gruppenstärke genügend Aufsichtspersonen zur Verfügung stehen. Das Verhältnis zwischen dem Umfang der zu beaufsichtigenden Schülergruppe und der Anzahl der dadurch erforderlichen Aufsichtskräfte richtet sich im Einzelfall nach Alter, Charakter und Reife der Schüler, nach Zusammensetzung und Disziplin der Klasse sowie nach Ausdehnung und Schwierigkeitsgrad der jeweiligen Veranstaltung; allgemeingültige Zahlen lassen sich nicht aufstellen. Für mehrtägige Lehrfahrten höherer Klassenstufen soll allerdings bei mehr als 25 Schülern ein zweiter Lehrer zur Aufsicht vorgesehen sein (vgl. "Erlass betr. Wandertage und Lehrfahrten für allgemeinbildende Schulen und Berufsfachschulen" vom 21. November 1969, GMB1. 1970, S. 19).

Zur Entlastung der Lehrer können Hilfskräfte, z. B. Hospitanten, Praktikanten, Schülereltern oder Ehegatten der Lehrer herangezogen werden, ohne dass jedoch die Gesamtverantwortung des leitenden Lehrers eingeschränkt wird. Eine wirkungsvolle Unfallvorsorge setzt voraus, dass Lehrer und Hilfskräfte Kenntnisse in Erster Hilfe besitzen und entsprechendes Sanitätsmaterial in ausreichender Menge zur Verfügung steht.

Will ein Schüler während der Veranstaltung die Gruppe zeitweilig verlassen, bedarf es in jedem Falle der Erlaubnis des verantwortlichen Lehrers. Verfolgt der Schüler damit private Zwecke, z. B. Besuch von Verwandten oder Bekannten, empfiehlt es sich, die Genehmigung dazu nur bei Vorlage einer schriftlichen Erklärung der Erziehungsberechtigten zu erteilen, in der sie die Schule für die Zeit der Abwesenheit des Schülers von der Aufsichtspflicht entbinden. Entsprechendes gilt für sogenannte "Freiheiten", in denen die Schüler sich ohne Beaufsichtigung frei bewegen dürfen.

Das schriftliche Einverständnis der Erziehungsberechtigten ist auch dann einzuholen, wenn im Verlauf der Wanderung oder Fahrt gebadet werden soll. Im Einzelnen wird auf die "Richtlinien für das Baden auf Schulwanderungen" vom 16. Mai 1966 (Amtl. Schulbl. 1966, S. 89) verwiesen.

Treffpunkte und Entlassungsorte sind bei Veranstaltungen der genannten Art so zu wählen, dass den Schülern die Wege dorthin bzw. von dort nach Hause zugemutet werden können und ihnen dabei keine wesentlich größeren Gefahren als auf ihren gewöhnlichen Schulwegen drohen.

Im Übrigen wird auf den Erlass über "Aufsichtspflicht und Haftung der Lehrer bei Schulwanderungen" vom 2. März 1964 (Amtl. Schulbl. 1964, S. 42) hingewiesen.

Sollen Wanderungen und Fahrten mit der Ausübung von Skisport verbunden werden, sind insbesondere die "Bestimmungen über das Skilaufen auf Klassenreisen und Schulwanderungen" vom 5. April 1967 (Amtl. Schulbl. 1967, S. 27, Berichtigung am 27. April 1967, Amtl. Schulbl. 1967, S. 42) sorgfältig zu beachten.

f) Sonstige Schulveranstaltungen

Die Verantwortlichkeit der Schule erstreckt sich auf alle sonstigen Veranstaltungen, die von ihr angeordnet bzw. genehmigt und damit als schulische Veranstaltungen ausgewiesen sind, wobei es weder auf den Ort, an dem sie stattfinden, ankommt, noch auf Teilnahmezwang oder freiwillige Teilnahme seitens der Schüler. Als Beispiele seien Schulferien, freiwillige Arbeitsgemeinschaften und SMV-Veranstaltungen genannt. Demgemäß hat die Schule für eine ordnungsgemäße Beaufsichtigung der Schüler Sorge zu tragen. Im Hinblick darauf, dass es sich um zusätzliche, oft freiwillige Veranstaltungen außerhalb des regulären Unterrichts handelt, wird im Allgemeinen eine freiere Handhabung der Aufsichtspflicht gerechtfertigt sein. Als Maßstab gilt auch hier, die Aufsicht so zu führen, dass die Schüler sich der Möglichkeit ständiger, wirksamer Kontrollen jederzeit bewusst sind. Liegen die Voraussetzungen einer Schulveranstaltung im genannten Sinn nicht vor, entfällt für die Schule jede Aufsichtspflicht (§ 21 Abs. 3 ASchO).

6. Folgen einer Pflichtverletzung

Verletzt ein Lehrer die ihm obliegende Aufsichtspflicht und trifft ihn dabei ein Verschulden, so kann sein Verhalten in dreifacher Hinsicht von rechtserheblicher Bedeutung sein: strafrechtlich, disziplinarrechtlich und haftungsrechtlich. Die Einleitung und Durchführung entsprechender Verfahren, erfolgt selbständig und unabhängig nebeneinander.

a) Strafrechtliche Folgen

Kommt es beispielsweise infolge schulhafter Aufsichtspflichtverletzung zu einer Gesundheitsschädigung oder sogar zum Tode eines Schülers, so kann gegen den verantwortlichen Lehrer im Wege des ordentlichen Strafverfahrens entsprechend vorgegangen werden.

b) Disziplinarrechtliche Folgen

Ein schuldhafter Verstoß des Lehrers gegen seine Aufsichtspflichten stellt gleichzeitig ein Dienstvergehen gem. § 90, 67 Satz 3 SBG dar. Für den jeweiligen Dienstherrn besteht deshalb die Möglichkeit, gegen den Lehrer ein Disziplinarverfahren einzuleiten.

c) Haftungsrechtliche Folgen

Für den Schüler oder Dritten, der infolge einer schuldhaften Aufsichtspflichtverletzung zu Schaden gekommen ist, sind die haftungsrechtlichen Folgen, d. h. die Möglichkeiten einer auf Schadensersatz gerichteten Inanspruchnahme, am meisten bedeutsam.

Da die ordnungsgemäße Aufsichtsführung eine dem Lehrer obliegende Amtspflicht darstellt, ist ein Verstoß dagegen nach Amtshaftungsregeln gem. Art. 34 GG, 120 SVerf i. V. m. § 839 BGB zu bewerten.

Die Pflichtwidrigkeit des aufsichtsführenden Lehrers muss von ihm verschuldet sein, d. h. er muss vorsätzlich oder fahrlässig gehandelt haben. Vorsatz liegt vor, wenn der Lehrer bewusst und gewollt seiner Aufsichtspflicht zuwiderhandelt. Von praktischer Bedeutung wird dieser Fall nicht sein. Der Vorwurf der Fahrlässigkeit trifft den Lehrer, der bei Beaufsichtigung der Schüler die erforderliche Sorgfalt außer Acht lässt, bei deren Anwendung eine Schädigung des betroffenen Schülers oder Dritten hätte vorausgesehen und vermieden werden können. Das Maß der im Einzelfall erforderlichen Sorgfalt bestimmt sich nach der Lebenserfahrung und Gewissenhaftigkeit eines besonnenen Durchschnittsmenschen aus dem Berufskreis des Verantwortlichen. Eine sorgfältige Aufsichtsführung geht also nicht von übertriebenen Idealanforderungen aus, sondern orientiert sich an den Fähigkeiten und Möglichkeiten des gewissenhaften "Durchschnittslehrers" unter Berücksichtigung der jeweiligen Umstände und persönlichen Verhältnisse.

Wird die erforderliche Sorgfalt in besonders schwerem Maß verletzt, werden einfache, naheliegende und damit selbstverständliche Erwägungen von dem Lehrer nicht angestellt, so ist Verschulden in Form von grober Fahrlässigkeit gegeben. In der Praxis wird der schwere Vorwurf der groben Fahrlässigkeit nur selten gerechtfertigt sein.

Die ordnungsgemäße Beaufsichtigung der Schüler gehört zum hoheitlichen Pflichtenkreis des Lehrers, ein Verstoß dagegen erfolgt somit in Ausübung des ihm anvertrauten öffentlichen Amtes. Nach Art. 34 Satz 1 GG, 120 Satz 1 SVerf tritt dann dem Geschädigten gegenüber grundsätzlich der Staat bzw. die zuständige Anstellungskörperschaft (der Dienstherr) ein, während der Lehrer selbst von persönlicher Haftung verschont bleibt. Dabei kommt es nicht darauf an, ob er Beamter ist oder im Angestelltenverhältnis steht.

Nach dem Subsidiaritätsprinzip des § 839 Abs. 1 Satz 2 BGB steht dem Geschädigten bei fahrlässig begangener Aufsichtspflichtverletzung ein Ersatzanspruch gegen den öffentlichen Dienstherrn nur insoweit zu, als er nicht auf andere Weise, etwa von einer Versicherung, Ersatz zu erlangen vermag.

Hat der Dienstherr dem Geschädigten Ersatz geleistet, so kann er gemäß Art. 34 Satz 2 GG gegen den pflichtwidrig handelnden Lehrer Rückgriff nehmen, wenn diesem Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit zur Last fallen. Dagegen ist bei nur leichter Fahrlässigkeit des Lehrers ein Rückgriff ausgeschlossen.

Der haftungsrechtliche Anspruch aus Art. 34 GG, 120 SVerf. i. V. m. § 839 BGB geht grundsätzlich auf Ersatz des gesamten, infolge der Aufsichtspflichtverletzung erlittenen Vermögensschadens, umfasst also Personen- und Sachschäden sowie ein etwaiges Schmerzensgeld. Nach allgemeinen gesetzlichen Vorschriften muss sich der Verletzte ein eigenes Mitverschulden anrechnen lassen.

Ist der zuständige Dienstherr zur Leistung nicht bereit, namentlich dann, wenn ein Verschulden des aufsichtsführenden Lehrers in Frage steht, bleibt der Geschädigte auf den ordentlichen Rechtsweg verwiesen. Dabei obliegt es ihm, den Nachweis für das behauptete Verschulden des Lehrers zu führen.

Soweit Hilfspersonen zur Unterstützung des Lehrers mit Aufsichtsfunktionen betraut werden, handeln auch sie in Ausübung eines öffentlichen Amtes, so dass bei Schäden infolge mangelhafter Beaufsichtigung die vorstehenden Regeln der Amtshaftung, Art. 34 GG, 120 SVerf. i. V. m. § 839 BGB, entsprechende Anwendung finden.

II. Verkehrssicherer Zustand des Schulgrundstücks

1. Verantwortlichkeit des Schulträgers

Als Haftungsgrund bei Unfällen von Schülern oder Dritten im Bereich der Schule kommt neben der Aufsichtspflichtverletzung des Lehrers ein Verstoß gegen die Verkehrssicherungspflicht des Schulträgers in Betracht. Land, Gemeinden und Gemeindeverbände als Schulträger (§ 56 SchoG) sind gemäß § 64 Abs. 1 SchoG zur ordnungsgemäßen Unterhaltung der Schulanlagen und ihrer Einrichtungen verpflichtet. Insbesondere ergibt sich daraus für den jeweiligen Schulträger die Verantwortlichkeit dafür, dass andere durch die von ihm beherrschte Sache nicht zu Schaden kommen. Er hat daher für eine

verkehrssichere Beschaffenheit von Schulgebäude, Schulgrundstück, Zufahrtswegen, Inventar und sonstigen dem Schulbetrieb dienenden Anlagen Sorge zu tragen, so dass eine gefahrlose Benutzung durch Lehrer, Schüler und Dritte gewährleistet ist.

Es handelt sich insoweit um die allgemeine Verkehrssicherungspflicht, wie sie jedem Eigentümer bzw. Verantwortlichen eines dem Verkehr überlassenen Grundstücks obliegt. Ein schuldhafter, d. h. vorsätzlicher oder fahrlässiger Verstoß gegen diese Rechtspflicht löst eine zivilrechtliche Schadensersatzhaftung des Schulträgers gegenüber dem Geschädigten nach §§ 823 ff. i.V.m. § 831 oder §§ 31, 89 BGB aus.

2. Pflichten des Schulleiters

Im Zusammenhang mit der Verantwortlichkeit des Schulträgers für einen verkehrssicheren Zustand des gesamten Schulgrundstücks ergeben sich überdies besondere Dienstpflichten des jeweiligen Schulleiters, die in § 33 Abs. 2 Nr. 7 SchoG sowie § 5 Abs. 5 der Allg. Dienstordnung für Schulleiter vom 23. Oktober 1967 (Amtl. Schulbl. 1967, S. 105) festgelegt sind.

Danach hat der Schulleiter die Schulanlage und das Schulgebäude auf ihre ordnungsgemäße Beschaffenheit zu kontrollieren und dafür zu sorgen, dass die für eine gefahrlose Benutzung erforderlichen Maßnahmen getroffen und die nötigen Sicherheitsbestimmungen eingehalten werden. Er muss beispielsweise darauf achten, dass im Schulgebäude eine ausreichende und funktionssichere Beleuchtung gewährleistet ist und im Winter Schulhof und Zufahrtswege durch rechtzeitiges Räumen und Streuen passierbar gehalten werden. Überhaupt obliegt es dem Schulleiter, erkannte Gefahrenstellen im Bereich des Schulgeländes nach Möglichkeit zu beseitigen bzw. beseitigen zu lassen, zumindest aber die gefährliche Stelle wirksam abzusichern, für eine verstärkte Aufsicht zu sorgen und den verantwortlichen Schulträger unverzüglich zu benachrichtigen. In Erfüllung dieser Aufgaben ist er sowohl den anderen Lehrkräften als auch dem Hausmeister gegenüber weisungsbefugt (§ 33 Abs. 3 SchoG, § 3 Abs. 1 Allg. Dienstordnung für Schulleiter). Der Schulleiter handelt insoweit in Ausübung des ihm anvertrauten öffentlichen Amtes; pflichtwidriges Verhalten führt zur Amtshaftung nach Maßgabe der genannten Grundsätze.

III. Schülerunfallversicherung

1. Nachteile der haftungsrechtlichen Lösung

Die Möglichkeiten einer Haftung für Schadensereignisse im Bereich der Schule führen oft zu unbilligen Ergebnissen und unerfreulichen Folgeerscheinungen für alle Beteiligten. Das gilt vor allem dann, wenn Schüler durch Unfälle geschädigt werden. Amtshaftungsansprüche unterliegen bei fahrlässigem Verschulden dem Subsidiaritätsvorbehalt. Die Verletzten müssen es sich gefallen lassen, auf anderweitige Ersatzmöglichkeiten verwiesen zu werden. Schadensersatzansprüche setzen in jedem Falle ein schuldhaftes Außerachtlassen von Aufsichts- oder Verkehrssicherungspflichten voraus. Dem Anspruchssteller obliegt es, das behauptete Verschulden des Verpflichteten bzw. Schädigers nachzuweisen. Bei Obsiegen des Geschädigten sieht sich der schuldige Lehrer oder Schulleiter unter Umständen einer Regressforderung seines Dienstherrn ausgesetzt. Wenn diese auch bei nur leicht fahrlässiger Pflichtwidrigkeit entfällt und der Lehrer vor materiellen Nachteilen bewahrt bleibt, wird er gleichwohl durch einen in der Ersatzleistung seines Dienstherrn deutlich zum Ausdruck kommenden Schuldvorwurf belastet.

Im Übrigen haben die Beteiligten in aller Regel mit oft langwierigen gerichtlichen Auseinandersetzungen zu rechnen.

2. Versicherungsschutz bei Schulunfällen nach der bisherigen Rechtslage

Um die Nachteile einer haftungsrechtlichen Schadensregulierung in gewisser Weise auszugleichen, gibt § 31 SchoG den Schulträgern auf, zugunsten der Schüler eine Unfallversicherung abzuschließen. Auf Grund der entsprechend dieser Vorschrift bestehenden Verträge übernimmt der Versicherer unter bestimmten Voraussetzungen das Risiko des Ausgleichs von Schülerunfällen, während dem Schulträger in Erweiterung seiner Sachkostenpflicht die Abdeckung der Versicherungsprämien auferlegt wird. Damit lässt sich eine Entschädigung der durch Unfälle betroffenen Schüler erreichen, ohne dass es grundsätzlich auf ein Verschulden der Unfallbeteiligten sowie insbesondere auf eine schuldhafte Verletzung von Aufsichts- oder Verkehrssicherungspflichten ankommt. Kraft gesetzlicher Rahmenbestimmung (§ 31 Abs. 1 SchoG, § 20 Abs. 5 AScho) beziehen die bestehenden Versicherungsverträge zudem den Schulweg in den Bereich des möglichen Schadensausgleichs mit ein.

Die Einrichtung einer vertraglichen Unfallversicherung bewirkt zweifellos einen verstärkten Schutz des unfallgeschädigten Schülers sowie eine Entlastung von Lehrer, Dienstherrn und Schulträger. Gleichwohl vermag auch diese Lösung den angestrebten umfassenden Schadensausgleich unter geringster möglicher Belastung der Beteiligten nicht zu gewährleisten. Abgesehen von der Beschränkung des Versicherungsschutzes auf reine Personenschäden sind auch der Höhe nach den Leistungen begrenzt, so dass eine volle Übernahme des Risikos aus Schulunfällen nicht stattfindet. Insbesondere ist die Sicherung bei folgeschweren Unfällen unzureichend.

Ein wesentlicher Mangel der bisherigen Versicherungsregelung besteht ferner darin, dass nach § 20 Abs. 4 ASchO eine Entschädigung schlechthin nur subsidiär gewährt wird. Die Unfallversicherung tritt nur insoweit ein, als die Erziehungsberechtigten des verunglückten Schülers ihre eigene Versicherung nicht in Anspruch nehmen können und auch kein Dritter zum Schadensersatz verpflichtet ist. Damit besteht letztlich wiederum Veranlassung zu prüfen, ob das Schadensereignis möglicherweise auf die schuldhaft Verletzung von Aufsichts- oder Verkehrssicherungspflichten mit entsprechenden Haftungsfolgen zurückzuführen ist. Das Ziel, Ersatzleistungen für erlittene Unfallschäden von der Frage des Verschuldens zu trennen, lässt sich demnach mit der bisherigen Form einer Schülerunfallversicherung nicht erreichen.

3. Gesetzliche Schülerunfallversicherung im Rahmen der Reichsversicherungsordnung (RVO)

a) Geltungsbereich

Das Gesetz über Unfallversicherung für Schüler und Studenten sowie Kinder in Kindergärten vom 18. März 1971 (Bundesgesetzbl. I, S. 237), in Kraft getreten am 1. April 1971 (vgl. Erlass betr. Schülerunfallversicherung vom 26. März 1971, GMBL 1971, S. 342), bringt für den Versicherungsschutz und damit für die Entschädigung bei Schülerunfällen eine wesentliche Neuregelung.

Die in § 1 Nr. 1 des Gesetzes genannten Personengruppen werden im Wege einer Neufassung des § 539 Abs. 1 Nr. 14 RVO in das bundeseinheitliche gesetzliche Unfallversicherungssystem der RVO einbezogen. Gemäß § 539 Abs. 1 Nr. 14 lit. b RVO sind damit namentlich Schüler während des Besuchs allgemeinbildender Schulen – Schüler berufsbildender Schulen waren schon bisher erfasst – kraft Gesetzes in der Unfallversicherung gegen "Arbeitsunfall" versichert. Nach § 548 RVO steht damit die gesamte Schülertätigkeit im Bereich der Schule (Unterrichtsteilnahme, Pausen, Ausflüge, Wanderfahrten, Besichtigungen, sonstige Schulveranstaltungen, Tätigkeit in der SMV) unter dem Schutz der Versicherung. In Anwendung des § 550 Satz 1 RVO fallen auch der Schulweg sowie der Weg von und nach dem Ort einer sonstigen Schulveranstaltung uneingeschränkt darunter. Dagegen werden im Allgemeinen Unfälle nach Verlassen des Schulgeländes während der Unterrichtszeit (z. B. in Fällen des § 14 Abs. 5 AScho) nicht unter den Versicherungsschutz fallen, da ein Unfall nur dann unter den Versicherungsschutz der gesetzlichen Unfallversicherung fällt, wenn er unmittelbar im Zusammenhang mit dem Schulbesuch steht.

b) Leistungen

Im Versicherungsfall sind für Schüler die gleichen Leistungen vorgesehen, die allen anderen nach der RVO unfallversicherten Personen auch zugutekommen.

So werden insbesondere ein gezieltes Heilverfahren sowie die umfassende Übernahme von Arztkosten und sonstigen Aufwendungen der gesamten Heilbehandlung gewährleistet. Bei schweren Unfällen mit Auswirkungen auf die spätere Erwerbsfähigkeit des Schülers, bei langfristiger Behinderung sowie bei Dauerschäden kann es sogar zur Gewährung von Berufshilfe oder zur Zahlung von Verletztenrente kommen. Die Versicherungsträger haben im Übrigen die Möglichkeit, geeignete Einrichtungen für die medizinische und berufliche Rehabilitation geschädigter Schüler zu schaffen.

Da zum Aufgabenbereich der gesetzlichen Unfallversicherung in erster Linie auch die gezielte Verhütung von Arbeitsunfällen und eine wirksame Erste Hilfe gehören (§§ 537 Nr. 1, 546 RVO), bedingt die Neuregelung eine Intensivierung des vorbeugenden Unfallschutzes sowie der Erste-Hilfe-Voraussetzungen in der Schule. So ist beispielsweise nach dem neuen Satz 4 des § 719 Abs. 1 RVO die Bestellung eines oder mehrerer Sicherheitsbeauftragter für die Schule vorgesehen, die vornehmlich bei der Durchführung von Schutzmaßnahmen und der Einhaltung von Verhütungsvorschriften mitwirken. Auf diesem Gebiet eröffnen sich auch Möglichkeiten für eine Mitarbeit von Elternvertretung und SMV. Mit einer umfassenden Unfallvorsorge wird schließlich notwendigerweise eine präzisere Bestimmung und wirksame Auswertung der wesentlichen Unfallursachen und Gefahrenquellen im Bereich der Schule verbunden sein.

Im Einzelnen ergeben sich die gesetzlich vorgesehenen Leistungen der Unfallversicherung aus den Bestimmungen der §§ 546-631 RVO.

c) Organisation

Träger der Unfallversicherung sind die Landesausführungsbehörde für Unfallversicherung des Saarlandes (für Schüler staatlicher Schulen, für Schüler an privaten allgemeinbildenden Schulen und für Studierende an privaten Hochschulen) und der Gemeindeunfallversicherungsverband für das Saarland (für Schüler von Schulen der Gemeinden und Gemeindeverbände). Die Eltern bzw. Erziehungsberechtigten der Schüler werden nicht belastet.

d) Besonderheiten der Neuregelung

Die gesetzliche Schülerunfallversicherung bewirkt nach Art und Umfang der vorgesehenen Leistungen eine erheblich verstärkte soziale Sicherung der Schüler gegen die Folgen eines Schulunfalls. Gegenüber der bisherigen Regelung bietet sie

weitere entscheidende Vorteile: Im Schadensfalle tritt die Unfallversicherung kraft Gesetzes unmittelbar und primär zugunsten des Versicherten mit den gesetzlich geregelten Leistungen ein, ohne dass er auf anderweitige Ersatzansprüche verwiesen werden könnte.

Die Frage einer schuldhaften Schadensverursachung ist für die Versicherungsleistung nur insoweit von Bedeutung, als dem Verletzten nach § 553 RVO ein Anspruch gegen den Versicherungsträger nur dann nicht zusteht, wenn er selbst den Unfall absichtlich herbeigeführt hat. Der Geschädigte wird also weder durch ein Subsidiaritätsprinzip benachteiligt noch muss er den Nachweis einer schuldhaften Pflichtverletzung, z. B. eines Lehrers führen.

Allerdings muss hervorgehoben werden, dass die gesetzliche Unfallversicherung nur die durch Schülerunfälle ausgelösten Personenschäden betrifft. Für Sachschäden sind weiterhin die allgemeinen haftungsrechtlichen Bestimmungen der Art. 34 GG, 120 SVerf i. V. m. § 839 BGB in vollem Umfang maßgebend. Ferner bleiben natürlich die Fälle von der gesetzlichen Schülerunfallversicherung unberührt, in denen Dritte auf Grund pflichtwidrigen Verhaltens des Lehrers zu Schaden kommen, da diese nicht unter den gesetzlichen Versicherungsschutz fallen.

Angesichts dieser Rechtslage und dem nach wie vor bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit bestehenden Rückgriffsrecht (§ 640 RVO i. V. m. § 839 BGB i. V. m. Art. 120 SVerf und Art. 34 GG) ist vorsichtigen und verantwortungsbewussten Lehrkräften der Abschluss einer privaten Haftpflichtversicherung zur Abdeckung der verbliebenen Risiken weiterhin zu empfehlen.

Die neue Regelung begünstigt schließlich die versicherten Schüler und deren Erziehungsberechtigte auch bezüglich einer etwaigen Haftung untereinander. Nach § 637 Abs. 4 RVO können sie bei Eintritt des Versicherungsfalles nur noch für vorsätzlich schuldhaftes Verhalten insoweit zur Verantwortung gezogen werden, als es sich um Ersatzansprüche des Geschädigten handelt, die von der gesetzlichen Unfallversicherung nicht gedeckt sind. Im Übrigen hat aber der Versicherungsträger für die von ihm erbrachten Leistungen gegen den Schädiger ein Rückgriffsrecht für grobfahrlässig oder vorsätzlich herbeigeführte Unfälle (§ 640 RVO).

Hinweis: An die Stelle der Regelung der Schülerunfallversicherung in der RVO ist die Regelung durch das Sozialgesetzbuch – SGB VII – Gesetzliche Unfallversicherung – getreten –.

GEW

**Erlass zur Aufsichtspflicht auf dem Hin- und Rückweg
zwischen Schule und Sportübungsstätte**
Vom 12. Oktober 1970 (GMBI. Saar S. 611)

Bezug: Rundschreiben an die Gymnasien und Realschulen des Saarlandes vom 22. Juni 1967, Az.: V/III-1-III 11.

Das o. a. Rundschreiben vom 22. Juni 1967 an die Gymnasien und Realschulen, das nachstehend erneut bekannt gegeben wird, gilt ab sofort auch für die Hauptschulen (Klassenstufen 5 bis 9) des Saarlandes.

Dabei hat die Schule nach pflichtgemäßem Ermessen zu prüfen, ob "erhöhte Verkehrsgefahren" im Sinne des o. a. Rund-
erlasses bestehen, die ein anderes Verfahren (Begleitung durch Aufsichtspersonen) verlangen.

Text des Rundschreibens vom 22. Juni 1967:

Grundsätzlich können Schüler während der Unterrichtszeit nach entsprechender Ermahnung des verantwortlichen Lehrers auch ohne erwachsene Aufsichtsperson von der Schule zu einer außerhalb des Schulbereiches liegenden Übungsstätte und von dort zurück zur Schule geschickt werden, wenn nicht besondere Gründe, z. B. erhöhte Verkehrsgefahren, entgegenstehen.

Dies trifft für alle Klassenstufen zu, jedoch dürfte es angebracht sein, zumindest in den unteren Klassenstufen die Schüler in Gruppen gehen zu lassen und jeweils einen Schüler mit der Führung der Gruppe zu beauftragen, es sei denn, eine Lehrperson steht zur Verfügung.

Schüler, die ein Fahrzeug besitzen, können mit dem Fahrzeug den Weg zurücklegen.

Fällt der Turnunterricht in die letzte Stunde, müssen die Schüler nicht von der Übungsstätte aus zur Schule zurückgebracht werden. Sie können von der Übungsstätte aus nach Schulschluss entlassen werden, wenn nicht besondere Gründe entgegenstehen; z. B. eine gesteigerte Verkehrsgefahr.

Die gesamte Klasse, aber auch einzelne Schüler, kann bzw. können von der Übungsstätte aus vor Ende der Unterrichtszeit entlassen werden, wenn dies zum rechtzeitigen Erreichen von Verkehrsmitteln erforderlich ist und nicht besondere Gründe entgegenstehen.

Vorstehende Grundsätze gelten sinngemäß für alle Unterrichtsveranstaltungen außerhalb des Schulgeländes innerhalb der Gemeindegrenzen.

**Verordnung zum Unterricht für ausländische Kinder,
Jugendliche und Heranwachsende sowie
Schüler und Schülerinnen mit Migrationshintergrund**

Vom 24. November 2009 (Amtsbl. I S. 1818) –
zuletzt geändert am 8. Dezember 2021 (Amtsbl. I S. 2629)

§ 1

Allgemeines

Das Schulpflichtgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. August 1996 (Amtsbl. S. 846; 1997, S. 147), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 18. Juni 2008 (Amtsbl. S. 1258), und die Verordnung zur Ausführung des Schulpflichtgesetzes (VO-Schulpflichtgesetz) vom 23. Juni 2004 (Amtsbl. S. 1382), geändert durch das Gesetz vom 18. Juni 2008 (Amtsbl. S. 1258), gelten auch für ausländische Kinder, Jugendliche und Heranwachsende, die im Saarland ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt oder ihre Berufsausbildungs- oder Arbeitsstätte haben, sowie für ausländische Kinder, Jugendliche und Heranwachsende, die im Besitz einer Aufenthaltsgestattung oder Duldung sind. Die Schulpflicht besteht auch dann, wenn diese Schüler und Schülerinnen nach dem Recht ihres Heimatlandes nicht oder nicht mehr schulpflichtig sind.

§ 2

Aufnahme in allgemeinbildende und berufliche Schulen

(1) Ausländische Kinder und Jugendliche, die im Saarland schulpflichtig sind und dem Unterricht an einer deutschen Schule nach Einschätzung der aufnehmenden Schule ohne erhebliche sprachliche Schwierigkeiten folgen können, werden grundsätzlich in die ihrem Alter oder ihren Leistungen entsprechenden Klassen der jeweiligen Schulformen bzw. Schulstufen aufgenommen. Erhebliche sprachliche Schwierigkeiten liegen vor, wenn keine ausreichenden Kenntnisse und Fähigkeiten in der deutschen Sprache gegeben sind.

(2) Schüler und Schülerinnen mit Migrationshintergrund (mindestens ein Elternteil ist Ausländer/Ausländerin, im Ausland geboren, seit 1. Januar 1950 zugewandert oder eingebürgert) sollen in möglichst allen Fächern gemeinsam mit Schülern und Schülerinnen ohne Migrationshintergrund unterrichtet werden, soweit mangelnde Kenntnis der deutschen Sprache diesem Ziel nicht entgegensteht. Sofern sie wegen erheblicher sprachlicher Schwierigkeiten dem Unterricht in einer Klasse nicht folgen können, sind unter Berücksichtigung der sächlichen und personellen Gegebenheiten zusätzliche Unterrichtseinrichtungen, insbesondere Sprachfördermaßnahmen, vorzuhalten, die die Schüler und Schülerinnen in die Lage versetzen, möglichst zeitnah wieder am gemeinsamen Unterricht teilnehmen zu können. Zu den Einrichtungen zählen insbesondere Vorbereitungsklassen, Intensivkurse und Förderstunden, die Bestandteile der Schule sind. In diesen besonderen Unterrichtseinrichtungen sollen besonders ausgebildete Lehrkräfte unterrichten.

(3) Der Anteil der Schüler und Schülerinnen mit nicht ausreichenden deutschen Sprachkenntnissen in deutschen Klassen soll nach Möglichkeit ein Fünftel nicht übersteigen. Sofern örtlich die Quote der in Regelklassen aufzunehmenden Schüler und Schülerinnen mit nicht ausreichenden deutschen Sprachkenntnissen und -fähigkeiten ein Fünftel wesentlich übersteigt, können besondere Klassen für diese Schüler und Schülerinnen gebildet werden, die nach den geltenden Lehrplänen in deutscher Sprache arbeiten.

§ 3

Organisation und Inhalt des Unterrichts;

Hilfen bei der Eingliederung in allgemeinbildende und berufliche Schulen

(1) Der Unterricht in Vorbereitungsklassen hat die Aufgabe, die Eingewöhnung der Schüler und Schülerinnen mit Migrationshintergrund in die Schule zu erleichtern und zu beschleunigen. Er hat seinen Schwerpunkt in der Vermittlung der deutschen Sprache.

Eine Vorbereitungsklasse ist für etwa acht Schüler und Schülerinnen gleicher oder verschiedener Sprachzugehörigkeit einzurichten. Bei 15 Schülern und Schülerinnen ist eine Teilung der Klasse möglich. Zum Erreichen der geforderten Schülerzahl sollen in Absprache mit der Schulaufsichtsbehörde gemeinsame Vorbereitungsklassen für mehrere Schulstandorte gebildet werden. Sind an einer Schule mehrere Vorbereitungsklassen zu bilden, so ist eine Zusammenfassung der Schüler und Schülerinnen unter Berücksichtigung von Alter und Leistungen in der deutschen Sprache zu empfehlen. Dabei soll angestrebt werden, nicht mehr als zwei Jahrgangsstufen in einer Vorbereitungsklasse zu unterrichten.

Die für den Unterricht in Vorbereitungsklassen verwendeten Lehrpläne und Stundentafeln orientieren sich an den für die deutschen Schüler und Schülerinnen geltenden Lehrplänen und Stundentafeln.

Der Besuch der Vorbereitungsklasse dauert in der Regel ein Jahr. Nach ausreichender Förderung in der deutschen Sprache sind die Schüler und Schülerinnen unter Berücksichtigung von Alter und Leistungen den Regelklassen zuzuweisen. Der Übergang erfolgt in der Regel am Ende eines Schulhalbjahres.

(2) Anstelle von Vorbereitungsklassen können für Kinder mit gleicher und verschiedener Sprachzugehörigkeit auch Intensivkurse in Deutsch als Zweitsprache eingerichtet werden. Dies gilt insbesondere dann, wenn die Bildung von Vorbereitungsklassen wegen zu geringer Schülerzahl nicht möglich ist.

(3) Schülern und Schülerinnen mit Migrationshintergrund in Regelklassen, die, beispielsweise als Seiteneinsteiger, noch nicht über ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache verfügen, sollen hierfür Förderstunden erteilt werden. Zur Förderung der schulischen und gesellschaftlichen Eingliederung können auch Hausaufgabenhilfe, Spielnachmittage, vor-schulische Maßnahmen u.ä. in Betracht gezogen werden. Eine enge Zusammenarbeit mit den Eltern dieser Schüler und Schülerinnen im Sinne einer Erziehungs- und Bildungspartnerschaft ist anzustreben.

§ 4

Hilfen bei der Eingliederung in weiterführende allgemeinbildende und berufliche Schulen

(1) Schüler und Schülerinnen mit Migrationshintergrund sollen in den weiterführenden Schulen so gefördert werden, dass sie die Bildungsangebote entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit nutzen können. Im Fach Deutsch erhalten sie insbesondere als Seiteneinsteiger bei Bedarf im Rahmen der inneren oder äußeren Differenzierung zusätzlichen Förderunterricht.

(2) Sofern es die sächlichen und personellen Voraussetzungen zulassen, kann Unterricht in der Muttersprache als Fremdsprache angeboten werden. Wenn ein solcher Unterricht nicht angeboten werden kann, kann den Schülern und Schülerinnen die Möglichkeit geboten werden, einen entsprechenden Qualifikationsnachweis durch eine Prüfung zu erwerben.

§ 5

Aufnahme in Förderschulen

(1) Für die Aufnahme ausländischer Schüler und Schülerinnen in eine Förderschule gelten dieselben Bestimmungen wie für deutsche Schüler und Schülerinnen.

(2) Mangelnde Kenntnisse der deutschen Sprache sind dabei kein Kriterium für sonderpädagogischen Förderungsbedarf. Dessen Feststellung im Sinne des Förderbereichs Lernen ist wegen der eingeschränkten sprachlichen Verständigung mit besonderen Schwierigkeiten verbunden. Um Fehlentscheidungen zu begegnen, sollen Schüler und Schülerinnen mit Migrationshintergrund in der Regel vor der Meldung zur Überprüfung auf Vorliegen einer sonderpädagogischen Förderungsbedürftigkeit mindestens zwölf Wochen im Unterricht beobachtet werden. Die Beobachtungen sind schriftlich oder elektronisch festzuhalten.

(3) Im Rahmen des förderdiagnostischen Überprüfungsverfahrens durch die Förderschule, zu dem die Erziehungsberechtigten einzuladen und im Bedarfsfall sprachkundige Vermittler hinzuzuziehen sind, sind insbesondere zu prüfen:

der Sprachstand in der deutschen und in der Muttersprache, gegebenenfalls die Schulkenntnisse in der Muttersprache, die Intelligenz mit weitgehend sprachfreien Tests, Ausdauer und Konzentration, der Entwicklungsstand im bildnerischen Gestalten.

Ist das Untersuchungsergebnis nicht eindeutig, so ist der Besuch der bisherigen Schule zu empfehlen und bei Bedarf, spätestens nach Ablauf eines Jahres, eine weitere Überprüfung vorzunehmen.

§ 6

(aufgehoben)

§ 7

Zeugnisse

(1) Ausländische Schüler und Schülerinnen an deutschen Schulen erhalten Zeugnisse wie deutsche Schüler und Schülerinnen.

(2) Die Leistungsbewertung im Fach Deutsch kann durch eine Bemerkung über die mündliche und schriftliche Ausdrucks- und Verständigungsfähigkeit ergänzt oder erläutert werden. Bei Schülern und Schülerinnen, die wegen erheblicher sprachlicher Schwierigkeiten dem Unterricht in einer Klasse nicht folgen können, kann auf die Ausweisung der Note im Fach Deutsch sowie gegebenenfalls auf die Ausweisung weiterer Fachnoten verzichtet werden. Soweit eine Versetzungsent-scheidung nach der jeweiligen Schulordnung vorgesehen ist, wird auf eine solche für den jeweiligen Schüler oder die jeweilige Schülerin verzichtet; über das Aufsteigen in die nächsthöhere Klassenstufe entscheidet die Zeugniskonferenz. Die

Regelungen in Satz 2 gelten nicht bei der Versetzung in Abschlussklassen, bei Abschlussprüfungen und - außer am Ende von Klassenstufe 4 der Grundschule - bei Übergangsentscheidungen.

§ 8

Unterricht in der Herkunftssprache

Das Land bietet herkunftssprachlichen Unterricht unter Aufsicht der Schulaufsichtsbehörde an. Der herkunftssprachliche Unterricht dient der Förderung und Pflege der sprachlichen Fähigkeiten in der Herkunftssprache sowie der Weiterentwicklung interkultureller Kompetenzen. Darüber hinaus fördert dieser Unterricht die Identität und Mehrsprachigkeit der Schüler und Schülerinnen und leistet einen Beitrag, die Gesamtpersönlichkeit von Kindern und Jugendlichen in ihrer aktuellen Lebens- und Lernwirklichkeit zu berücksichtigen.

§ 9

Inkrafttreten, Außerkrafttreten, Aufhebung von Vorschriften

(1) Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(2) Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung treten der Erlass betreffend den Unterricht für Kinder ausländischer Arbeitnehmer und für jugendliche ausländische Arbeitnehmer vom 10. Oktober 1977 (GMBL. Saar S. 674) und der Erlass betreffend den Schulbesuch der Kinder von Asylbewerbern im schulpflichtigen Alter vom 12. März 1987 (GMBL. Saar S. 83) außer Kraft.

GEW

Saarländisches Beamtengesetz (SBG)

Vom 11. März 2009 (Amtsbl. S. 514) –

zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 24. April 2024 (Amtsbl. I S. 354)

Inhaltsübersicht**Abschnitt I****Allgemeine Vorschriften**

- § 1 Geltungsbereich
- § 2 Dienstherrnfähigkeit
- § 3 Oberste Dienstbehörde; Dienstvorgesetzte

Abschnitt II**Beamtenverhältnis**

- § 4 Berufung in das Beamtenverhältnis
- § 5 Stellenausschreibungspflicht; gesundheitliche Eignung; Frauenförderung
- § 6 Ernennung; Zuständigkeit und Wirksamkeit
- § 7 Nichtigkeit; Verbot der Führung der Dienstgeschäfte
- § 8 Rücknahme der Ernennung

Abschnitt III**Laufbahnen**

- § 9 Erlass von Rechtsverordnungen
- § 10 Begriff und Einteilung
- § 11 Einstellung; Beförderung
- § 12 Beförderungssperre zwischen zwei Mandaten
- § 13 Laufbahnen des einfachen Dienstes
- § 14 Laufbahnen des mittleren Dienstes
- § 15 Laufbahnen des gehobenen Dienstes
- § 16 Laufbahnen des höheren Dienstes
- § 17 Zulassung zum Vorbereitungsdienst; Laufbahnbefähigung
- § 18 Erwerb der Laufbahnbefähigung aufgrund der Richtlinie 2005/36/EG
- § 19 Anrechnung von förderlichen Zeiten auf den Vorbereitungsdienst
- § 20 Beschränkung der Zulassung zum Vorbereitungsdienst
- § 21 Probezeit
- § 22 Andere Bewerberinnen und Bewerber
- § 23 Probezeit bei anderen Bewerberinnen und Bewerbern
- § 24 Fortbildung
- § 25 Benachteiligungsverbot; Nachteilsausgleich

Abschnitt IV**Dienstherrnwechsel; Zuweisung**

- § 26 Grundsatz
- § 27 Abordnungs- und Versetzungsverfügung; Zuweisung
- § 28 Abordnung
- § 29 Versetzung
- § 30 Übertritt oder Übernahme von Beamtinnen und Beamten bei der Umbildung von Körperschaften
- § 31 Verfahren bei Übertritt oder Übernahme in den Dienst einer anderen Körperschaft

§ 32 Übertragung eines gleichzubewertenden Amtes

§ 33 Ernennung von Beamtinnen und Beamten bei bevorstehenden Umbildungen

§ 34 Umbildung; Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger

§ 35 Körperschaft; Begriff

Abschnitt V

Beendigung des Beamtenverhältnisses

1. Entlassung

§ 36 Entlassung kraft Gesetzes

§ 37 Entlassung durch Verwaltungsakt

§ 38 Zuständigkeit; Wirksamkeit der Entlassung

§ 39 Folgen der Entlassung

2. Verlust der Beamtenrechte

§ 40 Wirkung des Verlustes der Beamtenrechte; Wiederaufnahmeverfahren

§ 41 Gnadenrecht

3. Entfernung aus dem Beamtenverhältnis

§ 42 Entfernung aus dem Beamtenverhältnis

4. Ruhestand

§ 43 Ruhestand wegen Erreichens der Altersgrenze

§ 44 Ruhestand auf Antrag

§ 45 Verfahren bei Dienstunfähigkeit

§ 46 Versetzung von Beamtinnen und Beamten auf Probe in den Ruhestand

§ 47 Zuständigkeit für die Versetzung in den Ruhestand; Beginn des Ruhestandes; Ruhegehalt

§ 48 Zuständigkeit und Verfahren bei begrenzter Dienstfähigkeit

§ 49 Wiederherstellung der Dienstfähigkeit nach Versetzung in den Ruhestand

§ 50 Ärztliche Untersuchung

5. Einstweiliger Ruhestand

a) Allgemeines

§ 51 Politische Beamtinnen und Beamte

§ 52 Einstweiliger Ruhestand

b) Einstweiliger Ruhestand bei organisatorischen Veränderungen

§ 53 Versetzung in den einstweiligen Ruhestand bei Auflösung oder Umbildung von Behörden

§ 54 Versetzung in den einstweiligen Ruhestand bei Auflösung oder Umbildung von Körperschaften

Abschnitt VI

Rechtliche Stellung im Beamtenverhältnis

1. Pflichten

a) Allgemeines

§ 55 Mitgliedschaft in der Landesregierung und Ausübung eines Mandates

b) Diensteid

§ 56 Eidesformel

c) Beschränkung bei Vornahme von Amtshandlungen

§ 57 Befreiung von Amtshandlungen

§ 58 Verbot der Führung der Dienstgeschäfte

d) Amtsverschwiegenheit

§ 59 Amtsgeheimnis; Aussagegenehmigung

e) Auskünfte an die Presse

§ 60 Auskünfte an die Presse

f) Verbot der Annahme von Belohnungen, Geschenken und sonstigen Vorteilen

§ 61 Verbot der Annahme von Belohnungen, Geschenken und sonstigen Vorteilen

g) Wohnung; Aufenthaltsanweisung

§ 62 Wahl der Wohnung; Aufenthaltsanweisung

h) Dienstkleidung

§ 63 Vorschriften über Dienstkleidung

i) Folgen der Nichterfüllung von Pflichten; Haftung

§ 64 Dienstvergehen

§ 65 Haftung; Verjährung; Anspruchsübergang

2. Rechte**a) Fürsorge und Schutz**

§ 66 Mutterschutz und Elternzeit

§ 67 Beihilfe

§ 67a Übertragung der Gewährung von Beihilfen im Landesbereich

§ 68 Jubiläumswendung

§ 69 Arbeitsschutz; Jugendarbeitsschutz

b) Amtsbezeichnung

§ 70 Festsetzung und Führung der Amtsbezeichnung

c) Dienst- und Versorgungsbezüge; sonstige Leistungen

§ 71 Besoldung; Versorgung

§ 72 Sonstige Leistungen

d) Reise- und Umzugskosten

§ 73 Reise- und Umzugskosten

e) Schadensersatz

§ 74 Sachschadensersatz

§ 75 Schadensersatz bei Gewaltakten

§ 76 Übergang von Schadensersatzansprüchen bei Verletzung und Tötung

§ 76a Erfüllungsübernahme bei Schmerzensgeldansprüchen

f) Dienstzeugnis

§ 77 Antrag und Inhalt

3. Arbeitszeit und Urlaub**a) Arbeitszeit**

§ 78 Regelmäßige Arbeitszeit; Mehrarbeit; Bereitschaftsdienst

§ 79 Teilzeitbeschäftigung; Nebentätigkeiten

§ 80 Folgen von Teilzeitbeschäftigung

§ 81 Pflicht zur Dienstleistung; Verlust der Dienstbezüge

b) Urlaub; Wahl in eine gesetzgebende Körperschaft oder in eine kommunale Vertretung

§ 82 Anspruch auf Erholungsurlaub; Urlaub aus anderen Anlässen

§ 83 Urlaub bei Bewerberüberhang und aus familienpolitischen Gründen;
Nebentätigkeiten während der Beurlaubung; Rückkehr; Höchstdauer

§ 83a Familienpflegezeit

§ 83b Pflegezeit und sonstige Freistellungen

4. Nebentätigkeit; Tätigkeit nach Beendigung des Beamtenverhältnisses

§ 84 Nebentätigkeit

- § 85 Pflicht zur Übernahme einer Nebentätigkeit
- § 86 Anzeigepflicht
- § 87 Verbot einer Nebentätigkeit
- § 88 Ausübung von Nebentätigkeiten
- § 89 Verfahren
- § 90 Regressanspruch für die Haftung aus angeordneter Nebentätigkeit
- § 91 Erlöschen der mit dem Hauptamt verbundenen Nebentätigkeiten
- § 92 Verordnungsermächtigung
- § 93 Tätigkeit nach Beendigung des Beamtenverhältnisses
- § 94 Ablieferungspflicht bei Tätigkeiten im Zusammenhang mit dem Hauptamt
- § 94a Ablieferungspflicht für politische Beamtinnen und Beamte

5. Personalakten

- § 95 Personalakte
- § 96 Beihilfeakte
- § 97 Anhörungspflicht vor Übernahme ungünstiger Bewertungen
- § 98 Auskunftsrecht
- § 99 Übermittlung von Personalakten und Auskünfte an Dritte
- § 99a Verarbeitung von Personalaktendaten im Auftrag
- § 100 Entfernung von Unterlagen
- § 101 Aufbewahrungsfrist; Abschluss von Personalakten
- § 102 Personalaktendaten; Zulässigkeit automatisierter Verarbeitung; Informationspflicht bei erstmaliger Speicherung oder Änderung

6. Beamtenvertretung

- § 103 Personalvertretung
- § 104 Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände bei beamtenrechtlichen Neuregelungen; Spitzenorganisationen

Abschnitt VII

Landespersonalausschuss

- § 105 Landespersonalausschuss
- § 106 Mitglieder
- § 107 Unabhängigkeit der Mitglieder
- § 108 Dauer und Ruhen der Mitgliedschaft
- § 109 Befugnisse
- § 110 Geschäftsordnung
- § 111 Sitzungen
- § 112 Geschäftsstelle
- § 113 Beweiserhebung; Amtshilfe der Dienststellen
- § 114 Beschlüsse; Bindungswirkung für die Verwaltung
- § 115 Dienstaufsicht

Abschnitt VIII

Beschwerdeweg und Rechtsschutz

- § 116 Anträge und Beschwerden
- § 117 Vertretung des Dienstherrn bei Klagen aus dem Beamtenverhältnis
- § 118 Zustellung von Verfügungen und Entscheidungen

Abschnitt IX

Besondere Beamtengruppen

1. Beamtinnen und Beamte auf Zeit

§ 119 Allgemeines

§ 120 Hauptamtliche kommunale Wahlbeamtinnen und Wahlbeamte auf Zeit

2. Ehrenbeamtinnen und Ehrenbeamte

§ 121 Ehrenbeamtinnen und Ehrenbeamte

3. Beamtinnen und Beamte des Landtages und des Verfassungsgerichtshofes

§ 122 Beamtinnen und Beamte des Landtages und des Verfassungsgerichtshofes

4. Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte

§ 123 Allgemeines

§ 124 Laufbahnen der Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten

§ 124a Einstellungshöchstaltersgrenzen

§ 125 Gemeinschaftsunterkunft

§ 126 Verbot der politischen Betätigung in Uniform

§ 127 Polizeidienstunfähigkeit

§ 128 Altersgrenze

§ 129 (aufgehoben)

§ 130 Dienstkleidung

5. Beamtinnen und Beamte der Berufsfeuerwehren

§ 131 Beamtinnen und Beamte der Berufsfeuerwehren

§ 131a Einstellungshöchstaltersgrenzen

6. Beamtinnen und Beamte des Justizvollzugsdienstes

§ 132 Beamtinnen und Beamte des Justizvollzugsdienstes

7. Beamtinnen und Beamte an Hochschulen

§ 133 Beamtinnen und Beamte an Hochschulen

Abschnitt X

Übergangs- und Schlussvorschriften

§ 134 Regelung von Zuständigkeiten

§ 135 Oberste Aufsichtsbehörde

§ 136 Mitglieder des Rechnungshofes des Saarlandes

§ 137 Übernahme von Richterinnen und Richtern auf Lebenszeit in den allgemeinen Verwaltungsdienst

§ 138 Übergangsregelungen für Beamtinnen und Beamte auf Probe

§ 139 Übergangsregelungen für Lehrerinnen und Lehrer

§ 140 Weitergeltung von Vorschriften

§ 141 Verwaltungsvorschriften

§ 142 Inkrafttreten; Außerkrafttreten

Abschnitt I

Allgemeine Vorschriften

§ 1

Geltungsbereich

(1) Dieses Gesetz gilt, soweit es im Einzelnen nichts anderes bestimmt, für die Beamtinnen und Beamten des Landes, der Gemeinden, der Gemeindeverbände und der sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts. Es gilt neben dem Beamtenstatusgesetz.

(2) Dieses Gesetz gilt nicht für öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften und ihre Verbände. Diesen bleibt es überlassen, die Rechtsverhältnisse ihrer Beamtinnen, Beamten, Seelsorgerinnen und Seelsorger diesem Gesetz entsprechend zu regeln.

§ 2

Dienstherrnfähigkeit

Die Dienstherrnfähigkeit nach § 2 Nummer 2 des Beamtenstatusgesetzes kann durch Gesetz, durch Rechtsverordnung der Landesregierung oder durch Satzung, die der Genehmigung der Landesregierung bedarf, verliehen werden.

§ 3

Oberste Dienstbehörde; Dienstvorgesetzte

(1) Oberste Dienstbehörde ist für die Beamtinnen und Beamten

1. des Landtages: die Präsidentin oder der Präsident des Landtages,
2. des Verfassungsgerichtshofes: die Präsidentin oder der Präsident des Verfassungsgerichtshofes,
3. der Landesverwaltung: die Ministerpräsidentin oder der Ministerpräsident und die Ministerin oder der Minister jeweils für ihren oder seinen Geschäftsbereich; die Ministerpräsidentin oder der Ministerpräsident kann ihre oder seine Befugnisse auf die Chefin oder den Chef der Staatskanzlei übertragen,
4. des Rechnungshofes: die Präsidentin oder der Präsident des Rechnungshofes,
5. der Gemeinden, der Gemeindeverbände und der sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts: das durch Gesetz, Satzung oder in sonstiger Weise berufene Organ.

(2) Ist die oberste Dienstbehörde weggefallen, so bestimmt die Landesregierung die an ihre Stelle tretende Behörde.

(3) Dienstvorgesetzte oder Dienstvorgesetzter ist, wer für beamtenrechtliche Entscheidungen über die persönlichen Angelegenheiten der ihm nachgeordneten Beamtinnen und Beamten zuständig ist. Vorgesetzte oder Vorgesetzter ist, wer Beamtinnen oder Beamten für ihre dienstliche Tätigkeit Anordnungen erteilen kann. Wer Dienstvorgesetzte oder Dienstvorgesetzter und Vorgesetzte oder Vorgesetzter ist, bestimmt sich nach dem Aufbau der öffentlichen Verwaltung. Ist eine Dienstvorgesetzte oder ein Dienstvorgesetzter nicht vorhanden und ist nicht gesetzlich geregelt, wer ihre oder seine Aufgabe wahrnimmt, so bestimmt für die Beamtinnen und Beamten des Landes die zuständige oberste Landesbehörde, im Übrigen die oberste Aufsichtsbehörde, wer die Aufgaben der oder des Dienstvorgesetzten wahrnehmen soll.

Abschnitt II

Beamtenverhältnis

§ 4

Berufung in das Beamtenverhältnis

(1) In das Beamtenverhältnis darf nur berufen werden, wer neben den allgemein vorgeschriebenen Voraussetzungen die für seine Laufbahn vorgeschriebene oder - mangels solcher Vorschriften - übliche Vorbildung und Ausbildung besitzt (Laufbahnbewerberinnen und Laufbahnbewerber) und das 45. Lebensjahr noch nicht vollendet hat. Die oberste Dienstbehörde kann im Einvernehmen mit dem Ministerium für Inneres, Bauen und Sport und dem Ministerium für Finanzen und Europa bei Vorliegen eines besonderen dienstlichen Bedürfnisses für einzelne Fälle oder für Gruppen von Fällen Ausnahmen von der Altersgrenze zulassen, insbesondere in den Fällen eines außergewöhnlichen Mangels an Bewerberinnen und Bewerbern. Bei Nichtgebietskörperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts, die der Aufsicht des Landes unterstehen, tritt an die Stelle des Ministeriums für Finanzen und Europa die oberste Aufsichtsbehörde.

(2) Die Altersgrenze nach Absatz 1 Satz 1 erhöht sich bei Bewerberinnen und Bewerbern, die wegen Betreuung mindestens eines mit ihnen in häuslicher Gemeinschaft lebenden Kindes unter 18 Jahren nicht vor Erreichen dieser Altersgrenze eingestellt werden konnten, um zwei Jahre je Kind. Entsprechendes gilt bei der tatsächlichen Pflege von pflegebedürftigen

sonstigen nahen Angehörigen, insbesondere aus dem Kreis der Eltern, Schwiegereltern, Ehegattinnen und Ehegatten, eingetragenen Lebenspartnerinnen und Lebenspartner, Geschwister sowie volljährigen Kinder. Die Pflegebedürftigkeit ist durch Vorlage eines ärztlichen Gutachtens, einer Bescheinigung der Pflegekasse oder des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung oder durch Vorlage einer entsprechenden Bescheinigung einer privaten Pflegeversicherung nachzuweisen.

(3) In das Beamtenverhältnis kann abweichend von Absatz 1 auch berufen werden, wer die erforderliche Befähigung durch Lebens- und Berufserfahrung innerhalb oder außerhalb des öffentlichen Dienstes erworben hat (andere Bewerberinnen und Bewerber). Das gilt nicht für die Wahrnehmung solcher Aufgaben, für die eine bestimmte Vorbildung, Ausbildung oder Prüfung durch Gesetz oder Rechtsverordnung vorgeschrieben oder ihrer Eigenart nach herkömmlich oder erforderlich ist.

(4) Als andere Bewerberin oder anderer Bewerber darf nur in das Beamtenverhältnis berufen werden, wer mindestens das 30. Lebensjahr, aber noch nicht das 45. Lebensjahr vollendet hat. Die oberste Dienstbehörde kann im Einvernehmen mit dem Ministerium für Inneres, Bauen und Sport und dem Ministerium für Finanzen und Europa Ausnahmen zulassen; dabei darf die Vollendung des 25. Lebensjahres nicht unterschritten und die gesetzliche Altersgrenze nicht überschritten werden.

(5) Das Ministerium für Inneres, Bauen und Sport kann Ausnahmen von § 7 Absatz 1 Nummer 1 und Absatz 2 des Beamtenstatusgesetzes zulassen, wenn für die Gewinnung von Beamtinnen oder Beamten ein dringendes dienstliches Bedürfnis besteht; bei der Berufung von Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern und anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals in das Beamtenverhältnis kann es Ausnahmen auch aus anderen wichtigen Gründen zulassen.

§ 5

Stellenausschreibungspflicht; gesundheitliche Eignung; Frauenförderung

(1) Vor einer Einstellung und vor der Versetzung von Beamtinnen oder Beamten aus dem Bereich eines anderen Dienstherrn sind die Bewerberinnen und Bewerber durch Stellenausschreibung zu ermitteln. Für die Landesverwaltung kann die Landesregierung, im Übrigen die oberste Aufsichtsbehörde im Einvernehmen mit dem Ministerium für Inneres, Bauen und Sport allgemeine Ausnahmen zulassen.

(2) Die gesundheitliche Eignung für die Berufung in ein Beamtenverhältnis auf Lebenszeit oder in ein anderes Beamtenverhältnis mit dem Ziel der späteren Verwendung im Beamtenverhältnis auf Lebenszeit ist auf Grund eines amtsärztlichen Gutachtens oder eines Gutachtens einer von der obersten Dienstbehörde bestimmten Ärztin oder eines von der obersten Dienstbehörde bestimmten Arztes (§ 50) festzustellen.

(3) § 22 des Gesetzes über genetische Untersuchungen bei Menschen (Gendiagnostikgesetz) vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2529, 3672) in der jeweils geltenden Fassung gilt entsprechend.

(4) Bei der Auslese der Bewerberinnen und Bewerber und bei Ernennungen (§ 9 des Beamtenstatusgesetzes) kann das Geschlecht nach Maßgabe der Regelungen des Landesgleichstellungsgesetzes Berücksichtigung finden.

§ 6

Ernennung; Zuständigkeit und Wirksamkeit

(1) Beamtinnen und Beamte auf Probe, die die beamtenrechtlichen Voraussetzungen für die Ernennung zu Beamtinnen und Beamten auf Lebenszeit erfüllen, sollen spätestens ein Jahr, nachdem sie die vorgeschriebene Probezeit erfolgreich abgeleistet haben, zu Beamtinnen und Beamten auf Lebenszeit

ernannt werden. Spätestens nach fünf Jahren ist das Beamtenverhältnis auf Probe in ein solches auf Lebenszeit umzuwandeln, wenn die Beamtinnen und Beamten die beamtenrechtlichen Voraussetzungen hierfür erfüllen. 3Die Frist verlängert sich um die Zeit einer Beurlaubung ohne Dienstbezüge.

(2) Die Landesregierung ernennt die Beamtinnen und Beamten des Landes, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist. Sie kann diese Befugnis durch Rechtsverordnung auf andere Stellen übertragen.

(3) Die Beamtinnen und Beamten der Gemeinden, der Gemeindeverbände und der sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts werden von den nach Gesetz, Rechtsverordnung oder Satzung hierfür zuständigen Stellen ernannt.

(4) Einer Ernennung bedarf es auch zur Verleihung eines anderen Amtes mit anderer Amtsbezeichnung beim Wechsel der Laufbahngruppe oder des Laufbahnabschnitts.

(5) Die Ernennung wird mit dem Tag der Aushändigung der Ernennungsurkunde wirksam, wenn nicht in der Urkunde ausdrücklich ein späterer Tag bestimmt ist.

(6) Mit der Berufung in das Beamtenverhältnis erlischt ein privatrechtliches Arbeitsverhältnis zum Dienstherrn (§ 2).

§ 7

Nichtigkeit; Verbot der Führung der Dienstgeschäfte

(1) Die Nichtigkeit der Ernennung nach § 11 des Beamtenstatusgesetzes wird von der obersten

Dienstbehörde festgestellt. Die Feststellung der Nichtigkeit ist der Beamtin oder dem Beamten oder den versorgungsberechtigten Hinterbliebenen schriftlich bekannt zu geben.

(2) Nach Kenntnis des Nichtigkeitsgrundes ist den Ernannten jede weitere Führung der Dienstgeschäfte durch die Dienstvorgesetzte oder den Dienstvorgesetzten zu verbieten. Das Verbot ist erst dann auszusprechen, wenn bei Nichtigkeit nach

1. § 11 Absatz 1 Nummer 1 des Beamtenstatusgesetzes die für die Ernennung zuständige Stelle die Wirksamkeit der Ernennung nicht schriftlich bestätigt oder

2. § 11 Absatz 1 Nummer 2 des Beamtenstatusgesetzes die sachlich zuständige Behörde es abgelehnt hat, die Ernennung zu bestätigen oder

3. § 11 Absatz 1 Nummer 3 Buchstabe a des Beamtenstatusgesetzes eine Ausnahme nach § 7 Absatz 3 des Beamtenstatusgesetzes nicht zugelassen wird.

(3) Ist eine Ernennung nichtig, so sind die bis zum Verbot der Führung der Dienstgeschäfte vorgenommenen Amtshandlungen der oder des Ernannten in gleicher Weise gültig, wie wenn sie eine Beamtin oder ein Beamter ausgeführt hätte. Die gewährten Leistungen können belassen werden.

§ 8

Rücknahme der Ernennung

(1) Die Rücknahme der Ernennung nach § 12 des Beamtenstatusgesetzes soll innerhalb einer Frist von sechs Monaten erfolgen, nachdem die oberste Dienstbehörde von der Ernennung und dem zur

Rücknahme berechtigenden Grund Kenntnis erlangt hat. Die Rücknahme wird von der obersten Dienstbehörde schriftlich erklärt; sie hat die Wirkung, dass eine Ernennung nicht zustande gekommen

ist. 3Die Erklärung ist der Beamtin oder dem Beamten zuzustellen. Die Rücknahme der Ernennung ist auch nach Beendigung des Beamtenverhältnisses zulässig.

(2) Ist eine Ernennung zurückgenommen worden, so sind die bis zur Zustellung der Erklärung der Rücknahme vorgenommenen Amtshandlungen der oder des Ernannten in gleicher Weise gültig, wie

wenn sie eine Beamtin oder ein Beamter ausgeführt hätte. Die gewährten Leistungen können belassen werden.

Abschnitt III

Laufbahnen

§ 9

Erlass von Rechtsverordnungen

(1) Die Landesregierung erlässt durch Rechtsverordnung Vorschriften über die Laufbahnen der Beamtinnen und Beamten nach Maßgabe der folgenden Grundsätze.

(2) Die Ausbildungs- und Prüfungsordnungen werden, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, im Rahmen der Laufbahnvorschriften nach Absatz 1 von den Ministerien für ihren Geschäftsbereich und für die ihrer Aufsicht unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts im Einvernehmen mit dem Ministerium für Inneres, Bauen und Sport durch Rechtsverordnung erlassen; für die Gemeinden und Gemeindeverbände erlässt die Rechtsverordnungen das Ministerium für Inneres, Bauen und Sport.

(3) Die Landesregierung erlässt durch Rechtsverordnung Vorschriften über die Eignung von Beamtinnen und Beamten, im öffentlichen Dienst in anerkannten Ausbildungsberufen nach dem Berufsbildungsgesetz auszubilden.

§ 10

Begriff und Einteilung

(1) Eine Laufbahn umfasst alle Ämter derselben Fachrichtung, die verwandte und gleichwertige Vorbildungen und Ausbildungen voraussetzen; zur Laufbahn gehört auch der Vorbereitungsdienst.

(2) 1Die Laufbahnen gehören zu den Laufbahngruppen des einfachen, des mittleren, des gehobenen

oder des höheren Dienstes. 2Die Zugehörigkeit zu einer Laufbahngruppe bestimmt sich nach dem Eingangsamt der Laufbahn.

(3) Für die Zulassung zu den Laufbahnen werden die Bildungsgänge und ihre Abschlüsse den Laufbahnen unter Berücksichtigung der mit der Laufbahn verbundenen Anforderungen zugeordnet.

(4) Vor- und Ausbildung, Prüfung sowie sonstige Voraussetzungen müssen geeignet sein, die Befähigung für die Laufbahn zu vermitteln.

§ 11

Einstellung; Beförderung

(1) Die Einstellung von Beamtinnen oder Beamten ist nur in dem Eingangsamt ihrer Laufbahn zulässig.

(2) 1Die Beförderung ist eine Ernennung, durch die Beamtinnen oder Beamten ein anderes Amt mit höherem Endgrundgehalt verliehen wird. 2Einer Beförderung steht es gleich, wenn Beamtinnen oder Beamten ein anderes Amt mit gleichem Endgrundgehalt und anderer Amtsbezeichnung beim Wechsel der Laufbahngruppe oder des Laufbahnabschnitts verliehen wird.

(3) Eine Beförderung ist nicht zulässig

1. während der Probezeit,
2. vor Ablauf eines Jahres seit Beendigung der Probezeit oder der letzten Beförderung, es sei denn, dass das bisherige Amt nicht regelmäßig durchlaufen zu werden brauchte,
3. während einer mindestens sechsmonatigen Erprobungszeit, in der die Eignung für einen höherbewerteten Dienstposten festgestellt werden soll.

Ämter, die regelmäßig zu durchlaufen sind, dürfen nicht übersprungen werden.

(4) Die oberste Dienstbehörde kann mit Zustimmung des Landespersonalausschusses Ausnahmen von den Absätzen 1 und 3 zulassen. § 25 Absatz 3 bleibt unberührt. Für die in § 51 Absatz 1 bezeichneten Beamtinnen und Beamten kann abweichend von Satz 1 die Landesregierung Ausnahmen von den Absätzen 1 und 3 zulassen.

(5) Bei der Anrechnung von Betreuungs- und Pflegezeiten können durch Laufbahnvorschriften Höchstgrenzen festgesetzt werden.

(6) Der Aufstieg in die nächsthöhere Laufbahn derselben Fachrichtung ist auch ohne Erfüllung der Eingangsvoraussetzungen für diese Laufbahn möglich, jedoch ist die Ablegung einer Prüfung erforderlich, soweit die Laufbahnvorschriften nichts Abweichendes bestimmen.

§ 12

Beförderungssperre zwischen zwei Mandaten

Legen in den Deutschen Bundestag oder in die gesetzgebende Körperschaft eines Landes gewählte Beamtinnen oder Beamte, deren Rechte und Pflichten aus dem Beamtenverhältnis ruhen oder die ohne Bezüge beurlaubt sind, ihr Mandat nieder und bewerben sie sich zu diesem Zeitpunkt erneut um ein solches Mandat, so sind die Übertragung eines anderen Amtes mit höherem Endgrundgehalt und die Übertragung eines anderen Amtes beim Wechsel der Laufbahngruppe oder des Laufbahnabschnitts nicht zulässig. Entsprechendes gilt für die Zeit zwischen zwei Wahlperioden.

§ 13

Laufbahnen des einfachen Dienstes

Für die Laufbahnen des einfachen Dienstes sind mindestens zu fordern

1. der Hauptschulabschluss oder ein als gleichwertig anerkannter Bildungsstand,
2. ein Vorbereitungsdienst von sechs Monaten oder eine nach näherer Bestimmung der Laufbahnvorschriften als gleichwertig anerkannte Befähigung.

§ 14

Laufbahnen des mittleren Dienstes

Für die Laufbahnen des mittleren Dienstes sind mindestens zu fordern

1. der mittlere Bildungsabschluss oder der Hauptschulabschluss und eine förderliche abgeschlossene Berufsausbildung oder ein als gleichwertig anerkannter Bildungsstand,
2. ein Vorbereitungsdienst von einem Jahr und die Ablegung der Laufbahnprüfung oder eine nach näherer Bestimmung der Laufbahnvorschriften als gleichwertig anerkannte Befähigung.

§ 15

Laufbahnen des gehobenen Dienstes

(1) Für die Laufbahnen des gehobenen Dienstes sind zu fordern

1. eine zu einem Hochschulstudium berechtigende Schulbildung oder ein als gleichwertig anerkannter Bildungsstand,
2. ein Vorbereitungsdienst von drei Jahren und die Ablegung der Laufbahnprüfung, eine Befähigung, die einen Bachelorabschluss voraussetzt oder eine sonstige als gleichwertig anerkannte Befähigung. Näheres regeln die Laufbahnvorschriften.

Die Dauer des Vorbereitungsdienstes in den Lehrerlaufbahnen kann abweichend von Satz 1 Nummer 2 geregelt werden.

(2) Der Vorbereitungsdienst vermittelt in einem Studiengang einer Fachhochschule oder einem gleichstehenden Studiengang den Beamtinnen und Beamten die wissenschaftlichen Erkenntnisse und Methoden sowie die berufspraktischen Fähigkeiten und Kenntnisse, die zur Erfüllung der Aufgaben in der Laufbahn erforderlich sind. Der Vorbereitungsdienst besteht aus Fachstudien von mindestens achtzehnmonatiger Dauer und berufspraktischen Studienzeiten. Die berufspraktischen Studienzeiten umfassen die Ausbildung in fachbezogenen Schwerpunktbereichen der Laufbahnaufgaben; der Anteil der praktischen Ausbildung darf eine Dauer von einem Jahr nicht unterschreiten.

(3) Der Vorbereitungsdienst kann auf eine Ausbildung in fachbezogenen Schwerpunktbereichen der Laufbahnaufgaben beschränkt werden, wenn der Erwerb der wissenschaftlichen Erkenntnisse und Methoden, die zur Erfüllung der Aufgaben in der Laufbahn erforderlich sind, durch eine insoweit als geeignet anerkannte Prüfung als Abschluss eines Studiengangs an einer Hochschule nachgewiesen worden ist. Anrechenbar sind Studienzeiten von der Zeitdauer, um die nach Satz 1 der Vorbereitungsdienst gekürzt ist. Gegenstand der Laufbahnprüfung sind Ausbildungsinhalte des berufspraktischen Vorbereitungsdienstes.

§ 16

Laufbahnen des höheren Dienstes

(1) Für die Laufbahnen des höheren Dienstes sind zu fordern

1. eine erste Staatsprüfung, die erste juristische Prüfung oder ein Masterabschluss oder ein vergleichbarer Abschluss an einer Hochschule oder ein Masterabschluss an einer Fachhochschule in einem akkreditierten Studiengang,
2. ein Vorbereitungsdienst von mindestens zwei Jahren und die Ablegung der Laufbahnprüfung oder eine nach näherer Bestimmung der Laufbahnvorschriften als gleichwertig anerkannte Befähigung.

Die Dauer des Vorbereitungsdienstes in den Lehrerlaufbahnen kann abweichend von Satz 1 Nummer 2 geregelt werden.

(2) Auf die Ausbildung für den höheren allgemeinen Verwaltungsdienst nach Absatz 1 kann nach Maßgabe des § 5c des Deutschen Richtergesetzes eine erfolgreich abgeschlossene Ausbildung für den gehobenen Justizdienst oder für den gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst angerechnet werden.

§ 17

Zulassung zum Vorbereitungsdienst; Laufbahnbefähigung

(1) Die Zulassung zum Vorbereitungsdienst einer Laufbahn darf nicht deshalb abgelehnt werden, weil die Bewerberin oder der Bewerber die für ihre oder seine Laufbahn vorgeschriebene Vorbildung im Bereich eines anderen Dienstherrn erworben hat.

(2) Wer im Bereich eines Dienstherrn außerhalb des Geltungsbereichs dieses Gesetzes die Befähigung für eine Laufbahn erworben hat, besitzt die Befähigung für entsprechende Laufbahnen bei allen Dienstherrn im Saarland. Welcher Laufbahn die Befähigung der Bewerberin oder des Bewerbers entspricht, entscheidet die oberste Dienstbehörde mit Zustimmung des Ministeriums für Inneres, Bauen und Sport.

(3) Die Befähigung für eine Laufbahn kann als Befähigung für eine gleichwertige Laufbahn anerkannt werden. Laufbahnen gelten als einander gleichwertig, wenn sie zu derselben Laufbahngruppe gehören und die Befähigung für die neue Laufbahn auf Grund der bisherigen Befähigung angenommen oder durch Unterweisung erworben werden kann. Über die Gleichwertigkeit entscheidet die für die neue Laufbahn zuständige oberste Dienstbehörde mit Zustimmung des Ministeriums für Inneres, Bauen und Sport.

(4) Die Befähigung für eine andere Laufbahn kann erworben werden, wenn die Beamtin oder der Beamte an Maßnahmen für den Erwerb der neuen Befähigung erfolgreich teilgenommen hat. Das Nähere regeln die Laufbahnvorschriften.

§ 18

Erwerb der Laufbahnbefähigung aufgrund der Richtlinie 2005/36/EG

(1) Die Laufbahnbefähigung kann auch aufgrund

1. der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl. L 255 vom 30. September 2005, S. 22) in der jeweils geltenden Fassung oder
2. eines mit einem Drittstaat geschlossenen Vertrages, in dem die Bundesrepublik Deutschland und die Europäische Union einen entsprechenden Anspruch auf Anerkennung der Berufsqualifikationen eingeräumt haben, erworben werden.

(2) Die deutsche Sprache muss in dem für die Wahrnehmung der Aufgaben der Laufbahn erforderlichen Maß beherrscht werden.

(3) Das Ministerium für Inneres, Bauen und Sport kann durch Rechtsverordnung die Voraussetzungen und das Verfahren der Anerkennung sowie Ausgleichsmaßnahmen regeln.

(4) 1Das Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz Saarland vom 16. Oktober 2012 (Amtsbl. I S. 437) in

der jeweils geltenden Fassung findet mit Ausnahme des § 13b und des § 17 keine Anwendung. 2Zuständige Stelle nach § 13b des Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes Saarland ist

1. für die Entgegennahme von Warnmeldungen das für die Anerkennung der entsprechenden Laufbahnbefähigung zuständige Ministerium,
2. für die Übermittlung von Warnmeldungen im Falle einer Entscheidung über die Beendigung des Beamtenverhältnisses sowie nach gerichtlicher Feststellung der Verwendung gefälschter Berufsqualifikationsnachweise die oberste Dienstbehörde, soweit die Übermittlung nicht bereits durch das zuständige Gericht erfolgt ist.

§ 19

Anrechnung von förderlichen Zeiten auf den Vorbereitungsdienst

Die Laufbahnvorschriften können bestimmen, inwieweit eine für die Ausbildung der Beamtin oder des Beamten förderliche Tätigkeit auf den Vorbereitungsdienst angerechnet wird.

§ 20

Beschränkung der Zulassung zum Vorbereitungsdienst

(1) Die Zulassung zum Vorbereitungsdienst, dessen Ableistung auch für die Ausübung eines Berufs außerhalb des öffentlichen Dienstes Voraussetzung ist, kann in einzelnen Laufbahnen, Fachrichtungen und Fachgebieten auf Zeit beschränkt werden, soweit die Zahl der zur Verfügung stehenden Ausbildungsplätze nicht für alle Bewerberinnen und Bewerber ausreicht.

(2) Die Zahl der zur Verfügung zu stellenden Ausbildungsplätze richtet sich nach

1. den im Haushaltsplan ausgebrachten Ausbildungsstellen und Mitteln,
2. der personellen, räumlichen, sächlichen und fachbezogenen Ausstattung der Ausbildungseinrichtung.

(3) Die Ausbildungsmöglichkeiten sind voll auszuschöpfen, ohne dass die von der Ausbildungseinrichtung wahrzunehmenden öffentlichen Aufgaben wesentlich beeinträchtigt oder die ordnungsgemäße Ausbildung gefährdet werden.

(4) Übersteigt die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber die Zahl der zu besetzenden Ausbildungsplätze, gelten die folgenden Auswahlgrundsätze:

1. Bis zu einem Zehntel der freien Ausbildungsplätze sind an Bewerberinnen und Bewerber zu vergeben, für die eine Nichtzulassung eine außergewöhnliche, insbesondere soziale Härte bedeuten würde.
2. Von den verbleibenden freien Stellen sind
 - a) sechs Zehntel nach der Eignung und
 - b) vier Zehntel nach der Dauer der Wartezeit seit dem Einstellungstermin, zu dem sich die Bewerberin oder der Bewerber erstmals nach Erfüllung der Einstellungsvoraussetzungen beworben hat,
 zu vergeben.

Sind weniger als zehn Ausbildungsplätze vorhanden, sind diese in Anlehnung an die anteilmäßigen Vorgaben in Nummer 1 und 2 zu vergeben.

(5) Bei gleicher Eignung sind die Bewerberinnen und Bewerber bevorzugt zu berücksichtigen, die eine Dienstpflicht nach Artikel 12a Absatz 1 oder 2 des Grundgesetzes erfüllt oder eine mindestens zweijährige Tätigkeit als Entwicklungshelferin

oder Entwicklungshelfer im Sinne des Entwicklungshelfer-Gesetzes, ein freiwilliges soziales Jahr im Sinne des Gesetzes zur Förderung eines freiwilligen sozialen Jahres, ein freiwilliges ökologisches Jahr im Sinne des Gesetzes zur Förderung eines freiwilligen ökologischen Jahres oder einen Freiwilligendienst nach dem Gesetz zur Förderung von Jugendfreiwilligendiensten oder nach dem Gesetz über den Bundesfreiwilligendienst abgeleistet haben. Im Übrigen entscheidet das Los.

(6) Der Wartezeit sind Zeiten einer Dienstpflicht, einer Entwicklungshelfertätigkeit, eines freiwilligen sozialen oder ökologischen Jahres oder eines Freiwilligendienstes nach Absatz 5 hinzuzurechnen. Die Wartezeit erhöht sich auch um Kindererziehungszeiten, soweit diese die Ausbildung verzögert haben.

Berücksichtigungsfähig sind für jedes Kind Verzögerungszeiten, die das Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz als allgemeine Höchstdauer für den Bezug von Elterngeld vorsieht. Bei gleicher Wartezeit ist die Eignung zu berücksichtigen. Im Übrigen entscheidet das Los.

(7) Das Nähere regelt das für die Ausbildung zuständige Ministerium durch Rechtsverordnung. In ihr sind insbesondere zu bestimmen:

1. die Laufbahnen, Fachrichtungen und Fachgebiete, für die die Zulassung zum Vorbereitungsdienst wegen begrenzter Ausbildungsmöglichkeiten beschränkt werden,
2. der Zeitraum der Beschränkung,
3. die Grundlagen und Maßstäbe für das Auswahlverfahren,
4. Einzelheiten des Bewerbungs- und Einstellungsverfahrens einschließlich der Festsetzung von Ausschlussfristen.

§ 21

Probezeit

(1) Probezeit ist die Zeit im Beamtenverhältnis auf Probe, während der sich die Beamtinnen und Beamten nach Erwerb der Befähigung für die Laufbahn bewähren sollen.

(2) Die regelmäßige Probezeit dauert drei Jahre. Zeiten hauptberuflicher Tätigkeit innerhalb des öffentlichen Dienstes können bis zu einer Mindestprobezeit von einem Jahr auf die Probezeit angerechnet werden, soweit die Tätigkeit nach Art und Bedeutung mindestens der Tätigkeit in einem Amt der

betreffenden Laufbahn gleichwertig ist. Darüber hinaus kann die Probezeit auch aus besonderen dienstlichen Gründen bis auf die Dauer der Mindestprobezeit gekürzt werden.

(3) Für die in § 51 bezeichneten Beamtinnen und Beamten kann die Landesregierung die Probezeit in besonderen Fällen bis auf ein Jahr kürzen.

(4) Die Probezeit kann entfallen, wenn eine frühere Beamtin oder ein früherer Beamter erneut in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit berufen werden soll. Dabei kann ihr oder ihm das ihrem oder seinem früheren Amt entsprechende Amt verliehen werden.

§ 22

Andere Bewerberinnen und Bewerber

(1) Andere als Laufbahnbewerberinnen und Laufbahnbewerber (§ 4 Absatz 3) können nur berücksichtigt werden, wenn keine geeigneten Laufbahnbewerberinnen und Laufbahnbewerber zur Verfügung stehen und wenn die Berücksichtigung einer solchen Bewerberin oder eines solchen Bewerbers von besonderem Vorteil für die dienstlichen Belange ist.

(2) Von anderen Bewerberinnen und Bewerbern darf vorbehaltlich der Bestimmung des § 4 Absatz 3 Satz 2 ein bestimmter Vorbildungsgang nicht gefordert werden. Die Befähigung dieser Bewerberinnen und Bewerber für die Laufbahn, in der sie verwendet werden sollen, ist durch den Landespersonalausschuss festzustellen. Für die in § 51 Absatz 1 bezeichneten Beamtinnen und Beamten stellt die Landesregierung die Laufbahnbefähigung fest.

§ 23

Probezeit bei anderen Bewerberinnen und Bewerbern

(1) Probezeit ist die Zeit im Beamtenverhältnis auf Probe, während der sich die Beamtinnen und Beamten nach Feststellung der Befähigung für die Laufbahn bewähren sollen.

(2) Die regelmäßige Probezeit dauert drei Jahre. Zeiten hauptberuflicher Tätigkeit innerhalb des öffentlichen Dienstes können mit Zustimmung des Ministeriums für Inneres, Bauen und Sport bis zu einer Mindestprobezeit von zwei Jahren auf die Probezeit angerechnet werden, soweit die Tätigkeit nach Art und Bedeutung mindestens der Tätigkeit in einem Amt der betreffenden Laufbahn gleichwertig ist.

- (3) Für die in § 51 bezeichneten Beamtinnen und Beamten kann die Landesregierung die Probezeit in besonderen Fällen bis auf ein Jahr kürzen. Die Mindestprobezeit nach Absatz 2 Satz 2 kann insoweit unterschritten werden.
- (4) § 21 Absatz 4 gilt entsprechend.

§ 24

Fortbildung

Die berufliche Entwicklung der Beamtinnen und Beamten setzt auch die erforderliche Fortbildung voraus. Die Beamtinnen und Beamten sind verpflichtet, an der erforderlichen dienstlichen Fortbildung teilzunehmen und sich darüber hinaus selbst fortzubilden. Die oberste Dienstbehörde hat durch geeignete Maßnahmen für die dienstliche Fortbildung der Beamtinnen und Beamten zu sorgen.

§ 25

Benachteiligungsverbot; Nachteilsausgleich

- (1) Schwangerschaft, Mutterschutz und Elternzeit dürfen sich bei der Einstellung und der beruflichen Entwicklung nach Maßgabe der Absätze 2 und 3 nicht nachteilig auswirken. Dies gilt auch für familienbedingte Teilzeit, Telearbeit und Beurlaubung, wenn zwingende sachliche Gründe nicht entgegenstehen.
- (2) Haben sich die Anforderungen an die fachliche Eignung einer Bewerberin oder eines Bewerbers für die Einstellung in den öffentlichen Dienst in der Zeit erhöht, in der sich ihre oder seine Bewerbung um Einstellung infolge der Geburt oder Betreuung eines Kindes verzögert hat, und hat sie oder er sich innerhalb von drei Jahren nach der Geburt dieses Kindes beworben, so ist der Grad ihrer oder seiner fachlichen Eignung nach den Anforderungen zu prüfen, die zu dem Zeitpunkt bestanden haben, zu dem sie oder er sich ohne die Geburt des Kindes hätte bewerben können. Für die Berechnung des Zeitraums der Verzögerung sind die Fristen nach § 4 Absatz 1 des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes sowie nach § 3 Absatz 2 des Mutterschutzgesetzes zugrunde zu legen. Die Sätze 1 und 2 gelten entsprechend für die Verzögerung der Einstellung wegen der tatsächlichen Pflege einer oder eines nach ärztlichem Gutachten pflegebedürftigen sonstigen Angehörigen. Zu den sonstigen Angehörigen gehören auch eingetragene Lebenspartnerinnen und Lebenspartner.
- (3) Zum Ausgleich beruflicher Verzögerungen infolge
1. der Geburt oder der tatsächlichen Betreuung oder Pflege eines Kindes unter 18 Jahren oder
 2. der tatsächlichen Pflege einer oder eines nach ärztlichem Gutachten pflegebedürftigen sonstigen nahen Angehörigen
- können Beamtinnen und Beamte abweichend von § 11 Absatz 3 Nummer 1 und 2 während der Probezeit und vor Ablauf eines Jahres seit Beendigung der Probezeit befördert werden. Das Ableisten der vorgeschriebenen Probezeit bleibt unberührt. Zu den Angehörigen nach Satz 1 Nummer 2 gehören auch eingetragene Lebenspartnerinnen und Lebenspartner.
- (4) Die Absätze 2 und 3 sind, soweit ein Bundesgesetz die Vornahme eines Nachteilsausgleichs anordnet, entsprechend anzuwenden.

Abschnitt IV

Dienstherrnwechsel; Zuweisung

§ 26

Grundsatz

- (1) Die Vorschriften des nachfolgenden Abschnitts gelten bei landesinterner Abordnung, Versetzung und Umbildung von Körperschaften.
- (2) Bei länderübergreifender Abordnung und Versetzung sowie bei Abordnung und Versetzung in die Bundesverwaltung gelten die §§ 14 und 15 des Beamtenstatusgesetzes.
- (3) Bei länderübergreifender Umbildung von Körperschaften gelten die §§ 16 bis 19 des Beamtenstatusgesetzes.
- (4) Für die Zuweisung einer Tätigkeit bei anderen Einrichtungen gilt § 20 des Beamtenstatusgesetzes.

§ 27

Abordnungs- und Versetzungsverfügung; Zuweisung

- (1) Abordnung und Versetzung im Bereich desselben Dienstherrn werden von der abgebenden im Einverständnis mit der aufnehmenden obersten Dienstbehörde verfügt.

(2) Abordnung und Versetzung in den Bereich eines anderen Dienstherrn dürfen von dem abgebenden Dienstherrn nur verfügt werden, wenn der aufnehmende Dienstherr sein Einverständnis schriftlich oder elektronisch erklärt hat.

(3) In der Abordnungs- oder Versetzungsverfügung ist zum Ausdruck zu bringen, dass das Einverständnis vorliegt.

(4) Die Entscheidung über die Zuweisung einer Tätigkeit nach § 20 des Beamtenstatusgesetzes trifft die oberste Dienstbehörde.

§ 28

Abordnung

(1) Beamtinnen und Beamte können, wenn ein dienstliches Bedürfnis besteht, vorübergehend ganz oder teilweise zu einer ihrem Amt entsprechenden Tätigkeit an eine andere Dienststelle abgeordnet werden.

(2) Aus dienstlichen Gründen können Beamtinnen und Beamte vorübergehend ganz oder teilweise auch zu einer nicht ihrem Amt entsprechenden Tätigkeit abgeordnet werden, wenn ihnen die Wahrnehmung der neuen Tätigkeit auf Grund ihrer Vorbildung oder Berufsausbildung zuzumuten ist. Dabei ist auch die Abordnung zu einer Tätigkeit, die nicht einem Amt mit demselben Endgrundgehalt entspricht, zulässig. Die Abordnung nach den Sätzen 1 und 2 bedarf der Zustimmung der Beamtin oder des Beamten, wenn sie die Dauer von zwei Jahren übersteigt.

(3) Die Abordnung an eine Dienststelle im Bereich eines anderen Dienstherrn bedarf der schriftlichen Zustimmung der Beamtin oder des Beamten. Abweichend von Satz 1 ist die Abordnung auch ohne Zustimmung der Beamtin oder des Beamten zulässig, wenn die neue Tätigkeit einem Amt mit demselben Endgrundgehalt auch einer gleichwertigen oder anderen Laufbahn entspricht und die Abordnung die Dauer von fünf Jahren nicht übersteigt.

(4) Werden Beamtinnen und Beamte zu einem anderen Dienstherrn abgeordnet, so finden auf sie die für den Bereich dieses Dienstherrn geltenden Vorschriften über die Pflichten und Rechte der Beamtinnen und Beamten, mit Ausnahme der Regelungen über Dienstzeit, Amtsbezeichnung, Besoldung und

Versorgung, entsprechende Anwendung. Zur Zahlung der ihnen zustehenden Besoldung ist auch der Dienstherr verpflichtet, zu dem sie abgeordnet sind.

§ 29

Versetzung

(1) Beamtinnen und Beamte können in ein anderes Amt einer Laufbahn, für die sie die Befähigung besitzen, versetzt werden, wenn sie es beantragen oder ein dienstliches Bedürfnis besteht. Eine Versetzung bedarf nicht ihrer Zustimmung, wenn das neue Amt zum Bereich desselben Dienstherrn gehört, derselben Laufbahn angehört wie das bisherige Amt und mit mindestens demselben Endgrundgehalt verbunden ist; Stellenzulagen gelten hierbei nicht als Bestandteile des Grundgehalts. Die Sätze 1 und 2 gelten für Beamtinnen und Beamte auf Widerruf entsprechend.

(2) Aus dienstlichen Gründen können Beamtinnen und Beamte ohne ihre Zustimmung in ein Amt mit demselben Endgrundgehalt einer gleichwertigen oder einer anderen Laufbahn, auch im Bereich eines anderen Dienstherrn, versetzt werden; Stellenzulagen gelten hierbei nicht als Bestandteile des Grundgehalts. Besitzen die Beamtinnen und Beamten nicht die Befähigung für die andere Laufbahn, so haben sie an Maßnahmen für den Erwerb der neuen Befähigung teilzunehmen; das Nähere regeln die Laufbahnvorschriften.

(3) Bei der Auflösung oder einer wesentlichen Änderung des Aufbaus oder der Aufgaben einer Behörde oder der Verschmelzung von Behörden können Beamtinnen und Beamte, deren Aufgabengebiet davon berührt wird, auch ohne ihre Zustimmung in ein anderes Amt derselben oder einer gleichwertigen Laufbahn mit geringerem Endgrundgehalt im Bereich desselben Dienstherrn versetzt werden, wenn eine ihrem bisherigen Amt entsprechende Verwendung nicht möglich ist; das Endgrundgehalt muss mindestens dem des Amtes entsprechen, das die Beamtinnen oder Beamten vor dem bisherigen Amt innehatten. Die Versetzung muss innerhalb einer Frist von sechs Monaten nach dem Zeitpunkt ausgesprochen werden, in dem die Auflösung oder Umbildung vollzogen ist.

(4) Werden Beamtinnen und Beamte in ein Amt eines anderen Dienstherrn versetzt, so wird das Beamtenverhältnis mit dem neuen Dienstherrn fortgesetzt; auf die beamten- und besoldungsrechtliche Stellung der Beamtinnen und Beamten finden die im Bereich des neuen Dienstherrn geltenden Vorschriften Anwendung.

§ 30

Übertritt oder Übernahme von Beamtinnen und Beamten bei der Umbildung von Körperschaften

(1) Die Beamtinnen und Beamten einer Körperschaft, die vollständig in eine andere Körperschaft eingegliedert wird, treten mit der Umbildung kraft Gesetzes in den Dienst der aufnehmenden Körperschaft über.

(2) Die Beamtinnen und Beamten einer Körperschaft, die vollständig in mehrere anderen Körperschaften eingegliedert wird, sind anteilig in den Dienst der aufnehmenden Körperschaften zu übernehmen. Die beteiligten Körperschaften haben innerhalb einer Frist von sechs Monaten nach dem Zeitpunkt, in dem die Umbildung vollzogen ist, im Einvernehmen miteinander zu bestimmen, von welchen Körperschaften die einzelnen Beamtinnen und Beamten zu übernehmen sind. Solange eine Beamtin oder ein Beamter nicht übernommen ist, haften alle aufnehmenden Körperschaften für die ihr oder ihm zustehenden Bezüge als Gesamtschuldner.

(3) Die Beamtinnen und Beamten einer Körperschaft, die teilweise in eine oder mehrere andere Körperschaften eingegliedert wird, sind zu einem verhältnismäßigen Teil, bei mehreren Körperschaften anteilig, in den Dienst der aufnehmenden Körperschaften zu übernehmen. Absatz 2 Satz 2 findet Anwendung.

(4) Die Absätze 1 bis 3 gelten entsprechend, wenn eine Körperschaft mit einer oder mehreren anderen Körperschaften zu einer neuen Körperschaft zusammengeschlossen wird, wenn aus einer Körperschaft oder aus Teilen einer Körperschaft eine oder mehrere neue Körperschaften gebildet werden oder wenn Aufgaben einer Körperschaft vollständig oder teilweise auf eine oder mehrere andere Körperschaften übergehen.

§ 31

Verfahren bei Übertritt oder Übernahme in den Dienst einer anderen Körperschaft

(1) Treten Beamtinnen und Beamte auf Grund des § 30 Absatz 1 kraft Gesetzes in den Dienst einer anderen Körperschaft über oder werden sie auf Grund des § 30 Absatz 2 oder 3 von einer anderen Körperschaft übernommen, so gilt § 29 Absatz 4 entsprechend.

(2) Im Fall des § 30 Absatz 1 ist den Beamtinnen und Beamten von der aufnehmenden oder neuen Körperschaft die Fortsetzung des Beamtenverhältnisses schriftlich zu bestätigen.

(3) In den Fällen des § 30 Absatz 2 und 3 wird die Übernahme von der Körperschaft verfügt, in deren Dienst die Beamtinnen und Beamten treten sollen; die Verfügung wird mit der Zustellung an die Beamtinnen und Beamten wirksam. Die Beamtinnen und Beamten sind verpflichtet, der Übernahmeverfügung Folge zu leisten; kommen sie der Verpflichtung nicht nach, so sind sie zu entlassen.

(4) Die Absätze 1 bis 3 gelten entsprechend in den Fällen des § 30 Absatz 4.

§ 32

Übertragung eines gleichzubewertenden Amtes

Den nach § 30 in den Dienst einer anderen Körperschaft kraft Gesetzes übergetretenen oder von ihr übernommenen Beamtinnen oder Beamten soll ein ihrem bisherigen Amt nach Bedeutung und Inhalt ohne Rücksicht auf Dienststellung und Dienstalter gleichzubewertendes Amt übertragen werden. Wenn eine dem bisherigen Amt entsprechende Verwendung nicht möglich ist, findet § 29 Absatz 3 Satz 1 entsprechende Anwendung. Für Beamtinnen oder Beamte auf Probe gilt § 23 Absatz 3 Satz 1 Nummer 3 des Beamtenstatusgesetzes. Bei Anwendung des § 29 dürfen die Beamtinnen und Beamten neben der neuen Amtsbezeichnung die des früheren Amtes mit dem Zusatz „außer Dienst“ („a. D.“) führen.

§ 33

Ernennung von Beamtinnen und Beamten bei bevorstehenden Umbildungen

Ist innerhalb absehbarer Zeit mit einer Umbildung im Sinne des § 30 zu rechnen, so können die obersten Aufsichtsbehörden der beteiligten Körperschaften anordnen, dass die Beamtinnen und Beamten, deren Aufgabengebiet von der Umbildung voraussichtlich berührt wird, nur mit ihrer Genehmigung ernannt werden dürfen. Die Anordnung darf höchstens für die Dauer eines Jahres ergehen. Sie ist den beteiligten Körperschaften zuzustellen. Die Genehmigung soll nur versagt werden, wenn durch derartige Ernennungen die Durchführung der nach den §§ 30 bis 32 erforderlichen Maßnahmen wesentlich erschwert würde.

§ 34

Umbildung; Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger

(1) Die Vorschriften des § 30 Absatz 1 und 2 und des § 31 gelten entsprechend für die im Zeitpunkt der Umbildung bei der abgebenden Körperschaft vorhandenen Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger.

(2) In den Fällen des § 30 Absatz 3 bleiben die Ansprüche der im Zeitpunkt der Umbildung vorhandenen Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger gegenüber der abgebenden Körperschaft bestehen.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend in den Fällen des § 30 Absatz 4.

§ 35

Körperschaft; Begriff

Als Körperschaften im Sinne der Vorschriften der §§ 30 bis 34 gelten alle juristischen Personen des öffentlichen Rechts mit Dienstherrnfähigkeit im Saarland.

Abschnitt V

Beendigung des Beamtenverhältnisses

1. Entlassung

§ 36

Entlassung kraft Gesetzes

(1) Beamtinnen und Beamte sind außer in den in § 22 des Beamtenstatusgesetzes genannten Fällen entlassen, wenn sie in das Richterverhältnis zu demselben Dienstherrn berufen werden, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist.

(2) Die oberste Dienstbehörde entscheidet darüber, ob die Voraussetzungen des § 22 Absatz 1 Nummer 1 und Absatz 2 des Beamtenstatusgesetzes vorliegen, und stellt den Tag der Beendigung des

Beamtenverhältnisses fest. Sie kann im Einvernehmen mit dem Ministerium für Inneres, Bauen und Sport, dem Ministerium für Finanzen und Europa sowie dem neuen Dienstherrn im Falle des § 22 Absatz 2 Satz 1 des Beamtenstatusgesetzes die Fortdauer des Beamtenverhältnisses neben dem neuen Dienst- oder Amtsverhältnis anordnen.

(3) § 22 Absatz 2 Satz 1 des Beamtenstatusgesetzes ist nicht anzuwenden, wenn eine Beamtin oder ein Beamter zum Mitglied der Regierung eines anderen Landes ernannt wird; für diesen Fall gilt § 18 Absatz 1 und 2 des Bundesministergesetzes entsprechend. Das gilt auch für den Eintritt in ein Amtsverhältnis, das dem einer Parlamentarischen Staatssekretärin oder eines Parlamentarischen Staatssekretärs entspricht.

(4) Das Beamtenverhältnis auf Widerruf endet mit der Ablegung der Prüfung, falls dies durch Gesetz oder Rechtsverordnung bestimmt ist.

(5) Das Beamtenverhältnis endet im Falle des § 22 Absatz 1 Nummer 2 des Beamtenstatusgesetzes mit dem Ende des Monats, in dem Beamtinnen und Beamte die Altersgrenze erreichen.

§ 37

Entlassung durch Verwaltungsakt

(1) Beamtinnen oder Beamte sind außer in den in § 23 des Beamtenstatusgesetzes genannten Fällen zu entlassen, wenn sie zur Zeit ihrer Ernennung Mitglied

1. des Bundestages,
2. des Landtages des Saarlandes oder
3. einer Vertretungskörperschaft ihres Dienstherrn

waren und nicht innerhalb einer von der obersten Dienstbehörde zu bestimmenden angemessenen Frist ihr Mandat niederlegen; dies gilt nicht für Beamtinnen oder Beamte ohne Dienstbezüge.

(2) Verlangen Beamtinnen oder Beamte ihre Entlassung (§ 23 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 des Beamtenstatusgesetzes), so müssen sie dies der oder dem Dienstvorgesetzten gegenüber erklären. Die Erklärung kann, solange die Entlassungsverfügung der Beamtin oder dem Beamten noch nicht zugegangen ist, innerhalb von zwei Wochen nach Zugang bei der oder dem Dienstvorgesetzten zurückgenommen werden, mit Zustimmung der Entlassungsbehörde auch nach dieser Frist.

(3) Die Entlassung ist für den beantragten Zeitpunkt auszusprechen; sie kann jedoch so lange hinausgeschoben werden, bis die Beamtin ihre oder der Beamte seine Amtsgeschäfte ordnungsgemäß erledigt hat, jedoch längstens für drei Monate. Bei Lehrkräften kann die Entlassung bis zum Ende des laufenden Schuljahres hinausgeschoben werden.

(4) Bei der Entlassung von Beamtinnen oder Beamten auf Probe nach § 23 Absatz 3 des Beamtenstatusgesetzes sind folgende Fristen einzuhalten:

- bei einer Beschäftigungszeit
- bis zu drei Monaten zwei Wochen zum Monatsschluss,
- von mehr als drei Monaten ein Monat zum Monatsschluss,
- von mindestens einem Jahr sechs Wochen zum Schluss eines Kalendervierteljahres.

Als Beschäftigungszeit gilt die Zeit ununterbrochener Tätigkeit als Beamtin oder Beamter auf Probe im Bereich desselben Dienstherrn.

- (5) Im Fall des § 23 Absatz 3 Nummer 1 des Beamtenstatusgesetzes können Beamtinnen und Beamte auf Probe ohne Einhaltung einer Frist entlassen werden. Vor der Entlassung ist der Sachverhalt aufzuklären; die §§ 21 bis 29 des Saarländischen Disziplinargesetzes gelten entsprechend.
- (6) Nach § 23 Absatz 3 Satz 1 Nummer 3 des Beamtenstatusgesetzes entlassene Beamtinnen und Beamte auf Probe sind bei Neueinstellung von Beamtinnen und Beamten auf Probe auf ihren Wunsch bevorzugt zu berücksichtigen.
- (7) Bei der Entlassung von Beamtinnen oder Beamten auf Widerruf gelten die Absätze 4 bis 6 entsprechend.

§ 38

Zuständigkeit; Wirksamkeit der Entlassung

- (1) Soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist, wird die Entlassung von der Stelle verfügt, die nach § 6 Absatz 2 und 3 für die Ernennung der Beamtin oder des Beamten zuständig wäre.
- (2) Die Entlassung tritt im Fall des § 23 Absatz 1 Nummer 1 des Beamtenstatusgesetzes mit der Zustellung, im Übrigen mit dem Ende des Monats ein, der auf den Monat folgt, in dem die Entlassungsverfügung der Beamtin oder dem Beamten schriftlich mitgeteilt worden ist. § 37 Absatz 3 bis 5 bleibt unberührt.

§ 39

Folgen der Entlassung

Nach der Entlassung haben frühere Beamtinnen und Beamte keinen Anspruch auf Besoldung und Versorgung, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist. Sie dürfen die Amtsbezeichnung und die im Zusammenhang mit dem Amt verliehenen Titel nur führen, wenn ihnen die Erlaubnis nach § 70 Absatz 5 erteilt ist.

2. Verlust der Beamtenrechte

§ 40

Wirkung des Verlustes der Beamtenrechte; Wiederaufnahmeverfahren

- (1) Endet das Beamtenverhältnis nach § 24 Absatz 1 des Beamtenstatusgesetzes, so haben frühere Beamtinnen und Beamte keinen Anspruch auf Besoldung und Versorgung, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist. Sie dürfen die Amtsbezeichnung und die im Zusammenhang mit dem Amt verliehenen Titel nicht führen.
- (2) Beamtinnen und Beamte haben, sofern sie die Altersgrenze noch nicht erreicht haben und noch dienstfähig sind, im Falle des § 24 Absatz 2 des Beamtenstatusgesetzes Anspruch auf Übertragung eines Amtes derselben oder einer mindestens gleichwertigen Laufbahn wie ihr bisheriges Amt und mit mindestens demselben Endgrundgehalt (§ 29 Absatz 1 Satz 2); bis zur Übertragung des neuen Amtes erhalten sie die Dienstbezüge, die ihnen aus ihrem bisherigen Amt zugestanden hätten.
- (3) Ist auf Grund des im Wiederaufnahmeverfahren festgestellten Sachverhalts oder auf Grund eines rechtskräftigen Strafurteils, das nach der früheren Entscheidung ergangen ist, ein Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Entfernung der Beamtin oder des Beamten aus dem Beamtenverhältnis eingeleitet worden, so verliert die Beamtin oder der Beamte die ihr oder ihm nach Absatz 2 zustehenden Ansprüche, wenn auf Entfernung aus dem Beamtenverhältnis erkannt wird; bis zur rechtskräftigen Entscheidung können die Ansprüche nicht geltend gemacht werden.
- (4) Absatz 3 gilt entsprechend in Fällen der Entlassung von Beamtinnen und Beamten auf Probe oder auf Widerruf wegen eines Verhaltens der in § 23 Absatz 3 Nummer 1 des Beamtenstatusgesetzes bezeichneten Art.
- (5) Beamtinnen und Beamte müssen sich auf die ihnen nach Absatz 2 zustehenden Bezüge ein anderes Arbeitseinkommen oder einen Unterhaltsbeitrag anrechnen lassen; sie sind zur Auskunft hierüber verpflichtet.

§ 41

Gnadenrecht

Wird im Gnadenwege der Verlust der Beamtenrechte in vollem Umfang beseitigt, so gilt von diesem Zeitpunkt an § 40 Absatz 2 entsprechend.

3. Entfernung aus dem Beamtenverhältnis

§ 42

Entfernung aus dem Beamtenverhältnis

Die Entfernung aus dem Beamtenverhältnis erfolgt nach den Bestimmungen des Disziplinarrechts.

4. Ruhestand

§ 43

Ruhestand wegen Erreichens der Altersgrenze

(1) Beamtinnen und Beamte auf Lebenszeit treten mit dem Ende des Monats in den Ruhestand, in dem sie die für sie jeweils geltende Altersgrenze erreichen. Die Altersgrenze wird in der Regel mit Vollendung des 67. Lebensjahres erreicht, soweit nicht gesetzlich eine andere Altersgrenze bestimmt

ist. Im Beamtenverhältnis auf Lebenszeit stehende Lehrerinnen und Lehrer einer öffentlichen Schule treten mit dem Ende des Monats in den Ruhestand, in dem das Schulhalbjahr endet, indem sie die Altersgrenze erreichen.

(2) Beamtinnen und Beamte auf Lebenszeit, die vor dem 1. Januar 1950 geboren sind, erreichen die Regelaltersgrenze mit Vollendung des 65. Lebensjahres. Für Beamtinnen und Beamte auf Lebenszeit, die nach dem 31. Dezember 1949 geboren sind, wird die Regelaltersgrenze wie folgt angehoben:

Geburtsjahr/Geburtsmonat	Anhebung um Monate	Altersgrenze	
		Jahre	Monate
1950			
Januar bis Juni	2	65	2
Juli bis Dezember	4	65	4
1951	5	65	5
1952	6	65	6
1953	7	65	7
1954	8	65	8
1955	9	65	9
1956	10	65	10
1957	11	65	11
1958	12	66	0
1959	14	66	2
1960	16	66	4
1961	18	66	6
1962	20	66	8
1963	22	66	10

(3) Auf Antrag der Beamtin oder des Beamten kann der Eintritt in den Ruhestand um eine bestimmte Frist, die jeweils ein Jahr nicht übersteigen darf, hinausgeschoben werden, wenn dies im dienstlichen Interesse liegt, jedoch nicht länger als insgesamt drei Jahre. Der Antrag soll spätestens sechs Monate vor dem Eintritt in den Ruhestand gestellt werden. Nach Überschreiten der Regelaltersgrenze kann die Beamtin oder der Beamte unter Einhaltung einer Frist von sechs Wochen verlangen, mit Ende eines Kalendermonats in den Ruhestand versetzt zu werden. Die beantragte Versetzung kann aus zwingenden dienstlichen Gründen um bis zu drei Monate hinausgeschoben werden.

(4) Beamtinnen und Beamte auf Zeit treten vor Erreichen der für sie geltenden Altersgrenze mit Ablauf der Zeit, für die sie ernannt sind, in den Ruhestand, wenn sie nicht entlassen oder im Anschluss an ihre Amtszeit für eine weitere Amtszeit erneut in dasselbe Amt berufen werden.

(5) Die für die Versetzung in den Ruhestand erforderliche versorgungsrechtliche Wartezeit (§ 32 des Beamtenstatusgesetzes) richtet sich nach § 4 Absatz 1 des Saarländischen Beamtenversorgungsgesetzes. Ist diese nicht erfüllt, endet das Beamtenverhältnis gemäß § 23 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 des Beamtenstatusgesetzes durch Entlassung

§ 44

Ruhestand auf Antrag

(1) Beamtinnen und Beamte auf Lebenszeit können auf ihren Antrag in den Ruhestand versetzt wer-

den, wenn sie das 63. Lebensjahr vollendet haben. Dem Antrag von im Beamtenverhältnis auf Lebenszeit stehenden Lehrerinnen und Lehrern an öffentlichen Schulen auf Versetzung in den Ruhestand zum Ende des Monats des Schulhalbjahres, das vor dem Schulhalbjahr liegt, indem sie die Altersgrenze nach § 43 Absatz 1 und 2 erreichen, soll entsprochen werden.

(2) Beamtinnen und Beamte auf Lebenszeit können auf ihren Antrag in den Ruhestand versetzt werden, wenn sie das 62. Lebensjahr vollendet haben und schwerbehindert im Sinne des § 2 Absatz 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch sind.

(3) Beamtinnen und Beamte auf Lebenszeit, die schwerbehindert im Sinne des § 2 Absatz 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch sind und vor dem 1. Januar 1955 geboren sind, können auf ihren

Antrag in den Ruhestand versetzt werden, wenn sie das 60. Lebensjahr vollendet haben. Für Beamtinnen und Beamte auf Lebenszeit, die schwerbehindert im Sinne des § 2 Absatz 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch sind und nach dem 31. Dezember 1954 geboren sind, wird die Altersgrenze wie folgt angehoben:

Geburtsjahr/Geburtsmonat	Anhebung um Monate	Altersgrenze	
		Jahre	Monate
1955			
Januar	1	60	1
Februar	2	60	2
März	3	60	3
April	4	60	4
Mai	5	60	5
Juni	6	60	6
Juli	7	60	7
August	8	60	8
September bis Dezember	9	60	9
1956	10	60	10
1957	11	60	11
1958	12	61	0
1959	14	61	2
1960	16	61	4
1961	18	61	6
1962	20	61	8
1963	22	61	10

§ 45

Verfahren bei Dienstunfähigkeit

(1) Beamtinnen und Beamte können auch dann als dienstunfähig angesehen werden, wenn sie infolge Erkrankung innerhalb eines Zeitraums von sechs Monaten mehr als drei Monate keinen Dienst getan haben und keine Aussicht besteht, dass sie innerhalb weiterer sechs Monate wieder voll dienstfähig werden. Bestehen Zweifel über die Dienstunfähigkeit einer Beamtin oder eines Beamten (§ 26 Absatz 1 des Beamtenstatusgesetzes), ist sie oder er verpflichtet, sich nach Weisung der oder des Dienstvorgesetzten ärztlich untersuchen (§ 50) und, falls eine Amtsärztin oder ein Amtsarzt oder eine als Gutachterin beauftragte Ärztin oder ein als Gutachter beauftragter Arzt dies für erforderlich hält, auch beobachten zu lassen. Dem Dienstherrn sind auf Anforderung die für die Feststellung der Dienstunfähigkeit erforderlichen Untersuchungsergebnisse mitzuteilen.

(2) Stellt eine Beamtin oder ein Beamter den Antrag, sie oder ihn wegen Dienstunfähigkeit in den Ruhestand zu versetzen, wird ihre oder seine Dienstunfähigkeit dadurch festgestellt, dass ihre oder seine unmittelbare Dienstvorgesetzte oder ihr oder sein unmittelbarer Dienstvorgesetzter auf Grund eines ärztlichen Gutachtens über den Gesundheitszustand (§ 50) erklärt, sie oder er halte sie oder ihn nach pflichtgemäßer Prüfung für dauernd unfähig, ihre oder seine Amtspflichten zu erfüllen. Die über die Versetzung in den Ruhestand entscheidende Behörde ist an die Erklärung der oder des unmittelbaren Dienstvorgesetzten nicht gebunden; sie kann auch andere Beweise erheben.

(3) Hält die oder der Dienstvorgesetzte die Beamtin oder den Beamten auf Grund eines ärztlichen Gutachtens über den Gesundheitszustand (§ 50) für dienstunfähig und beantragt die Beamtin oder der Beamte die Versetzung in den Ruhestand nicht, teilt die oder der Dienstvorgesetzte der Beamtin oder ihrer Vertreterin oder ihrem Vertreter oder dem Beamten oder seiner Vertreterin oder seinem Vertreter mit, dass ihre oder seine Versetzung in den Ruhestand beabsichtigt sei. Dabei sind die Gründe für die Versetzung in den Ruhestand anzugeben. Die Beamtin oder der Beamte oder ihre oder seine Vertreterin oder ihr oder sein Vertreter können innerhalb eines Monats Einwendungen erheben. Danach entscheidet die nach § 47 Absatz 1 zuständige Behörde. Der Ruhestand beginnt mit dem Ende des Monats, in dem die Versetzung in den Ruhestand der Beamtin oder dem Beamten mitgeteilt wird. Mit Beginn des Ruhestandes werden die Dienstbezüge, die das Ruhegehalt übersteigen, einbehalten. Wird die Versetzung in den Ruhestand im Widerspruchsverfahren oder durch gerichtliche Entscheidung aufgehoben, sind die einbehaltenen Dienstbezüge nachzuzahlen.

(4) Vor der Versetzung der Beamtin oder des Beamten in den Ruhestand ist zu prüfen, ob eine anderweitige Verwendung (§ 26 des Beamtenstatusgesetzes) möglich ist oder die Voraussetzungen für die begrenzte Dienstfähigkeit (§ 27 des Beamtenstatusgesetzes) vorliegen.

(5) Kommen Beamtinnen und Beamte im Falle des Absatzes 1 oder 3 trotz wiederholter schriftlicher Weisung ohne hinreichenden Grund der Verpflichtung, sich nach Weisung der oder des Dienstvorgesetzten ärztlich untersuchen (§ 50) zu lassen, nicht nach, so können sie so behandelt werden, als ob Dienstunfähigkeit vorläge.

(6) Gesetzliche Vorschriften, die für einzelne Beamtengruppen andere Voraussetzungen für die Beurteilung der Dienstunfähigkeit bestimmen, bleiben unberührt.

§ 46

Versetzung von Beamtinnen und Beamten auf Probe in den Ruhestand

Die Entscheidung über die Versetzung von Beamtinnen und Beamten auf Probe in den Ruhestand

nach § 28 Absatz 2 des Beamtenstatusgesetzes trifft die oberste Dienstbehörde. Bei Beamtinnen und Beamten auf Probe des Landes ist das Einvernehmen mit dem Ministerium für Finanzen und Europa erforderlich. Die Befugnis nach Satz 1 kann im Einvernehmen mit dem Ministerium für Finanzen und Europa auf andere Behörden übertragen werden.

§ 47

Zuständigkeit für die Versetzung in den Ruhestand; Beginn des Ruhestandes; Ruhegehalt

(1) Die Versetzung in den Ruhestand wird, soweit durch Gesetz oder Rechtsverordnung nichts anderes bestimmt ist, von der Stelle verfügt, die nach § 6 Absatz 2 und 3 für die Ernennung der Beamtin oder des Beamten zuständig wäre. Die Verfügung ist der Beamtin oder dem Beamten schriftlich mitzuteilen; sie kann bis zum Beginn des Ruhestandes zurückgenommen werden.

(2) Soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist, beginnt der Ruhestand mit dem Ende des Monats, in dem der Beamtin oder dem Beamten die Versetzung in den Ruhestand mitgeteilt wird.

(3) Ruhestandsbeamtinnen und Ruhestandsbeamte erhalten auf Lebenszeit Ruhegehalt nach den Vorschriften des Saarländischen Beamtenversorgungsgesetzes.

§ 48

Zuständigkeit und Verfahren bei begrenzter Dienstfähigkeit

Über die Feststellung der begrenzten Dienstfähigkeit entscheidet, soweit durch Gesetz oder Rechtsverordnung nichts anderes bestimmt ist, die Stelle, die nach § 6 Absatz 2 und 3 für die Ernennung der Beamtin oder des Beamten zuständig wäre. Für das Verfahren gelten § 45 Absatz 1 Satz 2 und 3, Absatz 2, Absatz 3 und § 47 Absatz 1 und 2 entsprechend. § 87 Absatz 2 gilt mit der Maßgabe, dass von der regelmäßigen Arbeitszeit der Beamtin oder des Beamten unter Berücksichtigung der verminderten Arbeitszeit nach § 27 Absatz 2 des Beamtenstatusgesetzes auszugehen ist.

§ 49

Wiederherstellung der Dienstfähigkeit nach Versetzung in den Ruhestand

(1) Beamtinnen und Beamte, die wegen Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzt worden sind, haben nach § 29 Absatz 4 des Beamtenstatusgesetzes die Pflicht, sich geeigneten und zumutbaren Maßnahmen zur Wiederherstellung ihrer Dienstfähigkeit zu unterziehen. Vor der Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit sind die Beamtinnen und Beamten auf diese Pflicht hinzuweisen. Die oberste Dienstbehörde soll in regelmäßigen Abständen das Vorliegen der Voraussetzungen für die Dienstunfähigkeit überprüfen, es sei denn, nach den Umständen des Einzelfalles kommt eine regelmäßige Überprüfung nicht in Betracht.

(2) Kommen Ruhestandsbeamtinnen und Ruhestandsbeamte trotz wiederholter schriftlicher Weisung ohne hinreichenden Grund der Verpflichtung, sich nach Weisung der zuständigen Behörde ärztlich untersuchen zu lassen (§ 29 Absatz 5 Satz 1 des Beamtenstatusgesetzes) nicht nach, können sie so behandelt werden, als ob Dienstfähigkeit vorläge.

(3) Die Frist, innerhalb derer Ruhestandsbeamtinnen oder Ruhestandsbeamte bei wiederhergestellter Dienstfähigkeit die erneute Berufung in das Beamtenverhältnis verlangen können (§ 29 Absatz 1 des Beamtenstatusgesetzes), beträgt zehn Jahre.

(4) Für die Untersuchung der Dienstfähigkeit von Beamtinnen und Beamten gilt § 50.

§ 50

Ärztliche Untersuchung

(1) Die ärztliche Untersuchung kann nur einer Amtsärztin oder einem Amtsarzt oder einer als Gutachterin beauftragten Ärztin oder einem als Gutachter beauftragten Arzt übertragen werden. Die oberste Dienstbehörde bestimmt, welche Ärztinnen und Ärzte mit der Fertigung von Gutachten beauftragt werden können; sie kann diese Befugnis auf nachgeordnete Behörden übertragen.

(2) Die Ärztin oder der Arzt teilt der Behörde auf Anforderung die tragenden Feststellungen und Gründe des Ergebnisses der ärztlichen Untersuchung mit. Das ärztliche Gutachten ist in einem gesonderten und verschlossenen Umschlag zu übersenden. Es ist verschlossen zu der Personalakte zu nehmen. Die an die Behörde übermittelten Daten dürfen nur für die zu treffende Entscheidung verarbeitet oder genutzt werden.

(3) Zu Beginn der Untersuchung ist die Beamtin oder der Beamte auf deren Zweck und die Übermittlungsbefugnis nach Absatz 2 hinzuweisen. Die Ärztin oder der Arzt übermittelt der Beamtin oder dem Beamten oder, soweit dem ärztliche Gründe entgegenstehen, einer zu ihrer oder seiner Vertretung befugten Person eine Kopie der auf Grund dieser Vorschrift an die Behörde erteilten Auskünfte.

5. Einstweiliger Ruhestand

a) Allgemeines

§ 51

Politische Beamtinnen und Beamte

(1) Beamtinnen und Beamte, die ein Amt bekleiden, bei dessen Ausübung sie in fortdauernder Übereinstimmung mit den grundsätzlichen politischen Ansichten und Zielen der Regierung stehen müssen (§ 30 Absatz 1 und 2 des Beamtenstatusgesetzes), sind die Staatssekretärinnen und Staatssekretäre, die oder der Bevollmächtigte beim Bund, die oder der Bevollmächtigte für Europaangelegenheiten sowie die oder der Beauftragte für Strukturwandel.

(2) Für die Versetzung in den einstweiligen Ruhestand und die Entlassung von Beamtinnen und Beamten im Sinne des Absatzes 1 ist die Landesregierung zuständig.

§ 52

Einstweiliger Ruhestand

(1) Für den einstweiligen Ruhestand gelten die Vorschriften über den Ruhestand, soweit nachfolgend nichts anderes bestimmt ist.

(2) Der einstweilige Ruhestand beginnt, wenn nicht im Einzelfall ausdrücklich ein späterer Zeitpunkt festgesetzt wird, mit dem Zeitpunkt, in dem die Versetzung in den einstweiligen Ruhestand der Beamtin oder dem Beamten mitgeteilt wird, spätestens jedoch mit dem Ende der drei Monate, die auf den Monat der Mitteilung folgen. Die Verfügung kann bis zum Beginn des einstweiligen Ruhestandes zurückgenommen werden.

(3) Der einstweilige Ruhestand von Beamtinnen und Beamten auf Zeit endet mit Ablauf der Amtszeit. Sie gelten in diesem Zeitpunkt als dauernd in den Ruhestand versetzt, wenn sie bei Verbleiben im Amt mit Ablauf der Amtszeit in den Ruhestand getreten wären.

b) Einstweiliger Ruhestand bei organisatorischen Veränderungen

§ 53

Versetzung in den einstweiligen Ruhestand bei Auflösung oder Umbildung von Behörden

(1) Für die Versetzung von Beamtinnen und Beamten auf Lebenszeit oder Zeit in den einstweiligen Ruhestand, deren Aufgabengebiet bei der Auflösung einer Behörde oder bei einer auf landesrechtlicher Vorschrift beruhenden wesentlichen Änderung des Aufbaus oder bei Verschmelzung einer Behörde mit einer anderen von der Auflösung oder Umbildung berührt wird (§ 31 Absatz 1 des Beamtenstatusgesetzes) und deren Versetzung nach § 29 nicht möglich ist, ist die oberste Dienstbehörde zuständig. Die Versetzung muss innerhalb einer Frist von sechs Monaten nach dem Zeitpunkt ausgesprochen werden, in dem die Auflösung oder Umbildung vollzogen ist. Die Versetzung in den einstweiligen Ruhestand ist jedoch nur zulässig, soweit aus Anlass der Auflösung oder Umbildung Planstellen eingespart werden. Freie Planstellen im Bereich desselben Dienstherrn sollen den in den einstweiligen Ruhestand versetzten Beamtinnen und Beamten, die für diese Stellen geeignet sind, vorbehalten werden.

(2) Von einer erneuten Berufung in ein Beamtenverhältnis nach § 31 Absatz 2 Satz 1 des Beamtenstatusgesetzes kann abgesehen werden, wenn sie weniger als fünf Jahre vor Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze wirksam würde.

(3) Vor der Versetzung in den einstweiligen Ruhestand ist die Beamtin oder der Beamte unter Aufnahme einer Niederschrift zu hören.

§ 54

Versetzung in den einstweiligen Ruhestand bei Auflösung oder Umbildung von Körperschaften

(1) Bei einem Übertritt oder einer Übernahme von Beamtinnen und Beamten nach § 30 kann die aufnehmende oder neue Körperschaft, wenn die Zahl der bei ihr nach der Umbildung vorhandenen Beamtinnen und Beamten den tatsächlichen Bedarf übersteigt, innerhalb einer Frist von sechs Monaten die entbehrlichen Beamtinnen und Beamten auf Lebenszeit oder auf Zeit, deren Aufgabengebiet

von der Umbildung berührt wurde, in den einstweiligen Ruhestand versetzen. Die Frist des Satzes 1 beginnt im Fall des § 30 Absatz 1 mit dem Übertritt, in den Fällen des § 30 Absatz 2 und 3 mit der Bestimmung derjenigen Beamtinnen und Beamten, zu deren Übernahme die Körperschaft verpflichtet ist. Entsprechendes gilt in den Fällen des § 30 Absatz 4. Freie Planstellen im Bereich desselben Dienstherrn sollen den in den einstweiligen Ruhestand versetzten Beamtinnen und Beamten, die für diese Stellen geeignet sind, vorbehalten werden.

(2) Bei länderübergreifender Umbildung von Körperschaften beträgt die Frist für die Versetzung in den einstweiligen Ruhestand (§ 18 Absatz 2 Satz 1 des Beamtenstatusgesetzes) sechs Monate.

Abschnitt VI

Rechtliche Stellung im Beamtenverhältnis

1. Pflichten

a) Allgemeines

§ 55

Mitgliedschaft in der Landesregierung und Ausübung eines Mandates

Die beamtenrechtlichen Folgen, die sich aus der Ernennung einer Beamtin oder eines Beamten zum Mitglied der Landesregierung und aus der Übernahme oder Ausübung eines Mandates in einer Volksvertretung oder einer Vertretungskörperschaft in der Bundesrepublik mit Ausnahme des Bundestages ergeben, werden in besonderen Gesetzen geregelt.

b) Diensteid

§ 56

Eidesformel

(1) Beamtinnen und Beamte haben folgenden Diensteid zu leisten:

„Ich schwöre, dass ich das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, die Verfassung des Saarlandes und die Gesetze beachten und befolgen, das mir übertragene Amt gerecht und unparteiisch verwalten und meine Amtspflichten gewissenhaft erfüllen werde, so wahr mir Gott helfe.“

(2) Der Eid kann auch ohne die Worte „so wahr mir Gott helfe“ geleistet werden.

(3) In den Fällen, in denen Beamtinnen und Beamte erklären, dass sie aus Glaubens- oder Gewissensgründen den Eid nicht leisten wollen, können anstelle der Worte „Ich schwöre“ die Worte „Ich gelobe“ oder eine andere Beteuerungsformel gesprochen werden.

(4) In den Fällen, in denen nach § 7 Absatz 3 des Beamtenstatusgesetzes eine Ausnahme von § 7 Absatz 1 Nummer 1 des Beamtenstatusgesetzes zugelassen worden ist, kann von einer Eidesleistung abgesehen werden; die Beamtin oder der Beamte hat zu geloben, dass sie ihre oder dass er seine Amtspflichten gewissenhaft erfüllen wird.

c) Beschränkung bei Vornahme von Amtshandlungen**§ 57****Befreiung von Amtshandlungen**

- (1) Beamtinnen und Beamte dürfen keine Amtshandlungen vornehmen, die sich gegen sie selbst oder Angehörige richten oder die ihnen oder Angehörigen einen Vorteil verschaffen würden.
- (2) Angehörige im Sinne des Absatzes 1 sind Personen, zu deren Gunsten den Beamtinnen oder Beamten wegen familienrechtlicher Beziehungen im Strafverfahren das Zeugnisverweigerungsrecht zusteht.
- (3) Gesetzliche Vorschriften, nach denen Beamtinnen und Beamte von einzelnen Amtshandlungen ausgeschlossen sind, bleiben unberührt.

§ 58**Verbot der Führung der Dienstgeschäfte**

- (1) Über das Verbot der Führung der Dienstgeschäfte nach § 39 des Beamtenstatusgesetzes entscheidet die oberste Dienstbehörde oder die von ihr bestimmte Behörde.
- (2) Wird Beamtinnen oder Beamten die Führung ihrer Dienstgeschäfte untersagt, so können ihnen insbesondere auch das Tragen der Dienstkleidung und der Ausrüstung, der Aufenthalt in den Diensträumen oder in den dienstlichen Unterkünften und die Führung dienstlicher Ausweise oder Abzeichen untersagt werden.
- (3) Absatz 2 gilt auch für die vorläufige Dienstenthebung nach dem Saarländischen Disziplinalgesetz.

d) Amtsverschwiegenheit**§ 59****Amtsgeheimnis; Aussagegenehmigung**

- (1) Die Genehmigung nach § 37 Absatz 3 des Beamtenstatusgesetzes erteilt die oder der Dienstvorgesetzte oder, wenn das Beamtenverhältnis beendet ist, die oder der letzte Dienstvorgesetzte. Hat sich der Vorgang, der den Gegenstand der Äußerung bildet, bei einer oder einem früheren Dienstvorgesetzten ereignet, darf die Genehmigung nur mit deren oder dessen Zustimmung erteilt werden.
- (2) Über die Versagung der Genehmigung nach § 37 Absatz 4 Satz 1 und 3 sowie Absatz 5 Satz 1 des Beamtenstatusgesetzes entscheidet die oberste Dienstbehörde.
- (3) Sind Aufzeichnungen (§ 37 Absatz 6 des Beamtenstatusgesetzes) auf Bild-, Ton- oder Datenträgern gespeichert, die körperlich nicht herausgegeben werden können oder bei denen eine Herausgabe nicht zumutbar ist, sind diese Aufzeichnungen auf Verlangen dem Dienstherrn zu übermitteln und zu löschen. Beamtinnen und Beamte haben auf Verlangen über die zu löschenden Aufzeichnungen Auskunft zu geben. Die gleiche Verpflichtung trifft ihre Hinterbliebenen und Erben. Zu den Hinterbliebenen gehören auch hinterbliebene eingetragene Lebenspartnerinnen und Lebenspartner.

e) Auskünfte an die Presse**§ 60****Auskünfte an die Presse**

Auskünfte an die Presse erteilt die Behördenleiterin oder der Behördenleiter oder die von ihr oder ihm bestimmte Stelle.

f) Verbot der Annahme von Belohnungen und Geschenken**§ 61****Verbot der Annahme von Belohnungen, Geschenken und sonstigen Vorteilen**

Ausnahmen vom Verbot der Annahme von Belohnungen, Geschenken und sonstigen Vorteilen (§ 42 des Beamtenstatusgesetzes) bedürfen der Zustimmung der obersten oder der letzten obersten Dienstbehörde. Die Befugnis zur Zustimmung kann auf andere Behörden übertragen werden.

g) Wohnung; Aufenthaltsanweisung

§ 62

Wahl der Wohnung; Aufenthaltsanweisung

(1) Beamtinnen und Beamte haben ihre Wohnung so zu nehmen, dass sie in der ordnungsmäßigen Wahrnehmung ihrer Dienstgeschäfte nicht beeinträchtigt werden.

(2) Die oder der Dienstvorgesetzte kann sie, wenn die dienstlichen Verhältnisse es erfordern, anweisen, ihre Wohnung innerhalb bestimmter Entfernung von ihrer Dienststelle zu nehmen oder eine Dienstwohnung zu beziehen.

(3) Wenn besondere dienstliche Verhältnisse es dringend erfordern, können Beamtinnen und Beamte angewiesen werden, sich während der dienstfreien Zeit so in der Nähe ihres Dienstortes aufzuhalten, dass sie leicht erreicht werden können.

h) Dienstkleidung

§ 63

Vorschriften über Dienstkleidung

Die Landesregierung erlässt die Bestimmungen über Dienstkleidung, die bei Ausübung des Amtes üblich oder erforderlich ist. Sie kann diese Befugnis auf andere Stellen übertragen.

i) Folgen der Nichterfüllung von Pflichten; Haftung

§ 64

Dienstvergehen

(1) Bei Ruhestandsbeamtinnen und Ruhestandsbeamten oder früheren Beamtinnen oder früheren Beamten mit Versorgungsbezügen gilt es außer in den in § 47 Absatz 2 des Beamtenstatusgesetzes aufgeführten Fällen als Dienstvergehen, wenn sie entgegen § 29 Absatz 2 und 3 des Beamtenstatusgesetzes oder entgegen § 30 Absatz 3 Satz 2 des Beamtenstatusgesetzes in Verbindung mit § 29 Absatz 2 des Beamtenstatusgesetzes einer erneuten Berufung in das Beamtenverhältnis oder ihrer Verpflichtung nach § 29 Absatz 4 oder Absatz 5 Satz 1 des Beamtenstatusgesetzes nicht nachkommen.

(2) Das Nähere über die Verfolgung von Dienstvergehen und von als Dienstvergehen geltenden Handlungen regelt das Saarländische Disziplingesetz.

§ 65

Haftung; Verjährung; Anspruchsübergang

(1) Ansprüche nach § 48 des Beamtenstatusgesetzes verjähren in drei Jahren von dem Zeitpunkt an, in dem der Dienstherr von dem Schaden und der Person der oder des Ersatzpflichtigen Kenntnis erlangt hat, ohne Rücksicht auf diese Kenntnis in zehn Jahren von der Begehung der Handlung an. Hat der Dienstherr einem Dritten Schadensersatz geleistet, so tritt an die Stelle des Zeitpunkts, in dem der Dienstherr von dem Schaden Kenntnis erlangt, der Zeitpunkt, in dem der Ersatzanspruch des Dritten diesem gegenüber vom Dienstherrn anerkannt oder dem Dienstherrn gegenüber rechtskräftig festgestellt wird.

(2) Leistet die Beamtin oder der Beamte dem Dienstherrn Ersatz und hat dieser einen Ersatzanspruch gegen einen Dritten, so geht der Ersatzanspruch auf die Beamtin oder den Beamten über.

2. Rechte

a) Fürsorge und Schutz

§ 66

Mutterschutz und Elternzeit

(1) Die Landesregierung regelt durch Rechtsverordnung die der Eigenart des öffentlichen Dienstes entsprechende Anwendung der Vorschriften des Mutterschutzgesetzes auf Beamtinnen. Diese Rechtsverordnung stellt für Beamtinnen hinsichtlich Inhalt, Art und Umfang den Schutz sicher, der Frauen nach dem Mutterschutzgesetz gewährleistet wird. Für die Kontrolle und Überwachung der Einhaltung der dem Gesundheitsschutz dienenden mutterschutzrechtlichen Vorschriften gilt § 29 des Mutterschutzgesetzes entsprechend.

(2) Die Landesregierung regelt durch Rechtsverordnung die der Eigenart des öffentlichen Dienstes entsprechende Anwendung der Vorschriften des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes über die Elternzeit auf Beamtinnen und Beamte; dabei

kann die Gewährung von beihilfegleichen Leistungen und von Leistungen, die der freien Heilfürsorge entsprechen, sowie die Erstattung von Beiträgen zur Krankenversicherung vorgesehen werden.

§ 67

Beihilfe

(1) Beihilfe erhalten

1. Beamtinnen und Beamte, die Anspruch auf Dienstbezüge oder Anwärterbezüge haben,
2. Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger, die Anspruch auf Versorgungsbezüge haben,
3. frühere Beamtinnen und Beamte während des Bezuges von Unterhaltsbeiträgen oder Übergangsgeld nach dem Saarländischen Beamtenversorgungsgesetz
4. frühere Beamtinnen und Beamte auf Zeit während des Bezuges von Übergangsgeld nach dem Saarländischen Beamtenversorgungsgesetz.

Satz 1 gilt auch, wenn Bezüge wegen der Anwendung von Ruhens- und Anrechnungsvorschriften nicht gezahlt werden. Beihilfefähig sind die Aufwendungen der Ehegattin oder des Ehegatten oder der eingetragenen Lebenspartnerin oder des eingetragenen Lebenspartners der oder des Beihilfeberechtigten, die oder der kein zur wirtschaftlichen Selbstständigkeit führendes Einkommen hat, und der im Familienzuschlag nach dem Saarländischen Besoldungsgesetz berücksichtigungsfähigen Kinder als

berücksichtigungsfähige Angehörige. Satz 3 gilt nicht für Fälle des § 26 des Saarländischen Beamtenversorgungsgesetzes.

(2) Beihilfefähig sind grundsätzlich nur notwendige und wirtschaftlich angemessene Aufwendungen

1. in Krankheits- und Pflegefällen,
2. zur Vorbeugung gegen und Behandlung von Krankheiten oder Behinderungen,
3. in Geburtsfällen, bei künstlicher Befruchtung sowie in Ausnahmefällen zur Empfängnisverhütung, bei Sterilisation und Schwangerschaftsabbruch und
4. zur Früherkennung von Krankheiten und zu Schutzimpfungen.

Aufwendungen für Wahlleistungen bei stationärer Behandlung und für Heilpraktikerleistungen sind

nicht beihilfefähig. Aufwendungen für Sehhilfen werden nur Personen bis zum vollendeten 18. Lebensjahr sowie stark Sehbehinderten erstattet.

(3) Beihilfen werden als Prozentsatz der beihilfefähigen Aufwendungen (Bemessungssatz) gewährt. Der Bemessungssatz beträgt für Aufwendungen der Beihilfeberechtigten 50 Prozent, der berücksichtigungsfähigen Ehegattinnen und Ehegatten, der eingetragenen Lebenspartnerinnen und Lebenspartner sowie der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger 70 Prozent. Für Aufwendungen von Kindern und selbst beihilfeberechtigten Waisen beträgt er 80 Prozent. Sind zwei oder mehr Kinder berücksichtigungsfähig, beträgt der Bemessungssatz einer oder eines Beihilfeberechtigten 70 Prozent; bei mehreren Beihilfeberechtigten gilt dies nur bei einer oder einem von ihnen zu bestimmenden Berechtigten. In Ausnahmefällen kann eine Erhöhung der Bemessungssätze vorgesehen werden. Beihilfe kann in Pflegefällen in Form einer Pauschale gewährt werden, deren Höhe sich am tatsächlichen Versorgungsaufwand orientiert. Beihilfe darf nur gewährt werden, wenn sie zusammen mit von dritter Seite zustehenden Erstattungen die dem Grunde nach beihilfefähigen Aufwendungen nicht überschreitet. Zustehende Leistungen zu Aufwendungen nach Absatz 2 sind von den beihilfefähigen Aufwendungen abzuziehen, Leistungen aus einer privaten Krankenversicherung sind hiervon nicht erfasst.

(4) Die auszahlende Beihilfe wird je Kalenderjahr, in dem die Aufwendungen geltend gemacht werden, um folgende Kostendämpfungspauschale gekürzt:

Stufe	Besoldungsgruppen	Betrag
1	Besoldungsgruppen A 7 und A 8	100,00 Euro
2	Besoldungsgruppen A 9 bis A 11	150,00 Euro
3	Besoldungsgruppen A 12 bis A 15, B 1, C 1 und C 2, H 1 bis H 3, R 1, W 1	300,00 Euro
4	Besoldungsgruppen A 16, B 2 und B 3, C 3, H 4 und H 5, R 2 und R 3, W 2	450,00 Euro

5	Besoldungsgruppen B 4 bis B 7, C 4, R 4 bis R 7, W 3	600,00 Euro
6	Höhere Besoldungsgruppen	750,00 Euro

(5) Die Beträge nach Absatz 4 werden bei Teilzeitbeschäftigung im gleichen Verhältnis wie die Arbeitszeit vermindert.

(6) Die Beträge nach Absatz 4 bemessen sich

1. bei Ruhestandsbeamtinnen und Ruhestandsbeamten und früheren Beamtinnen und Beamten nach dem Ruhegehaltssatz,
2. bei Witwen und Witvern sowie hinterbliebenen eingetragenen Lebenspartnerinnen und Lebenspartnern nach 55 vom Hundert des Ruhegehaltssatzes;

dabei darf die Kostendämpfungspauschale in den Fällen der Nummer 1 70 vom Hundert und in den Fällen der Nummer 2 40 vom Hundert der Beträge nach Absatz 4 nicht übersteigen. Für die Zuteilung zu den Stufen nach Absatz 4 ist die Besoldungsgruppe maßgebend, nach der die Versorgungsbezüge berechnet sind. Die Sätze 1 und 2 gelten entsprechend für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt (Gehalt) nach einer früheren Besoldungsgruppe, eine Grundvergütung oder ein Lohn zugrunde liegt, sowie für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger, deren Versorgungsbezüge in festen Beträgen festgesetzt sind.

(7) Die Kostendämpfungspauschale nach den Absätzen 4 bis 6 vermindert sich um 40,00 Euro für jedes berücksichtigungsfähige Kind oder jedes Kind, das nur deshalb nicht berücksichtigungsfähig ist, weil es selbst beihilfeberechtigt ist. Sind Kinder bei beiden beihilfeberechtigten Elternteilen berücksichtigungsfähig, vermindert sich die Kostendämpfungspauschale grundsätzlich bei dem Elternteil, der den Familienzuschlag oder den Auslandskinderzuschlag bezieht.

(8) Die Höhe der Kostendämpfungspauschale richtet sich nach den bei der erstmaligen Antragstellung im Kalenderjahr maßgebenden Verhältnissen.

(9) Die Kostendämpfungspauschale entfällt

1. bei Empfängerinnen und Empfängern von Anwärterbezügen,
2. bei Witwen und Witvern sowie hinterbliebenen eingetragenen Lebenspartnerinnen und Lebenspartnern in dem Kalenderjahr, in dem der Beihilfeanspruch entsteht,
3. bei Waisen,
4. bei beihilfefähigen Aufwendungen, die einer oder einem verstorbenen Beihilfeberechtigten entstanden sind, und bei Aufwendungen aus Anlass des Todes der oder des Beihilfeberechtigten,
5. bei Mitgliedern von Krankenkassen im Sinne des § 4 Absatz 2 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch.

Die Kostendämpfungspauschale entfällt ebenfalls für Aufwendungen

1. für Maßnahmen zur Gesundheitsvorsorge,
2. für Maßnahmen zur Früherkennung von Krankheiten,
3. für die Schwangerschaftsüberwachung und die ärztlich verordnete Schwangerschaftsgymnastik sowie für im Zusammenhang mit der Schwangerschaft verordnete Arzneimittel, Verbandmittel und dergleichen und
4. bei dauernder Pflegebedürftigkeit.

(10) Das Ministerium für Inneres, Bauen und Sport regelt im Einvernehmen mit dem Ministerium für Finanzen und Europa durch Rechtsverordnung die näheren Einzelheiten der Beihilfegewährung, insbesondere der Höchstbeträge, des völligen oder teilweisen Ausschlusses von Arznei-, Heil- und Hilfsmitteln in Anlehnung an das Fünfte Buch Sozialgesetzbuch und der Berücksichtigung von Kindern.

§ 67a

Übertragung der Gewährung von Beihilfen im Landesbereich

(1) Zur Gewährung von Beihilfen können sich die obersten Dienstbehörden des Landes im Wege der Organleihe einer Einrichtung des öffentlichen Rechts bedienen. Die Organleihe erstreckt sich auf

1. die Entscheidung über die Gewährung von Beihilfen nach § 67,
2. die Entscheidung über Widersprüche gegen die nach Nummer 1 erlassenen Verwaltungsakte,
3. die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen nach § 76, soweit es sich dabei um Beihilfeleistungen handelt, und
4. die Vertretung des Dienstherrn in gerichtlichen Verfahren.

(2) Der Einrichtung des öffentlichen Rechts dürfen personenbezogene Daten aus der Beihilfeakte im für die Übernahme der Aufgabe erforderlichen Umfang übermittelt werden. Die Übermittlung und Verarbeitung dieser personenbezogenen Daten ist auch vorab zulässig, soweit dies bei der Einrichtung des öffentlichen Rechts für die Errichtung eines elektronischen Verarbeitungssystems zur Gewährung von Beihilfen im Rahmen der Funktionsprüfung erforderlich ist.

(3) Das Nähere, insbesondere die Bestimmung der Einrichtung des öffentlichen Rechts, regelt die Landesregierung durch Rechtsverordnung.

§ 68

Jubiläumszuwendung

Beamtinnen und Beamten kann bei Dienstjubiläen eine Jubiläumszuwendung gewährt werden. Das Nähere regelt die Landesregierung durch Rechtsverordnung.

§ 69

Arbeitsschutz; Jugendarbeitsschutz

(1) Die im Bereich des Arbeitsschutzes auf Grund des § 18 des Arbeitsschutzgesetzes erlassenen Rechtsverordnungen der Bundesregierung gelten für die Beamtinnen und Beamten entsprechend, soweit nicht die Landesregierung durch Rechtsverordnung Abweichendes regelt.

(2) Die Landesregierung kann durch Rechtsverordnung für bestimmte Tätigkeiten, insbesondere bei der Polizei und den Zivil- und Katastrophenschutzdiensten, regeln, dass Vorschriften des Arbeitsschutzgesetzes ganz oder zum Teil nicht anzuwenden sind, soweit öffentliche Belange dies zwingend erfordern, insbesondere zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit. In der Verordnung ist gleichzeitig festzulegen, wie die Sicherheit und der Gesundheitsschutz bei der Arbeit unter Berücksichtigung der Ziele des Arbeitsschutzgesetzes auf andere Weise gewährleistet werden.

(3) Für jugendliche Beamtinnen und Beamte gelten die Vorschriften des Jugendarbeitsschutzgesetzes vom 12. April 1976 (BGBl. I S. 965), zuletzt geändert durch Artikel 3 Absatz 2 des Gesetzes vom 31. Oktober 2008 (BGBl. I S. 2149), entsprechend.

b) Amtsbezeichnung

§ 70

Festsetzung und Führung der Amtsbezeichnung

(1) Amtsbezeichnungen, die nicht durch Gesetz geregelt sind, bestimmt das Ministerium für Inneres, Bauen und Sport unter Berücksichtigung der Bezeichnungen in den Besoldungsordnungen durch Rechtsverordnung. Dienstbezeichnungen werden durch die Laufbahnvorschriften, Berufsbezeichnungen durch die Ausbildungs- und Prüfungsordnungen festgesetzt.

(2) Eine Amtsbezeichnung, die herkömmlich für ein Amt verwendet wird, das eine bestimmte Befähigung voraussetzt und einen bestimmten Aufgabenkreis umfasst, darf nur Beamtinnen oder Beamten verliehen werden, die ein solches Amt bekleiden.

(3) Beamtinnen und Beamte können im Dienst die Amtsbezeichnung des ihnen übertragenen Amtes führen; sie dürfen sie auch außerhalb des Dienstes führen. Beamtinnen, die die Amtsbezeichnung führen, führen sie in der weiblichen Form. Neben der Amtsbezeichnung dürfen Beamtinnen und Beamte nur staatlich verliehene Titel und Bezeichnungen sowie Hochschulgrade, dagegen keine Berufsbezeichnung führen. Nach dem Übertritt in ein anderes Amt dürfen Beamtinnen und Beamte die bisherige Amtsbezeichnung nicht mehr führen; in den Fällen der Versetzung in ein Amt mit geringerem Endgrundgehalt (§ 29 Absatz 3 Satz 1) gilt Absatz 4 Satz 2 und 3 entsprechend.

(4) Ruhestandsbeamtinnen und Ruhestandsbeamte dürfen die ihnen bei der Versetzung in den Ruhestand zustehende Amtsbezeichnung mit dem Zusatz „außer Dienst“ („a. D.“) und die im Zusammenhang mit dem Amt verliehenen Titel weiterführen. Wird ihnen ein neues Amt übertragen, so erhalten sie die Amtsbezeichnung des neuen Amtes; gehört dieses Amt nicht einer Besoldungsgruppe mit mindestens demselben Endgrundgehalt (§ 29 Absatz 1 Satz 2) an wie das bisherige Amt, so dürfen sie neben der neuen Amtsbezeichnung die des früheren Amtes mit dem Zusatz „außer Dienst“ („a. D.“) führen. Ändert sich die Bezeichnung des früheren Amtes, so darf die geänderte Amtsbezeichnung geführt werden.

(5) Entlassenen Beamtinnen und Beamten kann die oberste Dienstbehörde die Erlaubnis erteilen, die Amtsbezeichnung mit dem Zusatz „außer Dienst“ („a. D.“) sowie die im Zusammenhang mit dem Amt verliehenen Titel zu führen. Die Erlaubnis kann zurückgenommen werden, wenn die frühere Beamtin oder der frühere Beamte sich ihrer als nicht würdig erweist.

c) Dienst- und Versorgungsbezüge; sonstige Leistungen

§ 71

Besoldung; Versorgung

- (1) Die Dienst- und Versorgungsbezüge sowie die allgemeine Einreihung der Ämter in die Gruppen der Besoldungsordnungen sind durch Gesetz zu regeln.
- (2) Die Besoldung der Beamtinnen und Beamten wird durch das Saarländische Besoldungsgesetz geregelt.
- (3) Die Versorgung der Beamtinnen und Beamten richtet sich nach dem Saarländischen Beamtenversorgungsgesetz.
- (4) Die Bezüge sind auf ein von der Beamtin oder dem Beamten oder von der oder dem Versorgungsberechtigten einzurichtendes Konto bei einem Geldinstitut zu zahlen.

§ 72

Sonstige Leistungen

- (1) Die §§ 12 und 13 des Saarländischen Besoldungsgesetzes gelten entsprechend für die Abtretung, die Verpfändung, die Aufrechnung, die Zurückbehaltung, die Belassung und die Rückforderung von Leistungen, die weder Besoldung noch Versorgung sind.
- (2) Werden Leistungen, die weder Besoldung noch Versorgung sind, nach dem Tag der Fälligkeit gezahlt, so besteht kein Anspruch auf Verzugszinsen.

d) Reise- und Umzugskosten

§ 73

Reise- und Umzugskosten

Beamtinnen und Beamte erhalten Reisekostenvergütung nach dem Saarländischen Reisekostengesetz und Umzugskostenvergütung nach dem Saarländischen Umzugskostengesetz.

e) Schadensersatz

§ 74

Sachschadensersatz

- 1) Sind bei einem Schadensereignis in Ausübung oder infolge des Dienstes, ohne dass Körperschaden entstanden ist, Kleidungsstücke oder sonstige Gegenstände, die die Beamtin oder der Beamte mit sich geführt hat, beschädigt oder zerstört worden oder abhandengekommen, so kann dafür Ersatz geleistet werden, soweit sonstige Ersatzansprüche gegen Dritte nicht bestehen oder nicht zum Ersatz des Schadens führen. Zum Dienst gehören auch Dienstreisen, Dienstgänge und die dienstliche Tätigkeit am Bestimmungsort sowie die Teilnahme an dienstlichen Veranstaltungen, dagegen nicht der Weg vom und zum Dienst.
- (2) Ersatz kann auch geleistet werden, wenn ein während einer Dienstreise oder eines Dienstganges abgestelltes, nach vorheriger Genehmigung benutztes privateigenes Fahrzeug durch plötzliche äußere Einwirkung beschädigt oder zerstört worden ist und sich der Grund zum Verlassen des Fahrzeuges aus der Ausübung des Dienstes ergeben hat. Dies gilt auch für ein abhanden gekommenes Fahrzeug.
- (3) Für Sachschaden an Fahrzeugen kann Ersatz auch dann gewährt werden, wenn ein Verkehrsunfall auf dem Weg vom oder zum Dienst vorliegt und die Benutzung des Fahrzeuges im Interesse des Dienstherrn lag.
- (4) Der Ersatz von Sachschaden wird nicht gewährt, wenn
 1. dieser nicht mehr als 12,50 Euro, bei Sachschäden nach Absatz 2 oder 3 nicht mehr als 50 Euro, beträgt,
 2. die Beamtin oder der Beamte das Schadensereignis vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt hat,
 3. die Beamtin oder der Beamte bei einem Verkehrsunfall es unterlassen hat, unverzüglich eine polizeiliche Anzeige zu erstatten.
- (5) Sonstige gesetzliche Ersatzansprüche werden durch diese Bestimmung nicht berührt.
- (6) Anträge auf Gewährung von Sachschadensersatz sind innerhalb einer Ausschlussfrist von drei Monaten zu stellen.

§ 75

Schadensersatz bei Gewaltakten

Werden durch Gewaltakte, die im Hinblick auf das pflichtgemäße dienstliche Verhalten einer Beamtin oder eines Beamten begangen werden, Gegenstände der Beamtin oder des Beamten oder ihrer oder seiner Familienangehörigen beschädigt oder zerstört oder der Beamtin oder dem Beamten sonstige Vermögensschäden zugefügt, so kann dafür Ersatz geleistet werden, soweit Ersatzansprüche gegen

Dritte nicht zum Ersatz des Schadens führen. Anträge auf Gewährung von Schadensersatz sind innerhalb einer Ausschlussfrist von drei Monaten zu stellen.

§ 76

Übergang von Schadensersatzansprüchen bei Verletzung und Tötung

Werden Beamtinnen, Beamte, Versorgungsberechtigte oder ihre Angehörigen körperlich verletzt oder getötet, so geht ein gesetzlicher Schadensersatzanspruch, der diesen Personen infolge der Körperverletzung oder der Tötung gegen einen Dritten zusteht, insoweit auf den Dienstherrn über, als dieser während einer auf der Körperverletzung beruhenden Aufhebung der Dienstfähigkeit oder infolge der Körperverletzung oder der Tötung zur Gewährung von Leistungen verpflichtet ist. Ist eine Versorgungskasse zur Gewährung der Versorgung verpflichtet, so geht der Anspruch auf sie über. Der Übergang des Anspruchs kann nicht zum Nachteil der Verletzten oder der Hinterbliebenen geltend gemacht werden. Zu den Angehörigen und Hinterbliebenen gehören auch eingetragene Lebenspartnerinnen und Lebenspartner sowie hinterbliebene eingetragene Lebenspartnerinnen und Lebenspartner.

§ 76a

Erfüllungsübernahme bei Schmerzensgeldansprüchen

(1) Haben Beamtinnen und Beamte wegen eines rechtswidrigen Angriffs, den sie in pflichtgemäßer Ausübung des Dienstes oder im Zusammenhang mit ihrer dienstlichen Stellung erleiden, einen durch rechtskräftiges Urteil eines inländischen Gerichtes festgestellten Anspruch auf Schmerzensgeld von mindestens 250 Euro gegen einen Dritten, kann der Dienstherr auf Antrag die Erfüllung dieses Anspruchs bis zur Höhe des festgestellten Schmerzensgeldes übernehmen, soweit die Vollstreckung erfolglos geblieben ist. Einer erfolglosen Vollstreckung steht es gleich, wenn die Vollstreckung nicht innerhalb von sechs Monaten vollzogen werden kann. Die Vollstreckungstitel nach § 794 Abs. 1 Nr. 1, 4, 4a und 5 der Zivilprozessordnung stehen einem rechtskräftigen Urteil gleich, wenn sie ebenfalls Rechtskraft erlangt haben oder unwiderruflich sind. Die Zahlung des Dienstherrn darf den Betrag, der mit Rücksicht auf die erlittenen immateriellen Schäden angemessen ist, nicht übersteigen.

(2) Die Übernahme der Erfüllung ist innerhalb einer Ausschlussfrist von zwei Jahren nach Wirksamkeit des Vollstreckungstitels schriftlich unter Vorlage des Titels und des Nachweises des erfolglosen Vollstreckungsversuchs zu beantragen. Die Entscheidung trifft die oberste Dienstbehörde. Für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger trifft die Entscheidung die zuletzt zuständige oberste Dienstbehörde. Soweit der Dienstherr die Erfüllung übernommen hat, gehen die Ansprüche gegen Dritte auf ihn über. Der Übergang der Ansprüche kann nicht zum Nachteil der oder des Geschädigten geltend gemacht werden.

(3) Für einen Vollstreckungstitel, der vor dem 21. Dezember 2018 erlangt wurde und dessen Vollstreckung erfolglos geblieben ist und bei dem der Eintritt der Rechtskraft oder der Unwiderruflichkeit nicht länger als drei Jahre zurückliegt, kann der Antrag innerhalb einer Ausschlussfrist von sechs Monaten ab dem 21. Dezember 2018 gestellt werden.

f) Dienstzeugnis

§ 77

Antrag und Inhalt

Beamtinnen und Beamten wird auf Antrag ein Dienstzeugnis über Art und Dauer der bekleideten Ämter erteilt, wenn sie daran ein berechtigtes Interesse haben. Das Dienstzeugnis muss auf Verlangen auch über die ausgeübte Tätigkeit und die erbrachten Leistungen Auskunft geben.

3. Arbeitszeit und Urlaub

a) Arbeitszeit

§ 78

Regelmäßige Arbeitszeit; Mehrarbeit; Bereitschaftsdienst

(1) Die regelmäßige Arbeitszeit darf wöchentlich im Durchschnitt 40 Stunden nicht überschreiten.

Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit vermindert sich für jeden gesetzlich anerkannten Wochenfeiertag um die darauf entfallende Arbeitszeit. Dies gilt für Beamtinnen und Beamte im Wechseldienst in demselben Umfang wie für Beamtinnen und Beamte desselben Verwaltungszweiges mit fester Arbeitszeit, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob und wie lange die Beamtin oder der Beamte an dem Wochenfeiertag tatsächlich Dienst leisten muss.

(2) Für die Berechnung der regelmäßigen Arbeitszeit kann ein Zeitraum von bis zu fünf Jahren zugrunde gelegt werden, für Lehrerinnen und Lehrer an öffentlichen Schulen von bis zu 20 Jahren. Auf Antrag der Beamtin oder des Beamten kann bei einer Teilzeitbeschäftigung nach § 79 für die Berechnung der regelmäßigen Arbeitszeit ein Zeitraum von bis zu sieben Jahren zugrunde gelegt werden; dabei kann der Teil, um den die regelmäßige Arbeitszeit im Einzelfall ermäßigt ist, zu einem zusammenhängenden Zeitraum von einem Jahr zusammengefasst werden.

(3) Beamtinnen und Beamte sind verpflichtet, ohne Vergütung über die regelmäßige Arbeitszeit hinaus Dienst zu tun, wenn zwingende dienstliche Verhältnisse dies erfordern und sich die Mehrarbeit auf Ausnahmefälle beschränkt. Werden sie durch eine dienstlich angeordnete oder genehmigte Mehrarbeit im Umfang von mehr als einem Achtel der individuellen wöchentlichen Arbeitszeit im Monat beansprucht, ist ihnen innerhalb eines Jahres grundsätzlich entsprechende Dienstbefreiung zu gewähren.

Ist eine Dienstbefreiung aus zwingenden dienstlichen Gründen nicht möglich, können an ihrer Stelle Beamtinnen und Beamte in Besoldungsgruppen mit aufsteigenden Gehältern für einen Zeitraum von bis zu 480 Stunden im Jahr eine Vergütung erhalten.

(4) Soweit der Dienst in Bereitschaft besteht, kann die Arbeitszeit entsprechend den dienstlichen Bedürfnissen verlängert werden; im wöchentlichen Zeitraum sollen 48 Stunden nicht überschritten werden.

(5) Das Nähere regelt die Landesregierung durch Rechtsverordnung. Dies gilt auch für die Festlegung der Zahl der Unterrichtsstunden der Lehrerinnen und Lehrer an öffentlichen Schulen.

(6) Die Bestimmungen der Richtlinie 2003/88/ EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. November 2003 (ABl. EU Nummer L 299 S. 9) in der jeweils geltenden Fassung über bestimmte Aspekte der Arbeitszeitgestaltung sind zu beachten.

§ 79

Teilzeitbeschäftigung; Nebentätigkeiten

(1) Beamtinnen und Beamten mit Dienstbezügen kann auf Antrag Teilzeitbeschäftigung bis zur Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit und bis zur jeweils beantragten Dauer bewilligt werden, soweit dienstliche Belange nicht entgegenstehen.

(2) Für die Übernahme von Nebentätigkeiten gelten die §§ 86 bis 89.

(3) Die oberste Dienstbehörde oder die von ihr ermächtigte Stelle kann auch nachträglich die Dauer der Teilzeitbeschäftigung beschränken oder den Umfang der zu leistenden Arbeitszeit erhöhen, soweit zwingende dienstliche Belange dies erfordern. Sie soll eine Änderung des Umfangs der Teilzeitbeschäftigung oder den Übergang zur Vollzeitbeschäftigung zulassen, wenn der Beamtin oder dem Beamten die Teilzeitbeschäftigung im bisherigen Umfang nicht mehr zugemutet werden kann und dienstliche Belange nicht entgegenstehen.

(4) Beamtinnen und Beamten mit Dienstbezügen ist auf Antrag, wenn zwingende dienstliche Belange nicht entgegenstehen, die Arbeitszeit bis auf die Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit zu ermäßigen, wenn sie

1. mindestens ein Kind unter 18 Jahren oder
2. eine nach ärztlichem Gutachten pflegebedürftige sonstige Angehörige oder einen nach ärztlichem Gutachten pflegebedürftigen sonstigen Angehörigen

tatsächlich betreuen oder pflegen. Die Pflegebedürftigkeit kann auch durch die Vorlage einer Bescheinigung der Pflegekasse oder des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung oder einer entsprechenden Bescheinigung einer privaten Pflegeversicherung nachgewiesen werden. Zu den Angehörigen gehören auch eingetragene Lebenspartnerinnen und Lebenspartner. Eine Änderung des Umfangs der Teilzeitbeschäftigung oder ein Übergang zur Vollzeitbeschäftigung während der Dauer des Bewilligungszeitraumes ist nur mit Zustimmung der obersten Dienstbehörde oder der von ihr ermächtigten Stelle zulässig. Bei Beamtinnen und Beamten im Schul- und Hochschuldienst kann der Bewilligungszeitraum bis zum Ende

des laufenden Schulhalbjahres oder Semesters ausgedehnt werden. Dies gilt auch bei Wegfall der tatbestandlichen Voraussetzungen des Satzes 1.

(5) Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst kann aus den in Absatz 4 Satz 1 genannten Gründen Teilzeitbeschäftigung mit mindestens der Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit bewilligt werden, wenn dienstliche Belange nicht entgegenstehen.

(6) Während einer Teilzeitbeschäftigung nach den Absätzen 4 und 5 dürfen nur solche Nebentätigkeiten ausgeübt werden, die dem Zweck der Freistellung nicht zuwiderlaufen.

(7) Beamtinnen und Beamten mit Dienstbezügen kann Teilzeitbeschäftigung mit weniger als der Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit bis zur Dauer von insgesamt 15 Jahren bewilligt werden, wenn die

Voraussetzungen des Absatzes 4 Satz 1 vorliegen und dienstliche Belange nicht entgegenstehen. Die Dauer der Teilzeitbeschäftigung darf auch zusammen mit Urlaub ohne Dienstbezüge 15 Jahre nicht überschreiten.

§ 80

Folgen von Teilzeitbeschäftigung

(1) Teilzeitbeschäftigung nach § 79 darf das berufliche Fortkommen nicht beeinträchtigen; eine unterschiedliche Behandlung von Beamtinnen und Beamten mit ermäßigter Arbeitszeit gegenüber Beamtinnen und Beamten mit regelmäßiger Arbeitszeit ist nur zulässig, wenn zwingende sachliche Gründe sie rechtfertigen.

(2) Wird Teilzeitbeschäftigung beantragt, so ist die Beamtin oder der Beamte auf die Folgen von Teilzeitbeschäftigung hinzuweisen, insbesondere auf die Folgen für Ansprüche auf Grund beamtenrechtlicher Regelungen.

§ 81

Pflicht zur Dienstleistung; Verlust der Dienstbezüge

(1) Beamtinnen und Beamte dürfen dem Dienst nicht ohne Genehmigung ihrer oder ihres Dienstvorgesetzten fernbleiben. Dienstunfähigkeit infolge Krankheit ist auf Verlangen nachzuweisen.

(2) Verlassen Beamtinnen und Beamte im Falle der Krankheit ihren Wohnort, so haben sie dies ihrer oder ihrem Vorgesetzten vorher mitzuteilen und ihren Aufenthaltsort anzugeben.

(3) Verlieren Beamtinnen und Beamte wegen Fernbleibens vom Dienst ihren Anspruch auf Besoldung, so stellt die oder der Dienstvorgesetzte den Verlust der Bezüge fest und teilt dies der Beamtin oder dem Beamten mit. Die Durchführung eines Disziplinarverfahrens wird dadurch nicht ausgeschlossen.

b) Urlaub; Wahl in eine gesetzgebende Körperschaft oder in eine kommunale Vertretung

§ 82

Anspruch auf Erholungsurlaub; Urlaub aus anderen Anlässen

(1) Beamtinnen und Beamten steht alljährlich ein Erholungsurlaub unter Fortgewährung der Bezüge zu. Die Erteilung und Dauer des Erholungsurlaubs sowie die Voraussetzungen und den Umfang einer finanziellen Abgeltung regelt die Landesregierung durch Rechtsverordnung.

(2) Die Landesregierung regelt ferner die Bewilligung von Urlaub aus anderen Anlässen und bestimmt, ob und inwieweit die Dienstbezüge während eines solchen Urlaubs zu belassen sind.

(3) Werden Beamtinnen und Beamte in eine kommunale Vertretungskörperschaft gewählt, so ist ihnen für diese Tätigkeit der erforderliche Urlaub unter Fortgewährung der Bezüge zu gewähren.

(4) Stimmen Beamtinnen und Beamte ihrer Aufstellung als Bewerberin und Bewerber für die Wahl zum Europäischen Parlament, zum Deutschen Bundestag, zu der gesetzgebenden Körperschaft eines Landes oder zum Mitglied einer kommunalen Vertretungskörperschaft, eines Orts- oder eines Bezirksrats zu, so ist ihnen auf Antrag innerhalb der letzten zwei Monate vor dem Wahltag der zur Vorbereitung ihrer Wahl erforderliche Urlaub unter Wegfall der Bezüge zu gewähren.

(5) Der Bildungsurlaub für Beamtinnen und Beamte richtet sich nach dem Saarländischen Bildungsfreistellungsgesetz.

§ 83

Urlaub bei Bewerberüberhang und aus familienpolitischen Gründen;
Nebentätigkeiten während der Beurlaubung; Rückkehr; Höchstdauer

(1) Beamtinnen und Beamten mit Dienstbezügen kann in Bereichen, in denen wegen der Arbeitsmarktsituation ein außergewöhnlicher Bewerberüberhang besteht und deshalb ein dringendes öffentliches Interesse daran gegeben ist, verstärkt Bewerberinnen und Bewerber im öffentlichen Dienst zu beschäftigen,

1. auf Antrag Urlaub ohne Dienstbezüge bis zur Dauer von insgesamt sechs Jahren,
2. nach Vollendung des 55. Lebensjahres auf Antrag, der sich auf die Zeit bis zum Beginn des Ruhestandes erstrecken muss, Urlaub ohne Dienstbezüge

bewilligt werden, wenn dienstliche Belange nicht entgegenstehen.

(2) Dem Antrag nach Absatz 1 darf nur entsprochen werden, wenn die Beamtinnen und Beamten erklären, während der Dauer des Bewilligungszeitraums entgeltliche Nebentätigkeiten nur in dem Umfang auszuüben, wie sie diese bei Vollzeitbeschäftigung ohne Verletzung dienstlicher Pflichten ausüben könnten. Wird die Verpflichtung nach Satz 1 schuldhaft verletzt, soll die Bewilligung des Urlaubs widerrufen werden. Die oberste Dienstbehörde kann eine Rückkehr aus dem Urlaub zulassen, wenn der Beamtin oder dem Beamten die Fortsetzung des Urlaubs nicht zugemutet werden kann und dienstliche Belange nicht entgegenstehen.

(3) Beamtinnen und Beamten mit Dienstbezügen ist auf Antrag, wenn zwingende dienstliche Belange nicht entgegenstehen, Urlaub ohne Dienstbezüge zu gewähren, wenn sie

1. mindestens ein Kind unter 18 Jahren oder
2. eine nach ärztlichem Gutachten pflegebedürftige sonstige Angehörige oder einen nach ärztlichem Gutachten pflegebedürftigen sonstigen Angehörigen

tatsächlich betreuen oder pflegen. Die Pflegebedürftigkeit kann auch durch die Vorlage einer Bescheinigung der Pflegekasse oder des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung oder einer entsprechenden Bescheinigung einer privaten Pflegeversicherung nachgewiesen werden. Zu den Angehörigen gehören auch eingetragene Lebenspartnerinnen und Lebenspartner. Die Dauer des Urlaubs nach Satz 1 darf insgesamt 15 Jahre nicht überschreiten. Absatz 2 Satz 3 gilt entsprechend.

(4) Urlaub nach Absatz 1 und Urlaub nach Absatz 3 dürfen auch zusammen die Dauer von 15 Jahren nicht überschreiten. Bei Beamtinnen und Beamten im Schul- und Hochschuldienst kann der Bewilligungszeitraum bis zum Ende des laufenden Schulhalbjahres oder Semesters ausgedehnt werden. Dies gilt auch bei Wegfall der tatbestandlichen Voraussetzungen des Absatzes 3 Satz 1. In den Fällen des Absatzes 1 Nummer 2 findet Satz 1 keine Anwendung, wenn es der Beamtin oder dem Beamten nicht mehr zuzumuten ist, zur Voll- oder Teilzeitbeschäftigung zurückzukehren.

(5) Während eines Urlaubs nach Absatz 1 und Absatz 3 dürfen nur solche Nebentätigkeiten ausgeübt werden, die dem Zweck der Beurlaubung nicht zuwiderlaufen.

(6) Urlaub nach Absatz 3 kann zum Zwecke der Inanspruchnahme von Elternzeit nach der Verordnung über Elternzeit für saarländische Beamtinnen und Beamte sowie Richterinnen und Richter unterbrochen werden.

(7) Wird Urlaub ohne Dienstbezüge beantragt, so ist die Beamtin oder der Beamte auf die Folgen von Urlaub ohne Dienstbezüge hinzuweisen, insbesondere auf die Folgen für Ansprüche auf Grund beamtenrechtlicher Regelungen.

§ 83a

Familienpflegezeit

(1) Beamtinnen und Beamten mit Anspruch auf Dienstbezüge oder Anwärterbezüge ist auf Antrag für längstens 24 Monate Teilzeitbeschäftigung als Familienpflegezeit zur Pflege einer oder eines pflegebedürftigen nahen Angehörigen in häuslicher Umgebung sowie zur Betreuung einer oder eines minderjährigen pflegebedürftigen nahen Angehörigen in häuslicher oder außerhäuslicher Umgebung zu bewilligen. Dabei darf die wöchentliche Arbeitszeit im Durchschnitt eines Zeitraums von bis zu einem Jahr 15 Stunden nicht unterschreiten. Nahe Angehörige im Sinne dieses Gesetzes sind

1. Großeltern, Eltern, Schwiegereltern, Stiefeltern,
2. Ehegatten, Lebenspartner, Partner einer eheähnlichen oder lebenspartnerschaftsähnlichen Gemeinschaft, Geschwister, Ehegatten der Geschwister und Geschwister der Ehegatten, Lebenspartner der Geschwister und Geschwister der Lebenspartner,
3. Kinder, Adoptiv- oder Pflegekinder, die Kinder sowie die Adoptiv- oder Pflegekinder des Ehegatten oder des Lebenspartners, Schwiegerkinder und Enkelkinder.

Die Pflegebedürftigkeit ist durch Vorlage eines ärztlichen Gutachtens, einer Bescheinigung der Pflegekasse oder des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung oder durch Vorlage einer entsprechenden Bescheinigung einer privaten Pflegeversicherung nachzuweisen. Wer Familienpflegezeit nach Satz 1 beanspruchen will, muss dies spätestens acht Wochen vor dem gewünschten Beginn schriftlich oder elektronisch ankündigen und gleichzeitig erklären, für welchen Zeitraum und in welchem Umfang innerhalb der Gesamtdauer die Teilzeitbeschäftigung in Anspruch genommen werden soll. Dabei ist auch die gewünschte Verteilung der Arbeitszeit anzugeben; zwingende dienstliche Belange sind zu berücksichtigen.

(2) Liegen die Voraussetzungen des Absatzes 1 für die Bewilligung der Familienpflegezeit nicht mehr vor, so ist die Bewilligung zu widerrufen, und zwar mit Ablauf des zweiten Monats, der auf den Wegfall der Voraussetzungen folgt. Die Beamtin oder der Beamte ist verpflichtet, jede Änderung der Tatsachen mitzuteilen, die für die Bewilligung maßgeblich ist. Ist der Beamtin oder dem Beamten die Teilzeitbeschäftigung im bisherigen Umfang nicht mehr zumutbar, ist die Bewilligung zu widerrufen, wenn dringende dienstliche Belange dem nicht entgegenstehen. Im Übrigen kann die Familienpflegezeit nur vorzeitig beendet werden, wenn die oberste Dienstbehörde zustimmt.

(3) Ist die Familienpflegezeit für weniger als 24 Monate bewilligt worden, kann sie nachträglich bis zur Dauer von 24 Monaten verlängert werden, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 und die Maßgaben des Absatzes 2 vorliegen.

(4) Wird die Familienpflegezeit nach einer Freistellung nach § 83b Absatz 2 oder 3 zur Pflege oder Betreuung derselben oder desselben pflegebedürftigen Angehörigen in Anspruch genommen, muss sich die Familienpflegezeit unmittelbar an diese Freistellung anschließen. In diesem Fall soll die Beamtin oder der Beamte möglichst frühzeitig erklären, dass sie oder er Familienpflegezeit in Anspruch nehmen wird; abweichend von Absatz 1 Satz 4 muss die Ankündigung spätestens drei Monate vor Beginn der Familienpflegezeit erfolgen.

(5) Familienpflegezeit, Pflegezeit und sonstige Freistellungen nach § 83b dürfen gemeinsam die Gesamtdauer von 24 Monaten je pflegebedürftiger naher Angehöriger oder je pflegebedürftigem nahen Angehörigen nicht überschreiten.

(6) Für die Dauer einer Teilzeitbeschäftigung hat die Beamtin oder der Beamte Anspruch auf Gewährung eines Vorschusses nach der Verordnung über einen Vorschuss für Beamtinnen und Beamte bei der Inanspruchnahme von Familienpflegezeit, Pflegezeit und sonstigen Freistellungen nach §§ 83a und 83b des Saarländischen Beamtengesetzes.

§ 83b

Pflegezeit und sonstige Freistellungen

(1) Beamtinnen und Beamte mit Anspruch auf Dienst- oder Anwärterbezüge sind bis zu zehn Arbeitstage vom Dienst freizustellen, davon neun unter Fortzahlung der Dienstbezüge oder Anwärterbezüge, um für eine pflegebedürftige nahe Angehörige oder einen pflegebedürftigen nahen Angehörigen in einer akut aufgetretenen Pflegesituation eine bedarfsgerechte Pflege organisieren oder eine pflegerische Versorgung in dieser Zeit sicherstellen zu können. Bei Teilzeitbeschäftigung mit weniger als fünf Arbeitstagen in der Woche reduziert sich die Anzahl der Freistellungstage entsprechend. Der oder dem Dienstvorgesetzten sind das Fernbleiben vom Dienst, der Grund und die voraussichtliche Dauer unverzüglich mitzuteilen, auf Verlangen ist eine ärztliche Bescheinigung über die Pflegebedürftigkeit und die Erforderlichkeit der in Satz 1 genannten Maßnahmen vorzulegen.

(2) Beamtinnen und Beamten mit Anspruch auf Dienstbezüge oder Anwärterbezüge ist zur Pflege einer oder eines pflegebedürftigen nahen Angehörigen in häuslicher Umgebung für die Dauer von längstens sechs Monaten Urlaub ohne Dienstbezüge oder Anwärterbezüge oder Teilzeitbeschäftigung zu gewähren (Pflegezeit). Die Pflegebedürftigkeit ist durch Vorlage eines ärztlichen Gutachtens, einer Bescheinigung der Pflegekasse oder des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung oder durch Vorlage einer entsprechenden Bescheinigung einer privaten Pflegeversicherung nachzuweisen. Die Inanspruchnahme muss spätestens zwei Wochen vor Beginn schriftlich oder elektronisch angekündigt werden. Dabei sind Zeitraum und Umfang der Inanspruchnahme anzugeben. Ist eine Teilzeitbeschäftigung beabsichtigt, ist auch die gewünschte Verteilung der Arbeitszeit anzugeben; hierbei sind zwingende dienstliche Belange zu berücksichtigen.

(3) Beamtinnen und Beamten mit Anspruch auf Dienstbezüge oder Anwärterbezüge ist zur Betreuung einer oder eines minderjährigen pflegebedürftigen nahen Angehörigen in häuslicher oder außerhäuslicher Umgebung für die Dauer von längstens sechs Monaten Urlaub ohne Dienstbezüge oder Anwärterbezüge oder Teilzeitbeschäftigung zu gewähren. Absatz 2 Satz 2 bis 5 gilt entsprechend.

(4) Beamtinnen und Beamten mit Anspruch auf Dienstbezüge oder Anwärterbezüge ist zur Begleitung einer oder eines nahen Angehörigen für die Dauer von längstens drei Monaten Urlaub ohne Dienstbezüge oder Anwärterbezüge oder Teilzeitbeschäftigung zu gewähren, wenn die oder der nahe Angehörige an einer Erkrankung leidet, die progredient verläuft und bereits ein weit fortgeschrittenes Stadium erreicht hat, bei der eine Heilung ausgeschlossen und eine palliativmedizinische Behandlung notwendig ist und die lediglich eine begrenzte Lebenserwartung von Wochen oder wenigen Monaten erwarten lässt. Die Erkrankung ist durch ein ärztliches Zeugnis nachzuweisen. Absatz 2 Satz 3 bis 5 gilt entsprechend.

(5) Die für einen kürzeren Zeitraum in Anspruch genommene Pflegezeit oder sonstige Freistellung kann bis zur Höchstdauer verlängert werden, wenn die oder der Dienstvorgesetzte zustimmt. Eine Verlängerung bis zur Höchstdauer kann verlangt werden, wenn ein vorgesehener Wechsel in der Person der oder des Pflegenden aus einem wichtigen Grund nicht erfolgen kann. Ist die oder der nahe Angehörige nicht mehr pflegebedürftig oder die häusliche Pflege der oder des nahen Angehörigen unmöglich oder unzumutbar, ist die Bewilligung zu widerrufen, und zwar mit Ablauf des zweiten Monats, der auf den Wegfall der Voraussetzungen folgt. Für die Freistellung nach den Absätzen 3 und 4 gilt Satz 3 entsprechend. Die Beamtin oder der Beamte ist verpflichtet, der oder dem Dienstvorgesetzten unverzüglich jede Änderung der Tatsachen mitzuteilen, die für die Bewilligung maßgeblich ist. Im Übrigen kann die Pflegezeit oder sonstige Freistellung nur vorzeitig beendet werden, wenn die oberste Dienstbehörde zustimmt.

(6) Wird eine Freistellung nach Absatz 2 oder 3 nach einer Familienpflegezeit in Anspruch genommen, ist diese Freistellung in unmittelbarem Anschluss an die Familienpflegezeit zu beanspruchen und der oder dem Dienstvorgesetzten spätestens acht Wochen vor Beginn dieser Freistellung schriftlich oder elektronisch anzukündigen.

(7) Pflegezeit, sonstige Freistellungen und Familienpflegezeit nach § 83a dürfen gemeinsam die Gesamtdauer von 24 Monaten je pflegebedürftiger naher Angehöriger oder je pflegebedürftigem nahen Angehörigen nicht überschreiten.

(8) Für die Dauer einer Teilzeitbeschäftigung und einer Beurlaubung hat die Beamtin oder der Beamte Anspruch auf Gewährung eines Vorschusses nach der Verordnung über einen Vorschuss für Beamtinnen und Beamte bei der Inanspruchnahme von Familienpflegezeit, Pflegezeit und sonstigen Freistellungen nach §§ 83a und 83b des Saarländischen Beamtengesetzes.

(9) Während der Dauer der Beurlaubung ohne Dienstbezüge oder Anwärterbezüge haben Beamtinnen und Beamte Anspruch auf Leistungen in entsprechender Anwendung der Beihilfeverordnung. Dies gilt nicht, wenn Beamtinnen oder Beamte berücksichtigungsfähige Angehörige von Beihilfeberechtigten werden oder Anspruch auf Familienversicherung nach § 10 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch haben.

4. Nebentätigkeit; Tätigkeit nach Beendigung des Beamtenverhältnisses

§ 84

Nebentätigkeit

(1) Nebentätigkeit ist die Ausübung eines Nebenamtes oder einer Nebenbeschäftigung.

(2) Nebenamt ist ein nicht zu einem Hauptamt gehörender Kreis von Aufgaben, der auf Grund eines öffentlich-rechtlichen Dienst- oder Amtsverhältnisses wahrzunehmen ist.

(3) Nebenbeschäftigung ist jede sonstige Tätigkeit innerhalb oder außerhalb des öffentlichen Dienstes, die nicht in einem Haupt- oder Nebenamt ausgeübt wird.

(4) Nicht als Nebentätigkeit gilt die Wahrnehmung öffentlicher Ehrenämter sowie einer unentgeltlichen Vormundschaft, Betreuung oder Pflegschaft einer oder eines Angehörigen. Die Übernahme eines öffentlichen Ehrenamtes ist vorher schriftlich oder elektronisch anzuzeigen. Öffentliche Ehrenämter sind

1. die Mitgliedschaft in

- a) Vertretungskörperschaften der Gemeinden und der Gemeindeverbände sowie der Zweckverbände und deren jeweiligen Ausschüssen,
- b) Orts- und Bezirksräten,
- c) sonstigen Ausschüssen der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie der Zweckverbände,

2. insbesondere die Tätigkeit als ehrenamtliche Beigeordnete oder ehrenamtlicher Beigeordneter, als Ortsvorsteherin oder Ortsvorsteher oder als Bezirksbürgermeisterin oder Bezirksbürgermeister, als Kreisbeigeordnete oder Kreisbeigeordneter, als Bezirksbeigeordnete oder Bezirksbeigeordneter oder als ehrenamtliche Regionalverbandsbeigeordnete oder ehrenamtlicher Regionalverbandsbeigeordneter,

3. die ehrenamtliche Mitgliedschaft in Organen der Sozialversicherungsträger und ihrer Verbände sowie der Bundesagentur für Arbeit,

4. die ehrenamtliche Tätigkeit in kommunalen Spitzenverbänden,

5. die Tätigkeit als ehrenamtliche Richterin oder ehrenamtlicher Richter,

6. die sonstige in Rechtsvorschriften des Bundes oder der Länder als ehrenamtlich bezeichnete oder bestimmte Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben.

Angehörige oder Angehöriger nach Satz 1 ist auch eine eingetragene Lebenspartnerin oder ein eingetragener Lebenspartner.

§ 85

Pflicht zur Übernahme einer Nebentätigkeit

Beamtinnen und Beamte sind verpflichtet, auf Verlangen ihrer obersten Dienstbehörde eine Nebentätigkeit im öffentlichen Dienst zu übernehmen und fortzuführen, sofern diese Tätigkeit ihrer Vorbildung oder Berufsausbildung entspricht und sie nicht über Gebühr in Anspruch nimmt. Das Gleiche gilt für eine Nebentätigkeit im Vorstand, Aufsichtsrat, Verwaltungsrat oder in einem anderen Organ einer Gesellschaft, einer Genossenschaft oder eines Unternehmens anderer Rechtsform, wenn sich das Kapital teilweise in öffentlicher Hand befindet. Die oberste Dienstbehörde kann die Befugnis auf nachgeordnete Behörden übertragen.

§ 86

Anzeigepflicht

(1) Nebentätigkeiten sind anzeigepflichtig (§ 40 Satz 1 des Beamtenstatusgesetzes).

(2) Nicht der Anzeigepflicht unterliegen die Tätigkeit zur Wahrung von Berufsinteressen in Gewerkschaften oder Berufsverbänden und die Verwaltung eigenen oder der Nutznießung der Beamtin oder des Beamten unterliegenden Vermögens.

(3) Beamtinnen und Beamte haben eine Nebentätigkeit vor deren Aufnahme schriftlich oder elektronisch anzuzeigen. Die Anzeigepflicht erstreckt sich auf Art und Umfang der Tätigkeit sowie die Entgelte und geldwerten Vorteile hieraus. Jede Änderung ist unverzüglich schriftlich oder elektronisch mitzuteilen. Die oberste Dienstbehörde kann aus begründetem Anlass verlangen, dass Beamtinnen und Beamte über eine von ihnen ausgeübte Nebentätigkeit schriftlich oder elektronisch Auskunft erteilen. Sie kann ihre Befugnisse auf nachgeordnete Behörden übertragen.

(4) Nebentätigkeiten, die vor Inkrafttreten dieses Gesetzes genehmigt wurden, sind mit Erlöschen der Genehmigung anzuzeigen.

§ 87

Verbot einer Nebentätigkeit

(1) Soweit durch die Nebentätigkeit die Beeinträchtigung dienstlicher Interessen zu besorgen ist, ist ihre Übernahme oder ihre Ausübung einzuschränken oder ganz oder teilweise zu untersagen. Dies ist insbesondere der Fall, wenn die Nebentätigkeit

1. nach Art und Umfang die Arbeitskraft der Beamtin oder des Beamten so stark in Anspruch nimmt, dass die ordnungsgemäße Erfüllung ihrer oder seiner dienstlichen Pflichten behindert werden kann,
2. die Beamtin oder den Beamten in einen Widerstreit mit ihren oder seinen dienstlichen Pflichten bringen kann,
3. in einer Angelegenheit ausgeübt wird, in der die Behörde, der die Beamtin oder der Beamte angehört, tätig wird oder tätig werden kann,
4. die Unparteilichkeit oder Unbefangenheit der Beamtin oder des Beamten beeinflussen kann,
5. zu einer wesentlichen Einschränkung der künftigen dienstlichen Verwendbarkeit der Beamtin oder des Beamten führen kann,
6. dem Ansehen der öffentlichen Verwaltung abträglich sein kann.

(2) Die Voraussetzung des Absatzes 1 Satz 2 Nummer 1 gilt in der Regel als erfüllt, wenn die zeitliche Beanspruchung durch eine oder mehrere Nebentätigkeiten in der Woche ein Fünftel der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit überschreitet.

§ 88

Ausübung von Nebentätigkeiten

(1) Nebentätigkeiten, die Beamtinnen und Beamte nicht auf Verlangen, Vorschlag oder Veranlassung ihrer oder ihres Dienstvorgesetzten übernommen haben oder bei denen die oder der Dienstvorgesetzte ein dienstliches Interesse an der Übernahme der Nebentätigkeit durch die Beamtin oder den Beamten nicht anerkannt hat, darf sie oder er nur außerhalb der Arbeitszeit ausüben. Ausnahmen dürfen nur in besonders begründeten Fällen, insbesondere im öffentlichen Interesse, zugelassen werden, wenn dienstliche Gründe nicht entgegenstehen und die versäumte Arbeitszeit nachgeleistet wird.

(2) Beamtinnen und Beamte dürfen bei der Ausübung von Nebentätigkeiten Einrichtungen, Personal oder Material des Dienstherrn nur bei Vorliegen eines öffentlichen oder wissenschaftlichen Interesses mit dessen Genehmigung und gegen Entrichtung eines angemessenen Entgelts in Anspruch nehmen. Das Entgelt hat sich nach den dem Dienstherrn entstehenden Kosten zu richten und muss den besonderen Vorteil berücksichtigen, der Beamtinnen und Beamten durch die Inanspruchnahme entsteht.

§ 89

Verfahren

Zuständig für Einschränkung und Untersagung einer Nebentätigkeit nach § 87 Absatz 1 ist die oberste Dienstbehörde; sie erteilt auch die Genehmigung nach § 88 Absatz 2 Satz 1. Sie kann ihre Befugnisse auf nachgeordnete Behörden übertragen. Anträge auf Erteilung einer Genehmigung nach § 88 Absatz 2 Satz 1 oder auf Zulassung einer Ausnahme nach § 88 Absatz 1 Satz 2 und Entscheidungen über diese Anträge sowie das Verlangen auf Übernahme einer Nebentätigkeit bedürfen der schriftlichen oder elektronischen Form. Die Beamtin oder der Beamte hat dabei die für die Entscheidung erforderlichen Nachweise, insbesondere über Art und Umfang der Nebentätigkeit sowie die Entgelte und geldwerten Vorteile hieraus, zu führen; jede Änderung ist unverzüglich schriftlich oder elektronisch anzuzeigen. Das dienstliche Interesse (§ 88 Absatz 1 Satz 1) ist aktenkundig zu machen. Die Beamtin oder der Beamte hat dem Dienstherrn die für die Festsetzung des angemessenen Entgelts (§ 88 Absatz 2 Satz 2) erforderlichen Unterlagen vorzulegen.

§ 90

Regressanspruch für die Haftung aus angeordneter Nebentätigkeit

Beamtinnen und Beamte, die aus einer auf Verlangen, Vorschlag oder Veranlassung ihrer Dienstvorgesetzten übernommenen Tätigkeit im Vorstand, Aufsichtsrat, Verwaltungsrat oder in einem sonstigen Organ einer Gesellschaft, Genossenschaft oder eines in einer anderen Rechtsform betriebenen Unternehmens haftbar gemacht werden, haben gegen den Dienstherrn Anspruch auf Ersatz des ihnen entstandenen Schadens. Ist der Schaden vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt, so ist der Dienstherr nur dann ersatzpflichtig, wenn die Beamtin oder der Beamte auf Verlangen einer oder eines Vorgesetzten gehandelt hat.

§ 91

Erlöschen der mit dem Hauptamt verbundenen Nebentätigkeiten

(1) Endet das Beamtenverhältnis, so enden, wenn im Einzelfall nichts anderes bestimmt wird, auch die Nebenämter und Nebenbeschäftigungen, die Beamtinnen und Beamten im Zusammenhang mit ihrem Hauptamt übertragen sind oder die sie auf Verlangen, Vorschlag oder Veranlassung ihrer oder ihres Dienstvorgesetzten übernommen haben.

(2) Mit dem Verbot der Führung der Dienstgeschäfte nach § 7 Absatz 2 dieses Gesetzes oder nach § 39 des Beamtenstatusgesetzes und mit der vorläufigen Dienstenthebung nach den Vorschriften des Saarländischen Disziplingesetzes gelten die Nebentätigkeiten im Sinne des Absatzes 1 sowie Nebentätigkeiten im öffentlichen Dienst als beendet.

§ 92

Verordnungsermächtigung

Die zur Ausführung der §§ 84 bis 91 notwendigen Vorschriften über die Nebentätigkeit der Beamtinnen und Beamten erlässt die Landesregierung durch Rechtsverordnung. In ihr kann insbesondere bestimmt werden,

1. welche Tätigkeiten als öffentlicher Dienst im Sinne dieser Vorschriften anzusehen sind oder ihm gleichstehen,
2. ob und inwieweit Beamtinnen und Beamte für eine im öffentlichen Dienst ausgeübte oder auf Verlangen, Vorschlag oder Veranlassung ihrer oder ihres Dienstvorgesetzten übernommene Nebentätigkeit eine Vergütung erhalten,
3. ob, inwieweit und an wen Beamtinnen und Beamte eine Vergütung, die sie nach Nummer 2 oder die sie für eine ihnen mit Rücksicht auf ihre dienstliche Stellung übertragene Nebentätigkeit erhalten haben, abzuliefern haben,
4. unter welchen Voraussetzungen Beamtinnen und Beamte zur Ausübung von Nebentätigkeiten Einrichtungen, Personal und Material des Dienstherrn in Anspruch nehmen dürfen sowie ob und in welcher Höhe hierfür ein Entgelt an den Dienstherrn zu entrichten ist, wobei das Entgelt pauschaliert in einem Prozentsatz des aus der Nebentätigkeit erzielten Bruttoeinkommens festgelegt werden kann,
5. dass auf die nach Nummer 3 abzuliefernde Vergütung und das nach Nummer 4 zu entrichtende Entgelt die Abgabenordnung entsprechend anwendbar ist.

§ 93

Tätigkeit nach Beendigung des Beamtenverhältnisses

(1) Die Anzeigepflicht für die Aufnahme einer Tätigkeit nach § 41 Satz 1 des Beamtenstatusgesetzes besteht für Ruhestandsbeamtinnen und Ruhestandsbeamte sowie frühere Beamtinnen und Beamte mit Versorgungsbezügen für einen Zeitraum von fünf Jahren nach Beendigung des Beamtenverhältnisses, soweit es sich um eine Erwerbstätigkeit oder sons-

tige Beschäftigung handelt, die mit der dienstlichen Tätigkeit in den letzten fünf Jahren vor Beendigung des Beamtenverhältnisses im Zusammenhang steht. Für Ruhestandsbeamtinnen und Ruhestandsbeamte, die mit Erreichen der Altersgrenze nach § 43 Absatz 1 oder zu einem späteren Zeitpunkt in den Ruhestand getreten sind, besteht die Anzeigepflicht abweichend von Satz 1 für einen Zeitraum von drei Jahren. Die Anzeige hat gegenüber der letzten obersten Dienstbehörde zu erfolgen.

(2) Das Verbot nach § 41 Satz 2 des Beamtenstatusgesetzes wird durch die letzte oberste Dienstbehörde ausgesprochen. Die oberste Dienstbehörde kann ihre Befugnis auf nachgeordnete Behörden übertragen.

§ 94

Ablieferungspflicht bei Tätigkeiten im Zusammenhang mit dem Hauptamt

Erhalten Beamtinnen und Beamte für eine Tätigkeit, die ihrem Hauptamt zuzurechnen ist, eine Vergütung, so haben sie diese an den Dienstherrn abzuliefern, sofern durch Gesetz oder Rechtsverordnung nichts anderes bestimmt ist.

§ 94a

Ablieferungspflicht für politische Beamtinnen und Beamte

Für die Ablieferungspflicht der in § 51 Absatz 1 bezeichneten Beamtinnen und Beamten gilt § 4 Absatz 3 und 5 des Saarländischen Ministergesetzes sinngemäß.

5. Personalakten

§ 95

Personalakte

(1) Die gemäß § 50 Satz 1 des Beamtenstatusgesetzes für jede Beamtin und jeden Beamten zu führende Personalakte ist vertraulich zu behandeln und durch technische und organisatorische Maßnahmen vor unbefugter Einsichtnahme zu schützen. Die Akte kann in Teilen oder vollständig elektronisch geführt werden. Zur Personalakte gehören alle Unterlagen, die die Beamtin oder den Beamten betreffen, soweit sie mit ihrem oder seinem Dienstverhältnis in einem unmittelbaren inneren Zusammenhang stehen (Personalaktendaten). Andere Unterlagen dürfen in die Personalakte nicht aufgenommen werden. Nicht Bestandteil der Personalakte sind Unterlagen, die besonderen, von der Person und dem Dienstverhältnis sachlich zu trennenden Zwecken dienen, insbesondere Prüfungs-, Sicherheits- und Kindergeldakten. Kindergeldakten können mit Besoldungs- und Versorgungsakten verbunden geführt werden, wenn diese von der übrigen Personalakte getrennt sind und von einer von der Personalverwaltung getrennten Organisationseinheit bearbeitet werden.

(2) Die Personalakte kann nach sachlichen Gesichtspunkten in Grundakte und Teilakten gegliedert werden. Teilakten können bei der für den betreffenden Aufgabenbereich zuständigen Behörde geführt werden. Nebenakten (Unterlagen, die sich auch in der Grundakte oder in Teilakten befinden) dürfen nur geführt werden, wenn die personalverwaltende Behörde nicht zugleich Beschäftigungsbehörde ist oder wenn mehrere personalverwaltende Behörden für die Beamtin oder den Beamten zuständig sind; sie dürfen nur solche Unterlagen enthalten, deren Kenntnis zur rechtmäßigen Aufgabenerledigung der betreffenden Behörde erforderlich ist. In die Grundakte ist ein vollständiges Verzeichnis aller Teil- und Nebenakten aufzunehmen. Wird die Personalakte nicht vollständig in Schriftform oder nicht vollständig elektronisch geführt, legt die personalverwaltende Stelle jeweils schriftlich oder elektronisch fest, welche Teile in welcher Form geführt werden und nimmt dies in das Verzeichnis nach Satz 4 auf.

(3) Der Dienstherr darf personenbezogene Daten über Bewerberinnen und Bewerber, Beamtinnen und Beamte sowie ehemalige Beamtinnen und Beamte nur verarbeiten, soweit dies zur Begründung, Durchführung, Beendigung oder Abwicklung des Dienstverhältnisses oder zur Durchführung organisatorischer, personeller und sozialer Maßnahmen, insbesondere auch zu Zwecken der Personalplanung und des Personaleinsatzes, erforderlich ist oder eine Rechtsvorschrift dies erlaubt. Fragebögen, mit denen solche personenbezogenen Daten erhoben werden, bedürfen der Genehmigung durch die zuständige oberste Dienstbehörde.

(4) Eine Verwendung für andere als die in § 50 Satz 4 des Beamtenstatusgesetzes genannten Zwecke liegt nicht vor, wenn Personalaktendaten ausschließlich für Zwecke der Datenschutzkontrolle genutzt werden. Gleiches gilt, soweit im Rahmen der Datensicherung oder der Sicherung des ordnungsgemäßen Betriebes einer Datenverarbeitungsanlage eine nach dem Stand der Technik nicht oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand zu vermeidende Kenntnisnahme von Personalaktendaten erfolgt.

(5) Zugang zur Personalakte dürfen nur Beschäftigte haben, die im Rahmen der Personalverwaltung mit der Bearbeitung von Personalangelegenheiten beauftragt sind, und nur soweit dies zu Zwecken der Personalverwaltung oder der Personalwirtschaft erforderlich ist; dies gilt auch für den Zugang im automatisierten Abrufverfahren. Zugang zu Personalakten darf

auch Beschäftigten, die Aufgaben des ärztlichen Dienstes wahrnehmen, gewährt werden, soweit die Kenntnis der Daten zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist. Zugang haben ferner die mit Angelegenheiten der Innenrevision beauftragten Beschäftigten, soweit sie die für die Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Erkenntnisse nur auf diesem Weg und nicht durch Auskunft aus der Personalakte gewinnen können. Jede Einsichtnahme nach den Sätzen 2 bis 3 ist aktenkundig zu machen.

(6) Soweit Personalakten teilweise oder ausschließlich elektronisch geführt werden, werden Papierdokumente in elektronische Dokumente übertragen und in der elektronischen Akte gespeichert. Dabei ist entsprechend dem Stand der Technik sicherzustellen, dass die elektronischen Dokumente mit den Papierdokumenten bildlich und inhaltlich übereinstimmen. Nach der Übertragung in elektronische Dokumente sollen diese Papierdokumente vernichtet werden, sobald ihre weitere Aufbewahrung nicht mehr aus rechtlichen Gründen oder zur Qualitätssicherung des Übertragungsvorgangs erforderlich ist.

(7) Übermittlungen bei Strafverfahren (§ 49 des Beamtenstatusgesetzes) sind an die zuständigen Dienstvorgesetzten oder deren Vertreterinnen oder Vertreter im Amt zu richten und als „Vertrauliche Personalsache“ zu kennzeichnen.

§ 96

Beihilfeakte

(1) Unterlagen über Beihilfen sind stets als Teilakte zu führen. Diese ist von der übrigen Personalakte getrennt aufzubewahren. Sie soll in einer von der übrigen Personalverwaltung getrennten Organisationseinheit bearbeitet werden; Zugang sollen nur Beschäftigte dieser Organisationseinheit haben. Die Beihilfeakte darf für andere als für Beihilfezwecke nur verwendet oder weitergegeben werden, wenn die oder der Beihilfeberechtigte und die oder der bei der Beihilfegewährung berücksichtigte Angehörige im Einzelfall einwilligen, die Einleitung oder Durchführung eines im Zusammenhang mit einem Beihilfeantrag stehenden behördlichen oder gerichtlichen Verfahrens dies erfordert oder soweit es zur Abwehr erheblicher Nachteile für das Gemeinwohl, einer sonst unmittelbar drohenden Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder einer schwerwiegenden Beeinträchtigung der Rechte einer anderen Person erforderlich ist. Die Sätze 1 bis 4 gelten entsprechend für Unterlagen über Heilfürsorge und Heilverfahren.

(2) Unterlagen über die Verordnung von Arzneimitteln dürfen zur Geltendmachung eines Anspruches auf Abschläge nach § 1 des Gesetzes über Rabatte für Arzneimittel vom 22. Dezember 2010 (BGBl. I S. 2262) verarbeitet und in anonymisierter Form übermittelt werden. Die Übermittlung in nichtanonymisierter Form an einen Treuhänder nach § 3 des Gesetzes über Rabatte für Arzneimittel ist nur in den dort genannten Fällen zulässig.

(3) Personenbezogene Daten aus der Beihilfeakte dürfen ohne Einwilligung der betroffenen Person verarbeitet oder an eine andere Behörde übermittelt werden, soweit sie für die Festsetzung und Berechnung der Besoldung oder Versorgung oder für die Prüfung der Kindergeldberechtigung erforderlich sind. Dies gilt auch für Daten aus der Besoldungsakte und der Versorgungsakte, soweit sie für die Festsetzung und Berechnung der Beihilfe erforderlich sind.

§ 97

Anhörungs pflicht vor Übernahme ungünstiger Bewertungen

Beamtinnen und Beamte sind zu Beschwerden, Behauptungen und Bewertungen, einschließlich der dienstlichen Beurteilungen, die für sie ungünstig sind oder ihnen nachteilig werden können, vor deren Aufnahme in die Personalakte zu hören, soweit die Anhörung nicht nach anderen Rechtsvorschriften erfolgt. Die Äußerung der Beamtin oder des Beamten ist zur Personalakte zu nehmen.

§ 98

Auskunftsrecht

(1) Beamtinnen und Beamte haben, auch nach Beendigung des Beamtenverhältnisses, einen Anspruch auf Auskunft aus ihrer Personalakte. Beamtinnen und Beamte haben ein Recht auf Auskunft auch aus anderen Akten, die personenbezogene Daten über sie enthalten und für ihr Dienstverhältnis verarbeitet werden.

(2) Bevollmächtigten von Beamtinnen und Beamten ist Auskunft zu erteilen, soweit dienstliche Gründe nicht entgegenstehen. Dies gilt auch für Hinterbliebene und deren Bevollmächtigte, wenn ein berechtigtes Interesse glaubhaft gemacht wird. Zu den Hinterbliebenen gehören auch hinterbliebene eingetragene Lebenspartnerinnen und Lebenspartner.

(3) Der Anspruch auf Auskunft umfasst auch die Gewährung von Akteneinsicht. Soll Einsicht in die Personalakte gewährt werden, so bestimmt die personalaktenführende Behörde, wo diese gewährt wird. Soweit wichtige dienstliche Gründe, insbesondere ein unverhältnismäßig großer Aufwand, oder Rechte Dritter nicht entgegenstehen, wird auf Verlangen eine

vollständige oder teilweise Kopie der personenbezogenen Daten, die Gegenstand der Verarbeitung sind, zur Verfügung gestellt.

(4) Ein Anspruch auf Auskunft aus Sicherheitsakten besteht nicht. Ebenfalls nicht der Auskunft unterliegen Feststellungen über den Gesundheitszustand, wenn nach ärztlichem Urteil die konkrete Gefahr besteht, dass die betroffene Person bei Akteneinsicht weiteren, schwerwiegenden Schaden an der Gesundheit nimmt. Bei Akten, in denen die Daten der betroffenen Personen mit Daten Dritter oder geheimhaltungsbedürftigen nicht personenbezogenen Daten derart verbunden sind, dass ihre Trennung nicht oder nur mit unverhältnismäßig großem Aufwand möglich ist, ist die Gewährung von Akteneinsicht unzulässig.

(5) Wird die Auskunft verweigert, bedarf dies keiner Begründung gegenüber der betroffenen Person, wenn dies dem Zweck der Auskunftsverweigerung abträglich ist. Die betroffene Person ist darüber zu unterrichten, dass sie nach Artikel 77 der Datenschutz-Grundverordnung die oder den Landesbeauftragten für Datenschutz anrufen kann.

§ 99

Übermittlung von Personalaktendaten und Auskünfte an Dritte

(1) Ohne Einwilligung der Beamtin oder des Beamten ist es zulässig, die Personalakte für Zwecke der Personalverwaltung oder Personalwirtschaft der obersten Dienstbehörde, dem Landespersonalausschuss oder einer im Rahmen der Dienstaufsicht weisungsbefugten Behörde vorzulegen. Das Gleiche gilt für Behörden desselben Geschäftsbereichs, soweit die Vorlage zur Vorbereitung oder Durchführung einer Personalentscheidung notwendig ist, sowie für Behörden eines anderen Geschäftsbereichs desselben Dienstherrn, soweit diese an einer Personalentscheidung mitzuwirken haben. Ärztinnen oder Ärzten, die im Auftrag der personalverwaltenden Behörde ein medizinisches Gutachten erstellen, darf die Personalakte ebenfalls ohne Einwilligung vorgelegt werden, soweit dies zur Erfüllung des Gutachtenauftrags erforderlich ist. Eine solche Maßnahme ist der Beamtin oder dem Beamten bekannt zu geben. Für Auskünfte aus der Personalakte gelten die Sätze 1 bis 3 entsprechend. Soweit eine Auskunft ausreicht, ist von einer Vorlage abzusehen.

(2) Soweit die personalverwaltende Behörde Aufgaben, die ihr gegenüber ihren Beschäftigten obliegen, einer anderen öffentlichen Stelle zur selbständigen Bearbeitung übertragen hat, darf sie dieser Stelle die zur Erfüllung der Aufgaben erforderlichen Personalaktendaten übermitteln.

(3) Zur Erfüllung von Mitteilungs- und Auskunftspflichten im Rahmen der europäischen Zusammenarbeit nach Artikel 56a der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen in der jeweils geltenden Fassung und den dazu ergangenen Durchführungsrechtsakten der Kommission ist es auch ohne Einwilligung der Beamtin oder des Beamten nach den §§ 8a bis 8e des Saarländischen Verwaltungsverfahrensgesetzes zulässig, die erforderlichen personenbezogenen Daten zu verarbeiten und den zuständigen Behörden zu übermitteln.

(4) Auskünfte an Dritte dürfen nur mit Einwilligung der Beamtin oder des Beamten erteilt werden, es sei denn, dass die Abwehr einer erheblichen Beeinträchtigung des Gemeinwohls oder der Schutz berechtigter, höherrangiger Interessen des Dritten die Auskunftserteilung zwingend erfordert. Inhalt und Empfängerin oder Empfänger der Auskunft sind der Beamtin oder dem Beamten vor der Übermittlung schriftlich mitzuteilen. Name und Amtsbezeichnung dürfen an Dritte übermittelt werden, soweit es der Dienstverkehr erfordert.

(5) Vorlage und Auskunft sind auf den jeweils erforderlichen Umfang zu beschränken.

§ 99a

Verarbeitung von Personalaktendaten im Auftrag

(1) Die Verarbeitung von Personalaktendaten im Auftrag der personalverwaltenden Behörde ist nur zulässig,

1. soweit die Voraussetzungen der Artikel 28 und 29 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) vom 27. April 2016 (ABl. EU L 119 vom 4. Mai 2016, S. 1; L 314 vom 22.11.2016, S. 72) vorliegen,
2. soweit sie erforderlich ist
 - a) für die Bewilligung, Festsetzung oder Zahlbarmachung von Geldleistungen,
 - b) für die automatisierte Erledigung von Aufgaben,
 - c) für die Verrichtung technischer Hilfstätigkeiten durch automatisierte Einrichtungen oder
 - d) zur Durchführung bestimmter ärztlicher Untersuchungen, die für die Erfüllung der Aufgaben des ärztlichen Dienstes erforderlich sind, und

3. wenn der Verantwortliche die Einhaltung der beamten- und datenschutzrechtlichen Vorschriften durch den Auftragsverarbeiter regelmäßig kontrolliert.

(2) Die Auftragserteilung einschließlich aller Unterauftragserteilungen bedarf der vorherigen Zustimmung der obersten Dienstbehörde.

(3) Eine nichtöffentliche Stelle darf nur beauftragt werden, wenn

1. beim Verantwortlichen sonst Störungen im Geschäftsablauf auftreten können oder der Auftragsverarbeiter die übertragenen Aufgaben erheblich kostengünstiger erledigen kann,
2. der Auftragsverarbeiter sich vertraglich verpflichtet, die Bestimmungen über den Umgang mit Personalaktendaten nach diesem Gesetz einzuhalten und
3. die beim Auftragsverarbeiter mit der Datenverarbeitung beauftragten Beschäftigten besonders auf den Schutz der Personalaktendaten verpflichtet sind.

§ 100

Entfernung von Unterlagen

(1) Unterlagen über Beschwerden, Behauptungen und Bewertungen, auf die § 16 Absatz 3 und 4 Satz 1 des Saarländischen Disziplingesetzes nicht anzuwenden ist, sind,

1. falls sie sich als unbegründet oder falsch erwiesen haben, mit Zustimmung der Beamtin oder des Beamten unverzüglich aus der Personalakte zu entfernen und zu vernichten,
2. falls sie für die Beamtin oder den Beamten ungünstig sind oder ihr oder ihm nachteilig werden können, auf Antrag der Beamtin oder des Beamten nach zwei Jahren zu entfernen und zu vernichten; dies gilt nicht für dienstliche Beurteilungen.

Die Frist nach Satz 1 Nummer 2 wird durch erneute Sachverhalte im Sinne dieser Vorschrift oder durch die Einleitung eines Straf- oder Disziplinarverfahrens unterbrochen. Stellt sich der erneute Vorwurf als unbegründet oder falsch heraus, gilt die Frist als nicht unterbrochen.

(2) Mitteilungen in Strafsachen, soweit sie nicht Bestandteil einer Disziplinarakte sind, sowie Auskünfte aus dem Bundeszentralregister sind mit Zustimmung der Beamtin oder des Beamten nach drei Jahren zu entfernen und zu vernichten. Absatz 1 Satz 2 und 3 gilt entsprechend.

§ 101

Aufbewahrungsfrist; Abschluss von Personalakten

(1) Personalakten sind nach ihrem Abschluss von den Personalakten führenden Behörde fünf Jahre aufzubewahren. Personalakten sind abgeschlossen,

1. wenn Beamtinnen oder Beamte ohne Versorgungsansprüche aus dem öffentlichen Dienst ausgeschieden sind, mit Ablauf des Jahres des Erreichens der Regelaltersgrenze, in den Fällen des § 24 Absatz 1 des Beamtenstatusgesetzes und des § 10 des Saarländischen Disziplingesetzes jedoch erst, wenn mögliche Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger nicht mehr vorhanden sind,
2. wenn Beamtinnen und Beamte ohne versorgungsberechtigte Hinterbliebene verstorben sind, mit Ablauf des Todesjahres,
3. wenn nach den verstorbenen Beamtinnen und Beamten versorgungsberechtigte Hinterbliebene vorhanden sind, mit Ablauf des Jahres, in dem die letzte Versorgungsverpflichtung entfallen ist. Zu den Hinterbliebenen gehören auch hinterbliebene eingetragene Lebenspartnerinnen und Lebenspartner.

2) Unterlagen über Beihilfen sind drei Jahre, Unterlagen über Heilfürsorge, Heilverfahren, Unterstützungen, Erholungsurlaub, Erkrankungen, Umzugs- und Reisekosten sind fünf Jahre nach Ablauf des Jahres, in dem die Bearbeitung des einzelnen Vorgangs abgeschlossen wurde, aufzubewahren. Unterlagen über die Verordnung von Arzneimitteln und andere Unterlagen, aus denen die Art der Erkrankung ersichtlich ist, sind unverzüglich zurückzugeben, wenn sie für den Zweck, zu dem sie vorgelegt worden sind, oder für Zwecke des § 96 Absatz 2 nicht mehr benötigt werden. In Zweitschrift oder Fotokopie vorgelegte Unterlagen können auch vernichtet werden.

(3) Versorgungsakten sind zehn Jahre nach Ablauf des Jahres, in dem die letzte Versorgungszahlung geleistet worden ist, aufzubewahren; besteht die Möglichkeit eines Wiederauflebens des Anspruchs, sind die Akten 30 Jahre aufzubewahren.

(4) Die Personalakten werden nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist vernichtet, sofern sie nicht vom zuständigen öffentlichen Archiv übernommen werden.

(5) Für automatisiert gespeicherte Personalaktendaten gelten die Absätze 1 bis 4, soweit sie nicht in Grund- und Teilakten bereits vorhanden sind. Im Übrigen sind sie - unbeschadet anderweitiger Vorschriften - zu löschen, wenn sie für Zwecke der Personalverwaltung oder Personalwirtschaft nicht mehr benötigt werden. Für die Löschung von automatisiert gespeicherten Unterlagen über die Verordnung von Arzneimitteln und anderer Unterlagen, aus denen die Art der Erkrankung ersichtlich ist, gilt Absatz 2 Satz 2 entsprechend.

§ 102

Personalaktendaten; Zulässigkeit automatisierter Verarbeitung;

Informationspflicht bei erstmaliger Speicherung oder Änderung

(1) Personalaktendaten dürfen nur zum Zwecke der Personalverwaltung oder der Personalwirtschaft automatisiert verarbeitet werden. Ihre Übermittlung ist nur nach Maßgabe des § 99 zulässig. Ein automatisierter Datenabruf durch andere Behörden ist unzulässig, soweit durch besondere Rechtsvorschrift nichts anderes bestimmt ist.

(2) Personalaktendaten im Sinne des § 96 dürfen automatisiert nur im Rahmen ihrer Zweckbestimmung und nur von den übrigen Personaldateien technisch und organisatorisch getrennt verarbeitet werden.

(3) Von den Unterlagen über medizinische oder psychologische Untersuchungen und Tests dürfen im Rahmen der Personalverwaltung nur die Ergebnisse automatisiert verarbeitet werden, soweit sie die Eignung betreffen und ihre Verarbeitung dem Schutz der Beamtin oder des Beamten dient.

(4) Beamtenrechtliche Entscheidungen dürfen nicht ausschließlich auf eine automatisierte Verarbeitung personenbezogener Daten gestützt werden, die der Bewertung einzelner Persönlichkeitsmerkmale dienen. Eine ausschließlich auf eine automatisierte Verarbeitung gestützte Entscheidung liegt insbesondere dann vor, wenn keine inhaltliche Bewertung und darauf gestützte Entscheidung durch eine natürliche Person stattgefunden hat.

(5) Bei erstmaliger Speicherung ist der oder dem Betroffenen die Art der über sie oder ihn gemäß Absatz 1 gespeicherten Daten mitzuteilen, bei wesentlichen Änderungen ist sie oder er zu benachrichtigen. Ferner sind die Verarbeitungsformen automatisierter Personalverwaltungsverfahren zu dokumentieren und einschließlich des jeweiligen Verwendungszwecks sowie der regelmäßigen Empfängerinnen oder Empfänger und des Inhalts automatisierter Datenübermittlung allgemein bekannt zu geben.

6. Beamtenvertretung

§ 103

Personalvertretung

Die Personalvertretung der Beamtinnen und Beamten wird durch Gesetz geregelt.

§ 104

Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände bei beamtenrechtlichen Neuregelungen; Spitzenorganisationen

(1) Werden bei der Vorbereitung gesetzlicher Regelungen der beamtenrechtlichen Verhältnisse Fragen geregelt, die die Gemeinden und Gemeindeverbände berühren, sind die kommunalen Spitzenverbände zu beteiligen.

(2) Spitzenorganisationen der zuständigen Gewerkschaften und Berufsverbände (§ 53 des Beamtenstatusgesetzes) sind Zusammenschlüsse von Gewerkschaften oder Berufsverbänden, die für die Vertretung der Belange der Beamtinnen und Beamten im Saarland erhebliche Bedeutung haben.

Abschnitt VII

Landespersonalausschuss

§ 105

Landespersonalausschuss

Der Landespersonalausschuss ist eine unabhängige, an Weisungen nicht gebundene Stelle. Er führt die ihm durch Gesetz oder durch die Saarländische Laufbahnverordnung übertragenen Aufgaben in eigener Verantwortung durch.

§ 106

Mitglieder

(1) Der Landespersonalausschuss besteht aus zehn ordentlichen Mitgliedern und zehn stellvertretenden Mitgliedern.

(2) Ordentliche Mitglieder sind:

1. als Vorsitzende oder als Vorsitzender eine Beamtin oder ein Beamter, die oder der mindestens ein Amt der Besoldungsgruppe A 15 innehat und die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst oder Richteramt besitzt oder ordentliche Professorin oder ordentlicher Professor der Rechts-, Staats- oder Verwaltungswissenschaften an einer Universität der Bundesrepublik Deutschland ist - ausgenommen sind Beamtinnen und Beamte der in § 51 bezeichneten Art,
 2. die Leiterinnen oder Leiter der Abteilungen für Beamten- und Personalrecht des Ministeriums für Inneres, Bauen und Sport und des Ministeriums für Finanzen und Europa für die Dauer der Bekleidung ihres Hauptamtes,
 3. sieben weitere Mitglieder, von denen fünf Mitglieder auf Grund von Vorschlägen der Spitzenorganisationen der zuständigen Gewerkschaften und Berufsverbände und zwei Mitglieder auf Grund von Vorschlägen der kommunalen Spitzenverbände berufen werden. Die Vorschläge sollen der Gleichberechtigung der Geschlechter Rechnung tragen.
- (3) Sämtliche Mitglieder müssen Beamtinnen oder Beamte auf Lebenszeit sein, sie müssen eine Laufbahnprüfung abgelegt haben und, soweit vorgeschrieben, den hierzu erforderlichen Vorbereitungsdienst abgeleistet haben.
- (4) Für die ordentlichen Mitglieder sind entsprechend den vorstehenden Bestimmungen Stellvertreterinnen oder Stellvertreter zu berufen. Die ordentlichen Mitglieder nach Absatz 2 Nummer 2 werden von ihren Vertreterinnen oder Vertretern im Hauptamt vertreten. Sind diese keine Beamtinnen oder Beamte auf Lebenszeit, so wird die Stellvertreterin oder der Stellvertreter von der obersten Dienstbehörde bestimmt.
- (5) Die ordentlichen Mitglieder nach Absatz 2 Nummer 1 und 3 und ihre Stellvertreterinnen oder Stellvertreter werden von der Landesregierung auf die Dauer von vier Jahren berufen. Die Landesregierung ist bei Berufung der Mitglieder nach Absatz 2 Nummer 3 an die Vorschlagslisten gebunden; für die Berufung ist die Reihenfolge in jeder Vorschlagsliste maßgebend.
- (6) Scheidet ein Mitglied vorzeitig aus, so beruft die Landesregierung entsprechend den vorstehenden Bestimmungen für den Rest der Amtszeit ein neues Mitglied.

§ 107

Unabhängigkeit der Mitglieder

Die Mitglieder des Landespersonalausschusses sind nicht an Weisungen gebunden und nur dem Gesetz unterworfen. Sie dürfen wegen ihrer Tätigkeit nicht dienstlich gemäßregelt oder benachteiligt oder bevorzugt werden.

§ 108

Dauer und Ruhen der Mitgliedschaft

(1) Die Mitgliedschaft im Landespersonalausschuss endet durch

1. Zeitablauf,
2. Beendigung des Beamtenverhältnisses,
3. Versetzung zu einem Dienstherrn außerhalb des Saarlandes,
4. eine rechtskräftige Entscheidung im Strafverfahren oder Disziplinarverfahren, die bei Mitgliedern der Kammer oder des Senats für Disziplinarsachen zum Verlust des Amtes führt.

(2) Die Mitgliedschaft im Landespersonalausschuss ruht während der Dauer eines Disziplinarverfahrens. Sie ruht auch während der Dauer eines nach § 39 des Beamtenstatusgesetzes erlassenen Verbotes zur Führung der Dienstgeschäfte.

§ 109

Befugnisse

Der Landespersonalausschuss hat - außer den Befugnissen nach § 12 Absatz 1 Nummer 4 des Beamtenstatusgesetzes, nach § 11 Absatz 4 und § 22 Absatz 2 dieses Gesetzes sowie den Befugnissen nach der Saarländischen Laufbahnverordnung - bei der Vorbereitung allgemeiner Regelungen der beamtenrechtlichen Verhältnisse mitzuwirken und Vorschläge zur Beseitigung von Mängeln in der Handhabung beamtenrechtlicher Vorschriften zu machen. Die Landesregierung kann dem Landespersonalausschuss durch Rechtsverordnung weitere Aufgaben übertragen, wenn die einheitliche Anwendung beamtenrechtlicher Vorschriften dies erfordert.

§ 110

Geschäftsordnung

Der Landespersonalausschuss gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 111**Sitzungen**

- (1) Die Sitzungen des Landespersonalausschusses sind nicht öffentlich. Der Landespersonalausschuss kann Beauftragten beteiligter Verwaltungen und anderen Personen die Anwesenheit bei der Verhandlung gestatten.
- (2) Die Beauftragten der beteiligten Verwaltungen sind auf Verlangen zu hören.
- (3) Der Landespersonalausschuss ist beschlussfähig, wenn mindestens fünf Mitglieder anwesend sind.

§ 112**Geschäftsstelle**

- (1) Die oder der Vorsitzende des Landespersonalausschusses oder ihre oder seine Vertreterin oder ihr oder sein Vertreter leitet die Verhandlungen. Sind beide verhindert, so tritt an ihre Stelle das dienstälteste Mitglied.
- (2) Für den Landespersonalausschuss wird bei dem Ministerium für Inneres, Bauen und Sport eine Geschäftsstelle eingerichtet. Die Geschäftsstelle bereitet die Verhandlungen des Landespersonalausschusses vor und führt seine Beschlüsse aus.

§ 113**Beweiserhebung; Amtshilfe der Dienststellen**

- (1) Der Landespersonalausschuss kann zur Durchführung seiner Aufgaben in entsprechender Anwendung der für die Verwaltungsgerichte des Landes geltenden Vorschriften Beweise erheben.
- (2) Alle Dienststellen haben dem Landespersonalausschuss unentgeltlich Amtshilfe zu leisten und ihm auf Verlangen Auskünfte zu erteilen und Akten vorzulegen, soweit dies zur Durchführung seiner Aufgaben erforderlich ist.

§ 114**Beschlüsse; Bindungswirkung für die Verwaltung**

- (1) Beschlüsse des Landespersonalausschusses sind zu begründen und zu veröffentlichen. Art und Umfang der Veröffentlichung regelt die Geschäftsordnung.
- (2) Soweit dem Landespersonalausschuss eine Entscheidungsbefugnis eingeräumt ist, binden seine Beschlüsse die beteiligten Verwaltungen.

§ 115**Dienstaufsicht**

Die Dienstaufsicht über die Mitglieder des Landespersonalausschusses führt im Auftrag der Landesregierung das Ministerium für Inneres, Bauen und Sport. Sie unterliegt den sich aus § 107 ergebenden Einschränkungen.

Abschnitt VIII**Beschwerdeweg und Rechtsschutz****§ 116****Anträge und Beschwerden**

- (1) Beamtinnen und Beamte können Anträge und Beschwerden vorbringen; hierbei ist der Dienstweg einzuhalten. Der Beschwerdeweg bis zur obersten Dienstbehörde steht offen. Beamtinnen und Beamte, die eine Meldung oder Offenlegung nach dem Hinweisgeberschutzgesetz vornehmen, sind von der Einhaltung des Dienstwegs befreit.
- (2) Richtet sich die Beschwerde gegen die unmittelbare Vorgesetzte oder den unmittelbaren Vorgesetzten (§ 3 Absatz 3), so kann sie bei der oder dem nächsthöheren Vorgesetzten unmittelbar eingereicht werden.

§ 117**Vertretung des Dienstherrn bei Klagen aus dem Beamtenverhältnis**

- (1) Bei Klagen aus dem Beamtenverhältnis (§ 54 des Beamtenstatusgesetzes) wird der Dienstherr durch die oberste Dienstbehörde vertreten, der die Beamtin oder der Beamte untersteht oder bei der Beendigung des Beamtenverhältnisses un-

terstanden hat; bei Streitigkeiten, die ihren Rechtsgrund in den §§ 64 bis 73 des Saarländischen Beamtenversorgungsgesetzes haben, wird der Dienstherr durch die oberste Dienstbehörde vertreten, deren sachlicher Weisung die Regelungsbehörde untersteht.

(2) Besteht die oberste Dienstbehörde nicht mehr und ist eine andere Dienstbehörde nicht bestimmt, so bestimmt die Landesregierung die zuständige Behörde.

(3) Die oberste Dienstbehörde kann die Vertretung durch allgemeine Anordnung anderen Behörden übertragen.

(4) Die Anordnungen nach den Absätzen 2 und 3 sind zu veröffentlichen.

§ 118

Zustellung von Verfügungen und Entscheidungen

Verfügungen und Entscheidungen, die der Beamtin oder dem Beamten oder der oder dem Versorgungsberechtigten bekannt zu geben sind, sind zuzustellen, wenn durch sie eine Frist in Lauf gesetzt wird oder Rechte der Beamtin oder des Beamten oder der oder des Versorgungsberechtigten durch

sie berührt werden. Soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, richtet sich die Zustellung nach den Vorschriften des Saarländischen Verwaltungszustellungsgesetzes.

Abschnitt IX

Besondere Beamtengruppen

1. Beamtinnen und Beamte auf Zeit

§ 119

Allgemeines

(1) Für Beamtinnen und Beamte auf Zeit gelten die Vorschriften für Beamtinnen und Beamte auf Lebenszeit entsprechend, soweit nicht gesetzlich etwas anderes bestimmt ist. Die Vorschriften über die Laufbahnen und die Probezeit finden keine Anwendung.

(2) Die Fälle und die Voraussetzungen der Ernennung von Beamtinnen und Beamten auf Zeit werden durch Gesetz bestimmt.

(3) Soweit gesetzlich nicht etwas anderes bestimmt ist, sind Beamtinnen und Beamte auf Zeit nach Ablauf der Amtszeit verpflichtet, das Amt weiterzuführen, wenn sie unter mindestens gleich günstigen Bedingungen für wenigstens die gleiche Zeit wiederernannt werden sollen.

(4) Werden Beamtinnen und Beamte auf Lebenszeit in ein Beamtenverhältnis auf Zeit berufen, so ruhen vom Tag der Begründung dieses Beamtenverhältnisses an die Rechte und Pflichten aus dem bisherigen Dienstverhältnis mit Ausnahme der Pflicht zur Amtsverschwiegenheit und des Verbotes der Annahme von Belohnungen, Geschenken und sonstigen Vorteilen. Nach Beendigung ihres Beamtenverhältnisses auf Zeit kehren die Beamtinnen und Beamten unter Übertragung ihres letzten oder eines gleichzubewertenden Amtes in ihr früheres Dienstverhältnis zurück, sofern sie zu diesem Zeitpunkt noch nicht die für sie geltende Altersgrenze erreicht haben. Die Beendigung des Beamtenverhältnisses auf Zeit ist gegenüber dem früheren Dienstherrn rechtzeitig anzuzeigen. Lehnt die Beamtin oder der Beamte die Rückkehr in das frühere Dienstverhältnis ab, ist sie oder er zu entlassen. Die Entlassung wird von der Stelle schriftlich verfügt, die für die Ernennung zuständig wäre. Die Entlassung tritt mit Ablauf des Monats ein, der auf den Monat folgt, in dem die Entlassungsverfügung zugestellt wird.

(5) Beamtinnen und Beamte auf Zeit sind zu entlassen, wenn sie ihrer Verpflichtung nach Absatz 3 nicht nachkommen.

§ 120

Hauptamtliche kommunale Wahlbeamtinnen und Wahlbeamte auf Zeit

Für hauptamtliche kommunale Wahlbeamtinnen und Wahlbeamte auf Zeit gelten die Vorschriften für Beamtinnen und Beamte auf Zeit mit folgenden Maßgaben:

1. Zur hauptamtlichen kommunalen Wahlbeamtin auf Zeit oder zum hauptamtlichen kommunalen Wahlbeamten auf Zeit darf ernannt werden, wer das 25. Lebensjahr vollendet hat.
2. Bei hauptamtlichen kommunalen Wahlbeamtinnen und Wahlbeamten auf Zeit, die nicht von den Bürgern gewählt sind, kann das kommunale Vertretungsorgan mit Zustimmung der Beamtinnen und Beamten den Eintritt in den Ruhestand bis zum Ablauf der Amtszeit, jedoch nicht über das Ende des Monats der Vollendung des 68. Lebensjahres, hinausschieben. Für hauptamtliche kommunale Wahlbeamtinnen und Wahlbeamte auf Zeit, die von den Bürgern gewählt sind, bildet das vollendete 68. Lebensjahr die Altersgrenze; nach Vollendung des 65. Lebensjahres sind die Beamtinnen und

Beamten auf ihren Antrag in den Ruhestand zu versetzen. § 23 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 des Beamtenstatusgesetzes bleibt unberührt.

3. Für hauptamtliche kommunale Wahlbeamtinnen und Wahlbeamte auf Zeit, die von den Bürgern zu wählen sind, entfällt die Verpflichtung nach § 119 Absatz 3 mit der Vollendung des 63. Lebensjahres. Nach Ablauf von zwei Amtszeiten entfällt sie mit der Vollendung des 60. Lebensjahres.
4. Hauptamtliche kommunale Wahlbeamtinnen und Wahlbeamte auf Zeit, die nach § 30 kraft Gesetzes in den Dienst einer anderen Körperschaft übergetreten sind, haben in Fällen, in denen die Auflösung und die Neubildung von Gemeinden mit Zustimmung der beteiligten Gemeinden erfolgt ist, für den Rest ihrer Amtszeit Anspruch auf Verwendung als hauptamtliche Beigeordnete in der aufnehmenden oder neu gebildeten Gemeinde. § 32 Satz 4 gilt entsprechend.

2. Ehrenbeamtinnen und Ehrenbeamte

§ 121

Ehrenbeamtinnen und Ehrenbeamte

(1) Für Ehrenbeamtinnen und Ehrenbeamte (§ 5 Absatz 1 des Beamtenstatusgesetzes) gelten die Vorschriften des Beamtenstatusgesetzes und die Vorschriften dieses Gesetzes mit folgenden Maßgaben:

1. Ehrenbeamtinnen und Ehrenbeamte können nach Erreichen der in § 43 Absatz 1 und 2 für sie geltenden Altersgrenze verabschiedet werden. Sie sind zu verabschieden, wenn die sonstigen Voraussetzungen für die Versetzung einer Beamtin oder eines Beamten in den Ruhestand gegeben sind. Diese Regelung gilt nicht für die Ehrenbeamtinnen und Ehrenbeamten der Gemeinden und Gemeindeverbände.
2. Keine Anwendung finden insbesondere § 6 Absatz 6 (Erlöschen des privatrechtlichen Arbeitsverhältnisses), §§ 9 bis 25 (laufbahnrechtliche Vorschriften), §§ 28 und 29 (Abordnung und Versetzung), § 62 Absatz 1 (Wohnung), §§ 71 und 72 (Besoldung, Versorgung und sonstige Leistungen), § 78 (Arbeitszeit) und §§ 86 bis 89 und 92 (Nebentätigkeit) dieses Gesetzes sowie § 22 Absatz 1 Nummer 2 (Entlassung nach Erreichen der Altersgrenze) und § 23 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 (Entlassung nach Berufung in das Beamtenverhältnis nach Erreichen der Altersgrenze) des Beamtenstatusgesetzes.
- (2) Die Unfallfürsorge richtet sich nach § 82 des Saarländischen Beamtenversorgungsgesetzes.
- (3) Im Übrigen regeln sich die Rechtsverhältnisse der Ehrenbeamtinnen und Ehrenbeamten nach den besonderen, für die einzelnen Gruppen der Ehrenbeamtinnen und Ehrenbeamten geltenden Vorschriften.

3. Beamtinnen und Beamte des Landtages und des Verfassungsgerichtshofes

§ 122

Beamtinnen und Beamte des Landtages und des Verfassungsgerichtshofes

Die Beamtinnen und Beamten des Landtages sowie die Beamtinnen und Beamten des Verfassungsgerichtshofes sind Beamtinnen und Beamte des Landes. Die Ernennung, Entlassung und Versetzung in den Ruhestand der Beamtinnen und Beamten des Landtages wird durch die Präsidentin oder den Präsidenten des Landtages, die der Beamtinnen und Beamten des Verfassungsgerichtshofes durch die Präsidentin oder den Präsidenten des Verfassungsgerichtshofes vorgenommen.

4. Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte

§ 123

Allgemeines

Auf Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte finden die für Beamtinnen und Beamte allgemein geltenden Vorschriften Anwendung, soweit nachfolgend nichts anderes bestimmt ist.

§ 124

Laufbahnen der Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten

- (1) Das Ministerium für Inneres, Bauen und Sport bestimmt im Einvernehmen mit dem Ministerium für Finanzen und Europa durch Rechtsverordnung, welche Beamtengruppen zum Polizeivollzugsdienst gehören.
- (2) Die Laufbahnen der Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten können durch Rechtsverordnung des Ministeriums für Inneres, Bauen und Sport im Einvernehmen mit dem Ministerium für Finanzen und Europa abweichend von

den §§ 9 bis 23 geregelt werden; hierbei ist die Einheitslaufbahn vorzusehen. Im Rahmen der Vorschriften für die Einheitslaufbahn ist jeder Polizeivollzugsbeamtin oder jedem Polizeivollzugsbeamten der Aufstieg in alle Ämter des Polizeivollzugsdienstes zu eröffnen.

(3) Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte stehen während der Ausbildung für den Laufbahnabschnitt des mittleren Polizeivollzugsdienstes in einem Beamtenverhältnis auf Widerruf im Vorbereitungsdienst. Der erfolgreiche Abschluss der Ausbildung ist Voraussetzung für die Übernahme in das Beamtenverhältnis auf Probe. Bewerberinnen oder Bewerber mit einer zu einem Hochschulstudium berechtigenden Schulbildung oder einem als gleichwertig anerkannten Bildungsstand können unmittelbar zum Laufbahnabschnitt des gehobenen Polizeivollzugsdienstes zugelassen werden; dies gilt auch für Bewerberinnen oder Bewerber, die die Studienberechtigung nach § 14 Absatz 3 des Gesetzes über die Fachhochschule für Verwaltung erworben haben. Die Bewerberinnen oder Bewerber werden als Beamtinnen oder Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst eingestellt. Bewerberinnen oder Bewerber mit abgeschlossenem Hochschulstudium und Bewerberinnen oder Bewerber, die die zweite Staatsprüfung abgelegt haben, können unmittelbar zum Laufbahnabschnitt des höheren Polizeivollzugsdienstes zugelassen werden; Bewerberinnen oder Bewerber mit abgeschlossenem Hochschulstudium werden als Beamtinnen oder Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst eingestellt, Bewerberinnen oder Bewerber, die die zweite Staatsprüfung abgelegt haben, als Beamtinnen oder Beamte auf Probe.

(4) Das Ministerium für Inneres, Bauen und Sport erlässt durch Rechtsverordnung besondere Bestimmungen über die Zulassung der Bewerberinnen und Bewerber sowie über die Ausbildung und Prüfung der Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten.

§ 124a

Einstellungshöchstaltersgrenzen

(1) In den Vorbereitungsdienst des Laufbahnabschnitts des mittleren und gehobenen Polizeivollzugsdienstes kann eingestellt werden, wer das 37. Lebensjahr noch nicht vollendet hat. In den Vorbereitungsdienst des Laufbahnabschnitts des höheren Polizeivollzugsdienstes kann eingestellt werden, wer das 43. Lebensjahr noch nicht vollendet hat; dies gilt auch für die Einstellung von Bewerberinnen und Bewerbern in den Laufbahnabschnitt des höheren Polizeivollzugsdienstes, die die Zweite Staatsprüfung in einem für den Polizeivollzugsdienst förderlichen Studiengang abgelegt haben. Das Ministerium für Inneres, Bauen und Sport kann Ausnahmen von den Einstellungshöchstaltersgrenzen zulassen, wenn an der Einstellung der Bewerberin oder des Bewerbers ein besonderes dienstliches Interesse besteht.

(2) Die Einstellungshöchstaltersgrenze erhöht sich bei Bewerberinnen und Bewerbern, die wegen Betreuung mindestens eines mit ihnen in häuslicher Gemeinschaft lebenden Kindes unter 18 Jahren nicht vor Erreichen der Altersgrenze eingestellt werden konnten, um zwei Jahre je Kind. Gleiches gilt bei der tatsächlichen Pflege einer oder eines pflegebedürftigen sonstigen nahen Angehörigen, insbesondere aus dem Kreis der Eltern, Schwiegereltern, Ehegattinnen und Ehegatten oder eingetragenen Lebenspartnerinnen und Lebenspartner, Geschwister sowie der volljährigen Kinder. Die Pflegebedürftigkeit ist durch Vorlage eines ärztlichen Gutachtens, einer Bescheinigung der Pflegekasse oder des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung oder durch Vorlage einer entsprechenden Bescheinigung einer privaten Pflegeversicherung nachzuweisen.

§ 125

Gemeinschaftsunterkunft

Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte können zum Wohnen in einer Gemeinschaftsunterkunft und zur Teilnahme an der Gemeinschaftsverpflegung verpflichtet werden, wenn besondere polizeiliche Einsätze oder die Teilnahme an Lehrgängen es erfordern oder wenn Beamtinnen oder Beamte auf bestimmte Zeit zum ständigen Bereitschaftsdienst verpflichtet sind.

§ 126

Verbot der politischen Betätigung in Uniform

Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte dürfen sich in der Öffentlichkeit in Dienstkleidung nicht politisch betätigen.

§ 127

Polizeidienstunfähigkeit

Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte sind dienstunfähig, wenn sie auf Grund des Gutachtens einer Amtsärztin oder eines Amtsarztes, der Ärztin oder des Arztes der Gutachtenstelle „Polizeiärztlicher Dienst“ beim Ministerium für Inneres, Bauen und Sport oder einer anderen als Gutachterin beauftragten Ärztin oder eines anderen als Gutachter beauftragten Arztes (§ 50 Absatz 1) den besonderen gesundheitlichen Anforderungen für den Polizeivollzugsdienst nicht mehr genügen und nicht zu erwarten ist, dass sie ihre volle Verwendungsfähigkeit innerhalb zweier Jahre wiedererlangen (Polizeidienstunfähigkeit), es sei denn, die auszuübende Funktion erfordert bei Beamtinnen oder Beamten auf Lebenszeit diese besonderen gesundheitlichen Anforderungen auf Dauer nicht mehr uneingeschränkt.

§ 128

Altersgrenze

(1) Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte treten mit dem Ende des Monats in den Ruhestand, in dem sie das 62. Lebensjahr vollenden. Sie treten mit dem Ende des Monats in den Ruhestand, in dem sie das 60. Lebensjahr vollenden, wenn sie vor dem 1. Januar 1955 geboren sind.

Für Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte, die nach dem 31. Dezember 1954 geboren sind, wird die Altersgrenze wie folgt angehoben:

Geburtsjahr / Geburtsmonat	Anhebung um Monate	Altersgrenze	
		Jahre	Monate
1955			
Januar	1	60	1
Februar	2	60	2
März	3	60	3
April	4	60	4
Mai	5	60	5
Juni	6	60	6
Juli	7	60	7
August	8	60	8
September bis Dezember	9	60	9
1956	10	60	10
1957	11	60	11
1958	12	61	0
1959	14	61	2
1960	16	61	4
1961	18	61	6
1962	20	61	8
1963	22	61	10

(2) Auf Antrag der Polizeivollzugsbeamtin oder des Polizeivollzugsbeamten kann der Eintritt in den Ruhestand hinausgeschoben werden, wenn dies im dienstlichen Interesse liegt, jedoch nicht länger als insgesamt drei Jahre. Der Antrag soll spätestens sechs Monate vor dem Eintritt in den Ruhestand gestellt werden. § 43 Absatz 3 Satz 3 und 4 gilt entsprechend.

(3) Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte können auf ihren Antrag in den Ruhestand versetzt werden, wenn sie das 60. Lebensjahr vollendet haben.

§ 129

(aufgehoben)

§ 130

Dienstkleidung

Beamteninnen und Beamte des uniformierten Vollzugsdienstes haben nach Maßgabe des Saarländischen Besoldungsgesetzes Anspruch auf unentgeltliche Ausstattung mit der Dienstkleidung und der Dienstausrüstung, die die besondere Art ihres Dienstes erfordert.

5. Beamteninnen und Beamte der Berufsfeuerwehren

§ 131

Beamteninnen und Beamte der Berufsfeuerwehren

(1) Beamteninnen und Beamte des Einsatzdienstes der Berufsfeuerwehr sind dienstunfähig, wenn sie auf Grund des Gutachtens einer Amtsärztin oder eines Amtsarztes oder einer als Gutachterin beauftragten Ärztin oder eines als Gutachter beauftragten Arztes (§ 50 Absatz 1) den besonderen gesundheitlichen Anforderungen für den Einsatzdienst der Berufsfeuerwehr nicht mehr genügen und nicht zu erwarten ist, dass sie ihre volle Verwendungsfähigkeit innerhalb zweier Jahre wiedererlangen.

(2) Für die Beamteninnen und Beamten des Einsatzdienstes der Berufsfeuerwehr gelten die §§ 128 und 130 entsprechend.

(3) Der Ausgleich bei besonderen Altersgrenzen richtet sich nach § 54 des Saarländischen Beamtenversorgungsgesetzes.

§ 131a

Einstellungshöchstaltersgrenzen

(1) In den Vorbereitungsdienst der Laufbahnen des feuerwehrtechnischen Dienstes des Saarlandes kann eingestellt werden, wer das 37. Lebensjahr noch nicht vollendet hat. Bei Vorliegen eines besonderen dienstlichen Bedürfnisses kann das Ministerium für Inneres, Bauen und Sport für einzelne Fälle oder für Gruppen von Fällen Ausnahmen von der Einstellungshöchstaltersgrenze zulassen, insbesondere in den Fällen eines außergewöhnlichen Bewerbermangels.

(2) § 124a Absatz 2 gilt entsprechend.

6. Beamteninnen und Beamte des Justizvollzugsdienstes

§ 132

Beamteninnen und Beamte des Justizvollzugsdienstes

(1) Für die Beamteninnen und Beamten des Justizvollzugsdienstes, die im Aufsichts- und Werkdienst tätig sind, gelten § 124a Absatz 2, §§ 126, 128, 130 und § 131a Absatz 1 Satz 1 entsprechend. Bei Vorliegen eines besonderen dienstlichen Bedürfnisses können mit Zustimmung des Ministeriums für Inneres, Bauen und Sport und des Ministeriums für Finanzen und Europa auf Antrag der obersten Dienstbehörde für einzelne Fälle oder für Gruppen von Fällen Ausnahmen von der Einstellungshöchstaltersgrenze zugelassen werden.

(2) Beamteninnen und Beamte des Justizvollzugsdienstes, die im Aufsichts- und Werkdienst tätig sind, sind dienstunfähig, wenn sie auf Grund des Gutachtens einer Amtsärztin oder eines Amtsarztes oder einer als Gutachterin beauftragten Ärztin oder eines als Gutachter beauftragten Arztes (§ 50 Absatz 1) den besonderen gesundheitlichen Anforderungen für den Justizvollzugsdienst nicht mehr genügen und nicht zu erwarten ist, dass sie ihre volle Verwendungsfähigkeit innerhalb von sechs Monaten wiedererlangen.

(3) Der Ausgleich bei besonderen Altersgrenzen richtet sich nach § 54 des Saarländischen Beamtenversorgungsgesetzes.

7. Beamteninnen und Beamte an Hochschulen

§ 133

Beamteninnen und Beamte an Hochschulen

Die Rechtsverhältnisse des beamteten wissenschaftlichen und künstlerischen Personals an den staatlichen Hochschulen werden durch besonderes Gesetz geregelt.

Abschnitt X Übergangs- und Schlussvorschriften

§ 134

Regelung von Zuständigkeiten

(1) Soweit nach diesem Gesetz die oberste Dienstbehörde bei einer Entscheidung der Mitwirkung des Ministeriums für Finanzen und Europa bedarf, tritt an deren Stelle bei den Beamtinnen und Beamten der Gemeinden und Gemeindeverbände die Zustimmung des Ministeriums für Inneres, Bauen und Sport.

(2) Für öffentlich-rechtliche Körperschaften, die nicht Gebietskörperschaften sind und Behörden nicht besitzen, nimmt die zuständige Verwaltungsstelle die in diesem Gesetz einer Behörde übertragenen oder zu übertragenden Zuständigkeiten wahr.

§ 135

Oberste Aufsichtsbehörde

(1) Oberste Aufsichtsbehörde im Sinne dieses Gesetzes ist bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden das Ministerium für Inneres, Bauen und Sport, bei den sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts das Ministerium, in dessen Amtsbereich die allgemeine Körperschaftsaufsicht ausgeübt wird.

(2) Bei Beamtinnen und Beamten von Nichtgebietskörperschaften, Anstalten oder Stiftungen des öffentlichen Rechts, die der Aufsicht des Landes unterstehen, ist die oberste Aufsichtsbehörde oder die von ihr bestimmte Behörde befugt, sich Entscheidungen allgemein vorzubehalten, die nach diesem Gesetz der obersten Dienstbehörde obliegen. Sie kann solche Entscheidungen auch von ihrer allgemeinen Genehmigung abhängig machen oder verbindliche Grundsätze für die Entscheidungen aufstellen.

§ 136

Mitglieder des Rechnungshofes des Saarlandes

Für die Mitglieder des Rechnungshofes des Saarlandes gilt dieses Gesetz, soweit in dem Gesetz über den Rechnungshof des Saarlandes nichts Abweichendes bestimmt ist.

§ 137

Übernahme von Richterinnen und Richtern auf Lebenszeit in den allgemeinen Verwaltungsdienst

Bei der Übernahme einer Richterin oder eines Richters auf Lebenszeit in den allgemeinen Verwaltungsdienst gilt die Probezeit nach § 21 Absatz 1 als erfüllt. Mit der Ernennung zur Beamtin oder zum Beamten auf Lebenszeit kann der Richterin oder dem Richter ein ihrem oder seinem bisherigen Amt entsprechendes Amt übertragen werden. Welche Ämter einander entsprechen, regelt das Ministerium für Inneres, Bauen und Sport im Einvernehmen mit dem Ministerium der Justiz durch Rechtsverordnung.

§ 138

Übergangsregelungen für Beamtinnen und Beamte auf Probe

(1) Beamtinnen und Beamten auf Probe, denen bis zum 1. April 2009 noch kein Amt verliehen wurde, ist am 1. April 2009 ein Amt übertragen. Die für die Ernennung zuständige Behörde stellt die Amtsverleihung fest. Die Probezeit nach dem bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes geltenden Recht ist weiterhin insoweit abzuleisten, als die regelmäßige Dauer drei Jahre oder weniger beträgt. Beträgt die regelmäßige Dauer der Probezeit mehr als drei Jahre, so ist die drei Jahre überschreitende Zeit nicht mehr als Probezeit abzuleisten.

(2) Beamtinnen und Beamte, die bereits ein Amt innehaben und die sich im Beamtenverhältnis auf Probe befinden, sind in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit zu berufen, wenn sie die Probezeit erfolgreich abgeschlossen haben. § 6 Absatz 1 bleibt unberührt.

§ 139

Übergangsregelungen für Lehrerinnen und Lehrer

Eine im Beamtenverhältnis auf Lebenszeit stehende Lehrerin oder ein im Beamtenverhältnis auf Lebenszeit stehender Lehrer, die oder der in der ersten Hälfte des Schuljahres 2009/2010 die Altersgrenze erreicht, tritt abweichend von § 43 Absatz 2 Satz 2 mit dem Ende des dem Beginn des Schuljahres vorhergehenden Monats in den Ruhestand.

§ 140

Weitergeltung von Vorschriften

Bis zum Erlass von Vorschriften auf Grund der Ermächtigungen dieses Gesetzes gelten die auf Grund der Ermächtigungen des bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes geltenden Saarländischen Beamtengesetzes erlassenen Vorschriften fort, soweit sie nicht im Beamtenstatusgesetz oder in diesem Gesetz enthaltenen Regelungen widersprechen.

§ 141

Verwaltungsvorschriften

Die zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlichen allgemeinen Verwaltungsvorschriften erlässt, soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt, das Ministerium für Inneres, Bauen und Sport im Einvernehmen mit dem Ministerium für Finanzen und Europa.

§ 142

Inkrafttreten; Außerkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt am 1. April 2009 in Kraft.

(2) Das Saarländische Beamtengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Dezember 1996 (Amtsbl. 1997 S. 301), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 19. November 2008 (Amtsbl. S. 1930), tritt am 1. April 2009 außer Kraft.

GEW

**Verordnung – Schulordnung – über die Ausbildung
an Berufsschulen im Saarland (AO-BS)**

Vom 04. August 2022 (Amtsbl. I S. 1062) –
zuletzt geändert durch Artikel 2 der Verordnung vom 17. Oktober 2022 (Amtsbl. I S. 1324)

Inhaltsübersicht

Abschnitt I

Geltungsbereich

§ 1 Betroffene Schulen

§ 2 Schultypen

Abschnitt II

Allgemeine Bestimmungen

§ 4 Zusammenarbeit mit den an der Berufsausbildung Beteiligten

§ 5 Struktur und Gliederung der Berufsschule

§ 6 Dauer der Bildungsgänge

§ 7 Stundentafeln, Fächer, Lernfeldunterricht, ergänzendes Unterrichtsangebot des Bildungsgangs
in der dualen Berufsausbildung an der Berufsschule

§ 7a Stundentafel, Fächer, Bereiche im Bildungsgang der Ausbildungsvorbereitung an der Berufsschule

§ 7b Stundentafeln, Fächer, Lernbereiche des Bildungsgangs in der dualen Berufsausbildung an der Berufsschule

§ 8 Organisation und Umfang des Unterrichts

§ 9 Aufnahmevoraussetzungen

Abschnitt III

Zeugnisse

§ 10 Zeugnisarten, Zeugnisausstellung

§ 11 Zeugnisnoten

§ 12 Sonstige Zeugniseintragungen

§ 13 Festsetzung der Zeugnisnoten

§ 14 Besondere Form der Leistungsmessung im Bildungsgang der Ausbildungsvorbereitung an der Berufsschule

§ 15 Ausgabe von Zeugnissen zum Ende eines Schulhalbjahres sowie von Halbjahres- und Jahreszeugnissen

§ 16 Aushändigung und Übermittlung der Zeugnisse

Abschnitt IV

Leistungsanforderungen in den Fachklassen

§ 17 Erfüllung der Leistungsanforderungen

§ 18 Benachrichtigung bei unzureichendem Leistungsstand im Fall des § 7b

Abschnitt V

Abschlüsse und Berechtigungen

§ 19 Berufsschulabschluss

§ 20 Berufsschulabschluss nach Verlängerung des Ausbildungsverhältnisses

§ 21 Abschluss des Bildungsgangs der Ausbildungsvorbereitung an der Berufsschule, Erwerb der mit dem Hauptschulabschluss verbundenen Berechtigungen

§ 22 Benachrichtigung bei gefährdetem Abschluss des Bildungsgangs der Ausbildungsvorbereitung an der Berufsschule

Abschnitt VI

Schlussbestimmungen

§ 23 Notwendige Regelungen bei schwerwiegenden Gefahren für Leben und Gesundheit

§ 24 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

§ 25 Übergangsvorschrift

Abschnitt I

Geltungsbereich

§ 1

Betroffene Schulen

(1) Diese Verordnung gilt für den Bildungsgang in der dualen Berufsausbildung und für den Bildungsgang der Ausbildungsvorbereitung an öffentlichen Berufsschulen.

(2) Sie gilt gemäß § 18 Absatz 2 des Privatschulgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Mai 1985 (Amtsbl. S. 610), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 24. Juni 2020 (Amtsbl. I S. 529), in der jeweils geltenden Fassung auch für staatlich anerkannte Ersatzschulen in privater Trägerschaft, die den in Absatz 1 genannten Schulen entsprechen.

§ 2

Schultypen

Die Berufsschule wird im Bildungsgang in der dualen Berufsausbildung im kaufmännischen, technisch- gewerblichen und sozialpflegerischen Berufsbereich geführt. Die Berufsbereiche im Bildungsgang in der dualen Berufsausbildung an der Berufsschule und der berufsfeldübergreifende Bildungsgang der Ausbildungsvorbereitung an der Berufsschule am Standort bilden die Kaufmännische, Technisch-gewerbliche und Sozialpflegerische Berufsschule als Schultyp.

Abschnitt II

Allgemeine Bestimmungen

§ 3

Ziel der Berufsschule

(1) Im Rahmen der beruflichen Erstausbildung - duales System der Berufsausbildung - hat die Berufsschule zum Ziel, nach dem Berufsbildungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. Mai 2020 (BGBl. I S. 920), geändert durch Artikel 16 des Gesetzes vom 28. März 2021 (BGBl. I S. 591), in der jeweils geltenden Fassung und nach der Handwerksordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. September 1998 (BGBl. I S. 3074; 2006 I S. 2095), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 9. Juni 2021 (BGBl. I S. 1654), in der jeweils geltenden Fassung für eine berufliche Tätigkeit vorwiegend berufsbezogene Kenntnisse, Fertigkeiten und Fähigkeiten (berufliche Handlungskompetenz) zu vermitteln und die vorher erworbene allgemeine Bildung berufsbezogen zu erweitern. Damit sollen die Schülerinnen und Schüler zur Erfüllung der Aufgaben im Beruf und zur Mitgestaltung von Arbeitswelt und Gesellschaft befähigt werden. Im Rahmen der beruflichen Erstausbildung - duales System der Berufsausbildung - wird an der Berufsschule ein lernfeldorientierter Bildungsgang nach § 7 und für nicht lernfeldgeordnete Ausbildungsberufe ein sich an Fächern orientierender Bildungsgang nach § 7b geführt.

(2) Im Rahmen des Bildungsgangs der Ausbildungsvorbereitung an der Berufsschule nach § 7a hat die Berufsschule zum Ziel, Schülerinnen und Schüler nach Erfüllung der allgemeinen Vollzeitschulpflicht auf die Aufnahme einer Ausbildung oder einer Berufstätigkeit vorzubereiten. Aufbauend auf der beruflichen Orientierung der allgemeinbildenden Schulen wird eine nachhaltige berufliche Orientierung gefördert und vermittelt, um den Übergang in die Ausbildung oder die Berufstätigkeit zu erleichtern.

(3) Die Berufsschule führt zu eigenständigen Abschlüssen (Berufsschulabschluss, Abschluss der Ausbildungsvorbereitung), die über ein Abschlussverfahren erworben werden.

(4) Der Bildungsgang in der dualen Berufsausbildung an der Berufsschule führt aufbauend auf dem mittleren Bildungsabschluss begleitend zu einer mindestens dreijährigen erfolgreich abgeschlossenen Berufsausbildung über den zugehörigen Berufsschulabschluss, ein vertiefendes Unterrichtsangebot (Fachhochschulreifeunterricht) und die erfolgreiche Teilnahme an einer Abschlussprüfung zu der zum Studium an einer Fachhochschule berechtigenden Fachhochschulreife. Näheres regelt die Verordnung über den Fachhochschulreifeunterricht und die staatliche Abschlussprüfung zum Erwerb der Fachhochschulreife an Berufsschulen im Saarland vom 16. Juli 2014 (Amtsbl. I S. 313), zuletzt geändert durch Artikel 254 des Gesetzes vom 8. Dezember 2021 (Amtsbl. I S. 2629), in der jeweils geltenden Fassung.

(5) Durch den Besuch der Berufsschule erfüllen Schülerinnen und Schüler ihre Berufsschulpflicht.

§ 4

Zusammenarbeit mit den an der Berufsausbildung Beteiligten

Die Berufsschule arbeitet auf der Grundlage gleichberechtigter Partnerschaft mit den Ausbildungsbetrieben und mit den zuständigen Stellen nach dem Berufsbildungsgesetz und der Handwerksordnung eng zusammen.

§ 5

Struktur und Gliederung der Berufsschule

(1) Der Bildungsgang in der dualen Berufsausbildung an der Berufsschule gliedert sich entsprechend den Ausbildungsjahren des jeweiligen Ausbildungsberufs. Das Aufsteigen zwischen den einzelnen Ausbildungsjahren erfolgt ohne Versetzung, unbeschadet der Möglichkeit, ein Ausbildungsjahr oder Teile davon wegen Verlängerung des Berufsausbildungsverhältnisses zu wiederholen.

(2) Der Bildungsgang der Ausbildungsvorbereitung an der Berufsschule bereitet Jugendliche, die nach der Erfüllung der allgemeinen Vollzeitschulpflicht einer vorbereitenden Förderung bedürfen, aufbauend auf der vorher erworbenen allgemeinen Bildung und der beruflichen Orientierung der allgemeinbildenden Schulen auf die Aufnahme einer Ausbildung oder einer Berufstätigkeit vor. Es wird eine nachhaltige berufliche Orientierung gefördert und vermittelt und die vorher erworbene allgemeine Bildung berufsbezogen erweitert, um den Übergang in die Ausbildung oder die Berufstätigkeit zu erleichtern. Die Schülerinnen und Schüler erhalten auf ihren jeweiligen Bildungsstand abgestimmte Lernangebote und eine individuelle - auch sozial-emotionale - Lernbegleitung in Form regelmäßiger Ziel- und Lernvereinbarungsgespräche, um berufsbezogene Kompetenzen aufzubauen (vorbereitende berufliche Grundbildung). Die Schülerinnen und Schüler erarbeiten überfachliche Kompetenzen und grundlegende Selbstlerntechniken. Die in den allgemeinbildenden Schulen begonnene Bildungswegeberatung wird fortgesetzt. Einzelheiten regelt die Schulaufsichtsbehörde durch den Erlass von Verwaltungsvorschriften.

(3) Der Bildungsgang der Ausbildungsvorbereitung an der Berufsschule ist nach Maßgabe des § 10 Absatz 2 und 3 des Schulpflichtgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. August 1996 (Amtsbl. S. 864; 1997 S. 147), zuletzt geändert durch Artikel 256 des Gesetzes vom 8. Dezember 2021 (Amtsbl. I S. 2629), in der jeweils geltenden Fassung zugleich das zehnte Pflichtschuljahr für Jugendliche ohne Berufsausbildungsverhältnis.

§ 6

Dauer der Bildungsgänge

(1) Die Dauer des Bildungsgangs in der dualen Berufsausbildung an der Berufsschule entspricht grundsätzlich der Regelausbildungsdauer des jeweiligen Ausbildungsberufs (zwei bis dreieinhalb Jahre).

(2) Der Bildungsgang der Ausbildungsvorbereitung an der Berufsschule dauert ein Schuljahr.

§ 7

Stundentafeln, Fächer, Lernfeldunterricht, ergänzendes Unterrichtsangebot des Bildungsgangs in der dualen Berufsausbildung an der Berufsschule

1) Der Unterricht des Bildungsgangs in der dualen Berufsausbildung an der Berufsschule wird gemäß der Vorgabe der von der Schulaufsichtsbehörde erlassenen Stundentafeln in Fächern, in dem in Lernfelder gegliederten Lernfeldunterricht und in einem ergänzenden Unterrichtsangebot erteilt. Fächer sind Religionslehre - an deren Stelle im Fall des § 11 Absatz 5 Satz 2 allgemeine Ethik tritt -, Deutsch, Wirtschafts- und Sozialkunde sowie Sport. Die Stundentafel für die Lernfelder des jeweiligen Ausbildungsberufs orientiert sich an dem jeweils gültigen Rahmenlehrplan der Kultusministerkonferenz. Die für das ergänzende Unterrichtsangebot vorgesehenen Unterrichtsstunden können als Fach „Berufsbezogene Fremdsprache“, in welchem die in die Lernfelder integrierten fremdsprachlichen Ziele und Inhalte unterrichtet werden, und/oder als zusätzliche andere Fächer erteilt werden. Sie können auch insgesamt oder nur zum Teil neben der Verwendung für zusätzliche Fächer nach Satz 4 für die Ausweitung von bereits von der Stundentafel vorgesehenen Fächern und/oder Lernfeldern verwendet werden.

(2) Die Stundentafeln regeln das Nähere über die Anzahl der Unterrichtsstunden für die einzelnen Fächer, für den Lernfeldunterricht mit den Lernfeldern sowie für das ergänzende Unterrichtsangebot nach Absatz 1. Des Weiteren regeln die Stundentafeln die Bezeichnung der einzelnen Lernfelder. Die Verteilung der Stunden der Fächer, der Lernfelder und der Stunden des ergänzenden Unterrichtsangebots auf zusätzliche Fächer und/oder auf nach der Stundentafel vorgesehene Fächer oder Lernfelder regelt für die Halbjahre der einzelnen Ausbildungsjahre des jeweiligen Ausbildungsberufs ein von der Schule spätestens zu Beginn des Schulhalbjahres für jede Klasse zu erstellender Beschulungsplan.

(3) In den Fächern Deutsch sowie Wirtschafts- und Sozialkunde kann der Unterricht im Bildungsgang in der dualen Berufsausbildung an der Berufsschule auch durch den Fachhochschulreifeunterricht (§ 4 Absatz 1 der Verordnung über den Fachhochschulreifeunterricht und die staatliche Abschlussprüfung zum Erwerb der Fachhochschulreife an Berufsschulen) erteilt werden. Entsprechendes gilt für den Fall, dass im Rahmen des ergänzenden Unterrichtsangebots eine Fremdsprache als Fach und/oder ein naturwissenschaftliches Fach von der Schule angeboten werden/wird. Soweit die in Satz 1 und 2 genannten Fächer durch den Fachhochschulreifeunterricht erteilt werden, hat der Beschulungsplan für die Zahl der Unterrichtsstunden und deren Verteilung auf die Halbjahre der einzelnen Ausbildungsjahre die Vorgaben des § 4 Absatz 1

und 2 der Verordnung über den Fachhochschulreifeunterricht und die staatliche Abschlussprüfung zum Erwerb der Fachhochschulreife an Berufsschulen im Saarland zu beachten. Schülerinnen und Schüler, die die in Satz 1 und 2 genannten Fächer bereits durch den Fachhochschulreifeunterricht belegen, nehmen in diesen Fächern am Unterricht des Bildungsgangs in der dualen Berufsausbildung an der Berufsschule nur freiwillig teil. In dem freiwilligen Unterrichtsangebot erfolgt keine Leistungsmessung; die Schulleiterin oder der Schulleiter kann die Schülerin oder den Schüler jederzeit ausschließen.

§ 7a

Stundentafel, Fächer, Bereiche im Bildungsgang der Ausbildungsvorbereitung an der Berufsschule

(1) Der Unterricht im Bildungsgang der Ausbildungsvorbereitung an der Berufsschule wird im Rahmen folgender Bereiche erteilt:

1. berufsübergreifender Bereich mit den Fächern Religionslehre - an deren Stelle im Fall des § 11 Absatz 5 Satz 2 allgemeine Ethik tritt -, Deutsch, Fremdsprache (Französisch oder Englisch), Mathematik, Wirtschafts- und Sozialkunde sowie Sport,
2. berufsbezogener Bereich mit dem Fach Berufliche Grundkompetenz,
3. unterstützender Bereich mit Lernbegleitung und individueller Förderung.

(2) Näheres über die Festlegung der einzelnen Fächer des berufsübergreifenden und des berufsbezogenen Bereichs sowie des unterstützenden Bereichs, über die Zahl der Unterrichtsstunden je Fach und über deren Verteilung regelt die Stundentafel in der Anlage der Verordnung - Schulordnung - über die Stundentafel des Bildungsganges der Ausbildungsvorbereitung an der Berufsschule vom 20. September 2019 (Amtsbl. I S. 678), zuletzt geändert durch Artikel 7 der Verordnung vom 2. September 2021 (Amtsbl. I S. 2131), in der jeweils geltenden Fassung.

§ 7b

Stundentafeln, Fächer, Lernbereiche des Bildungsgangs in der dualen Berufsausbildung an der Berufsschule

(1) Der Unterricht des Bildungsgangs in der dualen Berufsausbildung an der Berufsschule wird ausschließlich in Fächern erteilt, soweit in der Stundentafel kein in Lernfelder gegliederter Lernfeldunterricht ausgewiesen ist. Im Rahmen des berufsübergreifenden Lernbereichs werden die Fächer Religionslehre - an deren Stelle im Fall des § 11 Absatz 5 Satz 2 allgemeine Ethik tritt -, Deutsch, Sozialkunde und Sport erteilt; im technisch-gewerblichen und sozialpflegerischen Bereich zusätzlich Wirtschaftskunde. An die Stelle des in Lernfelder gegliederten Lernfeldunterrichts tritt der berufsbezogene Lernbereich mit den nach der Stundentafel vorgesehenen, dem jeweiligen Ausbildungsberuf entsprechenden fachtheoretischen Fächern; dazu kann auch ein berufsbezogener Fremdsprachenunterricht gehören. Der Unterricht kann daneben einen Wahlpflichtbereich und/oder Wahlbereich umfassen. Dieser oder diese können Unterrichtsveranstaltungen zur Stützung, Vertiefung und Erweiterung eines bestehenden Faches gemäß der Stundentafel oder ein weiteres Fach vorsehen. Das Nähere über die Festlegung der einzelnen Fächer des berufsübergreifenden und des berufsbezogenen Lernbereichs, gegebenenfalls des Wahlpflicht- und/oder Wahlbereichs, über die Zahl der Unterrichtsstunden je Fach und über deren Verteilung auf die einzelnen Ausbildungsjahre regeln die Stundentafeln.

(2) Der Unterricht im berufsübergreifenden Lernbereich kann auch durch den Fachhochschulreifeunterricht erteilt werden; § 7 Absatz 3 Satz 4 und 5 gilt entsprechend.

§ 8

Organisation und Umfang des Unterrichts

(1) Der Unterricht des Bildungsgangs in der dualen Berufsausbildung an der Berufsschule wird grundsätzlich in Fachklassen eines Ausbildungsberufs oder verwandter Ausbildungsberufe erteilt; werden verwandte Ausbildungsberufe in einer Fachklasse zusammengefasst, wird die notwendige Vermittlung der berufsspezifischen Lerninhalte durch geeignete Unterrichtsdifferenzierung gewährleistet. Der Unterricht wird in Teilzeitform an einzelnen Wochentagen durchgeführt (Teilzeitunterricht) und umfasst in den einzelnen Ausbildungsjahren in der Regel 12 Wochenstunden, wobei bei diesem Stundenumfang im Fall des § 7b zusätzliche Unterrichtsangebote im Wahlbereich unberührt bleiben.

(2) Der Teilzeitunterricht kann auch in der Form des Blockunterrichts (zusammenhängende Teilabschnitte mit täglichem Unterricht) erteilt werden. Für den Umfang des Blockunterrichts ist der Teilzeitunterricht von in der Regel 12 Wochenstunden beziehungsweise 480 Jahresstunden zugrunde zu legen. Ein Unterrichtsblock umfasst in der Regel eine Woche von Montag bis Freitag im Wechsel mit zwei Wochen betrieblicher oder überbetrieblicher Ausbildung, wobei die Unterrichtsblöcke über die einzelnen Schulhalbbesetzungsweise Schuljahre gleichmäßig verteilt werden sollen. Die Organisation des Blockunterrichts kann anders gestaltet werden, wenn dies nach den besonderen Umständen in einem Berufsfeld, Berufs-

feldschwerpunkt oder Ausbildungsberuf geboten ist. Entscheidungen über die Einführung oder Aufhebung des Blockunterrichts, die Organisationsform und die Festlegung der Blockzeiten trifft jeweils die Schulaufsichtsbehörde im Benehmen mit den Schulträgern und in enger Abstimmung mit den nach dem Berufsbildungsgesetz und der Handwerksordnung zuständigen Stellen.

(3) Im Bildungsgang der Ausbildungsvorbereitung an der Berufsschule wird in Vollzeitform - in der Regel täglich von Montag bis Freitag - unterrichtet (Vollzeitunterricht). Der Unterricht im Fach Berufliche Grundkompetenz ist mit insgesamt drei jeweils zweiwöchigen Orientierungspraktika verbunden, deren zeitliche Lage im zweiten Schulhalbjahr von der Schule vorgegeben wird. Die Praktika werden im Betrieb abgeleistet und durch die Schule betreut. Sofern kein geeigneter betrieblicher Ausbildungsplatz gefunden wird, ist das Praktikum in schulischen Praxiseinrichtungen abzuleisten. Die Suche eines Praktikumsplatzes obliegt der Schülerin oder dem Schüler sowie bei Minderjährigen den Erziehungsberechtigten.

§ 9

Aufnahmevoraussetzungen

(1) In eine Fachklasse des Bildungsgangs in der dualen Berufsausbildung an der Berufsschule wird aufgenommen, wer sich im Rahmen der beruflichen Erstausbildung in einem entsprechenden Berufsausbildungsverhältnis im dualen System befindet. Die Schulaufsichtsbehörde kann gestatten, dass in Einzelfällen auch Berufsschulpflichtige ohne Berufsausbildungsverhältnis oder sonstige Bewerberinnen und Bewerber außerhalb einer Berufsausbildung aufgenommen werden.

(2) Zu den Aufnahmeberechtigten nach Absatz 1 Satz 1 gehört nicht, wer an einer Maßnahme der beruflichen Umschulung teilnimmt. Die Aufnahme von Teilnehmerinnen und Teilnehmern an einer beruflichen Umschulung in eine Fachklasse des Bildungsgangs in der dualen Berufsausbildung an der Berufsschule steht im Ermessen der Schulleiterin oder des Schulleiters.

(3) In den Bildungsgang der Ausbildungsvorbereitung an der Berufsschule wird aufgenommen, wer

1. die allgemeine Vollzeitschulpflicht erfüllt hat,
2. berufsschulpflichtig ist und
3. in keinem Berufsausbildungsverhältnis steht.

Abschnitt III

Zeugnisse

§ 10

Zeugnisarten, Zeugnisausstellung

(1) Zeugnisse sind der urkundliche Nachweis über Schulbesuch, Leistungen und gegebenenfalls Berechtigungen. Zeugnisse werden im Bildungsgang in der dualen Berufsausbildung an der Berufsschule nach § 7 als Zeugnisse zum Ende eines Schulhalbjahres (Zeugnis zum Ende des ersten Schulhalbjahres/Zeugnis zum Ende des zweiten Schulhalbjahres) sowie als Abschluss- und Abgangszeugnisse ausgestellt. Im Bildungsgang der Ausbildungsvorbereitung an der Berufsschule nach § 7a werden Halbjahreszeugnisse, Abschluss- und Abgangszeugnisse ausgestellt. Im Bildungsgang in der dualen Berufsausbildung an der Berufsschule nach § 7b werden zusätzlich zu den in Satz 3 genannten Zeugnissen Jahreszeugnisse ausgestellt.

(2) Die Zeugnisse werden als Einzelzeugnisse ausgestellt. Sie tragen das Datum des vorgesehenen Ausgabetags und sind von der Schulleiterin oder dem Schulleiter und der Klassenlehrerin oder dem Klassenlehrer zu unterzeichnen. Zeugnisse zum Ende eines Schulhalbjahres, Halbjahreszeugnisse und Jahreszeugnisse können auch von der jeweiligen Abteilungsleiterin oder dem jeweiligen Abteilungsleiter im Auftrag der Schulleiterin oder des Schulleiters unterzeichnet werden. Abschluss- und Abgangszeugnisse sind mit dem Siegel der Schule zu versehen.

(3) In den Fachklassen der einzelnen Ausbildungsjahre im Bildungsgang in der dualen Berufsausbildung an der Berufsschule nach § 7 wird jeweils am Ende des ersten und des zweiten Halbjahres eines Schuljahres ein Zeugnis nach Anlage 1 erteilt. Ein Zeugnis nach Anlage 1 wird auch erteilt, wenn das letzte Ausbildungsjahr nur von halbjähriger Dauer ist. Bei verspätetem Beginn oder vorzeitigem Ende eines Berufsausbildungsverhältnisses während eines Schulhalbjahres kann die Erteilung des Zeugnisses für das entsprechende Schulhalbjahr entfallen, wenn hinreichende Grundlagen für eine gesicherte Leistungsbewertung noch nicht vorhanden sind.

(4) Im Bildungsgang der Ausbildungsvorbereitung an der Berufsschule nach § 7a wird am Ende des ersten Schulhalbjahres ein Halbjahreszeugnis nach Anlage 2 erteilt.

(5) Im Bildungsgang in der dualen Berufsausbildung an der Berufsschule nach § 7b wird in den Fachklassen des jeweiligen Ausbildungsjahres jeweils am Ende des ersten Schulhalbjahres ein Halbjahreszeugnis nach Anlage 3 sowie am Ende des jeweiligen Ausbildungsjahres ein Jahreszeugnis nach Anlage 4 erteilt. Im letzten Ausbildungshalbjahr wird im Bildungsgang in der dualen Berufsausbildung an der Berufsschule nach § 7 und nach § 7b kein Zeugnis zum Ende des Schulhalbjahres

beziehungsweise kein Jahreszeugnis erteilt, sofern ein Abschluss- oder Abgangszeugnis erteilt wird. Für das Zeugnis zum Ende des Schulhalbjahres gilt Absatz 3 Satz 3 entsprechend.

(6) Wer den Bildungsgang in der dualen Berufsausbildung an der Berufsschule nach § 7 gemäß § 19 erfolgreich abgeschlossen hat, erhält ein Abschlusszeugnis nach Anlage 5. Bei gemäß § 21 erfolgreichem Abschluss des Bildungsgangs der Ausbildungsvorbereitung an der Berufsschule nach § 7a wird ein Abschlusszeugnis nach Anlage 6 erteilt. Wer den Bildungsgang in der dualen Berufsausbildung an der Berufsschule nach § 7b gemäß § 19 erfolgreich abgeschlossen hat, erhält ein Abschlusszeugnis nach Anlage 7.

(7) Bei Schulwechsel oder bei Verlassen der Schule ohne Abschluss wird für Schülerinnen und Schüler des Bildungsgangs in der dualen Berufsausbildung an der Berufsschule nach § 7 ein Abgangszeugnis gemäß Anlage 8 erteilt. Für Schülerinnen und Schüler des Bildungsgangs der Ausbildungsvorbereitung an der Berufsschule nach § 7a wird bei Schulwechsel oder bei Verlassen der Schule ohne Abschluss ein Abgangszeugnis nach Anlage 9 erteilt. Schülerinnen und Schülern des Bildungsgangs in der dualen Berufsausbildung an der Berufsschule nach § 7b wird bei Schulwechsel oder bei Verlassen der Schule ohne Abschluss ein Abgangszeugnis nach Anlage 10 erteilt.

(8) Verlängert die Schülerin oder der Schüler nach erfolgreichem Abschluss des Bildungsgangs in der dualen Berufsausbildung an der Berufsschule nach § 7 oder nach § 7b zur Wiederholung eines Teils oder beider Teile der Ausbildungsabschlussprüfung das Ausbildungsverhältnis und besucht sie oder er in dieser Zeit freiwillig oder in Erfüllung der Berufsschulpflicht weiterhin die Berufsschule, so erfolgt

während des wiederholten Halbjahres oder der wiederholten Halbjahre keine Leistungsmessung mehr; die Schülerin oder der Schüler erhält hierüber eine Schulbescheinigung nach Maßgabe der Anlage 11.

§ 11

Zeugnisnoten

(1) Zeugnisse enthalten die Bewertung der Leistung in den erteilten einzelnen Fächern und Lernfeldern als Zeugnisnoten. Im Fall des § 11 Absatz 5 Satz 2 ist anstelle des Fachs Religionslehre im Zeugnis allgemeine Ethik auszuweisen. Für die Fächer und Lernfelder gelten folgende Notenstufen:

sehr gut	=	eine den Anforderungen in besonderem Maße entsprechende Leistung;
gut	=	eine den Anforderungen voll entsprechende Leistung;
befriedigend	=	eine den Anforderungen im Allgemeinen entsprechende Leistung;
ausreichend	=	eine Leistung, die zwar Mängel aufweist, aber im Ganzen den Anforderungen noch entspricht;
mangelhaft	=	eine den Anforderungen nicht entsprechende Leistung, die jedoch erkennen lässt, dass die notwendigen Grundkenntnisse vorhanden sind und die Mängel in absehbarer Zeit behoben werden könnten;
ungenügend	=	eine den Anforderungen nicht entsprechende Leistung, bei der selbst die Grundkenntnisse so lückenhaft sind, dass die Mängel in absehbarer Zeit nicht behoben werden könnten.

Abschluss- und Abgangszeugnisse im Bildungsgang in der dualen Berufsausbildung an der Berufsschule nach § 7 enthalten auch im Lernfeldunterricht zur Bewertung der Leistung eine Schlussnote als Zeugnisnote (Lernfeldunterrichtschlussnote nach § 13 Absatz 4).

(2) Die Noten in Zeugnissen sind in Wortbezeichnungen auszuweisen, sofern nach dieser Verordnung nichts anderes bestimmt ist. Zwischennoten und Bewertungszusätze sind nicht zulässig.

(3) Im Bildungsgang in der dualen Berufsausbildung an der Berufsschule nach § 7b sind Noten in Wahlfächern, die unter „ausreichend“ liegen, in Abschluss- und Abgangszeugnissen nicht auszuweisen.

(4) Bei der Befreiung von der Teilnahme an einem Unterrichtsfach ist anstelle der Zeugnisnote das Wort „befreit“ einzutragen. Für die Befreiung von einem Lernfeld gelten Satz 1 und § 7 Absatz 1 der Allgemeinen Schulordnung vom 10. November 1975 (Amtsbl. S. 1239), zuletzt geändert durch Artikel 211 des Gesetzes vom 8. Dezember 2021 (Amtsbl. I S. 2629), in der jeweils geltenden Fassung entsprechend.

(5) Im Fall der Abmeldung vom Religionsunterricht wird vorbehaltlich von Satz 2 die Nichtteilnahme in der Notenzeile des Fachs Religionslehre durch einen Schrägstrich ausgedrückt. Beträgt im Bildungsgang der Ausbildungsvorbereitung an der Berufsschule nach § 7a oder im jeweiligen Ausbildungsjahr des Bildungsgangs in der dualen Berufsausbildung an einer öffentlichen Berufsschule nach § 7 und § 7b die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die am Religionsunterricht nicht teilnehmen, mindestens 5, so soll gemäß § 15 Absatz 1 Satz 2 und 3 des Schulordnungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. August 1996 (Amtsbl. S. 846; 1997 S. 147), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 13. Juli 2022 (Amtsbl.

(S. 1018), in der jeweils geltenden Fassung für diese Schülerinnen und Schüler Unterricht in allgemeiner Ethik erteilt werden; in diesem Fall ist die Teilnahme am Unterricht in allgemeiner Ethik verpflichtend.

(6) Im Bildungsgang in der dualen Berufsausbildung an der Berufsschule nach § 7 sind in den Zeugnissen zum Ende des ersten und zum Ende des zweiten Schulhalbjahres die Fächer und Lernfelder namentlich aufzuführen, die nach den Vorgaben des Beschulungsplans in dem Schulhalbjahr zu unterrichten sind. Gegebenenfalls können auch Lernfelder aufgeführt werden, deren Unterricht im vorangegangenen Schulhalbjahr nicht abgeschlossen werden konnte. Es sind auch die zusätzlichen Fächer aufzuführen, die sich aufgrund der Verwendung von Stunden aus dem ergänzenden Unterrichtsangebot ergeben und nach dem Beschulungsplan in dem Schulhalbjahr zu unterrichten sind. Lernfelder oder Fächer, die nach dem Beschulungsplan vorgesehen sind, in denen aber kein Unterricht stattfand, sind mit einem „-*)“ zu kennzeichnen und mit der Bemerkung „*) nicht erteilt“ zu versehen. Fand der Unterricht in einzelnen Lernfeldern oder Fächern des Beschulungsplans in einem Schulhalbjahr statt, hat die Schülerin oder der Schüler in dem Halbjahr an dem Unterricht aber nicht teilgenommen oder war eine Leistungsmessung nicht möglich (§ 13 Absatz 2 Satz 5), so werden diese Lernfelder oder Fächer mit „-/*)“ und der Bemerkung „*) Die Schülerin/Der Schüler konnte wegen Aufnahme in die Berufsschule im laufenden Schulhalbjahr am Unterricht nicht teilnehmen oder es war keine Leistungsmessung möglich.“ versehen. Soweit Lernfelder oder Fächer in einem Schulhalbjahr abgeschlossen werden, wird auf dem Zeugnis für das entsprechende Schulhalbjahr auch die in diesem Schulhalbjahr gebildete Schlussnote vorläufig dokumentiert; für Fächer oder Lernfelder nach Satz 4 wird keine Schlussnote dokumentiert. Sofern in einem Halbjahr keine Lernfelder oder Fächer abgeschlossen wurden und dementsprechend keine Schlussnoten gebildet werden konnten, wird die Rubrik „Dokumentation der in diesem Schulhalbjahr gebildeten Schlussnoten“ auf dem Zeugnis zum Ende eines Schulhalbjahres mit der Bemerkung versehen: „In diesem Schulhalbjahr wurden keine Schlussnoten gebildet.“

(7) In Abschluss- und Abgangszeugnissen sind alle Fächer und Lernfelder des Beschulungsplans, in denen die Schülerin oder der Schüler eine Schlussnote (§ 13 Absatz 3) erhalten hat, namentlich aufzuführen. Es ist auch die Lernfeldunterrichtsschlussnote (§ 13 Absatz 4) aufzuführen. Fächer und Lernfelder des Beschulungsplans, in denen die Schülerin oder der Schüler wegen verkürzter Ausbildungsdauer nicht unterrichtet wurde oder in denen keine Leistungsbewertung möglich war, sind in Abschluss- und Abgangszeugnissen nicht aufzunehmen; in diesem Fall erhält das Abschluss- oder Abgangszeugnis folgende Bemerkung: „Fächer oder Lernfelder, in denen die Schülerin/der Schüler infolge verkürzter Ausbildungsdauer nicht unterrichtet wurde oder eine Leistungsbewertung nicht erhalten hat, werden in diesem Zeugnis nicht ausgewiesen.“

(8) Im Bildungsgang in der dualen Berufsausbildung an der Berufsschule nach § 7b werden in Abschluss- und Abgangszeugnissen Fächer, die in dem zuletzt besuchten Ausbildungsjahr nicht mehr unterrichtet wurden, mit der letzten Zeugnisnote ausgewiesen und durch den Zusatz „abgeschlossen in ...“ kenntlich gemacht.

§ 12 Sonstige Zeugniseintragungen

(1) Im Bildungsgang in der dualen Berufsausbildung an der Berufsschule nach § 7 wird im Zeugnis zum Ende des ersten und zum Ende des zweiten Schulhalbjahres bezogen auf das jeweilige Halbjahr vermerkt, ob die Schülerin oder der Schüler die Leistungsanforderungen erfüllt oder nicht erfüllt hat (§ 17). Im Bildungsgang in der dualen Berufsausbildung an der Berufsschule nach § 7b wird im Jahreszeugnis bezogen auf das jeweilige Ausbildungsjahr vermerkt, ob die Schülerin oder der Schüler die Leistungsanforderungen erfüllt oder nicht erfüllt hat (§ 17). Der Vermerk dient der Kontrolle über den Leistungsstand während des Bildungsgangs in der dualen Berufsausbildung an der Berufsschule.

(2) In Halbjahres- und Jahreszeugnissen sowie in Zeugnissen zum Ende eines Schulhalbjahres ist die Zahl der insgesamt (entschuldigt und unentschuldigt) versäumten sowie die Zahl der unentschuldigt versäumten Unterrichtstage und Einzelstunden zu vermerken.

(3) In Abgangszeugnissen ist nach Maßgabe der in den Anlagen 8 bis 10 vorgesehenen Schulpflichtvermerke jeweils kenntlich zu machen, ob die Schülerin oder der Schüler nach den Bestimmungen des Schulpflichtgesetzes und den dazu ergangenen Regelungen noch berufsschulpflichtig ist. Für Abschlusszeugnisse gilt Satz 1 nach Maßgabe der in den Anlagen 5 bis 7 vorgesehenen Schulpflichtvermerke entsprechend.

(4) Im Bildungsgang der Ausbildungsvorbereitung an der Berufsschule nach § 7a ist unter besonderen Voraussetzungen auf dem Abschlusszeugnis oder auf dem Abgangszeugnis der Erwerb der mit dem Hauptschulabschluss verbundenen Berechtigungen zu vermerken. Im Bildungsgang in der dualen Berufsausbildung an der Berufsschule nach § 7 und § 7b ist unter besonderen Voraussetzungen auf dem Abschlusszeugnis der Erwerb der mit dem Hauptschulabschluss oder der mit dem mittleren Bildungsabschluss verbundenen Berechtigungen zu vermerken. Näheres über die besonderen Voraussetzungen für den Erwerb der mit dem Hauptschulabschluss oder dem mittleren Bildungsabschluss verbundenen Berechtigungen und die entsprechende Zeugniseintragung regeln die Verordnung - Schulordnung - über den Erwerb der mit dem Hauptschulabschluss verbundenen Berechtigungen nach dem Besuch des Bildungsgangs der Ausbildungsvorbereitung an der Berufsschule oder des Bildungsgangs in der dualen Berufsausbildung an der Berufsschule vom 20. September 2019

(Amtsbl. I S. 678), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 4. August 2022 (Amtsbl. I S. 1062), in der jeweils geltenden Fassung und die Verordnung - Schulordnung - über den Einschluss der Berechtigungen eines mittleren Bildungsabschlusses durch das Abschlusszeugnis der Berufsschule vom 20. Mai 1994 (Amtsbl. S. 790), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 6. Juni 2016 (Amtsbl. I S. 402), in der jeweils geltenden Fassung.

(5) Beurteilungen einer Schülerin oder eines Schülers unter „Bemerkungen“ in Abschluss- und Abgangszeugnissen sind unzulässig. Abgangszeugnisse dürfen keinen Eintrag enthalten, dass die Schülerin oder der Schüler die Leistungsanforderungen nicht erfüllt beziehungsweise den jeweiligen Bildungsgang nicht erfolgreich abgeschlossen hat.

§ 13

Festsetzung der Zeugnisnoten

(1) Die Klassenkonferenz unter Vorsitz der Schulleiterin oder des Schulleiters setzt die Zeugnisnoten auf Vorschlag der jeweiligen Fachlehrkraft fest. Hinsichtlich der Lernfeldunterrichtschlussnote nach Absatz 4 und der Durchschnittsnote für den Berufsschulabschluss im Fall des § 7 nach § 19 Absatz 3 und im Fall des § 7b nach § 19 Absatz 4 Satz 3 und 4 ist die Klassenkonferenz an die Festsetzung der nach den Vorgaben dieser Verordnung arithmetisch ermittelten Note gebunden; sie überprüft lediglich deren rechnerische Richtigkeit.

(2) Im Bildungsgang in der dualen Berufsausbildung an der Berufsschule nach § 7 wird jeweils zum Ende eines Schulhalbjahres eine Zeugnisnote in den Fächern und Lernfeldern gebildet, die in diesem Schulhalbjahr unterrichtet wurden. Die Note nach Satz 1 fasst die Gesamtleistung der Schülerin oder des Schülers in dem betreffenden Fach oder Lernfeld in dem jeweiligen Halbjahr zusammen. Die Zeugnisnote ist das Ergebnis einer fachlich-pädagogischen Gesamtbewertung der Leistungen, die die Schülerin oder der Schüler erbracht hat. Die Festsetzung der Zeugnisnoten erfolgt nach den Vorgaben des Erlasses zur Leistungsbewertung in den Schulen des Saarlandes vom 6. Juli 2016 (Amtsbl. I S. 526), zuletzt geändert durch den Erlass vom 21. Juni 2017 (Amtsbl. I S. 582), in der jeweils geltenden Fassung in Verbindung mit dem Rundschreiben vom 21. Juni 2019 „Erlass zur Leistungsbewertung in den Schulen des Saarlandes, überarbeitetes Kapitel 4 ‚Berufliche Schulen‘, Az.: D 2-5.3“. Die Erteilung einer Note zum Ende des Schulhalbjahres kann bei Aufnahme in den Bildungsgang im laufenden Schuljahr wegen verspäteten Beginns eines Berufsausbildungsverhältnisses oder bei Abgang aus dem Bildungsgang im laufenden Schuljahr entfallen, wenn hinreichende Grundlagen für eine gesicherte Leistungsbewertung nicht vorhanden sind.

(3) Die Schlussnoten im Bildungsgang in der dualen Berufsausbildung an der Berufsschule nach § 7 werden von der Klassenkonferenz zum Ende des Schulhalbjahres festgesetzt, zu dem der Unterricht in einem Fach oder Lernfeld für die Schülerin oder den Schüler abgeschlossen ist. Für die Bildung der Schlussnote eines Lernfeldes oder eines Faches werden alle Noten der Zeugnisse zum Ende eines Schulhalbjahres herangezogen, die zu dem Zeitpunkt vorliegen, zu dem die Schülerin oder der Schüler das Fach oder Lernfeld abschließt. Für die Bildung der Schlussnote sind alle zum Ende eines Schulhalbjahres vorliegenden Zeugnisnoten in der Regel als gleichwertig zu berücksichtigen. Die Klassenkonferenz kann nach pflichtgemäßem Ermessen entscheiden, dass einer Halbjahresnote besonderes Gewicht zuerkannt wird.

(4) In Abschluss- und Abgangszeugnissen ist im Bildungsgang in der dualen Berufsausbildung an der Berufsschule nach § 7 eine Lernfeldunterrichtschlussnote zu bilden. Sie ergibt sich aus dem arithmetischen Mittel der Schlussnoten der Lernfelder.

(5) Das arithmetische Mittel der Lernfeldunterrichtschlussnote nach Absatz 4 wird auf eine Stelle hinter dem Komma berechnet; es wird nicht gerundet. Bis zur Nachkommastelle 4 ist als Zeugnisnote in Wortbezeichnung die Note zu erteilen, die nach den Notenstufen in § 11 Absatz 1 zahlenmäßig der Vorkommastelle entspricht. Ab der Nachkommastelle 5 ist als Zeugnisnote in Wortbezeichnung die Note zu erteilen, die sich nach den Notenstufen in § 11 Absatz 1 zahlenmäßig durch Aufrundung ergibt. Auf den Abschluss- und Abgangszeugnissen wird der Lernfeldunterrichtschlussnote in Wortbezeichnung die nach Satz 1 ermittelte Dezimalzahl als Klammerzusatz angefügt. Die Klassenlehrerin oder der Klassenlehrer teilt die ermittelte Lernfeldunterrichtschlussnote der Klassenkonferenz mit.

(6) Im Bildungsgang der Ausbildungsvorbereitung an der Berufsschule nach § 7a werden in den Fächern Halbjahres- und Jahresnoten gebildet. Die Zeugnisnote fasst die Gesamtleistung der Schülerin oder des Schülers in dem betreffenden Fach zusammen. Die Jahresnote wird aufgrund der Entwicklung der Leistungen während des Schuljahres, besonders während der zweiten Hälfte, ermittelt. Absatz 2 Satz 3 und 4 gilt entsprechend. Die Noten des Abschlusszeugnisses und eines Abgangszeugnisses, das bei Ausscheiden zum Schuljahresende erteilt wird, entsprechen den Jahresnoten. Im Fach Berufliche Grundkompetenz werden die Leistungen der Schülerin oder des Schülers in den drei jeweils zweiwöchigen Orientierungspraktika von der für das Fach Berufliche Grundkompetenz zuständigen Fachlehrkraft auf der Grundlage der Stellungnahme des Betriebs oder der schulischen Praxiseinrichtung nach § 11 Absatz 1 bewertet. Die Stellungnahme des Betriebs oder der schulischen Praxiseinrichtung soll über das Arbeitsverhalten, das Leistungsvermögen und die Teamfähigkeit der Schülerin oder des Schülers Auskunft geben. Die Stellungnahme ist der Lehrkraft im Fach Berufliche Grundkompetenz unmittelbar nach Abschluss der Praktika zu übermitteln. Die Bewertung der Orientierungspraktika ist als großer Leistungsnachweis bei

der Gesamtleistungsbewertung im Fach Berufliche Grundkompetenz zu berücksichtigen. Im unterstützenden Bereich des Bildungsgangs der Ausbildungsvorbereitung an der Berufsschule erfolgt keine Leistungsmessung.

(7) Für den Bildungsgang in der dualen Berufsausbildung an der Berufsschule nach § 7b gilt Absatz 6 Satz 1 bis 5 entsprechend. Bei halbjähriger Dauer des letzten Ausbildungsjahres sind die Noten in den einzelnen Fächern aufgrund der Bewertung der Leistungen in diesem Halbjahr unter Einbeziehung der jeweiligen Note des letzten Jahreszeugnisses zu bilden. Dabei gibt die Leistungsbewertung des letzten Halbjahres in der Regel den Ausschlag.

§ 14

Besondere Form der Leistungsmessung im Bildungsgang der Ausbildungsvorbereitung an der Berufsschule

(1) In besonderen Fällen kann für Schülerinnen und Schüler im Bildungsgang der Ausbildungsvorbereitung an der Berufsschule nach § 7a auf Beschluss der Klassenkonferenz in Zeugnissen die Festsetzung von Noten durch eine Verbalbeurteilung ersetzt werden.

(2) Im Fall von Verbalbeurteilungen wird der Abschluss des Bildungsgangs der Ausbildungsvorbereitung an der Berufsschule nicht vergeben. Im Abgangszeugnis ist eine abschließende verbale Beurteilung über die Leistungen im Bildungsgang zu erteilen.

§ 15

Ausgabe von Zeugnissen zum Ende eines Schulhalbjahres sowie von Halbjahres- und Jahreszeugnissen

(1) Zeugnisse zum Ende eines Schulhalbjahres im Bildungsgang in der dualen Berufsausbildung an der Berufsschule nach § 7, Halbjahreszeugnisse im Bildungsgang der Ausbildungsvorbereitung an der Berufsschule nach § 7a und Halbjahreszeugnisse im Bildungsgang in der dualen Berufsausbildung an der Berufsschule nach § 7b werden an dem für die jeweilige Klasse letzten Unterrichtstag der Schulwoche ausgegeben, in die der von der Schulaufsichtsbehörde für jedes Schuljahr festgelegte allgemeine Ausgabetermin fällt. In Klassen mit Blockunterricht im Bildungsgang in der dualen Berufsausbildung an der Berufsschule nach § 7 und § 7b erfolgt die Ausgabe der Zeugnisse nach Satz 1 am letzten Tag des Unterrichtsblocks, der vor dem beziehungsweise mit dem allgemeinen Ausgabetermin abschließt.

(2) Die Jahreszeugnisse im Bildungsgang in der dualen Berufsausbildung an der Berufsschule nach § 7b werden in dem für die jeweilige Klasse letzten Unterrichtstag des Schuljahres ausgegeben.

§ 16

Aushändigung und Übermittlung der Zeugnisse

(1) Die Zeugnisse werden den Schülerinnen und Schülern in der Schule ausgehändigt und den Erziehungsberechtigten Minderjähriger durch diese überbracht.

(2) Die Erziehungsberechtigten sowie bei volljährigen Schülerinnen und Schülern diese selbst - in den Fällen von § 7 und § 7b zusätzlich die oder der Ausbildende oder eine Bevollmächtigte oder ein Bevollmächtigter - bestätigen die Kenntnisnahme von Zeugnissen nach den Anlagen 1 bis 4 durch Unterschrift auf dem Zeugnis. Es ist der Klassenlehrerin oder dem Klassenlehrer zur Kontrolle dieser Kenntnisnahme vorzulegen. Bei fehlender Unterschrift hat die Klassenlehrerin oder der Klassenlehrer auf deren Vornahme hinzuwirken, wenn der Verdacht besteht, dass die Schülerin oder der Schüler das Zeugnis den Erziehungsberechtigten beziehungsweise dem Ausbildungsbetrieb nicht vorgelegt hat. Die Gültigkeit des Zeugnisses wird durch das Fehlen der Unterschriften nicht beeinträchtigt.

Abschnitt IV

Leistungsanforderungen in den Fachklassen

§ 17

Erfüllung der Leistungsanforderungen

(1) Im Bildungsgang in der dualen Berufsausbildung an der Berufsschule nach § 7 und § 7b stellt die Klassenkonferenz (§ 13) fest, ob die Leistungsanforderungen erfüllt oder nicht erfüllt werden. Die Nichterfüllung der Leistungsanforderungen am Ende des zweiten Schulhalbjahres eines Ausbildungsjahres im Fall des § 7 und am Ende eines Schuljahres im Fall des § 7b steht dem Aufsteigen in das nächste Ausbildungsjahr nicht entgegen, sofern die Schülerin oder der Schüler nicht wegen Verlängerung des Berufsausbildungsverhältnisses das bisher besuchte Ausbildungsjahr wiederholt.

(2) Im Bildungsgang in der dualen Berufsausbildung an der Berufsschule nach § 7 wird zum Ende eines jeden Schulhalbjahres festgestellt, ob die Leistungsanforderungen erfüllt oder nicht erfüllt sind. Maßgebend hierfür sind die Noten in den Fächern und in den Lernfeldern zum Ende des Schulhalbjahres. Für die Feststellung, ob die Leistungsanforderungen nach Absatz 4 Satz 1 Nummer 1 erfüllt werden oder nicht, ist auch die Zeugnisnote im Fach Sport miteinzubeziehen. Auf dem

Zeugnis zum Ende des jeweiligen Schulhalbjahres erfolgt ein Eintrag, ob die Leistungsanforderungen erfüllt oder nicht erfüllt sind.

(3) Im Bildungsgang in der dualen Berufsausbildung an der Berufsschule nach § 7b erfolgt die Feststellung der Erfüllung der Leistungsanforderungen zum Ende des Schuljahres. Maßgebend sind die Noten des Jahreszeugnisses des jeweiligen Ausbildungsjahres. Für die Erfüllung der Leistungsanforderungen sind auch die Wahlpflichtfächer und das Fach Sport heranzuziehen. Zeugnisnoten in Wahlfächern, die unter „ausreichend“ liegen, bleiben für die Feststellung, ob die Leistungsanforderungen erfüllt werden, außer Betracht; dagegen werden mindestens „befriedigend“ lautende Zeugnisnoten in diesen Fächern zum Notenausgleich nach Maßgabe von Absatz 4 Satz 1 Nummer 2 Buchstabe b herangezogen. In Jahreszeugnissen erfolgt unter „Bemerkungen“ ein Eintrag, ob die Leistungsanforderungen erfüllt oder nicht erfüllt sind.

(4) Die Leistungsanforderungen werden erfüllt:

1. im Fall von Absatz 2, wenn
 - die Zeugnisnote in allen Lernfeldern mindestens „ausreichend“ und
 - a) die Zeugnisnote in allen Fächern mindestens „ausreichend“ ist
 - oder
 - b) die Zeugnisnote „mangelhaft“ in nur einem Fach durch mindestens die Zeugnisnote „befriedigend“ in einem anderen Fach oder Lernfeld beziehungsweise die Zeugnisnote „ungenügend“ in nur einem Fach durch mindestens die Zeugnisnote „gut“ in einem anderen Fach oder Lernfeld ausgeglichen wird;
2. im Fall von Absatz 3, wenn
 - a) die Zeugnisnote in allen Fächern mindestens „ausreichend“ ist
 - oder
 - b) die Zeugnisnote in höchstens einem Fach „ungenügend“ oder in höchstens zwei Fächern „mangelhaft“ lautet und die ungenügende Leistung beziehungsweise die beiden mangelhaften Leistungen durch mindestens die Zeugnisnote „gut“ in einem anderen Fach oder mindestens die Zeugnisnote „befriedigend“ in zwei anderen Fächern ausgeglichen wird; die Zeugnisnote „mangelhaft“ in nur einem Fach muss durch mindestens die Zeugnisnote „befriedigend“ in einem anderen Fach ausgeglichen werden.

In allen anderen Fällen werden die Leistungsanforderungen nicht erfüllt.

§ 18

Benachrichtigung bei unzureichendem Leistungsstand im Fall des § 7b

Lässt der Leistungsstand einer Schülerin oder eines Schülers im Bildungsgang in der dualen Berufsausbildung an der Berufsschule nach § 7b erkennen, dass die Erfüllung der Leistungsanforderungen gefährdet ist, werden die Erziehungsberechtigten, bei volljährigen Schülerinnen und Schülern diese selbst, sowie der Ausbildungsbetrieb durch eine entsprechende Eintragung unter „Bemerkungen“ im Halbjahreszeugnis in Kenntnis gesetzt oder spätestens drei Monate vor Ausgabe des Jahreszeugnisses schriftlich benachrichtigt. Aus dem Fehlen einer Zeugniseintragung oder einer schriftlichen Benachrichtigung kann ein Recht auf Feststellung, dass die Leistungsanforderungen erfüllt sind, nicht hergeleitet werden.

Abschnitt V

Abschlüsse und Berechtigungen

§ 19

Berufsschulabschluss

(1) In dem Ausbildungsjahr, in dem die Schülerin oder der Schüler den Bildungsgang in der dualen Berufsausbildung an der Berufsschule abschließt, stellt die Klassenkonferenz fest, ob der Bildungsgang erfolgreich oder nicht erfolgreich abgeschlossen ist. Der Bildungsgang ist erfolgreich abgeschlossen, wenn nach Maßgabe der Absätze 2 und 3 die Leistungsanforderungen an dessen Ende erfüllt werden. Der Erfüllung der Leistungsanforderungen steht nicht entgegen, wenn eine Schülerin oder ein Schüler die Schule vor Beendigung des Bildungsgangs verlässt, weil sie oder er infolge überdurchschnittlicher Leistungen vorzeitig zur Ausbildungsabschlussprüfung nach dem Berufsbildungsgesetz beziehungsweise zur Gesellenprüfung nach der Handwerksordnung zugelassen wurde und diese bestanden hat. Bei erfolgreichem Abschluss des Bildungsgangs in der dualen Berufsausbildung an der Berufsschule nach Satz 2 wird das Abschlusszeugnis der Berufsschule erteilt (Zuerkennung des Berufsschulabschlusses). Die Zeugniserteilung erfolgt mit Ausnahme von Satz 3 unabhängig von der Beendigung und dem Ergebnis der Ausbildungsabschlussprüfung beziehungsweise der Gesellenprüfung. In dem Abschlusszeugnis der Berufsschule wird eine Durchschnittsnote ausgewiesen.

(2) Die Feststellung, ob die Leistungsanforderungen nach Absatz 1 erfüllt oder nicht erfüllt sind, erfolgt im Bildungsgang in der dualen Berufsausbildung an der Berufsschule nach § 7 aufgrund der Schlussnoten in den Fächern (§ 13 Absatz 3) und der Lernfeldunterrichtschlusssnote (§ 13 Absatz 4).

Die Leistungsanforderungen sind erfüllt, wenn die Lernfeldunterrichtschlusssnote mindestens „ausreichend“ ist und entweder

1. die Schlussnoten in allen Fächern mindestens „ausreichend“ sind

oder

2. die Schlussnote „mangelhaft“ in nur einem Fach durch mindestens die Schlussnote „befriedigend“ in einem anderen Fach ausgeglichen wird; ebenso kann eine „mangelhaft“ lautende Schlussnote in einem Fach durch eine mindestens „befriedigend“ lautende Lernfeldunterrichtschlusssnote ausgeglichen werden;

oder

3. die Schlussnote „ungenügend“ in nur einem Fach durch mindestens die Schlussnote „gut“ in einem anderen Fach ausgeglichen wird; ebenso kann eine „ungenügend“ lautende Schlussnote in einem Fach durch eine mindestens „gut“ lautende Lernfeldunterrichtschlusssnote ausgeglichen werden.

(3) Die im Abschlusszeugnis auszuweisende Durchschnittsnote wird als Zahl ausgewiesen (§ 19 Absatz 1 Satz 6). Sie wird im Bildungsgang in der dualen Berufsausbildung an der Berufsschule nach § 7 als arithmetisches Mittel der Schlussnoten in den Fächern einschließlich solcher Fächer, die im Rahmen des ergänzenden Unterrichtsangebots erteilt wurden und der sechsfach gewichteten Lernfeldunterrichtschlusssnote auf eine Stelle hinter dem Komma berechnet; es wird nicht gerundet. Grundlage für die Berechnung der Durchschnittsnote sind die zahlenmäßig ausgewiesenen Noten in den Fächern (§ 11 Absatz 1) und die als Dezimalzahl ausgedrückte Lernfeldunterrichtschlusssnote (§ 13 Absatz 4 und 5). Der so als Zahl berechneten Durchschnittsnote wird keine Wortbezeichnung zugewiesen.

(4) Die Feststellung, ob die Leistungsanforderungen nach Absatz 1 erfüllt oder nicht erfüllt sind, erfolgt im Bildungsgang in der dualen Berufsausbildung an der Berufsschule nach § 7b nach Maßgabe des § 17 Absatz 3 aufgrund der nach § 13 Absatz 7 zu bildenden Noten in Verbindung mit § 17 Absatz 4 Satz 1 Nummer 2 und Satz 2. Für die Feststellung der Erfüllung der Leistungsanforderungen sind auch abgeschlossene Fächer (§ 11 Absatz 8) zu berücksichtigen. Die Durchschnittsnote des Berufsschulabschlusses (§ 19 Absatz 1 Satz 6) wird als Zahl ausgewiesen. Sie wird als arithmetisches Mittel der Noten aller in dem Bildungsgang erteilten Fächer auf eine Stelle hinter dem Komma berechnet; es wird nicht gerundet. Der so als Zahl berechneten Durchschnittsnote wird keine Wortbezeichnung zugewiesen.

(5) Der Einschluss des Erwerbs der mit dem Hauptschulabschluss verbundenen Berechtigungen oder der mit dem mittleren Bildungsabschluss verbundenen Berechtigungen ist nach Maßgabe des § 12 Absatz 4 Satz 2 und 3 bei Schülerinnen und Schülern ohne Hauptschulabschluss beziehungsweise ohne mittleren Bildungsabschluss auf dem Abschlusszeugnis des Bildungsgangs in der dualen Berufsausbildung an der Berufsschule gemäß den Anlagen 5 und 7 zu vermerken.

§ 20

Berufsschulabschluss nach Verlängerung des Ausbildungsverhältnisses

Wird das Berufsausbildungsverhältnis nach nicht erfolgreichem Abschluss des Bildungsgangs in der dualen Berufsausbildung an der Berufsschule zwecks erster oder zweiter Wiederholung eines Prüfungsteils oder beider Prüfungsteile der Ausbildungsabschlussprüfung beziehungsweise der Gesellenprüfung verlängert, so kann der Berufsschulabschluss gegebenenfalls nach einem geeigneten mit der Verlängerung verbundenen weiteren Berufsschulbesuch zuerkannt werden. Die Entscheidung darüber trifft die Klassenkonferenz unter Vorsitz der Schulleiterin oder des Schulleiters in entsprechender Anwendung des § 19 Absatz 2 beziehungsweise Absatz 4. Für die Ermittlung der Leistungsanforderungen für den Berufsschulabschluss sind im Fall des § 19 Absatz 2 (Bildungsgang in der dualen Berufsausbildung an der Berufsschule nach § 7) für die Bildung der Schlussnoten in den Fächern und Lernfeldern und im Fall des § 19 Absatz 4 (Bildungsgang in der dualen Berufsausbildung an der Berufsschule nach § 7b) für die Bildung der Jahresnoten in den Fächern die Noten des wiederholten Halbjahres beziehungsweise der wiederholten Halbjahre zugrunde zu legen. Ein zuvor ausgestelltes Abgangszeugnis wird eingezogen und ein neues Abgangsbeziehungsweise Abschlusszeugnis ist auszustellen.

§ 21

Abschluss des Bildungsgangs der Ausbildungsvorbereitung an der Berufsschule, Erwerb der mit dem Hauptschulabschluss verbundenen Berechtigungen

(1) Am Ende des Bildungsgangs der Ausbildungsvorbereitung an der Berufsschule nach § 7a stellt die Klassenkonferenz aufgrund der Noten fest, ob der Bildungsgang erfolgreich oder nicht erfolgreich abgeschlossen ist.

(2) Der einjährige Bildungsgang ist erfolgreich abgeschlossen, wenn

1. die Zeugnisnote in allen Fächern mindestens „ausreichend“ lautet oder
2. die Zeugnisnote im Fach Berufliche Grundkompetenz mindestens „ausreichend“ lautet und
 - a) die Zeugnisnote in höchstens einem Fach „mangelhaft“ lautet und die mangelhafte Leistung durch mindestens die Zeugnisnote „befriedigend“ in einem anderen Fach - wozu auch das Fach Berufliche Grundkompetenz zählt - ausgeglichen wird

oder

- b) die Zeugnisnote in höchstens einem Fach - mit Ausnahme der Fächer Mathematik und Deutsch - „ungenügend“ lautet und die ungenügende Leistung durch mindestens die Zeugnisnote „gut“ in einem anderen Fach oder durch mindestens die Zeugnisnote „befriedigend“ in zwei anderen Fächern ausgeglichen wird; ausgleichende Fächer können auch die Fächer Berufliche Grundkompetenz, Mathematik und Deutsch sein.

In allen anderen Fällen ist der Bildungsgang der Ausbildungsvorbereitung an der Berufsschule nicht erfolgreich abgeschlossen.

(3) Auf dem bei erfolgreichem Abschluss des Bildungsgangs der Ausbildungsvorbereitung an der Berufsschule zu erteilen- den Abschlusszeugnis (Anlage 6) wird bei Schülerinnen und Schülern ohne vorherigen Hauptschulabschluss durch Vermerk bestätigt, dass das Zeugnis die mit dem Hauptschulabschluss verbundenen Berechtigungen einschließt. Diese Berechtigun- gen können auch zuerkannt werden, wenn der Bildungsgang der Ausbildungsvorbereitung an der Berufsschule nicht er- folgreich abgeschlossen ist; ein entsprechender Vermerk wird in das Abgangszeugnis (Anlage 9) aufgenommen. Das Nä- here regelt die Verordnung - Schulordnung - über den Erwerb der mit dem Hauptschulabschluss verbundenen Berechti- gungen nach dem Besuch des Bildungsgangs der Ausbildungsvorbereitung an der Berufsschule oder des Bildungsgangs in der dualen Berufsausbildung an der Berufsschule vom 20. September 2019 (Amtsbl. I S. 678), in der jeweils geltenden Fassung.

(4) Der Bildungsgang der Ausbildungsvorbereitung an der Berufsschule kann bei nicht erfolgreichem Abschluss einmal wie- derholt werden. In besonders begründeten Ausnahmefällen kann die Schulaufsichtsbehörde auf Antrag eine zweite Wie- derholung gestatten.

(5) Für den Fall, dass abzusehen ist, dass die mit dem Hauptschulabschluss verbundenen Berechtigungen im Bildungsgang der Ausbildungsvorbereitung an der Berufsschule aus Gründen, die die Schülerin oder der Schüler nachweislich nicht zu vertreten hat (insbesondere Krankheit), nicht über das Abschlussverfahren erworben werden können, kann auf Beschluss der Klassenkonferenz der Hauptschulabschluss im Wege des Prüfungsverfahrens erworben werden. Näheres regelt die Verordnung über die Prüfung zum Erwerb der mit dem Hauptschulabschluss verbundenen Berechtigungen für Schülerin- nen und Schüler des Bildungsgangs der Ausbildungsvorbereitung an der Berufsschule in besonderen Fällen vom 30. Juni 2020 (Amtsbl. I S. 609), zuletzt geändert durch Artikel 255 des Gesetzes vom 8. Dezember 2021 (Amtsbl. I S. 2629), in der jeweils geltenden Fassung.

(6) Bei erfolgreichem Abschluss des Bildungsgangs der Ausbildungsvorbereitung an der Berufsschule kann nach Maßgabe von Rechtsverordnungen auf der Grundlage des § 7 Absatz 1 des Berufsbildungsgesetzes und des § 27a Absatz 1 der Hand- werksordnung der Schulbesuch auf die Ausbildungszeit in einem dem jeweiligen Berufsfeld zugeordneten Ausbildungsbe- ruf angerechnet werden; die Anrechnung erfolgt ganz oder teilweise grundsätzlich auf das erste Jahr der Berufsausbildung. Gegebenenfalls wird diese Berechtigung auf dem Abschlusszeugnis vermerkt.

§ 22

Benachrichtigung bei gefährdetem Abschluss des Bildungsgangs der Ausbildungsvorbereitung an der Berufsschule

Lässt der Leistungsstand einer Schülerin oder eines Schülers erkennen, dass der Abschluss des Bildungsgangs der Ausbil- dungsvorbereitung an der Berufsschule gefährdet ist, findet § 18 entsprechende Anwendung mit der Maßgabe, dass eine Eintragung im Halbjahreszeugnis unterbleibt und stets eine gesonderte schriftliche Benachrichtigung erfolgt.

Abschnitt VI

Schlussbestimmungen

§ 23

Notwendige Regelungen bei schwerwiegenden Gefahren für Leben und Gesundheit

Können einzelne Vorschriften dieser Verordnung angesichts eines Gesetzes, aufgrund eines Gesetzes oder durch gericht- liche oder behördliche Anordnung zur Verhütung schwerwiegender Gefahren für Leben und Gesundheit keine Anwendung

finden, trifft die Schulaufsichtsbehörde zur Sicherung von Schul- und Bildungslaufbahnen sowie zur Herstellung der Bildungsgerechtigkeit die unmittelbar notwendigen, von dieser Verordnung abweichenden Regelungen durch Verwaltungsvorschrift.

§ 24

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. August 2022 in Kraft. Sie gilt für Schülerinnen und Schüler, die in die Bildungsgänge der Berufsschule ab dem 1. August 2022 eintreten, für Schülerinnen und Schüler im Bildungsgang in der dualen Berufsausbildung an der Berufsschule nach § 7 jedoch nur, wenn diese am 1. August 2022 in das erste Ausbildungsjahr dieses Bildungsgangs eintreten. Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung tritt die Verordnung - Schulordnung - über die Ausbildung an Berufsschulen im Saarland vom 2. Juni 1992 (Amtsbl. S. 646), zuletzt geändert durch Artikel 12 der Verordnung vom 2. September 2021 (Amtsbl. I S. 2131), außer Kraft.

§ 25

Übergangsvorschrift

(1) Schülerinnen und Schüler, die in den Bildungsgang in der dualen Berufsausbildung an der Berufsschule nach § 7 oder § 7b vor dem 1. August 2020 eingetreten sind, setzen diesen Bildungsgang nach den bisherigen Vorschriften (Verordnung - Schulordnung - über die Ausbildung an Berufsschulen im Saarland vom 2. Juli 1992 (Amtsbl. S. 646), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 6. Juni 2016 (Amtsbl. I S. 402)), längstens bis zum 31. Januar 2024 fort.

(2) Schülerinnen und Schüler, die vor dem 1. August 2022 in den Bildungsgang in der Berufsschule in der dualen Berufsausbildung nach § 7 oder § 7b eingetreten sind, setzen diesen nach den bisherigen Vorschriften (Verordnung - Schulordnung - über die Ausbildung an Berufsschulen im Saarland vom 2. Juli 1992 (Amtsbl. S. 646), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 2. September 2021 (Amtsbl. I S. 2131)), längstens bis zum 31. Januar 2026 fort. Ebenso nehmen Schülerinnen und Schüler, die wegen Ausbildungsverkürzung im Schuljahr 2022/2023 in das zweite Ausbildungsjahr des Bildungsgangs in der dualen Berufsausbildung an der Berufsschule nach § 7 eintreten, diesen nach den bisherigen Vorschriften nach Satz 1 auf.

(3) Für Schülerinnen und Schüler, die den Bildungsgang der Ausbildungsvorbereitung an der Berufsschule im Schuljahr 2022/2023 wiederholen, richtet sich die Wiederholung nach den Vorschriften dieser Verordnung (Verordnung - Schulordnung - über die Ausbildung an Berufsschulen im Saarland vom 4. August 2022 (Amtsbl. I S. 1062)).

Die Anlagen sind hier nicht abgedruckt.

**Richtlinien zur Berufs- und Studienorientierung
an allgemeinbildenden Schulen im Saarland**
Vom 6. Dezember 2016 (Amtsbl. I S 1178)

1. Definition Berufs- und Studienorientierung

Eine fundierte Berufs- und Studienorientierung ist Grundlage für eine aktive Gestaltung der eigenen Bildungs- und Berufsbiografie.

Schulische Berufs- und Studienorientierung ist ein individueller Prozess der Annäherung und Abstimmung zwischen den eigenen Interessen, Stärken und Wünschen sowie den eigenen Einstellungen, Haltungen und Orientierungen der Schülerinnen und Schüler auf der einen Seite und den Möglichkeiten, Bedarfen und Anforderungen der Arbeits- und Berufswelt auf der anderen Seite. Es schließt den Erwerb grundlegenden Wissens über die Berufs- und Arbeitswelt, über die Anforderungen im Ausbildungssystem und des Studiums ein.

Der Begriff „Berufsorientierung“ umfasst die „Studienorientierung“. Studienorientierung ist eine spezielle Ausprägung der Berufsorientierung und hat eine spezifische inhaltliche Ausrichtung des Orientierungsprozesses auf die Aufnahme eines Studiums zum Gegenstand. Im Rahmen der Studienorientierung wird die Berufsorientierung entsprechend den besonderen Anforderungen an die Planungen des Übergangs in den Hochschulbereich spezifiziert.

Die Berufs- und Studienorientierung unterstützt und fördert gezielt den Kompetenzerwerb der Schülerinnen und Schüler und befähigt sie, die eigene Berufsbiografie als individuellen Prozess aktiv zu gestalten.

Eine systematisch gestaltete Berufs- und Studienorientierung erfolgt in vernetzten Strukturen, in denen Lehrkräfte, Erziehungsberechtigte und außerschulische Begleiter und Partner jeweils spezifische Aufgaben übernehmen und die Jugendlichen darin unterstützen, die eigene Berufsbiografie erfolgreich zu organisieren und zu gestalten. Eine Checkliste mit Qualitätskriterien einer systematischen Berufs- und Studienorientierung ist als Anlage beigefügt (vergleiche Anlage 1).

2. Rechtlicher Rahmen

Die Schule ist im Rahmen ihres Erziehungs- und Bildungsauftrags verpflichtet, ihren Beitrag zur Berufs- und Studienorientierung von Jugendlichen zu leisten (§ 1 Absatz 1 des Schulordnungsgesetzes). Dieser Auftrag leitet sich ab aus den Vorgaben der Verfassung des Saarlandes.

Artikel 24a Absatz 1 der Verfassung des Saarlandes besagt: „Jedes Kind hat ein Recht auf Achtung seiner Würde, auf Entwicklung und Entfaltung seiner Persönlichkeit, auf Bildung sowie auf gewaltfreie Erziehung zu Eigenverantwortung und Gemeinschaftsfähigkeit.“

Unterricht und Erziehung haben das Ziel, den jungen Menschen so heranzubilden, dass er seine Aufgabe in Familie und Gemeinschaft erfüllen kann (Artikel 26 der Verfassung des Saarlandes). Gemäß § 1 Absatz 1 des Schulordnungsgesetzes bestimmt sich der Auftrag der Schule daraus, dass jeder junge Mensch ohne Rücksicht auf Herkunft oder wirtschaftliche Lage das Recht auf eine seinen Anlagen und Fähigkeiten entsprechende Erziehung, Unterrichtung und Ausbildung hat, und dass er zur Übernahme von Verantwortung und zur Wahrnehmung von Rechten und Pflichten in Staat und Gesellschaft vorbereitet werden muss.

Gemäß Artikel 30 der Verfassung des Saarlandes ist die Jugend zu sittlicher und politischer Verantwortlichkeit, zu beruflicher und sozialer Bewährung und zu freiheitlicher demokratischer Gesinnung zu erziehen.

Zur Konkretisierung dieses Erziehungs- und Unterrichtsauftrags der Schule wurden die Richtlinien zur Berufs- und Studienorientierung an allgemeinbildenden Schulen im Saarland erarbeitet. Weitere Regelungen, insbesondere zu einzelnen Schulformen beziehungsweise Maßnahmen und Instrumenten, sind den einschlägigen Verordnungen, Erlassen, Richtlinien, Lehrplänen, Rundschreiben und Vereinbarungen zu entnehmen.

3. Gesamtkonzeption einer systematischen Berufs- und Studienorientierung

Die schulische Berufs- und Studienorientierung stellt eine verpflichtende Querschnittsaufgabe der allgemeinbildenden Schulen dar und erfolgt in vernetzten Strukturen, indem sie in Zusammenarbeit mit den Schülerinnen und Schülern, den Erziehungsberechtigten, der schulischen Sozialarbeit, der Agentur für Arbeit, den Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretungen, den Kammern, den Gewerkschaften und den Verbänden sowie anderen Bildungs- und Beratungsinstitutionen wahrgenommen wird.

Schulleitung und Lehrkräfte

Die Schule nimmt in diesem Prozess eine koordinierende und gestaltende Funktion ein, die sich an dem individuellen Orientierungs- und Entscheidungsprozess der jeweiligen Schülerin und des jeweiligen Schülers ausrichtet.

Eine systematische schulische Berufs- und Studienorientierung sieht drei Handlungsfelder vor.

HF 1: Phasen, Inhalte und Instrumente der Berufs- und Studienorientierung

HF 2: Verankerung und Organisation in der Schulstruktur

HF 3: Kooperationen, Netzwerke und Schnittstellengestaltung

Vor diesem Hintergrund legt jede Schule in ihrem schulspezifischen fächerübergreifenden Konzept der Berufs- und Studienorientierung die berufs- und studienorientierenden Maßnahmen und Inhalte fest, regelt die organisatorische und inhaltliche Gestaltung sowie die Zuständigkeiten und die Einbindung der außerschulischen Partner. Die Berufs- und Studienorientierung der Sekundarstufe I aller Schulformen und der gymnasialen Oberstufe bauen dabei systematisch aufeinander auf.

4. Handlungsfeld 1:

Phasen, Inhalte und Instrumente der Berufs- und Studienorientierung

Die Berufs- und Studienorientierung ist ein individueller Prozess der Schülerin oder des Schülers, der in unterschiedlichen Phasen verläuft und sich an den individuellen Voraussetzungen, Einstellungen und Potenzialen der Schülerinnen und Schüler orientiert.

Kernziel der schulischen Berufs- und Studienorientierung ist die Förderung der individuellen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler zur Gestaltung des Übergangs von der Schule in den Beruf beziehungsweise in das Studium. Zu diesem Zweck sollen die Schülerinnen und Schüler befähigt werden, ihren individuellen Prozess der Berufs- und Studienorientierung erfolgreich zu durchlaufen, um abschließend eine fundierte und eigenverantwortliche Berufswahlentscheidung treffen zu können.

Als zentrale Grundprinzipien sind zu beachten:

- die Erweiterung des Berufswahlspektrums der Schülerinnen und Schüler,
- der Abbau von gegebenenfalls geschlechtsspezifischen, soziokulturellen, religiösen oder ethnischen Hemmnissen und
- eine ressourcenorientierte Wahrnehmung von besonderen sprachlichen und interkulturellen Kompetenzen sowie
- die Ausrichtung der Berufs- und Studienorientierung an der individuellen Zielsetzung und an den individuellen Potenzialen der jeweiligen Schülerinnen und Schüler.

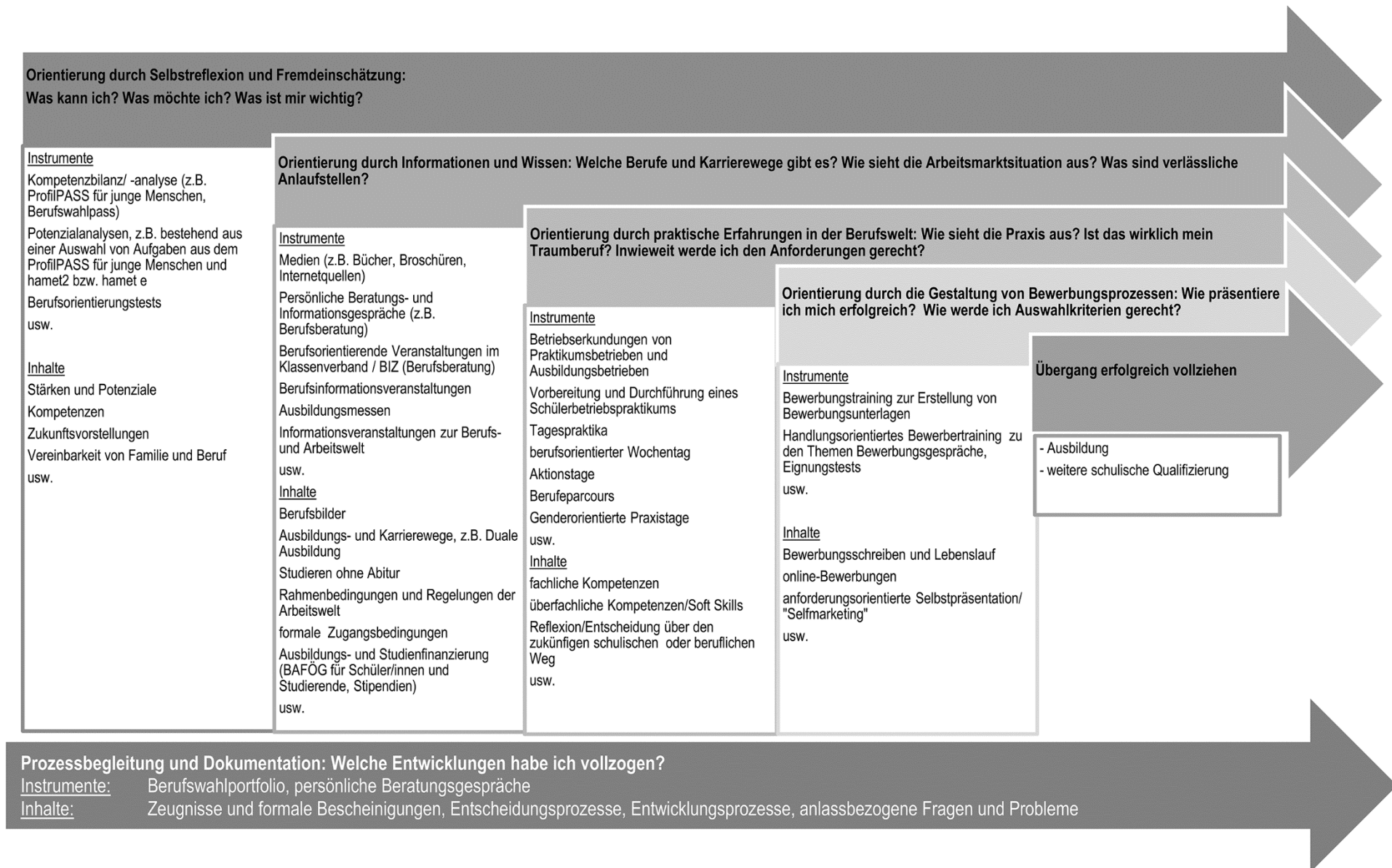
Thematische Bestandteile des schulspezifischen Konzeptes sind:

- Orientierung durch Selbstreflexion und Fremdeinschätzung
- Orientierung durch Informationen und Wissen
- Orientierung durch praktische Erfahrungen in der Berufswelt
- Orientierung durch die Gestaltung von Bewerbungsprozessen
- Orientierung durch Prozessbegleitung und -dokumentation.

Die Ausgestaltung dieser thematischen Bestandteile erfolgt kompetenzorientiert. Es ist dabei sicherzustellen, dass neben der Orientierung sowohl spezifische Kompetenzen zur Gestaltung des eigenen Berufs- und Studienorientierungsprozesses gefördert werden sowie ein Beitrag zur allgemeinen Kompetenzförderung bei den Schülerinnen und Schülern geleistet wird.

Die einzelnen Instrumente verfolgen dabei jeweils unterschiedliche Ziele und kommen in unterschiedlichen Phasen zum Einsatz.

Phasen und Inhalte des Berufswahlprozesses in der Sekundarstufe I



Phasen und Inhalte des Berufswahlprozesses in der Gymnasialen Oberstufe Saar (GOS)

Orientierung durch Selbstreflexion und Fremdeinschätzung:
Was kann ich? Was möchte ich? Was ist mir wichtig?

Instrumente

Teilnahme an einem Verfahren zur Kompetenzfeststellung/-analyse (z.B. ProfilPASS für junge Menschen, Berufswahlpass)
usw.

Inhalte

Stärken und Potenziale
Kompetenzen
Zukunftsvorstellungen
Vereinbarkeit von Familie und Beruf
Eignung für Studiengänge und/oder Ausbildungsberufe
usw.

Orientierung durch Informationen und Wissen: Welche Berufe und Karrierewege gibt es? Wie sieht die Arbeitsmarktsituation aus? Was sind verlässliche Anlaufstellen?

Instrumente

Berufsinformationsveranstaltungen
Studien- oder Berufsberatung
Ausbildungsmessen
Informationsveranstaltungen zur Berufs- und Arbeitswelt
Persönliche Beratungs- und Informationsgespräche (Berufsberatung)
Berufsorientierende Veranstaltungen im Klassenverband (Berufsberatung)
usw.

Inhalte

Berufsbilder
Ausbildungs- und Karrierewege
Rahmenbedingungen und Regelungen der Arbeitswelt
formale Zugangsbedingungen
Studium an einer Hochschule
Duales Studium
Duale Ausbildung
Ausbildungs- und Studienfinanzierung (BAFÖG für Schüler/innen und Studierende, Stipendien)
usw.

Orientierung durch praktische Erfahrungen in der Berufswelt: Wie sieht die Praxis aus? Ist das wirklich mein Traumberuf? Inwieweit werde ich den Anforderungen gerecht?

Instrumente

Betriebserkundungen
Berufsfelderkundungen
Oberstufenpraktikum
Hochschulerkundung
usw.

Inhalte

fachliche Kompetenzen
überfachliche Kompetenzen/Soft Skills
Reflexion/Entscheidung über den zukünftigen beruflichen oder schulischen Weg
usw.

Orientierung durch die Gestaltung von Bewerbungsprozessen:
Wie präsentiere ich mich erfolgreich?
Wie werde ich Auswahlkriterien gerecht?

Instrumente

Bewerbungstraining zur Erstellung von Bewerbungsunterlagen
Üben von Bewerbungsgesprächen und Eignungstests
Handlungsorientiertes Bewerbertraining zu den Themen Bewerbungsgespräche, Eignungstests
usw.

Inhalte

Bewerbungsschreiben und Lebenslauf
Online-Bewerbungen
Zulassungs- und Bewerbungsverfahren der Hochschulen
anforderungsorientierte Selbstpräsentation / "Selfmarketing"
usw.

Übergang erfolgreich vollziehen

- Ausbildung
- Studium
- weitere schulische Qualifizierung

Prozessbegleitung und Dokumentation: Welche Entwicklungen habe ich vollzogen?

Instrumente:

Berufswahlportfolio, persönliche Beratungsgespräche

Inhalte:

Zeugnisse und formale Bescheinigungen, Entscheidungsprozesse, Entwicklungsprozesse, anlassbezogene Fragen und Probleme

Orientierung durch Selbstreflexion und Fremdeinschätzung

Dieser thematische Bestandteil im schulspezifischen Konzept zur Berufs- und Studienorientierung zielt darauf ab, dass sich Schülerinnen und Schüler über ihre individuellen Interessen, Wünsche und Zukunftsvorstellungen sowie über ihre Stärken, Potenziale und Kompetenzen im Klaren sind.

Dieser Klärungs- und Selbstreflexionsprozess konzentriert sich nicht alleine auf den Bereich Arbeit und Beruf, sondern nimmt zugleich allgemeine Werte und Ziele, die auch private Fragestellungen betreffen (zum Beispiel Vereinbarkeit von Familie und Beruf), mit in den Blick.

Eine systematische Förderung dieses Prozesses erfolgt insbesondere durch folgende Verfahren:

- Kompetenzbilanzierungen und Potenzialanalysen
- Interessens- und Berufsorientierungstests
- Feedbackprozesse und persönliche Beratungsgespräche

Vor dem Hintergrund der eigenen Zukunftsvorstellungen sowie des individuellen Profils sollen die Schülerinnen und Schüler Hinweise auf Fähigkeiten und Entwicklungsmöglichkeiten ableiten, die sie bei zukünftigen vor allem beruflichen Entscheidungen leiten sollen, z.B.

- bei der Wahl des Schülerbetriebspraktikums,
- bei der Bewerbung auf einen Ausbildungsplatz,
- bei der Wahl von Bildungsgängen der berufsbildenden Schulen,
- gegebenenfalls bei weiteren Möglichkeiten der Erwerbstätigkeit und
- bei der Wahl eines Studiums.

Beitrag zur allgemeinen Kompetenzförderung:

Die Schülerinnen und Schüler nehmen Individualität und Vielfalt in soziokultureller, religiöser oder ethnischer Hinsicht wahr und verstehen sie als Stärke.

Die Schülerinnen und Schüler benennen persönliche Visionen und vertreten diese anderen Personen gegenüber (Selbstpräsentation).

Die Schülerinnen und Schüler nehmen angemessene Selbsteinschätzungen vor.

Die Schülerinnen und Schüler setzen sich in konstruktiver Weise mit Fremdeinschätzungen auseinander und integrieren diese in ihr Selbstbild.

Orientierung durch Informationen und Wissen

Um den individuellen Prozess der Orientierung zu steuern und zu gestalten, benötigt die Schülerin oder der Schüler umfassende Informationen, individuelle Unterstützung und entsprechende Kompetenzen.

Diese umfassen zum einen Orientierungskompetenzen im Bereich der allgemeinen Möglichkeiten der Arbeits- und Berufswelt, wie zum Beispiel:

- Informationen über das Ausbildungs- und Berufssystem sowie über Studienmöglichkeiten und Rahmenbedingungen und Regelungen der Arbeitswelt (Berufsbilder, inhaltliche Anforderungen, formale Zugangsbedingungen, Ausbildungs- und Karrierewege, Rechte und Pflichten in der Arbeitswelt etc.)
- Informationen über die Arbeitsmarktsituation
- Informationen über berufliche und akademische Weiterbildungsmöglichkeiten.

Im Prozess der Berufs- und Studienorientierung dienen diese Informationen dazu, den Jugendlichen eine realistische Vorstellung von Arbeitsmöglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

Zum anderen benötigen Schülerinnen und Schüler Handlungskompetenzen zur eigenständigen Gestaltung des Berufs- und Studienorientierungsprozesses. Dies umfasst einen Überblick über den Verlauf und die schulischen Angebote im Orientierungsprozess sowie zu konkreten Möglichkeiten der Unterstützung (zum Beispiel Anlaufstellen, Informationsquellen usw. (vergleiche Anlage 2)).

Unterschiedliche informationsorientierte Angebote können genutzt und zielgerichtet im Berufs- und Studienorientierungsprozess eingesetzt werden, z.B.:

- spezielle Medien, wie beispielsweise Bücher, Broschüren und Zeitschriften sowie Datenbanken, Filme, Internetseiten etc., wie sie insbesondere auch durch die Agentur für Arbeit zur Verfügung gestellt werden

- persönliche Informations- und Beratungsgespräche, zum Beispiel mit Berufsberaterinnen und Berufsberatern der Agentur für Arbeit, außerschulischen Expertinnen und Experten und so weiter
- Besuch von Berufswahlmessen/-märkten, Tagen offener Türen in Betrieben und Hochschulen, Informationstagen sowie weiteren Veranstaltungen zu Themen der Berufs- und Arbeitswelt.

Beitrag zur allgemeinen Kompetenzförderung:

Die Schülerinnen und Schüler erschließen sich zielgerichtet Informationen und Unterstützung für ihre Fragen der Berufsorientierung.

Die Schülerinnen und Schüler erkennen die geschlechts- und behinderungsspezifischen Unterschiede auf dem Arbeitsmarkt sowie deren traditionsbedingte und ethnische Überlagerung und reflektieren diese kritisch.

Die Schülerinnen und Schüler kennen die Rahmenbedingungen der Berufs- und Arbeitswelt.

Die Schülerinnen und Schüler kennen die Anforderungen in den individuell relevanten Berufsbereichen beziehungsweise Studiengängen und reflektieren diese vor dem Hintergrund des individuellen Profils.

Orientierung durch praktische Erfahrungen in der Berufswelt

Im Rahmen der Berufs- und Studienorientierung sollen Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit haben, praktische Erfahrungen mit der Berufs- und Arbeitswelt zu sammeln. Diese Praxiserfahrungen dienen zum einen der Erprobung und Weiterentwicklung der eigenen fachlichen und überfachlichen Kompetenzen (Soft Skills). Zum anderen sollen die Schülerinnen und Schüler vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen ihre eigenen beruflichen Vorstellungen, Ziele und Wünsche reflektieren.

Es lassen sich zwei Formen praktischer Erfahrungsräume unterscheiden:

- punktuelle Angebote, die berufliche Realität mit geringer Komplexität in einem klar umgrenzten Aufgabengebiet abbilden, und
- prozessorientierte Angebote, in denen die berufliche Realität mit höherer Komplexität abgebildet wird.

Punktuelle Angebote mit praktischen Erfahrungen der Berufswelt sind zum Beispiel:

- Betriebserkundungen
- Berufsfelderkundungen
- Aktionstage für Jungen und Mädchen
- Teilnahme an handlungsorientierten ökonomischen Wettbewerben
- „Lange Nacht der Industrie“
- IHK-Aktionstag Handel und Tourismus
- Projekttag: Schule und Arbeitswelt
- Berufeparcours
- Planspiel „Ready Steady Go“
- Hochschulinformationsbesuche
- Peer-Kontakte und Austausch mit jungen Berufstätigen.

Prozessuale Angebote mit praktischen Erfahrungen der Berufswelt sind z. B.:

- Dreiwöchiges Schülerbetriebspraktikum
- Berufsorientierter Wochentag
- Schülerfirmen beziehungsweise Schülergenossenschaften
- Oberstufenpraktikum
- Berufsorientierung in überbetrieblichen und vergleichbaren Berufsbildungsstätten (BOP)

Beitrag zur allgemeinen Kompetenzförderung:

Die Schülerinnen und Schüler planen und führen in beruflichen Anforderungssituationen eigenständige Handlungen durch und kontrollieren diese bezogen auf die Ergebnisqualität.

Die Schülerinnen und Schüler treten in angemessener und regelkonformer Weise in beruflichen Kontexten auf, bringen sich selbst ein und arbeiten mit Kolleginnen und Kollegen zusammen.

Orientierung durch die Gestaltung von Bewerbungsprozessen

Das Konzept zur Berufs- und Studienorientierung zielt darauf ab, Schülerinnen und Schüler dabei zu unterstützen, die einzelnen Bestandteile eines Bewerbungsprozesses erfolgreich zu gestalten. Dies umfasst das Kennenlernen unterschiedlicher Bewerbungs- und Auswahlverfahren sowie das Verstehen der zugrunde liegenden Auswahlkriterien.

Einzelne Bestandteile im Konzept der Berufs- und Studienorientierung sind unter anderem:

- Erprobung betrieblicher, schulischer oder hochschulischer Auswahl- bzw. Assessmentverfahren,
- Erstellung von Bewerbungsunterlagen (Bewerbungsschreiben, Bewerbungsmappe, Online-Bewerbung, Hochschulbewerbung und so weiter) und
- Vorbereitung von Bewerbungsgesprächen.

Beitrag zur allgemeinen Kompetenzförderung:

Die Schülerinnen und Schüler bringen in anforderungsorientierter und systematischer Weise ihre eigenen Stärken und Fähigkeiten sowohl in mündlicher als auch in schriftlicher Form zum Ausdruck (Selbstpräsentation).

Orientierung durch Prozessbegleitung und -dokumentation

Die Berufs- und Studienorientierung stellt einen längerfristigen Prozess dar, in dessen Verlauf die Schülerinnen und Schüler vor unterschiedlichen und wechselnden Fragen und Herausforderungen stehen. Sie sammeln unterschiedliche Erfahrungen und Erkenntnisse, auf deren Grundlage sie Entscheidungen treffen, spezifizieren oder auch revidieren.

Im Rahmen einer kontinuierlichen Prozessbegleitung und -dokumentation wird dieser Prozess strukturiert, um so den Schülerinnen und Schülern zum einen eine grundlegende Orientierung über den Prozessverlauf zu ermöglichen und zum anderen die erworbenen Erkenntnisse und vorgenommenen Entscheidungen zu sichern und damit für nachfolgende Entscheidungsprozesse nutzbar zu machen.

Die systematische Prozessdokumentation stellt die Verknüpfung der einzelnen von den Schülerinnen und Schülern wahrgenommenen Angebote im Sinne eines sinnvollen Gesamtprozesses sicher.

Als Instrumente kommen u. a. zum Einsatz:

- das Berufswahlportfolio, in dem sowohl produktorientierte Bestandteile (Bescheinigungen, Arbeitszeugnisse und Ähnliches in Form eines Fachportfolios) der Dokumentation individueller und formal erworbener Leistungen dienen, als auch prozessorientierte Bestandteile (Struktur der individuellen Arbeits- und Berufswegeplanung, Dokumentation von Selbstreflexions- und Entscheidungsprozessen) als Orientierung und Unterstützung dienen und
- die persönlichen Beratungsgespräche, die sowohl einem festen, verbindlichen Rhythmus folgen, als auch anlassbezogen die Thematisierung aktueller Probleme und Klärungsbedarfe ermöglichen.

Beitrag zur allgemeinen Kompetenzförderung:

Die Schülerinnen und Schüler dokumentieren eigene Entwicklungen und Entscheidungsprozesse in nachvollziehbarer und systematischer Weise.

Die Schülerinnen und Schüler gestalten ihren Berufs- und Studienorientierungsprozess zielgerichtet und planvoll.

5. Handlungsfeld 2:

Verankerung und Organisation in der Schulstruktur

5.1 Organisation der Berufs- und Studienorientierung

Berufs- und Studienorientierung als schulische Querschnittsaufgabe

Die Berufs- und Studienorientierung ist eine Querschnittsaufgabe der allgemeinbildenden Schulen. Die Grundlage ist eine schulspezifische Konzeption, die auf den Richtlinien zur Berufs- und Studienorientierung an allgemeinbildenden Schulen im Saarland und gegebenenfalls auf den einschlägigen Regelungen für die jeweilige Schulform basiert.

Organisation der Berufs- und Studienorientierung in der Sekundarstufe I

Gemeinschaftsschule

Die Verordnung – Schulordnung – über die Bildungsgänge und die Abschlüsse der Gemeinschaftsschule sieht vor, folgende konkrete Maßnahmen verbindlich durchzuführen:

- Vermittlung von grundlegenden berufsorientierenden Kompetenzen im Fach Arbeitslehre sowie im Wahlpflichtfach Beruf und Wirtschaft gemäß den Lehrplanvorgaben
- Kompetenzfeststellung in Klassenstufe 7
- Potenzialanalyse anlassbezogen für ausgewählte Schülerinnen und Schüler
- Schülerbetriebspraktikum in Klassenstufe 8
- Umsetzung individueller berufsorientierender Förderkonzepte (zum Beispiel als Ergebnis der Potenzialanalyse)
- Portfolioarbeit
- Dokumentation der individuellen Berufsorientierung durch Nachweise und Bescheinigungen, die den Bewerbungsunterlagen beigelegt werden können.

Hinzu kommen im Wahlpflichtbereich die Angebote der Schule, die ebenfalls berufsorientierende Aspekte berücksichtigen.

Berufsorientierende Aspekte sind darüber hinaus in den Lehrplänen verschiedener Fächer auf der Hinweisebene enthalten. Schülerinnen und Schüler, die die zweite Fremdsprache wählen und daher nicht im Fach Beruf und Wirtschaft unterrichtet werden, erhalten auf diese Weise eine grundlegende Orientierung, wobei die berufsorientierenden Aspekte außerhalb der Fächer Arbeitslehre und Beruf und Wirtschaft fachbezogen berücksichtigt werden.

Die Gemeinschaftsschulen haben nach § 9 Absatz 3 der Verordnung – Schulordnung – über die Bildungsgänge und die Abschlüsse der Gemeinschaftsschule die Möglichkeit, einen berufsorientierten Wochentag in Klassenstufe 9 anzubieten.

Gymnasium

Die Gymnasien im Saarland führen in der Sekundarstufe I ein Schülerbetriebspraktikum durch.

Für die Umsetzung von Maßnahmen zur Berufsorientierung im Kontext der Vor- und Nachbereitung des Schülerbetriebspraktikums stehen den Gymnasien Maßnahmenvorschläge und Hinweise auf entsprechende Bezüge im Lehrplan zur Verfügung. Berufsorientierende Aspekte sind darüber hinaus in den Lehrplänen verschiedener Fächer auf der Hinweisebene enthalten.

Förderschule

Im Sinne einer gleichwertigen, auf Inklusion ausgelegten Bildung werden an den Förderschulen mit Förderschwerpunkten Lernen, Sprache und emotional-soziale Entwicklung Berufsorientierungsangebote wie in den Regelschulen vorgehalten.

Aufgrund der besonderen Bedürfnisse schwerbehinderter Schülerinnen und Schüler mit den Förderschwerpunkten geistige Entwicklung, körperliche und motorische Entwicklung sowie den Förderschwerpunkten Hören und Sehen werden darüber hinaus besondere Angebote und Unterstützungen bei der Konzeption der berufsorientierenden Maßnahmen berücksichtigt. Dies gilt ebenso für Schülerinnen und Schüler mit einem entsprechenden Unterstützungsbedarf, die eine allgemeinbildende Regelschule besuchen.

An den Förderschulen für geistige Entwicklung werden die Schülerinnen und Schüler in den letzten Schuljahren intensiv auf den Übergang von der Schule in eine praktische Tätigkeit nach individueller Möglichkeit in Betrieben auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt vorbereitet.

Ergänzend zu den schulischen Angeboten der beruflichen Orientierung werden Elemente der Initiative Inklusion – Handlungsfeld 1 eingesetzt. Entsprechendes gilt für Schülerinnen und Schüler mit Förderschwerpunkt geistige Entwicklung, die eine allgemeinbildende Regelschule besuchen.

Organisation der Berufs- und Studienorientierung in der Gymnasialen Oberstufe Saar (GOS)

Auch für die gymnasiale Oberstufe ist die Berufs- und Studienorientierung ein zentraler Auftrag. Somit wird der Prozess der Berufs- und Studienorientierung aufbauend auf den Inhalten in der Sekundarstufe I fortgesetzt. Eine modular aufgebaute Konzeption greift die berufsorientierenden Inhalte und Maßnahmen in der Sekundarstufe I auf und führt sie im Sinne einer Berufs- und Studienorientierung weiter und vertieft diese.

Die Implementierung von berufs- und studienorientierenden Inhalten in der gymnasialen Oberstufe kann zum Beispiel auf zwei unterschiedliche Weisen erfolgen:

- modulare beziehungsweise punktuelle Angebote
- verbindliche Elemente im Seminarfach

5.2 Schulspezifische Konzeption

Schulkonzept

Das schulspezifische Konzept soll auf Grundlage der einschlägigen Regelungen die schulischen und regionalen Gegebenheiten sowie die Prinzipien der Genderorientierung und Inklusion, der Einbeziehung von Kooperationspartnern und der Qualitätssicherung berücksichtigen. Somit verfügen Gemeinschaftsschulen, Förderschulen und Gymnasien über ein Konzept zur Berufs- und Studienorientierung, das

- bildungsgangbezogen verbindliche Maßnahmen und ihre Organisationsformen über die Jahrgangsstufen hinweg ausweist,
- unterrichtliche und außerunterrichtliche Maßnahmen und Inhalte darstellt,
- die Umsetzung der Maßnahmen dokumentiert,
- die Heterogenität der Schülerinnen und Schüler berücksichtigt,
- sich an den Qualitätskriterien orientiert und
- im Rahmen der konzeptionellen Entwicklung und Weiterentwicklung alle an einer Schule beteiligten Akteure einbindet.

Beteiligung der Schulgremien

Bei der Entwicklung des schulischen Berufs- und Studienorientierungskonzeptes sind die beteiligten Akteure, insbesondere das Kollegium, die Agentur für Arbeit, die Schülerinnen und Schüler und die Eltern in geeigneter Form frühzeitig einzubinden. Die Schulkonferenz einer Schule beschließt auf Vorschlag der Gesamtkonferenz über das Konzept.

Zur Qualitätssicherung des Konzeptes zur Berufs- und Studienorientierung wird die Umsetzung jährlich gemeinsam mit den in diesem Schuljahr beteiligten Lehrkräften, der Schülervertretung, der Elternvertretung, der Berufsberatung sowie gegebenenfalls weiteren Kooperationspartnern ausgewertet, das Ergebnis dokumentiert und den beteiligten Akteuren zugänglich gemacht.

5.3 Zuständigkeit

Ein Schulleitungsmitglied trägt entsprechend der Aufgabenbeschreibung der Funktionsstelle die Gesamtverantwortung. Die Hauptverantwortlichkeit für die Konzeption sowie für deren Inhalte und Maßnahmen im Bereich der Berufs- und Studienorientierung liegt bei dem Schulleitungsmitglied oder ist verantwortlich an eine Lehrkraft delegiert.

Die Schulen benennen eine feste Ansprechpartnerin beziehungsweise einen festen Ansprechpartner für den Bereich der Berufs- und Studienorientierung sowohl für die schulinterne Kommunikation als auch für die Vertretung nach außen.

Verantwortlich für die konkrete Umsetzung der einzelnen Maßnahmen und Ziele zeichnen die einzelnen Lehrkräfte, die die Schülerinnen und Schüler in den betroffenen Jahrgängen unterrichten.

5.4 Berufs- und Studienorientierung im Prozess schulischer Entwicklung

Die Umsetzung der Berufs- und Studienorientierung im Sinne dieser Richtlinien wird als Aufgabe von Schulentwicklung verstanden, die über die Ebene der engeren Unterrichtsgestaltung hinausgeht. Sie stellt in diesem Sinne einen spezifischen Qualitätsentwicklungsprozess in der jeweiligen Schule dar, in dessen Verlauf sich Schulen zielgerichtet verändern. Entsprechend bedarf es einer schulinternen Zielfindung (zum Beispiel Formulierung von Jahreszielen) hinsichtlich der Berufs- und Studienorientierung sowie einer systematischen Prozesssteuerung (zum Beispiel in Form von Steuergruppen). Berufs- und Studienorientierung ist zudem als systemische Aufgabe zu verstehen, die sowohl die internen als auch die externen Akteure (zum Beispiel Schulleitung, Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler, Erziehungsberechtigte, schulische Sozialarbeit, Agentur für Arbeit, Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretungen, Kammern, Gewerkschaften und Verbände usw.) einbezieht. Für eine qualitativ hochwertige Berufs- und Studienorientierung ist zudem die Einbindung externer Expertinnen und Experten als Beraterinnen und Berater erforderlich und im Rahmen außerschulischer Lern- und Handlungsfelder zu realisieren.

Berufs- und Studienorientierung stellt eine Querschnittsaufgabe aller Fächer sowie Aufgabe aller Lehrerinnen und Lehrer dar. Die jeweiligen Inhalte und Methoden werden dem Alter und Entwicklungsstand der Schülerinnen und Schüler entsprechend ausgewählt. Zugleich ist es erforderlich, gemeinsam mit externen Expertinnen und Experten außerschulische Lern- und Erfahrungsfelder zu realisieren.

Schulische Berufs- und Studienorientierung richtet sich nicht nur an die Schülerinnen und Schüler, sondern bezieht auch die Lehrerinnen und Lehrer mit ein.

Berufs- und Studienorientierung ist grundsätzlich Aufgabe jeder einzelnen Lehrkraft. Gleichzeitig sollte sichergestellt sein, dass mehrere Lehrerinnen und Lehrer als Team über vertiefte Kenntnisse im Bereich der Berufs- und Studienorientierung verfügen, um Kolleginnen und Kollegen bei Bedarf zu beraten und um gegenüber den außerschulischen Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartnern sowie auch den Erziehungsberechtigten als kompetente Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner fungieren zu können.

Das Landesinstitut für Pädagogik und Medien (LPM), das Institut für Lehrerfort- und -weiterbildung (ILF) sowie das Landesinstitut für Präventives Handeln (LPH) bieten regelmäßig entsprechende Fortbildungsmaßnahmen für Lehrerinnen und Lehrer an. Hinweise auf Projekte und Maßnahmen werden regelmäßig auf dem saarländischen Bildungsserver veröffentlicht.

Informations- und Unterrichtsmaterialien zur Berufs- und Studienorientierung können kostenfrei über das Ministerium für Bildung und Kultur bezogen werden.

6. Handlungsfeld 3:

Kooperationen, Netzwerke und Schnittstellengestaltung

Berufsorientierung ist eine kooperative Aufgabe und erfordert eine ausgewogene Einbindung unterschiedlicher Akteure:

- Eltern – Erziehungsberechtigte
- Bundesagentur für Arbeit – Berufsberatung der Agentur für Arbeit
- Betriebe/Wirtschaft/Kammern/Gewerkschaften/ Verbände
- Netzwerke, z. B. SCHULEWIRTSCHAFT
- schulische Sozialarbeit
- Träger und Institutionen mit zusätzlichen Angeboten für besondere Schülergruppen
- Berufliche Schulen/Hochschulen.

Kooperation mit der Bundesagentur für Arbeit

Die Gemeinschaftsschulen, Förderschulen und Gymnasien arbeiten intensiv mit den Berufsberatungen der Agentur für Arbeit zusammen (Kooperationsvereinbarung). Dazu zählen unter anderem jährliche Abstimmungen der Maßnahmen und Projekte und kurzfristige Informationen über bedeutsame Entwicklungen. Das schulische Konzept zur Berufsorientierung berücksichtigt die Angebote der Bundesagentur für Arbeit:

- Berufsberatung in Einzel- oder Gruppensettings,
- Durchführung schulischer Informationsveranstaltungen,
- Umfangreiches, flächendeckendes Selbstinformationsangebot,
- Berufsorientierende Informationen und Medien,
- Berufs-, Ausbildungs- und studienkundliche Informationen zur unterrichtlichen und individuellen Nutzung.

Kooperationen mit Wirtschaft, Kammern und Verbänden

Die Zusammenarbeit mit Wirtschaft, Verwaltung, Kammern, Hochschulen, Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretungen, Gewerkschaften und Verbänden zielt darauf ab, Schülerinnen und Schüler praxisnah auf die Anforderungen in einem Ausbildungsberuf (auch theoriereduziert) oder einer beruflichen Tätigkeit vorzubereiten, Kenntnisse über einzelne Berufe und die Rahmenbedingungen und Regelungen der Arbeitswelt zu vermitteln, Geschlechterstereotypen abzubauen und Perspektiven mit einer Ausbildung aufzuzeigen.

Netzwerke

Die Verzahnung und Vernetzung der unterschiedlichen Akteure im Bereich der Berufs- und Studienorientierung bündelt Kräfte, schafft Synergieeffekte und fördert den Austausch, wie zum Beispiel im Netzwerk SCHULEWIRTSCHAFT.

Weiterführende allgemeinbildende und berufsbildende Schulen und Hochschulen

Durch eine Zusammenarbeit zwischen der Schule und anderen weiterführenden allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen sowie den Hochschulen erhalten die Schülerinnen und Schüler durch zum Beispiel Praktika, Hospitationen, Erkundungen oder Informationsveranstaltungen zum Studium, zum dualen Studium und zur dualen Ausbildung vertiefende Einblicke und Informationen.

Elternarbeit

Die Erziehungsberechtigten sind in die Gestaltung der schulischen Maßnahmen zur Berufs- und Studienorientierung einzubeziehen. Sie können die Gelegenheit erhalten, sich in ihrer „Beruflichkeit“ zu präsentieren und sind dann Akteure im schulischen Berufs- und Studienorientierungsprozess, zum Beispiel im Rahmen von

- Berufsinformationsveranstaltungen, bei denen unterschiedliche Berufe bzw. Berufsfelder vorgestellt werden, oder bei
- Betriebserkundungen.

Eltern sind zudem selbst Zielgruppe für Informationen zur Berufs- und Studienorientierung, wie zum Beispiel:

- Elterninformationsabende
- Elterngespräche mit laufbahnberatenden und berufsorientierenden Aspekten
- Arbeitskreise SCHULEWIRTSCHAFT
- Mehrsprachigkeit von Eltern berücksichtigen – besonderes Informationsbedürfnis von Eltern mit – Migrationshintergrund
- zielgruppenspezifische Informationsangebote.

Externe zielgruppenspezifische Angebote

Für eine erfolgreiche Berufs- und Studienorientierung ist eine intensive Kooperation mit der Jugendhilfe und der Behindertenhilfe wichtig, damit die Prozesse, Inhalte und Maßnahmen optimal an den Bedürfnissen und der Lebenswelt der Jugendlichen ausgerichtet werden.

Kooperation mit Bildungs- und Projektträgern sowie sozialen Einrichtungen

Bildungsträger und soziale Einrichtungen ergänzen das schulspezifische Konzept mit ihren zielgruppenspezifischen Angeboten, wie zum Beispiel Berufseinstiegsbegleitung, AnschlussDirekt und ALWIS e.V.

Die Angebote unterteilen sich zum einen in spezifische, individuelle Maßnahmen für benachteiligte oder gefährdete Jugendliche, zum anderen in Breitenangebote zur Unterstützung der allgemeinbildenden Schulen, wie Berufsorientierungsseminare, Kompetenzfeststellungsverfahren und Werkstattangebote.

Schulische Sozialarbeit

Die folgenden allgemeinen Ziele und Aufgaben der Jugendhilfe sind als Grundlage für eine verzahnte Zusammenarbeit im Bereich der Berufs- und Studienorientierung gemäß § 13 des Achten Buches Sozialgesetzbuch zu sehen:

1. Förderung aller Kinder und Jugendlichen,
 - die in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung Förderung benötigen,
 - die zum Ausgleich sozialer oder zur Überwindung individueller Beeinträchtigungen verstärkt der Unterstützung bedürfen.
2. Die Beratung von Eltern und anderen Erziehungsberechtigten in Erziehungsfragen ist ein Beitrag zur allgemeinen Förderung der Erziehung in Familien.

Auf diese Art und Weise werden sozialpädagogische Sicht- und Handlungsweisen in den schulischen Prozess der Berufs- und Studienorientierung eingebracht.

7. Qualitätskriterien in der Berufs- und Studienorientierung

Schulische Berufs- und Studienorientierung ist eine verantwortungsvolle Aufgabe mit langfristigen Konsequenzen für die Lebensplanung Jugendlicher, für die Fachkräftesicherung in Unternehmen sowie die Bildungsplanung. Deshalb muss der Qualitätssicherung eine besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Dies beinhaltet die kontinuierliche Überprüfung, inwieweit die praktische Umsetzung geeignet ist, die beabsichtigten Ziele unter gegebenen Rahmenbedingungen zu erreichen und welche Weiterentwicklungen möglich und erforderlich sind.

Zur Einschätzung der Qualität in der Planung und Umsetzung einzelner Instrumente und Maßnahmen zur Berufs- und Studienorientierung werden jeweils Qualitätsstandards zugrunde gelegt. Darüber hinaus legt die Schule ihrem Konzept zur schulischen Berufs- und Studienorientierung folgende übergreifende Qualitätskriterien zu Grunde:

Prozess- und Anschlussorientierung

Die einzelnen Instrumente und Maßnahmen sind sinnvoll miteinander verknüpft.

Die kontinuierliche Prozessbegleitung ist ausgerichtet an der individuellen Persönlichkeitsentwicklung und den individuellen Erfordernissen der Schülerinnen und Schüler.

Anschlüsse im Übergangsprozess werden individuell vorbereitet.

Multiperspektivität und Variabilität

- Die individuellen Voraussetzungen und Potenziale werden in der gesamten Breite berücksichtigt.
- Die individuellen Vorstellungen der Schülerinnen und Schüler werden einbezogen.
- Methodische Variabilität sowie der Einsatz unterschiedlicher Instrumente ermöglichen den Schülerinnen und Schülern individuelle Lernzugänge.
- „Externe Faktoren“ und Rahmenbedingungen werden berücksichtigt.
- Die Vielfalt und Breite der Arbeits- und Berufsfelder sowie alternative Übergangswege werden in angemessener Weise abgebildet.

Transparenz und Verbindlichkeit

- Die Verantwortlichkeiten sind innerhalb des Kollegiums klar und verbindlich geregelt.
- Die Schulen benennen eine feste Ansprechpartnerin beziehungsweise einen festen Ansprechpartner für den Bereich der Berufs- und Studienorientierung sowohl für die schulinterne Kommunikation als auch für die Vertretung nach außen.
- Schulleitung und Lehrerkollegium identifizieren sich mit der Berufs- und Studienorientierung der Schule.
- Die einzelnen Maßnahmen werden verlässlich an der Schule durchgeführt.
- Es gibt eine transparente Dokumentation, die sowohl den Gesamtprozess als auch Inhalte und Vorgehensweise der einzelnen Maßnahmen für alle beteiligten Akteure abbildet.
- Das Konzept bietet Raum für Flexibilität, um Sonderfällen in angemessener Weise gerecht zu werden.

Vernetzung, Partner und Netzwerkarbeit

- Die Netzwerkarbeit spiegelt die Vielfalt der für die Berufs- und Studienorientierung relevanten Akteure wider.
- Das schulische Konzept orientiert sich an regionalen Spezifika und Umfeldbedingungen.
- Die Zuständigkeiten, Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner sowie Handlungsfelder und Schnittstellen zwischen schulischen und außerschulischen Angeboten sind eindeutig definiert.
- Die Zusammenarbeit beruht auf gegenseitiger Wertschätzung und einer Kooperation auf Augenhöhe.

Qualitätssicherung und Nachhaltigkeit

- Die Optimierung der einzelnen Maßnahmen erfolgt durch eine regelmäßige Evaluation und kritische Prüfung.
- Eine entwicklungsorientierte Feedbackkultur zwischen allen Akteuren ist etabliert.
- Regelmäßige Fortbildungen zu aktuellen Themen rund um die Berufs- und Studienorientierung werden realisiert und wahrgenommen.

8. Inkrafttreten

Diese Richtlinien treten am Tag nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt des Saarlandes in Kraft.

Die Anlagen sind hier nicht abgedruckt.

**Richtlinien zur Durchführung
von Betriebspraktika für Schülerinnen und Schüler
an Schulen der Sekundarstufe I**

Vom 2. Juli 2001 (GMB1. Saar S. 200)

1. Allgemeines
 - 1.1. Das Betriebspraktikum hat die Aufgabe, Schülerinnen und Schülern ab Klassenstufe 8 durch eigene Tätigkeit an Arbeitsplätzen sowie durch Betriebserkundungen, Beobachtungen und Gespräche einen Einblick in den Aufbau eines Betriebes, seinen wirtschaftlichen Zweck, die organisierte Zusammenarbeit der Betriebsangehörigen, die für ihre Tätigkeiten erforderlichen Ausbildungen, die sozialen Belange und die Verflechtung des Betriebes mit anderen Betrieben zu ermöglichen.

Die Schülerinnen und Schüler sollen auf diese Weise im Unterricht erworbene Kenntnisse durch eigene Beobachtungen und Erfahrungen ergänzen. Das Betriebspraktikum soll damit zur Entwicklung des Verständnisses der Arbeits- und Wirtschaftswelt, betrieblicher Zusammenhänge sowie beruflicher Anforderungen beitragen, die Schülerinnen und Schüler bei ihrer Berufswahl unterstützen und ihnen den Übergang von der Schule in das Berufs- und Arbeitsleben erleichtern.

Das Betriebspraktikum dient weder der Eignungsfeststellung für einen bestimmten Beruf noch der Vermittlung eines Ausbildungs- bzw. Arbeitsverhältnisses.
 - 1.2. Das Betriebspraktikum ist eine schulische Veranstaltung im Rahmen des Bildungsauftrags der einzelnen Schulformen. Für Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums kann ein Betriebspraktikum auf freiwilliger Basis angeboten werden; für die Schülerinnen und Schüler der übrigen Schulformen der Sekundarstufe I ist die Teilnahme am Betriebspraktikum verpflichtend.

Schließt der Bildungsgang mit einer Abschlussprüfung ab, so ist das Betriebspraktikum vor Ende des dem Jahr der Abschlussprüfung vorangehenden Schuljahres durchzuführen.

Durchführung und Gestaltung des Betriebspraktikums für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf sind auf die jeweiligen besonderen Belange abzustimmen.

Der Schulleiter bzw. die Schulleiterin kann einen Schüler/eine Schülerin auf Antrag der Erziehungsberechtigten von der Teilnahme am Betriebspraktikum befreien, wenn besondere Gründe dies rechtfertigen. Schülerinnen und Schüler, die am Betriebspraktikum nicht teilnehmen können, besuchen während dieser Zeit den Unterricht einer anderen Klasse.
 - 1.3. Das Betriebspraktikum stellt weder ein Ausbildungs- noch ein Beschäftigungsverhältnis dar. Die Tätigkeiten im Rahmen des Betriebspraktikums sind gemäß § 5 Abs. 2 Nr. 2 Jugendarbeitsschutzgesetz vom Verbot der Kinderarbeit ausgenommen.

Bei der Durchführung des Betriebspraktikums sind die Vorschriften des Jugendarbeitsschutzgesetzes zu beachten. Schülerinnen und Schüler bis zur Vollendung des 15. Lebensjahres dürfen nur mit leichten und für sie geeigneten Tätigkeiten entsprechend den geltenden besonderen Schutzbestimmungen für Jugendliche (§§ 7 Abs. 2 Nr. 2 und 9 bis 46 JArbSchG) beschäftigt werden. Mit den Zielen des Schülerbetriebspraktikums ist es nicht vereinbar, Schülerinnen und Schüler als Ersatz für andere Arbeitskräfte einzusetzen.
 - 1.4. Das Betriebspraktikum kann grundsätzlich in allen Bereichen der Industrie, des Handwerks, des Handels und Verkehrs, der Landwirtschaft, der Dienstleistungs- und Versorgungsbetriebe, der öffentlichen Verwaltung und der sozialen Einrichtungen – auch in nahegelegenen Betrieben im Département Moselle, Großherzogtum Luxemburg und in Rheinland-Pfalz – durchgeführt werden.

Es dürfen jedoch nur solche Betriebe gewählt werden, in denen die Schülerinnen und Schüler dem Sinne des Praktikums entsprechend beschäftigt werden können und in denen ihnen in einem für sie überschaubaren Bereich Einblicke in die Betriebspraxis ermöglicht werden.

Unzulässig sind Betriebspraktika in Einrichtungen, die eine besondere Gefährdung der Schülerinnen und Schüler – auch in sittlicher, psychologischer und rechtlicher Hinsicht – erwarten lassen, oder in denen eine ständige Betreuung durch die Schule (z. B. aufgrund der Entfernung) nicht gewährleistet werden kann.
 - 1.5. Das Betriebspraktikum wird als Blockpraktikum durchgeführt. Es umfasst im Regelfalle drei Wochen während der Unterrichtszeit. Das Betriebspraktikum kann auch in zwei Blöcke aufgeteilt werden. Es soll nicht unmittelbar vor bzw. nach den Ferien stattfinden.
 - 1.6. Für die Dauer des Betriebspraktikums unterliegen die teilnehmenden Schülerinnen und Schüler wie beim Schulbesuch – also auf dem Weg zum und vom Betrieb sowie im Betrieb – der gesetzlichen Unfallversicherung, d. h. es

besteht Versicherungsschutz im Hinblick auf einen etwaigen Körperschaden, den der Schüler bzw. die Schülerin während des Praktikums erleidet. Für Unfälle gilt das gleiche Verfahren wie bei Schulunfällen.

- 1.7 Die gesetzliche Unfallversicherung umfasst keine Haftpflichtversicherung für Schäden, die von Schülerinnen bzw. Schülern während des Betriebspraktikums dem Betrieb oder Dritten zugefügt werden. Daher ist vom Schulträger vor Beginn des Betriebspraktikums für alle daran teilnehmenden Schülerinnen und Schüler eine Haftpflichtversicherung abzuschließen.

2. Unterrichtliche Vorbereitung
 - 2.1 Durch eine möglichst langfristige inhaltliche Behandlung der einzelnen Aspekte soll eine intensive Vorbereitung des Betriebspraktikums unter berufsorientierenden, wirtschaftlichen und sozialen Fragestellungen im Unterricht gewährleistet sein; Betriebspraktika im französischsprachigen Raum setzen zudem entsprechende fremdsprachliche Vorbereitungen voraus. Alle Fächer bzw. Lernbereiche sollen – gegebenenfalls im Rahmen einer projektorientierten Phase – einen Beitrag dazu leisten, insbesondere das Fach Arbeitslehre bzw. die entsprechenden Lernbereiche im Wahlpflichtunterricht sowie die gesellschaftswissenschaftlichen und naturwissenschaftlichen Fächer und die Fächer Deutsch und Mathematik.
 Die Schülerinnen und Schüler sollen in die Lage versetzt werden, zu folgenden Aspekten exemplarisch Informationen, Beobachtungen und Erfahrungen festzuhalten und zu ordnen:
 Berufsorientierung: z.B. Berufsfelder, Gesichtspunkte für die Berufswahl, berufliche Aus- und Weiterbildung, Kammern, berufliche Schulen
 Wirtschaft: z. B. wirtschaftlicher Zweck und funktionaler Aufbau eines Betriebes, Betrieb im Wirtschaftsgefüge
 Soziales: z. B. Personalstruktur eines Betriebes, betriebliche Funktionen und soziale Rollen, Betriebs- und Arbeitsordnung, gesetzliche Vorschriften zu Schutz und Mitbestimmung der Arbeitnehmer, Jugendarbeitsschutzgesetz, Interessenverbände und -gruppen.
 - 2.2 Zur Vorbereitung bzw. Ergänzung des Betriebspraktikums können auch Betriebserkundungen dienen; außerdem können außerschulische Institutionen bzw. Verbände, insbesondere die Berufsberatung der Arbeitsämter, wichtige Informationen und Hilfestellung geben.
 - 2.3 Das Ergebnis der unterrichtlichen Vorbereitung des Betriebspraktikums ist ein Katalog von Fragen und Aufgaben, die den Schülerinnen und Schülern das Erschließen von Problemen der Arbeits- und Wirtschaftswelt erleichtern und die gleichzeitig als Grundlage für die Auswertung des Praktikums dienen.

3. Organisatorische Vorbereitung
 - 3.1 Die Gesamtkonferenz wählt für die Wahrnehmung der grundsätzlichen Angelegenheiten und der Koordination der Betriebspraktika an der Schule einen Praktikumsleiter/eine Praktikumsleiterin, sofern diese Aufgaben nicht einem Funktionsträger der Schule zugewiesen sind.
 Die Gesamtkonferenz legt für jedes Schuljahr rechtzeitig einen Zeitrahmen für die Durchführung des Betriebspraktikums fest und benennt die verantwortlichen Lehrkräfte für die einzelnen Klassen (Praktikumsbetreuer/-innen).
 Die Praktikumsbetreuer sollen die zu betreuenden Schülerinnen und Schüler hinreichend aus dem Unterricht kennen.
 - 3.2 Die Praktikumsleiter benachbarter Schulen der Sekundarstufe stimmen im Interesse einer ausgewogenen Nutzung der Praktikumsplätze die Termine für das Betriebspraktikum ihrer Schule untereinander ab.
 - 3.3 Der Praktikumsleiter/die Praktikumsleiterin erstellt für die jeweilige Klasse bzw. Klassenstufe der Schule eine Rahmenplanung und holt die Zustimmung der Schulleitung zu dem geplanten Betriebspraktikum ein. Ohne diese Zustimmung kann keine Verbindung mit außerschulischen Stellen aufgenommen werden.
 - 3.4 Der Praktikumsleiter/die Praktikumsleiterin informiert gemeinsam mit den betreuenden Lehrkräften die Erziehungsberechtigten im Rahmen einer Elternversammlung rechtzeitig über Ziele, Inhalte, Form und zeitlichen Ablauf des Betriebspraktikums sowie über versicherungsrechtliche Fragen.
 - 3.5 Die Praktikumsleiter bzw. die betreuenden Lehrkräfte suchen die Betriebe auf, die für das Betriebspraktikum in Betracht kommen, und verständigen sich mit den für die Betreuung der Praktikanten verantwortlichen Betriebsangehörigen in einem persönlichen Gespräch über Art, Durchführung, Dauer und pädagogische Zielsetzung des Betriebspraktikums. Dabei müssen sie sich davon überzeugen, dass der angestrebte Zweck des Betriebspraktikums in diesen Betrieben zu erreichen ist und für die notwendige Sicherheit der Schülerinnen und Schüler Sorge getragen wird.

- 3.6 Die betreuenden Lehrkräfte weisen die Schülerinnen und Schüler den einzelnen Betrieben zu. Bei der Auswahl der Schülerinnen und Schüler für die einzelnen Betriebe sollen Neigung und Eignung sowie die Wünsche der Erziehungsberechtigten und der Schülerinnen und Schüler nach Möglichkeit berücksichtigt werden, soweit sie den grundsätzlichen Bedingungen des Betriebspraktikums nicht widersprechen.
- 3.7 Der Praktikumsleiter/die Praktikumsleiterin beantragt beim zuständigen Gesundheitsamt eine amtsärztliche Untersuchung der Schülerinnen und Schüler, die das Betriebspraktikum in Betrieben des Lebensmittelbereichs (vergl. §§ 42,43 Infektionsschutzgesetz) ableisten. Soweit in diesen Fällen amtsärztliche Zeugnisse ausgestellt werden, wird hierfür keine Gebühr erhoben. Im Übrigen sind die „Hinweise für die Vorbereitung und Durchführung von Schülerbetriebspraktika in Betrieben des Lebensmittelgewerbes, in Gemeinschaftseinrichtungen, in Einrichtungen der Altenpflege, in Krankenhäusern und Praxen der Heil- und Gesundheitsfachberufe“ (s. Anlage) zu beachten.
- 3.8 Der Praktikumsleiter/die Praktikumsleiterin und die betreuenden Lehrkräfte erstellen im Zusammenwirken mit der Schulleitung einen Plan für die Betreuung der Schülerinnen und Schüler in den Betrieben. Sie tragen auch dafür Sorge, dass die Betriebe vor Beginn des Praktikums über die zu erwartenden Praktikantinnen und Praktikanten informiert werden.
4. Durchführung
- 4.1 Die für die Betreuung der Schülerinnen und Schüler zuständigen Lehrkräfte üben während des Betriebspraktikums die allgemeine Aufsicht aus; sie sind für die Dauer des Betriebspraktikums von anderen Unterrichtsverpflichtungen in angemessenem Umfang zu befreien. Sie besuchen die Praktikanten in ihren Betrieben regelmäßig; dabei überzeugen sie sich von dem ordnungsgemäßen Ablauf des Praktikums, insbesondere am Arbeitsplatz der Schülerinnen und Schüler sowie bei den für die Betreuung der Praktikanten verantwortlichen Betriebsangehörigen.
- 4.2 Für alle zur Vorbereitung und Durchführung des Betriebspraktikums notwendigen Gänge und Fahrten ist den für die Betreuung der Schülerinnen und Schüler zuständigen Lehrkräften mit ihrer Beauftragung Dienstreise angeordnet; die Benutzung des privateigenen Kraftfahrzeuges ist entsprechend den Bestimmungen des saarländischen Reisekostengesetzes grundsätzlich genehmigt.
- 4.3 Die für die Betreuung zuständigen Lehrkräfte stehen den Schülerinnen und Schülern sowie den Erziehungsberechtigten und den für die Betreuung der Praktikanten verantwortlichen Betriebsangehörigen während des Betriebspraktikums zu bestimmten Zeiten für die Erörterung praktikumsbezogener Angelegenheiten zur Verfügung.
- 4.4 Während des Betriebspraktikums unterliegen die Schülerinnen und Schüler der jeweiligen Betriebsordnung. Die für die Betreuung der Schülerinnen und Schüler verantwortlichen Betriebsangehörigen haben dafür Sorge zu tragen, dass die Schutzbestimmungen für Jugendliche und die Unfallverhütungsvorschriften genau beachtet und die Praktikanten über die Unfall- und Gesundheitsschäden belehrt werden, denen sie während des Aufenthaltes im Betrieb ausgesetzt sein können. Sie verständigen in besonderen Fällen der Beeinträchtigung des Praktikums die Schule unverzüglich.
- 4.5 Die Schülerinnen und Schüler haben während des Betriebspraktikums die Weisungen der verantwortlichen Betriebsangehörigen zu befolgen sowie bei Erkrankung Schule und Betrieb unverzüglich zu benachrichtigen.
- 4.6 Über die Beurlaubung von Schülerinnen und Schülern aus persönlichen Gründen während des Betriebspraktikums oder über den Ausschluss von der weiteren Teilnahme am Praktikum entscheidet die Schule; der Betrieb ist entsprechend zu informieren.
- 4.7 Unfälle bzw. Schadensfälle während des Betriebspraktikums sind vom jeweiligen Betrieb der Schule unverzüglich zu melden; sie werden von der Schule registriert und entsprechend den für Schulunfälle üblichen Formen behandelt.
- 4.8 Die Schülerinnen und Schüler führen während ihres Betriebspraktikums ein Berichtsheft, in dem sie ihre Erfahrungen und die Ergebnisse ihrer Beobachtungsaufträge gemäß Ziffer 2 für die Auswertung und Nachbereitung in der Schule in geeigneter Weise dokumentieren.
- 4.9 Am Ende des Betriebspraktikums stellt der Betrieb eine Teilnahmebescheinigung aus, die der Schülerakte beigelegt wird. Die Teilnahme am Betriebspraktikum wird im Zeugnis vermerkt.
5. Auswertung
- 5.1 Nach dem Betriebspraktikum werden die Erfahrungen der Schülerinnen und Schüler im Unterricht gemeinsam ausgewertet. Grundlage der Auswertung sind die Erfüllung der Aufträge, die entsprechend den Bestimmungen der Ziffern 2 und 4.8 dieser Richtlinien den Schülerinnen und Schülern gestellt worden waren, sowie ihre persönlichen Erfahrungen.

- 5.2 Die gemeinsame Auswertung des Betriebspraktikums kann in Form eines Unterrichtsprojekts erfolgen. Daran können Vertreter der Praktikumsbetriebe sowie die in die Vorbereitung und Durchführung des Praktikums einbezogenen Institutionen beteiligt werden. Im Interesse des Datenschutzes müssen bei der Dokumentation der Ergebnisse die einschlägigen Bestimmungen beachtet werden.
- 5.3 Den Praktikumsbetreuern/Praktikumsbetreuerinnen obliegt die Gesamtdokumentation der Ergebnisse des Betriebspraktikums an ihrer Schule sowie die Darlegung von Problemen und Fragestellungen, die für die zukünftige Durchführung von Betriebspraktika bedeutsam sind.



Anlage

**Hinweise für die Vorbereitung und Durchführung von Schülerbetriebspraktika
in Betrieben des Lebensmittelgewerbes, in Gemeinschaftseinrichtungen,
in Einrichtungen der Altenpflege, in Krankenhäusern und Praxen
der Heil- und Gesundheitsfachberufe**

Die Schülerinnen und Schüler dürfen nicht an übertragbaren Krankheiten leiden. Eine amtsärztliche Untersuchung ist erforderlich, wenn sie ein Praktikum in bestimmten Betrieben des Lebensmittelgewerbes durchführen und dabei mit Lebensmitteln unmittelbar in Berührung kommen (§§ 42, 43 Infektionsschutzgesetz). Dabei handelt es sich um

1. Backwaren mit nicht durchbackener Füllung oder Auflage.
2. Eiprodukte,
3. Erzeugnisse aus Fischen, Krusten-, Schalen- oder Weichtieren,
4. Feinsalate, Kartoffelsalat, Marinaden, Mayonnaise, andere emulgierte Soßen, Nahrungshefe,
5. Fleisch und Erzeugnisse aus Fleisch,
6. Milch und Erzeugnisse aus Milch,
7. Säuglings- und Kleinkindernahrung,
8. Speiseeis und Speiseeishalberzeugnisse.

Ein solches Zeugnis ist auch erforderlich, wenn die Schülerinnen und Schüler in Küchen von Gaststätten, Kantinen, Krankenhäusern, Säuglings- und Kinderheimen oder von sonstigen Einrichtungen mit oder zur Gemeinschaftsverpflegung eingesetzt werden (§ 42, Abs. 2 Infektionsschutzgesetz).

Eines amtsärztlichen Zeugnisses nach § 43 Abs. 1 Infektionsschutzgesetz über das Freisein von einer ansteckungsfähigen Tuberkulose der Atmungsorgane bedarf es für die Tätigkeit in den dort genannten Einrichtungen in der Regel nicht. Es ist jedoch in jedem Einzelfall vorher mit dem Gesundheitsamt abzuklären, ob eine Tuberkulintestung vorzunehmen ist.

Auch für Praktika in Einrichtungen der Altenhilfe, in Krankenhäusern und in Praxen der Heil- und Gesundheitsfachberufe besteht keine allgemeine Regelung der ärztlichen Untersuchung. Über die Zulassung eines Praktikums in diesen Einrichtungen entscheidet die Einrichtung (ggf. mit ihrem betriebsärztlichen Dienst). Im Zweifel beraten die Gesundheitsämter.

Bei einer Beschäftigung in Krankenhäusern sollen die Praktikanten nicht mit Schwerkranken oder Personen, die an ekelerregenden Krankheiten leiden, in Berührung kommen.

In Krankenhäusern sind Schülerbetriebspraktika insbesondere auf Wöchnerinnenstationen, Kinderstationen (ausgenommen Infektions- und Intensivabteilungen), kardiologischen Abteilungen, auf der reinen Seite von Sterilisations- und Desinfektionseinheiten, in sozialen Diensten, in Küchen, Werkstätten und in der Verwaltung zulässig.

Eine Beschäftigung in Praxen der Heil- und Gesundheitsfachberufe ist in den Räumen für körperliche Untersuchungen zulässig, wenn der/die Patient/in zugestimmt hat. In Röntgenräumen sind die Bestimmungen der Röntgenverordnung zu beachten, insbesondere das Verbot, den Kontrollbereich zu betreten.

In Alten- und Pflegeheimen und angeschlossenen Einrichtungen mit Ausnahme von Schwerpflegebereichen können Schülerbetriebspraktika durchgeführt werden, wenn sichergestellt ist, dass die Schülerinnen und Schüler nicht zur direkten Körperpflege der Bewohner eingesetzt werden. In allen Fällen ist eine fachkundige Aufsicht sicherzustellen.

In Endoskopieeinheiten, Dialyseeinheiten, medizinischen und mikrobiologischen Laboratorien, Lungenfachpraxen, unreinen Seiten von Sterilisations- und Desinfektionseinheiten oder Tierställen mit infizierten Tieren sind Schülerbetriebspraktika nicht zulässig.

Richtlinien für die dienstliche Beurteilung von Lehrern und Lehrerinnen im Schuldienst des Saarlandes

Vom 15. Oktober 1987, ergänzt am 28. November 1991

Auf Grund des § 10 Abs. 4 Satz 2 der Zweiten besonderen Saarländischen Laufbahnverordnung vom 6. Januar 1983 (Amtsbl. S. 36), zuletzt geändert durch Verordnung vom 8. Dezember 1986 (Amtsbl. S. 1167), erlässt der Minister für Kultus, Bildung und Wissenschaft folgende Beurteilungsrichtlinien:

I. Allgemeines

A. Geltungsbereich

Der dienstlichen Beurteilung unterliegen die beamteten Lehrer und Lehrerinnen aller Schulformen einschließlich der Schulleiter und Schulleiterinnen und der sonstigen Funktionsinhaber.

B. Beurteilungsarten

1. Die dienstliche Eignung und Leistung von Lehrern und Lehrerinnen im Beamtenverhältnis auf Lebenszeit, die das 50. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, sollen mindestens alle fünf Jahre beurteilt werden (regelmäßige Beurteilung). Bei Beurlaubten findet die regelmäßige Beurteilung frühestens ein Jahr nach Ablauf der Beurlaubung statt. Wird eine Lehrkraft aus besonderem Anlass gemäß Nr. 2 dienstlich beurteilt, so beginnt der Zeitraum für die nächste regelmäßige Beurteilung erst mit dem Zeitpunkt der Beurteilung aus besonderem Anlass.
2. Beurteilungen aus besonderem Anlass sind – unabhängig vom Lebensalter – vorzunehmen
 - a) wenn die Lehrkraft zur Beförderung ansteht und die letzte Beurteilung, gerechnet vom beabsichtigten Zeitpunkt der Beförderung, länger als zwei Jahre zurückliegt,
 - b) bei Bewerbungen um eine Funktionsstelle, sofern die letzte Beurteilung aus besonderem Anlass länger als zwei Jahre zurückliegt,
 - c) wenn der Minister für Kultus, Bildung und Wissenschaft eine dienstliche Beurteilung anordnet; dabei sind der zu beurteilenden Lehrkraft die Gründe dieser Anordnung mitzuteilen,
 - d) auf Antrag der zu beurteilenden Lehrkraft, wenn zu erwarten ist, dass die Beurteilung mit einem veränderten Gesamturteil abschließen wird.
3. Bei Lehrkräften im Beamtenverhältnis auf Probe soll mindestens einmal im Jahr eine dienstliche Beurteilung (Regelbeurteilung) stattfinden, und zwar erstmals sechs Monate nach Begründung des Beamtenverhältnisses.

C. Beurteilungsgrundlagen

1. Dienstliche Beurteilungen erfolgen auf der Grundlage angekündigter Unterrichtsbesuche unter Einbeziehung der gesamten dienstlichen Tätigkeit,
2. Die nach Nr. 1 anzukündigenden Unterrichtsbesuche sind in einem Zeitraum von sieben Schultagen durchzuführen. Der Beginn dieser Frist ist der betreffenden Lehrkraft mindestens drei Schultage vorher mitzuteilen.
3. Soweit die Unterrichtsbesuche nach Nr. 1 nicht von dem Schulleiter/der Schulleiterin durchgeführt werden, ist er/sie mit der Mitteilung nach Nr. 2 Satz 2 zu beauftragen.

II. Beurteilungsinhalt

1. Die dienstliche Beurteilung soll sich besonders erstrecken auf die Qualität und den Erfolg der Unterrichtsarbeit, das erzieherische Wirken, die Bereitschaft zu Fort- und Weiterbildung sowie auf Sozialverhalten, Persönlichkeit und Belastbarkeit.

Bei der Beurteilung der Leistung Schwerbehinderter ist eine etwaige Minderung der Arbeitsfähigkeit und Verwendbarkeit zu berücksichtigen.

2. Die regelmäßige Beurteilung dient der turnusmäßigen Feststellung der dienstlichen Eignung und Leistung im Zeitraum seit der letzten Beurteilung, der Sicherstellung eines geordneten Unterrichts und insbesondere der Beratung der Lehrkraft.

Zu berücksichtigen sind insbesondere:

- Die Qualität und der Erfolg der Unterrichtsarbeit,
- das erzieherische Wirken,
- die Bereitschaft zu Fort- und Weiterbildung,
- die Stellung der zu beurteilenden Lehrkraft in der Schulgemeinschaft, z. B. Sozialverhalten, Persönlichkeit, Belastbarkeit, Einsatzbereitschaft.

Die regelmäßige Beurteilung schließt ab mit dem Gesamturteil

„entspricht den Anforderungen/entspricht derzeit nicht den Anforderungen“

und einem Vorschlag für die weitere dienstliche Verwendung.

3. Die Beurteilung aus besonderem Anlass trifft über den Inhalt der regelmäßigen Beurteilung hinaus Feststellungen, die diesem besonderen Anlass Rechnung tragen.

Bei Bewerbungen um eine Funktionsstelle sind bei der Beurteilung die für die Wahrnehmung der Funktion erforderlichen Qualifikationen besonders zu berücksichtigen, so z. B. Initiative und Selbständigkeit, Organisations- und Koordinationsvermögen, besondere Bemühungen um Fort- und Weiterbildung, Bereitschaft zur Übernahme weiterer Aufgaben mit dienstlichem Bezug.

Die Beurteilung aus besonderem Anlass ist mit einer zusammenfassenden Bewertung abzuschließen. Dabei ist eine vierstufige Bewertungsskala anzuwenden:

- In besonderem Maße geeignet,
- gut geeignet,
- geeignet,
- nicht geeignet.

III. Beurteilungsverfahren

1. Die dienstliche Beurteilung erfolgt durch den zuständigen Schulaufsichtsbeamten/die zuständige Schulaufsichtsbeamtin oder durch den Schulleiter/die Schulleiterin als Beauftragter/Beauftragte der obersten Schulaufsichtsbehörde, bei Lehrkräften an Grund- und Hauptschulen sowie an Schulen für Geistigbehinderte und Lernbehinderte durch den zuständigen Schulrat/die zuständige Schulrätin.
2. Der zuständige Schulrat/die zuständige Schulrätin kann den Leiter/die Leiterin der Schule, an der die zu beurteilende Lehrkraft überwiegend unterrichtet, mit der Durchführung der regelmäßigen Beurteilung beauftragen.
3. Soweit es im Einzelfall erforderlich erscheint, kann der/die Beurteilende zur Beratung in fachdidaktischen und fachmethodischen Fragen im Benehmen mit dem/der zu Beurteilenden eine Lehrkraft der betreffenden Fachrichtung zum Unterrichtsbesuch hinzuziehen.
4. Die oberste Schulaufsichtsbehörde bzw. der zuständige Schulrat/die zuständige Schulrätin holen über die Leistung auch in den außerunterrichtlichen dienstlichen Tätigkeiten eine schriftliche Auskunft des Schulleiters/der Schulleiterin ein, die der zu beurteilenden Lehrkraft zur Kenntnis zu bringen ist. Sie ist als Anlage Bestandteil der dienstlichen Beurteilung.
5. Wird der Schulleiter/die Schulleiterin selbst beurteilt oder ist er/sie bzw. der Schulrat/die Schulrätin gemäß § 20 des Saarländischen Verwaltungsverfahrensgesetzes (SVwVfG) von der Vornahme einer Beurteilung ausgeschlossen, so wird die Beurteilung vom zuständigen Beamten/der zuständigen Beamtin der obersten Schulaufsichtsbehörde, gegebenenfalls mit Unterstützung eines/einer Beauftragten vorgenommen.
6. Bei Besorgnis der Befangenheit im Sinne von § 21 Abs. 1 des SVwVfG ist eine Entscheidung der obersten Schulaufsichtsbehörde darüber herbeizuführen, wer die Beurteilung durchzuführen hat.
7. Für die dienstliche Beurteilung ist der als Anlage 1 beigefügte Beurteilungsbogen zu verwenden.
8. Vor der schriftlichen Abfassung der Beurteilung ist mit der Lehrkraft über diese Beurteilung ein Gespräch zu führen. Vor Aufnahme der Beurteilung in die Personalakte ist der Lehrkraft gegen Empfangsbestätigung eine Kopie zu überlassen.

Erfolgt eine Gegenäußerung des/der Beurteilten zur Beurteilung, so ist diese zu prüfen und gleichfalls zu den Personalakten zu nehmen.

Ergibt die Prüfung, dass die Beurteilung entweder hinsichtlich des Gesamturteils oder der zusammenfassenden Bewertung oder eines Teilbereichs ein dem/der Beurteilten günstigeres Bild hätte zeichnen müssen, so ist die Beurteilung entsprechend zu ändern. Satz 2 ist anzuwenden.

IV. Vereinfachte dienstliche Beurteilung

1. Trifft die letzte nach diesen Richtlinien abgegebene dienstliche Beurteilung noch zu und erfüllt sie inhaltlich den Zweck der neu abzugebenden Beurteilung, so genügt für die regelmäßige Beurteilung oder die Beurteilung aus besonderem Anlass nach I B 2 a und b eine Bestätigung, dass sich seit der letzten Beurteilung keine Änderung ergeben hat.
2. Zwei vereinfachte Beurteilungen dürfen nicht unmittelbar aufeinander folgen.
3. Für die vereinfachte dienstliche Beurteilung ist der als Anlage 2 beigefügte Beurteilungsbogen zu verwenden.
4. Abschnitt III Nr. 1 bis 5 und 7 finden auch auf die vereinfachte Beurteilung Anwendung.

V. Lehrer und Lehrerinnen im Angestelltenverhältnis

Auf Lehrer und Lehrerinnen im (BAT-)Angestelltenverhältnis sind diese Richtlinien mit der Maßgabe entsprechend anzuwenden, dass eine dienstliche Beurteilung erstmals rechtzeitig vor Ablauf der sechsmonatigen Probezeit stattfindet.

VI. Beamte auf Widerruf

Diese Richtlinien finden auf Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst keine Anwendung. Ihre dienstliche Beurteilung richtet sich nach den Vorschriften der jeweiligen Ausbildungs- und Prüfungsordnung.

VII. Inkrafttreten

Diese Richtlinien treten am 2. November 1987 in Kraft. Gleichzeitig treten alle gleichlautenden und entgegenstehenden Bestimmungen außer Kraft.

Anlage 1 zu den Richtlinien für die dienstliche Beurteilung von Lehrern und Lehrerinnen im Schuldienst des Saarlandes

Dienststelle:

Dienstliche Beurteilung

I. Angaben zur Person

1. Zu- und Vorname, Geburtsname, ggf. akademischer Grad:
2. Amtsbezeichnung:
3. Geburtstag:
4. Schule:
5. Im Dienst seit:
6. Lehrbefähigung für:
7. Schwerbehinderung: Grad der Behinderung seit bis
8. Zeitpunkt der letzten Beurteilung:
9. Anlass der Beurteilung:
 - regelmäßige Beurteilung
 - Beurteilung aus besonderem Anlass: (bitte angeben, z. B. Beförderung, Bewerbung um eine Funktionsstelle, Anordnung der obersten Schulaufsichtsbehörde)

II. Angaben zum Unterrichtseinsatz (von der Lehrkraft auszufüllen)

1. Tätigkeit als Klassenleiter/in in den Klassen:
2. Tätigkeit als Lehrer/in für:

Unterrichtsfach	Klassen/Jahrgangsstufen

3. Tätigkeit als Lehrer/in in klassen- oder jahrgangsübergreifenden Gruppen oder in Kursen und Arbeitsgemeinschaften:
4. Besondere pädagogische und organisatorische Aufgaben
 - a) innerhalb der eigenen Schule (z. B. Vertreter/in des Schulleiters/der Schulleiterin, Abteilungsleiter/in, Leiter/in einer Fachkonferenz, Fachberater/in, Fachbetreuer/in, Systembetreuer/in, Sammlungsleiter/in, Vertrauenslehrer/in):
 - b) über die einzelne Schule hinaus (z. B. Fachberater/in im Bezirk, Mitglied einer Landesfachkonferenz, Fachleiter/in im Studienseminar, Mitglied eines Beirats, Mitglied einer Kommission):
 - c) besondere Tätigkeiten zur Förderung der Unterrichts- und Erziehungsarbeit (z. B. Mitwirkung an schulischen Veranstaltungen, didaktische Innovationen, Schülerwanderungen, Besichtigungen, Fach- und Klassenraumgestaltung, Verwendung von Medien - Lehrmittel und Schülerarbeitsmittel -, Zusammenarbeit mit Eltern, Betrieben, Kammern und sonstigen Organisationen, Teamarbeit an der Schule):

III. Angaben über sonstige für das Hauptamt förderliche Tätigkeiten
(vom/von der Lehrer/in auf eigenen Wunsch auszufüllen)

1. Weiterbildung:
2. Nebentätigkeiten:
3. Veröffentlichungen:

_____, den

(Lehrer/in)

IV. Die Richtigkeit der Angaben wird bestätigt Soweit mir die Tatsachen nicht bekannt waren, wurden sie durch schriftliche Unterlagen nachgewiesen.

_____, den

(Schulleiter/in, Schulaufsichtsbeamter/Schulaufsichtsbeamtin)

Anlage: Auskunft des Schulleiters/der Schulleiterin gemäß III.4 der Richtlinien

Dienstliche Beurteilung

(Amts-, Dienstbezeichnung) (Vorname) (Familiennamen)

V. Unterrichtliche und erzieherische Leistung

- | | | | |
|----|--------------------------------|-------|--------------|
| 1. | Unterrichtsbesuch am: | Fach: | Klasse/Kurs: |
| | Feststellungen zum Unterricht: | | |
| 2. | Unterrichtsbesuch am: | Fach: | Klasse/Kurs: |
| | Feststellungen zum Unterricht: | | |

3. Besondere Tätigkeiten zur Förderung der Unterrichts- und Erziehungsarbeit:

4. Schulverwaltungsaufgaben:

5. Schülerarbeiten:

VI. Pädagogisch-didaktische Erörterungen - ausgehend vom Unterrichtsbesuch - (z. B. über Unterrichtsplanung, didaktische Prinzipien, bevorzugte Unterrichtsverfahren und Medien, Differenzierung, Sozialformen, sprachliche Förderung, Leistungsbeurteilung, Klassenstruktur, Sozialverhalten, Zusammenarbeit mit den Eltern)

VII. Zusammenfassende Beurteilung der dienstlichen Tätigkeit

VIII. Gesamturteil

IX. Vorschlag für die weitere dienstliche Verwendung

_____, den

(Schulleiter/in

Schulaufsichtsbeamter/Schulaufsichtsbeamtin)

Anlage 2 zu den Richtlinien für die dienstliche Beurteilung von Lehrern und Lehrerinnen im Schuldienst des Saarlandes

Dienstliche Beurteilung - Vereinfachte dienstliche Beurteilung -

I. Angaben zur Person

1. Zu- und Vorname, Geburtsname, ggf. akademischer Grad:
2. Amtsbezeichnung:
3. Geburtstag:
4. Schule:
5. Im Dienst seit:
6. Lehrbefähigung für:

II. Herr/Frau

wurde zuletzt am beurteilt.

Auf diese Beurteilung wird Bezug genommen. Die damaligen Feststellungen zu den Beurteilungsmerkmalen und die Gesamtbeurteilung mit dem Ergebnis

treffen weiterhin zu.

_____, den

(Schulleiter/in

Schulaufsichtsbeamter/Schulaufsichtsbeamtin)

Anlage 3 zu den Richtlinien für die dienstliche Beurteilung von Lehrern und Lehrerinnen im Schuldienst des Saarlandes

Im Rahmen der Mitbestimmung gemäß § 80 Abs. 1 Buchst. a Nr. 12 und Buchst. b Nr. 11 wird als Inhalt der Beurteilungsrichtlinien für die vom Hauptpersonalrat an Grund- und Hauptschulen, an Gesamtschulen und vom Personalrat an Sonderschulen vertretenen Bediensteten festgelegt:

Ein Vorschlag für die weitere dienstliche Verwendung gemäß II 2 Satz 3, 2. Halbsatz der Beurteilungsrichtlinien entfällt.

Für die vom Hauptpersonalrat an Grund- und Hauptschulen und vom Personalrat an Sonderschulen vertretenen Bediensteten wird weiterhin festgelegt:

Die Dienststelle wird den zuständigen Schulrat, die zuständige Schulrätin anweisen, in den Fällen, in denen von der Befugnis, die Durchführung der regelmäßigen Beurteilung auf den Schulleiter, die Schulleiterin zu übertragen, kein Gebrauch gemacht wird, die hierfür maßgebenden Gründe der Dienststelle und dem Personalrat schriftlich mitzuteilen.

Diese Festlegungen sind Bestandteil der Beurteilungsrichtlinien.

Anlage 4

Im Rahmen der Mitbestimmung gem. § 80 Abs. 1 Buchst. a Nr. 12 und Buchst. b Nr. 11 SPersVG wird in Ergänzung der Beurteilungsrichtlinien für die vom Hauptpersonalrat der staatlichen Lehrer an Gymnasien vertretenen Bediensteten festgestellt:

Regelmäßige dienstliche Beurteilung

1. Die regelmäßige Beurteilung gem. Abs. I B Nr. 1 und Nr. 3 der Richtlinien erfolgt durch den Schulleiter/die Schulleiterin als Beauftragter/Beauftragte der obersten Schulaufsichtsbehörde.
2. Der Abschnitt IX der Anlage 1 zu den Richtlinien ("Vorschlag für die weitere dienstliche Verwendung") wird vom Schulleiter/von der Schulleiterin nur dann ausgefüllt, wenn er/sie die zu beurteilende Lehrkraft für die Übernahme eines Beförderungsdienstpostens empfehlen möchte; ansonsten bleibt das dafür vorgesehene Feld leer, ein Strich wird nicht gesetzt.
3. Unmittelbar im Anschluss an die besuchte Unterrichtsstunde gem. Abs. C Nr. 1 findet über diese ein Gespräch zwischen dem Schulleiter/der Schulleiterin und der zu beurteilenden Lehrkraft statt; dieses Gespräch ersetzt nicht das Gespräch gem. Abs. III Nr. 8 Satz 1 der Richtlinien.

Dienstliche Beurteilung aus besonderem Anlass

4. Die dienstliche Beurteilung aus besonderem Anlass gem. Abs. I B Nr. 2 erfolgt durch den zuständigen Schulaufsichtsbeamten/die zuständige Schulaufsichtsbeamtin der obersten Schulaufsichtsbehörde. Zu dem Unterrichtsbesuch zieht er/sie zur Beratung in fachdidaktischen und fachmethodischen Fragen im Benehmen mit dem/der zu Beurteilenden eine Lehrkraft der betreffenden Fachrichtung (in der Regel der Besoldungsgruppe A 15 oder A 16) hinzu.
5. Unmittelbar im Anschluss an die besuchte Unterrichtsstunde gem. Abs. C Nr. 1 findet über diese ein Gespräch zwischen dem Schulaufsichtsbeamten/der Schulaufsichtsbeamtin, der hinzugezogenen Lehrkraft und dem/der zu Beurteilenden statt; dieses Gespräch ersetzt nicht das Gespräch gem. Abs. III Nr. 8 Satz 1 der Richtlinien.
6. Die schriftliche Auskunft des Schulleiters/der Schulleiterin über die Leistung auch in den außerunterrichtlichen dienstlichen Tätigkeiten wird von der obersten Schulaufsichtsbehörde vor Durchführung des Unterrichtsbesuches eingeholt.
7. In besonderen Fällen kann die oberste Schulaufsichtsbehörde im Benehmen mit dem Hauptpersonalrat den Schulleiter/die Schulleiterin beauftragen, die dienstliche Beurteilung aus besonderem Anlass durchzuführen.

Diese Festlegungen sind Bestandteil der Beurteilungsrichtlinien.

**Gemeinsamer Erlass des Ministeriums für Inneres und Sport
und des Ministeriums für Bildung, Kultur und Wissenschaft
betreffend das Verhalten bei Bränden und sonstigen
Schadensereignissen in Schulen**

Vom 5. Januar 2001 (GMBL S. 144)

A. Vorbeugende Maßnahmen

1. Alarmeinrichtungen

Schulen müssen Alarmierungsanlagen haben, durch die im Gefahrenfalle die Räumung der Schule oder einzelner Schulgebäude eingeleitet werden kann (Hausalarmierung). Sofern es sich um elektrische oder um mit dem vorhandenen elektrischen Läutewerk verbundene Alarmierungsanlagen handelt, sollte eine weitere, von den elektrischen Stromkreisen unabhängige Alarmierungsanlage vorhanden sein.

Das Alarmsignal muss so lange ertönen, bis alle Schülerinnen und Schüler, die Lehrkräfte sowie die sonstigen Bediensteten in Sicherheit sind. Das Signal muss von anderen Zeichen (Pausenzeichen u.Ä.) verschieden, den Schülerinnen und Schülern, den Lehrkräften sowie den sonstigen Bediensteten bekannt und in allen Räumen gut hörbar sein.

2. Auslösung des Alarms

Der Alarm soll durch die Schulleitung bzw. die von ihr beauftragten Personen ausgelöst werden.

3. Meldung an Feuerwehr, Polizei und Rettungsdienst

Die Meldung an Feuerwehr, Polizei und Rettungsdienst ist durch geeignete Nachrichtenmittel sicherzustellen. Es ist die Möglichkeit zu prüfen, ob bei ständig besetzten Feuerwachen in der Gemeinde ein Direktanschluss dorthin oder ein Anschluss an das öffentliche Feuermeldenetz eingerichtet werden kann.

4. Selbsthilfeeinrichtungen

Feuerlösch- und Rettungseinrichtungen sind in der notwendigen Anzahl übersichtliche und leicht zugänglich anzubringen. Feuerlöscher sind ständig in gebrauchsfähigem Zustand zu halten.

Die Lehrkräfte und die sonstigen Bediensteten sollen mit der Handhabung der Feuerlöscheinrichtungen mindestens einmal jährlich durch die Feuerwehr vertraut gemacht werden.

5. Rettungswege, Ausgänge und Sammelstellen

Für jeden Schulraum ist ein Rettungsweg festzulegen, der von Hindernissen freizuhalten ist.

Die Ausgangstüren aller Rettungswege dürfen während der Unterrichtszeit nicht zugesperrt, sondern höchstens mit von innen leicht zu öffnenden Riegelverschlüssen (z.B. Panikverriegelung) verschlossen sein.

Für die Schülerinnen und Schüler sind außerhalb des Schulgebäudes Sammelstellen so zu bestimmen, dass die Schülerinnen und Schüler in Sicherheit sind und die Anfahrt sowie die Tätigkeit der Polizei und der Hilfsdienste nicht behindert werden.

6. Merkblatt

In jedem Schulraum, an der Informationstafel und im Sekretariat ist ein Merkblatt anzubringen (Anlage 1), aus dem sich ergeben:

- a) das Verhalten bei Gefahr,
- b) die Alarmierungsanlagen,
- c) die Selbsthilfeeinrichtungen,
- d) der Rettungsweg mit Ausgang und Sammelstelle.

B. Verhalten bei Bränden und sonstigen Schadensereignissen

- 1. Ohne Rücksicht auf den Umfang eines Brandes bzw. eines sonstigen Schadensereignisses ist unverzüglich Alarm zu geben, Feuerwehr und Polizei sowie erforderlichenfalls der Rettungsdienst zu verständigen.

2. Das Schulgebäude ist auf den festgelegten Rettungswegen zu verlassen. Auf größte Ruhe und Ordnung ist zu achten, damit keine Panik entsteht.
3. Die Lehrkräfte überzeugen sich beim Verlassen der Schulräume, dass niemand – auch nicht in Nebenräumen – zurückgeblieben ist. Fenster und Türen schließen.

C. Probealarm

1. In allen Schulen ist mindestens einmal jährlich ein Probealarm durchzuführen. Der Probealarm soll innerhalb von acht Wochen nach Beginn eines Schuljahres stattfinden. Zuvor ist in einer Unterrichtsstunde über das Verhalten bei Alarm aufzuklären.
2. Eine Vertreterin oder ein Vertreter der örtlichen Feuerwehr ist rechtzeitig (mindestens acht Tage vorher) zu dem Probealarm einzuladen. Der Termin des Probealarms ist dem Schulträger mitzuteilen.
3. Die Zeit der Räumung darf höchstens drei Minuten betragen.
4. Der Probealarm ist mit Angabe des Beginns und des Endes der Räumung des Schulgebäudes in das Schultagebuch sowie von der Vertreterin oder dem Vertreter der Feuerwehr auf einem Formblatt (Anlage 2) einzutragen. Ein Exemplar des Formblattes ist dem Schulträger zuzuleiten.



Anlage 1

Merkblatt

über das Verhalten im Brand- bzw. Katastrophenfall

Ohne Rücksicht auf den Umfang eines Brandes bzw. einer Katastrophe ist unverzüglich Alarm zu geben. Feuerwehr, Polizei und Rettungsleitstelle sind sofort zu verständigen.

Alarmierung:

Notruf bei Feuer: 112

Notruf Polizei und Rettungsdienst: 110

Rettungsleitstelle: 19222 (ohne Vorwahl)

Feuermelder:

Hausalarm: z. B. Pausenglocke im Rhythmus.....

Auslösung des Hausalarmes: z. B. im Sekretariat

Nächster Wandhydrant: z. B. im Treppenraum "A"

Nächster Feuerlöscher: z. B. im Flur neben "Raum 12"

Bei Hausalarm sofort über.....

zum Sammelplatz.....

begeben.

Anlage 2

Bericht über die durchgeführte Alarmübung in der

....., am.....

Gemäß Buchst. C Nr. 3 des Erlasses vom 20. Dezember 1973

Auslösung des Alarms mittels.....

umUhr.

Anzahl der Kinder.....

Die Schule war inMinuten geräumt.

Beanstandungen:

.....

.....

.....

.....

den..... (Ort)

.....

(Unterschrift)

Verordnung über die Verarbeitung personenbezogener Daten in den Schulen

Vom 17. September 2008 (Amtsbl. S. 1596) –
zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Januar 2016 (Amtsbl. I S. 120)

Aufgrund des § 20b Abs. 5 des Gesetzes zur Ordnung des Schulwesens im Saarland (Schulordnungsgesetz: SchoG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. August 1996 (Amtsbl. S. 846; 1997, S. 147), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 18. Juni 2008 (Amtsbl. S. 1258), verordnet das Ministerium für Bildung, Familie, Frauen und Kultur:

§ 1

Geltungsbereich

Diese Verordnung gilt für alle öffentlichen Schulen im Saarland.

§ 2

Zulässigkeit und Umfang der Verarbeitung von Daten

(1) Zur Erfüllung ihres Unterrichts- und Erziehungsauftrages sowie zur Verbesserung und Sicherung der Qualität ihrer Arbeit sind die Schulen berechtigt und verpflichtet Daten zu erheben, zu speichern, zu nutzen und zur Nutzung bereitzustellen. Die Daten umfassen personenbezogene Daten der Schülerinnen und Schüler, insbesondere Adressdaten, Leistungsdaten, Daten zu Vorbildung, Berufsbildung, Berufspraktikum und Berufstätigkeit sowie die erforderlichen personenbezogenen Daten der Erziehungsberechtigten und der betroffenen Lehrkräfte. Die Betroffenen sind zur Angabe der Daten verpflichtet. Die Daten dürfen mit Hilfe von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen verarbeitet werden.

(2) Die Erhebung und die Nutzung von Daten sind dann zulässig, wenn der Auftrag der Schule ohne die Nutzung nicht erfüllbar ist und unter Berücksichtigung des Verwendungszusammenhangs mit anderen Daten keine Gefährdung des informationellen Selbstbestimmungsrechts der Betroffenen zu erwarten ist. Daten, deren Erhebung und Nutzung nicht in diesem Sinne erforderlich sind, dürfen nur mit Einverständnis der Betroffenen erhoben und elektronisch gespeichert werden. Dies gilt insbesondere für Gesundheitsdaten, soweit sie nicht vom Gesundheitsamt übermittelt wurden.

(3) Soweit in dieser Verordnung nichts Näheres bestimmt ist, sind die Bestimmungen des Saarländischen Datenschutzgesetzes (SDSG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Januar 2008 (Amtsbl. S. 293; 883) in der jeweils geltenden Fassung unmittelbar anzuwenden.

(4) Den Lehrkräften ist es zur Erfüllung ihrer Dienstpflichten gestattet, dass sie folgende Daten von Schülerinnen und Schülern auf Datenverarbeitungsgeräten außerhalb der Schulgebäude verarbeiten:

- Name, Vorname, Geburtsdatum, Anschrift, Anschrift der Erziehungsberechtigten, Kommunikationsverbindungen (Telefon, Fax, E-Mail), Klassen-/ Jahrgangsstufe, Klassen-/Kurs-/Lerngruppenbezeichnung, Unterrichtsfächer, Leistungsdaten, versäumte Unterrichtstage und Einzelstunden, Fehlverhalten.

Sie sind hierbei der Kontrolle durch den Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit unterworfen. Voraussetzung ist, dass die anzugebenden Datensicherungs- und Datenschutzmaßnahmen für das Verarbeiten von personenbezogenen Daten außerhalb des Schulgebäudes im Sinne von § 11 Abs. 1 und 3 SDSG ausreichend sind. Dabei bleibt die Schule speichernde Stelle nach § 9 Abs. 1 SDSG. Sie weist die Lehrkräfte regelmäßig, beispielsweise bei Zeugnis- und Versetzungskonferenzen, auf die Notwendigkeit der Einhaltung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen hin.

(5) Insbesondere ist die Fertigung von Zeugnissen durch automatisierte Texterstellung auf Datenverarbeitungsgeräten außerhalb des Schulgebäudes zulässig. Die Vorgaben für die Löschung der Daten nach § 6 sind zu beachten.

(6) Die Schulleitung trägt dafür Sorge, dass bei der Aufnahme der Schülerin oder des Schülers die erforderlichen Daten erhoben und erfasst werden. Insbesondere sind der Schülerbogen und erforderlichenfalls die Schülerakte anzulegen. Der Schülerbogen enthält insbesondere die Adressdaten der Schülerinnen und Schüler sowie ihrer Erziehungsberechtigten beziehungsweise ehemaligen Erziehungsberechtigten, Daten zur schulischen Laufbahn und Angaben über besondere pädagogische Maßnahmen.

(7) Der zuständigen Lehrkraft obliegt es, die Schülerdaten zeitnah zu aktualisieren, zu berichtigen und nötigenfalls zu ergänzen. Korrekturen und Ergänzungen können daneben von der Schulleitung sowie nach deren Weisung von sonstigen Lehrkräften oder Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Schulsekretariats vorgenommen werden.

(8) Fehlerhafte Daten müssen auf Verlangen der Betroffenen berichtigt oder gelöscht werden, wenn korrekte Daten nicht ermittelt werden können. Wenn die Richtigkeit von den jeweiligen Betroffenen bestritten wird und sich weder die Richtigkeit noch die Unrichtigkeit feststellen lässt, sind die Daten zu sperren.

(9) Nach Möglichkeit ist zu dokumentieren, wer Ergänzungen, Berichtigungen und Löschungen veranlasst oder vorgenommen hat.

(10) Die Vorschriften über die Erhebung von Daten zu statistischen Zwecken bleiben unberührt.

§ 3

Datenschutz und Datensicherheit

(1) Personenbezogene Daten sind vertraulich zu behandeln; die Bestimmungen über die Amtsverschwiegenheit sind zu beachten. Denjenigen Personen, die in der Schule oder bei den von dieser beauftragten Stellen oder Unternehmen Zugang zu personenbezogenen Daten haben, ist es untersagt, solche Daten unbefugt zu verarbeiten; dies gilt insbesondere auch nach Beendigung ihrer Tätigkeit. Die betroffenen Personen sind durch die Schulleitung über die bei ihrer Tätigkeit zu beachtenden Datenschutzvorschriften, insbesondere die Regelungen in § 2 Abs. 4, zu unterrichten. Die entsprechende Unterrichtung der Schulleiterin oder des Schulleiters obliegt der Schulaufsichtsbehörde. Ergänzt werden kann dies durch einen Hinweis auf das entsprechende Merkblatt „Schulen ans Netz – mit Sicherheit“ des Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit.

(2) Die Schule hat durch entsprechende technische und organisatorische Maßnahmen im Sinne des § 11 SDStG sicherzustellen, dass die gespeicherten personenbezogenen Daten nur den ausdrücklich autorisierten Personen in dem jeweils erforderlichen Umfang zugänglich sind. Insbesondere sind Datenträger (wie z. B. Schülerbogen, Schülerakte, Klassenbuch, Disketten, Wechseldatenträger, CD-ROMs, DVD-ROMs) vor dem Zugriff Unbefugter zu schützen. Dies gilt in besonderem Maße, wenn personenbezogene Daten auf Systemen und in Netzen verarbeitet werden, die auch zu unterrichtlichen Zwecken genutzt werden. Diese Maßnahmen sind in einer IT-Nutzungsordnung festzulegen.

(3) Die Speicherung von Daten der Schulverwaltung auf Wechseldatenträgern, die im Unterricht eingesetzt werden, ist unzulässig.

(4) Daten, die zur aktuellen Aufgabenerfüllung nicht erforderlich sind, deren Löschung oder Vernichtung jedoch nach § 6 nicht in Betracht kommt, sind zu sperren.

(5) Datenträger, die ausschließlich Daten ehemaliger Schülerinnen und Schüler oder gesperrte Daten enthalten, sind getrennt von aktuellen Datenträgern unter Verschluss zu nehmen. Bei Daten, die elektronisch gespeichert sind, kann die Sperrung auch durch geeignete technische Maßnahmen gewährleistet werden.

(6) Bei der Löschung oder Vernichtung von Datenträgern ist darauf zu achten, dass durch geeignete Maßnahmen sichergestellt wird, dass die Daten nur unter erheblichem Aufwand rekonstruiert werden könnten. Dabei ist die Gemeinsame Geschäftsordnung der obersten Landesbehörden vom 16. Oktober 2001 (GMBL Saar S. 374), Anlage 3 Ziffer 3.3.1, zu beachten.

(7) Die Bestimmungen der Absätze 1 bis 6 gelten insbesondere auch für die Verarbeitung personenbezogener Daten durch Lehrkräfte auf Computern, die sich außerhalb der Schulgebäude befinden.

(8) Zur Sicherung des Datenbestands sollen regelmäßig Sicherungskopien der elektronischen Speichermedien angefertigt werden, die gesondert unter Verschluss aufbewahrt werden.

(9) Darüber hinaus ist eine Schülerakte anzulegen mit allen ausschließlich die einzelne Schülerin oder den einzelnen Schüler betreffenden Vorgängen; die Schülerakte ist regelmäßig zu aktualisieren.

(10) Ebenfalls zur Datensicherung sind insbesondere folgende Listen in Papierform zu erstellen:

1. Anmeldeliste, Klassenliste, Kursbelegliste, Anwesenheits- und Teilnehmerliste, Versäumnisliste
2. Liste der Ergebnisse der schriftlichen Arbeiten aller Schülerinnen und Schüler einer Klasse oder eines Kurses in den einzelnen Fächern (Notenliste)
3. Liste der Zeugnisnoten (Kursnoten) aller Schülerinnen und Schüler einer Klasse (eines Kurses) in einem Schuljahr (Schulhalbjahr) einschließlich der Bewertungen fachpraktischer Ausbildungen, der Vermerke über besondere Berechtigungen sowie über Beschlüsse zur Gefährdung der Versetzung oder des Schulabschlusses, Versetzung, Nichtversetzung, Verlassenmüssen der Schule, Einstufung, Umstufung, Zulassung, Nichtzulassung (Notenvorschlags- und Zeugnisliste)
4. Übersicht über die Zeugnisnoten einer Schülerin oder eines Schülers im Verlaufe des Besuchs der jeweiligen Schule (Zeugnisnotenübersicht)
5. Sammlung der Zeitschriften von Abschluss- und Abgangszeugnissen, gegebenenfalls nach Entlassjahrgängen oder Schuljahren (Zeugniszeitschriftenregister)
6. Übersicht über alle ehemaligen Schülerinnen und Schüler einer Schule als Kartei (Schülerbogen) oder Register (Schülerregister)
7. Liste zur Überwachung von Praktika

8. Prüfungsakten (Anmeldelisten, Prüfungslisten, Zulassungslisten, Qualifikationslisten, Prüfungsniederschriften, Konferenz- und Kommissionsbeschlüsse).

(11) Gemäß § 8 SDSG kann die Schule in Abstimmung mit der Schulaufsichtsbehörde eine behördliche Datenschutzbeauftragte oder einen behördlichen Datenschutzbeauftragten bestellen. Mehrere Schulen können eine gemeinsame Datenschutzbeauftragte oder einen gemeinsamen Datenschutzbeauftragten bestellen, sofern die Aufgabenerfüllung hierdurch nicht beeinträchtigt wird. Eine Interessenkollision mit den sonstigen Aufgaben soll vermieden werden. Bestellt die Schule keine Datenschutzbeauftragte und keinen Datenschutzbeauftragten, so ist für diese Aufgabe die oder der Datenschutzbeauftragte der Schulaufsichtsbehörde zuständig.

§ 4

Datenübermittlung und Weitergabe von Unterlagen

(1) Die Übermittlung personenbezogener Daten an andere öffentliche Stellen ist ohne Einwilligung der betroffenen Schülerin oder des betroffenen Schülers nur zulässig, soweit dies zur Erfüllung der Aufgaben der übermittelnden Stelle (Schule, Schulträger, Schulaufsichtsbehörde) oder der Empfängerstelle erforderlich ist. Erfolgt die Einholung der Einwilligung bei der betroffenen minderjährigen Schülerin oder dem betroffenen minderjährigen Schüler, sind die Erziehungsberechtigten hierüber zu informieren. Die Informationspflicht gilt auch bei einer volljährigen Schülerin oder einem volljährigen Schüler, für die oder den die allgemeine Vollzeitschulpflicht gemäß § 6 Absatz 2 Satz 2 des Schulpflichtgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. August 1996 (Amtsbl. S. 864; 1997 S. 147), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 17. Juni 2015 (Amtsbl. I S. 446), verlängert wurde. Von der Übermittlung an eine andere öffentliche Stelle ist abzusehen, wenn erkennbar ist, dass sie im Hinblick auf deren Aufgaben mit dem besonderen Vertrauensverhältnis zwischen Schülerin oder Schüler und Schule nicht vereinbar ist.

(2) Unter den genannten Voraussetzungen kommt eine Datenübermittlung insbesondere in Betracht bei einer in Rechts- oder Verwaltungsvorschriften vorgesehenen Unterrichtung des Meldeamtes, des Gesundheitsamtes, des Schulpsychologischen Dienstes, des Jugendamtes, der Kirche in Angelegenheiten des Religionsunterrichts, der Agentur für Arbeit, des Amtes für Ausbildungsförderung, der Ausländerbehörde, des Trägers der gesetzlichen Schülerunfallversicherung, der Schulaufsichtsbehörde im Einzel- oder Regelfall, des Schulträgers für Zwecke im Rahmen der äußeren Schulangelegenheiten, der zuständigen Stelle nach dem Berufsbildungsgesetz, der Ausbildungsbehörde im Rahmen eines Berufsausbildungsverhältnisses oder einer Behörde im Rahmen eines in dem Lehrplan der jeweiligen Schulform vorgesehenen Betriebspraktikums.

(3) Zulässig ist auf Verlangen insbesondere die Übermittlung von

1. Name, Vorname, Anschrift und Telefonnummer der Erziehungsberechtigten und der volljährigen Schülerinnen und Schüler an die Elternsprecherin oder den Elternsprecher der Klasse zum Zweck der Wahrnehmung ihrer oder seiner Aufgaben nach dem Schulmitbestimmungsgesetz,
2. Name, Vorname, Anschrift, Telefonnummer, Jahrgangsstufe und Klasse der Mitglieder der Eltern- und der Schülervertretung der Schule an deren Vorsitzende oder Vorsitzenden zum Zweck der Wahrnehmung ihrer oder seiner Aufgaben nach dem Schulmitbestimmungsgesetz,
3. Name, Vorname, Anschrift und Telefonnummer der Wahlmänner der Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler und Erziehungsberechtigten zum Zweck der Bildung der Schulregionkonferenz,
4. Name, Vorname, Anschrift, Telefonnummer, Klasse der oder des Vorsitzenden der Eltern- und der Schülervertretung zum Zweck der Bildung einer Landeseltern- und Landesschülervertretung,
5. Name, Vorname, Anschrift und Ausbildungsbetrieb von Berufsschülerinnen und Berufsschülern an Träger überbetrieblicher Ausbildungsmaßnahmen zum Zweck der klassenweisen Erfassung der für überbetriebliche Ausbildungsmaßnahmen in Betracht kommenden Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

(4) Bei einem Schulwechsel übermittelt die abgebende Schule der aufnehmenden Schule aufgrund einer schriftlichen Rückmeldung oder einer schriftlichen Anforderung nur die Daten, die für den weiteren Bildungsgang der Schülerin oder des Schülers erforderlich sind. Dies sind in der Regel

1. Daten zur Person der Schülerin oder des Schülers und ihrer oder seiner Erziehungsberechtigten,
2. Daten über Schulbesuchszeiträume, die bisher besuchten Schulen und Klassenwiederholungen (mit Gründen),
3. Daten über erreichte Schul- oder Ausbildungsabschlüsse sowie Einzelinformationen, die für den weiteren Bildungsgang unerlässlich sind (z. B. der Entwicklungsbericht für den Übergang von der Grundschule in die weiterführenden Schulen, bisheriger Fremdsprachenunterricht und naturwissenschaftlicher Unterricht, Kurswahl und alle Leistungsergebnisse der Oberstufe des Gymnasiums, für die Bildung von Vornoten erforderliche Zeugnisnoten) und
4. letzter Leistungsstand in Form eines Abgangszeugnisses.

Originalunterlagen wie Schülerbogen, Schülerakte und sonstige schriftliche Nachweise werden nicht weitergereicht; sie verbleiben bei der abgebenden Schule.

Die Bestimmungen über das Verfahren zur Aufnahme in die Förderschule bleiben unberührt.

(5) Bei einer Datenübermittlung im Wege der Amtshilfe muss ein schriftliches Amtshilfeersuchen vorliegen, aus dem hervorgeht, dass die ersuchende Stelle zur Durchführung ihrer Aufgaben auf die Kenntnis der erbetenen Daten angewiesen ist. Die Schulleitung entscheidet, in welcher Form (z. B. vollständige oder auszugsweise Weitergabe) dem Amtshilfeersuchen entsprochen wird; die Übermittlung einer Urschrift ist nicht zulässig.

(6) Für die Übermittlung personenbezogener Daten an Ersatzschulen gelten die Absätze 1, 4 und 5 entsprechend.

(7) Die Übermittlung personenbezogener Daten an Einzelpersonen oder private Einrichtungen ist ohne Einwilligung der betroffenen Schülerin oder des betroffenen Schülers nur zulässig, soweit dies zur Erfüllung der Aufgaben der übermittelnden Stelle (Schule, Schulträger, Schulaufsichtsbehörde) erforderlich ist oder die Empfängerin oder der Empfänger ein rechtliches Interesse an der Kenntnis der zu übermittelnden Daten glaubhaft macht, z. B. der Ausbildungsbetrieb im Rahmen eines Berufsausbildungsverhältnisses oder die Praxisstelle im Rahmen eines betrieblichen oder entsprechenden Praktikums. Absatz 1 Satz 2 und 3 gilt entsprechend.

(8) Gibt eine Schule für die Schülerinnen und Schüler, Erziehungsberechtigten und Lehrkräfte einen Bericht heraus, der ein Schuljahr oder mehrere Schuljahre umfasst, so dürfen darin folgende personenbezogene Daten enthalten sein: Name, Vorname, Jahrgangsstufe und Klasse der Schülerinnen und Schüler; Name, Vorname, Amts- oder Dienstbezeichnung, Fächerverbindung und Verwendung der einzelnen Lehrkräfte; Angaben über besondere schulische Tätigkeiten und Funktionen einzelner Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler sowie Erziehungsberechtigter.

(9) Die Übermittlung zur Veröffentlichung der Namen und Vornamen von Schulanfängerinnen und Schulanfängern ist nur mit schriftlicher Einwilligung der Erziehungsberechtigten zulässig. Von Schülerinnen und Schülern, die an einer schulischen Abschlussprüfung erfolgreich teilgenommen haben, ist die Übermittlung der Namen und Vornamen zur Veröffentlichung nur mit schriftlicher Einwilligung der betroffenen Schülerinnen und Schüler zulässig; Absatz 1 Satz 2 und 3 gilt entsprechend. Ehemaligen Schülerinnen und Schülern, die die Schule zur Vorbereitung eines Klassentreffens um Übermittlung der Anschriften der ehemaligen Mitschülerinnen und Mitschüler bitten, können diese Daten nur übermittelt werden, wenn sie sich schriftlich dazu verpflichten, die Anschriften zu keinem anderen Zweck zu verwenden.

(10) In jedem Fall, auch bei Vorliegen der Einwilligung der oder des Betroffenen unzulässig ist die Weitergabe von personenbezogenen Daten zu gewerblichen Zwecken oder Werbezwecken jeglicher Art (z. B. an Verlage, Versicherungen, Banken, Sparkassen, Bausparkassen).

(11) Gemäß § 3 a Abs. 2 des Saarländischen Verwaltungsverfahrensgesetzes (SVwVfG) vom 15. Dezember 1976 (Amtsbl. S. 1151), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 8. Oktober 2003 (Amtsbl. S. 2874), in der jeweils geltenden Fassung kann bei der Übermittlung von Dokumenten die Schriftform grundsätzlich durch die elektronische Form ersetzt werden. In diesem Fall ist das elektronische Dokument mit einer qualifizierten elektronischen Signatur nach dem Signaturgesetz zu versehen.

(12) Bei der zulässigen Übermittlung von Daten mittels elektronischer Datenfernübertragung (z. B. E-Mail, Datenabruf über Internet) müssen die Daten mit Hilfe eines geeigneten Verfahrens verschlüsselt werden.

(13) Bei der Darstellung von Daten in Internet-Angeboten sind die entsprechenden Hinweise zu Rechtsfragen der Nutzung des Internets an Schulen vom 14. Mai 2003 (GMBL. Saar S. 293; 518) zu beachten, insbesondere das Merkblatt des Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit in der jeweils geltenden Fassung als Anlage.

§ 5

Recht auf Einsicht in Unterlagen und auf Auskunft

Die Schülerinnen und Schüler und die Erziehungsberechtigten haben ein Recht auf Einsicht in die sie betreffenden Unterlagen der Schule und auf unentgeltliche Auskunft über die sie betreffenden Daten sowie über die Stellen, an die die Schule Daten übermittelt hat; für minderjährige Schülerinnen und Schüler wird das Recht durch die Erziehungsberechtigten ausgeübt. Bei der Einsichtnahme sind die Rechte Dritter zu beachten. Sollten dabei berechnete Geheimhaltungsinteressen Dritter beeinträchtigt werden, ist nur eine Auskunft über die verarbeiteten Daten zu erteilen. Zwischenbewertungen des Lernverhaltens in der Schule sowie persönliche Aufzeichnungen der Lehrkräfte über Schülerinnen und Schüler und deren Erziehungsberechtigte sind von dem Recht auf Einsichtnahme und Auskunft ausgenommen. Die §§ 21 Abs. 2 und 36 Abs. 2 des Schulmitbestimmungsgesetzes (SchumG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. August 1996 (Amtsbl. S. 869; 1997, S. 147), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 18. Juni 2008 (Amtsbl. S. 1258), in der jeweils geltenden Fassung bleiben unberührt.

§ 6

Aufbewahrung von Daten

(1) Personenbezogene Daten sind unter Beachtung des § 3 Abs. 6 zu löschen (elektronische Dateien) oder zu vernichten (Akten), wenn deren Kenntnis für die Schule zur Erfüllung ihrer Aufgaben nicht mehr erforderlich ist. Dies gilt auch für Daten, die auf Computern gespeichert sind, die sich außerhalb der Schulgebäude befinden.

(2) Die Löschung oder Vernichtung unterbleibt, wenn Grund zur Annahme besteht, dass durch sie schutzwürdige Interessen der Betroffenen beeinträchtigt würden. In diesem Fall sind die personenbezogenen Daten zu sperren und dürfen nur in den in § 21 Abs. 2 Satz 4 SdSG genannten Fällen verarbeitet oder sonst genutzt werden.

(3) Es sind aufzubewahren:

1.	Schulchronik	dauernd
2.	Schülerbogen, Schülerregister	50 Jahre
3.	Zweitschriften von Abgangs- und Abschlusszeugnissen, Qualifikationslisten (Oberstufe des Gymnasiums), Zeugnislisten	50 Jahre
4.	sonstige personenbezogene Daten	5 Jahre.

(4) Die Aufbewahrungsfrist beginnt mit Ablauf des Kalenderjahres, in dem der Schuljahrgang der Schülerin oder des Schülers aus der Schule ausgeschieden ist. Falls Rechtsmittel eingelegt werden, beginnt die Aufbewahrungsfrist mit Abschluss des Rechtsmittelverfahrens.

(5) Sofern mehrere der in Absatz 3 genannten schriftlichen Nachweise in einer einzigen Unterlage zusammengefasst sind, gilt die für die einzelne Unterlage jeweils festgesetzte Höchstfrist.

(6) Vorstehende Regelungen gelten auch für Daten- und Bildträger, auf denen die genannten Unterlagen zur Aufbewahrung gespeichert werden.

(7) Nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist ist das vorgenannte Schriftgut dem zuständigen Archiv anzubieten; zuständiges Archiv ist bei kommunalen Schulen das Archiv des jeweiligen Schulträgers, bei staatlichen Schulen das Landesarchiv. Schriftgut, auf das das zuständige Archiv verzichtet hat, kann vernichtet werden. Über die Vernichtung des Schriftguts ist eine Verhandlungsniederschrift aufzunehmen, die dauernd aufzubewahren ist. Falls die Vernichtung nicht von der Behörde selbst vorgenommen wird, dürfen die Akten nur an einen zuverlässigen Unternehmer zum Vernichten (Einstampfen – Zerreißwolf – Verbrennen) und nur unter der Bedingung abgegeben werden, dass dieser sich verpflichtet, die Akten im Inland zu vernichten, niemandem Einsicht zu gestatten und innerhalb einer bestimmten Frist die Vernichtung nachzuweisen.

(8) Im Fall der Auflösung, Zusammenlegung oder Teilung einer Schule entscheidet die Schulaufsichtsbehörde, an welcher Schule oder an welchem sonstigen Ort die Datenträger weiterhin aufzubewahren sind.

§ 7

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

(1) Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

(2) Mit Inkrafttreten dieser Verordnung tritt die Verordnung über die Verarbeitung personenbezogener Daten in den Schulen vom 3. November 1986 (Amtsbl. S. 990), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 4. Juli 2003 (Amtsbl. S. 1910), außer Kraft.

**Urlaubsverordnung (Auszug) für die
saarländischen Beamten und Richter (UrlaubsVO)**

Vom 14. Januar 2015 (Amtsbl. I S. 134) –
zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 20. Februar 2024 (Amtsbl. I S. 122)

§ 14

Dienstbefreiung

(1) Dienstbefreiung unter Fortzahlung der Bezüge ohne Anrechnung auf den Erholungsurlaub ist zu gewähren:

1. aus wichtigen persönlichen Gründen

a)	bei der Niederkunft der Ehefrau oder der eingetragenen Lebenspartnerin, bei der Geburt des leiblichen Kindes oder bei der Inobhutnahme mit dem Ziel der Annahme als Kind (§ 1751 Abs. 4 des Bürgerlichen Gesetzbuches)	1 Tag
b)	bei Tod der Ehegattin oder des Ehegatten oder der eingetragenen Lebenspartnerin oder des eingetragenen Lebenspartners, eines Kindes oder eines Elternteils	2 Tage
c)	bei einem Wohnungswechsel aus dienstlichem Grund an einen anderen Ort	1 Tag
d)	bei schwerer Erkrankung	
aa)	einer oder eines im Haushalt lebenden Angehörigen,	1 Tag im Urlaubsjahr,
bb)	eines Kindes, das das zwölfte Lebensjahr noch nicht vollendet hat oder eines behinderten und auf Hilfe angewiesenen Kindes, sofern die Pflegebedürftigkeit durch ärztliches Attest oder durch eine Bescheinigung der Pflegekasse, des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung oder einer privaten Pflegeversicherung nachgewiesen ist,	bis zu 10 Tagen im Urlaubsjahr für jedes Kind, insgesamt bis zu 18 Tagen,
	Alleinerziehenden ist Dienstbefreiung zu gewähren,	bis zu 20 Tagen im Urlaubsjahr für jedes Kind, insgesamt bis zu 36 Tagen,
cc)	einer Betreuungsperson, wenn die Beamtin oder der Beamte die Betreuung ihres oder seines Kindes, das das achte Lebensjahr noch nicht vollendet hat oder wegen körperlicher, geistiger oder seelischer Behinderung dauernd pflegebedürftig ist, übernehmen muss,	bis zu 4 Tagen im Urlaubsjahr,

2. zu einer behördlich angeordneten ärztlichen Untersuchung,

3. zur Erfüllung allgemeiner staatsbürgerlicher Pflichten,

4. aus Anlass des 25-, 40- und 50-jährigen Dienstjubiläums für einen Tag im Urlaubsjahr.

Eine Freistellung in den in Nummer 1 Buchstabe d genannten Fällen erfolgt nur, soweit eine andere Person zur Pflege oder Betreuung nicht zur Verfügung steht.

(2) Die oder der Dienstvorgesetzte kann weiterhin aus besonderen Gründen unter Fortzahlung der Bezüge ohne Anrechnung auf den Erholungsurlaub die erforderliche Dienstbefreiung erteilen, soweit dringende dienstliche Gründe nicht entgegenstehen, insbesondere:

1. zur Teilnahme an Übungen, Einsätzen, Ausbildungsveranstaltungen und Arbeitstagungen des Bundesluftschutzverbandes, des Technischen Hilfswerkes, des Deutschen Roten Kreuzes und des Brandschutzes,

2. zur Teilnahme an Tagungen der Gewerkschaften,

3. zur Teilnahme an wissenschaftlichen Tagungen,

4. zur Teilnahme an Tagungen der Religionsgesellschaften des öffentlichen Rechts,

5. zur aktiven Teilnahme an sportlichen Veranstaltungen, in denen das Saarland oder der Bund repräsentativ vertreten werden.

Die Dienstbefreiung im Rahmen der Nummern 1, 2, 3 und der Nummer 5 kann nur auf Anfordern der Landes- oder Bundesleitung des entsprechenden Verbandes gewährt werden.

(3) Die oder der Dienstvorgesetzte kann Dienstbefreiung von bis zu fünf Arbeitstagen im Urlaubsjahr bewilligen. Eine darüber hinausgehende Dienstbefreiung wird durch die oberste Dienstbehörde gewährt. Die Bildungsfreistellung nach dem Saarländischen Bildungsfreistellungsgesetz bleibt unberührt.

(4) Verheirateten und den Verheirateten gleichgestellten Beamtinnen und Beamten, die nach Orten außerhalb des Saarlandes abgeordnet sind, kann zur Durchführung von Familienheimfahrten im Sinne des Reisekostenrechts Dienstbefreiung unter Fortzahlung der Bezüge und ohne Anrechnung auf den Erholungsurlaub bis zu zehn Arbeitstagen im Urlaubsjahr gewährt werden. Besteht die Abordnung oder das Getrenntleben nicht während des ganzen Urlaubsjahres, so verringert sich die Dienstbefreiung entsprechend. Die Gewährung von Dienstbefreiung in den Fällen der Absätze 1 und 2 ist daneben nur zulässig, wenn der Anlass nicht vorauszusehen war und eine Anrechnung auf die Dienstbefreiung nach Satz 1 im laufenden Urlaubsjahr nicht mehr möglich ist oder nach Lage des Falles unbillig wäre. Ledigen und den Ledigen gleichgestellten abgeordneten Beamtinnen und Beamten kann zum Besuch von Angehörigen Dienstbefreiung von bis zu drei Tagen gewährt werden, wenn die Voraussetzungen für die Bewilligung einer Reisebeihilfe nach dem Reisekostenrecht erfüllt sind.

§ 15

Beurlaubung aus dem öffentlichen Dienst

(1) Urlaub, der lediglich persönlichen Belangen dient, darf, abgesehen von der Regelung in § 14, nur in ganz besonderen Fällen bis zur Höchstdauer von sechs Monaten unter Fortfall der Bezüge gewährt werden. Dient der Urlaub auch öffentlichen Belangen, können Beamtinnen oder Beamten die Bezüge bis zur Dauer von sechs Monaten belassen werden, für die sechs Wochen überschreitende Zeit jedoch nur in halber Höhe. Die Entscheidung trifft die oberste Dienstbehörde.

(2) Ausnahmen von der Höchstdauer der Beurlaubung nach Absatz 1 Satz 1 kann die oberste Dienstbehörde bewilligen. Für Lehrerinnen und Lehrer an europäischen Schulen und für Lehrerinnen und Lehrer, die am Lehreraustausch mit dem Ausland teilnehmen, kann die oberste Dienstbehörde im Einvernehmen mit dem Ministerium für Inneres und Sport und dem Ministerium für Finanzen und Europa Ausnahmen von Absatz 1 Satz 2 zulassen.

§ 16

Kurzfristige Beurlaubung aus familiären Gründen

Beamtinnen und Beamten mit Dienstbezügen ist auf Antrag, wenn zwingende dienstliche Belange nicht entgegenstehen, ein Urlaub ohne Dienstbezüge von längstens drei Monaten im Kalenderjahr zu gewähren, wenn sie

1. mindestens ein Kind unter 18 Jahren oder
2. eine nach ärztlichem Gutachten pflegebedürftige sonstige Angehörige oder einen nach ärztlichem Gutachten pflegebedürftigen sonstigen Angehörigen

tatsächlich betreuen oder pflegen. Die Pflegebedürftigkeit kann auch durch die Vorlage einer Bescheinigung der Pflegekasse, des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung oder einer privaten Pflegeversicherung nachgewiesen werden. Arbeitsfreie Tage dürfen nicht ausgespart werden. § 83 Absatz 3 Satz 4 des Saarländischen Beamtengesetzes gilt entsprechend.

Erlass
betreffend die Gewährung von Dienstbefreiung für Lehrkräfte
zur Teilnahme an Fortbildungs- und sonstigen Veranstaltungen
Vom 31. Juli 1987 (GMBI. Saar S. 270) –
geändert durch Erlass vom 8. Januar 1990 (GMBI. Saar S. 21)

Gemäß § 14 Abs. 2 der Urlaubsverordnung für die saarländischen Beamten und Richter – UrlaubsVO – in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Dezember 1970 (Amtsbl. S. 978), zuletzt geändert durch Verordnung vom 21. Juni 1985 (Amtsbl. S. 662), kann aus besonderen Gründen, insbesondere in den dort genannten Fällen, unter Fortzahlung der Dienstbezüge ohne Anrechnung auf den Erholungsurlaub die erforderliche Dienstbefreiung erteilt werden, soweit dringende dienstliche Gründe nicht entgegenstehen. Im Hinblick auf die besondere Bedeutung, die der Fortbildung der Lehrkräfte ebenso wie der Sicherstellung der unterrichtlichen Versorgung der Schüler/innen zukommt, ergeht daher folgender Erlass:

1. Begriffserklärungen
 - 1.1 Dienstbefreiung im Sinne dieses Erlasses ist die genehmigte Freistellung vom Dienst durch die/den Dienstvorgesetzte/n bis zu fünf, durch die oberste Dienstbehörde bis zu zehn, in besonderen Fällen auch mehr Arbeitstagen im Urlaubsjahr.
 - 1.2 Oberste Dienstbehörde im Sinne dieses Erlasses ist der Minister für Kultus, Bildung und Wissenschaft, Dienstvorgesetzte/r der/die Schulleiter/in. In diesem Rahmen wird den Leitern/Leiterinnen aller öffentlichen Schulen und staatlich anerkannten privaten Schulen die Befugnis zur Erteilung von Dienstbefreiung für die an der jeweiligen Schule tätigen Lehrkräfte im Landesdienst übertragen.
 - 1.3 Fortbildungsveranstaltungen sind solche freiwilligen Veranstaltungen, die vom „Landesinstitut für Pädagogik und Medien (LPM)“, vom „Institut für Lehrerfort- und -weiterbildung (ILF)“ oder als Lehrerfortbildungsveranstaltung der Evangelischen Kirchen im Saarland oder der Diözesen Speyer bzw. Trier durchgeführt werden oder die vom Minister für Kultus, Bildung und Wissenschaft im Einzelfall als Fortbildungsveranstaltungen anerkannt sind.
2. Verfahren bei Fortbildungsveranstaltungen
 - 2.1 Anträge auf Dienstbefreiung sollen, insbesondere bei Anträgen an die oberste Dienstbehörde, drei Wochen vor dem Beginn der Veranstaltung bei der für die Genehmigung zuständigen Stelle auf dem Dienstweg mit einer entsprechenden Begründung der Lehrkraft, gegebenenfalls unter Beifügung des Veranstaltungsprogramms und gegebenenfalls der Stellungnahme der/des Dienstvorgesetzten – bei Grund-, Haupt- und Schulen für Geistigbehinderte sowie für Lernbehinderte auch des/der zuständigen Schulrates/Schulrätin – gestellt werden. Bei Veranstaltungen außerhalb des Saarlandes, die nicht von den in Nummer 1.3 genannten Trägern durchgeführt werden, ist die oberste Dienstbehörde zuständig.
 - 2.2 Die Anträge sollen Angaben darüber enthalten, welche Klassen, welche Fächer und welche Anzahl Unterrichtsstunden von der Dienstbefreiung berührt werden.
 - 2.3 Dienstbefreiung für den beantragten Zeitraum soll gewährt werden, wenn die Fortbildungsveranstaltung einen sinnvollen Bezug zu der unterrichtlichen Tätigkeit der Lehrkraft hat. Die Abwesenheit der Lehrkraft soll im Hinblick auf die Unterrichtssituation der Schule und der betroffenen Klassen verantwortet werden können.
 - 2.4 Auf der Anmeldekarte der Lehrkraft ist zu vermerken, ob Dienstbefreiung für die betreffende Veranstaltung erteilt wird. Im Genehmigungsfalle soll die Lehrkraft dem Kultusministerium eine Teilnahmebestätigung zur Aufnahme in die Personalakte zusenden.
 - 2.5 Eine genehmigte Dienstbefreiung kann vor Beginn der Fortbildungsveranstaltung widerrufen werden, wenn aus unvorhersehbaren Umständen die überwiegenden schulischen Interessen eine Abwesenheit der Lehrkraft nicht gestatten. Hiervon ist der Veranstalter unverzüglich durch die Lehrkraft zu unterrichten.
 - 2.6 Aus der Erteilung der Dienstbefreiung kann weder ein Anspruch auf Zulassung zur Fortbildungsveranstaltung, über welche die Veranstalter aufgrund der Anmeldungen entscheiden, noch auf Gewährung eines Zuschusses zu den Kosten hergeleitet werden.
3. Verfahren in anderen Fällen
 - 3.1 Anträge auf Dienstbefreiung zur Teilnahme an Tagungen oder Veranstaltungen, die nicht der Fortbildung dienen, aber – wie sich aus der Einladung der Landes- oder Bundesleitung des entsprechenden Verbandes ergibt – ihrer Be-

deutung nach eine Dienstbefreiung rechtfertigen, sind in der Regel drei Wochen vor Beginn bei der für die Genehmigung zuständigen Stelle zu stellen. Für Veranstaltungen außerhalb des Saarlandes ist die oberste Dienstbehörde zuständig.

- 3.2 Im Übrigen gelten die Vorschriften für das Verfahren bei Fortbildungsveranstaltungen (Ziffer 2) sinngemäß.
4. Für die Erteilung von Dienstbefreiung an kommunale Mandatsträger gemäß den Erlassen vom 12. Mai 1966 (Rundschreiben des Ministers des Innern Nr. I-5/66, in Schulrecht Saarland, Nr. 6.3.2, S. 23) und vom 1. August 1974 (GMB1. Saar S. 476) ist der/die Schulleiter/in zuständig.



**Allgemeine Dienstordnung für Lehrer
(ADOL)**
(Vom 10. November 1975 – GMBL. Saar S. 896)

Auf Grund des § 62 des Gesetzes zur Ordnung des Schulwesens im Saarland (Schulordnungsgesetz: SchoG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. August 1974 (Amtsbl. S. 697) und des § 68 des Gesetzes über die Mitbestimmung und Mitwirkung im Schulwesen – Schulmitbestimmungsgesetz (SchumG) – vom 27. März 1974 (Amtsbl. S. 381) werden zu § 28 SchoG und § 5 SchumG folgende Verwaltungsvorschriften als Allgemeine Dienstordnung für Lehrer (ADOL) erlassen:

I. Geltungsbereich

§ 1

Diese Allgemeine Dienstordnung gilt für die Lehrer an den der Aufsicht des Ministers für Kultus, Bildung und Sport unterstehenden öffentlichen Schulen im Sinne von § 7 Abs. 1 SchoG mit Ausnahme der in § 8 Abs. 2 SchoG genannten Schulen. Als Lehrer im Sinne dieser Ordnung gelten auch die Lehramtsanwärter und Studienreferendare, soweit sie an Schulen eingesetzt sind, sowie Lehrhilfskräfte und sonstige schulische Mitarbeiter mit Ausnahme des Schulverwaltungspersonals.

II. Allgemeine Bestimmungen

§ 2

(1) Der Lehrer ist an Gesetze, Verordnungen, Erlasse, Lehrpläne, dienstliche Weisungen und Konferenzbeschlüsse gebunden. In diesem Rahmen unterrichtet und erzieht er die ihm anvertrauten Schüler und beurteilt ihre Leistungen in eigener Verantwortung (vgl. § 28 Abs. 1 SchoG und § 5 SchumG).

(2) Bedenken gegen die Rechtmäßigkeit dienstlicher Anordnungen hat der Lehrer unverzüglich bei seinem Schulleiter geltend zu machen. Wird die Anordnung aufrechterhalten, so hat sich der Lehrer, wenn seine Bedenken gegen ihre Rechtmäßigkeit fortbestehen, an die nächsthöhere Schulaufsichtsbehörde zu wenden. Bestätigt diese die Anordnung, so muss der Lehrer sie ausführen, sofern nicht das ihm aufgetragene Verhalten strafbar oder ordnungswidrig und die Strafbarkeit oder Ordnungswidrigkeit für ihn erkennbar ist oder das ihm aufgetragene Verhalten die Würde des Menschen verletzt; von der eigenen Verantwortung ist er befreit. Die Bestätigung hat auf Verlangen schriftlich zu erfolgen (vgl. § 69 Abs. 2 Saarländisches Beamtengesetz – SBG).

(3) Verlangt der Schulleiter die sofortige Ausführung der Anordnung, weil Gefahr im Verzug ist, insbesondere die Aufrechterhaltung der schulischen Ordnung dies dringend gebietet, und kann die Entscheidung der nächsthöheren Schulaufsichtsbehörde nicht rechtzeitig herbeigeführt werden, so gilt Absatz 2 Satz 3 entsprechend.

(4) Der Lehrer hat für einen pünktlichen Unterrichtsbeginn und Unterrichtsschluss zu sorgen. Er ist verpflichtet, sich auf den Unterricht sorgfältig vorzubereiten und die Klassenbücher bzw. Lehr- und Kursberichte sowie die nach Maßgabe besonderer Vorschriften zu führenden sonstigen Unterlagen auf dem Laufenden zu halten. Der Lehrer ist ferner verpflichtet, zu Beginn des Schuljahres auf Verlangen der Schulaufsichtsbehörde einen Stoffverteilungsplan aufzustellen und dem Schulleiter vorzulegen, sofern der Stoffverteilungsplan nicht schon durch Curricula oder Fachkonferenzen festgelegt ist.

Während des Unterrichts und sonstiger Schulveranstaltungen in geschlossenen Räumen, ausgenommen Schulfeste und Konferenzen, ist ihm mit Rücksicht auf die Gesundheit der Schüler das Rauchen nicht gestattet.

(5) Der Lehrer hat die Pflicht zur ständigen Fortbildung (vgl. § 29 Abs. 3 und 4 SchoG). Das Nähere wird durch Erlass bestimmt.

(6) Die besonderen Vorschriften für den Lehrer im Beamtenverhältnis auf Probe und auf Widerruf bleiben unberührt.

§ 3

(1) Der Lehrer soll die Entwicklung seiner Schüler fördern. Er ist verpflichtet, Schüler und Erziehungsberechtigte in fachlichen und pädagogischen Fragen zu beraten und sie an der Planung und Gestaltung des Unterrichts zu beteiligen sowie die Bewertungsmaßstäbe für die Notengebung offenzulegen; hierbei ist dem Alter und der geistigen Reife der Schüler Rechnung zu tragen. Bei merklich nachlassenden Leistungen des Schülers oder besonderen Erziehungsschwierigkeiten soll er die Erziehungsberechtigten und bei Berufsschülern auch die Ausbildungsstätte benachrichtigen (vgl. §§ 21 Abs. 1, 36 Abs. 1 SchumG).

(2) Zur Unterrichtung und Beratung der Erziehungsberechtigten hält der Lehrer in der Schule Sprechstunden ab, die in geeigneter Form bekanntzugeben sind.

(3) Lehrer an beruflichen Schulen sollen um eine Zusammenarbeit mit den betrieblichen Ausbildungsstätten bemüht sein.

(4) Der Lehrer ist zur Aufsicht verpflichtet und für die Beachtung der Schulordnung mitverantwortlich. Über wichtige Vorkommnisse berichtet er dem Klassenlehrer, erforderlichenfalls dem Schulleiter.

(5) Jeder Lehrer ist verpflichtet, von ihm festgestellte oder ihm bekanntgewordene Gefahrenquellen im Schulbereich dem Schulleiter zu melden. Bei Unfällen trifft der Lehrer die ihm möglichen Hilfemaßnahmen und benachrichtigt unverzüglich den Schulleiter.

§ 4

(1) Der Lehrer ist nicht befugt, Schüler zur persönlichen Dienstleistung heranzuziehen.

(2) Der Lehrer darf Schülern, die er unterrichtet, keinen entgeltlichen Nachhilfeunterricht erteilen. An Prüfungen eines Schülers, den er im Privatunterricht vorbereitet hat, darf er als Mitglied des Prüfungsausschusses nicht teilnehmen.

(3) Der Lehrer darf grundsätzlich keinen Unterricht an Verwandte bis zum zweiten Grad, an Verschwägte oder Ehegatten erteilen. Über Ausnahmen entscheidet der Schulleiter. Im Übrigen wird auf § 4 Abs. 7 SchumG verwiesen.

§ 5

(1) Der Lehrer hat keinen Anspruch darauf, dass ihm der Unterricht in bestimmten Klassen oder die Leitung einer Klasse übertragen wird. Aus zwingenden Gründen kann dem Lehrer auch Unterricht in Fächern übertragen werden, für die er nicht ausgebildet ist. Soweit dieser Unterricht mit Unfallgefahr verbunden ist, darf er ihm nur mit seiner Zustimmung übertragen werden.

Zu den Aufgaben des Lehrers gehört auch die Mitwirkung bei Schulveranstaltungen außerhalb des Unterrichts nach Weisung des Schulleiters.

(2) Der Lehrer ist verpflichtet, den Unterricht erkrankter und sonstwie an der Ausübung ihres Dienstes veränderter Lehrer derselben Schule oder von Schulen, die durch Lehrereinsatz miteinander verbunden sind, in zumutbarem Umfang vorübergehend zu übernehmen (vgl. § 27 Abs. 3 SchoG).

Der Schulleiter hat bei der Zuweisung von Vertretungsstunden die von der Gesamtkonferenz aufgestellten Grundsätze zu beachten. Bei der Zuweisung von Vertretungsstunden sollten die besonderen dienstlichen und persönlichen Verhältnisse des Lehrers berücksichtigt werden. Bei der Zuweisung von Vertretungsstunden sind die Bestimmungen des Beamtenrechts über Mehrarbeit zu beachten.

§ 6

Es ist erwünscht, dass an den Klassenelternversammlungen oder Elternversammlungen der Unterrichtsgruppen die in den betreffenden Klassen oder Unterrichtsgruppen unterrichtenden Lehrer teilnehmen. Soweit schulische Gründe dies gebieten, kann der Schulleiter die Teilnahme anordnen (§ 16 Abs. 5 Satz 1 SchumG). Der Klassenlehrer bzw. der Jahrgangsleiter oder ein vom Schulleiter im Benehmen mit den Erstgenannten bestimmter Lehrer ist stets zur Teilnahme verpflichtet (vgl. § 37 Abs. 5 und 7 SchumG).

§ 7

Dem Lehrer ist grundsätzlich die Mitwirkung am Kauf und Verkauf von Lernmitteln für die Schüler sowie die Durchführung von nicht von der Schulaufsichtsbehörde zugelassenen Sammlungen und jede geschäftliche Werbung untersagt. Das Nähere über das Verbot von Werbung und Sammelbestellungen in den Schulen ist durch Erlass vom 25. April 1968 (GMBL Saar S. 90) bestimmt. Das Verbot der Sammelbestellung von Schulbüchern gilt nicht bei Sonderschulen.

§ 8

Für die Annahme von Belohnungen und Geschenken, die dem Lehrer in Bezug auf sein Amt gewährt werden, gilt § 85 SGB.

§ 9

Für Eingaben an die Schulaufsichtsbehörden ist der Dienstweg einzuhalten, soweit nicht im Einzelfall etwas anderes bestimmt ist. Der Lehrer hat das Recht, in dazu ergehende Begleitschreiben des Schulleiters und/oder der unteren Schulaufsichtsbehörde Einblick zu nehmen. Fernmündliche oder persönliche Vorsprachen bei der Schulaufsichtsbehörde zu die Schule betreffenden dienstlichen Angelegenheiten sind dem Schulleiter vorher anzuzeigen; dieser entscheidet, ob und von wem die Schulaufsichtsbehörde zu befragen ist. Beschwerden über den Schulleiter oder einen Schulaufsichtsbeamten können unmittelbar an die Schulaufsichtsbehörde gerichtet werden.

§ 10

(1) Erkrankt ein Lehrer oder ist er aus zwingenden Gründen verhindert, seinem Dienst nachzukommen, so gibt er dem Schulleiter unverzüglich Kenntnis unter Angabe der Gründe und der voraussichtlichen Dauer der Verhinderung. Dauert die Erkrankung länger als drei Tage, legt er ein ärztliches Attest vor, aus dem die voraussichtliche Dauer der Erkrankung ersichtlich sein muss. Die Atteste dürfen nicht von Ehegatten oder Verwandten 1. Grades ausgestellt sein. Verlässt der Lehrer im Falle der Krankheit seinen Wohnort, so hat er dem Schulleiter hiervon Mitteilung zu machen.

(2) Für das Verlassen des Wohnortes während der Ferien gilt die Zustimmung als allgemein erteilt, sofern nicht der Schulleiter oder die Schulaufsichtsbehörde aus wichtigem Grund im Einzelfall besondere Anordnung trifft.

(3) Lehrer im Beamtenverhältnis, die zur Erhaltung ihrer Dienstfähigkeit eine amtsärztlich befürwortete Kur ganz oder zum Teil während der Schulzeit durchzuführen beabsichtigen, weil aus amtsärztlicher Sicht ein Hinausschieben der Kur nicht vertreten werden kann, sind gehalten, unter Führung eines entsprechenden Nachweises vor Festlegung des Kurbeginns beim Minister für Kultus, Bildung und Sport Sonderurlaub zu beantragen. Die Anerkennung der Beihilfefähigkeit der Kur schließt die Genehmigung von Sonderurlaub nicht ein.

III. Sonderbestimmungen

§ 11

Klassenlehrer

(1) Der Klassenlehrer ist in besonderem Maße für die erzieherische und fachliche Förderung der Schüler seiner Klasse verantwortlich. Er unterrichtet sich über die Leistungen und den Leistungswillen seiner Schüler in allen Fächern.

Seine Aufgaben im Rahmen von Elternversammlungen sind durch das Schulmitbestimmungsgesetz geregelt. Der Klassenlehrer steht in besonderem Maße den Erziehungsberechtigten und den Schülern zur Beratung zur Verfügung.

(2) Bei Schulwanderungen, Lehrfahrten und Schullandheimaufenthalten leitet der Klassenlehrer seine Klasse; in besonders begründeten Fällen kann der Schulleiter andere Regelungen treffen.

(3) Der Klassenlehrer ist für die Führung der den Unterricht betreffenden Unterlagen der Klasse verantwortlich; er erledigt die seine Klasse betreffenden Verwaltungsaufgaben, soweit sie nicht einem Dritten obliegen.

(4) Besondere Veranstaltungen der Klasse, z. B. Elternversammlungen, Elternabende sowie Feiern und die Inanspruchnahme von Schulräumen hierfür bedürfen der Abstimmung mit dem Schulleiter (vgl. § 5 Abs. 5 Allgemeine Dienstordnung für Schulleiter – ADOS).

§ 12

Abteilungsleiter

(1) Abteilungsleiter an beruflichen Schulen und Gymnasien fördern die Zusammenarbeit innerhalb einer Fachabteilung und unterstützen den Schulleiter in allen Angelegenheiten, die ihren Fachbereich betreffen. Sie führen ihre Aufgaben im Auftrage und unter Verantwortung des Schulleiters durch.

(2) Das Nähere ist durch Erlass vom 10. Oktober 1973 (GMB1. Saar S. 514) geregelt.

§ 13

Beurlaubte und teilzeitbeschäftigte Lehrer

(1) Beurlaubungen und Teilzeitbeschäftigungen gemäß § 92 a SGB beginnen und enden in der Regel mit dem ersten Unterrichtstag nach den Oster- oder den Sommerferien.

(2) Der Umfang der Teilzeitbeschäftigung beträgt grundsätzlich die Hälfte der wöchentlichen Pflichtstundenzahl.

(3) Anträge auf Verlängerung einer Beurlaubung oder einer Teilzeitbeschäftigung sind spätestens sechs Monate vor Ende des Genehmigungszeitraums zu stellen (vgl. § 92 a Abs. 2 SGB).

(4) Die dienstlichen Verpflichtungen von Lehrern, die gemäß § 92 a SGB teilzeitbeschäftigt sind, erstrecken sich auch auf die Teilnahme an den mit ihrer unterrichtlichen Tätigkeit in Zusammenhang stehenden Konferenzen, Prüfungen, Elternversammlungen, Sprechstunden usw. Die Verpflichtung zur Teilnahme an Konferenzen, die für unterrichtsfreie Tage des Teilzeitbeschäftigten angesetzt sind, soll sich auf Ausnahmefälle beschränken. Mehrtägige Schulwanderungen, Studienfahrten und Schullandheimaufenthalte können vom Teilzeitlehrer nicht verlangt werden, desgleichen nicht die Übernahme besonderer Funktionen wie der des Sammlungsleiters, Verbindungslehrers der Schülervertretung usw. An allen anderen aufteilbaren Aufgaben ist der Teilzeitbeschäftigte im Verhältnis zu seiner Pflichtstundenermäßigung zu beteiligen (z. B. Aufsicht, Vertretungen, Mehrarbeit). Er kann auch verpflichtet werden, eine Klasse zu führen und die damit verbundenen Aufgaben und Verwaltungsarbeiten zu übernehmen.

(5) Absatz 4 gilt entsprechend für teilzeitbeschäftigte Lehrer im Angestelltenverhältnis.

IV. Inkrafttreten

§ 14

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1976 in Kraft.



Ergänzende Verwaltungsvorschrift zu § 6 der Allgemeinen Dienstordnung
für Lehrer (ADOL) vom 10. November 1975, GMBI. Saar 1975, S. 896
(Vom 12. Juli 1978 – GMBI. Saar S. 605)

In Ergänzung zu § 6 der Allgemeinen Dienstordnung für Lehrer (ADOL) vom 10. November 1975, GMBI. Saar 1975, S. 896, ergeht nachstehende Verwaltungsvorschrift:

1. Der Schulleiter hat durch eine entsprechende Anordnung sicherzustellen, dass die Fachlehrer auch dann, wenn sie nicht gleichzeitig Klassenlehrer sind, grundsätzlich der Einladung zur Teilnahme an der Klassenelternversammlung Folge leisten. Die Teilnahmeverpflichtung des Fachlehrers besteht jedoch nur dann, wenn ihm rechtzeitig die Tagesordnung der Klassenelternversammlung von deren Vorsitzenden schriftlich mitgeteilt wurde und sich aus dieser ergibt, dass eine Aussprache über den Unterricht in dem betreffenden Fach vorgesehen ist. Diese grundsätzlich bestehende Teilnahmepflicht des Fachlehrers ergibt sich aus dem den Erziehungsberechtigten zustehenden Informationsrecht im Hinblick auf die unterrichtliche Situation in der Klasse als solcher. Aussprachen über den Leistungs- und Entwicklungsstand eines einzelnen Schülers bleiben daher den Elternsprechtagen vorbehalten.
2. Dem Schulleiter wird die Befugnis eingeräumt, den Fachlehrer von der vorstehend geregelten Verpflichtung ausnahmsweise zu befreien, wenn bei Abwägung aller Umstände des einzelnen Falles das Interesse des betreffenden Fachlehrers, der Einladung nicht folgen zu müssen, das Interesse der Klassenelternversammlung an der Anwesenheit des Lehrers überwiegt. Diese Entscheidung ist von dem Schulleiter im Rahmen seines pflichtgemäßen Ermessens zu treffen.



Allgemeine Dienstordnung für Schulleiter (ADOS)

(Vom 16. Februar 1975 – GMBI. Saar S. 210)

§ 1

Geltungsbereich

(1) Die Allgemeine Dienstordnung gilt für die Schulleiter der öffentlichen Schulen im Sinne des § 7 Abs. 1 des Schulordnungsgesetzes (SchoG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. August 1974 (Amtsbl. S. 697) mit Ausnahme der in § 8 Abs. 2 SchoG genannten Schulen.

(2) Die Allgemeine Dienstordnung für Schulleiter (ADOS) wird durch die Ergänzenden Verfahrensvorschriften (AKO) zu den Lehrerkonferenzen (§ 23 SchoG) ergänzt.

§ 2

Allgemeine Aufgaben des Schulleiters

(1) Der Schulleiter leitet die Schule auf kollegialer Grundlage nach den geltenden Vorschriften, den Anordnungen der zuständigen Behörde und den Beschlüssen der Gesamtkonferenz sowie der Schulkonferenz (§ 16 Abs. 1 SchumG), deren Vorsitzender er ist. Das Beanstandungsrecht nach § 16 Abs. 6 SchumG bleibt unberührt. Der Schulleiter hat dafür zu sorgen, dass die Schule ihren Unterrichts- und Erziehungsauftrag erfüllt (vgl. § 21 Abs. 3 SchoG).

(2) Der Schulleiter ist verpflichtet, über die vorgeschriebenen Berichte hinaus der Schulaufsichtsbehörde und, soweit erforderlich, dem Schulträger über alle wichtigen Vorkommnisse an der Schule unverzüglich ohne besondere Aufforderung zu berichten. Die Berichte sind auf dem Dienstweg einzureichen. Eingaben, die der Schulleiter weiterzuleiten hat, hat er mit eigener Stellungnahme zu versehen.

(3) Bei Unfällen hat er alle zur Hilfeleistung und zur Beweissicherung erforderlichen Maßnahmen zu treffen und die zuständigen Stellen zu benachrichtigen.

Der Schulleiter hat die Ausfüllung der amtlichen Impflisten zu veranlassen und diese als dann an die Ortspolizeibehörde zurückzugeben.

(4) Der Schulleiter vertritt die Schule in der Öffentlichkeit. Er kann unter Beachtung seiner Pflicht zur Amtsverschwiegenheit der örtlichen Presse Auskünfte über Angelegenheiten seiner Schule erteilen. Ist er über den Umfang seines Auskunftsrechts im Zweifel, so soll er zuvor die Entscheidung der Schulaufsichtsbehörde einholen.

(5) Der Schulleiter führt das Dienstsiegel unter Beachtung der geltenden Vorschriften und sorgt dafür, dass die Schulakten gewissenhaft geführt und aufbewahrt werden. Akten und Vorgänge, die nach ihrem Inhalt nicht zur allgemeinen Kenntnis gelangen dürfen, müssen unter Verschluss gehalten werden. Personalakten von Lehrern werden an der Schule nicht geführt.

(6) Der Schulleiter verwaltet die der Schule zugewiesenen Haushaltsmittel nach den Bestimmungen des Haushaltsrechts und den vom Schulträger oder der Schulaufsichtsbehörde erteilten Weisungen sowie nach den Beschlüssen der zuständigen Konferenzen (§ 8 Abs. 3 Nr. 3 sowie § 15 Abs. 4 Nr. 4 SchumG). Er darf nur im Rahmen der ihm zugewiesenen Haushaltsmittel und im Allgemeinen nicht über das laufende Rechnungsjahr hinaus Verpflichtungen eingehen. Er ist dafür verantwortlich, dass die zugewiesenen Mittel sinnvoll und sparsam verwendet und die Inventarisierungslisten ordnungsgemäß geführt werden. Er teilt die von der Schulkonferenz beschlossenen Anträge auf Zuteilung von Haushaltsmitteln für sachliche Ausgaben sowie deren Vorschläge für Baumaßnahmen den zuständigen Stellen mit. Ferner macht er im Einvernehmen mit der Gesamtkonferenz und der Schulkonferenz Vorschläge für die Etatgestaltung und für größere Neuanschaffungen, Umbauten usw.

(7) Der Schulleiter oder sein ständiger Vertreter soll während der Unterrichtszeit anwesend sein. Sind beide verhindert, richtet sich die Vertretung nach § 4 Abs. 1 Satz 2.

(8) Der Schulleiter kann aus besonderem Grund den Unterricht einzelner oder aller Klassen der Schule bis zur Dauer eines Tages ausfallen lassen. Ein ganztägiger Unterrichtsausfall aller Klassen ist der Schulaufsichtsbehörde unter Angabe der Gründe unverzüglich zu melden.

(9) Der Schulleiter hat die Befugnis, den an seiner Schule tätigen Lehrkräften in den Fällen des § 14 Abs. 1 der Urlaubsverordnung für die saarländischen Beamten und Richter – UrlaubsVO – vom 5. April 1960 in der jeweils geltenden Fassung Dienstbefreiung unter Fortzahlung der Dienstbezüge zu gewähren.

(10) Bei Wechsel des Schulleiters ist die Übergabe der Dienstgeschäfte in einer Niederschrift festzuhalten. Darin ist insbesondere ein Vermerk über die Vollständigkeit und Ordnungsmäßigkeit der Schuleinrichtung und über Beanstandungen

aufzunehmen. Die Niederschrift ist sowohl von dem übergebenden als auch von dem übernehmenden Schulleiter zu unterzeichnen. Durchschriften der Niederschrift sind an den Schulträger und an die Schulaufsichtsbehörde zu senden.

(11) Alle Aushänge und Bekanntmachungen innerhalb der Schulanlagen sowie der Vertrieb von Druckschriften usw. bedürfen der vorherigen Zustimmung des Schulleiters. Der Vertrieb von Schülerzeitungen richtet sich nach den Bestimmungen der Allgemeinen Schulordnung.

§ 3

Rechte und Pflichten gegenüber den Lehrern und sonstigen Bediensteten

(1) Der Schulleiter plant und beaufsichtigt die dienstliche Tätigkeit der Lehrer unbeschadet ihres Rechts auf pädagogische Freiheit. Er stellt den Plan für die Unterrichtsverteilung sowie den Stunden- und Aufsichtsplan auf und ordnet die notwendigen Vertretungen an. Dabei sind die von der Gesamtkonferenz aufgestellten Grundsätze zu berücksichtigen.

(2) Der Schulleiter kann aus zwingenden Gründen Lehrer auch in solchen Fächern einsetzen, für die sie die Lehrbefähigung nicht besitzen. Soweit jedoch der Unterricht mit Unfallgefahren verbunden ist, darf er ihnen nicht gegen ihren Willen übertragen werden.

(3) Der Schulleiter führt die neuen Lehrkräfte in ihr Amt ein, macht sie mit ihren Amtspflichten bekannt und bestimmt die Klassenlehrer, wobei er persönliche Wünsche der Lehrer nach Möglichkeit berücksichtigt.

(4) Durch Unterrichtsbesuche in den Klassen oder Unterrichtsgruppen, über die er in der Regel den betreffenden Lehrer zuvor in Kenntnis setzt, durch Einsicht in die Arbeiten der Schüler und in die von den Lehrern zu führenden Unterlagen soll er sich über den ordnungsgemäßen Unterricht in der Schule und den Leistungsstand der Klassen unterrichten. Nach den Unterrichtsstunden erörtert er seine Beobachtungen mit den Lehrern.

(5) Der Schulleiter sorgt für angemessene und einheitliche Maßstäbe in der Beurteilung der schriftlichen Schülerleistungen. Hält er die Änderung einer Note für angebracht, dann ist das Einverständnis des Fachlehrers herbeizuführen. Wird keine Einigung erzielt, so entscheidet die Fachkonferenz.

(6) Ist das dienstliche oder außerdienstliche Verhalten eines Lehrers zu beanstanden, so hat der Schulleiter den Lehrer zur Änderung seines Verhaltens aufzufordern. Falls keine Besserung eintritt oder falls es sich um schwere Pflichtverletzungen handelt, muss der Schulleiter der Schulaufsichtsbehörde Mitteilung machen. Er ist aber verpflichtet, dem betroffenen Lehrer von dem Inhalt seiner Meldung Kenntnis zu geben. Bei unmittelbarer Gefahr für Schule und Schüler hat er sofort die Ausübung der Dienstgeschäfte zu untersagen und die Schulaufsichtsbehörde umgehend zu benachrichtigen.

(7) Beurteilungen über die Tätigkeit der Lehrer sind von dem Schulleiter nur für die Schulaufsichtsbehörde auszustellen. Sie sind dem Lehrer vor Weiterleitung zur Kenntnis zu bringen. Die Kenntnisnahme ist durch diesen schriftlich zu bestätigen. Eine Gegenäußerung des Lehrers muss gleichzeitig weitergeleitet werden. Der Schulleiter ist nicht befugt, Zeugnisse oder Beurteilungen über Lehrer für andere Stellen zu erteilen.

(8) Der Schulleiter unterbreitet der Gesamtkonferenz Vorschläge zur Aufteilung der sich regelmäßig an der Schule, ergebenden Sonderaufgaben (z. B. Verwaltung der Lehrmittel, Büchereien, Sammlungen usw.). Die Verantwortung des Schulleiters für die ordnungsgemäße Erledigung der durch die Gesamtkonferenz übertragenen besonderen Aufgaben bleibt bestehen.

(9) Alle allgemeinen Erlasse, Verfügungen und Bestimmungen, die Lehrer, Erziehungsberechtigte und Schüler betreffen, sind diesen bekanntzugeben bzw. ihnen jederzeit zugänglich zu machen.

§ 4

Vertretung des Schulleiters

(1) Ist ein Schulleiter nicht bestellt oder ist er an der Wahrnehmung seiner Dienstpflichten verhindert, so obliegt die Schulleitung dem ständigen Vertreter, dem eigene Aufgaben übertragen sind.

Für den Fall, dass ein ständiger Vertreter des Schulleiters nicht bestellt oder an der Wahrnehmung seiner Dienstpflichten verhindert ist, wird hiermit gemäß § 22 Abs. 2 Satz 2 SchoG bestimmt, dass die weitere Vertretung des Schulleiters dem dienstältesten Funktionsinhaber an der Schule und, falls ein solcher nicht vorhanden oder gleichfalls verhindert ist, dem dienstältesten Lehrer obliegt.

Das Dienstaltes richtet sich nach den Bestimmungen der Verordnung über die Gewährung von Jubiläumswendungen an Beamte und Richter vom 12. Juni 1963 in der Fassung der Verordnung vom 10. November 1964 (Amtsbl. 1965, S. 177) bzw. den hierauf beruhenden Dienstzeitberechnungen, die jedem Beamten ausgestellt worden sind.

(2) Der ständige Vertreter des Schulleiters zeichnet amtliche Schriftstücke mit dem Zusatz "In Vertretung". Der weitere Vertreter zeichnet mit dem Zusatz "Im Auftrag".

(3) Der Schulleiter hat seinen ständigen Vertreter über die dienstlichen Vorkommnisse so eingehend zu unterrichten, dass dieser jederzeit in der Lage ist, die Geschäfte des Schulleiters selbst zu übernehmen.

(4) Der Schulleiter und sein ständiger Vertreter haben vor allem bei der Vorbereitung der Unterrichtsverteilungs-, der Stunden- und Aufsichtspläne, bei der Vorbereitung der Beschlüsse der Gesamtkonferenz (§ 8 Abs. 3 und 4 SchumG) und der Schulkonferenz (§ 47 Abs. 2 SchumG) sowie mit der Eltern- und Schülervertretung zusammenzuarbeiten. Dies gilt auch bei der Durchführung der Schulgesundheitspflege und besonderer sozialer Maßnahmen für die Schüler.

(5) Der Schulleiter überträgt seinem ständigen Vertreter die Aufgaben, die dieser – unbeschadet der Gesamtverantwortung des Schulleiters – ständig und in eigener Verantwortung übernimmt. Der ständige Vertreter ist dem Schulleiter unmittelbar verantwortlich. Er ist verpflichtet, ihn auf Anfrage über den Stand und den Vollzug der ihm ständig übertragenen Aufgaben zu unterrichten und ihm wichtige Angelegenheiten unaufgefordert mitzuteilen sowie in Zweifelsfällen seine Entscheidung einzuholen.

§ 5

Rechte und Pflichten gegenüber Schülern, Erziehungsberechtigten und Dritten

(1) Der Schulleiter wacht über die Erfüllung der Schulpflicht und die Aufrechterhaltung der Ordnung in der Schule.

(2) Der Schulleiter ist zuständig für Aufnahme, Entlassung und Überweisung der Schüler. Er benachrichtigt die zuständige Schulbehörde vom Abgang noch schulpflichtiger Schüler.

(3) Der Schulleiter sorgt für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Schüler- und Elternvertretung, mit dem Personalrat, mit anderen Bildungseinrichtungen, mit den Kirchen, mit den Einrichtungen der Jugendhilfe, mit den Berufsausbildungsstätten und mit der Berufsberatung.

(4) Er kann gestatten, dass Erziehungsberechtigte und andere Personen die Schulanlage besichtigen. Das Recht der Erziehungsberechtigten zu Unterrichtsbesuchen bestimmt sich nach § 36 Abs. 2 SchumG.

Der Schulleiter hält regelmäßig in der Schule Sprechstunden ab.

(5) Dem Schulleiter obliegt die Aufsicht über die Schulanlage, die Ausübung des Hausrechts und die Verwaltung und Pflege des Schulvermögens nach Weisung des Schulträgers und nach der Hausordnung, die nötigenfalls von der Schulkonferenz nach Anhörung des Schulträgers zur Ergänzung der Allgemeinen Schulordnung erlassen wird.

§ 6

Inkrafttreten und Aufhebung von Vorschriften

Diese Allgemeine Dienstordnung für Schulleiter (ADOS) tritt am Tage ihrer Veröffentlichung im Gemeinsamen Ministerialblatt Saarland in Kraft. Gleichzeitig tritt die Allgemeine Dienstordnung für Schulleiter vom 23. Oktober 1967 (Amtl. Schulblatt S. 105) außer Kraft.

Erlass
über die Würdigung ehrenamtlicher Tätigkeit und
sonstiger besonderer Aktivitäten von Schülerinnen und
Schülern in Zeugnissen (außer Verhaltenszeugnissen)

Vom 28. April 1997 (GMBL Saar S. 136) –
zuletzt geändert durch Erlass vom 4. Juli 2003 (GMBL Saar S. 291)

1. Ehrenamtliches Engagement soll auch im Bereich der Schule gewürdigt werden, um die Erziehung und die Entwicklung der Schülerinnen und Schüler zu gemeinschaftsbewusstem Verhalten zu fördern. Dadurch sollen Hilfsbereitschaft und uneigennütziger, zusätzlicher Einsatz für die Gemeinschaft unterstützt werden.
2. Ehrenamtliche Tätigkeit von Schülerinnen und Schülern, die dem Bereich der Schule zuzuordnen ist, wird auf Wunsch der Betroffenen im Zeugnis unter „Bemerkungen“ erwähnt. Zu diesen Aufgaben in der schulischen Gemeinschaft gehört z.B. eine Tätigkeit als Klassenschülersprecherin oder Klassenschülersprecher oder die Mitgliedschaft in Gremien nach dem Schulmitbestimmungsgesetz, die Wahrnehmung von Aufgaben zur Förderung bestimmter schulischer Einrichtungen (Schulbibliothek, Sammlungen), die Förderung jüngerer Mitschülerinnen und Mitschüler (z.B. Hausaufgabenbetreuung) oder die Tätigkeit als Schülerlotse.
3. Sonstige schulische Aktivitäten von Schülerinnen oder Schülern, die keine ehrenamtliche Tätigkeit darstellen, sind auf Wunsch der Schülerin oder des Schülers im Zeugnis ebenfalls unter „Bemerkungen“ zu erwähnen. Hierfür kommen z.B. in Betracht die Teilnahme an den Veranstaltungen Jugend trainiert für Olympia, Schüler experimentieren, Jugend forscht, am Fremdsprachenwettbewerb oder an sonstigen Wettbewerben, die von der Schule veranstaltet oder mit veranstaltet werden.



**Verordnung über Elternzeit für saarländische Beamtinnen und Beamte
sowie Richterinnen und Richter (Elternzeitverordnung – EltZV)**

Vom 14. Januar 2015 (Amtsbl. I S. 134 [140]) –
geändert durch Verordnung vom 14. November 2019 (Amtsbl. I S. 865) –
zuletzt geändert durch Artikel 71 des Gesetzes vom 8. Dezember 2021 (Amtsbl. I S. 2629)

§ 1

Anspruch auf Elternzeit, Teilzeitbeschäftigung

(1) Beamtinnen und Beamte haben Anspruch auf Elternzeit ohne Dienstbezüge oder Anwärterbezüge, wenn sie

1. mit ihrem Kind,
2. mit einem Kind, für das sie die Voraussetzungen nach § 1 Absatz 3 oder 4 des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes erfüllen, oder
3. mit einem Kind, das sie in Vollzeitpflege nach § 33 des Achten Buches Sozialgesetzbuch aufgenommen haben, in einem Haushalt leben und dieses Kind selbst betreuen und erziehen.

Nicht sorgeberechtigte Elternteile und Personen, die nach Satz 1 Nummer 2 und 3 Elternzeit nehmen können, bedürfen der Zustimmung des sorgeberechtigten Elternteils.

(2) Anspruch auf Elternzeit haben Beamtinnen und Beamte auch, wenn sie mit ihrem Enkelkind in einem Haushalt leben und dieses Kind selbst betreuen und erziehen und

1. ein Elternteil des Kindes minderjährig ist oder
2. ein Elternteil des Kindes sich in einer Ausbildung befindet, die vor Vollendung des 18. Lebensjahres begonnen wurde und die Arbeitskraft des Elternteils im Allgemeinen voll in Anspruch nimmt.

Der Anspruch besteht nur für Zeiten, in denen keiner der Elternteile des Kindes selbst Elternzeit beansprucht.

(3) Der Anspruch auf Elternzeit besteht bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres jedes Kindes, bei einem angenommenen Kind und bei einem Kind in Vollzeitpflege oder in Adoptivpflege für die Dauer von insgesamt drei Jahren ab der Aufnahme jedes Kindes, längstens bis zur Vollendung des achten Lebensjahres des Kindes. Ein Anteil von bis zu 24 Monaten kann jedoch bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres des Kindes genommen werden, wenn das Kind tatsächlich betreut oder gepflegt wird und zwingende dienstliche Belange nicht entgegenstehen. Der Antrag auf Übertragung dieses Anteils ist spätestens eine dem zu übertragenden Zeitraum entsprechende Zeit vor Vollendung des dritten Lebensjahres des Kindes zu stellen.

(4) Der Anspruch auf Elternzeit steht beiden Elternteilen zu. Sie können sie, auch anteilig, jeweils allein oder gemeinsam nehmen. Die Höchstdauer der Elternzeit beträgt unabhängig von einer alleinigen oder gemeinsamen Inanspruchnahme durch die Eltern drei Jahre für jedes Kind. Die Sätze 1 und 2 gelten auch für Adoptiveltern, Adoptivpflegeeltern und Vollzeitpflegeeltern.

(5) Während der Elternzeit ist Beamtinnen und Beamten auf Antrag eine Teilzeitbeschäftigung beim selben Dienstherrn bis zu 30 Wochenstunden im Durchschnitt eines Monats zu bewilligen, wenn zwingende dienstliche Gründe nicht entgegenstehen. Mit Genehmigung der zuständigen Dienstbehörde darf während der Elternzeit auch eine Teilzeitbeschäftigung außerhalb des Beamtenverhältnisses ausgeübt werden, wenn die Teilzeitbeschäftigung den in Satz 1 genannten Umfang nicht überschreitet. Die Genehmigung kann nur innerhalb von vier Wochen aus zwingenden dienstlichen Gründen versagt werden. Sie ist zu versagen, wenn einer der in § 87 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 bis 6 des Saarländischen Beamtengesetzes genannten Gründe vorliegt.

§ 2

Inanspruchnahme der Elternzeit

(1) Die Inanspruchnahme von Elternzeit soll

1. für den Zeitraum bis zum vollendeten dritten Lebensjahr des Kindes spätestens sieben Wochen und
2. für den Zeitraum zwischen dem dritten Geburtstag und dem vollendeten 18. Lebensjahr des Kindes spätestens 13 Wochen

vor Beginn schriftlich oder elektronisch mitgeteilt werden. Verlangt die Beamtin oder der Beamte Elternzeit nach Satz 1 Nummer 1, muss sie oder er gleichzeitig erklären, für welche Zeiten innerhalb von zwei Jahren Elternzeit genommen wird. Nimmt die Mutter die Elternzeit im Anschluss an die Mutterschutzfrist, wird die Zeit der Mutterschutzfrist nach § 4 Absatz 1 der Mutterschutzverordnung auf den Zweijahreszeitraum nach Satz 2 angerechnet. Nimmt die Mutter die Elternzeit im Anschluss an einen auf die Mutterschutzfrist folgenden Erholungsurlaub, werden die Zeit der Mutterschutzfrist nach

§ 4 Absatz 1 der Mutterschutzverordnung und die Zeit des Erholungsurlaubs auf den Zweijahreszeitraum nach Satz 2 angerechnet. Jeder Elternteil kann seine Elternzeit auf drei Zeitabschnitte verteilen; eine Verteilung auf weitere Zeitabschnitte ist nur mit Zustimmung der oder des Dienstvorgesetzten möglich.

(2) Bei Beamtinnen und Beamten mit Lehraufgaben im Schul- und Hochschuldienst sind Unterbrechungen der Elternzeit, die überwiegend auf die Schulferien oder die vorlesungsfreie Zeit entfallen, nicht zulässig; bei der Wahl von Beginn und Ende der Elternzeit dürfen Schulferien oder die vorlesungsfreie Zeit nicht ohne sachgerechte Begründung ausgespart werden. Satz 1 gilt nicht, soweit die den Beamtinnen und Beamten nach Anwendung von Kürzungsvorschriften noch zustehenden Urlaubstage nach § 4 Absatz 1 der Urlaubsverordnung nicht während der Schulferien oder der vorlesungsfreien Zeit in Anspruch genommen werden können.

(3) Können Beamtinnen aus einem von ihnen nicht zu vertretenden Grund eine sich unmittelbar an das Beschäftigungsverbot des § 6 Absatz 1 des Mutterschutzgesetzes oder des § 4 Absatz 1 der Mutterschutzverordnung anschließende Elternzeit nicht rechtzeitig beantragen, so kann dies innerhalb einer Woche nach Wegfall des Grundes nachgeholt werden.

(4) Die Elternzeit kann vorzeitig beendet oder nach Maßgabe des § 1 Absatz 3 verlängert werden, wenn die oder der Dienstvorgesetzte zustimmt. Die vorzeitige Beendigung wegen der Geburt eines weiteren Kindes oder in Fällen besonderer Härte, insbesondere bei Eintritt einer schweren Krankheit, Schwerbehinderung oder Tod eines Elternteils oder eines Kindes der berechtigten Person oder bei erheblich gefährdeter wirtschaftlicher Existenz der Eltern nach Inanspruchnahme der Elternzeit, kann unbeschadet von Satz 3 nur innerhalb von vier Wochen aus dringenden dienstlichen Gründen schriftlich abgelehnt werden. Die Elternzeit kann zur Inanspruchnahme der Schutzfristen nach § 1 Absatz 2 und § 4 Absatz 1 der Mutterschutzverordnung auch ohne Zustimmung der oder des Dienstvorgesetzten vorzeitig beendet werden, in diesen Fällen soll die Beamtin die Beendigung der Elternzeit rechtzeitig mitteilen. Die Elternzeit ist auf Wunsch zu verlängern, wenn ein vorgesehener Wechsel in der Anspruchsberechtigung aus einem wichtigen Grund nicht erfolgen kann.

(5) Stirbt das Kind während der Elternzeit, so endet diese spätestens drei Wochen nach dem Tod des Kindes.

(6) Eine Änderung der Anspruchsberechtigung hat die Beamtin oder der Beamte der oder dem Dienstvorgesetzten unverzüglich mitzuteilen.

§ 3

Erholungsurlaub

(1) Der Erholungsurlaub wird für jeden vollen Kalendermonat, für den die Beamtin oder der Beamte Elternzeit nimmt, um ein Zwölftel gekürzt. Dies gilt nicht, wenn die Beamtin oder der Beamte während der Elternzeit bei ihrem oder seinem Dienstherrn eine Teilzeitbeschäftigung im Beamtenverhältnis ausübt.

(2) Hat die Beamtin oder der Beamte den ihr oder ihm zustehenden Urlaub vor dem Beginn der Elternzeit nicht oder nicht vollständig erhalten, so ist der Resturlaub nach der Elternzeit im laufenden oder im nächsten Urlaubsjahr zu gewähren.

(3) Hat die Beamtin oder der Beamte vor dem Beginn der Elternzeit mehr Urlaub erhalten als ihr oder ihm nach Absatz 1 zusteht, so ist der Urlaub, der der Beamtin oder dem Beamten nach dem Ende der Elternzeit zusteht, um die zu viel gewährten Urlaubstage zu kürzen.

§ 4

Entlassungsschutz

(1) Während der Elternzeit darf die Entlassung von Beamtinnen und Beamten auf Probe und von Beamtinnen und Beamten auf Widerruf gegen ihren Willen nicht ausgesprochen werden.

(2) Die oberste Dienstbehörde kann abweichend von Absatz 1 eine Entlassung aussprechen, wenn ein Sachverhalt vorliegt, bei dem eine Beamtin auf Lebenszeit oder ein Beamter auf Lebenszeit im Wege des Disziplinarverfahrens aus dem Beamtenverhältnis zu entfernen wäre.

(3) Die §§ 22 und 23 Absatz 1 und 2 und § 30 Absatz 2 des Beamtenstatusgesetzes und § 36 Absatz 1 und § 37 Absatz 1 des Saarländischen Beamtengesetzes bleiben unberührt.

§ 5

Beihilfe, Krankenversicherung

(1) Während der Elternzeit haben Beamtinnen und Beamte Anspruch auf Leistungen in entsprechender Anwendung der Verordnung über die Gewährung von Beihilfen in Krankheits-, Pflege-, Geburts- und Todesfällen, sofern sie nicht bereits auf Grund einer Teilzeitbeschäftigung unmittelbar Anspruch auf Beihilfe nach der Verordnung über die Gewährung von Beihilfen in Krankheits-, Pflege-, Geburts- und Todesfällen haben.

(2) Beamtinnen und Beamten werden für die Dauer der Elternzeit die Beiträge für ihre Kranken- und Pflegeversicherung bis zu monatlich 30,70 Euro erstattet, wenn ihre Dienst- oder Anwärterbezüge vor Beginn der Elternzeit die Versicherungspflichtgrenze in der gesetzlichen Krankenversicherung nicht überschritten haben oder überschritten hätten. Hierbei werden die mit Rücksicht auf den Familienstand gewährten Zuschläge sowie Leistungen nach dem 5. Abschnitt des durch Gesetz vom 1. Oktober 2008 (Amtsbl. S. 1755) in Landesrecht übergeleiteten Bundesbesoldungsgesetzes nicht berücksichtigt. Nehmen die Eltern gemeinsam Elternzeit, steht die Beitragserstattung nur dem Elternteil zu, bei dem das Kind im Familienzuschlag berücksichtigt wird oder berücksichtigt werden soll.

(3) Für die Zeit, für die sie Elterngeld nach § 4 des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes beziehen, werden Beamtinnen und Beamten mit Dienstbezügen bis einschließlich der Besoldungsgruppe A 8 auf Antrag die Beiträge für die Kranken- und Pflegeversicherung über die Erstattung nach Absatz 2 hinaus in voller Höhe erstattet, soweit sie auf einen auf den Beihilfebemessungssatz abgestimmten Prozenttarif oder einen die jeweilige Beihilfe ergänzenden Tarif einschließlich etwaiger darin enthaltener Altersrückstellungen, entfallen. Für andere Monate einer Elternzeit wird die Beitragserstattung nach Satz 1 weitergezahlt, solange keine Beschäftigung mit mindestens der Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit ausgeübt wird.

(4) § 15 Absatz 5 der Verordnung über die Gewährung von Beihilfen in Krankheits-, Pflege-, Geburts- und Todesfällen findet keine Anwendung.

§ 6

Geltung für Richterinnen und Richter

Diese Verordnung gilt für die Richterinnen und Richter des Landes entsprechend.

§ 7

Übergangsvorschrift

Für eine vor Inkrafttreten dieser Verordnung bewilligte Elternzeit gelten die Bestimmungen der Elternzeitverordnung in der bisherigen Fassung für die Dauer der Bewilligung fort.

§ 8

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

(1) Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Verkündung in Kraft.

(2) Die Verordnung über Elternzeit für saarländische Beamtinnen und Beamte sowie Richterinnen und Richter (Elternzeitverordnung) vom 28. August 2007 (Amtsbl. S. 1768), geändert durch Verordnung vom 27. Oktober 2010 (Amtsbl. I S. 1387), tritt mit Inkrafttreten dieser Verordnung außer Kraft.

**Gesetz zum Elterngeld und zur Elternzeit
(Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz – BEEG)**

In der Fassung der Bek. vom 27. Januar 2015 (BGBl. I S. 33) –
zuletzt geändert durch Art. 7 G v. 27.3.2024 I Nr. 107

Abschnitt 1 Elterngeld

§ 1

Berechtigte

(1) Anspruch auf Elterngeld hat, wer

1. einen Wohnsitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland hat,
2. mit seinem Kind in einem Haushalt lebt,
3. dieses Kind selbst betreut und erzieht und
4. keine oder keine volle Erwerbstätigkeit ausübt.

Bei Mehrlingsgeburten besteht nur ein Anspruch auf Elterngeld.

(2) Anspruch auf Elterngeld hat auch, wer, ohne eine der Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nummer 1 zu erfüllen,

1. nach § 4 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch dem deutschen Sozialversicherungsrecht unterliegt oder im Rahmen seines in Deutschland bestehenden öffentlich-rechtlichen Dienst- oder Amtsverhältnisses vorübergehend ins Ausland abgeordnet, versetzt oder kommandiert ist,
2. Entwicklungshelfer oder Entwicklungshelferin im Sinne des § 1 des Entwicklungshelfer-Gesetzes ist oder als Missionar oder Missionarin der Missionswerke und -gesellschaften, die Mitglieder oder Vereinbarungspartner des Evangelischen Missionswerkes Hamburg, der Arbeitsgemeinschaft Evangelikaler Missionen e. V. oder der Arbeitsgemeinschaft pfingstlich-charismatischer Missionen sind, tätig ist oder
3. die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt und nur vorübergehend bei einer zwischen- oder überstaatlichen Einrichtung tätig ist, insbesondere nach den Entsenderichtlinien des Bundes beurlaubte Beamte und Beamtinnen, oder wer vorübergehend eine nach § 123a des Beamtenrechtsrahmengesetzes oder § 29 des Bundesbeamtengesetzes zugewiesene Tätigkeit im Ausland wahrnimmt.

Dies gilt auch für mit der nach Satz 1 berechtigten Person in einem Haushalt lebende Ehegatten oder Ehegattinnen.

(3) Anspruch auf Elterngeld hat abweichend von Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 auch, wer

1. mit einem Kind in einem Haushalt lebt, das er mit dem Ziel der Annahme als Kind aufgenommen hat,
2. ein Kind des Ehegatten oder der Ehegattin in seinen Haushalt aufgenommen hat oder
3. mit einem Kind in einem Haushalt lebt und die von ihm erklärte Anerkennung der Vaterschaft nach § 1594 Absatz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs noch nicht wirksam oder über die von ihm beantragte Vaterschaftsfeststellung nach § 1600d des Bürgerlichen Gesetzbuchs noch nicht entschieden ist.

Für angenommene Kinder und Kinder im Sinne des Satzes 1 Nummer 1 sind die Vorschriften dieses Gesetzes mit der Maßgabe anzuwenden, dass statt des Zeitpunktes der Geburt der Zeitpunkt der Aufnahme des Kindes bei der berechtigten Person maßgeblich ist.

(4) Können die Eltern wegen einer schweren Krankheit, Schwerbehinderung oder Todes der Eltern ihr Kind nicht betreuen, haben Verwandte bis zum dritten Grad und ihre Ehegatten oder Ehegattinnen Anspruch auf Elterngeld, wenn sie die übrigen Voraussetzungen nach Absatz 1 erfüllen und wenn von anderen Berechtigten Elterngeld nicht in Anspruch genommen wird.

(5) Der Anspruch auf Elterngeld bleibt unberührt, wenn die Betreuung und Erziehung des Kindes aus einem wichtigen Grund nicht sofort aufgenommen werden kann oder wenn sie unterbrochen werden muss.

(6) Eine Person ist nicht voll erwerbstätig, wenn ihre Arbeitszeit 32 Wochenstunden im Durchschnitt des Lebensmonats nicht übersteigt, sie eine Beschäftigung zur Berufsbildung ausübt oder sie eine geeignete Tagespflegeperson im Sinne des § 23 des Achten Buches Sozialgesetzbuch ist und nicht mehr als fünf Kinder in Tagespflege betreut.

(7) Ein nicht freizügigkeitsberechtigter Ausländer oder eine nicht freizügigkeitsberechtigte Ausländerin ist nur anspruchsberechtigt, wenn diese Person

1. eine Niederlassungserlaubnis oder eine Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EU besitzt,
2. eine Blaue Karte EU, eine ICT-Karte, eine Mobiler-ICT-Karte oder eine Aufenthaltserlaubnis besitzt, die für einen Zeitraum von mindestens sechs Monaten zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit berechtigen oder berechtigt haben oder diese erlauben, es sei denn, die Aufenthaltserlaubnis wurde

- a) nach § 16e des Aufenthaltsgesetzes zu Ausbildungszwecken, nach § 19c Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes zum Zweck der Beschäftigung als Au-Pair oder zum Zweck der Saisonbeschäftigung, nach § 19e des Aufenthaltsgesetzes zum Zweck der Teilnahme an einem Europäischen Freiwilligendienst oder nach § 20 Absatz 1 und 2 des Aufenthaltsgesetzes zur Arbeitsplatzsuche erteilt,
 - b) nach § 16b des Aufenthaltsgesetzes zum Zweck eines Studiums, nach § 16d des Aufenthaltsgesetzes für Maßnahmen zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen oder nach § 20 Absatz 3 des Aufenthaltsgesetzes zur Arbeitsplatzsuche erteilt und er ist weder erwerbstätig noch nimmt er Elternzeit nach § 15 des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes oder laufende Geldleistungen nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch in Anspruch,
 - c) nach § 23 Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes wegen eines Krieges in seinem Heimatland oder nach den § 23a oder § 25 Absatz 3 bis 5 des Aufenthaltsgesetzes erteilt,
3. eine in Nummer 2 Buchstabe c genannte Aufenthaltserlaubnis besitzt und im Bundesgebiet berechtigt erwerbstätig ist oder Elternzeit nach § 15 des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes oder laufende Geldleistungen nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch in Anspruch nimmt,
 4. eine in Nummer 2 Buchstabe c genannte Aufenthaltserlaubnis besitzt und sich seit mindestens 15 Monaten erlaubt, gestattet oder geduldet im Bundesgebiet aufhält oder
 5. eine Beschäftigungsduldung gemäß § 60d in Verbindung mit § 60a Absatz 2 Satz 3 des Aufenthaltsgesetzes besitzt.

Abweichend von Satz 1 Nummer 3 erste Alternative ist ein minderjähriger nicht freizügigkeitsberechtigter Ausländer oder eine minderjährige nicht freizügigkeitsberechtigende Ausländerin unabhängig von einer Erwerbstätigkeit anspruchsberechtigt.

(8) Ein Anspruch entfällt, wenn die berechtigte Person im letzten abgeschlossenen Veranlagungszeitraum vor der Geburt des Kindes ein zu versteuerndes Einkommen nach § 2 Absatz 5 des Einkommensteuergesetzes in Höhe von mehr als 175 000 Euro erzielt hat. Erfüllt auch eine andere Person die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nummer 2 oder der Absätze 3 oder 4, entfällt abweichend von Satz 1 der Anspruch, wenn die Summe des zu versteuernden Einkommens beider Personen mehr als 175 000 Euro beträgt.

§ 2

Höhe des Elterngeldes

(1) Elterngeld wird in Höhe von 67 Prozent des Einkommens aus Erwerbstätigkeit vor der Geburt des Kindes gewährt. Es wird bis zu einem Höchstbetrag von 1 800 Euro monatlich für volle Lebensmonate gezahlt, in denen die berechtigte Person kein Einkommen aus Erwerbstätigkeit hat. Das Einkommen aus Erwerbstätigkeit errechnet sich nach Maßgabe der §§ 2c bis 2f aus der um die Abzüge für Steuern und Sozialabgaben verminderten Summe der positiven Einkünfte aus

1. nichtselbständiger Arbeit nach § 2 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 des Einkommensteuergesetzes sowie
2. Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb und selbständiger Arbeit nach § 2 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 3 des Einkommensteuergesetzes,

die im Inland zu versteuern sind und die die berechtigte Person durchschnittlich monatlich im Bemessungszeitraum nach § 2b oder in Lebensmonaten der Bezugszeit nach § 2 Absatz 3 hat.

(2) In den Fällen, in denen das Einkommen aus Erwerbstätigkeit vor der Geburt geringer als 1 000 Euro war, erhöht sich der Prozentsatz von 67 Prozent um 0,1 Prozentpunkte für je 2 Euro, um die dieses Einkommen den Betrag von 1 000 Euro unterschreitet, auf bis zu 100 Prozent. In den Fällen, in denen das Einkommen aus Erwerbstätigkeit vor der Geburt höher als 1 200 Euro war, sinkt der Prozentsatz von 67 Prozent um 0,1

Prozentpunkte für je 2 Euro, um die dieses Einkommen den Betrag von 1 200 Euro überschreitet, auf bis zu 65 Prozent.

(3) Für Lebensmonate nach der Geburt des Kindes, in denen die berechtigte Person ein Einkommen aus Erwerbstätigkeit hat, das durchschnittlich geringer ist als das Einkommen aus Erwerbstätigkeit vor der Geburt, wird Elterngeld in Höhe des nach Absatz 1 oder 2 maßgeblichen Prozentsatzes des Unterschiedsbetrages dieser Einkommen aus Erwerbstätigkeit gezahlt. Als Einkommen aus Erwerbstätigkeit vor der Geburt ist dabei höchstens der Betrag von 2 770 Euro anzusetzen. Der Unterschiedsbetrag nach Satz 1 ist für das Einkommen aus Erwerbstätigkeit in Lebensmonaten, in denen die berechtigte Person Basiselterngeld in Anspruch nimmt, und in Lebensmonaten, in denen sie Elterngeld Plus im Sinne des § 4a Absatz 2 in Anspruch nimmt, getrennt zu berechnen.

(4) Elterngeld wird mindestens in Höhe von 300 Euro gezahlt. Dies gilt auch, wenn die berechtigte Person vor der Geburt des Kindes kein Einkommen aus Erwerbstätigkeit hat.

§ 2a

Geschwisterbonus und Mehrlingszuschlag

(1) Lebt die berechtigte Person in einem Haushalt mit

1. zwei Kindern, die noch nicht drei Jahre alt sind, oder
2. drei oder mehr Kindern, die noch nicht sechs Jahre alt sind,

wird das Elterngeld um 10 Prozent, mindestens jedoch um 75 Euro erhöht (Geschwisterbonus). Zu berücksichtigen sind alle Kinder, für die die berechtigte Person die Voraussetzungen des § 1 Absatz 1 und 3 erfüllt und für die sich das Elterngeld nicht nach Absatz 4 erhöht.

(2) Für angenommene Kinder, die noch nicht 14 Jahre alt sind, gilt als Alter des Kindes der Zeitraum seit der Aufnahme des Kindes in den Haushalt der berechtigten Person. Dies gilt auch für Kinder, die die berechtigte Person entsprechend § 1 Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 mit dem Ziel der Annahme als Kind in ihren Haushalt aufgenommen hat. Für Kinder mit Behinderung im Sinne von § 2 Absatz 1 Satz 1 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch liegt die Altersgrenze nach Absatz 1 Satz 1 bei 14 Jahren.

(3) Der Anspruch auf den Geschwisterbonus endet mit Ablauf des Monats, in dem eine der in Absatz 1 genannten Anspruchsvoraussetzungen entfällt.

(4) Bei Mehrlingsgeburten erhöht sich das Elterngeld um je 300 Euro für das zweite und jedes weitere Kind (Mehrlingszuschlag). Dies gilt auch, wenn ein Geschwisterbonus nach Absatz 1 gezahlt wird.

§ 2b

Bemessungszeitraum

(1) Für die Ermittlung des Einkommens aus nichtselbstständiger Erwerbstätigkeit im Sinne von § 2c vor der Geburt sind die zwölf Kalendermonate vor dem Kalendermonat der Geburt des Kindes maßgeblich. Bei der Bestimmung des Bemessungszeitraums nach Satz 1 bleiben Kalendermonate unberücksichtigt, in denen die berechtigte Person

1. im Zeitraum nach § 4 Absatz 1 Satz 2 und 3 und Absatz 5 Satz 3 Nummer 2 Elterngeld für ein älteres Kind bezogen hat,
2. während der Schutzfristen nach § 3 des Mutterschutzgesetzes nicht beschäftigt werden durfte oder Mutterschaftsgeld nach dem Fünften Buch Sozialgesetzbuch oder nach dem Zweiten Gesetz über die Krankenversicherung der Landwirte bezogen hat,
3. eine Krankheit hatte, die maßgeblich durch eine Schwangerschaft bedingt war, oder
4. Wehrdienst nach dem Wehrpflichtgesetz in der bis zum 31. Mai 2011 geltenden Fassung oder nach dem Vierten Abschnitt des Soldatengesetzes oder Zivildienst nach dem Zivildienstgesetz geleistet hat

und in den Fällen der Nummern 3 und 4 dadurch ein geringeres Einkommen aus Erwerbstätigkeit hatte. Abweichend von Satz 2 sind Kalendermonate im Sinne des Satzes 2 Nummer 1 bis 4 auf Antrag der berechtigten Person zu berücksichtigen. Abweichend von Satz 2 bleiben auf Antrag bei der Ermittlung des Einkommens für die Zeit vom 1. März 2020 bis zum Ablauf des 23. September 2022 auch solche Kalendermonate unberücksichtigt, in denen die berechtigte Person aufgrund der COVID-19-Pandemie ein geringeres Einkommen aus Erwerbstätigkeit hatte und dies glaubhaft machen kann. Satz 2 Nummer 1 gilt in den Fällen des § 27 Absatz 1 Satz 1 mit der Maßgabe, dass auf Antrag auch Kalendermonate mit Elterngeldbezug für ein älteres Kind nach Vollendung von dessen 14. Lebensmonat unberücksichtigt bleiben, soweit der Elterngeldbezug von der Zeit vor Vollendung des 14. Lebensmonats auf danach verschoben wurde.

(2) Für die Ermittlung des Einkommens aus selbstständiger Erwerbstätigkeit im Sinne von § 2d vor der Geburt sind die jeweiligen steuerlichen Gewinnermittlungszeiträume maßgeblich, die dem letzten abgeschlossenen steuerlichen Veranlagungszeitraum vor der Geburt des Kindes zugrunde liegen. Haben in einem Gewinnermittlungszeitraum die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 2 oder Satz 3 vorgelegen, sind auf Antrag die Gewinnermittlungszeiträume maßgeblich, die dem diesen Ereignissen vorangegangenen abgeschlossenen steuerlichen Veranlagungszeitraum zugrunde liegen.

(3) Abweichend von Absatz 1 ist für die Ermittlung des Einkommens aus nichtselbstständiger Erwerbstätigkeit vor der Geburt der letzte abgeschlossene steuerliche Veranlagungszeitraum vor der Geburt maßgeblich, wenn die berechtigte Person in den Zeiträumen nach Absatz 1 oder Absatz 2 Einkommen aus selbstständiger Erwerbstätigkeit hatte. Haben im Bemessungszeitraum nach Satz 1 die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 2 oder Satz 3 vorgelegen, ist Absatz 2 Satz 2 mit der zusätzlichen Maßgabe anzuwenden, dass für die Ermittlung des Einkommens aus nichtselbstständiger Erwerbstätigkeit vor der Geburt der vorangegangene steuerliche Veranlagungszeitraum maßgeblich ist.

(4) Abweichend von Absatz 3 ist auf Antrag der berechtigten Person für die Ermittlung des Einkommens aus nichtselbstständiger Erwerbstätigkeit allein der Bemessungszeitraum nach Absatz 1 maßgeblich, wenn die zu berücksichtigende Summe der Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb und selbstständiger Arbeit nach § 2 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 3 des Einkommensteuergesetzes

1. in den jeweiligen steuerlichen Gewinnermittlungszeiträumen, die dem letzten abgeschlossenen steuerlichen Veranlagungszeitraum vor der Geburt des Kindes zugrunde liegen, durchschnittlich weniger als 35 Euro im Kalendermonat betrug und
2. in den jeweiligen steuerlichen Gewinnermittlungszeiträumen, die dem steuerlichen Veranlagungszeitraum der Geburt des Kindes zugrunde liegen, bis einschließlich zum Kalendermonat vor der Geburt des Kindes durchschnittlich weniger als 35 Euro im Kalendermonat betrug.

Abweichend von § 2 Absatz 1 Satz 3 Nummer 2 ist für die Berechnung des Elterngeldes im Fall des Satzes 1 allein das Einkommen aus nichtselbstständiger Erwerbstätigkeit maßgeblich. Die für die Entscheidung über den Antrag notwendige Ermittlung der Höhe der Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb und selbstständiger Arbeit erfolgt für die Zeiträume nach Satz 1 Nummer 1 entsprechend § 2d Absatz 2; in Fällen, in denen zum Zeitpunkt der Entscheidung kein Einkommensteuerbescheid vorliegt, und für den Zeitraum nach Satz 1 Nummer 2 erfolgt die Ermittlung der Höhe der Einkünfte entsprechend § 2d Absatz 3. Die Entscheidung über den Antrag erfolgt abschließend auf der Grundlage der Höhe der Einkünfte, wie sie sich aus den gemäß Satz 3 vorgelegten Nachweisen ergibt.

§ 2c

Einkommen aus nichtselbstständiger Erwerbstätigkeit

(1) Der monatlich durchschnittlich zu berücksichtigende Überschuss der Einnahmen aus nichtselbstständiger Arbeit in Geld oder Geldeswert über ein Zwölftel des Arbeitnehmer-Pauschbetrags, vermindert um die Abzüge für Steuern und Sozialabgaben nach den §§ 2e und 2f, ergibt das Einkommen aus nichtselbstständiger Erwerbstätigkeit. Nicht berücksichtigt werden Einnahmen, die im Lohnsteuerabzugsverfahren nach den lohnsteuerlichen Vorgaben als sonstige Bezüge zu behandeln sind. Die zeitliche Zuordnung von Einnahmen erfolgt nach den lohnsteuerlichen Vorgaben für das Lohnsteuerabzugsverfahren. Maßgeblich ist der Arbeitnehmer-Pauschbetrag nach § 9a Satz 1 Nummer 1 Buchstabe a des Einkommensteuergesetzes in der am 1. Januar des Kalenderjahres vor der Geburt des Kindes für dieses Jahr geltenden Fassung.

(2) Grundlage der Ermittlung der Einnahmen sind die Angaben in den für die maßgeblichen Kalendermonate erstellten Lohn- und Gehaltsbescheinigungen des Arbeitgebers. Die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben in den maßgeblichen Lohn- und Gehaltsbescheinigungen wird vermutet.

(3) Grundlage der Ermittlung der nach den §§ 2e und 2f erforderlichen Abzugsmerkmale für Steuern und Sozialabgaben sind die Angaben in der Lohn- und Gehaltsbescheinigung, die für den letzten Kalendermonat im Bemessungszeitraum mit Einnahmen nach Absatz 1 erstellt wurde. Soweit sich in den Lohn- und Gehaltsbescheinigungen des Bemessungszeitraums eine Angabe zu einem Abzugsmerkmal geändert hat, ist die von der Angabe nach Satz 1 abweichende Angabe maßgeblich, wenn sie in der überwiegenden Zahl der Kalendermonate des Bemessungszeitraums gegolten hat. § 2c Absatz 2 Satz 2 gilt entsprechend.

§ 2d

Einkommen aus selbstständiger Erwerbstätigkeit

(1) Die monatlich durchschnittlich zu berücksichtigende Summe der positiven Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb und selbstständiger Arbeit (Gewinneinkünfte), vermindert um die Abzüge für Steuern und Sozialabgaben nach den §§ 2e und 2f, ergibt das Einkommen aus selbstständiger Erwerbstätigkeit.

(2) Bei der Ermittlung der im Bemessungszeitraum zu berücksichtigenden Gewinneinkünfte sind die entsprechenden im Einkommensteuerbescheid ausgewiesenen Gewinne anzusetzen. Ist kein

Einkommensteuerbescheid zu erstellen, werden die Gewinneinkünfte in entsprechender Anwendung des Absatzes 3 ermittelt.

(3) Grundlage der Ermittlung der in den Bezugsmonaten zu berücksichtigenden Gewinneinkünfte ist eine Gewinnermittlung, die mindestens den Anforderungen des § 4 Absatz 3 des Einkommensteuergesetzes entspricht. Als Betriebsausgaben sind 25 Prozent der zugrunde gelegten Einnahmen oder auf Antrag die damit zusammenhängenden tatsächlichen Betriebsausgaben anzusetzen.

(4) Soweit nicht in § 2c Absatz 3 etwas anderes bestimmt ist, sind bei der Ermittlung der nach § 2e erforderlichen Abzugsmerkmale für Steuern die Angaben im Einkommensteuerbescheid maßgeblich. § 2c Absatz 3 Satz 2 gilt entsprechend.

(5) Die zeitliche Zuordnung von Einnahmen und Ausgaben erfolgt nach den einkommensteuerrechtlichen Grundsätzen.

§ 2e

Abzüge für Steuern

(1) Als Abzüge für Steuern sind Beträge für die Einkommensteuer, den Solidaritätszuschlag und, wenn die berechnete Person kirchensteuerpflichtig ist, die Kirchensteuer zu berücksichtigen. Die Abzüge für Steuern werden einheitlich für Einkommen aus nichtselbstständiger und selbstständiger Erwerbstätigkeit auf Grundlage einer Berechnung anhand des am 1. Januar des Kalenderjahres vor der Geburt des Kindes für dieses Jahr geltenden Programmablaufplans für die maschinelle Berechnung der vom Arbeitslohn einzubehaltenden Lohnsteuer, des Solidaritätszuschlags und der Maßstabsteuer für die Kirchenlohnsteuer im Sinne von § 39b Absatz 6 des Einkommensteuergesetzes nach den Maßgaben der Absätze 2 bis 5 ermittelt.

(2) Bemessungsgrundlage für die Ermittlung der Abzüge für Steuern ist die monatlich durchschnittlich zu berücksichtigende Summe der Einnahmen nach § 2c, soweit sie von der berechtigten Person zu versteuern sind, und der Gewinneinkünfte nach § 2d. Bei der Ermittlung der Abzüge für Steuern nach Absatz 1 werden folgende Pauschalen berücksichtigt:

1. der Arbeitnehmer-Pauschbetrag nach § 9a Satz 1 Nummer 1 Buchstabe a des Einkommensteuergesetzes, wenn die berechnete Person von ihr zu versteuernde Einnahmen hat, die unter § 2c fallen, und
2. eine Vorsorgepauschale
 - a) mit den Teilbeträgen nach § 39b Absatz 2 Satz 5 Nummer 3 Buchstabe b, c und e des Einkommensteuergesetzes, falls die berechnete Person von ihr zu versteuernde Einnahmen nach § 2c hat, ohne in der gesetzlichen Rentenversicherung oder einer vergleichbaren Einrichtung versicherungspflichtig gewesen zu sein, oder
 - b) mit den Teilbeträgen nach § 39b Absatz 2 Satz 5 Nummer 3 Buchstabe a bis c und e des Einkommensteuergesetzes in allen übrigen Fällen, wobei die Höhe der Teilbeträge ohne Berücksichtigung der besonderen Regelungen zur Berechnung der Beiträge nach § 55 Absatz 3 und § 58 Absatz 3 des Elften Buches Sozialgesetzbuch bestimmt wird.

(3) Als Abzug für die Einkommensteuer ist der Betrag anzusetzen, der sich unter Berücksichtigung der Steuerklasse und des Faktors nach § 39f des Einkommensteuergesetzes nach § 2c Absatz 3 ergibt; die Steuerklasse VI bleibt unberücksichtigt. War die berechnete Person im Bemessungszeitraum nach § 2b in keine Steuerklasse eingereiht oder ist ihr nach § 2d zu berücksichtigender Gewinn höher als ihr nach § 2c zu berücksichtigender Überschuss der Einnahmen über ein Zwölftel des Arbeitnehmer-Pauschbetrags, ist als Abzug für die Einkommensteuer der Betrag anzusetzen, der sich unter Berücksichtigung der Steuerklasse IV ohne Berücksichtigung eines Faktors nach § 39f des Einkommensteuergesetzes ergibt.

(4) Als Abzug für den Solidaritätszuschlag ist der Betrag anzusetzen, der sich nach den Maßgaben des Solidaritätszuschlagsgesetzes 1995 für die Einkommensteuer nach Absatz 3 ergibt. Freibeträge für Kinder werden nach den Maßgaben des § 3 Absatz 2a des Solidaritätszuschlagsgesetzes 1995 berücksichtigt.

(5) Als Abzug für die Kirchensteuer ist der Betrag anzusetzen, der sich unter Anwendung eines Kirchensteuersatzes von 8 Prozent für die Einkommensteuer nach Absatz 3 ergibt. Freibeträge für Kinder werden nach den Maßgaben des § 51a Absatz 2a des Einkommensteuergesetzes berücksichtigt.

(6) Vorbehaltlich der Absätze 2 bis 5 werden Freibeträge und Pauschalen nur berücksichtigt, wenn sie ohne weitere Voraussetzung jeder berechtigten Person zustehen.

§ 2f

Abzüge für Sozialabgaben

(1) Als Abzüge für Sozialabgaben sind Beträge für die gesetzliche Sozialversicherung oder für eine vergleichbare Einrichtung sowie für die Arbeitsförderung zu berücksichtigen. Die Abzüge für Sozialabgaben werden einheitlich für Einkommen aus nichtselbstständiger und selbstständiger Erwerbstätigkeit anhand folgender Beitragssatzpauschalen ermittelt:

1. 9 Prozent für die Kranken- und Pflegeversicherung, falls die berechnete Person in der gesetzlichen Krankenversicherung nach § 5 Absatz 1 Nummer 1 bis 12 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch versicherungspflichtig gewesen ist,
2. 10 Prozent für die Rentenversicherung, falls die berechnete Person in der gesetzlichen Rentenversicherung oder einer vergleichbaren Einrichtung versicherungspflichtig gewesen ist, und
3. 2 Prozent für die Arbeitsförderung, falls die berechnete Person nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch versicherungspflichtig gewesen ist.

(2) Bemessungsgrundlage für die Ermittlung der Abzüge für Sozialabgaben ist die monatlich durchschnittlich zu berücksichtigende Summe der Einnahmen nach § 2c und der Gewinneinkünfte nach § 2d. Einnahmen aus Beschäftigungen im Sinne des § 8, des § 8a oder des § 20 Absatz 3 Satz 1 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch werden nicht berücksichtigt. Für Einnahmen aus Beschäftigungsverhältnissen im Sinne des § 20 Absatz 2 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch ist der Betrag anzusetzen, der sich nach § 344 Absatz 4 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch für diese Einnahmen ergibt, wobei der Faktor im Sinne des § 163 Absatz 10 Satz 2 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch unter Zugrundelegung der Beitragssatzpauschalen nach Absatz 1 bestimmt wird.

(3) Andere Maßgaben zur Bestimmung der sozialversicherungsrechtlichen Beitragsbemessungsgrundlagen werden nicht berücksichtigt.

§ 3

Anrechnung von anderen Einnahmen

(1) Auf das der berechtigten Person nach § 2 oder nach § 2 in Verbindung mit § 2a zustehende Elterngeld werden folgende Einnahmen angerechnet:

1. Mutterschaftsleistungen

- a) in Form des Mutterschaftsgeldes nach dem Fünften Buch Sozialgesetzbuch oder nach dem Zweiten Gesetz über die Krankenversicherung der Landwirte mit Ausnahme des Mutterschaftsgeldes nach § 19 Absatz 2 des Mutterschutzgesetzes oder
- b) in Form des Zuschusses zum Mutterschaftsgeld nach § 20 des Mutterschutzgesetzes, die der berechtigten Person für die Zeit ab dem Tag der Geburt des Kindes zustehen,

2. Dienst- und Anwärterbezüge sowie Zuschüsse, die der berechtigten Person nach beamten- oder soldatenrechtlichen Vorschriften für die Zeit eines Beschäftigungsverbots ab dem Tag der Geburt des Kindes zustehen,

3. dem Elterngeld vergleichbare Leistungen, auf die eine nach § 1 berechnete Person außerhalb Deutschlands oder gegenüber einer über- oder zwischenstaatlichen Einrichtung Anspruch hat,

4. Elterngeld, das der berechtigten Person für ein älteres Kind zusteht, sowie

5. Einnahmen, die der berechtigten Person als Ersatz für Erwerbseinkommen zustehen und

- a) die nicht bereits für die Berechnung des Elterngeldes nach § 2 berücksichtigt werden oder
- b) bei deren Berechnung das Elterngeld nicht berücksichtigt wird.

Stehen der berechtigten Person die Einnahmen nur für einen Teil des Lebensmonats des Kindes zu, sind sie nur auf den entsprechenden Teil des Elterngeldes anzurechnen. Für jeden Kalendermonat, in dem Einnahmen nach Satz 1 Nummer 4 oder Nummer 5 im Bemessungszeitraum bezogen worden sind, wird der Anrechnungsbetrag um ein Zwölftel gemindert. Beginnt der Bezug von Einnahmen nach Satz 1 Nummer 5 nach der Geburt des Kindes und berechnen sich die anzurechnenden Einnahmen auf der Grundlage eines Einkommens, das geringer ist als das Einkommen aus Erwerbstätigkeit im Bemessungszeitraum, so ist der Teil des Elterngeldes in Höhe des nach § 2 Absatz 1 oder 2 maßgeblichen Prozentsatzes des Unterschiedsbetrages zwischen dem durchschnittlichen monatlichen Einkommen aus Erwerbstätigkeit im Bemessungszeitraum und dem durchschnittlichen monatlichen Bemessungseinkommen der anzurechnenden Einnahmen von der Anrechnung freigestellt.

(2) Bis zu einem Betrag von 300 Euro ist das Elterngeld von der Anrechnung nach Absatz 1 frei, soweit nicht Einnahmen nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 3 auf das Elterngeld anzurechnen sind. Dieser Betrag erhöht sich bei Mehrlingsgeburten um je 300 Euro für das zweite und jedes weitere Kind.

(3) Solange kein Antrag auf die in Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 genannten vergleichbaren Leistungen gestellt wird, ruht der Anspruch auf Elterngeld bis zur möglichen Höhe der vergleichbaren Leistung.

§ 4

Bezugsdauer, Anspruchsumfang

(1) Elterngeld wird als Basiselterngeld oder als Elterngeld Plus gewährt. Es kann ab dem Tag der Geburt bezogen werden. Basiselterngeld kann bis zur Vollendung des 14. Lebensmonats des Kindes bezogen werden. Elterngeld Plus kann bis zur Vollendung des 32. Lebensmonats bezogen werden, solange es ab dem 15. Lebensmonat in aufeinander folgenden Lebensmonaten von zumindest einem Elternteil in Anspruch genommen wird. Für angenommene Kinder und Kinder im Sinne des § 1 Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 kann Elterngeld ab Aufnahme bei der berechtigten Person längstens bis zur Vollendung des achten Lebensjahres des Kindes bezogen werden.

(2) Elterngeld wird in Monatsbeträgen für Lebensmonate des Kindes gezahlt. Der Anspruch endet mit dem Ablauf des Lebensmonats, in dem eine Anspruchsvoraussetzung entfallen ist.

(3) Die Eltern haben gemeinsam Anspruch auf zwölf Monatsbeträge Basiselterngeld. Ist das Einkommen aus Erwerbstätigkeit eines Elternteils in zwei Lebensmonaten gemindert, haben die Eltern gemeinsam Anspruch auf zwei weitere Monate Basiselterngeld (Partnermonate). Statt für einen Lebensmonat Basiselterngeld zu beanspruchen, kann die berechnete Person jeweils zwei Lebensmonate Elterngeld Plus beziehen.

(4) Ein Elternteil hat Anspruch auf höchstens zwölf Monatsbeträge Basiselterngeld zuzüglich der höchstens vier zustehenden Monatsbeträge Partnerschaftsbonus nach § 4b. Ein Elternteil hat nur Anspruch auf Elterngeld, wenn er es mindestens für zwei Lebensmonate bezieht. Lebensmonate des Kindes, in denen einem Elternteil nach § 3 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1

bis 3 anzurechnende Leistungen oder nach § 192 Absatz 5 Satz 2 des Versicherungsvertragsgesetzes Versicherungsleistungen zustehen, gelten als Monate, für die dieser Elternteil Basiselterngeld nach § 4a Absatz 1 bezieht.

(5) Abweichend von Absatz 3 Satz 1 beträgt der gemeinsame Anspruch der Eltern auf Basiselterngeld für ein Kind, das

1. mindestens sechs Wochen vor dem voraussichtlichen Tag der Entbindung geboren wurde: 13 Monatsbeträge Basiselterngeld;
2. mindestens acht Wochen vor dem voraussichtlichen Tag der Entbindung geboren wurde: 14 Monatsbeträge Basiselterngeld;
3. mindestens zwölf Wochen vor dem voraussichtlichen Tag der Entbindung geboren wurde: 15 Monatsbeträge Basiselterngeld;
4. mindestens 16 Wochen vor dem voraussichtlichen Tag der Entbindung geboren wurde: 16 Monatsbeträge Basiselterngeld.

Für die Berechnung des Zeitraums zwischen dem voraussichtlichen Tag der Entbindung und dem tatsächlichen Tag der Geburt ist der voraussichtliche Tag der Entbindung maßgeblich, wie er sich aus dem ärztlichen Zeugnis oder dem Zeugnis einer Hebamme oder eines Entbindungspflegers ergibt.

Im Fall von

1. Satz 1 Nummer 1
 - a) hat ein Elternteil abweichend von Absatz 4 Satz 1 Anspruch auf höchstens 13 Monatsbeträge Basiselterngeld zuzüglich der höchstens vier zustehenden Monatsbeträge Partnerschaftsbonus nach § 4b,
 - b) kann Basiselterngeld abweichend von Absatz 1 Satz 3 bis zur Vollendung des 15. Lebensmonats des Kindes bezogen werden und
 - c) kann Elterngeld Plus abweichend von Absatz 1 Satz 4 bis zur Vollendung des 32. Lebensmonats des Kindes bezogen werden, solange es ab dem 16. Lebensmonat in aufeinander folgenden Lebensmonaten von zumindest einem Elternteil in Anspruch genommen wird;
2. Satz 1 Nummer 2
 - a) hat ein Elternteil abweichend von Absatz 4 Satz 1 Anspruch auf höchstens 14 Monatsbeträge Basiselterngeld zuzüglich der höchstens vier zustehenden Monatsbeträge Partnerschaftsbonus nach § 4b,
 - b) kann Basiselterngeld abweichend von Absatz 1 Satz 3 bis zur Vollendung des 16. Lebensmonats des Kindes bezogen werden und
 - c) kann Elterngeld Plus abweichend von Absatz 1 Satz 4 bis zur Vollendung des 32. Lebensmonats des Kindes bezogen werden, solange es ab dem 17. Lebensmonat in aufeinander folgenden Lebensmonaten von zumindest einem Elternteil in Anspruch genommen wird;
3. Satz 1 Nummer 3
 - a) hat ein Elternteil abweichend von Absatz 4 Satz 1 Anspruch auf höchstens 15 Monatsbeträge Basiselterngeld zuzüglich der höchstens vier zustehenden Monatsbeträge Partnerschaftsbonus nach § 4b,
 - b) kann Basiselterngeld abweichend von Absatz 1 Satz 3 bis zur Vollendung des 17. Lebensmonats des Kindes bezogen werden und
 - c) kann Elterngeld Plus abweichend von Absatz 1 Satz 4 bis zur Vollendung des 32. Lebensmonats des Kindes bezogen werden, solange es ab dem 18. Lebensmonat in aufeinander folgenden Lebensmonaten von zumindest einem Elternteil in Anspruch genommen wird;
4. Satz 1 Nummer 4
 - a) hat ein Elternteil abweichend von Absatz 4 Satz 1 Anspruch auf höchstens 16 Monatsbeträge Basiselterngeld zuzüglich der höchstens vier zustehenden Monatsbeträge Partnerschaftsbonus nach § 4b,
 - b) kann Basiselterngeld abweichend von Absatz 1 Satz 3 bis zur Vollendung des 18. Lebensmonats des Kindes bezogen werden und
 - c) kann Elterngeld Plus abweichend von Absatz 1 Satz 4 bis zur Vollendung des 32. Lebensmonats des Kindes bezogen werden, solange es ab dem 19. Lebensmonat in aufeinander folgenden Lebensmonaten von zumindest einem Elternteil in Anspruch genommen wird.

(6) Ein gleichzeitiger Bezug von Basiselterngeld beider Elternteile ist nur in einem der ersten zwölf Lebensmonate des Kindes möglich. Bezieht einer der beiden Elternteile Elterngeld Plus, so kann dieser Elternteil das Elterngeld Plus gleichzeitig zum Bezug von Basiselterngeld oder von Elterngeld Plus des anderen Elternteils beziehen. § 4b bleibt unberührt. Abweichend von Satz 1 können bei Mehrlingsgeburten und Frühgeburten im Sinne des Absatzes 5 sowie bei Kindern, bei denen eine Behinderung im Sinne von § 2 Absatz 1 Satz 1 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch ärztlich festgestellt wird und bei

Kindern, die einen Geschwisterbonus nach § 2a Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 2 Satz 3 auslösen, beide Elternteile gleichzeitig Basiselterngeld beziehen.

§ 4a

Berechnung von Basiselterngeld und Elterngeld Plus

(1) Basiselterngeld wird allein nach den Vorgaben der §§ 2 bis 3 ermittelt.

(2) Elterngeld Plus wird nach den Vorgaben der §§ 2 bis 3 und den zusätzlichen Vorgaben der Sätze 2 und 3 ermittelt. Das Elterngeld Plus beträgt monatlich höchstens die Hälfte des Basiselterngeldes, das der berechtigten Person zustünde, wenn sie während des Elterngeldbezugs keine Einnahmen im Sinne des § 2 oder des § 3 hätte oder hat. Für die Berechnung des Elterngeldes Plus halbieren sich:

1. der Mindestbetrag für das Elterngeld nach § 2 Absatz 4 Satz 1,
2. der Mindestbetrag des Geschwisterbonus nach § 2a Absatz 1 Satz 1,
3. der Mehrlingszuschlag nach § 2a Absatz 4 sowie
4. die von der Anrechnung freigestellten Elterngeldbeträge nach § 3 Absatz 2.

§ 4b

Partnerschaftsbonus

(1) Wenn beide Elternteile

1. nicht weniger als 24 und nicht mehr als 32 Wochenstunden im Durchschnitt des Lebensmonats erwerbstätig sind und
2. die Voraussetzungen des § 1 erfüllen,

hat jeder Elternteil für diesen Lebensmonat Anspruch auf einen zusätzlichen Monatsbetrag Elterngeld Plus (Partnerschaftsbonus).

(2) Die Eltern haben je Elternteil Anspruch auf höchstens vier Monatsbeträge Partnerschaftsbonus. Sie können den Partnerschaftsbonus nur beziehen, wenn sie ihn jeweils für mindestens zwei Lebensmonate in Anspruch nehmen.

(3) Die Eltern können den Partnerschaftsbonus nur gleichzeitig und in aufeinander folgenden Lebensmonaten beziehen.

(4) Treten während des Bezugs des Partnerschaftsbonus die Voraussetzungen für einen alleinigen Bezug nach § 4c Absatz 1 Nummer 1 bis 3 ein, so kann der Bezug durch einen Elternteil nach § 4c Absatz 2 fortgeführt werden.

(5) Das Erfordernis des Bezugs in aufeinander folgenden Lebensmonaten nach Absatz 3 und § 4 Absatz 1 Satz 4 gilt auch dann als erfüllt, wenn sich während des Bezugs oder nach dem Ende des Bezugs herausstellt, dass die Voraussetzungen für den Partnerschaftsbonus nicht in allen Lebensmonaten, für die der Partnerschaftsbonus beantragt wurde, vorliegen oder vorlagen.

§ 4c

Alleiniger Bezug durch einen Elternteil

(1) Ein Elternteil kann abweichend von § 4 Absatz 4 Satz 1 zusätzlich auch das Elterngeld für die Partnermonate nach § 4 Absatz 3 Satz 3 beziehen, wenn das Einkommen aus Erwerbstätigkeit für zwei Lebensmonate gemindert ist und

1. bei diesem Elternteil die Voraussetzungen für den Entlastungsbetrag für Alleinerziehende nach § 24b Absatz 1 und 3 des Einkommensteuergesetzes vorliegen und der andere Elternteil weder mit ihm noch mit dem Kind in einer Wohnung lebt,
2. mit der Betreuung durch den anderen Elternteil eine Gefährdung des Kindeswohls im Sinne von § 1666 Absatz 1 und 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs verbunden wäre oder
3. die Betreuung durch den anderen Elternteil unmöglich ist, insbesondere, weil er wegen einer schweren Krankheit oder einer Schwerbehinderung sein Kind nicht betreuen kann; für die Feststellung der Unmöglichkeit der Betreuung bleiben wirtschaftliche Gründe und Gründe einer Verhinderung wegen anderweitiger Tätigkeiten außer Betracht.

(2) Liegt eine der Voraussetzungen des Absatzes 1 Nummer 1 bis 3 vor, so hat ein Elternteil, der in mindestens zwei bis höchstens vier aufeinander folgenden Lebensmonaten nicht weniger als 24 und nicht mehr als 32 Wochenstunden im Durchschnitt des Lebensmonats erwerbstätig ist, für diese Lebensmonate Anspruch auf zusätzliche Monatsbeträge Elterngeld Plus.

§ 4d

Weitere Berechtigte

Die §§ 4 bis 4c gelten in den Fällen des § 1 Absatz 3 und 4 entsprechend. Der Bezug von Elterngeld durch nicht sorgeberechtigte Elternteile und durch Personen, die nach § 1 Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 und 3 Anspruch auf Elterngeld haben, bedarf der Zustimmung des sorgeberechtigten Elternteils.

Abschnitt 2

Verfahren und Organisation

§ 5

Zusammentreffen von Ansprüchen

(1) Erfüllen beide Elternteile die Anspruchsvoraussetzungen, bestimmen sie, wer von ihnen die Monatsbeträge für welche Lebensmonate des Kindes in Anspruch nimmt.

(2) Beanspruchen beide Elternteile zusammen mehr als die ihnen nach § 4 Absatz 3 und § 4b oder nach § 4 Absatz 3 und § 4b in Verbindung mit § 4d zustehenden Monatsbeträge, so besteht der Anspruch eines Elternteils, der nicht über die Hälfte der zustehenden Monatsbeträge hinausgeht, ungekürzt; der Anspruch des anderen Elternteils wird gekürzt auf die vom Gesamtanspruch verbleibenden Monatsbeträge. Beansprucht jeder der beiden Elternteile mehr als die Hälfte der ihm zustehenden Monatsbeträge, steht jedem Elternteil die Hälfte des Gesamtanspruchs der Monatsbeträge zu.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten in den Fällen des § 1 Absatz 3 und 4 entsprechend. Wird eine Einigung mit einem nicht sorgeberechtigten Elternteil oder einer Person, die nach § 1 Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 und 3

Anspruch auf Elterngeld hat, nicht erzielt, so kommt es abweichend von Absatz 2 allein auf die Entscheidung des sorgeberechtigten Elternteils an.

§ 6

Auszahlung

Elterngeld wird im Laufe des Lebensmonats gezahlt, für den es bestimmt ist.

§ 7

Antragstellung

(1) Elterngeld ist schriftlich zu beantragen. Es wird rückwirkend nur für die letzten drei Lebensmonate vor Beginn des Lebensmonats geleistet, in dem der Antrag auf Elterngeld eingegangen ist. Im Antrag ist anzugeben, für welche Lebensmonate Basiselterngeld, für welche Lebensmonate Elterngeld Plus oder für welche Lebensmonate Partnerschaftsbonus beantragt wird.

(2) Die im Antrag getroffenen Entscheidungen können bis zum Ende des Bezugszeitraums geändert werden. Eine Änderung kann rückwirkend nur für die letzten drei Lebensmonate vor Beginn des Lebensmonats verlangt werden, in dem der Änderungsantrag eingegangen ist. Sie ist außer in den Fällen besonderer Härte unzulässig,

soweit Monatsbeträge bereits ausgezahlt sind. Abweichend von den Sätzen 2 und 3 kann für einen Lebensmonat, in dem bereits Elterngeld Plus bezogen wurde, nachträglich Basiselterngeld beantragt werden. Im Übrigen finden die für die Antragstellung geltenden Vorschriften auch auf den Änderungsantrag Anwendung.

(3) Der Antrag ist, außer im Fall des § 4c und der Antragstellung durch eine allein sorgeberechtigte Person, zu unterschreiben von der Person, die ihn stellt, und zur Bestätigung der Kenntnisnahme auch von der anderen berechtigten Person. Die andere berechnigte Person kann gleichzeitig

1. einen Antrag auf Elterngeld stellen oder
2. der Behörde anzeigen, wie viele Monatsbeträge sie beansprucht, wenn mit ihrem Anspruch die Höchstgrenzen nach § 4 Absatz 3 in Verbindung mit § 4b überschritten würden.

Liegt der Behörde von der anderen berechtigten Person weder ein Antrag auf Elterngeld noch eine Anzeige nach Satz 2 vor, so werden sämtliche Monatsbeträge der berechtigten Person ausgezahlt, die den Antrag gestellt hat; die andere berechnigte Person kann bei einem späteren Antrag abweichend von § 5 Absatz 2 nur die unter Berücksichtigung von § 4 Absatz 3 in Verbindung mit § 4b vom Gesamtanspruch verbleibenden Monatsbeträge erhalten.

§ 8

Auskunftspflicht, Nebenbestimmungen

(1) Soweit im Antrag auf Elterngeld Angaben zum voraussichtlichen Einkommen aus Erwerbstätigkeit gemacht wurden, ist nach Ablauf des Bezugszeitraums für diese Zeit das tatsächliche Einkommen aus Erwerbstätigkeit nachzuweisen.

(1a) Die Mitwirkungspflichten nach § 60 des Ersten Buches Sozialgesetzbuch gelten

1. im Falle des § 1 Absatz 8 Satz 2 auch für die andere Person im Sinne des § 1 Absatz 8 Satz 2 und
2. im Falle des § 4b oder des § 4b in Verbindung mit § 4d Satz 1 für beide Personen, die den Partnerschaftsbonus beantragt haben.

§ 65 Absatz 1 und 3 des Ersten Buches Sozialgesetzbuch gilt entsprechend.

(2) Elterngeld wird in den Fällen, in denen die berechtigte Person nach ihren Angaben im Antrag im Bezugszeitraum voraussichtlich kein Einkommen aus Erwerbstätigkeit haben wird, unter dem Vorbehalt des Widerrufs für den Fall gezahlt, dass sie entgegen ihren Angaben im Antrag Einkommen aus Erwerbstätigkeit hat. In den Fällen, in denen zum Zeitpunkt der Antragstellung der Steuerbescheid für den letzten abgeschlossenen steuerlichen Veranlagungszeitraum vor der Geburt des Kindes nicht vorliegt und nach den Angaben im Antrag die Beträge nach § 1 Absatz 8 voraussichtlich nicht überschritten werden, wird das Elterngeld unter dem Vorbehalt des Widerrufs für den Fall gezahlt, dass entgegen den Angaben im Antrag die Beträge nach § 1 Absatz 8 überschritten werden.

(3) Das Elterngeld wird bis zum Nachweis der jeweils erforderlichen Angaben vorläufig unter Berücksichtigung der glaubhaft gemachten Angaben gezahlt, wenn

1. zum Zeitpunkt der Antragstellung der Steuerbescheid für den letzten abgeschlossenen Veranlagungszeitraum vor der Geburt des Kindes nicht vorliegt und noch nicht angegeben werden kann, ob die Beträge nach § 1 Absatz 8 überschritten werden,
2. das Einkommen aus Erwerbstätigkeit vor der Geburt nicht ermittelt werden kann oder
3. die berechtigte Person nach den Angaben im Antrag auf Elterngeld im Bezugszeitraum voraussichtlich Einkommen aus Erwerbstätigkeit hat.

§ 9

Einkommens- und Arbeitszeitznachweis, Auskunftspflicht des Arbeitgebers

(1) Soweit es zum Nachweis des Einkommens aus Erwerbstätigkeit oder der wöchentlichen Arbeitszeit erforderlich ist, hat der Arbeitgeber der nach § 12 zuständigen Behörde für bei ihm Beschäftigte das Arbeitsentgelt, die für die Ermittlung der nach den §§ 2e und 2f erforderlichen Abzugsmerkmale für Steuern und Sozialabgaben sowie die Arbeitszeit auf Verlangen zu bescheinigen; das Gleiche gilt für ehemalige Arbeitgeber. Für die in Heimarbeit Beschäftigten und die ihnen Gleichgestellten (§ 1 Absatz 1 und 2 des Heimarbeitsgesetzes) tritt an die Stelle des Arbeitgebers der Auftraggeber oder Zwischenmeister.

(2) Für den Nachweis des Einkommens aus Erwerbstätigkeit kann die nach § 12 Absatz 1 zuständige Behörde auch das in § 108a Absatz 1 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch vorgesehene Verfahren zur elektronischen Abfrage und Übermittlung von Entgeltbescheinigungsdaten nutzen. Sie darf dieses Verfahren nur nutzen, wenn die betroffene Arbeitnehmerin oder der betroffene Arbeitnehmer zuvor in dessen Nutzung eingewilligt hat. Wenn der betroffene Arbeitgeber ein systemgeprüftes Entgeltabrechnungsprogramm nutzt, ist er verpflichtet, die jeweiligen Entgeltbescheinigungsdaten mit dem in § 108a Absatz 1 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch vorgesehenen Verfahren zu übermitteln.

§ 10

Verhältnis zu anderen Sozialleistungen

(1) Das Elterngeld und vergleichbare Leistungen der Länder sowie die nach § 3 auf die Leistung angerechneten Einnahmen oder Leistungen bleiben bei Sozialleistungen, deren Zahlung von anderen Einkommen abhängig ist, bis zu einer Höhe von insgesamt 300 Euro im Monat als Einkommen unberücksichtigt.

(2) Das Elterngeld und vergleichbare Leistungen der Länder sowie die nach § 3 auf die Leistung angerechneten Einnahmen oder Leistungen dürfen bis zu einer Höhe von insgesamt 300 Euro nicht dafür herangezogen werden, um auf Rechtsvorschriften beruhende Leistungen anderer, auf die kein Anspruch besteht, zu versagen.

(3) Soweit die berechtigte Person Elterngeld Plus bezieht, bleibt das Elterngeld nur bis zur Hälfte des Anrechnungsfreibetrags, der nach Abzug der anderen nach Absatz 1 nicht zu berücksichtigenden Einnahmen für das Elterngeld verbleibt, als Einkommen unberücksichtigt und darf nur bis zu dieser Höhe nicht dafür herangezogen werden, um auf Rechtsvorschriften beruhende Leistungen anderer, auf die kein Anspruch besteht, zu versagen.

(4) Die nach den Absätzen 1 bis 3 nicht zu berücksichtigenden oder nicht heranzuziehenden Beträge vervielfachen sich bei Mehrlingsgeburten mit der Zahl der geborenen Kinder.

(5) Die Absätze 1 bis 4 gelten nicht bei Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch, dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch, § 6a des Bundeskindergeldgesetzes und dem Asylbewerberleistungsgesetz. Bei den in Satz 1 bezeichneten Leistungen bleiben das Elterngeld und vergleichbare Leistungen der Länder sowie die nach § 3 auf das Elterngeld angerechneten Einnahmen in Höhe des nach § 2 Absatz 1 berücksichtigten Einkommens aus Erwerbstätigkeit vor der Geburt bis zu 300 Euro im Monat als Einkommen unberücksichtigt. Soweit die berechnete Person Elterngeld Plus bezieht, verringern sich die Beträge nach Satz 2 um die Hälfte. Abweichend von Satz 2 bleibt Mutterschaftsgeld gemäß § 19 des Mutterschutzgesetzes in voller Höhe unberücksichtigt.

(6) Die Absätze 1 bis 4 gelten entsprechend, soweit für eine Sozialleistung ein Kostenbeitrag erhoben werden kann, der einkommensabhängig ist.

§ 11

Unterhaltspflichten

Unterhaltsverpflichtungen werden durch die Zahlung des Elterngeldes und vergleichbarer Leistungen der Länder nur insoweit berührt, als die Zahlung 300 Euro monatlich übersteigt. Soweit die berechnete Person Elterngeld Plus bezieht, werden die Unterhaltspflichten insoweit berührt, als die Zahlung 150 Euro übersteigt. Die in den Sätzen 1 und 2 genannten Beträge vervielfachen sich bei Mehrlingsgeburten mit der Zahl der geborenen Kinder. Die Sätze 1 bis 3 gelten nicht in den Fällen des § 1361 Absatz 3, der §§ 1579, 1603 Absatz 2 und des § 1611 Absatz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

§ 12

Zuständigkeit; Bewirtschaftung der Mittel

(1) Die Landesregierungen oder die von ihnen beauftragten Stellen bestimmen die für die Ausführung dieses Gesetzes zuständigen Behörden. Zuständig ist die von den Ländern für die Durchführung dieses Gesetzes bestimmte Behörde des Bezirks, in dem das Kind, für das Elterngeld beansprucht wird, zum Zeitpunkt der ersten Antragstellung seinen inländischen Wohnsitz hat. Hat das Kind, für das Elterngeld beansprucht wird, in den Fällen des § 1 Absatz 2 zum Zeitpunkt der ersten Antragstellung keinen inländischen Wohnsitz, so ist die von den Ländern für die Durchführung dieses Gesetzes bestimmte Behörde des Bezirks zuständig, in dem die berechnete Person ihren letzten inländischen Wohnsitz hatte; hilfsweise ist die Behörde des Bezirks zuständig, in dem der entsendende Dienstherr oder Arbeitgeber der berechneten Person oder der Arbeitgeber des Ehegatten oder der Ehegattin der berechneten Person den inländischen Sitz hat.

(2) Den nach Absatz 1 zuständigen Behörden obliegt auch die Beratung zur Elternzeit.

(3) Der Bund trägt die Ausgaben für das Elterngeld. Die damit zusammenhängenden Einnahmen sind an den Bund abzuführen. Für die Ausgaben und die mit ihnen zusammenhängenden Einnahmen sind die Vorschriften über das Haushaltsrecht des Bundes einschließlich der Verwaltungsvorschriften anzuwenden.

§ 13

Rechtsweg

(1) Über öffentlich-rechtliche Streitigkeiten in Angelegenheiten der §§ 1 bis 12 entscheiden die Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit. § 85 Absatz 2 Nummer 2 des Sozialgerichtsgesetzes gilt mit der Maßgabe, dass die zuständige Stelle nach § 12 bestimmt wird.

(2) Widerspruch und Anfechtungsklage haben keine aufschiebende Wirkung.

§ 14

Bußgeldvorschriften

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. entgegen § 8 Absatz 1 einen Nachweis nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erbringt,
2. entgegen § 9 Absatz 1 eine dort genannte Angabe nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig bescheinigt,
3. entgegen § 60 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des Ersten Buches Sozialgesetzbuch, auch in Verbindung mit § 8 Absatz 1a Satz 1, eine Angabe nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig macht,
4. entgegen § 60 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 des Ersten Buches Sozialgesetzbuch, auch in Verbindung mit § 8 Absatz 1a Satz 1, eine Mitteilung nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig macht oder

5. entgegen § 60 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 des Ersten Buches Sozialgesetzbuch, auch in Verbindung mit § 8 Absatz 1a Satz 1, eine Beweisurkunde nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig vorlegt.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße von bis zu zweitausend Euro geahndet werden.
- (3) Verwaltungsbehörden im Sinne des § 36 Absatz 1 Nummer 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten sind die in § 12 Absatz 1 genannten Behörden.

Abschnitt 3

Elternzeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

§ 15

Anspruch auf Elternzeit

(1) Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben Anspruch auf Elternzeit, wenn sie

1. a) mit ihrem Kind,
- b) mit einem Kind, für das sie die Anspruchsvoraussetzungen nach § 1 Absatz 3 oder 4 erfüllen, oder
- c) mit einem Kind, das sie in Vollzeitpflege nach § 33 des Achten Buches Sozialgesetzbuch aufgenommen haben, in einem Haushalt leben und
2. dieses Kind selbst betreuen und erziehen.

Nicht sorgeberechtigte Elternteile und Personen, die nach Satz 1 Nummer 1 Buchstabe b und c Elternzeit nehmen können, bedürfen der Zustimmung des sorgeberechtigten Elternteils.

(1a) Anspruch auf Elternzeit haben Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch, wenn sie mit ihrem Enkelkind in einem Haushalt leben und dieses Kind selbst betreuen und erziehen und

1. ein Elternteil des Kindes minderjährig ist oder
2. ein Elternteil des Kindes sich in einer Ausbildung befindet, die vor Vollendung des 18. Lebensjahres begonnen wurde und die Arbeitskraft des Elternteils im Allgemeinen voll in Anspruch nimmt.

Der Anspruch besteht nur für Zeiten, in denen keiner der Elternteile des Kindes selbst Elternzeit beansprucht.

(2) Der Anspruch auf Elternzeit besteht bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres eines Kindes. Ein Anteil von bis zu 24 Monaten kann zwischen dem dritten Geburtstag und dem vollendeten achten Lebensjahr des Kindes in Anspruch genommen werden. Die Zeit der Mutterschutzfrist nach § 3 Absatz 2 und 3 des Mutterschutzgesetzes wird für die Elternzeit der Mutter auf die Begrenzung nach den Sätzen 1 und 2 angerechnet. Bei mehreren Kindern besteht der Anspruch auf Elternzeit für jedes Kind, auch wenn sich die Zeiträume im Sinne der Sätze 1 und 2 überschneiden. Bei einem angenommenen Kind und bei einem Kind in Vollzeit- oder Adoptionspflege kann Elternzeit von insgesamt bis zu drei Jahren ab der Aufnahme bei der berechtigten Person, längstens bis zur Vollendung des achten Lebensjahres des Kindes genommen werden; die Sätze 2 und 4 sind entsprechend anwendbar, soweit sie die zeitliche Aufteilung regeln. Der Anspruch kann nicht durch Vertrag ausgeschlossen oder beschränkt werden.

(3) Die Elternzeit kann, auch anteilig, von jedem Elternteil allein oder von beiden Elternteilen gemeinsam genommen werden. Satz 1 gilt in den Fällen des Absatzes 1 Satz 1 Nummer 1 Buchstabe b und c entsprechend.

(4) Der Arbeitnehmer oder die Arbeitnehmerin darf während der Elternzeit nicht mehr als 32 Wochenstunden im Durchschnitt des Monats erwerbstätig sein. Eine im Sinne des § 23 des Achten Buches Sozialgesetzbuch geeignete Tagespflegeperson darf bis zu fünf Kinder in Tagespflege betreuen, auch wenn die wöchentliche Betreuungszeit 32 Stunden übersteigt. Teilzeitarbeit bei einem anderen Arbeitgeber oder selbstständige Tätigkeit nach Satz 1 bedürfen der Zustimmung des Arbeitgebers. Dieser kann sie nur innerhalb von vier Wochen aus dringenden betrieblichen Gründen schriftlich ablehnen.

(5) Der Arbeitnehmer oder die Arbeitnehmerin kann eine Verringerung der Arbeitszeit und ihre Verteilung beantragen. Der Antrag kann mit der schriftlichen Mitteilung nach Absatz 7 Satz 1 Nummer 5 verbunden werden. Über den Antrag sollen sich der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer oder die Arbeitnehmerin innerhalb von vier Wochen einigen. Lehnt der Arbeitgeber den Antrag ab, so hat er dies dem Arbeitnehmer oder der Arbeitnehmerin innerhalb der Frist nach Satz 3 mit einer Begründung mitzuteilen. Unberührt bleibt das Recht, sowohl die vor der Elternzeit bestehende Teilzeitarbeit unverändert während der Elternzeit fortzusetzen, soweit Absatz 4 beachtet ist, als auch nach der Elternzeit zu der Arbeitszeit zurückzukehren, die vor Beginn der Elternzeit vereinbart war.

(6) Der Arbeitnehmer oder die Arbeitnehmerin kann gegenüber dem Arbeitgeber, soweit eine Einigung nach Absatz 5 nicht möglich ist, unter den Voraussetzungen des Absatzes 7 während der Gesamtdauer der Elternzeit zweimal eine Verringerung seiner oder ihrer Arbeitszeit beanspruchen.

(7) Für den Anspruch auf Verringerung der Arbeitszeit gelten folgende Voraussetzungen:

1. Der Arbeitgeber beschäftigt, unabhängig von der Anzahl der Personen in Berufsbildung, in der Regel mehr als 15 Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen,
2. das Arbeitsverhältnis in demselben Betrieb oder Unternehmen besteht ohne Unterbrechung länger als sechs Monate,
3. die vertraglich vereinbarte regelmäßige Arbeitszeit soll für mindestens zwei Monate auf einen Umfang von nicht weniger als 15 und nicht mehr als 32 Wochenstunden im Durchschnitt des Monats verringert werden,
4. dem Anspruch stehen keine dringenden betrieblichen Gründe entgegen und
5. der Anspruch auf Teilzeit wurde dem Arbeitgeber
 - a) für den Zeitraum bis zum vollendeten dritten Lebensjahr des Kindes sieben Wochen und
 - b) für den Zeitraum zwischen dem dritten Geburtstag und dem vollendeten achten Lebensjahr des Kindes 13 Wochen vor Beginn der Teilzeittätigkeit schriftlich mitgeteilt.

Der Antrag muss den Beginn und den Umfang der verringerten Arbeitszeit enthalten. Die gewünschte Verteilung der verringerten Arbeitszeit soll im Antrag angegeben werden. Falls der Arbeitgeber die beanspruchte Verringerung oder Verteilung der Arbeitszeit ablehnt, muss die Ablehnung innerhalb der in Satz 5 genannten Frist und mit schriftlicher Begründung erfolgen. Hat ein Arbeitgeber die Verringerung der Arbeitszeit

1. in einer Elternzeit zwischen der Geburt und dem vollendeten dritten Lebensjahr des Kindes nicht spätestens vier Wochen nach Zugang des Antrags oder
2. in einer Elternzeit zwischen dem dritten Geburtstag und dem vollendeten achten Lebensjahr des Kindes nicht spätestens acht Wochen nach Zugang des Antrags

schriftlich abgelehnt, gilt die Zustimmung als erteilt und die Verringerung der Arbeitszeit entsprechend den Wünschen der Arbeitnehmerin oder des Arbeitnehmers als festgelegt. Haben Arbeitgeber und Arbeitnehmerin oder Arbeitnehmer über die Verteilung der Arbeitszeit kein Einvernehmen nach Absatz 5 Satz 2 erzielt und hat der Arbeitgeber nicht innerhalb der in Satz 5 genannten Fristen die gewünschte Verteilung schriftlich abgelehnt, gilt die Verteilung der Arbeitszeit entsprechend den Wünschen der Arbeitnehmerin oder des Arbeitnehmers als festgelegt. Soweit der Arbeitgeber den Antrag auf Verringerung oder Verteilung der Arbeitszeit rechtzeitig ablehnt, kann die Arbeitnehmerin oder der Arbeitnehmer Klage vor dem Gericht für Arbeitssachen erheben.

§ 16

Inanspruchnahme der Elternzeit

(1) Wer Elternzeit beanspruchen will, muss sie

1. für den Zeitraum bis zum vollendeten dritten Lebensjahr des Kindes spätestens sieben Wochen und
2. für den Zeitraum zwischen dem dritten Geburtstag und dem vollendeten achten Lebensjahr des Kindes spätestens 13 Wochen

vor Beginn der Elternzeit schriftlich vom Arbeitgeber verlangen. Verlangt die Arbeitnehmerin oder der Arbeitnehmer Elternzeit nach Satz 1 Nummer 1, muss sie oder er gleichzeitig erklären, für welche Zeiten innerhalb von zwei Jahren Elternzeit genommen werden soll. Bei dringenden Gründen ist ausnahmsweise eine angemessene kürzere Frist möglich. Nimmt die Mutter die Elternzeit im Anschluss an die Mutterschutzfrist, wird die Zeit der Mutterschutzfrist nach § 3 Absatz 2 und 3 des Mutterschutzgesetzes auf den Zeitraum nach Satz 2 angerechnet. Nimmt die Mutter die Elternzeit im Anschluss an einen auf die Mutterschutzfrist folgenden Erholungsurlaub, werden die Zeit der Mutterschutzfrist nach § 3 Absatz 2 und 3 des Mutterschutzgesetzes und die Zeit des Erholungsurlaubs auf den Zweijahreszeitraum nach Satz 2 angerechnet. Jeder Elternteil kann seine Elternzeit auf drei Zeitabschnitte verteilen; eine Verteilung auf weitere Zeitabschnitte ist nur mit der Zustimmung des Arbeitgebers möglich. Der Arbeitgeber kann die Inanspruchnahme eines dritten Abschnitts einer Elternzeit innerhalb von acht Wochen nach Zugang des Antrags aus dringenden betrieblichen Gründen ablehnen, wenn dieser Abschnitt im Zeitraum zwischen dem dritten Geburtstag und dem vollendeten achten Lebensjahr des Kindes liegen soll. Der Arbeitgeber hat dem Arbeitnehmer oder der Arbeitnehmerin die Elternzeit zu bescheinigen. Bei einem Arbeitgeberwechsel ist bei der Anmeldung der Elternzeit auf Verlangen des neuen Arbeitgebers eine Bescheinigung des früheren Arbeitgebers über bereits genommene Elternzeit durch die Arbeitnehmerin oder den Arbeitnehmer vorzulegen.

(2) Können Arbeitnehmerinnen aus einem von ihnen nicht zu vertretenden Grund eine sich unmittelbar an die Mutterschutzfrist des § 3 Absatz 2 und 3 des Mutterschutzgesetzes anschließende Elternzeit nicht rechtzeitig verlangen, können sie dies innerhalb einer Woche nach Wegfall des Grundes nachholen.

(3) Die Elternzeit kann vorzeitig beendet oder im Rahmen des § 15 Absatz 2 verlängert werden, wenn der Arbeitgeber zustimmt. Die vorzeitige Beendigung wegen der Geburt eines weiteren Kindes oder in Fällen besonderer Härte, insbeson-

dere bei Eintritt einer schweren Krankheit, Schwerbehinderung oder Tod eines Elternteils oder eines Kindes der berechtigten Person oder bei erheblich gefährdeter wirtschaftlicher Existenz der Eltern nach Inanspruchnahme der Elternzeit, kann der Arbeitgeber unbeschadet von Satz 3 nur innerhalb von vier Wochen aus dringenden betrieblichen Gründen schriftlich ablehnen. Die Elternzeit kann zur Inanspruchnahme der Schutzfristen des § 3 des Mutterschutzgesetzes auch ohne Zustimmung des Arbeitgebers vorzeitig beendet werden; in diesen Fällen soll die Arbeitnehmerin dem Arbeitgeber die Beendigung der Elternzeit rechtzeitig mitteilen. Eine Verlängerung der Elternzeit kann verlangt werden, wenn ein vorgesehener Wechsel der Anspruchsberechtigten aus einem wichtigen Grund nicht erfolgen kann.

(4) Stirbt das Kind während der Elternzeit, endet diese spätestens drei Wochen nach dem Tod des Kindes.

(5) Eine Änderung in der Anspruchsberechtigung hat der Arbeitnehmer oder die Arbeitnehmerin dem Arbeitgeber unverzüglich mitzuteilen.

§ 17

Urlaub

(1) Der Arbeitgeber kann den Erholungsurlaub, der dem Arbeitnehmer oder der Arbeitnehmerin für das Urlaubsjahr zusteht, für jeden vollen Kalendermonat der Elternzeit um ein Zwölftel kürzen. Dies gilt nicht, wenn der Arbeitnehmer oder die Arbeitnehmerin während der Elternzeit bei seinem oder ihrem Arbeitgeber Teilzeitarbeit leistet.

(2) Hat der Arbeitnehmer oder die Arbeitnehmerin den ihm oder ihr zustehenden Urlaub vor dem Beginn der Elternzeit nicht oder nicht vollständig erhalten, hat der Arbeitgeber den Resturlaub nach der Elternzeit im laufenden oder im nächsten Urlaubsjahr zu gewähren.

(3) Endet das Arbeitsverhältnis während der Elternzeit oder wird es im Anschluss an die Elternzeit nicht fortgesetzt, so hat der Arbeitgeber den noch nicht gewährten Urlaub abzugelten.

(4) Hat der Arbeitnehmer oder die Arbeitnehmerin vor Beginn der Elternzeit mehr Urlaub erhalten, als ihm oder ihr nach Absatz 1 zusteht, kann der Arbeitgeber den Urlaub, der dem Arbeitnehmer oder der Arbeitnehmerin nach dem Ende der Elternzeit zusteht, um die zu viel gewährten Urlaubstage kürzen.

§ 18

Kündigungsschutz

(1) Der Arbeitgeber darf das Arbeitsverhältnis ab dem Zeitpunkt, von dem an Elternzeit verlangt worden ist, nicht kündigen. Der Kündigungsschutz nach Satz 1 beginnt

1. frühestens acht Wochen vor Beginn einer Elternzeit bis zum vollendeten dritten Lebensjahr des Kindes und
2. frühestens 14 Wochen vor Beginn einer Elternzeit zwischen dem dritten Geburtstag und dem vollendeten achten Lebensjahr des Kindes.

Während der Elternzeit darf der Arbeitgeber das Arbeitsverhältnis nicht kündigen. In besonderen Fällen kann ausnahmsweise eine Kündigung für zulässig erklärt werden. Die Zulässigkeitserklärung erfolgt durch die für den Arbeitsschutz zuständige oberste Landesbehörde oder die von ihr bestimmte Stelle. Die Bundesregierung kann mit Zustimmung des Bundesrates allgemeine Verwaltungsvorschriften zur Durchführung des Satzes 4 erlassen.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend, wenn Arbeitnehmer oder Arbeitnehmerinnen

1. während der Elternzeit bei demselben Arbeitgeber Teilzeitarbeit leisten oder
2. ohne Elternzeit in Anspruch zu nehmen, Teilzeitarbeit leisten und Anspruch auf Elterngeld nach § 1 während des Zeitraums nach § 4 Absatz 1 Satz 2, 3 und 5 haben.

§ 19

Kündigung zum Ende der Elternzeit

Der Arbeitnehmer oder die Arbeitnehmerin kann das Arbeitsverhältnis zum Ende der Elternzeit nur unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von drei Monaten kündigen.

§ 20

Zur Berufsbildung Beschäftigte, in Heimarbeit Beschäftigte

(1) Die zu ihrer Berufsbildung Beschäftigten gelten als Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen im Sinne dieses Gesetzes. Die Elternzeit wird auf die Dauer einer Berufsausbildung nicht angerechnet, es sei denn, dass während der Elternzeit die Berufsausbildung nach § 7a des Berufsbildungsgesetzes oder § 27b der Handwerksordnung in Teilzeit durchgeführt wird. § 15 Absatz 4 Satz 1 bleibt unberührt.

(2) Anspruch auf Elternzeit haben auch die in Heimarbeit Beschäftigten und die ihnen Gleichgestellten (§ 1 Absatz 1 und 2 des Heimarbeitsgesetzes), soweit sie am Stück mitarbeiten. Für sie tritt an die Stelle des Arbeitgebers der Auftraggeber oder Zwischenmeister und an die Stelle des Arbeitsverhältnisses das Beschäftigungsverhältnis.

§ 21

Befristete Arbeitsverträge

(1) Ein sachlicher Grund, der die Befristung eines Arbeitsverhältnisses rechtfertigt, liegt vor, wenn ein Arbeitnehmer oder eine Arbeitnehmerin zur Vertretung eines anderen Arbeitnehmers oder einer anderen Arbeitnehmerin für die Dauer eines Beschäftigungsverbotes nach dem Mutterschutzgesetz, einer Elternzeit, einer auf Tarifvertrag, Betriebsvereinbarung oder einzelvertraglicher Vereinbarung beruhenden Arbeitsfreistellung zur Betreuung eines Kindes oder für diese Zeiten zusammen oder für Teile davon eingestellt wird.

(2) Über die Dauer der Vertretung nach Absatz 1 hinaus ist die Befristung für notwendige Zeiten einer Einarbeitung zulässig.

(3) Die Dauer der Befristung des Arbeitsvertrags muss kalendermäßig bestimmt oder bestimmbar oder den in den Absätzen 1 und 2 genannten Zwecken zu entnehmen sein.

(4) Der Arbeitgeber kann den befristeten Arbeitsvertrag unter Einhaltung einer Frist von mindestens drei Wochen, jedoch frühestens zum Ende der Elternzeit, kündigen, wenn die Elternzeit ohne Zustimmung des Arbeitgebers vorzeitig endet und der Arbeitnehmer oder die Arbeitnehmerin die vorzeitige Beendigung der Elternzeit mitgeteilt hat. Satz 1 gilt entsprechend, wenn der Arbeitgeber die vorzeitige Beendigung der Elternzeit in den Fällen des § 16 Absatz 3 Satz 2 nicht ablehnen darf.

(5) Das Kündigungsschutzgesetz ist im Falle des Absatzes 4 nicht anzuwenden.

(6) Absatz 4 gilt nicht, soweit seine Anwendung vertraglich ausgeschlossen ist.

(7) Wird im Rahmen arbeitsrechtlicher Gesetze oder Verordnungen auf die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen abgestellt, so sind bei der Ermittlung dieser Zahl Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, die sich in der Elternzeit befinden oder zur Betreuung eines Kindes freigestellt sind, nicht mitzuzählen, solange für sie aufgrund von Absatz 1 ein Vertreter oder eine Vertreterin eingestellt ist. Dies gilt nicht, wenn der Vertreter oder die Vertreterin nicht mitzuzählen ist. Die Sätze 1 und 2 gelten entsprechend, wenn im Rahmen arbeitsrechtlicher Gesetze oder Verordnungen auf die Zahl der Arbeitsplätze abgestellt wird.

Abschnitt 4

Statistik und Schlussvorschriften

§ 22

Bundesstatistik

(1) Zur Beurteilung der Auswirkungen dieses Gesetzes sowie zu seiner Fortentwicklung sind laufende Erhebungen zum Bezug von Elterngeld als Bundesstatistiken durchzuführen. Die Erhebungen erfolgen zentral beim Statistischen Bundesamt.

(2) Die Statistik zum Bezug von Elterngeld erfasst vierteljährlich zum jeweils letzten Tag des aktuellen und der vorangegangenen zwei Kalendermonate für Personen, die in einem dieser Kalendermonate Elterngeld bezogen haben, für jedes den Anspruch auslösende Kind folgende Erhebungsmerkmale:

1. Art der Berechtigung nach § 1,
2. Grundlagen der Berechnung des zustehenden Monatsbetrags nach Art und Höhe (§ 2 Absatz 1, 2, 3 oder 4, § 2a Absatz 1 oder 4, § 2c, die §§ 2d, 2e oder § 2f),
3. Höhe und Art des zustehenden Monatsbetrags (§ 4a Absatz 1 und 2 Satz 1) ohne die Berücksichtigung der Einnahmen nach § 3,
4. Art und Höhe der Einnahmen nach § 3,
5. Inanspruchnahme der als Partnerschaftsbonus gewährten Monatsbeträge nach § 4b Absatz 1 und der weiteren Monatsbeträge Elterngeld Plus nach § 4c Absatz 2,
6. Höhe des monatlichen Auszahlungsbetrags,
7. Geburtstag des Kindes,
8. für die Elterngeld beziehende Person:
 - a) Geschlecht, Geburtsjahr und -monat,
 - b) Staatsangehörigkeit,

- c) Wohnsitz oder gewöhnlicher Aufenthalt,
- d) Familienstand und unverheiratetes Zusammenleben mit dem anderen Elternteil,
- e) Vorliegen der Voraussetzungen nach § 4c Absatz 1 Nummer 1 und
- f) Anzahl der im Haushalt lebenden Kinder.

Die Angaben nach den Nummern 2, 3, 5 und 6 sind für jeden Lebensmonat des Kindes bezogen auf den nach § 4 Absatz 1 möglichen Zeitraum des Leistungsbezugs zu melden.

(3) Hilfsmerkmale sind:

1. Name und Anschrift der zuständigen Behörde,
2. Name und Telefonnummer sowie Adresse für elektronische Post der für eventuelle Rückfragen zur Verfügung stehenden Person und
3. Kennnummer des Antragstellers oder der Antragstellerin.

§ 23

Auskunftspflicht; Datenübermittlung an das Statistische Bundesamt

(1) Für die Erhebung nach § 22 besteht Auskunftspflicht. Die Angaben nach § 22 Absatz 4 Nummer 2 sind freiwillig. Auskunftspflichtig sind die nach § 12 Absatz 1 zuständigen Stellen.

(2) Der Antragsteller oder die Antragstellerin ist gegenüber den nach § 12 Absatz 1 zuständigen Stellen zu den Erhebungsmerkmalen nach § 22 Absatz 2 und 3 auskunftspflichtig. Die zuständigen Stellen nach § 12 Absatz 1 dürfen die Angaben nach § 22 Absatz 2 Satz 1 Nummer 8 und Absatz 3 Satz 1 Nummer 4, soweit sie für den Vollzug dieses Gesetzes nicht erforderlich sind, nur durch technische und organisatorische Maßnahmen getrennt von den übrigen Daten nach § 22 Absatz 2 und 3 und nur für die Übermittlung an das Statistische Bundesamt verwenden und haben diese unverzüglich nach Übermittlung an das Statistische Bundesamt zu löschen.

(3) Die in sich schlüssigen Angaben sind als Einzeldatensätze elektronisch bis zum Ablauf von 30 Arbeitstagen nach Ablauf des Berichtszeitraums an das Statistische Bundesamt zu übermitteln.

§ 24

Übermittlung von Tabellen mit statistischen Ergebnissen durch das Statistische Bundesamt

Zur Verwendung gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften und zu Zwecken der Planung, jedoch nicht zur Regelung von Einzelfällen, übermittelt das Statistische Bundesamt Tabellen mit statistischen Ergebnissen, auch soweit Tabellenfelder nur einen einzigen Fall ausweisen, an die fachlich zuständigen obersten Bundes- oder Landesbehörden. Tabellen, deren Tabellenfelder nur einen einzigen Fall ausweisen, dürfen nur dann übermittelt werden, wenn sie nicht differenzierter als auf Regierungsbezirksebene, im Falle der Stadtstaaten auf Bezirksebene, aufbereitet sind.

§ 24a

Übermittlung von Einzelangaben durch das Statistische Bundesamt

(1) Zur Abschätzung von Auswirkungen der Änderungen dieses Gesetzes im Rahmen der Zwecke nach § 24 übermittelt das Statistische Bundesamt auf Anforderung des fachlich zuständigen Bundesministeriums diesem oder von ihm beauftragten Forschungseinrichtungen Einzelangaben ab dem Jahr 2007 ohne Hilfsmerkmale mit Ausnahme des Merkmals nach § 22 Absatz 4 Nummer 3 für die Entwicklung und den Betrieb von Mikrosimulationsmodellen. Die Einzelangaben dürfen nur im hierfür erforderlichen Umfang und mittels eines sicheren Datentransfers übermittelt werden.

(2) Bei der Verarbeitung der Daten nach Absatz 1 ist das Statistikgeheimnis nach § 16 des Bundesstatistikgesetzes zu wahren. Dafür ist die Trennung von statistischen und nichtstatistischen Aufgaben durch Organisation und Verfahren zu gewährleisten. Die nach Absatz 1 übermittelten Daten dürfen nur für die Zwecke verwendet werden, für die sie übermittelt wurden. Die übermittelten Einzeldaten sind nach dem Erreichen des Zweckes zu löschen, zu dem sie übermittelt wurden.

(3) Personen, die Empfängerinnen und Empfänger von Einzelangaben nach Absatz 1 Satz 1 sind, unterliegen der Pflicht zur Geheimhaltung nach § 16 Absatz 1 und 10 des Bundesstatistikgesetzes. Personen, die Einzelangaben nach Absatz 1 Satz 1 erhalten sollen, müssen Amtsträger oder für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichtete sein. Personen, die Einzelangaben erhalten sollen und die nicht Amtsträger oder für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichtete sind, sind vor der Übermittlung zur Geheimhaltung zu verpflichten. § 1 Absatz 2, 3 und 4 Nummer 2 des Verpflichtungsgesetzes vom 2. März 1974 (BGBl. I S. 469, 547), das durch § 1 Nummer 4 des Gesetzes vom 15. August 1974 (BGBl. I S. 1942) geändert worden ist, gilt in der jeweils geltenden Fassung entsprechend. Die Empfängerinnen und Empfänger von Einzelangaben dürfen aus ihrer Tätigkeit gewonnene Erkenntnisse nur für die in Absatz 1 genannten Zwecke verwenden.

§ 24b

Elektronische Unterstützung bei der Antragstellung

(1) Zur elektronischen Unterstützung bei der Antragstellung kann der Bund ein Internetportal einrichten und betreiben. Das Internetportal ermöglicht das elektronische Ausfüllen der Antragsformulare der Länder sowie die Übermittlung der Daten aus dem Antragsformular an die nach § 12 zuständige Behörde. Zuständig für Einrichtung und Betrieb des Internetportals ist das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Die Ausführung dieses Gesetzes durch die nach § 12 zuständigen Behörden bleibt davon unberührt.

(2) Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ist für das Internetportal datenschutzrechtlich verantwortlich. Für die elektronische Unterstützung bei der Antragstellung darf das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend die zur Beantragung von Elterngeld erforderlichen personenbezogenen Daten sowie die in § 22 genannten statistischen Erhebungsmerkmale verarbeiten, sofern der Nutzer in die Verarbeitung eingewilligt hat. Die statistischen Erhebungsmerkmale einschließlich der zur Beantragung von Elterngeld erforderlichen personenbezogenen Daten sind nach Beendigung der Nutzung des Internetportals unverzüglich zu löschen.

§ 25

Datenübermittlung durch die Standesämter

Beantragt eine Person Elterngeld, so darf das für die Entgegennahme der Anzeige der Geburt zuständige Standesamt der nach § 12 Absatz 1 zuständigen Behörde die erforderlichen Daten über die Beurkundung der Geburt eines Kindes elektronisch übermitteln, wenn die antragstellende Person zuvor in die elektronische Datenübermittlung eingewilligt hat.

§ 26

Anwendung der Bücher des Sozialgesetzbuches

(1) Soweit dieses Gesetz zum Elterngeld keine ausdrückliche Regelung trifft, ist bei der Ausführung des Ersten, Zweiten und Dritten Abschnitts das Erste Kapitel des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch anzuwenden.

(2) § 328 Absatz 3 und § 331 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch gelten entsprechend.

§ 27

Sonderregelung aus Anlass der COVID-19-Pandemie

(1) Übt ein Elternteil eine systemrelevante Tätigkeit aus, so kann sein Bezug von Elterngeld auf Antrag für die Zeit vom 1. März 2020 bis 31. Dezember 2020 aufgeschoben werden. Der Bezug der verschobenen Lebensmonate ist spätestens bis zum 30. Juni 2021 anzutreten. Wird von der Möglichkeit des Aufschubs Gebrauch gemacht, so kann das Basiselterngeld abweichend von § 4 Absatz 1 Satz 2 und 3 auch noch nach Vollendung des 14. Lebensmonats bezogen werden. In der Zeit vom 1. März 2020 bis 30. Juni 2021 entstehende Lücken im Elterngeldbezug sind abweichend von § 4 Absatz 1 Satz 4 unschädlich.

(2) Für ein Verschieben des Partnerschaftsbonus genügt es, wenn nur ein Elternteil einen systemrelevanten Beruf ausübt. Hat der Bezug des Partnerschaftsbonus bereits begonnen, so gelten allein die Bestimmungen des Absatzes 3.

(3) Liegt der Bezug des Partnerschaftsbonus ganz oder teilweise vor dem Ablauf des 23. September 2022 und kann die berechnete Person die Voraussetzungen des Bezugs aufgrund der COVID-19-Pandemie nicht einhalten, gelten die Angaben zur Höhe des Einkommens und zum Umfang der Arbeitszeit, die bei der Beantragung des Partnerschaftsbonus glaubhaft gemacht worden sind.

(4) (weggefallen)

§ 28

Übergangsvorschrift

(1) Für die vor dem 1. September 2021 geborenen oder mit dem Ziel der Adoption aufgenommenen Kinder ist dieses Gesetz in der bis zum 31. August 2021 geltenden Fassung weiter anzuwenden.

(1a) Für die nach dem 31. August 2021 und vor dem 1. April 2024 geborenen oder mit dem Ziel der Adoption aufgenommenen Kinder ist dieses Gesetz in der bis zum 31. März 2024 geltenden Fassung weiter anzuwenden.

(1b) Soweit dieses Gesetz Mutterschaftsgeld nach dem Fünften Buch Sozialgesetzbuch oder nach dem Zweiten Gesetz über die Krankenversicherung der Landwirte in Bezug nimmt, gelten die betreffenden Regelungen für Mutterschaftsgeld nach der Reichsversicherungsordnung oder nach dem Gesetz über die Krankenversicherung der Landwirte entsprechend.

(2) Für die dem Erziehungsgeld vergleichbaren Leistungen der Länder sind § 8 Absatz 1 und § 9 des Bundeserziehungsgeldgesetzes in der bis zum 31. Dezember 2006 geltenden Fassung weiter anzuwenden.

(3) § 1 Absatz 7 Satz 1 Nummer 1 bis 4 in der Fassung des Artikels 36 des Gesetzes vom 12. Dezember 2019 (BGBl. I S. 2451) ist für Entscheidungen anzuwenden, die Zeiträume betreffen, die nach dem 29. Februar 2020 beginnen. § 1 Absatz 7 Satz 1 Nummer 5 in der Fassung des Artikels 36 des Gesetzes vom 12. Dezember 2019 (BGBl. I S. 2451) ist für Entscheidungen anzuwenden, die Zeiträume betreffen, die nach dem 31. Dezember 2019 beginnen. § 1 Absatz 7 Satz 1 Nummer 2 Buchstabe c in der Fassung des Artikels 12 Nummer 1 des Gesetzes vom 23. Mai 2022 (BGBl. I S. 760) ist für Entscheidungen anzuwenden, die Zeiträume betreffen, die nach dem 31. Mai 2022 beginnen.

(4) § 9 Absatz 2 und § 25 sind auf Kinder anwendbar, die nach dem 31. Dezember 2021 geboren oder nach dem 31. Dezember 2021 mit dem Ziel der Adoption aufgenommen worden sind. Zur Erprobung des Verfahrens können diese Regelungen in Pilotprojekten mit Zustimmung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales und des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat auf Kinder, die vor dem 1. Januar 2022 geboren oder vor dem 1. Januar 2022 zur Adoption aufgenommen worden sind, angewendet werden.

(5) § 1 Absatz 8 ist auf Kinder anwendbar, die ab dem 1. April 2025 geboren oder mit dem Ziel der Adoption angenommen worden sind. Für die ab dem 1. April 2024 und vor dem 1. April 2025 geborenen oder mit dem Ziel der Adoption angenommenen Kinder gilt § 1 Absatz 8 mit der Maßgabe, dass ein Anspruch entfällt, wenn die berechnete Person im letzten abgeschlossenen Veranlagungszeitraum vor der Geburt des Kindes ein zu versteuerndes Einkommen nach § 2 Absatz 5 des Einkommensteuergesetzes in Höhe von mehr als 200.000 Euro erzielt hat. Erfüllt auch eine andere Person die Voraussetzungen des § 1 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 oder des Absatzes 3 oder 4, entfällt in diesem Zeitraum abweichend von § 1 Absatz 8 Satz 1 der Anspruch, wenn die Summe des zu versteuernden Einkommens beider Personen mehr als 200.000 Euro beträgt.



**Zeugnis- und Versetzungsordnung – Schulordnung –
für die Förderschulen im Saarland (ZVO-FöS)**

Vom 24. März 1987 (Amtsbl. S. 353) –

zuletzt geändert durch Artikel 220 des Gesetzes vom 8. Dezember 2021 (Amtsbl. I S. 2629)

Inhaltsübersicht

Erster Abschnitt

Geltungsbereich

§ 1

Zweiter Abschnitt

Zeugnisse

§ 2 Begriff des Zeugnisses

§ 3 Arten und Inhalte der Zeugnisse

§ 4 Zeugnisausgabe und Übermittlung der Zeugnisse an die Erziehungsberechtigten, Möglichkeit ergänzender Erläuterungen

§ 5 Leistungsbeurteilung

§ 6 Festsetzung von Zeugnisnoten, Erstellung des Berichts

§ 7 Bewertung von Sozialverhalten und Lern- und Arbeitsverhalten

§ 8 Zeugnisausstellung

Dritter Abschnitt

Versetzungen, Eingruppierungen, Schulabschluss

§ 9 Allgemeine Grundsätze zur Versetzung und Eingruppierung

§ 10 Besondere Grundsätze zur Versetzung und Eingruppierung

§ 11 Berücksichtigung besonderer Umstände

§ 12 Nichtversetzung

§ 13 Abschluss der Förderschulen

§ 13a Freiwilliges 10. Schuljahr zum Erwerb des Hauptschulabschlusses an Förderschulen Lernen

§ 14 Benachrichtigung der Erziehungsberechtigten bei gefährdeter Versetzung oder bei gefährdetem Schulabschluss

Vierter Abschnitt

Freiwilliges Zurücktreten

§ 15

Fünfter Abschnitt

Abstimmungsverfahren der Klassen- bzw. Stufenkonferenz

§ 16

Sechster Abschnitt

Schlussvorschriften

§ 16a Notwendige Regelungen bei schwerwiegenden Gefahren für Leben und Gesundheit

§ 17 Inkrafttreten

Erster Abschnitt Geltungsbereich

§ 1

(1) Diese Zeugnis- und Versetzungsordnung gilt für alle öffentlichen Förderschulen.

(2) Sie gilt gemäß § 18 Absatz 2 des Privatschulgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Mai 1985 (Amtsbl. S. 610), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 16. November 2011 (Amtsbl. I S. 422), auch für staatlich anerkannte Ersatzschulen in privater Trägerschaft, die den in Absatz 1 genannten Schulen entsprechen.

Zweiter Abschnitt Zeugnisse

§ 2

Begriff des Zeugnisses

Das Schulzeugnis ist der urkundliche Nachweis über Schulbesuch, Leistung und, soweit sie in dem Zeugnis zu bewerten sind, Sozialverhalten und Lern- und Arbeitsverhalten der Schülerin oder des Schülers in der Schule.

§ 3

Arten und Inhalte der Zeugnisse

(1) Zeugnisse werden als Halbjahreszeugnisse, als Jahreszeugnisse, als Abschlusszeugnisse und als Abgangszeugnisse sowie als Entlassungszeugnisse in Form von Abgangszeugnissen ausgestellt. Die Zeugnisse, die nach den Mustern der Anlage 2.1 bis 2.75 ausgestellt werden, sind Einzelzeugnisse.

(2) Am Ende des ersten Halbjahres der Klassenstufe 1 (erstes oder zweites Schulbesuchsjahr) der Schuleingangsphase mit flexibler Verweildauer (§ 10 Absatz 2) sind die Erziehungsberechtigten von der Klassenleiterin oder dem Klassenleiter zu einem persönlichen Entwicklungsgespräch einzuladen, in dem sie über den individuellen Lern- und Leistungsfortschritt und die sonstige Entwicklung der Schülerin oder des Schülers bezogen auf die Kompetenzbereiche des zugrundeliegenden Lehrplans unterrichtet werden. Bei Förderschulen mit Heim oder Schulen, deren Schülerinnen und Schüler in einem Heim für Schülerinnen und Schüler untergebracht sind, können die Heimleitung und die Heimerzieherinnen und Heimerzieher an dem Gespräch teilnehmen. Die zentralen Gesprächsinhalte (Ausgangslage und Vereinbarungen) werden anhand eines Protokolls (Anlage 2.4a) festgehalten. Die Erziehungsberechtigten bestätigen die Kenntnisnahme durch Unterschrift auf dem Protokoll, von dem ihnen eine Abschrift ausgehändigt wird. Die handschriftliche Unterzeichnung kann auch elektronisch erfolgen.

(3) Das Jahreszeugnis der Klassenstufe 1 (erstes oder zweites Schulbesuchsjahr) der Schuleingangsphase mit flexibler Verweildauer (§ 10 Absatz 2) besteht aus Ausführungen zu dem individuellen Lern- und Leistungsfortschritt und zur sonstigen Entwicklung der Schülerin oder des Schülers bezogen auf die Kompetenzbereiche des zugrundeliegenden Lehrplans (Anlage 2.3). Außerdem werden die Erziehungsberechtigten zu einem persönlichen Entwicklungsgespräch eingeladen.

(4) Das Halbjahreszeugnis und das Jahreszeugnis der Klassenstufe 2 (zweites oder drittes Schulbesuchsjahr) (Anlagen 2.13 und 2.14) entsprechen dem Jahreszeugnis der Klassenstufe 1 (erstes oder zweites Schulbesuchsjahr) der Schuleingangsphase mit flexibler Verweildauer, wobei die Leistungsbeurteilung im Halbjahreszeugnis in den Fächern Deutsch, Mathematik und Sachunterricht sowie im Jahreszeugnis in allen Fächern auch in Form von Zeugnisnoten ausgewiesen wird. Dabei weist die Leistungsbeurteilung im Fach Deutsch eine Gesamtnote sowie Einzelnoten für Sprechen und Zuhören, Lesen sowie Rechtschreiben aus. Außerdem werden die Erziehungsberechtigten zu einem persönlichen Entwicklungsgespräch eingeladen. Abweichend von Satz 1 und 2 kann auf Beschluss der Schulkonferenz das in Absatz 3 Satz 1 für die Klassenstufe 1 (erstes oder zweites Schulbesuchsjahr) der Schuleingangsphase vorgesehene Jahreszeugnis für jedes Schulbesuchsjahr der Schuleingangsphase mit flexibler Verweildauer verwendet werden. Hierbei kann für jede Schule nur einheitlich verfahren werden. Absatz 3 Satz 2 findet entsprechende Anwendung. Im Fall eines entsprechenden Beschlusses der Schulkonferenz im Sinne des Satzes 4 wird zum Schulhalbjahr entsprechend Absatz 2 Satz 1 bis 4 verfahren.

(5) Für Schülerinnen und Schüler, die an einer Förderschule Lernen oder in einem anderen Förderschultyp nach dem Lehrplan für die Förderschule Lernen unterrichtet werden, sind am Ende des ersten Halbjahres der Klassenstufen 1 und 2 die Erziehungsberechtigten von der Klassenleiterin oder dem Klassenleiter zu einem persönlichen Entwicklungsgespräch einzuladen, in dem sie über den individuellen Lern- und Leistungsfortschritt und die sonstige Entwicklung der Schülerin oder des Schülers bezogen auf die Kompetenzbereiche des zugrundeliegenden Lehrplans unterrichtet werden. Bei Förderschulen mit Heim oder Schulen, deren Schülerinnen und Schüler in einem Heim für Schülerinnen und Schüler untergebracht sind, können die Heimleitung und die Heimerzieherinnen und Heimerzieher an dem Gespräch teilnehmen. Die zentralen Gesprächsinhalte (Ausgangslage und Vereinbarungen) werden anhand ei-

nes Protokolls (Anlage 2.4a) festgehalten. Die Erziehungsberechtigten bestätigen die Kenntnisnahme durch Unterschrift auf dem Protokoll, von dem ihnen eine Abschrift ausgehändigt wird. Die handschriftliche Unterzeichnung kann auch elektronisch erfolgen.

(6) Für Schülerinnen und Schüler, die an einer Förderschule Lernen oder in einem anderen Förderschultyp nach dem Lehrplan für die Förderschule Lernen unterrichtet werden, besteht das Jahreszeugnis der Klassenstufe 1 aus Ausführungen zu dem individuellen Lern- und Leistungsfortschritt und der sonstigen Entwicklung der Schülerin oder des Schülers bezogen auf die Kompetenzbereiche des zugrundeliegenden Lehrplans (Anlage 2.4). Außerdem werden die Erziehungsberechtigten zu einem persönlichen Entwicklungsgespräch eingeladen. Das Jahreszeugnis der Klassenstufe 2 (Anlage 2.15) entspricht dem Jahreszeugnis der Klassenstufe 1, wobei die Leistungsbeurteilung in den Fächern Deutsch, Mathematik und Sachunterricht ausgewiesen wird. Dabei weist die Leistungsbeurteilung im Fach Deutsch eine Gesamtnote sowie Einzelnoten für Sprechen und Zuhören, Lesen sowie Rechtschreiben aus. Außerdem werden die Erziehungsberechtigten zu einem persönlichen Entwicklungsgespräch eingeladen. Abweichend von den Sätzen 3 und 4 kann auf Beschluss der Schulkonferenz das in § 3 Satz 1 für die Klassenstufe 1 vorgesehene Jahreszeugnis auch für die Klassenstufe 2 verwendet werden; Absatz 3 Satz 2 findet entsprechende Anwendung. Hierbei kann für jede Schule nur einheitlich verfahren werden.

(7) Folgen die Erziehungsberechtigten der Einladung zu dem in Absatz 2 Satz 1 und Absatz 5 Satz 1 genannten Entwicklungsgespräch nicht, so werden ihnen die für das Entwicklungsgespräch vorgesehenen zentralen Gesprächsinhalte schriftlich mitgeteilt (Anlage 2.4b).

(8) Ab dem Halbjahreszeugnis der Klassenstufe 3 erfolgt die Leistungsbeurteilung in den Zeugnissen in Form von Zeugnisnoten. Die Zeugnisse enthalten Noten über das Sozialverhalten und das Lern- und Arbeitsverhalten, Halbjahreszeugnisse, Jahreszeugnisse und Abgangszeugnisse - ausgenommen die Zeugnisse von blinden und sehbehinderten Schülerinnen und Schülern sowie solchen mit sonderpädagogischem Förderbedarf im Bereich der körperlichen und motorischen Entwicklung - enthalten außerdem Noten für die Schrift. Die Schulkonferenz kann auf Vorschlag der Gesamtkonferenz im Rahmen der erweiterten Selbständigkeit der Schulen beschließen, den Zeugnisnoten gemäß § 5 zusätzlich Punktzahlen zuzuordnen; dabei kann für jeden Schulstandort nur einheitlich verfahren werden. An Schulstandorten, die sowohl einen Primar- als auch Sekundarbereich vorhalten, kann für jeden dieser Bereiche nur einheitlich verfahren werden.

(9) Jahreszeugnisse, ausgenommen der Jahreszeugnisse der Klassenstufen 1 bis 7, enthalten folgende Eintragung:

1. bei Versetzung: „Auf Beschluss der Klassenkonferenz vom ... in die Klassenstufe ... versetzt.“
2. bei Nichtversetzung: „Auf Beschluss der Klassenkonferenz vom ... nicht versetzt.“

Bei Förderschulen geistige Entwicklung enthält das Jahreszeugnis einer Schülerin oder eines Schülers am Ende einer Schulstufe (§ 9 Abs. 6 Satz 1) den unter „Bemerkungen“ aufzunehmenden Vermerk: „Auf Beschluss der Stufenkonferenz vom ... in die ... Stufe eingruppiert.“ Bei Schülerinnen und Schülern der übrigen Schultypen der Förderschulen, die nach dem Lehrplan für den Unterricht in der Förderschule geistige Entwicklung unterrichtet werden, lautet der unter „Bemerkungen“ aufzunehmende Vermerk im Jahreszeugnis: „Die Schülerin/Der Schüler besucht auf Beschluss der Klassenkonferenz vom ... im nächsten Schuljahr die Klassenstufe ...“.

(10) Ein Abgangszeugnis wird einer Schülerin oder einem Schüler ausgestellt, die oder der die Förderschule wegen Wohnortwechsels oder aus anderen Gründen vor Erfüllung seiner allgemeinen Vollzeitschulpflicht verlässt. Liegt im Zeitpunkt des Abgangs das letzte Halbjahreszeugnis oder Jahreszeugnis weniger als sechs Unterrichtswochen zurück, so ist der darin enthaltene Leistungsstand im Abgangszeugnis aufzuführen, sonst der Leistungsstand im Zeitpunkt der Zeugnisausstellung. Verlässt die Schülerin oder der Schüler die Schule zum Ende des Schuljahres oder innerhalb von vier Wochen vor dem letzten Unterrichtstag des Schuljahres, so ist - ausgenommen den Klassenstufen 1 bis 7 - von der abgebenden Schule über die Versetzung zu entscheiden; Absatz 7 Satz 2 und 3 findet entsprechende Anwendung. Wechselt eine Schülerin oder ein Schüler, die oder der in die Klassenstufe 2 aufrückt, am Ende der Klassenstufe 1 in eine Schule außerhalb des Saarlandes, so erhält das Abgangszeugnis unter „Bemerkungen“ folgende Eintragung: „Die Schülerin/Der Schüler ist berechtigt, im folgenden Schuljahr die Klassenstufe 2 zu besuchen“.

(11) Schülerinnen und Schüler, die nach dem Lehrplan für den auf den Hauptschulabschluss bezogenen Bildungsgang unterrichtet wurden, erhalten das Abschlusszeugnis, wenn sie die Abschlussprüfung nach der Verordnung - Prüfungsordnung - über die staatliche Abschlussprüfung zum Erwerb des Hauptschulabschlusses an Erweiterten Realschulen, Gesamtschulen und Förderschulen in ihrer jeweils geltenden Fassung bestanden haben. Andere Schülerinnen und Schüler erhalten das Abschlusszeugnis der von ihnen besuchten Förderschule, wenn sie das letzte Schuljahr des betreffenden Schultyps der Förderschulen mit Erfolg besucht haben. Das Entlassungszeugnis einer Förderschule als Abgangszeugnis erhalten Schülerinnen und Schüler, die ihre allgemeine Vollzeitschulpflicht an der Förderschule erfüllen, jedoch das letzte Schuljahr des betreffenden Schultyps der Förderschulen nicht mit Erfolg besucht haben; hat die Schülerin oder der Schüler das Ziel der zuletzt besuchten Klassenstufe erreicht, erhält das Abgangszeugnis unter „Bemerkungen“ folgende Eintragung: „Die Schülerin/Der Schüler hat die Klassenstufe ... mit Erfolg besucht“.

(12) Für Schülerinnen und Schüler, die nach dem Lehrplan für den Unterricht in der Förderschule geistige Entwicklung unterrichtet werden, gilt abweichend von den Absätzen 2 bis 11:

1. Es werden keine Halbjahreszeugnisse ausgestellt.
2. In allen Klassenstufen werden Leistungen, Sozialverhalten und Lern- und Arbeitsverhalten nicht mit Zeugnisnoten bewertet, sondern es wird ein Bericht in freier Form erteilt.
3. Eine Schülerin oder ein Schüler, die oder der die Schule nach Erfüllung der allgemeinen Vollzeitschulpflicht verlässt, erhält ein Entlassungszeugnis.

(13) Auf den Zeugnissen - ausgenommen die Zeugnisse der Förderschulen geistige Entwicklung und der Förderschulen Lernen - wird angegeben, ob der Unterricht

- nach dem Lehrplan für die Grundschule bzw. für die auf den Hauptschulabschluss bezogenen Bildungsgänge
- nach den Lehrplänen für den Unterricht in der Förderschule Lernen oder
- nach dem Lehrplan für den Unterricht in der Förderschule geistige Entwicklung erteilt wurde.

§ 4

Zeugnisausgabe und Übermittlung der Zeugnisse an die Erziehungsberechtigten, Möglichkeit ergänzender Erläuterungen

(1) Die Halbjahreszeugnisse werden an dem von der Schulaufsichtsbehörde für jedes Schuljahr festgelegten Tag, die Jahreszeugnisse - ausgenommen das Jahreszeugnis der Klassenstufe 1 (erstes oder zweites Schulbesuchsjahr) der Schuleingangsphase mit flexibler Verweildauer und das Jahreszeugnis der Klassenstufen 1 und 2 der Förderschule Lernen sowie das Jahreszeugnis der Klassenstufen 1 und 2 für Schülerinnen und Schüler, die in einem anderen Förderschultyp als der Förderschule Lernen nach dem Lehrplan für die Förderschule Lernen unterrichtet werden - am letzten Unterrichtstag des Schuljahres ausgegeben. Das Jahreszeugnis der Klassenstufe 1 (erstes oder zweites Schulbesuchsjahr) der Schuleingangsphase mit flexibler Verweildauer und das Jahreszeugnis der Klassenstufen 1 und 2 der Förderschule Lernen sowie das Jahreszeugnis der Klassenstufen 1 und 2 für Schülerinnen und Schüler, die in einem anderen Förderschultyp als der Förderschule Lernen nach dem Lehrplan für die Förderschule Lernen unterrichtet werden sowie die Jahreszeugnisse der nicht versetzten Schülerinnen und Schüler werden so rechtzeitig ausgegeben, dass das in § 3 Absatz 3 vorgesehene Entwicklungsgespräch mit den Erziehungsberechtigten noch vor dem letzten Unterrichtstag des Schuljahres geführt werden kann.

(2) Die Zeugnisse werden den Schülerinnen und Schülern in der Schule ausgehändigt und den Erziehungsberechtigten durch die Schüler überbracht. Ist am Tag der Zeugnisausgabe eine Schülerin oder ein Schüler nicht in der Schule anwesend, so ist ihr oder sein Zeugnis den Erziehungsberechtigten verschlossen zu übermitteln.

Bei Förderschulen mit Heim und bei Schulen, deren Schülerinnen und Schüler in einem Heim für Schülerinnen und Schüler untergebracht sind, ist der Heimleitung und den Heimerzieherinnen und Heimerziehern Gelegenheit zu geben, Einsicht in die Zeugnisse zu nehmen.

(3) Hat die Klassenkonferenz beschlossen, dass eine Schülerin oder ein Schüler nicht versetzt wird bzw. das Ziel des letzten Schuljahres des betreffenden Schultyps der Förderschulen nicht erreicht hat und kein Abschlusszeugnis erhält, ist den Erziehungsberechtigten der betreffenden Schülerin oder des betreffenden Schülers unverzüglich das Zeugnis verschlossen zu übermitteln. Gleichzeitig sind die Erziehungsberechtigten von der Klassenlehrkraft zu einem persönlichen Beratungsgespräch einzuladen. Eine Schülerin oder ein Schüler, die oder der nicht versetzt ist bzw. das Ziel des letzten Schuljahres des betreffenden Schultyps der Förderschulen nicht erreicht hat und kein Abschlusszeugnis erhält, ist nicht verpflichtet, am Tag der allgemeinen Zeugnisausgabe den Unterricht zu besuchen.

Absatz 2 Satz 3 gilt entsprechend.

(4) Die Erziehungsberechtigten bestätigen die Kenntnisnahme von Halbjahres- und Jahreszeugnissen durch Unterschrift auf dem Zeugnis. Die Zeugnisse sind der Klassenlehrkraft zur Kontrolle dieser Kenntnisnahme vorzulegen. Die Gültigkeit des Zeugnisses wird durch das Fehlen der Unterschrift der Erziehungsberechtigten nicht beeinträchtigt.

(5) Die Schulkonferenz kann auf Vorschlag der Gesamtkonferenz im Rahmen der erweiterten Selbständigkeit der Schulen beschließen, dass für die Klassenstufen 3 und 4 zusätzlich zum Zeugnis ergänzende Erläuterungen mit Verbalbeurteilungen und weiterführenden Hinweisen erstellt werden; dabei kann für jede Klassenstufe nur einheitlich verfahren werden. Die ergänzenden Erläuterungen sind den Erziehungsberechtigten zusammen mit dem Zeugnis zur Kenntnisnahme auszuhändigen; die Absätze 1 bis 4 finden entsprechende Anwendung.

§ 5

Leistungsbeurteilung

(1) Soweit die Leistungen mit Noten bewertet werden, gelten folgende Notenstufen:

sehr gut	(1)	=	eine den Anforderungen in besonderem Maße entsprechende Leistung;
gut	(2)	=	eine den Anforderungen voll entsprechende Leistung;
befriedigend	(3)	=	eine den Anforderungen im allgemeinen entsprechende Leistung;
ausreichend	(4)	=	eine Leistung, die zwar Mängel aufweist, aber im Ganzen den Anforderungen noch entspricht;
mangelhaft	(5)	=	eine den Anforderungen nicht entsprechende Leistung, die jedoch erkennen lässt, dass die notwendigen Grundkenntnisse vorhanden sind und die Mängel in absehbarer Zeit behoben werden könnten;
ungenügend	(6)	=	eine den Anforderungen nicht entsprechende Leistung, bei der selbst die Grundkenntnisse so lückenhaft sind, dass die Mängel in absehbarer Zeit nicht behoben werden könnten.

(2) Die Noten sind in Wortbezeichnungen auszuweisen. Zwischennoten und Bewertungszusätze sind nicht zulässig.

(3) Auf Abschlusszeugnissen, die den Hauptschulabschluss ausweisen, und auf Beschluss der Schulkonferenz nach § 3 Absatz 6 Satz 2 auf sonstigen Zeugnissen werden den Notenstufen gemäß Absatz 1 Punktzahlen eines 15-Punkte-Systems nach folgendem Schlüssel zugeordnet: Je nach Notentendenz werden der Note „sehr gut“ 15/14/13, der Note „gut“ 12/11/10, der Note „befriedigend“ 09/08/07, der Note „ausreichend“ 06/05/04, der Note „mangelhaft“ 03/02/01 und der Note „ungenügend“ 00 Punkte zugeordnet; Absatz 2 findet insoweit keine Anwendung.

§ 6

Festsetzung von Zeugnisnoten, Erstellung des Berichts

(1) Die Noten der Zeugnisse, die den nach dem Lehrplan für den auf den Hauptschulabschluss bezogenen Bildungsgang unterrichteten Schülerinnen und Schülern am Ende der Abschlussklasse zu erteilen sind, werden nach der Verordnung - Prüfungsordnung - über die staatliche Abschlussprüfung zum Erwerb des Hauptschulabschlusses an Erweiterten Realschulen, Gesamtschulen und Förderschulen in ihrer jeweils geltenden Fassung festgesetzt. Für sonstige Zeugnisse gelten die folgenden Absätze.

(2) Die Klassenkonferenz unter dem Vorsitz der Schulleiterin oder des Schulleiters oder ihrer oder seiner Vertretung setzt die Zeugnisnoten in den Unterrichtsfächern auf Vorschlag der jeweiligen Fachlehrkraft und die Zeugnisnote für Schrift auf Vorschlag der einzelnen Fachlehrkräfte fest.

(3) Hat die Klassenlehrkraft den gesamten Unterricht allein erteilt, so setzt sie die Zeugnisnoten im Einvernehmen mit der Schulleiterin oder dem Schulleiter oder ihrer oder seiner Vertretung fest; einigen beide sich nicht, entscheidet die Schulaufsichtsbehörde.

(4) Die Zeugnisnote fasst die Gesamtleistung der Schülerin oder des Schülers in dem betreffenden Fach zusammen. Die Zeugnisnote in einem schriftlichen Fach darf nicht allein aus den Ergebnissen der Klassenarbeiten hergeleitet werden; maßgeblichen Einfluss auf die Zeugnisnote hat auch die Qualität des Lern- und Arbeitsverhaltens der Schülerin oder des Schülers im Unterricht. Dieser Grundsatz gilt in besonderem Maße auch für nicht schriftliche Fächer. Demzufolge ist die Zeugnisnote das Ergebnis einer wertenden fachlichpädagogischen Gesamtbeurteilung und kann nicht schematisch errechnet werden.

(5) Sind nach der Stundentafel oder dem Lehrplan fachliche Teilbereiche oder einzelne Fächer zu einem Lernbereich zusammengefasst, so ist dafür eine gemeinsame Zeugnisnote zu bilden. Unterrichten in den einzelnen fachlichen Teilbereichen oder in den einzelnen Fächern mehrere Lehrkräfte, so legen diese der Klassenkonferenz einen gemeinsamen Notenvorschlag vor.

(6) Die Noten des Jahreszeugnisses werden auf Grund der Entwicklung der Leistungen während des Schuljahres, besonders während seiner zweiten Hälfte, gefunden.

(7) Bei der Festsetzung der Zeugnisnote (Gesamtnote) im Fach Deutsch sind Teilnoten grundsätzlich gleichwertig zu gewichten. Leistungen in Teilbereichen können bei der Festsetzung der Gesamtnote nach Empfehlung der Klassenkonferenz individuell gewichtet werden.

(8) Die Absätze 2 und 3 finden entsprechende Anwendung, soweit ein Bericht über das Sozialverhalten, das Lern- und Arbeitsverhalten und den Lernfortschritt oder ergänzende Erläuterungen zu erteilen sind; dies gilt für Förderschulen geistige Entwicklung mit der Maßgabe, dass die Stufenkonferenz unter dem Vorsitz der Schulleiterin oder des Schulleiters oder ihrer oder seiner Stellvertretung entscheidet.

§ 7

Bewertung von Sozialverhalten und Lern- und Arbeitsverhalten

(1) Die Bewertung des Sozialverhaltens bezieht sich insbesondere auf die Zuverlässigkeit, Kooperationsbereitschaft, Hilfsbereitschaft des Schülers/der Schülerin und dessen/deren angemessenen Umgang mit Konflikten. Die Bewertung des Lern- und Arbeitsverhaltens bezieht sich insbesondere auf die Anstrengungsbereitschaft, Ausdauer, Lernorganisation und Sorgfalt.

(2) Sozialverhalten und Lern- und Arbeitsverhalten werden auf Grund der Vorschläge der einzelnen Lehrkräfte durch die Klassenkonferenz unter Vorsitz der Schulleiterin oder des Schulleiters oder ihrer oder seiner Vertretung bewertet. Hat die Klassenlehrkraft den gesamten Unterricht allein erteilt, erfolgt die Bewertung im Einvernehmen zwischen ihr und der Schulleiterin oder dem Schulleiter oder ihrer oder seiner Vertretung; einigen beide sich nicht, entscheidet die Schulaufsichtsbehörde.

(3) Soweit in das Zeugnis eine ausdrückliche Bewertung von Sozialverhalten und Lern- und Arbeitsverhalten aufgenommen wird, erfolgt die Bewertung mit:

„sehr gut“, wenn das Sozialverhalten oder das Lern- und Arbeitsverhalten der Schülerin oder des Schülers besondere Anerkennung verdient,

„gut“, wenn das Sozialverhalten oder das Lern- und Arbeitsverhalten der Schülerin oder des Schülers den an ihn zu stellenden Erwartungen entspricht,

„befriedigend“, wenn die Erwartungen im Ganzen ohne wesentliche Einschränkungen erfüllt werden,

„nicht immer befriedigend“, wenn die Erwartungen mit erheblichen Einschränkungen erfüllt werden,

„unbefriedigend“, wenn das Sozialverhalten oder das Lern- und Arbeitsverhalten der Schülerin oder des Schülers nicht den Erwartungen entspricht.

(4) Die Bewertung „unbefriedigend“ ist im Zeugnis - entsprechend dem jeweiligen Zeugnisformular - unter „Bemerkungen“ zu begründen.

§ 8

Zeugnisausstellung

(1) Die Zeugnisvordrucke entsprechend den Mustern der Anlage 2.1 bis 2.75 werden vom Schulträger beschafft.

(2) Zeugnisse werden durch die Klassenlehrkraft handschriftlich oder maschinenschriftlich ausgefertigt. Eintragungen dürfen weder radiert noch korrigiert sein; die Möglichkeit nachträglicher Zusätze ist durch entsprechende Schreibweise oder Streichung auszuschließen. Die Zeugnisse sind handschriftlich von der Schulleiterin oder dem Schulleiter und von der Klassenlehrkraft oder ihren jeweiligen Vertreterinnen und Vertretern zu unterzeichnen. Ist die Klassenlehrkraft gleichzeitig Schulleiterin oder Schulleiter, so ist das Zeugnis von ihr zu unterschreiben mit der Beifügung „Schulleiterin/Schulleiter und Klassenlehrkraft“. Die Verwendung von Faksimile-Stempeln ist unzulässig. Abschlusszeugnisse über den Hauptschulabschluss tragen das Datum der Schlusskonferenz, andere Zeugnisse das des Ausgabetales. Abgangszeugnisse und Abschlusszeugnisse sind mit dem Siegel der Schule zu versehen.

(3) Soweit das Zeugnis Noten enthält, sind die Wortbezeichnungen zu verwenden, bei Vorliegen eines Beschlusses der Schulkonferenz gemäß § 3 Absatz 5 Satz 3 ergänzt um die entsprechende Punktzahl.

(4) Bei einer Schülerin oder einem Schüler, die oder der von der Teilnahme an einem Unterrichtsfach befreit war, ist an Stelle der Zeugnisnote das Wort „befreit“ einzutragen; bei einer Schülerin oder einem Schüler, die oder der vom Religionsunterricht abgemeldet ist, wird die Nichtteilnahme in der Notenzeile des Faches Religion durch einen Schrägstrich ausgedrückt. Wegen der ersatzweisen Teilnahme am Unterricht in allgemeiner Ethik wird auf § 15 Abs. 1 Satz 2 und 3 SchoG verwiesen.

(5) Nimmt die Schülerin oder der Schüler an regelmäßigen freiwilligen Unterrichtsveranstaltungen teil, so wird dies im Zeugnis vermerkt.

(6) In Halbjahres- und Jahreszeugnissen ist die Zahl der entschuldigt oder unentschuldigt versäumten Unterrichtstage und Einzelstunden zu vermerken; darüber hinaus kann in diesen Zeugnissen in Fällen häufiger unentschuldigter Versäumnisse unter „Bemerkungen“ ein entsprechender Hinweis erfolgen.

(7) Hat eine Schülerin oder ein Schüler, die oder der nach dem Lehrplan für die Förderschule Lernen oder für die Förderschule geistige Entwicklung unterrichtet wurde, Leistungen erbracht, die in einzelnen Fächern den Anforderungen der Grundschule oder des auf den Hauptschulabschluss bezogenen Bildungsganges entsprechen, so ist dies unter „Bemerkungen“ auszuweisen. Hierzu ist bei mindestens befriedigenden Leistungen der Hinweis „Die Schülerin/Der Schüler hat im Fach/in den Fächern ... Leistungen erbracht, die den Anforderungen der Grundschule/des auf den Hauptschulabschluss bezogenen Bildungsganges voll entsprechen.“ und bei ausreichenden Leistungen der Hinweis „Die Schülerin/Der Schüler hat im Fach/in den Fächern ... Leistungen erbracht, die den Anforderungen der Grundschule/des auf den Hauptschulabschluss bezogenen Bildungsganges noch entsprechen.“ aufzunehmen.

(8) Von Abschluss-, Abgangs- und Entlassungszeugnissen ist eine Zweitschrift anzufertigen, die an der Schule aufzubewahren ist.

Dritter Abschnitt

Versetzungen, Eingruppierungen, Schulabschluss

§ 9

Allgemeine Grundsätze zur Versetzung und Eingruppierung

(1) An Förderschulen erfolgt eine Versetzungsentscheidung erstmals am Ende der Klassenstufe 8 (§ 4a Absatz 3 SchoG). Nach Maßgabe des § 10 ist eine Schülerin oder ein Schüler zu versetzen, die oder der auf Grund ihrer oder seiner Leistungen den Anforderungen im laufenden Schuljahr im Ganzen entsprochen hat und deshalb erwarten lässt, dass sie oder er den Anforderungen der nächsthöheren Klassenstufe gewachsen ist.

(2) Der Entscheidung über die Versetzung oder Nichtversetzung werden die Leistungen in den in Anlage 1 genannten Unterrichtsfächern zu Grunde gelegt.

(3) Die Versetzung darf nicht von den Ergebnissen besonderer Prüfungsleistungen abhängig gemacht werden.

(4) Eine Versetzung auf Probe ist unzulässig.

(5) Versetzungsentscheidungen trifft die Klassenkonferenz unter Vorsitz der Schulleiterin oder des Schulleiters oder ihrer oder seiner Vertretung. Hierbei trifft die einzelne Lehrkraft ihre Entscheidung nicht nur auf Grund der Leistungen in ihrem Fach, sondern im Hinblick auf die Gesamtheit der Leistungen. Hat die Klassenlehrkraft den gesamten Unterricht allein erteilt, entscheidet sie im Einvernehmen mit der Schulleiterin oder dem Schulleiter oder ihrer oder seiner Vertretung; einigen beide sich nicht, entscheidet die Schulaufsichtsbehörde.

(6) An Förderschulen geistige Entwicklung, in denen je drei Klassenstufen der Schule als pädagogische Einheit eine Schulstufe bilden (Unterstufe, Mittelstufe, Oberstufe, Werkstufe), erfolgen keine Versetzungen; jedoch werden die Schülerinnen und Schüler in der Regel zu Beginn eines Schuljahres in die Klassenstufen und Schulstufen eingruppiert, die ihrem Leistungsstand entsprechen. Dabei sind die Gesamtpersönlichkeit der Schülerin oder des Schülers, insbesondere der Entwicklungsstand, das soziale Verhalten und das Lebensalter, sowie die Situation der Klasse zu berücksichtigen.

Die Zuordnung zur nächsthöheren Schulstufe erfolgt, wenn die Schülerin oder der Schüler das Lernangebot im Wesentlichen angenommen und die entsprechenden Leistungen weitgehend erbracht hat.

Zur Vermeidung extremer Altersunterschiede in einer Klasse oder mit Rücksicht auf den körperlichen Entwicklungsstand der einzelnen Schülerin oder des einzelnen Schülers kann eine Zuordnung zu einer anderen Schulstufe auch während des Schuljahres erfolgen.

Die Entscheidung trifft die Stufenkonferenz unter Vorsitz der Schulleiterin oder des Schulleiters oder ihrer oder seiner Stellvertretung.

(7) Bei Schülerinnen und Schülern der übrigen Schultypen der Förderschulen, die nach dem Lehrplan für die Förderschule geistige Entwicklung unterrichtet werden, ergeht keine Entscheidung über eine Versetzung bzw. Nichtversetzung. Für die Eingruppierung dieser Schülerinnen und Schüler in die einzelnen Klassenstufen gelten Absätze 5 und 6 entsprechend.

§ 10

Besondere Grundsätze zur Versetzung und Eingruppierung

(1) Wechselt eine Schülerin oder ein Schüler, die oder der in eine der Klassenstufen 2 bis 8 aufrückt, am Ende der Klassenstufe 1 bis 7 in eine Schule außerhalb des Saarlandes, enthält das Abgangszeugnis - soweit dies für die Aufnahme erforderlich ist - eine Eintragung, aus der hervorgeht, an welchen Unterrichtsinhalten (Klassenstufe 2 bis 8) die Schülerin oder der Schüler aufgrund ihrer oder seiner bisherigen Leistungsentwicklung berechtigt ist, teilzunehmen.

(2) An Förderschulen, an denen zielgleich unterrichtet wird, durchlaufen Schülerinnen und Schüler, die zielgleich unterrichtet werden, die Klassenstufen 1 und 2 (Schuleingangsphase) in einem Zeitraum von ein bis drei Schuljahren (Flexible Verweildauer; § 4a Absatz 2 Satz 1 SchoG). Die Klassenkonferenz entscheidet nach Anhörung der Erziehungsberechtigten spätestens am Ende des zweiten Schulbesuchsjahres über die Verweildauer der jeweiligen Schülerin oder des jeweiligen Schülers in der Schuleingangsphase, die Zugehörigkeit zu einem Klassenverband und die Einstufung in ein Anforderungsniveau.

(3) Für die Versetzung von Schülerinnen und Schülern in den Klassenstufen 8 und 9 bzw. 10, die nach dem Lehrplan für den zum Hauptschulabschluss führenden Bildungsgang oder nach dem Lehrplan für die Förderschule Lernen unterrichtet werden, gilt:

Eine Schülerin oder ein Schüler ist nicht zu versetzen, wenn die Noten

1. in beiden Fächern der Fächergruppe I unter „ausreichend“ (04 Punkte) liegen oder

2. in einem Fach der Fächergruppe I sowie in drei Fächern der Fächergruppe II unter „ausreichend“ (04 Punkte) liegen und die Note in dem zweiten Fach der Fächergruppe I nicht mindestens „befriedigend“ (07 Punkte) lautet oder
3. in vier Fächern der Fächergruppe II unter „ausreichend“ (04 Punkte) liegen und nicht in einem Fach der Fächergruppe I mindestens „befriedigend“ (07 Punkte) und in dem anderen Fach der Fächergruppe I mindestens „ausreichend“ (04 Punkte) lauten oder
4. in fünf oder mehr Fächern der Fächergruppe II unter „ausreichend“ (04 Punkte) liegen und nicht in einem Fach der Fächergruppe I mindestens „gut“ (10 Punkte) und in dem anderen Fach der Fächergruppe I mindestens „befriedigend“ (07 Punkte) lauten.

In allen anderen Fällen ist die Schülerin oder der Schüler zu versetzen.

(4) Für die Eingruppierung von Schülerinnen und Schülern der Förderschulen geistige Entwicklung in die einzelnen Schulstufen gelten folgende Grundsätze:

1. Für die Aufnahme in die Mittelstufe gilt insbesondere: Die Schülerin oder der Schüler nimmt notwendige Selbstbesorgung vor und reagiert auf Sinneseindrücke und einfache sprachliche Äußerungen. Darüber hinaus ist sie oder er in der Lage, innerhalb der Klasse mitzuarbeiten. Sie oder er findet sich in ihrer oder seiner engeren Umgebung zurecht und nutzt die Gegenstände des täglichen Bedarfs funktionsgerecht.
2. Für die Aufnahme in die Oberstufe gilt insbesondere: Die Schülerin oder der Schüler ist weitgehend selbstständig in den täglich wiederkehrenden Verrichtungen zur Versorgung ihrer oder seiner Person. Motorik und Wahrnehmung sind so weit differenziert, dass ein angemessener Umgang mit Materialien möglich ist. Darüber hinaus ist sie oder er zur Kommunikation durch die Verwendung einfacher Satzmuster in der Lage. Sie oder er kann mit einer Partnerin oder einem Partner zusammenarbeiten. Einfachen Zeichen und Symbolen entnimmt sie oder er Informationen.
3. Für die Aufnahme in die Werkstufe gilt insbesondere: Die Schülerin oder der Schüler äußert Wünsche und Bedürfnisse in angemessener sprachlicher Form. Sie oder er arbeitet zielgerichtet mit Material und Werkzeug. Im kognitiven Bereich ist sie oder er soweit zur Abstraktion fähig, dass sie oder er Oberbegriffe bilden, Mengen ordnen und Zeichen deuten kann. Für das Zusammenleben notwendige Regeln werden von den Schülerinnen und Schülern befolgt.

(5) Für die Eingruppierung von Schülerinnen und Schülern der übrigen Schultypen der Förderschulen, die nach dem Lehrplan für den Unterricht in der Förderschule geistige Entwicklung unterrichtet werden, gilt Absatz 4 entsprechend.

§ 11

Berücksichtigung besonderer Umstände

(1) Eine Schülerin oder ein Schüler kann abweichend von den Bestimmungen des § 10 Absatz 3 in besonderen Fällen, wie längerer Krankheit, besonders ungünstigen häuslichen Verhältnissen oder unverschuldetem Schulwechsel, versetzt werden, wenn dies bei Würdigung ihrer oder seiner besonderen Lage, ihres oder seines Leistungsstandes und ihres oder seines Arbeitswillens gerechtfertigt und ein erfolgreiches Lern- und Arbeitsverhalten in der nächsthöheren Klassenstufe unter Einbeziehung von Fördermaßnahmen zu erwarten ist.

(2) Bei längerer Krankheit, besonders ungünstigen häuslichen Verhältnissen sowie unverschuldetem Schulwechsel kann der Beschluss über die Versetzung hinausgeschoben und der Schülerin oder dem Schüler die Teilnahme am Unterricht der nächsthöheren Klassenstufe längstens bis zum Ablauf des ersten Schulhalbjahres gestattet werden. Ein entsprechender Beschluss wird im Jahreszeugnis wie folgt vermerkt: „Auf Beschluss der Klassenkonferenz ist die Versetzungsentscheidung ausgesetzt“; die von der Schülerin oder dem Schüler erreichten Noten werden in die Notenspalten eingetragen. Der Beschluss über die endgültige Versetzung oder Nichtversetzung wird in dem am Ende des ersten Schulhalbjahres auszustellenden Halbjahreszeugnis vermerkt.

§ 12

Nichtversetzung

(1) Nicht versetzte Schülerinnen und Schüler wiederholen die zuletzt besuchte Klassenstufe.

(2) Schülerinnen und Schüler, die zweimal in derselben Klassenstufe oder in zwei aufeinander folgenden Klassenstufen nicht versetzt wurden, sind spätestens zu diesem Zeitpunkt entsprechend den Bestimmungen des Schulpflichtgesetzes sowie der hierzu ergangenen Durchführungsverordnung zu überprüfen, ob sie in einem anderen Bildungsgang des betreffenden Schultyps der Förderschulen oder in einem anderen Schultyp der Förderschulen besser gefördert werden können.

§ 13

Abschluss der Förderschulen

(1) Der Erwerb des Hauptschulabschlusses setzt das Bestehen der Abschlussprüfung nach der Verordnung - Prüfungsordnung - über die staatliche Abschlussprüfung zum Erwerb des Hauptschulabschlusses an Gemeinschaftsschulen und Förderschulen in der jeweils geltenden Fassung voraus. Über das Bestehen der Prüfung entscheidet die Prüfungskommission unter dem Vorsitz der oder des von der Schulaufsichtsbehörde bestellten Vorsitzenden aufgrund der Endnoten in den einzelnen Unterrichtsfächern und Lernbereichen in entsprechender Anwendung des § 10 Absatz 3.

(2) Die Aufnahme einer Schülerin oder eines Schülers in die zweijährige Berufsfachschule der Fachrichtungen Wirtschaft und Verwaltung, Technik, Gesundheit und Soziales sowie Gastronomie und Nahrung richtet sich nach der Verordnung – Schul- und Prüfungsordnung – über die Ausbildung und Prüfung an den zweijährigen Berufsfachschulen der Fachrichtungen Wirtschaft und Verwaltung, Technik, Gesundheit und Soziales sowie Gastronomie und Nahrung im Saarland vom 20. September 2019 (Amtsbl. I S. 678), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 22. Januar 2021 (Amtsbl. I S. 241), in der jeweils geltenden Fassung.

(3) Auf Abschlusszeugnissen, die den Hauptschulabschluss zuerkennen, ist eine Durchschnittsnote auszuweisen. Die Durchschnittsnote ergibt sich aus der Durchschnittspunktzahl. Die Durchschnittspunktzahl wird aus dem arithmetischen Mittel der Punktzahlen aller Fächer errechnet; für die Ermittlung der Durchschnittspunktzahl ist bis zur ersten Nachkommastelle 4 auf die nächste volle Punktzahl abzurunden und ab der ersten Nachkommastelle 5 auf die nächste volle Punktzahl aufzurunden. An der Förderschule Lernen geht das Wahlpflichtfach Englisch nicht in die Durchschnittsnote mit ein.

(4) Wurde der Unterricht nicht nach dem Lehrplan für den auf den Hauptschulabschluss bezogenen Bildungsgang erteilt, so gelten für die Feststellung des erfolgreichen Besuchs des letzten Schuljahres des betreffenden Schultyps der Förderschulen § 9 Abs. 1, 2, 3 und 5, § 10 Absatz 2 und 3 sowie § 11 Abs. 1 entsprechend.

§ 13a

Freiwilliges 10. Schuljahr zum Erwerb des Hauptschulabschlusses an Förderschulen Lernen

(1) An Förderschulen Lernen wird in der Regel ein freiwilliges 10. Schuljahr zum Erwerb des Hauptschulabschlusses für Schülerinnen und Schüler angeboten, die an den Förderschulen nach dem Lehrplan für die Förderschule Lernen unterrichtet, von der Klassenkonferenz der Klassenstufe 9 aufgrund ihres Lernverhaltens und ihres Leistungsstandes für das freiwillige 10. Schuljahr empfohlen und während der Klassenstufe 9 auf die Anforderungen im 10. Schuljahr vorbereitet wurden. Außerdem muss ihre Schulpflicht in Absprache zwischen abgebender und aufnehmender Schule gegebenenfalls verlängert worden sein.

(2) Der vorbereitende Unterricht orientiert sich an den Lehrplänen der Klassenstufen 7 und 8 des auf den Hauptschulabschluss bezogenen Bildungsganges der Erweiterten Realschule. Der Unterricht in Klassenstufe 10 wird auf der Grundlage der Lehrpläne der Klassenstufen 8 und 9 des auf den Hauptschulabschluss bezogenen Bildungsganges der Erweiterten Realschule erteilt.

(3) Der Hauptschulabschluss wird am Ende der Klassenstufe 10 durch eine Abschlussprüfung erworben, die nach der für den Hauptschulabschluss an Gemeinschaftsschulen und Förderschulen geltenden Prüfungsordnung durchgeführt wird. Wer die Hauptschulabschlussprüfung nicht besteht, kann das 10. Schuljahr einmal wiederholen, wenn die Schulpflicht auf Antrag entsprechend verlängert wird.

(4) Schülerinnen und Schüler, die zum Besuch des freiwilligen 10. Schuljahres zum Erwerb des Hauptschulabschlusses zugelassen sind, erhalten am Ende der Klassenstufe 9 das Abschlusszeugnis ihrer Schule. Schülerinnen und Schüler, die das freiwillige 10. Schuljahr ohne Abschluss verlassen, erhalten ein Abgangszeugnis des freiwilligen 10. Schuljahres zum Erwerb des Hauptschulabschlusses. Im Abgangszeugnis sind die Kenntnisse und Fertigkeiten zu beschreiben, die über den Abschluss der Förderschule Lernen hinausgehen. Für Schülerinnen und Schüler, die am Ende der Klassenstufe 10 die Hauptschulabschlussprüfung bestehen, gilt § 3 Absatz 8 Satz 1.

(5) Abweichend von § 8 Abs. 2 Satz 7 sind Abschluss- und Abgangszeugnis des freiwilligen 10. Schuljahres zum Erwerb des Hauptschulabschlusses mit dem Siegel der Schulaufsichtsbehörde zu versehen; sie enthalten keinen Hinweis auf die Schulform.

(6) Für das Abschlusszeugnis des freiwilligen 10. Schuljahres gilt § 13 Absatz 2 und 3 entsprechend.

§ 14

Benachrichtigung der Erziehungsberechtigten bei gefährdeter Versetzung oder bei gefährdetem Schulabschluss

(1) Ist die Versetzung einer Schülerin oder eines Schülers nach den Leistungen im ersten Schulhalbjahr gefährdet, werden die Erziehungsberechtigten durch einen Vermerk im Halbjahreszeugnis „Versetzung gefährdet“ oder „Versetzung sehr gefährdet“ verständigt. Ist nach den Leistungen der Schülerin oder des Schülers im ersten Schulhalbjahr der erfolgreiche Abschluss der Förderschule gefährdet, unterbleibt ein entsprechender Vermerk im Halbjahreszeugnis; in diesen Fällen erhalten die Erziehungsberechtigten eine gesonderte schriftliche Mitteilung nach dem Muster der Anlage 3. Auf die Möglichkeit des freiwilligen Rücktritts (§ 15) ist hinzuweisen.

(2) Wird eine Gefährdung der Versetzung oder des erfolgreichen Abschlusses der Förderschule erst während des zweiten Schulhalbjahres festgestellt, erhalten die Erziehungsberechtigten spätestens zwei Monate vor dem letzten Unterrichtstag des Schuljahres eine schriftliche Mitteilung nach dem Muster der Anlage 3. Abweichend von Satz 1 erhalten bei Schülerinnen und Schülern der Klassenstufe 2 die Erziehungsberechtigten eine dem § 10 Abs. 1 Nr. 2 entsprechende schriftliche Mitteilung.

(3) Die nach den Absätzen 1 und 2 erforderlichen Vermerke oder Mitteilungen sollen gegebenenfalls durch Hinweise auf Fördermöglichkeiten oder Maßnahmen zu ihrer Behebung ergänzt werden.

(4) Bei Schülerinnen und Schülern von Förderschulen mit Heim und bei Schülern, die in einem Heim für Schülerinnen und Schüler untergebracht sind, sind die in den Absätzen 1 und 2 vorgesehenen Benachrichtigungen auch der Heimleitung zuzuleiten.

(5) Sind nach den Absätzen 1 bis 4 erforderliche Vermerke oder Mitteilungen unterlassen worden, kann hieraus ein Recht auf Versetzung bzw. auf Erteilung eines Abschlusszeugnisses nicht hergeleitet werden.

Vierter Abschnitt

Freiwilliges Zurücktreten

§ 15

(1) Eine Schülerin oder ein Schüler - ausgenommen Schülerinnen und Schüler, die nach dem Lehrplan für die Förderschule geistige Entwicklung unterrichtet werden - kann in den Klassenstufen 3 bis 9 bzw. 10 einmal während des Besuchs der betreffenden Schule in die nächstniedrigere Klassenstufe freiwillig zurücktreten, falls sie oder er nicht bereits an einer Förderschule oder einer anderen Schule von dieser Möglichkeit des freiwilligen Rücktritts Gebrauch gemacht hat. Ein Zurücktreten aus einer Klassenstufe, die wiederholt wird oder in eine Klassenstufe, die wiederholt wurde, ist nicht zulässig.

(2) Das Zurücktreten ist von den Erziehungsberechtigten spätestens zwei Wochen nach Ausgabe der Halbjahreszeugnisse zu beantragen. Über den Antrag entscheidet die Schulleitung unverzüglich; gibt die Schulleitung dem Antrag statt, hat die Schülerin oder der Schüler sofort den Unterricht in der nächstniedrigeren Klassenstufe zu besuchen.

(3) Für den späteren Übergang in die Klassenstufe, in die die Schülerin oder der Schüler bereits versetzt war, bedarf es keiner erneuten Versetzungsentscheidung. Das Jahreszeugnis erhält in diesem Fall den Vermerk: „Die Schülerin/Der Schüler wurde bereits durch Beschluss der Klassenkonferenz vom ... in die Klassenstufe versetzt. Sie/Er besuchte freiwillig noch einmal die Klassenstufe ...“.

Fünfter Abschnitt

Abstimmungsverfahren der Klassen- bzw. der Stufenkonferenz

§ 16

Bei Abstimmungen der Klassen- bzw. Stufenkonferenz im Rahmen dieser Zeugnis- und Versetzungsordnung fällt auf jedes Fach, in dem die betroffene Schülerin oder der betroffene Schüler unterrichtet wurde, eine Stimme; die oder der Vorsitzende hat Stimmrecht, auch wenn sie oder er nicht in der Klasse unterrichtet; bei Stimmengleichheit gibt die Stimme der oder des Vorsitzenden den Ausschlag. Stimmenthaltung ist nicht zulässig.

Sechster Abschnitt

Schlussvorschriften

§ 16a

Notwendige Regelungen bei schwerwiegenden Gefahren für Leben und Gesundheit

Können einzelne Vorschriften dieser Verordnung angesichts eines Gesetzes, aufgrund eines Gesetzes oder durch gerichtliche oder behördliche Anordnung zur Verhütung schwerwiegender Gefahren für Leben und Gesundheit keine Anwendung finden, trifft die Schulaufsichtsbehörde zur Sicherung von Schul- und Bildungslaufbahnen sowie zur Herstellung der Bildungsgerechtigkeit die unmittelbar notwendigen, von dieser Verordnung abweichenden Regelungen durch Verwaltungsvorschrift.

§ 17

Inkrafttreten

Diese Zeugnis- und Versetzungsordnung tritt am Tag nach ihrer Verkündung in Kraft.



Anlage 1

Der Entscheidung über die Versetzung oder Nichtversetzung werden in den einzelnen Schultypen der Förderschulen die Leistungen in den nachgenannten Unterrichtsfächern zugrunde gelegt (§ 9 Abs. 2 i.V.m. § 10 Abs. 1 und 3)

Bei Unterrichtung in den Klassenstufen 8 bis 9 bzw. 10 nach dem Lehrplan für den auf den Hauptschulabschluss bezogenen Bildungsgang bzw. den Lehrplänen für den Unterricht in der Förderschule Lernen:

- a) Förderschule für Blinde und Sehbehinderte (Bereich Blinde):
 - Fächergruppe I: Deutsch, Mathematik
 - Fächergruppe II: Religion, Fremdsprache, Erdkunde/Geschichte/Sozialkunde, Biologie/Chemie/Physik, Arbeitslehre, Bildende Kunst, Musik, Sport
- b) Förderschule soziale Entwicklung:
 - Fächergruppe I: Deutsch, Mathematik
 - Fächergruppe II: Religion, Fremdsprache, Erdkunde/Geschichte/Sozialkunde, Biologie/Chemie/Physik, Arbeitslehre, Bildende Kunst, Musik, Sport
- c) Förderschule für Gehörlose und Schwerhörige (Bereich Gehörlose):
 - Fächergruppe I: Deutsch, Mathematik
 - Fächergruppe II: Religion, Erdkunde/Geschichte/Sozialkunde, Biologie/Chemie/Physik, Arbeitslehre, Bildende Kunst, Musik, Sport
- d) Förderschule körperliche und motorische Entwicklung:
 - Fächergruppe I: Deutsch, Mathematik
 - Fächergruppe II: Religion, Fremdsprache, Erdkunde/Geschichte/Sozialkunde, Biologie/Chemie/Physik, Bildende Kunst, Musik
- e) Förderschule Lernen:
 - Fächergruppe I: Deutsch, Mathematik
 - Fächergruppe II: Religion, Erdkunde/Geschichte/Sozialkunde, Biologie/Chemie/Physik, Arbeitslehre, Bildende Kunst, Musik, Sport
- f) Förderschule für Gehörlose und Schwerhörige (Bereich Schwerhörige):
 - Fächergruppe I: Deutsch, Mathematik
 - Fächergruppe II: Religion, Fremdsprache, Erdkunde/Geschichte/Sozialkunde, Physik/Chemie/Biologie, Arbeitslehre, Bildende Kunst, Musik, Sport
- g) Förderschule für Blinde und Sehbehinderte (Bereich Sehbehinderte):
 - Fächergruppe I: Deutsch, Mathematik
 - Fächergruppe II: Religion, Fremdsprache, Erdkunde/Geschichte/Sozialkunde, Biologie/Chemie/Physik, Arbeitslehre, Bildende Kunst, Musik, Sport
- h) Förderschule Sprache:
 - Fächergruppe I: Deutsch, Mathematik
 - Fächergruppe II: Religion, Fremdsprache, Erdkunde/Geschichte/Sozialkunde, Biologie/Chemie/Physik, Arbeitslehre, Bildende Kunst, Musik, Sport

Anlagen 2.1-2.75 und Anlage 3

- Hier nicht aufgenommen -

**Verordnung – Schulordnung – über die
Stundentafeln der Förderschulen**

Vom 7. Mai 1986 (Amtsbl. S. 423) –
zuletzt geändert durch Art. 4 der Verordnung vom 30. Juni 2020 (Amtsbl. I S. 609)

§ 1

Für den Unterricht in den Förderschulen gelten die Stundentafeln gemäß der Anlage.

§ 2

(1) Schülerinnen und Schüler mit mehrfacher Behinderung werden in den Entwicklungs- und Aktivitätsbereichen unterrichtet, in denen sie unter Berücksichtigung ihrer jeweiligen Entwicklungsniveaus und Handlungsmöglichkeiten am besten gefördert werden können.

(2) Für Schülerinnen und Schüler mit geistiger Behinderung, die an einer anderen Förderschule als der Förderschule für geistige Entwicklung unterrichtet werden, gilt hinsichtlich der Gesamtwochenstundenzahl die Stundentafel der Förderschule, an der sie unterrichtet werden; der Unterricht für diese Schülerinnen und Schüler wird als Gesamtunterricht erteilt.

(3) Schülerinnen und Schüler, die an einer anderen Förderschule als der Förderschule Lernen nach den Lehrplänen für den Unterricht an den Förderschulen Lernen unterrichtet werden, sind nicht verpflichtet, am Unterricht in der Fremdsprache teilzunehmen.

(4) Beträgt in den Klassenstufen 5 bis 8 in einer Klassenstufe einer öffentlichen Schule die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die am Religionsunterricht nicht teilnehmen, mindestens 5, beschließt die Schulkonferenz auf Vorschlag der Gesamtkonferenz, ob im Rahmen des Stundenbudgets der Schule gemäß § 15 Absatz 1 Satz 2 und 3 des Schulordnungsgesetzes für diese Schülerinnen und Schüler Unterricht in allgemeiner Ethik erteilt wird. Beträgt ab Klassenstufe 9 in einer Klassenstufe einer öffentlichen Schule die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die am Religionsunterricht nicht teilnehmen, mindestens 5, so soll gemäß § 15 Absatz 1 Satz 2 und 3 des Schulordnungsgesetzes für diese Schülerinnen und Schüler Unterricht in allgemeiner Ethik erteilt werden.

(5) Auf Vorschlag der Fachkonferenz können mit Zustimmung der Schulkonferenz Fachstunden und Lehrplaninhalte in benachbarte Klassenstufen verlagert werden. Die Anforderungen des Lehrplans beziehungsweise der Bildungsstandards müssen am Ende eines Zwei-Jahres-Zeitraums erreicht, der Stundenausgleich muss erfolgt sein. Die Anforderungen zentraler Leistungsüberprüfungen und Abschlussprüfungen sind zu berücksichtigen. Schulen, die von den in der vorstehenden Regelung eröffneten Möglichkeiten Gebrauch machen, berichten hierüber der Schulaufsichtsbehörde.

(6) Die Schulkonferenz kann auf Vorschlag der Gesamtkonferenz im Rahmen der erweiterten Selbständigkeit der Schulen beschließen, dass aus pädagogischen Gründen vorübergehend die Stundenzahl einzelner Fächer erhöht werden kann, wobei die zusätzlichen Stunden durch vorübergehende Reduzierung in anderen Fächern gewonnen werden können; dabei darf maximal ein Viertel der Wochenstunden eines Faches pro Schuljahr als Kompensation für die Erhöhung des Stundenansatzes eines anderen Faches eingesetzt werden; § 13 Absatz 2 des Schulordnungsgesetzes bleibt unberührt. Die grundlegenden Anforderungen des jeweiligen Bildungsganges einschließlich des Fächerkanons sind einzuhalten. In Bezug auf die Anerkennung der Abschlüsse ist zu gewährleisten, dass die von den Schülerinnen und Schülern erworbenen Abschlüsse aufgrund vergleichbarer Anforderungen wie an anderen Schulen erreicht werden. Absatz 5 Satz 3 und 4 gilt entsprechend.

§ 3

Diese Verordnung tritt am 1. August 1986 in Kraft.

Anlage

1. Förderschule für Blinde und Sehbehinderte (Bereich Blinde)

	Klassenstufe									
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Religion/Ethik	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2
Deutsch			5	5	5	5	5	5	5	5
Mathematik	15 ⁴⁾	15 ⁴⁾	5	5	5	5	5	5	5	5
Sachunterricht			5	5						
Bildende Kunst			2	2	2	2				
Fremdsprache (Französisch oder Englisch)			5)	5)	4	4	4	4	3	3
Erdkunde/Geschichte/Sozialkunde					3	3	3	3	4	4
Biologie/Chemie/Physik					2	2	3	3	3	3
Arbeitslehre							3	3	3	3
Musik	1	1	2	2	2	2	1	1	1	1
Sport	3	3	3	3	3	3	2	2	2	2
Mobilitätstraining	2	2	2	2	1	1	1	1	1	1
Kurzschrift/Maschinenschreiben					1	1	1	1	1	1
Förderunterricht ⁶⁾	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2
Wochenstunden insgesamt	26	26	28	28	32	32	32	32	32	32

4) In den Klassenstufen 1 und 2 werden die Fächer Deutsch (5), Mathematik (3), Sachunterricht (2) und Bildende Kunst (2) als Gesamtunterricht erteilt. Die vorstehend bei den einzelnen Fächern jeweils angegebene Zahl der Wochenstunden stellt dabei einen Rahmen für den Anteil der einzelnen Fächer am Gesamtunterricht dar. (Amtliche Anmerkung 1)

5) In den Klassenstufen 3 und 4 wird der Lernbereich Französisch zusätzlich aufgenommen. Im Rahmen der personellen und organisatorischen Möglichkeiten soll die Fremdsprachenvermittlung im Rahmen fächerübergreifender Unterrichtsgestaltung vor allem in den Fächern Sachunterricht, Musik und Förderunterricht erfolgen. (Amtliche Anmerkung 3 bzw. 2)

6) Der Förderunterricht kommt als individuelle oder gemeinsame Förderung allen Schülern zugute. Er bezieht sich auf den Unterricht in den Fächern, kann aber auch für besondere pädagogische oder therapeutische Maßnahmen eingesetzt werden. (Amtliche Anmerkung 3)

2. Förderschule soziale Entwicklung

	Klassenstufe								
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Religion/Ethik	2	2	2	2	2	2	2	2	2
Deutsch			4	4	5	5	4	4	4
Mathematik	13 ⁴⁾	13 ⁴⁾	4	4	5	5	4	4	4
Sachunterricht			4	4					
Bildende Kunst			2	2	3	3			
Fremdsprache (Französisch oder Englisch)			5)	5)	3	3	3	3	3
Erdkunde/Geschichte/Sozialkunde					2	2	2 ⁷⁾	2 ⁷⁾	2 ⁷⁾
Biologie/Chemie/Physik					2	2	2 ⁷⁾	2 ⁷⁾	2 ⁷⁾
Arbeitslehre							6	6	6
Musik	1	1	2	2	2	2	1	1	1
Sport	3	3	3	3	2	2	3	3	3
Förderunterricht ⁶⁾	3	3	5	5	4	4	3	3	3
Wochenstunden insgesamt	22	22	26	26	30	30	30	30	30

4) In den Klassenstufen 1 und 2 werden die Fächer Deutsch (5), Mathematik (3), Sachunterricht (2) und Bildende Kunst (2) als Gesamtunterricht erteilt. Die vorstehend bei den einzelnen Fächern jeweils angegebene Zahl der Wochenstunden stellt dabei einen Rahmen für den Anteil der einzelnen Fächer am Gesamtunterricht dar. (Amtliche Anmerkung 1)

FÖRDERSCHULEN STUNDENTAFEL

- 5) In den Klassenstufen 3 und 4 wird der Lernbereich Französisch zusätzlich aufgenommen. Im Rahmen der personellen und organisatorischen Möglichkeiten soll die Fremdsprachenvermittlung im Rahmen fächerübergreifender Unterrichtsgestaltung vor allem in den Fächern Sachunterricht, Musik und Förderunterricht erfolgen. (Amtliche Anmerkung 3 bzw. 2)
- 6) Der Förderunterricht kommt als individuelle oder gemeinsame Förderung allen Schülern zugute. Er bezieht sich auf den Unterricht in den Fächern, kann aber auch für besondere pädagogische oder therapeutische Maßnahmen eingesetzt werden. (Amtliche Anmerkung 3)
- 7) Die Fächer Erdkunde/Geschichte/Sozialkunde beziehungsweise Biologie/Chemie/Physik können jeweils epochal unterrichtet werden. (Amtliche Anmerkung 2)

3. Förderschule für Gehörlose und Schwerhörige (Bereich Gehörlose)

	Klassenstufe									
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Religion/Ethik			2	2	2	2	2	2	2	2
Deutsch			8	8	7	7	6	6	6	6
Mathematik	18 ⁴⁾	18 ⁴⁾	5	5	6	6	6	6	6	6
Sachunterricht			3	3						
Bildende Kunst			2	2	4	4				
Erdkunde/Geschichte/Sozialkunde					3	2	3	3	3	3
Biologie/Chemie/Physik					2	3	3	3	3	3
Arbeitslehre							5	5	5	5
Musik	2	2	2	2	2	2	1	1	1	1
Sport	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3
Förderunterricht ⁶⁾	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3
Wochenstunden insgesamt	26	26	28	28	32	32	32	32	32	32

4) In den Klassenstufen 1 und 2 werden die Fächer Deutsch (5), Mathematik (3), Sachunterricht (2) und Bildende Kunst (2) als Gesamtunterricht erteilt. Die vorstehend bei den einzelnen Fächern jeweils angegebene Zahl der Wochenstunden stellt dabei einen Rahmen für den Anteil der einzelnen Fächer am Gesamtunterricht dar. (Amtliche Anmerkung 1)

6) Der Förderunterricht kommt als individuelle oder gemeinsame Förderung allen Schülern zugute. Er bezieht sich auf den Unterricht in den Fächern, kann aber auch für besondere pädagogische oder therapeutische Maßnahmen eingesetzt werden. (Amtliche Anmerkung 3)

4. Förderschule geistige Entwicklung

Die wöchentliche Unterrichtszeit einschließlich der Pausen beträgt 31 Zeitstunden. Der Unterricht wird als Gesamtunterricht erteilt.

5. Förderschule körperliche und motorische Entwicklung

	Klassenstufe								
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Religion/Ethik	2	2	2	2	2	2	2	2	2
Deutsch			5	5	5	5	5	5	5
Mathematik			5	5	5	5	5	5	5
Sachunterricht	15 ⁴⁾	15 ⁴⁾	4	4					
Bildende Kunst			3	3	3	3			
Fremdsprache (Französisch oder Englisch)			5)	5)	3	3	3	3	3
Erdkunde/Geschichte/Sozialkunde					3	3	4	4	4
Biologie/Chemie/Physik					3	3	3	3	3
Arbeitslehre							4	4	4
Musik	2	2	2	2	2	2	2	2	2
Sport			2	2	2	2	2	2	2
Förderunterricht ⁶⁾	3	3	3	3	2	2	2	2	2
Wochenstunden insgesamt	24	24	26	26	30	30	32	32	32

- 4) In den Klassenstufen 1 und 2 werden die Fächer Deutsch (5), Mathematik (3), Sachunterricht (2) und Bildende Kunst (2) als Gesamtunterricht erteilt. Die vorstehend bei den einzelnen Fächern jeweils angegebene Zahl der Wochenstunden stellt dabei einen Rahmen für den Anteil der einzelnen Fächer am Gesamtunterricht dar. (Amtliche Anmerkung 1)
- 5) In den Klassenstufen 3 und 4 wird der Lernbereich Französisch zusätzlich aufgenommen. Im Rahmen der personellen und organisatorischen Möglichkeiten soll die Fremdsprachenvermittlung im Rahmen fächerübergreifender Unterrichtsgestaltung vor allem in den Fächern Sachunterricht, Musik und Förderunterricht erfolgen. (Amtliche Anmerkung 3 bzw. 2)
- 6) Der Förderunterricht kommt als individuelle oder gemeinsame Förderung allen Schülern zugute. Er bezieht sich auf den Unterricht in den Fächern, kann aber auch für besondere pädagogische oder therapeutische Maßnahmen eingesetzt werden. (Amtliche Anmerkung 3)

6. Förderschule Lernen

	Klassenstufe									
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10 ⁴⁾
Religion/Ethik	2	2	2	2	2	2	2	2	2	1
Deutsch			5	5	5	5	5	5	5	6
Mathematik			4	4	5	5	5	5	5	6
Sachunterricht	12 ¹⁾	12 ¹⁾	4	4						
Bildende Kunst			3	3	4	4				1 ⁵⁾
Erdkunde/Geschichte/Sozialkunde					3	3	3 ²⁾	3 ²⁾	3 ²⁾	4
Biologie/Chemie/Physik					3	3	2 ²⁾	2 ²⁾	2 ²⁾	5
Arbeitslehre							8 ⁵⁾	8 ⁵⁾	8 ⁵⁾	4
							5)	5)	5)	
Musik	2	2	2	2	2	2	1	1	1	1 ⁵⁾
Sport	3	3	3	3	3	3	2	2	2	2
Förderunterricht	3	3	3	3	3	3	2 ⁵⁾	2 ⁵⁾	2 ⁵⁾	
							1)	1)	1)	
Wochenstunden insgesamt	22	22	26	26	30	30	30	30	30	30
Englisch (Wahlpflichtfach)						4	4	4	4	4

- 1) In den Klassenstufen 1 und 2 werden die Fächer Deutsch (5), Mathematik (3), Sachunterricht (2) und Bildende Kunst (2) als Gesamtunterricht erteilt. Die vorstehend bei den einzelnen Fächern jeweils angegebene Zahl der Wochenstunden stellt dabei einen Rahmen für den Anteil der einzelnen Fächer am Gesamtunterricht dar.
- 2) Die Fächer Erdkunde/Geschichte/Sozialkunde beziehungsweise Biologie/Chemie/Physik können jeweils epochal unterrichtet werden.
- 3) Der Förderunterricht kommt als individuelle oder gemeinsame Förderung allen Schülern zugute. Er kann auch klassenübergreifend erteilt werden. Er bezieht sich auf den Unterricht in den Fächern, kann aber auch für besondere pädagogische oder therapeutische Maßnahmen eingesetzt werden.
- 4) Es gilt § 13a der Zeugnis- und Versetzungsordnung - Schulordnung - für die Förderschulen im Saarland vom 24. März 1987 (Amtsbl. S. 353), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 30. Juni 2020 (Amtsbl. I S. 609), in der jeweils geltenden Fassung.
- 5) Bei Schülern, die das Fach Englisch ab Klassenstufe 7 wählen, reduzieren sich die Stundenzahl für das Fach Arbeitslehre um drei Stunden und der Förderunterricht um eine Stunde. In der Klassenstufe 10 entfallen die Fächer Bildende Kunst und Musik, zusätzlich werden im Fach Englisch zwei Unterrichtsstunden am Nachmittag erteilt.“

7. Förderschule für Gehörlose und Schwerhörige (Bereich Schwerhörige)

	Klassenstufe								
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Religion/Ethik	2	2	2	2	2	2	2	2	2
Deutsch	16 ⁴⁾	16 ⁴⁾	6	6	5	5	5	5	5
Mathematik			5	5	5	5	5	5	5
Sachunterricht			4	4					
Bildende Kunst			3	3	3	3			
Fremdsprache (Französisch oder Englisch)			5)	5)	3	3	3	3	3
Erdkunde/Geschichte/Sozialkunde					3	3	3	3	3
Biologie/Chemie/Physik					3	3	3	3	3
Arbeitslehre							5	5	5
Musik	2	2	2	2	2	2	1	1	1
Sport	3	3	3	3	3	3	2	2	2
Förderunterricht ⁶⁾	2	2	2	2	3	3	3	3	3
Wochenstunden insgesamt	25	25	27	27	32	32	32	32	32

4) In den Klassenstufen 1 und 2 werden die Fächer Deutsch (5), Mathematik (3), Sachunterricht (2) und Bildende Kunst (2) als Gesamtunterricht erteilt. Die vorstehend bei den einzelnen Fächern jeweils angegebene Zahl der Wochenstunden stellt dabei einen Rahmen für den Anteil der einzelnen Fächer am Gesamtunterricht dar. (Amtliche Anmerkung 1)

5) In den Klassenstufen 3 und 4 wird der Lernbereich Französisch zusätzlich aufgenommen. Im Rahmen der personellen und organisatorischen Möglichkeiten soll die Fremdsprachenvermittlung im Rahmen fächerübergreifender Unterrichtsgestaltung vor allem in den Fächern Sachunterricht, Musik und Förderunterricht erfolgen. (Amtliche Anmerkung 3 bzw. 2)

6) Der Förderunterricht kommt als individuelle oder gemeinsame Förderung allen Schülern zugute. Er bezieht sich auf den Unterricht in den Fächern, kann aber auch für besondere pädagogische oder therapeutische Maßnahmen eingesetzt werden. (Amtliche Anmerkung 3)

8. Förderschule für Blinde und Sehbehinderte (Bereich Sehbehinderte)

	Klassenstufe									
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Religion/Ethik	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2
Deutsch			5	5	5	5	5	5	5	5
Mathematik	15 ⁴⁾	15 ⁴⁾	5	5	5	5	5	5	5	5
Sachunterricht			5	5						
Bildende Kunst			2	2	2	2				
Fremdsprache (Französisch oder Englisch)			5)	5)	4	4	3	3	3	3
Erdkunde/Geschichte/Sozialkunde					3	3	3	3	3	3
Biologie/Chemie/Physik					2	2	3	3	3	3
Arbeitslehre							4	4	4	4
Musik	2	2	2	2	2	2	1	1	1	1
Sport	3	3	3	3	3	3	2	2	2	2
Mobilitätserziehung	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Maschinenschreiben					1	1	1	1	1	1
Förderunterricht ⁶⁾	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2
Wochenstunden insgesamt	25	25	27	27	32	32	32	32	32	32

4) In den Klassenstufen 1 und 2 werden die Fächer Deutsch (5), Mathematik (3), Sachunterricht (2) und Bildende Kunst (2) als Gesamtunterricht erteilt. Die vorstehend bei den einzelnen Fächern jeweils angegebene Zahl der Wochenstunden stellt dabei einen Rahmen für den Anteil der einzelnen Fächer am Gesamtunterricht dar. (Amtliche Anmerkung 1)

5) In den Klassenstufen 3 und 4 wird der Lernbereich Französisch zusätzlich aufgenommen. Im Rahmen der personellen und organisatorischen Möglichkeiten soll die Fremdsprachenvermittlung im Rahmen fächerübergreifender Unterrichtsgestaltung vor allem in den Fächern Sachunterricht, Musik und Förderunterricht erfolgen. (Amtliche Anmerkung 3 bzw. 2)

- 6) Der Förderunterricht kommt als individuelle oder gemeinsame Förderung allen Schülern zugute. Er bezieht sich auf den Unterricht in den Fächern, kann aber auch für besondere pädagogische oder therapeutische Maßnahmen eingesetzt werden. (Amtliche Anmerkung 3)

9. Förderschule Sprache

	Klassenstufe								
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Religion/Ethik	2	2	2	2	2	2	2	2	2
Deutsch			6	6	5	5	5	5	5
Mathematik	15 ⁴⁾	15 ⁴⁾	4	4	5	5	5	5	5
Sachunterricht			4	4					
Bildende Kunst			3	3	2	2			
Fremdsprache (Französisch oder Englisch)			5)	5)	3	3	3	3	3
Erdkunde/Geschichte/Sozialkunde					2	2	3	3	3
Biologie/Chemie/Physik					3	3	2	2	2
Arbeitslehre							4	4	4
Musik	2	2	2	2	2	2	1	1	1
Sport	3	3	2	2	2	2	2	2	2
Förderunterricht ⁶⁾	4	4	3	3	4	4	3	3	3
Wochenstunden insgesamt	26	26	26	26	30	30	30	30	30

- 4) In den Klassenstufen 1 und 2 werden die Fächer Deutsch (5), Mathematik (3), Sachunterricht (2) und Bildende Kunst (2) als Gesamtunterricht erteilt. Die vorstehend bei den einzelnen Fächern jeweils angegebene Zahl der Wochenstunden stellt dabei einen Rahmen für den Anteil der einzelnen Fächer am Gesamtunterricht dar. (Amtliche Anmerkung 1)

- 5) In den Klassenstufen 3 und 4 wird der Lernbereich Französisch zusätzlich aufgenommen. Im Rahmen der personellen und organisatorischen Möglichkeiten soll die Fremdsprachenvermittlung im Rahmen fächerübergreifender Unterrichtsgestaltung vor allem in den Fächern Sachunterricht, Musik und Förderunterricht erfolgen. (Amtliche Anmerkung 3 bzw. 2)

- 6) Der Förderunterricht kommt als individuelle oder gemeinsame Förderung allen Schülern zugute. Er bezieht sich auf den Unterricht in den Fächern, kann aber auch für besondere pädagogische oder therapeutische Maßnahmen eingesetzt werden. (Amtliche Anmerkung 3).

Ferientermine in den Schuljahren 2024/25 bis 2029/30

Vom 19. Januar 2023 (Amtsbl. I S. 158)

1. Ferientermine und Anzahl der beweglichen Ferientage (angegeben ist jeweils der erste und der letzte Ferientag)

Schuljahr 2024/2025

Herbstferien	Montag, 14. Oktober 2024 – Freitag, 25. Oktober 2024
Weihnachtsferien	Montag, 23. Dezember 2024 – Freitag, 3. Januar 2025
Fastnachtsferien	Montag, 24. Februar 2025 – Dienstag, 4. März 2025
Osterferien	Montag, 14. April 2025 – Freitag, 25. April 2025
Sommerferien	Montag, 7. Juli 2025 – Donnerstag, 14. August 2025

Den Schulen stehen noch drei bewegliche Ferientage zur Verfügung.

Schuljahr 2025/2026

Herbstferien	Montag, 13. Oktober 2025 – Freitag, 24. Oktober 2025
Weihnachtsferien	Montag, 22. Dezember 2025 – Freitag, 2. Januar 2026
Fastnachtsferien	Montag, 16. Februar 2026 – Freitag, 20. Februar 2026
Osterferien	Dienstag, 7. April 2026 – Freitag, 17. April 2026
Sommerferien	Montag, 29. Juni 2026 – Freitag, 7. August 2026

Den Schulen stehen noch zwei bewegliche Ferientage zur Verfügung.

Schuljahr 2026/2027

Herbstferien	Montag, 5. Oktober 2026 – Freitag, 16. Oktober 2026
Weihnachtsferien	Montag, 21. Dezember 2026 – Donnerstag, 31. Dezember 2026
Fastnachtsferien	Montag, 8. Februar 2027 – Freitag, 12. Februar 2027
Osterferien	Dienstag, 30. März 2027 – Freitag, 9. April 2027
Sommerferien	Montag, 28. Juni 2027 – Freitag, 6. August 2027

Den Schulen stehen noch zwei bewegliche Ferientage zur Verfügung.

Schuljahr 2027/2028

Herbstferien	Montag, 4. Oktober 2027 – Freitag, 15. Oktober 2027
Weihnachtsferien	Montag, 20. Dezember 2027 – Freitag, 31. Dezember 2027
Fastnachtsferien	Montag, 21. Februar 2028 – Dienstag, 29. Februar 2028
Osterferien	Mittwoch, 12. April 2028 – Freitag, 21. April 2028
Sommerferien	Montag, 3. Juli 2028 – Freitag, 11. August 2028

Den Schulen steht noch ein beweglicher Ferientag zur Verfügung.

Schuljahr 2028/2029

Herbstferien	Montag, 9. Oktober 2028 – Freitag, 20. Oktober 2028
Weihnachtsferien	Mittwoch, 20. Dezember 2028 – Dienstag, 2. Januar 2029
Fastnachtsferien	Montag, 12. Februar 2029 – Freitag, 16. Februar 2029
Osterferien	Montag, 26. März 2029 – Freitag, 6. April 2029
Pfingstferien	Dienstag, 22. Mai 2029 – Freitag, 25. Mai 2029
Sommerferien	Montag, 16. Juli 2029 – Freitag, 24. August 2029

Den Schulen steht kein beweglicher Ferientag zur Verfügung.

Schuljahr 2029/2030

Herbstferien	Montag, 22. Oktober 2029 – Freitag, 2. November 2029
Weihnachtsferien	Freitag, 21. Dezember 2029 – Freitag, 4. Januar 2030
Fastnachtsferien	Montag, 25. Februar 2030 – Dienstag, 5. März 2030
Osterferien	Montag, 15. April 2030 – Freitag, 26. April 2030
Sommerferien	Montag, 22. Juli 2030 – Freitag, 30. August 2030

Den Schulen stehen noch drei bewegliche Ferientage zur Verfügung.

2. Termine der beweglichen Ferientage

Die Termine der beweglichen Ferientage werden jährlich von der Schulkonferenz der jeweiligen Schule festgesetzt. Es ist im Interesse von Familien mit Kindern in verschiedenen Schulen wünschenswert, dass diese Termine zumindest auf Gemeindeebene abgestimmt werden.

Diese beweglichen Ferientage dürfen nicht auf Tage unmittelbar vor oder nach den Ferien gelegt werden. Die Schulen teilen jeweils die Termine der beweglichen Ferientage frühzeitig, spätestens drei Wochen vorher, der Schulaufsichtsbehörde mit.

3. Unterrichtsschluss vor den Ferien und Ausgabe der Halbjahreszeugnisse

Der Unterricht schließt am letzten Schultag vor den Sommerferien nach der dritten Unterrichtsstunde; Gleiches gilt für die betroffenen Klassen beziehungsweise Jahrgangsstufen auch am Tag der Ausgabe der Halbjahreszeugnisse.

Am letzten Tag vor den Ferien innerhalb eines Schuljahres sowie vor einem beweglichen Ferientag ist Unterrichtsende nach der letzten stundenplanmäßigen Unterrichtsstunde.

Die Halbjahreszeugnisse werden grundsätzlich am letzten Freitag im Monat Januar ausgegeben, in den beruflichen Schulen gegebenenfalls am letzten diesem Tag vorausgehenden Unterrichtstag. Die Jahrgangsstufen der gymnasialen Oberstufe erhalten die Halbjahreszeugnisse am letzten Unterrichtstag vor den Weihnachtsferien.

4. Inkrafttreten und Außerkrafttreten

Der Erlass tritt am 1. August 2024 in Kraft.

Der Erlass über die Ordnung der Ferientermine in den Schuljahren 2016/17 bis 2023/24 für allgemeinbildende und berufliche Schulen im Saarland vom 27. September 2016 (Amtsbl. I S. 876) tritt am 24. August 2024 außer Kraft.

Erlass
über die Fünf-Tage-Woche

Vom 23. Mai 1995 – geändert am 01. August 2012 (Amtsbl. II S. 804)

1. Allgemeinbildende Schulen

- 1.1 An den öffentlichen allgemeinbildenden Schulen findet ab dem Schuljahr 1995/96 samstags kein Unterricht statt.
- 1.2 Abweichend hiervon kann die jeweilige Schulkonferenz beschließen, dass in der Regel an zwei Samstagen im Monat unterrichtet wird; an Gymnasien, Gemeinschaftsschulen und Gesamtschulen ist es zulässig, dass die Schulkonferenz einen solchen Beschluss nur für die Sekundarstufe II fasst.

Zur Vorbereitung eines etwaigen Beschlusses der Schulkonferenz gibt die Schulleiterin oder der Schulleiter rechtzeitig der Schulaufsichtsbehörde, dem Schulträger, den betroffenen Verkehrsträgern und etwaigen kooperierenden Schulen Gelegenheit zur Stellungnahme.

Will die Schulkonferenz einen solchen Beschluss fassen oder ändern, so hat dies spätestens bis 1. Februar zu geschehen; abweichend hiervon gilt für Beschlüsse für das Schuljahr 1995/96 als Termin der 1. Juli 1995.

Macht die Schulkonferenz von der Möglichkeit zur Abweichung von dem Regelfall der Fünf-Tage-Woche Gebrauch, so informiert sie hierüber die in Satz 3 genannten Stellen.

Der Beschluss der Schulkonferenz hat mindestens für ein Schuljahr Gültigkeit.

2. Berufliche Schulen

- 2.1 An den öffentlichen beruflichen Schulen findet auch künftig samstags kein Unterricht statt.
- 2.2 Abweichend hiervon kann an beruflichen Schulen samstags Unterricht erteilt werden, wenn dieser Unterricht aus räumlichen, personellen oder schulorganisatorischen Gründen oder aus Gründen, die sich aus der Art des betreffenden Bildungsangebotes ergeben – z. B. Unterricht für Berufstätige –, an anderen Werktagen nicht erteilt werden kann.

Über die Erteilung von Samstagsunterricht beschließt die jeweilige Schulkonferenz. Entsprechend den besonderen Organisationsbedingungen der beruflichen Schulen kann dieser Beschluss auf einen bestimmten Zeitraum begrenzt werden.

Zur Vorbereitung eines etwaigen Beschlusses der Schulkonferenz gibt die Schulleiterin oder der Schulleiter rechtzeitig dem Schulträger, den betroffenen Verkehrsträgern und etwaigen kooperierenden Schulen Gelegenheit zur Stellungnahme.

Will die Schulkonferenz einen solchen Beschluss fassen oder ändern, so hat dies bis spätestens 1. Februar zu geschehen; abweichend hiervon gilt für Beschlüsse für das Schuljahr 1995/96 als Termin der 1. Juli 1995.

Macht die Schulkonferenz von der Möglichkeit zur Abweichung von dem Regelfall der Fünf-Tage-Woche Gebrauch, so informiert sie hierüber die in Satz 4 genannten Stellen sowie die Schulaufsichtsbehörde.

3. Einhaltung der Stundentafeln

Für alle allgemeinbildenden und beruflichen Schulen gilt, dass unabhängig von der Erteilung des Unterrichtes an fünf oder sechs Tagen die jeweilige Stundentafel für die einzelnen Fächer einzuhalten ist. An allgemeinbildenden Schulen, deren Stundenplan nicht auf fünf Tage angelegt ist, muss der durch einen schulfreien Samstag nicht erteilte Unterricht in vollem Umfang vor- oder nachgehalten werden.

**Verordnung – Schulordnung – über die Bildungsgänge
und die Abschlüsse der Gemeinschaftsschule
(Gemeinschaftsschulverordnung – GemSVO)
Vom 19. November 2024 (Amtsbl. I S. 948)**

Inhaltsübersicht

Abschnitt 1

Geltungsbereich, Struktur der Bildungsgänge, Zielsetzung

- § 1 Geltungsbereich und Struktur der Bildungsgänge
- § 2 Zielsetzung
- § 3 Pädagogisches Konzept
- § 4 Aufnahme, Wechsel der Schulform
- § 5 Unterrichtsangebot und Stundentafel
- § 6 Unterrichtsangebot in den Fremdsprachen
- § 7 Unterrichtsorganisation, innere und äußere Fachleistungsdifferenzierung
- § 8 Einstufung, Umstufung
- § 9 Profilbereich
- § 10 Berufliche Orientierung
- § 11 Wahlbereich
- § 12 Individuelle Förderung

Abschnitt 2

Leistungsbewertung, Aufsteigen

- § 13 Notensystem
- § 14 Festsetzung der Zeugnisnoten
- § 15 Bewertung von Sozialverhalten und Lern- und Arbeitsverhalten
- § 16 Aufsteigen, Wiederholen
- § 17 Überspringen einer Klassenstufe
- § 18 Fächergruppen bei Versetzung, Abschlüssen und Berechtigungen
- § 19 Versetzung am Ende der Klassenstufe 8

Abschnitt 3

Abschlüsse und Berechtigungen

- § 20 Arten der Abschlüsse und Berechtigungen
- § 21 Hauptschulabschluss (Erster Schulabschluss) am Ende der Klassenstufe 9
- § 22 Übergang in die zweijährigen Berufsfachschulen
- § 23 Berechtigung zum Eintritt in die Klassenstufe 10
- § 24 Mittlerer Bildungsabschluss (Mittlerer Schulabschluss) am Ende der Klassenstufe 10
- § 25 Berechtigung zum Übergang in die gymnasiale Oberstufe
- § 26 Zuerkennung der Allgemeinen Hochschulreife
- § 27 Sonstige Berechtigungen in der Sekundarstufe II
- § 28 Benachrichtigung der Erziehungsberechtigten bei Gefährdung eines angestrebten Abschlusses oder einer angestrebten Berechtigung

Abschnitt 4

Zeugnisse

- § 29 Begriff des Zeugnisses
- § 30 Arten und Inhalte der Zeugnisse

§ 31 Abgangszeugnisse

§ 32 Abschlusszeugnisse

§ 33 Zeugnisausstellung

§ 34 Zeugnisausgabe und Übermittlung der Zeugnisse an die Erziehungsberechtigten, Möglichkeit ergänzender Erläuterungen

Abschnitt 5

Schlussvorschriften

§ 35 Abstimmungsverfahren der Klassenkonferenz

§ 36 Notwendige Regelungen bei schwerwiegenden Gefahren für Leben und Gesundheit

§ 37 Inkrafttreten, Außerkrafttreten, Übergangsregelung

Anlagen

1 Stundentafel der Gemeinschaftsschule - Sekundarstufe I

2 Differenzierungsmodelle an der Gemeinschaftsschule

3 Tabelle für die Ermittlung von Durchschnittspunktzahlen oder geforderten Mindestpunktzahlen als Grundlage für die Zuerkennung eines Abschlusses oder einer Berechtigung

4 Zeugnisformulare (hier nicht aufgenommen)



Abschnitt 1

Geltungsbereich, Struktur der Bildungsgänge, Zielsetzung

§ 1

Geltungsbereich und Struktur der Bildungsgänge

(1) Diese Schulordnung gilt für die öffentlichen Gemeinschaftsschulen des Saarlandes.

(2) Sie gilt gemäß § 18 Absatz 2 und 3 des Privatschulgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Mai 1985 (Amtsbl. S. 610), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 24. Juni 2020 (Amtsbl. I S. 529), in der jeweils geltenden Fassung auch für staatlich anerkannte private Ersatzschulen, die den in Absatz 1 genannten Schulen entsprechen.

(3) Die Gemeinschaftsschule umfasst die Klassenstufen 5 bis 13 und bietet die drei allgemeinbildenden Bildungsgänge, die zum Hauptschulabschluss (Ersten Schulabschluss), zum Mittleren Bildungsabschluss (Mittleren Schulabschluss) und zur Allgemeinen Hochschulreife führen, an. Die Gemeinschaftsschule verfügt über eine eigene gymnasiale Oberstufe am Standort oder kooperiert in Oberstufenverbünden insbesondere mit anderen Gemeinschaftsschulen oder mit grundständigen Gymnasien, Oberstufengymnasien und gymnasialen Oberstufen mit berufsbezogenen Fachrichtungen an öffentlichen Berufsbildungszentren. Sie bietet so selbst die Berechtigungen der Sekundarstufe II und nach Klassenstufe 13 die Allgemeine Hochschulreife an; die Zugehörigkeit der Schülerinnen und Schüler zu ihrer Gemeinschaftsschule bleibt auch bei Kooperationen erhalten. Die Entscheidung über die jeweilige Organisationsform trifft die Schulaufsichtsbehörde unter Berücksichtigung der Gegebenheiten vor Ort und der Verordnung über die Festlegung der Werte für die Klassen-, Gruppen- und Kursbildung und über Schüler-Lehrer-Relationen vom 19. Juli 1996 (Amtsbl. S. 723), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 30. Juni 2020 (Amtsbl. I S. 609), in der jeweils geltenden Fassung. Die gymnasiale Oberstufe an der Gemeinschaftsschule umfasst mit der einjährigen Einführungsphase und der zweijährigen Hauptphase insgesamt drei Schuljahre.

(4) Die Vorschriften dieser Schulordnung beziehen sich auf die Bildungsgänge und die Abschlüsse der Gemeinschaftsschule in den Klassenstufen 5 bis 10. Die Ausgestaltung der Oberstufe richtet sich nach den Bestimmungen der Verordnung - Schul- und Prüfungsordnung - über die gymnasiale Oberstufe und die Abiturprüfung im Saarland vom 2. Juli 2007 (Amtsbl. S. 1315), zuletzt geändert durch Artikel 234 des Gesetzes vom 8. Dezember 2021 (Amtsbl. I S. 2629), in der jeweils geltenden Fassung.

(5) Die Gemeinschaftsschule ist gemäß § 4 Absatz 1 Satz 1 des Schulordnungsgesetzes inklusive Schule.

§ 2

Zielsetzung

(1) Die Gemeinschaftsschule vermittelt eine erweiterte und vertiefte allgemeine Bildung, die zugleich Grundlage einer Berufsausbildung oder weiterführender berufsbezogener oder studienbezogener Bildungsgänge ist. Die Gemeinschaftsschule verfolgt das Ziel, Bildungsgerechtigkeit zu verwirklichen. Sie trägt zu gleichberechtigter und aktiver Partizipation aller am gesellschaftlichen Leben und zu demokratischer Mitwirkung sowie zu einer selbstbestimmten Lebensführung bei. Daher hat sie den Anspruch, die Chancen der Vielfalt zu nutzen und fördert entsprechend ihrer gesellschaftlichen Verantwortung die Potenziale der Verschiedenheit und die gegenseitige Wertschätzung.

(2) Jede Schülerin und jeder Schüler soll an der Gemeinschaftsschule ganzheitlich in ihrer beziehungsweise seiner Persönlichkeitsentwicklung begleitet und zum individuell bestmöglichen Bildungserfolg geführt werden. Daher umfasst die Gemeinschaftsschule alle allgemeinbildenden Bildungsgänge und Bildungsabschlüsse.

(3) In der Gemeinschaftsschule wird das pädagogische Prinzip des längeren gemeinsamen Lernens von Schülerinnen und Schülern mit unterschiedlichen Voraussetzungen verwirklicht. Sie zeichnet sich durch ein hohes Maß an Durchlässigkeit zwischen verschiedenen Bildungsgängen aus. Die Gemeinschaftsschule fördert die individuellen Aufstiegschancen jeder Schülerin und jedes Schülers unabhängig von ethnischer, kultureller oder sozialer Herkunft.

(4) Die Schülerinnen und Schüler werden in ihrer Unterschiedlichkeit angenommen und gefördert, ihre individuelle Leistung wird wertgeschätzt. Die Unterrichtsorganisation und das Schulleben orientieren sich daher an individuellen Lernvoraussetzungen und Lernprozessen. Dabei werden Begabungen, Interessen und Potenziale erkannt, Motivation geweckt sowie selbstgesteuertes Lernen und kooperative Lehr- und Lernformen gefördert.

§ 3

Pädagogisches Konzept

Zur Verwirklichung ihrer Aufgaben und Bildungsziele erhalten die Gemeinschaftsschulen ein hohes Maß an Selbstständigkeit, um durch Individualisierung von Lernprozessen die Begabungs- und Leistungsschwerpunkte ihrer Schülerinnen und Schüler zu unterstützen. Dazu erarbeitet die einzelne Schule ein standortbezogenes pädagogisches Konzept, das insbesondere im Rahmen ihrer Schul- und Unterrichtsentwicklung unter folgenden Aspekten kontinuierlich weiterentwickelt und implementiert wird:

1. schulspezifisches Profil
2. flexible Nutzung der Fächerblöcke der Stundentafel für individualisierte Lernangebote, Projektunterricht und fächerübergreifendes Lernen
3. Rhythmisierung von Unterricht und Schulalltag
4. Förderkonzepte und Formen inklusiver Unterrichtung
5. Formen der Binnendifferenzierung oder äußerer Fachleistungsdifferenzierung
6. schuleigenes Methoden- und Sozialkompetenzcurriculum
7. Digitalisierung
8. Wahl- und Profilbereich (Wahlpflichtbereich)
9. Berufliche Orientierung (Berufs- und Studienorientierung)
10. Formen und Methoden der Lernstanderhebung und -dokumentation
11. kompetenz- und lernprozessorientierte Leistungsbewertung
12. Lernprozessbegleitung durch Information und Beratung von Schülerinnen und Schülern unter Einbeziehung der Erziehungsberechtigten
13. außerunterrichtliche Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsangebote
14. Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnerinnen und Partnern
15. Etablierung einer Evaluationskultur.

Im Sinne einer partizipativ und transparent angelegten Organisations-, Personal- und Unterrichtsentwicklung (Schulentwicklung) sind an den Schulen projektbezogene Steuergruppen einzusetzen. Über das pädagogische Konzept entscheidet die Schulkonferenz auf Vorschlag der Gesamtkonferenz. Es ist der Schulaufsichtsbehörde auf Verlangen vorzulegen.

§ 4

Aufnahme, Wechsel der Schulform

(1) Voraussetzung für die Aufnahme in die Klassenstufe 5 der Gemeinschaftsschule ist der erfolgreiche Besuch der Klassenstufe 4 der Grundschule im vorausgehenden Schuljahr.

(2) In eine der Klassenstufen 5 bis 10 und in die gymnasiale Oberstufe können auch Schülerinnen und Schüler anderer Schulen oder Schulformen aufgenommen werden. Bei Wechsel der Schulform werden sie in der Gemeinschaftsschule in die ihrem bisherigen Bildungsgang entsprechende Klassenstufe aufgenommen. Die Aufnahme soll außer in den Fällen des Wohnsitzwechsels grundsätzlich nur zum Beginn des Schuljahres oder des zweiten Schulhalbjahres erfolgen.

(3) § 5 Absatz 2 der Allgemeinen Schulordnung vom 10. November 1975 (Amtsbl. S. 1239), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 20. August 2024 (Amtsbl. I S. 642), in der jeweils geltenden Fassung bleibt hiervon unberührt.

§ 5 Absatz 3 der Allgemeinen Schulordnung findet keine Anwendung.

§ 5

Unterrichtsangebot und Stundentafel

(1) Das Unterrichtsangebot beruht auf dem von der Kultusministerkonferenz für die gegenseitige Anerkennung der Abschlüsse gesetzten Mindestrahmen, der von jeder Schule ausgefüllt werden muss. Es umfasst den Pflichtbereich, den Profilbereich ab Klassenstufe 7 und den Wahlbereich.

(2) Fachstunden und Lehrplaninhalte können in benachbarte Klassenstufen verlagert werden, dabei ist das Erreichen der in den Lehrplänen für die Klassenstufen 6, 8, 9 und 10 formulierten Kompetenzen sicherzustellen. Dabei sollen diese auch in individualisierten und projektbezogenen Lernangeboten, im fach- oder fächerübergreifenden Lernen oder in einem Lernangebot mit einem hohen Praxisanteil erworben werden.

(3) Die Schulkonferenz kann auf Vorschlag der Gesamtkonferenz im Rahmen der standortspezifischen Gegebenheiten der Schule und ihrer pädagogischen Schwerpunktsetzung über folgende Möglichkeiten der Gestaltung der Stundentafel entscheiden:

1. Die in der Gesamtstundentafel der Klassenstufen 5 bis 10 (Anlage 1) angegebenen Stundenanteile können zur Umsetzung der Lehrplaninhalte im Rahmen der Flexibilisierung für individualisierte und/oder gruppenbezogene beziehungsweise fächerverbindende und praxisorientierte Lernangebote genutzt werden. Die grundlegenden Anforderungen des jeweiligen Bildungsganges einschließlich des Fächerkanons sind einzuhalten, insbesondere auch im Hinblick auf die Anerkennung der Abschlüsse.
2. Fächer können innerhalb des Schuljahres epochal unterrichtet werden.

3. Lernbereiche können modularisiert angeboten werden, auch jahrgangsübergreifend.
 4. Die Einrichtung fachübergreifender Lernbereiche (zum Beispiel „Freie Arbeit und/oder Übung“ oder „Individuelle Lernzeit“), die den Fachunterricht durch individualisierte und/oder gruppenbezogene Lern- und Übungsangebote auflösen, um auf die unterschiedlichen Begabungen, Neigungen und Lerninteressen der Schülerinnen und Schüler durch freie Formen des schülerorientierten Lernens einzugehen, ist möglich. Die Themenangebote und Themenwahlen der Schülerinnen und Schüler orientieren sich an den Anforderungen der Lehrpläne der diesen Lernbereich zusammenfassenden Einfächer.
 5. In den Klassenstufen 5 bis 10 können für fächerverbindende Projekte (Einzelprojekte, Projektstage, Projektwochen) Stunden mehrerer Fächer für einen festzulegenden Zeitraum zusammengefasst werden.
- (4) In den Klassenstufen 5 und 6 werden in der Klassenratsstunde wichtige Themen besprochen, die die Schülerinnen und Schüler aktuell beschäftigen, Probleme geklärt sowie Organisatorisches vereinbart. Schülerinnen und Schüler üben durch möglichst selbstständige Gestaltung dieser Stunde demokratisches Handeln ein und erweitern dadurch neben ihrer Sozialkompetenz auch andere grundlegende Kompetenzen. In den Klassenstufen 7 bis 10 kann mit Zustimmung der Schulkonferenz gegebenenfalls durch entsprechende Erweiterung der Stundentafel im Rahmen der personellen, sächlichen und unterrichtsorganisatorischen Möglichkeiten eine Klassenratsstunde pro Woche vorgesehen werden, die Schülerinnen und Schüler auch an Schulentwicklungsprozessen partizipieren lässt. In allen Klassenstufen sollen die Themenstellungen der Klassenratsstunde mit Inhalten des Faches Gesellschaftswissenschaften verknüpft werden; dies soll in Zusammenarbeit zwischen Klassenlehrkraft und der Fachlehrkraft für Gesellschaftswissenschaften erfolgen.
- (5) Durch die Zusammenfassung von Einfächern zu den interdisziplinären Fächern Naturwissenschaften und Gesellschaftswissenschaften wird die Möglichkeit von fächerverbindendem und/oder projektorientiertem Unterricht gefördert. Darüber hinaus werden die Schülerinnen und Schüler zu vernetztem und ganzheitlichem Denken befähigt. Für den gesellschaftswissenschaftlichen Unterricht gilt, dass die integrative Unterrichtung des interdisziplinären Faches Gesellschaftswissenschaften bis Ende der Klassenstufe 10 erfolgt.
- (6) Beträgt in den Klassenstufen 5 bis 8 in einer Klassenstufe einer öffentlichen Schule die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die am Religionsunterricht nicht teilnehmen, mindestens 5, beschließt die Schulkonferenz auf Vorschlag der Gesamtkonferenz, ob im Rahmen des Stundenbudgets der Schule gemäß § 15 Absatz 1 Satz 2 und 3 des Schulordnungsgesetzes für diese Schülerinnen und Schüler Unterricht in allgemeiner Ethik erteilt wird. Beträgt ab Klassenstufe 9 in einer Klassenstufe einer öffentlichen Schule die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die am Religionsunterricht nicht teilnehmen, mindestens 5, so soll gemäß § 15 Absatz 1 Satz 2 und 3 des Schulordnungsgesetzes für diese Schülerinnen und Schüler Unterricht in allgemeiner Ethik erteilt werden. Ist dies der Fall, ist die Teilnahme am Unterricht in allgemeiner Ethik für Schülerinnen und Schüler, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen, verpflichtend (§ 15 Absatz 1 des Schulordnungsgesetzes).

§ 6

Unterrichtsangebot in den Fremdsprachen

- (1) Die Schulaufsichtsbehörde weist den Gemeinschaftsschulstandorten ein Fremdsprachenangebot zu (1. Fremdsprache Englisch, 1. Fremdsprache Französisch oder beide Sprachen als 1. Fremdsprache).
- (2) Die Schülerinnen und Schüler lernen ab Klassenstufe 5 die beiden Fremdsprachen Französisch und Englisch. Dabei ist eine der Sprachen die abschlussrelevante „1. Fremdsprache“. Die jeweils andere Fremdsprache wird in den Klassenstufen 5 und 6 zweistündig als grundständiges Fach mit allen Kompetenzbereichen unterrichtet und gemäß dem geltenden Leistungsbewertungserlass wie ein nicht schriftliches Fach bewertet und im Zeugnis als „Sprachbildender Unterricht/Fremdsprache (Englisch/Französisch)“ ausgewiesen.
- (3) Im Rahmen des Sprachbildenden Unterrichts/Fremdsprache (Englisch/ Französisch) soll die Freude am Erlernen einer Fremdsprache geweckt und gefördert werden. Für Französisch in dem Sprachbildenden Unterricht gilt zudem, dass zahlreiche Angebote den Unterricht beleben sollen. Hierzu reichen die Schulen ein standortspezifisches Konzept ein, welches Angaben macht zu den geplanten Zusatzangeboten (zum Beispiel Austausch mit grenznahen Partnerschulen, Begegnungsangebote mit Fahrten und Aktionen jenseits der Grenze in Frankreich oder Luxemburg). Grundsätzlich soll die Fremdsprache in dem Sprachbildenden Unterricht/Fremdsprache (Englisch/Französisch) unterrichtet werden. In begründeten Fällen kann in Abstimmung zwischen der Schulleitung, der Klassenlehrkraft und den Erziehungsberechtigten für die jeweilige Schülerin oder den jeweiligen Schüler in den beiden Stunden des Sprachbildenden Unterrichts/Fremdsprache (Englisch/Französisch) anstelle des Unterrichtes in dieser weiteren Sprache Unterricht in Deutsch zur Deckung individueller sprachlicher Bedarfe der Schülerinnen und Schüler erteilt werden; dies ist entsprechend zu dokumentieren. Im Kontext der individuellen Förderung können modulare Angebote in dem Sprachbildenden Unterricht/Fremdsprache (Englisch/Französisch) vorgehalten werden. Ein Wechsel zurück in den Sprachbildenden Unterricht/Fremdsprache (Englisch/Französisch) muss jederzeit möglich sein und ist anzustreben. Die Schule trägt grundsätzlich Sorge dafür, dass auch bei einer (temporären) Nichtteilnahme am Sprachbildenden Unterricht/Fremdsprache (Englisch/Französisch) die Wahl der

2. Fremdsprache im Profilbereich ab der Klassenstufe 7 ermöglicht wird. Ist durch die individuelle Förderung im Einzelfall eine Notengebung im Sprachbildenden Unterricht/Fremdsprache (Englisch/Französisch) nicht möglich, erfolgt ein entsprechender Vermerk unter Bemerkungen im Zeugnis.

(4) Die Schülerinnen und Schüler können als Profulfach ab der Klassenstufe 7 die für den Übergang in die gymnasiale Oberstufe bedeutsame „2. Fremdsprache“ wählen (Beschluss der Kultusministerkonferenz zur Gestaltung der gymnasialen Oberstufe und der Abiturprüfung in der Fassung vom 6. Juni 2024 in der jeweils geltenden Fassung). Im Übrigen gelten die in § 9 Absatz 1 getroffenen Regelungen.

§ 7

Unterrichtsorganisation, innere und äußere Fachleistungsdifferenzierung

(1) Der Unterricht findet grundsätzlich für alle Schülerinnen und Schüler im Klassenverband statt. Abweichungen hiervon sind bedingt durch die im Folgenden beschriebene Unterrichtsorganisation und gegebenenfalls in weiteren Fächern durch fachspezifische Anforderungen möglich. Klassenlehrerinnen und Klassenlehrer sollen möglichst viele Unterrichtsstunden in ihrer Klasse erteilen; die Anzahl der Fachlehrkräfte in einer Klasse soll durch jahrgangsbezogenen Lehrereinsatz möglichst gering sein. Aufgaben und Bildungsziele erfordern eine intensive Kooperation und einen regelmäßigen Austausch dieser Lehrkräfte.

(2) Im Klassenunterricht der Klassenstufen 5 und 6 soll durch Formen der inneren Differenzierung und individuellen Förderung auf die unterschiedlichen Lernvoraussetzungen und Leistungsmöglichkeiten der Schülerinnen und Schüler eingegangen werden. Auch bei differenzierten Leistungsanforderungen soll die Unterrichtsorganisation unter Beachtung der in § 2 genannten Ziele gewachsene Gruppenbezüge nach Möglichkeit erhalten und soziale Bindungen fördern. In einem Teil der Fächer wird der Unterricht in den Klassenstufen 7 und 8 leistungsdifferenziert auf zwei lehrplanbezogen definierten Anspruchsebenen erteilt, in Klassenstufe 9 auf drei Anspruchsebenen. Anstelle des Unterrichts in separaten Kursen sollen die Schülerinnen und Schüler bevorzugt im Klassenverband oder in einer Lerngruppe, in der unterschiedliche Anspruchsebenen zusammengeführt werden, unterrichtet werden, wobei die Zuordnung der einzelnen Schülerinnen und Schüler zu den einzelnen Anspruchsebenen in jedem Fall gewahrt sein muss.

(3) Bei einer Differenzierung auf zwei Anspruchsebenen in den Klassenstufen 7 und 8 entspricht der Unterricht auf Grundebene den Anforderungen des zum Hauptschulabschluss und des zum Mittleren Bildungsabschluss führenden Bildungsganges. Der Unterricht auf Erweiterungsebene entspricht in den Klassenstufen 7 und 8 den Anforderungen des zum Mittleren Bildungsabschluss führenden Bildungsganges und des gymnasialen Bildungsganges. In Klassenstufe 9 entspricht der Unterricht auf Grundebene den Anforderungen des zum Hauptschulabschluss führenden Bildungsganges, der Unterricht auf Erweiterungsebene den Anforderungen des zum Mittleren Bildungsabschluss führenden Bildungsganges und der Unterricht auf Aufbauebene den Anforderungen des gymnasialen Bildungsganges. In Klassenstufe 10 entspricht der Unterricht auf Erweiterungsebene den Anforderungen des zum mittleren Bildungsabschluss führenden Bildungsganges und der Unterricht auf Aufbauebene den Anforderungen des gymnasialen Bildungsganges. In allen vorgenannten Fällen wird den unterschiedlichen Bildungsgängen auch durch binnendifferenzierende Maßnahmen Rechnung getragen.

(4) Der Unterricht wird

in Mathematik und in der ersten Fremdsprache

- in den Klassenstufen 7 und 8 auf Grund- und Erweiterungsebene,
- in der Klassenstufe 9 auf Grund-, Erweiterungs- und Aufbauebene,
- in der Klassenstufe 10 auf Erweiterungs- und Aufbauebene, in Deutsch
- in der Klassenstufe 8 im Klassenverband auf Grund- und Erweiterungsebene,
- in der Klassenstufe 9 auf Grund-, Erweiterungs- und Aufbauebene,
- in der Klassenstufe 10 auf Erweiterungs- und Aufbauebene, in den Fächern Chemie und Physik
- in der Klassenstufe 9 auf Grund-, Erweiterungs- und Aufbauebene,
- in der Klassenstufe 10 auf Erweiterungs- und Aufbauebene erteilt.

Bis zum Mittleren Bildungsabschluss (Mittleren Schulabschluss) erreichen die Schülerinnen und Schüler in der 2. Fremdsprache im Wesentlichen das Niveau B1 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens.

§ 8

Einstufung, Umstufung

(1) Einstufung bedeutet die Zuweisung einer Anspruchsebene (kurs- oder klasseninterne Lerngruppe) bei äußerer Fachleistungsdifferenzierung.

(2) Umstufung bedeutet die Änderung der zuvor vorgenommenen Einstufung und damit die Zuweisung einer höheren oder niedrigeren Anspruchsebene bei äußerer Fachleistungsdifferenzierung.

(3) Vor der beabsichtigten Einstufung oder Umstufung sind neben der Schülerin oder dem Schüler auch die Erziehungsberechtigten zu informieren und bei Bedarf zu beraten. Erheben die Erziehungsberechtigten Einwendungen gegen die Zuweisung einer höheren Anspruchsebene oder gegen den Verbleib in einer solchen, so ist diesen zu entsprechen.

(4) Grundlage der Einstufung und der Umstufung in eine Anspruchsebene der äußeren Fachleistungsdifferenzierung sind die Leistungsentwicklung und das Lernverhalten im betreffenden Fach unter Würdigung der Gesamtpersönlichkeit der Schülerin oder des Schülers; das gesamte Leistungsbild und die Abschlusserwartungen sind in die Überlegungen einzubeziehen. Insofern ist die Schülerin oder der Schüler in die Anspruchsebene ein- oder umzustufen, in der eine erfolgreiche Teilnahme und Förderung zu erwarten ist. Jede Zuweisung zu den Anspruchsebenen wird halbjährlich überprüft.

(5) Unter Beachtung von Absatz 4 orientiert sich die Einstufung und Umstufung an folgenden Kriterien:

1. Einstufung

- a) bei einer Fachleistungsdifferenzierung auf zwei Anspruchsebenen wird in der Regel bei sehr guten oder guten Leistungen in die Erweiterungsebene, bei ausreichenden oder minderen Leistungen in der Regel in die Grundebene eingestuft,
- b) bei einer Fachleistungsdifferenzierung auf drei Anspruchsebenen wird in der Regel bei sehr guten bis guten Leistungen in die Aufbauebene, bei guten bis befriedigenden Leistungen in der Regel in die Erweiterungsebene, bei mangelhaften oder ungenügenden Leistungen in der Regel in die Grundebene eingestuft;

2. Umstufung

- a) bei sehr guten bis guten Leistungen wird in der Regel in die nächsthöhere Anspruchsebene,
- b) bei mangelhaften oder ungenügenden Leistungen wird in der Regel in die nächstniedrigere Anspruchsebene umgestuft.

Für Ein- und Umstufung gilt: Auch bei befriedigenden und ausreichenden Leistungen in differenzierten Fächern soll eine Einstufung beziehungsweise Umstufung in die höhere Anspruchsebene vorgenommen werden, sofern aufgrund des Gesamtleistungsbildes der jeweils angestrebte Abschluss erworben werden kann. Dies gilt auch für mangelhafte Leistungen in einem Fach, da diese durch die Leistungen in den übrigen Fächern ausgeglichen werden können.

(6) Die Zuweisung einer Schülerin oder eines Schülers zu einer bestimmten Anforderungsebene erfolgt gesondert für jedes Fach durch die Klassenkonferenz. Jeweils am Ende eines Schulhalbjahres prüft die Klassenkonferenz, ob eine Schülerin oder ein Schüler in der jeweiligen Anforderungsebene noch angemessen gefördert werden kann. Dabei sind auch die jeweilige Gesamtpersönlichkeit, die Leistungen in anderen Fächern und entsprechende Abschlusserwartungen zu berücksichtigen.

(7) Eine Schülerin oder ein Schüler soll in einem Fach innerhalb von zwei aufeinander folgenden Halbjahren höchstens einmal umgestuft werden. Umstufungen erfolgen grundsätzlich zum Halbjahresende; auf Beschluss der Klassenkonferenz kann in besonders begründeten Einzelfällen davon abgewichen werden; die Begründung ist im Protokoll festzuhalten.

(8) Bei der Aufnahme einer Schülerin oder eines Schülers von einer anderen Schulform der Sekundarstufe I ist über die Einstufung zu entscheiden. Die Schulleitung der aufnehmenden Schule trifft diese Entscheidung in entsprechender Anwendung des Absatzes 4 auf der Grundlage der Leistungsbewertungen des Abgangszeugnisses und entsprechender Abschlusserwartungen. Grundsätzlich ist die Fremdsprachenfolge beizubehalten. Nur in Ausnahmefällen kann die Schulleiterin oder der Schulleiter nach ausführlicher Beratung der Erziehungsberechtigten einen Wechsel der Fremdsprache erlauben. Dabei sind die Vorgaben des Beschlusses der Kultusministerkonferenz (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 3. Dezember 1993, in der Fassung vom 7. Oktober 2022 in der jeweils geltenden Fassung) einzuhalten; der Wechsel der 1. Fremdsprache und die Belegung der dafür zusätzlich notwendigen Stunden in dieser Fremdsprache zum Ausgleich werden im Zeugnis unter Bemerkungen ausgewiesen. Die Beratung der Erziehungsberechtigten ist zu dokumentieren und der Schülerakte beizufügen.

(9) Zum jeweiligen Abschlussjahr werden die Schülerinnen und Schüler grundsätzlich in allen leistungsdifferenzierten Fächern entsprechend dem zu erwartenden Abschluss eingestuft. Spätestens zu Beginn des zweiten Halbjahres des Abschlussjahres kann noch eine Umstufung in die höhere Anspruchsebene vorgenommen werden. Auch bei befriedigenden und ausreichenden Leistungen in differenzierten Fächern soll eine Einstufung in die höhere Anspruchsebene vorgenommen werden, sofern dies aufgrund des Gesamtleistungsbildes angezeigt erscheint. Dies gilt auch für mangelhafte Leistungen in einem Fach, da diese durch die Leistungen in den übrigen Fächern ausgeglichen werden können. Der Verbleib in Kursen, die über die abschlussbezogene Ebene hinausgehen, ist grundsätzlich möglich, sofern eine erfolgreiche Teilnahme zu erwarten ist.

§ 9

Profilbereich

(1) Der Profilbereich als Ausformung des Wahlpflichtbereichs dient der Ergänzung und Verstärkung des Pflichtbereichs sowie der Entfaltung individueller Interessen, Begabungen und Befähigungen der Schülerinnen und Schüler. Der Profilbereich in den Klassenstufen 7 bis 10 umfasst für die einzelne Schülerin oder den einzelnen Schüler die in der jeweiligen Stundentafel festgelegten Stundenanteile. Die Schülerinnen und Schüler wählen entweder das auf Erweiterungsebene unterrichtete Profulfach „2. Fremdsprache“ – hier ist in der Regel eine Mindestgröße der einzelnen Gruppe von 10 Schülerinnen und Schülern erforderlich – oder im Rahmen der der Schule zur Verfügung stehenden personellen, sächlichen und unterrichtsorganisatorischen Möglichkeiten ein „standortspezifisches Angebot der Schule“ wie zum Beispiel Arbeitslehre, Musisch-kulturelle Erziehung, Natur- und Umwelt, Kommunikation und Medien, Sport und Gesundheit. Für ein „standortspezifisches Angebot der Schule“ muss der Schulaufsichtsbehörde ein entsprechender Lehrplan vorgelegt werden. In Klassenstufe 9 kann der Unterricht im „standortspezifischen Angebot der Schule“ durch einen berufsorientierten Wochentag ersetzt werden. Nähere Einzelheiten hierzu sind in § 10 Absatz 3 geregelt.

Die Wahl der Fächer des Profilbereichs erfolgt in Klassenstufe 6 nach Information und Beratung der Schülerinnen und Schüler sowie deren Erziehungsberechtigten; die Erziehungsberechtigten teilen ihre Entscheidung der Schule schriftlich mit.

(2) Für den Wechsel eines Profulfaches gilt:

1. Die von der Schülerin oder dem Schüler zu Beginn der Klassenstufe 7 getroffene Wahl des Profulfaches ist in der Regel für die Klassenstufen 7 und 8 verbindlich; die in § 16 Absatz 2 Satz 2 Nummer 5 für den Fall der Wiederholung einer Klassenstufe getroffene Regelung bleibt unberührt.
2. Eine Neuwahl kann für die Klassenstufe 9 beziehungsweise die Klassenstufen 9 und 10 entsprechend den zur Verfügung stehenden personellen, sächlichen und unterrichtsorganisatorischen Möglichkeiten der Schule erfolgen.
3. Im ersten Halbjahr der Klassenstufe 7 kann die Klassenkonferenz in pädagogisch begründeten Ausnahmefällen auf Antrag der Erziehungsberechtigten im Rahmen der personellen, sächlichen und unterrichtsorganisatorischen Möglichkeiten der Schule eine Änderung der Kurswahl zulassen. Von dieser zeitlichen Begrenzung kann die Klassenkonferenz in Einzelfällen absehen.
4. Werden die Leistungen der Schülerin oder des Schülers in der 2. Fremdsprache am Ende der Klassenstufe 7 mit weniger als 04 Punkten bewertet, so muss sie oder er diesen Kurs verlassen und im Rahmen der an der Schule gegebenen personellen, sächlichen und unterrichtsorganisatorischen Möglichkeiten eines der übrigen Angebote der Schule wählen.

§ 10

Berufliche Orientierung

(1) Eine Berufliche Orientierung soll die Schülerinnen und Schüler zu einer eigenverantwortlichen Berufswahl befähigen, einen erfolgreichen Übergang von der Schule in den Beruf und die Wahl der individuell dafür geeigneten Ausbildungswege (zum Beispiel schulische Ausbildung, duale Ausbildung, Studium) ermöglichen. Sie beschränkt sich dabei nicht auf die Vermittlung konkreter für die Berufliche Orientierung erforderlicher Informationen, sondern fördert darüber hinaus die Entwicklung eines beruflichen Selbstkonzeptes und einer individuellen Lebensperspektive, indem sie den Kompetenzerwerb der Schülerinnen und Schüler gezielt fördert und sie befähigt, die eigene Berufsbiografie als individuellen Prozess der Abstimmung zwischen eigenen Interessen, Stärken und Wünschen und den Möglichkeiten, Bedarfen und Anforderungen der Berufs- und Arbeitswelt aktiv zu gestalten. Damit trägt sie auch zur Vermittlung von Lebenskompetenzen und zur Stärkung der Persönlichkeit bei.

(2) Berufsorientierung findet grundsätzlich als zentrale und verpflichtende Querschnittsaufgabe in allen Fächern und Jahrgangsstufen statt. Verpflichtende Elemente sind in der Klassenstufe 7 eine an den Stärken der Schülerinnen und Schüler orientierte Potenzialanalyse beziehungsweise Kompetenzbilanzierung sowie in der Klassenstufe 8 ein dreiwöchiges Schülerbetriebspraktikum, auf das die Schülerinnen und Schüler intensiv vorbereitet werden, um eine bewusste Wahl eines Praktikumsplatzes treffen zu können. Für die Umsetzung der Beruflichen Orientierung entwickeln die Schulen ein schulspezifisches Konzept auf Grundlage der Richtlinien zur Berufs- und Studienorientierung an allgemeinbildenden Schulen im Saarland vom 6. Dezember 2016 (Amtsbl. I S. 1178) in der jeweils geltenden Fassung, das den Prozess der Beruflichen Orientierung bis zum jeweiligen Schulabschluss abbildet. Diese beinhalten unterrichtliche und außerunterrichtliche Maßnahmen der beruflichen Orientierung. Es berücksichtigt regionale Strukturen sowie schulspezifische Gegebenheiten. Grundprinzip aller Maßnahmen zur Beruflichen Orientierung ist die Öffnung aller Berufsfelder für alle Schülerinnen und Schüler unabhängig vom Geschlecht. Bestehende Konzepte sind zu evaluieren und kontinuierlich weiterzuentwickeln. Die Berufliche Orientierung erfolgt in vernetzten Strukturen, insbesondere in Zusammenarbeit mit den Schülerinnen und Schülern, den Erziehungsberechtigten, den beruflichen Schulen, der Agentur für Arbeit sowie auch weiteren schulischen und

außerschulischen Partnerinnen und Partnern. Im Sinne der Individualisierung ist eine intensive Kooperation mit den beruflichen Schulen im Einzugsgebiet verpflichtend, um jeder Schülerin und jedem Schüler ein passgenaues Angebot mit dem Ziel einer vollumfänglichen Bildungswegeberatung zu garantieren. Die individuelle systematische Prozessdokumentation in Form eines Portfolios bildet die Verknüpfung der einzelnen von den Schülerinnen und Schülern wahrgenommenen unterrichtlichen und außerunterrichtlichen Angebote ab und ermöglicht ihnen eine kontinuierliche Reflexion ihrer Erfahrungen.

(3) In Klassenstufe 9 ist nach Möglichkeit im Rahmen des besonderen Profils einer Schule wöchentlich ein berufsorientierter Tag in einem Betrieb oder in Kooperation mit einer Beruflichen Schule im Profilbereich anzubieten. Die Wahl des Praktikumsbetriebes bzw. des Arbeitsbereichs oder des Angebotes in Kooperation mit der Beruflichen Schule soll auf der Grundlage der bis dahin vorliegenden Erfahrungen aus der Beruflichen Orientierung erfolgen. In Zusammenarbeit mit den Beruflichen Schulen, den Betrieben der Region und mit der Agentur für Arbeit soll dadurch die Berufliche Orientierung der Schülerinnen und Schüler verstärkt und ihre Ausbildungsfähigkeit verbessert werden. Praktische Erfahrungen und der intensive Austausch mit der Berufswelt sollen die Lernmotivation steigern und die Persönlichkeitsentwicklung unterstützen.

Für die Durchführung gelten folgende Besonderheiten:

1. Nach einer Vorbereitungsphase am Ende der Klassenstufe 8 und zu Beginn der Klassenstufe 9 nehmen die Schülerinnen und Schüler in der Regel für ein Halbjahr bis spätestens sechs Wochen vor dem Ende des Schuljahres an einem Tag in der Woche an einem Praktikum in einem geeigneten Betrieb beziehungsweise auch an Angeboten in Kooperation mit Beruflichen Schulen teil. Danach folgt eine verpflichtende Auswertung der praktischen Erfahrung.
2. Die im Zusammenhang mit den berufsorientierten Schultagen erbrachten Leistungen werden im Profilbereich sowohl im Halbjahreszeugnis als auch im Abschlusszeugnis der Klassenstufe 9 ausgewiesen. In das Halbjahreszeugnis der Klassenstufe 9 sowie in das Abschlusszeugnis ist unter „Bemerkungen“ folgender Vermerk aufzunehmen: „[Vorname] hat im Profilbereich in der Zeit vom ... bis ... an einem Tag in der Woche an einem Praktikum in einem Betrieb teilgenommen.“

(4) Die Schule kann auf der Grundlage eines Schulkonferenzbeschlusses ein weiteres Betriebspraktikum bis zur Dauer von zwei Wochen in Klassenstufe 9 oder 10 anbieten.

§ 11

Wahlbereich

Der Unterricht des Wahlbereichs umfasst schulspezifische Angebote insbesondere aus den Bereichen Kultur, Umwelt, Gesundheitsförderung, MINT oder Sport. Er kann im Rahmen der personellen, sächlichen und unterrichtsorganisatorischen Möglichkeiten der Schule außerhalb der in der Stundentafel festgelegten Wochenstundenzahlen des Pflicht- und Profilbereichs durchgeführt werden. Die Teilnahme ist nach erfolgter Wahl in der Regel verpflichtend und wird auf dem Zeugnis aufgeführt.

§ 12

Individuelle Förderung

(1) Individuelle Förderung ist grundlegendes Unterrichtsprinzip, bei dem alle Schülerinnen und Schüler durch individualisierende Lern- und Arbeitsformen in ihrem Lernprozess unterstützt werden.

(2) Unterrichtsergänzende Fördermaßnahmen werden im Rahmen der personellen, sächlichen und unterrichtsorganisatorischen Möglichkeiten und des pädagogischen Konzepts der Schule fachbezogen und fächerverbindend sowohl für die leistungsschwächeren als auch für die leistungstärkeren Schülerinnen und Schüler durchgeführt. Dies kann innerhalb der in Anlage 1 dargestellten Stundentafel oder unter deren Erweiterung erfolgen.

Abschnitt 2

Leistungsbewertung, Aufsteigen

§ 13

Notensystem

(1) Für die Bewertung der Leistungen gelten folgende Notenstufen:

sehr gut	=	eine den Anforderungen in besonderem Maße entsprechende Leistung;
gut	=	eine den Anforderungen voll entsprechende Leistung;
befriedigend	=	eine den Anforderungen im Allgemeinen entsprechende Leistung;
ausreichend	=	eine Leistung, die zwar Mängel aufweist, aber im Ganzen den Anforderungen noch entspricht;

- mangelhaft = eine den Anforderungen nicht entsprechende Leistung, die jedoch erkennen lässt, dass die notwendigen Grundkenntnisse vorhanden sind und die Mängel in absehbarer Zeit behoben werden könnten;
- ungenügend = eine den Anforderungen nicht entsprechende Leistung, bei der selbst die Grundkenntnisse so lückenhaft sind, dass die Mängel in absehbarer Zeit nicht behoben werden könnten.

(2) Diesen Noten werden Punktzahlen eines 15-Punkte-Systems nachfolgendem Schlüssel zugeordnet: Je nach Notendenz werden der Note „sehr gut“ 15/14/13, der Note „gut“ 12/11/10, der Note „befriedigend“ 09/08/07, der Note „ausreichend“ 06/05/04, der Note „mangelhaft“ 03/02/01 und der Note „ungenügend“ 00 Punkte zugeordnet.

(3) Auf dem Zeugnis werden die Noten und Punkte aller Fächer, in denen die Schülerin oder der Schüler unterrichtet wurde, ausgewiesen. § 11 bleibt hiervon unberührt.

(4) Soweit bei der Entscheidung über die Zuerkennung eines Abschlusses oder einer Berechtigung in einem mit äußerer Fachleistungsdifferenzierung erteilten Unterricht erbrachte Leistungen auf eine andere als die Anspruchsebene zu beziehen sind, auf der die Schülerin oder der Schüler in diesem Fach unterrichtet wurde, werden die Punktzahlen (Durchschnittspunktzahlen beziehungsweise geforderte Mindestpunktzahlen) nach der in der Anlage 3 enthaltenen Tabelle ermittelt.

§ 14

Festsetzung der Zeugnisnoten

(1) Die Zeugnisnote wird entsprechend dem Erlass zur Leistungsbewertung in den Schulen des Saarlandes vom 9. Juli 2024 (Amtsbl. I S. 506) in der jeweils geltenden Fassung ermittelt. Die Zeugnisnote ist das Ergebnis einer fachlich- pädagogischen Gesamtbewertung aller Leistungen, die die Schülerinnen und Schüler erbracht haben, sie wird nicht rein schematisch berechnet. Die Zeugnisnote berücksichtigt die Ergebnisse aller Leistungsnachweise und würdigt die individuelle Lern- und Leistungsentwicklung.

(2) Die Klassenkonferenz bewertet die Leistungen in den Fächern auf Vorschlag der jeweiligen Fachlehrerin oder des jeweiligen Fachlehrers und setzt eine Note fest.

(3) Die Note im Jahreszeugnis wird aufgrund der Leistungen während des gesamten Schuljahres unter besonderer Berücksichtigung der Leistungen im zweiten Schulhalbjahr ermittelt.

(4) Das Verfahren für Leistungsbewertungen bei Leistungsverweigerung durch die Schülerin oder den Schüler und in Fällen entschuldigter Schulversäumnisse ist durch den Erlass betreffend das Verfahren bei Leistungsverweigerung durch Schüler der allgemeinbildenden Schulen (ohne Sonderschulen) und der berufsbildenden Schulen sowie betreffend die Notengebung in Fällen entschuldigter Schulversäumnisse vom 10. Mai 1972 (GMBL. S. 371) in der jeweils geltenden Fassung geregelt.

(5) Die Absätze 1 und 2 finden entsprechende Anwendung, soweit ergänzende Erläuterungen mit Verbalbeurteilungen und weiterführenden Hinweisen gemäß § 32 Absatz 5 erteilt werden.

§ 15

Bewertung von Sozialverhalten und Lern- und Arbeitsverhalten

(1) Die Bewertung des Sozialverhaltens erfolgt unter Berücksichtigung der Rechte und Pflichten der Schülerin oder des Schülers, die sich aus den für sie oder ihn geltenden schulrechtlichen Bestimmungen ergeben. Die Bewertung des Sozialverhaltens bezieht sich insbesondere auf die Gewissenhaftigkeit, Zuverlässigkeit, Kooperationsbereitschaft, Hilfsbereitschaft der Schülerin oder des Schülers und deren oder dessen angemessenen Umgang mit Konflikten. Für die Bewertung des Lern- und Arbeitsverhaltens im Unterricht sind insbesondere die Anstrengungsbereitschaft, Ausdauer, Sorgfalt, Lernorganisation und Selbstständigkeit zu berücksichtigen.

(2) Sozialverhalten sowie Lern- und Arbeitsverhalten werden aufgrund der Vorschläge der einzelnen Lehrkräfte durch die Klassenkonferenz bewertet.

(3) Die Bewertung erfolgt mit

„sehr gut“, wenn das Sozialverhalten oder das Lern- und Arbeitsverhalten der Schülerin oder des Schülers besondere Anerkennung verdient,

„gut“, wenn das Sozialverhalten oder das Lern- und Arbeitsverhalten der Schülerin oder des Schülers den an sie oder ihn zu stellenden Erwartungen entspricht,

„befriedigend“, wenn die an sie oder ihn zu stellenden Erwartungen im Ganzen ohne wesentliche Einschränkungen erfüllt werden,

„nicht immer befriedigend“, wenn die an sie oder ihn zu stellenden Erwartungen mit erheblichen Einschränkungen erfüllt werden,

„unbefriedigend“, wenn das Sozialverhalten oder das Lern- und Arbeitsverhalten der Schülerin oder des Schülers nicht den an sie oder ihn zu stellenden Erwartungen entspricht. Die Bewertung „unbefriedigend“ ist im Zeugnis unter „Bemerkungen“ zu begründen.

§ 16

Aufsteigen, Wiederholen

(1) Bis einschließlich in die Klassenstufe 8 steigt jede Schülerin und jeder Schüler zu Beginn eines neuen Schuljahres unbeschadet der nachfolgenden Regelungen in die nächsthöhere Klassenstufe auf.

(2) Auf Antrag der Erziehungsberechtigten ist die Wiederholung einer der Klassenstufen 5 bis 8 auf freiwilliger Grundlage möglich; die Erziehungsberechtigten sind vorher zu beraten. Es gelten folgende Einschränkungen:

1. Die Wiederholung bedarf der Genehmigung durch die Klassenkonferenz. Die Genehmigung darf hinsichtlich der Klassenstufen 5 und 6 nur erteilt werden, wenn besondere Umstände sich hemmend auf die Leistung der Schülerin oder des Schülers ausgewirkt haben.
2. Eine Klassenstufe kann nicht zweimal wiederholt werden.
3. Eine Wiederholung zweier aufeinander folgender Klassenstufen ist nicht zulässig.
4. Eine von der Regelung der Nummern 1 bis 3 abweichende Entscheidung kann nur in solchen Fällen getroffen werden, in denen die Gründe für die Wiederholungen von der Schülerin oder dem Schüler nicht zu verantworten sind; die Entscheidung ist in der Niederschrift der Klassenkonferenz zu begründen, wobei die Niederschrift auch elektronisch erfolgen kann.
5. Bei der Wiederholung der Klassenstufe 7 kann die Schülerin oder der Schüler die Fächer des Profilbereichs neu wählen.
6. Die Klassenleitung der aufnehmenden Klasse ist zu beteiligen.
7. Nach Eintritt in die neue Klasse ist für die Schülerin oder den Schüler eine angemessene Zeit der Eingewöhnung vorzusehen.

(3) Die Klassenkonferenz kann unter Berücksichtigung der Lernentwicklung und des Leistungsvermögens eine Wiederholung empfehlen.

(4) Eine Wiederholung der Klassenstufen 9 und 10 ist auf Antrag der Erziehungsberechtigten mit Genehmigung der Klassenkonferenz unter Beachtung von Absatz 2 Satz 2 Nummer 2 und 3 möglich, wenn

1. die Schülerin oder der Schüler am Ende der betreffenden Klassenstufe den jeweils angestrebten Abschluss nicht erworben hat,
2. bei erworbenem Schulabschluss zu erwarten ist, dass nach der Wiederholung die Berechtigung zum Eintritt in die Klassenstufe 10 der Gemeinschaftsschule beziehungsweise die Berechtigung zum Übergang in die Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe erreicht werden wird.

Vor der Antragstellung sind die Erziehungsberechtigten zu beraten.

(5) Für die gymnasiale Oberstufe gilt die Verordnung – Schul- und Prüfungsordnung – über die gymnasiale Oberstufe und die Abiturprüfung im Saarland.

§ 17

Überspringen einer Klassenstufe

(1) Einer besonders leistungsstarken Schülerin oder einem besonders leistungsstarken Schüler kann die Schulleiterin oder der Schulleiter das Überspringen einer Klassenstufe gestatten, wenn die Gesamtkonferenz auf Antrag der Erziehungsberechtigten oder im Einvernehmen mit diesen dies vorschlägt. Voraussetzung ist, dass die Leistungen der Schülerin oder des Schülers deutlich über die Kompetenzerwartungen der jeweiligen Klassenstufe hinausragen und die Gesamtpersönlichkeit eine erfolgreiche Mitarbeit in der nächsthöheren Klassenstufe erwarten lässt. Die Entscheidung darf nicht von einer Prüfung abhängig gemacht werden.

(2) Die Klassenstufen 5, 9 und 10 können nicht übersprungen werden. Eine Schülerin oder ein Schüler kann während des Besuchs der Gemeinschaftsschule nur einmal einen Schuljahrgang überspringen. Ein Überspringen kann zum Ende eines Schulhalbjahres oder eines Schuljahres erfolgen; die Entscheidung über den Zeitpunkt trifft die Schulleiterin oder der Schulleiter in Abstimmung mit den Fachlehrkräften und den Erziehungsberechtigten. Das Überspringen wird im Zeugnis vermerkt.

(3) Nach dem Eintritt in die neue Klassenstufe ist wegen der Umstellung auf die neuen Lerninhalte für die Schülerin oder den Schüler eine angemessene Zeit der Eingewöhnung vorzusehen.

(4) Für die gymnasiale Oberstufe gilt die – Schul- und Prüfungsordnung – über die gymnasiale Oberstufe und die Abiturprüfung im Saarland.

§ 18

Fächergruppen bei Versetzung, Abschlüssen und Berechtigungen

Für die Entscheidung über die Versetzung gemäß § 19 sowie über die Zuerkennung des Hauptschulabschlusses (Ersten Schulabschlusses) gemäß § 20 werden folgende Fächergruppen unterschieden:

- Fächergruppe I:
Deutsch, Mathematik und das Fach des Profilbereichs. Sofern als Profulfach die 2. Fremdsprache gewählt wurde und hier weniger als 04 Punkte erreicht worden sind, zählt dieses Fach nicht zur Fächergruppe I;
- Fächergruppe II:
die Fächer des Pflicht- und Profilbereichs, die nicht zur Fächergruppe I gehören.
Für die Entscheidung über die Berechtigung zum Eintritt in die Klassenstufe 10, die Zuerkennung des Mittleren Bildungsabschlusses (Mittleren Schulabschlusses) und die Berechtigung zum Übergang in die gymnasiale Oberstufe gemäß §§ 22 bis 24 werden folgende Fächergruppen unterschieden:
- Fächergruppe III:
Deutsch, Mathematik, 1. Fremdsprache, eines der Fächer Chemie oder Physik;
- Fächergruppe IV:
die Fächer des Pflichtbereichs, die nicht zur Fächergruppe III gehören, und das Fach des Profilbereichs.

§ 19

Versetzung am Ende der Klassenstufe 8

(1) Die Versetzungsentscheidung trifft die Klassenkonferenz. Hierbei treffen die einzelnen Lehrkräfte ihre Entscheidung nicht nur aufgrund der Leistungen in ihrem Fach, sondern im Hinblick auf die Gesamtheit der Leistungen.

(2) Eine Schülerin oder ein Schüler wird am Ende der Klassenstufe 8 in die Klassenstufe 9 versetzt, wenn die Leistungen in allen Fächern mit mindestens 04 Punkten - in Fächern mit äußerer Fachleistungsdifferenzierung auf dem Niveau der Grundebene bezogen (Anlage 3) - bewertet wurden. Darüber hinaus wird eine Schülerin oder ein Schüler versetzt, wenn

1. in einem Fach der Fächergruppe I und in bis zu zwei Fächern der Fächergruppe II weniger als 04 Punkte erzielt wurden, davon höchstens in einem Fach der Fächergruppe I oder II 00 Punkte, oder
2. wenn in bis zu vier Fächern der Fächergruppe II weniger als 04 Punkte erzielt wurden, davon höchstens in einem Fach 00 Punkte.

Wurden in vier Fächern, von denen eines der Fächergruppe I angehört, weniger als 04 Punkte erzielt, so können diese Minderleistungen ausgeglichen werden durch eine Durchschnittspunktzahl von 04 Punkten in den Fächern der Fächergruppe I. Wurden in fünf Fächern der Fächergruppe II weniger als 04 Punkte erzielt, so können diese Minderleistungen ausgeglichen werden durch eine Durchschnittspunktzahl in allen Fächern von mindestens 04 Punkten. Die Leistungen in den Fächern, die mit äußerer Fachleistungsdifferenzierung unterrichtet wurden, werden auf dem Niveau der Grundebene (Anlage 3) eingerechnet. In allen übrigen Fällen ist die Schülerin oder der Schüler nicht versetzt.

(3) Eine Schülerin oder ein Schüler kann abweichend von den Bestimmungen des Absatzes 2 in besonderen Fällen wie längerer Krankheit, besonders ungünstigen häuslichen Verhältnissen, unverschuldetem Schulwechsel oder erwiesener einseitiger Begabung versetzt werden, wenn dies bei Würdigung der jeweiligen besonderen Lage, des jeweiligen Leistungsstandes und des jeweiligen Arbeitswillens gerechtfertigt und eine erfolgreiche Mitarbeit in der Klassenstufe 9 sowie das Bestehen der Hauptschulabschlussprüfung zu erwarten ist.

(4) Ist die Versetzung am Ende der Klassenstufe 8 gefährdet, so werden die Erziehungsberechtigten frühzeitig, spätestens zwei Monate vor dem letzten Unterrichtstag des Schuljahres, durch eine schriftliche Mitteilung verständigt.

(5) Ist die nach dem Absatz 4 erforderliche Mitteilung unterlassen worden, so kann hieraus ein Recht auf Versetzung oder auf nochmaliges Wiederholen der Klassenstufe 8 nicht hergeleitet werden.

(6) Ist die Versetzung in die Klassenstufe 9 nicht erreicht, so kann die Klassenstufe 8 einmal wiederholt werden, soweit sie nicht bereits freiwillig wiederholt wurde. Absatz 3 bleibt hiervon unberührt.

Abschnitt 3

Abschlüsse und Berechtigungen

§ 20

Arten der Abschlüsse und Berechtigungen

(1) An der Gemeinschaftsschule können folgende Abschlüsse und Berechtigungen erworben werden:

1. nach dem Besuch der Klassenstufe 9
 - a) der Hauptschulabschluss (Erste Schulabschluss) (§ 21),
 - b) die Berechtigung zum Eintritt in die Klassenstufe 10 der Gemeinschaftsschule (§ 23);
2. nach dem Besuch der Klassenstufe 10
 - a) der Mittlere Bildungsabschluss (Mittleren Schulabschluss) (§ 24),
 - b) die Berechtigung zum Übergang in die Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe (§ 25);
3. nach dem Besuch der Klassenstufe 12 der schulische Teil der Fachhochschulreife;
4. nach dem Besuch der Klassenstufe 13
 - a) die Allgemeine Hochschulreife (§ 26),
 - b) weitere Berechtigungen der Sekundarstufe II (§ 27).

(2) Die Entscheidung über die Zuerkennung der auf der Prüfung zum Hauptschulabschluss (Ersten Schulabschluss) und zum Mittleren Bildungsabschluss (Mittleren Schulabschluss) beruhenden Abschlüsse und Berechtigungen trifft die Prüfungskommission unter dem Vorsitz der oder des von der Schulaufsichtsbehörde bestellten Vorsitzenden. Über einen sonstigen Abschluss oder eine sonstige Berechtigung der Sekundarstufe I entscheidet die Klassenkonferenz.

(3) Für das Bestehen der Prüfung und die Zuerkennung der Berechtigungen sind die Jahresnoten des Abschlussjahres sowie die Gesamtprüfungsleistung und die in den §§ 21 bis 27 geregelten Grundsätze maßgebend.

§ 21

Hauptschulabschluss (Erster Schulabschluss) am Ende der Klassenstufe 9

(1) Der Hauptschulabschluss (Erste Schulabschluss) wird grundsätzlich durch eine gestreckte Abschlussprüfung erworben. Für die Durchführung der Prüfung gelten die Vorschriften der Verordnung – Prüfungsordnung – über die staatliche Abschlussprüfung zum Erwerb des Hauptschulabschlusses an Gemeinschaftsschulen und Förderschulen vom 12. Juli 2000 (Amtsbl. S. 1100), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 5. März 2024 (Amtsbl. I S. 136), in der jeweils geltenden Fassung.

(2) Schülerinnen und Schüler, von denen auf der Grundlage des Halbjahreszeugnisses der Klassenstufe 9 zu erwarten ist, dass sie die Berechtigung zum Übergang in die Klassenstufe 10 erwerben werden, nehmen abweichend von Absatz 1 nicht an der Abschlussprüfung zum Hauptschulabschluss (Ersten Schulabschluss) teil. Die Entscheidung hierüber trifft die Klassenkonferenz im Rahmen der Notenfestlegung. In diesem Fall gelten die Bestimmungen in den Absätzen 3, 4 und 6 ohne Berücksichtigung der Gesamtprüfungsleistung.

(3) Der Hauptschulabschluss (Erste Schulabschluss) wird zuerkannt, wenn die Leistungen in allen Fächern und die Gesamtprüfungsleistung mit mindestens 04 Punkten bewertet wurden. Die Leistungen aller mit äußerer Fachleistungsdifferenzierung unterrichteten Fächer werden auf Grundebene bezogen eingerechnet (Anlage 3).

(4) Für die Zuerkennung des Hauptschulabschlusses (Ersten Schulabschlusses) gelten folgende Ausgleichsregelungen:

1. Höchstens vier mit weniger als 04 Punkten bewertete, von 00 Punkten verschiedene Leistungen der Fächergruppe II können ausgeglichen werden mit einem Durchschnitt von 04 Punkten in allen Fächern.
Die Leistungen aller mit äußerer Fachleistungsdifferenzierung unterrichteten Fächer werden auf Grundebene bezogen eingerechnet (Anlage 3).
2. Höchstens drei mit weniger als 04 Punkten bewertete, von 00 Punkten verschiedene Leistungen der Fächergruppe II und zusätzlich höchstens eine mit weniger als 04 Punkten, von 00 Punkten verschiedene Leistung in der Fächergruppe I oder der Gesamtprüfungsleistung können ausgeglichen werden mit einem Durchschnitt von 04 Punkten in allen Fächern und zusätzlich einem Durchschnitt von 04 Punkten in der Fächergruppe I unter Einbeziehung der Gesamtprüfungsleistung.
Die Leistungen aller mit äußerer Fachleistungsdifferenzierung unterrichteten Fächer werden auf Grundebene bezogen eingerechnet (Anlage 3).

(5) In allen anderen Fällen wird der Schülerin oder dem Schüler der Hauptschulabschluss (Erste Schulabschluss) nicht zuerkannt.

(6) Auf Zeugnissen, mit denen der Hauptschulabschluss (Erste Schulabschluss) zuerkannt wird, wird eine Durchschnittsnote ausgewiesen. Die Durchschnittsnote ergibt sich aufgrund einer Gesamtdurchschnittspunktzahl. Die Gesamtdurchschnittspunktzahl wird nach Maßgabe der Anlagen 4.9 bis 4.12 aus dem arithmetischen Mittel der Punktzahlen aller Fächer des Pflicht- und Profilsbereichs sowie der Gesamtprüfungsnote errechnet. Für die Ermittlung der Durchschnittspunktzahl wird bis zur ersten Nachkommastelle 4 auf die nächste volle Punktzahl abgerundet und ab der ersten Nachkommastelle 5 auf die nächste volle Punktzahl aufgerundet. Dabei werden die Leistungen aller mit äußerer Fachleistungsdifferenzierung unterrichteten Fächer auf Grundebene bezogen eingerechnet (Anlage 3).

§ 22

Übergang in die zweijährigen Berufsfachschulen

Die Aufnahme einer Schülerin oder eines Schülers in die Berufsfachschule der Fachrichtungen Wirtschaft und Verwaltung, Technik, Gesundheit und Soziales, Gastronomie und Nahrung richtet sich nach der Verordnung – Schul- und Prüfungsordnung – über die Ausbildung und Prüfung an den zweijährigen Berufsfachschulen der Fachrichtungen Wirtschaft und Verwaltung, Technik, Gesundheit und Soziales sowie Gastronomie und Nahrung im Saarland vom 20. September 2019 (Amtsbl. I S. 678), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 14. Juli 2023 (Amtsbl. I S. 650), in der jeweils geltenden Fassung.

§ 23

Berechtigung zum Eintritt in die Klassenstufe 10

(1) Einer Schülerin oder einem Schüler wird am Ende der Klassenstufe 9 die Berechtigung zum Eintritt in die Klassenstufe 10 der Gemeinschaftsschule zuerkannt, wenn

- spätestens zum zweiten Halbjahr der Klassenstufe 9 in allen mit äußerer Fachleistungsdifferenzierung unterrichteten Fächern eine Einstufung beziehungsweise Umstufung mindestens in die Erweiterungsebene erfolgt ist

und

- die Leistungen in allen Fächern mit mindestens 04 Punkten bewertet wurden

und

- der Durchschnitt über alle Fächer mindestens 06 Punkte beträgt.

Die Leistungen aller mit äußerer Fachleistungsdifferenzierung unterrichteten Fächer werden auf Erweiterungsebene bezogen eingerechnet (Anlage 3).

(2) Für die Berechtigung zum Eintritt in die Klassenstufe 10 gilt folgende Ausgleichsregelung:

Höchstens zwei mit weniger als 04 Punkten bewertete, von 00 Punkten verschiedene Leistungen, von denen höchstens eine ein Fach der Fächergruppe III betreffen darf, können ausgeglichen werden mit einer Durchschnittspunktzahl von mindestens 05 Punkten über alle Fächer der Fächergruppe III.

Die Leistungen aller mit äußerer Fachleistungsdifferenzierung unterrichteten Fächer werden auf Erweiterungsebene bezogen eingerechnet (Anlage 3).

(3) Schülerinnen und Schüler, die den Hauptschulabschluss (Ersten Schulabschluss) mit Bestehen der Abschlussprüfung erworben haben, erhalten darüber hinaus die Berechtigung zum Übergang in die Klassenstufe 10, wenn

- in keinem Fach und der Gesamtprüfungsleistung weniger als 04 Punkte erreicht wurden
- und
- in den Fächern der Fächergruppe III eine Durchschnittspunktzahl von 10 Punkten erreicht wurde
- und
- in den Fächern der Fächergruppe IV eine Durchschnittspunktzahl von 07 Punkten erreicht wurde.

Die Leistungen aller mit äußerer Fachleistungsdifferenzierung unterrichteten Fächer werden auf Grundebene bezogen eingerechnet (Anlage 3).

§ 24

Mittlerer Bildungsabschluss (Mittlerer Schulabschluss) am Ende der Klassenstufe 10

(1) Der Mittlere Bildungsabschluss (Mittlere Schulabschluss) wird grundsätzlich durch eine gestreckte Abschlussprüfung erworben. Für die Durchführung der Prüfung gelten die Vorschriften der Verordnung - Prüfungsordnung - über die staatliche Abschlussprüfung zum Erwerb des Mittleren Bildungsabschlusses an Gemeinschaftsschulen vom 12. Juli 2000 (Amtsbl. S. 1107), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 5. März 2024 (Amtsbl. I S. 136), in der jeweils geltenden Fassung, soweit nachfolgend keine abweichende Regelung getroffen wird.

(2) Schülerinnen und Schüler, von denen auf der Grundlage des Halbjahreszeugnisses der Klassenstufe 10 zu erwarten ist, dass sie die Berechtigung zum Übergang in die gymnasiale Oberstufe erwerben werden, nehmen abweichend von Absatz 1 an der Abschlussprüfung nicht teil. Die Entscheidung hierüber trifft die Klassenkonferenz im Rahmen der Notenfestlegung. In diesem Fall gelten die Bestimmungen in den Absätzen 3 und 4 ohne Berücksichtigung der Gesamtprüfungsleistung.

(3) Einer Schülerin oder einem Schüler wird am Ende der Klassenstufe 10 der Mittlere Bildungsabschluss (Mittlere Schulabschluss) zuerkannt, wenn

- in allen Fächern mindestens 04 Punkte erreicht wurden und
- in mindestens zwei Fächern der Fächergruppe IV mindestens 07 Punkte erreicht wurden.

Die Leistungen aller mit äußerer Fachleistungsdifferenzierung unterrichteten Fächer werden auf Erweiterungsebene bezogen eingerechnet (Anlage 3).

(4) Ausgleichsregelungen

1. Höchstens zwei mit weniger als 04 Punkten bewertete, von 00 Punkten verschiedene Leistungen, von denen höchstens eine ein Fach der Fächergruppe III oder die Gesamtprüfungsleistung betreffen darf, können ausgeglichen werden mit einer Durchschnittspunktzahl von mindestens 05 Punkten über alle Fächer und die Gesamtprüfungsleistung.
2. Wenn in keinem oder nur einem Fach der Fächergruppe IV eine Leistung von mindestens 07 Punkten erreicht wurde, kann dies ausgeglichen werden mit einer Durchschnittspunktzahl von 05 Punkten über alle Fächer und die Gesamtprüfungsleistung, sofern keine der Leistungen weniger als 04 Punkte beträgt.
3. Wenn in nur einem Fach der Fächergruppe IV eine Leistung von mindestens 07 Punkten erreicht wurde und zusätzlich in höchstens einem Fach eine von 00 Punkten verschiedene Leistung mit weniger als 04 Punkten bewertet wurde, kann dies ausgeglichen werden mit einer Durchschnittspunktzahl von 05 Punkten über alle Fächer und die Gesamtprüfungsleistung.

Die Leistungen aller mit äußerer Fachleistungsdifferenzierung unterrichteten Fächer werden auf Erweiterungsebene bezogen eingerechnet (Anlage 3).

(5) In allen anderen Fällen wird der Schülerin oder dem Schüler der Mittlere Bildungsabschluss (Mittlere Schulabschluss) nicht zuerkannt.

§ 25

Berechtigung zum Übergang in die gymnasiale Oberstufe

(1) Einer Schülerin oder einem Schüler wird nach dem Besuch der Klassenstufe 10 die Berechtigung zum Übergang in die Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe zuerkannt, wenn

- im erforderlichen Umfang am Unterricht in der 2. Fremdsprache durchgehend ab Klassenstufe 7 teilgenommen wurde und
- spätestens zum zweiten Halbjahr der Klassenstufe 10 in drei Fächern der Fächergruppe III eine Einstufung beziehungsweise Umstufung in die Aufbauebene erfolgt ist und
- in allen Fächern der Fächergruppe III bezogen auf Aufbauebene jeweils mindestens 04 Punkte erreicht wurden und
- in den Fächern der Fächergruppe IV eine Durchschnittspunktzahl von mindestens 07 Punkten erreicht wurde, wobei nur ein Fach mit weniger als 04 Punkten, aber nicht mit 00 Punkten bewertet sein darf. Die Leistung des mit äußerer Fachleistungsdifferenzierung unterrichteten Fachs wird auf Erweiterungsebene bezogen eingerechnet (Anlage 3).

(2) Eine mit weniger als 04 Punkten bewertete, von 00 Punkten verschiedene Leistung in einem Fach der Fächergruppe III kann ausgeglichen werden mit einer Durchschnittspunktzahl von mindestens 04 Punkten in allen Fächern der Fächergruppe III. Alle Leistungen sind bezogen auf Aufbauebene (Anlage 3).

(3) Eine Schülerin oder ein Schüler, die oder der nicht durchgehend ab Klassenstufe 7 in einer 2. Fremdsprache unterrichtet wurde, jedoch die Bestimmungen der Absätze 1 und 2 ansonsten erfüllt, ist berechtigt in eine gymnasiale Oberstufe mit einem geeigneten Fremdsprachenangebot überzugehen und belegt dort eine in der Einführungsphase neu beginnenden Fremdsprache (Beschluss der Kultusministerkonferenz zur Gestaltung der gymnasialen Oberstufe und der Abiturprüfung vom 7. Juli 1972, in der Fassung vom 6. Juni 2024 in der jeweils geltenden Fassung).

§ 26

Zuerkennung der Allgemeinen Hochschulreife

Für die gymnasiale Oberstufe und die Entscheidung über die Zuerkennung der Allgemeinen Hochschulreife gilt die Verordnung - Schul- und Prüfungsordnung - über die gymnasiale Oberstufe und die Abiturprüfung im Saarland.

§ 27

Sonstige Berechtigungen in der Sekundarstufe II

Der Erwerb sonstiger Berechtigungen in der Sekundarstufe II wird in einer eigenen Verordnung geregelt.

§ 28

Benachrichtigung der Erziehungsberechtigten bei Gefährdung eines angestrebten Abschlusses oder einer angestrebten Berechtigung

(1) Ist nach den Leistungen der Schülerin oder des Schülers in der Klassenstufe 9 oder 10 die Zuerkennung des von ihr oder ihm angestrebten Abschlusses oder der von ihr oder ihm angestrebten Berechtigung (§ 20 Absatz 1) gefährdet, erhalten die Erziehungsberechtigten mit dem Halbjahreszeugnis eine schriftliche Mitteilung. § 7 Absatz 3 des Schulwesen-Datenschutzgesetzes vom 10. Juli 2024 (Amtsbl. I S. 570; 610) in der jeweils geltenden Fassung ist zu beachten.

(2) Ist diese Mitteilung unterblieben, kann hieraus ein Recht auf Zuerkennung des angestrebten Abschlusses oder der angestrebten Berechtigung nicht hergeleitet werden.

Abschnitt 4

Zeugnisse

§ 29

Begriff des Zeugnisses

Das Schulzeugnis ist der urkundliche Nachweis über Schulbesuch, Leistung und, soweit sie in dem Zeugnis zu bewerten sind, Sozialverhalten sowie Lern- und Arbeitsverhalten der Schülerin oder des Schülers.

§ 30

Arten und Inhalte der Zeugnisse

(1) Zeugnisse werden als Halbjahreszeugnisse, Jahreszeugnisse, Abgangszeugnisse und Abschlusszeugnisse ausgestellt. Die Zeugnisse werden als Einzelzeugnisse ausgestellt.

(2) Bei einem Schulwechsel erhält die Schülerin oder der Schüler ein Abgangszeugnis, auf dem die erworbenen Abschlüsse und Berechtigungen zu vermerken sind. Wurde ein Abschluss erworben, erhält die Schülerin oder der Schüler ein Abschlusszeugnis. Beim Verlassen der Schule ohne Abschluss erhält die Schülerin oder der Schüler ein Abgangszeugnis.

(3) Die Zeugnisse enthalten die Leistungsbeurteilungen in Form von Noten und Punkten. Für die Eintragung der Noten sind die Wortbezeichnungen zu verwenden.

(4) Die Zeugnisse weisen für die Fächer, die mit äußerer Fachleistungsdifferenzierung unterrichtet wurden, die Anspruchsebene des jeweils besuchten Unterrichts und die erzielte Note auf dieser Anspruchsebene aus.

(5) Halbjahreszeugnisse, Jahreszeugnisse und die vor Erfüllung der allgemeinen Vollzeitschulpflicht ausgestellten Abgangszeugnisse enthalten außerdem Noten über Sozialverhalten sowie Lern- und Arbeitsverhalten.

(6) Auf den Zeugnissen wird die von der Klassenkonferenz für das nächste Schuljahr oder Schulhalbjahr beschlossene Einstufung oder Umstufung vermerkt.

(7) Wenn der angestrebte Abschluss in den Klassenstufen 9 und 10 nicht erworben wird, wird ein Jahreszeugnis ausgestellt, sofern die Schülerin oder der Schüler die Schule zur Wiederholung der Klassenstufe weiterhin besucht.

Hat eine Schülerin oder ein Schüler einen Abschluss erworben und wiederholt die Klassenstufe und erwirbt bei der Wiederholung eine Übergangsberechtigung, wird ebenfalls ein Jahreszeugnis ausgestellt. Dieses Zeugnis enthält eine Bemerkung, dass der jeweilige Abschluss im Jahr zuvor erworben wurde (Anlage 4.5, 4.6).

(8) Die Zeugnisse werden nach den Mustern der Anlage 4 ausgestellt.

§ 31

Abgangszeugnisse

- (1) Verlässt die Schülerin oder der Schüler die Schule, um eine andere Schule zu besuchen, wird ein Abgangszeugnis ausgestellt.
- (2) Verlässt die Schülerin oder der Schüler die Schule ohne Hauptschulabschluss (Ersten Schulabschluss) bei Erfüllung der allgemeinen Vollzeitschulpflicht, wird ein Abgangszeugnis ausgestellt. Das Abgangszeugnis enthält folgenden Vermerk: „Die allgemeine Vollzeitschulpflicht wurde erfüllt“.
- (3) Schülerinnen und Schüler, die auf der Grundlage eines individuellen Förderplans auf angepasstem Anforderungsniveau unterrichtet wurden und nicht an der Prüfung zum Hauptschulabschluss (Ersten Schulabschluss) teilgenommen haben, erhalten nach der Erfüllung der allgemeinen Vollzeitschulpflicht ein Abgangszeugnis. Leistungen in Fächern, die entsprechend der Regelung in § 8 der Inklusionsverordnung vom 3. August 2015 (Amtsbl. I S. 540; 2016 I S. 217), zuletzt geändert durch Artikel 259 des Gesetzes vom 8. Dezember 2021 (Amtsbl. I S. 2629), in der jeweils geltenden Fassung auf einem angepassten Anforderungsniveau erbracht wurden, werden gekennzeichnet. Unter Bemerkungen wird entsprechend § 9 der Inklusionsverordnung auf den veränderten Referenzrahmen hingewiesen: „[Vorname Name] wurde in dem gekennzeichneten Fach/in den gekennzeichneten Fächern nach einem individuellen Förderplan unterrichtet. Die erbrachten Leistungen wurden entsprechend diesem Förderplan bewertet.“
- (4) Hat die Schülerin oder der Schüler die Klassenstufe 9 wiederholt, um die Berechtigung zum Übergang in die Klassenstufe 10 zu erwerben und diese nicht erworben, wird ein Abgangszeugnis ausgestellt, das die bei der Wiederholung der Klassenstufe 9 erreichten Noten ausweist; das Zeugnis enthält keinen Vermerk über den erworbenen Abschluss.
- (5) Hat die Schülerin oder der Schüler die Klassenstufe 9 oder 10 wiederholt, um eine Übergangsberechtigung zu erwerben und diese nicht erworben, erhält die Schülerin oder der Schüler ein Abgangszeugnis, das die bei der Wiederholung der jeweiligen Klassenstufe erreichten Noten ausweist; das Zeugnis enthält keinen Vermerk über den erworbenen Abschluss.
- (6) Liegt zum Zeitpunkt des Abgangs das letzte Halbjahres- oder Jahreszeugnis weniger als sechs Unterrichtswochen zurück, ist der im letzten Halbjahres- oder Jahreszeugnis enthaltene Leistungsstand im Abgangszeugnis auszuweisen, sonst der Leistungsstand zum Zeitpunkt der Zeugnisausstellung; § 33 Absatz 3 Satz 2 bleibt unberührt.
- (7) Verlässt die Schülerin oder der Schüler die Schule zum Ende des Schuljahres oder des ersten Schulhalbjahres oder innerhalb von vier Wochen vor dem letzten Unterrichtstag des ersten Schulhalbjahres oder des Schuljahres ist von der abgebenden Schule über die Einstufung oder Umstufung zu entscheiden und ein entsprechender Vermerk über die Einstufung oder Umstufung in das Abgangszeugnis aufzunehmen. Dies gilt nicht für Abgangszeugnisse gemäß Absatz 2.

§ 32

Abschlusszeugnisse

- (1) Die Abschlusszeugnisse erhalten den Vermerk: „Der Abschluss wurde entsprechend den Bestimmungen der Vereinbarung über die Schularten und Bildungsgänge im Sekundarbereich I (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 3. Dezember 1993, in der Fassung vom 7. Oktober 2022, in der jeweils geltenden Fassung) erworben.“
- (2) Wer die Klassenstufe 9 erfolgreich abgeschlossen hat, erhält ein Abschlusszeugnis, in dem der erworbene Abschluss und die erworbenen Berechtigungen (§ 20) vermerkt werden. Durch den Zusatz „aufgrund des Ergebnisses der Abschlussprüfung“ ist auszuweisen, ob die Schülerin oder der Schüler an der Prüfung teilgenommen hat oder nicht.
- (3) Wer die Klassenstufe 10 erfolgreich abgeschlossen hat, erhält ein Abschlusszeugnis, in dem der erworbene Abschluss und die erworbenen Berechtigungen (§ 20) vermerkt werden. Durch den Zusatz „aufgrund des Ergebnisses der Abschlussprüfung“ ist auszuweisen, ob die Schülerin oder der Schüler an der Prüfung teilgenommen hat oder nicht. Wurde die Berechtigung zum Übergang in die Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe erworben, ohne am Unterricht des vierstündigen Wahlpflichtfachs 2. Fremdsprache durchgehend teilgenommen zu haben, ist der Zusatz aufzunehmen: „Die Schülerin/Der Schüler ist berechtigt, eine gymnasiale Oberstufe mit einem geeigneten Fremdsprachenangebot zu besuchen, an der sie/er gemäß der Vereinbarung zur Gestaltung der gymnasialen Oberstufe und der Abiturprüfung (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 7. Juli 1972, in der Fassung vom 6. Juni 2024, in der jeweils geltenden Fassung) eine in der Einführungsphase neu beginnende Fremdsprache belegt.“
- (4) Wurde die gymnasiale Oberstufe erfolgreich abgeschlossen, erhält die Schülerin oder der Schüler das Zeugnis der Allgemeinen Hochschulreife.
- (5) In den Fällen des § 31 Absatz 3 und 4 weist das Abschlusszeugnis die beim ersten Durchgang durch die Klassenstufe 9 beziehungsweise 10 erreichten Noten aus. Die bei der Wiederholung der Klassenstufe 9 beziehungsweise 10 erreichten Noten werden in dem Abschlusszeugnis nicht berücksichtigt.

§ 33

Zeugnisausstellung

(1) Die Zeugnisvordrucke werden vom Schulträger beschafft.

(2) Zeugnisse werden durch die Klassenlehrerin oder den Klassenlehrer ausgefertigt. Eintragungen dürfen weder radiert noch korrigiert sein; die Möglichkeit nachträglicher Zusätze ist durch entsprechende Schreibweise oder Streichung auszu-schließen. Die Zeugnisse sind handschriftlich von der Schulleiterin oder dem Schulleiter und von der Klassenlehrerin oder dem Klassenlehrer oder der jeweiligen Vertreterin oder dem jeweiligen Vertreter zu unterzeichnen. Die Verwendung von Faksimile-Stempeln ist unzulässig. Auf Abschlussprüfungen beruhende Abschlusszeugnisse tragen das Datum der Schluss-konferenz, andere Zeugnisse das des Ausgabetales. Abgangszeugnisse und Abschlusszeugnisse sind mit dem Siegel der Schule zu versehen.

(3) Wird in einem Schuljahr entsprechend der Stundentafel der Gemeinschaftsschule in einem Fach kein Unterricht erteilt, so wird die Notenzeile dieses Faches mit einem Schrägstrich besetzt. Handelt es sich um das letzte Schulbesuchsjahr der Schülerin oder des Schülers, so ist im Halbjahreszeugnis sowie gegebenenfalls im Jahreszeugnis oder Abgangszeugnis oder Abschlusszeugnis in der Notenzeile des betreffenden Faches die im vorausgegangenen Jahreszeugnis der Gemeinschafts-schule ausgewiesene Note einzutragen, besonders zu kennzeichnen und mit der Bemerkung „Zeugnisnote aus Klassenstufe ..., da Unterricht in diesem Fach laut Stundentafel in Klassenstufe ... nicht erteilt wurde.“ zu erläutern. Wird entsprechend der Stundentafel der Gemeinschaftsschule ein Fach nur in einem Schulhalbjahr unterrichtet, so wird die Note für dieses Fach, wenn es im ersten Schulhalbjahr unterrichtet wurde, im Halbjahreszeugnis und im Jahreszeugnis ausgewiesen.

(4) War die Schülerin oder der Schüler von der Teilnahme an einem Unterrichtsfach befreit, ist anstelle der Leistungsbeur-teilung das Wort „befreit“ einzutragen; bei einer Abmeldung vom Religionsunterricht wird die Nichtteilnahme in der No-tenzeile des Faches Religion durch einen Schrägstrich ausgedrückt sofern allgemeine Ethik in den Klassenstufen 5 bis 8 nicht angeboten wird. Wegen der ersatzweisen Teilnahme am Unterricht in allgemeiner Ethik wird auf § 5 Absatz 6 dieser Verordnung sowie § 15 Absatz 1 Sätze 2 und 3 des Schulordnungsgesetzes verwiesen.

(5) Nimmt die Schülerin oder der Schüler an regelmäßigen freiwilligen Unterrichtsveranstaltungen teil (Wahlbereich), wird dies im Zeugnis vermerkt.

(6) In Halbjahres- und Jahreszeugnissen sowie vor Erfüllung der allgemeinen Vollzeitschulpflicht ausgestellten Abgangs-zeugnissen ist die Zahl der entschuldigt und/oder unentschuldigt versäumten Unterrichtstage und Einzelstunden zu ver-merken; darüber hinaus kann in diesen Zeugnissen in Fällen häufiger unentschuldigter Versäumnisse unter „Bemerkun-gen“ ein entsprechender Hinweis erfolgen.

(7) Von Abschluss- und Abgangszeugnissen ist eine Zweitschrift anzufertigen, die an der Schule aufzubewahren ist.

§ 34

Zeugnisausgabe und Übermittlung der Zeugnisse an die Erziehungsberechtigten, Möglichkeit ergänzender Erläuterungen

(1) Die Halbjahreszeugnisse werden an dem von der Schulaufsichtsbehörde für jedes Schuljahr festgelegten Tag, die Jah-reszeugnisse am letzten Unterrichtstag des Schuljahres und die Abschlusszeugnisse im Zeitraum zwischen der Schlusskon-ferenz und dem letzten Unterrichtstag des Schuljahres ausgegeben.

(2) Die Zeugnisse werden der Schülerin oder dem Schüler in der Schule ausgehändigt und den Erziehungsberechtigten durch die Schülerin oder den Schüler überbracht. Ist am Tag der Zeugnisausgabe die Schülerin oder der Schüler nicht in der Schule anwesend, ist das Zeugnis den Erziehungsberechtigten beziehungsweise der volljährigen Schülerin oder dem volljährigen Schüler selbst verschlossen zu übermitteln.

(3) Hat die Klassenkonferenz der minderjährigen Schülerin oder dem minderjährigen Schüler den Ersten Schulabschluss oder den Mittleren Schulabschluss nicht zuerkannt, ist den Erziehungsberechtigten unverzüglich das Zeugnis verschlossen zu übermitteln; gleichzeitig sind die Erziehungsberechtigten von der Klassenlehrerin oder vom Klassenlehrer zu einem per-sönlichen Beratungsgespräch einzuladen. Wurde einer der genannten Abschlüsse nicht erworben, ist die Schülerin oder der Schüler nicht verpflichtet, am Tag der allgemeinen Zeugnisausgabe den Unterricht zu besuchen.

(4) Die Erziehungsberechtigten, bei volljährigen Schülerinnen oder Schülern diese selbst, bestätigen die Kenntnisnahme von Halbjahres- und Jahreszeugnissen durch Unterschrift auf diesen. Die Zeugnisse sind der Klassenlehrerin oder dem Klassenlehrer zur Kontrolle dieser Kenntnisnahme vorzulegen. Die Gültigkeit des Zeugnisses wird durch das Fehlen der Unterschriften nicht beeinträchtigt.

(5) Die Schulkonferenz kann auf Vorschlag der Gesamtkonferenz im Rahmen der erweiterten Selbständigkeit der Schulen beschließen, dass zusätzlich zum Zeugnis ergänzende Erläuterungen mit Verbalbeurteilungen und weiterführenden Hin-weisen erstellt werden; dabei kann für jede Klassenstufe nur einheitlich verfahren werden. Die ergänzenden Erläuterungen sind den Erziehungsberechtigten zusammen mit dem Zeugnis zur Kenntnisnahme auszuhändigen; die Absätze 1 bis 4 fin-den entsprechende Anwendung.

Abschnitt 5 Schlussvorschriften

§ 35

Abstimmungsverfahren der Klassenkonferenz

Bei Abstimmungen der Klassenkonferenz im Rahmen dieser Schulordnung fällt auf jedes Fach, in dem die Schülerin oder der Schüler unterrichtet wird, eine Stimme. Die in der Klasse tätige Förderschullehrkraft und eine an der Schule tätige Sozialarbeiterin oder ein an der Schule tätigen Schulsozialarbeiter haben ebenfalls eine Stimme mit Ausnahme des § 12 Absatz 4 Schulmitbestimmungsgesetz. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme der oder des Vorsitzenden den Ausschlag. Stimmenthaltung ist nicht zulässig.

§ 36

Notwendige Regelungen bei schwerwiegenden Gefahren für Leben und Gesundheit

Können einzelne Vorschriften dieser Verordnung angesichts eines Gesetzes, aufgrund eines Gesetzes oder durch gerichtliche oder behördliche Anordnung zur Verhütung schwerwiegender Gefahren für Leben und Gesundheit keine Anwendung finden, trifft die Schulaufsichtsbehörde zur Sicherung von Schul- und Bildungslaufbahnen sowie zur Herstellung der Bildungsgerechtigkeit die unmittelbar notwendigen, von dieser Verordnung abweichenden Regelungen durch Verwaltungsvorschrift.

§ 37

Inkrafttreten, Außerkrafttreten, Übergangsregelung

(1) Diese Verordnung tritt am 1. August 2025 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Gemeinschaftsschulverordnung vom 1. August 2012 (Amtsbl. I S. 268), zuletzt geändert durch Artikel 252 des Gesetzes vom 8. Dezember 2021 (Amtsbl. I S. 2629), außer Kraft.

(2) Abweichend von Absatz 1 findet für die Schülerinnen und Schüler der Klassenstufe 10 im Schuljahr 2025/2026 die Gemeinschaftsschulverordnung vom 1. August 2012 (Amtsbl. I S. 268), zuletzt geändert durch Artikel 252 des Gesetzes vom 8. Dezember 2021 (Amtsbl. I S. 2629), weiterhin Anwendung.

Anlage 1: Stundentafel der Gemeinschaftsschule - Sekundarstufe I

Stundentafel Gemeinschaftsschule				
Klassenstufen		Summe		Summe Blöcke
Pflichtbe- reich	Klassenrat	2	KR	2
	Deutsch	25	Kern- fä- cher	78
	Mathematik	25		
	1. Fremdsprache	24		
	Sprachbildender Unterricht	4		
	Naturwissenschaften	9	NW	20
	Biologie	3		
	Chemie	4		
	Physik	4		
	Informatik	6	Informatik	6
	Gesellschaftswissenschaften	18	GW	18
	Religion/Ethik*	10	Religion	10
	Arbeitslehre	4	AL	4
	Bildende Kunst	16	Mus.-Kult. Bildung	16
	Musik			
	Sport	12	Sport	12
Profil	2. Fremdsprache	14	Profil be- reich	14
	oder			
	Profilfach			
Gesamtwochenstunden		180		

*Bis zur Klassenstufe neun wird der Religionsunterricht in dem bisherigen Umfang mit 9 Jahreswochenstunden erteilt.

In der Klassenstufe 10 werden im Sinne der Demokratiebildung in GW mindestens im Umfang von einer Wochenstunde Themen und Kompetenzbereiche aus den Religionsfächern und Ethik sowie Sozialkunde berücksichtigt.

Anlage 2 Differenzierungsmodell – Leistungsdifferenzierung der Gemeinschaftsschule

Klassenstufe		5/6	7		8		9			10	
Lernbereiche	Fächer										
Mathematik	Klassenunterricht	G	E	G	E	G	E		E	A	
						G	E A				
1. Fremdsprache	Klassenunterricht	G	E	G	E	G	E		E	A	
						G	E A				
Deutsch	Klassenunterricht	Klassenunterricht		Klassenunterricht		G	E		E	A	
		G	E	G	E	G	E A				
Naturwissenschaften (NW)	Biologie (Bi)	NW-Klassenunterricht	NW-Klassenunterricht	NW-Klassenunterricht		Bi-Klassenunterricht		Bi-Klassenunterricht			
				Bi-Klassenunterricht		Bi-G	Bi-E		Bi-E	Bi-A	
				Ch-Klassenunterricht		Bi-G	Bi-E Bi-A				
	Chemie (Ch)			Ph-Klassenunterricht		Ch-Klassenunterricht		Ch-Klassenunterricht			
				NW-G	NW-E	Ch-G	Ch-E		Ch-E	Ch-A	
						Ch-G	Ch-E Ch-A				
	Physik (Ph)			Bi-G	Bi-E	Ph-Klassenunterricht		Ph-Klassenunterricht			
						Ch-G	Ch-E	Ph-G	Ph-E		Ph-E
				Ph-G	Ph-E	Ph-G	Ph-E Ph-A				
Gesellschaftswissenschaften (GW)	Erdkunde (Ek)	GW-Klassenunterricht	GW-Klassenunterricht	GW-Klassenunterricht	GW-Klassenunterricht			GW-Klassenunterricht			
	Geschichte (Ge)				Ek-Klassenunterricht			Ek-Klassenunterricht			
	Sozialkunde (Sk)				Ge-Klassenunterricht			Ge-Klassenunterricht			
					Sk-Klassenunterricht			Sk-Klassenunterricht			

Weiß: Orientierungsmodell | grau unterlegt: mögliche Abweichungen vom Orientierungsmodell (auf Beschluss der Schulkonferenz im Benehmen mit der Schulaufsichtsbehörde)

Anlage 3

Tabelle für die Ermittlung von Durchschnittspunktzahlen oder geforderten Mindestpunktzahlen als Grundlage für die Zuerkennung eines Abschlusses oder einer Berechtigung.

Bei äußerer Fachleistungsdifferenzierung in der Klassenstufe 8																		
E-Ebene	15	14	13	12	11	10	09	08	07	06	05	04	03	02	01	00		
G-Ebene					15	14	13	12	11	10	09	08	07	06	05	04	03	02

Bei äußerer Fachleistungsdifferenzierung in der Klassenstufe 9																		
A-Ebene	15	14	13	12	11	10	09	08	07	06	05	04	03	02	01	00		
E-Ebene				15	14	13	12	11	10	09	08	07	06	05	04	03	02	01
G-Ebene							15	14	13	12	11	10	09	08	07	06	05	04

bei äußerer Fachleistungsdifferenzierung in der Klassenstufe 10																		
A-Ebene	15	14	13	12	11	10	09	08	07	06	05	04	03	02	01	00		
E-Ebene				15	14	13	12	11	10	09	08	07	06	05	04	03	02	01

Erläuterung betreffend die mit den Pfeilen gekennzeichneten Zuordnungen:

Ungenügende Leistungen im Aufbaukurs und im Erweiterungskurs werden entsprechend den Pfeilen in den niedrigeren Anspruchsebenen zugeordnet.

Anlage 4

Zeugnisformulare

- nicht abgedruckt -

**Erlass betreffend die Teilnahme
von Lehrkräften an Konferenzen
und an der jährlichen Gemeinschaftsveranstaltung
von Lehrerkollegien in den Fällen der hauptamtlichen
Beschäftigung an mehr als einer Schule
Vom 1. Juli 1971 (GMBI. Saar S. 507)**

1. Konferenzen

Ein an mehreren Schulen hauptamtlich unterrichtender Lehrer ist zur Teilnahme an Konferenzen dieser Schulen vom Unterricht freizustellen, sofern er nach den Vorschriften der allgemeinen Konferenzordnung (KO) vom 23. Oktober 1967 (Amtl. Schulblatt für das Saarland 67, S. 103) teilzunehmen verpflichtet ist und diese ausnahmsweise nicht außerhalb des Unterrichts durchgeführt werden (§§ 2 Abs. 7, 6 Abs. 5 KO).

2. Jährliche Veranstaltungen der Lehrerkollegien

Dem Lehrer ist Gelegenheit zu geben, an der jährlichen Gemeinschaftsveranstaltung des Kollegiums seiner Stammschule teilzunehmen. Stammschule ist in der Regel die Schule, an der der Lehrer mit der Mehrzahl seiner Pflichtstunden eingesetzt ist.

Ist der Lehrer nicht überwiegend an einer Schule hauptamtlich tätig, nimmt er einmal im Jahr an einer Gemeinschaftsveranstaltung seiner Wahl teil. Hierfür ist er vom Unterricht freizustellen.

Die Teilnahme an den jährlichen Gemeinschaftsveranstaltungen der übrigen Schulen, an denen der Lehrer tätig ist, ist ihm selbstverständlich freigestellt, wenn dadurch kein Unterrichtsausfall entsteht.



Erlass
über die Teilnahme der Schüler am Unterricht an Tagen
mit witterungsbedingt extrem schlechten Straßen-
und Verkehrsverhältnissen

Vom 14. Oktober 1986 (GMBL Saar S. 490)

1. Auch an Tagen mit witterungsbedingt extrem schlechten Straßen- und Verkehrsverhältnissen findet der Unterricht grundsätzlich statt. Es entscheiden jedoch bei minderjährigen Schülern ausschließlich die Eltern darüber, ob ihrem Kind an einem solchen Tag der Weg zur Schule zumutbar ist oder nicht.

Volljährige Schüler sind verpflichtet, sich auch bei witterungsbedingt extrem schlechten Straßen- und Verkehrsverhältnissen im Rahmen der Möglichkeiten zu der Schule zu begeben.

2. Weder seitens der einzelnen Schulen noch seitens der Schulaufsichtsbehörden ergeht eine Entscheidung über den Ausfall des Unterrichtes, da grundsätzlich nicht davon ausgegangen werden kann, dass diese oft kurzfristig zu treffende Entscheidung allen Eltern noch rechtzeitig vor Antritt des Schulweges mitgeteilt werden kann. Auch eine Unterrichtung der Eltern über den Saarländischen Rundfunk scheidet aus, da der Saarländische Rundfunk, wie Erfahrungen aus früheren Jahren gezeigt haben, nicht in der Lage ist, die große Zahl der erforderlichen Durchsagen zu bewältigen. Der Minister für Kultus, Bildung und Wissenschaft hat mit dem Saarländischen Rundfunk vereinbart, dass dieser grundsätzlich keine Entscheidungen einzelner Schulleiter durchsagt. Schulleiter, Lehrer, Eltern, Schüler, Verkehrsunternehmen und Busfahrer werden daher ausdrücklich darauf hingewiesen, dass diesbezügliche Ersuchen und Anfragen an den Saarländischen Rundfunk zwecklos sind.
3. Die Schulen haben, wenn die Eltern mit Rücksicht auf die extrem schlechten Witterungs- und Verkehrsverhältnisse ihr minderjähriges Kind nicht zur Schule schicken, diese Entscheidung der Eltern zu akzeptieren, d. h. die Nichtteilnahme am Unterricht als ordnungsgemäß entschuldigt zu betrachten, wenn die Eltern dem Kind am nächsten Tag eine entsprechende schriftliche Entschuldigung mitgeben. Dem Schüler darf kein Nachteil entstehen. Versäumt der Schüler hierdurch eine für den betreffenden Tag angesetzte Klassenarbeit, so ist ihm Gelegenheit zu geben, die Klassenarbeit nachzuschreiben.

Bei volljährigen Schülern richtet sich die Entschuldigung nach den allgemeinen Bestimmungen, d. h. sie haben im Rahmen ihrer schriftlichen Entschuldigung darzutun, dass ihnen die Teilnahme am Unterricht nicht möglich war.

4. Die Lehrkräfte sind verpflichtet, sich auch bei witterungsbedingt extrem schlechten Straßen- und Verkehrsverhältnissen im Rahmen der Möglichkeiten zu der Schule zu begeben. Anwesende Schüler sind zu unterrichten. Im Übrigen entscheidet der Schulleiter bzw. sein Vertreter, welche dienstlichen Obliegenheiten an diesem Tag von Lehrkräften, die mangels Schüler keinen Unterricht halten, wahrzunehmen sind.
5. Der Erlass betreffend das Verfahren bei der Anordnung von Unterrichtsausfall an Tagen mit witterungsbedingt extrem schlechten Straßen- und Verkehrsverhältnissen vom 24. Januar 1979 (GMBL Saar S. 222) wird aufgehoben.

Zeugnis- und Versetzungsordnung – Schulordnung - für die Grundschulen im Saarland (ZVO-GS)

Neufassung vom 24. August 2000 (Amtsbl. S. 1674), zuletzt geändert durch Verordnung
vom 3. August 2015 (Amtsbl. I S. 540, ber. Amtsbl. I 2016 S. 217), zuletzt geändert
durch Artikel 212 des Gesetzes vom 8. Dezember 2021 (Amtsbl. I S. 2629)

Erster Abschnitt Geltungsbereich

§ 1

(1) Diese Zeugnis- und Versetzungsordnung gilt für alle öffentlichen Grundschulen.

(2) Sie gilt gemäß § 18 Absatz 2 des Privatschulgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Mai 1985 (Amtsbl. S. 610), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 16. November 2011 (Amtsbl. I S. 422), auch für staatlich anerkannte Ersatzschulen in privater Trägerschaft, die den in Absatz 1 genannten Schulen entsprechen.

Zweiter Abschnitt Zeugnisse

§ 2

Begriff des Zeugnisses

Das Schulzeugnis ist der urkundliche Nachweis über Schulbesuch, Leistung, Lern- und Arbeitsverhalten und Sozialverhalten des Schülers/der Schülerin in der Schule.

§ 3

Arten und Inhalt der Zeugnisse

(1) Zeugnisse werden als Halbjahreszeugnisse, als Jahreszeugnisse sowie als Abgangszeugnisse ausgestellt. Die Zeugnisse sind Einzelzeugnisse.

(2) Am Ende des ersten Halbjahres der Klassenstufe 1 (erstes oder zweites Schulbesuchsjahr) der Schuleingangsphase mit flexibler Verweildauer (§ 13a) sind die Erziehungsberechtigten vom Klassenleiter/von der Klassenleiterin zu einem persönlichen Entwicklungsgespräch einzuladen, in dem sie über den individuellen Lern- und Leistungsfortschritt und die sonstige Entwicklung des Schülers/der Schülerin bezogen auf die Kompetenzbereiche des zugrundeliegenden Lehrplans unterrichtet werden. Soweit für den Schüler/die Schülerin ein individueller Förderplan erstellt wurde (§ 4 der Inklusionsverordnung vom 3. August 2015 (Amtsbl. I S. 540) in der jeweils geltenden Fassung) nimmt die in der jeweiligen Klasse tätige Förderschullehrkraft an dem Gespräch teil. Die zentralen Gesprächsinhalte (Ausgangslage und Vereinbarungen) werden anhand eines Protokolls (Anlage 2) festgehalten. Die Erziehungsberechtigten bestätigen die Kenntnisnahme durch Unterschrift auf dem Protokoll, von dem ihnen eine Abschrift ausgehändigt wird. Die handschriftliche Unterzeichnung kann auch elektronisch erfolgen.

(3) Das Jahreszeugnis der Klassenstufe 1 (erstes oder zweites Schulbesuchsjahr) der Schuleingangsphase mit flexibler Verweildauer (§ 13a) besteht aus Ausführungen zum individuellen Lern- und Leistungsfortschritt und der sonstigen Entwicklung des Schülers/der Schülerin bezogen auf die Kompetenzbereiche des zugrundeliegenden Lehrplans (Anlage 1). Außerdem werden die Erziehungsberechtigten zu einem persönlichen Entwicklungsgespräch eingeladen.

(4) Folgen die Erziehungsberechtigten der Einladung zu dem in Absatz 2 genannten Entwicklungsgespräch nicht, so werden ihnen die für das Entwicklungsgespräch vorgesehenen zentralen Gesprächsinhalte schriftlich mitgeteilt (Anlage 3).

(5) Das Halbjahreszeugnis und das Jahreszeugnis der Klassenstufe 2 (Anlagen 4 und 4a) entsprechen dem Jahreszeugnis der Klassenstufe 1 (erstes oder zweites Schulbesuchsjahr) der Schuleingangsphase mit flexibler Verweildauer, wobei die Leistungsbeurteilung im Halbjahreszeugnis in den Fächern Deutsch, Mathematik und Sachunterricht sowie im Jahreszeugnis in allen Fächern auch in Form von Zeugnisnoten ausgewiesen wird. Dabei weist die Leistungsbeurteilung im Fach Deutsch eine Gesamtnote sowie Einzelnoten für Sprechen und Zuhören, Lesen sowie Rechtschreiben aus. Außerdem werden die Erziehungsberechtigten zu einem persönlichen Entwicklungsgespräch eingeladen. Abweichend von den Sätzen 1 und 2 kann auf Beschluss der Schulkonferenz das in Absatz 3 Satz 1 für die Klassenstufe 1 (erstes oder zweites Schulbesuchsjahr) der Schuleingangsphase vorgesehene Jahreszeugnis für jedes Schulbesuchsjahr der Schuleingangsphase mit flexibler Verweildauer verwendet werden; Absatz 3 Satz 2 findet entsprechende Anwendung. Im Fall eines entsprechenden Beschlusses der Schulkonferenz im Sinne des Satzes 3 wird zum Schulhalbjahr der Klassenstufe 2 entsprechend Absatz 2 und 4 verfahren. Hierbei kann für jede Schule nur einheitlich verfahren werden.

(6) In den Halbjahreszeugnissen (Anlagen 4 und 5) und Jahreszeugnissen (Anlagen 7 und 8) der Klassenstufen 3 und 4 erfolgt die Leistungsbeurteilung in den Zeugnissen in Form von Zeugnisnoten. Die Zeugnisse enthalten außerdem Ausführungen und Noten zum Sozialverhalten sowie zum Lern- und Arbeitsverhalten. Abweichend hiervon kann für die Klassenstufe 3 an den Schulen, die im Schuljahr 2014/2015 am „Pilotprojekt zur Entwicklung eines inklusiven Förderkonzepts an Regelschulen im Saarland vom 14. Juni 2011 (Amtsbl. II S. 502), zuletzt geändert durch Erlass vom 17. Juli 2014 (Amtsbl. II S. 631),“ teilgenommen haben, die von der Schulaufsichtsbehörde genehmigte, hiervon abweichende Zeugnissgestaltung Verwendung finden.

Die Teilnahme am Pflichtunterricht im Unterrichtsfach Französisch in den Klassenstufen 3 und 4 wird im Zeugnis ohne Leistungsbeurteilung vermerkt.

(6a) Die Schulkonferenz kann auf Vorschlag der Gesamtkonferenz im Rahmen der erweiterten Selbständigkeit der Schulen beschließen, den Zeugnisnoten gemäß § 5 zusätzlich Punktzahlen zuzuordnen; dabei kann für jede Klassenstufe nur einheitlich verfahren werden.

(7) Jahreszeugnisse der Klassenstufen 3 und 4 enthalten folgende Eintragung:

1. bei Versetzung: „Auf Beschluss der Klassenkonferenz vom ... in die Klassenstufe ... versetzt.“
2. bei Nichtversetzung: „Auf Beschluss der Klassenkonferenz vom ... nicht versetzt.“

(8) Verlässt ein Schüler/eine Schülerin wegen Wohnortwechsels oder aus anderen Gründen innerhalb von vier Wochen vor dem letzten Schultag des betreffenden Schulhalbjahres die Grundschule, so ist das entsprechende Halbjahres- bzw. Jahreszeugnis auszustellen; das Jahreszeugnis der Klassenstufe 3 und 4 enthält einen Vermerk über die Versetzung oder Nichtversetzung gemäß Absatz 6. Verlässt der Schüler/die Schülerin früher als vier Wochen vor dem letzten Schultag des betreffenden Schulhalbjahres die Grundschule, so ist ihm/ihr ein Abgangszeugnis nach dem Muster des für das betreffende Schulhalbjahr vorgesehenen Zeugnisses zu erteilen, wenn im Zeitpunkt des Abgangs das letzte Halbjahres- oder Jahreszeugnis mehr als sechs Unterrichtswochen zurückliegt. Dieses Zeugnis weist den Leistungsstand im Zeitpunkt des Abgangs aus.

§ 4

Zeugnisausgabe und Übermittlung der Zeugnisse an die Erziehungsberechtigten, Möglichkeit ergänzender Erläuterungen

(1) Die Halbjahreszeugnisse werden an dem von der Schulaufsichtsbehörde für jedes Schuljahr festgelegten Tag, die Jahreszeugnisse - ausgenommen die Jahreszeugnisse der Schuleingangsphase mit flexibler Verweildauer (erstes, zweites oder drittes Schulbesuchsjahr) der Schuleingangsphase mit flexibler Verweildauer und die Jahreszeugnisse der nicht versetzten Schüler/Schülerinnen - am letzten Unterrichtstag des Schuljahres ausgegeben. Die Jahreszeugnisse der Schuleingangsphase mit flexibler Verweildauer (erstes, zweites oder drittes Schulbesuchsjahr) der Schuleingangsphase mit flexibler Verweildauer und die Jahreszeugnisse der nicht versetzten Schüler/Schülerinnen werden so rechtzeitig ausgegeben, dass das Beratungsgespräch mit den Erziehungsberechtigten noch vor dem letzten Unterrichtstag des Schuljahres geführt werden kann.

(2) Die Zeugnisse werden den Schülern/Schülerinnen in der Schule ausgehändigt und den Erziehungsberechtigten durch die Schüler/Schülerinnen überbracht. Ist am Tag der Zeugnisausgabe ein Schüler/eine Schülerin nicht in der Schule anwesend, so ist sein/ihr Zeugnis den Erziehungsberechtigten verschlossen zu übermitteln.

(3) Hat die Klassenkonferenz die Nichtversetzung eines Schülers/einer Schülerin beschlossen, ist den Erziehungsberechtigten des betreffenden Schülers/der betreffenden Schülerin unverzüglich das Zeugnis verschlossen zu übermitteln. Gleichzeitig sind die Erziehungsberechtigten vom Klassenleiter/von der Klassenleiterin zu einem persönlichen Beratungsgespräch einzuladen. Ein nicht versetzter Schüler/eine nicht versetzte Schülerin ist nicht verpflichtet, am Tag der allgemeinen Zeugnisausgabe den Unterricht zu besuchen.

(4) Die Erziehungsberechtigten bestätigen die Kenntnisnahme von Halbjahres- und Jahreszeugnissen - ausgenommen das Halbjahreszeugnis der Klassenstufe 4 - durch Unterschrift auf dem Zeugnis. Die Zeugnisse sind dem Klassenleiter/der Klassenleiterin zur Kontrolle dieser Kenntnisnahme vorzulegen. Die Gültigkeit des Zeugnisses wird durch das Fehlen der Unterschrift der Erziehungsberechtigten nicht beeinträchtigt.

(5) Die Schulkonferenz kann auf Vorschlag der Gesamtkonferenz im Rahmen der erweiterten Selbständigkeit der Schulen beschließen, dass für die Klassenstufen 3 und 4 zusätzlich zum Zeugnis ergänzende Erläuterungen mit Verbalbeurteilungen und weiterführenden Hinweisen erstellt werden; dabei kann für jede Klassenstufe nur einheitlich verfahren werden. Die ergänzenden Erläuterungen sind den Erziehungsberechtigten zusammen mit dem Zeugnis zur Kenntnisnahme auszuhändigen; die Absätze 1 bis 4 finden entsprechende Anwendung.

§ 5

Zeugnisnoten

(1) Für die Bewertung der Leistungen im Zeugnis gelten folgende Notenstufen:

sehr gut	=	eine den Anforderungen im besonderem Maße entsprechende Leistung;
gut	=	eine den Anforderungen voll entsprechende Leistung;
befriedigend	=	eine den Anforderungen im Allgemeinen entsprechende Leistung;
ausreichend	=	eine Leistung, die zwar Mängel aufweist, aber im Ganzen den Anforderungen noch entspricht;
mangelhaft	=	eine den Anforderungen nicht entsprechende Leistung, die jedoch erkennen lässt, dass die notwendigen Grundkenntnisse vorhanden sind und die Mängel in absehbarer Zeit behoben werden könnten;
ungenügend	=	eine den Anforderungen nicht entsprechende Leistung, bei der selbst die Grundkenntnisse so lückenhaft sind, dass die Mängel in absehbarer Zeit nicht behoben werden könnten.

(2) Die Erteilung von Zwischennoten und Bewertungszusätzen zu den Noten ist in Zeugnissen nicht zulässig.

(3) Bei einem Beschluss der Schulkonferenz nach § 3 Absatz 6 a Satz 5 werden den Notenstufen gemäß Absatz 1 Punktzahlen eines 15-Punkte-Systems nachfolgendem Schlüssel zugeordnet: Je nach Notentendenz werden der Note „sehr gut“ 15/14/13, der Note „gut“ 12/11/10, der Note „befriedigend“ 09/08/07, der Note „ausreichend“ 06/05/04, der Note „mangelhaft“ 03/02/01 und der Note „ungenügend“ 00 Punkte zugeordnet; Absatz 2 findet insoweit keine Anwendung.

§ 6

Festsetzung von Zeugnisnoten, Erstellung des Berichts

(1) Die Klassenkonferenz unter dem Vorsitz des Schulleiters/der Schulleiterin oder des Stellvertreters/der Stellvertreterin setzt die Zeugnisnoten in den Unterrichtsfächern auf Vorschlag des jeweiligen Fachlehrers/der jeweiligen Fachlehrerin und die Zeugnisnote für Schrift auf Vorschlag der einzelnen Fachlehrer/Fachlehrerinnen fest.

(2) Hat der Klassenleiter/die Klassenleiterin den gesamten Unterricht allein erteilt, so setzt er/sie die Zeugnisnoten im Einvernehmen mit dem Schulleiter/der Schulleiterin oder dessen/deren Stellvertreter/Stellvertreterin fest.

(3) Die Zeugnisnote fasst die Gesamtleistung des Schülers/der Schülerin in dem betreffenden Fach zusammen. Die Zeugnisnote in einem schriftlichen Fach darf nicht allein aus den Ergebnissen der Klassenarbeiten hergeleitet werden; maßgeblichen Einfluss auf die Zeugnisnote hat auch die Qualität des Lern- und Arbeitsverhaltens des Schülers/der Schülerin im Unterricht; dieser Grundsatz gilt in besonderem Maße auch für nicht schriftliche Fächer. Demzufolge ist die Zeugnisnote das Ergebnis einer wertenden fachlich-pädagogischen Gesamtbeurteilung und kann nicht schematisch errechnet werden.

(4) Sind nach der Stundentafel oder dem Lehrplan die Leistungen von fachlichen Teilbereichen oder die Leistungen einzelner Fächer zusammenzufassen, ist dafür eine gemeinsame Zeugnisnote zu bilden. Unterrichten in den einzelnen fachlichen Teilbereichen oder in den einzelnen Fächern mehrere Lehrer/Lehrerinnen, legen diese der Klassenkonferenz einen gemeinsamen Notenvorschlag vor.

(5) Die Noten des Jahreszeugnisses werden aufgrund der Entwicklung der Leistungen während des Schuljahres, besonders während seiner zweiten Hälfte gefunden.

(6) Die Bewertung der Leistungen im Fach Deutsch setzt sich unter gleichwertiger Berücksichtigung der Bewertungen in den Teilbereichen Sprechen und Zuhören, Lesen und Rechtschreibung sowie in den Klassenstufen 3 und 4 Texte verfassen, zusammen. Für Schüler/Schülerinnen mit besonderen Schwierigkeiten beim Erlernen des Lesens und/oder des Rechtschreibens gelten die Richtlinien zur Förderung von Schülerinnen und Schülern mit besonderen Schwierigkeiten beim Erlernen des Lesens und/oder des Rechtschreibens vom 15. November 2009 (Amtsbl. II S. 1814).

(7) Die Bewertung nicht feststellbarer Leistungen regelt der „Erlass betreffend das Verfahren bei Leistungsverweigerung durch Schüler der allgemeinbildenden Schulen (ohne Sonderschulen) und der berufsbildenden Schulen sowie betreffend die Notengebung in Fällen entschuldigter Schulversäumnisse“ vom 10. Mai 1972 (GMBL. Saar S. 371) in seiner jeweils geltenden Fassung.

(8) Die Absätze 1 und 2 finden entsprechende Anwendung, soweit ein Bericht über das Sozialverhalten, das Lern- und Arbeitsverhalten und den Lernfortschritt, der Entwicklungsbericht in Klassenstufe 4 sowie ergänzende Hinweise oder ergänzende Erläuterungen (§ 4 Absatz 5) zu erteilen sind.

§ 7

Bewertung von Sozialverhalten und Lern- und Arbeitsverhalten

(1) Die Bewertung des Sozialverhaltens bezieht sich insbesondere auf die Gewissenhaftigkeit, Zuverlässigkeit, Kooperationsbereitschaft, Hilfsbereitschaft des Schülers/der Schülerin und dessen/deren angemessenen Umgang mit Konflikten. Die Bewertung des Lern- und Arbeitsverhaltens bezieht sich insbesondere auf die Anstrengungsbereitschaft, Ausdauer, Lernorganisation und Sorgfalt.

(2) Die Bewertung erfolgt mit:

„sehr gut“, wenn das Sozialverhalten oder das Lern- und Arbeitsverhalten des Schülers/der Schülerin besondere Anerkennung verdient,

„gut“, wenn das Sozialverhalten oder das Lern- und Arbeitsverhalten des Schülers/der Schülerin den an ihn/sie zu stellenden Erwartungen entspricht,

„befriedigend“, wenn die Erwartungen im Ganzen ohne wesentliche Einschränkungen erfüllt werden,

„nicht immer befriedigend“, wenn die Erwartungen mit erheblichen Einschränkungen erfüllt werden,

„unbefriedigend“, wenn das Sozialverhalten oder das Lern- und Arbeitsverhalten des Schülers/der Schülerin nicht den Erwartungen entspricht.

§ 8

Zeugnisausstellung

(1) Die Zeugnisvordrucke entsprechend den als Anlage 1 und 4 bis 8 beigefügten Mustern werden vom Schulträger beschafft.

(2) Zeugnisse werden durch den Klassenleiter/die Klassenleiterin handschriftlich oder maschinenschriftlich ausgefertigt. Eintragungen dürfen weder radiert noch korrigiert sein; die Möglichkeit nachträglicher Zusätze ist durch entsprechende Schreibweise oder Streichung auszuschließen. Die Zeugnisse sind handschriftlich vom Schulleiter/der Schulleiterin und vom Klassenleiter/der Klassenleiterin oder ihren Vertretern/Vertreterinnen zu unterzeichnen. Ist der Klassenleiter/die Klassenleiterin gleichzeitig Schulleiter/Schulleiterin, so ist das Zeugnis von ihm/ihr zu unterschreiben mit der Beifügung „Schulleiter/Schulleiterin und Klassenleiter/Klassenleiterin“. Die Verwendung von Faksimile-Stempeln ist unzulässig. Die Zeugnisse tragen das Datum des Ausgabetafes. Abgangszeugnisse sind mit dem Siegel der Schule zu versehen.

(3) Für die Eintragung der Zeugnisnoten sind die Wortbezeichnungen zu verwenden, bei Vorliegen eines Beschlusses der Schulkonferenz gemäß § 3 Absatz 6a ergänzt um die entsprechende Punktzahl.

(4) Bei einem Schüler/einer Schülerin, der/die von der Teilnahme an einem Unterrichtsfach befreit war, ist anstelle der Zeugnisnote das Wort „befreit“ einzutragen; bei einem/einer vom Religionsunterricht abgemeldeten Schüler/Schülerin wird die Nichtteilnahme in der Notenzeile des Faches Religion durch einen Schrägstrich ausgedrückt.

(5) Nimmt der Schüler/die Schülerin an regelmäßigen freiwilligen Unterrichtsveranstaltungen teil, wird dies im Zeugnis vermerkt.

(6) In Halbjahres- und Jahreszeugnissen ist die Zahl der entschuldigt oder unentschuldigt versäumten Unterrichtstage und Einzelstunden zu vermerken; darüber hinaus kann in diesen Zeugnissen in Fällen häufiger unentschuldigter Versäumnisse unter „Bemerkungen“ ein entsprechender Hinweis erfolgen.

Dritter Abschnitt

Versetzungen

§ 9

Allgemeine Grundsätze zur Versetzung

(1) Versetzung und Nichtversetzung sind pädagogische Maßnahmen, die den Bildungsgang des Schülers/der Schülerin mit seiner/ihrer geistigen Entwicklung in Übereinstimmung halten und eine den Unterrichtszielen der Schule entsprechende Leistungsfähigkeit in der nächsthöheren Klassenstufe sichern sollen. Nach Maßgabe des § 10 ist ein Schüler/eine Schülerin zu versetzen, der/die aufgrund seiner/ihrer Leistungen den Anforderungen im laufenden Schuljahr im Ganzen entsprochen hat und deshalb erwarten lässt, dass er/sie den Anforderungen der nächsthöheren Klassenstufe gewachsen ist.

(2) Der Entscheidung über die Versetzung oder Nichtversetzung werden in den Klassenstufen 3 und 4 die Zeugnisnoten in den Unterrichtsfächern Deutsch, Mathematik und Sachunterricht zugrunde gelegt.

(3) Für Schüler und Schülerinnen mit besonderen Schwierigkeiten beim Erlernen des Lesens und/oder des Rechtschreibens gelten die Richtlinien zur Förderung von Schülerinnen und Schülern mit besonderen Schwierigkeiten beim Erlernen des Lesens und/oder des Rechtschreibens vom 15. November 2009 (Amtsbl. II S. 1814).

(4) Die Versetzung darf nicht von den Ergebnissen besonderer Prüfungsleistungen abhängig gemacht werden.

(5) Eine Versetzung auf Probe ist unzulässig.

(6) Versetzungsentscheidungen trifft die Klassenkonferenz unter Vorsitz des Schulleiters/der Schulleiterin oder des Stellvertreters/der Stellvertreterin. Hierbei trifft die einzelne Lehrkraft ihre Entscheidung nicht nur aufgrund der Leistungen in ihrem Fach, sondern im Hinblick auf die Gesamtheit der Leistungen. Hat der Klassenleiter/die Klassenleiterin den gesamten Unterricht allein erteilt, entscheidet er/sie im Einvernehmen mit dem Schulleiter/der Schulleiterin oder dem Stellvertreter/der Stellvertreterin; einigen beide sich nicht, entscheidet die Schulaufsichtsbehörde § 57 SchoG.

§ 10

Besondere Grundsätze zur Versetzung

Ein Schüler/Eine Schülerin ist am Ende der Klassenstufen 3 und 4 nicht zu versetzen, wenn er/sie im Jahreszeugnis der Klassenstufen 3 und 4 in zwei der Unterrichtsfächer Deutsch, Mathematik und Sachunterricht eine Note unter „ausreichend“ erhält. In allen anderen Fällen ist der Schüler/die Schülerin zu versetzen.

§ 11

Berücksichtigung besonderer Umstände

(1) Ein Schüler/Eine Schülerin kann abweichend von den Bestimmungen des § 10 in besonderen Fällen, wie längerer Krankheit, besonders ungünstigen häuslichen Verhältnissen, unverschuldetem Schulwechsel oder bei erwiesener einseitiger Begabung versetzt werden, wenn dies bei Würdigung seiner/ihrer besonderen Lage, seines/ihrer Leistungsstandes und seines/ihrer Arbeitswillens gerechtfertigt und ein erfolgreiches Lern- und Arbeitsverhalten in der nächsthöheren Klassenstufe - gegebenenfalls unter Einbeziehung von Fördermaßnahmen - zu erwarten ist.

(2) Bei längerer Krankheit, besonders ungünstigen häuslichen Verhältnissen sowie unverschuldetem Schulwechsel kann der Beschluss über die Versetzung hinausgeschoben und dem Schüler/der Schülerin die Teilnahme am Unterricht der nächsthöheren Klasse längstens bis zum Ablauf des ersten Schulhalbjahres gestattet werden. Ein entsprechender Beschluss wird im Jahreszeugnis wie folgt vermerkt: „Die Versetzungsentscheidung ist ausgesetzt“; die Beurteilung von Leistungen und Sozialverhalten bzw. die von dem Schüler erreichten Noten werden in das Zeugnisformular eingetragen. Der Beschluss über die endgültige Versetzung oder Nichtversetzung wird in dem am Ende des ersten Schulhalbjahres auszustellenden Halbjahreszeugnis vermerkt.

§ 12

Nichtversetzung

Nicht versetzte Schüler/Schülerinnen wiederholen die zuletzt besuchte Klassenstufe.

§ 13

Benachrichtigung der Erziehungsberechtigten bei gefährdeter Versetzung in den Klassenstufen 3 und 4

(1) Ist die Versetzung eines Schülers/einer Schülerin nach den Leistungen im ersten Schulhalbjahr gefährdet, werden die Erziehungsberechtigten durch einen Vermerk im Halbjahreszeugnis „Versetzung gefährdet“ oder „Versetzung sehr gefährdet“ verständigt. Auf die Möglichkeit des freiwilligen Zurücktretens (§ 15) ist hinzuweisen.

(2) Wird eine Gefährdung erst während des zweiten Schulhalbjahres festgestellt, erhalten die Erziehungsberechtigten spätestens zwei Monate vor dem letzten Unterrichtstag des Schuljahres eine schriftliche Mitteilung nach dem Muster der Anlage 9.

(3) Bei schwerwiegenden Verhaltensauffälligkeiten oder Leistungsrückständen während eines Schulhalbjahres sind die Erziehungsberechtigten unverzüglich zu benachrichtigen und zu einem Beratungsgespräch einzuladen.

(4) Die nach den Absätzen 1 bis 3 erforderlichen Vermerke oder Mitteilungen sollten gegebenenfalls durch Hinweise auf Fördermöglichkeiten oder Maßnahmen zu ihrer Behebung ergänzt werden.

(5) Aus dem Fehlen der in den Absätzen 1 bis 4 genannten Vermerke oder Mitteilungen kann ein Recht auf Versetzung nicht hergeleitet werden.

Vierter Abschnitt

Schuleingangsphase mit flexibler Verweildauer

§ 13a

Schuleingangsphase mit flexibler Verweildauer; Verfahren am Ende der Klassenstufe 1

(1) Die Klassenstufen 1 und 2 bilden eine pädagogische Einheit (Schuleingangsphase). Die Schuleingangsphase wird von den Schülern/Schülerinnen in einem Zeitraum von ein bis drei Schuljahren durchlaufen (Flexible Verweildauer; § 3a Absatz 1 Satz 4 des Schulordnungsgesetzes).

(2) Ein Schüler/Eine Schülerin rückt am Ende der Klassenstufen 1 und 2 grundsätzlich in die nächsthöhere Klassenstufe auf. Auf Grundlage der bisherigen und der zu erwartenden individuellen Lern- und Leistungsentwicklung des Schülers/der Schülerin entscheidet die Klassenkonferenz über das Verweilen in der Schuleingangsphase in weniger oder mehr als zwei Schulbesuchsjahren nach Anhörung der Erziehungsberechtigten spätestens am Ende des zweiten Schulbesuchsjahres. Dabei entscheidet die Klassenkonferenz auch über die Zugehörigkeit zu einem Klassenverband und die Festlegung eines Anforderungsniveaus.

(3) Wechselt ein Schüler/eine Schülerin, der/die in die Klassenstufe 2 beziehungsweise 3 aufrückt, am Ende der Klassenstufe 1 beziehungsweise der Klassenstufe 2 in eine Schule außerhalb des Saarlandes, enthält das Abgangszeugnis - soweit dies für die Aufnahme erforderlich ist - eine Eintragung, aus der hervorgeht, an welchen Unterrichtsinhalten (Klassenstufe 2 oder 3) der Schüler/die Schülerin aufgrund seiner/ihrer bisherigen Leistungsentwicklung berechtigt ist, teilzunehmen.

Fünfter Abschnitt

Überspringen, Zurücktreten

§ 14

Überspringen einer Klassenstufe

(1) Einem/Einer besonders begabten und leistungswilligen Schüler/Schülerin der Klassenstufe 3 oder 4 kann der Schulleiter/die Schulleiterin das Überspringen einer Klassenstufe gestatten, wenn die Klassenkonferenz auf Antrag der oder im Einvernehmen mit den Erziehungsberechtigten einen entsprechenden Antrag an den Schulleiter/die Schulleiterin gestellt hat. Voraussetzung ist, dass die Leistungen des betreffenden Schülers/der betreffenden Schülerin deutlich über die Leistungen der Spitzengruppe seiner/ihrer Klassenstufe hinausragen und Begabung sowie Leistungswille ein erfolgreiches Lern- und Arbeitsverhalten in der neuen Klasse erwarten lassen. Die Entscheidung darf nicht von einer Prüfung abhängig gemacht werden. Das Überspringen wird im Zeugnis vermerkt.

(2) Ein Überspringen der Klassenstufe 4 ist nur in besonderen Ausnahmefällen und mit Genehmigung der Schulaufsichtsbehörde zulässig.

(3) Nach der Einweisung in eine neue Klasse ist wegen der Umstellung auf die neuen Lerninhalte für den Schüler/die Schülerin eine angemessene Zeit zur Eingewöhnung vorzusehen.

§ 15

Freiwilliges Zurücktreten

(1) Ein Schüler/eine Schülerin kann am Ende der Klassenstufe 3 nach Ausgabe des Jahreszeugnisses einmal in die nächstniedrigere Klassenstufe zurücktreten. Ein Zurücktreten ist nicht möglich, wenn die Klassenstufe 3 wiederholt wird. Das Zurücktreten ist von den Erziehungsberechtigten zu beantragen; über den Antrag entscheidet die Schulleitung unverzüglich.

(2) Ein Zurücktreten aus der Klassenstufe 4 ist grundsätzlich nur zulässig, wenn nicht zu erwarten ist, dass der Schüler/die Schülerin die Klassenstufe im laufenden Schuljahr erfolgreich besuchen wird; liegt diese Voraussetzung nicht vor, bedarf das Zurücktreten der Genehmigung der Schulaufsichtsbehörde § 57 SchoG. Ein Zurücktreten ist nicht möglich, wenn die Klassenstufe 4 wiederholt wird.

(3) Für den späteren Übergang in die Klassenstufe, in die der Schüler/die Schülerin bereits versetzt war, bedarf es keiner erneuten Versetzungsentscheidung. Das Jahreszeugnis erhält in diesem Fall den Vermerk: „Der Schüler/Die Schülerin wurde bereits durch Beschluss der Klassenkonferenz vom ... in die Klassenstufe ... versetzt. Er/Sie besuchte freiwillig noch einmal die Klassenstufe ...“.

Sechster Abschnitt**Übergang nach der Klassenstufe 4****§ 16**

(1) Ein Schüler/Eine Schülerin kann nach erfolgreichem Abschluss der Klassenstufe 4 der Grundschule in die Klassenstufe 5 der Gemeinschaftsschule oder des Gymnasiums übergehen; die Möglichkeit, zu einer privaten Ersatzschule überzugehen, bleibt unberührt. Die Erziehungsberechtigten teilen der Grundschule unverzüglich mit, an welcher Schule sie ihr Kind angemeldet haben.

(2) Das Halbjahreszeugnis der Klassenstufe 4 (Anlage 5) enthält im Teil „Entwicklungsbericht“ Hinweise über die bisherige Lern- und Leistungsentwicklung des Schülers/der Schülerin, seine/ihre Arbeitshaltung, seine/ihre Art des Arbeitens und Lernens, sein/ihr Sozialverhalten, sein/ihr Denkvermögen und seine/ihre sprachliche Ausdrucksfähigkeit. Er enthält auch Hinweise auf besondere Leistungsschwächen in den Teilbereichen Lesen und Rechtschreiben des Faches Deutsch oder auf besondere Leistungsschwächen aufgrund einer anderen Muttersprache als Deutsch und daraus resultierendem, weiter bestehendem Förderbedarf sowie auf sonstige Beeinträchtigungen der schulischen Leistungen.

Der Entwicklungsbericht ist unter „Zusammenfassende Beurteilung“ mit einer Aussage für den weiteren Bildungsweg des Schülers/der Schülerin abzuschließen. Es ist eine der folgenden Aussagen zu verwenden:

- Der Schülerin/Dem Schüler wird aufgrund ihrer/seiner bisherigen Leistungsentwicklung der Besuch eines Gymnasiums oder einer Gemeinschaftsschule empfohlen.“

oder

- „Der Schülerin/Dem Schüler wird aufgrund ihrer/seiner bisherigen Leistungsentwicklung der Besuch einer Gemeinschaftsschule empfohlen.“

(3) Mit Ausgabe des Halbjahreszeugnisses lädt der Klassenleiter/die Klassenleiterin die Erziehungsberechtigten zu einem verpflichtenden Beratungsgespräch ein. Das Beratungsgespräch findet innerhalb der beiden darauffolgenden Wochen statt. In diesem Gespräch werden die im Halbjahreszeugnis der Klassenstufe 4 genannten Noten und die im Entwicklungsbericht getroffenen Feststellungen über die Lern- und Leistungsentwicklung, die Arbeitshaltung, die Art des Arbeitens und Lernens, das Sozialverhalten, das Denkvermögen und die sprachliche Ausdrucksfähigkeit erläutert, vertieft und begründet sowie Hinweise für die Auswahl der geeigneten Schulform, gegebenenfalls auch unter dem Aspekt des Vorliegens der Voraussetzungen für eine sonderpädagogische Unterstützung, gegeben, um den Erziehungsberechtigten eine Entscheidung über die von ihrem Kind künftig zu besuchende Schulform zu ermöglichen. Nehmen sie an dem Beratungsgespräch nicht teil, ist ihnen die gemäß Absatz 2 verwendete Aussage mit einer schriftlichen Erläuterung zuzuleiten.

Siebter Abschnitt**Abstimmungsverfahren der Klassenkonferenz****§ 17**

(1) Bei Abstimmungen der Klassenkonferenz im Rahmen dieser Zeugnis- und Versetzungsordnung fällt auf jedes Fach, in dem der/die betroffene Schüler/Schülerin unterrichtet wurde, eine Stimme; hierbei hat die in der jeweiligen Klasse tätige Förderschullehrkraft ebenfalls eine Stimme; der/die Vorsitzende hat Stimmrecht, auch wenn er/sie nicht in der Klasse unterrichtet; bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des/der Vorsitzenden den Ausschlag. Stimmenthaltung ist nicht zulässig.

(2) Im Übrigen gelten die Ergänzenden Verfahrensvorschriften zu den Lehrerkonferenzen als Allgemeine Konferenzordnung (AKO) vom 16. Februar 1975, GMBL. Saar 1975 S. 212, in ihrer jeweils geltenden Fassung.

Achter Abschnitt**Schlussvorschriften****§ 17a**

Notwendige Regelungen bei schwerwiegenden Gefahren für Leben und Gesundheit

Können einzelne Vorschriften dieser Verordnung angesichts eines Gesetzes, aufgrund eines Gesetzes oder durch gerichtliche oder behördliche Anordnung zur Verhütung schwerwiegender Gefahren für Leben und Gesundheit keine Anwendung finden, trifft die Schulaufsichtsbehörde zur Sicherung von Schul- und Bildungslaufbahnen sowie zur Herstellung der Bildungsgerechtigkeit die unmittelbar notwendigen, von dieser Verordnung abweichenden Regelungen durch Verwaltungsvorschrift.

§ 18

Diese Zeugnis- und Versetzungsordnung tritt am 1. August 1979 in Kraft.

**Verordnung – Schulordnung -
über die Grundschule der Zukunft**

Vom 7. Juli 2005 (Amtsbl. S. 1090) –
geändert durch Verordnung vom 4. August 2014 (Amtsbl. I S. 343) –
zuletzt geändert durch Verordnung vom 2. September 2021

§ 1

Zielsetzung

(1) Das Konzept „Grundschule der Zukunft“ dient der Verbesserung der Schulqualität durch eine Erweiterung der Lern- und Übungszeit für die Schüler und Schülerinnen. Gleichzeitig gewährleistet es für die Eltern durch Beendigung der Unterrichtszeit eines Tages frühestens nach der fünften Stunde einen verlässlichen Zeitrahmen am Vormittag (verlässliche Grundschule). Die Grundschule soll durch ein freiwilliges Bildungs- und Betreuungsangebot am Nachmittag mit Mittagstisch und Hausaufgabenhilfe in schrittweisem Ausbau begleitet werden. Bei Grundschulen mit besonderen sozialen und pädagogischen Herausforderungen soll ein zusätzlicher Förderakzent gesetzt werden.

(2) Die Grundschule der Zukunft führt grundsätzlich in jeder Klassenstufe mindestens zwei Klassen (Zweizügigkeit). Dieses Parallelklassensystem ist Grundlage der innerschulischen Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung. Hierzu zählen insbesondere

- die Zusammenarbeit der Lehrkräfte zur gemeinsamen Vor- und Nachbereitung des Unterrichts auf der Grundlage miteinander abgestimmten Lernstoffes,
- die Kooperation bei der Erarbeitung und Auswertung von Klassenarbeiten,
- der verstärkte Einsatz von Lehrkräften entsprechend ihrer Fachausbildung, insbesondere in den Fächern Bildende Kunst, Musik und Sport,
- die Bildung von Fachkonferenzen,
- die Einrichtung von klassenübergreifenden Fördergruppen in einer Klassenstufe,
- die Verbesserung der Vertretungsmöglichkeiten.

§ 2

Stundentafeln

(1) Für den Pflichtunterricht in der Grundschule gelten folgende Stundentafeln:

Klassenstufen 1 und 2

Fächer	Anzahl der Unterrichtsstunden pro Woche	
		(mit Französisch)
Religion	2	
Grundlegender Unterricht:	(16)	
Deutsch	5	
Sachunterricht	3	
Mathematik	5	
Bildende Kunst/Musik	3	
Sport	2	
Französisch	-	(2)
Förderunterricht	5	(3-5)
Gesamtstundenzahl	25	(25-27)

Klassenstufen 3 und 4

Fächer	Anzahl der Unterrichtsstunden pro Woche
Religion	2
Deutsch	5
Sachunterricht	4

Mathematik	5
Bildende Kunst	2
Musik	2
Sport	2
Französisch	2
Förderunterricht	2
Gesamtstundenzahl	26

(2) Zu den Stundentafeln werden ergänzend folgende Bestimmungen getroffen:

1. Unterrichtserteilung, Rhythmisierung

Die Unterrichtsstunden sind gleichmäßig auf die Woche zu verteilen, so dass die tägliche Schulzeit, beginnend mit der ersten Stunde, frühestens nach der fünften Stunde endet (verlässliche Grundschule).

Die Stundenvorgaben – insbesondere für den grundlegenden Unterricht – dienen der Orientierung. Wo es sich anbietet, soll fächerübergreifend ganzheitlich unterrichtet werden. Die Stundenvorgaben sind kein starres zeitliches Schema. Die Lehrkräfte entscheiden in pädagogischer Verantwortung, wie viel Zeit sie unter Berücksichtigung der Aufnahmefähigkeit ihrer Schüler und Schülerinnen für die Vermittlung und Einübung des Unterrichtsstoffes verwenden. Allerdings sind die für die jeweilige Klassenstufe zuvor abgestimmten Zielvorgaben hinsichtlich der Stoffvermittlung zu beachten.

In den Klassenstufen 1 und 2 ist zu gewährleisten, dass die Schüler und Schülerinnen täglich Deutsch-, Mathematik- und Förderunterricht erhalten, der im Regelfall vom Klassenlehrer oder von der Klassenlehrerin erteilt wird.

Die Schulkonferenz kann auf Vorschlag der Gesamtkonferenz im Rahmen der erweiterten Selbständigkeit der Schulen beschließen, den Unterricht im Rahmen des Gesamtzeitumfangs frei zu rhythmisieren. Schulen, die von der in der vorstehenden Regelung eröffneten Möglichkeit Gebrauch machen, berichten hierüber der Schulaufsichtsbehörde.

1a. Auf Vorschlag der Fachkonferenz können mit Zustimmung der Schulkonferenz Fachstunden und Lehrplaninhalte in benachbarte Klassenstufen verlagert werden; Nummer 1 Satz 7 bleibt unberührt. Die Anforderungen des Lehrplans bzw. der Bildungsstandards müssen am Ende eines Zwei-Jahres-Zeitraums erreicht, der Stundenausgleich muss erfolgt sein. Die Anforderungen zentraler Leistungsüberprüfungen sind zu berücksichtigen.

Die Schulkonferenz kann auf Vorschlag der Gesamtkonferenz im Rahmen der erweiterten Selbständigkeit der Schulen beschließen, dass aus pädagogischen Gründen vorübergehend die Stundenzahl einzelner Fächer erhöht werden kann, wobei die zusätzlichen Stunden durch vorübergehende Reduzierung in anderen Fächern gewonnen werden können; dabei darf maximal ein Viertel der Wochenstunden eines Faches pro Schuljahr als Kompensation für die Erhöhung des Stundenansatzes eines anderen Faches eingesetzt werden; Nummer 1 Satz 7 bleibt unberührt; § 13 Absatz 2 des Schulordnungsgesetzes bleibt unberührt. Satz 3 gilt entsprechend. Die grundlegenden Anforderungen des Bildungsganges einschließlich des Fächerkanons sind einzuhalten.

Schulen, die von den in den vorstehenden Regelungen eröffneten Möglichkeiten Gebrauch machen, berichten hierüber der Schulaufsichtsbehörde.

2. Pausenregelung

Die Gesamt-Pausenzeit an einem Vormittag mit mindestens fünf Unterrichtsstunden beträgt mindestens 50 Minuten. Das Nähere regelt die Schulkonferenz.

3. Förderunterricht

Der verpflichtende Förderunterricht kommt als individuelle und gemeinsame Förderung allen Schülern und Schülerinnen zugute. Er dient dem Ausgleich von individuellen Lernrückständen oder der zusätzlichen Förderung. Grundlage für die Förderung ist ein Förderkonzept, das unter Berücksichtigung einer individuellen Lernstandsdiagnose der einzelnen Kinder erstellt wird.

Eine gezielte Förderung von Schülern und Schülerinnen mit vergleichbarem Leistungsstand erfolgt durch innere Differenzierung oder klassenübergreifend. Die klassenübergreifende Förderung, die das zeitweilige Zusammenfassen von Schülern und Schülerinnen in klassenübergreifenden Lerngruppen ermöglicht, ist im Stundenplan festzulegen.

Eine wichtige Aufgabe des Förderunterrichts besteht in der Vermittlung und Einübung von Lern- und Arbeitstechniken. Hierzu können in den Klassenstufen 1 und 2 auch Hausaufgaben schon während der Förderstunden angefertigt werden.

In den Klassenstufen 1 und 2 soll von den vorgesehenen fünf wöchentlichen Förderunterrichtsstunden je eine der Förderung im sportlichen und im musischen Bereich dienen.

4. Besondere Fördermaßnahmen

Für die Förderung von Schülern und Schülerinnen mit besonderen Schwierigkeiten beim Erlernen des Lesens und/oder des Rechtschreibens, von Kindern, die dem Unterricht aufgrund mangelnder Deutschkenntnisse nicht ausreichend folgen können, von sprachauffälligen Kindern sowie von Kindern mit sonderpädagogischem Förderungsbedarf in Integrationsmaßnahmen gelten besondere Bestimmungen.

5. Arbeitsgemeinschaften

Die Schulen können auf Vorschlag der Schulkonferenz Arbeitsgemeinschaften (z.B. Schulspiel, Schulchor, Instrumentalspiel, Computer-Arbeitsgemeinschaft, Schulgarten-Arbeitsgemeinschaft) im Rahmen der personellen Möglichkeiten einrichten.

6. Bewegungsphasen

In allen Klassenstufen sind innerhalb des Unterrichts regelmäßig Bewegungsphasen einzuplanen.

7. Unterricht für den Schulanfang

Der Unterricht in den ersten Wochen der Klassenstufe 1 greift Methoden und Inhalte des Bildungsprogramms des Kindergartens auf. In dieser Anfangsphase sollen gemeinschaftsfördernde Themen im Vordergrund stehen. Die Schulsicherheit soll besonders eingeübt werden.

8. Französischunterricht

- 8.1. Die Schülerinnen und Schüler sind zur Teilnahme verpflichtet. Noten werden nicht erteilt. Halbjahreszeugnisse und Jahreszeugnisse tragen in der Rubrik „Bemerkungen“ folgenden Hinweis: „Die Schülerin/Der Schüler hat am Pflichtunterricht Französisch teilgenommen.“
- 8.2. Schulen können – im Sinne einer Profilbildung – Französisch auch in den Klassenstufen 1 und 2 einführen. Dies bedarf der Genehmigung eines entsprechenden Antrags der Schulkonferenz durch die Schulaufsichtsbehörde. Nummer 8.1 gilt entsprechend. An diesen Schulen erfolgt die Fremdsprachenbegegnung in allen Klassen der Klassenstufen 1 und 2 im Umfang von zwei Wochenstunden. Auf Beschluss der Schulkonferenz kann dieser zweistündige Unterricht ganz oder teilweise im Rahmen des für den Förderunterricht vorgesehenen Stundenanteils stattfinden (Gesamtwochenstundenzahl entsprechend 25, 26 oder 27). Wenn der zweistündige Französischunterricht gänzlich im Rahmen des für den Förderunterricht vorgesehenen Stundenanteils stattfindet, gilt die in Nummer 3, letzter Satz getroffene Regelung nicht. Die entsprechenden Lehrkräfte müssen über eine adäquate Fach- und Sprachkompetenz verfügen. Muttersprachlichkeit der Lehrkräfte ist nach Möglichkeit anzustreben.

§ 2a

Notwendige Regelungen bei schwerwiegenden Gefahren für Leben und Gesundheit

Können einzelne Vorschriften dieser Verordnung angesichts eines Gesetzes, aufgrund eines Gesetzes oder durch gerichtliche oder behördliche Anordnung zur Verhütung schwerwiegender Gefahren für Leben und Gesundheit keine Anwendung finden, trifft die Schulaufsichtsbehörde zur Sicherung von Schul- und Bildungslaufbahnen sowie zur Herstellung der Bildungsgerechtigkeit die unmittelbar notwendigen, von dieser Verordnung abweichenden Regelungen durch Verwaltungsvorschrift.

§ 3

In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten

(1) Diese Verordnung tritt am 1. August 2005 in Kraft.

(2) Zugleich tritt die Verordnung – Schulordnung – über die Stundentafel der Grundschule vom 30. Juli 1987 (Amtsbl. S. 944), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 9. Juni 2004 (Amtsbl. S. 1327), außer Kraft.

**Zeugnis- und Versetzungsordnung - Schulordnung -
bis zur Klassenstufe 10 für das auslaufende achtjährige Gymnasium**
Vom 15. Juli 2002 –
zuletzt geändert durch Verordnung vom 27. Juni 2023 (Amtsbl. I S. 519)

Inhaltsübersicht

Erster Abschnitt

Geltungsbereich

§ 1

Zweiter Abschnitt

Zeugnisse

§ 2 Begriff des Zeugnisses

§ 3 Arten und Inhalte der Zeugnisse

§ 4 Zeugnisausgabe und Übermittlung der Zeugnisse an die Erziehungsberechtigten, Möglichkeit ergänzender Erläuterungen

§ 5 Zeugnisnoten

§ 6 Festsetzung von Zeugnisnoten

§ 7 Bewertung von Verhalten und Mitarbeit

§ 8 Zeugnisausstellung

Dritter Abschnitt

Versetzungen

§ 9 Allgemeine Grundsätze zur Versetzung

§ 10 Besondere Grundsätze zur Versetzung in den Klassenstufen 5 - 9

§ 11 Besondere Grundsätze zur Versetzung in der Klassenstufe 10

§ 12 Berücksichtigung besonderer Umstände

§ 13 Nichtversetzung

§ 14 Benachrichtigung der Erziehungsberechtigten bei gefährdeter Versetzung

§ 15 Verfahren in der Orientierungsphase

§ 16 Abgangszeugnisse nach dem Besuch der Klassenstufe 10; Nachweis des mittleren Bildungsabschlusses

§ 17 Abgangszeugnisse nach dem Besuch der Klassenstufe 9; Nachweis des Hauptschulabschlusses

§ 18 Gleichstellung früherer Jahreszeugnisse

§ 18a (aufgehoben)

Vierter Abschnitt

Überspringen, Zurücktreten

§ 19 Überspringen einer Klassenstufe

§ 20 Freiwilliges Zurücktreten

Fünfter Abschnitt

Abstimmungsverfahren der Klassenkonferenz

§ 21

Sechster Abschnitt

Schlussvorschriften

§ 21a Notwendige Regelungen bei schwerwiegenden Gefahren für Leben und Gesundheit

§ 21b Regelung bei Nichtversetzung oder freiwilligem Zurücktreten

§ 22 Inkrafttreten

Erster Abschnitt Geltungsbereich

§ 1

(1) Diese Zeugnis- und Versetzungsordnung gilt für die Schüler/Schülerinnen der öffentlichen Gymnasien bis einschließlich Klassenstufe 10 - ausgenommen das Deutsch-Französische Gymnasium -, die im Schuljahr 2001/2002 die Klassenstufe 5 besuchten, und alle nachfolgenden Jahrgänge, sowie für das Abendgymnasium und das Saarland-Kolleg, soweit sich nicht aus dem besonderen Aufbau und den Aufgaben der letztgenannten Schulen Abweichungen ergeben.

(2) Sie gilt gemäß § 18 Abs. 2 des Privatschulgesetzes (PrivSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Mai 1985 (Amtsbl. S. 610), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 16. November 2011 (Amtsbl. I S. 422), auch für staatlich anerkannte Ersatzschulen in privater Trägerschaft, die den in Absatz 1 genannten Schulen entsprechen.

Zweiter Abschnitt Zeugnisse

§ 2

Begriff des Zeugnisses

Das Schulzeugnis ist der urkundliche Nachweis über Schulbesuch, Leistung und, soweit sie in dem Zeugnis zu bewerten sind, Verhalten und Mitarbeit der Schüler/Schülerinnen in der Schule.

§ 3

Arten und Inhalte der Zeugnisse

(1) Zeugnisse werden als Halbjahreszeugnisse der Klassenstufen 5 bis 9 (Anlage 1), Halbjahreszeugnisse der Klassenstufe 10 (Anlage 2), Jahreszeugnisse der Klassenstufen 5 bis 9 (Anlage 3), Jahreszeugnisse der Klassenstufe 10 (Anlage 4), Abgangszeugnisse der Klassenstufen 5 bis 9 (Anlagen 5 bis 7) und Abgangszeugnisse der Klassenstufe 10 (Anlagen 8 und 9) ausgestellt. Die Zeugnisse werden als Einzelzeugnisse ausgestellt.

(2) Die Zeugnisse, ausgenommen die Zeugnisse gemäß den Anlagen 7 und 9 enthalten die Leistungsbeurteilungen in Form von Noten und Punkten. Für die Eintragung der Noten sind die Wortbezeichnungen zu verwenden.

(3) Halbjahreszeugnisse und Jahreszeugnisse der Klassenstufen 5 bis 9 sowie die vor Erfüllung der allgemeinen Vollzeitschulpflicht ausgestellten Abgangszeugnisse (Anlage 5) enthalten außerdem Noten über Verhalten und Mitarbeit.

(4) Jahreszeugnisse enthalten folgende Eintragung:

1. Bei Versetzung: „Auf Beschluss der Klassenkonferenz vom ... in die Klassenstufe ... versetzt.“
2. Bei Nichtversetzung: „Auf Beschluss der Klassenkonferenz vom ... nicht versetzt.“

(5) Ein Schüler/Eine Schülerin, der/die das Gymnasium vor Erfüllung der allgemeinen Vollzeitschulpflicht verlässt oder wechselt, erhält ein Abgangszeugnis gemäß Anlage 5. Liegt im Zeitpunkt des Abgangs das letzte Halbjahreszeugnis oder Jahreszeugnis weniger als sechs Unterrichtswochen zurück, so ist der darin enthaltene Leistungsstand im Abgangszeugnis aufzuführen, sonst der Leistungsstand im Zeitpunkt der Zeugnisausstellung. Verlässt der Schüler/die Schülerin die Schule zum Ende des Schuljahres oder innerhalb von vier Wochen vor dem letzten Unterrichtstag des Schuljahres, so ist von der abgebenden Schule über die Versetzung zu entscheiden; versetzte Schüler/Schülerinnen erhalten einen entsprechenden Vermerk im Abgangszeugnis; bei Nichtversetzung erhalten sie ein Abgangszeugnis ohne Versetzungsvermerk und zusätzlich ein Jahreszeugnis mit dem Vermerk der Nichtversetzung und gegebenenfalls dem Vermerk, dass der Schüler/die Schülerin gemäß § 13 Abs. 2 das Gymnasium verlassen muss.

(6) Schüler/Schülerinnen, die die allgemeine Vollzeitschulpflicht erfüllt haben, erhalten beim Verlassen der Schule ein Abgangszeugnis gemäß Anlage 6. Verlassen sie die Schule nach dem Besuch der Klassenstufe 9, so erhalten sie Abgangszeugnisse nach den Anlagen 6 und 7.

§ 4

Zeugnisausgabe und Übermittlung der Zeugnisse an die Erziehungsberechtigten, Möglichkeit ergänzender Erläuterungen

(1) Die Halbjahreszeugnisse werden an dem von der Schulaufsichtsbehörde für jedes Schuljahr festgelegten Tag, die Jahreszeugnisse - ausgenommen die Jahreszeugnisse der nicht versetzten Schüler/Schülerinnen - am letzten Unterrichtstag des Schuljahres ausgegeben.

(2) Die Zeugnisse werden den Schülern/Schülerinnen in der Schule ausgehändigt und bei minderjährigen Schülern/Schülerinnen den Erziehungsberechtigten durch diese überbracht. Ist am Tage der Zeugnisausgabe ein Schüler/eine Schülerin

nicht in der Schule anwesend, so ist sein/ihr Zeugnis den Erziehungsberechtigten bzw. dem volljährigen Schüler/der volljährigen Schülerin selbst verschlossen zu übermitteln.

(3) Hat die Klassenkonferenz bei einem minderjährigen Schüler/einer minderjährigen Schülerin die Nichtversetzung beschlossen, ist den Erziehungsberechtigten unverzüglich das Zeugnis verschlossen zu übermitteln; gleichzeitig sind die Erziehungsberechtigten von dem Klassenleiter/der Klassenleiterin zu einem persönlichen Beratungsgespräch einzuladen. Schüler/Schülerinnen, die nicht versetzt werden, sind nicht verpflichtet, am Tag der allgemeinen Zeugnisausgabe den Unterricht zu besuchen.

(4) Die Erziehungsberechtigten, bei volljährigen Schülern/Schülerinnen diese selbst, bestätigen die Kenntnisnahme von Halbjahres- und Jahreszeugnissen durch Unterschrift auf dem Zeugnis. Die Zeugnisse sind dem Klassenleiter/der Klassenleiterin zur Kontrolle dieser Kenntnisnahme vorzulegen. Die Gültigkeit des Zeugnisses wird durch das Fehlen der Unterschriften nicht beeinträchtigt.

(5) Die Schulkonferenz kann auf Vorschlag der Gesamtkonferenz im Rahmen der erweiterten Selbständigkeit der Schulen beschließen, dass zusätzlich zum Zeugnis ergänzende Erläuterungen mit Verbalbeurteilungen und weiterführenden Hinweisen erstellt werden; dabei kann für jede Klassenstufe nur einheitlich verfahren werden. Die ergänzenden Erläuterungen sind den Erziehungsberechtigten zusammen mit dem Zeugnis zur Kenntnisnahme auszuhändigen; die Absätze 1 bis 4 finden entsprechende Anwendung.

§ 5

Zeugnisnoten

(1) Für die Notengebung in den Zeugnissen gelten folgende Notenstufen:

sehr gut (1)	=	eine den Anforderungen in besonderem Maße entsprechende Leistung;
gut (2)	=	eine den Anforderungen voll entsprechende Leistung;
befriedigend (3)	=	eine den Anforderungen im Allgemeinen entsprechende Leistung;
ausreichend (4)	=	eine Leistung, die zwar Mängel aufweist, aber im Ganzen den Anforderungen noch entspricht;
mangelhaft (5)	=	eine den Anforderungen nicht entsprechende Leistung, die jedoch erkennen lässt, dass die notwendigen Grundkenntnisse vorhanden sind und die Mängel in absehbarer Zeit behoben werden könnten;
ungenügend (6)	=	eine den Anforderungen nicht entsprechende Leistung, bei der selbst die Grundkenntnisse so lückenhaft sind, dass die Mängel in absehbarer Zeit nicht behoben werden könnten.

(2) Diesen Noten werden in den Zeugnissen, ausgenommen die Zeugnisse gemäß den Anlagen 7 und 9, Punktzahlen eines 15-Punkte-Systems nach folgendem Schlüssel zugeordnet: Je nach Notentendenz werden der Note „sehr gut“ 15/14/13, der Note „gut“ 12/11/10, der Note „befriedigend“ 09/08/07, der Note „ausreichend“ 06/05/04, der Note „mangelhaft“ 03/02/01 und der Note „ungenügend“ 00 Punkte zugeordnet.

§ 6

Festsetzung von Zeugnisnoten

(1) Die Klassenkonferenz unter dem Vorsitz des Schulleiters/der Schulleiterin oder des Stellvertreters/der Stellvertreterin setzt die Zeugnisnoten in den Unterrichtsfächern auf Vorschlag der jeweiligen Fachlehrkraft fest.

(2) Die Zeugnisnote fasst die Gesamtleistung des Schülers/der Schülerin in dem betreffenden Fach zusammen. Die Zeugnisnote in einem Fach darf nicht allein aus den Ergebnissen der schriftlichen Arbeiten bzw. schriftlichen Überprüfungen hergeleitet werden; maßgeblichen Einfluss auf die Zeugnisnote haben auch die Qualität der übrigen Lernerfolgskontrollen und die Qualität der Mitarbeit der Schüler/Schülerinnen im Unterricht. Dieser Grundsatz gilt im besonderen Maße auch für die nicht schriftlichen Fächer. Demzufolge ist die Zeugnisnote das Ergebnis einer wertenden fachlich-pädagogischen Gesamtbeurteilung und kann nicht schematisch errechnet werden.

(3) Die Noten des Jahreszeugnisses werden aufgrund der Entwicklung der Leistungen während des Schuljahres, besonders während seiner zweiten Hälfte ermittelt.

(4) Die Absätze 1 und 2 finden entsprechende Anwendung, soweit ergänzende Erläuterungen (§ 4 Absatz 5) zu erteilen sind.

§ 7

Bewertung von Verhalten und Mitarbeit

(1) Die Bewertung des Verhaltens erfolgt unter Berücksichtigung der Rechte und Pflichten des Schülers/der Schülerin, die sich aus den für ihn/sie geltenden schulrechtlichen Bestimmungen ergeben; dabei ist auch das Verhalten in der Gruppe zu berücksichtigen. Die Bewertung der Mitarbeit bezieht sich vor allem auf die Bereitschaft und das Bemühen des Schülers/der Schülerin, selbständig oder gemeinsam mit anderen Aufgaben zu lösen und im Unterricht mitzuarbeiten.

(2) Verhalten und Mitarbeit werden aufgrund der Vorschläge der einzelnen Lehrkräfte durch die Klassenkonferenz unter Vorsitz des Schulleiters/der Schulleiterin oder des Stellvertreters/der Stellvertreterin bewertet.

(3) Die Bewertung erfolgt mit:

„sehr gut“, wenn das Verhalten oder die Mitarbeit des Schülers/der Schülerin besondere Anerkennung verdient,

„gut“, wenn das Verhalten oder die Mitarbeit des Schülers/der Schülerin den an ihn/sie zu stellenden Erwartungen entspricht,

„befriedigend“, wenn die Erwartungen im Ganzen ohne wesentliche Einschränkungen erfüllt werden,

„nicht immer befriedigend“, wenn die Erwartungen unter erheblichen Einschränkungen erfüllt werden,

„unbefriedigend“, wenn das Verhalten oder die Mitarbeit des Schülers/der Schülerin nicht den Erwartungen entspricht.

(4) Die Bewertung „unbefriedigend“ ist im Zeugnis unter „Bemerkungen“ zu begründen.

§ 8

Zeugnisausstellung

(1) Zeugnisse werden durch den Klassenleiter/die Klassenleiterin ausgefertigt. Eintragungen dürfen weder radiert noch korrigiert sein; die Möglichkeit nachträglicher Zusätze ist durch entsprechende Schreibweise oder Streichungen auszu-schließen. Die Zeugnisse sind handschriftlich von dem Schulleiter/der Schulleiterin und dem Klassenleiter/der Klassenlei-terin oder dem Stellvertreter/der Stellvertreterin zu unterzeichnen. Die Verwendung von Faksimilestempeln ist unzulässig. Die Zeugnisse tragen das Datum des Ausgabetales, Abgangszeugnisse sind mit dem Siegel der Schule zu versehen.

(2) Für die Eintragung der Zeugnisnoten sind die Wortbezeichnungen ergänzt um die entsprechende Punktzahl zu verwen-den.

(3) Wird in einem Schuljahr entsprechend der Stundentafel des Gymnasiums in einem Fach kein Unterricht erteilt, so wird die Notenzeile dieses Faches mit einem Schrägstrich besetzt; handelt es sich jedoch um das letzte Schulbesuchsjahr des Schülers/der Schülerin, so ist im Halbjahreszeugnis sowie im Abgangszeugnis in der Notenzeile des betreffenden Faches die im vorausgegangenen Jahreszeugnis des Gymnasiums ausgewiesene Note einzutragen, besonders zu kennzeichnen und an geeigneter Stelle des Zeugnisses mit der Bemerkung „Zeugnisnote aus Klassenstufe ..., da das Fach laut Stundentafel in Klassenstufe ... nicht erteilt“ zu erläutern.

Wird entsprechend der Stundentafel des Gymnasiums ein Fach nur in einem Schulhalbjahr unterrichtet, so wird die Note für dieses Fach, wenn es im ersten Schulhalbjahr unterrichtet wurde, im Halbjahreszeugnis und im Jahreszeugnis, im Übri-gen im Jahreszeugnis ausgewiesen.

(4) Bei Schülern/Schülerinnen, die von der Teilnahme an einem Unterrichtsfach befreit waren, ist anstelle der Zeugnisnote das Wort „befreit“ einzutragen; bei vom Religionsunterricht abgemeldeten Schülern/Schülerinnen wird die Nichtteilnahme in der Notenzeile des Faches Religion durch einen Schrägstrich ausgedrückt. Wegen der ersatzweisen Teilnahme am Un-terricht in allgemeiner Ethik wird auf § 15 Abs. 1 Satz 2 und 3 SchoG verwiesen.

(5) Soweit Schüler/Schülerinnen an regelmäßigen freiwilligen Unterrichtsveranstaltungen teilnehmen, wird dies im Zeugnis vermerkt.

(6) In Halbjahres- und Jahreszeugnissen sowie in Abgangszeugnissen gemäß Anlage 5 ist die Zahl der entschuldigt oder unentschuldigt versäumten Unterrichtstage und Einzelstunden zu vermerken; darüber hinaus kann in diesen Zeugnissen in Fällen häufiger unentschuldigter Versäumnisse unter „Bemerkungen“ ein entsprechender Hinweis erfolgen.

(7) Von Abgangszeugnissen ist eine Zweitschrift anzufertigen, die an der Schule aufzubewahren ist.

Dritter Abschnitt Versetzungen

§ 9

Allgemeine Grundsätze zur Versetzung

(1) Versetzung und Nichtversetzung sind pädagogische Maßnahmen, die den Bildungsgang der Schüler/Schülerinnen mit ihrer geistigen Entwicklung in Übereinstimmung halten und eine den Unterrichtszielen der Schule entsprechende Leistungsfähigkeit in der nächsthöheren Klassenstufe sichern sollen. Nach Maßgabe der §§ 10 und 11 sind Schüler/Schülerinnen zu versetzen, die aufgrund ihrer Leistungen den Anforderungen im laufenden Schuljahr im Ganzen entsprochen haben und deshalb erwarten lassen, dass sie den Anforderungen der nächsthöheren Klassenstufe gewachsen sind; eine gemäß § 8 Abs. 3 Satz 1 Halbsatz 2 ausgewiesene Note ist bei der Entscheidung über die Versetzung nicht zu Grunde zu legen. Eine gemäß § 8 Abs. 3 Satz 2 ausgewiesene Note ist bei der Entscheidung über die Versetzung zu Grunde zu legen.

(2) Der Entscheidung über die Versetzung oder Nichtversetzung in den Klassenstufen 5 bis 9 werden die Zeugnisnoten in den in der Anlage 10 genannten Unterrichtsfächern zu Grunde gelegt.

(3) Die Versetzung darf nicht von der Ergebnissen besonderer Prüfungsleistungen abhängig gemacht werden.

(4) Eine Versetzung auf Probe ist unzulässig.

(5) Versetzungsentscheidungen trifft die Klassenkonferenz unter Vorsitz des Schulleiters/der Schulleiterin oder des Stellvertreters/der Stellvertreterin. Hierbei treffen die einzelnen Lehrkräfte ihre Entscheidung nicht nur aufgrund der Leistungen in ihren Fächern, sondern im Hinblick auf die Gesamtheit der Leistungen.

§ 10

Besondere Grundsätze zur Versetzung in den Klassenstufen 5 bis 9

(1) Ein Schüler/Eine Schülerin ist zu versetzen, wenn er/sie in keinem Fach eine Note unter „ausreichend“ (04 Punkte) hat.

(2) Ein Schüler/Eine Schülerin ist zu versetzen, wenn er/sie

1. die Note „mangelhaft“ in einem schriftlichen und einem nichtschriftlichen Fach mit der Note „befriedigend“ in drei Fächern, von denen eines ein schriftliches Fach sein muss, ausgleichen kann, oder
2. die Note „ungenügend“ in höchstens einem wissenschaftlichen Fach mit der Note „gut“ in einem schriftlichen und einem nichtschriftlichen Fach ausgleichen kann.

Liegt ein Ausgleich gemäß Satz 1 Nr. 1 oder 2 nicht vor, ist der Schüler/die Schülerin nicht zu versetzen.

(3) Die Versetzung kann versagt werden, wenn der Schüler/die Schülerin in einem schriftlichen Fach die Note „mangelhaft“ hat und in der Mehrzahl der übrigen Fächer die Leistungen jeweils schwach ausreichend sind, so dass eine erfolgreiche Mitarbeit in der nächsthöheren Klassenstufe nicht zu erwarten ist, oder wenn der Schüler/die Schülerin in zwei nichtschriftlichen wissenschaftlichen Fächern die Note „mangelhaft“ hat und in der Mehrzahl der übrigen Fächer die Leistungen jeweils schwach ausreichend sind, sodass eine erfolgreiche Mitarbeit in der nächsthöheren Klassenstufe nicht zu erwarten ist.

(4) Ein Schüler/Eine Schülerin ist nicht zu versetzen, wenn

1. in zwei oder mehr schriftlichen Fächern die Note unter „ausreichend“ (04 Punkte) lautet oder
2. in drei oder mehr Fächern die Note unter „ausreichend“ (04 Punkte) lautet oder
3. in zwei wissenschaftlichen Fächern die Note unter „ausreichend“ (04 Punkte) und mindestens eine dieser Noten „ungenügend“ lautet.

§ 11

Besondere Grundsätze zur Versetzung in der Klassenstufe 10

(1) Der Entscheidung über die Versetzung werden die Zeugnisnoten aller Pflichtfächer des Jahreszeugnisses zugrunde gelegt, ausgenommen die Noten von Wahlpflichtfächern und die Note des Faches Sport, die jedoch zum Erreichen eines Ausgleichs gemäß Absatz 5 Satz 1 Nr. 1 oder 2 beitragen können.

Die Zeugnisnoten in Zusatzfächern werden berücksichtigt, wenn sie zum Erreichen eines Ausgleichs gemäß Absatz 5 Satz 1 Nr. 1 oder 2 beitragen können.

Die Note im Fach Sporttheorie wird in der Weise berücksichtigt, dass die in diesem Fach erreichte Note im Verhältnis 1 : 2 zu der im Pflichtfach Sport erreichten Note in die Endnote im Fach Sport eingeht.

Für Gymnasien mit abweichender Stundentafel gelten eigene Regelungen.

(2) (aufgehoben)

(3) Wurden in der Klassenstufe 10 durchgehend drei aus den Klassenstufen 5 bis 9 weitergeführte Fremdsprachen und/oder die beiden Fächer Bildende Kunst und Musik belegt, so werden der Versetzungsentscheidung die Zeugnisnote in der 3. und die Zeugnisnote in der 1. oder 2. Fremdsprache sowie die Zeugnisnote in einem der Fächer Bildende Kunst oder Musik zugrunde gelegt, unabhängig davon, ob sie als Pflicht-, Wahlpflicht- oder Zusatzfächer belegt waren.

(4) Ein Schüler/Eine Schülerin ist zu versetzen, wenn in allen Pflichtfächern die Note mindestens „ausreichend“ (04 Punkte) oder in höchstens einem nichtschriftlichen Pflichtfach „mangelhaft“ lautet.

(5) Ein Schüler/Eine Schülerin ist zu versetzen, wenn er/sie

1. die Note „mangelhaft“ in einem schriftlichen Pflichtfach oder in zwei nichtschriftlichen Pflichtfächern mit einem Notendurchschnitt von mindestens „ausreichend“ (05 Punkte) in allen bei der Versetzung zu berücksichtigenden Fächern ausgleichen kann, oder
2. die Note „mangelhaft“ in einem schriftlichen und einem nichtschriftlichen Fach mit einem Notendurchschnitt von mindestens „ausreichend“ (05 Punkte) in allen bei der Versetzung zu berücksichtigenden Fächern ausgleichen kann und zusätzlich die Note in mindestens einem schriftlichen Pflichtfach „befriedigend“ lautet.

Bei der Errechnung des Notendurchschnitts nach Satz 1 Nrn. 1 und 2 wird nicht aufgerundet.

Liegt ein Ausgleich gemäß Satz 1 Nr. 1 oder 2 nicht vor, ist der Schüler/die Schülerin nicht zu versetzen.

(6) Ein Schüler/Eine Schülerin ist nicht zu versetzen, wenn

1. in zwei oder mehr schriftlichen Pflichtfächern die Note unter „ausreichend“ lautet oder
2. in drei oder mehr Pflichtfächern die Note unter „ausreichend“ lautet.

(7) Die Note „ungenügend“ wird gewertet wie die Note „mangelhaft“ in zwei Fächern.

(8) Mit der Versetzung wird der Schüler/die Schülerin zur Hauptphase der gymnasialen Oberstufe zugelassen.

§ 12

Berücksichtigung besonderer Umstände

(1) Ein Schüler/Eine Schülerin der Klassenstufen 5 bis 9 kann abweichend von den Bestimmungen des § 10 in besonderen Fällen, wie längerer Krankheit, besonders ungünstigen häuslichen Verhältnissen, unverschuldetem Schulwechsel oder bei erwiesener einseitiger Begabung versetzt werden, wenn dies bei Würdigung seiner/ihrer besonderen Lage, seines/ihrer Leistungsstandes und Arbeitswillens gerechtfertigt und eine erfolgreiche Mitarbeit in der nächst höheren Klassenstufe zu erwarten ist.

(2) Bei längerer Krankheit, besonders ungünstigen häuslichen Verhältnissen sowie unverschuldetem Schulwechsel kann in den Klassenstufen 5 bis 9 der Beschluss über die Versetzung hinausgeschoben und dem Schüler/der Schülerin die Teilnahme am Unterricht der nächst höheren Klassenstufe längstens bis zum Ablauf des ersten Schulhalbjahres gestattet werden. Ein entsprechender Beschluss wird im Jahreszeugnis wie folgt vermerkt: „Auf Beschluss der Klassenkonferenz ist die Versetzungsentscheidung ausgesetzt“; die von dem Schüler/der Schülerin erreichten Noten werden in die Notenzeilen eingetragen. Der Beschluss über die endgültige Versetzung oder Nichtversetzung wird in dem am Ende des ersten Schulhalbjahres auszustellenden Halbjahreszeugnisses vermerkt.

§ 13

Nichtversetzung

(1) Nicht versetzte Schüler/Schülerinnen wiederholen die zuletzt besuchte Klassenstufe.

(2) Schüler/Schülerinnen, die zweimal in derselben Klassenstufe oder in zwei aufeinander folgenden Klassenstufen nicht versetzt wurden, müssen im Regelfall die Schule verlassen. Hiervon abweichend kann die Klassenkonferenz ausnahmsweise eine nochmalige Wiederholung gestatten, wenn der Schüler/die Schülerin die Gründe für die Minderleistung nicht zu vertreten hat; die Entscheidung ist in der Niederschrift zu begründen.

§ 14

Benachrichtigung der Erziehungsberechtigten bei gefährdeter Versetzung

(1) Ist die Versetzung eines Schülers/einer Schülerin nach den Leistungen im ersten Schulhalbjahr gefährdet, werden die Erziehungsberechtigten durch einen Vermerk im Halbjahreszeugnis „Versetzung gefährdet“ oder „Versetzung sehr gefährdet“ verständigt.

(2) Wird eine Gefährdung der Versetzung erst während des zweiten Schulhalbjahres festgestellt, erhalten die Erziehungsberechtigten spätestens zwei Monate vor dem letzten Unterrichtstag des Schuljahres eine schriftliche Mitteilung nach dem Muster der Anlage 11.

(3) Im Falle des § 13 Abs. 2 erhält die Bemerkung über die Gefährdung der Versetzung den Zusatz: „Der Schüler/Die Schülerin muss bei Nichtversetzung im Regelfalle die Schule verlassen.“

(4) Sind nach den Absätzen 1, 2 und 3 erforderliche Vermerke oder Mitteilungen unterlassen worden, kann hieraus ein Recht auf Versetzung bzw. auf nochmaliges Wiederholen der Klassenstufe nicht hergeleitet werden.

§ 15

Verfahren in der Orientierungsphase

(1) Schüler/Schülerinnen, die nicht in die Klassenstufe 6 versetzt sind, können die Klassenstufe 5 am Gymnasium wiederholen; wiederholen sie die Klassenstufe 5 nicht am Gymnasium, gehen sie in eine Gemeinschaftsschule über. § 15 der Gemeinschaftsschulverordnung vom 1. August 2012 (Amtsbl. I S. 268), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 27. Juni 2017 (Amtsbl. I S. 624), in der jeweils geltenden Fassung bleibt unberührt.

Nicht in die Klassenstufe 6 des Gymnasiums versetzte Schüler/Schülerinnen können in die Klassenstufe 6 einer Gemeinschaftsschule überwiesen werden, wenn die Klassenkonferenz mit Zweidrittelmehrheit der Ansicht ist, sie seien am Gymnasium ständig überfordert. Vor der Entscheidung sind die Erziehungsberechtigten schriftlich oder mittels digitalem Dokument in einer von der Schulaufsichtsbehörde bereitgestellten oder zugelassenen geschützten elektronischen Umgebung zu einer Aussprache mit dem Klassenleiter/der Klassenleiterin einzuladen; über das Ergebnis der Aussprache berichtet der Klassenleiter/die Klassenleiterin bei der Beratung der Klassenkonferenz.

Im Fall des Übergangs oder der Überweisung bleibt das abgebende Gymnasium für den Schüler/die Schülerin und die Überwachung der Schulpflichterfüllung zuständig, bis eine Gemeinschaftsschule unter Anforderung der benötigten Schülerdaten die Aufnahme des Schülers/der Schülerin bestätigt hat. Liegt dem abgebenden Gymnasium innerhalb von zwei Wochen nach der schriftlichen Bekanntgabe der Entscheidung an die Erziehungsberechtigten keine Aufnahmebestätigung einer Gemeinschaftsschule vor, so unterrichtet die Leitung des Gymnasiums die Schulaufsichtsbehörde; diese kann den Schüler/die Schülerin erforderlichenfalls einer Gemeinschaftsschule zuweisen.

(2) Im Fall des Wechsels an eine Gemeinschaftsschule haben die Erziehungsberechtigten an der aufnehmenden Schule das Abgangszeugnis vorzulegen. Diese unterrichtet ihrerseits die Schulaufsichtsbehörde über die Aufnahme des Schülers/der Schülerin.

(3) Schüler/Schülerinnen, die nicht in die Klassenstufe 7 versetzt sind, können die Klassenstufe 6 am Gymnasium wiederholen, wenn sie nicht bereits die Klassenstufe 5 wiederholt haben; wiederholen sie die Klassenstufe 6 nicht am Gymnasium, so gehen sie an eine Gemeinschaftsschule über.

Die Klassenkonferenz kann einen nicht in die Klassenstufe 7 versetzten Schüler/eine nicht in die Klassenstufe 7 versetzte Schülerin, der/die die Klassenstufe 5 nicht wiederholt hat, in die Klassenstufe 7 einer Gemeinschaftsschule überweisen, wenn sie mit Zweidrittelmehrheit der Ansicht ist, der Schüler/die Schülerin sei am Gymnasium ständig überfordert; Satz 2 gilt entsprechend.

Hält die Klassenkonferenz einen in die Klassenstufe 7 versetzten Schüler/eine in die Klassenstufe 7 versetzte Schülerin trotz Versetzung eher geeignet für den Besuch einer Gemeinschaftsschule, so beschließt sie die auf dem Zeugnis unter „Bemerkungen“ einzutragende Empfehlung: „Im Interesse des Schülers/der Schülerin wird der Übergang an eine Gemeinschaftsschule empfohlen.“

Im Fall des Übergangs oder der Überweisung an eine Gemeinschaftsschule gelten Absatz 1 Sätze 4 bis 6 und Absatz 2 entsprechend.

(4) Die nach den Absätzen 1 und 3 von der Klassenkonferenz zu fassenden Beschlüsse ergehen unter Vorsitz des Schulleiters/der Schulleiterin oder des Stellvertreters/der Stellvertreterin.

§ 16

Abgangszeugnisse nach dem Besuch der Klassenstufe 10; Nachweis des mittleren Bildungsabschlusses

(1) Schüler/Schülerinnen, die das Gymnasium nach dem Besuch der Klassenstufe 10 spätestens in der sechsten Unterrichtswoche des neuen Schuljahres verlassen, erhalten ein auf die am Gymnasium erzielten Leistungen bezogenes Abgangszeugnis gemäß Anlage 8. Auf Antrag erhalten sie stattdessen ein Abgangszeugnis gemäß Anlage 9, in dem die Noten des Abgangszeugnisses gemäß Anlage 8 in allen Fächern außer dem Fach Sport nach folgendem Schlüssel geändert werden: Aus der Note „ungenügend“ wird die Note „mangelhaft“, aus der Note „mangelhaft“ wird die Note „ausreichend“, aus der Note „ausreichend“ wird die Note „befriedigend“, aus der Note „befriedigend“ wird die Note „gut“ und aus der Note „gut“ wird die Note „sehr gut“. Auf dem Abgangszeugnis gemäß Anlage 9 werden nur Noten, keine Punkte ausgewiesen.

(2) In das nach Absatz 1 erstellte Abgangszeugnis ist bei einem Schüler/einer Schülerin, der/die in die Jahrgangsstufe 11 versetzt wurde, durch die Schule neben dem Versetzungsvermerk unter Bemerkungen folgender Vermerk aufzunehmen: „Das Zeugnis schließt den mittleren Bildungsabschluss ein“.

(3) In das nach Absatz 1 erstellte Abgangszeugnis gemäß Anlage 9 eines Schülers/einer Schülerin, der/die nicht in die Jahrgangsstufe 11 versetzt wurde, wird unter Bemerkungen der Vermerk „Dieses Zeugnis ist dem mittleren Bildungsabschluss gleichgestellt.“ aufgenommen, wenn auf der Grundlage der geänderten Noten

1. in keinem der Fächer die Note „mangelhaft“ und in mindestens zwei Fächern die Note mindestens „befriedigend“ lautet,
2. in höchstens einem nichtschriftlichen Fach die Note „mangelhaft“ und in mindestens drei Fächern die Note mindestens „befriedigend“ lautet,
3. in höchstens einem schriftlichen Fach die Note „mangelhaft“ lautet und in mindestens drei Fächern, von denen mindestens eines ein schriftliches Fach sein muss, die Note mindestens „befriedigend“ lautet,
4. in höchstens zwei nichtschriftlichen Fächern die Note „mangelhaft“ und in mindestens vier Fächern die Note „befriedigend“ lautet oder
5. in höchstens einem schriftlichen und höchstens einem weiteren Fach die Note „mangelhaft“ lautet und in mindestens vier Fächern, von denen mindestens eines ein schriftliches Fach sein muss, die Note mindestens „befriedigend“ lautet.

In allen anderen Fällen ist eine Gleichstellung mit dem mittleren Bildungsabschluss nicht möglich.

§ 17

Abgangszeugnisse nach dem Besuch der Klassenstufe 9; Nachweis des Hauptschulabschlusses

(1) Schüler/Schülerinnen, die das Gymnasium nach dem Besuch der Klassenstufe 9 spätestens in der sechsten Unterrichtswoche des neuen Schuljahres verlassen, erhalten ein auf die am Gymnasium erzielten Leistungen bezogenes Abgangszeugnis gemäß Anlage 6. Auf Antrag erhalten sie stattdessen ein Abgangszeugnis gemäß Anlage 7, in dem die Noten des Abgangszeugnisses gemäß Anlage 6 in allen Fächern außer dem Fach Sport nach folgendem Schlüssel geändert werden: Aus der Note „ungenügend“ wird die Note „mangelhaft“, aus der Note „mangelhaft“ wird die Note „befriedigend“, aus der Note „ausreichend“ wird die Note „gut“ und aus den Noten „befriedigend“ und „gut“ wird die Note „sehr gut“. Auf dem Abgangszeugnis nach Anlage 7 werden neben den Noten in Wortbezeichnung Punktzahlen ausgewiesen, die nach dem folgenden Schlüssel geändert werden:

Erreichte Punktzahl:	Abgeänderte Punktzahl:
15 Punkte (sehr gut)	15 Punkte (sehr gut)
14 Punkte (sehr gut)	15 Punkte (sehr gut)
13 Punkte (sehr gut)	15 Punkte (sehr gut)
12 Punkte (gut)	15 Punkte (sehr gut)
11 Punkte (gut)	15 Punkte (sehr gut)
10 Punkte (gut)	15 Punkte (sehr gut)
09 Punkte (befriedigend)	15 Punkte (sehr gut)
08 Punkte (befriedigend)	14 Punkte (sehr gut)
07 Punkte (befriedigend)	13 Punkte (sehr gut)
06 Punkte (ausreichend)	12 Punkte (gut)
05 Punkte (ausreichend)	11 Punkte (gut)
04 Punkte (ausreichend)	10 Punkte (gut)
03 Punkte (mangelhaft)	09 Punkte (befriedigend)
02 Punkte (mangelhaft)	08 Punkte (befriedigend)
01 Punkte (mangelhaft)	07 Punkte (befriedigend)
00 Punkte (ungenügend)	03 Punkte (mangelhaft)

(2) In das nach Absatz 1 erstellte Abgangszeugnis ist bei einem Schüler/einer Schülerin, der/die in die Klassenstufe 10 versetzt wurde, durch die Schule neben dem Versetzungsvermerk unter Bemerkungen folgender Vermerk aufzunehmen: „Das Zeugnis schließt den Hauptschulabschluss ein“.

(3) In das nach Absatz 1 erstellte Abgangszeugnis gemäß Anlage 7 eines Schülers/einer Schülerin, der/die nicht in die Jahrgangsstufe 10 versetzt wurde, wird unter Bemerkungen der Vermerk „Dieses Zeugnis ist dem Zeugnis über den Haupt-

schulabschluss gleichgestellt.“ aufgenommen, wenn der Schüler/die Schülerin auf der Grundlage der geänderten Punktzahlen und Noten an der Gemeinschaftsschule in entsprechender Anwendung der Kriterien des § 20 der Gemeinschaftsschulverordnung versetzt worden wäre. Dabei sind Fächer, die in dem zum Hauptschulabschluss führenden Bildungsgang nicht als Pflichtfächer erteilt werden, sowie Fächer, die beim Besuch dieses Bildungsgangs die Erteilung des Abschlusszeugnisses nicht ausschließen, nicht zu berücksichtigen.

In allen anderen Fällen ist eine Gleichstellung mit dem Hauptschulabschluss nicht möglich.

(4) In den Zeugnissen nach Absatz 2 und 3 ist jeweils eine Durchschnittsnote über die Fächer auszuweisen, die in dem zum Hauptschulabschluss führenden Bildungsgang der Gemeinschaftsschule als Pflichtfächer erteilt werden. Fächer, die beim Besuch dieses Bildungsgangs die Erteilung des Abschlusszeugnisses nicht ausschließen, sind nicht zu berücksichtigen. Die Durchschnittsnote ergibt sich aus der Durchschnittspunktzahl. Die Durchschnittspunktzahl ist das arithmetische Mittel aller Punktzahlen der nach Satz 1 zu berücksichtigenden Fächer. Für die Ermittlung der Durchschnittspunktzahl sind die nach Absatz 1 Satz 3 geänderten Punktzahlen sowohl für das Zeugnis nach Anlage 6 als auch das Zeugnis nach Anlage 7 zugrunde zu legen. Für die Ermittlung der Durchschnittspunktzahl wird bis zur ersten Nachkommastelle 4 auf die nächste volle Punktzahl abgerundet und ab der ersten Nachkommastelle 5 auf die nächste volle Punktzahl aufgerundet. Auf dem Zeugnis nach Anlage 6 ist zu vermerken, dass die Durchschnittspunktzahl und die sich daraus ergebende Durchschnittsnote nicht auf der Grundlage der auf dem Zeugnis ausgewiesenen Punktzahlen, sondern aufgrund der nach dem Schlüssel nach Absatz 1 Satz 2 und 3 geänderten Punktzahlen errechnet wurde. Die Durchschnittspunktzahl ist auf den Zeugnissen nach den Anlagen 6 und 7 mit auszuweisen.

§ 18

Gleichstellung früherer Jahreszeugnisse

Waren die Voraussetzungen einer Gleichstellung nach den §§ 16 oder 17, die im Abgangszeugnis nicht erfüllt sind, in einem früheren Jahreszeugnis erfüllt, sind der Gleichstellungsvermerk und im Fall des § 17 die Durchschnittsnote in das Jahreszeugnis aufzunehmen. § 17 Absatz 1 Satz 3 und Absatz 4 gilt entsprechend.

§ 18a

(aufgehoben)

Vierter Abschnitt

Überspringen, Zurücktreten

§ 19

Überspringen einer Klassenstufe

(1) Besonders begabten und leistungswilligen Schülern/Schülerinnen kann der Schulleiter/die Schulleiterin im Verlauf der Klassenstufen 5 bis 9 einmal das Überspringen einer Klassenstufe gestatten, wenn die Klassenkonferenz auf Antrag der oder im Einvernehmen mit den Erziehungsberechtigten einen entsprechenden Antrag an den Schulleiter/die Schulleiterin gestellt hat. Voraussetzung ist, dass die Leistungen des Schülers/der Schülerin über die Leistungen der Spitzengruppe der betreffenden Klassenstufe hinausragen und Begabung sowie Leistungswille eine erfolgreiche Mitarbeit in der neuen Klassenstufe erwarten lassen. Die Entscheidung darf nicht von einer Prüfung abhängig gemacht werden.

(2) Ein Überspringen kann zum Ende des Schulhalbjahres oder Schuljahres erfolgen; in der Klassenstufe 9 ist ein Überspringen nur nach dem Schulhalbjahr möglich. Das Überspringen wird im Zeugnis vermerkt.

(3) Nach der Einweisung in eine neue Klasse ist wegen der Umstellung auf die neuen Lerninhalte für den Schüler/die Schülerin eine angemessene Zeit zur Eingewöhnung vorzusehen.

§ 20

Freiwilliges Zurücktreten

(1) Schüler/Schülerinnen der Klassenstufen 5 bis 10 des Gymnasiums können einmal in die nächst niedrigere Klassenstufe freiwillig zurücktreten, falls sie in ihrer Schulzeit nicht schon von dieser Möglichkeit des freiwilligen Rücktritts Gebrauch gemacht haben. Ein Zurücktreten aus einer Klassenstufe, die wiederholt wird oder in eine Klassenstufe, die wiederholt wurde, ist nicht zulässig.

(2) Das Zurücktreten ist von den Erziehungsberechtigten spätestens zwei Wochen nach Ausgabe der Halbjahreszeugnisse zu beantragen. Über den Antrag entscheidet der Schulleiter/die Schulleiterin unverzüglich; wird dem Antrag stattgegeben, hat der Schüler/die Schülerin sofort den Unterricht in der nächstniedrigeren Klassenstufe zu besuchen.

(3) Eine freiwillige Wiederholung der Klassenstufe 10 ist nur bei Vorliegen besonderer, von dem Schüler/der Schülerin nicht zu vertretender Gründe möglich und bedarf der Genehmigung durch die Klassenkonferenz; sie schließt ein späteres freiwilliges Zurücktreten während der Kursphase aus.

(4) Für den späteren Übergang in die Klassenstufe, in die der Schüler/die Schülerin bereits versetzt war, bedarf es keiner erneuten Versetzungsentscheidung. Das Jahreszeugnis erhält in diesem Falle den Vermerk: „Der Schüler/Die Schülerin wurde bereits durch Beschluss der Klassenkonferenz vom ... in die Klassenstufe ... versetzt. Er/Sie besuchte freiwillig noch einmal die Klassenstufe ...“.

Fünfter Abschnitt

Abstimmungsverfahren der Klassenkonferenz

§ 21

Bei Abstimmungen der Klassenkonferenz im Rahmen dieser Zeugnis- und Versetzungsordnung fällt auf jedes Fach, in dem der betreffende Schüler/die betreffende Schülerin unterrichtet wurde, eine Stimme; der/die Vorsitzende hat Stimmrecht, auch wenn er/sie nicht in der Klasse unterrichtet; bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des/der Vorsitzenden den Ausschlag. Stimmenthaltung ist nicht zulässig.

Sechster Abschnitt

Schlussvorschriften

§ 21a

Notwendige Regelungen bei schwerwiegenden Gefahren für Leben und Gesundheit

Können einzelne Vorschriften dieser Verordnung angesichts eines Gesetzes, aufgrund eines Gesetzes oder durch gerichtliche oder behördliche Anordnung zur Verhütung schwerwiegender Gefahren für Leben und Gesundheit keine Anwendung finden, trifft die Schulaufsichtsbehörde zur Sicherung von Schul- und Bildungslaufbahnen sowie zur Herstellung der Bildungsgerechtigkeit die unmittelbar notwendigen, von dieser Verordnung abweichenden Regelungen durch Verwaltungsvorschrift.

§ 21b

Regelung bei Nichtversetzung oder freiwilligem Zurücktreten

(1) Für Schülerinnen und Schüler der Klassenstufe 8 des achtjährigen Bildungsgangs im Schuljahr 2023/2024 und der Klassenstufe 9 des achtjährigen Bildungsgangs im Schuljahr 2024/2025, die aufgrund der §§ 9 und 10 nicht versetzt wurden, bestehen folgende Möglichkeiten:

1. Wiederholung der Klassenstufe mit Wechsel in den neunjährigen Bildungsgang am Gymnasium oder
2. Wechsel an eine Gemeinschaftsschule oder an eine berufliche Schule.

Sofern unter Würdigung der Leistungsentwicklung einer Schülerin oder eines Schülers insbesondere im zweiten Schulhalbjahr sowie ihres oder seines Arbeitswillens und bei geeigneter intensiver Förderung eine erfolgreiche Mitarbeit in der nächst höheren Klassenstufe zu erwarten ist, kann die Klassenkonferenz über die Voraussetzungen des § 12 hinaus beschließen, die Versetzung der Schülerin oder des Schülers dennoch zu vollziehen.

(2) Hinsichtlich des freiwilligen Zurücktretens von Schülerinnen und Schülern der Klassenstufe 8 des achtjährigen Bildungsgangs im Schuljahr 2023/2024 und der Klassenstufe 9 des achtjährigen Bildungsgangs im Schuljahr 2024/2025 gilt Absatz 1 Satz 1 entsprechend.

(3) Für Schülerinnen und Schüler der Klassenstufe 10 (Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe) des achtjährigen Bildungsgangs im Schuljahr 2025/2026, die nicht versetzt werden, bestehen folgende Möglichkeiten:

1. Wiederholung der Einführungsphase an einem geeigneten Standort mit gymnasialer Oberstufe oder
2. Wechsel in einen beruflichen Bildungsgang.

(4) Zur Sicherung des Abschlusses nach Klassenstufe 10 (Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe) des achtjährigen Bildungsgangs im Schuljahr 2025/2026 soll abweichend von § 20 ein freiwilliges Zurücktreten zum Schulhalbjahr nur im Einzelfall und mit Zustimmung der Schulaufsichtsbehörde erfolgen; dabei wird von der Schulaufsichtsbehörde auch über die Anerkennung auf die Verweildauer in der gymnasialen Oberstufe entschieden. Für das freiwillige Zurücktreten zum Ende der Klassenstufe 10 gelten die Vorschriften der Verordnung-Schul- und Prüfungsordnung - über die gymnasiale Oberstufe und die Abiturprüfung im Saarland in Verbindung mit Absatz 3.

§ 22

Diese Zeugnis- und Versetzungsordnung tritt am 1. August 2002 in Kraft.

**Verordnung – Schulordnung –
über die Stundentafel des auslaufenden achtjährigen Gymnasiums**
vom 26. März 2010 –
zuletzt geändert durch Verordnung vom 27. Juni 2023 (Amtsbl. I S. 468)

§ 1

(1) Für den Unterricht in den Klassenstufen 5 bis 10 des allgemeinbildenden Gymnasiums - ausgenommen das Deutsch-Französische Gymnasium, das Abendgymnasium und das Saarland-Kolleg - gilt die Stundentafel gemäß Anlage 1 beziehungsweise Anlage 2. Im Übrigen gilt hinsichtlich des Anwendungsbereichs § 9 Absatz 1 der Verordnung - Schul- und Prüfungsordnung - über die gymnasiale Oberstufe und die Abiturprüfung im Saarland (GOS-VO) vom 2. Juli 2007 (Amtsbl. S. 1315), zuletzt geändert durch Verordnung vom 26. März 2010 (Amtsbl. I S. 47), in der jeweils geltenden Fassung.

(2) Der Fächerkanon und die Anteile der Fächer an der Gesamtwochenstundenzahl in den einzelnen Klassenstufen des gymnasialen Bildungsgangs der Sekundarstufen I und II haben das Ziel, die Schülerinnen und Schüler zu einer vertieften Allgemeinbildung, einer wissenschaftspropädeutischen Bildung und einer allgemeinen Studierfähigkeit zu führen. Diesem Ziel dient bereits in der Sekundarstufe I eine Stundenverteilung, bei der dem Erwerb vertiefter Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten in den Fächern Deutsch, Mathematik und Fremdsprache eine hohe Bedeutung zukommt. Zum Fächerkanon gehören für alle Schülerinnen und Schüler zudem die gesellschaftswissenschaftlichen, die naturwissenschaftlich-technischen und die künstlerischen Fächer sowie die Fächer Religionslehre/Allgemeine Ethik und Sport. Durch die Einrichtung der Sprachenfolgen, durch eine fachspezifische Schwerpunktsetzung ab der Klassenstufe 5, durch die Ausgestaltung des Profilbereichs ab der Klassenstufe 8 sowie durch das Fächerangebot im Wahlpflichtbereich in der Klassenstufe 10 haben die Schulen Möglichkeiten zur Ausprägung eines schulspezifischen Profils.

(3) Beträgt in den Klassenstufen 5 bis 8 in einer Klassenstufe einer öffentlichen Schule die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die am Religionsunterricht nicht teilnehmen, mindestens 5, beschließt die Schulkonferenz auf Vorschlag der Gesamtkonferenz, ob im Rahmen des Stundenbudgets der Schule gemäß § 15 Absatz 1 Satz 2 und 3 des Schulordnungsgesetzes für diese Schülerinnen und Schüler Unterricht in allgemeiner Ethik erteilt wird. Beträgt ab Klassenstufe 9 in einer Klassenstufe einer öffentlichen Schule die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die am Religionsunterricht nicht teilnehmen, mindestens 5, so soll gemäß § 15 Absatz 1 Satz 2 und 3 des Schulordnungsgesetzes für diese Schülerinnen und Schüler Unterricht in allgemeiner Ethik erteilt werden.

(4) Auf Vorschlag der Gesamtkonferenz entscheidet die Schulkonferenz, in welcher Weise die in der Stundentafel vorgesehenen Wochenstunden auf das Schuljahr zu verteilen sind. Der Stundenausgleich erfolgt spätestens bis zum Ende des Schuljahres. Die Schulkonferenz kann auf Vorschlag der Gesamtkonferenz im Rahmen der erweiterten Selbständigkeit der Schulen beschließen, den Unterricht im Rahmen des Gesamtzeitumfangs frei zu rhythmisieren.

Auf Vorschlag der Fachkonferenz können mit Zustimmung der Schulkonferenz Fachstunden und Lehrplaninhalte in benachbarte Klassenstufen verlagert werden. Die Anforderungen des Lehrplans bzw. der Bildungsstandards müssen am Ende eines Zwei-Jahres-Zeitraums erreicht, der Stundenausgleich muss erfolgt sein. Die Anforderungen zentraler Leistungsüberprüfungen und Abschlussprüfungen sind zu berücksichtigen. Die Schulkonferenz kann auf Vorschlag der Gesamtkonferenz im Rahmen der Selbständigkeit der Schulen beschließen, dass aus pädagogischen Gründen vorübergehend die Stundenzahl einzelner Fächer erhöht werden kann, wobei die zusätzlichen Stunden durch vorübergehende Reduzierung in anderen Fächern gewonnen werden können; dabei darf maximal ein Viertel der Wochenstunden eines Faches pro Schuljahr als Kompensation für die Erhöhung des Stundenansatzes eines anderen Faches eingesetzt werden; Satz 6 gilt entsprechend; § 13 Absatz 2 des Schulordnungsgesetzes bleibt unberührt. Die grundlegenden Anforderungen des Bildungsganges einschließlich des Fächerkanons sind einzuhalten. In Bezug auf die Anerkennung der Abschlüsse ist zu gewährleisten, dass die von den Schülerinnen und Schülern erworbenen Abschlüsse aufgrund vergleichbarer Anforderungen wie an anderen Schulen erreicht werden.

Schulen, die von den in den vorstehenden Regelungen eröffneten Möglichkeiten Gebrauch machen, berichten hierüber der Schulaufsichtsbehörde.

§ 2

(1) Schulen führen Zweige nach ihrem schulspezifischen Profil; dies sind Zweige mit besonderem sprachlichem Profil (Sprachenzweig oder Latein-plus-Zweig), mit naturwissenschaftlichem Profil (Naturwissenschaftlicher Zweig oder Biowissenschaftlicher Zweig), mit informatischem Profil (Informatikzweig) oder mit musikalischem Profil (Musikzweig). Die Schulen können auf Antrag der Schulkonferenz mit Zustimmung der Schulaufsichtsbehörde das Zweigangebot einem veränderten Schulprofil anpassen. Dabei können im Rahmen der personellen und räumlichen Möglichkeiten der Schule auch unterschiedliche Zweige nebeneinander geführt werden. Mit dem Eintritt in den Zweig ist die Wahl für die Schülerinnen und

Schüler bis zum Auslaufen des Zweiges am Ende der Klassenstufe 10 verbindlich; Absatz 7 Nr. 4 Satz 2 bleibt unberührt. Ein Anspruch auf Aufnahme in einen bestimmten Zweig besteht nicht.

(2) Der Sprachenzweig (beziehungsweise das altsprachliche und das neusprachliche Gymnasium im Sinne der Anlage 2) eröffnet Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit, neben der ersten und der zweiten Fremdsprache nach dem Angebot der Schule im Profilbereich eine weitere Sprache zu erlernen. Beim Angebot einer modernen Fremdsprache als der dritten Fremdsprache steht das Ziel der Förderung der Mehrsprachigkeit im Vordergrund. Kulturgeschichtliche und analytische Sprachkompetenzen sollen besonders gefördert werden, wenn eine Sprache aus dem Bereich „Alte Sprachen“ - Latein oder Griechisch - angeboten wird. Für den Sprachenzweig gelten folgende Regelungen:

1. Im Sprachenzweig findet in den Klassenstufen 5 bis 10 Unterricht gemäß der Stundentafel (Anlage 1 beziehungsweise 2) statt. Schülerinnen und Schüler des Sprachenzweiges werden von Klassenstufe 8 bis 10 in einer dritten Fremdsprache nach dem Angebot der Schule unterrichtet. Die ersten beiden Fremdsprachen werden bis zum Ende der Klassenstufe 9 weitergeführt. In der Klassenstufe 10 kann eine der ersten beiden Fremdsprachen abgelegt werden. In den Klassenstufen 8 bis 10 ist die dritte Fremdsprache neben den ersten beiden Fremdsprachen schriftliches Fach.
2. Werden in der Klassenstufe 10 die drei Fremdsprachen weitergeführt, so werden der Versetzungsentscheidung am Ende der Klassenstufe 10 die Zeugnisnote in der 1. und der 3. Fremdsprache oder in der 2. und der 3. Fremdsprache zugrunde gelegt. Die Note in der hierbei nicht berücksichtigten Fremdsprache wird im Sinne eines schriftlichen Fachs bei der Versetzungsentscheidung herangezogen, wenn sie zum Erreichen des Ausgleichs nach den besonderen Grundsätzen zur Versetzung in der Klassenstufe 10 gemäß der Zeugnis- und Versetzungsordnung - Schulordnung - für die Klassenstufen 5 bis 10 des Gymnasiums (ZVO-Gym.) vom 15. Juli 2002 (Amtsbl. S. 1462), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 5. August 2008 (Amtsbl. S. 1318), in der jeweils geltenden Fassung beitragen kann; ansonsten wird das Fach als nichtschriftliches Fach gewertet.

(3) Im Latein-plus-Zweig werden sprachlich begabte und interessierte Schülerinnen und Schüler schon in Klassenstufe 5 in den beiden Fremdsprachen Latein und Englisch unterrichtet. Durch eine enge Abstimmung des Unterrichts in einer analytischen und einer stärker kommunikativ ausgerichteten Sprache soll das Erlernen beider Sprachen insbesondere in den Klassenstufen 5 bis 7 nachhaltig gefördert werden. Für den Latein-plus-Zweig gelten folgende Regelungen:

1. Im Latein-plus-Zweig findet in den Klassenstufen 5 bis 10 Unterricht gemäß der Stundentafel (Anlage 1 beziehungsweise 2) statt. Das Fach Latein ist 1. Fremdsprache. Das Fach Englisch ist 2. Fremdsprache und wird ab der Klassenstufe 5 durchgängig unterrichtet. Die Schülerinnen und Schüler des Latein-plus-Zweigs belegen von Klassenstufe 8 bis 10 das Fach Französisch verpflichtend als 3. Fremdsprache.
2. Das Fach Englisch hat in der Klassenstufe 5 den Charakter eines ergänzenden Angebotes: Es werden dort in diesem Fach pro Halbjahr zwei Klassenarbeiten geschrieben; die Note im Fach Englisch wird auf dem Halbjahres- und dem Jahreszeugnis ausgewiesen; bei der Versetzung am Ende der Klassenstufe 5 wird die Note im Fach Englisch im Sinne eines schriftlichen Fachs berücksichtigt, wenn sie zum Erreichen des Ausgleichs nach den besonderen Grundsätzen zur Versetzung in den Klassenstufen 5 bis 9 gemäß der ZVO-Gym. beitragen kann; ansonsten wird das Fach Englisch als nichtschriftliches Fach gewertet.
3. Mit Beginn der Klassenstufe 6 ist Englisch schriftliches Fach im Sinne der ZVO-Gym.
4. In der Klassenstufe 10 kann eine der ersten beiden Fremdsprachen abgelegt werden. Werden in der Klassenstufe 10 die drei Fremdsprachen weitergeführt, so werden der Versetzungsentscheidung am Ende der Klassenstufe 10 die Zeugnisnote in der 1. und der 3. Fremdsprache oder in der 2. und der 3. Fremdsprache zugrunde gelegt. Die Note in der hierbei nicht berücksichtigten Fremdsprache wird im Sinne eines schriftlichen Fachs bei der Versetzungsentscheidung herangezogen, wenn sie zum Erreichen des Ausgleichs nach den besonderen Grundsätzen zur Versetzung in der Klassenstufe 10 gemäß der ZVO-Gym beitragen kann; ansonsten wird das Fach als nichtschriftliches Fach gewertet.

(4) Durch die Erhöhung der Unterrichtsanteile der Fächer Physik, Chemie und Biologie im Naturwissenschaftlichen Zweig (beziehungsweise im mathematisch-naturwissenschaftlichen Gymnasium im Sinne der Anlage 2) können Schülerinnen und Schüler mit entsprechender Begabung und besonderem Interesse an naturwissenschaftlicher Bildung besonders gefördert werden. In der für den Profilbereich zur Verfügung stehenden Zeit soll neben einem vertieften Verständnis für naturwissenschaftliche Denkweisen vor allem das praktische Einüben der experimentellen Annäherung an naturwissenschaftliche Fragestellungen im Zentrum stehen. Für den Naturwissenschaftlichen Zweig gelten folgende Regelungen:

1. Im Naturwissenschaftlichen Zweig findet in den Klassenstufen 5 bis 10 Unterricht gemäß der Stundentafel (Anlage 1 beziehungsweise 2) statt. Die Fächer Physik, Chemie und Biologie werden in den Klassenstufen 8 bis 10 gemäß der Stundentafel (Anlage 1 beziehungsweise 2) mit erhöhten Stundenanteilen unterrichtet; in der Klassenstufe 10 werden die Fächer Physik und Chemie verpflichtend weitergeführt.
2. In den Klassenstufen 8 und 9 ist das Fach Physik schriftliches Fach; die Fächer Chemie und Biologie sind nichtschriftliche Fächer. In der Klassenstufe 10 sind die drei Naturwissenschaften nichtschriftliche Fächer.

3. Bei der Entscheidung über die Versetzung am Ende der Klassenstufe 10 wird die Zeugnisnote im Fach Chemie im Sinne eines schriftlichen Fachs berücksichtigt, wenn sie zum Erreichen des Ausgleichs nach den besonderen Grundsätzen zur Versetzung in der Klassenstufe 10 gemäß der ZVO-Gym. beitragen kann.

(5) Naturwissenschaftlich besonders begabte und interessierte Schülerinnen und Schüler sollen im Biowissenschaftlichen Zweig für eine intensivere Beschäftigung mit den Biowissenschaften und den biologischen Techniken motiviert und vertieft an diese Materie herangeführt werden. Die Verbindungen zwischen dem Leitfach Biologie und den verwandten Naturwissenschaften Chemie und Physik werden durch die Unterrichtsinhalte des Biowissenschaftlichen Zweiges widerspiegelt. Für den Biowissenschaftlichen Zweig gelten folgende Regelungen:

1. Im Biowissenschaftlichen Zweig findet in den Klassenstufen 5 bis 10 Unterricht gemäß der Stundentafel (Anlage 1 beziehungsweise 2) statt. Der Biowissenschaftliche Zweig beginnt in der Klassenstufe 8. Im Profilbereich wird das Fach Biologie in den Klassenstufen 8 und 9 als schriftliches Fach unterrichtet und in Klassenstufe 10 verpflichtend weitergeführt. Hinzu kommt in den Klassenstufen 9 und 10 das nichtschriftliche Fach „Biologische Techniken“. Es ist in Klassenstufe 9 verpflichtend zu belegen und wird in Klassenstufe 10 nach den Möglichkeiten der Schule als Wahlpflichtfach angeboten.
2. Bei der Entscheidung über die Versetzung am Ende der Klassenstufe 10 wird die Zeugnisnote im Fach Biologie im Sinne eines schriftlichen Fachs berücksichtigt, wenn sie zum Erreichen des Ausgleichs nach den besonderen Grundsätzen zur Versetzung in der Klassenstufe 10 gemäß der ZVO-Gym. beitragen kann; ansonsten wird das Fach als nichtschriftliches Fach gewertet.

(6) Im Informatikzweig wird Schülerinnen und Schülern mit entsprechender Begabung und mit Interesse an informatischen Inhalten die Vermittlung fundierter Kenntnisse sowohl in der Theorie als auch in der Praxis der Informatik geboten. Auf dem Grundlagenwissen über die Struktur und die Funktionsweise von Informatiksystemen sollen die Schülerinnen und Schüler Handlungs- und Beurteilungskompetenz erwerben. Für den Informatikzweig gelten folgende Regelungen:

1. Im Informatikzweig findet in den Klassenstufen 5 bis 10 Unterricht gemäß der Stundentafel (Anlage 1 beziehungsweise 2) statt. Das Fach Informatik setzt in der Klassenstufe 8 ein und ist in den Klassenstufen 8 und 9 schriftliches Fach; in der Klassenstufe 10 wird es verpflichtend weitergeführt.
2. Bei der Entscheidung über die Versetzung am Ende der Klassenstufe 10 wird die Zeugnisnote im Fach Informatik im Sinne eines schriftlichen Fachs berücksichtigt, wenn sie zum Erreichen des Ausgleichs nach den besonderen Grundsätzen zur Versetzung in der Klassenstufe 10 gemäß der ZVO-Gym. kann; ansonsten wird Informatik als nichtschriftliches Fach gewertet.
3. In Klassenstufe 10 entfällt die Verpflichtung, ein Wahlpflichtfach zu belegen.

(7) Unterrichtsziel des Musikzweigs ist eine erweiterte und vertiefte Bildung besonders begabter und interessierter Schülerinnen und Schüler im Fach Musik. Dazu gehört neben der Vermittlung qualifizierter musiktheoretischer Kenntnisse eine breite praktische Ausbildung im vokalen und instrumentalen Bereich. Auf diese Weise sollen musikalische Talente und Neigungen frühzeitig erkannt und intensiv gefördert werden. Für den Musikzweig gelten folgende Regelungen:

1. Im Musikzweig findet in den Klassenstufen 5 bis 10 Unterricht gemäß der Stundentafel (Anlage 1 beziehungsweise 2) statt. Das Fach Musik ist in den Klassenstufen 5 bis 7 ein nichtschriftliches, in den Klassenstufen 8 und 9 ein schriftliches Fach und ist in der Klassenstufe 10 verpflichtend weiterzuführen.
2. Bei der Entscheidung über die Versetzung am Ende der Klassenstufe 10 wird die Zeugnisnote im Fach Musik im Sinne eines schriftlichen Fachs berücksichtigt, wenn sie zum Erreichen des Ausgleichs nach den besonderen Grundsätzen zur Versetzung in der Klassenstufe 10 gemäß der ZVO-Gym. beitragen kann; ansonsten wird das Fach als nichtschriftliches Fach gewertet. § 11 Absatz 3 der genannten Verordnung findet keine Anwendung.
3. Beginnend mit der Klassenstufe 6 sind die Schülerinnen und Schüler des Musikzweigs, die noch kein akustisches Instrument beherrschen, verpflichtet, das Spielen mindestens eines akustischen Instrumentes außerhalb der Schule zu erlernen und in einem Schulensemble wie Chor oder Orchester mitzuwirken.
4. Über die Aufnahme in den Musikzweig entscheidet die Schule auf der Grundlage eines Beratungsgesprächs unter Beachtung der Regelungen über die Aufnahme in das Gymnasium. Ein Wechsel in den Musikzweig ist unter der Voraussetzung einer ausreichenden musikalischen Vorbildung bis zum Beginn der Klassenstufe 8 möglich.

§ 2a

Notwendige Regelungen bei schwerwiegenden Gefahren für Leben und Gesundheit

Können einzelne Vorschriften dieser Verordnung angesichts eines Gesetzes, aufgrund eines Gesetzes oder durch gerichtliche oder behördliche Anordnung zur Verhütung schwerwiegender Gefahren für Leben und Gesundheit keine Anwendung

finden, trifft die Schulaufsichtsbehörde zur Sicherung von Schul- und Bildungslaufbahnen sowie zur Herstellung der Bildungsgerechtigkeit die unmittelbar notwendigen, von dieser Verordnung abweichenden Regelungen durch Verwaltungsvorschrift.

§ 3

(1) Diese Verordnung tritt am 1. August 2010 in Kraft. Die Stundentafel nach Anlage 1 findet erstmals auf die Klassenstufen 5, 6, 7 und 8 des Schuljahres 2012/2013 und aufsteigend auf die nachfolgenden Klassenstufen Anwendung. Die Stundentafel nach Anlage 2 findet in den Schuljahren 2012/2013 und 2013/2014 Anwendung für die Schülerinnen und Schüler, die im Schuljahr 2012/2013 in die Klassenstufe 9 oder 10 eintreten.

(2) Gleichzeitig tritt die Verordnung - Schulordnung - über die Stundentafel des Gymnasiums (Klassenstufen 5 bis 10) vom 23. November 2000, zuletzt geändert durch Verordnung vom 28. Juli 2006 (Amtsbl. S. 1441), außer Kraft.

GEW

Verordnung - Schulordnung -
über das auslaufende achtjährige Gymnasium mit bilinguaalem Zug
vom 6. Juli 1999 –
zuletzt geändert durch Verordnung vom 27. Juni 2023 (Amtsbl. I S. 468)

§ 1**Zielsetzung**

Bilinguale Züge an Gymnasien haben das übergeordnete Ziel einer nachhaltigen Förderung der fremdsprachlichen, interkulturellen und kommunikativen Kompetenz der Schülerinnen und Schüler durch besondere Unterrichtsverfahren und geeignete schulorganisatorische Maßnahmen. Hierzu gehören

1. Unterricht in der Fremdsprache mit erhöhter Wochenstundenzahl nach Maßgabe der für Gymnasien mit bilinguaalem Zug geltenden Stundentafeln,
2. fremdsprachiger Unterricht vor allem in den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern Erdkunde, Geschichte, Sozialkunde,
3. Einbeziehung von begegnungspädagogischen Maßnahmen und Intensivlernphasen in den Lernprozess.

§ 2

Stundentafel für die Klassenstufen 8 bis 10 des auslaufenden achtjährigen Gymnasiums

(1) Für den Unterricht in den Klassenstufen 5 bis 10 des bilingualen Zuges gilt die Stundentafel gemäß Anlage 1.

(2) Neben dem fremdsprachigen Unterricht in den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern Erdkunde, Geschichte, Sozialkunde kann das bilinguale Angebot einer Schule durch zeitlich begrenzte Unterrichtseinheiten oder durchgängig durch fremdsprachigen Unterricht in weiteren Fächern, wie z.B. Physik, Biologie, Bildende Kunst, Musik oder Sport ergänzt werden. Der fremdsprachige Unterricht in einem der gesellschaftswissenschaftlichen Fächer kann nach Wahl der Schule im Rahmen der personellen Möglichkeiten ersetzt werden durch den fremdsprachigen Unterricht in einem naturwissenschaftlichen Fach; in diesem Fall wird der Unterricht in dem gesellschaftswissenschaftlichen Fach in deutscher Sprache erteilt.

(3) In der Klassenstufe 5 wird der Sprachunterricht in der ersten Fremdsprache durch einen einstündigen, in der Klassenstufe 6 durch einen zweistündigen Zusatzunterricht ergänzt. Er dient der sprachlichen Vorbereitung auf den in Klassenstufe 7 einsetzenden fremdsprachigen Sachfachunterricht. Der Zusatzunterricht in der Klassenstufe 5 kann um eine weitere Stunde erweitert werden.

§ 3**Lehrkräfte**

Die den fremdsprachigen Unterricht erteilenden Lehrkräfte müssen grundsätzlich die Lehrbefähigung für das Sachfach und entweder die Lehrbefähigung für die Fremdsprache besitzen oder diese als Muttersprache sprechen oder über eine Sprachkompetenz in dieser Sprache verfügen, die der einer ausgebildeten Fremdsprachenlehrkraft entspricht.

§ 4**Lehrpläne**

Der Unterricht in den bilingual unterrichteten Sachfächern wird nach den für den bilingualen Unterricht geltenden Lehrplänen erteilt. Der fremdsprachig erteilte Sachfachunterricht ist kein um Sachfachinhalte erweiterter Fremdsprachenunterricht, sondern er orientiert sich an den didaktischen und methodischen Prinzipien des jeweiligen Sachfaches.

§ 5**Beauftragter für den bilingualen Unterricht**

Die Schulleiterin oder der Schulleiter beauftragt eine im bilingualen Unterricht eingesetzte Lehrkraft mit der Organisation des bilingualen Zuges, wobei es sich möglichst um eine Lehrkraft handeln soll, die an der Schule bereits ein Funktionsamt ausübt. Diese Lehrkraft übernimmt Aufgaben der Koordinierung, Beratung und Unterrichtsorganisation sowie die Betreuung außerunterrichtlicher Angebote. Sie berät die Schulleitung in fachdidaktischen, fachmethodischen und den Unterrichtseinsatz der Lehrkräfte betreffenden Fragen und koordiniert die Arbeit der vom bilingualen Unterricht betroffenen Fachkonferenzen.

§ 6

Einrichtung bilingualer Züge, Zulassung, Klassenbildung

- (1) Die Einrichtung eines bilingualen Zuges bedarf der Genehmigung durch die Schulaufsichtsbehörde.
- (2) Fremdsprache des bilingualen Unterrichts kann nur eine in der Klassenstufe 5 des betreffenden Gymnasiums als erste Pflichtfremdsprache angebotene moderne Fremdsprache sein.
- (3) Aus der Teilnahme am Zusatzunterricht in den Klassenstufen 5 und 6 kann ein Anspruch, auch in den folgenden Klassenstufen am Unterricht des bilingualen Zuges teilzunehmen, nicht hergeleitet werden; die Eltern sind bei der Anmeldung ihres Kindes vor Aufnahme in die Schule entsprechend zu informieren und zu beraten. Am Ende der Klassenstufe 6 können die Schülerinnen und Schüler für den ab Klassenstufe 7 einsetzenden bilingualen Unterricht angemeldet werden; die Schülerinnen und Schüler sowie ihre Eltern sind vorher zu beraten. Über die Zulassung entscheidet die Schulleiterin oder der Schulleiter nach Anhörung der Klassenkonferenz und der mit der Organisation des bilingualen Zuges beauftragten Lehrkraft unter Berücksichtigung von Sprachbegabung, Leistungsvermögen, Leistungsbereitschaft und Lernverhalten. Dem Leistungsbild im Fremdsprachenunterricht einschließlich des Zusatzunterrichts sowie im Deutsch- und Erdkundeunterricht kommt dabei ein höherer Stellenwert zu als dem in anderen Fächern.
- (4) Auch für Gymnasien mit bilinguaalem Zug gilt die Verordnung über die Festlegung der Werte für die Klassen-, Gruppen- und Kursbildung und über Schüler-Lehrer-Relationen vom 19. Juli 1996 (Amtsbl. S. 723) in ihrer jeweils geltenden Fassung. Die sich danach ergebende Anzahl der Klassen, Gruppen und Kurse darf sich durch den bilingualen Zug nicht erhöhen.

§ 7

Teilnahme des Schülers

- (1) Eine Schülerin oder ein Schüler, die oder der zum bilingualen Zug ab Klassenstufe 7 zugelassen wurde, ist verpflichtet, an diesem Unterricht bis zum Ende der Klassenstufe 10 teilzunehmen.
- (2) Ausnahmsweise kann die Schülerin oder der Schüler am Ende eines Schuljahres auf Antrag aus dem bilingualen Zug ausscheiden, wenn besondere Gründe dies rechtfertigen. Die Entscheidung hierüber trifft die Schulleiterin oder der Schulleiter im Benehmen mit der Klassenkonferenz und der mit der Organisation des bilingualen Unterrichtes beauftragten Lehrkraft.
- (3) Unabhängig davon besteht für Schülerinnen und Schüler an Gymnasien mit bilinguaalem deutsch-französischem Zug, die zudem über das Angebot des gleichzeitigen Erwerbs der deutschen Allgemeinen Hochschulreife und des französischen Baccalauréats verfügen, die Möglichkeit des Ausstiegs nach der Klassenstufe 9.

§ 8

Intensivlernphase

Mindestens einmal im Schuljahr wird ab Klassenstufe 7 eine mehrtägige Intensivlernphase in der Fremdsprache durchgeführt, die nach Möglichkeit begegnungspädagogische Aspekte berücksichtigt. Es ist wünschenswert, dass die Schülerinnen und Schüler des bilingualen Zuges ein ein- oder mehrwöchiges Betriebspraktikum im Zielland absolvieren.

§ 9

Leistungsbewertung

Bei der Bewertung der Leistungen in den bilingual unterrichteten Sachfächern sind nur die fachlichen Leistungen zu beurteilen. Führt fehlerhafte oder fachsprachlich unangemessene Sprachproduktion zu eingeschränkten fachlichen Leistungen, so ist dies wie im deutschsprachig geführten Sachfachunterricht bei der Bewertung und Benotung zu berücksichtigen.

§ 10

Zeugnisse

- (1) Die Leistungen im Zusatzunterricht in den Klassenstufen 5 und 6 können in verbaler Form auf dem Zeugnis unter „Bemerkungen“ beurteilt werden.
- (2) Die Teilnahme am Unterricht des bilingualen Zuges ab Klassenstufe 7 wird auf dem Zeugnis unter „Bemerkungen“ vermerkt.
- (3) Zusätzlich zu den Jahreszeugnissen der Klassenstufen 9 und 10 erhalten die Schülerinnen und Schüler des bilingualen Zuges ein Zertifikat nach dem Muster der Anlage 2.1 oder 2.2. Sie erhalten außerdem eine Übersetzung dieses Zertifikats in der jeweiligen Fremdsprache, wobei das hierzu von der Schulaufsichtsbehörde vorgeschriebene Muster zu verwenden ist.

§ 11

Regelungen für die Sekundarstufe II

(1) Schülerinnen und Schüler des bilingualen Zuges belegen in den Jahrgangsstufen 11 und 12 die jeweilige Fremdsprache als L-Kurs und ein Sachfach als bilingual unterrichtetes Unterrichtsfach. Für die Kursbildung gelten die Vorschriften der Verordnung - Schul- und Prüfungsordnung - über die gymnasiale Oberstufe und die Abiturprüfung im Saarland (GOS-VO) vom 2. Juli 2007 (Amtsbl. S. 1315), zuletzt geändert durch Artikel 234 des Gesetzes vom 8. Dezember 2021 (Amtsbl. I S. 2629), in der jeweils geltenden Fassung.

(2) Für die Bewertung der Leistungen im fremdsprachig erteilten Unterricht gilt § 9.

(3) Auf den Zeugnissen ist zu vermerken, welche Fächer fremdsprachig unterrichtet wurden.

§ 12

Regelungen für das Abitur

(1) Ist Erdkunde, Geschichte oder Politik Abiturprüfungsfach, so wird die Prüfung grundsätzlich in der Fremdsprache durchgeführt. Näheres regeln die allgemeinen Prüfungsanforderungen für die Abiturprüfung in den bilingualen Sachfächern.

(2) Auf dem Abiturzeugnis wird die Teilnahme am Unterricht des bilingualen Zuges vermerkt.

(3) Zusätzlich zum Abiturzeugnis erhalten die Schülerinnen und Schüler des auslaufenden, neunjährigen Gymnasiums ein Zertifikat nach dem Muster der Anlage 3.1 oder 3.2, die Schülerinnen und Schüler des achtjährigen Gymnasiums ein Zertifikat nach dem Muster der Anlagen 3.3 oder 3.4 in dem die Teilnahme am Unterricht in der Fremdsprache des bilingualen Zuges und am bilingualen Sachfachunterricht sowie gegebenenfalls in bilingualen Sachfächern in der Fremdsprache erbrachte schriftliche und/oder mündliche Prüfungsleistungen bescheinigt werden; § 10 Abs. 3 Satz 2 gilt entsprechend.

§ 12a

Notwendige Regelungen bei schwerwiegenden Gefahren für Leben und Gesundheit

Können einzelne Vorschriften dieser Verordnung angesichts eines Gesetzes, aufgrund eines Gesetzes oder durch gerichtliche oder behördliche Anordnung zur Verhütung schwerwiegender Gefahren für Leben und Gesundheit keine Anwendung finden, trifft die Schulaufsichtsbehörde zur Sicherung von Schul- und Bildungslaufbahnen sowie zur Herstellung der Bildungsgerechtigkeit die unmittelbar notwendigen, von dieser Verordnung abweichenden Regelungen durch Verwaltungsvorschrift.

§ 13

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. August 1999 in Kraft. Sie gilt erstmals für die Schülerinnen und Schüler, die mit Beginn des Schuljahres 1999/2000 in die Klassenstufe 5 des Gymnasiums eintreten; abweichend hiervon können Schülerinnen und Schüler, die sich bereits im Schuljahr 1998/99 in einem bilingualen Zug befinden, diesen Bildungsgang in den Jahrgangsstufen 12 und 13 nach den Vorschriften dieser Verordnung fortsetzen.

**Zeugnis- und Versetzungsordnung – Schulordnung –
für die Klassenstufen 5 bis 10 des neunjährigen Gymnasiums
Vom 27. Juni 2023 (Amtsbl. I S 479)**

Inhaltsübersicht

Erster Abschnitt – Geltungsbereich

§ 1 Geltungsbereich

Zweiter Abschnitt– Zeugnisse

§ 2 Begriff des Zeugnisses

§ 3 Arten und Inhalte der Zeugnisse

§ 4 Zeugnisausgabe und Übermittlung der Zeugnisse an die Erziehungsberechtigten, Möglichkeit ergänzender Erläuterungen

§ 5 Zeugnisnoten

§ 6 Festsetzung von Zeugnisnoten

§ 7 Bewertung von Verhalten und Mitarbeit

§ 8 Zeugnisausstellung

Dritter Abschnitt – Versetzungen

§ 9 Allgemeine Grundsätze zur Versetzung

§ 10 Verfahren in der Orientierungsphase

§ 11 Besondere Grundsätze zur Versetzung in den Klassenstufen 6 bis 10

§ 12 Weitere besondere Grundsätze zur Versetzung in den Klassenstufen 6 und 7

§ 13 Weitere besondere Grundsätze zur Versetzung in den Klassenstufen 8 bis 10

§ 14 Berücksichtigung besonderer Umstände

§ 15 Nichtversetzung

§ 16 Benachrichtigung der Erziehungsberechtigten bei gefährdeter Versetzung

§ 17 Abgangszeugnisse nach dem Besuch der Klassenstufe 9; Nachweis des Hauptschulabschlusses

§ 18 Abgangszeugnisse nach dem Besuch der Klassenstufe 10; Nachweis des mittleren Bildungsabschlusses

§ 19 Zuerkennung von Abschlüssen auf der Grundlage früherer Jahreszeugnisse

Vierter Abschnitt – Überspringen, Zurücktreten

§ 20 Überspringen einer Klassenstufe

§ 21 Freiwilliges Zurücktreten

Fünfter Abschnitt – Abstimmungsverfahren der Klassenkonferenz

§ 22 Abstimmungsverfahren der Klassenkonferenz

Sechster Abschnitt – Schlussvorschriften

§ 23 Notwendige Regelungen bei schwerwiegenden Gefahren für Leben und Gesundheit

§ 24 Übergangsregelung bei Wechsel aus dem acht- jährigen Bildungsgang in den neunjährigen Bildungsgang am Gymnasium

§ 25 Inkrafttreten Anlagen

Erster Abschnitt Geltungsbereich

§ 1

Geltungsbereich

(1) Diese Zeugnis- und Versetzungsordnung gilt für die Schülerinnen und Schüler der öffentlichen Gymnasien bis einschließlich Klassenstufe 10 – ausgenommen das Deutsch-Französische Gymnasium –, die im Schuljahr 2023/2024 die Klassenstufe 5, 6 oder 7 besuchen, und alle nachfolgenden Jahrgänge, sowie ab dem Schuljahr 2026/2027 für das Abendgymnasium und ab dem Schuljahr 2027/2028 für das Saarland-Kolleg, soweit sich nicht aus dem besonderen Aufbau und den Aufgaben der letztgenannten Schulen Abweichungen ergeben.

(2) Sie gilt gemäß § 18 Absatz 2 des Privatschulgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Mai 1985 (Amtsbl. S. 610), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 24. Juni 2020 (Amtsbl. I S. 529), in der jeweils geltenden Fassung auch für staatlich anerkannte Ersatzschulen in privater Trägerschaft, die den in Absatz 1 genannten Schulen entsprechen, sofern diese Schulen den neunjährigen Bildungsgang am Gymnasium eingeführt haben.

Zweiter Abschnitt

Zeugnisse

§ 2

Begriff des Zeugnisses

Das Schulzeugnis ist der urkundliche Nachweis über Schulbesuch, Leistung und, soweit sie in dem Zeugnis zu bewerten sind, Verhalten und Mitarbeit der Schülerinnen und Schüler in der Schule.

§ 3

Arten und Inhalte der Zeugnisse

(1) Zeugnisse werden als Halbjahreszeugnisse der Klassenstufen 5 bis 10 (Anlage 1), Jahreszeugnis der Klassenstufe 5 (Anlage 2), Jahreszeugnisse der Klassenstufen 6 bis 9 (Anlage 3), Jahreszeugnis der Klassenstufe 10 (Anlage 4) oder Abgangszeugnisse der Klassenstufen 5 bis 10 (Anlagen 5 bis 10) ausgestellt. Die Zeugnisse werden als Einzelzeugnisse ausgestellt.

(2) Die Zeugnisse enthalten die Leistungsbeurteilungen in Form von Noten und Punkten. Für die Eintragung der Noten sind die Wortbezeichnungen zu verwenden.

(3) Halbjahreszeugnisse und Jahreszeugnisse der Klassenstufen 5 bis 10 sowie die vor Erfüllung der allgemeinen Vollzeitschulpflicht ausgestellten Abgangszeugnisse (Anlage 5) enthalten außerdem Noten über Verhalten und Mitarbeit.

(4) Das Jahreszeugnis der Klassenstufe 5 enthält folgende Eintragung: „Eine Versetzungsentscheidung wird nicht getroffen. Die Schülerin/Der Schüler steigt in die Klassenstufe 6 auf.“

Die Jahreszeugnisse der Klassenstufen 6 bis 9 enthalten folgende Eintragung:

1. bei Versetzung: „Auf Beschluss der Klassenkonferenz vom ... in die Klassenstufe ... versetzt.“
2. bei Nichtversetzung: „Auf Beschluss der Klassenkonferenz vom ... nicht versetzt.“

Das Jahreszeugnis der Klassenstufe 10 enthält folgende Eintragung:

1. bei Versetzung: „Auf Beschluss der Klassenkonferenz vom ... in die Jahrgangsstufe 11 versetzt. Die Schülerin / Der Schüler ist zur Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe zugelassen.“
2. bei Nichtversetzung: „Auf Beschluss der Klassenkonferenz vom ... nicht versetzt.“

(5) Eine Schülerin oder ein Schüler, die oder der das Gymnasium vor Erfüllung der allgemeinen Vollzeitschulpflicht verlässt oder wechselt, erhält ein Abgangszeugnis gemäß der Anlage 5. Liegt zum Zeitpunkt des Abgangs das letzte Halbjahreszeugnis oder Jahreszeugnis weniger als sechs Unterrichtswochen zurück, so ist der in dem Halbjahres- oder Jahreszeugnis enthaltene Leistungsstand im Abgangszeugnis aufzuführen, sonst der Leistungsstand zum Zeitpunkt der Ausfertigung des Abgangszeugnisses. Verlässt die Schülerin oder der Schüler die Schule zum Ende des Schuljahres oder innerhalb von vier Wochen vor dem letzten Unterrichtstag des Schuljahres, so ist von der abgebenden Schule – ausgenommen in der Klassenstufe 5 – über die Versetzung zu entscheiden; versetzte Schülerinnen und Schüler erhalten einen entsprechenden Vermerk unter „Bemerkungen“ im Abgangszeugnis; nicht versetzte Schülerinnen und Schüler erhalten ein Abgangszeugnis ohne Versetzungsvermerk und zusätzlich ein Jahreszeugnis mit dem Vermerk der Nichtversetzung und gegebenenfalls unter „Bemerkungen“ mit dem Vermerk, dass die Schülerin oder der Schüler gemäß § 15 Absatz 2 das Gymnasium verlassen muss.

(6) Schülerinnen und Schüler, die die allgemeine Vollzeitschulpflicht vor dem Abschluss der Klassenstufe 9 erfüllt haben, erhalten beim Verlassen der Schule ein Abgangszeugnis nach der Anlage 6. Verlassen sie die Schule nach dem Besuch der Klassenstufe 9, so erhalten sie ein Jahreszeugnis nach der Anlage 3 sowie gemäß § 17 Absatz 1 ein Abgangszeugnis nach der Anlage

7 beziehungsweise der Anlage 8. Verlassen sie die Schule nach dem Besuch der Klassenstufe 10, so erhalten sie ein Jahreszeugnis nach der Anlage 4 sowie gemäß § 18 Absatz 1 ein Abgangszeugnis nach der Anlage 9 beziehungsweise der Anlage 10.

§ 4

Zeugnisausgabe und Übermittlung der Zeugnisse an die Erziehungsberechtigten,
Möglichkeit ergänzender Erläuterungen

(1) Die Halbjahreszeugnisse werden an dem von der Schulaufsichtsbehörde für jedes Schuljahr festgelegten Tag, die Jahreszeugnisse – ausgenommen die Jahreszeugnisse der nichtversetzten Schülerinnen und Schüler – am letzten Unterrichtstag des Schuljahres ausgegeben.

(2) Die Zeugnisse werden den Schülerinnen und Schülern in der Schule ausgehändigt und bei minderjährigen Schülerinnen und Schülern den Erziehungsberechtigten durch diese überbracht. Ist am Tage der Zeugnisausgabe eine Schülerin oder ein Schüler nicht in der Schule anwesend, so ist ihr oder sein Zeugnis den Erziehungsberechtigten beziehungsweise der volljährigen Schülerin oder dem volljährigen Schüler selbst verschlossen zu übermitteln.

(3) Hat die Klassenkonferenz bei einer minderjährigen Schülerin oder einem minderjährigen Schüler die Nichtversetzung beschlossen, ist den Erziehungsberechtigten unverzüglich das Zeugnis verschlossen zu übermitteln; gleichzeitig sind die Erziehungsberechtigten von der Klassenleiterin oder dem Klassenleiter zu einem persönlichen Beratungsgespräch einzuladen. Schülerinnen und Schüler, die nicht versetzt werden, sind nicht verpflichtet, am Tag der allgemeinen Zeugnisausgabe den Unterricht zu besuchen.

(4) Die Erziehungsberechtigten, bei volljährigen Schülerinnen und Schülern diese selbst, bestätigen die Kenntnisnahme von Halbjahres- und Jahreszeugnissen durch Unterschrift auf dem Zeugnis. Die Zeugnisse sind der Klassenleiterin oder dem Klassenleiter zur Kontrolle dieser Kenntnisnahme vorzulegen. Die Gültigkeit des Zeugnisses wird durch das Fehlen der Unterschriften nicht beeinträchtigt.

(5) Im Rahmen der erweiterten Selbstständigkeit aller Gymnasien kann die Schulkonferenz auf Vorschlag der Gesamtkonferenz beschließen, dass zusätzlich zum Zeugnis ergänzende Erläuterungen mit Verbalbeurteilungen und weiterführenden Hinweisen erstellt werden; dabei kann für jede Klassenstufe nur einheitlich verfahren werden. Die ergänzenden Erläuterungen sind den Erziehungsberechtigten zusammen mit dem Zeugnis zur Kenntnisnahme auszuhändigen; die Absätze 1 bis 4 finden entsprechende Anwendung.

§ 5

Zeugnisnoten

(1) Für die Notengebung in den Zeugnissen gelten folgende Notenstufen:

sehr gut (1): eine den Anforderungen in besonderem Maße entsprechende Leistung;

gut (2): eine den Anforderungen voll entsprechende Leistung;

befriedigend (3): eine den Anforderungen im Allgemeinen entsprechende Leistung;

ausreichend (4): eine Leistung, die zwar Mängel aufweist, aber im Ganzen den Anforderungen noch entspricht;

mangelhaft (5): eine den Anforderungen nicht entsprechende Leistung, die jedoch erkennen lässt, dass die notwendigen Grundkenntnisse vorhanden sind und die Mängel in absehbarer Zeit behoben werden könnten;

ungenügend (6): eine den Anforderungen nicht entsprechende Leistung, bei der selbst die Grundkenntnisse so lückenhaft sind, dass die Mängel in absehbarer Zeit nicht behoben werden könnten.

(2) Diesen Noten werden in den Zeugnissen Punktzahlen eines 15-Punkte-Systems nachfolgendem Schlüssel zugeordnet: Je nach Notentendenz werden der Note „sehr gut“ 15/14/13, der Note „gut“ 12/11/10, der Note „befriedigend“ 09/08/07, der Note „ausreichend“ 06/05/04, der Note „mangelhaft“ 03/02/01 und der Note „ungenügend“ 00 Punkte zugeordnet.

§ 6

Festsetzung von Zeugnisnoten

(1) Die Klassenkonferenz unter dem Vorsitz der Schulleiterin oder des Schulleiters oder der Ständigen Vertreterin oder des Ständigen Vertreters setzt die Zeugnisnoten in den Unterrichtsfächern auf Vorschlag der jeweiligen Fachlehrkraft fest.

(2) Die Zeugnisnote fasst die Gesamtleistung der Schülerin oder des Schülers in dem betreffenden Fach zusammen. Die Zeugnisnote in einem Fach darf nicht allein aus den Ergebnissen der schriftlichen Arbeiten beziehungsweise schriftlichen Überprüfungen hergeleitet werden; maßgeblichen Einfluss auf die Zeugnisnote haben auch die Qualität der übrigen Lernerfolgskontrollen und die Qualität der Mitarbeit der Schülerin oder des Schülers im Unterricht. Dieser Grundsatz gilt im besonderen

Maße auch für die nichtschriftlichen Fächer. Demzufolge ist die Zeugnisnote das Ergebnis einer wertenden fachlich-pädagogischen Gesamtbeurteilung und kann nicht schematisch errechnet werden.

(3) Die Noten des Jahreszeugnisses werden aufgrund der Entwicklung der Leistungen während des Schuljahres ermittelt. Wird ein Fach in beiden Halbjahren des Schuljahres unterrichtet, sind zur Ermittlung der Note des Jahreszeugnisses die Leistungen während der zweiten Hälfte des Schuljahres besonders zu berücksichtigen.

(4) Die Absätze 1 und 2 finden entsprechende Anwendung, soweit ergänzende Erläuterungen (§ 4 Absatz 5) zu erteilen sind.

§ 7

Bewertung von Verhalten und Mitarbeit

(1) Die Bewertung des Verhaltens erfolgt unter Berücksichtigung der Rechte und Pflichten der Schülerin oder des Schülers, die sich aus den für sie oder ihn geltenden schulrechtlichen Bestimmungen ergeben; dabei ist auch das Verhalten in der Gruppe zu berücksichtigen. Die Bewertung der Mitarbeit bezieht sich vor allem auf die Bereitschaft und das Bemühen der Schülerin oder des Schülers, selbstständig oder gemeinsam mit anderen Aufgaben zu lösen und im Unterricht mitzuarbeiten.

(2) Verhalten und Mitarbeit werden aufgrund der Vorschläge der einzelnen Lehrkräfte durch die Klassenkonferenz unter Vorsitz der Schulleiterin oder des Schulleiters oder der Ständigen Vertreterin oder des Ständigen Vertreters bewertet.

(3) Die Bewertung erfolgt mit:

„sehr gut“, wenn das Verhalten oder die Mitarbeit der Schülerin oder des Schülers besondere Anerkennung verdient,

„gut“, wenn das Verhalten oder die Mitarbeit der Schülerin oder des Schülers den an sie oder ihn zu stellenden Erwartungen entspricht,

„befriedigend“, wenn die Erwartungen im Ganzen ohne wesentliche Einschränkungen erfüllt werden,

„nicht immer befriedigend“, wenn die Erwartungen unter erheblichen Einschränkungen erfüllt werden,

„unbefriedigend“, wenn das Verhalten oder die Mitarbeit der Schülerin oder des Schülers nicht den Erwartungen entspricht.

(4) Die Bewertung „unbefriedigend“ ist im Zeugnis unter „Bemerkungen“ zu begründen.

§ 8

Zeugnisausstellung

(1) Zeugnisse werden durch die Klassenleiterin oder den Klassenleiter ausgefertigt. Eintragungen dürfen weder radiert noch korrigiert sein; die Möglichkeit nachträglicher Zusätze ist durch entsprechende Schreibweise oder Streichungen auszuschließen. Die Zeugnisse sind handschriftlich von der Schulleiterin oder dem Schulleiter oder der Ständigen Vertreterin oder dem Ständigen Vertreter sowie der Klassenleiterin oder dem Klassenleiter oder der Stellvertreterin oder dem Stellvertreter zu unterzeichnen. Die Verwendung von Faksimilestempeln oder Verfahren zur digitalen Reproduktion sind unzulässig. Die Zeugnisse tragen das Datum des Ausgabetafes. Abgangszeugnisse sind mit dem Siegel der Schule zu versehen.

(2) Für die Eintragung der Zeugnisnoten sind die Wortbezeichnungen ergänzt um die entsprechende Punktzahl zu verwenden.

(3) Wird in einem Schuljahr gemäß der Verordnung – Schulordnung – über die Stundentafeln des neunjährigen Gymnasiums vom 27. Juni 2023 (Amtsbl. I S. 468) in der jeweils geltenden Fassung in einem Fach kein Unterricht erteilt, so wird die Notenzeile dieses Faches mit einem Schrägstrich besetzt; handelt es sich jedoch um das letzte Schulbesuchsjahr der Schülerin oder des Schülers, so ist im Halbjahreszeugnis sowie im Abgangszeugnis in der Notenzeile des betreffenden Faches die im vorausgegangenen Jahreszeugnis des Gymnasiums ausgewiesene Note einzutragen, besonders zu kennzeichnen und an geeigneter Stelle des Zeugnisses mit der Bemerkung „Zeugnisnote aus Klassenstufe ...“, da das Fach laut Stundentafel in Klassenstufe ... nicht erteilt“ zu erläutern. Wird gemäß der Verordnung – Schulordnung – über die Stundentafeln des neunjährigen Gymnasiums ein Fach nur in einem Schulhalbjahr unterrichtet, so wird die Note für dieses Fach, wenn es im ersten Schulhalbjahr unterrichtet wurde, im Halbjahreszeugnis und im Jahreszeugnis, im Übrigen im Jahreszeugnis ausgewiesen.

(4) Bei Schülerinnen und Schülern, die von der Teilnahme an einem Unterrichtsfach befreit waren, ist anstelle der Zeugnisnote das Wort „befreit“ einzutragen; bei vom Religionsunterricht abgemeldeten Schülerinnen und Schülern wird die Nichtteilnahme in der Notenzeile des Faches Religion durch einen Schrägstrich ausgedrückt. Wegen der ersatzweisen Teilnahme am Unterricht in allgemeiner Ethik wird auf § 15 Absatz 1 Sätze 2 und 3 des Schulordnungsgesetzes verwiesen.

(5) Soweit Schülerinnen und Schüler an regelmäßigen freiwilligen Unterrichtsveranstaltungen teilnehmen, wird dies im Zeugnis vermerkt. Auf Antrag ist die Tätigkeit als Vertretung für Schülerinnen und Schüler gemäß § 25 Absatz 2 Satz 3 des Schulmitbestimmungsgesetzes im Zeugnis zu vermerken.

(6) In Halbjahres- und Jahreszeugnissen sowie in Abgangszeugnissen gemäß Anlage 5 ist die Zahl der entschuldigt oder unentschuldigt versäumten Unterrichtstage und Einzelstunden zu vermerken; darüber hinaus kann in diesen Zeugnissen in Fällen häufiger unentschuldigter Versäumnisse unter „Bemerkungen“ ein entsprechender Hinweis erfolgen. Wegen einer Tätigkeit als Vertretung für Schülerinnen und Schüler entschuldigte Fehlzeiten im Unterricht werden im Zeugnis nicht vermerkt.

(7) Von Abgangszeugnissen ist eine Zweitschrift anzufertigen, die an der Schule aufzubewahren ist.

Dritter Abschnitt Versetzungen

§ 9

Allgemeine Grundsätze zur Versetzung

(1) Auf der Grundlage einer pädagogisch-fachlichen Beurteilung sollen der Bildungsgang der Schülerinnen und Schüler mit ihrer geistigen Entwicklung in Übereinstimmung gehalten sowie eine den Unterrichtszielen der Schule entsprechende Leistungsfähigkeit über aufeinander folgende Klassenstufen hinweg gesichert werden. Versetzung und Nichtversetzung sind pädagogische Maßnahmen zu diesem Zweck. Nach Maßgabe der §§ 11, 12 und 13 sind Schülerinnen und Schüler zu versetzen, die aufgrund ihrer Leistungen den Anforderungen im laufenden Schuljahr im Ganzen entsprochen haben und deshalb erwarten lassen, dass sie den Anforderungen der nächsthöheren Klassenstufe gewachsen sind; eine gemäß § 8 Absatz 3 Satz 1 Halbsatz 2 ausgewiesene Note ist bei der Entscheidung über die Versetzung nicht zugrunde zu legen. Eine gemäß § 8 Absatz 3 Satz 2 ausgewiesene Note ist bei der Entscheidung über die Versetzung zugrunde zu legen.

(2) Der Entscheidung über die Versetzung oder Nichtversetzung in den Klassenstufen 6 bis 10 werden die Zeugnisnoten in den in der Anlage 11 genannten Unterrichtsfächern zugrunde gelegt.

(3) Die Versetzung darf nicht von den Ergebnissen besonderer Prüfungsleistungen abhängig gemacht werden.

(4) Eine Versetzung auf Probe ist unzulässig.

(5) Versetzungsentscheidungen trifft die Klassenkonferenz unter Vorsitz der Schulleiterin oder des Schulleiters beziehungsweise der Ständigen Vertreterin oder des Ständigen Vertreters. Hierbei treffen die einzelnen Lehrkräfte ihre Entscheidung nicht nur aufgrund der Leistungen in ihren Fächern, sondern im Hinblick auf die Gesamtheit der Leistungen.

§ 10

Verfahren in der Orientierungsphase

(1) Die Orientierungsphase am Gymnasium umfasst die Klassenstufen 5 und 6.

(2) Am Ende der Klassenstufe 5 steigt die Schülerin oder der Schüler, ohne dass eine Versetzungsentscheidung getroffen wird, in die Klassenstufe 6 auf. Die Schülerin oder der Schüler kann am Ende der Klassenstufe 5 einmal freiwillig zurücktreten (§ 21 Absätze 1 und 2) oder in eine Gemeinschaftsschule übergehen. Die Klassenkonferenz bespricht gegebenenfalls den Förderbedarf der Schülerin oder des Schülers; Förderbedarf sowie Fördermaßnahmen werden im Protokoll der Klassenkonferenz dokumentiert. Bei Übergang der Schülerin oder des Schülers an eine Gemeinschaftsschule bleibt § 15 Gemeinschaftsschulverordnung vom 1. August 2012 (Amtsbl. I S. 268), zuletzt geändert durch Artikel 252 des Gesetzes vom 8. Dezember 2021 (Amtsbl. I S. 2629), in der jeweils geltenden Fassung unberührt.

(3) Schülerinnen und Schüler, die nicht in die Klassenstufe 7 versetzt sind, können die Klassenstufe 6 am Gymnasium wiederholen, wenn sie nicht bereits die Klassenstufe 5 oder die Klassenstufe 6 wiederholt haben; wiederholen sie die Klassenstufe 6 nicht am Gymnasium, so gehen sie an eine Gemeinschaftsschule über. Die Klassenkonferenz kann eine nicht in die Klassenstufe 7 versetzte Schülerin oder einen nicht in die Klassenstufe 7 versetzten Schüler, die oder der die Klassenstufe 5 nicht wiederholt hat, an eine Gemeinschaftsschule überweisen, wenn sie mit Zweidrittelmehrheit der Ansicht ist, die Schülerin oder der Schüler sei am Gymnasium ständig überfordert. Der von der Klassenkonferenz zu fassende Beschluss ergeht unter Vorsitz der Schulleiterin oder des Schulleiters oder der Ständigen Vertreterin oder des Ständigen Vertreters. Vor der Entscheidung sind die Erziehungsberechtigten schriftlich oder mittels eines digitalen Dokuments in einer von der Schulaufsichtsbehörde bereitgestellten oder zugelassenen geschützten elektronischen Umgebung zu einer Aussprache mit der Klassenleiterin oder dem Klassenleiter einzuladen; über das Ergebnis der Aussprache berichtet die Klassenleiterin oder der Klassenleiter bei der Beratung der Klassenkonferenz. Die Gründe der Klassenkonferenz für die Entscheidung zur Überweisung der Schülerin oder des Schülers an eine Gemeinschaftsschule sind schriftlich im Protokoll der Klassenkonferenz festzuhalten. Festgestellter Förderbedarf der Schülerin oder des Schülers sowie Fördermaßnahmen werden im Protokoll der Klassenkonferenz dokumentiert.

(4) Im Fall des Übergangs oder der Überweisung bleibt das abgebende Gymnasium für die Schülerin oder den Schüler und die Überwachung der Schulpflichterfüllung zuständig, bis eine Gemeinschaftsschule unter Anforderung der benötigten Schülerdaten die Aufnahme der Schülerin oder des Schülers bestätigt hat. Liegt dem abgebenden Gymnasium innerhalb von zwei Wochen nach der schriftlichen Bekanntgabe der Entscheidung an die Erziehungsberechtigten keine Aufnahmebestätigung einer Gemeinschaftsschule vor, so unterrichtet die Leitung des Gymnasiums die Schulaufsichtsbehörde; diese kann die Schülerin oder den Schüler erforderlichenfalls einer Gemeinschaftsschule zuweisen. Im Fall des Wechsels an eine Gemeinschaftsschule haben die Erziehungsberechtigten an der aufnehmenden Schule das Abgangszeugnis vorzulegen. Diese unterrichtet ihrerseits die Schulaufsichtsbehörde über die Aufnahme der Schülerin oder des Schülers.

§ 11

Besondere Grundsätze zur Versetzung in den Klassenstufen 6 bis 10

- (1) Eine Schülerin oder ein Schüler ist zu versetzen, wenn sie oder er in keinem Fach eine Note unter „ausreichend“ (04 Punkte) hat.
- (2) Kann bei Vorlage eines ärztlichen Attests keine Jahresnote im Fach Sport erteilt werden, findet das Fach Sport keine Berücksichtigung bei der Versetzungsentscheidung.

§ 12

Weitere besondere Grundsätze zur Versetzung in den Klassenstufen 6 und 7

- (1) Eine Schülerin oder ein Schüler ist zu versetzen, wenn sie oder er

1. die Note „mangelhaft“ in einem schriftlichen und einem nichtschriftlichen Fach mit der Note „befriedigend“ in drei Fächern, von denen eines ein schriftliches Fach sein muss, ausgleichen kann, oder
2. die Note „ungenügend“ in höchstens einem Fach mit der Note „gut“ in einem schriftlichen und einem nichtschriftlichen Fach ausgleichen kann.

Liegt ein Ausgleich gemäß Satz 1 Nummer 1 oder 2 nicht vor, ist die Schülerin oder der Schüler nicht zu versetzen.

- (2) Die Versetzung kann versagt werden, wenn die Schülerin oder der Schüler in einem schriftlichen Fach die Note „mangelhaft“ hat und in der Mehrzahl der übrigen Fächer die Leistungen jeweils schwach ausreichend sind, sodass eine erfolgreiche Mitarbeit in der nächsthöheren Klassenstufe nicht zu erwarten ist, oder wenn die Schülerin oder der Schüler in zwei nichtschriftlichen Fächern die Note „mangelhaft“ hat und in der Mehrzahl der übrigen Fächer die Leistungen jeweils schwach ausreichend sind, sodass eine erfolgreiche Mitarbeit in der nächsthöheren Klassenstufe nicht zu erwarten ist.

- (3) Eine Schülerin oder ein Schüler ist nicht zu versetzen, wenn

1. in zwei oder mehr schriftlichen Fächern die Note unter „ausreichend“ (04 Punkte) lautet oder
2. in drei oder mehr Fächern die Note unter „ausreichend“ (04 Punkte) lautet oder
3. in zwei Fächern die Note unter „ausreichend“ (04 Punkte) und mindestens eine dieser Noten „ungenügend“ lautet.

§ 13

Weitere besondere Grundsätze zur Versetzung in den Klassenstufen 8 bis 10

- (1) Eine Schülerin oder ein Schüler ist zu versetzen, wenn sie oder er

1. die Note „mangelhaft“ in einem schriftlichen und einem im Umfang von mindestens zwei Wochenstunden unterrichteten nichtschriftlichen Fach mit der Note „befriedigend“ oder höher in drei im Umfang von mindestens zwei Wochenstunden unterrichteten Fächern, von denen eines ein schriftliches Fach sein muss, ausgleichen kann, wobei zum Ausgleich an die Stelle der Note eines im Umfang von mindestens zwei Wochenstunden unterrichteten nichtschriftlichen Faches die Noten zweier im Umfang von einer Wochenstunde unterrichteter Fächer treten können, oder
2. die Note „ungenügend“ in höchstens einem im Umfang von mindestens zwei Wochenstunden unterrichteten Fach mit der Note „gut“ oder höher in einem schriftlichen und einem nichtschriftlichen im Umfang von mindestens zwei Wochenstunden unterrichteten Fach ausgleichen kann; zum Ausgleich können an die Stelle der Note des im Umfang von mindestens zwei Wochenstunden unterrichteten nichtschriftlichen Faches die Noten zweier im Umfang von einer Wochenstunde unterrichteter Fächer treten, sofern beide Noten mindestens „befriedigend“ (07 Punkte) lauten und die Summe der Notenpunkte mindestens 19 beträgt.

Liegt ein Ausgleich gemäß Satz 1 Nummer 1 oder 2 nicht vor, ist die Schülerin oder der Schüler nicht zu versetzen.

- (2) Die Versetzung kann versagt werden, wenn die Schülerin oder der Schüler in einem schriftlichen Fach die Note „mangelhaft“ hat und in der Mehrzahl der übrigen Fächer die Leistungen jeweils schwach ausreichend sind, sodass eine erfolgreiche Mitarbeit in der nächsthöheren Klassenstufe nicht zu erwarten ist, oder wenn die Schülerin oder der Schüler in zwei nichtschriftlichen Fächern die Note „mangelhaft“ hat und in der Mehrzahl der übrigen Fächer die Leistungen jeweils schwach ausreichend sind, sodass eine erfolgreiche Mitarbeit in der nächsthöheren Klassenstufe nicht zu erwarten ist.

- (3) Eine Schülerin oder ein Schüler ist nicht zu versetzen, wenn

1. in zwei oder mehr schriftlichen Fächern die Note unter „ausreichend“ (04 Punkte) lautet oder
2. in drei oder mehr im Umfang von mindestens zwei Wochenstunden unterrichteten Fächern die Note unter „ausreichend“ (04 Punkte) lautet oder

3. in zwei im Umfang von mindestens zwei Wochenstunden unterrichteten Fächern sowie in drei oder mehr im Umfang von einer Wochenstunde unterrichteten Fächern die Note unter „ausreichend“ (04 Punkte) lautet oder
4. in einem im Umfang von mindestens zwei Wochenstunden unterrichteten Fach sowie in vier oder mehr im Umfang von einer Wochenstunde unterrichteten Fächern die Note unter „ausreichend“ (04 Punkte) lautet oder
5. in zwei im Umfang von mindestens zwei Wochenstunden unterrichteten Fächern die Note unter „ausreichend“ (04 Punkte) und mindestens eine dieser Noten „ungenügend“ lautet oder
6. in einem im Umfang von mindestens zwei Wochenstunden unterrichteten Fach sowie in drei oder mehr im Umfang von einer Wochenstunde unterrichteten Fächern die Note unter „ausreichend“ (04 Punkte) und mindestens eine dieser Noten „ungenügend“ lautet oder
7. in fünf oder mehr im Umfang von einer Wochenstunde unterrichteten Fächern die Note unter „ausreichend“ (04 Punkte) lautet oder
8. in vier oder mehr im Umfang von einer Wochenstunde unterrichteten Fächern die Note unter „ausreichend“ (04 Punkte) und mindestens eine dieser Noten „ungenügend“ lautet.

§ 14

Berücksichtigung besonderer Umstände

(1) Eine Schülerin oder ein Schüler der Klassenstufen 6 bis 10 kann abweichend von den Bestimmungen der §§ 11, 12 und 13 in besonderen Fällen, wie längerer Krankheit, besonders ungünstigen häuslichen Verhältnissen, unverschuldetem Schulwechsel oder bei erwiesener einseitiger Begabung versetzt werden, wenn dies bei Würdigung ihrer oder seiner besonderen Lage, ihres oder seines Leistungsstandes und Arbeitswillens gerechtfertigt und eine erfolgreiche Mitarbeit in der nächsthöheren Klassenstufe zu erwarten ist.

(2) Bei längerer Krankheit, besonders ungünstigen häuslichen Verhältnissen sowie unverschuldetem Schulwechsel kann in den Klassenstufen 6 bis 10 der Beschluss über die Versetzung hinausgeschoben und der Schülerin oder dem Schüler die Teilnahme am Unterricht der nächsthöheren Klassenstufe längstens bis zum Ablauf des ersten Schulhalbjahres gestattet werden. Ein entsprechender Beschluss wird im Jahreszeugnis wie folgt vermerkt: „Auf Beschluss der Klassenkonferenz ist die Versetzungsentscheidung ausgesetzt“; die von der Schülerin oder dem Schüler erreichten Noten werden in die Notenzeilen eingetragen. Der Beschluss über die endgültige Versetzung oder Nichtversetzung wird in dem am Ende des ersten Schulhalbjahres auszustellenden Halbjahreszeugnis vermerkt.

§ 15

Nichtversetzung

(1) Nicht versetzte Schülerinnen und Schüler der Klassenstufen 6 bis 10 wiederholen die zuletzt besuchte Klassenstufe.

(2) Schülerinnen und Schüler, die zweimal in derselben Klassenstufe oder in zwei aufeinander folgenden Klassenstufen nicht versetzt wurden oder in einer Klassenstufe zunächst freiwillig zurückgetreten und aufgrund der nächsten zu treffenden Versetzungsentscheidung nicht versetzt wurden, müssen im Regelfall die Schule verlassen. Hiervon abweichend kann die Klassenkonferenz ausnahmsweise eine nochmalige Wiederholung gestatten, wenn die Schülerin oder der Schüler die Gründe für die Minderleistung nicht zu vertreten hat; die Entscheidung ist in der Niederschrift der Klassenkonferenz zu begründen.

§ 16

Benachrichtigung der Erziehungsberechtigten bei gefährdeter Versetzung

(1) Ist die Versetzung einer Schülerin oder eines Schülers nach den Leistungen im ersten Schulhalbjahr gefährdet, werden die Erziehungsberechtigten durch einen Vermerk im Halbjahreszeugnis „Versetzung gefährdet“ oder „Versetzung sehr gefährdet“ verständigt.

(2) Wird eine Gefährdung der Versetzung erst während des zweiten Schulhalbjahres festgestellt, erhalten die Erziehungsberechtigten spätestens zwei Monate vor dem letzten Unterrichtstag des Schuljahres eine schriftliche Mitteilung nach dem Muster der Anlage 12.

(3) Im Falle des § 15 Absatz 2 Satz 1 erhält die Bemerkung über die Gefährdung der Versetzung den Zusatz: „Die Schülerin / Der Schüler muss bei Nichtversetzung im Regelfall die Schule verlassen.“

(4) Sind nach den Absätzen 1, 2 und 3 erforderliche Vermerke oder Mitteilungen unterlassen worden, kann hieraus ein Recht auf Versetzung bzw. auf nochmaliges Wiederholen der Klassenstufe nicht hergeleitet werden.

§ 17

Abgangszeugnisse nach dem Besuch der Klassenstufe 9; Nachweis des Hauptschulabschlusses

(1) Schülerinnen und Schüler, die das Gymnasium nach dem Besuch der Klassenstufe 9 spätestens in der sechsten Unterrichtswoche des neuen Schuljahres verlassen, erhalten ein auf die am Gymnasium erzielten Leistungen bezogenes Abgangszeugnis gemäß Anlage 7. Auf Antrag erhalten sie stattdessen ein Abgangszeugnis gemäß Anlage 8, in dem die Leistungen entsprechend den Anforderungen, die an einer Pflichtschule in dem auf den Erwerb des Hauptschulabschlusses bezogenen Bildungsgang ausgewiesen werden. Entsprechend werden die Noten in allen Fächern außer dem Fach Sport nachfolgendem Schlüssel geändert: Aus der Note „ungenügend“ wird die Note „mangelhaft“, aus der Note „mangelhaft“ wird die Note „befriedigend“, aus der Note „ausreichend“ wird die Note „gut“ und aus den Noten „befriedigend“ und „gut“ wird die Note „sehr gut“. Auf dem Abgangszeugnis nach Anlage 8 werden neben den Noten in Wortbezeichnung Punktzahlen ausgewiesen, die nach dem folgenden Schlüssel geändert werden:

Erreichte Punktzahl:	Abgeänderte Punktzahl:
15 Punkte (sehr gut)	15 Punkte (sehr gut)
14 Punkte (sehr gut)	15 Punkte (sehr gut)
13 Punkte (sehr gut)	15 Punkte (sehr gut)
12 Punkte (gut)	15 Punkte (sehr gut)
11 Punkte (gut)	15 Punkte (sehr gut)
10 Punkte (gut)	15 Punkte (sehr gut)
09 Punkte (befriedigend)	15 Punkte (sehr gut)
08 Punkte (befriedigend)	14 Punkte (sehr gut)
07 Punkte (befriedigend)	13 Punkte (sehr gut)
06 Punkte (ausreichend)	12 Punkte (gut)
05 Punkte (ausreichend)	11 Punkte (gut)
04 Punkte (ausreichend)	10 Punkte (gut)
03 Punkte (mangelhaft)	09 Punkte (befriedigend)
02 Punkte (mangelhaft)	08 Punkte (befriedigend)
01 Punkte (mangelhaft)	07 Punkte (befriedigend)
00 Punkte (ungenügend)	03 Punkte (mangelhaft)

(2) Das nach Absatz 1 erstellte Abgangszeugnis erhält bei einer Schülerin oder einem Schüler, die oder der in die Klassenstufe 10 versetzt wurde, die Eintragung „Die Schülerin / Der Schüler ist nach Klassenstufe 10 versetzt. Das Zeugnis schließt den Hauptschulabschluss ein.“

(3) Das nach Absatz 1 erstellte Abgangszeugnis erhält bei einer Schülerin oder einem Schüler, die oder der nicht in die Jahrgangsstufe 10 versetzt wurde, die Eintragung „Dieses Zeugnis ist dem Zeugnis über den Hauptschulabschluss gleichgestellt.“, wenn die Schülerin oder der Schüler auf der Grundlage der geänderten Punktzahlen und Noten an der Gemeinschaftsschule in entsprechender Anwendung der Kriterien des § 20 der Gemeinschaftsschulverordnung versetzt worden wäre. Dabei sind Fächer, die in dem zum Hauptschulabschluss führenden Bildungsgang nicht als Pflichtfächer erteilt werden, sowie Fächer, die beim Besuch dieses Bildungsgangs die Erteilung des Abschlusszeugnisses nicht ausschließen, nicht zu berücksichtigen.

In allen anderen Fällen ist eine Gleichstellung mit dem Hauptschulabschluss nicht möglich.

(4) In den Zeugnissen nach Absatz 2 und 3 ist jeweils eine Durchschnittsnote über die Fächer auszuweisen, die in dem zum Hauptschulabschluss führenden Bildungsgang der Gemeinschaftsschule als Pflichtfächer erteilt werden. Fächer, die beim Besuch dieses Bildungsgangs die Erteilung des Abschlusszeugnisses nicht ausschließen, sind nicht zu berücksichtigen. Die Durchschnittsnote ergibt sich aus der Durchschnittspunktzahl. Die Durchschnittspunktzahl ist das arithmetische Mittel aller Punktzahlen der nach Satz 1 zu berücksichtigenden Fächer. Für die Ermittlung der Durchschnittspunktzahl sind die nach Absatz 1 Satz 3 geänderten Punktzahlen sowohl für das Zeugnis nach Anlage 7 als auch das Zeugnis nach Anlage 8 zugrunde zu legen. Für die Ermittlung der Durchschnittspunktzahl wird bis zur ersten Nachkommastelle 4 auf die nächste volle Punktzahl abgerundet und ab der ersten Nachkommastelle 5 auf die nächste volle Punktzahl aufgerundet. Auf dem Zeugnis nach Anlage 7 ist zu vermerken, dass die Durchschnittspunktzahl und die sich daraus ergebende Durchschnittsnote nicht auf der Grundlage der

auf dem Zeugnis ausgewiesenen Punktzahlen, sondern aufgrund der nach dem Schlüssel nach Absatz 1 Satz 2 und 3 geänderten Punktzahlen errechnet wurde. Die Durchschnittspunktzahl ist auf den Zeugnissen nach den Anlagen 7 und 8 mit auszuweisen.

§ 18

Abgangszeugnisse nach dem Besuch der Klassenstufe 10; Nachweis des mittleren Bildungsabschlusses

(1) Schülerinnen und Schüler, die das Gymnasium nach dem Besuch der Klassenstufe 10 spätestens in der sechsten Unterrichtswoche des neuen Schuljahres verlassen, erhalten ein auf die am Gymnasium erzielten Leistungen bezogenes Abgangszeugnis gemäß Anlage 9. Auf Antrag erhalten sie stattdessen ein Abgangszeugnis gemäß Anlage 10, in dem die Leistungen entsprechend den Anforderungen, die an einer Pflichtschule in dem auf den Erwerb des mittleren Bildungsabschlusses bezogenen Bildungsgang ausgewiesen werden. Entsprechend werden die Noten in allen Fächern außer dem Fach Sport nachfolgendem Schlüssel geändert: Aus der Note „ungenügend“ wird die Note „mangelhaft“, aus der Note „mangelhaft“ wird die Note „ausreichend“, aus der Note „ausreichend“ wird die Note „befriedigend“, aus der Note „befriedigend“ wird die Note „gut“ und aus der Note „gut“ wird die Note „sehr gut“. Auf den Abgangszeugnissen gemäß den Anlagen 9 und 10 werden nur Noten, keine Punkte ausgewiesen.

(2) Das nach Absatz 1 erstellte Abgangszeugnis einer Schülerin oder eines Schülers, die oder der in die Jahrgangsstufe 11 versetzt wurde, erhält die Eintragungen:

„Die Schülerin / Der Schüler ist in die Jahrgangsstufe 11 versetzt und zur Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe zugelassen. Das Zeugnis schließt den mittleren Bildungsabschluss ein“.

(3) Das nach Absatz 1 erstellte Abgangszeugnis einer Schülerin oder eines Schülers, die oder der nicht in die Jahrgangsstufe 11 versetzt wurde, erhält die Eintragung: „Dieses Zeugnis ist dem mittleren Bildungsabschluss gleichgestellt.“, wenn auf der Grundlage der geänderten Noten

1. in keinem der Fächer die Note „mangelhaft“ und in mindestens zwei Fächern die Note mindestens „befriedigend“ lautet,
2. in höchstens einem nichtschriftlichen Fach die Note „mangelhaft“ und in mindestens drei Fächern die Note mindestens „befriedigend“ lautet,
3. in höchstens einem schriftlichen Fach die Note „mangelhaft“ lautet und in mindestens drei Fächern, von denen mindestens eines ein schriftliches Fach sein muss, die Note mindestens „befriedigend“ lautet,
4. in höchstens zwei nichtschriftlichen Fächern die Note „mangelhaft“ und in mindestens vier Fächern die Note „befriedigend“ lautet oder
5. in höchstens einem schriftlichen und höchstens einem weiteren Fach die Note „mangelhaft“ lautet und in mindestens vier Fächern, von denen mindestens eines ein schriftliches Fach sein muss, die Note mindestens „befriedigend“ lautet.

In allen anderen Fällen ist eine Gleichstellung mit dem mittleren Bildungsabschluss nicht möglich.

§ 19

Zuerkennung von Abschlüssen auf der Grundlage früherer Jahreszeugnisse

Waren die Voraussetzungen zur Zuerkennung eines Abschlusses nach den §§ 17 oder 18, die auf der Grundlage der im Abgangszeugnis ausgewiesenen Noten nicht erfüllt sind, in einem früheren Jahreszeugnis erfüllt, sind die Eintragungen zur Zuerkennung und im Fall des § 17 die Durchschnittsnote in das Abgangszeugnis aufzunehmen. § 17 Absatz 1 Satz 3 und Absatz 4 gilt entsprechend.

Vierter Abschnitt

Überspringen, Zurücktreten

§ 20

Überspringen einer Klassenstufe

(1) Besonders begabten und leistungswilligen Schülerinnen und Schülern kann die Schulleiterin oder der Schulleiter im Verlauf der Klassenstufen 5 bis 10 einmal das Überspringen einer Klassenstufe gestatten, wenn die Klassenkonferenz auf Antrag der oder im Einvernehmen mit den Erziehungsberechtigten einen entsprechenden Antrag an die Schulleiterin oder den Schulleiter gestellt hat. Voraussetzung ist, dass die Leistungen der Schülerin oder des Schülers über die Leistungen der Spitzengruppe der betreffenden Klassenstufe hinausragen und Begabung sowie Leistungswille eine erfolgreiche Mitarbeit in der neuen Klassenstufe erwarten lassen. Die Entscheidung darf nicht von einer Prüfung abhängig gemacht werden.

(2) Ein Überspringen kann zum Ende des Schulhalbjahres oder Schuljahres erfolgen; in der Klassenstufe 10 ist ein Überspringen nur nach dem Schulhalbjahr möglich. Das Überspringen wird im Zeugnis vermerkt.

(3) Nach der Einweisung in eine neue Klasse ist wegen der Umstellung auf die neuen Lerninhalte für die Schülerin oder den Schüler eine angemessene Zeit zur Eingewöhnung vorzusehen.

§ 21

Freiwilliges Zurücktreten

(1) Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums können bis zum Ende der Klassenstufe 10 einmal in die nächstniedrigere Klassenstufe freiwillig zurücktreten, falls sie in ihrer Schulzeit nicht schon von dieser Möglichkeit des freiwilligen Rücktritts Gebrauch gemacht haben. Ein Zurücktreten aus einer Klassenstufe, die wiederholt wird oder in eine Klassenstufe, die wiederholt wurde, ist nicht zulässig.

(2) Das freiwillige Zurücktreten einer Schülerin oder eines Schülers der Klassenstufe 5 ist von den Erziehungsberechtigten am Ende des Schuljahres zu beantragen. In den Klassenstufen 6 bis 10 ist das freiwillige Zurücktreten von den Erziehungsberechtigten jeweils innerhalb von einer Woche nach Ausgabe der Halbjahreszeugnisse oder der Jahreszeugnisse zu beantragen. Über den Antrag entscheidet die Schulleiterin oder der Schulleiter unverzüglich; wird dem Antrag stattgegeben, hat die Schülerin oder der Schüler sofort den Unterricht in der nächstniedrigeren Klassenstufe zu besuchen.

(3) Für den späteren Übergang in die Klassenstufe, in die die Schülerin oder der Schüler bereits versetzt war, bedarf es keiner erneuten Versetzungsentscheidung. Das Jahreszeugnis erhält in diesem Falle den Vermerk:

„Die Schülerin / Der Schüler wurde bereits durch Beschluss der Klassenkonferenz vom ... in die Klassenstufe ... versetzt. Sie/Er besuchte freiwillig noch einmal die Klassenstufe ...“.

Fünfter Abschnitt

Abstimmungsverfahren der Klassenkonferenz

§ 22

Abstimmungsverfahren der Klassenkonferenz

Bei Abstimmungen der Klassenkonferenz im Rahmen dieser Zeugnis- und Versetzungsordnung fällt auf jedes Fach, in dem die betreffende Schülerin oder der betreffende Schüler unterrichtet wurde, eine Stimme; die oder der Vorsitzende hat Stimmrecht, auch wenn sie oder er nicht in der Klasse unterrichtet; bei Stimmgleichheit gibt die Stimme der oder des Vorsitzenden den Ausschlag. Stimmenthaltung ist nicht zulässig.

Sechster Abschnitt

Schlussvorschriften

§ 23

Notwendige Regelungen bei schwerwiegenden Gefahren für Leben und Gesundheit

Können einzelne Vorschriften dieser Verordnung angesichts eines Gesetzes, aufgrund eines Gesetzes oder durch gerichtliche oder behördliche Anordnung zur Verhütung schwerwiegender Gefahren für Leben und Gesundheit keine Anwendung finden, trifft die Schulaufsichtsbehörde zur Sicherung von Schul- und Bildungslaufbahnen sowie zur Herstellung der Bildungsgerechtigkeit die unmittelbar notwendigen, von dieser Verordnung abweichenden Regelungen durch Verwaltungsvorschrift.

§ 24

Übergangsregelung bei Wechsel aus dem achtjährigen Bildungsgang in den neunjährigen Bildungsgang am Gymnasium

Für Schülerinnen und Schüler der Klassenstufe 8 des achtjährigen Bildungsgangs im Schuljahr 2023/2024 oder der Klassenstufe 9 des achtjährigen Bildungsgangs im Schuljahr 2024/2025, die nicht versetzt werden oder freiwillig zurücktreten und die aus dem achtjährigen Bildungsgang in den neunjährigen Bildungsgang am Gymnasium wechseln, finden grundsätzlich die Vorschriften dieser Verordnung Anwendung. Abweichend von Satz 1 werden die Zeugnisnoten in den Fächern Informatik und Sozialkunde bei der Versetzungsentscheidung nur berücksichtigt, wenn sie zum Erreichen des Ausgleichs gemäß § 13 beitragen können.

§ 25

Inkrafttreten

Diese Zeugnis- und Versetzungsordnung tritt am 1. August 2023 in Kraft. Sie gilt erstmals für die Schülerinnen und Schüler, die mit Beginn des Schuljahres 2023/2024 in die Klassenstufen 5, 6, 7 des neunjährigen Gymnasiums eintreten und aufsteigend für die nachfolgenden Klassenstufen in den folgenden Schuljahren.



**Verordnung – Schulordnung – über die Stundentafeln
des neunjährigen Gymnasiums (Klassenstufen 5 bis 10)**

Vom 27. Juni 2023 (Amtsbl. I S 479)

§ 1

Anwendungsbereich, allgemeine Grundsätze

(1) Für den Unterricht in den Klassenstufen 5 bis 10 des allgemeinbildenden neunjährigen Gymnasiums – ausgenommen das Deutsch-Französische Gymnasium, das Abendgymnasium und das Saarland-Kolleg – gelten die Stundentafeln gemäß den Anlagen 1 bis 6 je nach Profil der Schule. Für den Unterricht in der Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe (Klassenstufe 11 des neunjährigen Gymnasiums) gelten die Vorgaben gemäß Abschnitt III der Verordnung – Schul- und Prüfungsordnung – über die gymnasiale Oberstufe und die Abiturprüfung im Saarland vom 2. Juli 2007 (Amtsbl. S. 1315), zuletzt geändert durch Artikel 234 des Gesetzes vom 8. Dezember 2021 (Amtsbl. I S. 2629), in der jeweils geltenden Fassung.

(2) Der Fächerkanon und die Anteile der Fächer an der Gesamtwochenstundenzahl in den einzelnen Klassenstufen beziehungsweise Jahrgangsstufen des gymnasialen Bildungsgangs der Sekundarstufen I und II haben das Ziel, die Schülerinnen und Schüler zu einer vertieften Allgemeinbildung, einer wissenschaftspropädeutischen Bildung und einer allgemeinen Studierfähigkeit zu führen. Diesem Ziel dient bereits in der Sekundarstufe I eine Stundenverteilung, bei der dem Erwerb vertiefter Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten in den Fächern Deutsch, Mathematik und Fremdsprache (Kernfächer) eine hohe Bedeutung zukommt. Zum Fächerkanon gehören für alle Schülerinnen und Schüler zudem die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer, die naturwissenschaftlichen Fächer und das Fach Informatik, die künstlerischen Fächer Musik und Bildende Kunst sowie die Fächer Religion/allgemeine Ethik und Sport. Durch die Einrichtung der Sprachenfolgen, durch eine fachspezifische Schwerpunktsetzung ab der Klassenstufe 5 und durch die Ausgestaltung des Profilbereichs ab der Klassenstufe 8 haben die Schulen Möglichkeiten zur Ausprägung eines schulspezifischen Profils.

(3) Beträgt in den Klassenstufen 5 bis 8 in einer Klassenstufe eines öffentlichen Gymnasiums die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die am Religionsunterricht nicht teilnehmen, mindestens 5, beschließt die Schulkonferenz auf Vorschlag der Gesamtkonferenz, ob im Rahmen des Stundenbudgets der Schule gemäß § 15 Absatz 1 Satz 2 und 3 des Schulordnungsgesetzes für diese Schülerinnen und Schüler Unterricht in allgemeiner Ethik erteilt wird. Beträgt ab Klassenstufe 9 in einer Klassenstufe eines öffentlichen Gymnasiums die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die am Religionsunterricht nicht teilnehmen, mindestens 5, so soll gemäß § 15 Absatz 1 Satz 2 und 3 des Schulordnungsgesetzes für diese Schülerinnen und Schüler Unterricht in allgemeiner Ethik erteilt werden.

(4) Die in der jeweiligen Stundentafel als einstündig ausgewiesenen Fächer können innerhalb eines Schuljahres auch epochal – grundsätzlich für die Dauer eines Halbjahres im Umfang von zwei Wochenstunden – unterrichtet werden.

(5) Die Schulkonferenz entscheidet auf Vorschlag der Gesamtkonferenz, in welcher Weise die in der jeweiligen Stundentafel vorgesehenen Wochenstunden auf das Schuljahr zu verteilen sind. Der Stundenausgleich erfolgt spätestens bis zum Ende des Schuljahres. Im Rahmen der erweiterten Selbstständigkeit aller Gymnasien kann die Schulkonferenz auf Vorschlag der Gesamtkonferenz beschließen, den Unterricht im Rahmen des Gesamtzeitumfangs frei zu rhythmisieren.

Über die in Satz 1 genannten Maßnahmen hinaus kann die Schulkonferenz nach Anregung durch die Fachkonferenz und auf Vorschlag der Gesamtkonferenz beschließen, dass Fachstunden und Lehrplaninhalte in benachbarte Klassenstufen verlagert werden. Die Anforderungen des Lehrplans beziehungsweise der Bildungsstandards müssen am Ende eines Zweijahres-Zeitraums erreicht, der Stundenausgleich muss erfolgt sein. Die Anforderungen von zentralen Leistungsüberprüfungen und von Abschlussprüfungen sind zu berücksichtigen.

Im Rahmen der erweiterten Selbstständigkeit aller Gymnasien kann die Schulkonferenz auf Vorschlag der Gesamtkonferenz beschließen, dass aus pädagogischen Gründen vorübergehend die Stundenzahl einzelner Fächer erhöht werden kann, wobei die zusätzlichen Stunden durch vorübergehende Reduzierung in anderen Fächern gewonnen werden können; dabei darf maximal ein Viertel der Wochenstunden eines Faches pro Schuljahr als Kompensation für die Erhöhung des Stundenansatzes eines anderen Faches eingesetzt werden; Satz 6 gilt entsprechend; § 13 Absatz 2 des Schulordnungsgesetzes bleibt unberührt. Die grundlegenden Anforderungen des Bildungsgangs einschließlich des Fächerkanons sind einzuhalten. In Bezug auf die Zuerkennung von Abschlüssen ist zu gewährleisten, dass die für den jeweiligen Bildungsabschluss geltenden Anforderungen zu dem dafür vorgesehenen Zeitpunkt erfüllt sind.

Schulen, die von den Möglichkeiten der in diesem Absatz getroffenen Regelungen Gebrauch machen, berichten hierüber der Schulaufsichtsbehörde.

§ 2

Schulspezifisches Profil, Zweige

(1) Schulen führen Zweige entsprechend ihrem schulspezifischen Profil; dies sind Zweige mit besonderem sprachlichem Profil (Sprachenzweig oder Latein-plus-Zweig), mit naturwissenschaftlichem Profil (Naturwissenschaftlicher Zweig (MINT) oder Biowissenschaftlicher Zweig), mit informatischem Profil (Informatikzweig) oder mit musikalischem Profil (Musikzweig). Die Schulen können auf Antrag der Schulkonferenz mit Zustimmung der Schulaufsichtsbehörde das Zweigangebot einem veränderten Schulprofil anpassen. Dabei können im Rahmen der personellen und räumlichen Möglichkeiten der Schule auch unterschiedliche Zweige nebeneinander geführt werden. Die Schülerinnen und Schüler entscheiden sich am Ende der Klassenstufe 7 für den Besuch eines Zweiges ihrer Wahl aus dem Angebot der Schule; Absatz 3 Satz 3 Nummer 1 Satz 1 und Absatz 7 Satz 4 Nummer 1 Satz 1 bleiben unberührt. Ein Anspruch auf Aufnahme in einen bestimmten Zweig besteht nicht. Mit dem Eintritt in den jeweiligen Zweig ist die Wahl für die Schülerinnen und Schüler bis zum Auslaufen des Zweiges am Ende der Klassenstufe 10 verbindlich; Absatz 7 Satz 4 Nummer 4 Satz 4 bleibt unberührt. Die Möglichkeit der Wahl eines Zweiges bei Wiederholung der Klassenstufe 8 bleibt unberührt.

(2) Der Sprachenzweig eröffnet Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit, neben der ersten und der zweiten Fremdsprache im Profilbereich eine dritte Fremdsprache je nach Angebot der Schule zu erlernen. Beim Angebot einer modernen Fremdsprache als dritter Fremdsprache steht das Ziel der Förderung der Mehrsprachigkeit im Vordergrund. Kulturgeschichtliche und analytische Sprachkompetenzen sollen besonders gefördert werden, wenn die dritte Fremdsprache aus dem Bereich „Alte Sprachen“ – Latein oder Griechisch – angeboten wird.

Für den Sprachenzweig gelten folgende Regelungen:

1. Im Sprachenzweig findet in den Klassenstufen 5 bis 10 Unterricht gemäß der Stundentafel nach Anlage 1 statt. Schülerinnen und Schüler des Sprachenzweiges werden von Klassenstufe 8 bis Klassenstufe 10 in einer dritten Fremdsprache nach dem Angebot der Schule unterrichtet. Die drei Fremdsprachen werden bis zum Ende der Klassenstufe 10 weitergeführt. In den Klassenstufen 8 bis 10 ist die dritte Fremdsprache Profulfach und weiteres schriftliches Fach.
2. Am Ende der Klassenstufe 10 werden der Versetzungsentscheidung die Zeugnisnoten in zwei der drei Fremdsprachen als Noten im Sinne von schriftlichen Fächern zugrunde gelegt. Die Zeugnisnote in der hierbei nicht berücksichtigten Fremdsprache wird dann als Note im Sinne eines schriftlichen Faches bei der Versetzungsentscheidung herangezogen, wenn sie zum Erreichen des Ausgleichs nach den besonderen Grundsätzen zur Versetzung gemäß der Zeugnis- und Versetzungsordnung – Schulordnung – für die Klassenstufen 5 bis 10 des neunjährigen Gymnasiums vom 27. Juni 2023 (Amtsbl. I S. 468) in der jeweils geltenden Fassung beitragen kann; ansonsten wird diese Note als Note im Sinne eines nichtschriftlichen Faches gewertet.
3. In der Klassenstufe 10 wird in den künstlerischen Fächern (Bildende Kunst und Musik) Unterricht im Gesamtumfang von zwei Wochenstunden erteilt. Dabei wählen die Schülerinnen und Schüler gemäß dem Angebot der Schule, ob sie beide Fächer im Umfang von jeweils einer Wochenstunde oder eines der beiden Fächer im Umfang von zwei Wochenstunden belegen.

(3) Im Latein-plus-Zweig werden sprachlich begabte und interessierte Schülerinnen und Schüler schon in Klassenstufe 5 in den beiden Fremdsprachen Latein und Englisch unterrichtet. Durch eine enge Abstimmung des Unterrichts in einer analytischen und einer stärker kommunikativ ausgerichteten Sprache soll das Erlernen beider Sprachen insbesondere in den Klassenstufen 5 bis 7 nachhaltig gefördert werden.

Für den Latein-plus-Zweig gelten folgende Regelungen:

1. Der Latein-plus-Zweig setzt in Klassenstufe 5 ein. Im Latein-plus-Zweig findet in den Klassenstufen 5 bis 10 Unterricht gemäß der Stundentafel nach Anlage 2 statt. Das Fach Latein ist erste Fremdsprache und Profulfach. Das Fach Englisch ist zweite Fremdsprache und wird ab der Klassenstufe 5 durchgängig als schriftliches Fach unterrichtet. Die Schülerinnen und Schüler des Latein-plus-Zweigs belegen von Klassenstufe 8 bis Klassenstufe 10 das Fach Französisch verpflichtend als dritte Fremdsprache und weiteres schriftliches Fach.
2. Im Fach Englisch werden in der Klassenstufe 5 abweichend vom Erlass zur Leistungsbewertung in den Schulen des Saarlandes vom 16. Juli 2016 (Amtsbl. I S. 526), zuletzt geändert durch den Erlass vom 21. Juni 2017 (Amtsbl. I S. 582), in der jeweils geltenden Fassung pro Halbjahr zwei große Leistungsnachweise (GLN) erbracht; die Note im Fach Englisch wird auf dem Halbjahres- und dem Jahreszeugnis ausgewiesen.
3. Am Ende der Klassenstufe 10 werden der Versetzungsentscheidung die Zeugnisnoten von zwei der drei Fremdsprachen als Noten im Sinne von schriftlichen Fächern zugrunde gelegt. Die Zeugnisnote in der hierbei nicht berücksichtigten Fremdsprache wird dann als Note im Sinne eines schriftlichen Faches bei der Versetzungsentscheidung herangezogen, wenn sie zum Erreichen des Ausgleichs nach den besonderen Grundsätzen zur Versetzung gemäß der Zeugnis- und Versetzungsordnung – Schulordnung – für die Klassenstufen 5 bis 10 des neunjährigen Gymnasiums beitragen kann; ansonsten wird diese Note als Note im Sinne eines nichtschriftlichen Faches gewertet.

4. In der Klassenstufe 10 wird in den künstlerischen Fächern (Bildende Kunst und Musik) Unterricht im Gesamtumfang von zwei Wochenstunden erteilt. Dabei wählen die Schülerinnen und Schüler gemäß dem Angebot der Schule, ob sie beide Fächer im Umfang von jeweils einer Wochenstunde oder eines der beiden Fächer im Umfang von zwei Wochenstunden belegen.

(4) Durch die Erhöhung der Unterrichtsanteile der Fächer Physik, Chemie, Biologie sowie Informatik im Naturwissenschaftlichen Zweig (MINT) können Schülerinnen und Schüler mit entsprechender Begabung und besonderem Interesse an naturwissenschaftlicher Bildung besonders gefördert werden. In der für den Profilbereich zur Verfügung stehenden Zeit soll neben einem vertieften Verständnis für naturwissenschaftliche Denkweisen vor allem das praktische Einüben der experimentellen Annäherung an naturwissenschaftliche Fragestellungen im Zentrum stehen.

Für den Naturwissenschaftlichen Zweig (MINT) gelten folgende Regelungen:

1. Im Naturwissenschaftlichen Zweig (MINT) findet in den Klassenstufen 5 bis 10 Unterricht gemäß der Stundentafel nach Anlage 3 statt. Die Fächer Physik, Chemie, Biologie und Informatik sind Profulfächer und werden in den Klassenstufen 8 bis 10 mit erhöhten Stundenanteilen unterrichtet. In den Klassenstufen 8 bis 10 ist das Fach Physik weiteres schriftliches Fach.
2. Am Ende der Klassenstufe 10 werden der Versetzungsentscheidung die Zeugnisnoten des Faches Physik und einer der beiden Fremdsprachen oder die Zeugnisnoten der beiden Fremdsprachen als Noten im Sinne von schriftlichen Fächern zugrunde gelegt. Die Zeugnisnote des hierbei nicht berücksichtigten Faches wird dann als Note im Sinne eines schriftlichen Faches bei der Versetzungsentscheidung herangezogen, wenn sie zum Erreichen des Ausgleichs nach den besonderen Grundsätzen zur Versetzung gemäß der Zeugnis- und Versetzungsordnung – Schulordnung – für die Klassenstufen 5 bis 10 des neunjährigen Gymnasiums beitragen kann; ansonsten wird diese Note als Note im Sinne eines nichtschriftlichen Faches gewertet.
3. In der Klassenstufe 10 wird in den künstlerischen Fächern (Bildende Kunst und Musik) Unterricht im Gesamtumfang von zwei Wochenstunden erteilt. Dabei wählen die Schülerinnen und Schüler gemäß dem Angebot der Schule, ob sie beide Fächer im Umfang von jeweils einer Wochenstunde oder eines der beiden Fächer im Umfang von zwei Wochenstunden belegen.

(5) Naturwissenschaftlich besonders begabte und interessierte Schülerinnen und Schüler sollen im Biowissenschaftlichen Zweig für eine intensivere Beschäftigung mit den Biowissenschaften und den biologischen Techniken motiviert und vertieft an diese Materie herangeführt werden. Die Verbindungen zwischen dem Leitfach Biologie und den verwandten Naturwissenschaften Chemie und Physik werden durch die Unterrichtsinhalte des Biowissenschaftlichen Zweiges widerspiegelt.

Für den Biowissenschaftlichen Zweig gelten folgende Regelungen:

1. Im Biowissenschaftlichen Zweig findet in den Klassenstufen 5 bis 10 Unterricht gemäß der Stundentafel nach Anlage 4 statt. Die Fächer Biologie und Chemie werden in den Klassenstufen 8 bis 10 mit erhöhten Stundenanteilen unterrichtet. In den Klassenstufen 8 bis 10 ist das Fach Biologie Profulfach und weiteres schriftliches Fach. In der Klassenstufe 9 wird das Fach Biologie um das nichtschriftliche Fach „Biologische Techniken“ ergänzt.
2. Am Ende der Klassenstufe 10 werden der Versetzungsentscheidung die Zeugnisnoten des Profulfaches und einer der beiden Fremdsprachen oder die Zeugnisnoten der beiden Fremdsprachen zugrunde gelegt. Die Zeugnisnote des hierbei nicht berücksichtigten Faches wird dann als Note im Sinne eines schriftlichen Faches bei der Versetzungsentscheidung herangezogen, wenn sie zum Erreichen des Ausgleichs nach den besonderen Grundsätzen zur Versetzung gemäß der Zeugnis- und Versetzungsordnung – Schulordnung – für die Klassenstufen 5 bis 10 des neunjährigen Gymnasiums beitragen kann; ansonsten wird diese Note als Note im Sinne eines nichtschriftlichen Faches gewertet.
3. In der Klassenstufe 10 wird in den künstlerischen Fächern (Bildende Kunst und Musik) Unterricht im Gesamtumfang von zwei Wochenstunden erteilt. Dabei wählen die Schülerinnen und Schüler gemäß dem Angebot der Schule, ob sie beide Fächer im Umfang von jeweils einer Wochenstunde oder eines der beiden Fächer im Umfang von zwei Wochenstunden belegen.

(6) Im Informatikzweig werden Schülerinnen und Schülern mit entsprechender Begabung und mit Interesse an informatischen Inhalten fundierte Kenntnisse sowohl in der Theorie als auch in der Praxis der Informatik vermittelt. Auf dem Grundlagenwissen über die Struktur und die Funktionsweise von Informatiksystemen sollen die Schülerinnen und Schüler Handlungs- und Beurteilungskompetenz erwerben.

Für den Informatikzweig gelten folgende Regelungen:

1. Im Informatikzweig findet in den Klassenstufen 5 bis 10 Unterricht gemäß der Stundentafel nach Anlage 5 statt. Die Fächer Informatik, Mathematik und Physik werden in den Klassenstufen 8 bis 10 mit erhöhten Stundenanteilen unterrichtet. Das Fach Informatik setzt in der Klassenstufe 7 ein und ist in den Klassenstufen 8 bis 10 Profulfach und weiteres schriftliches Fach.

2. Am Ende der Klassenstufe 10 werden der Versetzungsentscheidung die Zeugnisnoten des Profulfaches und einer der beiden Fremdsprachen oder die Zeugnisnoten der beiden Fremdsprachen als Noten im Sinne von schriftlichen Fächern zugrunde gelegt. Die Zeugnisnote des hierbei nicht berücksichtigten Faches wird dann als Note im Sinne eines schriftlichen Faches bei der Versetzungsentscheidung herangezogen, wenn sie zum Erreichen des Ausgleichs nach den besonderen Grundsätzen zur Versetzung gemäß der Zeugnis- und Versetzungsordnung – Schulordnung – für die Klassenstufen 5 bis 10 des neunjährigen Gymnasiums beitragen kann; ansonsten wird diese Note als Note im Sinne eines nichtschriftlichen Faches gewertet.
 3. In der Klassenstufe 10 wird in den künstlerischen Fächern (Bildende Kunst und Musik) Unterricht im Gesamtumfang von zwei Wochenstunden erteilt. Dabei wählen die Schülerinnen und Schüler gemäß dem Angebot der Schule, ob sie beide Fächer im Umfang von jeweils einer Wochenstunde oder eines der beiden Fächer im Umfang von zwei Wochenstunden belegen.
- (7) Unterrichtsziel des Musikzweigs ist eine erweiterte und vertiefte Bildung besonders begabter und interessierter Schülerinnen und Schüler im Fach Musik. Dazu gehört neben der Vermittlung qualifizierter musiktheoretischer Kenntnisse eine breite praktische Ausbildung im vokalen und instrumentalen Bereich. Auf diese Weise sollen musikalische Talente und Neigungen frühzeitig erkannt und intensiv gefördert werden.

Für den Musikzweig gelten folgende Regelungen:

1. Der Musikzweig setzt in Klassenstufe 5 ein. Im Musikzweig findet in den Klassenstufen 5 bis 10 Unterricht gemäß der Stundentafel nach Anlage 6 statt. Das Fach Musik wird in den Klassenstufen 5 bis 10 mit erhöhten Stundenanteilen unterrichtet. Das Fach Musik ist in den Klassenstufen 8 bis 10 Profulfach und weiteres schriftliches Fach. Beginnend mit der Klassenstufe 6 sind die Schülerinnen und Schüler des Musikzweigs, die noch kein Instrument beherrschen, verpflichtet, das Spielen mindestens eines Instrumentes außerhalb der Schule zu erlernen und in einem Schulensemble wie Chor oder Orchester mitzuwirken.
2. Am Ende der Klassenstufe 10 werden der Versetzungsentscheidung die Zeugnisnoten des Profulfaches und einer der beiden Fremdsprachen oder die Zeugnisnoten der beiden Fremdsprachen als Noten im Sinne von schriftlichen Fächern zugrunde gelegt. Die Zeugnisnote des hierbei nicht berücksichtigten Faches wird dann als Note im Sinne eines schriftlichen Faches bei der Versetzungsentscheidung herangezogen, wenn sie zum Erreichen des Ausgleichs nach den besonderen Grundsätzen zur Versetzung gemäß der Zeugnis- und Versetzungsordnung – Schulordnung – für die Klassenstufen 5 bis 10 des neunjährigen Gymnasiums beitragen kann; ansonsten wird diese Note als Note im Sinne eines nichtschriftlichen Faches gewertet.
3. Im Musikzweig ist das Fach Bildende Kunst ab Klassenstufe 8 bis zur Klassenstufe 10 verbindlich zu belegen.
4. Vor der Aufnahme in den Musikzweig sind die Erziehungsberechtigten über die besonderen Modalitäten des Zweiges zu informieren. Die Erziehungsberechtigten bestätigen die Kenntnisnahme dieser Regelungen. Ein Wechsel in den Musikzweig ist unter der Voraussetzung einer ausreichenden musikalischen Vorbildung bis zum Beginn der Klassenstufe 8 möglich. Gemäß § 2 Absatz 1 entscheiden die Schülerinnen und Schüler am Ende der Klassenstufe 7 – gegebenenfalls nach Beratung durch die Fachlehrkraft – über den Verbleib im Musikzweig.

§ 3

Notwendige Regelungen bei schwerwiegenden Gefahren für Leben und Gesundheit

Können einzelne Vorschriften dieser Verordnung angesichts eines Gesetzes, aufgrund eines Gesetzes oder durch gerichtliche oder behördliche Anordnung zur Verhütung schwerwiegender Gefahren für Leben und Gesundheit keine Anwendung finden, trifft die Schulaufsichtsbehörde zur Sicherung von Schul- und Bildungslaufbahnen sowie zur Herstellung der Bildungsgerechtigkeit die unmittelbar notwendigen, von dieser Verordnung abweichenden Regelungen durch Verwaltungsvorschrift.

§ 4

Regelung bei Wechsel aus dem achtjährigen Bildungsgang in den neunjährigen Bildungsgang am Gymnasium

Für Schülerinnen und Schüler der Klassenstufe 8 des achtjährigen Bildungsgangs im Schuljahr 2023/2024 oder der Klassenstufe 9 des achtjährigen Bildungsgangs im Schuljahr 2024/2025, die nicht versetzt werden oder freiwillig zurücktreten und die aus dem achtjährigen Bildungsgang in den neunjährigen Bildungsgang am Gymnasium wechseln, finden grundsätzlich die Vorschriften dieser Verordnung Anwendung.

§ 5

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. August 2023 in Kraft. Sie gilt erstmals für die Schülerinnen und Schüler, die mit Beginn des Schuljahres 2023/2024 in die Klassenstufen 5, 6 und 7 des neunjährigen Gymnasiums eintreten und aufsteigend für die nachfolgenden Klassenstufen in den folgenden Schuljahren.

Anlage 1

Studentenafel Sprachenzweig

	Klassenstufe	5	6	7	8	9	10	Stunden/Fach
Kernfächer	Deutsch	5	4	4	3	4	3	23
	1. Fremdsprache (LA)	4	4	3	3	3	3	20
	2. Fremdsprache (EN)	3	3	3	3	3	3	18
	3. Fremdsprache (FR)				4	4	4	12
	Mathematik	5	4	4	3	4	3	23
Naturwissenschaftliche Fächer/Informatik	Informatik			2	2	1	1	6
	Naturwissenschaft/Biologie ¹	2	2	2		1	1	8
	Chemie				2	2	1	5
	Physik			2	2		2	6
Gesellschaftswis- senshaftliche Fächer	Erdkunde		2	2	1		2	7
	Geschichte		2	2		2	2	8
	Sozialkunde				2	1	1	4
Künstlerische Fächer/Religion bzw. allgemeine Ethik/Sport	Religion/allgemeine Ethik	2	2	2	1	1	2	10
	Bildende Kunst	2	2		2	1	2 ²	8 (7/9)
	Musik	2	2	2		1		8 (7/9)
	Sport	2	2	2	2	2	2	12
	Klassenrat	1						1
	Gesamtwochenstunden/Klassenstufe ³	28	28	30	30	30	32	178

¹ Das Fach Naturwissenschaft wird in den Klassenstufen 5 und 6, das Fach Biologie ab Klassenstufe 7 unterrichtet.

² In der Klassenstufe 10 wird in den künstlerischen Fächern (Bildende Kunst und Musik) Unterricht im Gesamtumfang von zwei Wochenstunden erteilt. Dabei wählen die Schülerinnen und Schüler gemäß dem Angebot der Schule, ob sie beide Fächer im Umfang von jeweils einer Wochenstunde oder eines der beiden Fächer im Umfang von zwei Wochenstunden belegen.

³ Gemäß § 1 Absatz 5 Satz 4 sind entsprechend abweichende Gesamtwochenstunden/Klassenstufe möglich.

Anlage 2

Stundentafel Latein-Plus-Zweig

	Klassenstufe	5	6	7	8	9	10	Stunden/Fach
Kernfächer	Deutsch	5	4	4	3	4	3	23
	1. Fremdsprache (LA)	5	4	3	3	3	3	21
	2. Fremdsprache (EN)		4	3	3	3	3	16
	3. Fremdsprache (FR)				4	4	4	12
	Mathematik	5	4	4	3	4	3	23
Naturwissenschaftliche Fächer/Informatik	Informatik			2	2	1	2	7
	Naturwissenschaft/Biologie ¹	2	2	2	2	2	1	11
	Chemie				2	2	3	7
	Physik			2	4	3	3	12
Gesellschafts- wissenschaftliche Fächer	Erdkunde	2		2	1		2	7
	Geschichte		2	2		2	2	8
	Sozialkunde				2	1	1	4
Künstlerische Fächer/Religion bzw. allgemeine Ethik/Sport	Religion/allgemeine Ethik	2	2	2	1	1	2	10
	Bildende Kunst	2	2		2	1	2 ²	8 (7/9)
	Musik	2	2	2		1		8 (7/9)
	Sport	2	2	2	2	2	2	12
	Klassenrat	1						1
	Gesamtwochenstunden/Klassenstufe ³	28	28	30	30	30	32	178

¹ Das Fach Naturwissenschaft wird in den Klassenstufen 5 und 6, das Fach Biologie ab Klassenstufe 7 unterrichtet.

² In der Klassenstufe 10 wird in den künstlerischen Fächern (Bildende Kunst und Musik) Unterricht im Gesamtumfang von zwei Wochenstunden erteilt. Dabei wählen die Schülerinnen und Schüler gemäß dem Angebot der Schule, ob sie beide Fächer im Umfang von jeweils einer Wochenstunde oder eines der beiden Fächer im Umfang von zwei Wochenstunden belegen.

³ Gemäß § 1 Absatz 5 Satz 4 sind entsprechend abweichende Gesamtwochenstunden/Klassenstufe möglich.

Anlage 3

Stundentafel Naturwissenschaftlicher Zweig (MINT)

	Klassenstufe	5	6	7	8	9	10	Stunden/Fach
Kernfächer	Deutsch	5	4	4	3	4	3	23
	1. Fremdsprache (Fr, LA, EN)	5	4	3	3	3	3	21
	2. Fremdsprache		4	3	3	3	3	16
	Mathematik	5	4	4	3	4	3	23
Naturwissenschaftliche Fächer/Informatik	Informatik			2	2	1	2	7
	Naturwissenschaft/Biologie ¹	2	2	2	2	2	1	11
	Chemie				2	2	3	7
	Physik			2	4	3	3	12
Gesellschaftswissenschaftliche Fächer	Erdkunde	2		2	1		2	7
	Geschichte		2	2		2	2	8
	Sozialkunde				2	1	1	4
Künstlerische Fächer/Religion bzw. allgemeine Ethik/Sport	Religion/allgemeine Ethik	2	2	2	1	1	2	10
	Bildende Kunst	2	2		2	1	2 ²	8 (7/9)
	Musik	2	2	2		1		8 (7/9)
	Sport	2	2	2	2	2	2	12
	Klassenrat	1						1
	Gesamtwochenstunden/Klassenstufe ³	28	28	30	30	30	32	178

¹ Das Fach Naturwissenschaft wird in den Klassenstufen 5 und 6, das Fach Biologie ab Klassenstufe 7 unterrichtet.

² In der Klassenstufe 10 wird in den künstlerischen Fächern (Bildende Kunst und Musik) Unterricht im Gesamtumfang von zwei Wochenstunden erteilt. Dabei wählen die Schülerinnen und Schüler gemäß dem Angebot der Schule, ob sie beide Fächer im Umfang von jeweils einer Wochenstunde oder eines der beiden Fächer im Umfang von zwei Wochenstunden belegen.

³ Gemäß § 1 Absatz 5 Satz 4 sind entsprechend abweichende Gesamtwochenstunden/Klassenstufe möglich.

Anlage 4

Stundentafel Biowissenschaftlicher Zweig

	Klassenstufe	5	6	7	8	9	10	Stunden/Fach
Kernfächer	Deutsch	5	4	4	3	4	3	23
	1. Fremdsprache (Fr, LA, EN)	5	4	3	3	3	3	21
	2. Fremdsprache		4	3	3	3	3	16
	Mathematik	5	4	4	3	4	3	23
Naturwissenschaftliche Fächer/Informatik	Informatik			2	2	1	1	6
	Naturwissenschaft/Biologie ¹	2	2	2	4	3	3	16
	Biologische Techniken					2		2
	Chemie				2	2	3	7
	Physik			2	2	0	2	6
Gesellschaftswissenschaftliche Fächer	Erdkunde	2		2	1		2	7
	Geschichte		2	2		2	2	8
	Sozialkunde				2	1	1	4
Künstlerische Fächer/Religion bzw. allgemeine Ethik/Sport	Religion/allgemeine Ethik	2	2	2	1	1	2	10
	Bildende Kunst	2	2		2	1	2 ²	8 (7/9)
	Musik	2	2	2		1		8 (7/9)
	Sport	2	2	2	2	2	2	12
	Klassenrat	1						1
Gesamtwochenstunden/Klassenstufe ³		28	28	30	30	30	32	178

¹ Das Fach Naturwissenschaft wird in den Klassenstufen 5 und 6, das Fach Biologie ab Klassenstufe 7 unterrichtet.

² In der Klassenstufe 10 wird in den künstlerischen Fächern (Bildende Kunst und Musik) Unterricht im Gesamtfumfang von zwei Wochenstunden erteilt. Dabei wählen die Schülerinnen und Schüler gemäß dem Angebot der Schule, ob sie beide Fächer im Umfang von jeweils einer Wochenstunde oder eines der beiden Fächer im Umfang von zwei Wochenstunden belegen.

³ Gemäß § 1 Absatz 5 Satz 4 sind entsprechend abweichende Gesamtwochenstunden/Klassenstufe möglich.

Anlage 5

Studentenafel Informatikzweig

	Klassenstufe	5	6	7	8	9	10	Stunden/Fach
Kernfächer	Deutsch	5	4	4	3	4	3	23
	1. Fremdsprache (Fr, LA, EN)	5	4	3	3	3	3	21
	2. Fremdsprache		4	3	3	3	3	16
	Mathematik	5	4	4	5	4	3	25
Naturwissenschaftliche Fächer/Informatik	Informatik			2	4	4	4	14
	Naturwissenschaft/Biologie ¹	2	2	2		1	1	8
	Chemie				2	2	1	5
	Physik			2	2	2	2	8
Gesellschaftswis- sensschaftliche Fächer	Erdkunde	2		2	1		2	7
	Geschichte		2	2		2	2	8
	Sozialkunde				2	1	1	4
Künstlerische Fächer/Religion bzw. allgemeine Ethik/Sport	Religion/allgemeine Ethik	2	2	2	1	1	2	10
	Bildende Kunst	2	2		2	1	2 ²	8 (7/9)
	Musik	2	2	2		1		8 (7/9)
	Sport	2	2	2	2	2	2	12
	Klassenrat	1						1
	Gesamtwochenstunden/Klassenstufe ³	28	28	30	30	30	32	178

¹ Das Fach Naturwissenschaft wird in den Klassenstufen 5 und 6, das Fach Biologie ab Klassenstufe 7 unterrichtet.

² In der Klassenstufe 10 wird in den künstlerischen Fächern (Bildende Kunst und Musik) Unterricht im Gesamtumfang von zwei Wochenstunden erteilt. Dabei wählen die Schülerinnen und Schüler gemäß dem Angebot der Schule, ob sie beide Fächer im Umfang von jeweils einer Wochenstunde oder eines der beiden Fächer im Umfang von zwei Wochenstunden belegen.

³ Gemäß § 1 Absatz 5 Satz 4 sind entsprechend abweichende Gesamtwochenstunden/Klassenstufe möglich.

Anlage 6

Stundentafel Musikzweig

	Klassenstufe	5	6	7	8	9	10	Stunden/Fach
Kernfächer	Deutsch	5	4	4	3	4	3	23
	1. Fremdsprache (Fr, LA, EN)	5	4	3	3	3	3	21
	2. Fremdsprache		4	3	3	3	3	16
	Mathematik	5	4	4	3	4	3	23
Naturwissenschaftliche Fächer/Informatik	Informatik			2	2	1	1	6
	Naturwissenschaft/Biologie ¹	2	2	2		1	1	8
	Chemie				2	2	1	5
	Physik			2	2		2	6
Gesellschaftswis- senschaftliche Fächer	Erdkunde	2		2	1		2	7
	Geschichte		2	2		2	2	8
	Sozialkunde				2	1	1	4
Künstlerische Fächer/Religion bzw. allgemeine Ethik/Sport	Religion/allgemeine Ethik	2	2	2	1	1	2	10
	Bildende Kunst	2	2		2	1	1	8
	Musik	3	3	2	4	4	4	20
	Sport	2	2	2	2	2	2	12
	Klassenrat	1						1
	Verpflichtende Musik-AG (Instrumentalspiel)	1	1	1	1	1	1	[6]
	Gesamtwochenstunden/Klassenstufe ² (ohne Musik-AG)	28	28	30	30	30	32	178

¹ Das Fach Naturwissenschaft wird in den Klassenstufen 5 und 6, das Fach Biologie ab Klassenstufe 7 unterrichtet.

² Gemäß § 1 Absatz 5 Satz 4 sind entsprechend abweichende Gesamtwochenstunden/Klassenstufe möglich.

**Verordnung – Schulordnung –
über das neunjährige Gymnasium mit bilinguaalem Zug**
Vom 7. Juni 2023 (Amtsbl. I S 502)

§ 1**Zielsetzung**

Bilinguale Züge an Gymnasien haben das übergeordnete Ziel einer nachhaltigen Förderung der fremdsprachlichen, interkulturellen und kommunikativen Kompetenz der Schülerinnen und Schüler durch besondere Unterrichtsverfahren und geeignete schulorganisatorische Maßnahmen. Hierzu gehören

1. Unterricht in der Fremdsprache mit erhöhter Wochenstundenzahl nach Maßgabe der für Gymnasien mit bilinguaalem Zug geltenden Stundentafeln,
2. fremdsprachiger Unterricht vor allem in den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern Erdkunde, Geschichte, Sozialkunde,
3. das Einbeziehen von begegnungspädagogischen Maßnahmen und Intensivlernphasen in den Lernprozess.

§ 2**Stundentafeln für die Klassenstufen 5 bis 10**

(1) Für den Unterricht in den Klassenstufen 5 bis 10 des bilingualen Zuges im neunjährigen Gymnasium gilt die Stundentafel gemäß Anlage 1.

(2) Neben dem fremdsprachigen Unterricht in den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern Erdkunde, Geschichte, Sozialkunde kann das bilinguale Angebot einer Schule durch zeitlich begrenzte Unterrichtseinheiten oder durchgängig durch fremdsprachigen Unterricht in weiteren Fächern, wie zum Beispiel Physik, Biologie, Bildende Kunst, Musik oder Sport ergänzt werden. Der fremdsprachige Unterricht in einem der gesellschaftswissenschaftlichen Fächer kann nach Wahl der Schule im Rahmen der personellen Möglichkeiten und der Verfügbarkeit von entsprechenden Lehrplänen durch den fremdsprachigen Unterricht in einem naturwissenschaftlichen Fach ersetzt werden; in diesem Fall wird der Unterricht in dem gesellschaftswissenschaftlichen Fach in deutscher Sprache erteilt.

(3) In den Klassenstufen 5 und 6 wird der Sprachunterricht in der ersten Fremdsprache jeweils durch einen einstündigen Zusatzunterricht ergänzt. Er dient der sprachlichen Vorbereitung auf den in der Klassenstufe 7 einsetzenden fremdsprachigen Sachfachunterricht. In Klassenstufe 8 wird das Fach Erdkunde zweistündig unterrichtet.

(4) § 1 Absätze 4 und 5 der Verordnung - Schulordnung - über die Stundentafeln des neunjährigen Gymnasiums (Klassenstufen 5 bis 10) vom 27. Juni 2023 (Amtsbl. I S. 468) finden entsprechende Anwendung.

§ 3**Lehrkräfte**

Die den fremdsprachigen Unterricht in einem Sachfach erteilenden Lehrkräfte müssen grundsätzlich die Lehrbefähigung für das jeweilige Sachfach und entweder die Lehrbefähigung für die Fremdsprache besitzen oder diese als Muttersprache sprechen oder über eine Sprachkompetenz in dieser Sprache verfügen, die der einer ausgebildeten Fremdsprachenlehrkraft entspricht.

§ 4**Lehrpläne**

Der Unterricht in den fremdsprachig unterrichteten Sachfächern wird nach den für den bilingualen Unterricht geltenden Lehrplänen erteilt. Der fremdsprachig erteilte Sachfachunterricht ist kein um Sachfachinhalte erweiterter Fremdsprachenunterricht, sondern er orientiert sich an den didaktischen und methodischen Prinzipien des jeweiligen Sachfaches.

§ 5**Beauftragte Lehrkraft für den bilingualen Unterricht**

Die Schulleiterin oder der Schulleiter beauftragt eine im bilingualen Unterricht eingesetzte Lehrkraft mit der Organisation des bilingualen Zuges, wobei es sich um eine Lehrkraft handeln sollte, die an der Schule bereits ein Funktionsamt ausübt. Diese Lehrkraft übernimmt Aufgaben der Koordinierung, Beratung und Unterrichtsorganisation sowie die Betreuung au-

berunterrichtlicher Angebote. Sie berät die Schulleitung in fachdidaktischen, fachmethodischen und den Unterrichtseinsatz der Lehrkräfte betreffenden Fragen und koordiniert die Arbeit der vom bilingualen Unterricht betroffenen Fachkonferenzen.

§ 6

Einrichtung bilingualer Züge, Zulassung, Klassenbildung

- (1) Die Einrichtung eines bilingualen Zuges bedarf der Genehmigung durch die Schulaufsichtsbehörde.
- (2) Fremdsprache des bilingualen Unterrichts kann nur eine in der Klassenstufe 5 des betreffenden Gymnasiums als erste Pflichtfremdsprache angebotene moderne Fremdsprache sein.
- (3) Aus der Teilnahme am Zusatzunterricht in den Klassenstufen 5 und 6 kann ein Anspruch, auch in den folgenden Klassenstufen am Unterricht des bilingualen Zuges teilzunehmen, nicht hergeleitet werden; die Eltern sind bei der Anmeldung ihres Kindes vor Aufnahme in die Schule entsprechend zu informieren und zu beraten. Am Ende der Klassenstufe 6 können die Schülerinnen und Schüler für den ab Klassenstufe 7 einsetzenden bilingualen Unterricht angemeldet werden; die Schülerinnen und Schüler sowie ihre Eltern sind vorher zu beraten. Über die Zulassung entscheidet die Schulleiterin oder der Schulleiter nach Anhörung der Klassenkonferenz und der mit der Organisation des bilingualen Zuges beauftragten Lehrkraft unter Berücksichtigung von Sprachbegabung, Leistungsvermögen, Leistungsbereitschaft und Lernverhalten. Dem Leistungsbild im Fremdsprachenunterricht einschließlich des Zusatzunterrichts sowie im Deutschunterricht und dem Unterricht in dem in Klassenstufe 7 fremdsprachig unterrichteten Sachfach kommt dabei ein höherer Stellenwert zu als dem in anderen Fächern. Schülerinnen und Schülern, die in den Klassenstufen 5 und 6 nicht am Zusatzunterricht in der Fremdsprache teilgenommen haben, kann die Schulleiterin oder der Schulleiter die Teilnahme am bilingualen Sachfachunterricht ab der Klassenstufe 7 gestatten, wenn dies die Klassenkonferenz auf Antrag der Erziehungsberechtigten empfiehlt; das Leistungsbild der Schülerin oder des Schülers muss dabei eine erfolgreiche Teilnahme am bilingualen Zug erwarten lassen.
- (4) Auch für Gymnasien mit bilingualem Zug gilt die Verordnung über die Festlegung der Werte für die Klassen-, Gruppen- und Kursbildung und über Schüler-Lehrer-Relationen vom 19. Juli 1996 (Amtsbl. S. 723), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 30. Juni 2020 (Amtsbl. I S. 609), in der jeweils geltenden Fassung. Die sich danach ergebende Anzahl der Klassen, Gruppen und Kurse darf sich durch den bilingualen Zug nicht erhöhen.

§ 7

Teilnahme der Schülerin oder des Schülers

- (1) Eine Schülerin oder ein Schüler, die oder der zum bilingualen Zug ab Klassenstufe 7 zugelassen wurde, nimmt in der Regel an diesem Unterricht bis zum Ende der Klassenstufe 10 teil.
- (2) Auf Antrag kann die Schülerin oder der Schüler am Ende eines Schuljahres aus dem bilingualen Zug ausscheiden, wenn besondere Gründe dies rechtfertigen. Die Entscheidung hierüber trifft die Schulleiterin oder der Schulleiter im Benehmen mit der Klassenkonferenz und der mit der Organisation des bilingualen Unterrichtes beauftragten Lehrkraft.

§ 8

Intensivlernphase

Mindestens einmal im Schuljahr wird mit den Schülerinnen und Schülern des bilingualen Zuges ab Klassenstufe 7 eine mehrtägige Intensivlernphase in der Fremdsprache durchgeführt, die nach Möglichkeit begegnungspädagogische Aspekte berücksichtigt sowie ab Klassenstufe 8 auch eine berufspraktische Orientierung beinhalten kann. Insbesondere die Auseinandersetzung mit anderen Kulturen und Gesellschaften leistet hierbei einen besonderen Beitrag zur interkulturellen Erziehung, zur Vermittlung landeskundlicher Kenntnisse und zum Erwerb von vertieften Sprachkenntnissen der Schülerinnen und Schüler.

§ 9

Leistungsbewertung

Bei der Bewertung der Leistungen in den fremdsprachig unterrichteten Sachfächern sind nur die fachlichen Leistungen zu beurteilen. Führt fehlerhafte oder fachsprachlich unangemessene Sprachproduktion zu eingeschränkten fachlichen Leistungen, so ist dies wie im deutschsprachig geführten Sachfachunterricht bei der Bewertung und Benotung zu berücksichtigen.

§ 10

Zeugnisse

- (1) Die Leistungen im Zusatzunterricht in den Klassenstufen 5 und 6 können in verbaler Form auf dem Zeugnis unter „Bemerkungen“ beurteilt werden.
- (2) Die Teilnahme am Unterricht des bilingualen Zuges ab Klassenstufe 7 wird auf dem Zeugnis unter „Bemerkungen“ vermerkt.
- (3) Zusätzlich zu den Jahreszeugnissen der Klassenstufen 9 und 10 erhalten die Schülerinnen und Schüler des bilingualen Zuges ein Zertifikat nach dem Muster der Anlage 2.1 oder 2.2. Sie erhalten außerdem eine Übersetzung dieses Zertifikats in der jeweiligen Fremdsprache, wobei das hierzu von der Schulaufsichtsbehörde vorgeschriebene Muster zu verwenden ist.

§ 11

Regelungen für die Sekundarstufe II

- (1) Schülerinnen und Schüler des bilingualen Zuges führen ihre erste Fremdsprache in der Einführungsphase weiter und belegen in den Jahrgangsstufen 12 und 13 die erste Fremdsprache als Kurs auf erhöhtem Anforderungsniveau (L-Kurs). Die Schülerinnen und Schüler des bilingualen Zuges führen die in der Sekundarstufe I fremdsprachig unterrichteten Sachfächer in der Einführungsphase fremdsprachig weiter und belegen in den Jahrgangsstufen 12 und 13 ein Sachfach als bilingual unterrichtetes Unterrichtsfach auf grundlegendem Anforderungsniveau (G-Kurs). Für die Kursbildung gelten die Vorschriften der Verordnung - Schul- und Prüfungsordnung - über die gymnasiale Oberstufe und die Abiturprüfung im Saarland (GOS-VO) vom 2. Juli 2007 (Amtsbl. S. 1315), zuletzt geändert durch Artikel 234 des Gesetzes vom 8. Dezember 2021 (Amtsbl. I S. 2629), in der jeweils geltenden Fassung.
- (2) Für die Bewertung der Leistungen im fremdsprachig erteilten Unterricht gilt § 9.
- (3) Auf den Zeugnissen ist zu vermerken, welche Fächer fremdsprachig unterrichtet wurden.

§ 12

Regelungen für das Abitur

- (1) Ist ein in der gymnasialen Oberstufe ausschließlich fremdsprachig unterrichtetes Sachfach Abiturprüfungsfach, so wird die Prüfung grundsätzlich in der Fremdsprache durchgeführt. Näheres regeln die allgemeinen Prüfungsanforderungen für die Abiturprüfung in den bilingualen Sachfächern.
- (2) Auf dem Abiturzeugnis wird die Teilnahme am Unterricht des bilingualen Zuges vermerkt.
- (3) Zusätzlich zum Abiturzeugnis erhalten die Schülerinnen und Schüler des neunjährigen Gymnasiums ein Zertifikat nach dem Muster der Anlage 3.1 oder 3.2, in dem die Teilnahme am Unterricht in der Fremdsprache des bilingualen Zuges und am bilingualen Sachfachunterricht sowie gegebenenfalls in bilingualen Sachfächern in der Fremdsprache erbrachte schriftliche und/oder mündliche Prüfungsleistungen bescheinigt werden; § 10 Absatz 3 Satz 2 gilt entsprechend. Sie erhalten außerdem eine Übersetzung dieses Zertifikats in der jeweiligen Fremdsprache, wobei das hierzu von der Schulaufsichtsbehörde vorgeschriebene Muster zu verwenden ist.

§ 13

Notwendige Regelungen bei schwerwiegenden Gefahren für Leben und Gesundheit

Können einzelne Vorschriften dieser Verordnung angesichts eines Gesetzes, aufgrund eines Gesetzes oder durch gerichtliche oder behördliche Anordnung zur Verhütung schwerwiegender Gefahren für Leben und Gesundheit keine Anwendung finden, trifft die Schulaufsichtsbehörde zur Sicherung von Schul- und Bildungslaufbahnen sowie zur Herstellung der Bildungsgerechtigkeit die unmittelbar notwendigen, von dieser Verordnung abweichenden Regelungen durch Verwaltungsvorschrift.

§ 14

Regelung bei Wechsel aus dem achtjährigen Bildungsgang in den neunjährigen Bildungsgang am Gymnasium

Für Schülerinnen und Schüler der Klassenstufe 8 des achtjährigen Bildungsgangs im Schuljahr 2023/2024 oder der Klassenstufe 9 des achtjährigen Bildungsgangs im Schuljahr 2024/2025, die nicht versetzt werden oder freiwillig zurücktreten und die aus dem achtjährigen Bildungsgang in den neunjährigen Bildungsgang am Gymnasium wechseln, finden grundsätzlich die Vorschriften dieser Verordnung Anwendung.

§ 15

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. August 2023 in Kraft. Sie gilt aufsteigend, erstmals für die Schülerinnen und Schüler, die sich im Schuljahr 2023/2024 in den Klassenstufen 5, 6, und 7 des Gymnasiums befinden.

Anlage 1

Stundentafel des neunjährigen Gymnasiums mit bilinguaalem Zug
(im Schuljahr 2023/2024 für die Klassenstufen 5, 6 und 7 und aufsteigend für die nachfolgenden Klassenstufen in den folgenden Schuljahren)

	Klassenstufe	5	6	7	8	9	10	Stunden/Fach
Kernfächer	Deutsch	5	4	4	3	4	3	23
	1. Fremdsprache (Fr, EN)	5+1	4+1	3	3	3	3	23
	2. Fremdsprache		4	3	3	3	3	16
	Mathematik	5	4	4	3	4	3	23
Naturwissenschaftliche Fächer/Informatik	Informatik			2	2	1	1	6
	Naturwissenschaft/Biologie ¹	2	2	2		1	1	8
	Chemie				2	2	1	5
	Physik			2	2		2	6
Gesellschaftswis- sensschaftliche Fächer	Erdkunde	2		2 ²	2 ²		2 ²	8
	Geschichte		2	2		2 ²	2 ²	8
	Sozialkunde				2 ²	2 ²		4
Künstlerische Fächer/Religion bzw. allgemeine Ethik/Sport	Religion/allgemeine Ethik	2	2	2	1	1	2	10
	Bildende Kunst	2	2		2	1	2 ³	8 (7/9)
	Musik	2	2	2		1		8 (7/9)
	Sport	2	2	2	2	2	2	12
	Klassenrat	1						1
	Gesamtwochenstunden/Klassenstufe ⁴	29	29	30	31	31	31	181

¹ Das Fach Naturwissenschaft wird in den Klassenstufen 5 und 6, das Fach Biologie ab Klassenstufe 7 unterrichtet.

² Diese Fächer werden - vorbehaltlich der Regelung in § 2 Absatz 2 - fremdsprachig unterrichtet.

³ In der Klassenstufe 10 wird in den künstlerischen Fächern (Bildende Kunst und Musik) Unterricht im Gesamumfang von zwei Wochenstunden erteilt. Dabei wählen die Schülerinnen und Schüler gemäß dem Angebot der Schule, ob sie beide Fächer im Umfang von jeweils einer Wochenstunde oder eines der beiden Fächer im Umfang von zwei Wochenstunden belegen.

⁴ Gemäß § 2 Absatz 4 in Verbindung mit § 1 Absatz 5 Satz 4 der Verordnung - Schulordnung - über die Stundentafeln des neunjährigen Gymnasiums (Klassenstufen 5 bis 10) vom 27. Juni 2023 (Amtsbl. I S. 468) in der jeweils geltenden Fassung sind entsprechend abweichende Gesamtwochenstunden/Klassenstufe möglich.

**Verordnung – Schul- und Prüfungsordnung –
über die gymnasiale Oberstufe und die Abiturprüfung im Saarland (GOS-VO)**
Vom 2. Juli 2007 – zuletzt geändert am 8. Dezember 2021 (Amtsbl. I S. 2629)

Inhaltsverzeichnis**Abschnitt I -****Geltungsbereich**

§ 1 Schulen des Geltungsbereichs

Abschnitt II -**Allgemeine Bestimmungen**

§ 2 Grundlagen und Zielsetzungen

§ 3 Gesamtqualifikation als Voraussetzung für die Zuerkennung der Allgemeinen Hochschulreife

§ 4 Gliederung der Oberstufe

§ 5 Verweildauer in der Oberstufe

§ 6 Unterrichtung der Schüler/Schülerinnen über die Regelungen für die Oberstufe und die Abiturprüfung

Abschnitt III**Einführungsphase**

§ 7 Voraussetzungen für den Eintritt in die Einführungsphase; verkürzter Durchgang durch die Einführungsphase, Schulwechsel im Verlauf der gymnasialen Oberstufe

§ 8 Zielsetzung und Gestaltung der Einführungsphase

§ 9 Stundentafel

Abschnitt IV**Hauptphase****a) Zulassung zur Hauptphase**

§ 10 Voraussetzungen für die Zulassung

§ 11 Nichtzulassung, Wiederholung der Einführungsphase

b) Gestaltung der Hauptphase

§ 12 Kurssystem

§ 13 Leistungskurse

§ 14 Grundkurse

§ 15 Seminarfach, besondere Lernleistung

§ 16 Kursangebot, Kursfrequenzen; Kooperation von Schulen

c) Fächerwahl, Teilnahme am Unterricht

§ 17 Pflichtfächer und Fächerwahl

§ 18 Verfahren zur Wahl der Fächer

§ 19 Teilnahme am Unterricht

d) Wiederholung in der Hauptphase

§ 20 Freiwilliges Zurücktreten

§ 21 Wiederholung von Kursen bei Nichtzulassung zur Abiturprüfung und bei Nichtbestehen der Abiturprüfung

e) Zuständigkeiten in der Hauptphase

§ 22 Tutor/Tutorin

§ 23 Konferenzen

Abschnitt V

Leistungsfeststellung in der Einführungs- und Hauptphase, Notensystem, Zeugnisse

§ 24 Leistungsnachweise

§ 25 Notensystem

§ 26 Zeugnisse

Abschnitt VI

Erwerb des schulischen Teils der Fachhochschulreife in der gymnasialen Oberstufe

§ 27 Schulischer Teil der Fachhochschulreife

Abschnitt VII

Abiturprüfung

a) Allgemeine Bestimmungen

§ 28 Zweck und Umfang der Prüfung

§ 29 Gliederung, Ort und Zeit der Prüfung

§ 30 Teilnahme an der Prüfung; Nachteilsausgleich

§ 31 Abiturprüfungskommission

§ 32 Prüfungsfachausschüsse

§ 33 Einsendung von Prüfungsunterlagen

§ 34 Wahl der Prüfungsfächer, Meldung zur Prüfung

§ 35 Zulassungsvoraussetzungen, Qualifikation im Kursbereich

§ 36 Entscheidung über die Zulassung

b) Schriftliche Prüfung, fach-/sportpraktische Prüfung

§ 37 Gegenstand und Umfang der schriftlichen Prüfung und der fach-/sport- praktischen Prüfung

§ 38 Bearbeitungszeit, Prüfungsaufgaben

§ 39 Auswahl der Prüfungsaufgaben

§ 40 Durchführung der schriftlichen Prüfung

§ 41 Beurteilung der Prüfungsarbeiten, Beurteilung der Prüfung in Sport

§ 42 Bekanntgabe der Ergebnisse der schriftlichen Prüfung und ggfls. des fach-/sportpraktischen Prüfungsteils

c) Mündliche Prüfung

§ 43 Beantragung einer zusätzlichen mündlichen Prüfung

§ 44 Zulassungsvoraussetzungen

§ 45 Entscheidung über die Zulassung

§ 46 Fächer der mündlichen Prüfung

§ 47 Äußere Vorbereitung der mündlichen Prüfung

§ 48 Vorberatung zur Eröffnung der mündlichen Prüfung

§ 49 Durchführung der mündlichen Prüfung

d) Abschluss der Prüfung

§ 50 Festsetzung der Prüfungsergebnisse in den Prüfungsfächern

§ 51 Qualifikation im Abiturbereich

e) Gesamtqualifikation, Durchschnittsnote, Zuerkennung der Allgemeinen Hochschulreife

§ 52 Gesamtqualifikation

§ 53 Bekanntgabe der Entscheidungen

§ 54 Zeugnis

f) Besondere Bestimmungen

§ 55 Wiederholung der Prüfung

§ 56 Täuschungsversuche, Verstöße gegen die Ordnung, Leistungsverweigerung

§ 57 Verschwiegenheit

Abschnitt VIII

Teilnahme von Externen an der Abiturprüfung

§ 58 Zulassungsvoraussetzungen

§ 59 Zulassungsverfahren

§ 60 Gegenstand und Umfang der Prüfung

§ 61 Durchführung des ersten Prüfungsteils

§ 62 Feststellung des Ergebnisses des ersten Prüfungsteils, Zulassung zum zweiten Prüfungsteil

§ 63 Durchführung des zweiten Prüfungsteils, Feststellung des Ergebnisses

§ 64 Voraussetzungen für das Bestehen der Abiturprüfung, Feststellung der Gesamtqualifikation und der Durchschnittsnote, Zuerkennung der Allgemeinen Hochschulreife, Zeugnis

§ 65 Latinum und Graecum bei der Teilnahme von Externen an der Abiturprüfung

§ 66 Wiederholung der Prüfung

Abschnitt IX

Latinum und Graecum

a) Nachweis und Voraussetzungen

§ 67 Nachweis

§ 68 Großes Latinum

§ 69 Latinum

§ 70 Graecum

b) Ergänzungsprüfung

§ 71 Zeitpunkt

§ 72 Prüfungskommission

§ 73 Meldung zur Prüfung, Zulassung zur schriftlichen Prüfung

§ 74 Durchführung der schriftlichen Prüfung

§ 75 Ergebnis der schriftlichen Prüfung, Zulassung zur mündlichen Prüfung

§ 76 Durchführung der mündlichen Prüfung

§ 77 Festsetzung der Endnote, Voraussetzungen für das Bestehen

§ 78 Zeugnis

§ 79 Besondere Bestimmungen

§ 80 Wiederholung der Prüfung

Abschnitt X

Übertritt von Schülern/Schülerinnen aus anderen Ländern, Schüleraustausch

§ 81 Übertritt von Schülern/Schülerinnen aus anderen Ländern

§ 82 Schüleraustausch

Abschnitt XI

Übergangs- und Schlussvorschriften

§ 82a Notwendige Regelungen bei schwerwiegenden Gefahren für Leben und Gesundheit

§ 83 Inkrafttreten, Übergangsregelung

§ 84 Außerkrafttreten

Abschnitt I

Geltungsbereich

§ 1

Schulen des Geltungsbereichs

(1) Diese Verordnung gilt für die gymnasiale Oberstufe an öffentlichen Gymnasien und Gemeinschaftsschulen sowie für die gymnasiale Oberstufe mit berufsbezogenen Fachrichtungen an öffentlichen Berufsbildungszentren. Als gymnasiale Oberstufe mit berufsbezogenen Fachrichtungen im Sinne dieser Verordnung gelten auch das Technisch-Wissenschaftliche Gymnasium und das Wirtschaftswissenschaftliche Gymnasium. Vom Geltungsbereich ausgeschlossen sind das Deutsch-Französische Gymnasium, das Abendgymnasium und das Saarland-Kolleg.

(2) Die Verordnung gilt gemäß § 18 Abs. 2 und 3 des Privatschulgesetzes (PrivSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Mai 1985 (Amtsbl. S. 610), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 16. November 2011 (Amtsbl. I S. 422), in der jeweils geltenden Fassung, auch für die den in Absatz 1 genannten Schulen entsprechenden staatlich anerkannten privaten Ersatzschulen.

(3) Ergänzende Regelungen für die gymnasiale Oberstufe mit berufsbezogenen Fachrichtungen bleiben unberührt.

Abschnitt II

Allgemeine Bestimmungen

§ 2

Grundlagen und Zielsetzungen

(1) Die gymnasiale Oberstufe hat zum Ziel, eine vertiefte Allgemeinbildung, die allgemeine Studierfähigkeit sowie eine wissenschaftspropädeutische Bildung zu vermitteln; zugleich fördert sie den Eintritt in andere Berufsbildungen. Diesem Ziel dient ein Unterricht, bei dem vertieften Kenntnissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten in den Fächern Deutsch, Mathematik und Fremdsprache (Kernfächer) sowie in dem beruflichen Profulfach eine besondere Bedeutung zukommt; daneben bleibt den Schülern/Schülerinnen die Möglichkeit der Setzung von Schwerpunkten entsprechend ihrer Neigung, Begabung und Leistungsbereitschaft im Rahmen des schulischen Angebotes. Das Ziel der gymnasialen Oberstufe erfordert zudem eine an den Werten des Grundgesetzes und der Verfassung des Saarlandes orientierte Erziehung, die zur Persönlichkeitsentwicklung und -stärkung, zur Gestaltung des Lebens in sozialer Verantwortung sowie zur Mitwirkung in der demokratischen Gesellschaft befähigt.

(2) Der Unterricht in der gymnasialen Oberstufe führt in wissenschaftliche Fragestellungen, Kategorien und Methoden ein. Die sichere Beherrschung eines fachlichen Grundlagenwissens ist dabei Voraussetzung für das Erschließen von Zusammenhängen zwischen Wissensbereichen. Fachübergreifendes und fächerverbindendes Lernen ergänzen den fachbezogenen, zum Erwerb der Allgemeinen Hochschulreife erforderlichen Aufbau strukturierten Wissens, sichern den Blick für Zusammenhänge zwischen Wissensbereichen und fördern die hierfür notwendigen Arbeitsformen; fachübergreifende Lernformen sind daher unverzichtbare Bestandteile des Unterrichts in der gymnasialen Oberstufe. Der Unterricht strebt zugleich mit dem Erwerb eines inhaltlich spezifischen und strukturierten Wissens die Fähigkeit an, selbständig zu lernen, zu arbeiten und über das eigene Lernen, Denken, Urteilen und Handeln zu reflektieren. Er soll Phantasie und Kreativität ebenso fördern wie Konzentrationsfähigkeit, Genauigkeit und Ausdauer als allgemein wichtige Verhaltensweisen des Lernens und Arbeitens.

(3) Für die Ausprägung der Studierfähigkeit sind drei Kompetenzbereiche von herausgehobener Bedeutung:

- die sprachliche Ausdrucksfähigkeit, insbesondere in Form der schriftlichen Darlegung,
- das verständige Lesen komplexer deutscher und fremdsprachiger Texte,
- der sichere Umgang mit mathematischen Symbolen und Modellen.

Es ist grundsätzlich Aufgabe aller Fächer, den Erwerb dieser Kompetenzen sicherzustellen; den Kernfächern kommt dabei eine besondere Bedeutung zu.

Lernstrategien und die Vermittlung von Arbeitsweisen zur systematischen Beschaffung, Strukturierung, Nutzung und Präsentation von Informationen und Materialien, insbesondere unter Nutzung der neuen Medien, unterstützen Selbständigkeit und Eigenverantwortlichkeit, Team- und Kommunikationsfähigkeit, Entscheidungsfähigkeit und die Fähigkeit zur realistischen Einschätzung der eigenen Kompetenzen und Möglichkeiten.

(4) Die Unterrichts- und Erziehungsarbeit in der gymnasialen Oberstufe schließt eine angemessene Information über die Hochschule, über Berufsfelder sowie Strukturen und Anforderungen des Studiums und der Berufs- und Arbeitswelt ein.

§ 3

Gesamtqualifikation als Voraussetzung für die Zuerkennung der Allgemeinen Hochschulreife

Dem Schüler/Der Schülerin, der/die an der Abiturprüfung teilgenommen hat, wird nach Maßgabe des § 52 die Allgemeine Hochschulreife zuerkannt, wenn er/sie die geforderten Leistungsnachweise in der Hauptphase und in der Abiturprüfung als Teile der Gesamtqualifikation erbringt.

§ 4

Gliederung der Oberstufe

(1) Die gymnasiale Oberstufe umfasst drei Jahrgangsstufen; sie gliedert sich in die einjährige Einführungsphase und in die zweijährige Hauptphase.

(2) Die Hauptphase gliedert sich in vier Schulhalbjahre. In ihrem Verlauf sind die Leistungsnachweise im vorgeschriebenen Umfang zu erbringen, die Voraussetzung für die Zulassung zu der am Ende des vierten Halbjahres stattfindenden schriftlichen und mündlichen Abiturprüfung sind.

§ 5

Verweildauer in der Oberstufe

Die Dauer des Besuchs der Oberstufe beträgt für den einzelnen Schüler/die einzelne Schülerin mindestens zweieinhalb und höchstens vier Jahre. Dies bedeutet:

1. Schüler/Schülerinnen, die sich spätestens nach vierjährigem Besuch der Oberstufe nicht oder nicht fristgerecht zur schriftlichen Abiturprüfung melden oder nach höchstens vierjährigem Besuch der Oberstufe die Voraussetzungen für die Zulassung zur schriftlichen Abiturprüfung nicht erfüllen, müssen die Schule verlassen; das Gleiche gilt, wenn der Schüler/die Schülerin, der/ die die Qualifikation im Abiturbereich nicht erfüllt und das dritte und vierte Halbjahr wiederholt hat, sich nicht oder nicht fristgerecht erneut zur Abiturprüfung meldet. Hiervon abweichend kann die Abiturprüfungskommission die zulässige Verweildauer in besonders begründeten Fällen ausnahmsweise um ein Jahr verlängern, wenn der Schüler/die Schülerin die Nichterfüllung der Zulassungsvoraussetzungen nicht zu vertreten hat.
2. Wird bei einem Schüler/einer Schülerin in der Hauptphase bereits vor der Entscheidung über die Zulassung zur Abiturprüfung festgestellt, dass er/sie die Zulassung zur Abiturprüfung innerhalb der zulässigen Verweildauer nicht mehr erreichen kann, so muss er/sie die Schule verlassen. Nummer 1 Satz 2 gilt entsprechend mit der Maßgabe, dass für die Entscheidung die Konferenz der Fachlehrer/Fachlehrerinnen zuständig ist.

(1) Abweichend von der in Absatz 1 genannten Dauer des Besuchs der Oberstufe kann ein Schüler/eine Schülerin, der/die erstmalig an der Abiturprüfung teilgenommen und die Prüfung nicht bestanden hat, die Abiturprüfung nach weiterem Schulbesuch einmal wiederholen. Dabei sind die Regelungen gemäß § 21 Abs. 2 zu beachten.

§ 6

Unterrichtung der Schüler/Schülerinnen über die Regelungen für die Oberstufe und die Abiturprüfung

Vor Eintritt in die Hauptphase sind die Schüler/Schülerinnen und ihre Erziehungsberechtigten mit den wesentlichen Regelungen dieser Verordnung in ihrer jeweils geltenden Fassung vertraut zu machen.

Abschnitt III

Einführungsphase

§ 7

Voraussetzungen für den Eintritt in die Einführungsphase; verkürzter Durchgang durch die Einführungsphase, Schulwechsel im Verlauf der gymnasialen Oberstufe

(1) Zum Eintritt in die Einführungsphase sind berechtigt:

1. Schüler/Schülerinnen des Gymnasiums, wenn sie in die Klassenstufe 10 versetzt sind,
2. Schüler/Schülerinnen anderer Schulformen, denen nach Maßgabe der für sie geltenden Schulordnung und der Verordnung Schulordnung über den Übergang von allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in die gymnasiale Oberstufe vom 3. Februar 2004 (Amtsbl. S. 536), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 27. Juni 2017 (Amtsbl. I S. 624), in der jeweils geltenden Fassung die Berechtigung zum Übergang in die Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe zuerkannt wurde.

(2) Um einen vorzeitigen Erwerb der Allgemeinen Hochschulreife zu ermöglichen, kann am Gymnasium auf schriftlichen Antrag, der bei Minderjährigen der Zustimmung der Erziehungsberechtigten bedarf und der spätestens eine Woche nach Ausgabe des Halbjahreszeugnisses der Klassenstufe 9 beim Schulleiter/bei der Schulleiterin zu stellen ist, ein Schüler/eine

Schülerin am Ende des ersten Halbjahres der Klassenstufe 9 durch Beschluss der Klassenkonferenz in das zweite Halbjahr der Einführungsphase versetzt werden. Dem Antrag ist nur zu entsprechen, wenn im Halbjahreszeugnis der Klassenstufe 9 der Durchschnitt der Noten sowohl der schriftlichen als auch der nichtschriftlichen Fächer jeweils mindestens 2,0 beträgt, wobei in keinem Fach die Note unter „befriedigend“ lauten darf; die Note in Sport bleibt hierbei unberücksichtigt. Wird der Schüler/die Schülerin nicht zur Hauptphase zugelassen, so tritt er/sie ins erste Halbjahr der Einführungsphase zurück; in diesem Falle wird die in der Oberstufe bereits verbrachte Zeit nicht auf die zulässige Verweildauer in der Oberstufe angerechnet. Der Antrag kann auch mittels digitalem Dokument in einer von der Schulaufsichtsbehörde bereitgestellten oder zugelassenen geschützten elektronischen Umgebung erfolgen.

(3) Ein Übergang von einer allgemeinbildenden Schule in eine gymnasiale Oberstufe mit berufsbezogener Fachrichtung ist grundsätzlich nur zum Beginn der Einführungsphase möglich. Über Ausnahmen beim Wechsel aus einem anderen Land der Bundesrepublik Deutschland entscheidet die Schulaufsichtsbehörde.

(4) Ein Schulwechsel im Verlauf der gymnasialen Oberstufe wird der Schulaufsichtsbehörde angezeigt.

§ 8

Zielsetzung und Gestaltung der Einführungsphase

(1) Der Einführungsphase kommt im achttjährigen Gymnasium eine Doppelfunktion als letzter Klassenstufe der Sekundarstufe I und als erster Klassenstufe der gymnasialen Oberstufe zu.

(2) Die Einführungsphase führt in die Lernziele, Lerninhalte und Lernverfahren der gymnasialen Oberstufe unter Berücksichtigung unterschiedlicher Schullaufbahnen ein und legt die Grundlage für die unterrichtliche Arbeit in der Hauptphase. Die Einführungsphase erfüllt somit auch Aufgaben der Kompensation und der Orientierung und dient damit der Durchlässigkeit zwischen den Schulformen.

(3) Die Schüler/Schülerinnen werden im Klassenverband beziehungsweise in klassenübergreifenden Lerngruppen unterrichtet.

§ 9

Stundentafel

(1) Für den Unterricht in der Einführungsphase der Oberstufe des achttjährigen Gymnasiums gilt die Stundentafel der Klassenstufe 10 gemäß der Verordnung – Schulordnung – über die Stundentafel des Gymnasiums (Klassenstufen 5 bis 10) vom 26. März 2010, zuletzt geändert durch die Verordnung vom 21. Juli 2015 (Amtsbl. I S. 506), in der jeweils geltenden Fassung; für die Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe an Gemeinschaftsschulen gilt sie entsprechend. Die Stundentafel für die gymnasiale Oberstufe mit berufsbezogenen Fachrichtungen richtet sich nach den hierfür getroffenen besonderen Regelungen.

(2) Für die Stundentafel gelten zudem folgende Regelungen:

1. Die in der Einführungsphase unterrichteten Fächer werden nach schriftlichen und nichtschriftlichen Fächern unterschieden; in schriftlichen Fächern werden schriftliche Arbeiten geschrieben. Zu den schriftlichen Fächern gehören: Deutsch, Fremdsprache (auch in der Einführungsphase neu beginnende Fremdsprachen) und Mathematik sowie in der gymnasialen Oberstufe mit berufsbezogenen Fachrichtungen die beruflichen Profulfächer. Für Gymnasien mit einer von der in Absatz 1 Satz 1 genannten Verordnung abweichenden Stundentafel gelten eigene Regelungen.
2. Jeder Schüler/Jede Schülerin muss in der Einführungsphase zwei Fremdsprachen belegen. Schüler/Schülerinnen, die vor Eintritt in die Oberstufe in zwei Fremdsprachen gemäß der Stundentafel der zuvor besuchten Schule durchgehend unterrichtet wurden, führen diese zwei Fremdsprachen in der Einführungsphase weiter. Mindestens eine der beiden Fremdsprachen ist bis zum Ende der Hauptphase weiterzuführen (Pflichtfremdsprache); werden beide Fremdsprachen weitergeführt, so kann höchstens eine davon als Leistungskurs belegt werden.

Schüler/Schülerinnen, für die in der Sekundarstufe I drei Fremdsprachen verpflichtend waren, müssen die dritte, ab Klassenstufe 8 begonnene und – nach ihrer Wahl – ihre erste oder zweite Fremdsprache fortführen. Diese Regelung gilt insbesondere im Fall eines Schulwechsels. Die nicht verpflichtend zu belegenden der ersten beiden Fremdsprachen kann im Wahlpflichtbereich weitergeführt werden. Mindestens eine der drei Fremdsprachen ist bis zum Ende der Hauptphase weiterzuführen (Pflichtfremdsprache); werden mehrere Fremdsprachen weitergeführt, so kann höchstens eine davon als Leistungskurs belegt werden.

Schüler/Schülerinnen, die die Voraussetzungen der Regelungen zum Unterricht für ausländische Kinder, Jugendliche und Heranwachsende erfüllen, können die Qualifikation in höchstens einer der Fremdsprachen, die am Ende der Einführungsphase abgeschlossen werden, durch eine entsprechende Feststellungsprüfung in ihrer Herkunftssprache nachweisen.

3. Eine Fremdsprache, die in der Sekundarstufe I erste, zweite oder dritte Fremdsprache war, kann in der gymnasialen Oberstufe nicht als neu beginnende Fremdsprache belegt werden.
4. Bei der Belegung von Pflichtfächern und Wahlpflichtfächern in der Einführungsphase ist hinsichtlich der sich daraus ergebenden Auswirkungen für die Wahl der Leistungskurse in der Hauptphase Folgendes zu beachten:

Ein Fach kann in der Hauptphase nur dann in einem Kurs mit erhöhtem Anforderungsniveau gemäß § 13 belegt werden, wenn es durchgehend in der Einführungsphase belegt war. Dies gilt insbesondere für Evangelische Religion/Katholische Religion sowie unter Berücksichtigung der Vorgaben des § 14 des Schulordnungsgesetzes für Allgemeine Ethik.

Die Schüler und Schülerinnen beziehungsweise die Erziehungsberechtigten sind über diese Regelungen zu unterrichten; über die Unterrichtung wird ein Protokoll angefertigt.

(3) Soweit gemäß der Verordnung – Schulordnung – über den Übergang von allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in die gymnasiale Oberstufe ein Zugang zur gymnasialen Oberstufe an allgemeinbildenden Schulen auch für Schüler/Schülerinnen möglich ist, die in der Sekundarstufe I nur in einer Fremdsprache durchgehend unterrichtet wurden, muss diese Fremdsprache bis zum Abschluss des vierten Halbjahres der Hauptphase als Pflichtfremdsprache durchgehend fortgeführt werden. Die Verpflichtung zur Belegung dieser Fremdsprache kann in keiner Jahrgangsstufe durch eine Feststellungsprüfung in der Herkunftssprache ersetzt werden. Entsprechend dem Angebot der jeweiligen Schule ist eine weitere Fremdsprache zu wählen, die vom Beginn der Einführungsphase bis zum Ende des vierten Halbjahres der Hauptphase durchgehend mit wöchentlich vier Unterrichtsstunden zu belegen ist, wobei kein Kurs der Hauptphase mit der Note „ungenügend“ abgeschlossen sein darf und diese neu einsetzende Fremdsprache in der Hauptphase nicht als Leistungskurs gewählt werden kann. Schüler/Schülerinnen, die die Voraussetzungen der Regelungen zum Unterricht für ausländische Kinder, Jugendliche und Heranwachsende erfüllen, können die Qualifikation in dieser weiteren Fremdsprache durch eine entsprechende Feststellungsprüfung in ihrer Herkunftssprache nachweisen, ohne dass sich dadurch die Zahl der zu belegenden Stunden verringert.

(4) In der gymnasialen Oberstufe mit berufsbezogenen Fachrichtungen ist hinsichtlich der Wahl der Fremdsprachen in der Einführungsphase und der sich daraus ergebenden Auswirkungen in der Hauptphase Folgendes zu beachten: Schüler/Schülerinnen, die in der zum Übergang in die gymnasiale Oberstufe berechtigenden Schulform in nur einer Fremdsprache durchgehend unterrichtet wurden, führen diese mindestens bis zum Ende der Einführungsphase weiter. Diese Verpflichtung kann nicht durch eine Feststellungsprüfung in der Herkunftssprache erfüllt werden. Die Schüler/Schülerinnen belegen mit Beginn der Einführungsphase eine weitere, neu beginnende Fremdsprache durchgehend mit wöchentlich vier Unterrichtsstunden bis zum Ende der Hauptphase, wobei kein Kurs der Hauptphase mit der Note „ungenügend“ abgeschlossen sein darf und diese neu beginnende Fremdsprache in der Hauptphase nicht als Leistungskurs gewählt werden kann. Schüler/Schülerinnen, die die Voraussetzungen der Regelungen zum Unterricht für ausländische Kinder, Jugendliche und Heranwachsende erfüllen, können die Qualifikation in dieser weiteren Fremdsprache durch eine entsprechende Feststellungsprüfung in ihrer Herkunftssprache nachweisen, ohne dass sich dadurch die Zahl der zu belegenden Stunden verringert.

In diesem Fall belegen sie in der Hauptphase die aus der Sekundarstufe I fortgeführte Fremdsprache als Pflichtfremdsprache (§ 17 Abs. 2 Nr. 1) bis zum Ende der Hauptphase entweder auf dem Anforderungsniveau eines Grund- oder eines Leistungskurses.

Weiter gilt für diese Schüler und Schülerinnen, sofern sie den Nachweis der Qualifikation in einer weiteren Fremdsprache nicht durch eine Feststellungsprüfung erbracht haben,

- wenn die aus der Sekundarstufe I fortgeführte Fremdsprache auch in der Hauptphase weitergeführt wird:

Sie belegen die fortgeführte Fremdsprache in der Hauptphase als Kernfach und Pflichtfremdsprache (§ 17 Abs. 2 Nr. 1) entweder auf dem Anforderungsniveau eines Grund- oder eines Leistungskurses und die weitere, mit Beginn der Einführungsphase neu beginnende Fremdsprache im Neigungsfachbereich gemäß § 17 Abs. 2 Nr. 3 auf grundlegendem Anforderungsniveau.

oder

- wenn die aus der Sekundarstufe I fortgeführte Fremdsprache in der Hauptphase nicht weitergeführt wird:

Sie belegen die mit Beginn der Einführungsphase neu beginnende Fremdsprache in der Hauptphase als Kernfach und Pflichtfremdsprache (§ 17 Abs. 2 Nr. 1) auf dem Anforderungsniveau eines Grundkurses und im Bereich der Neigungsfächer gemäß § 17 Abs. 2 Nr. 3 über das zweistündige berufliche Neigungsfach hinaus ein weiteres berufliches Neigungsfach.

Abschnitt IV Hauptphase

a) Zulassung zur Hauptphase

§ 10

Voraussetzungen für die Zulassung

(1) Zur Hauptphase aller Formen der gymnasialen Oberstufe im Geltungsbereich dieser Verordnung wird zugelassen, wer die Voraussetzungen des § 11 der Zeugnis- und Versetzungsordnung Schulordnung für die Klassenstufen 5 bis 10 des Gymnasiums vom 15. Juli 2002 (Amtsbl. S. 1462), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 27. Juni 2017 (Amtsbl. I S. 624), in der jeweils geltenden Fassung erfüllt.

(2) Beschließt die Konferenz der Fachlehrer/Fachlehrerinnen im Einvernehmen mit dem Schulleiter/der Schulleiterin gemäß § 5 Abs. 2 der Allgemeinen Schulordnung (ASchO) vom 10. November 1975 (Amtsbl. S. 1239), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 24. Juni 2011 (Amtsbl. I S. 220), in der jeweils geltenden Fassung, dass ein Schüler/eine Schülerin nach Schulwechsel oder Ausscheiden aus der Schule nur nach Bestehen einer Aufnahmeprüfung zur Hauptphase zugelassen wird, so erstreckt sich diese Prüfung auf die Fächer Deutsch und Mathematik, die Pflichtfremdsprache sowie auf das gesellschaftswissenschaftliche und das naturwissenschaftliche Pflichtfach gemäß § 17 Abs. 2 Nr. 2.

§ 11

Nichtzulassung, Wiederholung der Einführungsphase

(1) Erstmalig nicht zugelassene Schüler/Schülerinnen wiederholen die Einführungsphase. Eine freiwillige Wiederholung der Einführungsphase ist nur bei Vorliegen besonderer, vom Schüler/von der Schülerin nicht zu vertretender Gründe möglich und bedarf der Genehmigung durch die Klassenkonferenz.

(2) Nicht zugelassene Schüler/Schülerinnen, die bereits die Einführungsphase oder die vorausgehende Klassenstufe wiederholt haben, müssen die Schule verlassen. Hiervon abweichend kann die Klassenkonferenz ausnahmsweise eine nochmalige Wiederholung gestatten, wenn der Schüler/die Schülerin die Nichterfüllung der Zulassungsvoraussetzungen nicht zu vertreten hat; die Entscheidung ist in der Niederschrift zu begründen.

b) Gestaltung der Hauptphase

§ 12

Kurssystem

(1) Der Unterricht in der Hauptphase ist in einem System von Kursen organisiert, die Fächern zugeordnet und grundsätzlich jahgangsbezogen sind. Die unterrichtenden Lehrkräfte müssen grundsätzlich die Befähigung zum Lehramt für die Sekundarstufe I und für die Sekundarstufe II (Gymnasium und Gemeinschaftsschulen) beziehungsweise zum Lehramt an beruflichen Schulen besitzen. Über Ausnahmen entscheidet die Schulaufsichtsbehörde.

(2) Kurse sind Unterrichtseinheiten eines Faches von der Dauer eines Schulhalbjahres (Kurshalbjahre). Sie bauen als Folgekurse im Rahmen des jeweiligen Lehrplans inhaltlich und methodisch aufeinander auf.

(3) Die Kernfächer Deutsch, Mathematik und die aus der Sekundarstufe I fortgeführten Fremdsprachen sowie die Fächer Biologie, Chemie, Physik, Geschichte, Erdkunde, Politik, Bildende Kunst, Musik, Informatik, Evangelische Religion/Katholische Religion, Allgemeine Ethik und Sport werden sowohl auf grundlegendem (§ 14) als auch auf erhöhtem Anforderungsniveau (§ 13) unterrichtet.

In der gymnasialen Oberstufe mit berufsbezogenen Fachrichtungen werden auch die beruflichen Fächer Betriebswirtschaftslehre einschließlich Rechnungswesen, Volkswirtschaftslehre, Gesundheit, Pädagogik/Psychologie, Metalltechnik, Elektrotechnik, Biotechnologie und Informatiksysteme, die das profilgebende berufliche Fach (berufliches Profulfach) sein können, auf grundlegendem oder auf erhöhtem Anforderungsniveau unterrichtet. Das berufliche Profulfach Wirtschaftslehre wird ausschließlich auf erhöhtem Anforderungsniveau unterrichtet. Alle übrigen Fächer werden auf grundlegendem Anforderungsniveau unterrichtet.

(4) In der Hauptphase gibt es keine Versetzungen beziehungsweise Nichtversetzungen.

§ 13

Leistungskurse

(1) Kurse mit erhöhtem Anforderungsniveau (Leistungskurse beziehungsweise L-Kurse) werden mit fünf Wochenstunden unterrichtet; sie vermitteln ein exemplarisch vertieftes wissenschaftspropädeutisches Verständnis und erweiterte Kenntnisse in einem Fach sowie über dessen Standort im Rahmen einer breit angelegten Allgemeinbildung, auch im Hinblick auf

Anwendungsmöglichkeiten der Wissenschaften und Künste; sie sichern eine vertiefte und selbständige Beherrschung der fachlichen Arbeitsmittel und -methoden.

(2) Die Teilnahme am L-Kurs schließt die Teilnahme am G-Kurs desselben Fachs aus.

§ 14

Grundkurse

(1) Kurse mit grundlegendem Anforderungsniveau (Grundkurse beziehungsweise G-Kurse) vermitteln grundlegende Kenntnisse und Einsichten in fachspezifische Denk- und Arbeitsweisen. Sie dienen der Grundorientierung in repräsentativen Wissensbereichen und tragen zu einer vertieften Allgemeinbildung und zur Sicherung der allgemeinen Studierfähigkeit bei.

(2) G-Kurse in Deutsch, Mathematik und den Fremdsprachen werden mit vier Wochenstunden, G-Kurse in den naturwissenschaftlichen Pflichtfächern Biologie, Chemie und Physik sowie in den gesellschaftswissenschaftlichen Pflichtfächern Erdkunde und Politik werden mit drei Wochenstunden unterrichtet. In den Pflichtfächern Geschichte, Bildende Kunst, Musik, Evangelische Religion, Katholische Religion, Allgemeine Ethik und Sport, sowie in den Fächern Darstellendes Spiel, Philosophie, Wirtschaftslehre, Informatik, Technik und dem Seminarfach werden G-Kurse mit zwei Wochenstunden unterrichtet.

(3) In der gymnasialen Oberstufe mit berufsbezogenen Fachrichtungen kommen die dreistündig unterrichteten beruflichen Neigungsfächer Betriebswirtschaftslehre einschließlich Rechnungswesen, Volkswirtschaftslehre, Gesundheit, Pädagogik/Psychologie, Metalltechnik, Elektrotechnik, Biotechnologie und Informatiksysteme sowie zweistündig unterrichtete berufliche Neigungsfächer hinzu.

(4) Die Schulaufsichtsbehörde kann das Fächerangebot um Fächer, für die Lehrpläne und im Falle von Prüfungsfächern Allgemeine Prüfungsanforderungen vorliegen, erweitern.

§ 15

Seminarfach, besondere Lernleistung

(1) Das Seminarfach dient der Erörterung fachübergreifender und fächerverbindender Problemstellungen und hat eine interdisziplinäre Ausrichtung. Die Einübung verschiedener Arbeitsformen und Methoden sowie unterschiedlicher Verfahren der Präsentation und der Erörterung von Ergebnissen ist besonderes Kennzeichen des Seminarfachs und wird an Inhalten verschiedener Fachgebiete realisiert. Der Unterricht im Seminarfach ist zweistündig. Es kann in jedem Halbjahr höchstens ein Kurs im Seminarfach belegt werden. Wählt ein Schüler/eine Schülerin das Seminarfach, so ist die Wahl entweder für ein oder für zwei Schuljahre verpflichtend.

Das Seminarfach ist kein Abiturprüfungsfach.

(2) Im Rahmen des Seminarfachs kann der Schüler/die Schülerin wahlweise eine besondere Lernleistung, die im Umfang einer mindestens zwei Halbjahre umfassenden Arbeit erbracht wird, nachweisen, soweit diese besondere Lernleistung (oder wesentliche Bestandteile davon) noch nicht anderweitig im Rahmen der Schule angerechnet wurde. Eine besondere Lernleistung kann zum Beispiel ein umfassender Beitrag aus einem vom Saarland geförderten Wettbewerb, eine Jahresarbeit oder das Ergebnis eines umfassenden, auch fachübergreifenden Projektes in Bereichen sein, die schulischen Fächern zugeordnet werden können. Die besondere Lernleistung ist schriftlich zu dokumentieren; in einem Kolloquium stellt der Schüler/die Schülerin die Ergebnisse der besonderen Lernleistung dar, erläutert sie und antwortet auf Fragen. Bei Arbeiten, an denen mehrere Schüler/Schülerinnen beteiligt waren, ist die Bewertung der individuellen Schülerleistung erforderlich. Die Note für die besondere Lernleistung kann in genau zwei Halbjahren an die Stelle der Note des Seminarfachs treten.

§ 16

Kursangebot, Kursfrequenzen; Kooperation von Schulen

(1) Das Kursangebot und die Einrichtung von Kursen an einer Schule richten sich im Rahmen der Schwerpunktsetzung der Schule grundsätzlich nach deren personellen, räumlichen, unterrichtlichen und stundenplanorganisatorischen Möglichkeiten. Dabei finden die Wünsche der Schüler/Schülerinnen und die zu erwartenden Kursfrequenzen Berücksichtigung.

(2) Das Kursangebot ist in zeitlicher Hinsicht so zu gestalten, dass der Stundenplan des einzelnen Schülers/der einzelnen Schülerin möglichst wenig unterrichtsfreie Zeit enthält.

(3) Schulen an einem Schulstandort sollen im Rahmen der jeweiligen örtlichen Gegebenheiten im Sinne eines breiten Fächerangebotes kooperieren.

(4) Für die Einrichtung eines Kurses wird als Richtwert der Kursfrequenz die Zahl von 15 bis 25 Teilnehmern/Teilnehmerinnen festgesetzt. Im Rahmen der von der Schulaufsichtsbehörde zugewiesenen Lehrerstunden kann diese Richtzahl unter beziehungsweise überschritten werden.

c) Fächerwahl, Teilnahme am Unterricht

§ 17

Pflichtfächer und Fächerwahl

(1) Durch die Pflichtfächer wird gewährleistet, dass der Schüler/die Schülerin

- im sprachlich-literarisch-künstlerischen Aufgabenfeld,
- im gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenfeld,
- im mathematisch-naturwissenschaftlich-technischen Aufgabenfeld

sowie in den keinem Aufgabenfeld zugeordneten Fächern Evangelische Religion/Katholische Religion, Allgemeine Ethik und Sport Unterricht im Umfang von insgesamt mindestens 42 Kurshalbjahren und im Durchschnitt der Kurshalbjahre insgesamt mindestens 34 Wochenstunden je Halbjahr erhält. Dabei soll die Wochenstundenzahl von 34 in den ersten beiden Halbjahren nicht unterschritten werden.

(2) In diesem Rahmen und als Grundlage für die gemäß § 35 in die Gesamtqualifikation einzubringenden Kurse ist in den vier Halbjahren der Hauptphase eine durchgehende Belegung als Pflichtfächer wie folgt vorzunehmen:

1. Jeder Schüler/Jede Schülerin an den gymnasialen Oberstufen der allgemeinbildenden Schulen belegt als Kernfächer Deutsch und Mathematik sowie als Kernfach und Pflichtfremdsprache eine aus der Sekundarstufe I fortgeführte Fremdsprache. Mindestens eines dieser Fächer ist auf erhöhtem Anforderungsniveau als L-Kurs zu belegen. Das zweite Fach, das auf erhöhtem Anforderungsniveau als L-Kurs belegt wird, ist ein weiteres der Kernfächer oder – sofern das Fach in der Einführungsphase belegt war – ein Fach aus der Gruppe der Fächer Biologie, Chemie, Physik, Geschichte, Erdkunde, Politik, Bildende Kunst, Musik, Informatik, Evangelische Religion/Katholische Religion, Allgemeine Ethik oder Sport.

Dabei kann höchstens eine Fremdsprache als L-Kurs gewählt werden; eine mit Beginn der Einführungsphase neu beginnende Fremdsprache kann nicht Pflichtfremdsprache sein oder als L-Kurs belegt werden.

In der gymnasialen Oberstufe mit berufsbezogenen Fachrichtungen belegt jeder Schüler/jede Schülerin die Kernfächer Deutsch, Mathematik und – unter Beachtung der Vorgaben des

§ 9 Abs. 4 – als Kernfach und Pflichtfremdsprache eine fortgeführte oder eine neu beginnende Fremdsprache sowie sein/ihr berufliches Profilfach (§ 12 Absatz 3 Satz 2). Neben dem beruflichen Profilfach ist eines der Kernfächer Deutsch oder Mathematik oder – unter Beachtung der Vorgaben des § 9 Absatz 4 – eine fortgeführte Fremdsprache als L-Kurs zu belegen. Eine mit Beginn der Einführungsphase neu beginnende Fremdsprache kann nicht als L-Kurs belegt werden und nur im Fall des § 9 Absatz 4 zweiter Spiegelstrich Pflichtfremdsprache sein.

2. Jeder Schüler/Jede Schülerin belegt zudem durchgehend als G-Kurs, soweit das Fach nicht bereits als L-Kurs belegt ist, eines der gesellschaftswissenschaftlichen Fächer Erdkunde, Geschichte oder Politik, eines der naturwissenschaftlichen Fächer Biologie, Chemie oder Physik, eines der Fächer Musik oder Bildende Kunst (in der gymnasialen Oberstufe mit berufsbezogenen Fachrichtungen muss das künstlerische Fach mindestens für die Dauer zweier Halbjahre belegt werden) sowie die Fächer Evangelische Religion/Katholische Religion beziehungsweise Allgemeine Ethik und Sport. Ist das gesellschaftswissenschaftliche Pflichtfach Erdkunde oder Politik, so ist zusätzlich mindestens für die Dauer der ersten beiden Halbjahre der Hauptphase (in der gymnasialen Oberstufe mit berufsbezogener Fachrichtung für die Dauer eines der beiden Schuljahre der Hauptphase) das Fach Geschichte zu belegen, sofern nicht das berufliche Profilfach Wirtschaftslehre als L-Kurs belegt ist.
3. Darüber hinaus belegt jeder Schüler/jede Schülerin zum Erreichen der Mindeststundenzahl Neigungsfächer auf grundlegendem Anforderungsniveau gemäß einer der Kombinationen in der Kombinationstafel (Anlage 15). Dabei dürfen die dort angegebene Anzahl und Stündigkeit der gewählten Neigungsfächer nicht unterschritten werden.

Neigungsfach kann grundsätzlich jedes Fach gemäß § 14 Absatz 2 bis 4 aus dem Angebot der Schule sein, für das ein von der Schulaufsichtsbehörde genehmigter Lehrplan vorliegt und das der Schüler/die Schülerin nicht gemäß Nummer 1 oder 2 belegt hat. Die Fächer Evangelische Religion/Katholische Religion und Allgemeine Ethik können nicht gleichzeitig belegt werden.

Zum Erreichen der Mindeststundenzahl kann auch das Seminarfach gemäß § 15 belegt werden.

Schüler/Schülerinnen, die in der Sekundarstufe I nur in einer Fremdsprache durchgehend unterrichtet wurden und gemäß § 9 Abs. 3 beziehungsweise § 9 Abs. 4 eine in der Einführungsphase neu beginnende Fremdsprache belegen, führen die neu beginnende Fremdsprache bis zum Abschluss des vierten Halbjahres der Hauptphase fort.

In der gymnasialen Oberstufe mit berufsbezogenen Fachrichtungen gilt zudem, dass jeder Schüler/jede Schülerin mindestens eines der zweistündig unterrichteten beruflichen Fächer als Neigungsfach belegt. Schülerinnen/Schüler, für die gemäß § 9 Abs. 4 zweiter Spiegelstrich eine in der Einführungsphase neu beginnende Fremdsprache Pflichtfremdsprache ist, belegen darüber hinaus ein weiteres berufliches Fach als Neigungsfach.

(3) Wer durchgehend während der Hauptphase nicht am Sportunterricht teilnehmen kann, muss zum Erreichen der erforderlichen Mindeststundenzahl beziehungsweise der erforderlichen Zahl einzubringender Kurse ein weiteres Fach belegen.

Kann ein Schüler/eine Schülerin des G-Kurses Sport während der Hauptphase längerfristig, aber nicht durchgehend, nicht am fachpraktischen Sportunterricht teilnehmen, so entscheidet er/sie (bei Minderjährigen vertreten durch die Erziehungsberechtigten) in Absprache mit der unterrichtenden Lehrkraft,

- ob er/sie zum Erreichen der erforderlichen Mindeststundenzahl beziehungsweise der erforderlichen Zahl einzubringender Kurse eine entsprechende Zahl von Kursen eines weiteren Faches anstelle des Faches Sport belegt oder
- ob bei weiterer Anwesenheit im Sportunterricht die Note im Fach Sport auf der Grundlage von Leistungsnachweisen im sporttheoretischen Bereich ermittelt wird.

Nimmt ein Schüler/eine Schülerin des L-Kurses Sport während der Hauptphase längerfristig, aber nicht durchgehend, nicht am fachpraktischen Sportunterricht teil, so wird bei weiterer Anwesenheit im Sportunterricht die Note im Fach Sport auf der Grundlage von Leistungsnachweisen im sporttheoretischen Bereich ermittelt.

Die Nichtteilnahme am Sportunterricht setzt die Vorlage eines entsprechenden ärztlichen beziehungsweise amtsärztlichen Attests voraus.

(4) Wer am Religionsunterricht nicht teilnimmt, nimmt am Unterricht in Allgemeiner Ethik teil. Wird Allgemeine Ethik nicht angeboten (§ 15 Abs. 1 des Schulordnungsgesetzes), so muss zum Erreichen der erforderlichen Mindeststundenzahl beziehungsweise der erforderlichen Zahl einzubringender Kurse eine entsprechende Zahl von Kursen in einem weiteren Fach belegt werden.

Falls ein Schüler/eine Schülerin, der/die Evangelische Religion oder Katholische Religion als L-Kurs belegt hat, die weitere Teilnahme am Religionsunterricht gemäß § 14 des Schulordnungsgesetzes ablehnt (bei Minderjährigen vertreten durch die Erziehungsberechtigten) und ist eine Wiederholung mit der Möglichkeit der Neuwahl der Pflichtfächer gemäß § 20 Abs. 1 und Abs. 2 nicht möglich, so kann der Schüler/die Schülerin nicht zur Abiturprüfung zugelassen werden. Schüler/Schülerinnen, die beabsichtigen, Evangelische Religion oder Katholische Religion als L-Kurs zu belegen, sowie bei Minderjährigen deren Erziehungsberechtigte, sind vor der endgültigen Wahl ihrer Pflichtfächer entsprechend zu unterrichten. Über diese Unterrichtung wird ein Protokoll angefertigt, das zu den Prüfungsunterlagen der Schule genommen wird.

§ 18

Verfahren zur Wahl der Fächer

(1) Um der Schule eine an den Wünschen der Schüler/Schülerinnen orientierte Planung des Kursangebotes zu ermöglichen, kann die Schule den Schülern/Schülerinnen die Gelegenheit eröffnen, in einer Vorwahl im Rahmen der Vorgaben des § 17 Wünsche im Hinblick auf ihre spätere verbindliche Fächerwahl (Hauptwahl) zu äußern. Der Schüler/Die Schülerin erwirbt durch seine/ihre Wahlentscheidung im Rahmen der Vorwahl keinen Anspruch auf Einrichtung eines Kurses in dem jeweils gewählten Fach. Der Schüler/Die Schülerin kann die in der Vorwahl getroffene Entscheidung bei der Hauptwahl im Rahmen des Kursangebotes der Schule abändern.

(2) Die Hauptwahl erfolgt vor Eintritt in die Hauptphase. Der Zeitpunkt des Abschlusses der Hauptwahl wird von der Schule festgelegt.

(3) Bei Minderjährigen bedürfen die Vorwahl und die Hauptwahl der schriftlichen Zustimmung der Erziehungsberechtigten.

(4) Nach Abschluss der Hauptwahl ist der Schüler/die Schülerin an die von ihm/ihr gemäß § 17 getroffene Wahl der Fächer für die Dauer der Hauptphase gebunden; § 20 Abs. 2 Satz 1 Halbsatz 2 und § 21 Abs. 1 Satz 2 Halbsatz 2 bleiben unberührt. Ausgenommen davon sind das zweistündige Fach Geschichte und das Seminarfach, sofern die in § 15 und § 17 genannten Bedingungen erfüllt sind.

Schüler/Schülerinnen an den gymnasialen Oberstufen der allgemeinbildenden Schulen, die gemäß § 17 Abs. 2 Nr. 2 zweiter Satz für die Dauer der ersten beiden Halbjahre der Hauptphase das Fach Geschichte belegen, entscheiden am Ende des zweiten Halbjahres der Hauptphase, ob sie im Rahmen des Fächerangebotes der jeweiligen Schule das Fach bis zum Ende der Hauptphase weiterführen oder – sofern das Seminarfach nicht bereits belegt ist – gegebenenfalls zum Erreichen der Mindeststundenzahl zwei Kurshalbjahre des Seminarfaches belegen.

In der gymnasialen Oberstufe mit berufsbezogenen Fachrichtungen entscheiden Schüler/Schülerinnen, die als gesellschaftswissenschaftliches Pflichtfach das Fach Geschichte oder das Fach Wirtschaftslehre und gemäß § 17 Abs. 2 Nr. 1 erster Satz für die Dauer der ersten beiden Halbjahre der Hauptphase das künstlerische Pflichtfach belegen, ob sie im

Rahmen des Fächerangebotes der jeweiligen Schule das künstlerische Pflichtfach bis zum Ende der Hauptphase weiterführen oder – sofern das Seminarfach nicht bereits belegt ist – gegebenenfalls zum Erreichen der Mindeststundenzahl zwei Kurshalbjahre des Seminarfaches belegen. Schüler/Schülerinnen, die eines der Fächer Erdkunde oder Politik als gesellschaftswissenschaftliches Pflichtfach belegen, belegen in einem der beiden Schuljahre der Hauptphase das Fach Geschichte und in dem anderen Schuljahr das künstlerische Pflichtfach.

(5) Es besteht kein Anspruch auf Zuweisung in einen bestimmten Kurs des gewählten Faches.

§ 19

Teilnahme am Unterricht

(1) Für die Verpflichtung zur Teilnahme am Unterricht gelten die allgemeinen Vorschriften.

(2) In schwerwiegenden und wiederholten Fällen unentschuldigter Unterrichtsversäumnisses in einem Kurs kann die Konferenz der Fachlehrer/Fachlehrerinnen die Nichtanrechnung des betreffenden Kurses beschließen, wenn der Schüler/die Schülerin bei Minderjährigen auch die Erziehungsberechtigten - vorher schriftlich gewarnt worden ist beziehungsweise sind. Vor einer Entscheidung ist dem Schüler/der Schülerin bei Minderjährigen auch den Erziehungsberechtigten Gelegenheit zu einer Stellungnahme zu geben. Die auf Nichtanrechnung eines Kurses lautende Entscheidung der Konferenz ist dem Schüler/der Schülerin bei Minderjährigen auch den Erziehungsberechtigten mit einer Begründung schriftlich mitzuteilen.

d) Wiederholung in der Hauptphase

§ 20

Freiwilliges Zurücktreten

(1) Der Schüler/Die Schülerin kann einmal, und zwar zum Ende eines der Halbjahre der Hauptphase, freiwillig zurücktreten, sofern die Zulassung zur Abiturprüfung innerhalb der zulässigen Höchstdauer des Besuches der gymnasialen Oberstufe möglich bleibt. Das Zurücktreten ist von dem Schüler/der Schülerin spätestens zwei Wochen nach Ausgabe des Halbjahreszeugnisses zu erklären; die Erklärung bedarf bei Minderjährigen der Zustimmung der Erziehungsberechtigten.

(2) Im Falle des Zurücktretens nimmt der Schüler/die Schülerin am Unterricht in allen gemäß § 17 zu belegenden Fächern teil; bei einem Zurücktreten nach einem der ersten beiden Halbjahre können diese Fächer neu gewählt werden. Alle im ersten Durchgang erreichten Noten werden annulliert.

Über Ausnahmen, die grundsätzlich im Kursangebot der Schule begründet sein müssen, entscheidet die Schulaufsichtsbehörde im Einzelfall.

(3) Im Falle des freiwilligen Zurücktretens nach dem ersten Halbjahr bedarf es keiner Zulassung zur Hauptphase mehr. Das Jahreszeugnis der Einführungsphase erhält in diesem Falle den Vermerk: „Der Schüler/Die Schülerin wurde bereits durch Beschluss der Klassenkonferenz vom ... zur Hauptphase zugelassen. Er/Sie besuchte freiwillig noch einmal das zweite Halbjahr der Einführungsphase.“ Die bei der Wiederholung erreichten Noten werden auf dem Jahreszeugnis ausgewiesen. Eine bestandene Feststellungsprüfung in der Herkunftssprache wird nicht wiederholt.

§ 21

Wiederholung von Kursen bei Nichtzulassung zur Abiturprüfung und bei Nichtbestehen der Abiturprüfung

(1) Ein Schüler/Eine Schülerin, bei dem/der bereits im Verlauf der Hauptphase festgestellt wird, dass er/sie die Zulassung zur Abiturprüfung nicht mehr erreichen kann, oder der/die zur Abiturprüfung nicht zugelassen wurde, weil er/sie die Zulassungsvoraussetzungen nicht erfüllt oder sich nicht beziehungsweise nicht fristgerecht zur Prüfung meldete, tritt um eine volle Jahrgangsstufe zurück, sofern durch diese Wiederholung nicht die Verweildauer in der gymnasialen Oberstufe überschritten würde. Er/sie nimmt in allen gemäß § 17 zu belegenden Fächern am Unterricht der nachfolgenden Jahrgangsstufe teil; bei einem Zurücktreten nach einem der ersten beiden Halbjahre können diese Fächer neu gewählt werden. Die Noten des ersten Durchgangs werden annulliert.

Über Ausnahmen, die grundsätzlich im Kursangebot der Schule begründet sein müssen, entscheidet die Schulaufsichtsbehörde im Einzelfall.

Der Rücktritt erfolgt, falls die Zulassung zur Abiturprüfung nicht mehr ohne Wiederholung möglich ist, unverzüglich nach Ausgabe des Halbjahreszeugnisses, und im Falle der Nichtzulassung zur Abiturprüfung unverzüglich nach deren Mitteilung. Im Falle des Zurücktretens nach dem ersten Halbjahr bedarf es keiner Zulassung zur Hauptphase mehr. Das Jahreszeugnis der Einführungsphase erhält in diesem Falle den Vermerk: „Der Schüler/Die Schülerin wurde bereits durch Beschluss der Klassenkonferenz vom ... zur Hauptphase zugelassen. Er/ Sie wiederholte das zweite Halbjahr der Einführungsphase.“ Die bei der Wiederholung erreichten Noten werden auf dem Jahreszeugnis ausgewiesen. Eine bestandene Feststellungsprüfung in der Herkunftssprache wird nicht wiederholt.

(2) Ein Schüler/Eine Schülerin, der/die die Abiturprüfung nicht bestanden hat, weil er/sie die Zulassungsvoraussetzungen für die mündliche Prüfung oder die Voraussetzungen für die Qualifikation im Abiturbereich nicht erfüllt oder dessen/deren Abiturprüfung als nicht bestanden gilt, nimmt unverzüglich nach Erhalt der Mitteilung über die Nichtzulassung beziehungsweise die Nichterfüllung der Voraussetzungen der Qualifikation im Abiturbereich mindestens in den gemäß § 17 zu belegenden Fächern am Unterricht der nachfolgenden Jahrgangsstufe teil und wiederholt in diesen Fächern das dritte und das vierte Halbjahr, sofern eine Wiederholung der Prüfung zulässig ist. Die Noten des ersten Durchgangs werden annulliert. Über die erneute Zulassung zur Abiturprüfung entscheidet die Abiturprüfungskommission auf der Grundlage der bei der Wiederholung erreichten Noten.

e) Zuständigkeiten in der Hauptphase

§ 22

Tutor/Tutorin

In der Hauptphase obliegt die Einzelberatung der Schüler/Schülerinnen sowie die Wahrnehmung jener besonderen pädagogischen und verwaltungstechnischen Aufgaben, die außerhalb des Kurssystems vom Klassenlehrer/von der Klassenlehrerin wahrzunehmen sind, dem Tutor/der Tutorin.

§ 23

Konferenzen

(1) Der Konferenz der Fachlehrer/Fachlehrerinnen gehören alle Lehrkräfte an, die den Schüler/die Schülerin in dem betreffenden Halbjahr unterrichten.

(2) Der Jahrgangsstufenkonferenz gehören alle Fachlehrer/Fachlehrerinnen an, die in der betreffenden Jahrgangsstufe unterrichten.

Abschnitt V

Leistungsfeststellung in der Einführungs- und Hauptphase, Notensystem, Zeugnisse

§ 24

Leistungsnachweise

(1) Hinsichtlich der Verpflichtung des Schülers/der Schülerin zur Mitarbeit im Unterricht und der von ihm/ihr geforderten schriftlichen - und mündlichen Leistungsnachweise gelten nach Maßgabe der nachstehenden Regelungen die allgemeinen Vorschriften.

(2) In der Einführungsphase aller Formen der gymnasialen Oberstufe im Geltungsbereich dieser Verordnung gelten die Vorgaben des Erlasses zur Leistungsbewertung in den Schulen des Saarlandes vom 6. Juli 2016 (Amtsbl. I S. 526), zuletzt geändert durch den Erlass vom 21. Juni 2017 (Amtsbl. I S. 582), in der jeweils geltenden Fassung.

(3) Das Erreichen der in den Lehrplänen festgelegten Vorgaben wird in der Hauptphase durch Kursarbeiten überprüft. Neben den Kursarbeiten sind – je nach Fach – zur Lernerfolgskontrolle weitere Leistungen der Schüler/Schülerinnen als Grundlage für die fachlich-pädagogische Gesamtbeurteilung in der Zeugnisnote gemäß § 25 Abs. 1 heranzuziehen. Die Ergebnisse der Kursarbeiten und der anderen Lernerfolgskontrollen sind von der Lehrkraft schriftlich oder elektronisch festzuhalten.

Die Anforderungen in den Leistungsüberprüfungen berücksichtigen das unterschiedliche Anforderungsniveau in einem als L-Kurs beziehungsweise als G-Kurs belegten Fach.

(4) Für die Hauptphase wird die Anzahl der Kursarbeiten, die nur aus besonderen Gründen mit Zustimmung des Schulleiters/der Schulleiterin unterschritten werden darf, grundsätzlich wie folgt festgelegt:

- In den L-Kursen sind in jedem Halbjahr zwei Kursarbeiten zu schreiben.
- In den G-Kursen – ausgenommen im G-Kurs Sport und im Kurs des Seminarfachs – werden in den ersten drei Halbjahren jeweils zwei Kursarbeiten geschrieben; im vierten Halbjahr wird eine Kursarbeit geschrieben. In zweistündig unterrichteten G-Kursen kann in den ersten drei Halbjahren bei unverändertem Anforderungsniveau jeweils eine Kursarbeit durch eine andere Form des Leistungsnachweises, zum Beispiel durch eine fachpraktische Arbeit, ersetzt werden.
- Im G-Kurs Sport und im Seminarfach sind Kursarbeiten – in höchstens der oben genannten Anzahl – fakultativ.

Die Arbeitszeit für eine Kursarbeit beträgt grundsätzlich in einem L-Kurs zwei bis höchstens fünf Unterrichtsstunden, in einem G-Kurs eine bis höchstens zwei Unterrichtsstunden. Davon abweichende Vorgaben und Regelungen der Schulaufsichtsbehörde insbesondere in den Lehrplänen und den Allgemeinen Prüfungsordnungen sind zu beachten.

(5) Kursarbeiten werden grundsätzlich angekündigt. Auf eine Ankündigung kann im Einzelfall und im Einvernehmen mit dem Schulleiter/der Schulleiterin verzichtet werden, wenn ein solches Vorgehen pädagogisch geboten ist. Die Termine der

Kursarbeiten werden den Schülern/Schülerinnen jeweils spätestens sieben Kalendertage zuvor bekannt gegeben. Zu Beginn jedes Halbjahres wird den Schülern/Schülerinnen ein Plan mit der voraussichtlichen Verteilung der Klausuren auf die Unterrichtswochen bekannt gegeben.

Die Kursarbeiten sind gleichmäßig auf das Schuljahr zu verteilen; ihre Häufung insbesondere vor den Zeugniskonferenzen ist zu vermeiden. An einem Tag darf nur eine Kursarbeit geschrieben werden; im Verlauf einer Woche sollen höchstens drei Kursarbeiten geschrieben werden; Eine angemessene Zeitvorgabe für das Schreiben der Kursarbeiten soll den Schülern/Schülerinnen Gelegenheit geben, Konzept und Reinschrift zu fertigen.

Die Kursarbeiten sind so schnell wie möglich zu korrigieren und spätestens nach drei Schulwochen mit einer Beurteilung zurückzugeben; in begründeten Ausnahmefällen kann die Frist vom Schulleiter/von der Schulleiterin um eine Woche verlängert werden. Die Korrektur muss Art und Gewicht der Fehler erkennen lassen. Korrekturzeichen und Bewertungsmaßstäbe müssen erläutert werden. Im Fach Deutsch und in allen Kursarbeiten mit thematischer Aufgabenstellung soll eine schriftliche Begründung der Note gegeben werden; bei unter „befriedigend“ lautenden Noten muss dies geschehen. Bei jeder Kursarbeit ist die Verteilung der Noten auf die einzelnen Notenstufen (Notenspiegel) anzugeben.

(6) Bei der Bewertung der schriftlichen Leistungsnachweise führen schwerwiegende und gehäufte Verstöße gegen die Richtigkeit in der deutschen Sprache oder gegen die äußere Form zu einem Abzug von bis zu 3 Punkten des 15-Punkte-Systems gemäß § 25 Abs. 2.

(7) Vor der Rückgabe jeder Kursarbeit sind in der Regel der Schulleitung mindestens drei Schülerarbeiten, die das gesamte Leistungsspektrum abbilden, jeweils zusammen mit der Aufgabenstellung, dem Bewertungsmaßstab sowie dem Notenspiegel vorzulegen. Die Schulleitung sorgt für angemessene und einheitliche Maßstäbe in der Bewertung der Kursarbeiten.

(8) Wenn keine ausreichende Grundlage für die Beurteilung der Leistungen einzelner Schüler/Schülerinnen vorhanden ist, kann die Lehrkraft bei diesen die Nachholung einer versäumten Kursarbeit anordnen. Die geltenden Bestimmungen zum Verfahren bei Leistungsverweigerung und in Fällen entschuldigter Schulversäumnisse bleiben unberührt.

(9) Die Anforderungen in den Arbeiten müssen den aufgrund des erteilten Unterrichts zu erwartenden Leistungen und den Anforderungen der Lehrpläne entsprechen. Hat in der Einführungsphase mehr als ein Drittel beziehungsweise in der Hauptphase mehr als die Hälfte der an der schriftlichen Arbeit beziehungsweise Kursarbeit teilnehmenden Schüler/Schülerinnen kein ausreichendes Ergebnis, ist zu prüfen, ob die Anforderungen im Sinne des Satzes 1 angemessen sind. Erscheinen die Anforderungen angemessen, ist die Arbeit zu werten. Andernfalls ist die Arbeit zu wiederholen. Die Entscheidung trifft der Schulleiter/die Schulleiterin nach Anhörung der Fachlehrkraft. Leistungen in der nicht zu wertenden Arbeit sollen zusätzlich zugunsten des Schülers/der Schülerin berücksichtigt werden.

§ 25

Notensystem

(1) Die Bewertung der einzelnen schriftlichen und mündlichen Leistungen sowie die Notengebung in den Zeugnissen und in der schriftlichen und mündlichen Abiturprüfung werden in Notenstufen ausgedrückt, die als Wortbezeichnung mitgeteilt werden. Dabei gelten folgende Notenstufen:

sehr gut = eine den Anforderungen in besonderem Maße entsprechende Leistung;

gut = eine den Anforderungen voll entsprechende Leistung;

befriedigend = eine den Anforderungen im Allgemeinen entsprechende Leistung;

ausreichend = eine Leistung, die zwar Mängel aufweist, aber im Ganzen den Anforderungen noch entspricht;

mangelhaft = eine den Anforderungen nicht entsprechende Leistung, die jedoch erkennen lässt, dass die notwendigen Grundkenntnisse vorhanden sind und die Mängel in absehbarer Zeit behoben werden könnten;

ungenügend = eine den Anforderungen nicht entsprechende Leistung, bei der selbst die Grundkenntnisse so lückenhaft sind, dass die Mängel in absehbarer Zeit nicht behoben werden könnten.

(2) Je nach Notentendenz werden diesen Notenstufen Punktzahlen eines 15-Punkte-Systems zugeordnet: der Note „sehr gut“ 15/14/13, der Note „gut“ 12/11/10, der Note „befriedigend“ 9/8/7, der Note „ausreichend“ 6/5/4, der Note „mangelhaft“ 3/2/1 und der Note „ungenügend“ 0 Punkte. Die Punktzahlen von 0 bis 9 werden bei der Bewertung schriftlicher Leistungen, in Zeugnissen, Qualifikationslisten und dergleichen jeweils mit einer vorangestellten 0 geschrieben.

(3) Erfolgt die Bewertung von Leistungen auf der Grundlage von Bewertungseinheiten („Rohpunkte“), so wird die Tabelle in Anlage 14 angewendet. Sofern die Bewertung nicht auf der Grundlage von Bewertungseinheiten erfolgt, dient sie als Orientierung bei der Beurteilung der erbrachten Prüfungsleistung.

§ 26

Zeugnisse

(1) Für die Einführungsphase aller Formen der gymnasialen Oberstufe im Geltungsbereich dieser Verordnung gelten die Bestimmungen der Zeugnis- und Versetzungsordnung für die Klassenstufen 5 bis 10 des Gymnasiums in der jeweils geltenden Fassung.

(2) In der Hauptphase werden für die einzelnen Halbjahre Zeugnisse nach dem Muster der Anlage 1 erteilt. Die Konferenz der Fachlehrer/Fachlehrerinnen (Jahrgangsausschuss) setzt unter dem Vorsitz des Schulleiters/der Schulleiterin oder – insbesondere, falls der Schulleiter/die Schulleiterin nicht über die Lehrbefähigung für die Sekundarstufe II verfügt – eines Vertreters/einer Vertreterin mit der Lehrbefähigung für die Sekundarstufe II die Zeugnisnoten für die in den Kursen erbrachten Leistungen (Kursnoten) fest. Die Zeugnisnote fasst die Gesamtleistung des Schülers/der Schülerin in dem betreffenden Fach zusammen. Die Zeugnisnote in einem Fach darf nicht allein aus den Ergebnissen der Kursarbeiten hergeleitet werden; maßgeblichen Einfluss auf die Zeugnisnote haben auch die Qualität der übrigen Lernerfolgskontrollen (§ 24 Abs. 3) und die Qualität der Mitarbeit des Schülers/der Schülerin im Unterricht. Demzufolge ist die Zeugnisnote das Ergebnis einer wertenden fachlich-pädagogischen Gesamtbeurteilung und kann nicht schematisch errechnet werden.

(3) Wer nach Eintritt in die Hauptphase die Schule verlässt, ohne die Allgemeine Hochschulreife erworben zu haben, erhält ein Abgangszeugnis nach dem Muster der Anlage 2. Das Zeugnis trägt bei Schülern/Schülerinnen, die beim Eintritt in die Hauptphase den Mittleren Bildungsabschluss erreicht haben, unter „Bemerkungen“ den Hinweis „Der Schüler/die Schülerin hat mit der Zulassung zur Hauptphase der gymnasialen Oberstufe den Mittleren Bildungsabschluss erreicht.“.

(4) Erscheint nach den Leistungen in der Hauptphase die Zulassung eines Schülers/einer Schülerin zur Abiturprüfung gefährdet, so wird im Halbjahreszeugnis darauf hingewiesen. Besteht die Gefahr, dass der Schüler/die Schülerin wegen Überschreitung der zulässigen Verweildauer die Schule verlassen muss, so ist hierauf im Zeugnis hinzuweisen.

Sind nach den Sätzen 1 und 2 erforderliche Vermerke unterlassen worden, so kann hieraus kein Recht auf Zulassung zur Abiturprüfung beziehungsweise auf Verbleib an der Schule hergeleitet werden.

(5) Muss ein Schüler/eine Schülerin die Schule verlassen, weil er/sie die Abiturprüfung zweimal nicht bestanden oder die zulässige Verweildauer in der Oberstufe überschritten hat oder in der verbleibenden Zeit die Zulassung zur Abiturprüfung nicht mehr erreichen kann, so ist im Abgangszeugnis zu vermerken: „Die zulässige Höchstdauer des Besuchs der gymnasialen Oberstufe ist erreicht.“

(6) Im Übrigen gelten für die Zeugnisse gemäß den Anlagen folgende Regelungen:

1. Eintragungen dürfen weder radiert noch korrigiert sein, die Möglichkeit nachträglicher Zusätze ist durch entsprechende Schreibweise oder Streichung auszuschließen. Die Zeugnisse sind handschriftlich vom Schulleiter/von der Schulleiterin und vom Tutor/von der Tutorin oder ihren Stellvertretern/Stellvertreterinnen zu unterzeichnen. Die Verwendung von Faksimile-Stempeln ist unzulässig. Die Zeugnisse tragen das Datum des Ausgabetales. Abgangszeugnisse sind mit dem Siegel der Schule zu versehen.
2. Die Zeugnisnoten sind mit der Wortbezeichnung der Notenstufe und der entsprechenden Punktzahl einzutragen. Abweichend hiervon werden im Abgangszeugnis eines Schülers/einer Schülerin, der/die die Schule während der Hauptphase verlässt, sowie in das Zeugnis über den Nachweis des schulischen Teils der Fachhochschulreife (Anlage 3) nur die Punktzahlen eingetragen.
3. Bei einem Schüler/einer Schülerin, der/die von der Teilnahme am Unterricht in einem Pflichtfach befreit war, ist anstelle der Zeugnisnote das Wort „befreit“ einzutragen.
4. Nimmt der Schüler/die Schülerin über den jeweiligen Pflicht- und gegebenenfalls Zusatzbereich hinaus an regelmäßigen freiwilligen Unterrichtsveranstaltungen teil, so wird dies im Zeugnis vermerkt.
5. In den Halbjahreszeugnissen der Hauptphase ist die Zahl der entschuldigt oder unentschuldigt versäumten Stunden zu vermerken.
6. Die Zeugnisse der ersten beiden Halbjahre werden an den für die Sekundarstufe I geltenden Terminen ausgegeben. Die Ausgabetermine für die Zeugnisse der letzten beiden Halbjahre werden jeweils von der Schulaufsichtsbehörde festgesetzt.
7. Von Abgangszeugnissen ist eine mit dem Zusatz „Zweitschrift“ versehene Zweitschrift anzufertigen, die an der Schule aufzubewahren ist.

Abschnitt VI

Erwerb des schulischen Teils der Fachhochschulreife in der gymnasialen Oberstufe

§ 27

Schulischer Teil der Fachhochschulreife

(1) Wer in der Hauptphase am Unterricht mindestens zweier aufeinander folgender Halbjahre teilgenommen hat und die Schule verlässt, ohne die Voraussetzungen für den Erwerb der Allgemeinen Hochschulreife erfüllt zu haben, erwirbt unter folgenden Bedingungen den schulischen Teil der Fachhochschulreife:

1. In die Qualifikation für den schulischen Teil der Fachhochschulreife sind aus zwei unmittelbar aufeinander folgenden, für alle Fächer gleichen Halbjahren je zwei Kurse in den beiden als LKurs belegten Fächern und elf Kurse in den als G-Kurs belegten Fächern einzubringen. Unter den einzubringenden Kursen sind jeweils zwei Kurse in Deutsch, in Mathematik, in einer Fremdsprache, die gemäß § 17 Abs. 2 Nr. 1 Pflichtfremdsprache ist, in einem in beiden Halbjahren belegten naturwissenschaftlichen Pflichtfach Biologie, Chemie oder Physik und in einem in beiden Halbjahren belegten gesellschaftswissenschaftlichen Pflichtfach Geschichte, Erdkunde, Politik oder dem beruflichen Profulfach Wirtschaftslehre gemäß § 17 Abs. 2 Nr. 2. Die weiteren einzubringenden Kurse bestimmt der Schüler/die Schülerin, wobei in jedem der übrigen Fächer höchstens zwei Kurse eingebracht werden können. Kurse des Seminarfachs können nicht eingebracht werden.
2. Zwei der einzubringenden L-Kurse und sieben der einzubringenden G-Kurse müssen mindestens mit der Note „ausreichend“ (05 Punkte) abgeschlossen sein. Die Summe der Punktzahlen der einzubringenden L-Kurse muss bei zweifacher Wertung mindestens 40, die der einzubringenden G-Kurse bei einfacher Wertung mindestens 55 betragen. Mit der Note „ungenügend“ abgeschlossene Kurse können nicht eingebracht werden.

Der schulische Teil der Fachhochschulreife wird auch erworben, wenn die Bedingungen zu einem früheren Zeitpunkt erfüllt waren.

(2) Aus den Ergebnissen der gemäß Absatz 1 einzubringenden Kurse wird als Summe der Punktzahlen der elf G-Kurse und des Doppelten der Punktzahlen der vier L-Kurse die Punktzahl des Gesamtergebnisses (Gesamtpunktzahl) ermittelt. Der Gesamtpunktzahl wird gemäß Anlage 4 eine Durchschnittsnote (N) zugeordnet, die auch im Zeugnis über den Nachweis des schulischen Teils der Fachhochschulreife ausgewiesen wird.

(3) Das Zeugnis über den Nachweis des schulischen Teils der Fachhochschulreife wird nach dem Muster der Anlage 3 auf Antrag des Schülers/der Schülerin von der Schulaufsichtsbehörde ausgestellt; dem Antrag ist eine beglaubigte Ablichtung der zugrunde liegenden Zeugnisse beizufügen.

Das Zeugnis berechtigt in Verbindung mit dem Nachweis des nach den jeweiligen Bestimmungen erforderlichen berufsbezogenen Teils der Fachhochschulreife zum Studium an einer Fachhochschule im Saarland sowie entsprechend der Vereinbarung zur Gestaltung der gymnasialen Oberstufe in der Sekundarstufe II (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 7. Juli 1972 in der jeweils geltenden Fassung) in den dort genannten Ländern.

Abschnitt VII

Abiturprüfung

a) Allgemeine Bestimmungen

§ 28

Zweck und Umfang der Prüfung

(1) Die Abiturprüfung bildet den Abschluss der gymnasialen Oberstufe. Die Zuerkennung der Allgemeinen Hochschulreife setzt die Teilnahme an der Abiturprüfung voraus. Die Leistungen aus den vier Halbjahren der Hauptphase und die Leistungen in der Abiturprüfung ergeben die für den Erwerb der Allgemeinen Hochschulreife erforderliche Gesamtqualifikation.

(2) Die Abiturprüfung erstreckt sich auf fünf Prüfungsfächer, von denen vier (1. bis 4. Prüfungsfach) schriftlich und eines (5. Prüfungsfach) mündlich geprüft werden. In den schriftlichen Fächern sind zusätzliche mündliche Prüfungen gemäß § 46 Abs. 2 und 3 möglich.

§ 29

Gliederung, Ort und Zeit der Prüfung

(1) Die Prüfung, die nach einheitlichen Prüfungsanforderungen und Bewertungsmaßstäben landeszentral durchgeführt wird, gliedert sich in einen schriftlichen und einen mündlichen Prüfungsteil. Als Bestandteil der schriftlichen Prüfung kann in den Fächern Musik und Bildende Kunst zusätzlich eine fachpraktische Prüfung und muss im Fach Sport zusätzlich eine sportpraktische Prüfung abgelegt werden.

(2) Die Prüfung findet einmal im Jahr, und zwar am Ende des vierten Halbjahres statt. Die schriftlichen Prüfungen in den einzelnen Prüfungsfächern und die fachpraktischen Prüfungen ausgenommen das Fach Sport werden an allen Schulen am gleichen Tag und zur gleichen Zeit durchgeführt; die Termine für die sportpraktischen Prüfungen legt die Schulaufsichtsbehörde in Absprache mit den Schulen fest.

(3) Die Schüler/Schülerinnen werden an einem Tag jeweils nur in einem Fach schriftlich geprüft; der Zeitpunkt der Prüfungen wird von der Schulaufsichtsbehörde festgesetzt. Sie bestimmt den Zeitpunkt der mündlichen Prüfung an den einzelnen Schulen.

§ 30

Teilnahme an der Prüfung; Nachteilsausgleich

(1) Tritt ein Schüler/eine Schülerin nach Bekanntgabe der Zulassung von der Prüfung zurück, wird er/ sie einem Schüler/einer Schülerin gleichgestellt, der/die die Prüfung nicht bestanden hat. Das gleiche gilt, wenn ein Schüler/ eine Schülerin die Prüfung ganz oder teilweise versäumt.

(2) Die Vorschrift des Absatzes 1 über das Nichtbestehen der Prüfung findet keine Anwendung, wenn ein Schüler/eine Schülerin aus Gründen, die er/sie nachweislich nicht zu vertreten hat (insbesondere Krankheit), verhindert ist, zur Prüfung anzutreten oder bis zu ihrem Abschluss an ihr teilzunehmen. Die Gründe für das Versäumnis hat der Schüler/die Schülerin unverzüglich nachzuweisen. Wird das Versäumnis mit Krankheit begründet, so kann der/die Vorsitzende der Abiturprüfungskommission die Vorlage eines amtsärztlichen Zeugnisses verlangen. Ob der Schüler/die Schülerin die Gründe zu vertreten hat, entscheidet die Abiturprüfungskommission.

Hat er/sie die Gründe nicht zu vertreten, ist ihm/ihr zur Ablegung oder Fortsetzung der schriftlichen beziehungsweise fach-/sportpraktischen Prüfung ein besonderer, landeseinheitlich von der Schulaufsichtsbehörde festzusetzender Termin zu gewähren, der vor dem allgemeinen Termin der mündlichen Prüfung liegt. Schüler/Schülerinnen, die auch an diesem Termin aus Gründen, die sie nicht zu vertreten haben, nicht teilnehmen können, nehmen an der Abiturprüfung des nächsten Schuljahres teil. Versäumt ein Schüler/eine Schülerin aus Gründen, die er/sie nicht zu vertreten hat, den mündlichen Teil der Prüfung, so wird ein Nachtermin gewährt.

Bereits abgelegte Teile der Prüfung werden gewertet. Dem Schüler/der Schülerin ist zu empfehlen, zur Vorbereitung auf die Abiturprüfung am Unterricht in seinen/ihren Prüfungsfächern in der nachfolgenden Jahrgangsstufe teilzunehmen.

(3) Für die Gewährung eines Nachteilsausgleichs finden die §§ 14 bis 16 der Inklusionsverordnung vom 3. August 2015 (Amtsl. I S. 540; 2016 I S. 217), geändert durch die Verordnung vom 8. August 2016 (Amtsl. I S. 656), in der jeweils geltenden Fassung Anwendung.

§ 31

Abiturprüfungskommission

Für die Vorbereitung und Durchführung der schriftlichen und mündlichen Prüfung, soweit sie Angelegenheit der jeweiligen Schule ist, werden für alle Schulen mit gymnasialer Oberstufe Abiturprüfungskommissionen mit jeweils mindestens vier Mitgliedern gebildet, deren Vorsitz von einem/einer von der Schulaufsichtsbehörde bestellten Regierungsbeauftragten wahrgenommen wird. Der/Die Vorsitzende soll Schulaufsichtsbeamter/Schulaufsichtsbeamtin oder Schulleiter/Schulleiterin sein; er/sie muss beide Prüfungen für ein Lehramt abgelegt haben oder über eine entsprechende Lehrbefähigung verfügen und die Lehrbefähigung für die gymnasiale Oberstufe besitzen. Nimmt ein Vertreter/eine Vertreterin die Aufgaben des/der Vorsitzenden wahr, so muss der Vertreter/die Vertreterin ebenfalls beide Prüfungen für ein Lehramt abgelegt haben oder über eine entsprechende Lehrbefähigung verfügen und die Lehrbefähigung für die gymnasiale Oberstufe besitzen.

(1) Für die Mitglieder der Abiturprüfungskommission gelten die folgenden Regelungen:

1. Wird die Abiturprüfungskommission an einer einzelnen Schule gebildet, so gehören ihr als weitere Mitglieder der Schulleiter/die Schulleiterin der betreffenden Schule und zwei weitere Lehrkräfte an. Die beiden weiteren Lehrkräfte sind in der Regel Funktionsstelleninhaber/Funktionsstelleninhaberinnen der Schule, darunter nach Möglichkeit der für die Oberstufe zuständige Funktionsstelleninhaber/die für die Oberstufe zuständige Funktionsstelleninhaberin und weiter nach Möglichkeit in der Funktion eines Abteilungsleiters/einer Abteilungsleiterin. Sie werden vom Schulleiter/der Schulleiterin benannt und müssen beide Prüfungen für ein Lehramt abgelegt haben oder über eine entsprechende Lehrbefähigung verfügen und die Lehrbefähigung für die gymnasiale Oberstufe besitzen.
2. Für Schulen, deren Oberstufen in einem Verbund kooperieren, kann eine gemeinsame Abiturprüfungskommission gebildet werden. In diesem Fall können grundsätzlich alle Schulleiter oder Schulleiterinnen der betreffenden Schulen Mitglieder der Abiturprüfungskommission sein. Falls keiner/keine der Schulleiter/Schulleiterinnen dieses Recht von sich

aus wahrnimmt, so bestimmen die Schulleiter/Schulleiterinnen einvernehmlich eine Person aus ihrem Kreis, die sie in der Abiturprüfungskommission vertritt. Findet keine Einigung statt, so entscheidet die Schulaufsichtsbehörde.

Darüber hinaus gehören nach Absprache der Schulleiter/Schulleiterinnen ein bis zwei weitere Lehrkräfte der Abiturprüfungskommission an. Diese sind in der Regel Funktionsstelleninhaber/Funktionsstelleninhaberinnen der betreffenden Schulen, darunter nach Möglichkeit für die Oberstufe zuständige Funktionsstelleninhaber/Funktionsstelleninhaberinnen und weiter nach Möglichkeit in der Funktion von Abteilungsleitern/Abteilungsleiterinnen. Sie müssen beide Prüfungen für ein Lehramt abgelegt haben oder über eine entsprechende Lehrbefähigung verfügen und die Lehrbefähigung für die gymnasiale Oberstufe besitzen.

3. Die Schulaufsichtsbehörde kann weitere Personen als Mitglieder der Abiturprüfungskommission benennen.
4. Wird die Abiturprüfungskommission an einer einzelnen Schule gebildet, so nimmt grundsätzlich vom Beginn der Frist zur Meldung zur Prüfung bis zum Beginn der mündlichen Prüfung der Schulleiter/die Schulleiterin die Aufgaben des/der Vorsitzenden der Abiturprüfungskommission wahr, sofern die Voraussetzungen gemäß Absatz 1 erfüllt sind. Andernfalls entscheidet der Schulleiter/die Schulleiterin, welches der Mitglieder der Abiturprüfungskommission diese Aufgaben wahrnimmt.

Wird die Abiturprüfungskommission für Schulen, deren Oberstufen in einem Verbund kooperieren, gebildet, so entscheiden die Schulleiter/Schulleiterinnen, die Mitglieder der gemeinsamen Abiturprüfungskommission sind, welches der Mitglieder unter Beachtung der Voraussetzung gemäß Absatz 1 vom Beginn der Frist zur Meldung zur Prüfung bis zum Beginn der mündlichen Prüfung die Aufgaben des/der Vorsitzenden der Abiturprüfungskommission wahrnimmt. Findet keine Einigung statt, so entscheidet die Schulaufsichtsbehörde.

(2) Die Abiturprüfungskommission ist beschlussfähig, wenn der/die Vorsitzende und zwei weitere Mitglieder anwesend sind. Die Abiturprüfungskommission trifft ihre Entscheidungen mit Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des/der Vorsitzenden den Ausschlag. Stimmenthaltungen sind bei Abstimmungen nicht zulässig. Der/Die Vorsitzende kann im Bedarfsfalle den Tutor/die Tutorin und den Fachlehrer/die Fachlehrerin zu den Beratungen der Abiturprüfungskommission mit beratender Stimme hinzuziehen.

(3) Der/Die Vorsitzende der Abiturprüfungskommission kann Entscheidungen dieser Kommission oder der Prüfungsausschüsse beanstanden; die Beanstandung hat aufschiebende Wirkung. Führt die erneute Beratung des betreffenden Gremiums nicht zu einer Ausräumung der Bedenken des/der Vorsitzenden der Abiturprüfungskommission, so führt dieser/diese die Entscheidung der Schulaufsichtsbehörde herbei; die Schulaufsichtsbehörde entscheidet nach Anhörung des/der Vorsitzenden der Abiturprüfungskommission sowie der übrigen Mitglieder des betreffenden Gremiums.

(4) Über die Beratungen und Entscheidungen der Abiturprüfungskommission sind Niederschriften anzufertigen. Der/Die Vorsitzende bestimmt den Schriftführer/die Schriftführerin. Die Niederschriften sind von den Mitgliedern der Abiturprüfungskommission zu unterzeichnen. Niederschrift und handschriftliche Unterzeichnung können auch elektronisch erfolgen. Näheres regelt die Schulaufsichtsbehörde.

§ 32

Prüfungsfachausschüsse

(1) Der/Die Vorsitzende der Abiturprüfungskommission bildet für die Durchführung der mündlichen Prüfung in den einzelnen Fächern jeweils einen Prüfungsfachausschuss.

(2) Einem Prüfungsfachausschuss gehören als Mitglieder an:

1. ein von der Schulaufsichtsbehörde berufener Fachlehrer/eine von der Schulaufsichtsbehörde berufene Fachlehrerin eines Gymnasiums, einer Gemeinschaftsschule oder der gymnasialen Oberstufe mit berufsbezogenen Fachrichtungen eines Berufsbildungszentrums als Fremdprüfer/Fremdprüferin (Zweitprüfer/Zweitprüferin) und Vorsitzender/Vorsitzende,
2. der jeweilige Fachlehrer/die jeweilige Fachlehrerin, der/die den Schüler/die Schülerin in der abschließenden Jahrgangsstufe unterrichtet hat, als Fachprüfer/ Fachprüferin (Erstprüfer/Erstprüferin), im Verhinderungsfalle ein anderer Fachlehrer/eine andere Fachlehrerin grundsätzlich der betreffenden Schule,
3. ein Schriftführer/eine Schriftführerin.

Die Mitglieder des Prüfungsfachausschusses gemäß Nummer 1 und Nummer 3 müssen in dem jeweiligen Fach über die Lehrbefähigung für die gymnasiale Oberstufe verfügen. Über Ausnahmen entscheidet der/die Vorsitzende der Abiturprüfungskommission.

(3) Die Schriftführer/Schriftführerinnen werden vom Schulleiter/von der Schulleiterin vorgeschlagen. Sie haben nur beratende Stimme.

§ 33

Einsendung von Prüfungsunterlagen

(1) Der Schulleiter/Die Schulleiterin übersendet der Schulaufsichtsbehörde unverzüglich nach der Entscheidung der Abiturprüfungskommission über die Zulassung der Schüler/Schülerinnen eine Auflistung der Anzahl der an der Prüfung teilnehmenden Schüler/Schülerinnen mit der Angabe ihrer jeweiligen Prüfungsfächer.

(2) Nach Abschluss der Abiturprüfung leitet der Vorsitzende/die Vorsitzende der Abiturprüfungskommission die Zweitausfertigung der Qualifikationslisten der Schulaufsichtsbehörde zum dortigen Verbleib zu.

§ 34

Wahl der Prüfungsfächer, Meldung zur Prüfung

(1) Der Schüler/Die Schülerin wählt seine/ihre fünf Prüfungsfächer (§ 28), davon vier schriftliche Prüfungsfächer und ein mündliches Prüfungsfach, gemäß den folgenden Maßgaben:

Unter den fünf Prüfungsfächern müssen mindestens zwei der drei Kernfächer Mathematik, Deutsch oder Fremdsprache sowie mindestens ein Fach aus jedem der drei Aufgabenfelder gemäß § 17 Abs. 1 sein.

Ein Fach kann nur dann Prüfungsfach sein, wenn Allgemeine Prüfungsanforderungen für das Fach vorliegen und es in der gymnasialen Oberstufe durchgehend belegt war.

Höchstens eines der Prüfungsfächer ist ein zweistündig unterrichtetes Fach. Das zweistündig unterrichtete Fach Sport und das Seminarfach sind keine Prüfungsfächer.

Aus dem gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenfeld können höchstens zwei Fächer als Prüfungsfächer benannt werden.

(2) Schriftliche Prüfungsfächer können sein

- aus dem sprachlich-literarisch-künstlerischen Aufgabenfeld die Fächer Deutsch, Fremdsprachen, Bildende Kunst, Musik, Darstellendes Spiel,
- aus dem gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenfeld die Fächer Erdkunde, Geschichte, Politik, das zweistündig unterrichtete Fach Wirtschaftslehre,
- aus dem mathematisch-naturwissenschaftlich-technischen Aufgabenfeld die Fächer Mathematik, Biologie, Chemie, Physik, Informatik, Technik,
- die keinem Aufgabenfeld zugeordneten Fächer Evangelische Religion/Katholische Religion, Allgemeine Ethik, Philosophie sowie das auf erhöhtem Anforderungsniveau unterrichtete Fach Sport.

Unter den schriftlichen Prüfungsfächern sind die beiden als L-Kurs belegten Fächer (1. und 2. Prüfungsfach). In der gymnasialen Oberstufe mit berufsbezogenen Fachrichtungen ist somit auch das berufliche Profulfach als eines der beiden als L-Kurs unterrichteten Fächer verbindliches schriftliches Prüfungsfach.

Als weitere schriftliche Prüfungsfächer wählt der Schüler/die Schülerin aus dem Kreis der auf grundlegendem Anforderungsniveau unterrichteten Fächer mit Ausnahme des zweistündig unterrichteten Fachs Sport und des Seminarfachs sein/ihr 3. und 4. Prüfungsfach unter Beachtung der Maßgaben von Absatz 1.

(3) Weiter benennt der Schüler/die Schülerin das mündliche Prüfungsfach (5. Prüfungsfach). Mündliches Prüfungsfach kann unter den Maßgaben von Absatz 1 jedes Fach sein, für das Allgemeine Prüfungsanforderungen vorliegen, das nicht bereits als schriftliches Prüfungsfach gewählt und in der gymnasialen Oberstufe durchgehend unterrichtet wurde.

(4) Nach Ausgabe des Zeugnisses des vierten Halbjahres der Hauptphase reicht der Schüler/die Schülerin auf einem Formblatt nach dem Muster der Anlage 5 über den Tutor/die Tutorin beim Vorsitzenden/bei der Vorsitzenden der Abiturprüfungskommission seine/ihre Meldung zur Abiturprüfung ein.

Ist die Meldung unvollständig, so hat der Schüler/die Schülerin sie innerhalb einer von der Abiturprüfungskommission zu setzenden Frist zu ergänzen.

Werden Meldungen nicht fristgerecht eingereicht oder ergänzt, so kann die Zulassung zur Prüfung versagt werden, wenn durch eine nachträgliche Zulassung der organisatorische Ablauf der Prüfung erschwert würde.

(5) Der Schüler/Die Schülerin weist mit der Meldung nach, dass er/sie die in § 35 geregelten Voraussetzungen für die Zulassung zur Prüfung erfüllt hat und benennt seine/ihre Prüfungsfächer.

(6) Ein Schüler/Eine Schülerin, der/die bereits einmal nicht zur Prüfung zugelassen wurde oder die Abiturprüfung wiederholt, muss sich zum nächsten Prüfungstermin erneut zur Prüfung melden. Hierbei können das 3., 4. und das 5. Prüfungsfach im Rahmen der Vorgaben neu bestimmt werden, sofern alle übrigen Zulassungsvoraussetzungen erfüllt sind, über deren Vorliegen erneut entschieden wird.

(7) Ein Schüler/Eine Schülerin, der/die sich aus Gründen, die er/sie zu vertreten hat, nicht oder nicht rechtzeitig zur Abiturprüfung meldet, muss gemäß § 21 Abs. 1 um eine Jahrgangsstufe zurücktreten beziehungsweise bei Überschreiten der höchstzulässigen Verweildauer in der Oberstufe die Schule verlassen.

§ 35

Zulassungsvoraussetzungen, Qualifikation im Kursbereich

(1) Voraussetzung für die Zulassung zur Prüfung ist, dass der Schüler/die Schülerin

1. in jedem der fünf Prüfungsfächer in der Einführungsphase und in den vier Halbjahren der Hauptphase unterrichtet wurde und in keinem der Halbjahre der Hauptphase die Note in diesen Fächern „ungenügend“ lautet,
2. die Qualifikation im Kursbereich gemäß Absatz 2 und Absatz 3 erfüllt,
3. eine zweite Fremdsprache in dem vorgeschriebenen Umfang nachweist und
4. die zulässige Verweildauer gemäß § 5 nicht überschreitet.

(2) In die Qualifikation im Kursbereich sind die Halbjahresergebnisse von insgesamt 40 Kursen einzubringen, und zwar jeweils der vier Kurse in den fünf Prüfungsfächern gemäß § 34 Abs. 2 und, soweit nicht durch diese Prüfungsfächer abgedeckt,

- jeweils der vier Kurse in Deutsch, Mathematik und der Pflichtfremdsprache gemäß § 17 Abs. 2 Nr. 1 (hat ein Schüler/eine Schülerin keine Fremdsprache als L-Kurs und durchgehend zwei aus der Sekundarstufe I fortgeführte Fremdsprachen auf dem Niveau eines G-Kurses belegt, entscheidet er/sie, welches die Pflichtfremdsprache sein soll),
- der vier Kurse des gesellschaftswissenschaftlichen Pflichtfaches Geschichte, Erdkunde, Politik beziehungsweise des beruflichen Profils Wirtschaftswissenschaften gemäß § 17 Abs. 2 Nr. 2 (hat ein Schüler/eine Schülerin keines dieser Fächer als L-Kurs und durchgehend zwei gesellschaftswissenschaftliche Fächer auf dem Niveau eines G-Kurses belegt, entscheidet er/sie, welches das Pflichtfach sein soll) und sofern eines der Fächer Erdkunde oder Politik als gesellschaftswissenschaftliches Pflichtfach gemäß § 17 Abs. 2 Nr. 2 gewählt wurde, mindestens zweier Kurse des gesellschaftswissenschaftlichen Pflichtfaches Geschichte,
- der vier Kurse des naturwissenschaftlichen Pflichtfaches Biologie, Chemie oder Physik gemäß § 17 Abs. 2 Nr. 2 (hat ein Schüler/eine Schülerin keines dieser Fächer als L-Kurs und durchgehend zwei naturwissenschaftliche Fächer auf dem Niveau eines G-Kurses belegt, entscheidet er/sie, welches das Pflichtfach sein soll),
- mindestens zweier Kurse Bildende Kunst oder zweier Kurse Musik,
- mindestens zweier Kurse Evangelische Religion/Katholische Religion beziehungsweise Allgemeine Ethik.

Schüler/Schülerinnen, die gemäß den Vorschriften der Verordnung über den Übergang von allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in die gymnasiale Oberstufe mit nur einer in der zum Übergang berechtigenden Schulform durchgehend unterrichteten Fremdsprache in die Oberstufe der dort genannten Schulen eingetreten sind und die Qualifikation in einer weiteren Fremdsprache nicht durch eine entsprechende Feststellungsprüfung in ihrer Herkunftssprache nachgewiesen haben, müssen,

- falls die aus der Sekundarstufe I fortgeführte Fremdsprache als Kernfach durchgehend bis zum Ende der Hauptphase belegt und eingebracht wird, mindestens zwei Kurse der gemäß § 9 Abs. 3 beziehungsweise Abs. 4 erster Spiegelstrich ab der Einführungsphase neu zu belegenden zweiten Fremdsprache einbringen, wobei keines der übrigen beiden Halbjahre mit der Note „ungenügend“ abgeschlossen sein darf,
- falls die aus der Sekundarstufe I fortgeführte Fremdsprache nach der Einführungsphase abgeschlossen wurde und die ab der Einführungsphase neu beginnende Fremdsprache Pflichtfremdsprache gemäß § 9 Abs. 4 zweiter Spiegelstrich ist, alle vier Halbjahreskurse dieser zweiten Fremdsprache einbringen.

Außer den gemäß den Sätzen 1 und 2 verpflichtend einzubringenden G-Kursen sind von dem Schüler/der Schülerin nach seiner/ihrer Wahl weitere von ihm/ihr belegte Kurse in die Qualifikation im Kursbereich einzubringen, bis die Zahl von 40 einzubringenden Kursen erreicht ist; von einer mit der Einführungsphase neu beginnenden Fremdsprache können Kurse nur dann in die Qualifikation im Kursbereich eingebracht werden, wenn der Schüler/die Schülerin in dieser Fremdsprache während der gesamten Einführungs- und Hauptphase unterrichtet wurde.

Mit der Note „ungenügend“ abgeschlossene Kurse können in die Gesamtqualifikation nicht eingebracht werden.

Bei Kursen, die wiederholt wurden, können nur die bei der Wiederholung erreichten Kursnoten in die Gesamtqualifikation eingebracht werden.

(3) Die Qualifikation im Kursbereich ist erfüllt, wenn

- keiner der gemäß Absatz 2 einzubringenden 40 Kurse mit der Note „ungenügend“ abgeschlossen wurde;

- in mindestens 32 der gemäß Absatz 2 einzubringenden 40 Kurse mindestens die Notenstufe „ausreichend“ (05 Punkte) erreicht wurde,
- in mindestens 5 der 12 einzubringenden Kurse der Kernfächer Deutsch, Mathematik und der Pflichtfremdsprache mindestens die Notenstufe „ausreichend“ (05 Punkte) erreicht wurde und
- die Punktschme der gemäß Absatz 2 einzubringenden 40 Kursergebnisse mindestens 200 beträgt.

Die Punktzahl der Qualifikation im Kursbereich (§ 52 Abs. 1 Nr. 1) ist die Punktschme der 40 einzubringenden Kursergebnisse.

§ 36

Entscheidung über die Zulassung

(1) Nach Ablauf der Meldefrist entscheidet die Abiturprüfungskommission über die Zulassung zur Prüfung. Erfüllt der Schüler/die Schülerin die Zulassungsvoraussetzungen gemäß § 35, so ist er/sie zur Prüfung zuzulassen. In allen anderen Fällen kann die Zulassung nicht ausgesprochen werden.

(2) Wer in einem anderen Land in der Bundesrepublik Deutschland wegen Überschreitung der zulässigen Verweildauer die Oberstufe verlassen musste, kann nicht zur Prüfung zugelassen werden, auch wenn die sonstigen Zulassungsvoraussetzungen erfüllt sind.

(3) Die Entscheidungen der Abiturprüfungskommission über die Zulassung der einzelnen Schüler/Schülerinnen werden diesen spätestens am Schultag nach dem Tag der Sitzung der Abiturprüfungskommission durch den Schulleiter/die Schulleiterin bekanntgegeben. Ist ein Schüler/eine Schülerin nicht zur Prüfung zugelassen, so unterrichtet der Schulleiter/die Schulleiterin ihn/sie bei Minderjährigen auch die Erziehungsberechtigten unverzüglich schriftlich unter Angabe der Gründe.

b) Schriftliche Prüfung, fach-/sportpraktische Prüfung

§ 37

Gegenstand und Umfang der schriftlichen Prüfung und der fach-/sportpraktischen Prüfung

(1) Die schriftliche Prüfung gegebenenfalls mit fach-/sportpraktischem Prüfungsteil erstreckt sich auf die beiden als L-Kurs belegten Fächer des Schülers/der Schülerin (1. und 2. Prüfungsfach) und auf zwei weitere, von dem Schüler/der Schülerin nach Maßgabe von § 34 benannte Fächer (3. und 4. Prüfungsfach).

(2) Ist Bildende Kunst, Musik oder Darstellendes Spiel schriftliches Prüfungsfach, so kann die schriftliche Prüfung nach Maßgabe der Allgemeinen Prüfungsanforderungen in dem jeweiligen Fach einen fachpraktischen Prüfungsteil enthalten.

(3) Ist eines der schriftlichen Prüfungsfächer das auf erhöhtem Anforderungsniveau unterrichtete Fach Sport, so ist neben der schriftlichen Prüfung in Sporttheorie eine sportpraktische Prüfung verbindlich. Kann ein Schüler/eine Schülerin ausweislich eines amtsärztlichen Attestes auch den ihm/ihr gemäß § 30 Abs. 2 Satz 5 eingeräumten Nachtermin für die sportpraktische Prüfung aus Gründen, die von ihm/ihr nicht zu vertreten sind, nicht wahrnehmen, so muss er/sie für jede ausgefallene sportpraktische Teilprüfung an einer mündlichen Ersatzprüfung teilnehmen. Sie erstreckt sich auf die Inhalte der Unterrichtseinheiten in der Hauptphase, in denen das entsprechende Bewegungsfeld/die entsprechende Sportart Gegenstand des Unterrichts war.

§ 38

Bearbeitungszeit, Prüfungsaufgaben

(1) Die Bearbeitungszeit für die schriftlichen Prüfungsarbeiten beträgt in den auf erhöhtem Anforderungsniveau geprüften Fächern 270 Minuten, in den auf grundlegendem Anforderungsniveau geprüften Fächern bei vierstündigen Fächern 225 Minuten, bei drei- und bei zweistündigen Fächern 180 Minuten. In diesen Zeiten können Zeiten für fachpraktische Anteile enthalten sein. Für Fächer, in denen Bildungsstandards der Kultusministerkonferenz für die Allgemeine Hochschulreife vorliegen, können abweichende Regelungen gelten.

Die Schulaufsichtsbehörde kann die Bearbeitungszeit verlängern, wenn zur Bearbeitung der gestellten Aufgaben das Lesen umfangreicher Texte oder in einem naturwissenschaftlichen Fach die Durchführung von Experimenten erforderlich oder in den Fächern Bildende Kunst und Musik eine Gestaltungsaufgabe zu lösen ist.

(2) Die Prüfungsaufgaben erwachsen aus den Lernzielen und den Lerninhalten der Lehrpläne der vier Halbjahre der Hauptphase sowie den jeweils geltenden Allgemeinen Prüfungsanforderungen in den einzelnen Fächern. Unbeschadet einer prüfungsdiagnostisch erforderlichen Schwerpunktbildung dürfen sich die vom Schüler/von der Schülerin zu bearbeitenden Aufgaben nicht auf die Sachgebiete eines Kurshalbjahres beschränken. Die Prüfungsaufgaben müssen so gestellt sein, dass sie dem Schüler/der Schülerin Gelegenheit geben, durch seine/ihre Prüfungsarbeit zu zeigen, in welchem Maße er/sie die

von ihm/ihr erwarteten Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten des Prüfungsfaches beherrscht und in der Lage ist, eine gestellte Aufgabe sachbezogen und angemessen in selbständiger Arbeit zu lösen.

Bei der Stellung der Prüfungsaufgabe sind die unterschiedlichen Anforderungen für das als G-Kurs und das L-Kurs unterrichtete Fach angemessen zu berücksichtigen.

§ 39

Auswahl der Prüfungsaufgaben

(1) Die Schulaufsichtsbehörde bestimmt landeszentral die Aufgaben der schriftlichen Prüfung beziehungsweise der fachpraktischen Prüfungen. Sie fordert hierzu insbesondere von Fachlehrern/Fachlehrerinnen des dritten Halbjahres Aufgabenvorschläge an. Die Aufgabenvorschläge sind mit Angabe der zugelassenen Hilfsmittel, der Lösungen beziehungsweise der vom Schüler/von der Schülerin erwarteten Leistungen, der Korrekturhinweise und der Bewertungsmaßstäbe einzureichen.

Die Aufgabenvorschläge dürfen im Unterricht nicht behandelt werden; sie dürfen auch nicht Aufgaben, die vom Schüler/von der Schülerin bereits gelöst oder die im Unterricht behandelt wurden, so nahe stehen, dass ihre Lösung keine selbstständige Leistung darstellt.

(2) Die Aufgabenvorschläge sind dem zuständigen Schulaufsichtsbeamten/der zuständigen Schulaufsichtsbeamtin unter Sicherstellung der Vertraulichkeit zu übermitteln.

(3) Die Schulaufsichtsbehörde setzt für jedes schriftliche Prüfungsfach einen Ausschuss ein, der die Aufgaben auswählt und in der Regel aus einem/einer Vorsitzenden und zwei weiteren Fachlehrern/Fachlehrerinnen besteht. Die Mitglieder des Ausschusses müssen in dem betreffenden Fach beide Prüfungen für ein Lehramt abgelegt haben oder über eine entsprechende Lehrbefähigung verfügen sowie die Lehrbefähigung für die gymnasiale Oberstufe besitzen und Unterrichtserfahrung in der gymnasialen Oberstufe haben. Dem Ausschuss dürfen keine Lehrkräfte angehören, die mit der Erarbeitung von Aufgabenvorschlägen für das jeweilige Fach beauftragt waren.

(4) Sind für ein Prüfungsfach Aufgabenvorschläge eingegangen, die dem Ausschuss nicht geeignet erscheinen, so kann er die Prüfungsaufgaben ändern oder neu festlegen.

(5) Es besteht die Verpflichtung zur Amtsverschwiegenheit (§ 57). Jedes vorzeitige Bekanntwerden der Prüfungsaufgaben oder ein Hinweis auf sie führt zur Ungültigkeit des jeweiligen Prüfungsteils.

§ 40

Durchführung der schriftlichen Prüfung

(1) Die Prüfungsaufgaben einschließlich der Korrekturhinweise und Bewertungsmaßstäbe werden den Schulleitungen nach Fächern getrennt unter Sicherstellung der Vertraulichkeit zugeleitet. Die Prüfungsaufgaben dürfen erst am jeweiligen Prüfungstag und im Prüfungsraum dem Fachlehrer/der Fachlehrerin und den Schülern/Schülerinnen eröffnet werden. Die Fachlehrkräfte verlassen nach der Eröffnung der Prüfungsaufgaben den Prüfungsraum. Die Korrekturhinweise und Bewertungsmaßstäbe dürfen erst nach dem Ende der schriftlichen Prüfung am jeweiligen Prüfungstag und nur den Fachlehrern/Fachlehrerinnen in dem jeweiligen Fach bekannt gegeben werden.

(2) Die Arbeiten und die Entwürfe sind auf Papier zu schreiben, das von der Schule zur Verfügung gestellt und mit dem Schulstempel versehen wird. Die Schüler/Schülerinnen tragen auf der ersten Seite des Deckblattes Name, Vorname und Kennzeichnung des im letzten Halbjahr im Prüfungsfach belegten Kurses sowie den Namen des Fachlehrers/der Fachlehrerin ein. Das Deckblatt und ein Rand jeder Seite der Arbeit sind für amtliche Eintragungen freizuhalten. Die Seiten der Reinschrift sind fortlaufend zu nummerieren. Reinschrift, Entwürfe und Aufzeichnungen dürfen nicht mit dem Namen des Schülers/der Schülerin versehen werden. Sämtliche Entwürfe und Beilagen sind als solche zu kennzeichnen.

(3) Die Schüler/Schülerinnen fertigen die Arbeiten unter ständiger Aufsicht von mindestens zwei Lehrkräften an, die die Prüflinge in dem betreffenden Fach in der Hauptphase nicht unterrichtet haben.

Der Prüfungsraum darf während der Bearbeitung von den Schülern/Schülerinnen nur einzeln und nur mit Genehmigung eines/einer Aufsichtführenden verlassen werden.

(4) Nur ausdrücklich zugelassene Hilfsmittel dürfen benutzt werden; es ist auch nicht gestattet, andere Hilfsmittel in den Prüfungsraum mitzubringen. Dies gilt insbesondere für mit Send-/Empfangsfunktion oder Speicherfunktion ausgestattete elektronische Geräte wie Mobiltelefone, Smartphones, Smartwatches oder Ähnliches.

(5) Vor Eintritt in die Prüfung werden die Schüler/Schülerinnen darauf hingewiesen, dass Täuschungsversuche, Beihilfe hierzu und Ordnungsverstöße zum Ausschluss von der Prüfung führen können. Der Wortlaut von § 56 ist bekanntzugeben. Nach Klärung technischer Fragen und Bekanntgabe der Prüfungsaufgaben beginnt die Bearbeitungszeit.

(6) Über den Verlauf der schriftlichen Prüfung ist von den Aufsichtführenden in jedem Prüfungsraum für jedes Prüfungsfach eine Niederschrift zu fertigen und zu unterzeichnen. In diese werden aufgenommen:

1. die Bezeichnung der Schule,
2. das Prüfungsfach und das Datum der Prüfung,
3. die Zahl der Schüler/Schülerinnen,
4. die Namen der Aufsicht führenden Lehrkräfte mit Angabe der Zeiten, in denen sie Aufsicht geführt haben,
5. ein Vermerk über die Maßnahmen gemäß Absatz 1 Satz 2 und Absatz 5,
6. der Beginn und das Ende der Bearbeitungszeit,
7. die Uhrzeit der Abwesenheit von Schülern/Schülerinnen,
8. Vermerke über besondere Vorkommnisse (Fehlanzeige erforderlich),
9. die Sitzordnung der Schüler/Schülerinnen (als Anlage).

Niederschrift und handschriftliche Unterzeichnung können auch elektronisch erfolgen. Näheres regelt die Schulaufsichtsbehörde.

(7) Alle Entwürfe, die Texte der Prüfungsaufgaben wie sonstige von der Schule gestellte Unterlagen sind mit der Reinschrift abzugeben.

§ 41

Beurteilung der Prüfungsarbeiten, Beurteilung der Prüfung in Sport

(1) Die Prüfungsarbeiten werden zunächst von dem zuständigen Fachlehrer/der zuständigen Fachlehrerin des letzten Kursjahres der Schule korrigiert und beurteilt (Erstkorrektur). Fehler und Beanstandungen sind im Text durch Unterstreichung kenntlich zu machen und nach ihrer Art am Rand zu kennzeichnen. Bewertungen oder erreichte Bewertungseinheiten werden nicht in der Prüfungsarbeit vermerkt.

(2) Ist die Reinschrift nicht vollständig, so sind Entwürfe nur heranzuziehen, wenn sie zusammenhängend konzipiert und lesbar ausgeführt sind und die Reinschrift etwa drei Viertel des erkennbar angestrebten Gesamtumfangs umfasst.

(3) In einer zusammenfassenden Beurteilung stellt der Erstkorrektor/die Erstkorrektorin die Vorzüge und Mängel der Arbeit fest und bewertet die Arbeit abschließend gemäß § 25 mit einer Note (Wortbezeichnung) unter Beifügung einer entsprechenden Punktzahl. Aus der Korrektur und der Beurteilung der schriftlichen Arbeit soll hervorgehen, welcher Wert den vom Schüler/von der Schülerin vorgebrachten Lösungen, Untersuchungsergebnissen und Argumenten beigemessen wird und wie weit der Schüler/die Schülerin die Lösung der gestellten Aufgaben durch gelungene Beiträge gefördert oder durch sachliche oder logische Fehler beeinträchtigt hat. Bei der Bewertung der Arbeit führen schwerwiegende und gehäufte Verstöße gegen die Richtigkeit der deutschen Sprache oder gegen die äußere Form zu einem Abzug von 1 bis 2 Punkten (einfache Wertung) des Notensystems gemäß § 25.

(4) Nach Abschluss der Erstkorrektur werden die Prüfungsarbeiten einem Zweitkorrektor/einer Zweitkorrektorin zur Durchsicht und selbständigen Beurteilung und Bewertung vorgelegt (Zweitkorrektur). Als Zweitkorrektor/Zweitkorrektorin bestimmt der Schulleiter/die Schulleiterin im Benehmen mit der Abiturprüfungskommission andere Fachlehrer/Fachlehrerinnen des betreffenden Faches in der Regel der eigenen Schule mit der Lehrbefähigung für die Sekundarstufe II und Unterrichtserfahrung in der gymnasialen Oberstufe. Die Schulaufsichtsbehörde bestimmt regelmäßig für die stichprobenartige Zweitkorrektur auch Fachlehrer/Fachlehrerinnen anderer Schulen. Die Zweitkorrektur ist ohne Kenntnis des Verfassers/der Verfasserin der Prüfungsarbeit, der zusammenfassenden Beurteilung und der Bewertung durch den Erstkorrektor/die Erstkorrektorin vorzunehmen.

(5) Weichen die Bewertungen der Prüfungsarbeit durch Erst- und Zweitkorrektor/Erst- und Zweitkorrektorin voneinander ab und können sie sich nicht über die Bewertung einigen, so setzt der/die Vorsitzende der Abiturprüfungskommission die Note endgültig fest. Der/Die Vorsitzende der Abiturprüfungskommission kann vor seiner/ihrer Entscheidung weitere Fachlehrer/Fachlehrerinnen hinzuziehen, insbesondere wenn er/sie nicht die Lehrbefähigung für das betreffende Prüfungsfach besitzt.

(6) Erstkorrektor/Erstkorrektorin und Zweitkorrektor/Zweitkorrektorin sowie der/die Vorsitzende der Abiturprüfungskommission bestätigen durch Unterschrift die Beurteilung und Bewertung der Prüfungsarbeit.

(7) Um eine Bewertung der Prüfungsarbeiten nach gleichen Maßstäben zu gewährleisten, beruft die Schulaufsichtsbehörde in der Regel nach einer ersten Durchsicht der Prüfungsarbeiten Korrektorenkonferenzen für die einzelnen Prüfungsfächer ein. In diesen werden die besonderen Probleme der Prüfungsarbeiten besprochen und die anzulegenden Korrektur- und Bewertungsmaßstäbe unter Beachtung der geltenden einheitlichen Bewertungsnormen vom Vorsitzenden/von der Vorsitzenden der Korrektorenkonferenz festgesetzt. Hierbei sind die Lehrkräfte, die mit der Stellung und Auswahl der Aufgaben betraut waren, zu hören.

(8) Die Note im Fach Sport wird gebildet als arithmetisches Mittel aus der Punktzahl der sportpraktischen Prüfung und der Punktzahl für die schriftliche Prüfung in Sporttheorie. Es wird mathematisch gerundet. Die Punktzahl der sportpraktischen Prüfung wird gebildet als arithmetisches Mittel der Punktzahlen aus den sportpraktischen Teilprüfungen. Es wird nicht gerundet. Dabei kann an die Stelle jeder sportpraktischen Teilprüfung eine mündliche Ersatzprüfung gemäß § 37 Absatz 3 treten. Das Ergebnis der Prüfung in Sport muss vor der Meldung zur mündlichen Prüfung feststehen.

(9) Die Schulaufsichtsbehörde kann sich die Prüfungsarbeiten zur Überprüfung vorlegen lassen und die Note einschließlich der Punktzahl ändern. Die Änderung ist zu begründen.

§ 42

Bekanntgabe der Ergebnisse der schriftlichen Prüfung und ggfls. des fach-/sportpraktischen Prüfungsteils

Die Ergebnisse der schriftlichen Prüfung gegebenenfalls einschließlich der Ergebnisse des fach-/sportpraktischen Prüfungsteils sowie gegeben falls die Verpflichtung zur Teilnahme an einer zusätzlichen mündlichen Prüfung gemäß § 46 Abs. 3 werden den Schülern/Schülerinnen an einem von der Schulaufsichtsbehörde festgesetzten Termin durch den Vorsitzenden/die Vorsitzende der Abiturprüfungskommission in Gegenwart eines weiteren Mitgliedes der Abiturprüfungskommission und in der Regel des jeweiligen Tutors/der jeweiligen Tutorin bekannt gegeben. Über die erfolgte Mitteilung ist ein Vermerk in die Prüfungsunterlagen aufzunehmen. Eine Bekanntgabe vor dem in Satz 1 genannten Zeitpunkt ist nicht statthaft.

c) Mündliche Prüfung

§ 43

Beantragung einer zusätzlichen mündlichen Prüfung

Unmittelbar nach Bekanntgabe der Ergebnisse der schriftlichen Prüfung, spätestens bis zur der Entscheidung über die Zulassung zur mündlichen Prüfung benennt der Schüler/die Schülerin auf einem Formblatt nach dem Muster der Anlage 6 das Prüfungsfach, in dem er/sie gemäß § 46 Abs. 2 eine zusätzliche mündliche Prüfung beantragt.

§ 44

Zulassungsvoraussetzungen

Voraussetzung für die Zulassung zur mündlichen Prüfung ist, dass auf Grund der Ergebnisse der schriftlichen Prüfung bei unterstellten bestmöglichen Ergebnissen der mündlichen Prüfung die Erfüllung der Voraussetzungen der Qualifikation im Abiturbereich (§ 51) möglich ist.

§ 45

Entscheidung über die Zulassung

(1) Erfüllt der Schüler/die Schülerin die in § 44 genannten Voraussetzungen, so ist er/sie zur mündlichen Prüfung zuzulassen. In allen anderen Fällen kann die Zulassung nicht ausgesprochen werden; die Abiturprüfung ist dann nicht bestanden.

(2) Die Entscheidungen der Abiturprüfungskommission über die Zulassung der einzelnen Schüler/Schülerinnen werden diesen spätestens am Schultag nach dem Tag der Konferenz der Abiturprüfungskommission durch den Schulleiter/die Schulleiterin bekanntgegeben.

Hat der Schüler/die Schülerin die Abiturprüfung gemäß Absatz 1 Satz 2 nicht bestanden, so teilt der Schulleiter/die Schulleiterin ihm/ihr und gegebenenfalls den Erziehungsberechtigten die Entscheidung der Abiturprüfungskommission unverzüglich unter Angabe der Gründe schriftlich mit.

§ 46

Fächer der mündlichen Prüfung

(1) Jeder Schüler/Jede Schülerin, der/die zur mündlichen Prüfung zugelassen ist, wird mündlich in dem von ihm/ihr gemäß § 34 Abs. 3 benannten 5. Prüfungsfach geprüft.

(2) Der Schüler/Die Schülerin kann beantragen, über gemäß Absatz 3 festzusetzende mündliche Prüfungen hinaus in höchstens einem weiteren der schriftlich geprüften Fächer auch mündlich geprüft zu werden. Ein Rücktritt von dieser Prüfung nach Durchführung der Konferenz gemäß § 45 führt dazu, dass die Prüfung mit „ungenügend“ bewertet wird.

(3) Unabhängig von Absatz 2 wird der Schüler/die Schülerin in einem Fach, in dem er/sie bereits schriftlich geprüft wurde, auch mündlich geprüft, wenn sich das Ergebnis der schriftlichen Prüfung um vier oder mehr Punkte der einfachen Wertung

von dem Durchschnitt der Punkte unterscheidet, die er/ sie in den für die Gesamtqualifikation anzurechnenden Kursen des jeweiligen Prüfungsfaches in den vier Halbjahren der Hauptphase erreicht hat.

§ 47

Äußere Vorbereitung der mündlichen Prüfung

(1) Dem/Der Vorsitzenden der Abiturprüfungskommission ist die Zweitausfertigung der Qualifikationslisten rechtzeitig vor Beginn der mündlichen Prüfung zuzuleiten.

(2) Für die mündliche Prüfung hat der Schulleiter/die Schulleiterin bereitzuhalten:

1. die vollständigen Prüfungsunterlagen einschließlich der Meldungen der Schüler/Schülerinnen zur Prüfung,
2. die Niederschriften über die Entscheidungen der Abiturprüfungskommission und den Verlauf der schriftlichen Prüfungen,
3. die Arbeiten der schriftlichen Prüfungen.

(3) Die für die mündliche Prüfung notwendigen Hilfsmittel müssen in den Prüfungsräumen zur Verfügung stehen.

(4) Der/Die Vorsitzende der Abiturprüfungskommission legt den vorläufigen Prüfungsplan mit der Reihenfolge der einzelnen Prüfungen fest. Der Prüfungsplan ist den Prüflingen spätestens am Tag vor Beginn der mündlichen Prüfungen bekannt zu geben. Wird eine Änderung des Prüfungsplans notwendig, so kann eine davon betroffene Prüfung nur zu einem späteren als dem geplanten Zeitpunkt stattfinden.

§ 48

Vorberatung zur Eröffnung der mündlichen Prüfung

(1) Zur Eröffnung der mündlichen Prüfung findet unter Leitung des/der Vorsitzenden der Abiturprüfungskommission eine Konferenz statt, an der neben den übrigen Mitgliedern der Abiturprüfungskommission alle an der mündlichen Prüfung mitwirkenden Lehrkräfte teilnehmen.

(2) Der/Die Vorsitzende eröffnet die Konferenz mit dem ausdrücklichen Hinweis auf die Amtsverschwiegenheit. Nach einer Aussprache über die Ergebnisse der schriftlichen Prüfung gibt der/die Vorsitzende die Zusammensetzung der Prüfungsfachausschüsse sowie den Aufsichtsplan bekannt und legt den Ablauf der Prüfungen dar. Er/Sie weist auf allgemeine Prüfungsgrundsätze gemäß dieser Prüfungsordnung, insbesondere auf die Regelungen über die Durchführung der mündlichen Prüfung (§ 49), hin.

(3) Der/Die Vorsitzende der Abiturprüfungskommission beauftragt ein Mitglied der Abiturprüfungskommission mit der Anfertigung der allgemeinen Niederschrift über die mündliche Prüfung in ihrer Gesamtheit sowie über die Beratungen und Beschlüsse der Abiturprüfungskommission. Die Niederschrift ist nach Abschluss der Prüfung von den Mitgliedern der Abiturprüfungskommission zu unterzeichnen. Niederschrift und handschriftliche Unterzeichnung können auch elektronisch erfolgen. Näheres regelt die Schulaufsichtsbehörde.

§ 49

Durchführung der mündlichen Prüfung

(1) Bei der mündlichen Prüfung werden die Schüler/Schülerinnen von dem zuständigen Prüfungsfachausschuss einzeln geprüft.

(2) Die einzelne Prüfung dauert in der Regel etwa 20 Minuten. Diese Zeit kann um etwa zehn Minuten überschritten werden, wenn der Verlauf der Prüfung innerhalb der vorgesehenen Regelzeit kein eindeutiges Urteil zulässt. Enthält die Prüfung in einem Fach praktische Anteile, so kann die Prüfungszeit nach Maßgabe der Allgemeinen Prüfungsanforderungen in diesem Fach verlängert werden.

(3) Die Aufgaben der mündlichen Prüfung erwachsen aus den Lernzielen und Lerninhalten der Lehrpläne der vier Halbjahre der Hauptphase sowie den jeweils geltenden Allgemeinen Prüfungsanforderungen in den einzelnen Fächern. Der Schwierigkeitsgrad der Prüfungsaufgaben muss die unterschiedliche Anforderungshöhe zwischen L-Kurs und G-Kurs berücksichtigen.

Unbeschadet einer prüfungsdidaktisch erforderlichen Schwerpunktbildung dürfen sich die vom Schüler/von der Schülerin zu bearbeitenden Aufgaben nicht auf die Sachgebiete eines Kurshalbjahres beschränken. Die mündliche Prüfung darf keine inhaltliche Wiederholung der schriftlichen Prüfung sein.

Die Prüfung ist so durchzuführen, dass der Schüler/die Schülerin aufzeigen kann, in welchem Maße er/ sie über ein sicheres, geordnetes Wissen, Vertrautheit mit den grundlegenden Begriffen und der Arbeitsweise des Prüfungsfaches, Verständnis und Urteilsfähigkeit, selbständiges differenzierendes Denken, Sinn für Zusammenhänge des Fachbereichs und

Darstellungsvermögen verfügt und in der Lage ist, eine Aufgabe selbständig zu lösen. Aufgaben, die nur eine rein gedächtnismäßige Wiedergabe erlernten Stoffes verlangen, entsprechen diesen Anforderungen nicht.

(4) In der mündlichen Prüfung wird dem Schüler/der Schülerin zunächst eine für ihn/sie neue, größere Aufgabe gestellt, die auch aus mehreren zusammenhängenden Teilaufgaben bestehen kann und durch die zur Verfügung stehende Vorbereitungs- und Bearbeitungszeit angemessen begrenzt ist. Sie ist vom Fachprüfer/von der Fachprüferin im Einvernehmen mit dem/der Vorsitzenden des Prüfungsfachausschusses zu stellen.

Die Aufgabe (einschließlich der Bearbeitungsunterlagen) ist dem Schüler/ der Schülerin schriftlich vorzulegen.

Dem Schüler/ Der Schülerin ist eine angemessene Zeit, in der Regel etwa 30 Minuten, zur Vorbereitung auf die Prüfung zu gewähren. Er/Sie darf sich während dieser Vorbereitung, die unter Aufsicht stattfindet, auf dem von der Schule zur Verfügung gestellten Schreibpapier Aufzeichnungen machen, die er/sie als Grundlage für seine/ihre Ausführungen in der mündlichen Prüfung benutzen kann.

(5) In der Prüfung soll der Fachprüfer/die Fachprüferin dem Schüler/der Schülerin zunächst Gelegenheit geben, selbständig die vorbereitete Aufgabe in zusammenhängendem Vortrag zu lösen. Ein Ablesen der im Vorbereitungsraum gemachten Aufzeichnungen und eine nicht auf das Thema bezogene Wiedergabe gelernten Wissensstoffes widersprechen dem Zweck der Prüfung. Zwischenfragen sind mit Zustimmung des/der Vorsitzenden des Prüfungsfachausschusses möglich. Der Fachprüfer/Die Fachprüferin knüpft durch ergänzende und vertiefende Fragen an den Vortrag des Schülers/der Schülerin an. Das unzusammenhängende Abfragen von Einzelkenntnissen entspricht jedoch nicht dem Sinn der Prüfung. Ist der Schüler/die Schülerin aufgrund mangelnder Kenntnisse nicht imstande, die gestellte Aufgabe zu lösen, so kann der Prüfer/die Prüferin ihm/ihr im Prüfungsverlauf Hilfen geben,

die im Protokoll zu vermerken sind. Zeigt sich der Schüler/die Schülerin trotz der erteilten Hilfe der gestellten Aufgabe nicht gewachsen und sind die Gründe hierfür von ihm/von ihr zu vertreten, so sollen die Prüfer das Maß seiner/ihrer Kenntnisse und seines/ihrer Urteilsvermögens in einem Prüfungsgespräch über verschiedene Sachgebiete durch kürzere Aufgabenstellungen feststellen.

In einem zweiten Teil der Prüfung soll das Prüfungsgespräch durch den Vorsitzenden/die Vorsitzende des Prüfungsfachausschusses vor allem grundlegende fachliche und gegebenenfalls überfachliche Zusammenhänge, die sich aus der jeweiligen Aufgabe ergeben, sowie weitere Sachgebiete der Allgemeinen Prüfungsanforderungen in dem betreffenden Fach überprüfen.

(6) Die Mitglieder des Prüfungsfachausschusses wirken bei der Prüfung kollegial zusammen. Der Fremdprüfer/Die Fremdprüferin ist verpflichtet, auf die Gleichmäßigkeit und die Angemessenheit der Prüfungsanforderungen und Bewertungsmaßstäbe zu achten. Der/Die Vorsitzende der Abiturprüfungskommission ist berechtigt, sich in die Prüfung einzuschalten, Prüfungsfragen zu stellen oder die Prüfung zu übernehmen.

(7) Nach Abschluss der Prüfung berät der Prüfungsfachausschuss unter Heranziehung der Niederschrift über die einzelnen Prüfungsleistungen. Die Einbeziehung nicht zum Prüfungsfachausschuss gehörender Lehrkräfte in die Beratungen ist nicht zulässig.

Fach- und Fremdprüfer/Fach- und Fremdprüferin setzen die Note für die mündliche Prüfungsleistung auf Vorschlag des Fachprüfers/der Fachprüferin einvernehmlich fest; der Schriftführer/die Schriftführerin kann hierbei beratend mitwirken. Einigen sie sich nicht, entscheidet nach Anhören des Prüfungsfachausschusses der/die Vorsitzende der Abiturprüfungskommission.

(8) Über den Verlauf jeder mündlichen Prüfung ist eine Niederschrift zu fertigen, die von den Mitgliedern des Prüfungsfachausschusses zu unterzeichnen ist. In die Niederschrift sind der Name des Schülers/der Schülerin, der Beginn und das Ende der Prüfung, der Prüfungsverlauf, die Stoffgebiete, denen die Fragen entnommen wurden, sowie Vermerke über die Qualität der entsprechenden Antworten und gegebenenfalls Hilfen, die Beratungsergebnisse und die Note der mündlichen Prüfung aufzunehmen. Schriftlich gestellte Aufgaben mit beigegebenen Texten und Bearbeitungsunterlagen sind zusammen mit den Notizen des Schülers/der Schülerin der Niederschrift beizufügen. Niederschrift und handschriftliche Unterzeichnung können auch elektronisch erfolgen. Näheres regelt die Schulaufsichtsbehörde.

(9) Mit Zustimmung des/der Vorsitzenden der Abiturprüfungskommission kann neben den übrigen Mitgliedern der Abiturprüfungskommission und den Mitgliedern des Prüfungsfachausschusses eine weitere Lehrkraft beziehungsweise eine Lehrkraft im Vorbereitungsdienst bei der mündlichen Prüfung anwesend sein. Über die Anwesenheit weiterer Lehrkräfte entscheiden der/die Vorsitzende der Abiturprüfungskommission und der Prüfling einvernehmlich.

Bei Privatschulen kann an der mündlichen Prüfung – ausgenommen die Beratung und Beschlussfassung über die Leistungsbewertung – ein Vertreter/eine Vertreterin des Schulträgers als Zuhörer/Zuhörerin teilnehmen.

d) Abschluss der Prüfung**§ 50**

Festsetzung der Prüfungsergebnisse in den Prüfungsfächern

(1) Nach Beendigung der mündlichen Prüfungen eines Schülers/einer Schülerin werden die Prüfungsergebnisse in seinen/ihren fünf Prüfungsfächern durch die Abiturprüfungskommission festgesetzt.

(2) In den Fächern Bildende Kunst, Musik, Darstellendes Spiel und Sport gehen gegebenenfalls die Ergebnisse der fachbezugsweise sportpraktischen Prüfung in das Ergebnis der schriftlichen Prüfung ein.

(3) Wurde der Schüler/die Schülerin in einem schriftlich geprüften Fach gemäß § 46 Abs. 2 oder Abs. 3 auch mündlich geprüft, so wird bei der Festsetzung des Vierfachen des Prüfungsergebnisses in dem betreffenden Fach das Ergebnis der schriftlichen Prüfung zweifach und das der mündlichen Prüfung einfach gewertet. Die Ermittlung des Prüfungsergebnisses in vierfacher Wertung erfolgt nach der Tabelle gemäß Anlage 7.

§ 51

Qualifikation im Abiturbereich

Die Abiturprüfungskommission stellt in einer Konferenz auf der Grundlage der Prüfungsergebnisse gemäß § 50 Abs. 1 fest, welche Schüler/Schülerinnen die Voraussetzungen für die Qualifikation im Abiturbereich erfüllen. Die Voraussetzungen sind erfüllt, wenn bei jeweils vierfacher Gewichtung der Prüfungsergebnisse in den fünf Prüfungsfächern

1. in mindestens drei Prüfungsfächern, darunter wenigstens einem als L-Kurs belegten Fach, jeweils mindestens 20 Punkte erzielt wurden,
2. in mindestens einem der als Prüfungsfach gewählten Kernfächer Deutsch, Mathematik oder der Pflichtfremdsprache mindestens 20 Punkte erzielt wurden und
3. die Punktschme der Prüfungsergebnisse der fünf Prüfungsfächer bei vierfacher Gewichtung mindestens 100 beträgt.

In diesem Fall ist die Punktzahl der Qualifikation im Abiturbereich die Summe der Vierfachen der Prüfungsergebnisse in den fünf Prüfungsfächern.

In allen anderen Fällen sind die Voraussetzungen für die Qualifikation im Abiturbereich nicht erfüllt.

e) Gesamtqualifikation, Durchschnittsnote, Zuerkennung der Allgemeinen Hochschulreife**§ 52**

Gesamtqualifikation

(1) Die Abiturprüfungskommission stellt in der Konferenz gemäß § 51 fest, ob die Allgemeine Hochschulreife zuerkannt wird. Ein Schüler/Eine Schülerin erwirbt die Allgemeine Hochschulreife, wenn er/ sie

1. die Bedingungen der Qualifikation im Kursbereich gemäß § 35 Abs. 3 und
2. die Bedingungen der Qualifikation im Abiturbereich gemäß § 51 erfüllt.

Ein Ausgleich zwischen den beiden Teilbereichen ist nicht möglich.

In allen anderen Fällen kann die Allgemeine Hochschulreife nicht zuerkannt werden.

(2) Die von der Abiturprüfungskommission festzustellende Punktzahl der Gesamtqualifikation (Gesamtpunktzahl E) errechnet sich als Summe der gemäß § 35 Abs. 3 ermittelten Punktzahl der Qualifikation im Kursbereich und der gemäß § 51 ermittelten Punktzahl der Qualifikation im Abiturbereich.

In der Gesamtqualifikation sind höchstens 900 Punkte erreichbar, nämlich 600 Punkte im Kursbereich und 300 Punkte im Abiturbereich.

(3) Die erreichte Gesamtpunktzahl (E) der Gesamtqualifikation wird gemäß Anlage 8 in eine Durchschnittsnote (N) umgerechnet und gemeinsam mit der Durchschnittsnote (N) im Zeugnis der Allgemeinen Hochschulreife ausgewiesen.

§ 53

Bekanntgabe der Entscheidungen

(1) Nach den Entscheidungen der Abiturprüfungskommission über die Erfüllung der Voraussetzungen der Qualifikation im Abiturbereich und über die Zuerkennung der Allgemeinen Hochschulreife in der Konferenz gemäß § 51 teilt der/die Vorsitzende der Abiturprüfungskommission den Schülern/Schülerinnen die sie jeweils betreffenden Beschlüsse mit.

(2) Hat ein Schüler/eine Schülerin die Voraussetzungen der Qualifikation im Abiturbereich nicht erfüllt, so gibt ihm/ihr der/die Vorsitzende der Abiturprüfungskommission dies unverzüglich nach der Beschlussfassung durch die Abiturprüfungskommission bekannt. Bei Minderjährigen ist dies ferner den Erziehungsberechtigten unter Angabe der Gründe schriftlich mitzuteilen.

(3) Eine Bekanntgabe von Ergebnissen in mündlichen Prüfungen sowie von Entscheidungen über die Erfüllung der Voraussetzungen der Qualifikation im Abiturbereich vor dem in Absatz 1 genannten Zeitpunkt ist nicht zulässig.

§ 54

Zeugnis

(1) Ein Schüler/Eine Schülerin, dem/der die Allgemeine Hochschulreife zuerkannt worden ist, erhält das Zeugnis der Allgemeinen Hochschulreife nach dem Muster der Anlage 9a in Verbindung mit der Anlage 9b. Das Zeugnis trägt das Datum des letzten Tages der mündlichen Prüfung an der jeweiligen Schule. Es wird vom Vorsitzenden/von der Vorsitzenden der Abiturprüfungskommission und vom Schulleiter/von der Schulleiterin unterschrieben und ist mit den Siegeln der Schulaufsichtsbehörde und der Schule zu versehen. Eine mit dem Zusatz „Zweitschrift“ versehene Zweitschrift des Zeugnisses, die ebenfalls vom Vorsitzenden/von der Vorsitzenden der Abiturprüfungskommission und vom Schulleiter/von der Schulleiterin unterschrieben und mit den Siegeln der Schulaufsichtsbehörde und der Schule versehen ist, bleibt bei den Prüfungsunterlagen der Schule.

(2) Ein Schüler/Eine Schülerin, dem/der die Allgemeine Hochschulreife nicht zuerkannt wurde und der/ die die Schule verlässt, erhält ein Abgangszeugnis gemäß § 26 Abs. 3.

f) Besondere Bestimmungen

§ 55

Wiederholung der Prüfung

(1) Eine bestandene Prüfung kann nicht wiederholt werden.

(2) Wer die Prüfung nicht bestanden hat oder wessen Prüfung nach den Vorschriften des § 30 Abs. 1 oder des § 56 Abs. 5 als nicht bestanden gilt, kann sie einmal und zwar frühestens zum nächsten allgemeinen Prüfungstermin wiederholen. Die Wiederholung der Prüfung erstreckt sich auf die gesamte Prüfung und setzt eine Wiederholung der letzten beiden Halbjahre der Hauptphase gemäß § 21 Abs. 2 voraus. Eine Wiederholung von Teilen der Prüfung oder eine Wiederholung in einzelnen Prüfungsfächern ist nicht möglich.

(3) In besonders begründeten Ausnahmefällen kann die Schulaufsichtsbehörde eine zweite Wiederholung gestatten.

§ 56

Täuschungsversuche, Verstöße gegen die Ordnung, Leistungsverweigerung

(1) Wer unerlaubte Hilfsmittel benutzt oder sonst zu täuschen versucht oder Beihilfe dazu leistet oder zu leisten versucht, kann nach der Schwere des jeweiligen Falles

1. zur Wiederholung der Prüfungsleistung verpflichtet werden oder
2. für die Prüfungsleistung die Note „ungenügend“ erhalten oder
3. von der weiteren Teilnahme an der Prüfung ausgeschlossen werden.

Das unerlaubte Mitführen eines elektronischen Gerätes mit Sende-/Empfangsfunktion wie eines Mobiltelefons, Smartphones, einer Smartwatch oder Ähnlichem gilt als Täuschungsversuch. Dies gilt auch dann, wenn das Gerät ausgeschaltet ist.

(2) Wer während der Prüfung erheblich gegen die Ordnung verstößt, kann verwarnet oder in schweren Fällen von der weiteren Teilnahme an der Prüfung ausgeschlossen werden.

(3) Über die Sachverhaltsfeststellungen des/der Aufsichtsführenden über eine Täuschungshandlung, eine dazu geleistete Beihilfe oder einen Ordnungsverstoß ist eine Niederschrift anzufertigen.

(4) Die Entscheidung über das Vorliegen der Tatbestände der Absätze 1 und 2 und über die zu ergreifenden Maßnahmen trifft die Abiturprüfungskommission nach Anhören des Schülers/der Schülerin. Bis zur Entscheidung setzt der Schüler/die Schülerin die Prüfung fort.

(5) Bei Ausschluss von der weiteren Teilnahme gilt die Prüfung als nicht bestanden.

(6) Wird eine schwerwiegende Täuschungshandlung erst nach Ablauf der Prüfung festgestellt, so kann die Schulaufsichtsbehörde die Prüfung nachträglich für nicht bestanden erklären und das Zeugnis der Allgemeinen Hochschulreife einziehen. Dies gilt jedoch nur für einen Zeitraum von drei Jahren ab dem Tag der Zeugnisausstellung (§ 54 Abs. 1 Satz 2).

(7) Wird in einem Teil der Prüfung die Leistung verweigert, so ist dieser Teil mit „ungenügend“ zu bewerten.

§ 57

Verschwiegenheit

Wer bei der Vorbereitung oder Durchführung der Prüfung mitwirkt oder bei einer solchen anwesend ist, ist zur Amtsverschwiegenheit verpflichtet.

Abschnitt VIII

Teilnahme von Externen an der Abiturprüfung

§ 58

Zulassungsvoraussetzungen

(1) Wer das Zeugnis der Allgemeinen Hochschulreife erwerben will, ohne Schüler/Schülerin einer zur Allgemeinen Hochschulreife führenden öffentlichen Schule oder staatlich anerkannten privaten Ersatzschule zu sein, kann sich als Externer/Externe der in dieser Verordnung geregelten Abiturprüfung nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen unterziehen.

(2) Externe werden zur Prüfung zugelassen, wenn sie

1. bis zum Ablauf der Meldefrist das 18. Lebensjahr vollendet haben,
2. ihren Hauptwohnsitz seit mindestens einem Jahr im Saarland haben,
3. in dem der Prüfung vorausgegangenen Kalenderjahr nicht Schüler/Schülerinnen einer zur Allgemeinen Hochschulreife führenden öffentlichen Schule oder staatlich anerkannten privaten Ersatzschule waren
4. nachweisen können, dass sie sich in angemessener Weise auf die Prüfung vorbereitet haben,
5. nicht bereits die Allgemeine Hochschulreife oder eine gleichwertige Hochschulzugangsberechtigung besitzen oder zu einer gleichartigen Prüfung an einer anderen Stelle zugelassen wurden und diese Prüfung noch nicht abgeschlossen haben und auch die Zulassung zu einer solchen Prüfung nicht beantragt haben,
6. nicht bereits zweimal erfolglos versucht haben, die Allgemeine Hochschulreife zu erlangen, oder wenn sich nicht sonst begründete Zweifel an ihrer Eignung ergeben.

Externe, die als letzte Schule eine zur Allgemeinen Hochschulreife führende öffentliche Schule oder staatlich anerkannte private Ersatzschule besucht haben, können die Prüfung nicht vor dem Zeitpunkt ablegen, zu dem sie bei der Fortsetzung des Schulbesuchs an der betreffenden Schule die Allgemeine Hochschulreife erworben hätten.

§ 59

Zulassungsverfahren

(1) Die Zulassung zur Prüfung ist bis zum 1. Dezember des der Prüfung vorausgehenden Jahres schriftlich oder mittels digitalem Dokument in einer von der Schulaufsichtsbehörde bereitgestellten oder zugelassenen geschützten elektronischen Umgebung bei der Schulaufsichtsbehörde zu beantragen. Dem Antrag sind beizufügen:

1. ein Lebenslauf mit Darstellung des Bildungsweges,
2. eine Meldebestätigung der zuständigen Meldebehörde neuesten Datums als Bescheinigung des Hauptwohnsitzes sowie eine amtlich beglaubigte Ablichtung oder Abschrift der Geburtsurkunde,
3. ein eigenhändig unterzeichnetes Lichtbild, das nicht älter als ein Jahr ist,
4. amtlich beglaubigte Ablichtungen oder Abschriften der Abgangs- und Abschlusszeugnisse der besuchten allgemeinbildenden und beruflichen Schulen,
5. Angaben und Nachweise über die inhaltliche Vorbereitung auf die Prüfung in den einzelnen Prüfungsfächern,
6. eine Erklärung des Bewerbers/der Bewerberin, dass er/sie noch kein Zeugnis der Allgemeinen Hochschulreife besitzt,
7. eine Erklärung über alle bisherigen Versuche, die Allgemeine Hochschulreife zu erwerben, oder eine Erklärung, dass sich der Bewerber/die Bewerberin bisher keiner derartigen Prüfung unterzogen und auch keine Zulassung beantragt hat,
8. eine Erklärung des Bewerbers/der Bewerberin,
 - welche zwei Fächer er/sie gemäß § 60 als schriftlich und mündlich zu prüfende E-Fächer (1. und 2. Prüfungsfach) wählt,
 - welche zwei Fächer er/sie gemäß § 60 als weitere schriftlich und mündlich zu prüfende Fächer (3. und 4. Prüfungsfach) wählt,
 - welche vier Fächer er/sie gemäß § 60 als nur mündlich zu prüfende Fächer wählt.

(2) Über die Zulassung entscheidet die Schulaufsichtsbehörde. Sie teilt dem Bewerber/der Bewerberin die Zulassung unter Angabe des Ortes und des Termins der schriftlichen Prüfung schriftlich mit; der Bescheid ergeht spätestens zwei Wochen vor Beginn der schriftlichen Prüfung. Wird dem Zulassungsantrag nicht stattgegeben, so ist dies dem Bewerber/der Bewerberin spätestens zwei Wochen vor dem Termin der schriftlichen Prüfung unter Angabe der Gründe schriftlich mitzuteilen.

§ 60

Gegenstand und Umfang der Prüfung

(1) Prüfungsfächer können sein

1. aus dem sprachlich-literarisch-künstlerischen Aufgabenfeld die Fächer Deutsch, Englisch, Französisch, Latein, Spanisch, Italienisch, Bildende Kunst, Musik,
2. aus dem gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenfeld die Fächer Erdkunde, Geschichte, Politik, Wirtschaft,
3. aus dem mathematisch-naturwissenschaftlich-technischen Aufgabenfeld die Fächer Mathematik, Biologie, Chemie, Physik, Informatik, Technik,
4. die keinem Aufgabenfeld zugeordneten Fächer Evangelische Religion/Katholische Religion, Allgemeine Ethik, Philosophie.

Die Schulaufsichtsbehörde kann eine andere Fremdsprache als die in Satz 1 Nr. 1 genannten Fremdsprachen als Prüfungsfach zulassen, sofern für diese Fremdsprache Allgemeine Prüfungsanforderungen vorliegen.

(2) Die Prüfung erstreckt sich auf acht Fächer, von denen vier Fächer schriftlich und mündlich, die übrigen vier nur mündlich geprüft werden; die acht mündlichen Prüfungen sind auf zwei Prüfungsabschnitte verteilt. Von den vier schriftlich und mündlich zu prüfenden Fächern werden zwei auf dem erhöhten Anforderungsniveau und zwei weitere auf dem grundlegenden Anforderungsniveau geprüft. Der Bewerber/Die Bewerberin hat bei der Wahl der Prüfungsfächer folgende Festlegungen zu beachten:

1. Unter den Prüfungsfächern müssen Deutsch, zwei Fremdsprachen, Mathematik, eine Naturwissenschaft und ein gesellschaftswissenschaftliches Fach sein.
2. Die vier Fächer, die schriftlich und mündlich geprüft werden, müssen die drei Aufgabenfelder gemäß Absatz 1 Satz 1 Nrn. 1 bis 3 abdecken. Unter ihnen müssen aus dem mathematisch-naturwissenschaftlich-technischen Aufgabenfeld das Fach Mathematik und aus dem sprachlich-literarisch-künstlerischen Aufgabenfeld das Fach Deutsch oder eine Fremdsprache sein. Die beiden nach diesen Maßgaben als Prüfungsfächer gewählten Kernfächer werden auf erhöhtem Anforderungsniveau geprüft.
3. Ein Fach kann nur schriftliches Prüfungsfach sein, wenn zum Zeitpunkt der Abiturprüfung ein entsprechender schriftlich zu prüfender Kurs eingerichtet ist.

Im Übrigen bestimmt der Bewerber/die Bewerberin seine/ihre Prüfungsfächer im Rahmen der Meldung zur Prüfung.

§ 61

Durchführung des ersten Prüfungsteils

(1) Die Prüfung in den schriftlichen Fächern und die in diesen Fächern durchzuführende mündliche Prüfung bilden den ersten Prüfungsteil.

(2) Die schriftliche Prüfung wird im Rahmen der an der Schule, der der Prüfling zugewiesen wurde, für die Schüler/Schülerinnen stattfindenden schriftlichen Abiturprüfung durchgeführt. Vor Beginn der Prüfung hat sich der Prüfling gegenüber dem/der Aufsichtsführenden auszuweisen.

(3) Sobald die Bewertung der schriftlichen Prüfungsarbeiten abgeschlossen ist, legt der/die Vorsitzende der Abiturprüfungskommission beziehungsweise in dessen/deren Stellvertretung der Leiter/die Leiterin der Schule, an der die Prüfung stattfindet, die Termine für die mündlichen Prüfungen in den vier schriftlich geprüften Fächern fest. Die mündlichen Prüfungen sind auf zwei Tage zu verteilen und innerhalb von zwei Wochen nach Abschluss der Bewertung der schriftlichen Prüfungsarbeiten durchzuführen. Vor Beginn der mündlichen Prüfung hat sich der Prüfling auszuweisen.

Erstprüfer/Erstprüferin und Zweitprüfer/Zweitprüferin sind Lehrkräfte der Schule, an der die Prüfung durchgeführt wird.

§ 62

Feststellung des Ergebnisses des ersten Prüfungsteils, Zulassung zum zweiten Prüfungsteil

(1) Nach Abschluss der mündlichen Prüfung gemäß § 61 Abs. 3 stellt die Abiturprüfungskommission das Ergebnis des ersten Prüfungsteils fest und entscheidet über die Zulassung zum zweiten Prüfungsteil. Für das Bestehen des ersten Prüfungsteils gilt:

1. In den vier Fächern des ersten Prüfungsteils werden die Punkte aus der schriftlichen und mündlichen Prüfung jeweils fünfeinhalbfach gewertet; Dezimalstellen beim Gesamtergebnis der Punkte für ein Fach bleiben unberücksichtigt. Es können insgesamt höchstens 660 Punkte erreicht werden.
2. Der erste Prüfungsteil ist bestanden und der Prüfling wird zum zweiten Prüfungsteil zugelassen, wenn kein Fach mit der Note „ungenügend“ abgeschlossen ist, wenn in mindestens zwei Prüfungsfächern, darunter einem auf erhöhtem Anforderungsniveau geprüfem Fach, mindestens 05 Punkte einfacher Wertung und wenn insgesamt mindestens 220 Punkte erreicht sind.

Sind diese Voraussetzungen nicht erfüllt, so kann der Prüfling zum zweiten Prüfungsteil nicht zugelassen werden und die Abiturprüfung ist nicht bestanden.

(2) Das Ergebnis des ersten Prüfungsteils und die Entscheidung über die Zulassung zum zweiten Prüfungsteil werden dem Prüfling im Anschluss an die Entscheidung der Abiturprüfungskommission von deren Vorsitzendem/Vorsitzenden mitgeteilt. Im Falle der Nichtzulassung zum zweiten Prüfungsteil wird die Entscheidung dem Prüfling schriftlich unter Angabe der Gründe mitgeteilt.

§ 63

Durchführung des zweiten Prüfungsteils, Feststellung des Ergebnisses

(1) Der zweite Prüfungsteil besteht aus den mündlichen Prüfungen in den vier Fächern, die nur mündlich geprüft werden.

(2) Die mündlichen Prüfungen werden an zwei Tagen im Rahmen der an der Schule, der der Prüfling zugewiesen wurde, für die Schüler/Schülerinnen stattfindenden mündlichen Abiturprüfung durchgeführt.

(3) Für das Bestehen des zweiten Prüfungsteils gilt:

1. Die in der mündlichen Prüfung erreichten Punktzahlen werden vierfach gewertet; es können insgesamt höchstens 240 Punkte erreicht werden.
2. Der zweite Prüfungsteil ist bestanden, wenn kein Fach mit der Note „ungenügend“ abgeschlossen ist, wenn in mindestens zwei Fächern jeweils mindestens 5 Punkte einfacher Wertung und wenn insgesamt mindestens 80 Punkte erreicht sind.

Sind diese Voraussetzungen nicht erfüllt, so ist der zweite Prüfungsteil und damit die Abiturprüfung insgesamt nicht bestanden.

§ 64

Voraussetzungen für das Bestehen der Abiturprüfung, Feststellung der Gesamtqualifikation und der Durchschnittsnote, Zuerkennung der Allgemeinen Hochschulreife, Zeugnis

(1) Die Abiturprüfung für Externe ist bestanden und die Allgemeine Hochschulreife wird zuerkannt, wenn die beiden Prüfungsteile gemäß §§ 62 und 63 bestanden sind. Ein Ausgleich zwischen beiden Teilen ist nicht möglich.

(2) Die Gesamtqualifikation ist die Punktschme aus den Ergebnissen des ersten und zweiten Prüfungsteils. Es sind mindestens 300 Punkte nachzuweisen und höchstens 900 Punkte erreichbar.

(3) Die Ermittlung der Durchschnittsnote erfolgt gemäß § 52 Abs. 2.

(4) Die Abiturprüfungskommission trifft ihre Entscheidung über das Bestehen beziehungsweise das Nichtbestehen der Prüfung, die Feststellung der Gesamtqualifikation und der Durchschnittsnote sowie die Zuerkennung der Allgemeinen Hochschulreife nach Abschluss des zweiten Prüfungsteils.

Der/Die Vorsitzende der Abiturprüfungskommission teilt dem Prüfling die Entscheidung mit.

(5) Wer die Prüfung bestanden hat, erhält ein Zeugnis der Allgemeinen Hochschulreife nach dem Muster der Anlage 10. Das Zeugnis trägt das Datum des letzten Tages der mündlichen Prüfung an der Schule, an der die Prüfung abgelegt wurde. Es wird von dem/der Vorsitzenden der Abiturprüfungskommission unterschrieben und mit dem Siegel der Schulaufsichtsbehörde versehen. Eine Zweitschrift des Zeugnisses verbleibt bei der Schulaufsichtsbehörde.

§ 65

Latinum und Graecum bei der Teilnahme von Externen an der Abiturprüfung

(1) War Latein Gegenstand des ersten Prüfungsteils und wurden in der schriftlichen und mündlichen Prüfung insgesamt mindestens 10 Punkte der einfachen Wertung erreicht, so wird, falls Latein auf erhöhtem Anforderungsniveau geprüft wurde, auf dem Zeugnis der Allgemeinen Hochschulreife der Nachweis des Großen Latinums, falls Latein auf grundlegendem Anforderungsniveau geprüft wurde, der Nachweis des Latinums bescheinigt.

(2) War Griechisch Gegenstand des ersten Prüfungsteiles und wurden in der schriftlichen und mündlichen Prüfung insgesamt 10 Punkte der einfachen Wertung erreicht, so wird auf dem Zeugnis der Allgemeinen Hochschulreife der Nachweis des Graecums bescheinigt.

§ 66

Wiederholung der Prüfung

(1) Eine bestandene Prüfung kann nicht wiederholt werden.

(2) Wer die Prüfung nicht bestanden hat oder wessen Prüfung gemäß §§ 30 Abs. 1 oder 56 Abs. 5 als nicht bestanden gilt, kann sie einmal, und zwar frühestens zum nächsten allgemeinen Prüfungstermin, wiederholen. Die Wiederholung erstreckt sich auf beide Prüfungsteile und alle Prüfungsfächer.

Von der Wiederholung der Prüfung ist ausgeschlossen, wer bereits einmal an einer zur Allgemeinen Hochschulreife führenden öffentlichen Schule oder staatlich anerkannten privaten Ersatzschule oder als Externer/Externe erfolglos an der Abiturprüfung teilgenommen hat.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten auch für Bewerber/Bewerberinnen, die sich bereits in einem anderen Land als Schüler/Schülerinnen oder Externe den in Absatz 2 Satz 3 genannten Prüfungen unterzogen haben.

Abschnitt IX

Latinum und Graecum

a) Nachweis und Voraussetzungen

§ 67

Nachweis

Das Große Latinum, das Latinum und das Graecum werden im Zeugnis der Allgemeinen Hochschulreife ausgewiesen, wenn Latein- und Griechischkenntnisse im nachstehenden Umfang erworben wurden.

§ 68

Großes Latinum

(1) Die Voraussetzungen für den Nachweis des Großen Latinums sind erfüllt, wenn Latein

1. als erste Fremdsprache von Klassenstufe 5 bis Klassenstufe 10 einschließlich unterrichtet und im Jahreszeugnis der Klassenstufe 10 mindestens die Note „ausreichend“ (05 Punkte) erzielt wurde oder
2. als zweite Fremdsprache von Klassenstufe 6 bis zum Ende der Hauptphase unterrichtet und – soweit es nicht als L-Kurs belegt wurde – im Zeugnis des vierten Halbjahres mindestens die Note „ausreichend“ (05 Punkte) erzielt wurde oder
3. als dritte Fremdsprache von Klassenstufe 8 bis zum Ende der Hauptphase als L-Kurs belegt und im Zeugnis des vierten Halbjahres mindestens die Note „ausreichend“ (05 Punkte) erzielt wurde.

(2) Wer in der Sekundarstufe I in Griechisch als 3. Fremdsprache unterrichtet wurde und es als L-Kurs bis zum Ende der Hauptphase weitergeführt hat, hat die Voraussetzungen für den Nachweis des Großen Latinums erfüllt, wenn er in Latein ab Klassenstufe 5 bis einschließlich Klassenstufe 9 unterrichtet wurde und die Note in Latein im Jahreszeugnis der Klassenstufe 9 mindestens „ausreichend“ (05 Punkte) lautet.

§ 69

Latinum

Die Voraussetzungen für den Nachweis des Latinums sind erfüllt, wenn Latein

1. als erste Fremdsprache ab Klassenstufe 5 bis einschließlich Klassenstufe 9 unterrichtet und im Jahreszeugnis der Klassenstufe 9 mindestens die Note „ausreichend“ (05 Punkte) erzielt wurde oder
2. als zweite Fremdsprache ab Klassenstufe 6 bis einschließlich Klassenstufe 10 unterrichtet und im Jahreszeugnis der Klassenstufe 10 mindestens die Note „ausreichend“ (05 Punkte) erzielt wurde oder

3. als dritte Fremdsprache ab Klassenstufe 8 bis zum Ende der Hauptphase als G-Kurs unterrichtet und im Zeugnis des vierten Halbjahres mindestens die Note „ausreichend“ (05 Punkte) erzielt wurde oder
4. als dritte Fremdsprache ab Klassenstufe 8 bis zum Ende der Klassenstufe 10 unterrichtet und die Ergänzungsprüfung gemäß Unterabschnitt b bestanden wurde oder
5. vom Beginn der Einführungsphase bis zum Ende der Hauptphase unterrichtet und die Ergänzungsprüfung gemäß Unterabschnitt b bestanden wurde.

§ 70

Graecum

Die Voraussetzungen für den Nachweis des Graecums sind erfüllt, wenn Griechisch

1. ab Klassenstufe 8 bis zum Ende der Hauptphase unterrichtet wurde und Griechisch in der Hauptphase
 - als L-Kurs belegt war oder
 - als G-Kurs belegt war und die Note im Zeugnis des vierten Halbjahres mindestens „ausreichend“ (05 Punkte) lautet oder
2. vom Beginn der Einführungsphase bis zum Ende der Hauptphase unterrichtet und die Ergänzungsprüfung gemäß Unterabschnitt b bestanden wurde.

b) Ergänzungsprüfung

§ 71

Zeitpunkt

- (1) Schüler/Schülerinnen, die das Latinum gemäß § 69 Nr. 4 erwerben wollen, legen die Ergänzungsprüfung am Ende der Klassenstufe 10 ab.
- (2) Schüler/Schülerinnen, die das Latinum oder das Graecum gemäß § 69 Nr. 5 beziehungsweise § 70 Nr. 2 erwerben wollen, legen die Ergänzungsprüfung im zeitlichen Zusammenhang mit der Abiturprüfung ab.
- (3) Die Prüfungstermine für die schriftlichen und mündlichen Prüfungsteile werden jeweils durch die Schulaufsichtsbehörde festgelegt.

§ 72

Prüfungskommission

- (1) Zur Durchführung der Ergänzungsprüfung wird eine Prüfungskommission gebildet. Ihr gehören an:
 1. der/die von der Schulaufsichtsbehörde bestellte Vorsitzende (im Falle der Prüfung gemäß § 71 Abs. 2 der/die Vorsitzende der Abiturprüfungskommission der Schule),
 2. für die schriftliche Prüfung der Fachlehrer/die Fachlehrerin des Schülers/der Schülerin als Erstkorrektor/Erstkorrektorin und ein weiterer Fachlehrer/eine weitere Fachlehrerin der betreffenden Schule in begründeten Ausnahmefällen einer anderen Schule als Zweitkorrektor/Zweitkorrektorin,
 3. für die mündliche Prüfung der Fachlehrer/die Fachlehrerin des Schülers/der Schülerin als Erstprüfer/Erstprüferin und ein von der Schulaufsichtsbehörde bestellter Fachlehrer/eine von der Schulaufsichtsbehörde bestellte Fachlehrerin einer anderen Schule in begründeten Ausnahmefällen der eigenen Schule als Zweitprüfer/Zweitprüferin sowie ein Schriftführer/eine Schriftführerin.
- (2) Die Prüfungskommission entscheidet
 1. in der Zusammensetzung der in Absatz 1 Satz 2 Nr. 1 und 2 genannten Mitglieder über die Zulassung zur schriftlichen Prüfung sowie über das Ergebnis der schriftlichen Prüfung und die Zulassung zur mündlichen Prüfung,
 2. in der Zusammensetzung der in Absatz 1 Satz 2 Nr. 1 und 3 genannten Mitglieder über das Ergebnis der mündlichen Prüfung, die Endnote der Prüfung und die Zuerkennung des Latinums beziehungsweise Graecums.

§ 73

Meldung zur Prüfung, Zulassung zur schriftlichen Prüfung

- (1) Die Meldung zur Ergänzungsprüfung erfolgt für die Prüfung gemäß § 71 Abs. 1 zu dem von der Schulaufsichtsbehörde festgesetzten Termin, für die Prüfung gemäß § 71 Abs. 2 im Rahmen der Meldung des Schülers/der Schülerin zur schriftlichen Abiturprüfung.

(2) Zu der Prüfung gemäß § 71 Abs. 1 ist zugelassen, wer in Latein von Beginn der Klassenstufe 8 bis zum Ende der Klassenstufe 10 durchgehend unterrichtet wurde und am Ende der Klassenstufe 10 mindestens die Note „ausreichend“ erzielt hat.

(3) Zu der Prüfung gemäß § 71 Abs. 2 ist zugelassen ist, wer in Latein beziehungsweise Griechisch vom Beginn der Einführungsphase bis zum Ende der Hauptphase durchgehend unterrichtet wurde und am Ende des vierten Halbjahres mindestens die Note „ausreichend“ erzielte.

§ 74

Durchführung der schriftlichen Prüfung

(1) Hinsichtlich der Prüfungsanforderungen, des Umfangs der Prüfungsaufgaben und hinsichtlich der Bearbeitungszeit finden die §§ 9 und 10 der Verordnung – Prüfungsordnung – über die Ergänzungsprüfungen zum Erwerb des Latinums und Graecums vom 8. Februar 1989 (Amtsbl. S. 293), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 2. Dezember 2015 (Amtsbl. I S. 960), in der jeweils geltenden Fassung entsprechende Anwendung.

(2) Im Übrigen gelten die §§ 38 bis 41.

§ 75

Ergebnis der schriftlichen Prüfung, Zulassung zur mündlichen Prüfung

(1) Lautet das Ergebnis der schriftlichen Prüfung „ungenügend“, so wird der Schüler/die Schülerin zur mündlichen Prüfung nicht zugelassen. In allen anderen Fällen ist der Schüler/die Schülerin zur mündlichen Prüfung zugelassen.

Wer zur mündlichen Prüfung nicht zugelassen ist, hat die Ergänzungsprüfung nicht bestanden.

(2) Spätestens am Tag vor dem für die mündliche Prüfung an der betreffenden Schule festgesetzten Termin teilt der/die Vorsitzende der Prüfungskommission den an der Ergänzungsprüfung teilnehmenden Schülern/Schülerinnen mit, ob sie zum mündlichen Prüfungsteil der Ergänzungsprüfung zugelassen sind und unterrichtet sie über das Ergebnis des schriftlichen Teils der Ergänzungsprüfung.

§ 76

Durchführung der mündlichen Prüfung

(1) Hinsichtlich des Prüfungsumfangs findet § 15 der in § 74 Abs. 1 genannten Verordnung entsprechende Anwendung.

(2) Für die Durchführung der mündlichen Prüfung gilt § 49.

§ 77

Festsetzung der Endnote, Voraussetzungen für das Bestehen

(1) Bei der Bildung der Endnote werden die Noten der schriftlichen und mündlichen Prüfung gleich bewertet. Die Dezimalstelle 5 wird aufgerundet.

(2) Die Prüfung ist bestanden und das Latinum beziehungsweise Graecum wird zuerkannt, wenn die Endnote mindestens „ausreichend“ (5 Punkte) lautet.

(3) Das Ergebnis der Prüfung wird dem Schüler/der Schülerin am Tag der Sitzung der Prüfungskommission von deren Vorsitzendem/Vorsitzenden bekanntgegeben. Über die Sitzung der Prüfungskommission ist eine Niederschrift anzufertigen.

§ 78

Zeugnis

(1) Ein Schüler/Eine Schülerin, der/die die Ergänzungsprüfung gemäß § 71 Abs. 1 bestanden hat, erhält ein Zeugnis über die Ergänzungsprüfung nach dem Muster der Anlage 11. Das Zeugnis ist nur in Verbindung mit dem noch zu erwerbenden Zeugnis der Allgemeinen Hochschulreife gültig.

(2) Ein Schüler/Eine Schülerin, der/die die Ergänzungsprüfung gemäß § 71 Abs. 2 bestanden hat, erhält, sofern ihm/ihr die Allgemeine Hochschulreife zuerkannt wird, ein Zeugnis über die Ergänzungsprüfung nach dem Muster der Anlage 12. Das Zeugnis ist nur in Verbindung mit dem Zeugnis der Allgemeinen Hochschulreife gültig.

(3) Das Zeugnis ist vom Vorsitzenden/von der Vorsitzenden der Prüfungskommission und vom Schulleiter/von der Schulleiterin zu unterzeichnen und mit den Siegeln der Schule und der Schulaufsichtsbehörde zu versehen. Ausfertigungsdatum ist bei einer Prüfung gemäß § 71 Abs. 2 das Datum des Zeugnisses der Allgemeinen Hochschulreife, ansonsten das Datum der Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses gemäß § 77 Abs. 3.

(4) Ein Schüler/Eine Schülerin, der/die die Prüfung nicht bestanden hat, erhält ausgenommen im Falle der Wiederholung der Abiturprüfung eine Bescheinigung nach dem Muster der Anlage 13.

§ 79

Besondere Bestimmungen

Hinsichtlich der Teilnahme an der Prüfung, der Täuschungsversuche, Verstöße gegen die Ordnung, Leistungsverweigerung und Verschwiegenheitspflicht gelten die §§ 30, 56 und 57.

§ 80

Wiederholung der Prüfung

(1) Eine bestandene Prüfung kann nicht wiederholt werden.

(2) Wer die Prüfung nicht bestanden hat oder wessen Prüfung als nicht bestanden gilt oder wer aus Gründen, die er nicht zu vertreten hat, von der Prüfung zurücktritt, kann

1. eine Prüfung gemäß § 71 Abs. 1 an der Schule wiederholen,
2. im Falle der Zuerkennung der Allgemeinen Hochschulreife die Ergänzungsprüfung gemäß § 71 Abs. 2 an der Schule nicht wiederholen,
3. im Falle der Nichterfüllung der Voraussetzungen der Qualifikation im Abiturbereich die Ergänzungsprüfung gemäß § 71 Abs. 2 an der Schule wiederholen.

In den Fällen des Satzes 1 Nr. 1 sowie bei zweimaligem Nichtbestehen der Ergänzungsprüfung an der Schule ist zu einem späteren Zeitpunkt die Teilnahme an einer Ergänzungsprüfung gemäß der in § 74 Abs. 1 genannten Verordnung möglich.

Abschnitt X

Übertritt von Schülern/Schülerinnen aus anderen Ländern, Schüleraustausch

§ 81

Übertritt von Schülern/Schülerinnen aus anderen Ländern

(1) Wurde eine nach den Vorschriften des betreffenden Landes in der Bundesrepublik Deutschland erworbene Berechtigung zum Eintritt in die gymnasiale Oberstufe in dem Land, in dem sie erworben wurde, bereits in Anspruch genommen, so wird sie bei einem Wohnsitzwechsel des Schülers/der Schülerin ins Saarland nach Maßgabe der in dieser Verordnung getroffenen Regelungen anerkannt.

(2) Wurde eine nach den Vorschriften des betreffenden Landes erworbene Berechtigung zum Eintritt in die gymnasiale Oberstufe von dem Schüler/der Schülerin noch nicht in Anspruch genommen, so ist bei einem Wohnsitzwechsel ins Saarland der Eintritt in die Einführungsphase nur nach Maßgabe dieser Verordnung möglich.

§ 82

Schüleraustausch

(1) Die an anerkannten deutschen Auslandsschulen und an Europäischen Schulen erbrachten Schulzeiten werden auf den Leistungsnachweis und die Verweildauer in der gymnasialen Oberstufe angerechnet.

(2) Im Übrigen werden Schulzeiten, die im Ausland verbracht worden sind, auf den Leistungsnachweis und die Verweildauer in der Hauptphase nicht angerechnet; eine Anrechnung auf den Leistungsnachweis und die Verweildauer in der Einführungsphase bedarf in jedem einzelnen Falle der Entscheidung durch den Schulleiter/die Schulleiterin.

Abschnitt XI

Übergangs- und Schlussvorschriften

§ 82a

Notwendige Regelungen bei schwerwiegenden Gefahren für Leben und Gesundheit

Können einzelne Vorschriften dieser Verordnung angesichts eines Gesetzes, aufgrund eines Gesetzes oder durch gerichtliche oder behördliche Anordnung zur Verhütung schwerwiegender Gefahren für Leben und Gesundheit keine Anwendung finden, trifft die Schulaufsichtsbehörde zur Sicherung von Schul- und Bildungslaufbahnen sowie zur Herstellung der Bildungsgerechtigkeit die unmittelbar notwendigen, von dieser Verordnung abweichenden Regelungen durch Verwaltungsvorschrift.

§ 83

Inkrafttreten, Übergangsregelung

(1) Diese Verordnung tritt am 1. August 2007 in Kraft.

(2) Sie gilt erstmals für Schüler/Schülerinnen, die zum Schuljahr 2007/2008 in die Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe eintreten. Der Bildungsgang und die Abiturprüfung der Schüler/Schülerinnen, die zum Schuljahr 2007/2008 in die Hauptphase der gymnasialen Oberstufe oder in deren zweite Jahrgangsstufe eintreten, richten sich noch nach den Regelungen der bisherigen, in § 84 Abs. 1 bezeichneten Vorschriften.

§ 84

Außerkräfttreten

(1) Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung treten folgende Verordnungen außer Kraft:

1. die Verordnung Schulordnung über die gymnasiale Oberstufe an Gymnasien und Gesamtschulen im Saarland (Oberstufenverordnung) vom 26. Oktober 1995 (Amtsbl. S. 1142), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 3. Februar 2004 (Amtsbl. S. 536);
2. die Verordnung Prüfungsordnung über die Abiturprüfung an den Schulen mit gymnasialer Oberstufe im Saarland (Abiturprüfungsordnung APO) vom 26. Oktober 1995 (Amtsbl. S. 1166), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 4. Juli 2003 (Amtsbl. S. 1910).

(2) § 83 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

A large, stylized logo consisting of the letters 'GEW' in a bold, white, sans-serif font. The letters are set against a pink background that features a large, tilted parallelogram shape. The overall design is modern and graphic.

Verordnung – Schulordnung – über den Übergang von allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in die gymnasiale Oberstufe

Vom 3. Februar 2004 - zuletzt geändert am 30. Juni 2020

§ 1

Betroffene Schulen

(1) Diese Verordnung gilt für die gymnasiale Oberstufe an öffentlichen Gymnasien und Gemeinschaftsschulen sowie für die öffentlichen Schulen, deren Absolventen und Absolventinnen nach Maßgabe dieser Verordnung in die gymnasiale Oberstufe übergehen.

(2) Sie gilt gemäß § 18 Abs. 2 und 3 des Privatschulgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Mai 1985 (Amtsbl. S. 610), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 16. November 2011 (Amtsbl. I S. 422), in der jeweils geltenden Fassung auch für staatlich anerkannte private Ersatzschulen, die den in Absatz 1 genannten Schulen entsprechen, sowie für private Erweiterte Realschulen.

§ 2

Übergang in die gymnasiale Oberstufe

(1) Absolventen und Absolventinnen der privaten Erweiterten Realschule, die in dieser Schulform in einer 2. Fremdsprache durchgehend unterrichtet wurden, sind ausweislich eines in das Abschlusszeugnis aufgenommenen Vermerks berechtigt, in die Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe überzugehen, wenn im Abschlusszeugnis die Durchschnittsnote

- in den Fächern Deutsch, Mathematik, 1. Fremdsprache und 2. Fremdsprache mindestens 2,5 beträgt, wobei in keinem dieser Fächer die Note unter „ausreichend“ lauten darf, und
- in den übrigen Fächern mindestens 2,75 beträgt, wobei in nicht mehr als einem dieser Fächer die Note „mangelhaft“ lauten darf.

Liegen die in Satz 1 geforderten Durchschnittsnoten und demnach der genannte Vermerk im Abschlusszeugnis nicht vor, so ist ein Übergang in die Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe möglich, wenn die Klassenkonferenz an der privaten Erweiterten Realschule aufgrund eines an die aufnehmende Schule zu richtenden Gutachtens, in dem alle für die Beurteilung des jeweiligen Falles in pädagogischer Hinsicht maßgeblichen Gesichtspunkte zu berücksichtigen sind, den Übergang befürwortet hat. Die Klassenkonferenz kann die Befürwortung aussprechen, wenn im Abschlusszeugnis die Durchschnittsnote

- a) in den Fächern Deutsch, Mathematik, 1. Fremdsprache und 2. Fremdsprache mindestens 2,75 beträgt, wobei in keinem dieser Fächer die Note unter „ausreichend“ lauten darf, und
- b) in den übrigen Fächern mindestens 3,0 beträgt, wobei in nicht mehr als einem dieser Fächer die Note „mangelhaft“ lauten darf.

(2) Für den Übergang nach der Klassenstufe 10 der Gemeinschaftsschule in die Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe gilt § 24 der Gemeinschaftsschulverordnung vom 1. August 2012 (Amtsbl. I S. 268), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 24. Juni 2016 (Amtsbl. I S. 477), in der jeweils geltenden Fassung.

§ 3

Besondere Regelung für den Übergang in die gymnasiale Oberstufe der berufsbezogenen Fachrichtung Wirtschaft

(1) Absolventen und Absolventinnen der privaten Erweiterten Realschule, die in dieser Schulform nicht durchgehend in einer 2. Fremdsprache unterrichtet wurden, sowie Absolventen und Absolventinnen des Bildungsganges II in Abendform sind ausweislich eines in das Abschlusszeugnis aufgenommenen Vermerks zum Übergang in die Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe der berufsbezogenen Fachrichtung Wirtschaft berechtigt, wenn im Abschlusszeugnis die Durchschnittsnote

- a) in den Fächern Deutsch, Mathematik und 1. Fremdsprache mindestens 2,3 beträgt, wobei in keinem dieser Fächer die Note unter „ausreichend“ lauten darf, und
- b) in den übrigen Fächern mindestens 2,75 beträgt, wobei in nicht mehr als einem dieser Fächer die Note „mangelhaft“ lauten darf.

Liegen die in Satz 1 geforderten Durchschnittsnoten und demnach der genannte Vermerk im Abschlusszeugnis nicht vor, so ist ein Übergang in die Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe der berufsbezogenen Fachrichtung Wirtschaft möglich, wenn die Klassenkonferenz an der privaten Erweiterten Realschule aufgrund eines an die aufnehmende Schule zu richtenden Gutachtens, in dem alle für die Beurteilung des jeweiligen Falles in pädagogischer Hinsicht maßgeblichen

Gesichtspunkte zu berücksichtigen sind, den Übergang befürwortet hat. Die Klassenkonferenz kann die Befürwortung aussprechen, wenn im Abschlusszeugnis die Durchschnittsnote

- a) in den Fächern Deutsch, Mathematik und 1. Fremdsprache mindestens 2,6 beträgt, wobei in keinem dieser Fächer die Note unter „ausreichend“ lauten darf, und
- b) in den übrigen Fächern mindestens 3,0 beträgt, wobei in nicht mehr als einem dieser Fächer die Note „mangelhaft“ lauten darf.

(2) Für den Übergang nach der Klassenstufe 10 der Gemeinschaftsschule in die Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe der berufsbezogenen Fachrichtung Wirtschaft gilt § 24 der Gemeinschaftsschulverordnung in der jeweils geltenden Fassung.

(3) Absolventen und Absolventinnen der zweijährigen Berufsfachschulen der Fachrichtungen Wirtschaft und Verwaltung, Technik, Gesundheit und Soziales sowie Gastronomie und Nahrung sind zum Übergang in die Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe der berufsbezogenen Fachrichtung Wirtschaft berechtigt, wenn im Abschlusszeugnis

- a) die Durchschnittsnote in den Fächern Deutsch, Mathematik, Fremdsprache und Berufliche Kompetenz mindestens 2,5 beträgt, wobei in keinem dieser Fächer die Note unter „befriedigend“ lauten darf, und die Durchschnittsnote in den übrigen Fächern mindestens 2,75 beträgt, wobei in nicht mehr als einem der letztgenannten Fächer die Note „mangelhaft“ lauten darf,

oder

- b) in höchstens einem der Fächer Deutsch, Mathematik, Fremdsprache und Berufliche Kompetenz die Note wenigstens „ausreichend“ lautet und die Durchschnittsnote in diesen Fächern mindestens 2,0 und in den übrigen Fächern mindestens 2,75 beträgt, wobei in nicht mehr als einem der letztgenannten Fächer die Note „mangelhaft“ lauten darf.

(4) Absolventen und Absolventinnen der Höheren Handelsschule oder der Fachoberschule sind zum Übergang in die Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe der berufsbezogenen Fachrichtung Wirtschaft berechtigt.

(5) Absolventen und Absolventinnen der Fachoberschule (Fachbereich Wirtschaft), die vor Eintritt in die Fachoberschule an der zum mittleren Bildungsabschluss führenden Schule in einer 2. Fremdsprache durchgehend unterrichtet wurden, am Unterrichtsangebot der Fachoberschule in dieser 2. Fremdsprache teilgenommen und im Zeugnis der Fachhochschulreife hierfür mindestens die Note „befriedigend“ erhalten haben, sind zum Übergang in die erste Jahrgangsstufe der Hauptphase der gymnasialen Oberstufe der berufsbezogenen Fachrichtung Wirtschaft berechtigt.

§ 4

Besondere Regelung für den Übergang in die gymnasiale Oberstufe der berufsbezogenen Fachrichtung Technik und der berufsbezogenen Fachrichtung Informatik

(1) Absolventen und Absolventinnen der privaten Erweiterten Realschule, die in dieser Schulform nicht durchgehend in einer 2. Fremdsprache unterrichtet wurden, sowie Absolventen und Absolventinnen des Bildungsganges II in Abendform sind unter den in § 3 Abs. 1 geregelten Voraussetzungen zum Übergang in die Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe der berufsbezogenen Fachrichtung Technik und der berufsbezogenen Fachrichtung Informatik berechtigt.

(2) Für den Übergang nach der Klassenstufe 10 der Gemeinschaftsschule in die Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe der berufsbezogenen Fachrichtung Technik und der berufsbezogenen Fachrichtung Informatik gilt § 24 der Gemeinschaftsschulverordnung in der jeweils geltenden Fassung.

(3) Absolventen und Absolventinnen der zweijährigen Berufsfachschulen der Fachrichtungen Wirtschaft und Verwaltung, Technik, Gesundheit und Soziales sowie Gastronomie und Nahrung sind zum Übergang in die Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe der berufsbezogenen Fachrichtung Technik und der berufsbezogenen Fachrichtung Informatik berechtigt, wenn im Abschlusszeugnis

- a) die Durchschnittsnote in den Fächern Deutsch, Mathematik, Fremdsprache und Berufliche Kompetenz mindestens 2,5 beträgt, wobei in keinem dieser Fächer die Note unter „befriedigend“ lauten darf, und die Durchschnittsnote in den übrigen Fächern mindestens 2,75 beträgt, wobei in nicht mehr als einem der letztgenannten Fächer die Note „mangelhaft“ lauten darf,

oder

- b) in höchstens einem der Fächer Deutsch, Mathematik, Fremdsprache und Berufliche Kompetenz die Note wenigstens „ausreichend“ lautet und die Durchschnittsnote in diesen Fächern mindestens 2,0 und in den übrigen Fächern mindestens 2,75 beträgt, wobei in nicht mehr als einem der letztgenannten Fächer die Note „mangelhaft“ lauten darf.

(4) Absolventen und Absolventinnen der Fachoberschule sind zum Übergang in die Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe der berufsbezogenen Fachrichtung Technik und der berufsbezogenen Fachrichtung Informatik berechtigt.

(5) Absolventen und Absolventinnen der Fachoberschule (Fachbereiche Ingenieurwesen und Design), die vor Eintritt in die Fachoberschule an der zum mittleren Bildungsabschluss führenden Schule in einer 2. Fremdsprache durchgehend unterrichtet wurden, am Unterrichtsangebot der Fachoberschule in dieser 2. Fremdsprache teilgenommen und im Zeugnis der Fachhochschulreife hierfür mindestens die Note „befriedigend“ erhalten haben, sind zum Übergang in die erste Jahrgangsstufe der Hauptphase der gymnasialen Oberstufe der berufsbezogenen Fachrichtung Technik und der berufsbezogenen Fachrichtung Informatik berechtigt.

§ 5

Besondere Regelung für den Übergang in die Oberstufe der gymnasialen Oberstufe der berufsbezogenen Fachrichtung Gesundheit und Soziales

(1) Absolventen und Absolventinnen der privaten Erweiterten Realschule, die in dieser Schulform nicht durchgehend in einer 2. Fremdsprache unterrichtet wurden, sowie Absolventen und Absolventinnen des Bildungsganges II in Abendform sind unter den in § 3 Abs. 1 geregelten Voraussetzungen zum Übergang in die Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe der berufsbezogenen der Fachrichtung Gesundheit und Soziales berechtigt.

(2) Für den Übergang nach der Klassenstufe 10 der Gemeinschaftsschule in die Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe der berufsbezogenen der Fachrichtung Gesundheit und Soziales gilt § 24 der Gemeinschaftsschulverordnung in der jeweils geltenden Fassung.

(3) Absolventen und Absolventinnen der zweijährigen Berufsfachschulen der Fachrichtungen Wirtschaft und Verwaltung, Technik, Gesundheit und Soziales sowie Gastronomie und Nahrung, sind zum Übergang in die Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe der berufsbezogenen Fachrichtung Gesundheit und Soziales berechtigt, wenn im Abschlusszeugnis

a) die Durchschnittsnote in den Fächern Deutsch, Mathematik, Fremdsprache und Berufliche Kompetenz mindestens 2,5 beträgt, wobei in keinem dieser Fächer die Note unter „befriedigend“ lauten darf, und die Durchschnittsnote in den übrigen Fächern mindestens 2,75 beträgt, wobei in nicht mehr als einem der letztgenannten Fächer die Note „mangelhaft“ lauten darf,

oder

b) in höchstens einem der Fächer Deutsch, Mathematik, Fremdsprache und Berufliche Kompetenz die Note wenigstens „ausreichend“ lautet und die Durchschnittsnote in diesen Fächern mindestens 2,0 und in den übrigen Fächern mindestens 2,75 beträgt, wobei in nicht mehr als einem der letztgenannten Fächer die Note „mangelhaft“ lauten darf.

(4) Absolventen und Absolventinnen der Fachoberschule sind zum Übergang in die Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe der berufsbezogenen Fachrichtung Gesundheit und Soziales berechtigt.

(5) Absolventen und Absolventinnen der Fachoberschule (Fachbereiche Gesundheit und Soziales sowie Ernährung und Hauswirtschaft), die vor Eintritt in die Fachoberschule an der zum mittleren Bildungsabschluss führenden Schule in einer 2. Fremdsprache durchgehend unterrichtet wurden, am Unterrichtsangebot der Fachoberschule in dieser 2. Fremdsprache teilgenommen und im Zeugnis der Fachhochschulreife hierfür mindestens die Note „befriedigend“ erhalten haben, sind zum Übergang in die erste Jahrgangsstufe der Hauptphase der gymnasialen Oberstufe der berufsbezogenen Fachrichtung Gesundheit und Soziales berechtigt.

§ 6

Weitere besondere Regelungen für bestimmte Standorte

(1) Absolventen und Absolventinnen der privaten Erweiterten Realschule, die in dieser Schulform nicht durchgehend in einer 2. Fremdsprache unterrichtet wurden, sowie Absolventen und Absolventinnen des Bildungsganges II in Abendform sind unter den in § 3 Abs. 1 geregelten Voraussetzungen berechtigt, zum Technisch-Wissenschaftlichen Gymnasium Dillingen, zum Wirtschaftswissenschaftlichen Gymnasium Saarbrücken oder in eine andere gymnasiale Oberstufe mit einem geeigneten Fremdsprachenangebot überzugehen.

(2) Für den Übergang nach der Klassenstufe 10 der Gemeinschaftsschule in die Oberstufen der genannten Schulen gilt § 24 der Gemeinschaftsschulverordnung in der jeweils geltenden Fassung.

§ 7

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Verkündung in Kraft.

**Erlass betreffend Erteilung von Hausaufgaben
über das Wochenende**

Vom 15. Oktober 1967 (Amtl. Schulblatt Saar S. 112) –
geändert durch Erlass vom 15. März 1996 (GMBI. Saar S. 75)

An den allgemeinbildenden Schulen und den beruflichen Vollzeitschulen sind mündliche und schriftliche Hausaufgaben von Samstag auf Montag nicht zu erteilen. Ist der Samstag unterrichtsfrei, so können für Montag Hausaufgaben erteilt werden.



**Verordnung zur inklusiven Unterrichtung und
besonderen pädagogischen Förderung (Inklusionsverordnung)**

Vom 3. August 2015 –
zuletzt geändert am 8. Dezember 2021 (Amtsbl. I S. 2629)

Abschnitt 1

Ziele

§ 1

Individualisierte schulische Bildung und Erziehung – **Gemeinsames Lernen**

(1) Das gemeinsame Leben und Lernen und die individualisierte Bildung und Erziehung aller Schülerinnen und Schüler ist grundlegendes Prinzip der gesamten schulischen Arbeit und Ziel eines inklusiven Schulsystems.

(2) Inklusive Bildung bedeutet

1. die grundlegende Ausrichtung der Schule auf die Heterogenität der Schülerinnen und Schüler und deren individuelle Förderung,
2. für alle Schülerinnen und Schüler – unabhängig von ihren Fähigkeiten, Fertigkeiten, Beeinträchtigungen oder Behinderungen sowie von ihrer ethnischen, kulturellen oder sozialen Herkunft, ihren religiösen oder politischen Anschauungen oder ihrer sexuellen Identität – einen grundsätzlich gleichberechtigten und ungehinderten Zugang zu den schulischen Bildungsangeboten und die entsprechende Möglichkeit der Teilhabe am Unterricht und am Schulleben und
3. daher, dass in einem fortwährenden Prozess die Voraussetzungen geschaffen werden, durch die Schülerinnen und Schüler in der schulischen Gemeinschaft mit Anderen in gegenseitigem Respekt zusammenleben, gemeinsam lernen und zusammenarbeiten können.

Inklusive Bildung bereitet daher auf die gleichberechtigte Teilhabe Aller in Gesellschaft und Beruf vor.

(3) Die Schule soll daher unter Ausschöpfung aller innerschulischen Ressourcen und Maßnahmen die Schülerinnen und Schüler unter Berücksichtigung der individuellen Ausgangslage so fördern, dass ein hohes Maß an aktiver Teilhabe am gemeinsamen Lernen verwirklicht wird.

(4) Alle Schülerinnen und Schüler erhalten unabhängig vom Lernort individuelle Förderung und pädagogische Unterstützung, für die bei Bedarf auch sonderpädagogische Expertise eingeholt werden kann.

(5) Diese Verordnung bildet nicht das gesamte pädagogische Handlungsspektrum der an der Förderung der Schülerinnen und Schüler Beteiligten ab, sondern gibt im notwendigen Maße den verfahrensrechtlichen Rahmen vor, in dem der individuellen Ausgangslage der Schülerin oder des Schülers Rechnung getragen werden soll. Hierbei ist zwischen der besonderen pädagogischen Förderung (Abschnitt 2) und der sonderpädagogischen Unterstützung (Abschnitt 4) zu unterscheiden; die sonderpädagogische Unterstützung ist Teil der besonderen pädagogischen Förderung. Die besondere pädagogische Förderung ist auch ohne die Verfahrensvoraussetzungen des § 20 auf der Grundlage der Förderplanung möglich.

Abschnitt 2

Besondere pädagogische Förderung an Regel- und Förderschulen

Unterabschnitt 1

Besondere pädagogische Förderung an Regelschulen

§ 2

Besondere pädagogische Förderung

(1) Die Regelschule ist ein Lernort, an dem Schülerinnen und Schüler die individuell bestmögliche Unterstützung erhalten sollen. Schülerinnen und Schüler können vor dem Hintergrund der schulischen Anforderungen des jeweiligen Bildungsganges neben den Leistungen außerschulischer Leistungserbringer aufgrund ihrer individuellen Voraussetzungen in den Bereichen der kognitiven, körperlichen, sensorischen, motorischen, emotionalen, sozialen und sprachlichen Entwicklung besondere pädagogische Förderung benötigen, dies gilt auch für chronisch kranke Kinder. Von der besonderen pädagogischen Förderung sind auch Schülerinnen und Schüler, bei denen Teilleistungsstörungen im Bereich des Lesens, des Rechtschreibens oder des Rechnens vorliegen, Schülerinnen und Schüler, die aufgrund ihres Migrationshintergrundes, ihrer sozialen oder ökonomischen Voraussetzungen benachteiligt sind, sowie Schülerinnen und Schüler, bei denen eine besondere Begabung vorliegt, umfasst. Maßnahmen nach § 3 Absatz 3 des Schulpflichtgesetzes und § 4b des Schulordnungsgesetzes sowie auf dieser Grundlage ergangene Regelungen in der Verordnung zum Unterricht für ausländische Kinder, Jugendliche und Heranwachsende sowie Schüler und Schülerinnen mit Migrationshintergrund vom 24. November 2009 (Amtsbl. I S. 1818), geändert durch die Verordnung vom 3. August 2015 (Amtsbl. I S. 540), in der jeweils geltenden Fassung bleiben hiervon unberührt.

(2) Zur Umsetzung eines inklusiven Bildungssystems findet in allen Regelschulen eine Kooperation zwischen Regel- und Förderschullehrkräften der Schule statt. Die Zusammenarbeit zwischen Förder- und Regelschullehrkräften kann unterschiedlich ausgestaltet werden (zum Beispiel gemeinsamer Unterricht, Beratung, gemeinsame Förderplanung und Förderdiagnostik). Hierbei gelten weiterhin die im Rundschreiben „Zusammenarbeit zwischen Förderschullehrkraft, Grundschule und dem Förderzentrum“ vom 15. Juli 2014 in der jeweils geltenden Fassung dargestellten Grundsätze.

(3) In Kooperation von Regel- und Förderschullehrkräften werden auf Grundlage eines individuellen Förderplans (§ 4), der sich auf die Ergebnisse einer Förderdiagnostik in den jeweiligen Entwicklungsbereichen sowie auf die Kind-Umfeld-Bedingungen stützt, den individuellen Bedürfnissen entsprechende Lernbedingungen gestaltet. Der Förderplan (§ 4) bildet die Grundlage für eine möglicherweise notwendige Anpassung des Anforderungsniveaus (§ 8).

(4) Maßnahmen zur besonderen pädagogischen Förderung einer Schülerin oder eines Schülers werden durch die Schule im Rahmen der innerschulischen Förderplanung oder auf der Grundlage der Anerkennung des Vorliegens der Voraussetzungen für eine sonderpädagogische Unterstützung (§ 20) eingeleitet.

(5) Insbesondere folgende Faktoren können, unter Einbeziehung der Erziehungsberechtigten, vor der Einschulung und während der Schulzeit Hinweise auf die Notwendigkeit besonderer pädagogischer Förderung darstellen:

1. Beobachtungen und Stellungnahmen im Rahmen des Einschulungsverfahrens an der Schule,
2. die Dokumentation der Kindertageseinrichtung,
3. Erfahrungen im Rahmen des Kooperationsjahres Kindergarten – Grundschule (Erlass zur Einrichtung des Schulversuchs „Kooperationsjahr Kindergarten – Grundschule“ vom 30. Juli 2010 (Amtsbl. II S. 550), zuletzt geändert durch den Erlass vom 24. Juli 2015 (Amtsbl. II S. 771),
4. Mitteilungen von Förderkräften der Frühförderung oder der Arbeitsstellen für Integrationspädagogik/Integrationshilfen (AFI), von pädagogischen Fachkräften zum Beispiel im Rahmen der Gebundenen oder Freiwilligen Ganztagschule oder von Erziehungsberechtigten oder volljährigen Schülerinnen und Schülern,
5. medizinisch-therapeutische Unterlagen der Vorschulzeit und der Schulzeit,
6. Gutachten der Schulärztlichen oder Schulpsychologischen Dienste,
7. nicht ausreichende deutsche Sprachkenntnisse,
8. die Feststellung einer Schwerbehinderung im Sinne des § 2 Absatz 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch oder
9. eine Anerkennung des Vorliegens der Voraussetzungen für eine sonderpädagogische Unterstützung.

§ 4 Absatz 3 Satz 2 gilt entsprechend.

§ 3 Diagnostik

(1) Diagnostik im Sinne einer Förderdiagnostik ist stets prozess- und kompetenzorientiert. Sie bildet die Grundlage der individuellen Bildung und Erziehung aller Schülerinnen und Schüler und gewährleistet eine kontinuierliche Begleitung des individuellen schulischen Weges. Förderdiagnostik stellt die zentrale Basis für eine multiprofessionell abgesicherte Förderplanung dar und umfasst eine differenzierte Eingangsdiagnostik einschließlich der gesundheitlichen Aspekte, die Kind-Umfeld-Analyse, die Lernprozessanalyse, das Erkennen veränderbarer Bedingungen in den Lernsituationen sowie motivierende Unterstützungsmaßnahmen. Auf ihr aufbauend planen die Lehrkräfte differenzierte, an den Kompetenzen orientierte Bildungs- und Unterstützungsangebote.

(2) Die Ergebnisse einer anlassbezogenen sonderpädagogischen Diagnostik können in einem sonderpädagogischen Fördergutachten festgehalten werden (§ 20 Absatz 2 Satz 2).

§ 4 Förderplanung

(1) Ergeben sich bei einer Schülerin oder einem Schüler im Zusammenhang mit der Einschulung Anzeichen für die Notwendigkeit einer besonderen pädagogischen Förderung, so leitet die Schulleiterin oder der Schulleiter möglichst frühzeitig die Förderplanung ein. Ergeben sich solche Anzeichen im Laufe der Schulzeit, leitet die jeweilige Klassenlehrkraft oder der jeweilige Tutor die Förderplanung möglichst frühzeitig ein. Verantwortlich für die Förderplanung ist die Klassenlehrkraft oder eine von der Schulleitung benannte Lehrkraft. Alle an der schulischen Förderung Beteiligten beziehungsweise zu Beteiligten beraten über die notwendigen Maßnahmen zur Förderung der Schülerin oder des Schülers und vereinbaren einen entsprechenden individuellen Förderplan.

(2) Der Förderplan beinhaltet

1. die Beschreibung der individuell bedeutsamen schulischen Rahmenbedingungen,

2. die kompetenzorientierte Beschreibung der bisherigen Lern- und Leistungsentwicklung und die Zielvereinbarungen,
3. konkrete Maßnahmen, Materialien und Hilfsmittel sowie Lernmethoden sowie Bedarf an pflegerisch-therapeutischen Maßnahmen zur Umsetzung der vereinbarten Ziele,
4. einen Zeitplan zur Überprüfung der Wirksamkeit und zur Fortschreibung,
5. die Namen der an der Umsetzung des Förderplans Beteiligten,
6. das Datum, zu dem der Förderplan erstellt wurde, sowie Unterschriften der an der Erstellung beteiligten Lehrkräfte, wobei die handschriftliche Unterzeichnung auch elektronisch erfolgen kann.

Gegebenenfalls sind in den Förderplan aufzunehmen:

1. Entscheidungen über einen gewährten Nachteilsausgleich,
2. von der Klassenkonferenz (§ 6) festgelegte oder festzulegende individuelle Anpassungen des Anforderungsniveaus,
3. die Nennung des Förderschwerpunkts, in dem das Vorliegen der Voraussetzungen für eine sonderpädagogische Unterstützung anerkannt wurde,
4. alle Empfehlungen und Regelungen, die sich auf Leistungen außerschulischer Leistungserbringer beziehen sowie besondere Regelungen zum Schultransport, dem Besuch der Ganztagsbetreuung und Abweichungen von den in der Lerngruppe eingeführten Unterrichtsmaterialien.

(3) Beim Wechsel zwischen schulischen Bildungseinrichtungen ist eine Vertreterin oder ein Vertreter der abgebenden Bildungseinrichtung in die erstmalige Förderplanung einzubinden; bei der Einschulung soll die Schule auf die Einbindung einer Vertreterin oder eines Vertreters der abgebenden Bildungseinrichtung hinwirken. Die zur Erstellung des Förderplans erforderlichen Daten und Unterlagen werden unter Beachtung der jeweiligen datenschutzrechtlichen Bestimmungen, insbesondere der Verordnung über die Verarbeitung personenbezogener Daten in den Schulen vom 17. September 2008 (Amtsbl. S. 1596), geändert durch die Verordnung vom 4. August 2014 (Amtsbl. I S. 343; 2015 I S. 447), in der jeweils geltenden Fassung herangezogen.

(4) In die Vorbereitung des Förderplans werden die Erziehungsberechtigten oder die volljährigen Schülerinnen und Schüler eingebunden. Die Schule hat die Möglichkeit, jederzeit eine Unterstützungsanfrage an eine Förderschule oder ein Förderzentrum zu stellen (§ 5 Absatz 1). Zudem kann auf außerschulische fachliche Beratung zurückgegriffen werden.

(5) Der Förderplan wird regelmäßig mit den Erziehungsberechtigten oder der volljährigen Schülerin oder dem volljährigen Schüler besprochen. Bei den Zielvereinbarungen und der Planung konkreter Maßnahmen sollen Schülerinnen und Schüler in altersangemessener Form einbezogen werden. Alle Mitglieder der Klassenkonferenz beziehungsweise der Jahrgangskonferenz (§ 6) werden zeitnah über den aktuellen Förderplan informiert. Der Förderplan wird – auch beim Wechsel des schulischen Förderortes – kontinuierlich weiterentwickelt und fortgeschrieben.

(6) Werden im Förderplan Maßnahmen benannt, die Einfluss auf Form und Dauer des Schulbesuchs haben, so muss die Schulleiterin oder der Schulleiter informiert und durch diese oder diesen eine Klassenkonferenz beziehungsweise eine Jahrgangskonferenz (§ 6) einberufen werden.

(7) Wenn für eine Schülerin oder einen Schüler aufgrund einer schweren Erkrankung oder Mehrfachbehinderung umfangreiche Maßnahmen zur individuellen Förderung in der Regelschule erforderlich sind, sind die Schulaufsichtsbehörde und gegebenenfalls auch der Schulträger frühzeitig einzubeziehen.

§ 5

Unterstützungsanfrage; außerschulische Beratung

(1) Eine zusätzliche sonderpädagogische Unterstützungsanfrage kann über die Schulleitung der Regelschule formlos an eine Förderschule, insbesondere eine solche mit angegliedertem Förderzentrum, gestellt werden. Im Vordergrund stehen dabei ergänzende Fördervorschläge für die Weiterarbeit an der Regelschule. Über die Beratung wird ein kurzes Ergebnisprotokoll angefertigt und der Förderdokumentation angefügt.

(2) Zudem kann im Einvernehmen mit der Schulleitung eine außerschulische Beratung eingeholt werden, wenn die an der Förderung eines Schülers oder einer Schülerin beteiligten Lehrkräfte zur Überzeugung kommen, dass eine zusätzliche pädagogische, medizinische oder psychologische Beratung notwendig ist.

§ 6

Aufgaben der Klassenkonferenz beziehungsweise der Jahrgangskonferenz bei der Förderplanung

(1) Wenn im Rahmen der Förderplanung die Gewährung eines Nachteilsausgleichs, eine besondere pädagogische Förderung, deren Art, Umfang oder Zeitraum Auswirkungen auf Form und Dauer des Schulbesuchs, auf das Anforderungsniveau oder die Notengebung hat, in Betracht kommt, ist ein Beschluss der Klassenkonferenz beziehungsweise der Jahrgangskonferenz in der Zusammensetzung nach § 12 Absatz 2 in Verbindung mit Absatz 4 des Schulmitbestimmungsgesetzes in der

Fassung der Bekanntmachung vom 21. August 1996 (Amtsbl. S. 869; 1997 S. 147), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 11. Dezember 2012 (Amtsbl. I S. 1555), in der jeweils geltenden Fassung notwendig. Zu den stimmberechtigten Mitgliedern gehören insofern auch die in der jeweiligen Klasse tätige Förderschullehrkraft beziehungsweise tätigen Förderschullehrkräfte. Den Vorsitz der Klassenkonferenz beziehungsweise der Jahrgangskonferenz hat die Schulleiterin oder der Schulleiter oder eine Vertreterin oder ein Vertreter.

(2) Die Mitglieder der Klassenkonferenz beziehungsweise der Jahrgangskonferenz können zu jeder Zeit die Einberufung einer Sitzung bei der oder dem Vorsitzenden beantragen (§ 4 Absatz 1 des Schulmitbestimmungsgesetzes). Die Klassenkonferenz beziehungsweise die Jahrgangskonferenz entscheidet unter Berücksichtigung der schulischen Möglichkeiten. § 8 bleibt unberührt.

(3) Über die Sitzung der Klassenkonferenz beziehungsweise der Jahrgangskonferenz wird ein Ergebnisprotokoll angefertigt. Die Erziehungsberechtigten oder die volljährige Schülerin oder der volljährige Schüler werden über die Beschlüsse informiert.

§ 7

Förderdokumentation

Die Förderdokumentation (Förderpläne, Protokolle der Klassenkonferenzen beziehungsweise der Jahrgangskonferenzen, alle schulischen Gutachten sowie gegebenenfalls vorliegende außerschulische Gutachten und Stellungnahmen) ist Teil der Schülerakte und kann unter Beachtung der jeweiligen datenschutzrechtlichen Bestimmungen, insbesondere der Verordnung über die Verarbeitung personenbezogener Daten in den Schulen in der jeweils geltenden Fassung, von allen an der Förderplanung Beteiligten eingesehen werden, wenn dies zur Förderung der Schülerin oder des Schülers notwendig ist. Gleiches gilt für die Weiterleitung der Förderdokumentation im Falle des Wechsels des schulischen Förderortes. Den Erziehungsberechtigten beziehungsweise der volljährigen Schülerin oder dem volljährigen Schüler ist jederzeit Einsicht in die Förderdokumentation zu gewähren.

§ 8

Verfahren zur Anpassung des Anforderungsniveaus in einzelnen Fächern

(1) In Grundschulen ab Klassenstufe 3 sowie in den Klassenstufen 5 bis 9 an Gemeinschaftsschulen können für eine Schülerin oder einen Schüler, die oder der nach einem individuellen Förderplan gefördert wird, auf Beschluss der Klassenkonferenz (§ 6) die individuellen Anforderungen in einem oder mehreren Fächern abweichend von den Anforderungen, wie sie für die jeweilige Klassenstufe gelten, festgelegt werden. Ab Klassenstufe 7 ist dies nur im Grundkurs und in Fächern ohne äußere Fachleistungsdifferenzierung – § 6 Absatz 2 und 3 der Gemeinschaftsschulverordnung vom 1. August 2012 (Amtsbl. I S. 268), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 24. Juni 2016 (Amtsbl. I S. 477), in der jeweils geltenden Fassung – möglich. In Grundschulen, die nicht von der Möglichkeit Gebrauch machen, in sämtlichen Schulbesuchsjahren der Schuleingangsphase mit flexibler Verweildauer das Jahreszeugnis gemäß der Anlage 1 der Zeugnis- und Versetzungsordnung – Schulordnung – für die Grundschulen im Saarland in der Fassung vom 24. August 2000 (Amtsbl. S. 1674), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 3. August 2015 (Amtsbl. I S. 540; 2016 I S. 217) in der jeweils geltenden Fassung zu verwenden (§ 3 Absatz 5 Satz 4 und 5 der Zeugnis- und Versetzungsordnung – Schulordnung – für die Grundschulen im Saarland), gelten die Regelungen zur Anpassung des Anforderungsniveaus bereits ab Klassenstufe 2.

(2) Der Förderplan weist die notwendige individuelle Anpassung der in den jeweils geltenden Lehrplänen vorgegebenen Kompetenzerwartungen aus und wird mindestens halbjährlich überprüft. Veränderungen müssen in einer Klassenkonferenz (§ 6) beschlossen werden.

(3) Bei den Teilleistungsstörungen Lese-Rechtschreibschwäche oder -störung beziehungsweise Rechenschwäche oder -störung gelten die Richtlinien zur Förderung von Schülerinnen und Schülern mit besonderen Schwierigkeiten beim Erlernen des Lesens und/oder Rechtschreibens vom 15. November 2009 in der jeweils geltenden Fassung beziehungsweise das Rundschreiben vom 25. Juni 2014 zu Verfahrensgrundlagen bei Schülerinnen und Schülern mit Rechenschwäche und Rechenstörung/Dyskalkulie im Grundschulbereich und im Primarbereich der Förderschulen in der jeweils geltenden Fassung.

(4) Für Schülerinnen und Schüler, bei denen das Vorliegen der Voraussetzungen für eine sonderpädagogische Unterstützung im Förderschwerpunkt geistige Entwicklung anerkannt wurde, orientiert sich das individuelle Anforderungsniveau an den im Lehrplan für die Förderschule geistige Entwicklung beschriebenen Aktivitätsbereichen.

§ 9

Zeugnisse bei angepasstem Anforderungsniveau

(1) In den Zeugnissen wird auf den veränderten Referenzrahmen mit der folgenden Bemerkung hingewiesen:

„Die Schülerin/Der Schüler wurde in dem gekennzeichneten Fach/in den gekennzeichneten Fächern nach einem individuellen Förderplan unterrichtet. Ihre/Seine Leistungen wurden entsprechend diesem Förderplan bewertet.“

(2) Hinsichtlich der gekennzeichneten Zeugnisnoten werden ergänzende Erläuterungen mit Verbalbeurteilungen und weiterführenden Hinweisen erstellt.

(3) § 8 Absatz 3 gilt entsprechend.

„(2) Das Rundschreiben „Zeugnisse für Schülerinnen und Schüler mit einem sonderpädagogischen Förderbedarf im gemeinsamen Unterricht an Regelschulen“ vom 12. Mai 2011 findet ab dem Schuljahr 2015/2016 für die dann bestehenden Klassenstufen 1 bis 4 keine Anwendung.“

§ 10

Zeugnisse bei sonderpädagogischer Unterstützung im Förderschwerpunkt geistige Entwicklung

Bei Schülerinnen und Schülern, bei denen das Vorliegen der Voraussetzungen für eine sonderpädagogische Unterstützung im Förderschwerpunkt geistige Entwicklung anerkannt wurde, kann die jeweilige Zeugnisnote nach § 9 Absatz 1 ausgewiesen werden oder in allen oder einzelnen Fächern auf Zeugnisnoten verzichtet werden. Sofern in allen Fächern auf die Ausweisung der Zeugnisnote verzichtet wird, kann auf Beschluss der Klassenkonferenz auch das Zeugnisformular 2.1 der Zeugnis- und Versetzungsordnung für die Förderschulen: „Jahreszeugnis der Klassenstufen 1 bis 12 der Förderschule Geistige Entwicklung und Jahreszeugnis für Schülerinnen und Schüler, die in einem anderen Förderschultyp nach dem Lehrplan für die Förderschule Geistige Entwicklung unterrichtet werden“ entsprechend verwendet werden. In den Fällen, in denen in allen Fächern auf eine Ausweisung einer Zeugnisnote verzichtet wird, wird in den Zeugnissen mit der folgenden Bemerkung auf den veränderten Referenzrahmen hingewiesen:

„Der Schüler/Die Schülerin wurde nach einem individuellen Förderplan unterrichtet. Ihre/Seine Leistungen wurden entsprechend diesem Förderplan bewertet.“

In jedem Fall werden ergänzende Erläuterungen mit Verbalbeurteilungen und weiterführenden Hinweisen erstellt.

§ 11

Versetzung oder Aufsteigen in den Klassenstufen 3 und 4 der Grundschule bei abgesenktem Anforderungsniveau

(1) Für die Klassenstufen 3 und 4 der Grundschule gelten im Falle der Absenkung des Anforderungsniveaus in einem oder mehreren Fächern folgende Grundsätze:

1. Schülerinnen und Schüler, bei denen das Anforderungsniveau in einem der Fächer Deutsch, Mathematik oder Sachunterricht abgesenkt ist, werden versetzt, wenn in den beiden anderen Fächern ausreichende Leistungen erbracht wurden.
2. Bei Schülerinnen und Schülern, bei denen das Anforderungsniveau in mehr als einem der Fächer Deutsch, Mathematik oder Sachunterricht abgesenkt ist oder bei denen das Anforderungsniveau in einem der vorgenannten Fächer abgesenkt und nicht ausreichende Leistungen in einem der beiden anderen der genannten Fächer erbracht wurden, entscheidet die Klassenkonferenz über das Aufsteigen in die nächsthöhere Klassenstufe auf der Grundlage der bisherigen Förderplanung.

(2) Schülerinnen und Schüler, bei denen das Vorliegen der Voraussetzungen für eine sonderpädagogische Unterstützung im Förderschwerpunkt Lernen oder geistige Entwicklung anerkannt wurde, steigen grundsätzlich in die nächsthöhere Klassenstufe auf.

(3) Im Falle des Aufsteigens im Sinne des Absatzes 1 enthält das Zeugnis den Vermerk: „Auf Beschluss der Klassenkonferenz vom steigt die Schülerin/der Schüler in die Klassenstufe auf“, im Sinne des Absatzes 2 enthält das Zeugnis den Vermerk: „Die Schülerin/der Schüler steigt in die Klassenstufe auf“. Im Falle des Nichtaufsteigens im Sinne des Absatzes 1 erhält das Zeugnis den Vermerk: „Auf Beschluss der Klassenkonferenz vom steigt die Schülerin/ der Schüler nicht in die Klassenstufe auf.“

(4) Die Regelungen der Zeugnis- und Versetzungsordnung – Schulordnung – für die Grundschulen im Saarland bleiben im Übrigen unberührt.

§ 12

Versetzung oder Aufsteigen in der Klassenstufe 8 der Gemeinschaftsschule bei abgesenktem Anforderungsniveau, Regelung zur Teilnahme an der Hauptschulabschlussprüfung

(1) Für Schülerinnen und Schüler, die in einem oder mehreren Fächern nach einem individuellen Förderplan gefördert werden und deren Anforderungsniveau in einem oder mehreren Fächern abgesenkt ist, findet rechtzeitig vor Beginn des zweiten Schulhalbjahres der Klassenstufe 8 eine Klassenkonferenz statt, bei der entschieden wird, ob eine erfolgreiche Teilnahme an der Hauptschulabschlussprüfung zu erwarten und die Absenkung des Anforderungsniveaus aufzuheben ist. Voraussetzung zur Teilnahme an der Prüfung sind ohne Absenkung der Leistungsanforderungen erworbene Vornoten.

(2) Schülerinnen und Schüler, bei denen die Absenkung des Anforderungsniveaus beibehalten wird, steigen ohne Versetzungsentscheidung in die Klassenstufe 9 auf. Gegebenenfalls ist hierzu ein Antrag auf Verlängerung der allgemeinen Vollzeitschulpflicht gemäß § 4 Absatz 2 des Schulpflichtgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. August 1996 (Amtsbl. S. 864; 1997 S. 147), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 17. Juni 2015 (Amtsbl. I S. 446), in Verbindung mit § 2 Absatz 2 der Verordnung zur Ausführung des Schulpflichtgesetzes vom 23. Juni 2004 (Amtsbl. S. 1382), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 3. August 2015 (Amtsbl. I S. 540), in den jeweils geltenden Fassungen zu stellen.

(3) Die Regelungen der Gemeinschaftsschulverordnung und die Verordnung über die Prüfung zum Erwerb der mit dem Hauptschulabschluss verbundenen Berechtigungen für Schülerinnen und Schüler des Bildungsgangs der Ausbildungsvorbereitung in besonderen Fällen vom 30. Juni 2020 (Amtsbl. I S. 609), in den jeweils geltenden Fassungen, bleiben im Übrigen unberührt.

Unterabschnitt 2

Besondere pädagogische Förderung an Förderschulen

§ 13

Besondere pädagogische Förderung an Förderschulen

Die §§ 2 bis 4 und 5 bis 7 finden für die besondere pädagogische Förderung an Förderschulen entsprechende Anwendung, die §§ 8 bis 10 sowie 12 zudem in Förderschulen, in denen zielgleich (§ 4a Absatz 2 Satz 1 des Schulordnungsgesetzes) unterrichtet wird.

Abschnitt 3

Nachteilsausgleich

§ 14

Aufgabe

(1) Der Nachteilsausgleich dient dazu, im Sinne der Chancengleichheit Benachteiligungen aufgrund von chronischen Erkrankungen, von Beeinträchtigungen oder Behinderungen zu verringern und möglichst auszugleichen und betroffenen Schülerinnen und Schülern zu ermöglichen, ihre Leistungsfähigkeit auszuschöpfen und ihre Kompetenzen nachzuweisen.

(2) Die Anwendung und Nutzung von Formen des Nachteilsausgleichs sind integraler Bestandteil der inklusiven Unterrichtsarbeit an allen Schulformen und in allen Klassenstufen; ein Nachteilsausgleich kann auch von den Erziehungsberechtigten oder der volljährigen Schülerin oder dem volljährigen Schüler beantragt werden.

(3) Durch Maßnahmen des Nachteilsausgleichs werden Bedingungen geschaffen, die den Zugang zur Aufgabenstellung und die Möglichkeit ihrer Bearbeitung gewährleisten, ohne dass dabei die inhaltlich- fachlichen Leistungsanforderungen des jeweiligen Bildungsganges geringer bemessen werden. Eine Leistung, die mit Maßnahmen eines Nachteilsausgleichs erbracht worden ist, ist daher gleichwertig.

§ 15

Formen des Nachteilsausgleichs

Im Rahmen des Nachteilsausgleichs können die Bedingungen für mündliche, schriftliche oder praktische Leistungsfeststellungen der Beeinträchtigung angepasst werden. Mögliche Formen des Nachteilsausgleichs sind zum Beispiel:

1. die Gewährung einer verlängerten Bearbeitungszeit und zusätzlicher Pausen,
2. die Bereitstellung eines separaten Prüfungsraums und eine besondere Organisation des Arbeitsplatzes,
3. die Zulassung der Verwendung technischer Hilfsmittel,
4. die Zulassung der Verwendung bestimmter didaktischer Hilfs- oder Arbeitsmittel,
5. die Gewährung zusätzlicher personeller Unterstützung,
6. die Anpassung der Präsentation von Aufgaben und Ergebnissen,
7. die Modifizierung der Aufgabenstellung bei gleichwertigem Anspruchsniveau,
8. die Einrichtung von Sonderterminen oder die Verteilung von Prüfungsterminen über einen größeren Zeitraum.

§ 16

Grundsätze zum Verfahren

(1) Maßnahmen des Nachteilsausgleichs sind immer auf einzelne Schülerinnen und Schüler bezogen und nur in begründeten Einzelfällen zulässig. Sie können gewährt werden

1. bei erheblichen Beeinträchtigungen beziehungsweise Behinderungen in den Bereichen Sprache, der körperlich-motorischen Entwicklung, der emotional-sozialen Entwicklung oder im Bereich der Sinneswahrnehmung,
2. bei chronischen, langfristigen oder temporären körperlichen, psychosomatischen oder psychischen Erkrankungen oder Funktionsbeeinträchtigungen oder
3. bei sonstigen umfänglichen psychischen und/oder sozialen Belastungen.

Bei der Gewährung ist unter Berücksichtigung des Grunds des Nachteilsausgleichs auch über die Dauer der Maßnahme (vorübergehend oder dauerhaft) zu entscheiden.

(2) Bei den Teilleistungsstörungen Lese-Rechtschreibschwäche oder -störung beziehungsweise Rechenschwäche oder -störung gelten die Richtlinien zur Förderung von Schülerinnen und Schülern mit besonderen Schwierigkeiten beim Erlernen des Lesens und/oder Rechtschreibens vom 15. November 2009 in der jeweils geltenden Fassung, für die Grundschulen und den Primarbereich der Förderschulen gilt auch das Rundschreiben vom 25. Juni 2014 zu Verfahrensgrundlagen bei Schülerinnen und Schülern mit Rechenschwäche und Rechenstörung/Dyskalkulie in der jeweils geltenden Fassung.

(3) Die Klassenkonferenz beziehungsweise die Jahrgangskonferenz (§ 6), bei vorübergehenden Maßnahmen, die sich auf weniger als sechs Monate erstrecken, die Fachlehrkraft in Abstimmung mit der Schulleiterin/dem Schulleiter, entscheidet über Notwendigkeit, Angemessenheit, Art, Umfang und Dauer der Maßnahme des Nachteilsausgleichs. Die Klassenkonferenz beziehungsweise die Jahrgangskonferenz oder die Fachlehrkraft in Abstimmung mit der Schulleiterin/dem Schulleiter entscheidet auch auf Hinweis oder Vorschlag der Erziehungsberechtigten oder der volljährigen Schülerin oder des volljährigen Schülers. Findet bei einer vorübergehenden Maßnahme während der Dauer der Maßnahme eine Klassenkonferenz beziehungsweise eine Jahrgangskonferenz im Sinne des § 12 Absatz 1 Satz 3 Schulmitbestimmungsgesetz (Zeugniskonferenz) statt, entscheidet diese über die Fortgeltung der Maßnahme. Die Entscheidung über Maßnahmen des Nachteilsausgleichs ist stets im Einzelfall und unter Bezugnahme auf eine bestimmte medizinische, therapeutische oder pädagogische Diagnose zu treffen. Dabei können neben Gutachten und Förderplänen der Schule auch außerschulische Stellungnahmen oder Gutachten einbezogen werden. In Zweifelsfällen, insbesondere wenn die Erziehungsberechtigten oder die volljährige Schülerin oder der volljährige Schüler eine andere Auffassung vertreten, ist die Entscheidung der Schulaufsichtsbehörde einzuholen. Im Fall der Entscheidung durch die Fachlehrkraft ist dies nur erforderlich, wenn die Zweifel nicht durch eine herbeizuführende Entscheidung der Klassenkonferenz beziehungsweise der Jahrgangskonferenz ausgeräumt werden konnten.

(4) Die Festlegungen zum Nachteilsausgleich sind für den vereinbarten Zeitraum verbindlich und müssen von allen Lehrkräften berücksichtigt werden. Sie sind im Förderplan zu dokumentieren und im Rahmen der Förderplanung (§ 4) zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen. Hinweise auf einen gewährten Nachteilsausgleich werden nicht in Zeugnisse und Bewertungen von schriftlichen Arbeiten aufgenommen.

(5) Über einen geeigneten Nachteilsausgleich im Rahmen von schulischen Abschlussprüfungen entscheidet die Klassenkonferenz beziehungsweise die Jahrgangskonferenz (§ 6). Sofern die Verlängerung der Bearbeitungszeit, die Gewährung zusätzlicher Pausen, die Zulassung der Nutzung von technischen Hilfsmitteln oder die Gewährleistung besonderer räumlicher und personeller Bedingungen vorgesehen sind, legt die Schulleiterin oder der Schulleiter den entsprechenden Beschluss der Klassenkonferenz beziehungsweise der Jahrgangskonferenz der Schulaufsichtsbehörde vor. Sollten im Einzelfall darüber hinausgehende Maßnahmen des Nachteilsausgleichs in Form von Ausnahmen vom Prüfungsverfahren notwendig sein, sind die Zustimmung der Schulaufsichtsbehörde einzuholen und gegebenenfalls modifizierte Prüfungsaufgaben anzufordern. Die Schulleiterin oder der Schulleiter erläutert der oder dem Vorsitzenden der Prüfungskommission den beschlossenen Nachteilsausgleich.

Abschnitt 4 **Sonderpädagogische Unterstützung**

§ 17

Ziel und Aufgabe

- (1) Ziel jeder sonderpädagogischen Unterstützung ist die Sicherung des individuellen Bildungsanspruches der Schülerinnen und Schüler. Sie trägt zur Anschlussfähigkeit im Hinblick auf den weiteren Bildungs- und Berufsweg bei.
- (2) Sonderpädagogische Unterstützung ergänzt die Arbeit der Regelschule. Zudem findet sonderpädagogische Unterstützung in den nach Förderschwerpunkten (§ 18) gegliederten Förderschulen (§ 4a Absatz 1 bis 4 des Schulordnungsgesetzes) statt.
- (3) Die bestehenden sonderpädagogischen Förderzentren haben die vorrangige Aufgabe, die inklusive Arbeit der allgemeinbildenden und beruflichen Regelschulen sonderpädagogisch zu unterstützen.

§ 18

Förderschwerpunkte

Die Voraussetzungen für eine sonderpädagogische Unterstützung

1. im Bereich Lernen liegen bei Schülerinnen und Schülern vor, die aufgrund ihrer Entwicklungsvoraussetzungen dauerhaft und umfassend Einschränkungen im schulischen Lern- und Leistungsvermögen aufweisen und einer besonders intensiven Förderung bedürfen, um eine ihren persönlichen Möglichkeiten entsprechende schulische Bildung zu erlangen,
2. im Bereich Sprache liegen bei Schülerinnen und Schülern vor, bei denen – auch in ihrer Muttersprache – eine nachhaltige Störung der Sprachentwicklung, des Sprachgebrauchs und der Kommunikationsfähigkeit besteht und die dadurch in ihren Bildungs-, Lern- und Entwicklungsmöglichkeiten so beeinträchtigt sind, dass außerschulische therapeutische Maßnahmen nicht ausreichen,
3. im Bereich emotionale und soziale Entwicklung liegen bei Schülerinnen und Schülern vor, die aufgrund psychischer, sozialer, familiärer oder organischer Ursachen erhebliche und längerfristige Schwierigkeiten haben, ihre Umwelt angemessen wahrzunehmen sowie entsprechend auf diese zu reagieren. Dabei treten aggressive, regelverletzende oder ängstlich-gehemmte Verhaltensweisen auf, die die Bildungs-, Lern- und Entwicklungsmöglichkeiten der Schülerinnen und Schüler so beeinträchtigen, dass außerschulische sozialpädagogische und therapeutische Maßnahmen nicht ausreichen,
4. im Bereich geistige Entwicklung liegen bei Schülerinnen und Schülern vor, die aufgrund erheblicher Einschränkungen im Denken und Handeln sowie in Wahrnehmung und Sprache langanhaltend in ihren Bildungs-, Lern- und Entwicklungsmöglichkeiten derart beeinträchtigt sind, dass sie voraussichtlich lebenslang Hilfen zur selbstständigen Lebensführung und Entfaltung ihrer Persönlichkeit benötigen,
5. im Bereich körperliche und motorische Entwicklung liegen bei Schülerinnen und Schülern mit überdauernden Beeinträchtigungen des Stütz- und Bewegungsapparates, des Gehirns und Rückenmarks oder mit anderen inneren und äußeren Schädigungen und Erkrankungen des Körpers und seiner Organe vor, die dadurch in ihren Bildungs-, Lern- und Entwicklungsmöglichkeiten erheblich beeinträchtigt sind,
6. im Bereich Sehen liegen bei Schülerinnen und Schülern vor, deren Sehvermögen auch nach optischer Korrektur aufgrund organischer Schädigungen und/oder Einschränkungen in der visuellen Verarbeitung und Wahrnehmung umfassend oder in wesentlichen Teilfunktionen so erheblich herabgesetzt ist, dass die Bildungs-, Lern- und Entwicklungsmöglichkeiten beeinträchtigt sind,
7. im Bereich Hören und Kommunikation liegen bei Schülerinnen und Schülern vor, deren Hörvermögen auch nach apparativer Versorgung aufgrund organischer Schädigungen und/oder Einschränkungen in der auditiven Verarbeitung und Wahrnehmung umfassend oder in wesentlichen Teilfunktionen so erheblich herabgesetzt ist, dass die Bildungs-, Lern- und Entwicklungsmöglichkeiten beeinträchtigt sind.

§ 19

Verfahren bei der Einschulung oder Umschulung in eine Förderschule

- (1) Die Ein- oder Umschulung in eine Förderschule erfolgt abgesehen von dem Fall des Absatzes 4 ausschließlich auf Antrag der Erziehungsberechtigten. Der Antrag der Erziehungsberechtigten ist bei der Schulleiterin oder dem Schulleiter der zuständigen oder besuchten Grundschule beziehungsweise der besuchten weiterführenden Schule zu stellen. Diese leitet den Antrag zur weiteren Bearbeitung an die Schulaufsichtsbehörde.
- (2) Die Entscheidung zur Ein- oder Umschulung in eine Förderschule erfordert die Anerkennung des Vorliegens der Voraussetzungen für eine sonderpädagogische Unterstützung (§ 20) grundsätzlich in dem der Förderschule entsprechenden Förderschwerpunkt. Wurde bei einer Schülerin oder einem Schüler das Vorliegen der Voraussetzungen für eine sonderpädagogische Unterstützung in mehreren Förderschwerpunkten anerkannt, besucht sie oder er die Förderschule des vorrangigen Förderschwerpunktes.
- (3) Den Erziehungsberechtigten ist vor der Entscheidung über die Ein- oder Umschulung Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, wenn dies angesichts der mit dem Antrag nach Absatz 1 verbundenen Ausführungen der Erziehungsberechtigten angezeigt ist. Die Erziehungsberechtigten entscheiden, ob sie den Antrag aufrechterhalten wollen. Nach Abschluss des Verfahrens wird den Erziehungsberechtigten und den Schulen die Entscheidung über die Ein- oder Umschulung durch die Schulaufsichtsbehörde unter Angabe der Gründe schriftlich mitgeteilt; im Falle der Ablehnung der Ein- oder Umschulung in eine Förderschule wird die Mitteilung an die Erziehungsberechtigten mit einer Rechtsbehelfsbelehrung versehen.
- (4) Erscheint der jeweiligen Schule der Besuch einer Förderschule in begründeten Einzelfällen zum Schutz des Kindeswohls (Eigen- oder Fremdgefährdung) erforderlich (§ 5 Absatz 4 Satz 2 des Schulpflichtgesetzes), entscheidet die Schulaufsichtsbehörde nach Durchführung eines Anerkennungsverfahrens (§ 20 Absatz 1) über den entsprechenden Antrag der Schule

zum Besuch der Förderschule. Die Erziehungsberechtigten müssen vor der Entscheidung gehört werden; das zuständige Jugendamt wird informiert. Nach Abschluss des Verfahrens wird den Erziehungsberechtigten und den Schulen die Entscheidung über die Ein- oder Umschulung durch die Schulaufsichtsbehörde unter Angabe der Gründe schriftlich mitgeteilt; im Falle der Ein- oder Umschulung in eine Förderschule wird die Mitteilung an die Erziehungsberechtigten mit einer Rechtsbehelfsbelehrung versehen.

(5) Ist in einem Fall des Absatzes 4 die vorherige Durchführung des Anerkennungsverfahrens des Vorliegens der Voraussetzungen für eine sonderpädagogische Unterstützung einer Schülerin oder eines Schülers (§ 20 Absatz 1) aus Gründen des Schutzes des Kindeswohls (Eigen- oder Fremdgefährdung) nicht vertretbar, kann die Schulaufsichtsbehörde diese Schülerin oder diesen Schüler vorläufig einer Förderschule zuweisen. Die Erziehungsberechtigten müssen vor der Entscheidung gehört werden.

Das zuständige Jugendamt wird informiert. Den Erziehungsberechtigten und den Schulen wird die Entscheidung über die Ein- oder Umschulung durch die Schulaufsichtsbehörde unter Angabe der Gründe schriftlich mitgeteilt; im Falle der Ein- oder Umschulung in die Förderschule wird die Mitteilung an die Erziehungsberechtigten mit einer Rechtsbehelfsbelehrung versehen. Die endgültige Entscheidung trifft die Schulaufsichtsbehörde nach Abschluss des Anerkennungsverfahrens; die Sätze 2 bis 4 gelten entsprechend.

(6) Im Falle einer Ein- oder Umschulung in eine Förderschule beauftragt die Schulaufsichtsbehörde die aufnehmende Schule mit der Einrichtung einer Klassenkonferenz (§ 6). Spätestens am Ende des ersten Halbjahres des zweiten Schulbesuchsjahres findet eine Klassenkonferenz (§ 6) unter dem Gesichtspunkt des Fortbestands der Anerkennung des Vorliegens der Voraussetzungen für eine sonderpädagogische Unterstützung statt, in der Folge spätestens alle zwei Jahre. Die Schulaufsichtsbehörde entscheidet auf der Grundlage eines empfehlenden Beschlusses der Klassenkonferenz (§ 6) über die Verlängerung der Anerkennung des Vorliegens der Voraussetzungen für eine sonderpädagogische Unterstützung.

(7) Für die Umschulung in die Förderschule gilt, außer in Fällen des Absatzes 4 und 5, § 5 Absatz 1 der Allgemeinen Schulordnung vom 10. November 1975 (Amtsbl. S. 1239), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 24. Juni 2011 (Amtsbl. I S. 220), in der jeweils geltenden Fassung.

§ 20

Anerkennung des Vorliegens der Voraussetzungen für eine sonderpädagogische Unterstützung

(1) Ein Antrag auf Anerkennung des Vorliegens der Voraussetzungen für eine sonderpädagogische Unterstützung kann bei der Schulaufsichtsbehörde nur von der Schule gestellt werden. Er ist zu stellen, wenn die Erziehungsberechtigten den Besuch einer Förderschule beantragen (§ 19 Absatz 1). Die Schulaufsichtsbehörde entscheidet im Rahmen eines entsprechenden Anerkennungsverfahrens über das Vorliegen der Voraussetzungen für eine sonderpädagogische Unterstützung.

(2) Die Anerkennung erfolgt in Bezug auf die Förderschwerpunkte (§ 18) auf der Grundlage ärztlicher oder therapeutischer Berichte sowie der bereits vorliegenden Förderdokumentation (§ 7). Die Schulaufsichtsbehörde kann im Rahmen des Anerkennungsverfahrens ein sonderpädagogisches Fördergutachten einholen (§ 3 Absatz 2).

(3) Den Erziehungsberechtigten ist im Rahmen des Anerkennungsverfahrens Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, wenn die Schule die Anerkennung des Vorliegens der Voraussetzungen für eine sonderpädagogische Unterstützung beantragt hat oder wenn dies angesichts der mit dem Antrag auf Besuch einer Förderschule (§ 19 Absatz 1) verbundenen Ausführungen der Erziehungsberechtigten angezeigt ist. Nach Abschluss des Anerkennungsverfahrens wird den Erziehungsberechtigten und der Schule die Entscheidung durch die Schulaufsichtsbehörde unter Angabe der Gründe schriftlich mitgeteilt; der Mitteilung an die Erziehungsberechtigten ist eine Rechtsbehelfsbelehrung beizufügen. Falls ein sonderpädagogisches Fördergutachten erstellt wurde, erhalten die Erziehungsberechtigten und die Schule eine Abschrift.

(4) Die Anerkennung des Vorliegens der Voraussetzungen für eine sonderpädagogische Unterstützung ist auf zwei Jahre zu befristen. Rechtzeitig vor Beendigung dieses Zeitraums findet an der Regelschule eine Klassenkonferenz beziehungsweise eine Jahrgangskonferenz (§ 6) unter dem Gesichtspunkt des Fortbestands der Anerkennung des Vorliegens der Voraussetzungen für eine sonderpädagogische Unterstützung statt, in der Folge spätestens alle zwei Jahre. Die Schulaufsichtsbehörde entscheidet auf der Grundlage eines empfehlenden Beschlusses der Klassenkonferenz beziehungsweise der Jahrgangskonferenz (§ 6) über die Verlängerung der Anerkennung des Vorliegens der Voraussetzungen für eine sonderpädagogische Unterstützung. Die Schulaufsichtsbehörde kann im Rahmen des Anerkennungsverfahrens auch ein sonderpädagogisches Fördergutachten einholen (§ 3 Absatz 2). Von der genannten Befristung kann in begründeten Fällen, insbesondere wenn eine Schwerbehinderung im Sinne des § 2 Absatz 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch vorliegt und wenn zu erwarten ist, dass die Voraussetzungen für eine sonderpädagogische Unterstützung dauerhaft vorliegen werden, abgewichen werden.

Abschnitt 5

Umschulung in die Regelschule

§ 21

Umschulung in die Regelschule

(1) Ergibt die nach § 19 Absatz 6 vorgesehene Überprüfung, dass die Voraussetzungen für eine sonderpädagogische Unterstützung nicht mehr vorliegen, oder nehmen die Erziehungsberechtigten ihren Antrag auf Besuch der Förderschule zurück, besucht die Schülerin oder der Schüler die Schule der Regelform. § 19 Absatz 4 und 5 bleiben unberührt. Im Falle einer Umschulung an die Regelschule beauftragt die Schulaufsichtsbehörde die aufnehmende Schule mit der Einrichtung einer Klassenkonferenz (§ 6).

(2) Für die Umschulung in die Regelschule gilt außer in den Fällen des Wegfalls der Anerkennung des Vorliegens der Voraussetzungen für eine sonderpädagogische Unterstützung (§ 18 Absatz 6) § 5 Absatz 1 der Allgemeinen Schulordnung. Im Hinblick auf die Einstufung in eine Klassenstufe gilt § 5 Absatz 2 der Allgemeinen Schulordnung.

Abschnitt 6

Inkrafttreten, Anwendungsbereich

§ 22

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 3. August 2015 in Kraft.

§ 23

Anwendungsbereich

(1) Diese Verordnung findet ab dem Schuljahr 2015/2016 auf die Klassenstufen 1 bis 4 der Grundschule und – soweit in der Verordnung vorgesehen – auf die entsprechenden Klassenstufen der Förderschule Anwendung.

(2) Sie findet im Bereich der weiterführenden allgemeinbildenden Schulen einschließlich des Sekundarbereichs der Förderschulen erstmals, aufsteigend beginnend auf die Schuljahrgänge Anwendung, die sich ab dem Schuljahr 2016/2017 in Klassenstufe 5 befinden.

(3) Sie findet im Bereich der beruflichen Schulen erstmals auf die Schuljahrgänge Anwendung, die sich aufsteigend beginnend ab dem Schuljahr 2018/2019 in den Eingangsklassen der beruflichen Schulen befinden.

Rundschreiben betr. Zusammenarbeit zwischen Förderschullehrkraft, Regelschule und dem regionalen Förderzentrum

Vom 15. Juli 2014

An die

Leiterinnen und Leiter der Grund- und Förderschulen

nachrichtlich

- den weiterführenden Schulen
- den beruflichen Schulen
- dem HPR Grundschule
- dem HPR Förderschule
- dem LPM
- dem Staatlichen Studienseminar Püttlingen für die Primarstufe sowie für Förderschulen und Inklusion
- SÄD/SD

Zusammenarbeit zwischen Förderschullehrkraft, Grundschule und dem Förderzentrum

Förderschullehrkräfte werden im Rahmen der Budgetierung an eine oder mehrere Grundschulen abgeordnet, die Stammschule ist weiterhin das Förderzentrum. Bezüglich folgender, die Zusammenarbeit betreffender Fragestellungen gilt:

- In (sonder-) pädagogischen Belangen bleibt die fachliche Anbindung der Förderschullehrkraft an das Förderzentrum bestehen (Fachaufsicht). Hier finden u. a. die Vernetzung mit Kollegen und Kolleginnen anderer Fachrichtungen statt sowie Fortbildungen zur Erweiterung der sonderpädagogischen Fachkompetenz. Unklarheiten in Bezug auf Weisungen/Arbeitseinsatz sind zunächst auf der Ebene der Schulleitungen (Grundschule/ Förderzentrum) zu klären. Bei Nichteinigung ist die Schulaufsicht zu beteiligen.
- Dienstliche Regelbeurteilungen erfolgen nach den geltenden Beurteilungsrichtlinien durch die Schulleitung des Förderzentrums. Die Schulleitung der Grundschule verfasst hierzu eine schriftliche Stellungnahme über die Arbeit der Förderschullehrkraft an der Grundschule, welche in die Beurteilung einfließt.
- Dienstliche Anliegen der Leitung eines Förderzentrums können der Förderschullehrkraft auch durch die Schulleitung der Grundschule übermittelt werden (z.B. Gutachtenerstellung, Teilnahme an Sitzungen und Veranstaltungen der Stammschule).
- Im Falle einer Erkrankung einer Förderschullehrkraft muss sich diese sowohl an ihrer Stammschule (Förderzentrum) als auch an ihren Einsatzschulen, soweit betroffen, unter Angabe der vermutlichen Dauer der Erkrankung krankmelden. Das gegebenenfalls notwendige Attest ist am Förderzentrum abzugeben. Im Falle eines Beschäftigungsverbotes bei vorliegender Schwangerschaft informiert die Lehrerin das Förderzentrum, deren Leitung diese Information umgehend an die Leitung der Einsatzschule(n) weitergibt. Die Stammschule hält den Kontakt zum Betriebsärztlichen Dienst (BAD).
- Im Falle der Beantragung einer Fortbildung ist der entsprechende Antrag auf Dienstbefreiung – in Abstimmung mit der Grundschule – beim Förderzentrum zur Genehmigung einzureichen. Ebenso ist der Nachweis der Teilnahme an einer Fortbildung dort abzugeben.
- Die Übernahme von Pausenaufsichten soll in Absprache mit der Förderschullehrkraft geregelt werden. Dabei soll berücksichtigt werden, dass die beratende Tätigkeit und der Austausch mit Kooperationspartnern als ein wichtiger Aufgabenbereich der Förderschullehrkräfte häufig in den Pausen erfolgt. Förderschullehrkräfte, die an zwei oder mehr Schulen arbeiten, werden grundsätzlich nicht in der Pausenaufsicht eingesetzt.
- In der Frage der Übernahme von Vertretungsunterricht an der Grundschule gilt in der Regel, dass Förderschullehrkräfte nur in Ausnahmefällen und in Absprache herangezogen werden können. Vertretungsunterricht an der Stammschule (Förderzentrum) wird durch das dort eingesetzte Personal gewährleistet und nicht durch die an die Grundschule abgeordneten Förderschullehrkräfte.
- Die Förderschullehrkraft ist gemäß Schulmitbestimmungsgesetz und der Zeugnis- und Versetzungsordnung – Schulordnung – für die Grundschulen im Saarland (ZVOGS) stimmberechtigtes Mitglied der Klassenkonferenzen und der Zeugniskonferenzen an den Grundschulen, denen sie zugewiesen ist.

Die Förderschullehrkraft nimmt grundsätzlich an den Konferenzen und Dienstbesprechungen der Grundschule teil, an der sie arbeitet. Beim Einsatz an mehr als einer Regelschule hat in der Frage der Teilnahme bei terminlicher Überschneidung grundsätzlich die Schule das Primat, an welcher die Förderschullehrkraft die meisten Stunden ableistet. An der Gesamtkonferenz der Grundschule nimmt die Förderschullehrkraft in beratender Funktion teil.

Des Weiteren gehört die Lehrkraft stimmberechtigt der Gesamtkonferenz ihrer Stammschule (Förderzentrum) an. Die Teilnahme an Dienstbesprechungen des Förderzentrums (wie Teamsitzungen oder Dienstbesprechungen) ist ebenfalls verpflichtend. Dies gilt auch für die Lehrkräfte, die an der inklusionspädagogischen Zusatzqualifikation zur Unterrichtung von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf teilnehmen.

Über die Ergebnisse von Konferenzen, an denen sie nicht teilgenommen hat, soll sich die Lehrkraft (z. B. anhand der Protokolle) zeitnah informieren.

- Die Förderschullehrkraft kann bei Bedarf und in Absprache sowie im Rahmen der zeitlichen Möglichkeiten an den Pädagogischen Tagen und den Gemeinschaftsveranstaltungen beider Systeme teilnehmen.
- Die Arbeit der Förderschullehrkraft umfasst grundsätzlich die Bereiche Unterricht, Förderung, Diagnostik und Beratung.

Eine Schwerpunktsetzung bei der Arbeit erfolgt in Absprache zwischen Regelschule und Förderschullehrkraft. Der mit den benannten Tätigkeitsfeldern verbundene Einsatz in verschiedenen Klassen erfolgt unter (sonder-) pädagogischen Gesichtspunkten, bedarfsorientiert und im Einvernehmen der beteiligten Pädagogen (siehe Anlage „Arbeitsplatzbeschreibung“).

Hierbei sollen die Einsatzbereiche bevorzugt werden, die eine inklusive Unterrichtung unterstützen. Eine generelle Reduzierung auf Einzelförderung ist nicht gewünscht. Zur Abstimmung der Einsatzplanung sollen verbindlich in jedem Halbjahr Gespräche zwischen Förderschullehrkraft und Schulleitung der Grundschule stattfinden, in denen entsprechende Vereinbarungen getroffen und schriftlich festgehalten werden.

Wir bitten Sie, Ihre Kolleginnen und Kollegen über den Inhalt dieses Schreibens in geeigneter Form in Kenntnis zu setzen.

Arbeitsplatzbeschreibung von Förder-/Grundschullehrkraft im Gemeinsamen Unterricht bei Budgetierung im Schuljahr 2014/15

Diese Arbeitsplatzbeschreibung stellt einen Orientierungsrahmen für die Zusammenarbeit von Förderschullehrkräften und Grundschullehrkräften dar. Selbstverständlich sollen pädagogische Entscheidungen und die Durchführung von inklusivem Unterricht in Bezug auf das einzelne Kind gemeinsam abgesprochen und getroffen werden. Die Tabelle erhebt darüber hinaus keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Bereich	Förderschullehrkraft	Grundschullehrkraft
	Gleichberechtigte Kooperationspartner im Team	
Grundsätze	<ul style="list-style-type: none"> - Personalkonstanter Einsatz - Schulinterne flexible Einsatzplanung in Absprache (Beratung/Prävention/Unterricht/Förderung) 	<ul style="list-style-type: none"> - Klassenlehrerprinzip - Feststehender Einsatz gemäß Stundenplan
Diagnostik	<ul style="list-style-type: none"> - Unterrichtsbeobachtung - Ganzheitlich orientierte Förderdiagnostik - Erstellen von Fördergutachten - Einholen zusätzlicher sonderpädagogischer Expertise bei Bedarf 	
Unterrichts- und Förderplanung	<ul style="list-style-type: none"> - Bereitstellung von Lernmaterial für Schüler mit anerkanntem sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf (bei Bedarf auch für besonders leistungsstarke Schüler) 	
	<ul style="list-style-type: none"> - Erstellen von individuellen Förderplänen bei anerkanntem Vorliegen der Voraussetzungen für eine sonderpädagogische Unterstützung (in Absprache mit dem/der Klassenlehrer/in) 	<ul style="list-style-type: none"> - Unterrichtsplanung - Förderplanung (siehe „Fördern in der Grundschule“ 2006) - Leistungsüberprüfungen (z.B. Klassenarbeiten)

	<ul style="list-style-type: none"> - Mitarbeit bei der Planung von (binnen-) differenziertem Unterricht und bei der Erstellung von individualisierten Leistungsüberprüfungen (für Kinder mit anerkanntem VVsU sowie beim Schreiben von Zeugnissen) 	
Unterricht	<ul style="list-style-type: none"> - Unterrichtung in verschiedenen Kooperationsformen (z.B. Team-Teaching) - Rollentausch in einzelnen Unterrichtsstunden oder -sequenzen (Perspektivenwechsel) 	
Förderung	<ul style="list-style-type: none"> - Durchführung regelmäßiger gemeinsamer Beratungsgespräche - Fördermaterialien sichten, bereitstellen - Gemeinsame Planung unterrichtsimmanenter Förderung (auf der Grundlage der Förderpläne) - Möglichkeit zur separaten Einzel- oder Kleingruppenförderung im Bedarfsfall 	
	<ul style="list-style-type: none"> - Einbringen sonderpädagogischer Expertise u.a. bei technischem Unterstützungsbedarf oder bei der Planung von Nachteilsausgleichen 	<ul style="list-style-type: none"> - Umsetzung der geplanten Unterstützungsmaßnahmen im Unterricht
Kooperation	<ul style="list-style-type: none"> - Mit Kollegium, Jahrgangsteam, Schulleitung, Erziehungsberechtigten, Schulsozialarbeitern/Schoolworkern, Beratungsgruppe Inklusion, Mitarbeitern der FGTS, Integrationshelfern und dem sonderpädagogischen Förderzentrum - Vernetzung/interdisziplinäre Zusammenarbeit mit außerschulischen Diensten (z. B. schulpsychologischer u. schulärztlicher Dienst, Jugendamt, Berufsberatung) und Einrichtungen (z. B. Kinder- und Jugendpsychiatrie, Wohngruppen) Therapeuten und Ärzten 	
Beratung	<ul style="list-style-type: none"> - Kollegium, Teams, Schulleitung, Erziehungsberechtigte, Schüler - Eingliederungshelfer/Mitarbeiter FGTS 	<ul style="list-style-type: none"> - Erziehungsberechtigte, Schüler - Eingliederungshelfer/Mitarbeiter FGTS
	<ul style="list-style-type: none"> - (Nach Möglichkeit) Verankerung/Institutionalisierung gemeinsamer Beratungszeit - Bei Bedarf gemeinsame Durchführung von Elternabenden - Mitwirkung bei Schulveranstaltungen (Projekte, Arbeitsgemeinschaften, Feiern) 	
Organisation	<ul style="list-style-type: none"> - Flexibler Stundenplan - Tägliche Dokumentation der Tätigkeit im Lehrnachweis - (Bei Bedarf) Teilnahme an außerschulischen Lernangeboten 	<ul style="list-style-type: none"> - Feststehender Stundenplan - Führen des Klassenbuchs - Organisation, Planung und Teilnahme an außerschulischen Lernangeboten (z.B. Klassenfahrten)
Konferenzen	<ul style="list-style-type: none"> - Stimmberechtigte Teilnahme an Klassen- und Zeugniskonferenzen der Grundschule - Austauschtreffen, Fachkonferenzen des Förderzentrums, - Teilnahme an Dienstbesprechungen und (beratend) an Gesamtkonferenzen der Grundschule 	<ul style="list-style-type: none"> - Stimmberechtigtes Mitglied in Teamsitzungen, Dienstbesprechungen, Klassenkonferenzen, Gesamtkonferenzen der Grundschule
Dienst- und Fachaufsicht	<ul style="list-style-type: none"> - Fachaufsicht in (sonder-) pädagogischen Belangen: Förderzentrum - Einzelfragen der Zusammenarbeit (Pausenaufsicht, Vertretungsunterricht...) siehe Rundschreiben - Dienstaufsicht generell: Ministerium für Bildung und Kultur 	<ul style="list-style-type: none"> - Fachaufsicht: Schulleitung Regelschule - Dienstaufsicht: Ministerium für Bildung und Kultur über Regelschulleitung
Fortbildung	<ul style="list-style-type: none"> - Erwerb/Sicherung eines aktuellen Kenntnisstands über Inhalte und Themen der Schul-, Unterrichts- und Personalentwicklung - (Gemeinsame) Teilnahme an Fortbildungen, Pädagogischen Tagen und Hospitationen 	

	<ul style="list-style-type: none"> - Erweiterung der Kenntnisse in weiteren sonderpädagogischen Fachrichtungen und Lernbereichen - Erweiterung der Beratungskompetenz 	<ul style="list-style-type: none"> - Erwerb grundlegender Kenntnisse hinsichtlich der Förderung von Schülern <ul style="list-style-type: none"> - mit herausforderndem Verhalten - Problemen in der Sprachentwicklung - Lernproblemen - Teilleistungsstörungen
Schulentwicklung	- Mitwirkung bei der standortorientierten Entwicklung eines inklusiven Schulkonzepts	

GEW

**Verordnung über die Festlegung der Werte für die
Klassen-, Gruppen- und Kursbildung und
über Schüler-Lehrer-Relationen**

Vom 19. Juli 1996 (Amtsbl. S. 723) – zuletzt geändert durch Verordnung
vom 30. Juni 2020 (Amtsbl. I S. 609)

§ 1

Anzahl der Klassen, Eingangsklassen

- (1) Die zulässige Anzahl der Klassen und Kurse einer Klassen-/Jahrgangsstufe ergibt sich unter Beachtung der räumlichen Gegebenheiten für die jeweilige Schule aus der Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler dieser Stufe geteilt durch die Schülerrichtzahl. Jeder Bruch wird aufgerundet. Eine Schülermindestzahl ist zu beachten.
- (2) Abweichend von Absatz 1 ergibt sich die Bildung der Klassen mit Teilzeitunterricht in der Grundstufe und in den Fachstufen der Berufsschule auf der Grundlage des Fachklassenprinzips aus den jeweiligen Schülerricht- und Schülermindestzahlen.
- (3) Eingangsklassen sind nur zu bilden, wenn ihre räumliche Unterbringung auf Dauer gesichert ist und bei Kapazitätsbeschränkungen die Vorgaben der jeweiligen Aufnahmeregelungen eingehalten sind.
- (4) Die Schule kann bei der Bildung der Klassen/Kurse von den Schülerricht- und -mindestzahlen abweichen, wenn sich dadurch die Anzahl der zu bildenden Klassen oder Kurse nicht erhöht. Ansonsten bedarf die Abweichung der Genehmigung der Schulaufsichtsbehörde.

§ 2

Schülerricht- und Schülermindestzahlen

- (1) Die Schülerrichtzahl stellt die Messzahl für die Klassenbildung (Zahl der Klassen) dar. Die Klassenstärke kann im begründeten Einzelfall die Schülerrichtzahl geringfügig überschreiten.
- (2) Für die Grundschule wird eine Schülerrichtzahl von 29 festgelegt. Befinden sich bei Anwendung der Richtzahl 29 in jeder der gebildeten Klassen einer Klassenstufe mindestens vier ausländische Schülerinnen und Schüler, die nach Feststellung der Schulleiterin oder des Schulleiters keine ausreichenden Deutschkenntnisse besitzen, gilt abweichend von Satz 1 die Richtzahl 25. Abweichend von Satz 1 und 2 können zusätzliche Klassen gebildet werden, wenn nach der Klassenmehrbi-
ldung eine durchschnittliche Klassengröße von mindestens 20 Schülerinnen und Schülern je Klasse in der Klassenstufe gegeben ist; eine Klassenmehrbi-
ldung soll nur im Einvernehmen mit dem Schulträger erfolgen. Beim Schulkindergarten gilt eine Richtzahl von 14.
- (3) Für die Bildung der Klassen und Kurse in der Sekundarstufe I einer Schule werden folgende Schülerrichtzahlen festgelegt:

Gemeinschaftsschule

– Klassenstufe 5 und 6	29
– Klassenstufen 7 bis 9 (außer Grundkurs)	29
– Klassenstufen 7 bis 9 (Grundkurs)	28
– Klassenstufe 10	29

Gymnasium

– Klassenstufen 5 bis 9	29.
-------------------------	-----

- (4) Für die gymnasiale Oberstufe wird in Klassenstufe der Einführungsphase eine Schülerrichtzahl von 29 festgelegt. Für die Jahrgangsstufen der Hauptphase wird unter Bezugnahme auf §§ 1 und 16 der Verordnung Schul- und Prüfungsordnung über die gymnasiale Oberstufe und die Abiturprüfung im Saarland (GOS-VO) vom 2. Juli 2007 (Amtsbl. S. 1315), geändert durch die Verordnung vom 26. März 2010 (Amtsbl. Teil I S. 47), als Richtwert der Kursfrequenz die Zahl von 15 bis 25 Teilnehmerinnen und Teilnehmern festgesetzt. Im Rahmen der zugewiesenen Lehrerstunden kann die Richtzahl 15 unterschritten und die Richtzahl 25 überschritten werden.
- (5) Für die Bildung der Klassen in der Berufsschule, Berufsfachschule und Fachschule wird eine Schülerrichtzahl von 29 festgelegt. In der Fachoberschule und abweichend von Satz 1 in der Berufsfachschule für Kinderpflege und in der Fachschule für Sozialpädagogik wird für die Bildung der Klassen eine Schülerrichtzahl von 31 festgelegt.
Bei einzügigen Fachklassen der Berufsschule beträgt die Schülermindestzahl 20.

§ 3

Grundlagen für die Klassenbildung

(1) Grundlage für die Bildung der Klassen und Kurse an den genannten Schulen ist die zu Beginn der Sommerferien bekannte - für den Bereich der Berufsschule prognostizierte - Schülerzahl. Abweichungen zu Beginn des Schuljahres, die eine Änderung der Klassenzahl zur Folge hätten, sind der Schulaufsichtsbehörde umgehend mitzuteilen. Diese entscheidet im Rahmen der personellen Möglichkeiten.

(2) Zwischen den Klassenstufen 1 und 2 der Grundschule und den Klassenstufen 5 und 6 der Gemeinschaftsschule und des Gymnasiums sollen keine Klassenneubildungen erfolgen.

§ 4

Besondere Regelungen, Schüler-Lehrer-Relationen

(1) Die Schulaufsichtsbehörde kann aus siedlungsstrukturellen Gründen oder wegen besonderer Gegebenheiten in der Organisationsstruktur des Unterrichts für einzelne Schulen von Schuljahr zu Schuljahr abweichende Werte festsetzen.

Die Vorschriften über den geordneten Schulbetrieb sind zu beachten.

(2) Für Religion und allgemeine Ethik sind gegebenenfalls durch Zusammenfassung von Klassen oder Jahrgangsstufen Gruppengrößen anzustreben, die den Klassenstärken bei Beachtung der Schülerricht- und -mindestzahlen entsprechen.

(2a) Schülerinnen und Schüler können zeitweise in besonderen klassen- und jahrgangsübergreifenden Lerngruppen unterrichtet werden. Zudem kann an Grundschulen zur Vermeidung einer Zusammenlegung oder Schließung nach § 9 Absatz 5 Satz 2 des Schulordnungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. August 1996 (Amtsbl. S. 846; 1997, S. 147), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 20. Juni 2012 (Amtsbl. I S. 210), in der jeweils geltenden Fassung im Einvernehmen mit den Lehrkräften und den Erziehungsberechtigten in dauerhaft eingerichteten jahrgangsübergreifenden Lerngruppen unterrichtet werden. Die Einhaltung der Bildungsstandards und Lehrplanvorgaben ist sicherzustellen. Schulen, die von den in der vorstehenden Regelung eröffneten Möglichkeiten Gebrauch machen, berichten hierüber der Schulaufsichtsbehörde.

(3) Die Gruppenstärke, insbesondere in den Wahlpflichtfächern, soll in der Regel der Klassenstärke entsprechen; entgegenstehende räumliche und fachliche Gründe, insbesondere die Ausstattungsgegebenheiten von Fachräumen, sind zu berücksichtigen.

(4) Für die unter § 2 Abs. 5 genannten Schulen ist, soweit es sich um Klassen für Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Fördermaßnahmen, Klassen für Behinderte, Klassen der Ausbildungsvorbereitung handelt, bei der Klassenbildung im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten auf die jeweiligen besonderen Gegebenheiten Rücksicht zu nehmen.

(5) Bei den Förderschulen ist auf die Art und auf den Grad der Behinderung und den dadurch erforderlichen Unterrichts- und Erziehungsbedarf im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten Rücksicht zu nehmen. Zur Personalisierung dieser Schulen, ihrer Schulkindergärten und des Krankenhausunterrichts werden unter Einbeziehung der erforderlichen pädagogischen und therapeutischen Fachkräfte sowie Pflegekräfte folgende Schüler-Lehrer-Relationen festgelegt:

Förderschule für Blinde und Sehbehinderte

- Bereich Blinde 5:1
- Bereich Sehbehinderte 7:1

Förderschule für Gehörlose und Schwerhörige

- Bereich Gehörlose 5:1
- Bereich Schwerhörige 7:1

Förderschule soziale Entwicklung 6:1

Förderschule geistige Entwicklung 4:1

Förderschule körperliche und motorische Entwicklung 4:1

Förderschule Lernen 11:1

Förderschule Sprache 7:1

Krankenhaus- und Hausunterricht 5:1

Für Schwerstmehrfachbehinderte ist im Rahmen der personellen Möglichkeiten ein angemessener Mehrbedarf zu berücksichtigen.

§ 5

Übergangsregelung

Für die Bildung der Klassen in der Berufsschule, Berufsfachschule und Fachschule von Schülerinnen und Schülern, die vor dem 1. August 2013 in diese Bildungsgänge eingetreten sind, ist § 2 Absatz 5 dieser Verordnung in der Fassung vom 19. Juli 1996 (Amtsbl. S. 723), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 1. August 2012 (Amtsbl. I S. 268), weiter anzuwenden.

§ 6

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt für die Erweiterte Realschule am 1. August 1997, ansonsten am 1. August 1996 in Kraft.



**Ergänzende Verfahrensvorschriften zu den Lehrerkonferenzen als
Allgemeine Konferenzordnung (AKO)**

Vom 16. Februar 1975

i. d. F. vom 15. Dezember 1981 (GMBL Saar 1982 S. 163)

§ 1

Einberufung von Konferenzen

(1) Für die Tagesordnung können von jedem Mitglied einer Konferenz beim Vorsitzenden bis zu 24 Stunden vor und in dringenden Ausnahmefällen auch noch zu Beginn der Konferenz weitere Anträge für die Tagesordnung gestellt werden. Über die Aufnahme dieser Verhandlungspunkte in die Tagesordnung entscheidet die Konferenz.

(2) Tagesordnung und notwendige Unterlagen für die Beratung sollen den Konferenzmitgliedern so rechtzeitig bekanntgegeben werden, dass sie sich damit vertraut machen können.

(3) Soweit nicht zwingende schulische Gründe eine Ausnahme rechtfertigen, sind auch solche Konferenzen, an denen keine Eltern- und (oder) Schülervvertreter teilnehmen, außerhalb der Unterrichtszeit durchzuführen.

§ 2

Abstimmung

Die Abstimmungen erfolgen offen oder geheim. Eine Abstimmung ist geheim durchzuführen, wenn dies von einem der anwesenden Stimmberechtigten gefordert wird. Stimmenthaltungen sind bei Abstimmungen nicht zulässig. Die Abgabe eines leeren Stimmzettels bei geheimen Abstimmungen ist als ungültige Stimmabgabe zu werten.

§ 3

Niederschrift

(1) Über die Sitzungen der Konferenzen sind Niederschriften anzufertigen. Diese sollen die Namen der nicht erschienenen Mitglieder der Konferenz, die Tagesordnung, Beginn und Ende der Konferenz sowie eine kurze Darstellung des Inhalts der Beratungen enthalten und müssen die Beratungsergebnisse festhalten.

(2) Die Niederschrift ist am Ende einer jeden Sitzung oder zu Beginn der folgenden zu verlesen und nach Genehmigung durch die Konferenz vom Vorsitzenden und dem Schriftführer zu unterzeichnen, den der Vorsitzende jeweils bestimmt.

(3) Jedes Mitglied der Konferenz kann verlangen, dass sein von einem Beschluss abweichender Antrag in die Niederschrift aufgenommen wird.

(4) Die Niederschrift ist bei den Schulakten aufzubewahren. Den Mitgliedern der Konferenzen ist auf Verlangen Einsicht zu gewähren.

§ 4

Anwendung auf die Schulkonferenz

Die vorstehenden ergänzenden Verfahrensvorschriften (AKO) finden mit Ausnahme des § 2 Satz 3 auf die Schulkonferenz entsprechende Anwendung.

§ 5

Allgemeine gesetzliche Verfahrensvorschriften

Die in § 3 Abs. 1 Satz 1 sowie § 4 des Schulmitbestimmungsgesetzes enthaltenen allgemeinen Verfahrensvorschriften haben unmittelbare Geltung.

§ 6

Allgemeine gesetzliche Verfahrensvorschriften

Die Ergänzenden Verfahrensvorschriften (AKO) treten am Tage der Veröffentlichung im Gemeinsamen Ministerialblatt Saarland in Kraft. Gleichzeitig tritt die Allgemeine Konferenzordnung (AKO) vom 23. Oktober 1967 (Amtl. Schulblatt S. 103) außer Kraft.

Erlass zur Durchführung des Kulturellen Praktikums an Schulen

Vom 1. Juni 2001 (GMBL Saar S. 190)

1. Geltungsbereich

Dieser Erlass gilt für die allgemeinbildenden Schulen und – soweit es um die Durchführung eines Kulturtages nach Nummer 3.1 geht – auch für die beruflichen Vollzeitschulen.

2. Aufgabe des Kulturellen Praktikums

Das Kulturelle Praktikum hat die Aufgabe, Schülerinnen und Schülern Einblicke in die professionell und ehrenamtlich geführten kulturellen Einrichtungen, insbesondere im Bereich des Theaters, der Instrumental- und Chormusik und der Museen für Bildende Kunst und Geschichte, zu verschaffen und die Bedeutung von kultureller Betätigung für die eigene Persönlichkeitsentwicklung und die gesellschaftliche Integration bewusst zu machen.

3. Praktikusteile, Gestaltungsmöglichkeiten, Teilnehmerkreis

Das Kulturelle Praktikum gliedert sich in einen verpflichtenden und in einen freiwilligen Teil.

3.1 Verpflichtender Teil

In jedem Schuljahr ist einer der insgesamt vier Wandertage in allen Klassen als Kulturtag zum Besuch einer kulturellen Einrichtung (z. B. Museum, Bibliothek, Kulturwanderweg, historisch und landesgeschichtlich interessante Orte) oder einer kulturellen Veranstaltung (Theater, Konzert, Kino) zu nutzen. Während der Grundschulzeit soll jede Klasse mindestens einmal eine Bibliothek besuchen. Das Theaterpädagogische Zentrum, der Saarländische Museumsverband, die Landeszentrale für Politische Bildung, der Saarwaldverein sowie das Staatliche Büchereiamt geben in regelmäßigen Abständen im Bildungsserver Empfehlungen für die Gestaltung des Kulturtages.

3.2 Freiwilliger Teil

- 3.2.1 Im Rahmen des Betriebspraktikums ab Klassenstufe 8 soll verstärkt darauf hingearbeitet werden, auch die Möglichkeit eines Betriebspraktikums in professionellen kulturellen Einrichtungen (Bibliotheken, Theater, Museen, Musikschulen, Kunstschulen, Einrichtungen des Film- und Medienbereichs sowie des professionellen Kulturmarketing) zu nutzen. Von diesen werden entsprechende Praktikumsplätze bereitgestellt.
- 3.2.2 Ab der Klassenstufe 8 können alle Schülerinnen und Schüler in ehrenamtlich oder professionell geführten kulturellen Einrichtungen bzw. Vereinen individuell und außerhalb der Unterrichtszeit hospitieren. Eine Hospitation soll sich in der Regel über einen Zeitraum von mindestens sechs Stunden erstrecken. Im Benehmen mit den Kulturämtern der jeweiligen Schulträger werden die dafür in Frage kommenden Einrichtungen ermittelt.
- 3.2.3 In Kooperation von Schule und Verein sollen kulturelle Projekte in den Klassenstufen 1 bis 12/13 gemeinsam jahrgangsübergreifend vorbereitet und durchgeführt werden. Hierzu bedarf es einer Vereinbarung zwischen den Kooperationspartnern.

4. Grenzüberschreitende Ziele

Der Besuch von Einrichtungen im angrenzenden Département Moselle, im Großherzogtum Luxemburg und in Rheinland-Pfalz ist im Zusammenhang mit dem Kulturellen Praktikum anzustreben.

5. Versicherungsschutz

- 5.1 Für die Dauer eines jeden Teils des Kulturellen Praktikums unterliegen die teilnehmenden Schülerinnen und Schüler wie beim Besuch des Unterrichts – also auf dem Weg zur und von der Einrichtung sowie in der Einrichtung – der gesetzlichen Unfallversicherung, d. h. es besteht Versicherungsschutz im Hinblick auf einen etwaigen Körperschaden, den der Schüler oder die Schülerin während des Praktikums erleidet. Im Schadensfall gilt das für Schulunfälle vorgesehene Verfahren.
- 5.2 Die gesetzliche Unfallversicherung umfasst keine Haftpflichtversicherung für Schäden, die von Schülerinnen oder Schülern während des Kulturellen Praktikums der Einrichtung oder Dritten zugefügt werden. Daher ist vom Schulträger auch für das Kulturelle Praktikum eine Haftpflichtversicherung abzuschließen.

6. Unterrichtliche Vor- und Nachbereitung

- 6.1 Durch eine inhaltliche Auseinandersetzung mit landesspezifischen kulturhistorischen Themen wird insbesondere im Deutsch-, Geschichts-, Musik- und Kunstunterricht – im Grundschulbereich im Deutsch- und Sachunterricht – auf das Kulturelle Praktikum vorbereitet. Nach Abschluss eines jeden Teils des Praktikums werden die Erfahrungen der Schülerinnen und Schüler im Unterricht ausgewertet.

6.2 Der Besuch von kulturellen Einrichtungen im Rahmen sonstiger schulischer Veranstaltungen wie Unterrichtsgänge, Exkursionen oder Lehrfahrten bleibt wichtig und ersetzt nicht das Kulturelle Praktikum.

7. Organisatorische Vorbereitung und Durchführung des Kulturellen Praktikums

7.1 Die Gesamtkonferenz legt die Grundsätze für die Durchführung des Kulturellen Praktikums nach Nummer 3.2 fest.

7.2 Praktikumsleiter/Praktikumsleiterin für eine kulturelle Veranstaltung im Sinne von Nummer 3.2 ist in der Regel der/die jeweilige Vorsitzende der Fachkonferenz Musik, Bildende Kunst oder musisch-kulturelle Bildung und im Grundschulbereich der jeweilige Klassenleiter/die jeweilige Klassenleiterin. Er/Sie erstellt für die jeweilige Klasse/Klassenstufe der Schule eine Rahmenplanung und holt die Zustimmung der Schulleitung ein (Voraussetzung für die Kontaktaufnahme mit den in Frage kommenden Einrichtungen). Diese stellt sicher, dass die allgemeine Aufsicht der Schule über die Veranstaltung gewährleistet bleibt.

7.3 Der Praktikumsleiter/Die Praktikumsleiterin informiert die Erziehungsberechtigten in einer Elternversammlung über Ziele, Inhalte, Form und zeitlichen Ablauf des Praktikums und über versicherungsrechtliche Fragen.

7.4 Die betreuenden Lehrkräfte weisen die Schülerinnen und Schüler für das kulturelle Betriebspraktikum und für die individuelle Hospitation (ab Klassenstufe 8), möglichst unter Berücksichtigung individueller Wünsche, den betreffenden Einrichtungen bzw. Vereinen zu.

7.5 Der Besuch einer kulturellen Einrichtung im Rahmen der Hospitation und die Mitwirkung an einem Projekt in Kooperation von Schule und Verein wird mittels Zertifikat als besondere schulische Aktivität im Praktikumsheft nachgewiesen und im Verhaltenszeugnis vermerkt.

GEW

**Verordnung über die Laufbahnen der Beamtinnen und Beamten
des Schul- und Schulaufsichtsdienstes des Saarlandes
(Saarländische Lehrerlaufbahnverordnung – SLehrLVO)**

Vom 27. September 2011 (Amtsbl. I S. 312 [330]) –
zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 20. September 2023 (Amtsbl. I S. 836)

Abschnitt I

Allgemeines

§ 1

Geltungsbereich

Diese Verordnung gilt für die Beamtinnen und Beamten des Schul- und Schulaufsichtsdienstes im Saarland, soweit das Ministerium für Bildung und Kultur oberste Dienstbehörde ist, sowie für Lehrerinnen und Lehrer im Justizvollzugsdienst. Im Übrigen findet, soweit in dieser Verordnung nichts Abweichendes bestimmt ist, die Saarländische Laufbahnverordnung entsprechende Anwendung.

Abschnitt II

Laufbahnen des Schul- und Schulaufsichtsdienstes

1. Laufbahnbewerberinnen und Laufbahnbewerber des gehobenen Dienstes

§ 2

Lehrerlaufbahnen des gehobenen Dienstes

(1) Zu den Lehrerlaufbahnen des gehobenen Dienstes gehören:

1. die Laufbahn der Lehrerin oder des Lehrers für die Primarstufe und für die Sekundarstufe I (Klassenstufen 5 bis 9),
- 1a. die Laufbahn der Lehrerin oder des Lehrers für die Primarstufe,
2. die Laufbahn der Lehrerin oder des Lehrers an Hauptschulen und Gesamtschulen,
3. die Laufbahn der Lehrerin oder des Lehrers für Sonderpädagogik,
4. die Laufbahn der Lehrerin oder des Lehrers an Realschulen und Gesamtschulen,
5. die Laufbahn der Lehrerin oder des Lehrers für die Sekundarstufe I (Klassenstufen 5 bis 10),
6. die Laufbahn der Lehrerin oder des Lehrers mit Lehramtsbefähigung für Realschulen bei Verwendung an Gymnasien (Gymnasiallehrerin oder Gymnasiallehrer),
7. die Laufbahn der Fachlehrerin oder des Fachlehrers an Grundschulen,
8. die Laufbahn der Fachlehrerin oder des Fachlehrers für musisch-technische Fächer,
9. die Laufbahn der Fachlehrerin oder des Fachlehrers an Förderschulen,
10. die Laufbahn der Technischen Lehrerin oder des Technischen Lehrers und
11. die Laufbahn der Fachlehrerin oder des Fachlehrers mit abgeschlossener Ingenieur- oder Fachhochschulausbildung.

(2) Die Befähigung für eine Lehrerlaufbahn des gehobenen Dienstes wird durch die entsprechende Lehramtsbefähigung nachgewiesen. Der Erwerb der Lehramtsbefähigung richtet sich bei Bewerberinnen und Bewerbern für die in Absatz 1 Nummer 1 bis 5 genannten Laufbahnen nach den Vorschriften

des Saarländischen Lehrerinnen- und Lehrerbildungsgesetzes. Die Lehramtsbefähigung für die in Absatz 1 Nummer 10 genannte Laufbahn wird nach Ableistung eines Vorbereitungsdienstes durch Ablegung der entsprechenden Lehramtsprüfung erworben. Für die übrigen in Absatz 1 genannten Laufbahnen werden keine Bewerberinnen und Bewerber mehr ausgebildet.

§ 3

Vorbereitungsdienst

(1) Die Voraussetzungen für die Einstellung in den Vorbereitungsdienst für die in § 2 Absatz 1 Nummer 1 bis 5 genannten Lehrerlaufbahnen des gehobenen Dienstes richten sich, soweit entsprechende Ausbildungsgänge bestehen, nach den Vorschriften des Saarländischen Lehrerinnen- und Lehrerbildungsgesetzes. In den Vorbereitungsdienst für die in § 2 Absatz 1 Nummer 10 genannte Laufbahn kann eingestellt werden, wer

1. einen mittleren Bildungsabschluss oder einen entsprechenden Bildungsstand nachweist,

2. eine abgeschlossene Berufsausbildung in einer Fachrichtung nach näherer Bestimmung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung und einen mindestens dreisemestrigen Fachschulbesuch mit staatlicher oder staatlich anerkannter Abschlussprüfung oder eine abgeschlossene Berufsausbildung mit Meisterprüfung in einer Fachrichtung nach näherer Bestimmung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung oder eine vom Ministerium für Bildung und Kultur als gleichwertig anerkannte Ausbildung nachweist und
3. nach Abschluss der Ausbildung nach Nummer 2 mindestens zwei Jahre im Beruf tätig gewesen ist.

Nach näherer Bestimmung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung kann bei Bewerberinnen und Bewerbern für bestimmte Fachrichtungen von dem Erfordernis einer mindestens zweijährigen Berufstätigkeit nach Satz 2 Nummer 3 ganz oder teilweise abgesehen werden.

(2) Der Vorbereitungsdienst dauert 18 Monate.

(3) Zeiten einer beruflichen Tätigkeit nach Bestehen der Ersten Staatsprüfung, die für die Ausbildung förderlich sind, können nach näherer Bestimmung der Ausbildungs- und Prüfungsordnungen bis zu einem Jahr auf den Vorbereitungsdienst angerechnet werden. Bei Bewerberinnen und Bewerbern, die bereits die Befähigung für ein anderes Lehramt erworben haben und eine mindestens zweijährige Lehrertätigkeit nachweisen, kann diese Tätigkeit teilweise auf den Vorbereitungsdienst angerechnet werden; die Entscheidung trifft das Ministerium für Bildung und Kultur.

(4) Die §§ 22 und 23 der Saarländischen Laufbahnverordnung finden keine Anwendung.

§ 4

Verwendung bei der Schulaufsichtsbehörde

Einer Lehrerin oder einem Lehrer einer Laufbahn des gehobenen Dienstes kann das Amt „Rektorin bei der Schulaufsichtsbehörde“ oder „Rektor bei der Schulaufsichtsbehörde“ verliehen werden. Der Aufstieg von Lehrerinnen und Lehrern einer Laufbahn des gehobenen Dienstes in den Schulaufsichtsdienst richtet sich nach § 7 Absatz 2 bis 5.

2. Laufbahnbewerberinnen und Laufbahnbewerber des höheren Dienstes

§ 5

Lehrerlaufbahnen des höheren Dienstes

Zu den Lehrerlaufbahnen des höheren Dienstes gehören die Laufbahn für das Lehramt an Gymnasien und Gesamtschulen (Klassenstufen 5 bis 13), die Laufbahn für das Lehramt für die Sekundarstufe I und für die Sekundarstufe II (Gymnasien und Gemeinschaftsschulen) und die Laufbahn für das Lehramt an beruflichen Schulen. Die Befähigung für eine Lehrerlaufbahn des höheren Dienstes wird durch die entsprechende Lehramtsbefähigung nachgewiesen. Der Erwerb der Lehramtsbefähigung richtet sich nach den Vorschriften des Saarländischen Lehrerinnen- und Lehrerbildungsgesetzes. Der Vorbereitungsdienst dauert 18 Monate. Für die Laufbahn für das Lehramt an beruflichen Schulen kann die Ausbildungs- und Prüfungsordnung vorsehen, dass der Vorbereitungsdienst bis zu zwei Jahre dauert.

§ 3 Absatz 3 gilt entsprechend.

§ 6

Dienstzeit

Die Zeit einer Beurlaubung staatlicher Lehrerinnen und Lehrer zur Dienstleistung an Schulen im Ausland auf Grund der Vermittlung des Bundesverwaltungsamtes gilt bis zur Dauer von drei Jahren als Dienstzeit im Sinne des § 6 Absatz 1 der Saarländischen Laufbahnverordnung.

§ 7

Schulaufsichtsdienst

(1) Die Laufbahn des Schulaufsichtsdienstes ist bei der staatlichen Schulaufsichtsbehörde eingerichtet. Lehrerinnen und Lehrer mit der Befähigung für eine der in § 5 genannten Laufbahnen besitzen auch die Befähigung für die Laufbahn des Schulaufsichtsdienstes.

(2) Lehrerinnen und Lehrern der in § 2 Absatz 1 Nummer 1 bis 6 genannten Lehrerlaufbahnen des gehobenen Dienstes kann ein Amt des Schulaufsichtsdienstes im Wege des Aufstiegs übertragen werden, wenn sie

1. nach ihrer Persönlichkeit, ihren Fähigkeiten und bisherigen Leistungen für den Schulaufsichtsdienst geeignet erscheinen,
2. sich in einem Beförderungs- oder in dem in § 4 Satz 1 genannten Amt befinden,

3. nach Beendigung der Probezeit mindestens acht Jahre als Lehrkraft tätig waren, davon mindestens zwei Jahre in der Leitung einer Schule, bei der Schulaufsichtsbehörde oder in einer gleichwertigen Tätigkeit in der Lehrerbildung,
4. sich einer Eignungsprüfung nach Absatz 3 mit Erfolg unterzogen haben und
5. erfolgreich in die Aufgaben des Schulaufsichtsdienstes eingeführt wurden.

(3) Die Eignungsprüfung nach Absatz 2 Nummer 4 erfolgt durch eine vom Ministerium für Bildung und Kultur eingesetzte Kommission und besteht insbesondere aus:

1. der Beurteilung von mindestens zwei Unterrichtsstunden anderer Lehrkräfte und
2. einem mindestens einstündigen Prüfungsgespräch.

(4) Wer nach dem Ergebnis der Eignungsprüfung nach Absatz 3 für den Schulaufsichtsdienst geeignet erscheint, kann durch das Ministerium für Bildung und Kultur mit der kommissarischen Wahrnehmung der Aufgaben einer Schulaufsichtsbeamtin oder eines Schulaufsichtsbeamten beauftragt werden (Einführungszeit). Die Dauer der Einführungszeit beträgt mindestens sechs Monate.

(5) §§ 35 und 36 der Saarländischen Laufbahnverordnung finden keine Anwendung.

3. Lehramtsbefähigungen anderer Bundesländer

§ 7a

Erwerb der Laufbahnbefähigung

Im Falle der Anerkennung von in anderen Bundesländern erworbenen Lehramtsbefähigungen steht eine kürzere als die nach § 3 Absatz 2 oder nach § 5 Satz 4 oder 5 vorgesehene Dauer des Vorbereitungsdienstes dem Erwerb der entsprechenden Laufbahnbefähigung nicht entgegen.

Abschnitt III

Ausnahmen

§ 8

Zuständigkeiten

Das Ministerium für Inneres, Bauen und Sport und das Ministerium der Finanzen und für Wissenschaft können auf Vorschlag des Ministeriums für Bildung und Kultur für einzelne Fälle Ausnahmen von der Mindestdienstzeit für den Aufstieg (§ 7 Absatz 2 Nummer 3) zulassen, wenn ein besonderes dienstliches Bedürfnis vorliegt.

Abschnitt IV

Lehrerinnen und Lehrer im Justizvollzugsdienst

§ 9

Laufbahnwechsel

(1) Ein Amt als Lehrerin oder Lehrer im Justizvollzugsdienst kann Lehrerinnen oder Lehrern der in § 2 Absatz 1 Nummer 1 bis 3 genannten Lehrerlaufbahnen verliehen werden, wenn sie

1. nach Erwerb der Lehramtsbefähigung mindestens ein Jahr an einer Grundschule, Hauptschule, Sekundarschule, Erweiterten Realschule, Gesamtschule bis Klassenstufe 10 oder Förderschule und ein weiteres Jahr an einer Justizvollzugsanstalt tätig gewesen sind und
2. ihre Eignung als Lehrerin oder Lehrer im Justizvollzugsdienst durch eine Prüfung nachgewiesen haben.

(2) Die näheren Bestimmungen über die Prüfung trifft das Ministerium der Justiz.

Abschnitt V

Übergangs- und Schlussvorschriften

§ 10

Übergangsregelung

(1) Für Anwärtnerinnen und Anwärter, die ihren Vorbereitungsdienst für die Laufbahnen nach § 2 Absatz 1 Nummer 1, 2 und 4 vor dem 1. Februar 2012 begonnen haben, dauert der Vorbereitungsdienst abweichend von § 3 Absatz 2 zwei Jahre. Der Vorbereitungsdienst dauert 18 Monate, soweit die Erste Staatsprüfung gemäß der Verordnung über die Ausbildung und die Erste Staatsprüfung für die Lehrämter an öffentlichen Schulen im Saarland vom 18. März 2008 (Amtsbl. S. 548), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 27. Juli 2011 (Amtsbl. I S. 270), in der jeweils geltenden Fassung abgelegt

wurde oder wenn die Erste Staatsprüfung oder eine für die Einstellung in den Vorbereitungsdienst vorgeschriebene Lehr-
amtsprüfung in einem anderen Bundesland abgelegt wurde, in dem der auf diese Prüfung folgende Vorbereitungsdienst
nicht länger als 18 Monate dauert.

(2) Für Referendarinnen und Referendare, die ihren Vorbereitungsdienst für die Laufbahnen nach § 5 vor dem 1. Februar
2013 beginnen, dauert der Vorbereitungsdienst abweichend von § 5 Satz 4 zwei Jahre.

§ 11

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

(1) Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(2) Die Zweite besondere Saarländische Laufbahnverordnung vom 6. Januar 1983 (Amtsbl. S. 36), zuletzt geändert durch
die Verordnung vom 13. Juli 2009 (Amtsbl. S. 1174), tritt mit Inkrafttreten dieser Verordnung außer Kraft.

GEW

**Erlass zur Leistungsbewertung
in den Schulen des Saarlandes**
Vom 09. Juli 2024 (Amtsbl. I S. 506)

Inhalt**Vorbemerkung****1 Grundsätze der Leistungsbewertung****2 Grundschule / Förderschule im Primarbereich**

2.1 Große Leistungsnachweise (GLN)

2.1.1 Schriftliche Arbeit

2.1.2 Medien- und materialgestützte Arbeit

2.1.3 Portfolio

2.1.4 Praktische Arbeit

2.1.5 Referat

2.1.6 Wettbewerb

2.2 Sonstige Leistungen (SL)

2.2.1 Mitarbeit

2.2.2 Weitere Leistungen aus dem Unterricht

2.2.3 Kleine Leistungsnachweise

2.3 Übersicht über die zu erbringenden Leistungen in der Grundschule und im Primarbereich der Förderschule

2.3.1 Leistungen im Fach Deutsch

2.3.2 Leistungen im Fach Mathematik

2.3.3 Leistungen im Fach Sachunterricht

2.3.4 Leistungen in den Fächern Bildende Kunst, Musik, Religion und Sport

2.3.5 Zeitlicher Orientierungsrahmen

2.4 Bestimmungen zum Verfahren und zur Leistungsrückmeldung

2.4.1 Ankündigung, Häufigkeit und Versäumnis

2.4.2 Bewertung, Rückmeldung und Dokumentation großer Leistungsnachweise

2.4.3 Vorlage bei der Schulleitung

2.4.4 Bewertung, Rückmeldung und Dokumentation der sonstigen Leistungen (SL)

2.4.5 Zeugnisnoten

2.4.6 Leistungsbewertung bei angepasstem Anforderungsniveau in Grund- und Förderschulen im Primarbereich

2.4.7 Sonstige Regelungen im Hinblick auf die besondere pädagogische Förderung

3 Gemeinschaftsschule, Gymnasium und Förderschule im Sekundarbereich

3.1 Große Leistungsnachweise (GLN)

3.1.1 Große Leistungsnachweise in schriftlichen Fächern

3.1.2 Große Leistungsnachweise in nicht schriftlichen Fächern

3.2 Sonstige Leistungen (SL)

3.2.1 Mitarbeit

3.2.2 Weitere Leistungen aus dem Unterricht

3.2.3 Kleine Leistungsnachweise

3.3 Übersicht über die zu erbringenden Leistungen

3.3.1 Leistungen in den schriftlichen Fächern für die Klassenstufen 5 bis 10 an Gemeinschaftsschulen / Förderschulen im Sekundarbereich

3.3.2 Leistungen in den nicht schriftlichen Fächern für die Klassenstufen 5 bis 10 an Gemeinschaftsschulen / Förderschulen im Sekundarbereich

3.3.3 Leistungen in den schriftlichen Fächern für die Klassenstufen 5 bis 10 an Gymnasien

3.3.4 Leistungen in den nicht schriftlichen Fächern für die Klassenstufen 5 bis 10 an Gymnasien

3.4 Bestimmungen zum Verfahren und zur Leistungsrückmeldung

3.4.1 Ankündigung, Häufigkeit und Versäumnis

3.4.2 Bewertung, Rückmeldung und Dokumentation von großen Leistungsnachweisen

3.4.3 Vorlage bei der Schulleitung

- 3.4.4 Bewertung, Rückmeldung und Dokumentation der sonstigen Leistungen (SL)
- 3.4.5 Zeugnisnoten
- 3.4.6 Leistungsbewertung bei angepasstem Anforderungsniveau in der Gemeinschaftsschule und Förderschule im Sekundarbereich
- 3.4.7 Sonstige Regelungen im Hinblick auf die besondere pädagogische Förderung an Gemeinschaftsschulen, Gymnasien und Förderschulen im Sekundarbereich

4 Berufliche Schulen

- 4.1 Große Leistungsnachweise (GLN)
 - 4.1.1 Formen großer Leistungsnachweise
 - 4.1.2 Leistungsnachweise im Sportunterricht
- 4.2 Sonstige Leistungen (SL)
 - 4.2.1 Mitarbeit
 - 4.2.2 Weitere Leistungen aus dem Unterricht
 - 4.2.3 Kleine Leistungsnachweise
- 4.3 Übersicht über die zu erbringenden Leistungen
- 4.4 Bestimmungen zum Verfahren und zur Leistungsrückmeldung
 - 4.4.1 Ankündigung, Häufigkeit und Versäumnis
 - 4.4.2 Bewertung, Rückmeldung und Dokumentation großer Leistungsnachweise
 - 4.4.3 Vorlage bei der Schulleitung
 - 4.4.4 Bewertung, Rückmeldung und Dokumentation der sonstigen Leistungen (SL)
 - 4.4.5 Zeugnisnoten
 - 4.4.6 Sonstige Regelungen im Hinblick auf die besondere pädagogische Förderung

5 Inkrafttreten; Außerkrafttreten; Anwendung

Vorbemerkung

In diesem Erlass wird die Leistungsbewertung für alle Formen der allgemeinbildenden Schulen und der beruflichen Schulen des Saarlandes geregelt. Ausgenommen sind die gymnasiale Oberstufe im Saarland, die Europäische Schule Saarland sowie die Fachschule für Technik, die Fachschule für Hauswirtschaftsmeisterinnen/Hauswirtschaftsmeister, die Fachschule für das Hotel- und Gaststättengewerbe, die Akademie für Betriebs- und Unternehmensführung und die Höheren Berufsfachschulen. In diesem Erlass werden die Grundsätze zur Ermittlung, Rückmeldung und Dokumentation des Lern- und Leistungsstandes der Schülerinnen und Schüler festgelegt. Den Lernenden soll ermöglicht werden, den eigenen Lern- und Leistungsstand zu überprüfen und zu reflektieren, sich daran zu messen und die eigenen Kompetenzen weiter zu entwickeln. In ihren individuellen Lernprozessen werden die Lernenden von den sie unterrichtenden Lehrkräften angeleitet, unterstützt und begleitet. Der Erlass beinhaltet Vorgaben zu Anzahl und möglichen Formen der Leistungsnachweise und enthält Bestimmungen zum Verfahren sowie zur Leistungsrückmeldung.

1. Grundsätze der Leistungsbewertung

Lernen ist einerseits ein selbstgesteuerter und individueller, andererseits ein professionell begleiteter und sozialer Prozess, der durch die Kommunikation mit anderen gestaltet wird. Die Qualität des Lehr- und Lernprozesses hat maßgeblichen Einfluss auf den Kompetenzerwerb von Schülerinnen und Schülern. Leistungsbeurteilung ist ein integraler Bestandteil dieses Prozesses; sie dient der Gestaltung des Lehrens und Lernens sowie der Kommunikation darüber. Leistungsbewertung ist ein Teilbereich der Leistungsbeurteilung; Leistungsbewertung erwächst dabei aus einem integrierenden Verständnis von Lehren und Lernen, Beurteilen und Beraten.

Auf der Grundlage der Inklusionsverordnung vom 3. August 2015 (Amtsbl. I S. 540; 2016 I S. 217), zuletzt geändert durch Artikel 259 des Gesetzes vom 8. Dezember 2021 (Amtsbl. I S. 2629), in der jeweils geltenden Fassung, (im Folgenden: InkVO) wird in diesem Erlass die individualisierte Bildung und Erziehung aller Schülerinnen und Schüler als grundlegendes Prinzip berücksichtigt.

Der Leistungsbewertung kommt eine wesentliche Bedeutung im Zusammenhang mit der Absicherung von Abschlüssen und der Gewährleistung von Anschlussfähigkeit innerhalb von Schule, Hochschule oder Berufswelt zu. Die zu sichernde Anschlussfähigkeit wird anhand des Überprüfens von Kompetenzen prognostiziert. Art und Form der eingeforderten Leistungsnachweise müssen daher für die individuellen Ziele der Lernenden und für das Erreichen des angestrebten Bildungsabschlusses relevant sein. Zeugnisnoten als Ergebnis einer wertenden fachlich-pädagogischen Gesamtbeurteilung werden auf der Grundlage von Leistungsbewertung erteilt.

Leistungsbewertung ist produkt- und prozessbezogen; als Ergebnis fachlich-pädagogischer Überlegungen erfasst Leistungsbewertung über punktuelle Leistungen hinaus den gesamten Lernprozess und Lernfortschritt der einzelnen Schülerinnen und Schüler. Dabei schließt die gezielte und kontinuierliche Lern- und Entwicklungsbeobachtung eine angemessene Dokumentation und Rückmeldung an die Lernenden ein.

Der Unterricht ist so zu gestalten, dass die Schülerinnen und Schüler im Rahmen einer individuellen Lern- und Entwicklungsbegleitung gefördert und befähigt werden, die geforderten Kompetenzen zu erwerben und diese Kompetenzen durch ihre Leistungen nachzuweisen. Im Sinne einer stärkenorientierten Überprüfung von Kompetenzen finden unterschiedliche Formen von Leistungsnachweisen Anwendung. In diesem Zusammenhang ermöglicht das Format der medien- und materialgestützten Arbeit auch das Einbeziehen digitaler Werkzeuge in die Leistungserbringung.

Die Gesamtleistung der einzelnen Schülerin oder des einzelnen Schülers umfasst neben Leistungen im Rahmen großer Leistungsnachweise (GLN) wie schriftliche Arbeiten eine Reihe von sonstigen Leistungen (SL) mit Bezug zu den individuellen Lern- und Arbeitsprozessen der Schülerinnen und Schüler, welche grundsätzlich aus dem Unterricht sowie aus dessen Vor- und Nachbereitung erwachsen. Die sonstigen Leistungen schließen insbesondere die Beiträge zu Unterrichtsgesprächen und kollaborativen Arbeitsformen ein, darüber hinaus aber beispielsweise auch kurze Lernerfolgskontrollen, schriftliche Ausarbeitungen, Präsentationen, digitale beziehungsweise analoge Lernprodukte, anwendungsbezogene Leistungen, Heft- und Ordnerführung oder in kleinen Leistungsnachweisen erbrachte Leistungen. Über sachlich-inhaltliche Bereiche hinaus sind die Lern- und Leistungsentwicklung, das Arbeitsverhalten sowie das Sozialverhalten als Teil schulischer Leistung zu würdigen.

Leistungsbewertung dient der Überprüfung des Kompetenzerwerbs, informiert über erbrachte Leistungen, kann diagnostisch verwendet werden und einen prognostischen Ausblick in Bezug auf die individuellen Lernprozesse der Schülerinnen und Schüler geben. Leistungsbewertung ist eine der wesentlichen Grundlagen für die kontinuierliche individuelle Förderung sowie für Beratungen von Schülerinnen und Schülern, Erziehungsberechtigten und Ausbildungsbetrieben über den Leistungsstand und die Lernentwicklung.

Leistungsbewertung soll objektiv, angemessen und verlässlich, valide, transparent und damit nachvollziehbar sein. Vor Erbringung einer Leistung sind den Schülerinnen und Schülern die Bewertungskriterien bekannt; dies ist durch den regelmäßigen Austausch zwischen Lehrkraft und Lernenden zu Aspekten der zu überprüfenden Kompetenzen und zu Formen der Leistungsbewertung zu gewährleisten.

Leistungsbewertung ist Teil einer wertschätzenden Leistungsbeurteilung und soll den Schülerinnen und Schülern eine ermutigende Perspektive für die weitere Lernentwicklung eröffnen, ihr Vertrauen in die eigene Leistungsfähigkeit stärken sowie ihre Lernbereitschaft und individuelle Lernanstrengung würdigen. In diesem Sinne soll der konstruktive Umgang mit Fehlern im Lernprozess den Lernenden Chancen bieten, den individuellen Lernerfolg zu reflektieren und zu steigern.

Die Leistungsbewertung erfolgt in pädagogischer Verantwortung der Lehrkräfte unter Berücksichtigung der Zuständigkeiten der schulischen Gremien und der Schulleitung.

2. Grundschule / Förderschule im Primarbereich

Von allen Schülerinnen und Schülern sind Leistungen im Unterricht und im Rahmen von Leistungsnachweisen zu erbringen. Es werden unterschieden:

- Große Leistungsnachweise (GLN)
- Sonstige Leistungen (SL)

Die sonstigen Leistungen (SL) werden im Rahmen der lernprozessbezogenen Leistungsbewertung unter Einbezug der Leistungen aus dem Unterricht (einschließlich der Mitarbeit) und, sofern gefordert, kleiner Leistungsnachweise erfasst.

Es ist sicherzustellen, dass eine zu bewertende Leistung grundsätzlich eigenständig erbracht wird sowie die erbrachte Leistung eindeutig der einzelnen Schülerin oder dem einzelnen Schüler zugeordnet werden kann. Dies gilt auch und gerade vor dem Hintergrund der Verfügbarkeit beziehungsweise des Einsatzes digitaler Hilfsmittel. Bei nicht unter Aufsicht erbrachten Leistungen (beispielsweise im Falle häuslicher Arbeit) ist sicherzustellen (beispielsweise durch eine kritische Reflexion im Rahmen eines Unterrichtsgesprächs), dass die Arbeit der Schülerin oder dem Schüler als eigenständige Leistung zugeordnet werden kann.

2.1 Große Leistungsnachweise (GLN)

Große Leistungsnachweise werden nur in den Fächern Deutsch, Mathematik und Sachunterricht nach Maßgabe der nachfolgenden Regelungen erbracht.

Sie sind grundsätzlich ankündigungspflichtig und beziehen sich auf eine überschaubare, in sich zusammenhängende Unterrichtseinheit. Sie werden für ganze Klassen, Teile einer Klasse beziehungsweise einer Klassenstufe oder auch einzelne Schülerinnen und Schüler konzipiert und sind grundsätzlich während der Unterrichtszeit zu erbringen, jedoch nicht zwingend für jede Schülerin oder jeden Schüler zum gleichen Zeitpunkt. Ein großer Leistungsnachweis ist so konzipiert, dass die vorgesehene Zeit für die Schülerinnen und Schüler angemessen ist.

Für die Klassenstufe 4 liegen für die Fächer Deutsch und Mathematik Bildungsstandards vor. Diesen entsprechend sollen große Leistungsnachweise in dieser Klassenstufe alle Verständnisebenen umfassen und Leistungen von der Reproduktion bis zum Transfer und zum Problemlösen, d. h. in den Anforderungsbereichen I, II und III, ermöglichen.

Auf der Grundlage fachspezifischer Kompetenzen lassen sich die Anforderungsbereiche in der Klassenstufe 4 folgendermaßen beschreiben:

- Anforderungsbereich I: Kennen und Wiedergeben; vor allem werden Reproduktionsleistungen gefordert
- Anforderungsbereich II: Anordnen, Zusammenhänge herstellen, Verarbeiten, Übertragen, Erklären; vor allem werden Organisations- und Transferleistungen gefordert
- Anforderungsbereich III: Verarbeiten komplexerer Sachverhalte, Verallgemeinern, Begründen, Folgern, Reflektieren und Gestalten; vor allem werden Leistungen der Urteilsfindung und des Entwickelns eigener Strategien gefordert

In einem großen Leistungsnachweis werden in Klassenstufe 4 grundsätzlich Leistungen aller drei Anforderungsbereiche gefordert; große Leistungsnachweise sind grundsätzlich in Umfang und Anforderungsniveau gleichwertig.

Große Leistungsnachweise können – mit Ausnahme der schriftlichen Arbeit und des schriftlichen Beitrags – als Einzel-, Paar- oder Gruppenprüfungen gestaltet werden; auch bei Paar- oder Gruppenprüfungen wird die Einzelleistung bewertet. Zum Erbringen großer Leistungsnachweise sind je nach Aufgabenstellung fachliche und überfachliche Kompetenzen (Personal-, Sozial- und Methodenkompetenz) erforderlich.

Die Anzahl der großen Leistungsnachweise in einem Fach soll grundsätzlich für alle Schülerinnen und Schüler einer Klasse gleich sein. Die jeweilige Form kann von Schülerin oder Schüler zu Schülerin oder Schüler variieren. Der Lehrkraft obliegt

die Entscheidung über die jeweilige Form des Leistungsnachweises; die Schülerinnen und Schüler sind ihrem Alter entsprechend in die Entscheidung einzubeziehen. Grundsätzlich erfolgt hinsichtlich bewerteter Leistungen eine Rückmeldung in geeigneter Form; die Kompetenz zur Selbsteinschätzung ist bei den Schülerinnen und Schülern anzubahnen und zu entwickeln. Im Rahmen der besonderen pädagogischen Förderung einer Schülerin oder eines Schülers kann entsprechend den Festlegungen im Förderplan von der Mindestanzahl abgewichen werden.

Die nachfolgende Aufzählung kann um weitere Formen großer Leistungsnachweise ergänzt werden, die in Umfang und Anforderungsniveau den nachfolgend aufgeführten Formen großer Leistungsnachweise gleichwertig sind.

2.1.1 Schriftliche Arbeit

Schriftliche Arbeiten werden erst ab der Klassenstufe 2 und nur in den Fächern Deutsch und Mathematik geschrieben (siehe Nummer 2.3).

Eine schriftliche Arbeit ist eine unter Aufsicht durchgeführte Einzelprüfung, deren Aufgabenstellung den Schülerinnen und Schülern schriftlich vorliegt. Eine schriftliche Arbeit ist so konzipiert, dass die vorgesehene Zeit für die Schülerinnen und Schüler angemessen ist. Angesichts des Entwicklungsstandes der Schülerinnen und Schüler sollen große Leistungsnachweise in der Schuleingangsphase grundsätzlich die Zeitdauer von 15 bis 30 Minuten und in den Klassenstufen 3 und 4 30 bis 45 Minuten nicht überschreiten.

In den Grundschulen kann in Parallelklassen in jedem Schuljahr pro Fach eine schriftliche Arbeit klassenübergreifend als Vergleichsarbeit, die nach denselben Anforderungen geschrieben und nach denselben Kriterien bewertet wird, durchgeführt werden. Nach Maßgabe der Schulaufsichtsbehörde kann eine schriftliche Arbeit als schulübergreifende Vergleichsarbeit durchgeführt werden.

2.1.2 Medien- und materialgestützte Arbeit

Eine medien- und materialgestützte Arbeit ist eine unter Aufsicht durchgeführte Einzelprüfung, deren Aufgabenstellung den Schülerinnen und Schülern vorliegt. Die medien- und materialgestützte Arbeit fordert ganz oder teilweise Leistungen in schriftlicher Form. Die Aufgabenstellung ist hinsichtlich Umfang und Anforderungsniveau derart zu konzipieren, dass die gegebenen Medien und Materialien beziehungsweise Werkzeuge zielführend zu ihrer Bewältigung einzusetzen sind.

Medien und Materialien beziehungsweise Werkzeuge und Hilfsmittel können beispielsweise analoge oder digitale Nachschlagewerke, eigene Aufzeichnungen der Schülerinnen und Schüler, Schulbücher, digitale Geräte mit Internetzugang, Programme zur Textverarbeitung, Zeichensoftware oder KI-basierte Anwendungen sein. Der Lehrkraft obliegt die Entscheidung über die für die Anfertigung der Arbeit zulässigen Medien, Materialien oder Werkzeuge und Hilfsmittel; an dieser Entscheidung sind die Schülerinnen und Schüler ihrem Alter entsprechend zu beteiligen.

2.1.3 Portfolio

Ein Portfolio ist eine weitgehend selbstständig erstellte schriftliche Dokumentation, die alle wesentlichen Inhalte, Lernwege und Arbeitsprozesse in einem bestimmten Fach zu einem vereinbarten Thema umfasst. Zuvor ist ein Zeitrahmen, innerhalb dessen diese schriftliche Dokumentation erstellt wird, festzulegen. Vorgaben zum Umfang sind möglich.

2.1.4 Praktische Arbeit

Eine praktische Arbeit umfasst die praktische Umsetzung fachspezifischer Aufgabenformate. Produkt der praktischen Arbeit kann beispielsweise ein zwei- oder dreidimensionales Modell, ein handwerkliches Objekt, eine bildnerische Darstellung oder eine künstlerische Darbietung sein. Bei der Leistungsbewertung können der Einsatz vorgegebener Materialien und Medien, die produktive Verarbeitung bereits erworbener Kenntnisse, individuelle Lösungswege und Ergebnisse sowie Planung, Gestaltung und Präsentation der Arbeit, deren Ausarbeitung und gegebenenfalls auch schriftliche Dokumentationen von Bedeutung sein.

2.1.5 Referat

Ein Referat umfasst die schriftliche Ausarbeitung eines vorgegebenen Themas und eine Präsentation in einer festgelegten Zeitspanne, der sich ein Unterrichtsgespräch anschließen kann.

2.1.6 Wettbewerb

Die Lernleistung im Rahmen eines Wettbewerbes muss mit schulischen Lerninhalten in Zusammenhang stehen und den Leistungserwartungen der jeweiligen Klassenstufe entsprechen. Die Wettbewerbsleistung wird durch ein Fachgespräch ergänzt. Die einzelne Wettbewerbsleistung darf nur einmalig und nur in einem Unterrichtsfach eingebracht werden.

2.2 Sonstige Leistungen (SL)

Im Sinne einer lernprozessbezogenen Leistungsbewertung umfassen die sonstigen Leistungen (SL) die Mitarbeit, weitere Leistungen aus dem Unterricht sowie, sofern gefordert, kleine Leistungsnachweise.

Die lernprozessbezogene Leistungsbewertung erwächst aus dem Wechselspiel von Lehren und Lernen sowie Beurteilen und Beraten im Rahmen des Unterrichts. Sie dient der Rückmeldung zur Lernentwicklung hinsichtlich im Unterricht aufzubauender Kompetenzen sowie hinsichtlich im Unterricht behandelter und zu sichernder Themen und Lerngegenstände. Im Rahmen der lernprozessbezogenen Leistungsbewertung sind über die Mitarbeit hinaus weitere Aspekte des Arbeitsverhaltens wie beispielsweise Zuverlässigkeit, Zielgerichtetheit, Sorgfalt, Ausdauer und Selbstständigkeit zu berücksichtigen.

Um die Leistungsbeurteilung im Sinne einer den Lernprozess widerspiegelnden, kompetenzentwicklungsorientierten Bewertung zu nutzen, erfolgt unter Einbezug der Mitarbeit und weiterer Leistungen aus dem Unterricht eine umfassende Gesamtbewertung zur Beschreibung des Lernfortschritts; werden kleine Leistungsnachweise durchgeführt, sind deren Ergebnisse einzubeziehen. In jedem Schulhalbjahr und in jedem Fach wird diese Gesamtbewertung in Form einer Gesamtnote für die sonstigen Leistungen (SL) festgehalten und bei der Ermittlung der Zeugnisnote berücksichtigt (siehe Nummer 2.4.5). Die Gesamtnote für die sonstigen Leistungen (SL) ist den Schülerinnen und Schülern in jedem Schulhalbjahr mitzuteilen; zur Lernentwicklung der einzelnen Schülerinnen und Schüler soll, gegebenenfalls im Unterricht, Rückmeldung gegeben werden (siehe Nummer 2.4.4).

2.2.1 Mitarbeit

Bei der Bewertung der Mitarbeit wird die aktive Beteiligung am Unterricht einschließlich der erbrachten Beiträge berücksichtigt. Dabei ist insbesondere die inhaltliche Qualität der Beteiligung maßgeblich. Über Beiträge im Unterrichtsgespräch der gesamten Lerngruppe hinaus ist auch die aktive Beteiligung an Unterrichtsprozessen in weiteren Lern- und Sozialformen wie beispielsweise Paar- oder Gruppenarbeit zu berücksichtigen; auch bei diesen Lern- und Sozialformen ist die Qualität der Einzelleistung maßgeblich.

Die Bewertung der Mitarbeit bezieht sich auf einzelne Unterrichtsthemen in den einzelnen Unterrichtsfächern. Im Rahmen der sonstigen Leistungen wird die Leistung in der Mitarbeit in geeigneter Weise dokumentiert und den Schülerinnen und Schülern in regelmäßigen Abständen mit Begründung rückgemeldet.

2.2.2 Weitere Leistungen aus dem Unterricht

Neben der Mitarbeit werden im Rahmen der lernprozessbezogenen Leistungsbewertung vielfältige Leistungen einbezogen, insbesondere Unterrichtsaktivitäten und Unterrichtsergebnisse wie mündliche, schriftliche und praktische Bearbeitungen von Aufgaben, Kurzvorträge und Präsentationen, Dokumentationen von Lern- und Arbeitsprozessen, Sammlungen, Auswertungen und Aufbereitungen von Informationen, Rechercheergebnisse, Erstellen medialer (beispielsweise digitaler) Produkte, szenische Darstellungen oder projektbezogenes Arbeiten.

Solche Leistungen stellen einen integralen Bestandteil der im Unterricht angelegten Lernprozesse dar und erwachsen beispielsweise aus Phasen der Ergebnissicherung, der Lernerfolgskontrolle, der Erkundung oder der Anwendung. Das Erfassen und Beurteilen dieser Leistungen bedarf keiner gesonderten Ausweisung als separater Leistungsnachweis oder separate Phase der Leistungserbringung; die Kriterien solcher Leistungen sind den Schülerinnen und Schülern bekannt, eine Rückmeldung erfolgt in der Regel unmittelbar im Unterricht.

Form und Anzahl der Leistungen aus dem Unterricht, welche für die individuelle und kriterienorientierte lernprozessbezogene Leistungsbewertung berücksichtigt werden, können von Schülerin oder Schüler zu Schülerin oder Schüler variieren.

2.2.3 Leistungsnachweise

Kleine Leistungsnachweise können in allen Fächern erbracht werden. Sie unterscheiden sich in Umfang und Anforderungsniveau von den großen Leistungsnachweisen. Sie sind nicht ankündigungspflichtig und beziehen sich auf einzelne Inhalte einer überschaubaren, in sich zusammenhängenden Unterrichtseinheit. Zum Erbringen kleiner Leistungsnachweise sind je nach Aufgabenstellung fachliche und überfachliche Kompetenzen (Personal-, Sozial- und Methodenkompetenz) erforderlich.

Die Form kleiner Leistungsnachweise kann von Schülerin oder Schüler zu Schülerin oder Schüler variieren. Zudem kann im Rahmen der besonderen pädagogischen Förderung einer Schülerin oder eines Schülers die Anzahl der kleinen Leistungsnachweise im Förderplan festgelegt werden. Die Entscheidung über die Anzahl kleiner Leistungsnachweise in einem Schuljahr erfolgt fachbezogen und in pädagogischer Verantwortung der Lehrkräfte unter Berücksichtigung der Zuständigkeiten der schulischen Gremien und der Schulleitung.

Die unter Nummern 2.1.1 bis 2.1.6 aufgeführten Formen der großen Leistungsnachweise können in Umfang und Anforderungsniveau angemessen reduziert auch als kleine Leistungsnachweise durchgeführt werden. Zur Leistungsüberprüfung im Sinne einer den Lernprozess widerspiegelnden, kompetenzentwicklungsorientierten Bewertung eignen sich darüber hinaus unterschiedliche in Umfang und Anforderungsniveau entsprechend ausgestaltete Formen der Leistungsüberprüfung wie beispielsweise ein Produkt aus einer praktischen Übung, der schriftliche Beitrag, das Lerntagebuch zur Dokumentation von Lerninhalten und Unterrichtsaufgaben, die Präsentation zu einem vorgegebenen Thema, ein Experiment, der Wochenplan mit differenzierten Aufgabenstellungen oder ein digitales Produkt (zum Beispiel Erklärvideo oder Podcast).

Kleine Leistungsnachweise können als Einzel-, Paar- oder Gruppenprüfungen konzipiert sein; auch bei Paar- oder Gruppenprüfungen wird die Einzelleistung bewertet.

2.3 Übersicht über die zu erbringenden Leistungen in der Grundschule und im Primarbereich der Förderschule

2.3.1 Leistungen im Fach Deutsch

Zu erbringende Leistungen und Anzahl der Leistungsnachweise im Fach Deutsch der Grundschule / Förderschule im Primarbereich pro Schuljahr			
Klassenstufe 1	Klassenstufe 2	Klassenstufe 3	Klassenstufe 4
Lernprozessbezogene Beurteilung verbal	2 GLN insgesamt aus dem Bereich Lesen und Zuhören (einer pro Halbjahr)	2 GLN aus dem Bereich Lesen und Zuhören (einer pro Halbjahr)	2 GLN aus dem Bereich Lesen und Zuhören (einer pro Halbjahr)
	2 GLN aus dem Bereich Rechtschreibung (einer pro Halbjahr)	2 GLN aus dem Bereich Rechtschreibung und Grammatik (einer pro Halbjahr)	2 GLN aus dem Bereich Rechtschreibung und Grammatik (einer pro Halbjahr)
		2 GLN aus dem Bereich Texte verfassen (einer pro Halbjahr)	2 GLN aus dem Bereich Texte verfassen ³⁾ (einer pro Halbjahr)
	Sonstige Leistungen (SL) im Rahmen der lernprozessbezogenen Leistungsbewertung: in jedem Halbjahr mindestens zweimal Bewertung der SL einschließlich Mitarbeit und weiterer Leistungen aus dem Unterricht sowie, sofern gefordert, kleiner Leistungsnachweise ⇒ auf dieser Grundlage eine lernprozessbezogene Gesamtnote pro Halbjahr		
Maßnahmen, welche die besondere pädagogische Förderung betreffen, können im Rahmen der Förderplanung festgelegt werden (§ 2 InkVO).			
Maßnahmen des Nachteilsausgleichs erfolgen gemäß §§ 14 – 16 InkVO.			

2.3.2 Leistungen im Fach Mathematik

Zu erbringende Leistungen und Anzahl der Leistungsnachweise im Fach Mathematik der Grund- schule / För- derschule im Primarbereich pro Schuljahr			
Klassenstufe 1	Klassenstufe 2	Klassenstufe 3	Klassenstufe 4
Lernprozessbezogene Beurteilung verbal	4 GLN (2 pro Halbjahr)	4 GLN (2 pro Halbjahr)	4 GLN (2 pro Halbjahr)
	Sonstige Leistungen (SL) im Rahmen der lernprozessbezogenen Leistungsbewer- tung: in jedem Halbjahr mindestens zweimal Bewertung der SL einschließlich Mitarbeit und weiterer Leistungen aus dem Unterricht sowie, sofern gefordert, kleiner Lei- stungsnachweise ⇒ auf dieser Grundlage eine lernprozessbezogene Gesamtnote pro Halbjahr		
Maßnahmen, welche die besondere pädagogische Förderung betreffen, können im Rahmen der Förderplanung festgelegt werden (§ 2 InkVO).			
Maßnahmen des Nachteilsausgleichs erfolgen gemäß §§ 14 – 16 InkVO.			

2.3.3 Leistungen im Fach Sachunterricht

Zu erbringende Leistungen und Anzahl der Leistungsnachweise im Fach Sachunterricht der Grund- schule / Förderschule im Primarbereich pro Schuljahr			
Klassenstufe 1	Klassenstufe 2	Klassenstufe 3	Klassenstufe 4
Lernprozessbezogene Beurteilung verbal	2 GLN (einer pro Halbjahr)	2 GLN (einer pro Halbjahr)	2 GLN (einer pro Halbjahr)
	Sonstige Leistungen (SL) im Rahmen der lernprozessbezogenen Leistungsbewer- tung: in jedem Halbjahr mindestens zweimal Bewertung der SL einschließlich Mitarbeit und weiterer Leistungen aus dem Unterricht sowie, sofern gefordert, kleiner Lei- stungsnachweise ⇒ auf dieser Grundlage eine lernprozessbezogene Gesamtnote pro Halbjahr		
Maßnahmen, welche die besondere pädagogische Förderung betreffen, können im Rahmen der Förderplanung festgelegt werden (§ 2 InkVO).			
Maßnahmen des Nachteilsausgleichs erfolgen gemäß §§ 14 – 16 InkVO.			

2.3.4 Leistungen in den Fächern Bildende Kunst, Musik, Religion und Sport

Zu erbringende Leistungen und Anzahl der Leistungsnachweise in den Fächern Bildende Kunst, Musik, Religion und Sport der Grundschule / Förderschule im Primarbereich pro Schuljahr			
Klassenstufe 1	Klassenstufe 2	Klassenstufe 3	Klassenstufe 4
Lernprozessbezogene Beurteilung verbal	Sonstige Leistungen (SL) im Rahmen der lernprozessbezogenen Leistungsbewertung: in jedem Halbjahr mindestens zweimal Bewertung der SL einschließlich Mitarbeit und weiterer Leistungen aus dem Unterricht sowie, sofern gefordert, kleiner Leistungsnachweise ⇒ auf dieser Grundlage eine lernprozessbezogene Gesamtnote pro Halbjahr		
Maßnahmen, welche die besondere pädagogische Förderung betreffen, können im Rahmen der Förderplanung festgelegt werden (§ 2 InkVO).			
Maßnahmen des Nachteilsausgleichs erfolgen gemäß §§ 14 – 16 InkVO.			

2.3.5 Zeitlicher Orientierungsrahmen

Klassenstufen	Zeitlicher Orientierungsrahmen der Leistungsnachweise nach Klassenstufen	
	Kleiner Leistungsnachweis	Großer Leistungsnachweis
1	etwa 15 min	—
2	etwa 15 min	etwa 15 – 30 min
3	etwa 30 min	etwa 30 – 45 min
4	etwa 30 min	etwa 30 – 45 min

Die abgebildeten Zeiten stellen Richtwerte dar, von denen aus pädagogischen Gründen für einzelne Schülerinnen und Schüler abgewichen werden kann. Spätestens bis zum Übergang in die Klassenstufe 4 soll eine hinreichende Annäherung der von den einzelnen Schülerinnen und Schülern tatsächlich für die Leistungserbringung benötigten Zeit an die vorgegebenen Richtwerte erfolgt sein.

2.4 Bestimmungen zum Verfahren und zur Leistungsrückmeldung

2.4.1 Ankündigung, Häufigkeit und Versäumnis

Große Leistungsnachweise sind grundsätzlich ankündigungspflichtig. Auf eine Ankündigung kann im Einzelfall und im Einvernehmen mit der Schulleiterin oder dem Schulleiter verzichtet werden. Die Termine für die Anfertigung, Abgabe beziehungsweise Präsentation großer Leistungsnachweise werden den Schülerinnen und Schülern vorbehaltlich des Satzes 2 jeweils spätestens sieben Kalendertage zuvor bekannt gegeben. Erbringen die einzelnen Schülerinnen und Schüler Leistungen aus großen Leistungsnachweisen zu unterschiedlichen Zeitpunkten innerhalb eines mehrtägigen Zeitraums, sind Beginn und Dauer des Zeitraums für die Leistungserbringung spätestens sieben Kalendertage vor Beginn des Zeitraums bekannt zu geben. Abweichungen von diesen Ankündigungsfristen sind auf Beschluss der Schulkonferenz im Rahmen des pädagogischen Konzeptes der Schule möglich.

Die Termine für große Leistungsnachweise sind gleichmäßig über das Schuljahr zu verteilen. Durch eine abgestimmte Zeitplanung ist eine Häufung von Leistungsnachweisen insbesondere vor den Zeugniskonferenzen zu vermeiden.

Die Anfertigung eines großen Leistungsnachweises in einem Fach darf frühestens eine Unterrichtswoche nach der Leistungsrückmeldung zu einem vorangegangenen großen Leistungsnachweis in demselben Fach verlangt werden; insbesondere darf die Anfertigung einer schriftlichen beziehungsweise medien- und materialgestützten Arbeit in einem Fach frühestens eine Unterrichtswoche nach der Leistungsrückmeldung zu einer vorangegangenen medien- und materialgestützten beziehungsweise schriftlichen Arbeit in demselben Fach verlangt werden. In besonders begründeten Fällen kann die Schulleiterin oder der Schulleiter Ausnahmen gestatten.

In einer Kalenderwoche soll je Schülerin oder Schüler nur ein großer Leistungsnachweis verlangt werden.

In besonders begründeten Fällen kann die Schulleiterin oder der Schulleiter eine von den obigen Regelungen abweichende Anzahl von Leistungsnachweisen pro Woche gestatten. Auch in diesen Fällen darf an einem Tag von einer Schülerin oder einem Schüler nur ein großer Leistungsnachweis verlangt werden.

Die Zulässigkeit kleiner Leistungsnachweise bleibt von den obigen Regelungen unberührt.

Wenn Leistungsnachweise von einzelnen Schülerinnen und Schülern versäumt wurden, kann die Lehrkraft die Nachholung der Leistungsnachweise anordnen. Hierbei kann die Höchstzahl der schriftlichen Arbeiten der betreffenden Schülerin oder des betreffenden Schülers pro Woche um maximal eine erhöht werden. An einem Tag darf jedoch nur eine schriftliche Arbeit oder eine medien- und materialgestützte Arbeit geschrieben werden.

Bei äußeren Umständen, die die Leistungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler deutlich beeinträchtigen (zum Beispiel Temperatur, Lärm), entscheidet die Schulleitung nach pflichtgemäßem Ermessen, ob Leistungsnachweise erbracht werden.

2.4.2 Bewertung, Rückmeldung und Dokumentation großer Leistungsnachweise

Die Kriterien der Bewertung aller Leistungsnachweise müssen den Schülerinnen und Schülern rechtzeitig vor der Erbringung eines Leistungsnachweises erläutert werden. Hierzu gehört gegebenenfalls auch, inwiefern Sprache und Form in die Bewertung eingehen.

Die Bewertung aller Leistungsnachweise muss den Schülerinnen und Schülern nachvollziehbar mitgeteilt werden. Dies beinhaltet bei schriftlichen großen Leistungsnachweisen die Begründung durch Korrekturhinweise und einen kurzen zusammenfassenden Rückmeldung.

menfassenden Kommentar (gegebenenfalls stichwortartig). In Begründung beziehungsweise Kommentar sollen bereits erworbene (Teil-)Kompetenzen gewürdigt und gezielte Hinweise zur Verbesserung der Leistung enthalten sein. In schriftlichen großen Leistungsnachweisen werden Hinweise zur Verbesserung von Sprache und Form gegeben.

Die Bewertung großer Leistungsnachweise wird grundsätzlich in Notenstufen ausgedrückt, die als Wortbezeichnungen mitgeteilt werden.

Notenspiegel werden nicht bekannt gegeben. Dabei gelten folgende Notenstufen:

- sehr gut (1) eine den Anforderungen in besonderem Maße entsprechende Leistung;
- gut (2) eine den Anforderungen voll entsprechende Leistung;
- befriedigend (3) eine den Anforderungen im Allgemeinen entsprechende Leistung;
- ausreichend (4) eine Leistung, die zwar Mängel aufweist, aber im Ganzen den Anforderungen noch entspricht;
- mangelhaft (5) eine den Anforderungen nicht entsprechende Leistung, die jedoch erkennen lässt, dass die notwendigen Grundkenntnisse vorhanden sind und die Mängel in absehbarer Zeit behoben werden könnten;
- ungenügend (6) eine den Anforderungen nicht entsprechende Leistung, bei der selbst die Grundkenntnisse so lückenhaft sind, dass die Mängel in absehbarer Zeit nicht behoben werden könnten.

Bei entsprechendem Beschluss der Schulkonferenz werden je nach Notentendenz diesen Notenstufen Punktzahlen eines 15-Punkte-Systems nach folgendem Schlüssel zugeordnet: der Note „sehr gut“ 15/14/13, der Note „gut“ 12/11/10, der Note „befriedigend“ 09/08/07, der Note „ausreichend“ 06/05/04, der Note „mangelhaft“ 03/02/01 und der Note „ungenügend“ 00 Punkte.

Die Bewertungen großer Leistungsnachweise sind spätestens drei Schulwochen nach Anfertigung des Leistungsnachweises mitzuteilen. In besonderen Ausnahmefällen kann die Frist zur Rückgabe auf schriftlich begründeten Antrag der Lehrkraft von der Schulleiterin oder dem Schulleiter verlängert werden. Die Verlängerung der Rückgabefrist soll eine Woche nicht überschreiten.

Die Lehrkraft überprüft, dass die Erziehungsberechtigten ihr Kenntnis von der Bewertung des Leistungsnachweises durch Unterschrift bestätigen haben.

Die Ergebnisse der großen Leistungsnachweise werden in einer von der Lehrkraft zu wählenden, geeigneten Form festgehalten. Zu berücksichtigen sind inhaltliche und lernprozessbezogene Kompetenzen, die Aufschluss über den individuell erreichten Kompetenzerwerb sowie über die bisherige Kompetenzentwicklung – in Beziehung zu den Lehrplänen – geben.

2.4.3 Vorlage bei der Schulleitung

Vor der Rückgabe jeder schriftlichen Arbeit und jeder medien- und materialgestützten Arbeit sind in der Regel der Schulleiterin oder dem Schulleiter mindestens drei Arbeiten, die das gesamte Leistungsspektrum abbilden, jeweils zusammen mit der Aufgabenstellung, dem Bewertungsmaßstab (gegebenenfalls einschließlich der Darstellung der Anpassung des Anforderungsniveaus) sowie der Notenverteilung vorzulegen.

Darüber hinaus kann die Schulleiterin oder der Schulleiter die Vorlage weiterer Formen großer Leistungsnachweise anfordern.

Erreicht bei einem großen Leistungsnachweis mindestens ein Drittel der Schülerinnen und Schüler einer Klasse kein mindestens ausreichendes Ergebnis, ist dies der Schulleiterin oder dem Schulleiter mitzuteilen. Die Schulleiterin oder der Schulleiter prüft nach Anhörung der unterrichtenden Lehrkraft und gegebenenfalls der Fachkonferenz, ob die jeweiligen Anforderungen und der Bewertungsmaßstab angemessen waren. Ist dies der Fall, ist der große Leistungsnachweis wie zuvor festgelegt zu werten, andernfalls entscheidet die Schulleiterin oder der Schulleiter über das weitere Vorgehen (Wertung bei Veränderung des Bewertungsmaßstabes beziehungsweise Nichtwertung und Wiederholung). Über diese Entscheidung werden die Erziehungsberechtigten informiert. In einem nicht zu wertenden Leistungsnachweis erbrachte Leistungen sollen zugunsten der Schülerin oder des Schülers berücksichtigt werden.

Sofern Vergleichsarbeiten geschrieben werden, gelten bei der Anwendung der vorstehenden Regelung alle teilnehmenden Schülerinnen und Schüler als Schülerinnen und Schüler einer Klasse.

Erreicht bei einer Vergleichsarbeit, die nach Maßgabe der Schulaufsichtsbehörde schulübergreifend durchgeführt wird, mindestens die Hälfte der Schülerinnen und Schüler einer Klasse kein mindestens ausreichendes Ergebnis, ist dies der Schulleiterin oder dem Schulleiter sowie der Schulaufsichtsbehörde mitzuteilen. In diesem Fall entscheidet die Schulleiterin oder der Schulleiter nach Anhörung der Fachlehrkraft und gegebenenfalls der Fachkonferenz, ob zusätzlich in dem jeweiligen Fach eine schriftliche Arbeit als weiterer großer Leistungsnachweis schulintern durchgeführt wird.

2.4.4 Bewertung, Rückmeldung und Dokumentation der sonstigen Leistungen (SL)

In jedem Schulhalbjahr soll den Schülerinnen und Schülern mindestens zweimal eine persönliche Rückmeldung zu den erbrachten sonstigen Leistungen und zur Lernentwicklung gegeben werden. In diesem Zusammenhang sollen mit den einzelnen Schülerinnen und Schülern individuelle Stärken benannt, Entwicklungsschwerpunkte aufgezeigt sowie Ziele hinsichtlich des individuellen Lernzuwachses vereinbart werden. Die Rückmeldung von Leistungen und Lernentwicklung soll kriteriengestützt erfolgen und für den weiteren Lernprozess motivierend sein.

Zur Dokumentation des individuellen Kompetenzerwerbs und der Kompetenzentwicklung in Bezug zu Lehrplänen und gegebenenfalls Bildungsstandards sind in jedem Schulhalbjahr die erreichten Kompetenzen, die individuellen Stärken, besondere Begabungen und die gezeigten Leistungen der einzelnen Schülerinnen und Schüler sowie die weiter zu fördernden und zu fordernden Kompetenzbereiche in einer von der Lehrkraft zu wählenden, geeigneten Form – beispielsweise stichwortartig, tabellarisch oder in kurzem Kommentar – festzuhalten. Auf dieser Grundlage werden in der Regel ab dem zweiten Schuljahr in jedem Schulhalbjahr Gesamtnoten gebildet, in denen die Lernentwicklung und der Lernzuwachs in den einzelnen Fächern während des Schulhalbjahres zu berücksichtigen sind. Diese Noten sind den Erziehungsberechtigten mitzuteilen und gegebenenfalls zu erläutern.

Es ist zu überprüfen, dass die Erziehungsberechtigten ihre Kenntnis von der jeweiligen Bewertung durch Unterschrift bestätigt haben.

Werden in einem Fach kleine Leistungsnachweise durchgeführt, müssen die Kriterien der Bewertung den Schülerinnen und Schülern rechtzeitig vor deren Erbringung erläutert werden. Hierzu gehört gegebenenfalls auch, inwiefern Sprache und Form in die Bewertung eingehen.

Die Bewertung kleiner Leistungsnachweise wird grundsätzlich in Notenstufen gemäß Nummer 2.4.2 ausgedrückt und muss den Schülerinnen und Schülern nachvollziehbar mitgeteilt werden. Notenspiegel werden nicht bekannt gegeben.

Die Bewertungen kleiner Leistungsnachweise sind den Schülerinnen und Schülern spätestens zwei Schulwochen nach Anfertigung des Leistungsnachweises bekannt zu geben. In besonderen Ausnahmefällen kann die Frist zur Rückgabe auf schriftlich begründeten Antrag der Lehrkraft von der Schulleiterin oder dem Schulleiter verlängert werden.

Auch hinsichtlich kleiner Leistungsnachweise ist zu überprüfen, dass die Erziehungsberechtigten ihre Kenntnis von der jeweiligen Bewertung durch Unterschrift bestätigt haben.

Die lernprozessbezogene Gesamtnote, die in jedem Schulhalbjahr auf Grundlage der Mitarbeit und weiterer Leistungen aus dem Unterricht sowie, sofern verlangt, kleiner Leistungsnachweise zu ermitteln ist, wird grundsätzlich in Notenstufen gemäß Nummer 2.4.2 ausgedrückt.

Die Rückmeldung und Erläuterung zu Lernentwicklung und zu den Gesamtnoten der sonstigen Leistungen können im Rahmen persönlicher Entwicklungsbeziehungsweise Beratungsgespräche gemäß Zeugnis- und Versetzungsordnung – Schulordnung – für die Grundschulen im Saarland in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. August 2000 (Amtsbl. S. 1674), zuletzt geändert durch Artikel 212 des Gesetzes vom 8. Dezember 2021 (Amtsbl. I S. 2629), in der jeweils geltenden Fassung erfolgen.

Werden in einem Fach schulübergreifende Lernstandserhebungen durchgeführt, können diese als Teil der sonstigen Leistungen in die lernprozessbezogene Gesamtnote eingehen, sofern sie eine günstige Lernentwicklung beschreiben.

2.4.5 Zeugnisnoten

Eine Zeugnisnote ist eine fachlich-pädagogische Gesamtbewertung aller Leistungen, die die Schülerin oder der Schüler erbracht hat. Zu ihrer Ermittlung werden die Ergebnisse aller Leistungen auf Grundlage einer kontinuierlichen Beobachtung der individuellen Lern- und Leistungsentwicklung berücksichtigt; diese sind in geeigneter Weise zu dokumentieren.

In den Fächern Deutsch, Mathematik und Sachunterricht gehen die Noten aus den großen Leistungsnachweisen einerseits und der lernprozessorientierten Gesamtnote für die sonstigen Leistungen andererseits jeweils etwa zur Hälfte in die jeweilige Halbjahresnote ein.

In den Fächern Bildende Kunst, Musik, Religion und Sport wird die jeweilige Halbjahresnote auf Grundlage der lernprozessbezogenen Gesamtnote ermittelt.

Im Jahreszeugnis wird die Note aufgrund der Leistungen während des gesamten Schuljahres unter besonderer Berücksichtigung der Leistungen im zweiten Schulhalbjahr ermittelt.

2.4.6 Leistungsbewertung bei angepasstem Anforderungsniveau in Grund- und Förderschulen im Primarbereich

Für Schülerinnen und Schüler, deren Anforderungsniveau in einem oder mehreren Fächern angepasst wurde, und für Schülerinnen und Schüler, bei denen das Vorliegen der Voraussetzungen für eine sonderpädagogische Unterstützung im Förderschwerpunkt Lernen oder geistige Entwicklung anerkannt wurde, richtet sich die Leistungsbewertung nach den im

Förderplan individuell vereinbarten Zielen. Hierbei gelten für Schülerinnen und Schüler, deren Anforderungsniveau in einem oder mehreren Fächern angepasst wurde, und für Schülerinnen und Schüler, bei denen das Vorliegen der Voraussetzungen für eine sonderpädagogische Unterstützung im Förderschwerpunkt Lernen anerkannt wurde, die Vorgaben zu Anzahl und Form der Leistungsnachweise (siehe Nummer 2.3) als Orientierung.

Die Leistungsrückmeldung zu einzelnen Leistungsnachweisen beinhaltet den schriftlichen Zusatz: „Die Leistungsbewertung bezieht sich auf das im individuellen Förderplan festgelegte Anforderungsniveau.“

Gemäß § 9 InkVO gekennzeichnete Zeugnisnoten sind um Erläuterungen mit Verbalbeurteilungen und weiterführenden Hinweisen zu ergänzen.

Für Schülerinnen und Schüler, bei denen das Vorliegen der Voraussetzungen für eine sonderpädagogische Unterstützung im Förderschwerpunkt geistige Entwicklung anerkannt wurde und die ein Verbalzeugnis erhalten, kann auf die Erbringung von Leistungsnachweisen im Sinne dieses Erlasses vollständig oder teilweise verzichtet werden. Grundlage der Leistungsbewertung bildet dann die kompetenzorientierte Beobachtung in den ausgewiesenen Aktivitätsbereichen. Diese wird in geeigneter Weise festgehalten, ist Teil der Förderdokumentation und bildet den Ausgangspunkt für die fortlaufende Förderplanung.

2.4.7 Sonstige Regelungen im Hinblick auf die besondere pädagogische Förderung

Zudem sind im Hinblick auf die Leistungsbewertung bei besonderer pädagogischer Förderung die nachfolgenden Regelungen zu berücksichtigen:

- Inklusionsverordnung vom 3. August 2015 (Amtsbl. I S. 540; 2016 I S. 217), zuletzt geändert durch Artikel 259 des Gesetzes vom 8. Dezember 2021 (Amtsbl. I S. 2629), in der jeweils geltenden Fassung,
- Verordnung zum Unterricht für ausländische Kinder, Jugendliche und Heranwachsende sowie Schüler und Schülerinnen mit Migrationshintergrund, vom 24. November 2009 (Amtsbl. S. 1818), zuletzt geändert durch Artikel 251 des Gesetzes vom 8. Dezember 2021 (Amtsbl. I S. 2629), in der jeweils geltenden Fassung,
- Richtlinien zur Förderung von Schülerinnen und Schülern mit besonderen Schwierigkeiten beim Erlernen des Lesens und/ oder Rechtschreibens vom 15. November 2009 (Amtsbl. S. 1814) in der jeweils geltenden Fassung,
- Rundschreiben zu Verfahrensgrundlagen für Schülerinnen und Schüler mit Rechenschwäche und Rechenstörung/Dyskalkulie vom 25. Juni 2014 in der jeweils geltenden Fassung.

3. Gemeinschaftsschule, Gymnasium und Förderschule im Sekundarbereich

Von allen Schülerinnen und Schülern sind Leistungen im Unterricht und im Rahmen von Leistungsnachweisen zu erbringen. Es werden unterschieden:

- Große Leistungsnachweise (GLN)
- Sonstige Leistungen (SL)

Die sonstigen Leistungen (SL) werden im Rahmen der lernprozessbezogenen Leistungsbewertung unter Einbezug der Leistungen aus dem Unterricht (einschließlich der Mitarbeit) und, sofern gefordert, kleiner Leistungsnachweise erfasst.

Es ist sicherzustellen, dass eine zu bewertende Leistung grundsätzlich eigenständig erbracht wird sowie die erbrachte Leistung eindeutig der einzelnen Schülerin oder dem einzelnen Schüler zugeordnet werden kann. Dies gilt auch und gerade vor dem Hintergrund der Verfügbarkeit beziehungsweise des Einsatzes digitaler Hilfsmittel. Bei nicht unter Aufsicht erbrachten Leistungen (beispielsweise im Falle häuslicher Arbeit) ist sicherzustellen (beispielsweise durch eine kritische Reflexion im Rahmen eines Unterrichtsgesprächs), dass die Arbeit der Schülerin oder dem Schüler als eigenständige Leistung zugeordnet werden kann.

3.1 Große Leistungsnachweise (GLN)

In den schriftlichen Fächern Deutsch, Mathematik, erste und zweite Fremdsprache – im Gymnasium zusätzlich in der dritten Fremdsprache beziehungsweise im Profulfach – werden pro Schuljahr jeweils vier große Leistungsnachweise erbracht. In Absprache mit der Schulleitung kann die Fachlehrkraft in einem schriftlichen Fach einen weiteren großen Leistungsnachweis erbringen lassen.

In den im Umfang von zwei oder mehr Wochenstunden unterrichteten nicht schriftlichen Fächern wird an der Gemeinschaftsschule und den Förderschulen in den Klassenstufen 9 und 10 sowie am Gymnasium in den Klassenstufen 8, 9 und 10 pro Schulhalbjahr jeweils ein großer Leistungsnachweis erbracht. In den im Umfang von einer Wochenstunde unterrichteten Fächern wird an der Gemeinschaftsschule und den Förderschulen in den Klassenstufen 9 und 10 und am Gymnasium in den Klassenstufen 8, 9 und 10 pro Schuljahr ein großer Leistungsnachweis erbracht.

Große Leistungsnachweise dienen der Beurteilung von und Rückmeldung zu im Unterricht erworbenen Kompetenzen bezüglich im Unterricht behandelter Themen und Lerngegenstände. Sie umfassen alle Verständnisebenen und ermöglichen Leistungen von Reproduktion über Transfer bis zu eigenständigem Beurteilen und Entwickeln eigener Lösungsstrategien, d. h. der Anforderungsbereiche I, II und III.

Auf der Grundlage fachspezifischer Kompetenzen lassen sich die Anforderungsbereiche folgendermaßen beschreiben:

- Anforderungsbereich I: Kennen und Wiedergeben; vor allem werden Reproduktionsleistungen gefordert
- Anforderungsbereich II: Anordnen, Zusammenhänge herstellen, Verarbeiten, Übertragen, Analysieren; vor allem werden Organisations- und Transferleistungen gefordert
- Anforderungsbereich III: Verarbeiten komplexer Sachverhalte, Verallgemeinern und Reflektieren, Beurteilen, Begründen; vor allem werden Leistungen der Urteilsfindung und der Entwicklung von Lösungsstrategien gefordert

In einem großen Leistungsnachweis werden grundsätzlich Leistungen aller drei Anforderungsbereiche gefordert. Große Leistungsnachweise sind grundsätzlich in Umfang und Anforderungsniveau gleichwertig.

Große Leistungsnachweise ermöglichen eine Bewertung individueller Leistungen hinsichtlich der Erfüllung von Mindestbeziehungsweise Regelanforderungen, geben den Lernenden aber auch die Möglichkeit, höchste Anforderungen zu erfüllen, und bereiten für Abschlussprüfungen relevante Aufgabenformate vor. Große Leistungsnachweise sind grundsätzlich ankündigungspflichtig und beziehen sich auf eine überschaubare, in sich zusammenhängende Unterrichtseinheit. Sie werden für ganze Klassen, Teile einer Klasse beziehungsweise einer Klassenstufe oder einzelne Schülerinnen und Schüler konzipiert, sind jedoch – mit Ausnahme der schriftlichen Arbeit und der schriftlichen Überprüfung sowie der medien- und materialgestützten Arbeit an der Gemeinschaftsschule und am Gymnasium – nicht zwingend von jeder Schülerin oder jedem Schüler zum gleichen Zeitpunkt zu erbringen. Sie können – mit Ausnahme der schriftlichen Arbeit und der schriftlichen Überprüfung – als Einzel-, Paar- oder Gruppenprüfungen gestaltet werden; auch bei Paar- oder Gruppenprüfungen wird die Einzelleistung bewertet. Ein großer Leistungsnachweis ist so konzipiert, dass die vorgesehene Zeit für die Schülerinnen und Schüler angemessen ist.

Zum Erbringen großer Leistungsnachweise sind je nach Aufgabenstellung fachliche und überfachliche Kompetenzen (Personal-, Sozial- und Methodenkompetenz) erforderlich. Zudem findet die sprachliche und formale Richtigkeit (unter anderem die Rechtschreibung) in angemessenem Umfang Berücksichtigung; Maßnahmen zur besonderen pädagogischen Förderung bleiben gegebenenfalls hiervon unberührt.

Die Anzahl der großen Leistungsnachweise in einem Fach soll grundsätzlich für alle Schülerinnen und Schüler einer Klasse oder eines Kurses gleich sein. Die jeweilige Form kann von Schülerin oder Schüler zu Schülerin oder Schüler variieren. Der Lehrkraft obliegt die Entscheidung über die jeweilige Form des Leistungsnachweises; die Schülerinnen und Schüler sind ihrem Alter entsprechend in die Entscheidung einzubeziehen. Grundsätzlich erfolgt hinsichtlich bewerteter Leistungen eine Rückmeldung in geeigneter Form; die Kompetenz zur Selbsteinschätzung ist bei den Schülerinnen und Schülern zu fördern. Im Rahmen der besonderen pädagogischen Förderung einer Schülerin beziehungsweise eines Schülers kann entsprechend den Festlegungen im Förderplan von der Mindestanzahl abgewichen werden.

3.1.1 Große Leistungsnachweise in schriftlichen Fächern

In einem großen Leistungsnachweis sollen in der Regel mehrere Kompetenzen überprüft werden. Diese Überprüfung soll grundsätzlich mithilfe von Operatoren innerhalb der Aufgabenstellung erfolgen. In Abhängigkeit vom Fach sind sowohl inhaltsbezogene Kompetenzen als auch prozessbezogene Kompetenzen angemessen zu berücksichtigen (siehe Nummer 3.1).

In den modernen Fremdsprachen erfolgt die Überprüfung der funktionalen kommunikativen Teilkompetenz „Sprechen“ mindestens jedes zweite Schuljahr in Form einer mündlichen Prüfung; die funktionale kommunikative Teilkompetenz „Hör-/Hörsehverstehen“ erfolgt mindestens einmal pro Schulhalbjahr im Rahmen einer schriftlichen Arbeit oder einer medien- und materialgestützten Arbeit.

3.1.1.1 Schriftliche Arbeit

Eine schriftliche Arbeit ist eine unter Aufsicht durchgeführte Einzelprüfung, deren Aufgabenstellung den Schülerinnen und Schülern schriftlich vorliegt.

Schriftliche Arbeiten werden nur in den Fächern Deutsch, Mathematik, erste und zweite Fremdsprache sowie am Gymnasium zusätzlich in der dritten Fremdsprache beziehungsweise im Profillfach erbracht. In Gemeinschaftsschulen und Gymnasien soll in Parallelklassen in jedem Schuljahr pro Fach eine schriftliche Arbeit klassenübergreifend oder, nach Maßgabe der Schulaufsichtsbehörde, schulübergreifend als Vergleichsarbeit, die nach denselben Anforderungen angefertigt und nach denselben Kriterien bewertet wird, durchgeführt werden.

3.1.1.2 Medien- und materialgestützte Arbeit

Eine medien- und materialgestützte Arbeit ist eine unter Aufsicht durchgeführte Einzelprüfung, deren Aufgabenstellung den Schülerinnen und Schülern schriftlich vorliegt. Die medien- und materialgestützte Arbeit fordert ganz oder teilweise Leistungen in schriftlicher Form. Die Aufgabenstellung ist hinsichtlich Anspruch und Komplexität so zu konzipieren, dass die gegebenen Medien und Materialien beziehungsweise Werkzeuge und Hilfsmittel zielführend zu ihrer Bewältigung einzusetzen sind.

Medien und Materialien beziehungsweise Werkzeuge und Hilfsmittel können beispielsweise analoge oder digitale Nachschlagewerke, eigene Aufzeichnungen der Schülerinnen und Schüler, Schulbücher, digitale Geräte mit Internetzugang, Programme zur Textverarbeitung oder Tabellenkalkulation, Zeichensoftware oder KI-basierte Anwendungen wie Large Language Models sein. Der Lehrkraft obliegt die Entscheidung über die für die Anfertigung der Arbeit zulässigen Hilfsmittel; an dieser Entscheidung sind die Schülerinnen und Schüler ihrem Alter entsprechend zu beteiligen.

3.1.1.3 Weitere Formen großer Leistungsnachweise

Neben der schriftlichen Arbeit sind weitere Formen großer Leistungsnachweise möglich.

Nachfolgend werden exemplarisch verschiedene Formen großer Leistungsnachweise aufgeführt.

a. Experimentelle beziehungsweise empirische Arbeit oder Fallstudie

Eine experimentelle beziehungsweise empirische Arbeit oder eine Fallstudie dient der methodisch festgelegten Gewinnung und Auswertung von Informationen (zum Beispiel Experiment, Untersuchung, Umfrage).

Bei der Bewertung werden insbesondere die Eigenständigkeit bei der Planung, Durchführung und Dokumentation sowie die Auswertung und die Präsentation berücksichtigt.

b. Mündliche Prüfung

Eine mündliche Prüfung kann als Einzelprüfung, Paar- oder Gruppenprüfung durchgeführt werden. Bei der Paar- oder Gruppenprüfung soll der jeweilige Sprechanteil der zu prüfenden Schülerinnen und Schüler in einem ausgewogenen Verhältnis stehen.

c. Portfolio

Ein Portfolio ist eine weitgehend selbstständig erstellte, analoge oder digitale schriftliche Dokumentation, die alle wesentlichen Inhalte, Lernwege und Arbeitsprozesse in einem bestimmten Fach zu einem vereinbarten Thema umfasst. Im Vorfeld wird der Zeitrahmen, innerhalb dessen diese schriftliche Dokumentation erstellt wird, festgelegt. Vorgaben zum Umfang sind möglich.

d. Praktische Arbeit

Eine praktische Arbeit umfasst zwei- und dreidimensionale bildnerische Darstellungen, künstlerische Darbietungen aller musisch-kulturellen Sparten sowie handwerkliche Objekte oder digitale Produkte. Der Arbeitsprozess gliedert sich in Planung, Gestaltung und Präsentation und kann durch eine schriftliche Dokumentation ergänzt werden. Neben inhaltlichen und methodischen Aspekten – wie zum Beispiel ein zielführender Einsatz von Materialien und Medien – sind insbesondere Eigenständigkeit, Kreativität und Ausdrucksfähigkeit wesentliche Bewertungskriterien.

Auch sportmotorische Leistungen gehören zu den praktischen Arbeiten. Je nach Sportart finden die vorgenannten Kriterien Anwendung.

e. Referat

Ein Referat umfasst die schriftliche Ausarbeitung eines vorgegebenen Themas, eine Präsentation in einer festgelegten Zeitspanne und ein vertiefendes Unterrichtsgespräch zum Thema.

f. Wettbewerb

Eine Lernleistung im Rahmen eines Wettbewerbs muss mit schulischen Lerninhalten in einem Zusammenhang stehen und den Leistungserwartungen des jeweiligen Bildungsganges und der jeweiligen Klassenstufe entsprechen. Die Wettbewerbsleistung wird durch ein Fachgespräch ergänzt. Die einzelne Wettbewerbsleistung darf nur einmalig und nur in einem Unterrichtsfach eingebracht werden.

3.1.2 Große Leistungsnachweise in nicht schriftlichen Fächern

In einem großen Leistungsnachweis sollen in der Regel mehrere Kompetenzen überprüft werden. Diese Überprüfung soll grundsätzlich mithilfe von Operatoren innerhalb der Aufgabenstellung erfolgen. In Abhängigkeit vom Fach sind sowohl inhaltsbezogene Kompetenzen als auch prozessbezogene Kompetenzen angemessen zu berücksichtigen (siehe Nummer 3.1).

3.1.2.1 Schriftliche Überprüfung

Eine schriftliche Überprüfung ist eine unter Aufsicht durchgeführte Einzelprüfung, deren Aufgabenstellung den Schülerinnen und Schülern schriftlich vorliegt. Die Aufgabenstellung bezieht sich maximal auf die letzten sechs vorangegangenen Unterrichtsstunden. Die vorgesehene Bearbeitungszeit für die Schülerinnen und Schüler überschreitet in der Regel eine Unterrichtsstunde nicht. Diese Form des großen Leistungsnachweises ist in allen nicht schriftlichen Fächern und nur in den Klassenstufen 9 und 10 der Gemeinschaftsschule und der Förderschule sowie den Klassenstufen 8, 9 und 10 des Gymnasiums zulässig.

3.1.2.2 Weitere Formen großer Leistungsnachweise

Neben der schriftlichen Überprüfung sind in den nicht schriftlichen Fächern analog zu den schriftlichen Fächern weitere Formen großer Leistungsnachweise wie beispielsweise medien- und materialgestützte Arbeit, experimentelle beziehungsweise empirische Arbeit oder Fallstudie, mündliche Prüfung, Portfolio, praktische Arbeit, Referat oder Wettbewerb (siehe Nummer 3.1.1) möglich.

3.2 Sonstige Leistungen (SL)

Im Sinne einer lernprozessbezogenen Leistungsbewertung umfassen die sonstigen Leistungen (SL) die Mitarbeit, weitere Leistungen aus dem Unterricht sowie – sofern gefordert – kleine Leistungsnachweise.

Die lernprozessbezogene Leistungsbewertung erwächst aus dem Wechselspiel von Lehren und Lernen sowie Beurteilen und Beraten im Rahmen des Unterrichts. Sie dient der Rückmeldung zur Lernentwicklung hinsichtlich im Unterricht aufzubauender Kompetenzen sowie hinsichtlich im Unterricht behandelter und zu sichernder Themen und Lerngegenstände. Im Rahmen der lernprozessbezogenen Leistungsbewertung sind über die Mitarbeit hinaus weitere Aspekte des Arbeitsverhaltens wie beispielsweise Zuverlässigkeit, Zielgerichtetheit, Sorgfalt, Ausdauer und Selbstständigkeit zu berücksichtigen.

Um die Leistungsbeurteilung im Sinne einer den Lernprozess widerspiegelnden, kompetenzentwicklungsorientierten Bewertung zu nutzen, erfolgt unter Einbezug der Mitarbeit und weiterer Leistungen aus dem Unterricht eine umfassende Gesamtbewertung zur Beschreibung des Lernfortschritts; werden kleine Leistungsnachweise durchgeführt, sind deren Ergebnisse einzubeziehen. In jedem Schulhalbjahr und in jedem Fach wird diese Gesamtbewertung in Form einer Gesamtnote für die sonstigen Leistungen (SL) festgehalten und bei der Ermittlung der Zeugnisnote berücksichtigt (siehe Nummer 3.4.5). Die Gesamtnote für die sonstigen Leistungen (SL) ist den Schülerinnen und Schülern in jedem Schulhalbjahr mitzuteilen.

Zur Lernentwicklung der einzelnen Schülerinnen und Schüler soll, gegebenenfalls im Unterricht, mehrfach fachbezogene Rückmeldung gegeben werden (siehe Nummer 3.4.4). In diesem Zusammenhang sollen mit den Schülerinnen und Schülern grundsätzlich im Dialog individuelle Entwicklungsschwerpunkte benannt und reflektiert sowie Ziele hinsichtlich des individuellen Lernzuwachses vereinbart und festgehalten werden. Die Rückmeldung von Leistungen und Lernentwicklung soll kriteriengestützt erfolgen und für den weiteren Lernprozess motivierend sein.

3.2.1 Mitarbeit

Bei der Bewertung der Mitarbeit wird die aktive Beteiligung am Unterricht einschließlich der erbrachten Beiträge über einen längeren Unterrichtszeitraum berücksichtigt. Dabei ist insbesondere die inhaltliche Qualität der Beteiligung maßgeblich. Über Beiträge im Unterrichtsgespräch der gesamten Lerngruppe hinaus ist auch die aktive Beteiligung an Unterrichtsprozessen in weiteren Lern- und Sozialformen wie beispielsweise Paar- oder Gruppenarbeit zu berücksichtigen; auch bei diesen Lern- und Sozialformen ist die Qualität der Einzelleistung maßgeblich.

Im Rahmen der sonstigen Leistungen wird die Leistung in der Mitarbeit in geeigneter Weise dokumentiert. Die Bewertung der Mitarbeit ist den Schülerinnen und Schülern sowie bei Minderjährigen den Erziehungsberechtigten in regelmäßigen Abständen (mindestens zweimal pro Schulhalbjahr und rechtzeitig vor der Festlegung der Zeugnisnote) – gegebenenfalls mit einer Begründung – als Teil der sonstigen Leistungen schriftlich bekannt zu geben.

3.2.2 Weitere Leistungen aus dem Unterricht

Neben der Mitarbeit können im Rahmen der lernprozessbezogenen Leistungsbewertung vielfältige Leistungen einbezogen werden, insbesondere Unterrichtsaktivitäten und Unterrichtsergebnisse wie mündliche, schriftliche und praktische Bearbeitung von Aufgaben mit Auswertung der Ergebnisse, Kurzvorträge und Präsentationen, Dokumentation von Lern- und Arbeitsprozessen, Sammlung, Auswertung und Aufbereitung von Informationen, Rechercheergebnisse, Erstellung von medialen (beispielsweise digitalen) Produkten, szenische Darstellungen oder projektbezogenes Arbeiten.

Solche Leistungen stellen einen integralen Bestandteil der im Unterricht angelegten Lernprozesse dar und erwachsen beispielsweise aus Phasen der Ergebnissicherung, der Lernerfolgskontrolle, der Erkundung oder der Anwendung. Das Erfassen und Beurteilen dieser Leistungen bedarf keiner gesonderten Ausweisung als separater Leistungsnachweis oder als separate Phase der Leistungserbringung; die Kriterien solcher Leistungen sind den Schülerinnen und Schülern bekannt, eine Rückmeldung erfolgt in der Regel unmittelbar im Unterricht.

Form und Anzahl der Leistungen aus dem Unterricht, welche für die individuelle und kriterienorientierte lernprozessbezogene Leistungsbewertung berücksichtigt werden, können von Schülerin oder Schüler zu Schülerin oder Schüler variieren.

3.2.3 Kleine Leistungsnachweise

Kleine Leistungsnachweise können in allen Fächern erbracht werden. Die kleinen Leistungsnachweise unterscheiden sich in Umfang und Komplexität von den großen Leistungsnachweisen. Sie sind nicht ankündigungspflichtig und beziehen sich auf eine überschaubare, in sich zusammenhängende Unterrichtseinheit. Zum Erbringen kleiner Leistungsnachweise sind je nach Aufgabenstellung fachliche und überfachliche Kompetenzen (Personal-, Sozial- und Methodenkompetenz) erforderlich. Zudem findet die sprachliche und formale Richtigkeit (unter anderem die Rechtschreibung) in angemessenem Umfang Berücksichtigung; Maßnahmen zur besonderen pädagogischen Förderung bleiben gegebenenfalls hiervon unberührt.

Die Form kleiner Leistungsnachweise kann von Schülerin oder Schüler zu Schülerin oder Schüler variieren. Zudem kann im Rahmen der besonderen pädagogischen Förderung einer Schülerin oder eines Schülers die Anzahl der kleinen Leistungsnachweise im Förderplan festgelegt werden. Die Entscheidung über die Anzahl kleiner Leistungsnachweise in einem Schuljahr erfolgt fachbezogen und in pädagogischer Verantwortung der Lehrkräfte unter Berücksichtigung der Zuständigkeiten der schulischen Gremien und der Schulleitung.

Kleine Leistungsnachweise können als Einzel-, Paar- oder Gruppenprüfungen konzipiert sein; auch bei Paar- oder Gruppenprüfungen wird die Einzelleistung bewertet.

Es ist zulässig, in kleinen Leistungsnachweisen einzelne Kompetenzen zu überprüfen und Leistungen aus einzelnen Anforderungsbereichen zu fordern.

Die unter den Nummern 3.1.1 sowie 3.1.2 aufgeführten Formen der großen Leistungsnachweise können in Umfang und Komplexität angemessen reduziert auch als kleine Leistungsnachweise durchgeführt werden. Zur Leistungsüberprüfung im Sinne einer den Lernprozess widerspiegelnden, kompetenzentwicklungsorientierten Bewertung eignen sich darüber hinaus unterschiedliche, in Umfang und Komplexität entsprechend ausgestaltete Formen der Leistungsüberprüfung wie beispielsweise das Protokoll (Verlaufs- oder Ergebnisprotokoll), das Lerntagebuch zur Dokumentation von Lerninhalten und Unterrichtsaufgaben, die Präsentation zu einem vorgegebenen Thema (gegebenenfalls mit vertiefendem Unterrichtsgespräch), der Wochenplan mit differenzierten Aufgabenstellungen oder ein digitales Produkt (zum Beispiel Erklärvideo oder Podcast).

3.3 Übersicht über die zu erbringenden Leistungen

3.3.1 Leistungen in den schriftlichen Fächern für die Klassenstufen 5 bis 10 an Gemeinschaftsschulen / Förderschulen im Sekundarbereich

Zu erbringende Leistungen in den schriftlichen Fächern für die Klassenstufen 5 bis 10 an Gemeinschaftsschulen / Förderschulen im Sekundarbereich (pro Schuljahr)		
Schriftliche Fächer GemS/FöS Klassenstufen 5 – 10	Anzahl der Leistungsnachweise in den schriftlichen Fächern	
	2 große Leistungsnachweise in Form von schriftlichen Arbeiten (einer pro Halbjahr)	2 weitere große Leistungsnachweise (einer pro Halbjahr; keine schriftliche Arbeit) <ul style="list-style-type: none">- in jedem der Fächer mindestens eine medien- und materialgestützte Arbeit- in den modernen FS mindestens jedes zweite Jahr eine mündliche Prüfung
	Sonstige Leistungen (SL) im Rahmen der lernprozessbezogenen Leistungsbewertung: in jedem Halbjahr mindestens zweimal Bewertung der SL einschließlich Mitarbeit und weiterer Leistungen aus dem Unterricht sowie, sofern gefordert, kleiner Leistungsnachweise ⇒ auf dieser Grundlage eine lernprozessbezogene Gesamtnote pro Halbjahr	
Maßnahmen, welche die besondere pädagogische Förderung betreffen, können im Rahmen der Förderplanung festgelegt werden (§ 2 InkVO).		
Maßnahmen des Nachteilsausgleichs erfolgen gemäß §§ 14 – 16 InkVO.		

Schriftliche Fächer GemS/FöS	Zeitlicher Orientierungsrahmen für schriftliche Arbeiten nach Fächern und Klassenstufen		
	Klassenstufen 5/6	Klassenstufen 7/8	Klassenstufen 9/10
Ma	etwa 45 min	etwa 45 – 90 min	etwa 45 – 90 min
De	etwa 45 min	etwa 45 – 90 min	etwa 45 – 135 min
1./2. FS	etwa 45 min	etwa 45 – 90 min	etwa 45 – 90 min

3.3.2 Leistungen in den nicht schriftlichen Fächern für die Klassenstufen 5 bis 10 an Gemeinschaftsschulen / Förderschulen im Sekundarbereich

Zu erbringende Leistungen in den nicht schriftlichen Fächern für die Klassenstufen 5 bis 10 an Gemeinschaftsschulen / Förderschulen im Sekundarbereich (pro Schuljahr)		
GemS/FöS	Klassenstufen 5/6/7/8	Klassenstufen 9/10
Nicht schriftliche Fächer	Sonstige Leistungen (SL) im Rahmen der lernprozessbezogenen Leistungsbewertung: in jedem Halbjahr mindestens zwei- mal Bewertung der SL einschließlich Mitarbeit und weiterer Leistungen aus dem Unterricht sowie, sofern gefordert, kleiner Leistungsnachweise ⇒ auf dieser Grundlage eine lernprozessbezogene Gesamtnote pro Halbjahr	2 große Leistungsnachweise (einer pro Halbjahr), darunter nicht mehr als eine schriftliche Überprüfung (einstündige Fächer: 1 großer Leistungsnachweis je Schuljahr)
		Sonstige Leistungen (SL) im Rahmen der lernprozessbezogenen Leistungsbewertung: in jedem Halbjahr mindestens zweimal Bewertung der SL einschließlich Mitarbeit und weiterer Leistungen aus dem Unterricht sowie, sofern gefordert, kleiner Leistungsnachweise ⇒ auf dieser Grundlage eine lernprozessbezogene Gesamtnote pro Halbjahr
Maßnahmen, welche die besondere pädagogische Förderung betreffen, können im Rahmen der Förderplanung festgelegt werden (§ 2 InkVO). Maßnahmen des Nachteilsausgleichs erfolgen gemäß §§ 14 – 16 InkVO.		

3.3.3 Leistungen in den schriftlichen Fächern für die Klassenstufen 5 bis 10 an Gymnasien

Zu erbringende Leistungen in den schriftlichen Fächern für die Klassenstufen 5 bis 10 an Gymnasien (pro Schuljahr)		
Schriftliche Fächer Gymnasium Klassenstufen 5 – 10	Anzahl der Leistungsnachweise in den schriftlichen Fächern	
	2 große Leistungsnachweise in Form von schriftlichen Arbeiten (einer pro Halbjahr)	2 weitere große Leistungsnachweise (einer pro Halbjahr; keine schriftliche Arbeit) <ul style="list-style-type: none">- in jedem der Fächer mindestens eine medien- und materialgestützte Arbeit- in den modernen FS mindestens jedes zweite Jahr eine mündliche Prüfung- in den technisch-/naturwissenschaftlichen Profulfächern in jedem Schuljahr eine experimentelle Arbeit
		Sonstige Leistungen (SL) im Rahmen der lernprozessbezogenen Leistungsbewertung: in jedem Halbjahr mindestens zweimal Bewertung der SL einschließlich Mitarbeit und weiterer Leistungen aus dem Unterricht sowie, sofern gefordert, kleiner Leistungsnachweise ⇒ auf dieser Grundlage eine lernprozessbezogene Gesamtnote pro Halbjahr
Maßnahmen, welche die besondere pädagogische Förderung betreffen, können im Rahmen der Förderplanung		

festgelegt werden (§ 2 InkVO).

Maßnahmen des Nachteilsausgleichs erfolgen gemäß §§ 14 – 16 InkVO.

Schriftliche Fächer Gymnasium	Zeitlicher Orientierungsrahmen für schriftliche Arbeiten nach Fächern und Klassenstufen		
	Klassenstufen 5/6	Klassenstufen 7/8	Klassenstufen 9/10
Ma	etwa 45 min	etwa 45 – 90 min	etwa 45 – 90 min
De	etwa 45 min	etwa 45 – 90 min	etwa 45 – 135 min
1./2. FS	etwa 45 min	etwa 45 – 90 min	etwa 45 – 90 min
Profilfach	—	etwa 45 min	etwa 45 – 90 min

3.3.4 Leistungen in den nicht schriftlichen Fächern für die Klassenstufen 5 bis 10 an Gymnasien

Zu erbringende Leistungen in den nicht schriftlichen Fächern für die Klassenstufen 5 bis 10 an Gymnasien (pro Schuljahr)		
Gymnasium	Klassenstufen 5/6/7	Klassenstufen 8/9/10
Nicht schriftliche Fächer	Sonstige Leistungen (SL) im Rahmen der lernprozessbezogenen Leistungsbewertung: in jedem Halbjahr mindestens zwei- mal Bewertung der SL einschließlich Mitarbeit und weiterer Leistungen aus dem Unterricht sowie, sofern gefordert, kleiner Leistungsnachweise ⇒ auf dieser Grundlage eine lernprozessbezogene Gesamtnote pro Halbjahr	2 große Leistungsnachweise (einer pro Halbjahr), darunter nicht mehr als eine schriftliche Überprüfung (einstündige Fächer: 1 großer Leistungsnachweis je Schuljahr)
		Sonstige Leistungen (SL) im Rahmen der lernprozessbezogenen Leistungsbewertung: in jedem Halbjahr mindestens zweimal Bewertung der SL einschließlich Mitarbeit und weiterer Leistungen aus dem Unterricht sowie, sofern gefordert, kleiner Leistungsnachweise ⇒ auf dieser Grundlage eine lernprozessbezogene Gesamtnote pro Halbjahr
Maßnahmen, welche die besondere pädagogische Förderung betreffen, können im Rahmen der Förderplanung festgelegt werden (§ 2 InkVO).		
Maßnahmen des Nachteilsausgleichs erfolgen gemäß §§ 14 – 16 InkVO.		

3.4 Bestimmungen zum Verfahren und zur Leistungsrückmeldung

3.4.1 Ankündigung, Häufigkeit und Versäumnis

Große Leistungsnachweise sind grundsätzlich ankündigungspflichtig. Auf eine Ankündigung kann im Einzelfall und im Einvernehmen mit der Schulleiterin oder dem Schulleiter verzichtet werden. Die Termine für die Anfertigung, Abgabe beziehungsweise Präsentation großer Leistungsnachweise werden den Schülerinnen und Schülern vorbehaltlich des Satzes 2 jeweils spätestens sieben Kalendertage zuvor bekannt gegeben. Abweichungen von dieser Ankündigungsfrist sind auf Beschluss der Schulkonferenz im Rahmen des pädagogischen Konzeptes der Schule möglich.

Die Termine für große Leistungsnachweise sind gleichmäßig über das Schuljahr zu verteilen. Durch eine abgestimmte Zeitplanung ist eine Häufung von Leistungsnachweisen insbesondere vor den Zeugniskonferenzen zu vermeiden.

Die Anfertigung eines großen Leistungsnachweises in einem Fach darf frühestens eine Unterrichtswoche nach der Leistungsrückmeldung zu einem vorangegangenen gleichartigen großen Leistungsnachweis in demselben Fach verlangt werden; insbesondere darf die Anfertigung einer schriftlichen beziehungsweise medien- und materialgestützten Arbeit in einem Fach frühestens eine Unterrichtswoche nach der Leistungsrückmeldung zu einer vorangegangenen medien- und materialgestützten beziehungsweise schriftlichen Arbeit in demselben Fach verlangt werden. In besonders begründeten Fällen kann die Schulleiterin oder der Schulleiter Ausnahmen gestatten.

An einem Tag dürfen von einer Schülerin oder einem Schüler grundsätzlich höchstens zwei große Leistungsnachweise – davon jedoch nur eine schriftliche Arbeit beziehungsweise eine schriftliche Überprüfung oder eine medien- und materialgestützte Arbeit – verlangt werden; die Anfertigung von zwei großen Leistungsnachweisen an einem Tag ist möglichst zu vermeiden.

In einer Kalenderwoche dürfen je Schülerin oder Schüler höchstens zwei große Leistungsnachweise, die im Klassen- oder Kursverband erbracht werden, verlangt werden. Darüber hinaus ist ein großer Leistungsnachweis zulässig, der nicht im Klassen- oder Kursverband erbracht wird.

Die Zulässigkeit kleiner Leistungsnachweise bleibt von den obigen Regelungen unberührt.

In besonders begründeten Fällen kann die Schulleiterin oder der Schulleiter eine von den obigen Regelungen abweichende Anzahl von Leistungsnachweisen pro Tag beziehungsweise pro Woche gestatten.

Wenn Leistungsnachweise von einzelnen Schülerinnen und Schülern versäumt wurden, kann die Lehrkraft die Nachholung der Leistungsnachweise anordnen. Hierbei kann die Höchstzahl der schriftlichen Arbeiten beziehungsweise schriftlichen Überprüfungen oder der medien- und materialgestützten Arbeiten der betreffenden Schülerin oder des betreffenden Schülers pro Woche um maximal einen solcher großen Leistungsnachweise erhöht werden.

Bei äußeren Umständen, die die Leistungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler deutlich beeinträchtigen (z. B. Temperatur, Lärm), entscheidet die Schulleitung nach pflichtgemäßem Ermessen, ob Leistungsnachweise erbracht werden.

3.4.2 Bewertung, Rückmeldung und Dokumentation von großen Leistungsnachweisen

Die Kriterien der Bewertung aller Leistungsnachweise müssen den Schülerinnen und Schülern rechtzeitig vor der Erbringung eines Leistungsnachweises erläutert werden. Hierzu gehört gegebenenfalls auch, inwiefern Sprache und Form in die Bewertung eingehen.

Die Bewertung aller Leistungsnachweise muss den Schülerinnen und Schülern nachvollziehbar mitgeteilt werden. Dies beinhaltet bei schriftlichen großen Leistungsnachweisen die Begründung durch Korrekturhinweise und einen kurzen zusammenfassenden Kommentar (gegebenenfalls stichwortartig). In Begründung beziehungsweise Kommentar sollen bereits erworbene (Teil-)Kompetenzen gewürdigt und gezielte Hinweise zur Verbesserung der Leistung enthalten sein. In schriftlichen großen Leistungsnachweisen werden Hinweise zur Verbesserung von Sprache und Form gegeben.

Die Bewertung großer Leistungsnachweise wird grundsätzlich in Notenstufen ausgedrückt, die als Wortbezeichnungen mitgeteilt werden.

In Bezug auf die großen Leistungsnachweise soll ein Notenspiegel bekannt gegeben werden.

Dabei gelten folgende Notenstufen:

- | | |
|------------------|---|
| sehr gut (1) | eine den Anforderungen in besonderem Maße entsprechende Leistung; |
| gut (2) | eine den Anforderungen voll entsprechende Leistung; |
| befriedigend (3) | eine den Anforderungen im Allgemeinen entsprechende Leistung; |
| ausreichend (4) | eine Leistung, die zwar Mängel aufweist, aber im Ganzen den Anforderungen noch entspricht; |
| mangelhaft (5) | eine den Anforderungen nicht entsprechende Leistung, die jedoch erkennen lässt, dass die notwendigen Grundkenntnisse vorhanden sind und die Mängel in absehbarer Zeit behoben werden könnten; |
| ungenügend (6) | eine den Anforderungen nicht entsprechende Leistung, bei der selbst die Grundkenntnisse so lückenhaft sind, dass die Mängel in absehbarer Zeit nicht behoben werden könnten. |

Je nach Notentendenz werden diesen Notenstufen Punktzahlen eines 15-Punkte-Systems nach folgendem Schlüssel zugeordnet: der Note „sehr gut“ 15/14/13, der Note „gut“ 12/11/10, der Note „befriedigend“ 09/08/07, der Note „ausreichend“ 06/05/04, der Note „mangelhaft“ 03/02/01 und der Note „ungenügend“ 00 Punkte.

Die Bewertungen großer Leistungsnachweise sind spätestens drei Schulwochen nach Anfertigung des Leistungsnachweises mitzuteilen. In besonderen Ausnahmefällen kann die Frist zur Rückgabe auf schriftlich begründeten Antrag der Lehrkraft von der Schulleiterin oder dem Schulleiter verlängert werden. Die Verlängerung der Rückgabefrist soll eine Woche nicht überschreiten.

Es ist zu überprüfen, dass die Erziehungsberechtigten ihre Kenntnis von der jeweiligen Bewertung durch Unterschrift bestätigt haben.

Die Lehrkraft entscheidet über die geeignete Form der Besprechung und der Berichtigung. Die Ergebnisse großer Leistungsnachweise werden in geeigneter Weise schriftlich festgehalten.

3.4.3 Vorlage bei der Schulleitung

Vor der Rückgabe jeder schriftlichen Arbeit oder schriftlichen Überprüfung sowie jeder medien- und materialgestützten Arbeit sind in der Regel der Schulleiterin oder dem Schulleiter mindestens drei Arbeiten, die das gesamte Leistungsspektrum abbilden, jeweils zusammen mit der Aufgabenstellung, dem Bewertungsmaßstab (gegebenenfalls einschließlich der Darstellung der Anpassung des Anforderungsniveaus) sowie der Notenverteilung vorzulegen.

Darüber hinaus kann die Schulleiterin oder der Schulleiter die Vorlage weiterer Formen großer Leistungsnachweise anfordern.

Erreicht bei einer schriftlichen Arbeit oder einer schriftlichen Überprüfung mindestens ein Drittel der Schülerinnen und Schüler einer Klasse beziehungsweise eines Kurses kein mindestens ausreichendes Ergebnis, ist dies der Schulleiterin oder dem Schulleiter mitzuteilen. Die Schulleiterin oder der Schulleiter prüft nach Anhörung der Fachlehrkraft und gegebenenfalls der Fachkonferenz, ob die jeweiligen Anforderungen und der Bewertungsmaßstab angemessen sind. Ist dies der Fall, ist der große Leistungsnachweis wie zuvor festgelegt zu werten, andernfalls entscheidet die Schulleiterin oder der Schulleiter über das weitere Vorgehen (Wertung bei Veränderung des Bewertungsmaßstabes beziehungsweise Nichtwertung und Wiederholung). Über diese Entscheidung werden die Erziehungsberechtigten sowie die Klassensprecherin oder der Klassensprecher beziehungsweise die Kurssprecherin oder der Kurssprecher informiert. In einem nicht zu wertenden Leistungsnachweis erbrachte Leistungen sollen gegebenenfalls zugunsten der Schülerin oder des Schülers berücksichtigt werden.

Erreicht bei einer Vergleichsarbeit, die nach Maßgabe der Schulaufsichtsbehörde schulübergreifend durchgeführt wird, mindestens die Hälfte der Schülerinnen und Schüler einer Klasse beziehungsweise eines Kurses kein mindestens ausreichendes Ergebnis, ist dies der Schulleiterin oder dem Schulleiter sowie der Schulaufsichtsbehörde mitzuteilen. In diesem Fall entscheidet die Schulleiterin oder der Schulleiter nach Anhörung der Fachlehrkraft und gegebenenfalls der Fachkonferenz, ob zusätzlich in dem jeweiligen Fach eine schriftliche Arbeit als weiterer großer Leistungsnachweis schulintern durchgeführt wird.

3.4.4 Bewertung, Rückmeldung und Dokumentation der sonstigen Leistungen (SL)

In regelmäßigen Abständen, und zwar mindestens zweimal pro Schulhalbjahr und rechtzeitig vor der Festlegung der Zeugnisnote, ist den Schülerinnen und Schülern sowie bei Minderjährigen den Erziehungsberechtigten schriftlich eine fachbezogene Rückmeldung zu den erbrachten sonstigen Leistungen unter Einbezug der Mitarbeit, weiterer Leistungen aus dem Unterricht und, sofern gefordert, kleiner Leistungsnachweise sowie zur Lernentwicklung zu geben. Die Rückmeldung wird als Notenstufe gemäß Nummer 3.4.2 ausgedrückt; hierbei sind die erreichten Kompetenzen beziehungsweise die Vorzüge der gezeigten Leistungen sowie die noch weiter zu entwickelnden Kompetenzen beziehungsweise die zu verbessernden Aspekte der gezeigten Leistungen stichwortartig, tabellarisch oder in einem kurzen Kommentar festzuhalten.

Es ist zu überprüfen, dass die Erziehungsberechtigten ihre Kenntnis von der jeweiligen Bewertung durch Unterschrift bestätigen haben.

Im Sinne einer lernprozessbezogenen Leistungsbewertung werden in jedem Schulhalbjahr auf Grundlage der sonstigen Leistungen Gesamtnoten gebildet, in denen die Lernentwicklung und der Lernzuwachs in den einzelnen Fächern während des Schulhalbjahres zu berücksichtigen sind. Diese Noten sind den Schülerinnen und Schülern beziehungsweise den Erziehungsberechtigten mitzuteilen und gegebenenfalls zu erläutern.

Werden in einem Fach kleine Leistungsnachweise durchgeführt, müssen die Kriterien der Bewertung den Schülerinnen und Schülern rechtzeitig vor deren Erbringung erläutert werden. Hierzu gehört gegebenenfalls auch, inwiefern Sprache und Form in die Bewertung eingehen.

Die Bewertung kleiner Leistungsnachweise wird grundsätzlich in Notenstufen gemäß Nummer 3.4.2 ausgedrückt. Die Lehrkraft entscheidet über die geeignete Form der Besprechung und der Berichtigung.

Die Bewertungen kleiner Leistungsnachweise sind den Schülerinnen und Schülern spätestens zwei Schulwochen nach Anfertigung des Leistungsnachweises bekannt zu geben und den Erziehungsberechtigten, gegebenenfalls zusammenfassend (beispielsweise bei jeder schriftlichen Bekanntgabe der Bewertung sonstiger Leistungen), mitzuteilen. Es ist zu überprüfen, dass die Erziehungsberechtigten ihre Kenntnis von der jeweiligen Bewertung durch Unterschrift bestätigen haben.

In besonderen Ausnahmefällen kann die Frist zur Rückgabe auf schriftlich begründeten Antrag der Lehrkraft von der Schulleiterin oder dem Schulleiter verlängert werden.

Die lernprozessbezogene Gesamtnote, die in jedem Schulhalbjahr auf Grundlage der Mitarbeit und weiterer Leistungen aus dem Unterricht sowie, sofern verlangt, kleiner Leistungsnachweise zu ermitteln ist, wird grundsätzlich in Notenstufen gemäß Nummer 3.4.2 ausgedrückt.

Werden in einem Fach schulübergreifende Lernstandserhebungen durchgeführt, können diese in die Gesamtnote für die lernprozessbezogene Leistungsbewertung eingehen, sofern sie eine günstige Lernentwicklung beschreiben.

3.4.5 Zeugnisnoten

Eine Zeugnisnote ist eine fachlich-pädagogische Gesamtbewertung aller Leistungen, die die Schülerin oder der Schüler erbracht hat. Zu ihrer Ermittlung werden die Ergebnisse aller Leistungen auf Grundlage einer kontinuierlichen Beobachtung der individuellen Lern- und Leistungsentwicklung berücksichtigt; diese sind in geeigneter Weise zu dokumentieren.

In den schriftlichen Fächern gehen die lernprozessbezogene Gesamtnote und die einzelnen Noten aus den großen Leistungsnachweisen jeweils etwa gleichgewichtet in die jeweilige Halbjahresnote ein.

In den Klassenstufen 5, 6 und 7 des Gymnasiums sowie in den Klassenstufen 5, 6, 7 und 8 der Gemeinschaftsschule und der Förderschule wird die jeweilige Halbjahresnote in den nicht schriftlichen Fächern auf Grundlage der lernprozessbezogenen Gesamtnote ermittelt.

In den Klassenstufen 8, 9 und 10 des Gymnasiums sowie in den Klassenstufen 9 und 10 der Gemeinschaftsschule und der Förderschule gehen in den nicht schriftlichen Fächern die Note aus dem großen Leistungsnachweis und die lernprozessbezogene Gesamtnote jeweils etwa gleichgewichtet in die jeweilige Halbjahresnote ein.

Die Note im Jahreszeugnis wird aufgrund der Leistungen während des gesamten Schuljahres und, sofern ein Fach während beider Halbjahre unterrichtet worden ist, unter besonderer Berücksichtigung der Leistungen im zweiten Schulhalbjahr ermittelt.

3.4.6 Leistungsbewertung bei angepasstem Anforderungsniveau in der Gemeinschaftsschule und Förderschule im Sekundarbereich

Für Schülerinnen und Schüler, deren Anforderungsniveau in einem oder mehreren Fächern angepasst wurde, und für Schülerinnen und Schüler, bei denen das Vorliegen der Voraussetzungen für eine sonderpädagogische Unterstützung im Förderschwerpunkt Lernen oder geistige Entwicklung anerkannt wurde, richtet sich die Leistungsbewertung nach den im Förderplan individuell vereinbarten Zielen. Hierbei gelten für Schülerinnen und Schüler, deren Anforderungsniveau in einem oder mehreren Fächern angepasst wurde, und für Schülerinnen und Schüler, bei denen das Vorliegen der Voraussetzungen für eine sonderpädagogische Unterstützung im Förderschwerpunkt Lernen anerkannt wurde, die Vorgaben zu Anzahl und Form der Leistungsnachweise (siehe Nummer 3.3) als Orientierung.

Die Leistungsrückmeldung zu einzelnen Leistungsnachweisen beinhaltet den schriftlichen Zusatz: „Die Leistungsbewertung bezieht sich auf das im individuellen Förderplan festgelegte Anforderungsniveau.“

Gemäß § 9 InkVO gekennzeichnete Zeugnisnoten sind um Erläuterungen mit Verbalbeurteilungen und weiterführenden Hinweisen zu ergänzen.

Für Schülerinnen und Schüler, bei denen das Vorliegen der Voraussetzungen für eine sonderpädagogische Unterstützung im Förderschwerpunkt geistige Entwicklung anerkannt wurde und die ein Verbalzeugnis erhalten, kann auf die Erbringung von Leistungsnachweisen im Sinne dieses Erlasses verzichtet werden. Grundlage der Leistungsbewertung bildet dann die kompetenzorientierte Beobachtung in den ausgewiesenen Aktivitätsbereichen. Diese wird in geeigneter Weise festgehalten, ist Teil der Förderdokumentation und bildet den Ausgangspunkt für die fortlaufende Förderplanung.

3.4.7 Sonstige Regelungen im Hinblick auf

die besondere pädagogische Förderung an Gemeinschaftsschulen, Gymnasien und Förderschulen im Sekundarbereich

Zudem sind im Hinblick auf die Leistungsbewertung bei besonderer pädagogischer Förderung die nachfolgenden Regelungen zu berücksichtigen:

- Inklusionsverordnung vom 3. August 2015 (Amtsl. I S. 540; 2016 I S. 217), zuletzt geändert durch Artikel 259 des Gesetzes vom 8. Dezember 2021 (Amtsl. I S. 2629), in der jeweils geltenden Fassung,
- Verordnung zum Unterricht für ausländische Kinder, Jugendliche und Heranwachsende sowie Schüler und Schülerinnen mit Migrationshintergrund, vom 24. November 2009 (Amtsl. S. 1818), zuletzt geändert durch Artikel 251 des Gesetzes vom 8. Dezember 2021 (Amtsl. I S. 2629), in der jeweils geltenden Fassung,
- Richtlinien zur Förderung von Schülerinnen und Schülern mit besonderen Schwierigkeiten beim Erlernen des Lesens und/ oder Rechtschreibens vom 15. November 2009 (Amtsl. S. 1814) in der jeweils geltenden Fassung.

4. Berufliche Schulen

Von allen Schülerinnen und Schülern sind Leistungen im Unterricht und im Rahmen von Leistungsnachweisen zu erbringen. Es werden unterschieden:

- Große Leistungsnachweise (GLN)
- Sonstige Leistungen (SL)

Die sonstigen Leistungen (SL) werden im Rahmen der lernprozessbezogenen Leistungsbewertung unter Einbezug der Leistungen aus dem Unterricht (einschließlich der Mitarbeit) und, sofern gefordert, kleiner Leistungsnachweise erfasst.

Es ist sicherzustellen, dass eine zu bewertende Leistung grundsätzlich eigenständig erbracht wird sowie die erbrachte Leistung eindeutig der einzelnen Schülerin oder dem einzelnen Schüler zugeordnet werden kann. Dies gilt auch und gerade vor dem Hintergrund der Verfügbarkeit beziehungsweise des Einsatzes digitaler Hilfsmittel. Bei nicht unter Aufsicht erbrachten Leistungen (beispielsweise im Falle häuslicher Arbeit) ist sicherzustellen (beispielsweise durch eine kritische Reflexion im Rahmen eines Unterrichtsgesprächs), dass die Arbeit der Schülerin oder dem Schüler als eigenständige Leistung zugeordnet werden kann.

4.1 Große Leistungsnachweise

Große Leistungsnachweise dienen der Beurteilung von und Rückmeldung zu im Unterricht erworbenen Kompetenzen sowie im Unterricht behandelten Themen und Lerngegenständen. Sie ermöglichen eine Bewertung individueller Leistungen und bereiten für Abschlussprüfungen relevante Aufgabenformate vor. Große Leistungsnachweise sind grundsätzlich ankündigungspflichtig und beziehen sich auf eine überschaubare, in sich zusammenhängende Unterrichtseinheit. Es werden schriftliche Arbeiten, medien- und materialgestützte Arbeiten und sonstige Formen großer Leistungsnachweise unterschieden. Große Leistungsnachweise sind für ganze Klassen, Gruppen innerhalb einer Klasse oder einer Klassenstufe oder einzelne Schülerinnen und Schüler konzipiert, sind jedoch – mit Ausnahme der schriftlichen Arbeit und der medien- und materialgestützten Arbeit – nicht zwingend von jeder Schülerin oder jedem Schüler zum gleichen Zeitpunkt zu erbringen. Sie können – mit Ausnahme der schriftlichen Arbeit und der medien- und materialgestützten Arbeit – als Einzel-, Paar- oder Gruppenprüfungen gestellt werden; auch bei Paar- oder Gruppenprüfungen wird die Einzelleistung bewertet. Ein großer Leistungsnachweis ist so konzipiert, dass die vorgesehene Zeit für die Schülerinnen und Schüler angemessen ist.

Zum Erbringen großer Leistungsnachweise sind je nach Aufgabenstellung fachliche und überfachliche Kompetenzen (Sozial- und Selbstkompetenz sowie kommunikative Kompetenz, Methoden- und Lernkompetenz) erforderlich. Liegen bei einem schriftlich erbrachten Leistungsnachweis schwerwiegende und gehäufte Verstöße gegen die Richtigkeit der deutschen Sprache und/oder gegen die äußere Form vor, so kann die Note um maximal eine Notenstufe herabgesetzt werden. Die Bewertungskriterien müssen im Vorfeld der Leistungserbringung festgelegt werden und transparent sein.

Die Anzahl der großen Leistungsnachweise in einem Fach oder Lernfeld soll grundsätzlich für alle Schülerinnen und Schüler einer Klasse gleich sein. Die jeweilige Form kann von Schülerin oder Schüler zu Schülerin oder Schüler variieren. Der Lehrkraft obliegt die Entscheidung über die jeweilige Form des Leistungsnachweises; die Schülerinnen und Schüler sind ihrem Alter entsprechend in die Entscheidung einzubeziehen. Grundsätzlich erfolgt hinsichtlich der bewerteten Leistungen eine Rückmeldung in geeigneter Form; die Kompetenz zur Selbsteinschätzung ist bei den Schülerinnen und Schülern zu fördern. Im Rahmen der besonderen pädagogischen Förderung einer Schülerin oder eines Schülers kann entsprechend den Festlegungen im Förderplan von der Mindestanzahl abgewichen werden.

4.1.1 Formen großer Leistungsnachweise

4.1.1.1 Schriftliche Arbeit

Eine schriftliche Arbeit ist eine unter Aufsicht durchgeführte Einzelprüfung, deren Aufgabenstellung den Schülerinnen und Schülern schriftlich vorliegt. Sie ist grundsätzlich von allen Schülerinnen und Schülern während der Unterrichtszeit anzufertigen.

Zum Abgleich des jeweils erreichten Kompetenzniveaus soll in Parallelklassen der beruflichen Vollzeitschulformen in jedem Schuljahr mindestens in einem der Prüfungsfächer eine schriftliche Arbeit klassenübergreifend als Vergleichsarbeit, die nach denselben Anforderungen angefertigt und nach denselben Kriterien bewertet wird, durchgeführt werden.

4.1.1.2 Medien- und materialgestützte Arbeit

Eine medien- und materialgestützte Arbeit ist eine unter Aufsicht durchgeführte Einzelprüfung, deren Aufgabenstellung den Schülerinnen und Schülern schriftlich vorliegt. Die medien- und materialgestützte Arbeit fordert ganz oder teilweise Leistungen in schriftlicher Form. Die Aufgabenstellung ist hinsichtlich Anspruch und Komplexität derart zu konzipieren, dass die gegebenen Medien und Materialien beziehungsweise Werkzeuge und Hilfsmittel zielführend zu ihrer Bewältigung einzusetzen sind.

Medien und Materialien beziehungsweise Werkzeuge und Hilfsmittel können beispielsweise analoge oder digitale Nachschlagewerke, eigene Aufzeichnungen der Schülerinnen und Schüler, Schulbücher, digitale Geräte mit Internetzugang, Programme zur Textverarbeitung oder Tabellenkalkulation, Zeichensoftware oder KI-basierte Anwendungen wie Large Language Models sein. Der Lehrkraft obliegt die Entscheidung über die für die Anfertigung der Arbeit zulässigen Hilfsmittel; an dieser Entscheidung sind die Schülerinnen und Schüler ihrem Alter entsprechend zu beteiligen.

4.1.1.3 Weitere Formen großer Leistungsnachweise Große Leistungsnachweise sind grundsätzlich in Umfang und Anforderungsniveau gleichwertig.

Nachfolgend werden exemplarisch verschiedene Formen großer Leistungsnachweise aufgeführt.

a. Experimentelle beziehungsweise empirische Arbeit oder Fallstudie

Eine experimentelle beziehungsweise empirische Arbeit oder eine Fallstudie dient der methodisch festgelegten Gewinnung und Auswertung von Informationen (zum Beispiel Experiment, Untersuchung, Umfrage).

Bei der Bewertung werden insbesondere die Eigenständigkeit bei der Planung, Durchführung und Dokumentation sowie die Auswertung und die Präsentation berücksichtigt.

b. Mündliche Prüfung

Eine mündliche Prüfung kann als Einzelprüfung, Paar- oder Gruppenprüfung durchgeführt werden. Bei der Paar- oder Gruppenprüfung soll der jeweilige Sprechanteil der zu prüfenden Schülerinnen und Schüler in einem ausgewogenen Verhältnis stehen.

c. Portfolio

Ein Portfolio ist eine weitgehend selbstständig erstellte, analoge oder digitale schriftliche Dokumentation, die alle wesentlichen Inhalte, Lernwege und Arbeitsprozesse in einem bestimmten Fach zu einem vereinbarten Thema umfasst. Im Vorfeld wird der Zeitrahmen, innerhalb dessen diese schriftliche Dokumentation erstellt wird, festgelegt. Vorgaben zum Umfang sind möglich.

d. Praktische Arbeit

Eine praktische Arbeit umfasst zwei- und dreidimensionale bildnerische Darstellungen, künstlerische Darbietungen aller musisch-kulturellen Sparten sowie handwerkliche Objekte oder digitale Produkte. Der Arbeitsprozess gliedert sich in Planung, Gestaltung und Präsentation und kann durch eine schriftliche Dokumentation ergänzt werden. Neben inhaltlichen und methodischen Aspekten – wie zum Beispiel ein zielführender Einsatz von Materialien und Medien – sind insbesondere Eigenständigkeit, Kreativität und Ausdrucksfähigkeit wesentliche Bewertungskriterien.

Auch sportmotorische Leistungen gehören zu den praktischen Arbeiten. Je nach Sportart finden die vorgenannten Kriterien Anwendung.

e. Referat

Ein Referat umfasst die schriftliche Ausarbeitung eines vorgegebenen Themas, eine Präsentation in einer festgelegten Zeitspanne und ein vertiefendes Unterrichtsgespräch zum Thema.

f. Wettbewerb

Eine Lernleistung im Rahmen eines Wettbewerbes muss mit schulischen Lerninhalten in einem Zusammenhang stehen und den Leistungserwartungen des jeweiligen Bildungsganges und der jeweiligen Klassenstufe entsprechen. Die Wettbewerbsleistung wird durch ein Fachgespräch ergänzt. Die einzelne Wettbewerbsleistung darf nur einmalig und nur in einem Unterrichtsfach eingebracht werden.

g. Zentrales Handlungsprodukt

Zentrale Handlungsprodukte entstehen im Unterricht, der nach dem Prinzip der vollständigen Handlung strukturiert ist, als Ergebnis der Bearbeitung einer didaktisierten betrieblichen Aufgabe. Das zentrale Handlungsprodukt wird unter Einbeziehung verschiedener Kompetenzbereiche erstellt und reflektiert.

4.1.2 Leistungsnachweise im Sportunterricht

Grundsätzlich gilt für alle großen Leistungsnachweise im Fach Sport, dass mindestens sechs Unterrichtsstunden bei wöchentlichem Unterricht und vier Unterrichtsstunden bei Blockunterricht geübt und trainiert werden. Darüber hinaus dürfen nur sportmotorische Aspekte geprüft werden, die Gegenstand des aktuellen Unterrichtsgeschehens sind. Die nachfolgende Aufzählung kann durch weitere sportmotorische große Leistungsnachweise ergänzt werden:

- Sportmotorische Überprüfung in cgs-Sportarten (numerisch messbare Ergebnisse)
- Technik- und Taktiküberprüfung
- Spielbeobachtung
- Standardisierte sportmotorische Tests
- Präsentation einer Bewegungsgestaltung
- Beurteilung von Trainingstagebüchern
- Schülerinnen und Schüler unterrichten Schülerinnen und Schüler

Im Fach Sport sind auch unter Berücksichtigung der einleitenden Hinweise schriftliche Arbeiten und Referate möglich. Die Lernerfolgskontrolle „Schülerinnen und Schüler unterrichten Schülerinnen und Schüler“ kann auch als Referat (Entwurf, Durchführung und Reflexion) gewertet werden.

Zur Bewertung von inaktiven Schülerinnen und Schülern können alle anderen Aspekte des Erlasses zur Leistungsbewertung herangezogen werden.

4.2 Sonstige Leistungen (SL)

Im Sinne einer lernprozessbezogenen Leistungsbewertung umfassen die sonstigen Leistungen (SL) die Mitarbeit, weitere Leistungen aus dem Unterricht sowie – sofern gefordert – kleine Leistungsnachweise.

Die lernprozessbezogene Leistungsbewertung erwächst aus dem Wechselspiel von Lehren und Lernen sowie Beurteilen und Beraten im Rahmen des Unterrichts. Sie dient der Rückmeldung zur Lernentwicklung hinsichtlich im Unterricht aufzubauender Kompetenzen sowie hinsichtlich im Unterricht behandelter und zu sichernder Themen und Lerngegenstände.

Um die Leistungsbeurteilung im Sinne einer den Lernprozess widerspiegelnden, kompetenzentwicklungsorientierten Bewertung zu nutzen, erfolgt unter Einbezug der Mitarbeit und weiterer Leistungen aus dem Unterricht sowie kleiner Leistungsnachweise (sofern diese durchgeführt wurden) eine umfassende Gesamtbewertung zur Beschreibung des Lernfortschritts; werden kleine Leistungsnachweise durchgeführt, sind deren Ergebnisse einzubeziehen. In jedem Schulhalbjahr und in jedem Fach beziehungsweise Lernfeld wird diese Gesamtbewertung in Form einer Gesamtnote für die sonstigen Leistungen (SL) festgehalten und bei der Ermittlung der Zeugnisnote berücksichtigt (siehe Nummer 3.4.5). Die Gesamtnote für die sonstigen Leistungen (SL) ist den Schülerinnen und Schülern in jedem Schulhalbjahr mitzuteilen. Im Rahmen der lernprozessbezogenen Leistungsbewertung sind über die Mitarbeit hinaus weitere Aspekte des Arbeitsverhaltens wie beispielsweise Zuverlässigkeit, Zielgerichtetheit, Sorgfalt, Ausdauer und Selbstständigkeit zu berücksichtigen.

In jedem Schulhalbjahr und in jedem Fach beziehungsweise Lernfeld wird das Ergebnis dieser Gesamtbewertung als Gesamtnote für die sonstigen Leistungen (SL) festgehalten und bei der Ermittlung der Zeugnisnote berücksichtigt. Zur Lernentwicklung der einzelnen Schülerinnen und Schüler soll, gegebenenfalls im Unterricht, mehrfach fach- oder lernfeldbezogene Rückmeldung gegeben werden. In diesem Zusammenhang sollen mit den Schülerinnen und Schülern grundsätzlich im Dialog individuelle Entwicklungsschwerpunkte benannt und reflektiert sowie Ziele hinsichtlich des individuellen Lernzuwachses vereinbart und festgehalten werden. Die Rückmeldung von Leistungen und Lernentwicklung soll kriteriengestützt erfolgen und für den weiteren Lernprozess motivierend sein.

4.2.1 Mitarbeit

Bei der Bewertung der Mitarbeit wird die aktive Beteiligung am Unterricht einschließlich der erbrachten mündlichen Beiträge über einen längeren Unterrichtszeitraum berücksichtigt. Dabei ist insbesondere die fachliche Qualität der Beteiligung maßgeblich. Über Beiträge im Unterrichtsgespräch der gesamten Lerngruppe hinaus ist auch die aktive Beteiligung an Unterrichtsprozessen in weiteren Lern- und Sozialformen wie beispielsweise Paar- oder Gruppenarbeit oder auch in digitalen Lern- und Arbeitsumgebungen zu berücksichtigen; auch bei diesen Lern- und Sozialformen ist die Qualität der Einzelleistung maßgeblich.

Die Bewertung der Mitarbeit ist den Schülerinnen und Schülern sowie bei Minderjährigen auch den Erziehungsberechtigten in regelmäßigen Abständen zusammen mit der Rückmeldung zur prozessbezogenen Leistungsbewertung (mindestens zweimal pro Schulhalbjahr und rechtzeitig vor der Festlegung der Zeugnisnote) – gegebenenfalls mit einer Begründung – schriftlich bekannt zu geben. In jedem Schulhalbjahr geht die Mitarbeit maßgeblich in die Note für die lernprozessbezogene Leistungsbewertung ein.

4.2.2 Weitere Leistungen aus dem Unterricht

Neben der Mitarbeit können im Rahmen der lernprozessbezogenen Leistungsbewertung vielfältige Leistungen einbezogen werden, insbesondere Unterrichtsaktivitäten und Unterrichtsergebnisse wie mündliche, schriftliche und praktische Bearbeitung von Aufgaben mit Auswertung der Ergebnisse, Kurzvorträge und Präsentationen, Dokumentation von Lern- und Arbeitsprozessen, Sammlung, Auswertung und Aufbereitung von Informationen, Rechercheergebnisse, Erstellung von medialen (beispielsweise digitalen) Produkten, szenische Darstellungen oder projektbezogenes Arbeiten.

Solche Leistungen stellen einen integralen Bestandteil der im Unterricht angelegten Lernprozesse dar und erwachsen beispielsweise aus Phasen der Ergebnissicherung, der Lernerfolgskontrolle, der Erkundung oder der Anwendung. Das Erfassen und Beurteilen dieser Leistungen bedarf keiner gesonderten Ausweisung als separater Leistungsnachweis oder als separate Phase der Leistungserbringung; die Kriterien solcher Leistungen sind den Schülerinnen und Schülern bekannt, eine Rückmeldung erfolgt in der Regel unmittelbar im Unterricht.

Form und Anzahl der Leistungen aus dem Unterricht, welche für die individuelle und kriterienorientierte lernprozessbezogene Leistungsbewertung berücksichtigt werden, können von Schülerin oder Schüler zu Schülerin oder Schüler variieren.

4.2.3 Kleine Leistungsnachweise

Kleine Leistungsnachweise können grundsätzlich in allen Fächern und Lernfeldern erbracht werden. Die kleinen Leistungsnachweise unterscheiden sich in Umfang und Komplexität von den großen Leistungsnachweisen. Sie sind nicht ankündigungspflichtig und beziehen sich auf eine überschaubare, in sich zusammenhängende Unterrichtseinheit. Zum Erbringen kleiner Leistungsnachweise sind je nach Aufgabenstellung fachliche und überfachliche Kompetenzen (Personal-, Sozial- und Methodenkompetenz) erforderlich. Zudem findet die sprachliche und formale Richtigkeit (unter anderem die Rechtschreibung) in angemessenem Umfang Berücksichtigung; Maßnahmen zur besonderen pädagogischen Förderung bleiben gegebenenfalls hiervon unberührt.

Die Form und die Anzahl kleiner Leistungsnachweise kann von Schülerin oder Schüler zu Schülerin oder Schüler variieren. Zudem wird im Rahmen der besonderen pädagogischen Förderung einer Schülerin oder eines Schülers die Anzahl der kleinen Leistungsnachweise im Förderplan festgelegt. Die Entscheidung über die Anzahl kleiner Leistungsnachweise in einem Schuljahr erfolgt fach- oder lernfeldbezogen und in pädagogischer Verantwortung der Lehrkräfte unter Berücksichtigung der Zuständigkeiten der schulischen Gremien und der Schulleitung.

Kleine Leistungsnachweise können als Einzel-, Paar- oder Gruppenprüfungen konzipiert sein; auch bei Paar- oder Gruppenprüfungen wird die Einzelleistung bewertet.

Die unter Nummer 4.1.1 aufgeführten Formen der großen Leistungsnachweise können in Umfang und Komplexität angemessen reduziert auch als kleine Leistungsnachweise durchgeführt werden. Zur Leistungsüberprüfung im Sinne einer den Lernprozess widerspiegelnden, kompetenzentwicklungsorientierten Bewertung eignen sich darüber hinaus unterschiedliche, in Umfang und Komplexität entsprechend ausgestaltete Formen der Leistungsüberprüfung wie beispielsweise das Protokoll (Verlaufs- oder Ergebnisprotokoll), das Lerntagebuch zur Dokumentation von Lerninhalten und Unterrichtsaufgaben, die Präsentation zu einem vorgegebenen Thema (gegebenenfalls mit vertiefendem Unterrichtsgespräch), der Wochenplan mit differenzierten Aufgabenstellungen, das Zwischenprodukt im Rahmen der vollständigen Handlung oder das digitale Produkt (zum Beispiel Erklärvideo oder Podcast).

4.3 Übersicht über die zu erbringenden Leistungen

Bei der Auswahl der Leistungsnachweise im Rahmen der nachfolgenden Tabellen ist ein möglichst breites Spektrum unterschiedlicher Formen abzudecken.

Abweichend von den nachfolgenden Tabellen muss im Fach Sport keine schriftliche Arbeit erbracht werden.

In begründeten Einzelfällen (z. B. bei längerer entschuldigter Abwesenheit) darf die Mindestanzahl der Leistungsnachweise im Einvernehmen mit der Schulleitung unterschritten werden.

Aus Gründen, die auf die jeweilige Beschulungsform zurückzuführen sind (z. B. Sonderformen der Blockbeschulung), darf die Mindestanzahl der Leistungsnachweise in Abstimmung mit der Schulaufsichtsbehörde unterschritten werden.

Zu erbringende Leistungen und Anzahl der Leistungsnachweise pro Schuljahr in Fächern an Beruflichen Schulen			
Wochenstunden je Fach	Mindestanzahl große Leistungsnachweise (GLN)	darunter: Mindestanzahl schriftliche Arbeiten	darunter: Mindestanzahl medien- und materialgestützte Arbeit / weitere große Leistungsnachweise
1	1	1	0
2	2	1	1
3 – 4	4	2	1
5 – 6	5	3	1
über 6	6	3	1
Sonstige Leistungen (SL) im Rahmen der lernprozessbezogenen Leistungsbewertung: in jedem Halbjahr mindestens zweimal Bewertung der SL einschließlich Mitarbeit und weiterer Leistungen aus dem Unterricht sowie, sofern gefordert, kleiner Leistungsnachweise ⇒ auf dieser Grundlage eine lernprozessbezogene Gesamtnote pro Halbjahr			
Maßnahmen, welche die besondere pädagogische Förderung betreffen, können im Rahmen der Förderplanung festgelegt werden (§ 2 InkVO).			
Maßnahmen des Nachteilsausgleichs erfolgen gemäß §§ 14 – 16 InkVO.			

Hinweise:

- Die Mindestanzahl an großen Leistungsnachweisen kann in beruflichen Vollzeitschulformen im Schuljahr der Abschlussprüfung in schriftlichen Prüfungsfächern um einen großen Leistungsnachweis verringert werden.
- Im Schuljahr der Abschlussprüfung der Fachoberschule ist in dem schriftlichen Prüfungsfach Fremdsprache ein großer Leistungsnachweis als mündliche Prüfung durchzuführen.
- In der Berufsschule entspricht die Wochenstundenzahl der Stundenzahl des Beschulungsplans.

Zu erbringende Leistungen und Anzahl der Leistungsnachweise in Lernfeldern an Beruflichen Schulen			
Stundenzahl laut Beschulungsplan für das Lernfeld	Mindestanzahl große Leistungsnachweise (GLN)	darunter: Mindestanzahl schriftliche Arbeiten	darunter: Mindestanzahl medien- und materialgestützte Arbeit / weitere große Leistungsnachweise
höchstens 40	1	1	0
mehr als 40 und höchstens 60	2	1	1
Mehr als 60 und höchstens 100	3	1	1
mehr als 100	4	2	1
Sonstige Leistungen (SL) im Rahmen der lernprozessbezogenen Leistungsbewertung: in jedem Halbjahr mindestens zweimal Bewertung der SL einschließlich Mitarbeit und weiterer Leistungen aus dem Unterricht sowie, sofern gefordert, kleiner Leistungsnachweise ⇒ auf dieser Grundlage eine lernprozessbezogene Gesamtnote pro Halbjahr Maßnahmen, welche die besondere pädagogische Förderung betreffen, können im Rahmen der Förderplanung festgelegt werden (§ 2 InkVO). Maßnahmen des Nachteilsausgleichs erfolgen gemäß §§ 14 – 16 InkVO.			

Hinweise:

- Wird die Gesamtstundenzahl eines Lernfeldes mit mehr als 60 Unterrichtsstunden innerhalb eines Schulhalbjahres vollständig unterrichtet, so kann die Zahl der großen Leistungsnachweise um einen großen Leistungsnachweis reduziert werden.
- Wird die Gesamtstundenzahl eines Lernfeldes mit mehr als 100 Unterrichtsstunden im Schuljahr der Abschlussprüfung beziehungsweise Abschlussprüfung Teil II nach BBiG oder HwO unterrichtet, so kann die Zahl der großen Leistungsnachweise um eins reduziert werden.
- Wird die Gesamtstundenzahl eines Lernfeldes mit mehr als 100 Unterrichtsstunden innerhalb des Schulhalbjahres im Schuljahr der Abschlussprüfung beziehungsweise Abschlussprüfung Teil II nach den Vorschriften des Berufsbildungsgesetzes oder der Handwerksordnung vollständig unterrichtet, so kann die Zahl der großen Leistungsnachweise um zwei reduziert werden.

4.4 Bestimmungen zum Verfahren und zur Leistungsrückmeldung

4.4.1 Ankündigung, Häufigkeit und Versäumnis

Große Leistungsnachweise sind grundsätzlich ankündigungspflichtig. Die Termine für die Anfertigung, Abgabe beziehungsweise Präsentation großer Leistungsnachweise werden den Schülerinnen und Schülern jeweils spätestens sieben Kalendertage zuvor bekannt gegeben. Bei Blockunterrichtsklassen mit einwöchiger Blockphase ist eine Ankündigung im vorhergehenden Block erforderlich. Die Termine für große Leistungsnachweise sind gleichmäßig über das Schuljahr zu verteilen. Durch eine abgestimmte Zeitplanung ist eine Häufung von Leistungsnachweisen insbesondere vor den Zeugniskonferenzen zu vermeiden.

Die Anfertigung gleichartiger großer Leistungsnachweise in einem Fach oder Lernfeld darf frühestens eine Unterrichtswoche nach der Leistungsrückmeldung zu einem vorangegangenen gleichartigen großen Leistungsnachweis in demselben Fach oder Lernfeld verlangt werden. Im Falle von einwöchigem Blockunterricht beträgt diese Frist mindestens einen Tag. In besonders begründeten Fällen kann die Schulleiterin oder der Schulleiter Ausnahmen gestatten.

	Höchstzahl großer Leistungsnachweise pro Tag	Höchstzahl großer Leistungsnachweise pro Woche
Werkstattschule	1	3 (+ max. 2)
Ausbildungsvorbereitung	1	3 (+ max. 2)
Berufsfachschulen	1	3 (+ max. 2)
Berufsschule in Teilzeitform (1 Tag/Woche)	2	2 (+ max. 2)
Berufsschule in Teilzeitform (mehr als 1 Tag/Woche)	1 (in begründeten Ausnahmefällen: 2)	2 (+ max. 2)
Berufsschule in der Form des Blockunterrichts	1 (in begründeten Ausnahmefällen: 2)	5 (+ max. 2)
Fachoberschule	2 (davon nur eine schriftliche Arbeit oder medien- und materialgestützte Arbeit)	4 (+ max. 2) (schriftliche Arbeit und/oder mündliche Prüfung)
Fachschule für Sozialpädagogik	2 (davon nur eine schriftliche Arbeit oder medien- und materialgestützte Arbeit)	4 (+ max. 2) (schriftliche Arbeit und/oder mündliche Prüfung)

In besonders begründeten Fällen kann die Schulleiterin oder der Schulleiter eine abweichende Anzahl von Leistungsnachweisen pro Woche beziehungsweise pro Tag gestatten.

Wenn Leistungsnachweise von einzelnen Schülerinnen und Schülern versäumt wurden, kann die Lehrkraft die Nachholung der Leistungsnachweise anordnen. Hierbei kann die Höchstzahl der großen Leistungsnachweise der betreffenden Schülerin oder des betreffenden Schülers pro Woche um maximal zwei („+ max. 2“ gemäß Tabelle oben) erhöht werden. Ausnahmen werden durch die Schulleiterin oder den Schulleiter entschieden.

4.4.2 Bewertung, Rückmeldung und Dokumentation großer Leistungsnachweise

Die Kriterien der Bewertung aller Leistungsnachweise müssen den Schülerinnen und Schülern rechtzeitig vor der Erbringung eines Leistungsnachweises erläutert werden. Hierzu gehört gegebenenfalls auch, inwiefern Sprache und Form in die Bewertung eingehen.

Die Bewertung aller Leistungsnachweise muss den Schülerinnen und Schülern nachvollziehbar mitgeteilt werden. Dies beinhaltet bei schriftlichen Leistungsnachweisen die Begründung durch Korrekturhinweise und gegebenenfalls einen kurzen zusammenfassenden Kommentar oder kurzen stichwortartigen Überblick. In Begründung beziehungsweise Kommentar oder stichwortartigem Überblick sollen bereits erworbene (Teil-)Kompetenzen gewürdigt und gezielte Hinweise zur Verbesserung der Leistung enthalten sein. In schriftlichen Leistungsnachweisen werden gegebenenfalls Hinweise zur Verbesserung von Sprache und Form gegeben.

Die Bewertungen großer Leistungsnachweise sind spätestens nach drei Schulwochen, die Bewertungen kleiner Leistungsnachweise sind spätestens nach zwei Schulwochen bekannt zu geben. Bei nicht mindestens ausreichend bewerteten großen Leistungsnachweisen ist zu überprüfen, dass die Erziehungsberechtigten ihre Kenntnis von der Bewertung des Leistungsnachweises durch Unterschrift bestätigt haben. Die Lehrkraft kann den Ausbildungs- oder Praktikumsbetrieb über die Bewertung des Leistungsnachweises informieren.

In Bezug auf die großen Leistungsnachweise soll ein Notenspiegel bekannt gegeben werden.

Die Lehrkraft entscheidet über die geeignete Form der Besprechung und der Berichtigung. In besonderen Ausnahmefällen kann die Frist zur Rückgabe auf schriftlich begründeten Antrag der Lehrkraft von der Schulleiterin oder dem Schulleiter verlängert werden. Die Verlängerung der Rückgabefrist soll eine Woche nicht überschreiten.

Die Leistungsnachweise werden hinsichtlich Ergebnis und Form in geeigneter Weise schriftlich festgehalten. Gleiches gilt für bekannt gegebene Bewertungen der lernprozessbezogenen Leistungen und der Mitarbeit im Sinne der Nummer 4.2.

Die Bewertung von Leistungsnachweisen wird grundsätzlich in Notenstufen ausgedrückt, die als Wortbezeichnungen mitgeteilt werden. Dies gilt sowohl für die Bewertung aller großen Leistungsnachweise als auch für die lernprozessbezogene Gesamtnote unter Berücksichtigung der Mitarbeit und weiterer Leistungen aus dem Unterricht sowie kleiner Leistungsnachweise, sofern diese durchgeführt wurden.

Dabei gelten folgende Notenstufen:

- | | |
|------------------|---|
| sehr gut (1) | eine den Anforderungen in besonderem Maße entsprechende Leistung; |
| gut (2) | eine den Anforderungen voll entsprechende Leistung; |
| befriedigend (3) | eine den Anforderungen im Allgemeinen entsprechende Leistung; |
| ausreichend (4) | eine Leistung, die zwar Mängel aufweist, aber im Ganzen den Anforderungen noch entspricht; |
| mangelhaft (5) | eine den Anforderungen nicht entsprechende Leistung, die jedoch erkennen lässt, dass die notwendigen Grundkenntnisse vorhanden sind und die Mängel in absehbarer Zeit behoben werden könnten; |
| ungenügend (6) | eine den Anforderungen nicht entsprechende Leistung, bei der selbst die Grundkenntnisse so lückenhaft sind, dass die Mängel in absehbarer Zeit nicht behoben werden könnten. |

4.4.3 Vorlage bei der Schulleitung

Die Schulleiterin oder der Schulleiter kann eine Vorlage großer Leistungsnachweise verlangen. Hierbei sind mindestens drei Arbeiten, die das gesamte Leistungsspektrum abbilden, jeweils zusammen mit der Aufgabenstellung und dem Bewertungsmaßstab (gegebenenfalls einschließlich der Darstellung der Anpassung des Anforderungsniveaus) sowie der Notenverteilung vorzulegen. Darüber hinaus kann die Schulleiterin oder der Schulleiter die Vorlage weiterer großer Leistungsnachweise anfordern.

Erreicht bei einer schriftlichen Arbeit oder einer medien- und materialgestützten Arbeit mehr als ein Drittel der Schülerinnen und Schüler einer Klasse kein mindestens ausreichendes Ergebnis, ist dies der Schulleiterin oder dem Schulleiter mitzuteilen. Die Schulleiterin oder der Schulleiter prüft nach Anhörung der Fachlehrkraft und gegebenenfalls der Fachkonferenz, ob die jeweiligen Anforderungen und der Bewertungsmaßstab angemessen sind. Ist dies der Fall, ist der große Leistungsnachweis wie zuvor festgelegt zu werten, andernfalls entscheidet die Schulleiterin oder der Schulleiter über das weitere Vorgehen (Wertung bei Veränderung des Bewertungsmaßstabes beziehungsweise Nichtwertung und Wiederholung). In einem nicht zu wertenden Leistungsnachweis erbrachte Leistungen sollen zugunsten der Schülerin oder des Schülers berücksichtigt werden.

Bei Vergleichsarbeiten (siehe auch 3.4.3) gelten alle teilnehmenden Schülerinnen und Schüler als Schülerinnen und Schüler einer Klasse.

4.4.4 Bewertung, Rückmeldung und Dokumentation der sonstigen Leistungen (SL)

In regelmäßigen Abständen, und zwar mindestens zweimal pro Schulhalbjahr und rechtzeitig vor der Festlegung der Zeugnisnote, ist den Schülerinnen und Schülern sowie bei Minderjährigen den Erziehungsberechtigten eine fachbeziehungsweise lernfeldbezogene Rückmeldung zum individuellen Lernprozess unter Einbezug der Mitarbeit, weiterer Leistungen aus dem Unterricht und kleiner Leistungsnachweise (sofern diese durchgeführt wurden) in Form einer Note schriftlich bekannt zu geben. Hierbei sind die erreichten Kompetenzen beziehungsweise die Vorzüge der gezeigten Leistungen sowie die noch weiter zu entwickelnden Kompetenzen beziehungsweise die zu verbessernden Aspekte der gezeigten Leistungen stichwortartig, tabellarisch oder in einem kurzen Kommentar festzuhalten.

Bei minderjährigen Schülerinnen und Schülern ist zu überprüfen, dass die Erziehungsberechtigten ihre Kenntnis von der jeweiligen Bewertung durch Unterschrift bestätigt haben.

Im Sinne einer lernprozessbezogenen Leistungsbewertung werden in jedem Schulhalbjahr auf Grundlage der sonstigen Leistungen Gesamtnoten gebildet, in denen die Lernentwicklung und der Lernzuwachs in den einzelnen Fächern und Lernfeldern während des Schulhalbjahres zu berücksichtigen sind. Diese Noten sind den Schülerinnen und Schülern beziehungsweise den Erziehungsberechtigten mitzuteilen und gegebenenfalls zu erläutern.

Werden in einem Fach kleine Leistungsnachweise durchgeführt, müssen die Kriterien der Bewertung den Schülerinnen und Schülern rechtzeitig vor deren Erbringung erläutert werden. Hierzu gehört gegebenenfalls auch, inwiefern Sprache und Form in die Bewertung eingehen.

Die Bewertung kleiner Leistungsnachweise wird grundsätzlich in Notenstufen ausgedrückt. Die Lehrkraft entscheidet über die geeignete Form der Besprechung und der Berichtigung.

Die Bewertungen kleiner Leistungsnachweise sind den Schülerinnen und Schülern spätestens zwei Schulwochen nach Anfertigung des Leistungsnachweises bekannt zu geben und bei minderjährigen Schülerinnen und Schülern den Erziehungsberechtigten, gegebenenfalls zusammenfassend (beispielsweise bei jeder schriftlichen Bekanntgabe der Bewertung sonstiger Leistungen), mitzuteilen. Bei minderjährigen Schülerinnen und Schülern ist zu überprüfen, dass die Erziehungsberechtigten ihre Kenntnis von der jeweiligen Bewertung durch Unterschrift bestätigt haben.

In besonderen Ausnahmefällen kann die Frist zur Rückgabe auf schriftlich begründeten Antrag der Lehrkraft von der Schulleiterin oder dem Schulleiter verlängert werden.

Die lernprozessbezogene Gesamtnote, die in jedem Schulhalbjahr auf Grundlage der Mitarbeit und weiterer Leistungen aus dem Unterricht sowie, sofern verlangt, kleiner Leistungsnachweise zu ermitteln ist, wird grundsätzlich in Notenstufen ausgedrückt.

4.4.5 Zeugnisnoten

Die Zeugnisnote in einem Fach oder Lernfeld ist eine fachlich-pädagogische Gesamtbewertung aller Leistungen, die die Schülerin oder der Schüler erbracht hat. Zu ihrer Ermittlung werden die Ergebnisse aller Leistungen auf Grundlage einer kontinuierlichen Beobachtung der individuellen Lern- und Leistungsentwicklung berücksichtigt; diese sind in geeigneter Weise zu dokumentieren.

Die lernprozessbezogene Gesamtnote und die einzelnen Noten aus den großen Leistungsnachweisen gehen jeweils etwa gleichgewichtet in die jeweilige Halbjahresnote in einem Fach oder Lernfeld ein.

Die Note im Jahreszeugnis wird aufgrund der Leistungen während des gesamten Schuljahres und, sofern ein Fach während beider Halbjahre unterrichtet worden ist, unter besonderer Berücksichtigung der Leistungen im zweiten Schulhalbjahr ermittelt.

4.4.6 Sonstige Regelungen im Hinblick auf die besondere pädagogische Förderung

Zudem sind im Hinblick auf die Leistungsbewertung bei besonderer pädagogischer Förderung die nachfolgenden Regelungen zu berücksichtigen:

- Inklusionsverordnung vom 3. August 2015 (Amtsbl. I S. 540; 2016 I S. 217), zuletzt geändert durch Artikel 259 des Gesetzes vom 8. Dezember 2021 (Amtsbl. I S. 2629), in der jeweils geltenden Fassung,
- Verordnung zum Unterricht für ausländische Kinder, Jugendliche und Heranwachsende sowie Schüler und Schülerinnen mit Migrationshintergrund vom 24. November 2009 (Amtsbl. S. 1818), zuletzt geändert durch Artikel 251 des Gesetzes vom 8. Dezember 2021 (Amtsbl. I S. 2629)
- Richtlinien zur Förderung von Schülerinnen und Schülern mit besonderen Schwierigkeiten beim Erlernen des Lesens und/ oder Rechtschreibens vom 15. November 2009 (Amtsbl. S. 1814) in der jeweils geltenden Fassung,
- Rundschreiben zu Verfahrensgrundlagen für Schülerinnen und Schüler mit Rechenschwäche und Rechenstörung/Dyskalkulie vom 25. Juni 2014 in der jeweils geltenden Fassung.

5. Inkrafttreten, Außerkrafttreten, Anwendung

Dieser Erlass tritt am 1. August 2024 in Kraft. Der Erlass ist abweichend von Satz 2 der Vorbemerkung gemäß § 24 Absatz 2 der Verordnung – Schul- und Prüfungsordnung – über die Gymnasiale Oberstufe und die Abiturprüfung im Saarland vom 2. Juli 2007 (Amtsbl.

S. 1315), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 8. Dezember 2021 (Amtsbl. I S. 2629), in der jeweils geltenden Fassung, auch auf die Schülerinnen und Schüler anzuwenden, die sich in den Schuljahren 2024/2025 und 2025/2026 jeweils in der Klassenstufe 10 des auslaufenden achtjährigen Gymnasiums und somit in der Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe befinden.

Der Erlass zur Leistungsbewertung in den Schulen des Saarlandes vom 16. Juli 2016, zuletzt geändert durch den Erlass vom 21. Juni 2017 (Amtsbl. I S. 582), tritt am 31. Juli 2024 außer Kraft.

Das Rundschreiben zum Erlass zur Leistungsbewertung in den Schulen des Saarlandes – Überarbeitetes Kapitel 4 Berufliche Schulen vom 21. Juni 2019 tritt am 31. Juli 2024 außer Kraft.

Erlass betreffend das Verfahren
bei Leistungsverweigerung durch Schüler
der allgemeinbildenden Schulen (ohne Sonderschulen)
und der berufsbildenden Schulen sowie betreffend
die Notengebung in Fällen entschuldigter
Schulversäumnisse

Vom 10. Mai 1972 (GMB1. Saar S. 371)

I. Grundsätzliches

Der Schüler ist verpflichtet, am Erreichen des Schulziels mitzuwirken; dazu gehört auch die Pflicht, die eigene Leistung in jedem Fach nachzuweisen und damit der Schule die Möglichkeit der Beurteilung zu geben.

Grundlage für die Leistungsbeurteilung sind die vom Schüler zu erbringenden mündlichen, schriftlichen und praktischen Leistungen.

II. Leistungsverweigerung durch Schüler

1. Leistungsverweigerung liegt vor, wenn der Schüler

1.1 ohne hinreichenden Grund (§§ 8, 9 ASchO) den Unterricht nicht besucht und infolgedessen eine hinreichende Grundlage für eine Leistungsbewertung fehlt bzw. zu einer angesetzten schriftlichen Arbeit oder mündlichen oder praktischen Überprüfung nicht erscheint,

1.2 zwar anwesend ist, sich aber nach Aufklärung über die Konsequenzen seines Fehlverhaltens rechtswidrig weigert, die geforderte Leistung zu erbringen. Eine Leistungsverweigerung in diesem Sinn liegt nicht vor, wenn ein Schüler bei einer Überprüfung aus Unvermögen keine oder nur eine unvollständige Leistung bietet; in diesem Fall sind Leistungsnoten zu erteilen.

2. Bei Leistungsverweigerung durch Schüler ist nach folgender Regelung zu verfahren:

2.1 Die verweigerte Leistung wird als "nicht feststellbar" festgehalten. Der Fachlehrer teilt dies dem Schüler mit und unterrichtet den Schulleiter oder einen von ihm Beauftragten. "Nicht feststellbar" wird für die Bildung der Zeugnisnote wie die Note "ungenügend" gewertet.

2.2 Die Schüler sind — auch in den Fällen von 1.1 — auf ihr Fehlverhalten und dessen Konsequenzen für die Leistungsbeurteilung hinzuweisen; ggf. erfolgt eine schriftliche Benachrichtigung der Erziehungsberechtigten durch den Schulleiter mit einem Hinweis auf die möglichen Folgen einer wiederholten Leistungsverweigerung; Organe der Schülermitverantwortung und der Elternvertretung können eingeschaltet werden. Erweisen sich diese pädagogischen Lösungsversuche als nicht wirksam, so sind in Fällen wiederholter Leistungsverweigerung bei Schülern weiterführender Schulen Schulordnungsmaßnahmen wie Androhung der Verweisung oder Verweisung von der Schule (§ 17 Allgemeine Schulordnung) in Betracht zu ziehen; bei Schülern von Pflichtschulen sind Maßnahmen nach dem Schulpflichtgesetz ins Auge zu fassen (§ 14 SchPflG).

Eine wiederholte Leistungsverweigerung liegt auch dann vor, wenn der Schüler gleichzeitig in mehreren Fächern je einmal die Leistung verweigert hat.

2.3 Jede Leistungsverweigerung und alle Maßnahmen bei Leistungsverweigerung sind aktenkundig zu machen.

2.4 Hat der Fachlehrer infolge wiederholter Leistungsverweigerung des Schülers keine hinreichende Grundlage für eine Zeugnisnote, erscheint im Zeugnis in der Notenspalte des jeweiligen Faches der Vermerk "nicht feststellbar".

2.5 Ein solches auf Leistungsverweigerung beruhendes "nicht feststellbar" ist im Rahmen der geltenden Versetzungsbestimmungen wie die Note "ungenügend" zu werten.

III. Notengebung in Fällen entschuldigter Schulversäumnisse

1. Bei Schülern, deren Leistungen infolge entschuldigter Schulversäumnisse (z. B. Fehlzeiten wegen Krankheit) nicht zuverlässig oder überhaupt nicht beurteilt werden können, weil sie nur wenige oder keine Klassenarbeiten mitgeschrieben haben oder an sonstigen Leistungsfeststellungen (Zettelarbeiten, mündliche Überprüfungen) nicht teilgenommen haben, sollte angemessene Zeit nach Beendigung des Schulversäumnisses der Leistungsstand durch Sonderklassenarbeiten, mündliche Überprüfungen) o.ä. festgestellt werden.

2. In Fällen besonders langer oder häufiger Schulversäumnisse können Maßnahmen nach II. 1. sich wegen zu großer, nicht kurzfristig behebbarer Wissenslücken als nicht sinnvoll erweisen. Ist dies der Fall, legt der Klassenlehrer den Erziehungsberechtigten des Schülers nahe, bei der Klassenkonferenz Antrag auf Rücktritt in die nächstniedrige Klasse zu stellen.

Auf gemeinsamen Antrag des Klassenlehrers und der Erziehungsberechtigten kann in derartigen Fällen die Klassenkonferenz — abweichend von § 13 (2) ZVO Gymnasien (Realschulen) — den Rücktritt auch noch während des 2. Schulhalbjahres genehmigen. Für den erneuten Übergang in die Klasse, in die der Schüler bereits versetzt war, bedarf es keiner erneuten Versetzung.

Wird der Empfehlung des Klassenlehrers auf Beantragung des Rücktritts von den Erziehungsberechtigten nicht gefolgt, ist zu Ende des Schuljahres über die Versetzung des Schülers zu entscheiden. Da in diesen Fällen infolge der besonders langen oder häufigen Schulversäumnisse für die Leistungsbeurteilungen keine zuverlässigen Grundlagen vorhanden sind, kann nur auf Nichtversetzung entschieden werden; es sei denn, die Klassenkonferenz beschließt, den Beschluss über die Versetzung bis zum Ablauf des nächsten Schulhalbjahres auszusetzen und dem Schüler bis dahin die Teilnahme am Unterricht der nächsthöheren Klasse zu gestatten (für die Realschulen und die Gymnasien ist dies in § 10 Abs. 2 ZVO bereits ausdrücklich geregelt).

Auf dem Jahreszeugnis ist auf die entschuldigten Fehlzeiten und die infolgedessen für eine Leistungsbeurteilung fehlenden Grundlagen hinzuweisen. Ferner ist die Entscheidung betreffend Nichtversetzung bzw. Aussetzung der Versetzungsentscheidung einzutragen. Die Notenspalten bleiben ohne Eintragung und werden mit Schrägstrich besetzt.



GEW

Erlass
über Mehrarbeit im Schuldienst
 Vom 6. August 2003 (GMBL. Saar S. 491)

Zur Mehrarbeit im Schuldienst wird im Einvernehmen mit dem Ministerium für Inneres und Sport und dem Ministerium für Finanzen und Bundesangelegenheiten Folgendes bestimmt:

1. Verpflichtung zur Leistung von Mehrarbeit

- 1.1 Nach § 87 des Saarländischen Beamtengesetzes (SBG) ist die Lehrkraft verpflichtet, über ihre individuelle Pflichtstundenzahl hinaus Mehrarbeit zu leisten. Mehrarbeit darf nur angeordnet oder genehmigt werden, wenn zwingende dienstliche Gründe es erfordern und sich die Mehrarbeit auf Ausnahmefälle beschränkt. Die Verpflichtung der Lehrkraft zur Übernahme von Mehrarbeit erstreckt sich auf kurzfristige (voraussichtlich vier Schulwochen nicht übersteigende) und langfristige Mehrarbeit im Schuldienst.

Mehrarbeit ist grundsätzlich durch Dienstbefreiung abzugelten. Soweit eine solche innerhalb eines Jahres nicht erfolgt, wird die Mehrarbeit vergütet. Ausnahmen: Verrechnung mit ausgefallenen Pflichtstunden (vgl. Nummer 3.3) sowie Blockunterricht an Berufsschulen (vgl. Nummer 3.4).

- 1.2 Mehrarbeit der einzelnen Lehrkraft darf 24 Unterrichtsstunden im Kalendermonat nicht übersteigen.
- 1.3 Vergütbare Mehrarbeit im Schuldienst ist nur die von einer Lehrkraft im Rahmen der hauptamtlichen oder hauptberuflichen Unterrichtstätigkeit auf Anordnung oder mit Genehmigung über die individuelle Pflichtstundenzahl (Soll-Stunden-Zahl) hinaus zu leistende Unterrichtstätigkeit. Individuelle Pflichtstundenzahl ist die für die betroffene Lehrkraft festgesetzte Zahl der Unterrichtsstunden (also Berücksichtigung von Ermäßigungen, z. B. aus Gründen des Alters, oder Anrechnungen aus Gründen der Wahrnehmung besonderer Aufgaben).
- 1.3.1 Vergütbare Mehrarbeit liegt nur bei einer Mehrbeanspruchung durch Unterrichtstätigkeit vor. Nur tatsächlich gehaltene Unterrichtsstunden, die als Mehrarbeitsstunden ausgewiesen sind, können vergütet werden.

Unterricht im vorstehenden Sinne liegt auch vor, wenn

- a) eine Lehrkraft, für die eine Mehrarbeitsstunde im Stundenplan ausgewiesen ist, anlässlich einer Schulwanderung oder einer Lehrfahrt am gleichen Tage eine Unterrichtsstunde erteilt,
- b) eine Ausbildungslehrkraft eine im Stundenplan ausgewiesene Mehrarbeitsstunde unter ihrer Anleitung und in ihrer Anwesenheit von Beamten oder Beamtinnen im Vorbereitungsdienst erteilen lässt oder
- c) eine Lehrkraft im Rahmen angeordneter Mehrarbeit bei einer Klassenarbeit die Aufsicht führt.

- 1.3.2 Vergütbare Mehrarbeit liegt insbesondere in folgenden Fällen nicht vor:

- Teilnahme an Eltern- und Schülersprechterminen,
- Teilnahme an Konferenzen, Dienstbesprechungen und Prüfungen aller Art (einschließlich der Aufsicht bei Prüfungsarbeiten),
- Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen,
- Teilnahme an Schulveranstaltungen im Rahmen der Richtlinien über Schulwanderungen, Lehrfahrten, Schul-landheimaufenthalte und andere außerunterrichtliche Schulveranstaltungen,
- Teilnahme an sonstigen Schulveranstaltungen (z. B. Schulfeste),
- Teilnahme an Schulsportfesten einschließlich der Mitwirkung als Kampfrichter oder Kampfrichterin,
- Teilnahme und Mitwirkung am Schulgottesdienst,
- Teilnahme an Gemeinschaftsveranstaltungen,
- Teilnahme und Aufsicht bei Berufsberatungen,
- Besuch von Schülern und Schülerinnen während der Betriebspraktika,
- Erledigung von Verwaltungsarbeit.

- 1.4 Abrechnungszeitraum zur Ermittlung von Mehrarbeit ist der Kalendermonat. Unterrichtsstunden, die im ersten Mehrarbeitsmonat eines Vergütungsantrages über die Pflichtstundenzahl (vgl. Nummer 1.3) hinaus geleistet werden, sind mit den im gleichen Kalendermonat angefallenen nicht anrechenbaren Ausfallstunden (vgl. Nummer 3.3) zu verrechnen. Soweit eine Verrechnung möglich ist, liegt keine durch Dienstbefreiung oder Vergütung auszugleichende Mehrarbeit vor.
- 1.5 Die vorübergehende Erhöhung der Pflichtstundenzahl einer Lehrkraft im Rahmen des flexiblen Unterrichtseinsatzes (§§ 3 a, 3 b PflichtstundenVO) stellt keine Mehrarbeit dar.

2. Anordnung und Beendigung der Mehrarbeit

2.1 Zuständigkeiten

Kurzfristige Mehrarbeit wird vom Schulleiter oder der Schulleiterin angeordnet. Die Anordnung ist unter Berücksichtigung der Gesamtbelastung der in Frage kommenden Lehrkräfte zu treffen. Auf die Anordnung von Mehrarbeit kann verzichtet werden, wenn der drohende Unterrichtsausfall durch sonstige schulorganisatorische Maßnahmen vermieden werden kann.

Langfristige Mehrarbeit wird durch das Ministerium für Bildung, Kultur und Wissenschaft auf Antrag des Schulleiters oder der Schulleiterin angeordnet.

2.2 Verfahren

2.2.1 Beantragung, Anordnung und Widerruf der Mehrarbeit bedürfen der Schriftform. Für die Anordnung kurzfristiger Mehrarbeit durch den Schulleiter oder die Schulleiterin ist der Vordruck nach Anlage 1 zu benutzen. Ein Mehrexemplar der Anordnung ist zu den Schulakten zu nehmen.

2.2.2 Langfristige Mehrarbeit ist im Stundenplan der Lehrkraft nach Wochentag, Unterrichtsstunde und Klasse dauerhaft kenntlich zu machen. Eine Änderung dieser Festlegung ist nur bei Neugestaltung des Stundenplans aus schulfachlichen Gründen möglich.

3. Nachweis geleisteter Mehrarbeit

3.1 Im Vergütungsantrag (Vordruck nach Anlage 2) ist eine Gegenüberstellung von Ist- und Soll-Unterrichtsstunden zur Ermittlung der im Kalendermonat geleisteten Mehrarbeitsstunden vorzunehmen.

Ist-Stunden sind

- geleistete Pflichtstunden,
- ausgefallene Pflichtstunden (anrechenbare Ausfallstunden), sofern auf den Unterrichtsausfall ein rechtlicher Anspruch besteht oder eine andere dienstliche Tätigkeit ausgeübt wurde,
- geleistete Mehrarbeitsstunden.

Soll-Stunden sind die von einer Lehrkraft zu leistenden individuellen Pflichtstunden (vgl. Nummer 1.3).

Die Gegenüberstellung der Soll- und Ist-Stunden bezieht sich jeweils auf den Kalendermonat. Dabei sind Unterrichtsausfälle, die in einem der Mehrarbeit vorausgegangenen Kalendermonat eingetreten sind, nicht zu berücksichtigen.

3.2 Auf die Ist-Stunden anrechenbar sind Ausfallstunden, auf deren Gewährung die Lehrkraft einen rechtlichen Anspruch hat.

Anrechenbare Ausfallstunden liegen vor bei Unterrichtsausfall z. B.

- an gesetzlichen Feiertagen,
- an Ferientagen (auch an beweglichen Ferientagen),
- an Krankheitstagen,
- aufgrund Urlaubs gemäß § 107 Abs. 3 SBG,
- aufgrund Dienstbefreiung aus einem der in § 14 der Urlaubsverordnung genannten Gründe,
- infolge Wahrnehmung einer Nebentätigkeit gemäß § 78 SBG.

Anrechenbare Ausfallstunden liegen ferner vor bei Unterrichtsausfall infolge Wahrnehmung anderer dienstlicher Tätigkeiten, z. B. bei Teilnahme

- an Eltern- und Schülersprechterminen,
- an Konferenzen und Dienstbesprechungen,
- an Prüfungen,
- an Schulveranstaltungen,
- an zugleich im dienstlichen Interesse liegenden Fortbildungsveranstaltungen,
- an Gemeinschaftsveranstaltungen,
- an sonstigen dienstlichen Veranstaltungen

sowie bei Erledigung von Verwaltungsarbeit auf Anordnung des Schulleiters oder der Schulleiterin.

Als dienstliche Tätigkeiten in diesem Sinne gelten nicht die Zeiten der Unterrichtsvor- und -nachbereitung.

- 3.3 Nicht anrechenbare Ausfallstunden liegen vor bei Pflichtstundenausfällen wegen Abwesenheit der Schüler, z. B.
- bei wetterbedingtem Unterrichtsausfall (Schulfrei wegen Hitze, Glatteis u. Ä.),
 - bei Schulwanderungen und Lehrfahrten,
 - bei Betriebspraktika,
 - bei Schulfrei an nicht gesetzlichen Feiertagen,
 - bei Störung des Dienstbetriebes (z. B. Unbenutzbarkeit von Klassenräumen, Ausfall der Heizung, Wasserrohrbruch),
 - wegen noch nicht eingerichteter Eingangsklassen zu Beginn des Schuljahres,
 - bei vorzeitigem Unterrichtsfrei der Abschlussklassen und
 - bei vorzeitigem Unterrichtsschluss am letzten Tag vor den Ferien bzw. am Tag der Zeugnisausgabe.

Gleiches gilt bei der Schließung von Klassen aus gesundheitlichen Gründen.

Pflichtstundenausfall in diesen Fällen ist jedoch dann in dem zeitlichen Umfang als geleistete Arbeitszeit zu rechnen (anrechenbar als Ist-Stunden), in dem die Lehrkraft anstelle des Unterrichtseinsatzes auf Anordnung des Schulleiters oder der Schulleiterin zeitgleich anderweitig dienstlich tätig wird.

- 3.4 Bei der Erteilung von Blockunterricht an Berufsschulen ist Mehrarbeit während einer Blockphase durch Minderarbeit in anderen Blockphasen während eines Schuljahres auszugleichen.

Am Schuljahresende werden Ist- und Soll-Stunden gegenübergestellt. Mehrarbeit kann nur dann vergütet werden, wenn sich aus der Gegenüberstellung ergibt, dass die Lehrkraft Unterricht über ihre individuell festgesetzte Pflichtstundenzahl hinaus erteilt hat. Die Abrechnung erfolgt nach Ablauf des Schuljahres.

4. Vergütung der Mehrarbeit

- 4.1 Gemäß § 3 in Verbindung mit § 5 der Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung für Beamte (MVergV) ist nur Mehrarbeitsunterricht im Umfang von mindestens vier bis zu höchstens 24 Unterrichtsstunden einschließlich vergütbar.

Erteilt eine Lehrkraft im Monat mindestens vier Mehrarbeitsstunden, so wird der Mehrarbeitsunterricht von der ersten Stunde an vergütet. Die Vergütung von Mehrarbeitsunterricht unter vier Stunden im Kalendermonat erfolgt auch dann, wenn die Mindeststundenzahl wegen entsprechender Dienstbefreiung oder wegen Verrechnung mit Arbeitsausfall unterschritten wird.

- 4.2 § 3 Abs. 3 MVergV findet keine Anwendung, weil für Lehrkräfte die tägliche Unterrichtsverpflichtung im Stundenplan individuell festgesetzt ist.

4.3 Verfahren

Mehrarbeit ist grundsätzlich durch Dienstbefreiung innerhalb eines Jahres nach Ende des Mehrarbeitsmonats abzugelten. Der Dienstbefreiung stehen Unterrichtsausfälle ohne rechtlichen Anspruch, insbesondere nicht anrechenbare Ausfallstunden (Nummer 3.3) gleich.

Im Falle der Abrechnung mehrerer Mehrarbeitsmonate im Rahmen eines Vergütungsantrages beginnt die Jahresfrist erst nach dem letzten Mehrarbeitsmonat. Bei Erteilung von Blockunterricht an Berufsschulen können Vergütungsanträge erst nach Ablauf des Schuljahres festgelegt werden. Die Anträge sind beim Ministerium für Bildung, Kultur und Wissenschaft einzureichen.

5. Teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte

Auch teilzeitbeschäftigte hauptamtliche und hauptberufliche Lehrkräfte sind zur Erteilung von Mehrarbeit verpflichtet, sofern zwingende dienstliche Gründe dies erfordern.

6. Schwerbehinderte Lehrkräfte

Schwerbehinderte Lehrkräfte sind auf ihr Verlangen von Mehrarbeit freizustellen.

7. Lehrkräfte im Angestelltenverhältnis

Dieser Erlass ist auf Lehrkräfte im Angestelltenverhältnis mit folgender Maßgabe entsprechend anwendbar:

Solange die Pflichtstundenzahl einer vollbeschäftigten Lehrkraft nicht erreicht ist, haben teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte, die Mehrarbeit (ohne Freizeitausgleich) leisten,

- auch für die ersten drei geleisteten Zusatzstunden einen Vergütungsanspruch,
- für die nicht durch Freizeit ausgeglichenen und deshalb zu bezahlenden Zusatzstunden einen Anspruch auf die anteilige Vergütung im Sinne des § 34 BAT.

Wird von einer Teilzeitkraft durch die Leistung von Zusatzstunden die Pflichtstundenzahl einer vollbeschäftigten Lehrkraft überschritten, gelten für die über die volle Pflichtstundenzahl hinausgehenden Zusatzstunden die allgemeinen Mehrarbeitsregelungen.

8. In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten

Dieser Erlass tritt am 1. September 2003 in Kraft. Gleichzeitig tritt der Erlass betreffend Mehrarbeit im Schuldienst vom 13. März 1985 (GMBL. Saar S. 165; 239) außer Kraft.



Anlage 1

(Schule)_____
(Ort und Datum)

Anordnung kurzfristiger Mehrarbeit

Nach § 87 Abs. 3 SBG in Verbindung mit dem Erlass über Mehrarbeit im Schuldienst ordne ich für Sie Mehrunterricht wie folgt an:

in Klasse _____	während der _____	Unterrichtsstunde
in Klasse _____	während der _____	Unterrichtsstunde
in Klasse _____	während der _____	Unterrichtsstunde
in Klasse _____	während der _____	Unterrichtsstunde

Ich bitte, über die innerhalb der im Mehrarbeitserlass genannten Jahresfrist gewährte Dienstbefreiung bzw. über den Unterrichtsausfall ohne rechtlichen Anspruch Buch zu führen und die Daten mit mir abzustimmen.

(Ort, Datum)_____
(Schulleiter/Schulleiterin)

Vermerk der Schulleitung

Es erfolgte Dienstbefreiung/Unterrichtsausfall ohne rechtlichen Anspruch (nicht anrechenbare Ausfallstunden) innerhalb der Jahresfrist:

am _____	Std.
am _____	Std.
am _____	Std.
am _____	Std.
am _____	Std.

Festgestellt am _____ Anerkannt am _____

(Schulleiter/Schulleiterin)_____
(Lehrkraft)

Anlage 2

(Schule)_____
(Ort und Datum)_____
(Telefon)_____
(Datum und Abrechnungsmonat des letzten Antrages)

An das
Ministerium für Bildung,
Kultur und Wissenschaft
Postfach 102452
66024 Saarbrücken

Vergütungsantrag für geleistete Mehrarbeit
nach dem Erlass über Mehrarbeit im Schuldienst
Abschnitt A

1. Antragsteller/Antragstellerin

(Vorname)_____
(Familienname)_____
(Geb. Datum)_____
(Amts-Dienstbezeichnung)_____
(Bes.gr./Vergütungsgruppe)_____
(Pers.-Nr.)_____
(Stammschule/n)_____
(Schule der Mehrarbeitsleistung)

2. Wöchentliche Pflichtstundenzahl (Soll-Stunden) des Antragsteller/der Antragstellerin:
Grund und Umfang einer eventuellen Ermäßigung/Anrechnung:

Diese wöchentlichen Soll-Stunden sind nachfolgend unter Nummer 6 auf den Monat der Mehrarbeitsleistung hochzurechnen.

3. Kurzfristige Mehrarbeit (Kennbuchstabe K) nach schriftlicher Anordnung des Schulleiters/der Schulleiterin vor Abzug von Dienstbefreiung und Unterrichtsausfall ohne rechtlichen Anspruch (nicht anrechenbare Ausfallstunden):

im Monat	insgesamt	Unterrichtsstunden
im Monat	insgesamt	Unterrichtsstunden
im Monat	insgesamt	Unterrichtsstunden
im Monat	insgesamt	Unterrichtsstunden

4. Langfristige Mehrarbeit (Kennbuchstabe L) nach schriftlicher Anordnung des Ministeriums für Bildung, Kultur und Wissenschaft vom Az.: :

vom bis Wochenstunden.

5. Die vergütungsfähige Mehrarbeit ergibt sich aus der Gegenüberstellung von Soll- und Ist-Stunden im Kalendermonat der Mehrarbeitsleistung.

6. Ermittlung der vergütungsfähigen Mehrarbeit (bitte Nummer 7 beachten):

Mehrarbeitsmonat 20

[illegible]

Gesamtzahl der Ist-Stunden im Mehrarbeitsmonat:

Gesamtzahl der Soll-Stunden im Mehrarbeitsmonat:

Differenz:

Im anschließenden Jahreszeitraum erfolgte Dienstbefreiung bzw. Unterrichtsausfall ohne rechtlichen Anspruch (nicht anrechenbare Ausfallstunden):

[illegible]

Damit verbleiben als vergütungsfähige Mehrarbeit noch 10 Stunden.

7. Da es insbesondere bei langfristiger Mehrarbeit zu einer Überlappung von Wartezeiten kommen kann, gilt in diesem Falle zur Vermeidung mehrfacher Anrechnung von Dienstbefreiung/Unterrichtsausfall ohne rechtlichem Anspruch folgende Regelung:

Liegt Dienstbefreiung/Unterrichtsausfall ohne rechtlichen Anspruch sowohl bei einem früheren als auch beim jetzigen Vergütungsantrag innerhalb der einjährigen Wartezeit nach einem Mehrarbeitsmonat, so ist sie/er nunmehr mit Rotstift einzutragen und von der vergütungsfähigen Mehrarbeit nicht mehr abzuziehen. Dienstbefreiung/Unterrichtsausfall ohne rechtlichen Anspruch kann nur einmal angerechnet werden.

Beispiel: Mehrarbeitsmonat des letzten Antrags war Januar, des jetzigen Februar; im März wurde die Dienstbefreiung gewährt. Da diese Dienstbefreiung sowohl beim letzten als auch beim heutigen Antrag innerhalb der einjährigen Wartezeit nach dem jeweiligen Mehrarbeitsmonat lag, ist sie heute Rot einzutragen und nicht mehr abzuziehen.

Liegt Dienstbefreiung/Unterrichtsausfall ohne rechtlichen Anspruch in einem früheren Vergütungsantrag in der Wartezeit, nunmehr jedoch im Mehrarbeitsmonat, so ist sie/er jetzt bei der Ermittlung der Ist-Stunden des Mehrarbeitsmonats wie tatsächlich erteilter Unterricht zu behandeln, d. h. nicht mehr abzuziehen.

Beispiel: Mehrarbeitsmonat des letzten Antrags war Januar, des jetzigen Februar; im Februar wurde Dienstbefreiung gewährt. Sie liegt damit beim jetzigen Antrag im Mehrarbeitsmonat. Da die Dienstbefreiung bereits im Vorantrag abgezogen worden ist, kann sie nunmehr bei der Ermittlung der Ist-Stunden des Mehrarbeitsmonats Februar wie erteilter Pflichtunterricht behandelt werden.

Die gleiche Regelung gilt, wenn mit dem jetzigen Antrag Mehrarbeitsvergütung für mehr als einen Monat beantragt wird.

8. Die Richtigkeit der Angabe im Vergütungsantrag wird bestätigt.

Abschnitt B

Die Angaben des Antragstellers/der Antragstellerin in Abschnitt A sind zutreffend.

Sachlich richtig:

GEW

**Gesetz zum Schutze von erwerbstätigen Müttern bei der Arbeit,
in der Ausbildung und im Studium (Mutterschutzgesetz – MuSchG)**

Vom 23. Mai 2017 (BGBl. I S. 1228) –
zuletzt geändert durch Artikel 54 des Gesetzes vom 23. Oktober 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 323)

Inhaltsübersicht

Abschnitt 1

Allgemeine Vorschriften

- § 1 Anwendungsbereich, Ziel des Mutterschutzes
- § 2 Begriffsbestimmungen

Abschnitt 2

Gesundheitsschutz

Unterabschnitt 1 Arbeitszeitlicher Gesundheitsschutz

- § 3 Schutzfristen vor und nach der Entbindung
- § 4 Verbot der Mehrarbeit; Ruhezeit
- § 5 Verbot der Nacharbeit
- § 6 Verbot der Sonn- und Feiertagsarbeit
- § 7 Freistellung für Untersuchungen und zum Stillen
- § 8 Beschränkung von Heimarbeit

Unterabschnitt 2

Betrieblicher Gesundheitsschutz

- § 9 Gestaltung der Arbeitsbedingungen; unverantwortbare Gefährdung
- § 10 Beurteilung der Arbeitsbedingungen; Schutzmaßnahmen
- § 11 Unzulässige Tätigkeiten und Arbeitsbedingungen für schwangere Frauen
- § 12 Unzulässige Tätigkeiten und Arbeitsbedingungen für stillende Frauen
- § 13 Rangfolge der Schutzmaßnahmen: Umgestaltung der Arbeitsbedingungen, Arbeitsplatzwechsel und betriebliches Beschäftigungsverbot
- § 14 Dokumentation und Information durch den Arbeitgeber
- § 15 Mitteilungen und Nachweise der schwangeren und stillenden Frauen

Unterabschnitt 3

Ärztlicher Gesundheitsschutz

- § 16 Ärztliches Beschäftigungsverbot

Abschnitt 3

Kündigungsschutz

- § 17 Kündigungsverbot

Abschnitt 4

Leistungen

- § 18 Mutterschutzlohn
- § 19 Mutterschaftsgeld
- § 20 Zuschuss zum Mutterschaftsgeld
- § 21 Ermittlung des durchschnittlichen Arbeitsentgelts
- § 22 Leistungen während der Elternzeit
- § 23 Entgelt bei Freistellung für Untersuchungen und zum Stillen

§ 24 Fortbestehen des Erholungsurlaubs bei Beschäftigungsverboten

§ 25 Beschäftigung nach dem Ende des Beschäftigungsverbots

Abschnitt 5

Durchführung des Gesetzes

§ 26 Aushang des Gesetzes

§ 27 Mitteilungs- und Aufbewahrungspflichten des Arbeitgebers, Offenbarungsverbot der mit der Überwachung beauftragten Personen

§ 28 Behördliches Genehmigungsverfahren für eine Beschäftigung zwischen 20 Uhr und 22 Uhr

§ 29 Zuständigkeit und Befugnisse der Aufsichtsbehörden, Jahresbericht

§ 30 Ausschuss für Mutterschutz

§ 31 Erlass von Rechtsverordnungen

Abschnitt 6

Bußgeldvorschriften, Strafvorschriften

§ 32 Bußgeldvorschriften

§ 33 Strafvorschriften

Abschnitt 7

Schlussvorschriften

§ 34 Evaluationsbericht



Abschnitt 1

Allgemeine Vorschriften

§ 1 Anwendungsbereich, Ziel des Mutterschutzes

(1) Dieses Gesetz schützt die Gesundheit der Frau und ihres Kindes am Arbeits-, Ausbildungs- und Studienplatz während der Schwangerschaft, nach der Entbindung und in der Stillzeit. Das Gesetz ermöglicht es der Frau, ihre Beschäftigung oder sonstige Tätigkeit in dieser Zeit ohne Gefährdung ihrer Gesundheit oder der ihres Kindes fortzusetzen und wirkt Benachteiligungen während der Schwangerschaft, nach der Entbindung und in der Stillzeit entgegen. Regelungen in anderen Arbeitsschutzgesetzen bleiben unberührt.

(2) Dieses Gesetz gilt für Frauen in einer Beschäftigung im Sinne von § 7 Absatz 1 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch. Unabhängig davon, ob ein solches Beschäftigungsverhältnis vorliegt, gilt dieses Gesetz auch für

1. Frauen in betrieblicher Berufsbildung und Praktikantinnen im Sinne von § 26 des Berufsbildungsgesetzes,
2. Frauen mit Behinderung, die in einer Werkstatt für behinderte Menschen beschäftigt sind,
3. Frauen, die als Entwicklungshelferinnen im Sinne des Entwicklungshelfer-Gesetzes tätig sind, jedoch mit der Maßgabe, dass die §§ 18 bis 22 auf sie nicht anzuwenden sind,
4. Frauen, die als Freiwillige im Sinne des Jugendfreiwilligendienstgesetzes oder des Bundesfreiwilligendienstgesetzes tätig sind,
5. Frauen, die als Mitglieder einer geistlichen Genossenschaft, Diakonissen oder Angehörige einer ähnlichen Gemeinschaft auf einer Planstelle oder aufgrund eines Gestellungsvertrages für diese tätig werden, auch während der Zeit ihrer dortigen außerschulischen Ausbildung,
6. Frauen, die in Heimarbeit beschäftigt sind, und ihnen Gleichgestellte im Sinne von § 1 Absatz 1 und 2 des Heimarbeitsgesetzes, soweit sie am Stück mitarbeiten, jedoch mit der Maßgabe, dass die §§ 10 und 14 auf sie nicht anzuwenden sind und § 9 Absatz 1 bis 5 auf sie entsprechend anzuwenden ist,
7. Frauen, die wegen ihrer wirtschaftlichen Unselbstständigkeit als arbeitnehmerähnliche Person anzusehen sind, jedoch mit der Maßgabe, dass die §§ 18, 19 Absatz 2 und § 20 auf sie nicht anzuwenden sind, und
8. Schülerinnen und Studentinnen, soweit die Ausbildungsstelle Ort, Zeit und Ablauf der Ausbildungsveranstaltung verpflichtend vorgibt oder die ein im Rahmen der schulischen oder hochschulischen Ausbildung verpflichtend vorgegebenes Praktikum ableisten, jedoch mit der Maßgabe, dass die §§ 17 bis 24 auf sie nicht anzuwenden sind.

(3) Das Gesetz gilt nicht für Beamtinnen und Richterinnen. Das Gesetz gilt ebenso nicht für Soldatinnen, auch soweit die Voraussetzungen des Absatzes 2 erfüllt sind, es sei denn, sie werden aufgrund dienstlicher Anordnung oder Gestattung außerhalb des Geschäftsbereiches des Bundesministeriums der Verteidigung tätig.

(4) Dieses Gesetz gilt für jede Person, die schwanger ist, ein Kind geboren hat oder stillt. Die Absätze 2 und 3 gelten entsprechend.

§ 2 Begriffsbestimmungen

(1) Arbeitgeber im Sinne dieses Gesetzes ist die natürliche oder juristische Person oder die rechtsfähige Personengesellschaft, die Personen nach § 1 Absatz 2 Satz 1 beschäftigt. Dem Arbeitgeber stehen gleich:

1. die natürliche oder juristische Person oder die rechtsfähige Personengesellschaft, die Frauen im Fall von § 1 Absatz 2 Satz 2 Nummer 1 ausbildet oder für die Praktikantinnen im Fall von § 1 Absatz 2 Satz 2 Nummer 1 tätig sind,
2. der Träger der Werkstatt für behinderte Menschen im Fall von § 1 Absatz 2 Satz 2 Nummer 2,
3. der Träger des Entwicklungsdienstes im Fall von § 1 Absatz 2 Satz 2 Nummer 3,
4. die Einrichtung, in der der Freiwilligendienst nach dem Jugendfreiwilligendienstgesetz oder nach dem Bundesfreiwilligendienstgesetz im Fall von § 1 Absatz 2 Satz 2 Nummer 4 geleistet wird,
5. die geistliche Genossenschaft und ähnliche Gemeinschaft im Fall von § 1 Absatz 2 Satz 2 Nummer 5,
6. der Auftraggeber und der Zwischenmeister von Frauen im Fall von § 1 Absatz 2 Satz 2 Nummer 6,
7. die natürliche oder juristische Person oder die rechtsfähige Personengesellschaft, für die Frauen im Sinne von § 1 Absatz 2 Satz 2 Nummer 7 tätig sind, und
8. die natürliche oder juristische Person oder die rechtsfähige Personengesellschaft, mit der das Ausbildungs- oder Praktikumsverhältnis im Fall von § 1 Absatz 2 Satz 2 Nummer 8 besteht (Ausbildungsstelle).

(2) Eine Beschäftigung im Sinne der nachfolgenden Vorschriften erfasst jede Form der Betätigung, die eine Frau im Rahmen eines Beschäftigungsverhältnisses nach § 1 Absatz 2 Satz 1 oder die eine Frau im Sinne von § 1 Absatz 2 Satz 2 im Rahmen ihres Rechtsverhältnisses zu ihrem Arbeitgeber nach § 2 Absatz 1 Satz 2 ausübt.

(3) Ein Beschäftigungsverbot im Sinne dieses Gesetzes ist nur ein Beschäftigungsverbot nach den §§ 3 bis 6, 10 Absatz 3, § 13 Absatz 1 Nummer 3 und § 16. Für eine in Heimarbeit beschäftigte Frau und eine ihr Gleichgestellte tritt an die Stelle des Beschäftigungsverbots das Verbot der Ausgabe von Heimarbeit nach den §§ 3, 8, 13

Absatz 2 und § 16. Für eine Frau, die wegen ihrer wirtschaftlichen Unselbstständigkeit als arbeitnehmerähnliche Person anzusehen ist, tritt an die Stelle des Beschäftigungsverbots nach Satz 1 die Befreiung von der vertraglich vereinbarten Leistungspflicht; die Frau kann sich jedoch gegenüber der dem Arbeitgeber gleichgestellten Person oder Gesellschaft im Sinne von Absatz 1 Satz 2 Nummer 7 dazu bereit erklären, die vertraglich vereinbarte Leistung zu erbringen.

(4) Alleinarbeit im Sinne dieses Gesetzes liegt vor, wenn der Arbeitgeber eine Frau an einem Arbeitsplatz in seinem räumlichen Verantwortungsbereich beschäftigt, ohne dass gewährleistet ist, dass sie jederzeit den Arbeitsplatz verlassen oder Hilfe erreichen kann.

(5) Arbeitsentgelt im Sinne dieses Gesetzes ist das Arbeitsentgelt, das nach § 14 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch in Verbindung mit einer aufgrund des § 17 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch erlassenen Verordnung bestimmt wird. Für Frauen im Sinne von § 1 Absatz 2 Satz 2 gilt als Arbeitsentgelt ihre jeweilige Vergütung.

Abschnitt 2

Gesundheitsschutz

Unterabschnitt 1

Arbeitszeitlicher Gesundheitsschutz

§ 3 Schutzfristen vor und nach der Entbindung

(1) Der Arbeitgeber darf eine schwangere Frau in den letzten sechs Wochen vor der Entbindung nicht beschäftigen (Schutzfrist vor der Entbindung), soweit sie sich nicht zur Arbeitsleistung ausdrücklich bereit erklärt. Sie kann die Erklärung nach Satz 1 jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen. Für die Berechnung der Schutzfrist vor der Entbindung ist der voraussichtliche Tag der Entbindung maßgeblich, wie er sich aus dem ärztlichen Zeugnis oder dem Zeugnis einer Hebamme oder eines Entbindungspflegers ergibt. Entbindet eine Frau nicht am voraussichtlichen Tag, verkürzt oder verlängert sich die Schutzfrist vor der Entbindung entsprechend.

(2) Der Arbeitgeber darf eine Frau bis zum Ablauf von acht Wochen nach der Entbindung nicht beschäftigen (Schutzfrist nach der Entbindung). Die Schutzfrist nach der Entbindung verlängert sich auf zwölf Wochen

1. bei Frühgeburten,
2. bei Mehrlingsgeburten und,
3. wenn vor Ablauf von acht Wochen nach der Entbindung bei dem Kind eine Behinderung im Sinne von § 2 Absatz 1 Satz 1 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch ärztlich festgestellt wird.

Bei vorzeitiger Entbindung verlängert sich die Schutzfrist nach der Entbindung nach Satz 1 oder nach Satz 2 um den Zeitraum der Verkürzung der Schutzfrist vor der Entbindung nach Absatz 1 Satz 4. Nach Satz 2 Nummer 3 verlängert sich die Schutzfrist nach der Entbindung nur, wenn die Frau dies beantragt.

(3) Die Ausbildungsstelle darf eine Frau im Sinne von § 1 Absatz 2 Satz 2 Nummer 8 bereits in der Schutzfrist nach der Entbindung im Rahmen der schulischen oder hochschulischen Ausbildung tätig werden lassen, wenn die Frau dies ausdrücklich gegenüber ihrer Ausbildungsstelle verlangt. Die Frau kann ihre Erklärung jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen.

(4) Der Arbeitgeber darf eine Frau nach dem Tod ihres Kindes bereits nach Ablauf der ersten zwei Wochen nach der Entbindung beschäftigen, wenn

1. die Frau dies ausdrücklich verlangt und
2. nach ärztlichem Zeugnis nichts dagegen spricht.

Sie kann ihre Erklärung nach Satz 1 Nummer 1 jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen.

§ 4 Verbot der Mehrarbeit; Ruhezeit

(1) Der Arbeitgeber darf eine schwangere oder stillende Frau, die 18 Jahre oder älter ist, nicht mit einer Arbeit beschäftigen, die die Frau über achteinhalb Stunden täglich oder über 90 Stunden in der Doppelwoche hinaus zu leisten hat. Eine schwangere oder stillende Frau unter 18 Jahren darf der Arbeitgeber nicht mit einer Arbeit beschäftigen, die die Frau über acht Stunden täglich oder über 80 Stunden in der Doppelwoche hinaus zu leisten

hat. In die Doppelwoche werden die Sonntage eingerechnet. Der Arbeitgeber darf eine schwangere oder stillende Frau nicht in einem Umfang beschäftigen, der die vertraglich vereinbarte wöchentliche Arbeitszeit im Durchschnitt des Monats übersteigt. Bei mehreren Arbeitgebern sind die Arbeitszeiten zusammenzurechnen.

(2) Der Arbeitgeber muss der schwangeren oder stillenden Frau nach Beendigung der täglichen Arbeitszeit eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens elf Stunden gewähren.

§ 5 Verbot der Nachtarbeit

(1) Der Arbeitgeber darf eine schwangere oder stillende Frau nicht zwischen 20 Uhr und 6 Uhr beschäftigen. Er darf sie bis 22 Uhr beschäftigen, wenn die Voraussetzungen des § 28 erfüllt sind.

(2) Die Ausbildungsstelle darf eine schwangere oder stillende Frau im Sinne von § 1 Absatz 2 Satz 2 Nummer 8 nicht zwischen 20 Uhr und 6 Uhr im Rahmen der schulischen oder hochschulischen Ausbildung tätig werden lassen. Die Ausbildungsstelle darf sie an Ausbildungsveranstaltungen bis 22 Uhr teilnehmen lassen, wenn

1. sich die Frau dazu ausdrücklich bereit erklärt,
2. die Teilnahme zu Ausbildungszwecken zu dieser Zeit erforderlich ist und
3. insbesondere eine unverantwortbare Gefährdung für die schwangere Frau oder ihr Kind durch Alleinarbeit ausgeschlossen ist.

Die schwangere oder stillende Frau kann ihre Erklärung nach Satz 2 Nummer 1 jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen.

§ 6 Verbot der Sonn- und Feiertagsarbeit

(1) Der Arbeitgeber darf eine schwangere oder stillende Frau nicht an Sonn- und Feiertagen beschäftigen. Er darf sie an Sonn- und Feiertagen nur dann beschäftigen, wenn

1. sich die Frau dazu ausdrücklich bereit erklärt,
2. eine Ausnahme vom allgemeinen Verbot der Arbeit an Sonn- und Feiertagen nach § 10 des Arbeitszeitgesetzes zugelassen ist,
3. der Frau in jeder Woche im Anschluss an eine ununterbrochene Nachtruhezeit von mindestens elf Stunden ein Ersatzruhetag gewährt wird und
4. insbesondere eine unverantwortbare Gefährdung für die schwangere Frau oder ihr Kind durch Alleinarbeit ausgeschlossen ist.

Die schwangere oder stillende Frau kann ihre Erklärung nach Satz 2 Nummer 1 jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen.

(2) Die Ausbildungsstelle darf eine schwangere oder stillende Frau im Sinne von § 1 Absatz 2 Satz 2 Nummer 8 nicht an Sonn- und Feiertagen im Rahmen der schulischen oder hochschulischen Ausbildung tätig werden lassen. Die Ausbildungsstelle darf sie an Ausbildungsveranstaltungen an Sonn- und Feiertagen teilnehmen lassen, wenn

1. sich die Frau dazu ausdrücklich bereit erklärt,
2. die Teilnahme zu Ausbildungszwecken zu dieser Zeit erforderlich ist,
3. der Frau in jeder Woche im Anschluss an eine ununterbrochene Nachtruhezeit von mindestens elf Stunden ein Ersatzruhetag gewährt wird und
4. insbesondere eine unverantwortbare Gefährdung für die schwangere Frau oder ihr Kind durch Alleinarbeit ausgeschlossen ist.

Die schwangere oder stillende Frau kann ihre Erklärung nach Satz 2 Nummer 1 jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen.

§ 7 Freistellung für Untersuchungen und zum Stillen

(1) Der Arbeitgeber hat eine Frau für die Zeit freizustellen, die zur Durchführung der Untersuchungen im Rahmen der Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung bei Schwangerschaft und Mutterschaft erforderlich sind. Entsprechendes gilt zugunsten einer Frau, die nicht in der gesetzlichen Krankenversicherung versichert ist.

(2) Der Arbeitgeber hat eine stillende Frau auf ihr Verlangen während der ersten zwölf Monate nach der Entbindung für die zum Stillen erforderliche Zeit freizustellen, mindestens aber zweimal täglich für eine halbe Stunde oder einmal täglich für eine Stunde. Bei einer zusammenhängenden Arbeitszeit von mehr als acht Stunden soll auf Verlangen der Frau zweimal eine Stillzeit von mindestens 45 Minuten oder, wenn in der Nähe der Arbeitsstätte keine Stillgelegenheit vorhanden ist, einmal eine Stillzeit von mindestens 90 Minuten gewährt werden. Die Arbeitszeit gilt als zusammenhängend, wenn sie nicht durch eine Ruhepause von mehr als zwei Stunden unterbrochen wird.

§ 8 Beschränkung von Heimarbeit

- (1) Der Auftraggeber oder Zwischenmeister darf Heimarbeit an eine schwangere in Heimarbeit beschäftigte Frau oder an eine ihr Gleichgestellte nur in solchem Umfang und mit solchen Fertigungsfristen ausgeben, dass die Arbeit werktags während einer achtstündigen Tagesarbeitszeit ausgeführt werden kann.
- (2) Der Auftraggeber oder Zwischenmeister darf Heimarbeit an eine stillende in Heimarbeit beschäftigte Frau oder an eine ihr Gleichgestellte nur in solchem Umfang und mit solchen Fertigungsfristen ausgeben, dass die Arbeit werktags während einer siebenstündigen Tagesarbeitszeit ausgeführt werden kann.

Unterabschnitt 2

Betrieblicher Gesundheitsschutz

§ 9 Gestaltung der Arbeitsbedingungen; unverantwortbare Gefährdung

- (1) Der Arbeitgeber hat bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen einer schwangeren oder stillenden Frau alle aufgrund der Gefährdungsbeurteilung nach § 10 erforderlichen Maßnahmen für den Schutz ihrer physischen und psychischen Gesundheit sowie der ihres Kindes zu treffen. Er hat die Maßnahmen auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen und erforderlichenfalls den sich ändernden Gegebenheiten anzupassen. Soweit es nach den Vorschriften dieses Gesetzes verantwortlich ist, ist der Frau auch während der Schwangerschaft, nach der Entbindung und in der Stillzeit die Fortführung ihrer Tätigkeiten zu ermöglichen. Nachteile aufgrund der Schwangerschaft, der Entbindung oder der Stillzeit sollen vermieden oder ausgeglichen werden.
- (2) Der Arbeitgeber hat die Arbeitsbedingungen so zu gestalten, dass Gefährdungen einer schwangeren oder stillenden Frau oder ihres Kindes möglichst vermieden werden und eine unverantwortbare Gefährdung ausgeschlossen wird. Eine Gefährdung ist unverantwortbar, wenn die Eintrittswahrscheinlichkeit einer Gesundheitsbeeinträchtigung angesichts der zu erwartenden Schwere des möglichen Gesundheitsschadens nicht hinnehmbar ist. Eine unverantwortbare Gefährdung gilt als ausgeschlossen, wenn der Arbeitgeber alle Vorgaben einhält, die aller Wahrscheinlichkeit nach dazu führen, dass die Gesundheit einer schwangeren oder stillenden Frau oder ihres Kindes nicht beeinträchtigt wird.
- (3) Der Arbeitgeber hat sicherzustellen, dass die schwangere oder stillende Frau ihre Tätigkeit am Arbeitsplatz, soweit es für sie erforderlich ist, kurz unterbrechen kann. Er hat darüber hinaus sicherzustellen, dass sich die schwangere oder stillende Frau während der Pausen und Arbeitsunterbrechungen unter geeigneten Bedingungen hinlegen, hinsetzen und ausruhen kann.
- (4) Alle Maßnahmen des Arbeitgebers nach diesem Unterabschnitt sowie die Beurteilung der Arbeitsbedingungen nach § 10 müssen dem Stand der Technik, der Arbeitsmedizin und der Hygiene sowie den sonstigen gesicherten wissenschaftlichen Erkenntnissen entsprechen. Der Arbeitgeber hat bei seinen Maßnahmen die vom Ausschuss für Mutterschutz ermittelten und nach § 30 Absatz 4 im Gemeinsamen Ministerialblatt veröffentlichten Regeln und Erkenntnisse zu berücksichtigen; bei Einhaltung dieser Regeln und bei Beachtung dieser Erkenntnisse ist davon auszugehen, dass die in diesem Gesetz gestellten Anforderungen erfüllt sind.
- (5) Der Arbeitgeber kann zuverlässige und fachkundige Personen schriftlich damit beauftragen, ihm obliegende Aufgaben nach diesem Unterabschnitt in eigener Verantwortung wahrzunehmen.
- (6) Kosten für Maßnahmen nach diesem Gesetz darf der Arbeitgeber nicht den Personen auferlegen, die bei ihm beschäftigt sind. Die Kosten für Zeugnisse und Bescheinigungen, die die schwangere oder stillende Frau auf Verlangen des Arbeitgebers vorzulegen hat, trägt der Arbeitgeber.

§ 10 Beurteilung der Arbeitsbedingungen; Schutzmaßnahmen

- (1) Im Rahmen der Beurteilung der Arbeitsbedingungen nach § 5 des Arbeitsschutzgesetzes hat der Arbeitgeber für jede Tätigkeit
 1. die Gefährdungen nach Art, Ausmaß und Dauer zu beurteilen, denen eine schwangere oder stillende Frau oder ihr Kind ausgesetzt ist oder sein kann, und
 2. unter Berücksichtigung des Ergebnisses der Beurteilung der Gefährdung nach Nummer 1 zu ermitteln, ob für eine schwangere oder stillende Frau oder ihr Kind voraussichtlich
 - a) keine Schutzmaßnahmen erforderlich sein werden,
 - b) eine Umgestaltung der Arbeitsbedingungen nach § 13 Absatz 1 Nummer 1 erforderlich sein wird oder
 - c) eine Fortführung der Tätigkeit der Frau an diesem Arbeitsplatz nicht möglich sein wird.
- Bei gleichartigen Arbeitsbedingungen ist die Beurteilung eines Arbeitsplatzes oder einer Tätigkeit ausreichend.

(2) Sobald eine Frau dem Arbeitgeber mitgeteilt hat, dass sie schwanger ist oder stillt, hat der Arbeitgeber unverzüglich die nach Maßgabe der Gefährdungsbeurteilung nach Absatz 1 erforderlichen Schutzmaßnahmen festzulegen. Zusätzlich hat der Arbeitgeber der Frau ein Gespräch über weitere Anpassungen ihrer Arbeitsbedingungen anzubieten.

(3) Der Arbeitgeber darf eine schwangere oder stillende Frau nur diejenigen Tätigkeiten ausüben lassen, für die er die erforderlichen Schutzmaßnahmen nach Absatz 2 Satz 1 getroffen hat.

§ 11 Unzulässige Tätigkeiten und Arbeitsbedingungen für schwangere Frauen

(1) Der Arbeitgeber darf eine schwangere Frau keine Tätigkeiten ausüben lassen und sie keinen Arbeitsbedingungen aussetzen, bei denen sie in einem Maß Gefahrstoffen ausgesetzt ist oder sein kann, dass dies für sie oder für ihr Kind eine unverantwortbare Gefährdung darstellt. Eine unverantwortbare Gefährdung im Sinne von Satz 1 liegt insbesondere vor, wenn die schwangere Frau Tätigkeiten ausübt oder Arbeitsbedingungen ausgesetzt ist, bei denen sie folgenden Gefahrstoffen ausgesetzt ist oder sein kann:

1. Gefahrstoffen, die nach den Kriterien des Anhangs I zur Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen, zur Änderung und Aufhebung der Richtlinien 67/548/EWG und 1999/45/EG und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 (ABl. L 353 vom 31.12.2008, S. 1) zu bewerten sind
 - a) als reproduktionstoxisch nach der Kategorie 1A, 1B oder 2 oder nach der Zusatzkategorie für Wirkungen auf oder über die Laktation,
 - b) als keimzellmutagen nach der Kategorie 1A oder 1B,
 - c) als karzinogen nach der Kategorie 1A oder 1B,
 - d) als spezifisch zielorgantoxisch nach einmaliger Exposition nach der Kategorie 1 oder
 - e) als akut toxisch nach der Kategorie 1, 2 oder 3,
2. Blei und Bleiderivaten, soweit die Gefahr besteht, dass diese Stoffe vom menschlichen Körper aufgenommen werden, oder
3. Gefahrstoffen, die als Stoffe ausgewiesen sind, die auch bei Einhaltung der arbeitsplatzbezogenen Vorgaben möglicherweise zu einer Fruchtschädigung führen können.

Eine unverantwortbare Gefährdung im Sinne von Satz 1 oder 2 gilt insbesondere als ausgeschlossen,

1. wenn
 - a) für den jeweiligen Gefahrstoff die arbeitsplatzbezogenen Vorgaben eingehalten werden und es sich um einen Gefahrstoff handelt, der als Stoff ausgewiesen ist, der bei Einhaltung der arbeitsplatzbezogenen Vorgaben hinsichtlich einer Fruchtschädigung als sicher bewertet wird, oder
 - b) der Gefahrstoff nicht in der Lage ist, die Plazentaschranke zu überwinden, oder aus anderen Gründen ausgeschlossen ist, dass eine Fruchtschädigung eintritt, und
2. wenn der Gefahrstoff nach den Kriterien des Anhangs I zur Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 nicht als reproduktionstoxisch nach der Zusatzkategorie für Wirkungen auf oder über die Laktation zu bewerten ist.

Die vom Ausschuss für Mutterschutz ermittelten wissenschaftlichen Erkenntnisse sind zu beachten.

(2) Der Arbeitgeber darf eine schwangere Frau keine Tätigkeiten ausüben lassen und sie keinen Arbeitsbedingungen aussetzen, bei denen sie in einem Maß mit Biostoffen der Risikogruppe 2, 3 oder 4 im Sinne von § 3 Absatz 1 der Biostoffverordnung in Kontakt kommt oder kommen kann, dass dies für sie oder für ihr Kind eine unverantwortbare Gefährdung darstellt. Eine unverantwortbare Gefährdung im Sinne von Satz 1 liegt insbesondere vor, wenn die schwangere Frau Tätigkeiten ausübt oder Arbeitsbedingungen ausgesetzt ist, bei denen sie mit folgenden Biostoffen in Kontakt kommt oder kommen kann:

1. mit Biostoffen, die in die Risikogruppe 4 im Sinne von § 3 Absatz 1 der Biostoffverordnung einzustufen sind, oder
2. mit Rötelnvirus oder mit Toxoplasma.

Die Sätze 1 und 2 gelten auch, wenn der Kontakt mit Biostoffen im Sinne von Satz 1 oder 2 therapeutische Maßnahmen erforderlich macht oder machen kann, die selbst eine unverantwortbare Gefährdung darstellen. Eine unverantwortbare Gefährdung im Sinne von Satz 1 oder 2 gilt insbesondere als ausgeschlossen, wenn die schwangere Frau über einen ausreichenden Immunschutz verfügt.

(3) Der Arbeitgeber darf eine schwangere Frau keine Tätigkeiten ausüben lassen und sie keinen Arbeitsbedingungen aussetzen, bei denen sie physikalischen Einwirkungen in einem Maß ausgesetzt ist oder sein kann, dass dies für sie oder für ihr Kind eine unverantwortbare Gefährdung darstellt. Als physikalische Einwirkungen im Sinne von Satz 1 sind insbesondere zu berücksichtigen:

1. ionisierende und nicht ionisierende Strahlungen,
2. Erschütterungen, Vibrationen und Lärm sowie
3. Hitze, Kälte und Nässe.

(4) Der Arbeitgeber darf eine schwangere Frau keine Tätigkeiten ausüben lassen und sie keinen Arbeitsbedingungen aussetzen, bei denen sie einer belastenden Arbeitsumgebung in einem Maß ausgesetzt ist oder sein kann, dass dies für sie oder für ihr Kind eine unverantwortbare Gefährdung darstellt. Der Arbeitgeber darf eine schwangere Frau insbesondere keine Tätigkeiten ausüben lassen

1. in Räumen mit einem Überdruck im Sinne von § 2 der Druckluftverordnung,
2. in Räumen mit sauerstoffreduzierter Atmosphäre oder
3. im Bergbau unter Tage.

(5) Der Arbeitgeber darf eine schwangere Frau keine Tätigkeiten ausüben lassen und sie keinen Arbeitsbedingungen aussetzen, bei denen sie körperlichen Belastungen oder mechanischen Einwirkungen in einem Maß ausgesetzt ist oder sein kann, dass dies für sie oder für ihr Kind eine unverantwortbare Gefährdung darstellt. Der Arbeitgeber darf eine schwangere Frau insbesondere keine Tätigkeiten ausüben lassen, bei denen

1. sie ohne mechanische Hilfsmittel regelmäßig Lasten von mehr als 5 Kilogramm Gewicht oder gelegentlich Lasten von mehr als 10 Kilogramm Gewicht von Hand heben, halten, bewegen oder befördern muss,
2. sie mit mechanischen Hilfsmitteln Lasten von Hand heben, halten, bewegen oder befördern muss und dabei ihre körperliche Beanspruchung der von Arbeiten nach Nummer 1 entspricht,
3. sie nach Ablauf des fünften Monats der Schwangerschaft überwiegend bewegungsarm ständig stehen muss und wenn diese Tätigkeit täglich vier Stunden überschreitet,
4. sie sich häufig erheblich strecken, beugen, dauernd hocken, sich gebückt halten oder sonstige Zwangshaltungen einnehmen muss,
5. sie auf Beförderungsmitteln eingesetzt wird, wenn dies für sie oder für ihr Kind eine unverantwortbare Gefährdung darstellt,
6. Unfälle, insbesondere durch Ausgleiten, Fallen oder Stürzen, oder Tötlichkeiten zu befürchten sind, die für sie oder für ihr Kind eine unverantwortbare Gefährdung darstellen,
7. sie eine Schutzausrüstung tragen muss und das Tragen eine Belastung darstellt oder
8. eine Erhöhung des Drucks im Bauchraum zu befürchten ist, insbesondere bei Tätigkeiten mit besonderer Fußbeanspruchung.

(6) Der Arbeitgeber darf eine schwangere Frau folgende Arbeiten nicht ausüben lassen:

1. Akkordarbeit oder sonstige Arbeiten, bei denen durch ein gesteigertes Arbeitstempo ein höheres Entgelt erzielt werden kann,
2. Fließarbeit oder
3. getaktete Arbeit mit vorgeschriebenem Arbeitstempo, wenn die Art der Arbeit oder das Arbeitstempo für die schwangere Frau oder für ihr Kind eine unverantwortbare Gefährdung darstellt.

§ 12 Unzulässige Tätigkeiten und Arbeitsbedingungen für stillende Frauen

(1) Der Arbeitgeber darf eine stillende Frau keine Tätigkeiten ausüben lassen und sie keinen Arbeitsbedingungen aussetzen, bei denen sie in einem Maß Gefahrstoffen ausgesetzt ist oder sein kann, dass dies für sie oder für ihr Kind eine unverantwortbare Gefährdung darstellt. Eine unverantwortbare Gefährdung im Sinne von Satz 1 liegt insbesondere vor, wenn die stillende Frau Tätigkeiten ausübt oder Arbeitsbedingungen ausgesetzt ist, bei denen sie folgenden Gefahrstoffen ausgesetzt ist oder sein kann:

1. Gefahrstoffen, die nach den Kriterien des Anhangs I zur Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 als reproduktionstoxisch nach der Zusatzkategorie für Wirkungen auf oder über die Laktation zu bewerten sind oder
2. Blei und Bleiderivaten, soweit die Gefahr besteht, dass diese Stoffe vom menschlichen Körper aufgenommen werden.

(2) Der Arbeitgeber darf eine stillende Frau keine Tätigkeiten ausüben lassen und sie keinen Arbeitsbedingungen aussetzen, bei denen sie in einem Maß mit Biostoffen der Risikogruppe 2, 3 oder 4 im Sinne von § 3 Absatz 1 der Biostoffverordnung in Kontakt kommt oder kommen kann, dass dies für sie oder für ihr Kind eine unverantwortbare Gefährdung darstellt. Eine unverantwortbare Gefährdung im Sinne von Satz 1 liegt insbesondere vor, wenn die stillende Frau Tätigkeiten ausübt oder Arbeitsbedingungen ausgesetzt ist, bei denen sie mit Biostoffen in Kontakt kommt oder kommen kann, die in die Risikogruppe 4 im Sinne von § 3 Absatz 1 der Biostoffverordnung einzustufen sind. Die Sätze 1 und 2 gelten auch, wenn der Kontakt mit Biostoffen im Sinne von Satz 1 oder 2 therapeutische Maßnahmen erforderlich macht oder machen kann,

die selbst eine unverantwortbare Gefährdung darstellen. Eine unverantwortbare Gefährdung im Sinne von Satz 1 oder 2 gilt als ausgeschlossen, wenn die stillende Frau über einen ausreichenden Immunschutz verfügt.

(3) Der Arbeitgeber darf eine stillende Frau keine Tätigkeiten ausüben lassen und sie keinen Arbeitsbedingungen aussetzen, bei denen sie physikalischen Einwirkungen in einem Maß ausgesetzt ist oder sein kann, dass dies für sie oder für ihr Kind eine unverantwortbare Gefährdung darstellt. Als physikalische Einwirkungen im Sinne von Satz 1 sind insbesondere ionisierende und nicht ionisierende Strahlungen zu berücksichtigen.

(4) Der Arbeitgeber darf eine stillende Frau keine Tätigkeiten ausüben lassen und sie keinen Arbeitsbedingungen aussetzen, bei denen sie einer belastenden Arbeitsumgebung in einem Maß ausgesetzt ist oder sein kann, dass dies für sie oder für ihr Kind eine unverantwortbare Gefährdung darstellt. Der Arbeitgeber darf eine stillende Frau insbesondere keine Tätigkeiten ausüben lassen

1. in Räumen mit einem Überdruck im Sinne von § 2 der Druckluftverordnung oder
2. im Bergbau unter Tage.

(5) Der Arbeitgeber darf eine stillende Frau folgende Arbeiten nicht ausüben lassen:

1. Akkordarbeit oder sonstige Arbeiten, bei denen durch ein gesteigertes Arbeitstempo ein höheres Entgelt erzielt werden kann,
2. Fließarbeit oder
3. getaktete Arbeit mit vorgeschriebenem Arbeitstempo, wenn die Art der Arbeit oder das Arbeitstempo für die stillende Frau oder für ihr Kind eine unverantwortbare Gefährdung darstellt.

§ 13 Rangfolge der Schutzmaßnahmen: Umgestaltung der Arbeitsbedingungen, Arbeitsplatzwechsel und betriebliches Beschäftigungsverbot

(1) Werden unverantwortbare Gefährdungen im Sinne von § 9, § 11 oder § 12 festgestellt, hat der Arbeitgeber für jede Tätigkeit einer schwangeren oder stillenden Frau Schutzmaßnahmen in folgender Rangfolge zu treffen:

1. Der Arbeitgeber hat die Arbeitsbedingungen für die schwangere oder stillende Frau durch Schutzmaßnahmen nach Maßgabe des § 9 Absatz 2 umzugestalten.
2. Kann der Arbeitgeber unverantwortbare Gefährdungen für die schwangere oder stillende Frau nicht durch die Umgestaltung der Arbeitsbedingungen nach Nummer 1 ausschließen oder ist eine Umgestaltung wegen des nachweislich unverhältnismäßigen Aufwandes nicht zumutbar, hat der Arbeitgeber die Frau an einem anderen geeigneten Arbeitsplatz einzusetzen, wenn er einen solchen Arbeitsplatz zur Verfügung stellen kann und dieser Arbeitsplatz der schwangeren oder stillenden Frau zumutbar ist.
3. Kann der Arbeitgeber unverantwortbare Gefährdungen für die schwangere oder stillende Frau weder durch Schutzmaßnahmen nach Nummer 1 noch durch einen Arbeitsplatzwechsel nach Nummer 2 ausschließen, darf er die schwangere oder stillende Frau nicht weiter beschäftigen.

(2) Der Auftraggeber oder Zwischenmeister darf keine Heimarbeit an schwangere oder stillende Frauen ausgeben, wenn unverantwortbare Gefährdungen nicht durch Schutzmaßnahmen nach Absatz 1 Nummer 1 ausgeschlossen werden können.

§ 14 Dokumentation und Information durch den Arbeitgeber

(1) Der Arbeitgeber hat die Beurteilung der Arbeitsbedingungen nach § 10 durch Unterlagen zu dokumentieren, aus denen Folgendes ersichtlich ist:

1. das Ergebnis der Gefährdungsbeurteilung nach § 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und der Bedarf an Schutzmaßnahmen nach § 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2,
2. die Festlegung der erforderlichen Schutzmaßnahmen nach § 10 Absatz 2 Satz 1 sowie das Ergebnis ihrer Überprüfung nach § 9 Absatz 1 Satz 2 und
3. das Angebot eines Gesprächs mit der Frau über weitere Anpassungen ihrer Arbeitsbedingungen nach § 10 Absatz 2 Satz 2 oder der Zeitpunkt eines solchen Gesprächs.

Wenn die Beurteilung nach § 10 Absatz 1 ergibt, dass die schwangere oder stillende Frau oder ihr Kind keiner Gefährdung im Sinne von § 9 Absatz 2 ausgesetzt ist oder sein kann, reicht es aus, diese Feststellung in einer für den Arbeitsplatz der Frau oder für die Tätigkeit der Frau bereits erstellten Dokumentation der Beurteilung der Arbeitsbedingungen nach § 5 des Arbeitsschutzgesetzes zu vermerken.

(2) Der Arbeitgeber hat alle Personen, die bei ihm beschäftigt sind, über das Ergebnis der Gefährdungsbeurteilung nach § 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und über den Bedarf an Schutzmaßnahmen nach § 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 zu informieren.

(3) Der Arbeitgeber hat eine schwangere oder stillende Frau über die Gefährdungsbeurteilung nach § 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und über die damit verbundenen für sie erforderlichen Schutzmaßnahmen nach § 10 Absatz 2 Satz 1 in Verbindung mit § 13 zu informieren.

§ 15 Mitteilungen und Nachweise der schwangeren und stillenden Frauen

(1) Eine schwangere Frau soll ihrem Arbeitgeber ihre Schwangerschaft und den voraussichtlichen Tag der Entbindung mitteilen, sobald sie weiß, dass sie schwanger ist. Eine stillende Frau soll ihrem Arbeitgeber so früh wie möglich mitteilen, dass sie stillt.

(2) Auf Verlangen des Arbeitgebers soll eine schwangere Frau als Nachweis über ihre Schwangerschaft ein ärztliches Zeugnis oder das Zeugnis einer Hebamme oder eines Entbindungspflegers vorlegen. Das Zeugnis über die Schwangerschaft soll den voraussichtlichen Tag der Entbindung enthalten.

Unterabschnitt 3

Ärztlicher Gesundheitsschutz

§ 16 Ärztliches Beschäftigungsverbot

(1) Der Arbeitgeber darf eine schwangere Frau nicht beschäftigen, soweit nach einem ärztlichen Zeugnis ihre Gesundheit oder die ihres Kindes bei Fortdauer der Beschäftigung gefährdet ist.

(2) Der Arbeitgeber darf eine Frau, die nach einem ärztlichen Zeugnis in den ersten Monaten nach der Entbindung nicht voll leistungsfähig ist, nicht mit Arbeiten beschäftigen, die ihre Leistungsfähigkeit übersteigen.

Abschnitt 3 Kündigungsschutz

§ 17 Kündigungsverbot

(1) Die Kündigung gegenüber einer Frau ist unzulässig

1. während ihrer Schwangerschaft,
2. bis zum Ablauf von vier Monaten nach einer Fehlgeburt nach der zwölften Schwangerschaftswoche und
3. bis zum Ende ihrer Schutzfrist nach der Entbindung, mindestens jedoch bis zum Ablauf von vier Monaten nach der Entbindung,

wenn dem Arbeitgeber zum Zeitpunkt der Kündigung die Schwangerschaft, die Fehlgeburt nach der zwölften Schwangerschaftswoche oder die Entbindung bekannt ist oder wenn sie ihm innerhalb von zwei Wochen nach Zugang der Kündigung mitgeteilt wird. Das Überschreiten dieser Frist ist unschädlich, wenn die Überschreitung auf einem von der Frau nicht zu vertretenden Grund beruht und die Mitteilung unverzüglich nachgeholt wird. Die Sätze 1 und 2 gelten entsprechend für Vorbereitungsmaßnahmen des Arbeitgebers, die er im Hinblick auf eine Kündigung der Frau trifft.

(2) Die für den Arbeitsschutz zuständige oberste Landesbehörde oder die von ihr bestimmte Stelle kann in besonderen Fällen, die nicht mit dem Zustand der Frau in der Schwangerschaft, nach einer Fehlgeburt nach der zwölften Schwangerschaftswoche oder nach der Entbindung in Zusammenhang stehen, ausnahmsweise die Kündigung für zulässig erklären. Die Kündigung bedarf der Schriftform und muss den Kündigungsgrund angeben.

(3) Der Auftraggeber oder Zwischenmeister darf eine in Heimarbeit beschäftigte Frau in den Fristen nach Absatz 1 Satz 1 nicht gegen ihren Willen bei der Ausgabe von Heimarbeit ausschließen; die §§ 3, 8, 11, 12, 13 Absatz 2 und § 16 bleiben unberührt. Absatz 1 gilt auch für eine Frau, die der in Heimarbeit beschäftigten Frau gleichgestellt ist und deren Gleichstellung sich auch auf § 29 des Heimarbeitsgesetzes erstreckt. Absatz 2 gilt für eine in Heimarbeit beschäftigte Frau und eine ihr Gleichgestellte entsprechend.

Abschnitt 4

Leistungen

§ 18 Mutterschutzlohn

Eine Frau, die wegen eines Beschäftigungsverbots außerhalb der Schutzfristen vor oder nach der Entbindung teilweise oder gar nicht beschäftigt werden darf, erhält von ihrem Arbeitgeber Mutterschutzlohn. Als Mutterschutzlohn wird das durchschnittliche Arbeitsentgelt der letzten drei abgerechneten Kalendermonate vor dem Eintritt der Schwangerschaft

gezahlt. Dies gilt auch, wenn wegen dieses Verbots die Beschäftigung oder die Entlohnungsart wechselt. Beginnt das Beschäftigungsverhältnis erst nach Eintritt der Schwangerschaft, ist das durchschnittliche Arbeitsentgelt aus dem Arbeitsentgelt der ersten drei Monate der Beschäftigung zu berechnen.

§ 19 Mutterschaftsgeld

(1) Eine Frau, die Mitglied einer gesetzlichen Krankenkasse ist, erhält für die Zeit der Schutzfristen vor und nach der Entbindung sowie für den Entbindungstag Mutterschaftsgeld nach den Vorschriften des Fünften Buches Sozialgesetzbuch oder nach den Vorschriften des Zweiten Gesetzes über die Krankenversicherung der Landwirte.

(2) Eine Frau, die nicht Mitglied einer gesetzlichen Krankenkasse ist, erhält für die Zeit der Schutzfristen vor und nach der Entbindung sowie für den Entbindungstag Mutterschaftsgeld zu Lasten des Bundes in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Fünften Buches Sozialgesetzbuch über das Mutterschaftsgeld, jedoch insgesamt höchstens 210 Euro. Das Mutterschaftsgeld wird dieser Frau auf Antrag vom Bundesamt für Soziale Sicherung gezahlt. Endet das Beschäftigungsverhältnis nach Maßgabe von § 17 Absatz 2 durch eine Kündigung, erhält die Frau Mutterschaftsgeld in entsprechender Anwendung der Sätze 1 und 2 für die Zeit nach dem Ende des Beschäftigungsverhältnisses.

§ 20 Zuschuss zum Mutterschaftsgeld

(1) Eine Frau erhält während ihres bestehenden Beschäftigungsverhältnisses für die Zeit der Schutzfristen vor und nach der Entbindung sowie für den Entbindungstag von ihrem Arbeitgeber einen Zuschuss zum Mutterschaftsgeld. Als Zuschuss zum Mutterschaftsgeld wird der Unterschiedsbetrag zwischen 13 Euro und dem um die gesetzlichen Abzüge verminderten durchschnittlichen kalendertäglichen Arbeitsentgelt der letzten drei abgerechneten Kalendermonate vor Beginn der Schutzfrist vor der Entbindung gezahlt. Einer Frau, deren Beschäftigungsverhältnis während der Schutzfristen vor oder nach der Entbindung beginnt, wird der Zuschuss zum Mutterschaftsgeld von Beginn des Beschäftigungsverhältnisses angezahlt.

(2) Ist eine Frau für mehrere Arbeitgeber tätig, sind für die Berechnung des Arbeitgeberzuschusses nach Absatz 1 die durchschnittlichen kalendertäglichen Arbeitsentgelte aus diesen Beschäftigungsverhältnissen zusammenzurechnen. Den sich daraus ergebenden Betrag zahlen die Arbeitgeber anteilig im Verhältnis der von ihnen gezahlten durchschnittlichen kalendertäglichen Arbeitsentgelte.

(3) Endet das Beschäftigungsverhältnis nach Maßgabe von § 17 Absatz 2 durch eine Kündigung, erhält die Frau für die Zeit nach dem Ende des Beschäftigungsverhältnisses den Zuschuss zum Mutterschaftsgeld nach Absatz 1 von der für die Zahlung des Mutterschaftsgeldes zuständigen Stelle. Satz 1 gilt entsprechend, wenn der Arbeitgeber wegen eines Insolvenzereignisses im Sinne von § 165 Absatz 1 Satz 2 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch den Zuschuss nach Absatz 1 nicht zahlen kann.

§ 21 Ermittlung des durchschnittlichen Arbeitsentgelts

(1) Bei der Bestimmung des Berechnungszeitraumes für die Ermittlung des durchschnittlichen Arbeitsentgelts für die Leistungen nach den §§ 18 bis 20 bleiben Zeiten unberücksichtigt, in denen die Frau infolge unverschuldeter Fehlzeiten kein Arbeitsentgelt erzielt hat. War das Beschäftigungsverhältnis kürzer als drei Monate, ist der Berechnung der tatsächliche Zeitraum des Beschäftigungsverhältnisses zugrunde zu legen.

(2) Für die Ermittlung des durchschnittlichen Arbeitsentgelts für die Leistungen nach den §§ 18 bis 20 bleiben unberücksichtigt:

1. einmalig gezahltes Arbeitsentgelt im Sinne von § 23a des Vierten Buches Sozialgesetzbuch,
2. Kürzungen des Arbeitsentgelts, die im Berechnungszeitraum infolge von Kurzarbeit, Arbeitsausfällen oder unverschuldetem Arbeitsversäumnis eintreten, und
3. im Fall der Beendigung der Elternzeit nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz das Arbeitsentgelt aus Teilzeitbeschäftigung, das vor der Beendigung der Elternzeit während der Elternzeit erzielt wurde, soweit das durchschnittliche Arbeitsentgelt ohne die Berücksichtigung der Zeiten, in denen dieses Arbeitsentgelt erzielt wurde, höher ist.

(3) Ist die Ermittlung des durchschnittlichen Arbeitsentgelts entsprechend den Absätzen 1 und 2 nicht möglich, ist das durchschnittliche kalendertägliche Arbeitsentgelt einer vergleichbar beschäftigten Person zugrunde zu legen.

(4) Bei einer dauerhaften Änderung der Arbeitsentgelthöhe ist die geänderte Arbeitsentgelthöhe bei der Ermittlung des durchschnittlichen Arbeitsentgelts für die Leistungen nach den §§ 18 bis 20 zugrunde zu legen, und zwar

1. für den gesamten Berechnungszeitraum, wenn die Änderung während des Berechnungszeitraums wirksam wird,
2. ab Wirksamkeit der Änderung der Arbeitsentgelthöhe, wenn die Änderung der Arbeitsentgelthöhe nach dem Berechnungszeitraum wirksam wird.

§ 22 Leistungen während der Elternzeit

Während der Elternzeit sind Ansprüche auf Leistungen nach den §§ 18 und 20 aus dem wegen der Elternzeit ruhenden Arbeitsverhältnis ausgeschlossen. Übt die Frau während der Elternzeit eine Teilzeitarbeit aus, ist für die Ermittlung des durchschnittlichen Arbeitsentgelts nur das Arbeitsentgelt aus dieser Teilzeitarbeit zugrunde zu legen.

§ 23 Entgelt bei Freistellung für Untersuchungen und zum Stillen

(1) Durch die Gewährung der Freistellung nach § 7 darf bei der schwangeren oder stillenden Frau kein Entgeltausfall eintreten. Freistellungszeiten sind weder vor- noch nachzuarbeiten. Sie werden nicht auf Ruhepausen angerechnet, die im Arbeitszeitgesetz oder in anderen Vorschriften festgelegt sind.

(2) Der Auftraggeber oder Zwischenmeister hat einer in Heimarbeit beschäftigten Frau und der ihr Gleichgestellten für die Stillzeit ein Entgelt zu zahlen, das nach der Höhe des durchschnittlichen Stundenentgelts für jeden Werktag zu berechnen ist. Ist eine Frau für mehrere Auftraggeber oder Zwischenmeister tätig, haben diese das Entgelt für die Stillzeit zu gleichen Teilen zu zahlen. Auf das Entgelt finden die Vorschriften der §§ 23 bis 25 des Heimarbeitsgesetzes über den Entgeltschutz Anwendung.

§ 24 Fortbestehen des Erholungsurlaubs bei Beschäftigungsverboten

Für die Berechnung des Anspruchs auf bezahlten Erholungsurlaub gelten die Ausfallzeiten wegen eines Beschäftigungsverbots als Beschäftigungszeiten. Hat eine Frau ihren Urlaub vor Beginn eines Beschäftigungsverbots nicht oder nicht vollständig erhalten, kann sie nach dem Ende des Beschäftigungsverbots den Resturlaub im laufenden oder im nächsten Urlaubsjahr beanspruchen.

§ 25 Beschäftigung nach dem Ende des Beschäftigungsverbots

Mit dem Ende eines Beschäftigungsverbots im Sinne von § 2 Absatz 3 hat eine Frau das Recht, entsprechend den vertraglich vereinbarten Bedingungen beschäftigt zu werden.

Abschnitt 5

Durchführung des Gesetzes

§ 26 Aushang des Gesetzes

(1) In Betrieben und Verwaltungen, in denen regelmäßig mehr als drei Frauen beschäftigt werden, hat der Arbeitgeber eine Kopie dieses Gesetzes an geeigneter Stelle zur Einsicht auszulegen oder auszuhängen. Dies gilt nicht, wenn er das Gesetz für die Personen, die bei ihm beschäftigt sind, in einem elektronischen Verzeichnis jederzeit zugänglich gemacht hat.

(2) Für eine in Heimarbeit beschäftigte Frau oder eine ihr Gleichgestellte muss der Auftraggeber oder Zwischenmeister in den Räumen der Ausgabe oder Abnahme von Heimarbeit eine Kopie dieses Gesetzes an geeigneter Stelle zur Einsicht auslegen oder aushängen. Absatz 1 Satz 2 gilt entsprechend.

§ 27 Mitteilungs- und Aufbewahrungspflichten des Arbeitgebers, Offenbarungsverbot der mit der Überwachung beauftragten Personen

(1) Der Arbeitgeber hat die Aufsichtsbehörde unverzüglich zu benachrichtigen,

1. wenn eine Frau ihm mitgeteilt hat,
 - a) dass sie schwanger ist oder
 - b) dass sie stillt, es sei denn, er hat die Aufsichtsbehörde bereits über die Schwangerschaft dieser Frau benachrichtigt, oder
2. wenn er beabsichtigt, eine schwangere oder stillende Frau zu beschäftigen
 - a) bis 22 Uhr nach den Vorgaben des § 5 Absatz 2 Satz 2 und 3,
 - b) an Sonn- und Feiertagen nach den Vorgaben des § 6 Absatz 1 Satz 2 und 3 oder Absatz 2 Satz 2 und 3 oder
 - c) mit getakteter Arbeit im Sinne von § 11 Absatz 6 Nummer 3 oder § 12 Absatz 5 Nummer 3. Er darf diese Informationen nicht unbefugt an Dritte weitergeben.

(2) Der Arbeitgeber hat der Aufsichtsbehörde auf Verlangen die Angaben zu machen, die zur Erfüllung der Aufgaben dieser Behörde erforderlich sind. Er hat die Angaben wahrheitsgemäß, vollständig und rechtzeitig zu machen.

(3) Der Arbeitgeber hat der Aufsichtsbehörde auf Verlangen die Unterlagen zur Einsicht vorzulegen oder einzusenden, aus denen Folgendes ersichtlich ist:

1. die Namen der schwangeren oder stillenden Frauen, die bei ihm beschäftigt sind,
2. die Art und der zeitliche Umfang ihrer Beschäftigung,
3. die Entgelte, die an sie gezahlt worden sind,
4. die Ergebnisse der Beurteilung der Arbeitsbedingungen nach § 10 und
5. alle sonstigen nach Absatz 2 erforderlichen Angaben.

(4) Die auskunftspflichtige Person kann die Auskunft auf solche Fragen oder die Vorlage derjenigen Unterlagen verweigern, deren Beantwortung oder Vorlage sie selbst oder einen ihrer in § 383 Absatz 1 Nummer 1 bis

3 der Zivilprozessordnung bezeichneten Angehörigen der Gefahr der Verfolgung wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit aussetzen würde. Die auskunftspflichtige Person ist darauf hinzuweisen.

(5) Der Arbeitgeber hat die in Absatz 3 genannten Unterlagen mindestens bis zum Ablauf von zwei Jahren nach der letzten Eintragung aufzubewahren.

(6) Die mit der Überwachung beauftragten Personen der Aufsichtsbehörde dürfen die ihnen bei ihrer Überwachungstätigkeit zur Kenntnis gelangten Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse nur in den gesetzlich geregelten Fällen oder zur Verfolgung von Rechtsverstößen oder zur Erfüllung von gesetzlich geregelten Aufgaben zum Schutz der Umwelt den dafür zuständigen Behörden offenbaren. Soweit es sich bei Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen um Informationen über die Umwelt im Sinne des Umweltinformationsgesetzes handelt, richtet sich die Befugnis zu ihrer Offenbarung nach dem Umweltinformationsgesetz.

§ 28 Behördliches Genehmigungsverfahren für eine Beschäftigung zwischen 20 Uhr und 22 Uhr

(1) Die Aufsichtsbehörde kann abweichend von § 5 Absatz 1 Satz 1 auf Antrag des Arbeitgebers genehmigen, dass eine schwangere oder stillende Frau zwischen 20 Uhr und 22 Uhr beschäftigt wird, wenn

1. sich die Frau dazu ausdrücklich bereit erklärt,
2. nach ärztlichem Zeugnis nichts gegen die Beschäftigung der Frau bis 22 Uhr spricht und
3. insbesondere eine unverantwortbare Gefährdung für die schwangere Frau oder ihr Kind durch Alleinarbeit ausgeschlossen ist.

Dem Antrag ist die Dokumentation der Beurteilung der Arbeitsbedingungen nach § 14 Absatz 1 beizufügen. Die schwangere oder stillende Frau kann ihre Erklärung nach Satz 1 Nummer 1 jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen.

(2) Solange die Aufsichtsbehörde den Antrag nicht ablehnt oder die Beschäftigung zwischen 20 Uhr und 22 Uhr nicht vorläufig untersagt, darf der Arbeitgeber die Frau unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 beschäftigen. Die Aufsichtsbehörde hat dem Arbeitgeber nach Eingang des Antrags unverzüglich eine Mitteilung zu machen, wenn die für den Antrag nach Absatz 1 erforderlichen Unterlagen unvollständig sind. Die Aufsichtsbehörde kann die Beschäftigung vorläufig untersagen, soweit dies erforderlich ist, um den Schutz der Gesundheit der Frau oder ihres Kindes sicherzustellen.

(3) Lehnt die Aufsichtsbehörde den Antrag nicht innerhalb von sechs Wochen nach Eingang des vollständigen Antrags ab, gilt die Genehmigung als erteilt. Auf Verlangen ist dem Arbeitgeber der Eintritt der Genehmigungsfiktion (§ 42a des Verwaltungsverfahrensgesetzes) zu bescheinigen.

(4) Im Übrigen gelten die Vorschriften des Verwaltungsverfahrensgesetzes.

§ 29 Zuständigkeit und Befugnisse der Aufsichtsbehörden, Jahresbericht

(1) Die Aufsicht über die Ausführung der Vorschriften dieses Gesetzes und der aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Vorschriften obliegt den nach Landesrecht zuständigen Behörden (Aufsichtsbehörden).

(2) Die Aufsichtsbehörden haben dieselben Befugnisse wie die nach § 22 Absatz 2 und 3 des Arbeitsschutzgesetzes mit der Überwachung beauftragten Personen. Das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 des Grundgesetzes) wird insoweit eingeschränkt.

(3) Die Aufsichtsbehörde kann in Einzelfällen die erforderlichen Maßnahmen anordnen, die der Arbeitgeber zur Erfüllung derjenigen Pflichten zu treffen hat, die sich aus Abschnitt 2 dieses Gesetzes und aus den aufgrund des § 31 Nummer 1 bis 5 erlassenen Rechtsverordnungen ergeben. Insbesondere kann die Aufsichtsbehörde:

1. in besonders begründeten Einzelfällen Ausnahmen vom Verbot der Mehrarbeit nach § 4 Absatz 1 Satz 1, 2 oder 4 sowie vom Verbot der Nachtarbeit auch zwischen 22 Uhr und 6 Uhr nach § 5 Absatz 1 Satz 1 oder Absatz 2 Satz 1 bewilligen, wenn

- a) sich die Frau dazu ausdrücklich bereit erklärt,
 - b) nach ärztlichem Zeugnis nichts gegen die Beschäftigung spricht und
 - c) in den Fällen des § 5 Absatz 1 Satz 1 oder Absatz 2 Satz 1 insbesondere eine unverantwortbare Gefährdung für die schwangere Frau oder ihr Kind durch Alleinarbeit ausgeschlossen ist,
2. verbieten, dass ein Arbeitgeber eine schwangere oder stillende Frau
 - a) nach § 5 Absatz 2 Satz 2 zwischen 20 Uhr und 22 Uhr beschäftigt oder
 - b) nach § 6 Absatz 1 Satz 2 oder nach § 6 Absatz 2 Satz 2 an Sonn- und Feiertagen beschäftigt,
 3. Einzelheiten zur Freistellung zum Stillen nach § 7 Absatz 2 und zur Bereithaltung von Räumlichkeiten, die zum Stillen geeignet sind, anordnen,
 4. Einzelheiten zur zulässigen Arbeitsmenge nach § 8 anordnen,
 5. Schutzmaßnahmen nach § 9 Absatz 1 bis 3 und nach § 13 anordnen,
 6. Einzelheiten zu Art und Umfang der Beurteilung der Arbeitsbedingungen nach § 10 anordnen,
 7. bestimmte Tätigkeiten oder Arbeitsbedingungen nach § 11 oder nach § 12 verbieten,
 8. Ausnahmen von den Vorschriften des § 11 Absatz 6 Nummer 1 und 2 und des § 12 Absatz 5 Nummer 1 und 2 bewilligen, wenn die Art der Arbeit und das Arbeitstempo keine unverantwortbare Gefährdung für die schwangere oder stillende Frau oder für ihr Kind darstellen, und
 9. Einzelheiten zu Art und Umfang der Dokumentation und Information nach § 14 anordnen.

Die schwangere oder stillende Frau kann ihre Erklärung nach Satz 2 Nummer 1 Buchstabe a jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen.

(4) Die Aufsichtsbehörde berät den Arbeitgeber bei der Erfüllung seiner Pflichten nach diesem Gesetz sowie die bei ihm beschäftigten Personen zu ihren Rechten und Pflichten nach diesem Gesetz; dies gilt nicht für die Rechte und Pflichten nach den §§ 18 bis 22.

(5) Für Betriebe und Verwaltungen im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung wird die Aufsicht nach Absatz 1 durch das Bundesministerium der Verteidigung oder die von ihm bestimmte Stelle in eigener Zuständigkeit durchgeführt.

(6) Die zuständigen obersten Landesbehörden haben über die Überwachungstätigkeit der ihnen unterstellten Behörden einen Jahresbericht zu veröffentlichen. Der Jahresbericht umfasst auch Angaben zur Erfüllung von Unterrichtspflichten aus internationalen Übereinkommen oder Rechtsakten der Europäischen Union, soweit sie den Mutterschutz betreffen.

§ 30 Ausschuss für Mutterschutz

(1) Beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wird ein Ausschuss für Mutterschutz gebildet, in dem geeignete Personen vonseiten der öffentlichen und privaten Arbeitgeber, der Ausbildungsstellen, der Gewerkschaften, der Studierendenvertretungen und der Landesbehörden sowie weitere geeignete Personen, insbesondere aus der Wissenschaft, vertreten sein sollen. Dem Ausschuss sollen nicht mehr als 15 Mitglieder angehören. Für jedes Mitglied ist ein stellvertretendes Mitglied zu benennen. Die Mitgliedschaft im Ausschuss für Mutterschutz ist ehrenamtlich.

(2) Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend beruft im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales, dem Bundesministerium für Gesundheit und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung die Mitglieder des Ausschusses für Mutterschutz und die stellvertretenden Mitglieder.

Der Ausschuss gibt sich eine Geschäftsordnung und wählt die Vorsitzende oder den Vorsitzenden aus seiner Mitte. Die Geschäftsordnung und die Wahl der oder des Vorsitzenden bedürfen der Zustimmung des

Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Die Zustimmung erfolgt im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales und dem Bundesministerium für Gesundheit.

(3) Zu den Aufgaben des Ausschusses für Mutterschutz gehört es,

1. Art, Ausmaß und Dauer der möglichen unverantwortbaren Gefährdungen einer schwangeren oder stillenden Frau und ihres Kindes nach wissenschaftlichen Erkenntnissen zu ermitteln und zu begründen,
2. sicherheitstechnische, arbeitsmedizinische und arbeitshygienische Regeln zum Schutz der schwangeren oder stillenden Frau und ihres Kindes aufzustellen und
3. das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in allen mutterschutzbezogenen Fragen zu beraten.

Der Ausschuss arbeitet eng mit den Ausschüssen nach § 18 Absatz 2 Nummer 5 des Arbeitsschutzgesetzes zusammen.

(4) Nach Prüfung durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, durch das Bundesministerium für Gesundheit und durch das Bundesministerium für Bildung und

Forschung kann das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Einvernehmen mit den anderen in diesem Absatz genannten Bundesministerien die vom Ausschuss für Mutterschutz nach Absatz 3 aufgestellten Regeln und Erkenntnisse im Gemeinsamen Ministerialblatt veröffentlichen.

(5) Die Bundesministerien sowie die obersten Landesbehörden können zu den Sitzungen des Ausschusses für Mutterschutz Vertreterinnen oder Vertreter entsenden. Auf Verlangen ist ihnen in der Sitzung das Wort zu erteilen.

(6) Die Geschäfte des Ausschusses für Mutterschutz werden vom Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben geführt.

§ 31 Erlass von Rechtsverordnungen

Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Folgendes zu regeln:

1. nähere Bestimmungen zum Begriff der unverantwortbaren Gefährdung nach § 9 Absatz 2 Satz 2 und 3,
2. nähere Bestimmungen zur Durchführung der erforderlichen Schutzmaßnahmen nach § 9 Absatz 1 und 2 und nach § 13,
3. nähere Bestimmungen zu Art und Umfang der Beurteilung der Arbeitsbedingungen nach § 10,
4. Festlegungen von unzulässigen Tätigkeiten und Arbeitsbedingungen im Sinne von § 11 oder § 12 oder von anderen nach diesem Gesetz unzulässigen Tätigkeiten und Arbeitsbedingungen,
5. nähere Bestimmungen zur Dokumentation und Information nach § 14,
6. nähere Bestimmungen zur Ermittlung des durchschnittlichen Arbeitsentgelts im Sinne der §§ 18 bis 22 und
7. nähere Bestimmungen zum erforderlichen Inhalt der Benachrichtigung, ihrer Form, der Art und Weise der Übermittlung sowie die Empfänger der vom Arbeitgeber nach § 27 zu meldenden Informationen.

Abschnitt 6

Bußgeldvorschriften, Strafvorschriften

§ 32 Bußgeldvorschriften

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. entgegen § 3 Absatz 1 Satz 1, auch in Verbindung mit Satz 4, entgegen § 3 Absatz 2 Satz 1, auch in Verbindung mit Satz 2 oder 3, entgegen § 3 Absatz 3 Satz 1, § 4 Absatz 1 Satz 1, 2 oder 4 oder § 5 Absatz 1 Satz 1, § 6 Absatz 1 Satz 1, § 13 Absatz 1 Nummer 3 oder § 16 eine Frau beschäftigt,
2. entgegen § 4 Absatz 2 eine Ruhezeit nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig gewährt,
3. entgegen § 5 Absatz 2 Satz 1 oder § 6 Absatz 2 Satz 1 eine Frau tätig werden lässt,
4. entgegen § 7 Absatz 1 Satz 1, auch in Verbindung mit Satz 2, oder entgegen § 7 Absatz 2 Satz 1 eine Frau nicht freistellt,
5. entgegen § 8 oder § 13 Absatz 2 Heimarbeit ausgibt,
6. entgegen § 10 Absatz 1 Satz 1, auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 31 Nummer 3, eine Gefährdung nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig beurteilt oder eine Ermittlung nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig durchführt,
7. entgegen § 10 Absatz 2 Satz 1, auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 31 Nummer 3, eine Schutzmaßnahme nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig festlegt,
8. entgegen § 10 Absatz 3 eine Frau eine andere als die dort bezeichnete Tätigkeit ausüben lässt,
9. entgegen § 14 Absatz 1 Satz 1 in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 31 Nummer 5 eine Dokumentation nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erstellt,
10. entgegen § 14 Absatz 2 oder 3, jeweils in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 31 Nummer 5, eine Information nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig gibt,
11. entgegen § 27 Absatz 1 Satz 1 die Aufsichtsbehörde nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig benachrichtigt,
12. entgegen § 27 Absatz 1 Satz 2 eine Information weitergibt,
13. entgegen § 27 Absatz 2 eine Angabe nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig macht,
14. entgegen § 27 Absatz 3 eine Unterlage nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig vorlegt oder nicht oder nicht rechtzeitig einsendet,
15. entgegen § 27 Absatz 5 eine Unterlage nicht oder nicht mindestens zwei Jahre aufbewahrt,
16. einer vollziehbaren Anordnung nach § 29 Absatz 3 Satz 1 zuwiderhandelt oder

17. einer Rechtsverordnung nach § 31 Nummer 4 oder einer vollziehbaren Anordnung aufgrund einer solchen Rechtsverordnung zuwiderhandelt, soweit die Rechtsverordnung für einen bestimmten Tatbestand auf diese Bußgeldvorschrift verweist.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann in den Fällen des Absatzes 1 Nummer 1 bis 5, 8, 16 und 17 mit einer Geldbuße bis zu dreißigtausend Euro, in den übrigen Fällen mit einer Geldbuße bis zu fünftausend Euro geahndet werden.

§ 33 Strafvorschriften

Wer eine in § 32 Absatz 1 Nummer 1 bis 5, 8, 16 und 17 bezeichnete vorsätzliche Handlung begeht und dadurch die Gesundheit der Frau oder ihres Kindes gefährdet, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.

Abschnitt 7

Schlussvorschriften

§ 34 Evaluationsbericht

Die Bundesregierung legt dem Deutschen Bundestag zum 1. Januar 2021 einen Evaluationsbericht über die Auswirkungen des Gesetzes vor. Schwerpunkte des Berichts sollen die Handhabbarkeit der gesetzlichen Regelung in der betrieblichen und behördlichen Praxis, die Wirksamkeit und die Auswirkungen des Gesetzes im Hinblick auf seinen Anwendungsbereich, die Auswirkungen der Regelungen zum Verbot der Mehr- und Nachtarbeit sowie zum Verbot der Sonn- und Feiertagsarbeit und die Arbeit des Ausschusses für Mutterschutz sein. Der Bericht darf keine personenbezogenen Daten enthalten.



**Verordnung über den Mutterschutz für
Beamtinnen und Richterinnen (Mutterschutzverordnung – MuSchVO)
Vom 29. Oktober 2019 (Amtsl. I S. 865)**

§ 1 Ziel der Verordnung

Diese Verordnung schützt die Gesundheit der Beamtin und ihres Kindes am Dienort und Ausbildungsplatz während der Schwangerschaft, nach der Entbindung und in der Stillzeit und wirkt Benachteiligungen während dieser Zeiten entgegen.

§ 2 Anwendung des Mutterschutzgesetzes

(1) Auf die Beschäftigung von Beamtinnen während der Schwangerschaft, nach der Entbindung und in der Stillzeit sind die Vorschriften des Mutterschutzgesetzes

1. zu Begriffsbestimmungen (§ 2 Absatz 1 Satz 1, Absatz 3 Satz 1 und Absatz 4 des Mutterschutzgesetzes),
 2. zur Gestaltung der Arbeitsbedingungen (§§ 9, 10 Absatz 1 und 2, §§ 11, 12, 13 Absatz 1 Nummer 1 des Mutterschutzgesetzes),
 3. zum Arbeitsplatzwechsel (§ 13 Absatz 1 Nummer 2 des Mutterschutzgesetzes),
 4. zur Dokumentation und Information durch den Arbeitgeber (§ 14 des Mutterschutzgesetzes),
 5. zu Beschäftigungsverboten und Ausnahmen (§§ 3 bis 6, § 10 Absatz 3, § 13 Absatz 1 Nummer 3, §§ 16, 28 und 29 Absatz 3 Nummer 1 des Mutterschutzgesetzes),
 6. zu Mitteilungen und Nachweisen über die Schwangerschaft und das Stillen (§ 15 des Mutterschutzgesetzes),
 7. zur Freistellung für Untersuchungen und zum Stillen (§ 7 des Mutterschutzgesetzes),
 8. zu den Mitteilungs- und Aufbewahrungspflichten des Arbeitgebers (§ 27 Absatz 1 bis 5 des Mutterschutzgesetzes) sowie
 9. zu den Bußgeld- und Strafvorschriften (§§ 32 und 33 des Mutterschutzgesetzes)
- entsprechend anzuwenden. Weitere Arbeitsschutzvorschriften bleiben unberührt.

(2) An die Stelle des Arbeitgebers im Sinne des Mutterschutzgesetzes tritt die nach § 3 des Saarländischen Beamtengesetzes bestimmte Stelle.

**§ 3 Besoldung bei Beschäftigungsverbot,
Untersuchungen und Stillen**

(1) Durch die mutterschutzrechtlichen Beschäftigungsverbote nach §§ 3 bis 6, § 10 Absatz 3, § 13 Absatz 1 Nummer 3 und § 16 des Mutterschutzgesetzes mit Ausnahme des Verbots der Mehrarbeit wird die Zahlung der Dienst- und Anwärterbezüge nicht berührt. Das Gleiche gilt für das Dienstversäumnis bei ärztlichen Untersuchungen bei Schwangerschaft und Mutterschaft sowie während des Stillens (§ 7 des Mutterschutzgesetzes). Bemessungsgrundlage für die Zahlung der Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten und für Dienst zu wechselnden Zeiten nach §§ 3, 4 und 17a bis 17d der durch Gesetz vom 1. Oktober 2008 (Amtsl. S. 1755) in Landesrecht übergeleiteten Erschwerniszulagenverordnung sowie für die Vergütung nach der durch Gesetz vom 1. Oktober 2008 (Amtsl. S. 1755) in Landesrecht übergeleiteten Vollstreckungsvergütungsverordnung ist der Durchschnitt der Zulagen und der Vergütungen der letzten drei Monate vor Beginn des Monats, in dem die Schwangerschaft eingetreten ist.

(2) Im Fall der vorzeitigen Beendigung einer Elternzeit nach § 2 Absatz 4 Satz 3 der Elternzeitverordnung richtet sich die Höhe der Dienst- und Anwärterbezüge nach dem Beschäftigungsumfang vor der Elternzeit oder während der Elternzeit, wobei die höheren Bezüge maßgeblich sind.

§ 4 Zuschuss bei Beschäftigungsverbot während der Elternzeit

Beamtinnen erhalten einen Zuschuss von 12,80 Euro für jeden Kalendertag der Schutzfristen vor und nach der Entbindung gemäß § 3 des Mutterschutzgesetzes sowie für den Entbindungstag, der in eine Elternzeit fällt. Dies gilt nicht, wenn sie während der Elternzeit teilzeitbeschäftigt sind. Bei Beamtinnen, deren Dienst- oder Anwärterbezüge (ohne die mit Rücksicht auf den Familienstand gewährten Zuschläge und ohne Aufwandsentschädigung sowie ohne Auslandsdienstbezüge nach § 52 Absatz 1 Satz 3 des durch Gesetz vom 1. Oktober 2008 (Amtsl. S. 1755) in Landesrecht übergeleiteten Bundesbesoldungsgesetzes) vor Beginn der Elternzeit die Versicherungspflichtgrenze in der gesetzlichen Krankenversicherung überschreiten, ist der Zuschuss auf 205 Euro begrenzt.

§ 5 Entlassung während der Schwangerschaft, nach einer Fehlgeburt und nach der Entbindung

(1) Während der Schwangerschaft, bis zum Ablauf von vier Monaten nach einer Fehlgeburt nach der zwölften Schwangerschaftswoche und bis zum Ende der Schutzfrist nach der Entbindung, mindestens bis zum Ablauf von vier Monaten nach der Entbindung, darf die Entlassung von Beamtinnen auf Probe und von Beamtinnen auf Widerruf gegen ihren Willen nicht ausgesprochen werden, wenn der oder dem Dienstvorgesetzten die Schwangerschaft, die Fehlgeburt nach der zwölften Schwangerschaftswoche oder die Entbindung bekannt ist. Eine ohne diese Kenntnis ergangene Entlassungsverfügung ist zurückzunehmen, wenn innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Zustellung der oder dem Dienstvorgesetzten die Schwangerschaft, die Fehlgeburt nach der zwölften Schwangerschaftswoche oder die Entbindung mitgeteilt wird. Das Überschreiten dieser Frist ist unbeachtlich, wenn es auf einem von der Beamtin nicht zu vertretenden Grund beruht und die Mitteilung unverzüglich nachgeholt wird.

(2) In besonderen Fällen kann die oberste Dienstbehörde auch bei Vorliegen der Voraussetzungen des Absatzes 1 eine Entlassung aussprechen, wenn ein Sachverhalt vorliegt, bei dem eine Beamtin oder ein Beamter auf Lebenszeit im Wege des Disziplinarverfahrens aus dem Beamtenverhältnis zu entfernen wäre.

(3) Die §§ 22 und 23 Absatz 1 und 2 und § 30 Absatz 2 des Beamtenstatusgesetzes und § 36 Absatz 1 und § 37 Absatz 1 des Saarländischen Beamtengesetzes bleiben unberührt.

§ 6 Auslage des Mutterschutzgesetzes und dieser Verordnung

In jeder Dienststelle, bei der regelmäßig mehr als drei Beamtinnen tätig sind, sind ein Abdruck des Mutterschutzgesetzes sowie ein Abdruck dieser Verordnung an geeigneter Stelle zur Einsicht auszulegen, auszuhängen oder in elektronischer Form jederzeit zugänglich zu machen.

§ 7 Geltung für Richterinnen

Diese Verordnung gilt für die Richterinnen des Landes entsprechend.

§ 8 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

(1) Die Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(2) Die Verordnung über den Mutterschutz für Beamtinnen und Richterinnen vom 14. Januar 2015 (Amtsbl. I S. 134) tritt mit Inkrafttreten dieser Verordnung außer Kraft.

**Gesetz zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens
(Nichtraucherschutzgesetz)**

Vom 21. November 2007 (Amtsbl. 2008, S. 75) –
geändert durch Gesetz vom 15. März 2017 (Amtsbl. I S. 476)

§ 1

Zweck des Gesetzes

Das Gesetz soll vor den Gefahren und somit vor den durch passives Rauchen bedingten gesundheitlichen Beeinträchtigungen schützen.

§ 2

Rauchverbot

(1) Das Rauchen ist nach Maßgabe der Absätze 2 bis 4 und des § 3 verboten in allen

1. Behörden und sonstigen Einrichtungen des Landes einschließlich seiner Verfassungsorgane, der Gemeinden, Gemeindeverbände sowie der sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden juristischen Personen des öffentlichen Rechts und Träger öffentlicher Verwaltung, in Gerichten und Dienststellen anderer Organe der Rechtspflege sowie in Einrichtungen des Justiz- und Maßregelvollzuges;
2. Gesundheitseinrichtungen, insbesondere Krankenhäusern einschließlich privater Krankenanstalten sowie Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen im Sinne des § 107 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch und entsprechenden ambulanten Einrichtungen unabhängig von ihrer Trägerschaft;
3. Pflegeeinrichtungen, insbesondere Einrichtungen nach § 1a oder § 1b des Saarländischen Wohn-, Betreuungs- und Pflegequalitätsgesetzes vom 6. Mai 2009 (Amtsbl. S. 906), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 15. März 2017 (Amtsbl. I S. 476), in der jeweils geltenden Fassung, sowie entsprechenden ambulanten Einrichtungen;
4. Erziehungs- und Bildungseinrichtungen unabhängig von ihrer Trägerschaft, insbesondere in
 - a) Schulen,
 - b) Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe im Sinne des Achten Buches Sozialgesetzbuch und sonstigen Einrichtungen, in denen Kinder und Jugendliche betreut werden,
 - c) Einrichtungen der Kinder- und Jugendfreizeit sowie auf Spielplätzen,
 - d) Berufsbildungsstätten,
 - e) Einrichtungen der Erwachsenenbildung und Weiterbildung sowie
 - f) Hochschulen;
5. Sporteinrichtungen, insbesondere Sporthallen, Schwimmbädern sowie allen sonstigen Räumen, die der Ausübung von Sport dienen, wenn sie der Öffentlichkeit zugänglich sind;
6. Kultureinrichtungen, insbesondere Einrichtungen, die zumindest vorübergehend der Bewahrung, Vermittlung, Aufführung und Ausstellung künstlerischer, unterhaltender oder historischer Inhalte oder Werke dienen, wenn sie der Öffentlichkeit zugänglich sind;
7. Gaststätten im Sinne des § 1 des Gaststättengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. November 1998 (BGBl. I S. 3418), zuletzt geändert durch Artikel 149 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407, 2007 I S. 2149), unabhängig von der Konzession nach dem Gaststättengesetz. Dies gilt auch für Beherbergungsbetriebe und Diskotheken sowie für Spielhallen und Spielcasinos, soweit in den Räumen der Spielhallen oder Spielcasinos eine Gaststätte betrieben wird;
8. Flugplätzen, soweit sie dem Flugverkehr dienen und öffentlich sind;
9. sonstigen Versammlungsstätten, wenn sie der Öffentlichkeit zugänglich sind.

(2) Das Rauchverbot gemäß Absatz 1 gilt in Gebäuden und sonstigen umschlossenen Räumen. Umschlossene Räume im Sinne dieses Gesetzes sind auch Festzelte und Dienstfahrzeuge.

(3) In Einrichtungen für Kinder und Jugendliche gemäß Absatz 1 Nr. 4 Buchstabe a) bis d) ist das Rauchen im Zusammenhang mit deren Betrieb auch auf dem Gelände der Einrichtung verboten. Das Rauchverbot greift auch bei Veranstaltungen und Festen, wenn diese nicht auf dem Gelände der Einrichtung stattfinden und bei Ausflügen und Fahrten.

(4) Der durch die Arbeitsstättenverordnung vorgegebene Nichtraucherschutz sowie sonstige Vorschriften zum Nichtraucherschutz und zum Brandschutz bleiben unberührt.

§ 3

Ausnahmeregelungen

(1) Abweichend von § 2 Abs. 1 gilt das Rauchverbot nicht in

1. den zur persönlichen Nutzung überlassenen Hafträumen der Häftlinge und den Zimmern der Patienten und Patientinnen des Maßregelvollzuges sowie ausgewiesenen Bereichen der Einrichtungen des Justiz- und Maßregelvollzuges, die von den Leitungen unter Berücksichtigung der Ziele des Gesetzes ausdrücklich festzulegen sind;
2. Heimen, Hospizen und sonstigen Einrichtungen der palliativen Versorgung in den Räumen, die den Bewohnerinnen und Bewohnern zur persönlichen Nutzung überlassen sind;
3. Gebäuden, Gebäudeteilen oder sonstigen abgeschlossenen Räumen und auf Grundstücken von Einrichtungen, soweit sie zu Wohn- oder Übernachtungszwecken überlassen sind;
4. bei Aufführungen in Kultureinrichtungen nach § 2 Absatz 1 Nummer 6 für Darstellende und Mitwirkende auf Bühnen und Szenenflächen, bei denen das Rauchen als Bestandteil der Darbietung Ausdruck der Kunstfreiheit ist.

(2) Abweichend von § 2 Abs. 1 Nr. 2 kann die behandelnde Ärztin oder der behandelnde Arzt im Einzelfall einer Patientin oder einem Patienten das Rauchen in dafür ausgewiesenen Räumen erlauben, sofern ein Rauchverbot die Erreichung des Therapieziels gefährden würde und keine anderen Möglichkeiten zur Verfügung stehen.

(3) In Einrichtungen des § 2 Abs. 1 Nr. 1 und 3 kann durch die Leitung in vollständig abgetrennten und deutlich gekennzeichneten Räumen das Rauchen gestattet werden. Die Räume müssen so beschaffen sein, dass andere Personen durch den Rauch nicht beeinträchtigt werden. Es darf sich nicht um Besprechungs-, Arbeits- und Sozialräume handeln. Diese Regelung gilt auch für Einrichtungen der Altenhilfe, der Behindertenhilfe, der Sozialpsychiatrie, für Einrichtungen zur beruflichen Beschäftigung, Ausbildung und Qualifizierung von Erwachsenen, für Frauenhäuser sowie stationäre und offene Einrichtungen für wohnungslose Menschen. Satz 1 gilt nicht für solche Einrichtungen im Sinne des § 2 Abs. 1, die auch unter § 2 Abs. 1 Nrn. 2 und 4 Buchstaben a) bis d) fallen.

§ 4

Hinweispflicht

An den Orten, für die nach § 2 ein Rauchverbot besteht, ist dies deutlich sichtbar zu kennzeichnen.

§ 5

Verantwortlichkeit für die Umsetzung des Rauchverbots

(1) Verantwortlich für die Einhaltung des Rauchverbotes nach § 2 und für die Erfüllung der Hinweispflicht nach § 4 sind im Rahmen ihrer Befugnisse die Träger, die Leitung sowie die Betreiberinnen und Betreiber der jeweiligen Einrichtung.

(2) Soweit den Verantwortlichen nach Absatz 1 ein Verstoß gegen das Rauchverbot bekannt wird, haben sie die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um weitere Verstöße zu verhindern.

(3) Des Weiteren sind die Verantwortlichen gehalten, für die Sauberkeit der unmittelbaren Umgebung Sorge zu tragen.

§ 6

Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. entgegen § 2 in einem als solchen gekennzeichneten Rauchverbotsbereich raucht,
2. entgegen seiner Verpflichtung nach § 5 keine Maßnahmen ergreift, um Verstöße zu verhindern oder
3. den Hinweispflichten nach § 4 nicht nachkommt.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann

1. im Fall von Absatz 1 Nr. 1 mit einer Geldbuße von bis zu zweihundert Euro,
2. im Fall von Absatz 1 Nr. 2 und 3 mit einer Geldbuße von bis zu eintausend Euro geahndet werden, im Wiederholungsfalle mit einer Geldbuße von bis zu zweitausend Euro.

Bei Verstößen gegen § 2 Absatz 1 Nummer 7 wird ab einer dreimaligen Begehung von Ordnungswidrigkeiten nach Absatz 1 Nummer 2 in der Regel vermutet, dass die Betreiberin oder der Betreiber der Gaststätte die für den Gewerbebetrieb gemäß § 4 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 in Verbindung mit § 15 Absatz 1 und 2 des Gaststättengesetzes erforderliche Zuverlässigkeit nicht besitzt.

(3) Zuständige Behörde für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten sind die Ortspolizeibehörden.

(4) Die von den Ortspolizeibehörden nach diesem Gesetz erhobenen Buß- und Verwarnungsgelder fließen der jeweiligen Gemeinde zu.

(5) Die den Gemeinden durch Vollzug dieses Gesetzes durch die Ortspolizeibehörden entstehenden Kosten werden, soweit sie nicht durch die Einnahmen aus Buß- und Verwarnungsgeldern nach Absatz 4 gedeckt sind, vom Saarland im jeweils folgenden Haushaltsjahr im nachgewiesenen Umfang erstattet.

§ 7

Übergangsregelung

(1) Für Gaststätten, in denen nach dem 21. November 2007 bis zum 18. November 2009 durch entsprechende bauliche Veränderungen Nebenräume im Sinne des § 3 Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 dieses Gesetzes in der Fassung vom 21. November 2007 (Amtsbl. 2008 S. 75), zuletzt geändert durch § 22 Absatz 3 des Gesetzes vom 6. Mai 2009 (Amtsbl. S. 906), errichtet wurden, gilt die Ausnahme vom Rauchverbot für solche Nebenräume sowie das diesbezügliche Zutrittsverbot nach § 3 Absatz 3 Satz 2 und die diesbezügliche Hinweispflicht nach § 3 Absatz 8 in Verbindung mit § 6 Absatz 1 Nummer 2 und 3 nach Maßgabe der folgenden Absätze 2 bis 4 bis zum 1. Dezember 2011 fort.

(2) Bauliche Veränderungen im Sinne des Absatzes 1 sind bauliche Maßnahmen, wie etwa der Einbau von Wänden oder Türen sowie der Einbau von Belüftungseinrichtungen. Hiervon nicht erfasst sind dem gegenüber sonstige Maßnahmen zur Einrichtung und Ausstattung eines Nebenraums, wie etwa die Raummöblierung, das Aufstellen eines Raum- oder das Aufhängen eines Deckenventilators.

(3) Die Betreiberin oder der Betreiber der Gaststätte bedarf zur Inanspruchnahme der Übergangsregelung einer entsprechenden Erlaubnis durch das Ministerium für Umwelt, Energie und Verkehr. Diese ist unter den Voraussetzungen der Absätze 1 und 2 auf schriftlichen Antrag zu erteilen, der bis zum 30. April 2010 beim Ministerium für Umwelt, Energie und Verkehr zu stellen ist.

(4) Bei dem Antrag auf Erteilung der Erlaubnis sind erforderlich Angaben und soweit notwendig Unterlagen über

1. die Person des Antragstellers,
2. die Betriebsart,
3. den Arbeits- und Materialaufwand in Form entsprechender Rechnungs- und Zahlungsbelege, soweit dies zum Nachweis einer baulichen Veränderung im Sinne des Absatzes 1 erforderlich ist, sowie
4. die zum Betrieb des Gewerbes einschließlich der zum Aufenthalt der Beschäftigten bestimmten Räume vor und nach den baulichen Maßnahmen im Sinne des § 7 Absatz 1 des Nichtraucherschutzgesetzes.

Die Erlaubnisbehörde kann Bauvorlagen nach § 69 der Landesbauordnung vom 18. Februar 2004 (Amtsbl. S. 822), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 21. November 2007 (Amtsbl. 2008 S. 278), in der jeweils geltenden Fassung und der zu seiner Ausführung ergangenen Vorschriften verlangen.

Erlass über die Durchführung eines Pädagogischen Tages an Schulen

Vom 3. Mai 1988 (GMB1. Saar S. 161)

1. An allen öffentlichen Schulen kann auf Beschluss der Schulkonferenz ein Pädagogischer Tag durchgeführt werden. Aus dem Beschluss müssen die Thematik und der Kreis der Einzuladenden hervorgehen.
2. Der Pädagogische Tag dient der gemeinsamen Beratung von Problemen, die bei der Durchführung des Unterrichts- und Erziehungsauftrages an der Schule auftreten und im Rahmen der Fachkonferenzen, Jahrgangskonferenzen, Klassenkonferenzen, Teilkonferenzen, Gesamtkonferenz und Schulkonferenz nicht intensiv genug beraten werden können. Er bietet Gelegenheit, in besonderer Weise z. B. fächer- und jahrgangsübergreifende Fragen der Unterrichtsgestaltung zu besprechen, Vorschläge zur Verbesserung des pädagogischen Klimas der Schule zu erarbeiten oder sich über besondere Schwerpunkte im erzieherischen und unterrichtlichen Angebot der Schule zu verständigen. Er fördert die schulinterne Fortbildung der Lehrkräfte.
3. Der Pädagogische Tag ist eine dienstliche Veranstaltung, an der alle Lehrkräfte der Schule, an beruflichen Schulen (Berufsbildungszentren) ggf. nur alle Lehrkräfte einer Abteilung oder einer bestimmten Schulform (z. B. der Berufsschule) teilnehmen. Je nach Thema können insbesondere Elternvertreter/innen, Schülervertreter/innen, weitere Mitarbeiter/innen der Schule, Lehrkräfte anderer Schulen mit besonderen Kenntnissen zu dem betreffenden Thema, bei beruflichen Schulen auch Vertreter/innen der Ausbildungsbetriebe und Praxisstellen sowie im Rahmen der organisatorischen und finanziellen Möglichkeiten auch Mitarbeiter/innen des Landesinstituts für Pädagogik und Medien, der Studien- und Landesseminare, des Instituts für Lehrerfort- und -weiterbildung (ILF) oder der Lehrerfortbildung der Evangelischen Kirchen im Saarland, im Rahmen ihres Beratungsauftrages auch Vertreter/innen der Schulaufsichtsbehörde, des schulärztlichen und des schulpсихologischen Dienstes beteiligt werden. Ein gemeinsamer Pädagogischer Tag mehrerer Schulen auch unterschiedlicher Schulformen ist möglich.
4. Leiter des Pädagogischen Tages ist der/die Schulleiter/in oder ein/e von ihm/ihr benannte/r Vertreter/in.
5. Für den Pädagogischen Tag kann in jedem Schuljahr ein Unterrichtstag in Anspruch genommen werden. Durch die Einbeziehung unterrichtsfreier Tage können die Beratungsmöglichkeiten erweitert werden. Es empfiehlt sich die Dauer von eineinhalb Tagen, damit eine Abendveranstaltung zum informellen und persönlichen Austausch über den Themenbereich eingeplant werden kann. Auch bei einem Pädagogischen Tag von eineinhalb Tagen Dauer darf jedoch nur an höchstens einem Tag der Unterricht ausfallen. Bei Unterrichtsausfall ist je nach Situation und Alter der Schüler/innen darüber zu entscheiden, inwieweit besondere Hausaufgaben gestellt werden. Informationen an die Eltern über Aufgaben und Ziele des Pädagogischen Tages sichern das Verständnis für den Unterrichtsausfall. Pädagogische Tage, für die Unterricht ausfällt, dürfen nicht an einem Samstag und nicht unmittelbar vor Ferienbeginn bzw. nach Ferienende sowie nicht im Zusammenhang mit Gemeinschaftsveranstaltungen der Lehrerkollegien stattfinden.
6. Um die Umsetzung der Ergebnisse des Pädagogischen Tages im Schulalltag zu sichern, endet der Pädagogische Tag mit einem zusammenfassenden Abschlussgespräch, in dem konkrete Ziele für die weitere Arbeit herausgestellt werden. Darüber hinaus ist eine ausführliche Auswertung vorzunehmen. Sie sollte die Schritte der Umsetzung in die schulische Arbeit beschreiben und überprüfen, Möglichkeiten zur Fortführung des Themas aufzeigen und dazu führen, dass über konkrete Maßnahmen der Erprobung und Umsetzung Einigung erzielt wird.
7. Über die Beratungsergebnisse berichtet, soweit sie über den Bereich der Schule hinaus von Bedeutung sind, der/die Schulleiter/in dem Schulamt bzw. bei nicht dem Schulamt unterstehenden Schulen, dem Minister für Kultus, Bildung und Wissenschaft.
8. Der/Die Schulleiter/in kündigt den Pädagogischen Tag dem Schulamt bzw. bei nicht dem Schulamt unterstehenden Schulen, dem Minister für Kultus, Bildung und Wissenschaft spätestens drei Wochen vorher an; die Mitteilung muss Angaben enthalten zu Zeitraum, Tagungsort, Tagungsthemen, Verlaufsplan, Teilnehmerkreis (soweit dieser über die Lehrkräfte der Schule hinausgeht) und ggf. außerschulischen Referent/inn/en; das Datum des bis dahin letzten Pädagogischen Tages der Schule ist zu nennen. Wünscht eine Schule die Zusammenarbeit mit dem Landesinstitut für Pädagogik und Medien, dem Institut für Lehrerfort- und -weiterbildung (ILF) oder der Lehrerfortbildung der Evangelischen Kirchen, so ist mit diesen sechs Monate zuvor schriftlich Kontakt aufzunehmen.
9. Zur Durchführung von Pädagogischen Tagen stehen keine besonderen finanziellen Mittel zur Verfügung. Fahrtkosten sowie Kosten für Unterkunft und Verpflegung werden nicht erstattet. Im Falle einer Zusammenarbeit mit dem Landesinstitut für Pädagogik und Medien trägt dieses die Kosten für die Referent/inn/en im Rahmen der üblichen Honorare.

**Verordnung – Prüfungsordnung – über die staatliche Abschlussprüfung zum
Erwerb des Hauptschulabschlusses an Gemeinschaftsschulen und Förderschulen**

Vom 12. Juli 2000 (Amtsbl. S. 1100) –
zuletzt geändert durch die Verordnung vom 5. März 2024 (Amtsbl. I S. 136)

Inhaltsübersicht

Abschnitt I

Geltungsbereich

§ 1 Betroffene Schulen

Abschnitt II

Allgemeine Bestimmungen

§ 2 Zweck der Prüfung

§ 3 Gliederung der Prüfung

§ 4 Ort und Zeit der Prüfung

§ 5 Teilnahme an der Prüfung

§ 6 Prüfungsnoten

§ 7 Prüfungskommission

§ 8 Prüfungsliste

§ 9 Festsetzung der Vornoten

Abschnitt III

Schriftliche Prüfung

§ 10 Prüfungsfächer, Prüfungsaufgaben, Bearbeitungszeit

§ 11 Auswahl der Prüfungsaufgaben

§ 12 Durchführung der schriftlichen Prüfung

§ 13 Beurteilung der Prüfungsaufgaben

Abschnitt IV

Mündliche Prüfung

§ 14 Gegenstand der mündlichen Prüfung

§ 15 Zulassung zur mündlichen Prüfung

§ 16 Bekanntgabe der bisherigen Prüfungsergebnisse

§ 17 Äußere Vorbereitung der mündlichen Prüfung

§ 18 Durchführung der mündlichen Prüfung

Abschnitt V

Abschluss der Prüfung

§ 19 Festsetzung der Endnoten

§ 20 Ergebnis der Prüfung

§ 21 Zeugnis

Abschnitt VI

Besondere Bestimmungen

§ 22 Nachteilsausgleich für behinderte Schüler/Schülerinnen

§ 23 Wiederholung der Abschlussprüfung

§ 24 Täuschungsversuche und Verstöße gegen die Ordnung

§ 25 Verschwiegenheitspflicht

Abschnitt VII

§ 26 In-Kraft-Treten

Abschnitt I

Geltungsbereich

§ 1 Betroffene Schulen

(1) Diese Prüfungsordnung gilt für alle öffentlichen Gemeinschaftsschulen sowie für die öffentlichen Förderschulen, an denen der Hauptschulabschluss erworben werden kann.

(2) Sie gilt gemäß § 18 Abs. 2 des Privatschulgesetzes (PrivSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Mai 1985 (Amtsbl. S. 610), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 16. November 2011 (Amtsbl. I S. 422), in der jeweils geltenden Fassung auch für staatlich anerkannte private Ersatzschulen, die den in Absatz 1 genannten Schulen entsprechen, sowie für private Hauptschulen und Erweiterte Realschulen

Abschnitt II

Allgemeine Bestimmungen

§ 2 Zweck der Prüfung

Die Abschlussprüfung zum Erwerb des Hauptschulabschlusses an den in § 1 genannten Schulen bildet den Abschluss der unterrichtlichen und erzieherischen Arbeit dieser Schulen. In der Abschlussprüfung soll der Schüler/die Schülerin nachweisen, dass er/sie die Lernziele erreicht hat, die in den Lehrplänen für den auf den Hauptschulabschluss bezogenen Unterricht an den in § 1 genannten Schulen vorgegeben sind. Die Aufgabenstellungen tragen der Praxis- und Anwendungsbezogenheit des auf den Hauptschulabschluss bezogenen Unterrichts Rechnung.

§ 3 Gliederung der Prüfung

Die Prüfung besteht aus einem schriftlichen und einem mündlichen Teil. Der mündliche Teil kann auch praktische Elemente umfassen.

§ 4 Ort und Zeit der Prüfung

(1) Die Abschlussprüfung findet gegen Ende des Schuljahres an den einzelnen Schulen statt.

(2) Der Zeitpunkt der schriftlichen Prüfung wird von der Schulaufsichtsbehörde festgesetzt. Die schriftliche Prüfung findet an allen Schulen gleichzeitig statt.

(3) Den Zeitpunkt der mündlichen Prüfung bestimmt die Schulaufsichtsbehörde im Benehmen mit dem jeweiligen Schulleiter/der jeweiligen Schulleiterin.

(4) Die Termine der schriftlichen und der mündlichen Prüfung sind den Schülern/Schülerinnen durch den Schulleiter/die Schulleiterin alsbald nach der Festlegung bekannt zu geben.

§ 5 Teilnahme an der Prüfung

(1) Am schriftlichen Teil der Abschlussprüfung nehmen ohne förmliche Zulassung teil:

1. die Schüler/Schülerinnen der Klassenstufe 9 des auf den Hauptschulabschluss bezogenen Bildungsganges der privaten Erweiterten Realschulen,
2. die Schüler/Schülerinnen der Klassenstufe 9 der Gemeinschaftsschulen, die im zweiten Halbjahr in mindestens einen Grundkurs eingestuft sind und die Berechtigung zum Übergang in die Klassenstufe 10 auf der Grundlage des Halbjahreszeugnisses nicht erreicht hätten,
3. die Schüler/Schülerinnen der Klassenstufe 9 des auf den Hauptschulabschluss bezogenen Bildungsganges der Förderschulen soziale Entwicklung, Förderschule Sprache, Förderschule körperliche und motorische Entwicklung sowie Förderschule für Gehörlose und Schwerhörige (nur Schwerhörige),
4. die Schüler/Schülerinnen der Klassenstufe 10 des auf den Hauptschulabschluss bezogenen Bildungsganges der Förderschule für Blinde und Sehbehinderte sowie Förderschule für Gehörlose und Schwerhörige (nur Gehörlose),
5. die Schüler/Schülerinnen des freiwilligen 10. Schuljahres der Förderschulen Lernen,
6. die Schüler/Schülerinnen der Klassenstufe 9 der privaten Hauptschulen.

Steht bereits auf Grund der Vornoten fest, dass der Schüler/die Schülerin bei unterstellten optimalen Ergebnissen der Prüfung den Hauptschulabschluss nicht erreichen kann, so nimmt er/sie nicht an der Prüfung teil.

(2) Tritt ein Schüler/eine Schülerin nach Festsetzung der Vornoten von der Prüfung zurück, so wird er/sie einem Schüler/einer Schülerin gleichgestellt, der/die die Prüfung nicht bestanden hat. Das Gleiche gilt, wenn ein Schüler/eine Schülerin die Prüfung ganz oder teilweise versäumt. In diesen Fällen kann der Schüler/die Schülerin bis zum

Unterrichtsende im laufenden Schuljahr am Unterricht der vorangehenden Klassenstufe teilnehmen, wenn er/sie die Prüfung wiederholen will. Eine neue Versetzungsentscheidung ergeht nicht; ein Jahreszeugnis wird nicht ausgestellt. Leistungen, die während der Wiederholungszeit in der vorangehenden Klassenstufe erreicht werden, sind mit den Leistungen des folgenden Halbjahres im Halbjahreszeugnis zu berücksichtigen.

(3) Die Vorschrift des Absatzes 2 über das Nichtbestehen der Abschlussprüfung findet keine Anwendung, wenn ein Schüler/eine Schülerin aus Gründen, die er/sie nachweislich nicht zu vertreten hat (insbesondere Krankheit), verhindert ist, zur Prüfung anzutreten oder bis zu ihrem Abschluss an ihr teilzunehmen. Ob der Schüler/die Schülerin die Gründe zu vertreten hat, entscheidet die Klassenkonferenz unter Vorsitz des Schulleiters/der Schulleiterin. Hat er/sie die Gründe nicht zu vertreten, ist ihm/ihr ein besonderer Termin zur Ablegung oder Fortsetzung der Prüfung einzuräumen.

§ 6 Prüfungsnoten

Für die Festsetzung der Vornoten, die Bewertung der einzelnen Prüfungsleistungen und die Bildung der Endnoten gelten die Notenstufen entsprechend der Regelung in der Schulordnung für die jeweilige Schulform.

§ 7 Prüfungskommission

(1) Für die mündliche Prüfung und für die Feststellung des Gesamtergebnisses wird eine Prüfungskommission gebildet.

(2) Der Prüfungskommission gehören als Mitglieder an:

1. ein/eine von der Schulaufsichtsbehörde bestellter/ bestellte Regierungsbeauftragter/Regierungsbeauftragte als Vorsitzender/Vorsitzende,
2. der Leiter/die Leiterin der Schule oder dessen/deren ständiger Vertreter/ständige Vertreterin,
3. die Fachlehrer/Fachlehrerinnen der jeweiligen Klasse,
4. von dem/der Vorsitzenden zu berufende Fachlehrer/Fachlehrerinnen als Fremdprüfer/Fremdprüferinnen.

(3) Die Prüfungskommission trifft ihre Entscheidungen mit Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des/der Vorsitzenden den Ausschlag. Die Abstimmungen erfolgen offen oder geheim. Eine Abstimmung ist geheim durchzuführen, wenn dies von einem/einer der anwesenden Stimmberechtigten gefordert wird. Stimmenthaltungen sind bei Abstimmungen nicht zulässig. Die Abgabe eines leeren Stimmzettels bei geheimen Abstimmungen ist als ungültige Stimmabgabe zu werten.

(4) Der/Die Vorsitzende bildet im Einvernehmen mit dem Schulleiter/der Schulleiterin für die Durchführung der mündlichen Prüfung in den einzelnen Fächern aus den Mitgliedern der Prüfungskommission Fachausschüsse. Ein Fachausschuss besteht aus dem jeweiligen Fachlehrer/der jeweiligen Fachlehrerin als Prüfer/Prüferin und einem weiteren Fachlehrer/einer weiteren Fachlehrerin als Fremdprüfer/Fremdprüferin; in der Prüfung in "Beruf und Wirtschaft" plus "Berufsbezogener Sprachkurs" beziehungsweise in "Beruf und Wirtschaft" plus ein weiteres "Angebot der Schule" ist der Fachlehrer/die Fachlehrerin des jeweils einen Faches zugleich Fremdprüfer/Fremdprüferin des jeweils anderen Faches. Fällt der Prüfer/die Prüferin oder der Fremdprüfer/die Fremdprüferin aus, ist unverzüglich ein Vertreter/eine Vertreterin zu berufen.

(5) Der/Die Vorsitzende leitet die Eröffnungs- und die Schlusskonferenz und bespricht mit dem Schulleiter/der Schulleiterin oder einer von ihm/von ihr bestimmten Vertretung bei Bedarf einzelne Fälle. Im Übrigen ist der/die Vorsitzende für die Dauer der Durchführung der mündlichen Prüfung ständig erreichbar; eine ständige Anwesenheit ist nicht erforderlich.

§ 8 Prüfungsliste

Der Leiter/Die Leiterin jeder Abschlussklasse legt für die Schulakten und den Vorsitzenden/die Vorsitzende der Prüfungskommission je eine Prüfungsliste an, die entsprechend dem jeweiligen Stand des Prüfungsverfahrens folgende Angaben enthält:

1. laufende Nummern,
2. Familienname, Vorname und Geburtsdatum der Schüler/Schülerinnen,
3. die Zeugnisnoten des Halbjahreszeugnisses der aktuellen Klassenstufe und des Jahreszeugnisses der vorangehenden Klassenstufe sowie die gemäß § 9 Abs. 2 gebildeten Noten,
5. die Vornoten (§ 9),
6. besondere Bemerkungen (z.B. Teilnahme am Wahlunterricht),
7. die Ergebnisse der schriftlichen (§ 13) und der mündlichen Prüfung (§ 18),

8. die Endnoten (§ 19),
9. das Ergebnis der Prüfung (§ 20).

Die Prüfungsliste ist von dem Schulleiter/der Schulleiterin sowie dem/der Vorsitzenden der Prüfungskommission nach Abschluss des Prüfungsverfahrens zu unterschreiben.

§ 9 Festsetzung der Vornoten

(1) In den Fächern Deutsch und Mathematik werden die Vornoten von den jeweiligen Fachlehrkräften und dem Klassenlehrer/der Klassenlehrerin unter Vorsitz des Schulleiters/der Schulleiterin oder dessen/deren Vertretung, frühestens eine Woche, spätestens drei Unterrichtstage vor Beginn der schriftlichen Prüfung festgesetzt; § 7 Absatz 3 gilt entsprechend. In allen übrigen Fächern erfolgt die Festsetzung der Vornoten durch die Klassenkonferenz unter Vorsitz des Schulleiters/der Schulleiterin oder einer von ihm/von ihr bestimmten Vertretung zeitgleich mit der Feststellung, ob ein Schüler/eine Schülerin zur mündlichen Prüfung zuzulassen ist (§ 15).

(2) In der Klassenstufe 9 der Gemeinschaftsschule sowie im letzten Jahr des auf den Erwerb des Hauptschulabschlusses bezogenen Bildungsganges an Förderschulen wird frühestens eine Woche, spätestens drei Unterrichtstage vor Beginn der schriftlichen Prüfung für die im zweiten Schulhalbjahr dieser Klassenstufe in den Fächern Deutsch und Mathematik erbrachten Leistungen jeweils eine Note gebildet. In allen übrigen Fächern erfolgt die Festsetzung der jeweiligen Vornoten zeitgleich mit der Feststellung, ob ein Schüler/eine Schülerin zur mündlichen Prüfung zuzulassen ist (§ 15). § 13 der Gemeinschaftsschulverordnung vom 1. August 2012 (Amtsbl. I S. 268), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 21. Juli 2015 (Amtsbl. I S. 506), und § 6 Abs. 2 bis 5 und 7 der Zeugnis- und Versetzungsordnung für die Förderschulen im Saarland vom 24. März 1987 (Amtsbl. S. 353), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 3. August 2015 (Amtsbl. I S. 540; 2016 I S. 217), in den jeweils geltenden Fassungen gelten entsprechend; § 10 Abs. 2 bis 4 der Verordnung - Schulordnung - über den Bildungsgang und die Abschlüsse der Erweiterten Realschule in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. August 2000 (Amtsbl. S. 1690), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 4. August 2014 (Amtsbl. I S. 343) gilt entsprechend für die private Erweiterte Realschule.

(3) Die Vornote in dem einzelnen Fach wird gebildet auf Grund der Noten des Halbjahreszeugnisses der aktuellen Klassenstufe, des Jahreszeugnisses der vorangehenden Klassenstufe und aus der gemäß Absatz 2 gebildeten Note; diese drei Noten sind grundsätzlich als gleichwertig zu berücksichtigen. Weichen diese Noten voneinander ab, so entscheidet die Klassenkonferenz, ob die Vornote in einem Mittelwert liegt oder ob einer Teilnote besonderes Gewicht zukommt. Ist eine der Klassenstufen wiederholt worden, so wird nur die bei der Wiederholung erreichte Note berücksichtigt. Wird ein Fach in der Klassenstufe 9 epochal unterrichtet, so gilt Satz 1 mit der Maßgabe, dass die erreichte Note zweifach berücksichtigt wird.

(4) In den folgenden Fällen werden die Vornoten jeweils aufgrund der Noten des Halbjahreszeugnisses der Klassenstufe 9 und aus der gemäß Absatz 2 gebildeten Note gebildet:

1. für Schüler/Schülerinnen der Gemeinschaftsschulen, die in Klassenstufe 8 in dem Fach Naturwissenschaften unterrichtet wurden, in den Fächern Biologie, Physik und Chemie.
2. für Schüler/Schülerinnen der Gemeinschaftsschulen, die in der Klassenstufe 9 in den Fächern Erdkunde, Geschichte und Sozialkunde unterrichtet werden, in diesen Fächern,
3. für Schüler/Schülerinnen an privaten Erweiterten Realschulen in den Fächern Biologie, Erdkunde und Musik.

Absatz 3 Satz 1 Halbsatz 2 und Satz 2 und 3 gilt jeweils entsprechend.

(5) Die Vornoten in den Fächern Deutsch und Mathematik sind den Schülern/Schülerinnen nach ihrer Festsetzung und Eintragung in die Prüfungsliste (§ 8) unverzüglich mündlich bekannt zu geben. Die Bekanntgabe der Vornoten in allen übrigen Fächern erfolgt zusammen mit der Bekanntgabe der schriftlichen Prüfungsergebnisse (§ 16).

Abschnitt II

Schriftliche Prüfung

§ 10 Prüfungsfächer, Prüfungsaufgaben, Bearbeitungszeit

(1) Die schriftliche Prüfung erstreckt sich auf die Fächer Deutsch und Mathematik. Die Prüfungsaufgaben müssen den Lehrplänen für den auf den Hauptschulabschluss bezogenen Unterricht in der Gemeinschaftsschule entsprechen.

(2) Die schriftliche Prüfung besteht aus einer unter Aufsicht angefertigten Arbeit je Fach. Für jedes Fach ist ein eigener Prüfungstag vorzusehen.

(3) Als Prüfungsaufgaben sind zu bearbeiten:

im Fach Deutsch: eine Arbeit über eine von drei zur Wahl gestellten Aufgaben (Themen oder sonstige Aufgaben)
Bearbeitungszeit: 2,5 Zeitstunden,

im Fach Mathematik: ein Pflichtteil sowie ein Wahlteil, wobei der Wahlteil etwa ein Drittel der Bearbeitungszeit umfasst (Bearbeitungszeit: 2 Zeitstunden).

§ 11 Auswahl der Prüfungsaufgaben

(1) Die Aufgabenstellungen für die schriftlichen Prüfungen werden für jedes Prüfungsfach durch die Fachlehrkräfte, die in den in § 5 Absatz 1 Satz 1 genannten Klassen und Kursen an den Schulen eingesetzt sind, im Einvernehmen mit den Fachkonferenzvorsitzenden sowie der Schulleiterin/dem Schulleiter oder deren/dessen Vertretung erarbeitet. Die Aufgaben sollen sich im Wesentlichen auf den Lehrstoff der letzten zwei Klassenstufen des auf den Hauptschulabschluss bezogenen Bildungsganges beziehen. Die Aufgabenstellungen umfassen auch die Angabe der zu benutzenden Hilfsmittel, der Lösungen, der Korrekturhinweise und Bewertungsmaßstäbe. Sie dürfen im Unterricht nicht behandelt werden.

(2) Die Aufgabenstellungen für die schriftlichen Prüfungen werden stichprobenartig von der Schulaufsichtsbehörde überprüft.

§ 12 Durchführung der schriftlichen Prüfung

(1) Die Prüfungsaufgaben einschließlich der Korrekturhinweise und der Bewertungsmaßstäbe sind an den Schulen bis zum Prüfungsbeginn vertraulich zu behandeln. Die von der Schulaufsichtsbehörde zugelassenen Hilfsmittel werden den Prüflingen spätestens am letzten Unterrichtstag vor Beginn der schriftlichen Prüfung bekannt gegeben.

(2) Sofern die Aufgabenstellung keine Bearbeitung auf den Aufgabenblättern selbst vorsieht, sind die Arbeiten und die Entwürfe auf Bogen zu schreiben, die von der Schule zur Verfügung zu stellen und vorab mit dem Schulstempel zu versehen sind. Die Prüflinge tragen Name, Vorname, Klasse und Prüfungsfach am Kopf der ersten Seite der Reinschrift ein. Die erste Seite und ein Rand jeder weiteren Seite sind für amtliche Eintragungen freizuhalten. Die Seiten der Reinschriften sind fortlaufend zu nummerieren. Sämtliche Entwürfe und Beilagen sind mit dem Namen des Schülers/der Schülerin zu versehen.

(3) Die Prüflinge fertigen die Arbeiten unter ständiger Aufsicht an. Hierbei ist sicherzustellen, dass mindestens eine Lehrkraft, die das geprüfte Fach unterrichtet, je Prüfungsraum eingesetzt wird. Es ist dafür Sorge zu tragen, dass die vorgenannte Lehrkraft die Schülerinnen und Schüler im Prüfungsjahrgang nicht in dem geprüften Fach unterrichtet hat. Für die ordnungsgemäße Prüfungsaufsicht ist der Schulleiter/die Schulleiterin verantwortlich. Der Prüfungsraum darf während der Bearbeitungszeit von den Schülern/Schülerinnen nur einzeln und nur mit Genehmigung eines/einer Aufsichtführenden verlassen werden.

(4) Nur ausdrücklich zugelassene Hilfsmittel dürfen benutzt werden; es ist auch nicht gestattet, andere Hilfsmittel in den Prüfungsraum mitzubringen.

(5) Die Prüflinge werden vor Eintritt in die Prüfung darauf hingewiesen, dass Täuschungsversuche, Beihilfe hierzu und Ordnungsverstöße zum Ausschluss von der Abschlussprüfung führen können. Der Wortlaut von § 24 ist bekannt zu geben. Nach Klärung technischer Fragen und Bekanntgabe der Prüfungsaufgaben beginnt die Bearbeitungszeit.

(6) Über den Verlauf der schriftlichen Prüfung ist von den Aufsichtführenden in jedem Prüfungsraum eine Niederschrift zu fertigen und zu unterzeichnen. In diese werden aufgenommen:

1. die Bezeichnung der Klasse und das Prüfungsfach,
2. die Zahl der Schüler/Schülerinnen,
3. die Namen der Aufsicht führenden Lehrer/Lehrerinnen mit Angabe der Zeiten, in denen sie die Aufsicht geführt haben,
4. ein Vermerk über die erfolgte Belehrung gemäß § 24,
5. der Beginn und das Ende der Bearbeitungszeit,
6. Beginn und Ende der Abwesenheit von Schülern/Schülerinnen,
7. Vermerke über besondere Vorkommnisse (Fehlanzeige erforderlich),
8. die Sitzordnung der Schüler/Schülerinnen (als Anlage).

Niederschrift und handschriftliche Unterzeichnung können auch elektronisch erfolgen.

(7) Alle Entwürfe, die Prüfungsaufgaben sowie sonstige von der Schule gestellte Unterlagen sind mit der Reinschrift abzugeben.

§ 13 Beurteilung der Prüfungsaufgaben

- (1) Jede Prüfungsarbeit wird vom Fachlehrer/von der Fachlehrerin der Klasse/des Kurses beurteilt. Wird die erbrachte Leistung als nicht ausreichend bewertet, so wird die Prüfungsarbeit von einer von dem Schulleiter/der Schulleiterin bestimmten weiteren Fachlehrkraft beurteilt.
- (2) Weichen die Noten der beiden Korrektoren/Korrektorinnen voneinander ab, so setzt der Schulleiter/die Schulleiterin im Benehmen mit ihnen die Note für die Prüfungsarbeit fest; er/sie kann vor seiner/ihrer Entscheidung weitere Fachlehrer/Fachlehrerinnen hinzuziehen.
- (3) Die Note und gegebenenfalls eine Begründung werden auf der ersten Seite der Prüfungsarbeit eingetragen. Erstkorrektor/Erstkorrektorin und gegebenenfalls Zweitkorrektor/Zweitkorrektorin bestätigen durch ihre Unterschrift die Beurteilung und die Note der Arbeit, im Falle des Absatzes 2 bestätigt der Schulleiter/die Schulleiterin zusätzlich die durch ihn/sie festgesetzte Note.

Abschnitt IV

Mündliche Prüfung

§ 14 Gegenstand der mündlichen Prüfung

- (1) Alle Schüler/Schülerinnen der Gemeinschaftsschule legen im Wahlpflichtbereich, alle Schüler/Schülerinnen der Förderschulen sowie der privaten Erweiterten Realschulen und der privaten Hauptschulen legen im Fach Arbeitslehre eine mündliche Prüfung ab. Diese berücksichtigt praktische und theoretische Ansätze und ist projekt- und prozessorientiert.

An Stelle dieser mündlichen Prüfung kann der Schüler/die Schülerin eine besondere Lernleistung einbringen. Eine besondere Lernleistung kann zum Beispiel ein umfassender Beitrag aus einem vom Saarland geförderten Wettbewerb oder das Ergebnis eines umfassenden, auch fachübergreifenden Projektes sein, das entsprechend seinem fachlichen Schwerpunkt einem Unterrichtsfach laut Stundentafel zuzuordnen ist. Die besondere Lernleistung ist schriftlich zu dokumentieren; in einem Prüfungsgespräch stellt der Schüler/die Schülerin die Ergebnisse der besonderen Lernleistung dar, erläutert sie und antwortet auf Fragen. Bei Arbeiten, an denen mehrere Schüler/Schülerinnen beteiligt waren, ist die Bewertung der individuellen Schülerleistung erforderlich.

- (2) Bis spätestens fünf Kalendertage nach Bekanntgabe der Ergebnisse der schriftlichen Prüfung kann sich jeder Schüler/jede Schülerin freiwillig in zwei weiteren Fächern zur mündlichen Prüfung melden. Der Schüler/Die Schülerin kann sich dabei für jedes im Jahr der Abschlussprüfung unterrichtete Fach entscheiden.
- (3) Die Meldung nach Absatz 2 erfolgt schriftlich oder mittels digitalem Dokument in einer von der Schulaufsichtsbehörde bereitgestellten oder zugelassenen geschützten elektronischen Umgebung.

§ 15 Zulassung zur mündlichen Prüfung

- (1) Unmittelbar nach Festsetzung der Noten der schriftlichen Prüfung (§ 13) stellt die Klassenkonferenz unter Vorsitz des Schulleiters/der Schulleiterin fest, ob ein Schüler/eine Schülerin zur mündlichen Prüfung zuzulassen ist.
- (2) Die Zulassung zur mündlichen Prüfung ist zu versagen, wenn ein Schüler/eine Schülerin in den Fächern Deutsch und Mathematik sowohl als Vornote als auch in den Ergebnissen der schriftlichen Prüfung nicht ausreichende Leistungen aufweist. In diesem Falle gilt die Prüfung als nicht bestanden.
- (3) In allen anderen Fällen ist der Schüler/die Schülerin zur mündlichen Prüfung zugelassen.
- (4) Ein Schüler/Eine Schülerin kann von der mündlichen Prüfung nicht befreit werden.

§ 16 Bekanntgabe der bisherigen Prüfungsergebnisse

- (1) Der Schulleiter/Die Schulleiterin teilt den Erziehungsberechtigten eines zur mündlichen Prüfung nicht zugelassenen Prüflings die Nichtzulassung und das Nichtbestehen der Prüfung unverzüglich nach der Klassenkonferenz unter Angabe der Gründe schriftlich mit und lädt die Erziehungsberechtigten zu einem persönlichen Beratungsgespräch ein.
- (2) Frühestens einen Tag nach dieser Mitteilung, spätestens eine Woche vor Beginn der mündlichen Prüfung an dieser Schule, gibt der Klassenlehrer/die Klassenlehrerin den zur mündlichen Prüfung zugelassenen Schülern/Schülerinnen die Ergebnisse der schriftlichen Prüfungsarbeiten und die Vornoten in den Fächern außer Deutsch und Mathematik bekannt. Dabei sind die Schüler/Schülerinnen auf die Vorschrift des § 14 Abs. 2 ausdrücklich hinzuweisen.

§ 17 Äußere Vorbereitung der mündlichen Prüfung

- (1) Für die mündliche Prüfung hat der Schulleiter/die Schulleiterin folgende Unterlagen zur Einsicht bereit zu halten:
 1. die Klassenbücher und die Listen mit den Ergebnissen der schriftlichen Arbeiten der aktuellen Klassenstufe,

2. die Prüfungslisten (§ 8),
3. die Niederschriften über die gemäß § 9 vor der schriftlichen Prüfung und gemäß § 15 vor der mündlichen Prüfung abzuhaltenden Klassenkonferenzen sowie
4. die Arbeiten der schriftlichen Prüfung.

(2) Die für die mündliche Prüfung notwendigen Hilfsmittel (Texte, Wandtafeln, Karten, Werkzeuge, Material, Computer usw.) müssen in den Prüfungsräumen zur Verfügung stehen.

(3) Mündliche Prüfungen sind von den Prüfern/Prüferinnen schriftlich oder elektronisch vorzubereiten. Hierbei sind die von der Schulaufsichtsbehörde gegebenen Hinweise zu beachten.

§ 18 Durchführung der mündlichen Prüfung

(1) Der Schulleiter/Die Schulleiterin setzt im Einvernehmen mit dem/der von der Schulaufsichtsbehörde bestellten Vorsitzenden den Prüfungsplan fest.

(2) Eine mündliche Prüfung dauert 15 Minuten. Die Vorbereitungszeit beträgt für alle Schülerinnen und Schüler 20 Minuten und zählt nicht zur Prüfungsdauer. Die Dauer einer mündlichen Prüfung mit praktischen Elementen soll drei Zeitstunden nicht überschreiten. Die Vorbereitungszeit für diese mündliche Prüfung kann abweichend von Satz 1 verlängert werden.

(3) Die mündliche Prüfung in einer Fremdsprache wird grundsätzlich in einer Gruppe von zwei Schülern/ Schülerinnen durchgeführt; eine mündliche Prüfung mit praktischen Elementen kann in einer Gruppe von bis zu vier Schülern/Schülerinnen durchgeführt werden. Eine besondere Lernleistung kann in einer Gruppe von bis zu drei Schülern/Schülerinnen erbracht werden. In allen anderen Fällen werden die Schüler/Schülerinnen einzeln geprüft.

(4) Die mündliche Prüfung in "Beruf und Wirtschaft" plus "Berufsbezogener Sprachkurs" beziehungsweise in "Beruf und Wirtschaft" plus ein weiteres "Angebot der Schule" dauert 20 Minuten und berücksichtigt formal und inhaltlich beide Fächer gleichermaßen. Die Prüfungsinhalte beider Fächer nehmen nach Möglichkeit aufeinander Bezug. Absatz 2 Satz 2 bis 4 gilt entsprechend.

(5) Die Mitglieder des Fachausschusses wirken bei der Prüfung kollegial zusammen. Der Fremdprüfer/Die Fremdprüferin ist verpflichtet, auf die Gleichmäßigkeit und Angemessenheit der Prüfungsanforderungen und Bewertungsmaßstäbe bedacht zu sein. Der/Die Vorsitzende der Prüfungskommission ist berechtigt, sich in die Prüfung einzuschalten und Prüfungsfragen zu stellen.

(6) Die Mitglieder des Fachausschusses setzen die Note für die mündliche Prüfung einvernehmlich fest. Kommt eine Einigung nicht zu Stande, so entscheidet der/die Vorsitzende der Prüfungskommission.

(7) Über den Verlauf jeder mündlichen Prüfung ist eine Niederschrift zu fertigen, die von den Mitgliedern des Fachausschusses zu unterzeichnen ist. In die Niederschrift sind der Name des Prüflings, der Beginn und das Ende der Prüfung, die Stoffgebiete, denen die Fragen entnommen wurden, sowie die Vermerke über die Qualität der entsprechenden Antworten, die Beratungsergebnisse und die Note der mündlichen Prüfung aufzunehmen. Schriftlich gestellte Aufgaben mit beigegebenen Texten und Bearbeitungsunterlagen sind zusammen mit den Notizen des Prüflings der Niederschrift beizufügen. Niederschrift und handschriftliche Unterzeichnung können auch elektronisch erfolgen.

Abschnitt V Abschluss der Prüfung

§ 19 Festsetzung der Endnoten

(1) Nach Beendigung der mündlichen Prüfung werden die Endnoten in den einzelnen Fächern in einer Schlusskonferenz auf Vorschlag des jeweiligen Fachlehrers/der jeweiligen Fachlehrerin beraten und festgesetzt. Der Schlusskonferenz gehören der/die Vorsitzende der Prüfungskommission, der Schulleiter/die Schulleiterin oder eine von ihm/von ihr bestimmte Vertretung und der Klassenlehrer/die Klassenlehrerin an; § 7 Absatz 3 gilt entsprechend. Gegen die von der Schlusskonferenz festgesetzten Endnoten kann der/die Vorsitzende Einspruch erheben; hilft die Schlusskonferenz dem Einspruch nicht ab, so entscheidet die Schulaufsichtsbehörde.

(2) Für die mündliche Prüfung in "Beruf und Wirtschaft" plus "Berufsbezogener Sprachkurs" beziehungsweise in "Beruf und Wirtschaft" plus ein weiteres "Angebot der Schule" wird jeweils eine Note für die Prüfungsleistung festgesetzt. § 20 Absatz 3 Satz 3 der Gemeinschaftsschulverordnung gilt entsprechend.

(3) In einem Fach, in dem sowohl schriftlich als auch mündlich geprüft worden ist, wird zunächst eine Note für die Prüfungsleistung festgesetzt. Dabei ist dem Ergebnis der schriftlichen gegenüber dem der mündlichen Prüfung ein besonderes Gewicht beizumessen.

(4) Bei der Festsetzung der Endnote sind die Vornote und die Prüfungsleistung gemäß Absatz 3 in der Regel als gleichwertig zu berücksichtigen. Weichen diese Noten voneinander ab, so entscheidet die Schlusskonferenz, ob die Endnote in einem Mittelwert liegt oder ob einer Teilnote besonderes Gewicht zukommt.

(5) Wird die Prüfungsleistung eines Schülers/einer Schülerin der Gemeinschaftsschule, der/die im Erweiterungskurs unterrichtet wurde und dessen/deren Vornote auf Erweiterungskursniveau mindestens 11 Punkte beträgt, mit 15 Punkten bewertet, so wird die Vornote als Endnote festgesetzt.

(6) In einem Fach, in dem weder schriftlich noch mündlich geprüft worden ist, ist die Vornote zugleich die Endnote.

§ 20 Ergebnis der Prüfung

(1) In der Schlusskonferenz unter Vorsitz des/der Vorsitzenden der Prüfungskommission stellen der Schulleiter/die Schulleiterin oder eine von ihm/ihr bestimmte Vertretung, der/die Vorsitzende der Prüfungskommission und der Klassenlehrer/die Klassenlehrerin aufgrund der Endnoten fest, ob die Prüfung bestanden oder nicht bestanden ist; § 7 Absatz 3 gilt entsprechend. Maßgebend für die genannte Feststellung sind die in der Schulordnung der jeweiligen Schulform für den Erwerb des Hauptschulabschlusses getroffenen Regelungen.

(2) Über die Schlusskonferenz ist eine Niederschrift zu fertigen. Die Niederschrift und die Prüfungsliste (§ 8) werden von allen Mitgliedern der Schlusskonferenz unterzeichnet und mit dem Siegel der Schule versehen. Niederschrift, handschriftliche Unterzeichnung und Siegel können auch elektronisch erfolgen.

(3) Der Schulleiter/Die Schulleiterin gibt den Prüflingen an dem auf den Tag der Schlusskonferenz folgenden Unterrichtstag das Ergebnis der Prüfung bekannt. Bei minderjährigen Schülern/Schülerinnen, die die Prüfung nicht bestanden haben, teilt der Schulleiter/die Schulleiterin dies ferner den Erziehungsberechtigten unter Angabe der Gründe schriftlich mit und lädt die Erziehungsberechtigten zu einem persönlichen Beratungsgespräch ein.

§ 21 Zeugnis

(1) Schüler/Schülerinnen, die die Prüfung bestanden haben, erhalten das Abschlusszeugnis nach dem Muster der Anlage der Schulordnung der jeweiligen Schulform.

(2) Das Zeugnis ist von dem Schulleiter/der Schulleiterin und dem Klassenlehrer/der Klassenlehrerin zu unterzeichnen und mit dem Siegel der Schule zu versehen. Ausfertigungsdatum ist der Tag der Schlusskonferenz.

(3) Schüler/Schülerinnen, die die Prüfung nicht bestanden haben oder deren Prüfung nach den Bestimmungen des § 5 Abs. 2 oder des § 24 als nicht bestanden gilt, erhalten im Falle des Abgangs von der Schule ein Abgangszeugnis nach dem entsprechenden Muster der Anlage der Schulordnung der jeweiligen Schulform. Eine Bemerkung, dass der Schüler/die Schülerin die Prüfung nicht bestanden hat, ist nicht in das Zeugnis aufzunehmen. Hat ein Schüler/eine Schülerin, der/die die Prüfung nicht bestanden hat, an der gesamten Prüfung teilgenommen, werden die Endnoten in das Zeugnis übernommen. Hat er/sie nicht an der gesamten Prüfung teilgenommen, erhält er/sie

1. in den Fächern, in denen er/sie an der Prüfung teilgenommen hat, die erreichten Endnoten,
 2. in den Fächern, in denen er/sie nicht an der Prüfung teilgenommen hat, die Vornoten als Endnoten.
- (4) Von Abschluss- und Abgangszeugnissen ist eine Zweitschrift anzufertigen, die an der Schule aufzubewahren ist.

Abschnitt VI

Besondere Bestimmungen

§ 22 Nachteilsausgleich

Für die Gewährung eines Nachteilsausgleichs finden die §§ 14 bis 16 der Inklusionsverordnung vom 3. August 2015 (Amtsbl. I S. 540; 2016 I S. 217), geändert durch die Verordnung vom 8. August 2016 (Amtsbl. I S. 656), in der jeweils geltenden Fassung Anwendung.

§ 23 Wiederholung der Abschlussprüfung

(1) Eine bestandene Prüfung kann nicht wiederholt werden. Abweichend hiervon kann ein Schüler/eine Schülerin der Gemeinschaftsschule, der/die die Prüfung bestanden, jedoch die Voraussetzungen zum Eintritt in die Klassenstufe 10 nicht erfüllt hat, die Abschlussprüfung wiederholen, wenn zu erwarten ist, dass er/sie nach der Wiederholung die Berechtigung zum Eintritt in die Klassenstufe 10 erreichen wird.

(2) Wer die Abschlussprüfung nicht bestanden hat oder wessen Prüfung nach den Bestimmungen des § 5 Abs. 2 oder des § 24 als nicht bestanden gilt, kann sie grundsätzlich nur einmal, und zwar frühestens zum nächsten allgemeinen Prüfungstermin, wiederholen.

(3) Die Wiederholung in den Fällen der Absätze 1 und 2 erstreckt sich auf die gesamte Prüfung. Sie setzt die Genehmigung der Klassenkonferenz, die Verlängerung der allgemeinen Vollzeitschulpflicht und die Wiederholung der aktuellen Klassenstufe voraus. Eine Wiederholung von Teilen der Prüfung oder eine Wiederholung in einzelnen Prüfungsfächern ist nicht möglich.

§ 24 Täuschungsversuche und Verstöße gegen die Ordnung

(1) Wer unerlaubte Hilfsmittel benutzt oder sonst zu täuschen versucht oder Beihilfe dazu leistet oder zu leisten versucht, kann nach der Schwere des jeweiligen Falles

1. zur Wiederholung der Prüfungsleistung verpflichtet werden oder
2. für die Prüfungsleistung die Note "ungenügend" erhalten oder
3. von der weiteren Teilnahme an der Prüfung ausgeschlossen werden.

(2) Wer während der Prüfung erheblich gegen die Ordnung verstößt, kann verwarnet oder in schweren Fällen von der weiteren Teilnahme ausgeschlossen werden.

(3) Die Entscheidung über das Vorliegen der Tatbestände der Absätze 1 und 2 und über die zu ergreifenden Maßnahmen trifft die Klassenkonferenz unter Vorsitz des Schulleiters/der Schulleiterin nach Anhören des Schülers/der Schülerin. Bis zu der Entscheidung setzt der Schüler/die Schülerin die Prüfung fort.

(4) Bei Ausschluss von der weiteren Teilnahme gilt die Prüfung als nicht bestanden.

(5) Wird eine schwerwiegende Täuschungshandlung erst nach Ablauf der Abschlussprüfung festgestellt, so kann die Schulaufsichtsbehörde die Prüfung nachträglich für nicht bestanden erklären und das Abschlusszeugnis einziehen. Dies gilt jedoch nur für einen Zeitraum von drei Jahren ab dem letzten Tag der mündlichen Prüfung.

§ 25 Verschwiegenheitspflicht

Wer bei der Vorbereitung oder Durchführung der Prüfung mitwirkt, ist zur Amtsverschwiegenheit verpflichtet.

§ 25a Notwendige Regelungen bei schwerwiegenden Gefahren für Leben und Gesundheit

Können einzelne Vorschriften dieser Verordnung angesichts eines Gesetzes, aufgrund eines Gesetzes oder durch gerichtliche oder behördliche Anordnung zur Verhütung schwerwiegender Gefahren für Leben und Gesundheit keine Anwendung finden, trifft die Schulaufsichtsbehörde zur Sicherung von Schul- und Bildungslaufbahnen sowie zur Herstellung der Bildungsgerechtigkeit die unmittelbar notwendigen, von dieser Verordnung abweichenden Regelungen durch Verwaltungsvorschrift.

Abschnitt VII

§ 26

In-Kraft-Treten

Diese Prüfungsordnung tritt am 1. August 2000 in Kraft mit der Maßgabe, dass Abschlussprüfungen erstmals im Schuljahr 2001/2002 stattfinden.

**Verordnung – Prüfungsordnung – über die staatliche Abschlussprüfung
zum Erwerb des mittleren Bildungsabschlusses an
Gemeinschaftsschulen**

Vom 12. Juli 2000 –
zuletzt geändert durch Verordnung vom 5. März 2024 (Amtsbl. I S. 136)

Inhaltsübersicht

Abschnitt I

Geltungsbereich

§ 1 Betroffene Schulen

Abschnitt II

Allgemeine Bestimmungen

§ 2 Zweck der Prüfung

§ 3 Gliederung der Prüfung

§ 4 Ort und Zeit der Prüfung

§ 5 Teilnahme an der Prüfung

§ 6 Prüfungsnoten

§ 7 Prüfungskommission

§ 8 Prüfungsliste

§ 9 Festsetzung der Vornoten

Abschnitt III

Schriftliche Prüfung

§ 10 Prüfungsfächer, Prüfungsaufgaben, Bearbeitungszeit

§ 11 Auswahl der Prüfungsaufgaben

§ 12 Durchführung der schriftlichen Prüfung

§ 13 Beurteilung der Prüfungsaufgaben

Abschnitt IV

Mündliche Prüfung

§ 14 Gegenstand der mündlichen Prüfung

§ 15 Zulassung zur mündlichen Prüfung

§ 16 Bekanntgabe der bisherigen Prüfungsergebnisse

§ 17 Äußere Vorbereitung der mündlichen Prüfung

§ 18 Durchführung der mündlichen Prüfung

Abschnitt V

Abschluss der Prüfung

§ 19 Festsetzung der Endnoten

§ 20 Ergebnis der Prüfung

§ 21 Zeugnis

Abschnitt VI

Besondere Bestimmungen

§ 22 Nachteilsausgleich

§ 23 Wiederholung der Abschlussprüfung

§ 24 Täuschungsversuche und Verstöße gegen die Ordnung

§ 25 Verschwiegenheitspflicht

Abschnitt VII

In-Kraft-Treten

§ 26

Aufgrund des § 33 Abs. 1 und 2 des Gesetzes zur Ordnung des Schulwesens im Saarland (Schulordnungsgesetz: SchoG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. August 1996 (Amtsbl. S. 846; 1997 S. 147), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 7. Juni 2000 (Amtsbl. S. 1018), verordnet das Ministerium für Bildung, Kultur und Wissenschaft:

Abschnitt I

Geltungsbereich

§ 1 Betroffene Schulen

(1) Diese Prüfungsordnung gilt für alle öffentlichen Gemeinschaftsschulen.

(2) Sie gilt gemäß § 18 Abs. 2 des Privatschulgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Mai 1985 (Amtsbl. S. 610), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 16. November 2011 (Amtsbl. I S. 422), in der jeweils geltenden Fassung auch für staatlich anerkannte private Ersatzschulen, die den in Absatz 1 genannten Schulen entsprechen, sowie für private Realschulen und private Erweiterte Realschulen.

Abschnitt II

Allgemeine Bestimmungen

§ 2 Zweck der Prüfung

Die Abschlussprüfung zum Erwerb des mittleren Abschlusses an den in § 1 genannten Schulen bildet den Abschluss der unterrichtlichen und erzieherischen Arbeit dieser Schulen. In der Abschlussprüfung soll der Schüler/die Schülerin nachweisen, dass er/sie die Lernziele erreicht hat, die in den Lehrplänen für den auf den mittleren Bildungsabschluss bezogenen Unterricht an den in § 1 genannten Schulen vorgegeben sind.

§ 3 Gliederung der Prüfung

Die Prüfung besteht aus einem schriftlichen und einem mündlichen Teil. Der mündliche Teil kann auch praktische Elemente umfassen.

§ 4 Ort und Zeit der Prüfung

(1) Die Abschlussprüfung findet gegen Ende des Schuljahres an den einzelnen Schulen statt.

(2) Der Zeitpunkt der schriftlichen Prüfung wird von der Schulaufsichtsbehörde festgesetzt. Die schriftliche Prüfung findet an allen Schulen gleichzeitig statt.

(3) Den Zeitpunkt der mündlichen Prüfung bestimmt die Schulaufsichtsbehörde im Benehmen mit dem jeweiligen Schulleiter/der jeweiligen Schulleiterin.

(4) Die Termine der schriftlichen und der mündlichen Prüfung sind den Schülern/Schülerinnen durch den Schulleiter/die Schulleiterin alsbald nach der Festlegung bekannt zu geben.

§ 5 Teilnahme an der Prüfung

(1) Am schriftlichen Teil der Abschlussprüfung nehmen ohne förmliche Zulassung teil:

1. die Schüler/Schülerinnen der Klassenstufe 10 der Gemeinschaftsschulen, die im zweiten Halbjahr nicht in mindestens drei Aufbaukursen der Fächergruppe III gemäß § 17 der Gemeinschaftsschulverordnung vom 1. August 2012 (Amtsbl. I S. 268), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 24. Juni 2016 (Amtsbl. I S. 477), in der jeweils geltenden Fassung eingestuft sind und die Berechtigung zum Übergang in die gymnasiale Oberstufe auf der Grundlage des Halbjahreszeugnisses nicht erreicht hätten,
2. die Schüler/Schülerinnen der Klassenstufe 10 des auf den mittleren Bildungsabschluss bezogenen Bildungsganges der privaten Erweiterten Realschulen,
3. die Schüler/Schülerinnen der Klassenstufe 10 der privaten Realschulen.

Steht bereits auf Grund der Vornoten fest, dass der Schüler/die Schülerin bei unterstellten optimalen Ergebnissen der Prüfung den Mittleren Bildungsabschluss nicht erreichen kann, so nimmt er/sie nicht an der Prüfung teil.

(2) Tritt ein Schüler/eine Schülerin nach Festsetzung der Vornoten von der Prüfung zurück, so wird er/sie einem Schüler/einer Schülerin gleichgestellt, der/die die Prüfung nicht bestanden hat. Das Gleiche gilt, wenn ein Schüler/eine Schülerin die Prüfung ganz oder teilweise versäumt. In diesen Fällen kann der Schüler/die Schülerin bis zum Unterrichtsende im laufenden Schuljahr am Unterricht der Klassenstufe 9 teilnehmen, wenn er/sie die Prüfung wie-

derholen will. Eine neue Versetzungsentscheidung ergeht nicht; ein Jahreszeugnis wird nicht ausgestellt. Leistungen, die während der Wiederholungszeit in der Klassenstufe 9 erreicht werden, sind mit den Leistungen des folgenden Halbjahres im Halbjahreszeugnis zu berücksichtigen.

(3) Die Vorschrift des Absatzes 2 über das Nichtbestehen der Abschlussprüfung findet keine Anwendung, wenn ein Schüler/eine Schülerin aus Gründen, die er/sie nachweislich nicht zu vertreten hat (insbesondere Krankheit), verhindert ist, zur Prüfung anzutreten oder bis zu ihrem Abschluss an ihr teilzunehmen. Ob der Schüler/die Schülerin die Gründe zu vertreten hat, entscheidet die Klassenkonferenz unter Vorsitz des Schulleiters/der Schulleiterin. Hat er/sie die Gründe nicht zu vertreten, ist ihm/ihr ein besonderer Termin zur Ablegung oder Fortsetzung der Prüfung einzuräumen.

§ 6 Prüfungsnoten

Für die Festsetzung der Vornoten, die Bewertung der einzelnen Prüfungsleistungen und die Bildung der Endnoten gelten die Notenstufen entsprechend der Regelung in der Schulordnung für die jeweilige Schulform.

§ 7 Prüfungskommission

(1) Für die mündliche Prüfung und für die Feststellung des Gesamtergebnisses wird eine Prüfungskommission gebildet.

(2) Der Prüfungskommission gehören als Mitglieder an:

1. ein/eine von der Schulaufsichtsbehörde bestellter/ bestellte Regierungsbeauftragter/Regierungsbeauftragte als Vorsitzender/Vorsitzende,
2. der Leiter/die Leiterin der Schule oder dessen/deren ständiger Vertreter/ständige Vertreterin,
3. die Fachlehrer/Fachlehrerinnen der jeweiligen Klasse,
4. von dem/der Vorsitzenden zu berufende Fachlehrer/Fachlehrerinnen als Fremdprüfer/Fremdprüferinnen.

(3) Die Prüfungskommission trifft ihre Entscheidungen mit Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des/der Vorsitzenden den Ausschlag. Die Abstimmungen erfolgen offen oder geheim. Eine Abstimmung ist geheim durchzuführen, wenn dies von einem/einer der anwesenden Stimmberechtigten gefordert wird. Stimmenthaltungen sind bei Abstimmungen nicht zulässig. Die Abgabe eines leeren Stimmzettels bei geheimen Abstimmungen ist als ungültige Stimmabgabe zu werten.

(4) Der/Die Vorsitzende bildet im Einvernehmen mit dem Schulleiter/der Schulleiterin für die Durchführung der mündlichen Prüfung in den einzelnen Fächern aus den Mitgliedern der Prüfungskommission Fachausschüsse. Ein Fachausschuss besteht aus dem jeweiligen Fachlehrer/der jeweiligen Fachlehrerin als Prüfer/Prüferin und einem weiteren Fachlehrer/einer weiteren Fachlehrerin als Fremdprüfer/Fremdprüferin. Fällt der Prüfer/die Prüferin oder der Fremdprüfer/die Fremdprüferin aus, ist unverzüglich ein Vertreter/eine Vertreterin zu berufen.

(5) Der/Die Vorsitzende leitet die Eröffnungs- und die Schlusskonferenz und bespricht mit dem Schulleiter/der Schulleiterin oder einer von ihm/von ihr bestimmten Vertretung bei Bedarf einzelne Fälle. Im Übrigen ist der/die Vorsitzende für die Dauer der Durchführung der mündlichen Prüfung ständig erreichbar; eine ständige Anwesenheit ist nicht erforderlich.

§ 8 Prüfungsliste

Der Leiter/Die Leiterin jeder Abschlussklasse legt für die Schulakten und den Vorsitzenden/die Vorsitzende der Prüfungskommission je eine Prüfungsliste an, die entsprechend dem jeweiligen Stand des Prüfungsverfahrens folgende Angaben enthält:

1. laufende Nummern,
2. Familienname, Vorname und Geburtsdatum der Schüler/Schülerinnen,
3. die Fächer der mündlichen Prüfung (§ 14),
4. die Zeugnisnoten des Halbjahreszeugnisses der aktuellen Klassenstufe und des Jahreszeugnisses der vorangehenden Klassenstufe sowie die gemäß § 9 Abs. 2 gebildeten Noten,
5. die Vornoten (§ 9),
6. besondere Bemerkungen (z. B. Teilnahme am Wahlunterricht),
7. die Ergebnisse der schriftlichen (§ 13) und der mündlichen Prüfung (§ 18),
8. die Endnoten (§ 19),
9. das Ergebnis der Prüfung (§ 20).

Die Prüfungsliste ist von dem Schulleiter/der Schulleiterin sowie dem/der Vorsitzenden der Prüfungskommission nach Abschluss des Prüfungsverfahrens zu unterschreiben.

§ 9 Festsetzung der Vornoten

(1) In den Fächern Deutsch, Mathematik und der 1. Fremdsprache werden die Vornoten von den jeweiligen Fachlehrkräften und dem Klassenlehrer/der Klassenlehrerin unter Vorsitz des Schulleiters/der Schulleiterin oder dessen/deren Vertretung frühestens eine Woche, spätestens drei Unterrichtstage vor Beginn der schriftlichen Prüfung festgesetzt; § 7 Absatz 3 gilt entsprechend. In allen übrigen Fächern erfolgt die Festsetzung der Vornoten durch die Klassenkonferenz unter Vorsitz des Schulleiters/der Schulleiterin oder einer von ihm/von ihr bestimmten Vertretung zeitgleich mit der Feststellung, ob ein Schüler/eine Schülerin zur mündlichen Prüfung zuzulassen ist (§ 15).

(2) In der Klassenstufe 10 der Gemeinschaftsschule wird frühestens eine Woche, spätestens drei Unterrichtstage vor Beginn der schriftlichen Prüfung für die im zweiten Schulhalbjahr dieser Klassenstufe in den Fächern Deutsch, Mathematik und 1. Fremdsprache erbrachten Leistungen jeweils eine Note gebildet. In allen übrigen Fächern erfolgt die Festsetzung der jeweiligen Vornoten zeitgleich mit der Feststellung, ob ein Schüler/eine Schülerin zur mündlichen Prüfung zuzulassen ist (§ 15). § 13 der Gemeinschaftsschulverordnung gilt entsprechend; § 10 Absatz 2 bis 4 der Verordnung - Schulordnung - über den Bildungsgang und die Abschlüsse der Erweiterten Realschule in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. August 2000 (Amtsbl. S. 1690), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 4. August 2014 (Amtsbl. I S. 343), in der jeweils geltenden Fassung gilt entsprechend für die private Erweiterte Realschule. § 6 der Zeugnis- und Versetzungsordnung - Schulordnung - für die Realschulen im Saarland vom 29. Juni 1979 (Amtsbl. S. 902), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 12. Juli 2000 (Amtsbl. S. 1113), in der jeweils geltenden Fassung gilt entsprechend für die private Realschule.

(3) Die Vornote in dem einzelnen Fach wird gebildet auf Grund der Noten des Jahreszeugnisses der Klassenstufe 9, des Halbjahreszeugnisses der Klassenstufe 10 und aus der gemäß Absatz 2 gebildeten Note; diese drei Noten sind grundsätzlich als gleichwertig zu berücksichtigen. Weichen diese Noten voneinander ab, so entscheidet die Klassenkonferenz, ob die Vornote in einem Mittelwert liegt oder ob einer Teilnote besonderes Gewicht zukommt. Ist eine der Klassenstufen wiederholt worden, so wird nur die bei der Wiederholung erreichte Note berücksichtigt. Wird ein Fach in der Klassenstufe 10 epochal unterrichtet, so gilt Satz 1 mit der Maßgabe, dass die erreichte Note zweifach berücksichtigt wird.

(4) In den folgenden Fällen werden die Vornoten jeweils aufgrund der Noten des Halbjahreszeugnisses der Klassenstufe 10 und aus der gemäß Absatz 2 gebildeten Note gebildet:

1. für Schüler/Schülerinnen der Gemeinschaftsschulen, die in der Klassenstufe 9 in Gesellschaftswissenschaften und in der Klassenstufe 10 in den Fächern Erdkunde, Geschichte und Sozialkunde unterrichtet werden, in den Fächern Erdkunde, Geschichte und Sozialkunde,
2. für Schüler/Schülerinnen der Gemeinschaftsschulen, die in der Klassenstufe 9 in den Fächern Erdkunde, Geschichte und Sozialkunde und in der Klassenstufe 10 in Gesellschaftswissenschaften unterrichtet werden, in Gesellschaftswissenschaften,
3. für Schüler/Schülerinnen an privaten Erweiterten Realschulen in dem Fach Sozialkunde.

Absatz 3 Satz 1 Halbsatz 2 und Satz 2 und 3 gilt jeweils entsprechend.

(5) Die Vornoten in den Fächern Deutsch, Mathematik und 1. Fremdsprache sind den Schülern/Schülerinnen nach ihrer Festsetzung und Eintragung in die Prüfungsliste (§ 8) unverzüglich mündlich bekannt zu geben. Die Bekanntgabe der Vornoten in allen übrigen Fächern erfolgt zusammen mit der Bekanntgabe der schriftlichen Prüfungsergebnisse (§ 16).

Abschnitt III

Schriftliche Prüfung

§ 10 Prüfungsfächer, Prüfungsaufgaben, Bearbeitungszeit

(1) Die schriftliche Prüfung erstreckt sich auf das Fach Deutsch, die 1. Fremdsprache (Französisch oder Englisch) und das Fach Mathematik. Die Prüfungsaufgaben müssen den Lehrplänen für den auf den mittleren Bildungsabschluss bezogenen Unterricht in der Gemeinschaftsschule entsprechen.

(2) Die schriftliche Prüfung besteht aus einer unter Aufsicht angefertigten Arbeit je Fach. Für jedes Fach ist ein eigener Prüfungstag vorzusehen.

(3) Als Prüfungsaufgaben sind zu bearbeiten:

im Fach Deutsch: eine Arbeit über eines von drei zur Wahl gestellten Themen (Bearbeitungszeit: 4 Zeitstunden),

in der 1. Fremdsprache: ein Hörverstehenstest, ein Leseverstehenstest, ein Brief (lettre dirigée bzw. guided letter) sowie ein Sprachbausteinest (Gesamtbearbeitungszeit: 2 1/2 Zeitstunden),

im Fach Mathematik: ein Pflichtteil sowie ein Wahlteil, wobei der Wahlteil etwa ein Drittel der Bearbeitungszeit umfasst (Bearbeitungszeit: 3 Zeitstunden).

(4) Prüflinge, die aufgrund eines Schulwechsels in Klassenstufe 9 oder 10 ihre zuvor 1. Fremdsprache nur als 2. Fremdsprache fortführen konnten, können auf schriftlich oder mittels digitalem Dokument in einer von der Schulaufsichtsbehörde bereitgestellten oder zugelassenen geschützten elektronischen Umgebung begründeten Antrag der Erziehungsberechtigten, über den die Schulleitung entscheidet, die schriftliche Prüfung in der 2. statt in der 1. Fremdsprache ablegen. Eine unterrichtliche Vorbereitung der Prüflinge auf diese Alternative hin erfolgt nicht. Hierauf sind die Erziehungsberechtigten bei der Antragstellung erneut hinzuweisen. Wird dem Antrag stattgegeben, so gelten § 9 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 Satz 1 und Abs. 5 Satz 1 sowie § 16 Abs. 2 Satz 1 entsprechend.

§ 11 Auswahl der Prüfungsaufgaben

(1) Die Aufgabenstellungen für die schriftlichen Prüfungen werden für jedes Prüfungsfach durch die Fachlehrkräfte, die in den in § 5 Absatz 1 Satz 1 genannten Klassen und Kursen an den Schulen eingesetzt sind, im Einvernehmen mit den Fachkonferenzvorsitzenden sowie der Schulleiterin/dem Schulleiter oder deren/dessen Vertretung erarbeitet. Die Aufgaben sollen sich im Wesentlichen auf den Lehrstoff der Klassenstufen 9 und 10 des auf den mittleren Bildungsabschluss bezogenen Bildungsganges beziehen. Die Aufgabenstellungen umfassen auch die Angabe der zu benutzenden Hilfsmittel, der Lösungen, der Korrekturhinweise und Bewertungsmaßstäbe. Sie dürfen im Unterricht nicht behandelt werden.

(2) Die Aufgabenstellungen für die schriftlichen Prüfungen werden stichprobenartig von der Schulaufsichtsbehörde überprüft.

§ 12 Durchführung der schriftlichen Prüfung

(1) Die Prüfungsaufgaben einschließlich der Korrekturhinweise und der Bewertungsmaßstäbe sind an den Schulen bis zum Prüfungsbeginn vertraulich zu behandeln. Die von der Schulaufsichtsbehörde zugelassenen Hilfsmittel werden den Prüflingen spätestens am letzten Unterrichtstag vor Beginn der schriftlichen Prüfung bekannt gegeben.

(2) Sofern die Aufgabenstellung keine Bearbeitung auf den Aufgabenblättern selbst vorsieht, sind die Arbeiten und die Entwürfe auf Bogen zu schreiben, die von der Schule zur Verfügung zu stellen und vorab mit dem Schulstempel zu versehen sind. Die Prüflinge tragen Name, Vorname, Klasse und Prüfungsfach am Kopf der ersten Seite der Reinschrift ein. Die erste Seite und ein Rand jeder weiteren Seite sind für amtliche Eintragungen freizuhalten. Die Seiten der Reinschriften sind fortlaufend zu nummerieren. Sämtliche Entwürfe und Beilagen sind mit dem Namen des Schülers/der Schülerin zu versehen.

(3) Die Prüflinge fertigen die Arbeiten unter ständiger Aufsicht an. Hierbei ist sicherzustellen, dass mindestens eine Lehrkraft, die das geprüfte Fach unterrichtet, je Prüfungsraum eingesetzt wird. Es ist dafür Sorge zu tragen, dass die vorgenannte Lehrkraft die Schülerinnen und Schüler im Prüfungsjahrgang nicht in dem geprüften Fach unterrichtet hat. Für die ordnungsgemäße Prüfungsaufsicht ist der Schulleiter/die Schulleiterin verantwortlich. Der Prüfungsraum darf während der Bearbeitungszeit von den Schülern/Schülerinnen nur einzeln und nur mit Genehmigung eines/einer Aufsichtführenden verlassen werden.

(4) Nur ausdrücklich zugelassene Hilfsmittel dürfen benutzt werden; es ist auch nicht gestattet, andere Hilfsmittel in den Prüfungsraum mitzubringen.

(5) Die Prüflinge werden vor Eintritt in die Prüfung darauf hingewiesen, dass Täuschungsversuche, Beihilfe hierzu und Ordnungsverstöße zum Ausschluss von der Abschlussprüfung führen können. Der Wortlaut von § 24 ist bekannt zu geben. Nach Klärung technischer Fragen und Bekanntgabe der Prüfungsaufgaben beginnt die Bearbeitungszeit.

(6) Über den Verlauf der schriftlichen Prüfung ist von den Aufsichtführenden in jedem Prüfungsraum eine Niederschrift zu fertigen und zu unterzeichnen. In diese werden aufgenommen:

1. die Bezeichnung der Klasse/des Kurses und das Prüfungsfach,
2. die Zahl der Schüler/Schülerinnen,
3. die Namen der Aufsicht führenden Lehrer/Lehrerinnen mit Angabe der Zeiten in denen sie die Aufsicht geführt haben,
4. ein Vermerk über die erfolgte Belehrung gemäß § 24,
5. der Beginn und das Ende der Bearbeitungszeit,
6. Beginn und Ende der Abwesenheit von Schülern/Schülerinnen,
7. Vermerke über besondere Vorkommnisse (Fehlanzeige erforderlich),

8. die Sitzordnung der Schüler/Schülerinnen (als Anlage).

Niederschrift und handschriftliche Unterzeichnung können auch elektronisch erfolgen.

(7) Alle Entwürfe, die Prüfungsaufgaben sowie sonstige von der Schule gestellte Unterlagen sind mit der Reinschrift abzugeben.

§ 13 Beurteilung der Prüfungsaufgaben

(1) Jede Prüfungsarbeit wird vom Fachlehrer/von der Fachlehrerin der Klasse/des Kurses beurteilt. Wird die erbrachte Leistung als nicht ausreichend bewertet, so wird die Prüfungsarbeit von einer von dem Schulleiter/der Schulleiterin bestimmten weiteren Fachlehrkraft beurteilt.

(2) Weichen die Noten der beiden Korrektoren/Korrektorinnen voneinander ab, so setzt der Schulleiter/die Schulleiterin im Benehmen mit ihnen die Note für die Prüfungsarbeit fest; er/sie kann vor seiner/ihrer Entscheidung weitere Fachlehrer/Fachlehrerinnen hinzuziehen.

(3) Die Note und gegebenenfalls eine Begründung werden auf der ersten Seite der Prüfungsarbeit eingetragen. Erstkorrektor/Erstkorrektorin und gegebenenfalls Zweitkorrektor/Zweitkorrektorin bestätigen durch ihre Unterschrift die Beurteilung und die Note der Arbeit, im Falle des Absatzes 2 bestätigt der Schulleiter/die Schulleiterin zusätzlich die durch ihn/sie festgesetzte Note.

Abschnitt IV

Mündliche Prüfung

§ 14 Gegenstand der mündlichen Prüfung

(1) Bis spätestens fünf Kalendertage nach Bekanntgabe der Ergebnisse der schriftlichen Prüfung meldet sich jeder Schüler/jede Schülerin, der/die an der schriftlichen Prüfung teilgenommen hat, in einem Fach zur mündlichen Prüfung. Der Schüler/Die Schülerin kann sich dabei - mit Ausnahme der bereits schriftlich geprüften Fächer und des Faches Sport - grundsätzlich für jedes in der Klassenstufe 10 unterrichtete Fach entscheiden, wobei an privaten Erweiterten Realschulen auch die 2. Fremdsprache, nicht aber ein anderes Fach des Wahlpflichtbereichs in Betracht kommt.

An Stelle dieser mündlichen Prüfung kann der Schüler/die Schülerin eine besondere Lernleistung einbringen. Eine besondere Lernleistung kann zum Beispiel ein umfassender Beitrag aus einem vom Saarland geförderten Wettbewerb oder das Ergebnis eines umfassenden, auch fachübergreifenden Projektes sein, das entsprechend seinem fachlichen Schwerpunkt einem Unterrichtsfach laut Stundentafel zuzuordnen ist. Die besondere Lernleistung ist schriftlich zu dokumentieren; in einem Prüfungsgespräch stellt der Schüler/die Schülerin die Ergebnisse der besonderen Lernleistung dar, erläutert sie und antwortet auf Fragen. Bei Arbeiten, an denen mehrere Schüler/Schülerinnen beteiligt waren, ist die Bewertung der individuellen Schülerleistung erforderlich.

(2) Darüber hinaus kann sich jeder Schüler/jede Schülerin ebenfalls bis spätestens fünf Kalendertage nach Bekanntgabe der Ergebnisse der schriftlichen Prüfung freiwillig in zwei weiteren Fächern zur mündlichen Prüfung melden. Der Schüler/Die Schülerin kann sich dabei für jedes im Jahr der Abschlussprüfung unterrichtete Fach entscheiden.

(3) Die Meldungen nach Absatz 1 und 2 erfolgen schriftlich oder mittels digitalem Dokument in einer von der Schulaufsichtsbehörde bereitgestellten oder zugelassenen geschützten elektronischen Umgebung.

§ 15 Zulassung zur mündlichen Prüfung

(1) Unmittelbar nach Festsetzung der Noten der schriftlichen Prüfung (§ 13) stellt die Klassenkonferenz unter Vorsitz des Schulleiters/der Schulleiterin fest, ob ein Schüler/eine Schülerin zur mündlichen Prüfung zuzulassen ist.

(2) Die Zulassung zur mündlichen Prüfung ist zu versagen, wenn ein Schüler/eine Schülerin in zwei oder mehr der Fächer Deutsch, Mathematik und 1. Fremdsprache sowohl als Vornote als auch in den Ergebnissen der schriftlichen Prüfung nicht ausreichende Leistungen aufweist. In diesem Falle gilt die Prüfung als nicht bestanden.

(3) In allen anderen Fällen ist der Schüler/die Schülerin zur mündlichen Prüfung zugelassen.

(4) Ein Schüler/Eine Schülerin, der/die an der schriftlichen Prüfung teilgenommen hat und zur mündlichen Prüfung zugelassen wurde, kann von der mündlichen Prüfung nicht befreit werden.

§ 16 Bekanntgabe der bisherigen Prüfungsergebnisse

(1) Der Schulleiter/Die Schulleiterin teilt den Erziehungsberechtigten eines zur mündlichen Prüfung nicht zugelassenen Prüflings die Nichtzulassung und das Nichtbestehen der Prüfung unverzüglich nach der Klassenkonferenz

unter Angabe der Gründe schriftlich mit und lädt die Erziehungsberechtigten zu einem persönlichen Beratungsgespräch ein.

(2) Frühestens einen Tag nach dieser Mitteilung, spätestens eine Woche vor Beginn der mündlichen Prüfung an dieser Schule, gibt der Klassenlehrer/die Klassenlehrerin den zur mündlichen Prüfung zugelassenen Schülern/Schülerinnen die Ergebnisse der schriftlichen Prüfungsarbeiten und die Vornoten in den Fächern außer Deutsch, Mathematik und 1. Fremdsprache bekannt. Dabei sind die Schüler/ Schülerinnen auf die Vorschriften des § 14 Abs. 1 und 2 ausdrücklich hinzuweisen.

§ 17 Äußere Vorbereitung der mündlichen Prüfung

(1) Für die mündliche Prüfung hat der Schulleiter/die Schulleiterin folgende Unterlagen zur Einsicht bereit zu halten:

1. die Klassenbücher und die Listen mit den Ergebnissen der schriftlichen Arbeiten der Klassenstufe 10,
2. die Prüfungslisten (§ 8),
3. die Niederschriften über die gemäß § 9 vor der schriftlichen Prüfung und gemäß § 15 vor der mündlichen Prüfung abzuhaltenden Klassenkonferenzen sowie
4. die Arbeiten der schriftlichen Prüfung.

(2) Die für die mündliche Prüfung notwendigen Hilfsmittel (Texte, Wandtafeln, Karten, Computer usw.) müssen in den Prüfungsräumen zur Verfügung stehen.

(3) Mündliche Prüfungen sind vom Prüfer/von der Prüferin schriftlich oder elektronisch vorzubereiten. Hierbei sind die von der Schulaufsichtsbehörde gegebenen Hinweise zu beachten.

§ 18 Durchführung der mündlichen Prüfung

(1) Der Schulleiter/Die Schulleiterin setzt im Einvernehmen mit dem/der von der Schulaufsichtsbehörde bestellten Vorsitzenden den Prüfungsplan fest.

(2) Eine mündliche Prüfung dauert 15 Minuten. Die Vorbereitungszeit beträgt für alle Schülerinnen und Schüler 20 Minuten und zählt nicht zur Prüfungsdauer. Die Dauer einer mündlichen Prüfung mit praktischen Elementen soll drei Zeitstunden nicht überschreiten. Die Vorbereitungszeit für diese mündliche Prüfung kann abweichend von Satz 1 verlängert werden.

(3) Die mündliche Prüfung in einer Fremdsprache wird grundsätzlich in einer Gruppe von zwei Schülern/ Schülerinnen durchgeführt; eine mündliche Prüfung mit praktischen Elementen kann in einer Gruppe von bis zu vier Schülern/Schülerinnen durchgeführt werden. Eine besondere Lernleistung kann in einer Gruppe von bis zu drei Schülern/Schülerinnen erbracht werden. In allen anderen Fällen werden die Schüler/Schülerinnen einzeln geprüft.

(4) Die mündliche Prüfung in "Beruf und Wirtschaft" plus "Berufsbezogener Sprachkurs" beziehungsweise in "Beruf und Wirtschaft" plus ein weiteres "Angebot der Schule" dauert 20 Minuten und berücksichtigt formal und inhaltlich beide Fächer gleichermaßen. Die Prüfungsinhalte beider Fächer nehmen nach Möglichkeit aufeinander Bezug. Absatz 2 Satz 2 bis 4 gilt entsprechend.

(5) Die Mitglieder des Fachausschusses wirken bei der Prüfung kollegial zusammen. Der Fremdprüfer/ Die Fremdprüferin ist verpflichtet, auf die Gleichmäßigkeit und Angemessenheit der Prüfungsanforderungen und Bewertungsmaßstäbe bedacht zu sein. Der/Die Vorsitzende der Prüfungskommission ist berechtigt, sich in die Prüfung einzuschalten und Prüfungsfragen zu stellen.

(6) Die Mitglieder des Fachausschusses setzen die Note für die mündliche Prüfung einvernehmlich fest. Kommt eine Einigung nicht zu Stande, so entscheidet der/die Vorsitzende der Prüfungskommission.

(7) Über den Verlauf jeder mündlichen Prüfung ist eine Niederschrift zu fertigen, die von den Mitgliedern des Fachausschusses zu unterzeichnen ist. In die Niederschrift sind der Name des Prüflings, der Beginn und das Ende der Prüfung, die Stoffgebiete, denen die Fragen entnommen wurden, sowie die Vermerke über die Qualität der entsprechenden Antworten, die Beratungsergebnisse und die Note der mündlichen Prüfung aufzunehmen. Schriftlich gestellte Aufgaben mit beigegebenen Texten und Bearbeitungsunterlagen sind zusammen mit den Notizen des Prüflings der Niederschrift beizufügen. Niederschrift und handschriftliche Unterzeichnung können auch elektronisch erfolgen.

Abschnitt V

Abschluss der Prüfung

§ 19 Festsetzung der Endnoten

(1) Nach Beendigung der mündlichen Prüfung werden die Endnoten in den einzelnen Fächern in einer Schlusskonferenz auf Vorschlag des jeweiligen Fachlehrers/der jeweiligen Fachlehrerin beraten und festgesetzt. Der Schlusskonferenz gehören der/die Vorsitzende der Prüfungskommission, der Schulleiter/die Schulleiterin oder eine von ihm/von ihr bestimmte Vertretung und der Klassenlehrer/die Klassenlehrerin an; § 7 Absatz 3 gilt entsprechend. Gegen die von der Schlusskonferenz festgesetzten Endnoten kann der/die Vorsitzende Einspruch erheben; hilft die Schlusskonferenz dem Einspruch nicht ab, so entscheidet die Schulaufsichtsbehörde.

(2) Für die mündliche Prüfung in "Beruf und Wirtschaft" plus "Berufsbezogener Sprachkurs" beziehungsweise in "Beruf und Wirtschaft" plus ein weiteres "Angebot der Schule" wird jeweils eine Note für die Prüfungsleistung festgesetzt. § 23 Absatz 3 Satz 4 der Gemeinschaftsschulverordnung gilt entsprechend.

(3) In einem Fach, in dem sowohl schriftlich als auch mündlich geprüft worden ist, wird zunächst eine Note für die Prüfungsleistung festgesetzt. Dabei ist dem Ergebnis der schriftlichen gegenüber dem der mündlichen Prüfung ein besonderes Gewicht beizumessen.

(4) Bei der Festsetzung der Endnote sind die Vornote und die Prüfungsleistung gemäß Absatz 3 in der Regel als gleichwertig zu berücksichtigen. Weichen diese Noten voneinander ab, so entscheidet die Schlusskonferenz, ob die Endnote in einem Mittelwert liegt oder ob einer Teilnote besonderes Gewicht zukommt.

(5) Wird die Prüfungsleistung eines Schülers/einer Schülerin der Gemeinschaftsschule, der/die im Aufbaukurs unterrichtet wurde und dessen/deren Vornote mindestens 11 Punkte beträgt, mit 15 Punkten bewertet, so wird die Vornote als Endnote festgesetzt.

(6) In einem Fach, in dem weder schriftlich noch mündlich geprüft worden ist, ist die Vornote zugleich die Endnote.

§ 20 Ergebnis der Prüfung

(1) In der Schlusskonferenz unter Vorsitz des/der Vorsitzenden der Prüfungskommission stellen der Schulleiter/die Schulleiterin oder eine von ihm/von ihr bestimmte Vertretung, der/die Vorsitzende der Prüfungskommission und der Klassenlehrer/die Klassenlehrerin aufgrund der Endnoten fest, ob die Prüfung bestanden oder nicht bestanden ist; § 7 Absatz 3 gilt entsprechend. Maßgebend für die genannte Feststellung sind die in der Schulordnung der jeweiligen Schulform für den Erwerb des mittleren Bildungsabschlusses getroffenen Regelungen.

(2) Über die Schlusskonferenz ist eine Niederschrift zu fertigen. Die Niederschrift und die Prüfungsliste (§ 8) werden von allen Mitgliedern der Schlusskonferenz unterzeichnet und mit dem Siegel der Schule versehen. Niederschrift, handschriftliche Unterzeichnung und Siegel können auch elektronisch erfolgen.

(3) Der Schulleiter/Die Schulleiterin gibt den Prüflingen spätestens an dem auf den Tag der Schlusskonferenz folgenden Unterrichtstag das Ergebnis der Prüfung bekannt. Bei minderjährigen Schülern/Schülerinnen, die die Prüfung nicht bestanden haben, teilt der Schulleiter/die Schulleiterin dies ferner den Erziehungsberechtigten unter Angabe der Gründe schriftlich mit und lädt die Erziehungsberechtigten zu einem persönlichen Beratungsgespräch ein.

§ 21 Zeugnis

(1) Schüler/Schülerinnen, die die Prüfung bestanden haben, erhalten das Abschlusszeugnis nach dem Muster der Anlage der Schulordnung der jeweiligen Schulform.

(2) Das Zeugnis ist von dem Schulleiter/der Schulleiterin und dem Klassenlehrer/der Klassenlehrerin zu unterzeichnen und mit dem Siegel der Schule zu versehen. Ausfertigungsdatum ist der Tag der Schlusskonferenz.

(3) Schüler/Schülerinnen, die die Prüfung nicht bestanden haben oder deren Prüfung nach den Bestimmungen des § 5 Abs. 2 oder des § 24 als nicht bestanden gilt, erhalten im Falle des Abgangs von der Schule ein Abgangszeugnis nach dem entsprechenden Muster der Anlage der Schulordnung der jeweiligen Schulform. Eine Bemerkung, dass der Schüler/die Schülerin die Prüfung nicht bestanden hat, ist nicht in das Zeugnis aufzunehmen. Hat ein Schüler/eine Schülerin, der/ die die Prüfung nicht bestanden hat, an der gesamten Prüfung teilgenommen, werden die Endnoten in das Zeugnis übernommen. Hat er/sie nicht an der gesamten Prüfung teilgenommen, erhält er/sie

1. in den Fächern, in denen er/sie an der Prüfung teilgenommen hat, die erreichten Endnoten,
2. in den Fächern, in denen er/sie nicht an der Prüfung teilgenommen hat, die Vornoten als Endnoten.

(4) Von Abschluss- und Abgangszeugnissen ist eine Zweitschrift anzufertigen, die an der Schule aufzubewahren ist.

Abschnitt VI

Besondere Bestimmungen

§ 22 Nachteilsausgleich

Für die Gewährung eines Nachteilsausgleichs finden die §§ 14 bis 16 der Inklusionsverordnung vom 3. August 2015 (Amtsbl. I S. 540; 2016 I S. 217), geändert durch die Verordnung vom 8. August 2016 (Amtsbl. I S. 656), in der jeweils geltenden Fassung Anwendung.

§ 23 Wiederholung der Abschlussprüfung

(1) Eine bestandene Prüfung kann nicht wiederholt werden. Abweichend hiervon kann ein Schüler/eine Schülerin, der/die die Prüfung bestanden, jedoch die Voraussetzungen zum Übergang in die gymnasiale Oberstufe nicht erfüllt hat, die Abschlussprüfung wiederholen, wenn zu erwarten ist, dass nach der Wiederholung die Berechtigung zum Übergang in die gymnasiale Oberstufe erreicht werden wird.

(2) Wer die Abschlussprüfung nicht bestanden hat oder wessen Prüfung nach den Bestimmungen des § 5 Abs. 2 oder des § 23 als nicht bestanden gilt, kann sie grundsätzlich nur einmal, und zwar frühestens zum nächsten allgemeinen Prüfungstermin, wiederholen.

(3) Die Wiederholung in den Fällen der Absätze 1 und 2 erstreckt sich auf die gesamte Prüfung. Sie setzt die Genehmigung der Klassenkonferenz und die Wiederholung der Klassenstufe 10 voraus. Eine Wiederholung von Teilen der Prüfung oder eine Wiederholung in einzelnen Prüfungsfächern ist nicht möglich.

§ 24 Täuschungsversuche und Verstöße gegen die Ordnung

(1) Wer unerlaubte Hilfsmittel benutzt oder sonst zu täuschen versucht oder Beihilfe dazu leistet oder zu leisten versucht, kann nach der Schwere des jeweiligen Falles

1. zur Wiederholung der Prüfungsleistung verpflichtet werden oder
2. für die Prüfungsleistung die Note "ungenügend" erhalten oder
3. von der weiteren Teilnahme an der Prüfung ausgeschlossen werden.

(2) Wer während der Prüfung erheblich gegen die Ordnung verstößt, kann verwarnet oder in schweren Fällen von der weiteren Teilnahme ausgeschlossen werden.

(3) Die Entscheidung über das Vorliegen der Tatbestände der Absätze 1 und 2 und über die zu ergreifenden Maßnahmen trifft die Klassenkonferenz unter Vorsitz des Schulleiters/der Schulleiterin nach Anhören des Schülers/der Schülerin. Bis zu der Entscheidung setzt der Schüler/die Schülerin die Prüfung fort.

(4) Bei Ausschluss von der weiteren Teilnahme gilt die Prüfung als nicht bestanden.

(5) Wird eine schwer wiegende Täuschungshandlung erst nach Ablauf der Abschlussprüfung festgestellt, so kann die Schulaufsichtsbehörde die Prüfung nachträglich für nicht bestanden erklären und das Abschlusszeugnis einziehen. Dies gilt jedoch nur für einen Zeitraum von drei Jahren ab dem letzten Tag der mündlichen Prüfung.

§ 25 Verschwiegenheitspflicht

Wer bei der Vorbereitung oder Durchführung der Prüfung mitwirkt, ist zur Amtsverschwiegenheit verpflichtet.

§ 25a Notwendige Regelungen bei schwerwiegenden Gefahren für Leben und Gesundheit

Können einzelne Vorschriften dieser Verordnung angesichts eines Gesetzes, aufgrund eines Gesetzes oder durch gerichtliche oder behördliche Anordnung zur Verhütung schwerwiegender Gefahren für Leben und Gesundheit keine Anwendung finden, trifft die Schulaufsichtsbehörde zur Sicherung von Schul- und Bildungslaufbahnen sowie zur Herstellung der Bildungsgerechtigkeit die unmittelbar notwendigen, von dieser Verordnung abweichenden Regelungen durch Verwaltungsvorschrift.

Abschnitt VII

Inkrafttreten

§ 26

Diese Prüfungsordnung tritt am 1. August 2000 in Kraft mit der Maßgabe, dass Abschlussprüfungen erstmals im Schuljahr 2001/2002 stattfinden.

Erlass zur Neuregelung der deutschen Rechtschreibung
Vom 14. Juli 2006 (Amtsbl. S. 1278)

Für den Umgang mit der Neuregelung der deutschen Rechtschreibung in den Schulen des Saarlandes gelten mit Beginn des Schuljahres 2006/07 die folgenden Bestimmungen:

1. Die Amtliche Regelung der deutschen Rechtschreibung in der Fassung von 2006 ist die verbindliche Grundlage des Unterrichts an allen Schulen.
2. Die gültige Fassung von Regeln und Wörterverzeichnis (Stand 2006) ist im Internet unter **www.rechtschreib-rat.com** > Aktuelles > Überarbeitetes Regelwerk zugänglich. Zusätzlich ist eine Veröffentlichung im Amtsblatt des Saarlandes (als Sonderdruck) vorgesehen.
3. Bis zum 31. Juli 2007 werden Schreibweisen, die durch die Amtliche Regelung (Stand 2006) überholt sind, nicht als Fehler markiert und bewertet, sondern als veraltet gekennzeichnet.
4. In Zweifelsfällen werden Wörterbücher zugrunde gelegt, die nach den Erklärungen des Verlages dem aktuellen Stand der Amtlichen Regelung (Stand 2006) vollständig entsprechen.

Der Erlass vom 18. Juli 2005 (Amtsbl. S. 1158) tritt hinsichtlich seiner Nr. 3 am 31. Juli 2007, im Übrigen ebenso wie der Erlass vom 14. August 1996 (GMBL. Saar S. 228) am 31. Juli 2006 außer Kraft.



Erlass über die Teilnahme konfessionsfremder oder konfessionsloser Schülerinnen und Schüler am Religionsunterricht und über die konfessionelle Kooperation im Religionsunterricht

Vom 25. August 2021 (Amtsbl. I S. 2092)

Rechtsgrundlagen des Religionsunterrichts

Der Religionsunterricht ist verfassungsrechtlich verankert. Nach Artikel 7 Absatz 3 des Grundgesetzes und Artikel 29 der Verfassung des Saarlandes ist er an öffentlichen Schulen ordentliches Unterrichtsfach, für das Staat und Kirche gemeinsam Verantwortung tragen. Religionsunterricht ist somit Teil des staatlichen Bildungsauftrages. Die hier normierte Verpflichtung des Staates zur Veranstaltung von Religionsunterricht ist Grundlage für die Ausübung und Entfaltung der in Artikel 4 des Grundgesetzes garantierten Freiheit der Religionsausübung.

In Artikel 7 Absatz 3 Satz 2 des Grundgesetzes ist bestimmt, dass unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt wird.

Unterhalb der Verfassung ist der Religionsunterricht in § 10 des Schulordnungsgesetzes geregelt.

I. Teilnahme konfessionsfremder oder konfessionsloser Schülerinnen und Schüler

Zur inhaltlichen Ausgestaltung der genannten Rechtsgrundlagen gehört auch die Frage, ob, unter welchen Voraussetzungen und in welchem Umfang konfessionsfremde oder konfessionslose Schülerinnen und Schüler am Religionsunterricht teilnehmen können. Deren Teilnahme ist nämlich geeignet, die innere Gestaltung des Religionsunterrichtes zu beeinflussen. Deshalb haben die Religionsgemeinschaften zu entscheiden, ob, unter welchen Voraussetzungen und in welchem Umfang konfessionsfremden oder konfessionslosen Schülerinnen und Schülern die Teilnahme am Religionsunterricht gestattet wird.

Zur Teilnahme konfessionsfremder oder konfessionsloser Schülerinnen und Schüler haben der damalige Leiter des Katholischen Büros Saarland und der damalige Beauftragte der Evangelischen Kirchen im Saarland mit Schreiben vom 24. September 1985 dem damaligen Minister für Kultus, Bildung und Wissenschaft folgende gemeinsame Grundlagen (1–4) übermittelt, die an die aktuellen Gegebenheiten angepasst wurden:

1. Es wird vom Grundsatz ausgegangen, dass im Religionsunterricht die konfessionelle Homogenität von Lehrkräften, Schülerinnen und Schülern und Lehre gegeben ist.
2. Für die Sekundarstufe II stimmen die Kirchen folgender Ausnahmeregelung zu:
 Schülerinnen und Schüler, die Religionslehre als Pflichtgrundfach haben, dürfen während der Einführungs- und Hauptphase bis zu zwei Halbjahre beziehungsweise Kurse im Religionsunterricht der anderen Konfession belegen.
 Schülerinnen und Schüler, die Religionslehre als Prüfungsfach im Abitur wählen wollen, müssen alle Kurse im Religionsunterricht ihrer Konfession belegen. Aufgrund eines schriftlichen Antrages der Erziehungsberechtigten oder der volljährigen Schülerinnen und Schüler kann die Schulleitung aus wichtigem Grund im Benehmen mit den aufnehmenden Religionslehrerinnen und Religionslehrern Ausnahmen zulassen.
 Schülerinnen und Schüler, die Religionslehre als Leistungsfach wählen, müssen alle Kurse im Religionsunterricht ihrer Konfession belegen.
3. Darüber hinaus sind folgende Ausnahmen zulässig: Auf schriftlichen Antrag der Erziehungsberechtigten oder der volljährigen Schülerinnen und Schüler können Schülerinnen und Schüler, die keiner Kirche oder Religionsgemeinschaft angehören, am Religionsunterricht einer der beiden Konfessionen teilnehmen; dies gilt entsprechend für Schülerinnen und Schüler, die einer Kirche oder Religionsgemeinschaft angehören, für die aber aus schulorganisatorischen Gründen Religionsunterricht ihres Bekenntnisses nicht eingerichtet werden kann.
4. Die Zulassung einer konfessionsfremden oder konfessionslosen Schülerin oder eines konfessionsfremden oder konfessionslosen Schülers zum Religionsunterricht kann nicht gegen den Willen der aufnehmenden Religionslehrkraft geschehen.

Ausnahmen von dem Grundsatz der konfessionellen Homogenität von Schülerinnen und Schülern im Religionsunterricht sind somit nur nach Maßgabe der vorstehenden Erklärung zulässig.

Nehmen konfessionsfremde oder konfessionslose Schülerinnen und Schüler nach Maßgabe dieser Regelung am Religionsunterricht teil, so erfolgt die Bewertung der hierbei erbrachten Leistungen, ihre Ausweisung in den Zeugnissen und ihre Berücksichtigung für die Versetzung beziehungsweise das Bestehen einer Prüfung nach den allgemeinen Regelungen.

II. Konfessionelle Kooperation im Religionsunterricht

Der konfessionell-kooperative Religionsunterricht ist konfessioneller Religionsunterricht gemäß Artikel 7 Absatz 3 des Grundgesetzes. Er trägt den veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen Rechnung. Er stellt sich den pluralen Bedingungen der heutigen Zeit im Rahmen des Bildungsauftrages der Schule. Er zielt auf religiöse Bildung, die zu Mündigkeit, ethischer Urteilkraft und Toleranz befähigt.

In Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Bildung und Kultur haben die Vertreterinnen und Vertreter der katholischen und evangelischen Kirchen im Saarland auf der Grundlage der Vereinbarungen „Konfessionelle Kooperation im evangelischen und katholischen Religionsunterricht im Saarland. Den konfessionellen Religionsunterricht stärken – Perspektiven konfessioneller Kooperation“ vom 1. Juli 2021 zwischen der Evangelischen Kirche der Pfalz (Protestantische Landeskirche) und dem Bistum Speyer sowie zwischen der Evangelischen Kirche im Rheinland und dem Bistum Trier folgende Regelungen getroffen:

1. Konfessionelle Kooperation als zusätzliche Organisationsform des evangelischen und des katholischen Religionsunterrichts kann in den Schulen den Religionsunterricht stärken und zu seiner Qualität beitragen. Hierbei können in einer Schule gemischt-konfessionelle Lerngruppen für sowohl den evangelischen als auch den katholischen Religionsunterricht gebildet werden. Darin wird der konfessionelle Unterricht im Wechsel von Lehrerinnen und Lehrern für den evangelischen und für den katholischen Religionsunterricht mit kirchlicher Bevollmächtigung (§ 11 Absatz 2 Satz 2 des Schulordnungsgesetzes) erteilt. Evangelische Religionslehre und katholische Religionslehre bleiben eigenständige Fächer im Sinne des § 10 Absatz 3 des Schulordnungsgesetzes.
2. Konfessionelle Kooperation im Religionsunterricht ist möglich, wenn an einer Schule Religionsunterricht beider Bekenntnisse eingerichtet ist.

Sofern die Schule eine konfessionelle Kooperation einrichten möchte, stellt die Schulleiterin oder der Schulleiter im Einvernehmen mit den Fachkonferenzen, bei den Schulen der Primarstufe im Einvernehmen mit den Fachlehrkräften, bei der Schulaufsichtsbehörde einen Antrag auf Genehmigung der konfessionellen Kooperation.

3. Der Antrag erstreckt sich
 - in der Primarstufe auf die Klassen 1 und 2 oder 3 und 4 oder beide Doppeljahrgänge,
 - in der Sekundarstufe I auf die Klassen 5 und 6 oder 7 und 8 oder die Klassen danach bis zum Ende der Sekundarstufe I oder mehrere dieser Doppeljahrgänge.

Die Schulleiterin oder der Schulleiter informiert die Schulkonferenz über den beabsichtigten Antrag und gibt ihr die Gelegenheit, sich dazu zu äußern. Die Schulleiterin oder der Schulleiter legt den schriftlichen Antrag mit einer Begründung, insbesondere mit einer Darstellung der konfessionsverbindenden und konfessionsspezifischen Perspektiven und der Stellungnahme der Schulkonferenz, der Schulaufsichtsbehörde zur Genehmigung vor.

4. Die Schulaufsichtsbehörde unterrichtet die zuständigen kirchlichen Oberbehörden über den Antrag und ihre beabsichtigte Entscheidung. Sind die Voraussetzungen für die konfessionelle Kooperation im Religionsunterricht erfüllt und haben die kirchlichen Oberbehörden ihr Einvernehmen erklärt, genehmigt die Schulaufsichtsbehörde den Antrag der Schule.
5. Nach der Genehmigung erarbeiten und beschließen die Fachkonferenzen für den evangelischen Religionsunterricht und für den katholischen Religionsunterricht auf der Grundlage der Lehrpläne ein fachdidaktisches Konzept. Das Konzept bildet die für den Unterricht vorgesehenen konfessionsverbindenden und konfessionsspezifischen Themen ab.
6. Beide Kirchen entwickeln gemeinsam Fortbildungsveranstaltungen für die beteiligten Lehrkräfte, um einen konfessionsbewussten und konfessionssensiblen Religionsunterricht weiterzuentwickeln. Die Teilnahme ist verpflichtend.
7. Die Fachlehrerin oder der Fachlehrer, die oder der den Unterricht erteilt hat, bewertet die Leistungen der Schülerinnen und Schüler. In den Zeugnissen werden diese Leistungen unter der Fächerbezeichnung „Religion“ ausgewiesen.

III. Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Dieser Erlass tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft. Gleichzeitig tritt der Erlass über die Teilnahme konfessionsfremder oder konfessionsloser Schüler am Religionsunterricht vom 19. November 1985 (GMBI. Saar 1986 S. 7) außer Kraft.

Schülerförderungsgesetz

Vom 6. Mai 2009 (Amtsbl. S. 706)

- geändert durch Gesetz vom 11. November 2020 (Amtsbl. I S. 1262)

Abschnitt 1**Allgemeines****§ 1 Grundsatz**

(1) Das Land fördert Schülerinnen und Schüler der öffentlichen Schulen im Sinne des Schulordnungsgesetzes und der auf Grund des Privatschulgesetzes genehmigten privaten Ersatzschulen nach Maßgabe dieses Gesetzes. Die Förderung erfolgt für Schülerinnen und Schüler, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben

1. im Rahmen der entgeltlichen Schulbuchausleihe durch die Freistellung von der Zahlung des Entgelts (§ 2) und
2. durch Fahrkostenzuschüsse (§ 3).

(2) Wer aufgrund anderer Rechtsvorschriften einen Anspruch auf Förderung hat oder im Rahmen einer Ausbildung eine Vergütung erhält, hat keinen Anspruch auf eine in diesem Gesetz vorgesehene Förderung. Gleiches gilt für die in § 2 genannten Förderberechtigten, soweit sie durch kommunale Leistungen ganz oder teilweise von den Kosten der entgeltlichen Schulbuchausleihe freigestellt werden können.

Abschnitt 2**Freistellung von der Zahlung des Entgelts im Rahmen der entgeltlichen Schulbuchausleihe****§ 2 Förderberechtigte**

(1) Von der Zahlung des Entgelts für die in § 1 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 genannte Ausleihe werden förderberechtigte Schülerinnen und Schüler freigestellt, die an einer im Saarland organisierten und von Seiten des Ministeriums für Bildung und Kultur genehmigten oder mit ihm vereinbarten entgeltlichen Ausleihe der in § 17a Absatz 1 des Schulordnungsgesetzes genannten Schulbücher teilnehmen.

(2) Förderberechtigt im Sinne des Absatzes 1 sind Schülerinnen und Schüler, die

1. nach den Vorschriften des Achten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VIII) in Heimen oder in Familienpflege untergebracht sind oder deren Heimunterbringung nach den Vorschriften des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII) erfolgt ist,
2. Waisenrente oder Waisengeld erhalten,
3. zur Bedarfsgemeinschaft von Bezieherinnen und Beziehern von Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) oder von laufenden Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem Dritten oder Vierten Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII) gehören,
4. Förderschulen besuchen - ausgenommen Berufsschuleinrichtungen für Behinderte - sowie in Schulen der Regelform gemäß § 4 Absatz 1 Satz 2 des Schulordnungsgesetzes unterrichtete Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderungsbedarf,
5. selbst oder deren Eltern Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. August 1997 (BGBl. I S. 2022), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 24. September 2008 (BGBl. I S. 1856), in der jeweils geltenden Fassung sind,
6. im Haushalt von Empfängerinnen und Empfängern des Kinderzuschlags nach § 6a des Bundeskindergeldgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Januar 2009 (BGBl. I S. 142), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 2. März 2009 (BGBl. I S. 416), in der jeweils geltenden Fassung leben,
7. zum Haushalt von Empfängerinnen und Empfängern von Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz vom 24. September 2008 (BGBl. I S. 1856), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 28. März 2009 (BGBl. I S. 634), in der jeweils geltenden Fassung gehören.

Bei den unter Satz 1 Nummer 2, 3 und 5 bis 7 genannten Personen liegt eine Förderberechtigung bereits vor, wenn die dort genannten Leistungen innerhalb des Antragsjahres, spätestens aber bis zum Ablauf der Antragsfrist, in Anspruch genommen werden.

Abschnitt 3

Fahrkostenzuschüsse

§ 3 Förderberechtigte

(1) Förderung durch Fahrkostenzuschüsse (§ 1 Absatz 1 Satz 1 und Satz 2 Nummer 2) erhalten

1. Schülerinnen und Schüler, die nach den Vorschriften des Achten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VIII) in Heimen oder in Familienpflege untergebracht sind oder deren Heimunterbringung nach den Vorschriften des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII) erfolgt ist,
2. Schülerinnen und Schüler, die Waisenrente oder Waisengeld erhalten,
3. Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderungsbedarf, die in Schulen der Regelform gemäß § 4 Absatz 1 Satz 2 des Schulordnungsgesetzes unterrichtet werden, soweit sie keinen Anspruch auf Übernahme der Beförderungskosten nach § 45 Absatz 3 Nummer 5 des Schulordnungsgesetzes haben,
4. Schülerinnen und Schüler, die selbst oder deren Eltern Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sind, soweit sie nicht nach § 2 Absatz 1 des Asylbewerberleistungsgesetzes Leistungen entsprechend des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII) in Anspruch nehmen können.

Bei den unter Satz 1 Nummer 2 und 4 genannten Personen liegt eine Förderberechtigung bereits vor, wenn die dort genannten Leistungen innerhalb des Antragsjahres in Anspruch genommen werden.

§ 4

(aufgehoben)

§ 5 Höhe der Zuschüsse

Die Zuschüsse werden in Höhe von 80 Prozent der notwendigen Fahrkosten nach Maßgabe des § 6 gewährt.

§ 6 Förderbedingungen

(1) Unter der Voraussetzung, dass die Schülerin oder der Schüler ein öffentliches Verkehrsmittel benutzt, werden nachgewiesene notwendige Fahrkosten in der in § 5 genannten Höhe erstattet

1. für den Besuch der nächstgelegenen Schule des gewählten Bildungsgangs, wenn der kürzeste tägliche Weg zur Schule und zurück mehr als vier Kilometer beträgt; als nächstgelegene Schule des gewählten Bildungsgangs gilt die nächstmögliche Schule, die die Schülerin oder der Schüler tatsächlich besuchen kann,
2. bei Vorliegen der Voraussetzung nach Nummer 1 für den Besuch einer anderen als der nächstgelegenen Schule des gewählten Bildungsgangs in Höhe der notwendigen Fahrkosten, die durch den Besuch der nächstgelegenen Schule entstanden wären,
3. für die Teilnahme an einem in dem jeweiligen Bildungsgang vorgesehenen Betriebs- oder Fachpraktikum, wenn der kürzeste tägliche Weg zur Praktikumsstätte und zurück mehr als vier Kilometer beträgt.

(2) Zuschussfähig sind nur die Kosten für die unter Berücksichtigung möglicher Fahrpreismäßigungen erworbenen Schülerjahreskarten, Schülermonatskarten und Schülerwochenkarten ohne Zuschläge in der niedrigsten Wagenklasse. Einzelfahrkarten sind grundsätzlich nicht zuschussfähig. Behinderte Schülerinnen und Schüler, die auf Grund ihrer Behinderung kein öffentliches Verkehrsmittel benutzen können, erhalten einen Fahrkostenzuschuss in entsprechender Höhe.

(3) Den Fahrkostenzuschuss erhalten Schülerinnen und Schüler, die im Saarland wohnen.

(4) In den in § 32d des Privatschulgesetzes genannten Fällen werden keine Fahrkostenzuschüsse nach diesem Gesetz gewährt.

Abschnitt 4

Schlussvorschriften

§ 7 Durchführung des Gesetzes

(1) Die Durchführung des Gesetzes obliegt den Landkreisen und im Regionalverband Saarbrücken der Landeshauptstadt Saarbrücken.

(2) Einzelheiten des Verfahrens sowie des Erlöschens des Anspruchs auf Förderung insbesondere bei nicht form- und fristgerecht gestelltem Antrag regelt das Ministerium für Bildung und Kultur im Einvernehmen mit dem Ministerium für Finanzen und Europa durch Rechtsverordnung.

§ 8 Übergangsregelungen

(1) Abweichend von § 2 Absatz 2 Satz 1 kann im Schuljahr 2009/2010 die Förderberechtigung im Rahmen der entgeltlichen Schulbuchausleihe auch durch den Bescheid zur Förderung durch Schulbuch- und/oder Fahrkostenzuschüsse auf der Grundlage des Schülerförderungsgesetzes vom 20. Juni 1984 (Amtsbl. S. 661), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 19. November 2008 (Amtsbl. S. 1930), für das Schuljahr 2008/2009 erbracht werden.

(2) Für die Abwicklung von Verfahren, die das Schuljahr 2008/2009 oder zurückliegende Schuljahre betreffen, gilt das Schülerförderungsgesetzes vom 20. Juni 1984 (Amtsbl. S. 661), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 19. November 2008 (Amtsbl. S. 1930), in der jeweils geltenden Fassung weiter.



**Verordnung über die Ausführung
des Schülerförderungsgesetzes**

Vom 1. Juli 2009 –
zuletzt geändert am 11. Dezember 2020 (Amtsbl. I S. 1351)

Abschnitt 1

Allgemeines

§ 1

(1) Die Durchführung des Schülerförderungsgesetzes erfolgt in den Landkreisen durch die Ämter für Ausbildungsförderung, im Regionalverband Saarbrücken durch das Amt für Ausbildungsförderung der Landeshauptstadt Saarbrücken.

(2) Anträge auf Freistellung von der Zahlung des Leihentgelts im Rahmen der Schulbuchausleihe und auf Fahrkostenzuschüsse werden beim zuständigen Amt für Ausbildungsförderung gestellt. Zuständig ist das Amt für Ausbildungsförderung des Landkreises, in dem die Schülerin oder der Schüler ihren oder seinen ersten Wohnsitz hat; für eine Schülerin oder einen Schüler mit erstem Wohnsitz im Regionalverband Saarbrücken ist das Amt für Ausbildungsförderung der Landeshauptstadt Saarbrücken zuständig. Befindet sich der erste Wohnsitz außerhalb des Saarlandes, ist das Amt für Ausbildungsförderung zuständig, in dessen Zuständigkeitsbereich die von der Schülerin oder dem Schüler besuchte Schule liegt.

Abschnitt 2

Freistellung von der Zahlung des Leihentgelts im Rahmen der Schulbuchausleihe

§ 2

(1) Der Antrag auf Freistellung von der Zahlung des Leihentgelts im Rahmen der Schulbuchausleihe ist für das jeweilige Schuljahr bis zum 30. September zu stellen. Beginnt der Unterricht an einer Schule erst nach diesem Zeitpunkt, ist der Antrag spätestens einen Monat nach Unterrichtsbeginn zu stellen. Wird eine Schülerin oder ein Schüler erst nach dem 30. September in einer Schule aufgenommen, so ist der Antrag spätestens einen Monat nach der Aufnahme in der Schule zu stellen.

(2) Der Antrag wird auf einem Formblatt gestellt, das bei den Schulen erhältlich ist.

(3) Wird der Antrag nicht form- und fristgerecht gestellt, erlischt der Anspruch auf Förderung; Gleiches gilt, wenn im Falle des Absatzes 1 Satz 1 für die Bearbeitung notwendige Angaben oder Unterlagen für das jeweilige Schuljahr nicht spätestens bis zum 30. November nachgereicht werden. In den Fällen des Absatzes 1 Satz 2 und 3 müssen die für die Bearbeitung notwendigen Angaben oder Unterlagen innerhalb von drei Monaten nach Unterrichtsbeginn bzw. nach Aufnahme in der Schule nachgereicht werden.

§ 3

(1) Antragsberechtigt sind grundsätzlich die Erziehungsberechtigten der Schülerin oder des Schülers. Eine Schülerin oder ein Schüler, die oder der zum Zeitpunkt der Antragstellung das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat, ist selbst antragsberechtigt.

(2) Für Schülerinnen und Schüler, die nach den Vorschriften des Achten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VIII) in Heimen oder in Familienpflege untergebracht sind oder deren Heimunterbringung nach den Vorschriften des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII) erfolgt ist, sind die Heimleiterinnen und Heimleiter bzw. die Pflegeeltern antragsberechtigt.

(3) Schülerinnen und Schüler der Förderschulen sowie Schülerinnen und Schüler der Förderklassen für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund in Lebach sind von der Zahlung des Leihentgelts freigestellt. Für in Schulen der Regelform gemäß § 4 Absatz 1 Satz 2 des Schulordnungsgesetzes unterrichtete Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderungsbedarf wird mit der Anmeldung zur Teilnahme an der entgeltlichen Ausleihe die Freistellung von der Zahlung des Leihentgelts festgestellt. In den in Satz 1 und 2 genannten Fällen ist ein gesonderter Antrag auf Freistellung nicht erforderlich.

§ 4

(1) Dem Antrag sind in den Fällen des § 2 Absatz 2 Satz 1 des Schülerförderungsgesetzes Nachweise über die Unterbringung in einem Heim oder in Familienpflege, über den Bezug von Waisenrente oder Waisengeld, über den Erhalt von Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) oder laufenden

Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem Dritten oder Vierten Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII), über den Erhalt von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, über den Empfang des Kinderzuschlags sowie über den Empfang von Wohngeld beizufügen.

(2) Zur Überprüfung der in Absatz 1 genannten Nachweise ist das Einverständnis mit der Überprüfung der Angaben, insbesondere durch Einholung einer Auskunft bei den zuständigen Sozialleistungsträgern, zu erklären.

Abschnitt 3

Gewährung von Fahrkostenzuschüssen

§ 5

(1) Der Antrag auf Gewährung von Fahrkostenzuschüssen ist für das jeweilige Schuljahr bis zum 31. Dezember zu stellen. Beginnt der Unterricht an einer Schule erst nach diesem Zeitpunkt, ist der Antrag spätestens einen Monat nach Unterrichtsbeginn zu stellen. Wird eine Schülerin oder ein Schüler erst nach dem 31. Dezember in einer Schule aufgenommen, so ist der Antrag spätestens einen Monat nach der Aufnahme in der Schule zu stellen.

(2) Der Antrag wird auf einem Formblatt gestellt, das bei den Schulen erhältlich ist.

(3) Wird der Antrag nicht form- und fristgerecht gestellt, erlischt der Anspruch auf Förderung; Gleiches gilt, wenn im Falle des Absatzes 1 Satz 1 für die Bearbeitung notwendige Angaben oder Unterlagen nicht spätestens bis zum 31. März des der Antragstellung folgenden Jahres dem Amt für Ausbildungsförderung nachgereicht werden. In den Fällen des Absatzes 1 Satz 2 und 3 müssen die für die Bearbeitung notwendigen Angaben oder Unterlagen innerhalb von drei Monaten nach Unterrichtsbeginn bzw. nach Aufnahme in der Schule nachgereicht werden.

§ 6

(1) Antragsberechtigt sind die Unterhaltsverpflichteten der Schülerin oder des Schülers. Eine Schülerin oder ein Schüler, die oder der zum Zeitpunkt der Antragstellung das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat, ist selbst antragsberechtigt.

(2) Für Schülerinnen und Schüler, die nach den Vorschriften des Achten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VIII) in Heimen oder in Familienpflege untergebracht sind oder deren Heimunterbringung nach den Vorschriften des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII) erfolgt ist, sind die Heimleiterinnen und Heimleiter bzw. die Pflegeeltern antragsberechtigt.

(3) Empfangsberechtigt ist die Antragstellerin oder der Antragsteller.

§ 7

Dem Antrag auf Gewährung von Fahrkostenzuschüssen sind beizufügen:

1. eine Bescheinigung der Schule, aus der die Schulform, der Schultyp und die Klassenstufe der Schule hervorgehen, die die Schülerin oder der Schüler in dem für die Antragstellung maßgeblichen Schuljahr besucht;
2. in den Fällen des § 3 Satz 1 des Schülerförderungsgesetzes Nachweise über die Unterbringung in einem Heim oder in Familienpflege, über den Bezug von Waisenrente oder Waisengeld oder über den Erhalt von Leistungen nach den §§ 3 bis 7 des Asylbewerberleistungsgesetzes.

§ 8

(1) Für die Auszahlung des Fahrkostenzuschusses sind dem Amt für Ausbildungsförderung die Beförderungsbelege (Jahres-, Monats- oder Wochenkarten, Sichtkarten mit Klebemarken) vorzulegen. Für die letzten sechs Wochen des Schuljahres brauchen keine Fahrausweise vorgelegt zu werden. Die Vorlage von Einzelfahrkarten wird nur in Ausnahmefällen akzeptiert; sie ist insbesondere dann zulässig, wenn der Erwerb der Einzelfahrkarten beispielsweise wegen Ferienbeginns oder der Teilnahme an einem Praktikum die kostengünstigste Variante darstellt. Der Fahrkostenzuschuss wird grundsätzlich in Höhe der günstigsten Fahrkartenkosten erstattet. Hat die Schülerin oder der Schüler ein in dem jeweiligen Bildungsgang vorgesehenes Praktikum besucht, legt sie oder er mit den Beförderungsbelegen eine Bescheinigung der Schule oder des Betriebes über die Teilnahme an dem Praktikum vor.

(2) Schülerinnen und Schüler, die auf Grund ihrer Behinderung ein öffentliches Verkehrsmittel nicht benutzen können, legen zur Erstattung der Fahrkosten dem Amt für Ausbildungsförderung einen Nachweis ihrer Behinderung und eine Bescheinigung des Verkehrsunternehmens vor, aus der hervorgeht, welche Kosten bei einer Benutzung des öffentlichen Verkehrsmittels ohne Berücksichtigung der Behinderung angefallen wären. Dieser Betrag ist der Kostenerstattung zugrunde zu legen.

(3) Der Anspruch auf Auszahlung des Fahrkostenzuschusses erlischt, wenn die Beförderungsbelege nicht bis zum Ende des Kalenderjahres vorgelegt werden, in dem das Schuljahr endet, für das der Fahrkostenzuschuss bewilligt worden ist.

Abschnitt 4 Schlussvorschriften

§ 9

Inkrafttreten, Außerkrafttreten, Übergangsregelung

(1) Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verordnung über die Ausführung des Schülerförderungsgesetzes vom 10. Juli 1984 (Amtsbl. S. 693), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 5. Juni 2008 (Amtsbl. S. 1065), außer Kraft.

(2) Ist der in § 8 Absatz 2 des Schülerförderungsgesetzes genannte Bescheid nicht auffindbar, fertigen die zuständigen Ämter für Ausbildungsförderung eine Bescheidkopie.

(3) Für die Abwicklung von Verfahren, die das Schuljahr 2008/2009 oder zurückliegende Schuljahre betreffen, gilt die Verordnung über die Ausführung des Schülerförderungsgesetzes vom 10. Juli 1984 (Amtsbl. S. 693), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 5. Juni 2008 (Amtsbl. S. 1065), in der jeweils geltenden Fassung weiter.



Erlass
über Informationsbesuche, Vorträge und
Veranstaltungen nicht zur Schule gehörender
Personen in Schule und Unterricht
Vom 5. Dezember 1986 (GMBL S. 529)

1. Mitwirkung von Fachleuten aus der Praxis in Schule und Unterricht

- a) Um den Unterricht durch lebensnahe Informationen zu ergänzen und den Schülern praktische Einblicke in die Berufs- und Arbeitswelt sowie in das soziale und politische Leben zu ermöglichen, kann es hilfreich sein, bei geeigneten Anlässen auch nicht zur Schule gehörende Personen in den Unterricht und in andere schulische Veranstaltungen einzubeziehen. Hierfür können Fachleute aus der Praxis, insbesondere aus der Verwaltung, der Justiz, des Gesundheitswesens, der Polizei, der Bundeswehr (Jugendoffiziere), der Wirtschaft einschließlich der Tarifpartner (Gewerkschaften, Arbeitgeberorganisationen), Abgeordnete und andere Personen des politischen Lebens, Vertreter von überparteilichen, gemeinnützigen Organisationen, Verbänden und Einrichtungen (z.B. Kriegsdienstverweigerer, Menschenrechtsorganisationen, caritative Verbände) sowie Schriftsteller, Künstler, Schauspieler gewonnen werden. Ihr sachlicher Beitrag zum Unterricht kann durch wirklichkeitsnahe Beispiele wichtige Einblicke in den jeweiligen Lebensbereich ermöglichen, Verständnis für seine Gegebenheiten wecken, Abgrenzungen zu anderen Standpunkten verdeutlichen und zur sachlichen Auseinandersetzung ermuntern. So können dem Schüler die vielfältigen Bedingungen aufgezeigt werden, unter denen sich im freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat Meinungen bilden, im gesellschaftlichen und staatlichen Raum Entscheidungen getroffen und Entwicklungen in Gang gesetzt werden.

Die Schulen werden auf die gebotenen Möglichkeiten hingewiesen; sie können von ihnen Gebrauch machen, soweit dies der Verwirklichung des Unterrichts- und Erziehungsauftrages der Schule dient. Die Beiträge müssen so geplant sein, dass sie sich in den Unterricht sinnvoll einfügen und die zur Verfügung stehende Unterrichtszeit nicht über Gebühr in Anspruch nehmen.

- b) Wie bei allen schulischen Veranstaltungen ist darauf zu achten, dass auch bei der Mitwirkung nicht zur Schule gehörender Personen jede einseitige Beeinflussung der Schüler unterbleibt. Das bedeutet u.a., dass entsprechend der Vielfalt der Lebensverhältnisse die jeweiligen demokratischen Parteien, Institutionen und Organisationen entsprechend der Pluralität unseres Gemeinwesens im Nach- oder Nebeneinander vertreten sind.

Um die Gefahr von Missverständnissen und Einseitigkeiten zu vermeiden, ist in den letzten drei Monaten vor Kommunalwahlen, Landtagswahlen, Bundestagswahlen sowie vor Wahlen zum Europäischen Parlament von der Mitwirkung von Abgeordneten und anderen Personen des politischen Lebens im Unterricht oder in sonstigen schulischen Veranstaltungen abzusehen.

- c) Soweit die Mitwirkung nicht zur Schule gehörender Personen im Unterricht einer Klasse erfolgen soll, entscheidet hierüber der betreffende Fachlehrer im Einvernehmen mit dem Schulleiter; der Elternsprecher und der Schülersprecher der Klasse sind vorher zu hören. Über die Mitwirkung nicht zur Schule gehörender Personen in anderen Veranstaltungen der Schule entscheidet der Schulleiter; der Vorsitzende der Elternvertretung und der Schülervvertretung der Schule sind vorher zu hören.
- d) Bei der Mitwirkung nicht zur Schule gehörender Personen im Unterricht einer Klasse ist der Fachlehrer anwesend; er behält die Verantwortung für den Unterricht. Bei sonstigen Veranstaltungen der Schule ist der Schulleiter oder ein von ihm bestimmter Lehrer anwesend.
- e) An Personen, die auf diese Weise in Unterrichts- bzw. Schulveranstaltungen mitwirken, können keine Honorare gezahlt und es können ihnen keine Kosten erstattet werden.
- f) Findet die Mitwirkung der schulfremden Personen außerhalb der Schule (z.B. im Rahmen eines Unterrichtsganges) statt, so gelten die vorstehenden Bestimmungen entsprechend.

2. Informationsbesuche von Abgeordneten in Schulen

- a) Für Besuche von Mandatsträgern der kommunalen Schulträger sowie von Abgeordneten des Landtages des Saarlandes, des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments mit dem Ziel, die Einrichtung und Ausstattung der Schule, des Schulgebäudes und der Schulanlagen zu besichtigen, ist der Schulträger zuständig; der Schulleiter ist insoweit an dessen Weisung gebunden (§ 16 Abs. 2 Nr. 7 SchuMG). Bestehen solche nicht, so sind sie einzuholen.
- b) Sofern sich die Abgeordneten bzw. Mandatsträger über schulorganisatorische Fragen, Unterrichtsprobleme oder andere Fragen des inneren Schulbetriebes informieren wollen, ist der Schulleiter zuständig. Er hat entsprechenden Wünschen der Genannten grundsätzlich zu entsprechen und die erbetenen Sachinformationen zu erteilen, sofern dies

schulorganisatorisch vertretbar ist und eine unangemessene Störung des Unterrichts nicht zu befürchten ist. Abgeordnete bzw. Mandatsträger, die einen Informationsbesuch innerhalb der letzten drei Monate vor Kommunalwahlen, Landtagswahlen oder Bundestagswahlen sowie Wahlen zum europäischen Parlament durchführen wollen, sind vom Schulleiter zu bitten, den Besuch auf die Zeit nach der Wahl zu verschieben.

- c) Besuche von Abgeordneten bzw. Mandatsträgern bedürfen der rechtzeitigen Anmeldung beim Schulleiter. Über die Anmeldung der Besuche hat der Schulleiter unverzüglich den Minister für Kultus, Bildung und Wissenschaft, bei den seiner Aufsicht unterstehenden Schulen auch das Schulamt, unter Angabe des Termins, des Kreises der angekündigten Besucher und des Bereiches, über den sie sich insbesondere informieren wollen, zu unterrichten. Der Minister für Kultus, Bildung und Wissenschaft entscheidet darüber, ob er einen Vertreter zu dem Besuchstermin entsendet.
- d) Über Besuche von Abgeordneten bzw. Mandatsträgern ist von dem Schulleiter ein kurzer schriftlicher Bericht für den Minister für Kultus, Bildung und Wissenschaft anzufertigen.
- e) Vorstehende Regelung gilt entsprechend für die Studien- und Landesseminare.

3. Veranstaltungen für Schüler während der Unterrichtszeit durch nicht zur Schule gehörende Personen gegen Entgelt

- a) Veranstaltungen nicht zur Schule gehörender Personen während der Unterrichtszeit gegen Entgelt sind nur zulässig, wenn sie pädagogisch wertvoll sind und keine Leistungen darstellen, welche die Schule selbst erbringen könnte (z.B. durch Einsatz von Unterrichtshilfsmitteln der Landesbildstelle Saarland).
- b) Die Teilnahme an der Veranstaltung ist für die Schüler freiwillig. Nicht teilnehmenden Schülern muss die Möglichkeit geboten werden, während der Zeit der Veranstaltung Unterricht zu erhalten.
- c) Das Entgelt für die Veranstaltung muss im Einzelfall sowie mit Rücksicht auf die Zahl solcher Veranstaltungen auf die Dauer des Schuljahres gesehen für die Erziehungsberechtigten bzw. volljährigen Schüler zumutbar sein. Nehmen Geschwister an der Veranstaltung innerhalb der Schule teil, so darf nur von einem der Kinder ein Entgelt verlangt werden.
- d) Die Entscheidung über die Genehmigung der Veranstaltung und die Erhebung des Entgelts in bestimmter Höhe trifft der Schulleiter.
- e) Die Buchstaben a) bis d) – ausgenommen Buchstabe c) Satz 2 – gelten für den während der Unterrichtszeit klassenweise oder auf andere Weise von der Schule durchgeführten Besuch solcher Veranstaltungen außerhalb der Schule entsprechend.

4. Folgende Erlasse werden aufgehoben:

- a) Erlass betreffend die Zusammenarbeit der Schulen mit den Jugendoffizieren der Bundeswehr vom 15. Februar 1972 (GMBI. Saar S. 309),
- b) Erlass betreffend Veranstaltungen für Schüler während der Unterrichtszeit durch Schulfremde gegen Entgelt vom 10. Januar 1969 (GMBI. Saar S. 121).

Erlass betreffend Schulgottesdienst
Vom 11. April 1968 (GMBI. Saar S. 90)

1. Die Schulgottesdienste gelten als Schulveranstaltungen. Die Teilnahme am Schulgottesdienst ist für Lehrer und Schüler freiwillig. Der Weg vom Schulgottesdienst zur Schule unterliegt der Aufsicht der Schule. Der Schulleiter hat die für die Durchführung der Aufsicht erforderlichen Maßnahmen zu treffen.
2. Zu Beginn und Ende eines Schuljahres sowie aus besonderen Anlässen können Schulgottesdienste der Kirchen und Religionsgemeinschaften stattfinden. Der Unterrichtsausfall soll in der Regel eine Unterrichtsstunde nicht überschreiten.
3. Für allgemeinbildende und berufsbildende Vollzeitschulen, an denen der Religionsunterricht ordentliches Lehrfach ist, kann einmal wöchentlich ein Schulgottesdienst stattfinden. Dieser wird in der Regel während der Zeit der ersten Unterrichtsstunde gehalten. Er tritt nicht an die Stelle der in den Stundentafeln vorgesehenen Unterrichtsstunden. An dem Tag, an dem ein Schulgottesdienst stattfindet, beginnt der Unterricht zu Anfang der üblichen zweiten Unterrichtsstunde und endet spätestens nach der sechsten Unterrichtsstunde.
4. Für berufsbildende Teilzeitschulen, an denen Religionsunterricht ordentliches Lehrfach ist, kann unbeschadet der Regelung zu Nummer 2 bis zu dreimal im Jahre Gelegenheit zum Schulgottesdienst gegeben werden. Nummer 3 Satz 2 und 3 finden entsprechende Anwendung.
5. Es ist zulässig, den Schulgottesdienst für jeweils eine Stufe einer Schule gesondert zu halten. Sofern die Durchführung des Unterrichtsplanes nicht gestört wird, kann für die anderen Stufen der Schule in der gleichen Woche Schulgottesdienst stattfinden.
6. Nach Fühlungnahme mit den Religionslehrern legen die Schulleiter die Zeiten für die Schulgottesdienste im Benehmen mit dem Elternbeirat der Schule und im Einvernehmen mit den zuständigen örtlichen kirchlichen Stellen fest. Die Zeiten für die Schulgottesdienste sind in den Schulen bekannt zu geben.
7. Auf Antrag der zuständigen kirchlichen Oberbehörden kann mit Genehmigung der obersten Schulaufsichtsbehörde bei mehr als zwei Wochenstunden Religionsunterricht der Schulgottesdienst an die Stelle einer der in den Stundentafeln vorgesehenen Unterrichtsstunden für Religion treten. Auch in diesem Falle gilt Nummer 1.

**Gesetz über die Mitbestimmung und Mitwirkung
im Schulwesen – Schulmitbestimmungsgesetz (SchumG)**

Vom 27. März 1974

zuletzt geändert durch das Gesetz vom 13. Juli 2022 (Amtsbl. I S. 1018)

Inhaltsübersicht

Teil I

Allgemeine Bestimmungen

- § 1 Ziel und Geltungsbereich des Gesetzes
- § 2 Begriffsbestimmungen
- § 3 Grundsätze für Wahlen
- § 4 Grundsätze für die Arbeit von Gremien

Teil II

Lehrkräfte

1. Abschnitt

Aufgabe und Beteiligungsrechte der Lehrkraft

- § 5 Aufgabe der Lehrkraft
- § 6 Beteiligungsrechte der Lehrkraft

2. Abschnitt

Lehrkräftekonferenzen, Lehrkräfteausschüsse

- § 7 Arten der Lehrkräftekonferenzen und Lehrkräfteausschüsse
- § 8 Gesamtkonferenz
- § 9 Geschäftsführender Ausschuss
- § 10 Beratender Lehrkräfteausschuss
- § 11 Teilkonferenzen
- § 12 Klassenkonferenzen
- § 13 Jahrgangskonferenzen
- § 14 Jahrgangsausschüsse, Jahrgangsfachausschüsse
- § 15 Fach- und Lernbereichskonferenzen

3. Abschnitt

Schulleitung

- § 16 Aufgaben der Schulleiterin oder des Schulleiters
- § 17 Stellenausschreibung
- § 18 (weggefallen)
- § 19 (weggefallen)

Teil III

Schülerinnen und Schüler

1. Abschnitt

Beteiligung der Schülerin oder des Schülers

- § 20 Arten der Beteiligung
- § 21 Unmittelbare Beteiligung der Schülerin oder des Schülers
- § 22 Teilnahme an schulischen Veranstaltungen
- § 23 Schülerversammlung

2. Abschnitt

Schülervertretung

- § 24 Aufgaben der Schülervertretung
- § 25 Schülervertreterinnen und Schülervertreter

- § 26 Gremien der Schülervertretung
- § 27 Wahl der Schülervertreterinnen und Schülervertreter
- § 28 Bildung der Schülervertretung
- § 29 Bildung von Teilschülervertretungen
- § 30 Beratende Teilnahme
- § 31 Verbindungslehrkräfte
- § 32 Schülersprecherin oder Schülersprecher der Schule
- § 33 Veranstaltungen der Schülervertretung
- § 34 Geldmittel der Schülervertretung

Teil IV

Erziehungsberechtigte

1. Abschnitt

Beteiligung der Erziehungsberechtigten

- § 35 Arten der Beteiligung
- § 36 Unmittelbare Beteiligung der Erziehungsberechtigten
- § 37 Elternversammlung

2. Abschnitt

Elternvertretung

- § 38 Aufgaben der Elternvertretung
- § 39 Elternvertreterinnen und Elternvertreter
- § 40 Gremien der Elternvertretung
- § 41 Zusammensetzung der Elternvertretung, Elternsprecherinnen und Elternsprecher
- § 42 Bildung von Teilelternvertretungen
- § 43 Teilnahme von Lehrkräfte- und Schülervertreterinnen und -vertretern

Teil V

Schulkonferenz

- § 44 Einrichtung der Schulkonferenz
- § 45 Mitglieder der Schulkonferenz
- § 46 Arbeitsfähigkeit der Schulkonferenz
- § 47 Aufgaben der Schulkonferenz
- § 48 Vermittlung bei Konflikten

Teil VI

Sondervorschriften

- § 49 Förderschulen
- § 50 Schulen in Abendform, Saarlandkolleg und Deutsch-Französisches Gymnasium
- § 51 Berufsschulen
- § 52 Kursgruppen
- § 53 Experimentierklausel

Teil VII

Schulregionkonferenz, Landesschulkonferenz, Landesschülervertretung, Landeselternvertretungen, Gesamtlandeselternvertretung

- § 54 Bildung der Schulregionkonferenz
- § 55 Geschäftsführender Ausschuss der Schulregion
- § 56 Wahl der Mitglieder der Schulregionkonferenz
- § 57 Aufgaben der Schulregionkonferenz

§ 58 Wahlmänner für die Landesschulkonferenz

§ 59 Bildung der Landesschulkonferenz

§ 60 Zusammensetzung der Landesschulkonferenz

§ 61 Vorsitz, Geschäftsstelle

§ 62 Aufgaben der Landesschulkonferenz

§ 63 Gemeinsame Grundsätze für die Arbeit in der Schulregion- und Landesschulkonferenz

§ 64 Räume, Kosten

§ 64a Schulregionse Elternvertretung der Grundschulen

§ 65 Landesschülervertretung

§ 66 Landeselternvertretungen

§ 66a Gesamtlandeselternvertretung

Teil VIII

Schlußvorschriften

§ 67 Schulaufsicht

§ 68 Ausführungsvorschriften

§ 69 Anwendung für den Regionalverband Saarbrücken

§ 69a Übergangsvorschrift

§ 70 Inkrafttreten



Teil I

Allgemeine Bestimmungen

§ 1

Ziel und Geltungsbereich des Gesetzes

(1) Ziel dieses Gesetzes ist es, den an der Schule Beteiligten die Möglichkeiten der Mitbestimmung und Mitwirkung zu gewährleisten, die unter Berücksichtigung des Interesses aller Bürger an Schule und des Auftrages, den der Staat und seine Einrichtungen zu erfüllen haben, gerechtfertigt sind.

(2) Dieses Gesetz gilt für die öffentlichen Schulen im Sinne des § 7 Abs. 1 des Schulordnungsgesetzes (SchoG) mit Ausnahme der in § 8 Abs. 2 SchoG genannten Schulen. Die unter einer Leitung und mit übergreifendem Lehrkräfteeinsatz innerhalb eines Berufsbildungszentrums geführten beruflichen Vollzeitschulen gelten zusammen als eine selbstständige Schule im Sinne dieses Gesetzes.

(3) Gemäß § 1 des Schulordnungsgesetzes bestimmt sich der Auftrag der Schule daraus, dass jeder junge Mensch ohne Rücksicht auf Herkunft oder wirtschaftliche Lage das Recht auf eine seinen Anlagen und Fähigkeiten entsprechende Erziehung, Unterrichtung und Ausbildung hat und dass er zur Übernahme von Verantwortung und zur Wahrnehmung von Rechten und Pflichten in Staat und Gesellschaft vorbereitet werden muss. Hierzu gehört als wesentlicher Bestandteil der Unterrichts- und Erziehungsarbeit die Demokratiebildung, wie sie sich auch in den in diesem Gesetz festgelegten Formen der schulischen Mitbestimmung und Mitwirkung ausdrückt.

(4) Die Schulentwicklungsplanung, die die pädagogische, erzieherische, unterrichtliche, organisatorische oder sonstige innere Ausrichtung der Schule betrifft, ist ein partizipativer Prozess, der die Grundlagen der Mitbestimmung und Mitwirkung berücksichtigt und die Demokratiebildung fördert.

(5) Die Digitalisierung eröffnet die Chance auf neue Formen der Mitbestimmung und Mitwirkung in den Schulen, gleichzeitig steigt die Verantwortung des Einzelnen im Umgang mit und in der Nutzung von digitalen und insbesondere sozialen Medien. Dieses Gesetz hat daher das Ziel, in den Schulen Mitbestimmung und Mitwirkung in der Umsetzung der Digitalisierung erlebbar zu gestalten und damit die Demokratiebildung zu stärken.

(6) Um der erzieherischen Aufgabe der Schulen gerecht zu werden, die jungen Menschen auf die Übernahme von Verantwortung und zur Wahrnehmung von Rechten und Pflichten in Staat und Gesellschaft vorzubereiten, hat dieses Gesetz das Ziel, die Schülerinnen und Schüler möglichst früh, von Beginn der Beschulung an, in die schulischen Formen der Mitbestimmung und Mitwirkung einzubeziehen.

(7) Zur Erreichung dieser Ziele arbeiten alle am Schulleben Beteiligten im Rahmen der für die schulischen Gremien geltenden gesetzlichen Regelungen gleichberechtigt und vertrauensvoll im Sinne einer Erziehungs- und Bildungspartnerschaft zusammen. Im Rahmen dieser Partnerschaft kooperieren sie in gemeinsamer Verantwortung für die Erziehung und Bildung der Schülerinnen und Schüler.

§ 2

Begriffsbestimmungen

(1) In diesem Gesetz werden bezeichnet

1. als Mitbestimmung diejenigen Beteiligungsrechte, die eine unmittelbare oder mittelbare Teilhabe an Entscheidungen zum Inhalt haben,
2. als Mitwirkung alle sonstigen Beteiligungsrechte, insbesondere das Recht auf Information, Anhörung und beratende Mitarbeit in Gremien.

(2) Lehrkräfte im Sinne dieses Gesetzes sind Regel- und Förderschullehrkräfte und Sprachförderlehrkräfte, die mit der selbstständigen Erteilung von Unterricht beauftragt sind, sowie Förderschullehrkräfte, die an Regelschulen im Rahmen der Inklusion zur besonderen pädagogischen Unterstützung der Schülerinnen und Schüler eingesetzt sind. Schulische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Sinne dieses Gesetzes sind die Lehrhilfskräfte der Schule.

(3) Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter im Sinne dieses Gesetzes sind Fachkräfte, die auf Grundlage ihres Auftrages gemäß § 13a des Achten Buches Sozialgesetzbuch und § 9a des Kinder- und Jugendförderungsgesetzes vom 1. Juni 1994 (Amtsbl. S. 1258), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 13. Juli 2022 (Amtsbl. I S. 1018), in der jeweils geltenden Fassung gleichberechtigt mit Lehrkräften zusammenarbeiten, um Schülerinnen und Schüler in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung zu unterstützen und zur gleichberechtigten, selbstbestimmten Teilhabe zu befähigen. Die Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter tragen zur Erfüllung des Erziehungsauftrags von Schule bei. An Ganztagschulen im Sinne des § 5a Schulordnungsgesetz tätige sozialpädagogische Fachkräfte, deren Auftrag insbesondere auf § 13a des Achten Buches Sozialgesetzbuch in der jeweils geltenden Fassung beruht, sind Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter im Sinne dieses Gesetzes. Die in diesem Gesetz getroffenen Regelungen für Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter finden entsprechende Anwendung für

die sozialpädagogischen Leitungen an Ganztagsgrund- und Ganztagsförderschulen im Sinne des § 5a des Schulordnungsgesetzes.

(4) Multiprofessionell tätige Personen im Sinne dieses Gesetzes sind Personen, die am Ort Schule im Einsatz sind und auf der Grundlage ihres jeweiligen Auftrages gemeinsam mit anderen vor Ort Tätigen kooperieren, um die Schülerinnen und Schüler ganzheitlich zu unterstützen, ihre Teilhabe am Schulleben zu fördern und so ihre Bildungschancen zu erhöhen.

(5) Erziehungsberechtigte im Sinne dieses Gesetzes sind

- a) die Eltern oder sonstige Personensorgeberechtigte,
- b) mit schriftlicher Zustimmung des allein personensorgeberechtigten Elternteils Personen, die mit diesem verheiratet sind, eine eingetragene Lebenspartnerschaft führen oder in eheähnlicher Gemeinschaft zusammenleben, wenn das Kind ständig im gemeinsamen Haushalt wohnt.

Soweit es die Mitgliedschaft in den in diesem Gesetz vorgesehenen Gremien betrifft, gelten auch die Eltern volljähriger Schülerinnen und Schüler als Erziehungsberechtigte im Sinne dieses Gesetzes.

§ 3

Grundsätze für Wahlen

(1) Die in diesem Gesetz vorgesehenen Wahlen werden in geheimer Abstimmung durchgeführt, es sei denn, alle anwesenden Wahlberechtigten beschließen offene Abstimmung. Sie sollen auf der Ebene der Klassen und Unterrichtsgruppen binnen vier Wochen, auf der Schulebene binnen sechs Wochen, auf Schulregionenebene binnen acht Wochen und auf Landesebene binnen 10 Wochen durchgeführt werden. Die Wahlen auf Ebene der Klassen- und Unterrichtsgruppen sowie auf Schulebene müssen bis spätestens 15. Oktober des Jahres erfolgen; die Schulleitung soll die Erziehungsberechtigten hierzu einladen. Sie erfolgen außer den in den §§ 27 Abs. 2 und 3, 39 Abs. 3, 56 Abs. 4 und 60 Abs. 4 geregelten Fällen jeweils für eine Wahlperiode von zwei Schuljahren. In Eingangsklassen, die nach Ablauf des ersten Schuljahres einer Wahlperiode gebildet werden, erfolgen die Wahlen der Vertreterinnen und Vertreter der Schülerinnen und Schüler (§ 27) und Erziehungsberechtigten (§ 39) für den Rest der Wahlperiode auf die Dauer eines Schuljahres. Wahlen von vorgenannten Vertreterinnen und Vertretern in Abschlussklassen erfolgen stets für die Dauer eines Schuljahres.

(2) Wahlen nach diesem Gesetz sind nur gültig, wenn mindestens die Hälfte, bei Landeseltern- und Landesschülervertretungen ein Drittel der Wahlberechtigten daran teilnimmt. Wahlen von Elternvertretungen (§ 39) sind gültig, wenn mindestens ein Fünftel der Schülerinnen und Schüler durch wenigstens eine erziehungsberechtigte Person vertreten ist; in Klassen von Förderschulen mit weniger als 20 Schülerinnen und Schülern ist die Wahl gültig, wenn mindestens drei Schülerinnen und Schüler durch wenigstens eine erziehungsberechtigte Person vertreten sind. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Erreicht keine Bewerberin oder kein Bewerber mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen, so gilt als gewählt, wer im zweiten Wahlgang die meisten gültigen Stimmen auf sich vereint. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los. Für jede gewählte Person ist in einem gesonderten Wahlgang eine Stellvertreterin oder ein Stellvertreter zu wählen.

(2a) Die in diesem Gesetz vorgesehenen Wahlen sollen bei gleichzeitiger Anwesenheit der Wahlberechtigten am mitgeteilten Ort der Wahl durchgeführt werden. Unter Gewährleistung der Rechte aller Wahlberechtigten, insbesondere der freien, gleichen und geheimen Stimmabgabe, kann die Wahl ausnahmsweise in schriftlicher oder digitaler Form, insbesondere unter Einbeziehung von Fernkommunikationsmitteln, durchgeführt werden.

(3) Eine Klassenelternsprecherin oder ein Klassenelternsprecher, deren oder dessen Kind nach Ablauf des ersten Schuljahres einer Wahlperiode der Klasse in der nächsthöheren Klassenstufe nicht mehr angehört, verliert dieses Amt. Das Gleiche gilt für eine Klassenschülersprecherin oder einen Klassenschülersprecher.

Elternsprecherinnen und Elternsprecher einer Klasse oder Unterrichtsgruppe (Kerngruppe) sowie Klassenschülersprecherinnen und Klassenschülersprecher scheiden mit dem Verlust dieses Amtes gleichzeitig aus den Gremien der Schule aus.

Ein gewähltes Mitglied eines Gremiums einer Schule scheidet im Übrigen aus seinem Amt aus, wenn von dem jeweiligen Wahlorgan mit Zweidrittelmehrheit der Wahlberechtigten eine Nachfolgerin oder ein Nachfolger gewählt wird oder wenn die Zugehörigkeit zu der betreffenden Schule endet oder wenn das Amt niedergelegt wird. § 4 Abs. 4 bleibt unberührt. Außer in den Fällen der Wahl einer Nachfolgerin oder eines Nachfolgers tritt an die Stelle des ausscheidenden Mitglieds die betreffende Ersatzvertreterin oder der betreffende Ersatzvertreter.

(4) Ein gewähltes Mitglied einer Schulregionkonferenz scheidet aus seinem Amt aus, wenn von dem jeweiligen Wahlorgan mit Zweidrittelmehrheit der Wahlberechtigten eine Nachfolgerin oder ein Nachfolger gewählt wird oder wenn die Zugehörigkeit zu einer Schule der betreffenden Schulregion endet oder wenn das Amt niedergelegt wird. § 4 Abs. 4 bleibt unberührt. Außer in den Fällen der Wahl einer Nachfolgerin oder eines Nachfolgers tritt an die Stelle des ausscheidenden Mitglieds die betreffende Ersatzvertreterin oder der betreffende Ersatzvertreter.

Für ausscheidende sonstige Mitglieder kann die entsendende oder berufende Stelle jeweils ein neues Mitglied benennen.

(5) Ein gewähltes Mitglied der Landesschulkonferenz scheidet aus seinem Amt aus, wenn von dem jeweiligen Wahlorgan mit Zweidrittelmehrheit der Wahlberechtigten eine Nachfolgerin oder ein Nachfolger gewählt wird oder wenn seine Zugehörigkeit durch Verzicht auf sein Amt oder durch Wegzug aus dem Saarland endet. § 4 Abs. 4 bleibt unberührt. Außer in den Fällen der Wahl einer Nachfolgerin oder eines Nachfolgers tritt an die Stelle des ausscheidenden Mitglieds die betreffende Ersatzvertreterin oder der betreffende Ersatzvertreter.

Für ausscheidende sonstige Mitglieder kann die entsendende oder berufende Stelle jeweils ein neues Mitglied benennen.

(6) Näheres über die Durchführung von Wahlen an der einzelnen Schule regelt jeweils die Schulkonferenz unter Beachtung demokratischer und rechtsstaatlicher Grundsätze.

§ 4

Grundsätze für die Arbeit von Gremien

(1) Die in diesem Gesetz vorgesehenen Gremien werden von ihrer oder ihrem Vorsitzenden unter Einhaltung einer angemessenen Frist und unter Beifügung der Tagesordnung einberufen. Die oder der Vorsitzende hat das Gremium unverzüglich einzuberufen, wenn eine der in ihr vertretenen Gruppen dies einstimmig beantragt. Ebenso sind die Schulregionkonferenz und die Landesschulkonferenz unverzüglich einzuberufen, wenn die Schulaufsichtsbehörde die Einberufung beantragt.

(2) Die Sitzungen der Gremien sind nicht öffentlich. Sachverständige können zu den Sitzungen hinzugezogen werden, soweit das betreffende Gremium dies beschließt. Zu den Sachverständigen im Sinne des Satzes 2 zählen insbesondere die multiprofessionell tätigen Personen gemäß § 2 Absatz 4. Die Sitzungen sollen zeitlich so angesetzt werden, dass insbesondere den berufstätigen Elternvertreterinnen und Elternvertretern die Teilnahme möglich ist.

(3) Die Beratungen unterliegen insoweit der Verschwiegenheit, als es sich um Tatsachen handelt, die ihrer inhaltlichen Bedeutung nach der Geheimhaltung bedürfen. Tatsachen, deren Bekanntgabe ein schutzwürdiges Interesse einzelner oder bestimmter Schülerinnen und Schüler, Erziehungsberechtigter, Lehrkräfte oder anderer Personen verletzen könnte, bedürfen in der Regel der Geheimhaltung. Das Gremium kann darüber hinaus die Geheimhaltungsbedürftigkeit einzelner Beratungsgegenstände feststellen.

(4) Auch Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter, Schülervertreterinnen und Schülervertreter und Elternvertreterinnen und Elternvertreter sowie Sachverständige sind zur Verschwiegenheit nach Absatz 3 verpflichtet. Verstoßen sie gegen ihre Verschwiegenheitspflicht, so können sie durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden zeitweise oder dauernd von der weiteren Teilnahme ausgeschlossen werden. Im Falle des dauernden Ausschlusses einer Schüler- oder Elternvertreterin beziehungsweise eines Schüler- oder Elternvertreters ist ersatzweise die Wahl einer Nachfolgerin oder eines Nachfolgers durchzuführen.

(5) Die in diesem Gesetz vorgesehenen Gremien geben sich eine Geschäftsordnung. Die Landesschulkonferenz gibt sich eine Geschäftsordnung, die der Zustimmung der Schulaufsichtsbehörde bedarf. In den Geschäftsordnungen sollen die Gremien die Nutzung von schriftlichen oder digitalen Besprechungs- und Abstimmungsmöglichkeiten, insbesondere unter Nutzung von Fernkommunikationsmitteln, festlegen.

(6) Beschlussfähigkeit der in diesem Gesetz vorgesehenen Gremien ist gegeben, wenn mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist; bei der Landesschülervertretung und den Landeselternvertretungen genügt die Anwesenheit von fünf stimmberechtigten Mitgliedern. Beschlüsse werden, sofern nichts anderes bestimmt ist, mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme der oder des Vorsitzenden den Ausschlag; dies gilt nicht bei Beschlüssen der Schulkonferenz (§§ 44 ff.).

(7) Der Ausschluss eines Mitgliedes von der beratenden oder entscheidenden Mitwirkung in einem der in diesem Gesetz vorgesehenen Gremien richtet sich nach § 20 des Saarländischen Verwaltungsverfahrensgesetzes.

(8) Die Beratungsergebnisse sind in einer Niederschrift festzuhalten, die von der oder dem Vorsitzenden zu unterzeichnen ist.

Teil II

Lehrkräfte

1. Abschnitt

Aufgabe und Beteiligungsrechte der Lehrkraft

§ 5

Aufgabe der Lehrkraft

(1) Die Lehrkraft unterrichtet, erzieht und fördert die ihr anvertrauten Schülerinnen und Schüler. Sie beurteilt in eigener Verantwortung die Leistungen der Schülerinnen und Schüler im Rahmen der geltenden Vorschriften.

(2) Beschlüsse der in diesem Gesetz vorgesehenen Gremien dürfen die pädagogische Freiheit der unterrichtenden Lehrkräfte nur insoweit einschränken, als es zur Sicherung der Qualität des Unterrichts, zur Vereinheitlichung von Prüfungs- und Bewertungsmaßstäben, zur Umsetzung vielfältiger Formen der Leistungsmessung im Rahmen der geltenden Vorschriften sowie zur Gewährleistung einer schulischen Rückmeldekultur und zur Wahrung der Rechte der Schülerin oder des Schülers erforderlich ist.

§ 6

Beteiligungsrechte der Lehrkraft

(1) Durch Mitbestimmung sowie durch Erfahrungs- und Meinungsaustausch in den Lehrkräftekonferenzen nimmt die Lehrkraft ihre Mitverantwortung für die Leitung der Schule und für die Koordinierung der Unterrichts- und Erziehungsarbeit an der Schule wahr.

(2) Die Mitbestimmung übt die Lehrkraft aus durch stimmberechtigte Teilnahme an den Lehrkräftekonferenzen sowie an der Wahl für den Geschäftsführenden Ausschuss und die Schulkonferenz. Die Lehrkraft nimmt außerdem an der Wahl für den Beratenden Lehrkräfteausschuss teil.

(3) Über den Bereich ihrer Schule hinaus nimmt die Lehrkraft mittelbar an der Wahl für die Schulregionkonferenz und für die Landesschulkonferenz teil. Die sonstigen Beteiligungsrechte der Lehrkraft, insbesondere solche nach dem Personalvertretungsgesetz, bleiben unberührt.

2. Abschnitt

Lehrkräftekonferenzen, Lehrkräfteausschüsse

§ 7

Arten der Lehrkräftekonferenzen und Lehrkräfteausschüsse

(1) Als Lehrkräftekonferenzen kommen nach Maßgabe der folgenden Vorschriften in Betracht:

die Gesamtkonferenz,
die Teilkonferenzen,
die Klassenkonferenzen,
die Jahrgangskonferenzen,
die Fach- und Lernbereichskonferenzen.

(2) Lehrkräfteausschüsse sind als der Gesamtkonferenz zugeordnete Gremien
der Geschäftsführende Ausschuss,
der Beratende Lehrkräfteausschuss,
als der Jahrgangskonferenz zugeordnete Gremien
die Jahrgangsausschüsse,
die Jahrgangsfachausschüsse.

(3) Soweit die Organisationsform oder besondere Aufgaben von Schulen es erfordern, kann die Schulaufsichtsbehörde andere Arten von Lehrkräftekonferenzen oder Lehrkräfteausschüssen vorsehen, die die Konferenzen oder Ausschüsse nach Absatz 1 und 2 ersetzen oder ergänzen.

§ 8

Gesamtkonferenz

(1) An jeder Schule besteht eine Gesamtkonferenz. Sie tritt mindestens drei Mal im Schuljahr, bei Vorhandensein eines Geschäftsführenden Ausschusses mindestens einmal je Schulhalbjahr zusammen. Vorsitzende oder Vorsitzender der Gesamtkonferenz ist die Schulleiterin oder der Schulleiter.

(2) Mitglieder der Gesamtkonferenz sind

- a) die Schulleiterin oder der Schulleiter als Vorsitzende oder Vorsitzender,
- b) alle an der Schule unterrichtenden Lehrkräfte, Lehrhilfskräfte und im Vorbereitungsdienst stehenden Lehrkräfte,
- c) Vertreterinnen und Vertreter der Schülerinnen und Schüler, darunter die Schülersprecherin oder der Schülersprecher der Schule beziehungsweise die Vertretung, und Eltern, darunter die Elternsprecherin oder der Elternsprecher der Schule beziehungsweise die Vertretung, nach Maßgabe des Absatzes 3; Absatz 5 und § 32 Abs. 2 Satz 2 SchoG bleiben unberührt,
- d) alle an der Schule tätigen Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter sowie die Standortleitungen der Freiwilligen Ganztagschulen

Förderschullehrkräfte, die an Regelschulen im Rahmen der Inklusion zur besonderen pädagogischen Unterstützung von Schülerinnen und Schülern tätig sind, sind Mitglieder der Gesamtkonferenz der Schule, an der sie überwiegend eingesetzt sind.

Die Lehrhilfskräfte sind zur Teilnahme an den Sitzungen der Gesamtkonferenz verpflichtet. Die multiprofessionell tätigen Personen können nach § 4 Absatz 2 Satz 2 und 3 auf Beschluss der Gesamtkonferenz beratend hinzugezogen werden.

(3) Beträgt die Zahl der Mitglieder gemäß Absatz 2 Satz 1 Buchst. b mit Ausnahme der in Absatz 2 Satz 3 genannten Personen

- a) bis zu vier, gehört der Gesamtkonferenz als ständige Vertretung der Elternvertretung der Schule die Elternsprecherin oder der Elternsprecher der Schule beziehungsweise die Vertretung an,
- b) fünf bis fünfzehn, gehört der Gesamtkonferenz als ständige Vertretung der Schülersvertretung die Schülersprecherin oder der Schülersprecher der Schule beziehungsweise die Vertretung und als ständige Vertretung der Elternvertretung der Schule die Elternsprecherin oder der Elternsprecher der Schule beziehungsweise die Vertretung an,
- c) sechzehn bis dreißig, gehören der Gesamtkonferenz je zwei ständige Vertreterinnen und Vertreter der Schülersvertretung, von denen einer die Schülersprecherin oder der Schülersprecher der Schule beziehungsweise die Vertretung ist, und der Elternvertretung, von denen einer die Elternsprecherin oder der Elternsprecher der Schule beziehungsweise die Vertretung ist, an,
- d) mehr als dreißig, gehören der Gesamtkonferenz je drei ständige Vertreterinnen und Vertreter der Schülersvertretung, von denen einer die Schülersprecherin oder der Schülersprecher der Schule beziehungsweise die Vertretung ist, und der Elternvertretung der Schule, von denen einer die Elternsprecherin oder der Elternsprecher der Schule beziehungsweise die Vertretung ist, an.

(4) Die Gesamtkonferenz befasst sich mit allen Angelegenheiten, die für die Arbeit der betreffenden Schule von wesentlicher Bedeutung sind. Sie berät und beschließt über die ihr durch besondere Bestimmungen übertragenen Angelegenheiten sowie darüber hinaus im Rahmen der für sie geltenden Vorschriften über die für Unterricht und Erziehung in der Schule erforderlichen Maßnahmen, insbesondere auf folgenden Gebieten:

1. Koordinierung der Arbeitspläne und der Unterrichtsmethoden,
2. Grundsätze zur Sicherung einer einheitlichen Leistungsbewertung und -rückmeldung an der Schule,
3. Aufteilung der zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel,
4. Angelegenheiten der anderen Lehrkräftekonferenzen und der Lehrkräfteausschüsse, wenn diese eine Entscheidung der Gesamtkonferenz beantragen,
5. Ausschluss aus der Förderschule sowie Antrag auf Ausschluss von allen Schulen des Landes mit Ausnahme der Schule für Erziehungshilfe an die Schulaufsichtsbehörde,
6. Vorschläge zur Schulentwicklungsplanung, die die pädagogische, erzieherische, unterrichtliche, organisatorische oder sonstige innere Ausrichtung der Schule betrifft, und Qualitätssicherung an der Schule,
7. Umsetzung der Digitalisierung an der Schule.

Ausgenommen sind Personalangelegenheiten, soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt.

(5) Der Gesamtkonferenz gehören die Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter, die Vertreterinnen und Vertreter der Schülerinnen und Schüler und Eltern gemäß Absatz 2 Satz 1 Buchst. c und d nicht an, soweit sie Vertreterinnen und Vertreter der Lehrkräfte

1. für die stimmberechtigte Teilnahme am Geschäftsführenden Ausschuss und an der Schulkonferenz,
2. für die beratende Teilnahme an Sitzungen der Schülersvertretung (§ 26) und der Elternvertretung (§ 40),
3. für den Beratenden Lehrkräfteausschuss

sowie den Wahlmann der Lehrkräfte für die Wahl der Mitglieder der Schulregionkonferenz wählt.

Sie berät und beschließt in gleicher Zusammensetzung über

- a) Grundsätze der Unterrichtsverteilung sowie der Stunden- und Aufsichtspläne,
- b) Grundsätze der Aufteilung der sich regelmäßig an der Schule ergebenden Sonderaufgaben und der zu gewährenden Anrechnungsstunden auf die Mitglieder des Kollegiums sowie Grundsätze zur Regelung der Vertretung von Lehrkräften im Rahmen der dafür geltenden Bestimmungen,
- c) Inhalte und Konzepte schulinterner Fortbildungen des gesamten Kollegiums.

§ 9

Geschäftsführender Ausschuss

(1) An jeder Schule, deren Gesamtkonferenz mindestens dreißig stimmberechtigte Mitglieder umfasst, kann die Gesamtkonferenz nach Anhörung der Schulkonferenz einen Geschäftsführenden Ausschuss bilden. Der Geschäftsführende Ausschuss tritt bei Bedarf, mindestens aber vier Mal im Jahr zusammen.

(2) Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses sind

1. die Schulleiterin oder der Schulleiter als Vorsitzende oder Vorsitzender,
2. eine Vertreterin oder ein Vertreter der Schulleiterin oder des Schulleiters (§ 22 Abs. 1 SchoG),
3. von der Gesamtkonferenz aus dem Kreis ihrer stimmberechtigten Mitglieder gewählte Lehrkräfte.
4. je eine Vertreterin oder ein Vertreter aus dem Kreis der in § 8 Abs. 2 Satz 1 Buchst. c Genannten, der jeweils von der Schüler- bzw. Elternvertretung der Schule zu bestimmen ist.

Die Zahl der in den Geschäftsführenden Ausschuss zu wählenden Lehrkräfte wird von der Gesamtkonferenz festgesetzt. Wer seine Wahl angenommen hat, ist zur Mitarbeit im Ausschuss verpflichtet.

§ 8 Abs. 5 Satz 2 dieses Gesetzes und § 32 Abs. 2 Satz 2 SchoG gelten entsprechend.

(3) Die übrigen Mitglieder der Gesamtkonferenz können von dem Geschäftsführenden Ausschuss zu seinen Sitzungen mit beratender Stimme hinzugezogen werden.

(4) Der Geschäftsführende Ausschuss nimmt die Aufgaben der Gesamtkonferenz wahr, soweit sich die Gesamtkonferenz nicht bestimmte Aufgaben vorbehält. Die Gesamtkonferenz kann Grundsätze für die Arbeit des Geschäftsführenden Ausschusses beschließen; der Ausschuss ist an diese gebunden.

(5) Der Geschäftsführende Ausschuss ist berechtigt, in Einzelfragen eine Entscheidung der Gesamtkonferenz herbeizuführen.

(6) Der Geschäftsführende Ausschuss berichtet der Gesamtkonferenz regelmäßig über seine Tätigkeit.

§ 10

Beratender Lehrkräfteausschuss

(1) An jeder Schule kann ein Beratender Lehrkräfteausschuss gebildet werden. Über die Bildung eines solchen Ausschusses entscheidet die Gesamtkonferenz.

(2) Dem Beratenden Lehrkräfteausschuss gehören an:

1. eine Vertreterin oder ein Vertreter der Schulleiterin oder des Schulleiters (§ 22 Abs. 1 SchoG),
2. bis zu vier von der Gesamtkonferenz aus dem Kreis ihrer stimmberechtigten Mitglieder gewählte Lehrkräfte.

(3) Die Schulleiterin oder der Schulleiter soll zur Förderung der Schulleitung auf kollegialer Grundlage in wichtigen Angelegenheiten den Rat des Beratenden Lehrkräfteausschusses einholen. Beschlüsse werden nicht gefasst.

(4) Der Beratende Lehrkräfteausschuss berichtet der Gesamtkonferenz regelmäßig über seine Tätigkeit.

§ 11

Teilkonferenzen

(1) Die Gesamtkonferenz kann nach Anhörung der Schulkonferenz die Bildung von Teilkonferenzen nach Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen beschließen. Vorsitzende oder Vorsitzender von Teilkonferenzen ist die Schulleiterin oder der Schulleiter; der Vorsitz kann delegiert werden.

(2) An Schulen mit verschiedenen Schulzweigen kann die Bildung von Teilkonferenzen für die einzelnen Schulzweige beschlossen werden. Diese Konferenzen nehmen die Aufgaben der Gesamtkonferenz wahr, soweit sie allein den jeweiligen Schulzweig betreffen. Für die Zusammensetzung dieser Konferenzen gelten die Vorschriften des § 8 entsprechend.

(3) An Schulen, die verschiedene Schulstufen umfassen, kann die Bildung von Teilkonferenzen für die einzelnen Stufen (Stufenkonferenzen) beschlossen werden. Solche Stufen können sein:

- die Primarstufe,
- die Sekundarstufe I,
- die Sekundarstufe II

(§ 3 Abs. 2 SchoG).

Außerdem können an allen Schulen Stufenkonferenzen für die gemeinsamen Belange mehrerer Klassenstufen gebildet werden.

(4) Mitglieder der Stufenkonferenz sind:

1. mit Stimmrecht und Teilnahmepflicht alle in der Stufe unterrichtenden Lehrkräfte,
2. mit beratender Stimme je zwei Schülervertreterinnen und Schülervertreter sowie Elternvertreterinnen und Elternvertreter, die jeweils von der Stufenvertretung oder, falls eine solche nicht vorhanden ist, von der Schüler- und Elternvertretung der Schule aus ihrer Mitte entsandt werden,
3. mit Stimmrecht
alle in der Stufe tätigen Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter.

Die oder der Vorsitzende der Stufenkonferenz ist auch dann stimmberechtigt, wenn sie oder er nicht in der Stufe unterrichtet. Lehrhilfskräfte können von der Stufenkonferenz zur beratenden Teilnahme an ihren Sitzungen hinzugezogen werden. Die multiprofessionell tätigen Personen können in Anwendung der Regelung des § 4 Absatz 2 Satz 2 und 3 auf Beschluss der Stufenkonferenz beratend hinzugezogen werden.

(5) Die Stufenkonferenz befasst sich mit allen Angelegenheiten, die für die Arbeit der betreffenden Stufe von wesentlicher Bedeutung sind. Sie berät und beschließt über die ihr durch besondere Bestimmungen übertragenen Angelegenheiten sowie darüber hinaus im Rahmen der für sie geltenden Vorschriften über die für Unterricht und Erziehung in der Stufe erforderlichen Maßnahmen.

§ 12

Klassenkonferenzen

(1) An jeder Schule sind, soweit Schülerinnen und Schüler in Klassenverbänden unterrichtet werden, Klassenkonferenzen zu bilden. Vorsitzende oder Vorsitzender der Klassenkonferenz ist die Klassenlehrkraft. Soweit die Klassenkonferenz über Versetzungen, Zeugnisse oder Fragen des Übergangs in andere Schulen berät oder beschließt, hat die Schulleiterin oder der Schulleiter oder eine Vertreterin oder ein Vertreter (§ 22 Abs. 1 SchoG) den Vorsitz zu übernehmen. In Ausnahmefällen kann der Vorsitz delegiert werden.

(2) Mitglieder der Klassenkonferenz sind

1. mit Stimmrecht und Teilnahmepflicht
alle in der Klasse unterrichtenden Lehrkräfte und Lehrhilfskräfte sowie die im Rahmen der Inklusion zur besonderen pädagogischen Unterstützung der Schülerinnen und Schüler in der jeweiligen Klasse tätige Förderschullehrkraft beziehungsweise tätigen Förderschullehrkräfte,
2. mit beratender Stimme
die Klassenelternsprecherin oder der Klassenelternsprecher und deren oder dessen Vertretung sowie ab Klassenstufe 5 die beiden Klassenschülersprecherinnen und Klassenschülersprecher,
3. mit Stimmrecht
eine an der Schule tätige Schulsozialarbeiterin oder ein an der Schule tätiger Schulsozialarbeiter.

Die oder der Vorsitzende der Klassenkonferenz ist auch dann stimmberechtigt, wenn sie oder er nicht in der Klasse unterrichtet. Die multiprofessionell tätigen Personen können in Anwendung der Regelung des § 4 Absatz 2 Satz 2 und 3 auf Beschluss der Klassenkonferenz beratend hinzugezogen werden.

(3) Die Klassenkonferenz befasst sich mit allen Angelegenheiten, die für die Arbeit der betreffenden Klasse von wesentlicher Bedeutung sind. Sie berät und beschließt über die ihr durch besondere Bestimmungen übertragenen Angelegenheiten sowie darüber hinaus im Rahmen der für sie geltenden Vorschriften über die für Unterricht und Erziehung in der Klasse erforderlichen Maßnahmen.

(4) Die Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter, die Klassenschülersprecherinnen und Klassenschülersprecher und die Klassenelternsprecherin oder der Klassenelternsprecher sowie deren Vertreterinnen und Vertreter nehmen an Klassenkonferenzen nicht teil, die sich ausschließlich mit der Beratung über die Notengebung auf den Halbjahreszeugnissen, mit der Versetzung der Schülerinnen und Schüler oder Fragen des Übergangs in andere Schulen befassen oder die der Vorbereitung von Prüfungen dienen. Darüber hinaus nehmen die vorgenannten Personen

an Klassenkonferenzen nicht teil, die sich mit der Gewährung eines Nachteilsausgleichs, einer besonderen pädagogischen Förderung, deren Art, Umfang oder Zeitraum Auswirkungen auf Form und Dauer des Schulbesuchs, auf das Anforderungsniveau oder die Notengebung hat, befassen. § 53 Absatz 1 bleibt unberührt.

§ 13

Jahrgangskonferenzen

(1) Soweit die Schülerinnen und Schüler nicht in Klassenverbänden zusammengefasst sind, werden Konferenzen der einzelnen Klassenstufen (Jahrgangskonferenzen) gebildet. Vorsitzende oder Vorsitzender der Jahrgangskonferenz ist die Schulleiterin oder der Schulleiter. Der Vorsitz kann an eine Vertreterin oder einen Vertreter der Schulleiterin oder des Schulleiters (§ 22 Abs. 1 SchoG) delegiert werden.

(2) Mitglieder der Jahrgangskonferenz sind

1. mit Stimmrecht und Teilnahmepflicht

alle in der Klassenstufe unterrichtenden Lehrkräfte und Lehrhilfskräfte sowie die im Rahmen der Inklusion zur besonderen pädagogischen Unterstützung der Schülerinnen und Schüler in der jeweiligen Klassenstufe tätige Förderschullehrkraft beziehungsweise tätigen Förderschullehrkräfte,

2. mit beratender Stimme

die Stufenschülersprecherin oder der Stufenschülersprecher und die Stufenelternsprecherin oder der Stufenelternsprecher, die den jeweiligen Jahrgang vertreten,

3. mit Stimmrecht

alle in der Klassenstufe tätigen Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter.

Die oder der Vorsitzende der Jahrgangskonferenz ist auch dann stimmberechtigt, wenn sie oder er nicht in der Klassenstufe unterrichtet. Die multiprofessionell tätigen Personen können in Anwendung der Regelung des § 4 Absatz 2 Satz 2 und 3 auf Beschluss der Jahrgangskonferenz beratend hinzugezogen werden.

(3) Die Jahrgangskonferenz befasst sich mit allen Angelegenheiten die für die Arbeit der betreffenden Klassenstufe in ihrer Gesamtheit von wesentlicher Bedeutung sind. Sie berät und beschließt über die ihr durch besondere Bestimmungen übertragenen Angelegenheiten sowie darüber hinaus im Rahmen der für sie geltenden Vorschriften über die für Unterricht und Erziehung in der Klassenstufe erforderlichen Maßnahmen, insbesondere über Grundsätze zur Koordinierung des Unterrichtsangebotes innerhalb der Klassenstufe.

§ 14

Jahrgangsausschüsse, Jahrgangsfachausschüsse

(1) Für Entscheidungen, die lediglich die einzelne Schülerin oder den einzelnen Schüler, insbesondere die schulischen Leistungen oder den weiteren schulischen Bildungsgang betreffen, sind Ausschüsse der jeweiligen Jahrgangskonferenz zu bilden (Jahrgangsausschüsse). Vorsitzende oder Vorsitzender ist die Schulleiterin oder der Schulleiter oder eine Vertreterin oder ein Vertreter (§ 22 Abs. 1 SchoG).

(2) Den Jahrgangsausschüssen gehören mit Stimmrecht und Teilnahmepflicht die Lehrkräfte an, die die betreffende Schülerin oder den betreffenden Schüler zuletzt unterrichtet haben. Die oder der Vorsitzende des Jahrgangsausschusses ist auch dann stimmberechtigt, wenn für sie oder ihn die Voraussetzungen des Satzes 1 nicht vorliegen. Für die Teilnahme von Schülervereinerinnen und Schülervereinerern sowie Elternvereinerinnen und Elternvereinerern gilt § 12 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 und Abs. 4, für die von Lehrhilfskräften § 12 Abs. 2 Satz 3, für die Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter § 12 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 und Absatz 4 entsprechend.

(3) Soweit Entscheidungen über den weiteren Bildungsgang einer Schülerin oder eines Schülers in einem bestimmten Fach zu treffen sind, beraten und beschließen die Mitglieder der Jahrgangskonferenz, die in dem betreffenden Fach unterrichten (Jahrgangsfachausschüsse). Absatz 1 Satz 2 gilt entsprechend.

§ 15

Fach- und Lernbereichskonferenzen

(1) An allen Schulen der Sekundarstufe I und der Sekundarstufe II sind Fach- beziehungsweise Lernbereichskonferenzen zu bilden. An Schulen der Primarstufe sollen Fachkonferenzen in den Fächern Mathematik, Deutsch und Sachunterricht gebildet werden.

(2) Zur Teilnahme an Fach- beziehungsweise Lernbereichskonferenzen sind alle an der Schule tätigen Lehrkräfte verpflichtet, die in dem betreffenden Fach, in der betreffenden Fachrichtung oder in dem betreffenden Lernbereich unterrichten. Lehrkräfte der Schule, die die Lehrbefähigung für das Fach, die Fachrichtung oder den Lernbereich

erworben haben, können an den Fach- beziehungsweise Lernbereichskonferenzen teilnehmen. Beide Gruppen sind stimmberechtigt.

(3) In Fach- und Lernbereichskonferenzen wird die oder der Vorsitzende zu Beginn jedes Schuljahres durch Wahl bestimmt. Kommt keine Wahl zu Stande, hat die Schulleiterin oder der Schulleiter den Vorsitz selbst zu übernehmen, wenn sie oder er die Voraussetzungen des Absatzes 2 erfüllt, oder die zuständige Inhaberin oder den zuständigen Inhaber eines Funktionsamtes mit dem Vorsitz zu beauftragen.

(4) Die Fach- und Lernbereichskonferenzen beraten unter Wahrung der pädagogischen Freiheit der unterrichtenden Lehrkräfte Angelegenheiten, die das einzelne Unterrichtsfach oder den jeweiligen Lernbereich betreffen. Hierzu gehören insbesondere

1. Fragen der Didaktik und Methodik,
2. Art, Umfang, Anzahl und Anforderungsniveau von Leistungsnachweisen im Rahmen der dafür geltenden Vorschriften,
3. Sicherung einer einheitlichen, kriterienorientierten Leistungsbewertung und -rückmeldung,
4. Auswahl der analogen und digitalen Lehr- und Lernmittel im Rahmen der dafür geltenden Vorschriften,
5. Koordinierung der Arbeitspläne für das betreffende Unterrichtsfach oder den betreffenden Lernbereich,
6. Planung fachbezogener Fortbildungen,
7. qualitätssichernde Maßnahmen zur Weiterentwicklung des Fachunterrichts und des Unterrichts im Lernbereich.

In den Fach- und Lernbereichskonferenzen wird regelmäßig über die wissenschaftliche Weiterentwicklung des betreffenden Fachs oder Lernbereichs sowie über die zugehörige Fachliteratur berichtet.

(5) Über die Beratungsergebnisse der Fach- und Lernbereichskonferenzen berichtet, soweit sie über den Bereich der Schule hinaus von Bedeutung sind, die oder der Vorsitzende einmal jährlich der Schulaufsichtsbehörde.

(6) Die Schülervertretung und die Elternvertretung der Schule sind in Bezug auf die in Absatz 4 aufgeführten Themen zu den Sitzungen der Fach- und Lernbereichskonferenzen einzuladen. Sie entsenden je eine Schülerin oder einen Schüler ab Klassenstufe 8 und einen Erziehungsberechtigten zur beratenden Teilnahme an diesen Sitzungen. Ebenso können Förderschullehrkräfte, die an Regelschulen im Rahmen der Inklusion zur besonderen pädagogischen Unterstützung von Schülerinnen und Schülern tätig sind, an den Fachkonferenzen der Schule, an der sie überwiegend eingesetzt sind, beratend teilnehmen.

3. Abschnitt Schulleitung

§ 16

Aufgaben der Schulleiterin oder des Schulleiters

(1) Die Schulleiterin oder der Schulleiter leitet die Schule auf kollegialer Grundlage (§ 10 Abs. 3) nach den geltenden Vorschriften, den Anordnungen der zuständigen Behörde und den Beschlüssen der Gesamtkonferenz sowie der Schulkonferenz gemäß § 47 Abs. 2 Satz 3.

(2) Zu den Aufgaben der Schulleiterin oder des Schulleiters gehören insbesondere

1. die Aufnahme und Entlassung der Schülerinnen und Schüler,
2. die Sorge um die Erfüllung der Schulpflicht,
3. die Pflege eines gedeihlichen Zusammenwirkens der an der Schule Beteiligten,
4. die Aufstellung der Stunden- und Aufsichtspläne, die Verteilung der Klassen und Stunden und die Anordnung von Vertretungen,
5. die Vertretung der Schule gegenüber der Öffentlichkeit und die Pflege ihrer Beziehungen insbesondere zu anderen Bildungseinrichtungen, Elternhaus, Kirchen, Einrichtungen der Jugendhilfe, Berufsausbildungsstätten und der Berufsberatung,
6. die Aufrechterhaltung der Ordnung in der Schule,
7. die Aufsicht über die Schulanlage und das Schulgebäude, die Ausübung des Hausrechts und die Verwaltung und Pflege des Schulvermögens nach Weisung des Schulträgers,
8. die Unterstützung der Arbeit der Gremien bei der Weitergabe von Informationen innerhalb der Schulgemeinschaft, bei der Organisation ihrer Zusammenkünfte sowie durch die Möglichkeit, die schulische Infrastruktur zu nutzen.

(3) Die Schulleiterin oder der Schulleiter hat die pädagogische Aufgabe, auf die Förderung der Unterrichts- und Erziehungsarbeit sowie auf gleiche Bewertungsmaßstäbe an seiner Schule hinzuwirken. Er ist verpflichtet, sich über

die Unterrichts- und Erziehungsarbeit in seiner Schule zu informieren und berechtigt, die übrigen Mitglieder des Kollegiums sowie die der Schule zur Ausbildung Zugewiesenen pädagogisch zu beraten.

(4) In die Unterrichts- und Erziehungsarbeit soll die Schulleiterin oder der Schulleiter nur dann eingreifen, wenn es zur rechtmäßigen, sachgerechten und geordneten Durchführung von Unterricht und Erziehung, insbesondere aus Gründen der Chancengleichheit und zum Ausgleich von Bewertungsunterschieden geboten ist.

(5) In Erfüllung ihrer oder seiner Aufgaben ist die Schulleiterin oder der Schulleiter den Lehrkräften und Lehrhilfskräften der Schule gegenüber weisungsberechtigt. Für den Schulträger führt sie oder er die unmittelbare Aufsicht über die in der Schule tätigen Bediensteten, die nicht Lehrkräfte oder Lehrhilfskräfte sind, und hat ihnen gegenüber die ihrer oder seiner Verantwortung für einen geordneten Schulbetrieb entsprechenden Weisungsbefugnisse.

(6) Die Schulleiterin oder der Schulleiter hat Beschlüsse eines schulischen Gremiums, die nach ihrer oder seiner Auffassung gegen geltende Bestimmungen verstoßen, gegenüber dem Beschlussorgan unverzüglich zu beanstanden. Die Beanstandung hat aufschiebende Wirkung und ist innerhalb von zwei Wochen schriftlich zu begründen. Hilft das Gremium der Beanstandung nicht in der nächsten Sitzung ab, so hat die Schulleiterin oder der Schulleiter eine Entscheidung der Schulaufsichtsbehörde herbeizuführen.

§ 17

Stellenausschreibung

Jede freie Stelle einer Schulleiterin oder eines Schulleiters oder einer ständigen Vertreterin oder eines ständigen Vertreters ist auszuschreiben. Dies gilt nicht im Falle der Besetzung mit einer Lehrkraft, die bereits ein der Wertigkeit der Stelle entsprechendes Amt innehat.

§ 18 SchumG

(weggefallen)

§ 19 SchumG

(weggefallen)

Teil III

Schülerinnen und Schüler

1. Abschnitt

Beteiligung der Schülerin oder des Schülers

§ 20

Arten der Beteiligung

(1) Die Schülerinnen und Schüler haben das Recht, nach Maßgabe dieses Gesetzes bei der Arbeit ihrer Schule zur Erfüllung der Unterrichts- und Erziehungsaufgabe mitzuwirken und mitzubestimmen und in diesem Rahmen ihre Interessen wahrzunehmen. Inhalt und Formen der Mitwirkung und Mitbestimmung sollen dem Alter der Schülerinnen und Schüler entsprechend abgestuft werden.

(2) Die der Schülerin oder dem Schüler unmittelbar zustehenden Beteiligungsrechte kann sie oder er teils allein, teils im Zusammenhang der Klasse oder Unterrichtsgruppe als deren Mitglied geltend machen. Ab Klassenstufe 1 der Grund- und Förderschulen kann, ab Klassenstufe 3 der Grund- und Förderschulen und in allen weiterführenden allgemeinbildenden Schulen in der Sekundarstufe I soll in regelmäßigen Abständen ein Klassenrat stattfinden; dies gilt ebenso für vergleichbare Lerngruppen im Förderschwerpunkt geistige Entwicklung. Der Klassenrat fördert demokratisches Miteinander und Partizipation in der Institution Schule. Im Klassenrat beraten, diskutieren und entscheiden die Schülerinnen und Schüler einer Klasse oder einer Unterrichtsgruppe über selbst gewählte Themen, wie zum Beispiel über die Gestaltung und Organisation des Lernens und Zusammenlebens in Klasse oder Unterrichtsgruppe und Schule, über aktuelle Probleme und Konflikte, über gemeinsame Planungen und Aktivitäten. Die Moderation liegt orientiert am Entwicklungsstand der Schülerinnen und Schüler in Schülerhand.

(3) Durch Informations- und Meinungsaustausch in der Schülerversammlung sowie durch stimmberechtigte Teilnahme an der Wahl von Schülervertreterinnen und Schülervertretern und mittelbar durch deren Teilnahme an Beratungen und Entscheidungen schulischer Gremien ist die Schülerin oder der Schüler an der Gestaltung der Unterrichts- und Erziehungsarbeit der Schule beteiligt.

(4) Über den Bereich der Schule hinaus nimmt die Schülerin oder der Schüler mittelbar an der Wahl für die Schulregionkonferenz und die Landesschulkonferenz teil.

§ 21

Unmittelbare Beteiligung der Schülerin oder des Schülers

(1) Die Schülerinnen und Schüler sind ihrem Alter entsprechend über die Unterrichtsplanung ihrer Lehrkräfte zu informieren und im Rahmen der für Unterricht und Erziehung geltenden Bestimmungen an der Planung und Gestaltung des Unterrichts zu beteiligen. In Fragen der Auswahl des Lehrstoffes, der Bildung von Schwerpunkten, der Reihenfolge einzelner Themen und der Anwendung bestimmter Unterrichtsformen ist den Schülerinnen und Schülern Gelegenheit zu Vorschlägen und Aussprachen zu geben. Soweit Vorschläge keine Berücksichtigung finden, sind den Schülerinnen und Schülern die Gründe dafür zu nennen.

(2) Der Schülerin oder dem Schüler soll regelmäßig eine Rückmeldung zur Lern- und Persönlichkeitsentwicklung im Zusammenhang mit der Leistung im Unterricht im Rahmen der geltenden Vorschriften gegeben werden. Der Schülerin oder dem Schüler sind die Bewertungsmaßstäbe für die Notengebung und für sonstige Beurteilungen zu erläutern. Auf Anfrage sind ihr oder ihm auch ihr oder sein Leistungsstand mitzuteilen sowie einzelne Beurteilungen zu erläutern. Den Schülerinnen und Schülern ist auf Antrag nach Beendigung der Prüfung Einsicht in die schriftlichen Prüfungsarbeiten zu gewähren.

(3) Die Beteiligung nach Absatz 1 und 2 findet in der Regel während der Unterrichtszeit statt; sie muss sich nach den pädagogischen und zeitlichen Erfordernissen des Unterrichts richten.

(4) Jede Schülerin oder jeder Schüler ist zu hören, bevor über eine sie oder ihn betreffende Ordnungsmaßnahme entschieden wird. Sie oder er kann hierfür eine Schülerin oder einen Schüler oder eine Lehrkraft ihres oder seines Vertrauens als Beistand hinzuziehen.

§ 22

Teilnahme an schulischen Veranstaltungen

(1) Jede Schülerin und jeder Schüler ist verpflichtet, am verbindlichen Unterricht und an den übrigen verbindlichen Veranstaltungen der Schule regelmäßig teilzunehmen, im Unterricht mitzuarbeiten, die ihr oder ihm im Rahmen der schulischen Ausbildung gestellten Aufgaben auszuführen und die Regeln des Zusammenlebens in der Schule einzuhalten.

(2) Bei alternativen Unterrichtsangeboten kann die Schülerin oder der Schüler selbst entscheiden, an welchem Unterricht er teilnimmt. Bei freiwilligen Unterrichtsveranstaltungen entscheidet die Schülerin oder der Schüler selbst über die Teilnahme; hat sie oder er sich für eine solche Veranstaltung entschieden, so besteht für deren Dauer die Verpflichtung zur regelmäßigen Teilnahme. Die Rechte der Erziehungsberechtigten bleiben unberührt (§ 36 Abs. 3).

(3) Vor der Bildung von Schwerpunktkursen innerhalb von Unterrichtsfächern sowie vor der Einrichtung von freiwilligen Arbeits- und Interessengemeinschaften sind die interessierten Schülerinnen und Schüler zu hören und ihre Vorschläge unter Beachtung der Rahmenpläne für Unterricht und Erziehung sowie der schulorganisatorischen Möglichkeiten zu berücksichtigen.

(4) Unbeschadet der Vorschriften über die Schulpflicht muss der Schule ein Fernbleiben schriftlich oder mittels digitalem Dokument in einer von der Schulaufsichtsbehörde bereitgestellten oder zugelassenen geschützten elektronischen Umgebung mitgeteilt und begründet werden (Entschuldigungspflicht). Entschuldigungspflichtig sind bei nicht volljährigen Schülerinnen und Schülern die Erziehungsberechtigten, soweit nicht für Schülerinnen und Schüler von Berufsschulen anderes bestimmt ist. Die Schulkonferenz kann widerruflich beschließen, dass Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II (ab Klassenstufe 11) sich selbst an Stelle der Erziehungsberechtigten schriftlich oder mittels digitalem Dokument in einer von der Schulaufsichtsbehörde bereitgestellten oder zugelassenen geschützten elektronischen Umgebung entschuldigen können; das Recht und die Pflicht der Schule zu prüfen, ob das Unterrichtsversäumnis zureichend begründet ist, bleibt unberührt.

§ 23

Schülerversammlung

(1) Die Versammlung der Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I und der Sekundarstufe II einer Schule (Schülerversammlung) kann während der Unterrichtszeit an allgemeinbildenden Schulen mindestens zweimal und im Bereich der beruflichen Schulen bis zu drei Mal im Schuljahr für je zwei Unterrichtsstunden von der Schülervertretung einberufen werden. Die Termine sind im Einvernehmen mit der Schulleiterin oder dem Schulleiter festzulegen. Vorsitzende oder Vorsitzender der Schülerversammlung ist die Schülersprecherin oder der Schülersprecher.

(2) In der Schülerversammlung berichtet die Schülervertretung über ihre Arbeit. Die Schülerversammlung dient der Information und dem Meinungsaustausch. Sie bereitet die Meinungsbildung der Schülervertretung vor; die Schülerversammlung kann insoweit keine die Schülervertretung bindenden Beschlüsse fassen.

(3) Bei Schulen mit mehr als fünfhundert Schülerinnen und Schülern treten an die Stelle der Schülerversammlung der Schule die Schülerversammlungen der Schulstufen (§ 11 Abs. 3). Bei Schulen mit verschiedenen Schulzweigen können an die Stelle der Schülerversammlung der Schule die Schülerversammlungen der Schulzweige treten.

(4) An Schülerversammlungen können die Lehrkräfte und die Elternvertreterinnen und Elternvertreter der Schule als Gäste teilnehmen.

2. Abschnitt

Schülervertretung

§ 24

Aufgaben der Schülervertretung

Die Schülervertretung dient der Vertretung von Interessen der Schülerinnen und Schüler in der Schule, der Beteiligung an den schulischen Gremien sowie der Durchführung übertragener und selbstgewählter Aufgaben im Rahmen der Unterrichts- und Erziehungsaufgabe der Schule. Sie ist an der Planung von Einzelveranstaltungen der Schule, die der Erweiterung des Unterrichtsangebotes dienen, zu beteiligen und hat das Recht, die Einrichtung von Arbeitsgemeinschaften bei der Schulleitung zu beantragen. Sie besitzt kein politisches Mandat. Die Schülervertretung ist im Rahmen der Prozesse der Schulentwicklungsplanung, die die pädagogische, erzieherische, unterrichtliche, organisatorische oder sonstige innere Ausrichtung der Schule betrifft, zu beteiligen. Sie soll mit der Schulleitung, den Lehrkräften und der Elternvertretung bei der Erfüllung des Unterrichts- und Erziehungsauftrages der Schule zusammenwirken. Über die Entscheidungen der einzelnen Konferenzen informiert die Schülervertretung die Schülerinnen und Schüler.

§ 25

Schülervertreterinnen und Schülervertreter

(1) Als Schülervertreterinnen und Schülervertreter kommen alle Schülerinnen und Schüler der Schule in Betracht.

(2) Schülervertreterinnen und Schülervertreter dürfen unbeschadet ihrer Verantwortung für eigenes Handeln wegen ihrer Funktion weder bevorzugt noch benachteiligt werden. Sie sind bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben nur an die geltenden Vorschriften, nicht jedoch an Aufträge und Weisungen gebunden. Auf Antrag ist die Tätigkeit als Vertretung für Schülerinnen und Schüler im Zeugnis zu vermerken. Wegen einer Tätigkeit als Vertretung für Schülerinnen und Schüler entschuldigte Fehlzeiten im Unterricht werden im Zeugnis nicht vermerkt.

§ 26

Gremien der Schülervertretung

(1) Gremien der Schülervertretung sind die Schülervertretungen der Schule (Schülervertretung), die Teilschülervertretungen (Schulstufen, Schulzweige) und die Landesschülervertretung (§ 65).

(2) Jedes Gremium der Schülervertretung kann zur Behandlung einzelner Fragen und zur Ausarbeitung von Vorschlägen für seine Beratung und Beschlussfassung Arbeitsausschüsse bilden. Das Gremium entscheidet dabei über die Heranziehung auch von solchen Schülerinnen und Schülern der Schule, die ihm nicht angehören.

(3) Die Gremien der Schülervertretung können während der Unterrichtszeit im Monat bis zu zwei Unterrichtsstunden zusammentreten. Die Termine sind im Einvernehmen mit der Schulleiterin oder dem Schulleiter festzulegen. Die Schülervertretung wird von der Schülersprecherin oder dem Schülersprecher der Schule einberufen. Auf Verlangen der Schulleitung oder eines Viertels der Mitglieder der Schülervertretung muss innerhalb von zwei Wochen eine Sitzung der Schülervertretung stattfinden; dies gilt nicht für den Bereich der beruflichen Schulen.

§ 27

Wahl der Schülervertreterinnen und Schülervertreter

(1) Die Schülervertreterinnen und Schülervertreter werden ab Sekundarstufe I jeweils von den Schülerinnen und Schülern, die durch sie vertreten werden sollen, aus der Mitte der Wahlberechtigten gewählt. Die Wahlen der Schülervertreterinnen und Schülervertreter sind jeweils in den einzelnen Klassen oder Unterrichtsgruppen (Kerngruppen) im Bereich der allgemeinbildenden Schulen möglichst an einem gemeinsamen Tag in der gesamten Schule durchzuführen.

(2) Für jede Klasse oder Unterrichtsgruppe (Kerngruppe) werden zwei Schülersprecherinnen und Schülersprecher für jeweils ein Schuljahr gewählt, die sich in der Wahrnehmung des Amtes eng abstimmen.

(3) Die Schülersprecherinnen und Schülersprecher der Unterrichtsgruppen (Kerngruppen) wählen für jeweils ein Schuljahr bis zu vier Stufenschülersprecherinnen und Stufenschülersprecher für die Unterstufe (Klassenstufen 5 -

7), die Mittelstufe (Klassenstufen 8 - 10) und die Oberstufe (Klassenstufen 11 - 12/13) aus der Mitte der Schülerinnen und Schüler ihrer jeweiligen Stufe.

(4) Die Schülervertretung wählt aus der Mitte der Schülerinnen und Schüler der Schule eine Delegierte oder einen Delegierten sowie deren oder dessen Stellvertretung für die Landesschülervertretung.

§ 28

Bildung der Schülervertretung

(1) Im allgemeinbildenden Bereich soll an allen Schulen der Sekundarstufe I und der Sekundarstufe II eine Schülervertretung gebildet werden. Im Bereich der beruflichen Schulen kann an allen Schulen eine Schülervertretung gebildet werden.

(2) Der Schülervertretung gehören die Schülersprecherinnen und Schülersprecher aller Klassen oder Unterrichtsrgruppen (Kerngruppen) und die gewählten Delegierten für die Landesschülervertretung an; die Schülervertretung kann aus der Mitte der Schülerinnen und Schüler der Schule eine Kassenwartin oder einen Kassenwart hinzuwählen.

§ 29

Bildung von Teilschülervertretungen

(1) Die Schülervertretung (§ 28) soll die Bildung von Teilschülervertretungen beschließen, der jeweils die Schülersprecherinnen und Schülersprecher der Klassen oder Unterrichtsrgruppen (Kerngruppen) der entsprechenden Stufe angehören. Die Stufenschülervertretung wählt aus ihrer Mitte ihre Vorsitzende oder ihren Vorsitzenden und deren oder dessen Stellvertretung. An Schulen, an denen gemäß § 11 Stufenkonferenzen eingerichtet sind, muss bei der Bildung der Stufenschülervertretungen von denselben Stufen ausgegangen werden.

(2) Bei Schulen mit verschiedenen Schulzweigen kann die Schülervertretung (§ 28) Teilschülervertretungen der einzelnen Schulzweige beschließen. Absatz 1 Satz 2 findet Anwendung.

§ 30

Beratende Teilnahme

(1) An Sitzungen der Schülervertretung sollen ein Mitglied der Schulleitung sowie je zwei ständige Vertreterinnen und Vertreter der Gesamtkonferenz und der Elternvertretung (§ 41) mit beratender Stimme teilnehmen, sofern sie hierzu eingeladen werden.

(2) An Sitzungen der Teilschülervertretung können die Schulleiterin oder der Schulleiter sowie je zwei Vertreterinnen und Vertreter der Lehrkräfte und der Eltern, die jeweils von der Teilkonferenz (§ 11) und der Teilelternvertretung (§ 42) oder, falls diese nicht vorhanden sind, von der Gesamtkonferenz und der Elternvertretung gewählt werden, mit beratender Stimme teilnehmen.

§ 31

Verbindungslehrkräfte

Die Schülervertretung soll mindestens zwei Lehrkräfte der Schule mit deren Einverständnis zu Verbindungslehrkräften wählen. Diese Lehrkräfte haben das Recht, an den Sitzungen aller Gremien der Schülervertretung und an Schülerversammlungen beratend teilzunehmen.

§ 32 Schülersprecherin oder Schülersprecher der Schule

In den weiterführenden Schulen im allgemeinbildenden Bereich werden die Schülersprecherin oder der Schülersprecher der Schule sowie zwei Stellvertreterinnen und Stellvertreter von allen Schülerinnen und Schülern aus deren Mitte direkt gewählt; in Förderschulen werden die Schülersprecherin oder der Schülersprecher der Schule sowie mindestens eine Stellvertreterin oder ein Stellvertreter von allen Schülerinnen und Schülern ab der Klassenstufe 3 oder einer vergleichbaren Lerngruppe im Förderschwerpunkt geistige Entwicklung aus deren Mitte direkt gewählt. Im Bereich der beruflichen Schulen werden die Schülersprecherin oder der Schülersprecher der Schule sowie mindestens eine Stellvertreterin oder ein Stellvertreter von allen Schülerinnen und Schülern aus deren Mitte gewählt. Die Schülersprecherin oder der Schülersprecher an den weiterführenden Schulen ist Vorsitzende oder Vorsitzender der Schülervertretung und Mitglied der Gesamt- und Schulkonferenz. In den Grundschulen werden die Schülersprecherin oder der Schülersprecher der Schule sowie zwei Stellvertreterinnen oder Stellvertreter von allen Schülerinnen und Schülern der Klassenstufen 3 und 4 aus deren Mitte direkt gewählt. Im Bereich der Grundschule soll die Schülersprecherin oder der Schülersprecher der Schule beziehungsweise die Vertretung von der Schulleitung zu schülerrelevanten Themen gehört werden.

§ 33

Veranstaltungen der Schülervertretung

(1) Veranstaltungen der Schülervertretung, die im Einvernehmen mit der Schulleiterin oder dem Schulleiter auf dem Schulgelände stattfinden, gelten als Veranstaltungen der Schule. Sie dürfen nicht gegen Rechtsvorschriften verstoßen oder aus anderen Gründen den Erziehungsauftrag der Schule (§ 1 SchoG) oder die Wahrnehmung ihrer Fürsorgepflicht gegenüber den Schülerinnen und Schülern gefährden. Ausnahmsweise können Veranstaltungen der Schülervertretung, die außerhalb des Schulgeländes stattfinden, von der Schulleiterin oder dem Schulleiter im Einvernehmen mit der Schulkonferenz zu Veranstaltungen der Schule erklärt werden.

(2) Art und Umfang der Aufsicht der Schule bei Veranstaltungen der Schülervertretung sind im Interesse einer Erziehung zu eigenverantwortlichem Handeln unter Berücksichtigung von Alter und Reife der teilnehmenden Schülerinnen und Schüler abzustufen. Bei Veranstaltungen im Sinne des Absatzes 1 Satz 3 kann von einer Aufsicht der Schule abgesehen werden.

§ 34

Geldmittel der Schülervertretung

(1) Den Schülervertreterinnen und Schülervertretern und den Gremien der Schülervertretung sind der zur Durchführung ihrer Aufgaben notwendige Geschäftsbedarf sowie die erforderlichen bürotechnischen Hilfsmittel vom Schulträger zur Verfügung zu stellen. Für die Landesschülervertretung gilt § 64 Abs. 1 entsprechend; den Mitgliedern der Landesschülervertretung ist eine Fahrkostenentschädigung entsprechend dem Gesetz Nr. 774 über die Entschädigung der Mitglieder von Kommissionen und Ausschüssen vom 5. Dezember 1962 in der jeweils geltenden Fassung für die Teilnahme an den Sitzungen der Landesschülervertretung im Saarland zu gewähren.

(2) Die sonstigen Kosten der Schülervertretung der einzelnen Schule werden durch Pflichtzuweisungen des Schulträgers pro Schülerin oder Schüler der Sekundarstufe I und der Sekundarstufe II und pro Schuljahr gedeckt. Die Höhe der pro Schülerin oder Schüler vom Schulträger zu leistenden Pflichtzuweisung wird durch Rechtsverordnung der Schulaufsichtsbehörde im Einvernehmen mit dem Ministerium für Inneres und Sport und dem Ministerium der Finanzen festgesetzt. Stichtag für die Feststellung der Schülerzahl ist der 1. Dezember des vorangegangenen Jahres. Die Pflichtzuweisungen des Schulträgers sind Sachkosten im Sinne von § 44 SchoG.

Darüber hinaus können Kosten der Schülervertretung der einzelnen Schule auch durch freiwillige Beiträge der Schülerinnen und Schüler und Erziehungsberechtigten, durch Spenden von Vereinigungen ehemaliger Schülerinnen und Schüler sowie durch Spenden der Schulvereine oder öffentlich-rechtlicher Körperschaften gedeckt werden.

(3) Die der Schülervertretung zur Verfügung gestellten Geldmittel dürfen nur für Zwecke der Schülervertretung und der Schülerschaft verwendet werden.

(4) Die Verwaltung und Führung der Kasse obliegt der oder dem von der Schülervertretung zu wählenden Kassensparten oder Kassensparten. Über Einnahmen und Ausgaben ist Buch zu führen.

(5) Die Kassengeschäfte sind über ein Bank- oder Sparkassenkonto abzuwickeln, das auf den Namen einer geschäftsfähigen Person einzurichten ist. Alle Zahlungsgeschäfte sind über dieses Konto abzuwickeln.

(6) Die Kassenführung wird jährlich von mindestens zwei durch die Schülervertretung gewählten Kassenspartenprüferinnen und Kassenspartenprüfern geprüft.

Teil IV

Erziehungsberechtigte

1. Abschnitt

Beteiligung der Erziehungsberechtigten

§ 35

Arten der Beteiligung

(1) Die Erziehungsberechtigten der Schülerinnen und Schüler haben das Recht, nach Maßgabe dieses Gesetzes bei der Arbeit der von ihren Kindern besuchten Schule zur Erfüllung der Unterrichts- und Erziehungsaufgabe mitzuwirken und mitzubestimmen und in diesem Rahmen ihr Erziehungsinteresse wahrzunehmen.

(2) Die den Erziehungsberechtigten unmittelbar zustehenden Beteiligungsrechte können sie teils allein, teils im Rahmen der Klassenelternversammlung oder der Elternversammlung der Unterrichtsgruppe (Kerngruppe) geltend machen.

(3) Durch Informations- und Meinungsaustausch in den Elternversammlungen sowie durch stimmberechtigte Teilnahme an der Wahl von Elternvertreterinnen und Elternvertretern und mittelbar durch deren Teilnahme an Beratungen und Entscheidungen schulischer Gremien sind die Erziehungsberechtigten an der Gestaltung der Unterrichts- und Erziehungsarbeit der Schule beteiligt.

(4) Über den Bereich der von ihren Kindern besuchten Schule hinaus nehmen die Erziehungsberechtigten mittelbar an der Wahl für die Schulregionkonferenz und die Landesschulkonferenz teil.

§ 36

Unmittelbare Beteiligung der Erziehungsberechtigten

(1) Die Erziehungsberechtigten sind von den Lehrkräften über Planung und Gestaltung des Unterrichts sowie über die Bewertungsmaßstäbe für die Notengebung und für sonstige Beurteilungen zu informieren. Vor allem in der Primarstufe, aber auch in der Sekundarstufe I sind die Erziehungsberechtigten darüber hinaus im Rahmen der für Unterricht und Erziehung geltenden Bestimmungen an der Unterrichtsplanung zu beteiligen. Dabei ist ihnen in Fragen der Auswahl des Lehrstoffes, der Bildung von Schwerpunkten und der Anwendung bestimmter Unterrichtsformen Gelegenheit zu Vorschlägen und Aussprachen zu geben. Informationen und Aussprachen gemäß Satz 1 und 3 finden im Rahmen der Klassenelternversammlung oder der Elternversammlungen der Unterrichtsgruppe (Kerngruppe) statt.

(2) Auf Anfrage sind den Erziehungsberechtigten der Leistungsstand ihres Kindes mitzuteilen sowie einzelne Beurteilungen zu erläutern. Ferner soll ihnen unter Berücksichtigung der pädagogischen Situation der Klasse und im Einvernehmen mit der Lehrkraft Gelegenheit zu Unterrichtsbesuchen gegeben werden.

(3) Den Erziehungsberechtigten obliegt für ihre Kinder die Auswahl bei alternativen Unterrichtsangeboten, soweit dieses Recht nicht von den Schülerinnen und Schülern selbst wahrgenommen wird (vgl. § 22 Abs. 2).

§ 37

Elternversammlung

(1) Die Erziehungsberechtigten der Schülerinnen und Schüler einer Klasse bilden die Klassenelternversammlung. Soweit keine Klassenverbände bestehen, treten Elternversammlungen der Unterrichtsgruppen (Kerngruppen) an die Stelle der Klassenelternversammlungen.

(2) Die Erziehungsberechtigten der Schülerinnen und Schüler einer Schule bilden die Schulelternversammlung. In der Schulelternversammlung berichtet die Elternvertretung über ihre Arbeit. Die Schulelternversammlung dient der Information und dem Meinungsaustausch. Sie bereitet die Meinungsbildung der Elternvertretung vor; sie kann insoweit keine die Elternvertretung bindenden Beschlüsse fassen. Die Elternsprecherinnen und Elternsprecher der Schulen können nach Absprache mit der Schulleitung mindestens eine Schulelternversammlung im Schuljahr unter ihrem Vorsitz einberufen.

(3) Bei Schulen mit mehr als fünfhundert Schülerinnen und Schülern können an die Stelle der Schulelternversammlung die Elternversammlungen der Schulstufen (§ 11 Abs. 3), bei Schulen mit verschiedenen Schulzweigen die Elternversammlungen der Schulzweige treten.

(4) Vorsitzende oder Vorsitzender einer Elternversammlung ist die jeweilige Elternsprecherin oder der jeweilige Elternsprecher.

(5) Klassenelternversammlungen sind im Einvernehmen mit der Klassenlehrkraft, Elternversammlungen der Unterrichtsgruppen (Kerngruppen) im Einvernehmen mit der Jahrgangsleiterin oder dem Jahrgangsleiter, sonstige Elternversammlungen im Einvernehmen mit der Schulleiterin oder dem Schulleiter einzuberufen.

(6) Für die Elternversammlungen ist im Schulgebäude der notwendige Raum zur Verfügung zu stellen.

(7) An Klassenelternversammlungen oder Elternversammlungen der Unterrichtsgruppen (Kerngruppen) sollen die Lehrkräfte und die Schülervertreterinnen und Schülervertreter der Klasse oder Unterrichtsgruppe (Kerngruppe) als Gäste teilnehmen, sofern sie hierzu durch die Klassenelternsprecherin oder den Klassenelternsprecher in Absprache mit der Klassenlehrkraft eingeladen werden; die Klassenlehrkraft oder die Jahrgangsleiterin oder der Jahrgangsleiter oder eine von der Schulleiterin oder dem Schulleiter im Benehmen mit den Erstgenannten bestimmte Lehrkraft ist zur Teilnahme verpflichtet. Klassenelternversammlungen oder Elternversammlungen der Unterrichtsgruppen (Kerngruppen) sind mindestens einmal im Schulhalbjahr abzuhalten; ein Viertel der Eltern kann die Einberufung einer Klassenelternversammlung oder Elternversammlungen der Unterrichtsgruppen (Kerngruppen) verlangen. An der Schulelternversammlung können alle Lehrkräfte und Schülervertreterinnen und Schülervertreter der Schule als Gäste teilnehmen; die Schulleiterin oder der Schulleiter oder die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter ist zur Teilnahme verpflichtet.

(8) Ist eine Jahrgangsleiterin oder ein Jahrgangsleiter nicht bestellt, so tritt an deren oder dessen Stelle die Schulleiterin oder der Schulleiter oder die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter.

2. Abschnitt

Elternvertretung

§ 38

Aufgaben der Elternvertretung

Die Elternvertretung dient der Vertretung von Erziehungsinteressen der Erziehungsberechtigten in der von ihren Kindern besuchten Schule und der Beteiligung an den schulischen Gremien. Sie ist an der Planung von Veranstaltungen der Schule, die der Erweiterung des Unterrichtsangebotes dienen, zu beteiligen und aktiv in die Prozesse der Schulentwicklungsplanung, die die pädagogische, erzieherische, unterrichtliche, organisatorische oder sonstige innere Ausrichtung der Schule betrifft, einzubinden. Sie kann im Einvernehmen mit der Schulkonferenz zur ergänzenden pädagogischen Förderung der Schülerinnen und Schüler Veranstaltungen außerhalb des Unterrichts in eigener Verantwortung einrichten. Die Elternvertretung soll die Erziehungsberechtigten über Entscheidungen der einzelnen Konferenzen informieren und mit der Schulleitung, den Lehrkräften und der Schülervertretung bei der Erfüllung des Unterrichts- und Erziehungsauftrages der Schule zusammenwirken.

§ 39

Elternvertreterinnen und Elternvertreter

- (1) Die Erziehungsberechtigten einer Klasse wählen aus ihrer Mitte die Klassenelternsprecherin oder den Klassenelternsprecher sowie deren oder dessen Vertretung.
- (2) Soweit keine Klassenverbände bestehen, wählen die Erziehungsberechtigten einer Unterrichtsgruppe (Kerngruppe) aus ihrer Mitte die Elternsprecherin oder den Elternsprecher sowie deren oder dessen Vertretung der Unterrichtsgruppe (Kerngruppe).
- (3) Die Elternsprecherinnen und Elternsprecher der Unterrichtsgruppen (Kerngruppen) wählen für jeweils ein Schuljahr bis zu vier Stufenelternsprecherinnen und Stufenelternsprecher für die Unterstufe (Klassenstufen 5 - 7), die Mittelstufe (Klassenstufen 8 - 10) und die Oberstufe (Klassenstufen 11 - 12/13) aus der Mitte der Eltern ihrer jeweiligen Stufe.
- (4) Die Elternvertretung wählt aus der Mitte der Eltern der Schule eine Delegierte oder einen Delegierten sowie deren oder dessen Stellvertretung für die Landeselternvertretung.
- (5) Bei Wahlen und Abstimmungen in den Elternversammlungen der Klasse oder Unterrichtsgruppe (Kerngruppe) haben die Erziehungsberechtigten zwei Stimmen, auch wenn nur eine erziehungsberechtigte Person anwesend oder vorhanden ist. Die Zahl der Kinder ist unerheblich. Eine Aufteilung der Stimmen ist zulässig, wenn zwei Elternteile anwesend sind.
- (6) Elternvertreterinnen und Elternvertreter üben ihre Funktion ehrenamtlich aus. Sie sind bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben nur an die geltenden Vorschriften, nicht jedoch an Aufträge und Weisungen gebunden und für ihr Handeln selbst verantwortlich.

§ 40

Gremien der Elternvertretung

- (1) Gremien der Elternvertretung sind die Elternvertretung der Schule (Elternvertretung), die Teilelternvertretungen (§ 42), die Schulregionselternvertretung der Grundschulen (§ 64a), die Landeselternvertretungen (§ 65) und die Gesamtlandeselternvertretung (§ 66a).
- (2) Für Sitzungen der Gremien der Elternvertretung ist im Schulgebäude der notwendige Raum zu überlassen. Den Elternvertreterinnen und Elternvertretern und den Gremien der Elternvertretungen sind der zur Durchführung ihrer Aufgaben notwendige Geschäftsbedarf sowie die erforderlichen bürotechnischen Hilfsmittel vom Schulträger zur Verfügung zu stellen.
- (3) Für Sitzungen der Landeselternvertretungen und der Gesamtlandeselternvertretung gilt § 64 entsprechend.

§ 41 Zusammensetzung der Elternvertretung, Elternsprecherinnen und Elternsprecher

- (1) Die Elternvertretung setzt sich aus den gewählten Klassenelternsprecherinnen und Klassenelternsprechern, den Elternsprecherinnen und Elternsprechern der Unterrichtsgruppen (Kerngruppen), in der Grundschule den Delegierten für die Schulregionselternvertretung und ab Sekundarstufe I den Delegierten für die Landeselternvertretung zusammen.
- (2) Die Elternvertretung wählt aus der Mitte der Erziehungsberechtigten der Schule ihre Vorsitzende oder ihren Vorsitzenden (Elternsprecherin oder Elternsprecher) und zwei Stellvertretungen im allgemeinbildenden Bereich beziehungsweise mindestens eine Stellvertretung im Bereich der beruflichen Schulen.
- (3) Die Elternsprecherin oder der Elternsprecher ist Mitglied der Gesamt- sowie der Schulkonferenz.

§ 42

Bildung von Teilelternvertretungen

(1) Die Elternvertretung (§ 41) kann die Bildung von Teilelternvertretungen beschließen, der jeweils die Elternsprecherinnen und Elternsprecher der Klassen oder Unterrichtsgruppen (Kerngruppen) der entsprechenden Stufe angehören. Die Stufenelternvertretung wählt aus ihrer Mitte ihre Vorsitzende oder ihren Vorsitzenden und deren oder dessen Stellvertretung. An Schulen, an denen gemäß § 11 Stufenkonferenzen eingerichtet sind, muss bei der Bildung der Stufenelternvertretungen von denselben Stufen ausgegangen werden.

(2) Bei Schulen mit verschiedenen Schulzweigen kann die Elternvertretung (§ 41) Teilelternvertretungen der einzelnen Schulzweige beschließen. Absatz 1 Satz 2 findet Anwendung.

§ 43

Teilnahme von Lehrkräfte- und Schülervertreterinnen und -vertretern

(1) An Sitzungen der Elternvertretung (§ 41) sollen die Schulleiterin oder der Schulleiter sowie je zwei Vertreterinnen und Vertreter der Gesamtkonferenz und der Schülervertretung (§ 28) auf Einladung mit beratender Stimme teilnehmen.

(2) An Sitzungen der Teilelternvertretung sollen die Schulleiterin oder der Schulleiter sowie je zwei Lehrkräfte- und Schülervertreterinnen und -vertreter, die jeweils von der Teilkonferenz (§ 11) und der Teilschülervertretung (§ 29) oder, falls diese nicht vorhanden sind, von der Gesamtkonferenz und der Schülervertretung gewählt werden, auf Einladung mit beratender Stimme teilnehmen.

Teil V

Schulkonferenz

§ 44

Einrichtung der Schulkonferenz

(1) An jeder Schule wird eine Schulkonferenz gebildet. Sie tritt mindestens zwei Mal im Jahr zusammen.

(2) Vorsitzende oder Vorsitzender der Schulkonferenz ist die Schulleiterin oder der Schulleiter, bei Verhinderung die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter.

§ 45

Mitglieder der Schulkonferenz

(1) Stimmberechtigte Mitglieder der Schulkonferenz sind:

- die Schulleiterin oder der Schulleiter oder die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter,
- drei von der Gesamtkonferenz aus dem Kreis ihrer stimmberechtigten Mitglieder gewählte Lehrkräfte und Lehrhilfskräfte,
- vier von der Elternvertretung aus ihrer Mitte gewählte Erziehungsberechtigte, darunter die Elternsprecherin oder der Elternsprecher der Schule,
- vier von der Schülervertretung aus ihrer Mitte gewählte Schülerinnen und Schüler, wobei sich darunter die Schülersprecherin oder der Schülersprecher der Schule befinden muss und mindestens eine oder einer der gewählten Schülerinnen und Schüler der Unterstufe (Klassenstufen 5 - 7) angehören können und die Übrigen mindestens der Klassenstufe 8 angehören.

(2) Bei Schulen, deren Gesamtkonferenz weniger als 12 Lehrkräfte umfasst, sind stimmberechtigte Mitglieder der Schulkonferenz:

- die Schulleiterin oder der Schulleiter oder die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter,
- eine Lehrkraft oder eine Lehrhilfskraft, die von der Gesamtkonferenz aus dem Kreis ihrer stimmberechtigten Mitglieder gewählt wurde,
- zwei von der Elternvertretung aus ihrer Mitte gewählte Erziehungsberechtigte, darunter die Elternsprecherin oder der Elternsprecher der Schule,
- zwei von der Schülervertretung aus ihrer Mitte gewählte Schülerinnen und Schüler, wobei sich darunter die Schülersprecherin oder der Schülersprecher der Schule befinden müssen.

(3) Bei Schulen, die nur Klassen der Primarstufe umfassen, gehören der Schulkonferenz keine Schülervertreterinnen und Schülervertreter an.

(4) Bei Schulen, die die Primarstufe und die Sekundarstufe I umfassen, haben bei auf die Primarstufe beschränkten Angelegenheiten die Schülervertreterinnen und Schülervertreter nur beratende Stimme. Bei Schulen, die die Sekundarstufe I und die Sekundarstufe II bzw. nur die Sekundarstufe II umfassen, haben bei auf die Sekundarstufe II beschränkten Angelegenheiten die Elternvertreterinnen und Elternvertreter nur beratende Stimme.

(5) Bei Schulen mit verschiedenen Schulzweigen soll jeder Schulzweig in jeder Gruppe vertreten sein.

(6) An den Sitzungen der Schulkonferenz sollen eine Vertreterin oder ein Vertreter des Schulträgers sowie bei Berufsschulen zwei Vertreterinnen und Vertreter der in § 17 Abs. 1 Satz 2 SchoG Genannten, die von der Industrie- und Handelskammer sowie der Handwerkskammer zu benennen sind, mit beratender Stimme teilnehmen.

(7) An Schulen mit einem Anteil ausländischer Schülerinnen und Schüler von mehr als 10 v.H. sollen der Schulkonferenz zusätzlich je eine Vertreterin oder ein Vertreter der ausländischen Eltern und der ausländischen Schülerinnen und Schüler mit beratender Stimme angehören, wenn dies von mindestens 10 v.H. der betroffenen Eltern oder Schülerinnen und Schüler beantragt wird.

(8) Die an der Schule tätigen Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter können auf Beschluss der Schulkonferenz beratend hinzugezogen werden. Gleiches gilt für die Standortleitungen der Freiwilligen Ganztagschulen.

(9) Die multiprofessionell tätigen Personen können in Anwendung der Regelung des § 4 Absatz 2 Satz 2 und 3 auf Beschluss der Schulkonferenz beratend hinzugezogen werden.

§ 46

Arbeitsfähigkeit der Schulkonferenz

(1) Die Schulkonferenz ist nicht arbeitsfähig, wenn weder Schülerinnen und Schüler noch Erziehungsberechtigte in die Schulkonferenz gewählt werden oder weder Schülerinnen und Schüler noch Erziehungsberechtigte an den Sitzungen und Abstimmungen der Schulkonferenz teilnehmen. Wird die Beschlussunfähigkeit gemäß § 4 Abs. 6 Satz 1 für die Dauer zweier aufeinander folgender Sitzungen festgestellt, so ist die Schulkonferenz ebenfalls nicht arbeitsfähig. Die oder der Vorsitzende der Schulkonferenz stellt jeweils fest, ob die Schulkonferenz arbeitsfähig ist.

(2) Ist die Schulkonferenz nicht arbeitsfähig, so werden ihre Aufgaben von der Gesamtkonferenz wahrgenommen.

§ 47

Aufgaben der Schulkonferenz

(1) Die Schulkonferenz dient dem Zusammenwirken von Lehrkräften, Eltern und Schülerinnen und Schülern bei der Unterrichts- und Erziehungsarbeit der Schule.

(2) Aufgabe der Schulkonferenz ist es, gemeinsam interessierende Fragen des Schullebens der einzelnen Schule zu erörtern und den jeweils zuständigen Gremien der Schule Vorschläge zu unterbreiten. Sie nimmt ihre Zuständigkeit insbesondere in den Fällen des § 3 Abs. 6, § 4 Abs. 5, § 9 Abs. 1, § 11 Abs. 1, § 22 Abs. 4, § 26 Abs. 3, § 33 Abs. 1, § 38 und des § 53 Abs. 2 sowie in den ihr durch besondere Bestimmungen übertragenen Angelegenheiten wahr. Ferner berät und beschließt sie im Rahmen der geltenden Vorschriften sowie der gegebenen personellen, räumlichen und sächlichen Voraussetzungen über:

1. allgemeine und grundsätzliche Angelegenheiten der Ordnung in der Schule, insbesondere Aufstellung einer Hausordnung sowie die regelmäßige Anfangszeit des täglichen Unterrichts,
- 1a. den Beginn und den Umfang der äußeren Fachleistungsdifferenzierung in der Sekundarstufe I der Gemeinschaftsschule gemäß § 3a Absatz 2 Satz 6 SchoG; Beschlüsse bedürfen einer Zweidrittelmehrheit,
2. Grundsätze für Art und Umfang der Hausaufgaben sowie für die Zeitplanung für die Klassenarbeiten,
3. Angebot freiwilliger Unterrichtsveranstaltungen,
4. besondere Veranstaltungen der Schule, insbesondere Veranstaltungspläne für Schulwanderungen, Lehrfahrten und Schullandheimaufenthalte,
5. Maßnahmen der Schule zur Schulwegsicherung, insbesondere Schulwegpläne und Einsatz von Schülerlotsinnen und Schülerlotsen sowie Anträge in diesen Angelegenheiten an die zuständigen Behörden,
6. Zusammenarbeit der Schule mit den Schulträgern, den Schulen der Schulregion, den Kirchen, dem Jugendamt, den Kammern sowie Berufsverbänden und der Berufsberatung,
7. Vorschläge zur Schulentwicklungsplanung, die die pädagogische, erzieherische, unterrichtliche, organisatorische oder sonstige innere Ausrichtung der Schule betrifft, Gliederung und Änderung der Schule sowie zur Qualitätssicherung,
8. Anträge auf Genehmigung von Schulversuchen, von abweichenden Organisationsformen des Unterrichts und abweichende Formen der Mitwirkung und Mitbestimmung gemäß § 53,

9. Anträge auf Zuteilung von Haushaltsmitteln für sächliche Ausgaben sowie zur Aufstellung des Haushaltsplanentwurfes und zur Verwaltung der zur Verfügung gestellten Mittel,
 10. Vorschläge für Baumaßnahmen.
- (3) Die Schulkonferenz ist von den zuständigen Behörden in folgenden Angelegenheiten zu hören:
1. Teilung, Zusammenlegung, Änderung und Auflösung der Schule,
 2. Baumaßnahmen im Bereich der Schule,
 3. wichtige organisatorische Änderungen im Schulbetrieb.
- (4) Die Schulleiterin oder der Schulleiter unterrichtet die Schulkonferenz über alle wichtigen Angelegenheiten des Schullebens.

§ 48

Vermittlung bei Konflikten

- (1) Die Schulkonferenz soll in Konfliktsituationen, die im Schulleben entstanden sind, vermittelnd tätig werden.
- (2) Für die Vermittlung in Konfliktsituationen zwischen einzelnen Schülerinnen und Schülern und Lehrkräften oder zwischen einzelnen Lehrkräften und Erziehungsberechtigten kann die Schulkonferenz nach Bedarf aus ihrer Mitte einen besonderen Ausschuss (Vermittlungsausschuss) bilden. Der Vermittlungsausschuss besteht aus drei oder sechs Mitgliedern; alle Gruppen der Schulkonferenz sind gleichmäßig zu berücksichtigen.
- (3) Ein Vermittlungsausschuss ist zu bilden, wenn die Gesamtkonferenz eine Entscheidung gemäß § 8 Abs. 4 Ziffer 5 getroffen hat und die betroffene Schülerin oder der betroffene Schüler oder ihre oder seine Erziehungsberechtigten eine Vermittlung beantragen. Hält er seine Anrufung für begründet, unterbreitet er der Gesamtkonferenz einen entsprechenden Vorschlag. Die Gesamtkonferenz entscheidet erneut; sie ist an den Vorschlag des Vermittlungsausschusses nicht gebunden.
- (4) Bei den in § 45 Abs. 2 genannten Schulen tritt an die Stelle des Vermittlungsausschusses die Schulkonferenz.

Teil VI

Sondervorschriften

§ 49

Förderschulen

An Förderschulen kann mit Genehmigung der Schulaufsichtsbehörde von den Vorschriften des Zweiten bis Fünften Teils abgewichen werden, soweit die Situation der Schülerinnen und Schüler oder die sonderpädagogische Aufgabe der Schule es erfordert.

§ 50

Schulen in Abendform, Saarlandkolleg und Deutsch-Französisches Gymnasium

- (1) Der Vierte Teil dieses Gesetzes gilt nicht für Schulen in Abendform und das Saarland-Kolleg. Im Übrigen findet das Gesetz sinngemäß Anwendung.
- (2) Durch zwischenstaatliche Vereinbarung kann die Mitbestimmung und Mitwirkung am Deutsch-Französischen Gymnasium abweichend von den Vorschriften dieses Gesetzes geregelt werden.

§ 51

Berufsschulen

- (1) An Berufsschulen kann abweichend von § 28 Abs. 2 die Schülervertretung aus den von den Schülersprecherinnen und Schülersprechern der Teilzeitklassen ein und desselben Berufsschultages gewählten Tagesschülersprecherinnen und Tagesschülersprechern sowie den Schülersprecherinnen und Schülersprechern der Blockunterrichtsklassen und den zur Berufsschule gehörenden Vollzeitklassen gebildet werden.
- (2) Absatz 1 findet abweichend von § 41 Abs. 1 auf die Elternvertretung an Berufsschulen entsprechende Anwendung.

§ 52

Kursgruppen

Soweit an einer Schule weder Klassenverbände noch Unterrichtsgruppen (Kerngruppen) gebildet werden, treten bei der Anwendung der Vorschriften dieses Gesetzes über die Beteiligungsrechte der Schülerinnen und Schüler und

der Erziehungsberechtigten die entsprechenden Kurse des Pflichtbereiches an die Stelle der Klassenverbände oder Unterrichtsrgruppen (Kerngruppen).

§ 53

Experimentierklausel

(1) Die Schulaufsichtsbehörde kann auf Antrag der Schulkonferenz für eine Schule oder für einzelne Stufen einer Schule im Sinne von § 11 Abs. 3 versuchsweise zulassen, dass die Klassenschülersprecherin oder der Klassenschülersprecher und die Klassenelternsprecherin oder der Klassenelternsprecher sowie deren Vertreterinnen und Vertreter an Klassenkonferenzen teilnehmen, soweit diese sich ausschließlich mit der Beratung über die Notengebung auf den Halbjahreszeugnissen, mit der Versetzung der Schülerinnen und Schüler oder Fragen des Übergangs in andere Schulen befassen. Ein solcher Antrag der Schulkonferenz bedarf der Zustimmung von mindestens drei Vierteln der Mitglieder.

(2) Nach Anhörung der Schulregionkonferenz und mit Zustimmung der Landesschulkonferenz kann die Schulaufsichtsbehörde für einzelne Schulen auf Antrag der Schulkonferenz für begrenzte Zeit von den Vorschriften dieses Gesetzes abweichende Formen der Mitwirkung und Mitbestimmung versuchsweise zulassen. Ein solcher Antrag der Schulkonferenz bedarf der Zustimmung von mindestens drei Vierteln ihrer Mitglieder. Versagt die Landesschulkonferenz mit den Stimmen von drei Vierteln ihrer stimmberechtigten Mitglieder die Zustimmung, so ist die Schulaufsichtsbehörde hieran gebunden.

(3) Eine Abweichung im Sinne des Absatzes 2 darf frühestens zu Beginn des 3. Schuljahres nach In-Kraft-Treten dieses Gesetzes nur zugelassen werden, wenn die Zielsetzungen dieses Gesetzes gewahrt bleiben. Ferner muss das Experiment Aufschlüsse über mögliche Verbesserungen des Zusammenwirkens der am Schulleben Beteiligten erwarten lassen. Die Zulassung kann mit Auflagen verbunden werden.

(4) Spätestens nach Ablauf von drei Schuljahren seit der Zulassung stellt die Schulaufsichtsbehörde Verlauf und Ergebnis des Experiments fest. Sie gibt der Schulregionkonferenz und der Landesschulkonferenz Gelegenheit zur Stellungnahme. Alsdann entscheidet die Schulaufsichtsbehörde, ob das Experiment beendet wird oder ob sie auf Änderung der gesetzlichen Vorschriften gemäß den aus dem Experiment gewonnenen Erkenntnissen hinwirkt. In diesem Fall kann das Experiment bis zur Entscheidung der Landesregierung und bei Einbringung einer entsprechenden Gesetzesvorlage durch die Landesregierung bis zur Beschlussfassung des Landtages fortgesetzt werden.

Teil VII

Schulregionkonferenz, Landesschulkonferenz, Landesschülervertretung, Landeselternvertretungen, Gesamtlandeselternvertretung

§ 54

Bildung der Schulregionkonferenz

(1) In jeder Schulregion wird eine Schulregionkonferenz gebildet. In ihr sind die folgenden Schulformen

Grundschule, Gemeinschaftsschule einschließlich Gemeinschaftsschule in Abendform, Gymnasium einschließlich Abendgymnasium und Saarland-Kolleg, Förderschule und die beruflichen Schulen sowie Versuchsschulen, die keiner der vorgenannten Schulformen angehören, mit je einer Vertreterin oder einem Vertreter der Lehrkräfte, der Schülerinnen und Schüler ab Klassenstufe 8 und der Erziehungsberechtigten vertreten.

Außerdem gehören ihr

- a) eine Vertreterin oder ein Vertreter des Landes,
- b) für die Schulträger zwei Vertreterinnen und Vertreter der Kreise bzw. kreisfreien Städte, drei Vertreterinnen und Vertreter der Schulverbände und Gemeinden sowie
- c) für die Ausbildungsstätten im Sinne des Berufsbildungsgesetzes zwei Vertreterinnen und Vertreter an.

(2) Die Mitglieder der Schulregionkonferenz wählen aus ihrer Mitte eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden und deren oder dessen Stellvertretung. Die oder der Vorsitzende führt die Geschäfte der Schulregionkonferenz. Der Schulregionkonferenz wird eine Geschäftsstelle zugeordnet, deren notwendige Kosten das Land trägt.

(3) An den Sitzungen der Schulregionkonferenz können weitere Vertreterinnen und Vertreter der Schulaufsichtsbehörde mit beratender Stimme teilnehmen.

§ 55

Geschäftsführender Ausschuss der Schulregion

(1) In jeder Schulregion ist ein Geschäftsführender Ausschuss zu bilden. Er tritt mindestens sechs Mal im Jahr zusammen.

(2) Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses sind die oder der Vorsitzende der Schulregionkonferenz sowie aus dem Kreis der Mitglieder der Schulregionkonferenz je eine gewählte Vertreterin oder ein gewählter Vertreter aus den Gruppen der Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler, Erziehungsberechtigten und Schulträger; den Vorsitz übernimmt die oder der Vorsitzende der Schulregionkonferenz.

(3) Der Geschäftsführende Ausschuss vertritt gegenüber den zuständigen Stellen die Schulregion. Darüber hinaus nimmt er von der Schulregionkonferenz übertragene Aufgaben wahr. Die Schulregionkonferenz kann Grundsätze für die Arbeit des Geschäftsführenden Ausschusses beschließen; der Ausschuss ist an diese gebunden.

§ 56

Wahl der Mitglieder der Schulregionkonferenz

(1) Zur Vorbereitung der Wahl der Mitglieder der Schulregionkonferenz können in jeder Schule von der Gesamtkonferenz ein Wahlmann der Lehrkräfte, von der Schülervertretung ab Sekundarstufe I ein Wahlmann der Schülerinnen und Schüler, der mindestens der Klassenstufe 8 angehören muss, und von der Elternvertretung ein Wahlmann der Erziehungsberechtigten gewählt werden. An Schulen, an denen keine Schüler- oder Elternvertretung besteht, findet eine Wahl von Wahlmännern der Schülerinnen und Schüler oder Erziehungsberechtigten nicht statt.

(2) Die gewählten Wahlmänner der Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler und Erziehungsberechtigten treten nach Schulformen zu getrennten Wahlen zusammen und wählen aus ihrer Mitte jeweils das Mitglied für die Schulregionkonferenz und je eine Ersatzvertreterin oder einen Ersatzvertreter. Den Wahlmännern ist vor der Wahl Gelegenheit zu einer orientierenden Aussprache zu geben.

(3) Die Einberufung der Wahlversammlung und die Durchführung der Wahlen obliegt dem Landkreis. Ihm obliegt gleichfalls, im Einvernehmen mit den beteiligten Schulverbänden und Gemeinden deren drei Vertreterinnen und Vertreter für die Schulregionkonferenz zu bestimmen. Die Benennung der Vertreterinnen und Vertreter des Kreises bzw. der kreisfreien Stadt obliegt dem Kreistag bzw. dem Stadtrat, die der Vertreterin oder des Vertreters des Landes der Schulaufsichtsbehörde und die der Vertreterinnen und Vertreter der Ausbildungsstätten der Industrie- und Handelskammer sowie der Handwerkskammer.

(4) Die Wahl der Vertreterinnen und Vertreter für die Schulregionkonferenz sowie der Ersatzvertreterinnen und Ersatzvertreter erfolgt jeweils für die Zeit vom 1. November eines Jahres bis zum 31. Oktober des übernächsten Jahres. Bis zur Neuwahl sämtlicher Vertreterinnen und Vertreter der Schulregionkonferenz führt die bisherige Schulregionkonferenz die Geschäfte weiter. Scheiden Vertreterinnen und Vertreter vorzeitig aus oder sind sie an der Teilnahme verhindert, so treten die Ersatzvertreterinnen und Ersatzvertreter an deren Stelle. Dies gilt nicht bei Ausscheiden infolge Abwahl (§ 3 Abs. 4).

§ 57

Aufgaben der Schulregionkonferenz

(1) Die Schulregionkonferenz soll zur Wahrnehmung der Aufgaben der Schulregion (§ 2 Abs. 3 SchoG) das verantwortliche Zusammenwirken von Lehrkräften, Schülerinnen und Schülern, Erziehungsberechtigten und Schulträgern in inneren und äußeren Schulangelegenheiten ermöglichen. Dies erfolgt vornehmlich durch Austausch von Informationen und Erfahrungen in Fragen des regionalen Schulwesens, deren Bedeutung über den Bereich einer Schule hinausgeht.

Die Schulregionkonferenz unterbreitet den zuständigen Stellen Empfehlungen und Anträge, insbesondere in folgenden Angelegenheiten:

1. Schulentwicklungsplanung für die Schulregion,
2. Errichtung, Änderung, Auflösung (§ 40 SchoG) und Verlegung von Schulen,
3. Änderung der Schulbezirke,
4. Planung von Schulbaumaßnahmen innerhalb der Schulregion,
5. Maßnahmen zur Verbesserung der Kooperation der Schulen, vor allem zur besseren Nutzung von Einrichtungen und technischen Unterrichtsmitteln,
6. Zusammenarbeit mit den Einrichtungen der Weiterbildung,
7. Beförderung von Schülerinnen und Schülern, Abstimmung des Unterrichtsbeginns und Unterrichtsendes.

(2) Die Schulregionkonferenz bildet einen beratenden Ausschuss für Schulentwicklungsplanung der Schulregion; die Zusammensetzung bestimmt die Schulregionkonferenz. Die Bildung weiterer Ausschüsse ist möglich. An den Sitzungen der Ausschüsse können Vertreterinnen und Vertreter der Schulaufsichtsbehörde mit beratender Stimme teilnehmen. Zu den Sitzungen des Ausschusses für Schulentwicklungsplanung sollen die Schulträger der in der Schulregion bestehenden privaten Ersatzschulen eingeladen werden; sie haben beratende Stimme.

(3) Die Schulregionkonferenz ist von der Schulaufsichtsbehörde oder den Schulträgern vor Durchführung von Maßnahmen in den in Absatz 1 Ziff. 1 bis 7 genannten Angelegenheiten zu hören. Bedarf in einer solchen Angelegenheit die Entscheidung des Schulträgers der Genehmigung durch die Schulaufsichtsbehörde, so ist vor der Genehmigungsentscheidung keine erneute Anhörung der Schulregionkonferenz erforderlich.

§ 58

Wahlmänner für die Landesschulkonferenz

Die der Schulregionkonferenz angehörenden Vertreterinnen und Vertreter der Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler und Erziehungsberechtigten wählen jeweils für sich aus ihrer Mitte drei Wahlmänner für die Wahl der Mitglieder der Landesschulkonferenz.

§ 59

Bildung der Landesschulkonferenz

(1) Im Saarland wird eine Landesschulkonferenz gebildet. Ihr gehören mindestens 24, höchstens 27 Mitglieder an; § 60 Abs. 1 Satz 2 bleibt unberührt.

(2) An den Sitzungen der Landesschulkonferenz können die Schulaufsichtsbehörde und andere Mitglieder der Landesregierung mit beratender Stimme teilnehmen; sie können sich vertreten lassen und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hinzuziehen.

§ 60

Zusammensetzung der Landesschulkonferenz

(1) Der Landesschulkonferenz gehören an:

1. je fünf gewählte Vertreterinnen und Vertreter der Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler und Erziehungsberechtigten,
2. je eine Vertreterin oder ein Vertreter des Landes, der Kreise bzw. kreisfreien Städte, der Schulverbände und Gemeinden, die von der Schulaufsichtsbehörde, vom Landkreistag und vom Städte- und Gemeindetag entsandt werden,
3. zwei Vertreterinnen und Vertreter der Arbeitskammer, die von dieser entsandt werden,
4. je eine Vertreterin oder ein Vertreter der Industrie- und Handelskammer sowie der Handwerkskammer, die von diesen entsandt werden,
5. je eine Vertreterin oder ein Vertreter der katholischen und evangelischen Kirche, die von diesen entsandt werden.

Sind einzelne Schulformen unter den Vertreterinnen und Vertretern der Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler oder Erziehungsberechtigten nicht repräsentiert, so kann die Schulaufsichtsbehörde aus jeder Gruppe eine weitere Vertreterin oder einen weiteren Vertreter dieser Schulformen, die oder der Mitglied einer Schulregionkonferenz ist, in die Landesschulkonferenz berufen.

(2) Zur Wahl der Vertreterinnen und Vertreter der Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler und Erziehungsberechtigten treten die gemäß § 58 in den Schulregionen gewählten Wahlmänner zu getrennten Wahlen zusammen. Sie wählen aus ihrer Mitte je fünf Mitglieder für die Landesschulkonferenz. § 3 Abs. 2 Satz 3 findet keine Anwendung; wer gewählt ist, bestimmt sich nach der Reihenfolge der Anzahl der für jede Person abgegebenen Stimmen. Sodann wird für jedes gewählte Mitglied dessen Ersatzvertreterin oder Ersatzvertreter gewählt; in diesem Fall findet § 3 Abs. 2 Sätze 3 bis 5 Anwendung.

(3) Den Wahlmännern ist vor der Wahl Gelegenheit zu einer orientierenden Aussprache zu geben. Für die Einberufung und Durchführung der Wahlversammlung ist die Schulaufsichtsbehörde verantwortlich.

(4) Die Mitglieder der Landesschulkonferenz werden jeweils für die Dauer von zwei Kalenderjahren gewählt, entsandt oder berufen. § 56 Abs. 4 Satz 2 findet entsprechende Anwendung. Scheidet ein gewähltes Mitglied vorzeitig aus oder ist es an der Teilnahme verhindert, tritt an seine Stelle seine Ersatzvertreterin oder sein Ersatzvertreter. Dies gilt nicht bei Ausscheiden infolge Abwahl (§ 3 Abs. 5).

§ 61

Vorsitz, Geschäftsstelle

(1) Die erste Sitzung der Landesschulkonferenz wird von der Schulaufsichtsbehörde einberufen. In dieser Sitzung wählt die Landesschulkonferenz aus ihrer Mitte die Vorsitzende oder den Vorsitzenden und deren oder dessen Stellvertretung.

(2) Die oder der Vorsitzende führt die Geschäfte der Landesschulkonferenz. Zu ihrer oder seiner Unterstützung wird bei der Schulaufsichtsbehörde eine Geschäftsstelle eingerichtet, deren notwendige Kosten das Land trägt.

§ 62

Aufgaben der Landesschulkonferenz

(1) Die Landesschulkonferenz dient dem Austausch von Informationen und Erfahrungen der Mitglieder untereinander und mit der Schulaufsichtsbehörde. Sie berät die zuständigen Mitglieder der Landesregierung in Angelegenheiten, die für die Entwicklung des saarländischen Schulwesens und für die Unterrichts- und Erziehungsarbeit von grundsätzlicher Bedeutung sind. Die Landesschulkonferenz unterbreitet den zuständigen Stellen Empfehlungen und Anträge, insbesondere in folgenden schulformübergreifenden Angelegenheiten:

1. überregionale Schulentwicklungsplanung,
2. Änderung der Struktur und der Organisation des Schulwesens,
3. Grundsätze für den Schulbau und die Ausstattung von Schulen,
4. Versuche mit abweichenden Formen der Mitwirkung und Mitbestimmung (§ 53),
5. Versuchsschulen gemäß § 5 SchoG.

(2) Die Landesschulkonferenz ist von den zuständigen Stellen vor Durchführung von Maßnahmen in den in Absatz 1 Ziff. 1 bis 5 genannten Angelegenheiten zu hören. Darüber hinaus ist ihr Gelegenheit zu geben, zu Entwürfen von Rechts- und Verwaltungsvorschriften, die in pädagogischer oder sonstiger Hinsicht von grundsätzlicher und schulformübergreifender Bedeutung sind, Stellung zu nehmen.

(3) Die Landesschulkonferenz bildet einen beratenden Ausschuss für Schulentwicklungsplanung; die Zusammensetzung bestimmt die Landesschulkonferenz. Die Bildung weiterer Ausschüsse ist möglich. An den Sitzungen der Ausschüsse können Vertreterinnen und Vertreter der Schulaufsichtsbehörde mit beratender Stimme teilnehmen. Zu den Sitzungen des Ausschusses für Schulentwicklungsplanung sollen zwei von den im Saarland bestehenden privaten Ersatzschulen zu benennende Vertreterinnen und Vertreter eingeladen werden; sie haben beratende Stimme.

§ 63

Gemeinsame Grundsätze für die Arbeit in der Schulregion- und Landesschulkonferenz

(1) Die gewählten Mitglieder der Landesschulkonferenz und die gewählten Mitglieder der Schulregionkonferenz üben ihre Funktion ehrenamtlich aus. Die gewählten und berufenen oder entsandten Mitglieder sind bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben nur an die geltenden Vorschriften, nicht jedoch an Aufträge und Weisungen gebunden und für ihr Handeln selbst verantwortlich.

(2) Eine Schulregionkonferenz und die Landesschulkonferenz sind nicht arbeitsfähig, wenn weder Schülerinnen und Schüler noch Erziehungsberechtigte in diese Konferenzen gewählt werden oder weder Schülerinnen und Schüler noch Erziehungsberechtigte an den Sitzungen und Abstimmungen der Konferenzen teilnehmen. Wird die Beschlussunfähigkeit gemäß § 4 Abs. 6 Satz 1 für die Dauer zweier aufeinander folgender Sitzungen festgestellt, so ist die betreffende Konferenz ebenfalls nicht arbeitsfähig.

(3) Die oder der Vorsitzende der betreffenden Konferenz stellt jeweils fest, ob die Konferenz beschluss- oder arbeitsunfähig ist. Für die Dauer der Arbeitsunfähigkeit ruhen die Rechte der betreffenden Konferenz.

§ 64

Räume, Kosten

(1) Für Sitzungen der Landesschulkonferenz hat die Schulaufsichtsbehörde, für Sitzungen der Schulregionkonferenz der gemäß § 56 Abs. 3 zuständige Landkreis den notwendigen Raum zur Verfügung stellen.

(2) Den gewählten Mitgliedern der Schulregionkonferenz und der Landesschulkonferenz sowie den Vertreterinnen und Vertretern der Ausbildungsstätten in der Schulregionkonferenz ist eine Entschädigung nach dem Gesetz Nr. 774 über die Entschädigung der Mitglieder von Kommissionen und Ausschüssen vom 5. Dezember 1962 in der jeweils geltenden Fassung für die Teilnahme an Sitzungen und Ausschüssen ihrer Konferenzen im Saarland zu gewähren.

§ 64a

Schulregionseaternvertretung der Grundschulen

- (1) Auf Schulregionsebene wird für den Bereich der Grundschulen eine Elternvertretung gebildet.
- (2) Die Elternvertretung jeder Grundschule wählt aus der Mitte der Eltern der Schule eine Delegierte oder einen Delegierten sowie deren oder dessen Stellvertretung für die Schulregionseaternvertretung der Grundschulen.
- (3) § 64 gilt hinsichtlich der Räume und der Gewährung einer Fahrtkostenentschädigung entsprechend.
- (4) Die Geschäftsstelle der Schulregionkonferenz wird zugleich der Schulregionseaternvertretung zugeordnet; die insoweit notwendigen Kosten trägt das Land.

§ 65 Landesschülervertretung

- (1) Die Vertreterinnen und Vertreter der Schüler-innen und Schüler in den Schulregionkonferenzen (§ 54 Abs. 1) sowie die von den einzelnen Schulen in die Landesschülervertretung entsandten Delegierten schließen sich zu einer Landesschülervertretung zusammen.
- (2) Die Landesschülervertretung hat die Aufgabe, wichtige schulische und organisatorische Fragen, die die verschiedenen Schulformen betreffen, sowie Angelegenheiten von grundsätzlicher und schulformübergreifender Bedeutung zu erörtern. Sie dient ferner der Koordinierung und Vorbereitung der Arbeit in der Landesschulkonferenz und in den Schulregionkonferenzen.
- (3) Die Landesschülervertretung wählt aus der Mitte ihrer Mitglieder eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden und kann darüber hinaus einen Vorstand wählen.
- (4) Die Landesschülervertretung soll vor wichtigen, den Schulbereich betreffenden Maßnahmen gehört werden. Sie muss gehört werden vor Entscheidungen über Erlass und Änderung von Bestimmungen über Schülerleistungen, Versetzungsordnungen sowie Prüfungsordnungen und Rahmenrichtlinien über Ziele, Inhalte und Verfahren oder die Organisation des Unterrichts.
- (5) Mitglieder der Landesschülervertretung, die an Sitzungen der Bundesschülervertretung teilnehmen, erhalten vom Land Reisekosten nach den Bestimmungen des Saarländischen Reisekostengesetzes in der jeweils geltenden Fassung.

§ 66

Landeselternvertretungen

- (1) Die Vertreterinnen und Vertreter der Erziehungsberechtigten in den Schulregionkonferenzen (§ 54 Abs. 1), das für jede Schulregion jeweils entsandte Mitglied der Schulregionseaternvertretung der Grundschulen sowie die von den einzelnen Schulen ab Sekundarstufe I entsandten Delegierten schließen sich jeweils zu einer Landeselternvertretung zusammen.
- (2) Die Landeselternvertretungen haben die Aufgabe, wichtige schulische und organisatorische Fragen, die die von ihnen vertretenen Schulformen betreffen, zu erörtern. Sie dienen ferner der Koordinierung und Vorbereitung der Arbeit in der Landesschulkonferenz und in den Schulregionkonferenzen.
- (3) Die Landeselternvertretungen wählen jeweils aus der Mitte ihrer Mitglieder eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden und können darüber hinaus jeweils einen Vorstand wählen.
- (4) Die jeweilige Landeselternvertretung soll vor wichtigen, ihre Schulform allein betreffenden Maßnahmen gehört werden. Sie muss gehört werden vor Entscheidungen über Erlass und Änderung von Bestimmungen über Schülerleistungen, Versetzungsordnungen sowie Prüfungsordnungen und Rahmenrichtlinien über Ziele, Inhalte und Verfahren oder die Organisation des Unterrichts.
- (5) Mitglieder der Landeselternvertretungen, die an Sitzungen des Bundeselternrates teilnehmen, erhalten vom Land Reisekosten nach den Bestimmungen des Saarländischen Reisekostengesetzes in der jeweils geltenden Fassung.

§ 66a

Gesamtlandeselternvertretung

Die Vorsitzenden der Landeselternvertretungen bilden die Gesamtlandeselternvertretung. Sie wählt aus der Mitte ihrer Mitglieder eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden und kann darüber hinaus einen Vorstand wählen. Die Gesamtlandeselternvertretung dient der Erörterung der jeweiligen Gruppe betreffender Angelegenheiten von grundsätzlicher und schulformübergreifender Bedeutung.

Teil VIII

Schlußvorschriften

§ 67

Schulaufsicht

(1) Die Befugnisse der staatlichen Schulaufsicht gemäß Artikel 7 Abs. 1 des Grundgesetzes, Artikel 27 Abs. 2 der Verfassung des Saarlandes und § 52 des Schulordnungsgesetzes bleiben von den vorstehenden Vorschriften dieses Gesetzes unberührt.

(2) Die Schulaufsichtsbehörde soll unbeschadet ihrer Aufgabe, die Unterrichts- und Erziehungsarbeit der Schule beratend zu unterstützen und auf die Einhaltung demokratischer und rechtsstaatlicher Grundsätze zu achten, durch Anordnungen und sonstige Maßnahmen in die Gestaltung des Unterrichts und der Erziehung in den einzelnen Schulen nur dann eingreifen, wenn es zur rechtmäßigen, sachgerechten und geordneten Durchführung von Unterricht und Erziehung, insbesondere aus Gründen der Chancengleichheit und zum Ausgleich von Bewertungsunterschieden geboten ist.

§ 68

Ausführungsvorschriften

Ausführungsvorschriften zu diesem Gesetz erlässt die Schulaufsichtsbehörde.

§ 69

Anwendung für den Regionalverband Saarbrücken

Soweit in diesem Gesetz für die Landkreise und deren Organe Rechte und Pflichten begründet werden, finden diese Vorschriften auf den Regionalverband Saarbrücken und seine Organe entsprechende Anwendung.

§ 69a

Übergangsvorschrift

Für die im Schuljahr 2021/2022 durchzuführenden Wahlen, Nachwahlen und Zusammensetzungen von Konferenzen und Gremien gelten die Vorschriften dieses Gesetzes in der bis zum 31. Juli 2021 geltenden Fassung weiter.

§ 70

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. August 1974 in Kraft.

Allgemeine Schulordnung (ASchO)

Vom 10. November 1975 (Amtsbl. S. 1239) –
zuletzt geändert durch Verordnung vom 20. August 2024 (Amtsbl. I S. 642)

I. Allgemeines

§ 1 Zweck der Allgemeinen Schulordnung und Geltungsbereich

II. Schulbesuch

§ 2 Aufnahme, Anmeldung

§ 3 Austritt aus der Schule

§ 4 – weggefallen –

§ 5 Schulwechsel

III. Unterricht und Schulveranstaltungen

§ 6 Teilnahme am Pflichtunterricht und an freiwilligem Unterricht

§ 7 Befreiungen

§ 8 Schulversäumnisse

§ 9 Beurlaubung

§ 10 Eigentum an Schülerarbeiten und Prüfungsarbeiten, Aufbewahrung und Rückgabe

§ 11 Versetzungen, Prüfungen und anderes

§ 11a Nachträgliche Versetzung

IV. Verhalten und Betätigung der Schüler

§ 12 Schülervertretung (§ 24 SchumG)

§ 13 Schülervereinigungen, Schulzeitung, Schülerzeitungen

§ 14 Verhalten der Schüler innerhalb und außerhalb der Schule

§ 15 Beschwerderecht

V. Erziehungsmaßnahmen

§ 16 Erziehungsmaßnahmen

§ 17 – weggefallen –

VI. Fürsorge für die Schüler

§ 18 Schulgesundheitspflege

§ 19 Schulpsychologischer Dienst

§ 20 Unfallverhütung und Schülerunfallversicherung

VII. Haftung und Rechtsschutz

§ 21 Haftung der Schule

§ 22 Haftung der Schüler und der Erziehungsberechtigten

§ 23 Rechtsschutz der Schüler und der Erziehungsberechtigten

VIII. Werbung, Sponsoring

§ 24 Werbung, Sponsoring

IX. Pflichten der Erziehungsberechtigten und anderer

§ 25 Pflichten der Erziehungsberechtigten und der für die Berufsausbildung Verantwortlichen

X. Übergangs- und Schlussbestimmungen

§ 26 Aufhebung und Weitergeltung von Bestimmungen

§ 27 In-Kraft-Treten

I. Allgemeines

§ 1

Zweck der Allgemeinen Schulordnung und Geltungsbereich

Die Allgemeine Schulordnung regelt die Beziehungen der Schule zu den Schülern und Erziehungsberechtigten, bei Berufsschulen auch zu den für die Berufsausbildung Verantwortlichen. Sie gilt für alle Schulen, auf die das Schulordnungsgesetz Anwendung findet, soweit sich nicht aus dem besonderen Aufbau und den Aufgaben dieser Schulen Abweichungen ergeben.

II. Schulbesuch

§ 2

Aufnahme, Anmeldung

(1) Der vollzeitschulpflichtige Schüler ist von den Erziehungsberechtigten oder deren Vertreter bei der Grundschule anzumelden, in deren Schulbezirk die Wohnung des Schülers liegt. Die Anmeldung der Schulneulinge ist jeweils innerhalb der hierzu festgesetzten Frist vorzunehmen. Für die Aufnahme in weiterführende Pflichtschulen gilt die Verordnung - Schulordnung - über die Aufnahme in Schulen der Sekundarstufe I vom 22. Januar 1997 (Amtsbl. S. 98) in ihrer jeweils geltenden Fassung.

(2) Der Berufsschulpflichtige ist von den Erziehungsberechtigten oder deren Vertreter innerhalb einer Woche nach dem Ausscheiden aus einer Vollzeitschule bei der zuständigen Berufsschule anzumelden, sofern er nicht in ein Berufsausbildungsverhältnis eintritt. Das Gleiche gilt, wenn der Berufsschulpflichtige aus einem Berufsausbildungsverhältnis ausscheidet, ohne ein neues einzugehen.

(3) Die Auszubildenden sowie Leiter von Betrieben und deren Bevollmächtigte sind verpflichtet, Berufsschulpflichtige,

- a) die in ein Berufsausbildungsverhältnis eintreten, innerhalb einer Woche bei der zuständigen Berufsschule anzumelden,
- b) deren Berufsausbildungsverhältnis endet, der zuständigen Berufsschule innerhalb einer Woche zu melden,
- c) deren Berufsausbildungsverhältnis verlängert wird, der zuständigen Berufsschule innerhalb einer Woche zu melden.

(4) Bei der Anmeldung von Schülern sind vorzulegen:

- a) Geburtsurkunde, Geburtsschein oder Familienstammbuch,
- b) Angabe über die Religionszugehörigkeit, sofern an der Schule Religionsunterricht ordentliches Lehrfach ist,
- c) Abgangszeugnis in Verbindung mit Jahreszeugnis oder Abschlusszeugnis oder beglaubigte Abschriften davon, wenn der Schüler schon eine Schule besucht hat,
- d) erforderlichenfalls Nachweis über die erfolgreiche Teilnahme an einem Aufnahmeverfahren,
- e) bei Berufsschülern Name und Sitz des Ausbildungs- bzw. Beschäftigungsbetriebes.

(5) Die Schule legt für jeden neu aufgenommenen Schüler einen Schülerbogen bzw. eine Schülerkartei nebst Zeugnisübersicht an.

§ 3

Austritt aus der Schule

Tritt ein Schüler aus der Schule aus, so muss er von den zur Anmeldung Verpflichteten (vgl. § 2) rechtzeitig schriftlich abgemeldet werden. Bei schulpflichtigen Schülern hat der Erziehungsberechtigte die neue Schule bzw. das neue Berufsausbildungsverhältnis anzugeben.

§ 4

(weggefallen)

§ 5

Schulwechsel

(1) Ein Schulwechsel darf außer in den Fällen des Wohnsitzwechsels grundsätzlich nur zum Schuljahresende oder zum Schulhalbjahr erfolgen; § 19 Abs. 3 SchoG bleibt unberührt.

(2) Wechselt ein Schüler die Schule oder tritt er nach Ausscheiden wieder in eine Schule ein, so ist er grundsätzlich in die Schulform und Klassenstufe (Klasse oder Unterrichtsgruppe) aufzunehmen, die seinem bisherigen Bildungs-

gang und dem letzten Jahreszeugnis entsprechen. Die Klassenkonferenz (Jahrgangskonferenz) kann im Einvernehmen mit dem Schulleiter beschließen, dass der Schüler eine Aufnahmeprüfung in den Fächern ablegt, in denen Klassenarbeiten verbindlich sind, wenn begründete Zweifel bestehen, dass er erfolgreich in der Klassenstufe mitarbeiten kann, für die er angemeldet ist. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn er den Schulbesuch länger als sechs Monate unterbrochen hat. Die Prüfungskommission setzt sich unter dem Vorsitz des Klassenlehrers bzw. Jahrgangsleiters aus den Lehrern zusammen, die den Unterricht in den Prüfungsfächern der betreffenden Klasse bzw. Unterrichtsgruppe geben. Die Aufnahmeprüfung ist bestanden, wenn in allen Prüfungsfächern mindestens ausreichende Leistungen erbracht worden sind.

Schüler nicht anerkannter privater Ersatzschulen können nur nach vorheriger Aufnahmeprüfung an öffentliche Schulen der gleichen Schulform übertreten.

(3) Absatz 2 findet auf den Wechsel der Schulform mit der Maßgabe Anwendung, dass hierbei immer eine Aufnahmeprüfung im Sinne von Satz 2 stattfinden muss, sofern durch Erlass der Schulaufsichtsbehörde nichts anderes bestimmt ist.

(4) Ein Wohnsitzwechsel sowie bei Berufsschülern auch ein Wechsel des Beschäftigungsortes oder der Art des Berufsausbildungsverhältnisses sind dem Klassenlehrer bzw. dem Jahrgangsleiter zu melden.

Schulpflichtige, die in einen anderen Schulbezirk verziehen oder in einem anderen Schulbezirk ein neues Beschäftigungsverhältnis finden, sind unverzüglich bei der Schule des neuen Wohn- oder Beschäftigungsortes anzumelden. Die Meldung hat durch die nach § 2 zur Anmeldung Verpflichteten zu erfolgen.

III. Unterricht und Schulveranstaltungen

§ 6

Teilnahme am Pflichtunterricht und an freiwilligem Unterricht

(1) Jeder Schüler ist verpflichtet, am verbindlichen Unterricht und an den übrigen verbindlichen Veranstaltungen der Schule regelmäßig teilzunehmen, im Unterricht mitzuarbeiten, die ihm im Rahmen seiner schulischen Ausbildung gestellten Aufgaben auszuführen und die Regeln des Zusammenlebens in der Schule einzuhalten (§ 30 Abs. 4 SchoG).

(2) Bei alternativen Unterrichtsangeboten kann der Schüler selbst entscheiden, an welchem Unterricht er teilnimmt. Bei freiwilligen Unterrichtsveranstaltungen entscheidet der Schüler selbst über seine Teilnahme; hat er sich für eine solche Veranstaltung entschieden, so ist er für ihre Dauer zur regelmäßigen Teilnahme verpflichtet. Die Rechte der Erziehungsberechtigten bleiben unberührt (§ 22 Abs. 2 Schulmitbestimmungsgesetz: SchumG).

Eine Abmeldung von freiwilligen Unterrichtsveranstaltungen soll nur zum Schluss eines Schuljahres erfolgen. Zeigt ein Schüler jedoch mangelhafte oder ungenügende Leistungen oder ist sein Verhalten ernstlich zu beanstanden, so kann ihn der Fachlehrer mit Zustimmung des Schulleiters von der weiteren Teilnahme ausschließen. Die Erziehungsberechtigten sind hiervon zu benachrichtigen. Der Schüler ist vor einer Entscheidung zu hören.

§ 7

Befreiungen

(1) Schüler können auf Antrag der Erziehungsberechtigten nur in Ausnahmefällen und zeitlich begrenzt vom Unterricht in einzelnen Fächern oder von einzelnen Schulveranstaltungen befreit werden. Volljährige Schüler können selbst Anträge stellen. Befreiung von einer Fachstunde erteilt der jeweilige Fachlehrer, von einer Schulveranstaltung der Klassenlehrer.

(2) Befreiung von den Leibesübungen über zwei Unterrichtstage hinaus wird auf Grund eines ärztlichen, bei längerer Dauer als zwei Monate auf Grund eines amtsärztlichen Zeugnisses, dessen Kosten die Antragsteller zu tragen haben, vom Schulleiter gewährt; Entsprechendes gilt für die Befreiung von anderen Unterrichtsfächern, in denen an die körperliche Leistungsfähigkeit besondere Anforderungen gestellt werden. Dem amtsärztlichen Zeugnis gleichgestellt ist das Zeugnis eines Direktors einer Universitätsklinik.

(3) Die Erziehungsberechtigten können die Teilnahme der Kinder am Religionsunterricht ablehnen. Nach Vollendung des 18. Lebensjahres steht dieses Recht dem Schüler zu. Die Erklärung über die Abmeldung vom Religionsunterricht ist dem Schulleiter von den Erziehungsberechtigten oder dem Schüler schriftlich abzugeben. Die Abmeldung hat sofortige Wirkung.

§ 8

Schulversäumnisse

(1) Unbeschadet der Vorschriften über die Schulpflicht muss der Schule ein Fernbleiben schriftlich mitgeteilt und begründet werden (Entschuldigungspflicht). Entschuldigungspflichtig sind bei nicht volljährigen Schülern die Erziehungsberechtigten, soweit nicht für Schüler von Berufsschulen anderes bestimmt ist oder die Schulkonferenz beschlossen hat, dass minderjährige Schüler des Sekundarbereiches II (ab Klasse 11) sich selbst an Stelle der Erziehungsberechtigten schriftlich entschuldigen können. Das Recht und die Pflicht der Schule zu prüfen, ob das Unterrichtsversäumnis zureichend begründet ist, bleibt unberührt (§ 22 Abs. 4 SchuMG). Die Entschuldigung kann auch mittels digitalem Dokument in einer von der Schulaufsichtsbehörde bereitgestellten oder zugelassenen geschützten elektronischen Umgebung erfolgen.

(2) Wenn ein Schüler wegen Krankheit oder wegen sonstiger nicht voraussehbarer, zwingender Gründe nicht am Unterricht teilnehmen kann, so müssen, soweit nicht für Schüler von Berufsschulen nachstehend etwas anderes bestimmt ist, die gemäß Absatz 1 Verpflichteten die Schule hierüber unverzüglich unterrichten. Spätestens bei Rückkehr in die Schule ist eine schriftliche Entschuldigung vorzulegen, aus der Dauer und Grund des Fehlens ersichtlich sind. Die Entschuldigung kann auch mittels digitalem Dokument in einer von der Schulaufsichtsbehörde bereitgestellten oder zugelassenen geschützten elektronischen Umgebung erfolgen.

(3) Bei Fehlen infolge Krankheit oder bei sonstigen Schulversäumnissen eines Berufsschülers haben die in § 2 dieser Schulordnung Genannten innerhalb einer Woche bei der Schule den Schüler schriftlich krank zu melden bzw. den Grund des Fernbleibens schriftlich mitzuteilen. Die Entschuldigung kann auch mittels digitalem Dokument in einer von der Schulaufsichtsbehörde bereitgestellten oder zugelassenen geschützten elektronischen Umgebung erfolgen.

(4) In Zweifelsfällen kann der Schulleiter die Vorlage eines ärztlichen oder amtsärztlichen Zeugnisses verlangen, dessen Kosten die zur Vorlage Verpflichteten zu tragen haben. § 7 Abs. 2 Satz 2 dieser Schulordnung gilt entsprechend.

(5) Der Schulleiter hat einen Schüler, der Förderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz erhält, am 4. Tage unentschuldigten Fehlens den für die Gewährung von Ausbildungsförderung zuständigen Ämtern für Ausbildungsförderung bei den Landkreisen bzw. bei der Landeshauptstadt Saarbrücken (zugleich für den Regionalverband Saarbrücken) zu melden.

§ 9

Beurlaubung

(1) Urlaub vom Besuch der Schule darf nur in Ausnahmefällen gewährt werden. Er ist rechtzeitig beim Klassenlehrer zu beantragen.

(2) In den allgemeinbildenden Schulen und den beruflichen Vollzeitschulen wird Urlaub bis zu drei Tagen im Monat vom Klassenlehrer, bis zu zwei Wochen im Kalendervierteljahr vom Schulleiter, darüber hinaus von der Schulaufsichtsbehörde erteilt.

(3) In der Berufsschule wird der Urlaub für einen Schultag vom Klassenlehrer, bis zu fünf aufeinander folgenden Schultagen durch den Schulleiter, darüber hinaus durch den Minister für Kultus, Bildung und Sport erteilt.

(4) Für die Erteilung von Urlaub unmittelbar vor oder nach den Ferien ist der Schulleiter zuständig, soweit nicht die Schulaufsichtsbehörde zuständig ist.

§ 10

Eigentum an Schülerarbeiten und Prüfungsarbeiten, Aufbewahrung und Rückgabe

(1) Schulhefte, Schülerzeichnungen und sonstige von den Schülern gefertigte Arbeiten sind Eigentum der Schüler. Die Schule kann Arbeiten, die im oder für den Unterricht angefertigt worden sind, zeitweilig einbehalten, muss sie jedoch nach angemessener Zeit den Schülern aushändigen (vgl. Abs. 3).

(2) Als Lehr- und Lernmittel angefertigte Gemeinschafts- oder Einzelarbeiten sowie Prüfungsarbeiten gehen in das Eigentum der Schule über. Das Gleiche gilt für Arbeiten, die von Schülern zweckbestimmt für die Schule angefertigt worden sind (z.B. Wand- oder Fensterschmuck sowie Lehr- und Anschauungsmaterial). Sofern ein berechtigtes Interesse dargetan wird, kann ausnahmsweise auf Kosten des Prüflings eine Fotokopie seiner Prüfungsarbeiten gefertigt werden, wenn sichergestellt werden kann, dass Korrektur- und Bewertungsvermerke nicht mit erfasst werden.

(3) Schülerarbeiten sind in der Regel am Ende des Schuljahres, falls ein Schüler früher ausscheidet, zu diesem Zeitpunkt zurückzugeben.

Aus wichtigen Gründen kann die Schule auf Anordnung des Schulleiters Schülerarbeiten über das Ende des Schuljahres, in dem sie angefertigt wurden - längstens bis zur Dauer von zwei weiteren Jahren -, einbehalten. Wichtige Gründe, die eine derartige Anordnung rechtfertigen, sind insbesondere in folgenden Fällen gegeben: Verhütung missbräuchlicher Benutzung, Kontrolle der Entwicklung des Schülers, Verwendung bei Ausstellungen der Schule oder Beweissicherung. Nach Ablauf der verlängerten Einbehaltungszeit sind die Schülerarbeiten auf Verlangen zurückzugeben. Vor Ablauf der Einbehaltungszeiten nach Satz 1 und 2 sind Schülerarbeiten auf Verlangen zurückzugeben, wenn ein berechtigtes Interesse an der Rückgabe dargetan wird (z. B. Vorlage von Zeichnungen bei einer Bewerbung). Dieses Recht auf Rückgabe besteht nicht, wenn zwingende öffentliche Interessen entgegenstehen.

Schülerarbeiten, die innerhalb eines halben Jahres nach Ablauf der Einbehaltungszeiten nicht abgeholt sind, können auf Anordnung des Schulleiters vernichtet werden.

(4) Für die Aufbewahrung von Prüfungsarbeiten gilt § 10 der Verordnung über die Erhebung, Verarbeitung und sonstige Nutzung personenbezogener Daten in den Schulen vom 3. November 1986 in der jeweils geltenden Fassung.

§ 11

Versetzungen, Prüfung und anderes

(1) Die Klassenkonferenz bzw. Jahrgangskonferenz entscheidet über die Versetzung eines Schülers. Entscheidend ist, ob unter Würdigung der Gesamtleistung des Fleißes und der Reife des Schülers damit gerechnet werden kann, dass er in der nächsthöheren Klasse bzw. Jahrgangsstufe erfolgreich mitarbeiten wird. Mangelhafte oder ungenügende Leistungen, für die kein zulässiger Ausgleich besteht, können eine Versetzung ausschließen. Versetzung oder Nichtversetzung ist im Zeugnis zu vermerken. Nach näherer Bestimmung der Versetzungsordnung kann bei Vorliegen besonderer Voraussetzungen der Beschluss über die Versetzung hinausgeschoben und dem Schüler die Teilnahme am Unterricht der nächsthöheren Klasse, längstens bis zum Ablauf des ersten Schulhalbjahres gestattet werden. Versetzungen auf Probe sind unzulässig. Für nachträgliche Versetzungen gilt § 11a.

(2) Ist die Versetzung eines Schülers gefährdet, so werden die Erziehungsberechtigten bzw. der volljährige Schüler durch einen Vermerk im Halbjahreszeugnis oder schriftlich oder mittels digitalem Dokument in einer von der Schulaufsichtsbehörde bereitgestellten oder zugelassenen geschützten elektronischen Umgebung spätestens zwei Monate vor dem letzten Unterrichtstag des Schuljahres verständigt.

Aus dem Fehlen einer entsprechenden Benachrichtigung kann ein Recht auf Versetzung nicht hergeleitet werden.

(3) Ein Schüler kann bereits vor dem Versetzungstermin durch Beschluss der Klassenkonferenz und im Einverständnis mit den Erziehungsberechtigten bzw. mit dem volljährigen Schüler in die vorhergehende Klasse zurückgestuft werden.

(4) Liegen die Leistungen eines Schülers weit über dem Stand der Klasse, so kann die Gesamtkonferenz auf Antrag der Erziehungsberechtigten bzw. des volljährigen Schülers beschließen, dass er eine Klassenstufe überspringen darf.

(5) Ein Schüler muss in der Regel die Schule verlassen, wenn er zweimal in derselben Klasse oder in zwei aufeinander folgenden Klassenstufen nicht versetzt wurde, sofern es sich nicht um eine Pflichtschule handelt. Der Schüler darf vor Ablauf von drei Schuljahren in keine Schule der gleichen Schulform aufgenommen werden.

(6) Einzelheiten über Zeugniserteilung, Versetzung und Prüfungen sind für die einzelnen Schulformen bzw. Schultypen in der jeweiligen Schul- oder Prüfungsordnung geregelt.

(7) Das Verfahren des Vorrückens in Jahrgangsstufe 11 der gymnasialen Oberstufe sowie Einzelheiten der Zeugniserteilung werden abweichend durch eigene Ordnung geregelt.

§ 11a

Nachträgliche Versetzung

(1) Eine nachträgliche Versetzung ist in den Klassenstufen 6 bis 10 der allgemeinbildenden Schulen auf Antrag unter den nachfolgend genannten Voraussetzungen möglich.

(2) Wird ein Schüler, der die betreffende Klassenstufe nicht bereits einmal wiederholt hat, nicht versetzt, ist ihm die Teilnahme an einer Nachprüfung in einem Fach oder Lernbereich zu ermöglichen, dessen Note im Jahreszeugnis "mangelhaft" oder "ungenügend" lautet, wenn er bei Vorliegen mindestens ausreichender Leistungen in diesem Fach oder Lernbereich versetzt worden wäre.

Eine Nachprüfung ist nicht möglich in einem Fach oder Lernbereich, in dem ausweislich des Jahreszeugnisses die Leistung wegen Leistungsverweigerung des Schülers "nicht feststellbar" war.

(2a) Innerhalb zweier aufeinander folgenden Klassenstufen kann nur einmal von der Möglichkeit einer Nachprüfung Gebrauch gemacht werden.

- (3) Die Nachprüfung erfolgt bis zum Ende der ersten vollen Unterrichtswoche des neuen Schuljahres.
- (4) Von der Möglichkeit, sich einer Nachprüfung zu unterziehen und vom Termin der Nachprüfung sind die Erziehungsberechtigten, bei Volljährigen diese selbst, unverzüglich nach der Entscheidung der Versetzungskonferenz schriftlich oder mittels digitalem Dokument in einer von der Schulaufsichtsbehörde bereitgestellten oder zugelassenen geschützten elektronischen Umgebung zu unterrichten. Sie sind zugleich aufzufordern, unverzüglich, spätestens in der ersten Woche nach Beginn der Ferien, zu erklären, ob von der Möglichkeit der Nachprüfung Gebrauch gemacht wird oder nicht.
- (5) Die Prüfung zur nachträglichen Versetzung bezieht sich auf den gesamten verbindlichen und durchgenommenen Unterrichtsstoff des jeweiligen Faches im vorausgegangenen Schuljahr; eine weitere Absprache von Inhalten ist nicht zulässig.
- (6) In den Fächern oder Lernbereichen, in denen Klassen- oder Kursarbeiten geschrieben werden, erfolgt die Prüfung zur nachträglichen Versetzung in schriftlicher Form. Für die schriftliche Arbeit sind zwei Unterrichtsstunden vorzusehen. Der Schulleiter überträgt die Durchführung der Prüfung einem Fachlehrer. Eine Zweitkorrektur ist vorzusehen. Die beiden Korrektoren legen die Note fest; können sie sich nicht einigen, entscheidet der Schulleiter oder eine von ihm beauftragte Lehrkraft.
- (7) In den übrigen Fächern oder Lernbereichen erfolgt die Prüfung zur nachträglichen Versetzung in mündlicher Form. Sie dauert in der Regel 20 Minuten. An ihr nehmen neben dem vom Schulleiter benannten Fachlehrer der Schulleiter oder eine von ihm beauftragte Lehrkraft als Vorsitzender und eine weitere, in dem betreffenden Fach unterrichtende Lehrkraft als Protokollführer teil. Die Note der Prüfung legen der Fachlehrer, die weitere Lehrkraft und der Vorsitzende auf Vorschlag des Fachlehrers mit Stimmenmehrheit fest.
- (8) Besteht der Schüler die Prüfung, ist auf der Rückseite des Jahreszeugnisses ein Vermerk darüber aufzunehmen, dass die Nachprüfung bestanden wurde und er in die nächsthöhere Jahrgangsstufe aufsteigen darf. Eine Änderung von Zeugnisnoten erfolgt nicht.
- (9) Am Ende der Klassenstufe 10 kann eine Nachprüfung nur zum Zwecke des Erwerbs eines Gleichstellungsvermerkes mit dem mittleren Bildungsabschluss abgelegt werden. Auf diesem Weg kann keine Berechtigung zum Eintritt in die Hauptphase der gymnasialen Oberstufe erworben werden.

IV. Verhalten und Betätigung der Schüler

§ 12

Schülervertretung (§ 24 SchuMG)

Die Schülervertretung dient der Vertretung von Interessen der Schüler in der Schule, der Beteiligung an den schulischen Gremien sowie der Durchführung übertragbarer und selbstgewählter Aufgaben im Rahmen der Unterrichts- und Erziehungsaufgabe der Schule. Sie soll an der Planung von Einzelveranstaltungen der Schule, die der Erweiterung des Unterrichtsangebotes dienen, beteiligt werden.

Die Schülervertretung besitzt kein politisches Mandat. Die Bildung und Betätigung politischer Schülergruppen im Rahmen der Schülervertretung ist unzulässig.

§ 13

Schülervereinigungen, Schulzeitung, Schülerzeitungen.

(1) Schüler können mit Zustimmung des Schulleiters Arbeitsgemeinschaften, Spielgruppen und Schülervereinigungen bilden, denen Schulräume nach Möglichkeit zur Verfügung gestellt werden. Die Bildung und Betätigung politischer Schülergruppen in der Schule ist unzulässig.

(2) Falls die Schulleitung eine Schulzeitung herausgibt, ist es wünschenswert, dass die Schüler daran mitarbeiten.

(3) Schülerzeitungen sind periodische Druckschriften, die von Schülern saarländischer Schulen für Schüler einer oder mehrerer Schulen im Saarland redigiert und herausgegeben werden.

Schülerzeitungen stehen außerhalb der Verantwortung der Schule; eine Zensur findet nicht statt. Es ist erwünscht, dass sich die Redaktionen der Schülerzeitungen einen Lehrer als freiwilligen Berater wählen und mit den in der Schülervertretung tätigen Schülern zusammenarbeiten. Die Schülerzeitung darf nur Beiträge enthalten, die von Schülern oder Lehrern einer Schule verantwortlich bearbeitet sind. Die Verantwortung für Inhalt und Form einer Schülerzeitung tragen allein die Herausgeber und Redakteure. Die Schülerzeitung darf ohne vorherige Zustimmung des Schulleiters auf dem Schulgelände vertrieben werden, sofern Herausgeber und Redakteure sich zur Einhaltung der entsprechenden Bestimmungen der Allgemeinen Schulordnung über die Schülerzeitungen verpflichten.

(4) In der Schülerzeitung machen die Schüler im Rahmen des verfassungsmäßigen Erziehungsauftrages der Schule vom Grundrecht der freien Meinungsäußerung Gebrauch. Dieses Grundrecht findet seine Schranke dann, wenn eine Äußerung, die in der Schülerzeitung veröffentlicht werden soll, gegen das Grundgesetz, gegen die Verfassung

des Saarlandes oder gegen die allgemeinen Gesetze, insbesondere gegen die Pflicht der Schule zur parteipolitischen Neutralität oder gegen das Recht auf Achtung der persönlichen Ehre, verstößt. Die Herausgeber und Redakteure haben deshalb insbesondere darauf zu achten, dass die Veröffentlichungen nicht Vorurteile gegen Einzelne oder Gruppen wegen ihrer Rasse, ihres Volkstums, ihrer Religion oder Weltanschauung verursachen oder zu deren Herabsetzung Anlass geben können oder sittliche oder religiöse Gefühle verletzen. Eine weiter gehende Beschränkung findet nicht statt. Sie haben ferner sicherzustellen, dass in der Schülerzeitung die Grundsätze einer fairen Berichterstattung gewahrt bleiben. Sie müssen sich dabei auch ihrer Verantwortung gegenüber den jüngeren Schülern bewusst sein.

(5) Der Leiter der Schule hat auf die Wahrung der in Absatz 4 genannten Grundsätze zu achten; in der Erfüllung dieser Aufgabe wird er vom beratenden Lehrer unterstützt. Bei Verstößen gegen die Grundsätze des Absatzes 4, insbesondere bei Verletzung strafrechtlicher Bestimmungen, kann der Leiter der Schule den Vertrieb der Schülerzeitung von Bedingungen abhängig machen und, wenn diese nicht erfüllt werden, den Vertrieb auf dem Schulgelände und das Mitbringen untersagen. Vor einer Entscheidung nach Satz 2 ist ein Vermittlungsausschuss, der aus der Mitte der Schulkonferenz gebildet wird, mit der Angelegenheit zu befassen. Der Vermittlungsausschuss besteht aus drei oder sechs Mitgliedern; alle Gruppen der Schulkonferenz sind gleichmäßig zu berücksichtigen. Bei den in § 45 Abs. 2 Schulmitbestimmungsgesetz genannten Schulen tritt an die Stelle des Vermittlungsausschusses die Schulkonferenz.

(6) Schülervereinigungen im Sinne von Absatz 1 sowie die Schülervertretung der Schule können im Einzelfall mit jeweils vorheriger Zustimmung des Schulleiters aus aktuellem Anlass außerhalb der periodisch erscheinenden Schülerzeitung Druckschriften (Flugblätter) herausgeben und diese auf dem Schulgelände verteilen, sofern die in Absatz 4 genannten Grundsätze gewahrt sind.

§ 14

Verhalten der Schüler innerhalb und außerhalb der Schule

(1) Jeder Schüler hat sich so zu verhalten, dass die Aufgabe der Schule erfüllt und das Bildungsziel erreicht werden kann. Er hat alles zu unterlassen, was den Schulbetrieb oder die Ordnung der von ihm besuchten oder einer anderen Schule stören könnte; deshalb unterliegt insoweit auch das außerschulische Verhalten eines Schülers der Würdigung durch die Schule, wenn es die Verwirklichung der Aufgabe der Schule gefährdet.

(2) Im Rahmen des Schulverhältnisses hat der Schüler den Anordnungen des Leiters, der Lehrer und der Personen zu folgen, denen bestimmte Aufgaben in der Schule übertragen sind; dazu gehören auch Schüler, denen von der Schule ein besonderer Auftrag erteilt worden ist. Die Hausordnung ist zu beachten.

(2a) Es ist untersagt, gefährliche Gegenstände (insbesondere Waffen oder gleichgestellte Gegenstände) mit in die Schule, auf das Schulgelände oder zu Schulveranstaltungen zu bringen oder bei sich zu führen.

(3) Jeder Schüler ist für die pflegliche Behandlung der Einrichtungsgegenstände und Lehrmittel und für die Sauberkeit des Schulgeländes, des Schulgrundstücks und der sonstigen im Rahmen schulischer Veranstaltungen besuchten Einrichtungen mitverantwortlich. Schuldhaftes Verunreinigen und Beschädigen verpflichten zum Schadenersatz und können Erziehungsmaßnahmen oder Bestrafung nach sich ziehen.

(4) Während der Unterrichtszeit dürfen die Schüler das Schulgelände nur mit Genehmigung eines Lehrers verlassen; dies gilt auch für Pausen und Freistunden. Schülern der Klassen 10 bis 13 der allgemeinbildenden und beruflichen Schulen ist es freigestellt, die Schule in Freistunden und in den großen Pausen zu verlassen, sofern dies die Schulkonferenz beschließt.

Verlassen Schüler in den genannten Fällen das Schulgrundstück, so entfällt die Aufsichtspflicht der Schule. Die Verantwortung für das Verhalten der Schüler tragen in diesen Fällen ausschließlich die Erziehungsberechtigten.

(5) Bedient sich ein Schüler bei der Anfertigung eines geforderten Leistungsnachweises oder einer anderen zu bewertenden Leistung eines unerlaubten Hilfsmittels oder versucht in sonstiger Weise zu täuschen, so kann die Arbeit mit ungenügend bewertet oder das Fehlverhalten in anderer Weise geahndet werden.

(5a) Erbringt ein Schüler geforderte mündliche, schriftliche und/oder praktische Leistungen, die Grundlage für die Leistungsbeurteilung sind, aus ihm zurechenbaren Gründen (z. B. unentschuldigtes Fehlen, Verweigerung) nicht und ist deshalb keine hinreichende Grundlage für eine Leistungsbewertung gegeben, so liegt eine Leistungsverweigerung vor. Die verweigerte Leistung wird als "nicht feststellbar" festgehalten und für die Bildung der Zeugnisnoten und im Rahmen der geltenden Versetzungsbestimmungen wie die Note "ungenügend" gewertet.

(6) Innerhalb der Schulanlage und bei Schulveranstaltungen ist den Schülern der Genuss alkoholischer Getränke und sonstiger Rauschmittel nicht erlaubt. Bei Schulveranstaltungen außerhalb des Schulgrundstücks sowie bei Schulfesten in der Schule kann der Schulleiter oder der aufsichtsführende Lehrer Schülern, die das 16. Lebensjahr vollendet haben, den Genuss alkoholischer Getränke außer Branntwein oder branntweinhaltenen Getränken gestatten.

(7) Politische Werbung durch Wort, Schrift, Bild und Emblem, Tragen von Parteiabzeichen sowie parteipolitische Tätigkeit sind nur innerhalb des Unterrichts und schulischer Veranstaltungen sowie innerhalb des Schulbereichs unzulässig.

§ 15

Beschwerderecht

(1) Unabhängig von seinem Alter hat jeder Schüler, der sich in seinen Rechten beeinträchtigt sieht, das Recht zur Beschwerde. Die Schule muss sicherstellen, dass der Schüler Gelegenheit erhält, seine Beschwerden vorzutragen, und dass bei begründeten Beschwerden für Abhilfe gesorgt wird. Die Rechte der Eltern bleiben unberührt.

(2) Glaubt ein Schüler, dass ihm durch einen Lehrer Unrecht geschehen ist, soll er sich zunächst an diesen wenden; er kann dabei die Vermittlung des Klassenschülersprechers in Anspruch nehmen. Wenn er sich an den Schulleiter wenden will, so soll er ihm sein Anliegen möglichst erst am nächsten Tag vortragen. § 48 SchumG bleibt unberührt.

V. Erziehungsmaßnahmen und Schulstrafen

§ 16

Erziehungsmaßnahmen

(1) Die Wahl der Erziehungsmaßnahmen bleibt dem Lehrer überlassen. Unter Berücksichtigung erzieherischer Grundsätze soll er verantwortungsbewusst seine Wahl so treffen, dass sie der jeweiligen Situation und der Persönlichkeit des Schülers gleichermaßen gerecht wird.

(2) Besonders geeignet sind Erziehungsmaßnahmen, die dem Schüler bestimmte Pflichten auferlegen, insbesondere solche, die in der Wiedergutmachung eines angerichteten Schadens, der Entschuldigung für eine Kränkung oder in Kompensationshandlungen bestehen. Nacharbeiten unter Aufsicht ist als Erziehungsmaßnahme bei schuldhaften Lernrückständen zulässig. Die Erziehungsberechtigten sind vorher zu unterrichten.

§ 17

(weggefallen)

VI. Fürsorge für die Schüler

§ 18

Schulgesundheitspflege

(1) Erkrankt ein Schüler an einer Krankheit gemäß § 34 Abs. 1 des Infektionsschutzgesetzes vom 20. Juli 2000 (BGBl. I S. 1045), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 24. Dezember 2003 (BGBl. I S. 2954), in der jeweils geltenden Fassung (z. B. Diphtherie, Masern, Scharlach, Windpocken) oder ist er dessen verdächtig, darf er die dem Betrieb der Schule dienenden Räume nicht betreten, Einrichtungen der Schule nicht benutzen und an Veranstaltungen der Schule nicht teilnehmen, bis nach ärztlichem Urteil eine Weiterverbreitung der Krankheit durch ihn nicht mehr zu befürchten ist. Dies gilt auch im Falle der Verlausung.

(2) Gleiches gilt für Schüler, in deren Wohngemeinschaft nach ärztlichem Urteil eine Erkrankung gemäß § 34 Abs. 3 des Infektionsschutzgesetzes aufgetreten ist oder ein Verdacht auf eine dort aufgeführte Erkrankung besteht.

(3) Sofern ein Schüler Ausscheider gemäß § 34 Abs. 2 des Infektionsschutzgesetzes ist, darf er nur mit Zustimmung des Gesundheitsamtes und unter Beachtung der verfügbten Schutzmaßnahmen die dem Betrieb der Schule dienenden Räume betreten, Einrichtungen der Schule benutzen und an Veranstaltungen der Schule teilnehmen.

(4) Die Erziehungsberechtigten haben übertragbare Krankheiten im Sinne der Absätze 1 bis 3 unverzüglich der Schule zu melden.

(5) Die Vorschriften der Absätze 1 bis 3 gelten auch für Lehrkräfte, zur Vorbereitung auf den Beruf des Lehrers in Schulen tätige Personen, Schulbedienstete und in Schulgebäuden wohnende Personen.

(6) Die Schulleitung hat das Gesundheitsamt und die Schulaufsichtsbehörde über Tatsachen, die das Vorliegen eines der in § 34 Abs. 1 bis 3 des Infektionsschutzgesetzes aufgeführten Tatbestände annehmen lassen, unverzüglich zu unterrichten. Dies gilt auch beim Auftreten von zwei oder mehr gleichartigen, schwerwiegenden Erkrankungen, wenn als deren Ursache Krankheitserreger anzunehmen sind. Gegenüber dem Gesundheitsamt sind krankheits- und personenbezogene Angaben zu machen.

(7) Die Schulen arbeiten mit den Gesundheitsämtern bei der Gesundheitsförderung, der Gesundheitsberatung und dem Gesundheitsschutz im Rahmen ihrer Möglichkeiten zusammen. Das Gesundheitsamt kann im Einvernehmen mit der Schulleitung Reihenuntersuchungen und Untersuchungen aus besonderem Anlass durchführen. Zur Teilnahme sind alle Schüler verpflichtet; über Ausnahmen entscheidet das Gesundheitsamt.

(8) Die Schule unterstützt das Gesundheitsamt bei Maßnahmen zur Verbesserung des Impfschutzes und der Zahngesundheit bei Schülern.

(9) Soweit an Schulen Lebensmittel an Schüler oder sonstige Personen abgegeben werden, sind die lebensmittelrechtlichen und die Vorschriften insbesondere der §§ 42 und 43 des Infektionsschutzgesetzes zu beachten.

§ 19

Schulpsychologischer Dienst

Der Schulpsychologische Dienst fördert auf der Grundlage psychologischer Erkenntnisse und Methoden die pädagogische Arbeit an den Schulen und die Weiterentwicklung des Schulwesens. Er hat insbesondere die Aufgabe, Schülern, Erziehungsberechtigten und Lehrern bei der Lösung schulisch-erzieherischer Probleme behilflich zu sein und mit der Schule in Fragen der Schullaufbahnberatung zusammenzuarbeiten.

§ 20

Unfallverhütung und Schülerunfallversicherung

(1) Wer einen Schaden feststellt oder eine drohende Gefahr bemerkt, hat dies zur Verhütung von Unfällen sofort dem Schulleiter, einem Lehrer oder dem Hausmeister mitzuteilen.

(2) Sicherheits- und Unfallverhütungsvorschriften, Verbote und Anordnungen sind unbedingt zu befolgen.

(3) Das Baden und Schwimmen in freien Gewässern ist nur erlaubt, wenn die Erziehungsberechtigten vorher schriftlich ihr Einverständnis erklärt haben.

(4) Unfälle bei Schulveranstaltungen, auf dem Schulgelände und auf dem Schulweg sind unverzüglich dem Schulleiter zu melden, der bei Körperschaden eines Schülers unverzüglich dem zuständigen Träger der gesetzlichen Unfallversicherung eine Unfallmeldung nach Formblatt erstattet. Ist bei einem Schulunfall ein Schüler lebensgefährlich verletzt oder getötet worden, so ist dem zuständigen Unfallversicherungsträger und der Schulaufsichtsbehörde unverzüglich vorab fernmündlich Mitteilung zu machen.

VII. Haftung und Rechtsschutz

§ 21

Haftung der Schule

(1) Die Haftung in Schadensfällen bestimmt sich nach den dafür geltenden gesetzlichen Bestimmungen.

(2) Die Aufsichtspflicht der Schule erstreckt sich auf die Zeit, in der der Schüler durch Unterricht oder Schulveranstaltungen in Anspruch genommen wird, einschließlich einer angemessenen Zeit vor Beginn und nach Beendigung des Unterrichts oder der Schulveranstaltungen entsprechend den jeweiligen Erfordernissen.

Schüler bis einschließlich Klasse 13 sind, außer in den Fällen des § 14 Abs. 4, auch in Freistunden und Pausen zu beaufsichtigen. Fahrschüler dürfen, so lange sie auf einen Aufenthalt im Schulgebäude angewiesen sind, nicht ohne Aufsicht sein.

Das Nähere über die Aufsichtspflicht bestimmt sich nach dem Erlass vom 30. Mai 1971 (GMBL. Saar 1971, S. 471) in der jeweils geltenden Fassung.

(3) Für Wanderungen, Fahrten und Reisen jeder Art, die nicht von der Schule veranstaltet sind (Freizeitfahrten), sowie für empfohlene Besichtigungen, Theaterbesuche usw., an denen sich Schüler freiwillig außerhalb des Unterrichts beteiligen, kommt der Schule keine Verantwortung zu.

(4) Die Schule haftet nicht für das Abhandenkommen oder die Beschädigung von Gegenständen, die von den Schülern unnötig mitgebracht werden. Für Geld, wertvolles Pelzwerk und Wertgegenstände sowie für den Inhalt von Manteltaschen wird in keinem Fall Ersatz geleistet.

§ 22

Haftung der Schüler und der Erziehungsberechtigten

Für Schäden, die ein Schüler verursacht, sind der Schüler oder die Erziehungsberechtigten nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen verantwortlich. Das bezieht sich auch auf das dem Schüler anvertraute Schuleigentum.

§ 23

Rechtsschutz der Schüler und der Erziehungsberechtigten

(1) Lassen sich Meinungsverschiedenheiten zwischen Erziehungsberechtigten oder volljährigen Schülern und Lehrern nicht im Wege einer Aussprache beilegen, so haben die Erziehungsberechtigten oder die volljährigen Schüler

das Recht, bei der Schulaufsichtsbehörde Aufsichtsbeschwerde zu erheben. Die Aufsichtsbeschwerde soll bei der Schule eingelegt werden; die Schule übernimmt die Weiterleitung, soweit sie der Beschwerde nicht abhelfen möchte.

(2) Gegen schulische Entscheidungen, die Verwaltungsakte sind (z. B. Nichtversetzung), kann ferner beim Verwaltungsgericht des Saarlandes Klage erhoben werden; vor Erhebung einer Anfechtungs- oder Verpflichtungsklage muss Widerspruch bei der Schule eingelegt werden. Das Verfahren richtet sich nach der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) vom 21. Januar 1960 (Bundesgesetzbl. I S. 17) sowie dem Saarländischen Ausführungsgesetz zur Verwaltungsgerichtsordnung (AGVwGO) vom 5. Juli 1960 (Amtsbl. S. 558) in der jeweils geltenden Fassung. Die Lehrerkonferenz, gegen deren Entscheidung Widerspruch eingelegt wurde, prüft unverzüglich, ob sie dem Widerspruch statt gibt. Wird die abgelehnt, leitete der Schulleiter die Akten nebst einer Stellungnahme der Konferenz zu dem Vorbringen des Widerspruchs an die Schulaufsichtsbehörde weiter, die über den Widerspruch entscheidet. Das Nähere wird durch Erlass geregelt.

(3) Widerspruch und Anfechtungsklage gegen eine Ordnungsmaßnahme haben keine aufschiebende Wirkung. Rechtsbehelfe gegen eine Nichtversetzungsentscheidung haben nur für die daran gemäß § 11 Abs. 5 geknüpfte Auflösung des Schulverhältnisses aufschiebende Wirkung; die Wirkung der Nichtversetzungsentscheidung selbst wird durch den Rechtsbehelf nicht aufgeschoben.

VIII. Werbung, Sponsoring

§ 24

Werbung, Sponsoring

(1) Kommerzielle Werbung ist in Schulen grundsätzlich nicht zulässig. Gleiches gilt für die Weitergabe von Unterlagen über Schüler und Erziehungsberechtigte für Werbezwecke.

(2) Wird die Schule bei der Erfüllung ihres Unterrichts- und Erziehungsauftrags durch Zuwendungen Dritter unterstützt, so kann hierauf in geeigneter Weise hingewiesen werden (Sponsoring).

(3) Das Nähere wird durch Erlass geregelt.

IX. Pflichten der Erziehungsberechtigten und anderer

§ 25

Pflichten der Erziehungsberechtigten und der für die Berufsausbildung Verantwortlichen

(1) Die Erziehungsberechtigten haben dafür Sorge zu treffen, dass der Schulpflichtige am Unterricht und an den sonstigen Veranstaltungen der Schule regelmäßig teilnimmt und sich der Schulordnung fügt. Sie haben ferner den Schulpflichtigen im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit mit allem, was für einen geordneten Schulbetrieb unerlässlich ist, auszurüsten.

(2) Auszubildende, Leiter von Betrieben und deren Bevollmächtigte haben die Schulpflichtigen bei der zuständigen Berufsschule an- und abzumelden, ihnen die zur Erfüllung der Schulpflicht erforderliche Zeit zu gewähren und sie zur Erfüllung der Schulpflicht anzuhalten. Ferner haben sie der zuständigen Berufsschule innerhalb einer Woche zu melden, wenn das Berufsausbildungsverhältnis eines Berufsschulpflichtigen endet oder verlängert wird.

X. Übergangs- und Schlussbestimmungen

§ 26

Aufhebung und Weitergeltung von Bestimmungen

(1) Alle im Erlasswege ergangenen Regelungen, die dieser Schulordnung widersprechen, werden aufgehoben.

Auf den Erlass betreffend die Erklärung der Kultusministerkonferenz "Zur Stellung des Schülers in der Schule" pp. vom 12. Juni 1973 (GMBl. Saar 1973, S. 355) wird mit der Maßgabe verwiesen, dass die Vorschriften der Allgemeinen Schulordnung (ASchO) im Sinne dieser politischen, rechtlichen und pädagogischen Grundsätze zu verstehen und anzuwenden sind.

(2) Die zurzeit bestehenden Zeugnis-, Versetzungs- und Prüfungsordnungen (vgl. § 11 Abs. 6) bleiben in Kraft.

(3) Nach § 33 Abs. 1 SchoG in Verbindung mit § 47 SchuMG können eigene Schulordnungen (Hausordnungen) nötigenfalls zur Ergänzung dieser Schulordnung erlassen werden.

Bestehende Schulordnungen bleiben in Kraft, soweit sie dieser Schulordnung nicht widersprechen.

§ 27

In-Kraft-Treten

Die Schulordnung tritt am 1. Januar 1976 in Kraft.

Gesetz zur Ordnung des Schulwesens im Saarland
(Schulordnungsgesetz: SchoG)

Vom 5. Mai 1965 –
zuletzt geändert durch das Gesetz vom 10. Juli 2024 (Amtsbl. I S. 570, 610)

Inhaltsverzeichnis

Teil I - Aufgabe und Aufbau des Schulwesens

1. Abschnitt - Allgemeines

- § 1 Unterrichts- und Erziehungsauftrag, Inklusive Teilhabe, Schutzauftrag, Qualität der Schule
- § 2 Gliederung des Schulwesens
- § 3 Schulbegriff und Aufbau des Schulwesens
- § 3a Regelformen der allgemeinbildenden Schulen
- § 3b Regelformen der beruflichen Schulen
- § 4 Inklusive Schule
- § 4a Förderschulen, Förderzentren, Hausunterricht, Sonderunterricht und besondere Fördermaßnahmen
- § 4b Sprachfördermaßnahmen
- § 5 Weiterentwicklung des Schulwesens
- § 5a Ganztagschulen
- § 5b Schulsozialarbeit
- § 6 Besondere schulische Einrichtungen
- § 7 Öffentliche und private Schulen
- § 8 Geltungsausschluss

2. Abschnitt - Geordneter Schulbetrieb

- § 9 Geordneter Schulbetrieb

3. Abschnitt - Der Religionsunterricht

- § 10 Grundsätze
- § 11 Religionslehrerinnen und Religionslehrer
- § 12 Lehrplan und Lehrbücher
- § 13 Aufsicht über den Religionsunterricht
- § 14 Teilnahme am Religionsunterricht
- § 15 Religiöse Minderheit, allgemeine Ethik

4. Abschnitt - Sexualerziehung

- § 15a Sexualerziehung

Teil II - Die Schulen

1. Abschnitt - Allgemeine Rechtsverhältnisse

- § 16 Rechtsstellung
- § 17 Pädagogische Eigenverantwortung
- § 17a Einführung und Verwendung von Schulbüchern
- § 18 Bezeichnung
- § 19 Schulbezirk
- § 20 Schulgesundheitspflege
- § 20a Schulpsychologischer Dienst
- § 20b Verarbeitung von personenbezogenen Daten
- § 20c Wissenschaftliche Forschung in Schulen

- § 20d Durchführung laufender Landesstatistiken
- § 20e Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung

2. Abschnitt - Schulleitung, Lehrkräftekonferenzen und Schulkonferenz

- § 21 Schulleiterinnen und Schulleiter
- § 22 Vertretung der Schulleiterin oder des Schulleiters
- § 23 Lehrkräftekonferenzen
- § 24 Schulkonferenz

3. Abschnitt - Schulregionkonferenz, Landesschulkonferenz

- § 25 Schulregionkonferenz
- § 26 Landesschulkonferenz

4. Abschnitt - Lehrkräfte

- § 27 Rechtsstellung
- § 28 Aufgabe der Lehrkraft
- § 29 Ehrenamt und Lehrerbildung

4a. Abschnitt - Pädagogische Fachkräfte an Schulen

- § 29a Pädagogische Fachkräfte im Ganztagsbetrieb und in außerunterrichtlichen schulischen Bildungs- und Betreuungsangeboten

5. Abschnitt - Schülerinnen und Schüler

- § 30 Allgemeine Schulpflicht, Pflichten der Schülerinnen und Schüler
- § 31 Schulbesuch und Auswahl des Bildungsweges
- § 32 Ordnungsmaßnahmen
- § 33 Schul- und Prüfungsordnungen, Anerkennung von Abschlüssen
- § 34 Schülervvertretung
- § 35 Ferien

6. Abschnitt - Elternvertretung

- § 36 Elternvertretung

Teil III - Schulunterhaltung und Schulverwaltung

1. Abschnitt - Schulträger

- § 37 Grundsatz
- § 38 Gemeinden, Gemeindeverbände und das Land als Schulträger
- § 39 Schulverband als Schulträger
- § 40 Errichtung, Änderung und Auflösung öffentlicher Schulen

2. Abschnitt - Personalkosten

- § 41 Grundsatz
- § 42 Umfang der Personalkosten
- § 43 Klassenbildung

3. Abschnitt - Sachkosten

- § 44 Grundsatz
- § 45 Umfang der Sachkosten

- § 46 Sachleistungen, Verwaltungspersonal, Raumprogramm
- § 47 Anzeigepflichtige Verfügungen, Benutzung von Schulräumen
- § 48 Schulsachkostenbeiträge
- § 49 Schulbauten

4. Abschnitt - Erziehungsbeihilfen

- § 50 Erziehungsbeihilfen

5. Abschnitt - Kommunale Schulverwaltung

- § 51 Kommunale Schulverwaltung

Teil IV - Schulaufsicht

1. Abschnitt - Allgemeine Bestimmungen

- § 52 Inhalt und Aufgabe
- § 52a Notwendige Regelungen bei schwerwiegenden Gefahren für Leben und Gesundheit
- § 53 Fachliche Schulaufsichtsbeamtinnen und Schulaufsichtsbeamte
- § 54 Beteiligung der Kommunalaufsicht

2. Abschnitt - Schulaufsichtsbehörde

- § 55 – aufgehoben –
- § 56 – aufgehoben –
- § 57 Schulaufsichtsbehörde

Teil V - Übergangs- und Schlussvorschriften

- § 58 Wechsel des Dienstherrn
- § 59 Wechsel des Schulträgers infolge gesetzlicher Regelung
- § 59a – aufgehoben –
- § 60 Vertragsvereinbarungen und Verpflichtungen Dritter
- § 61 Aufhebung von Vorschriften
- § 62 Durchführungsbestimmungen
- § 63 Übergangsvorschriften für die Einführung der Gemeinschaftsschule
- § 63a Übergangsvorschriften zur inklusiven Schule
- § 63b Übergangsvorschriften zur Einführung des neunjährigen Gymnasiums
- § 64 Inkrafttreten

Teil I

Aufgabe und Aufbau des Schulwesens

1. Abschnitt

Allgemeines

§ 1

Unterrichts- und Erziehungsauftrag, Inklusive Teilhabe, Schutzauftrag, Qualität der Schule

(1) Der Auftrag der Schule bestimmt sich daraus, dass jeder junge Mensch ohne Rücksicht auf Herkunft oder wirtschaftliche Lage das Recht auf eine seinen Anlagen und Fähigkeiten entsprechende Erziehung, Unterrichtung und Ausbildung hat und dass er zur Übernahme von Verantwortung und zur Wahrnehmung von Rechten und Pflichten in Staat und Gesellschaft vorbereitet werden muss.

(2) Alle Schülerinnen und Schüler sollen entsprechend ihren Fähigkeiten sowie unabhängig von ihrer ethnischen, kulturellen oder sozialen Herkunft grundsätzlich gleichberechtigt, ungehindert und barrierefrei an den Angeboten des Bildungssystems teilhaben können. Dabei hat die Schule durch Erziehung und Unterricht die Schülerinnen und Schüler auch zur Selbstbestimmung in Verantwortung vor Gott und den Mitmenschen, zur Anerkennung ethischer Normen, zur Achtung vor der Überzeugung anderer, zur Erfüllung ihrer Pflichten in Familie, Beruf und der sie umgebenden Gemeinschaft, zu sorgsamem Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen, zur Übernahme der sozialen und politischen Aufgaben von Bürgerinnen und Bürgern im freiheitlich-demokratischen und sozialen Rechtsstaat und zur Mitwirkung an der Gestaltung der Gesellschaft im Sinne der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu befähigen und sie zu der verpflichtenden Idee des friedlichen Zusammenlebens der Völker hinzuführen.

(2a) Die Schule unterrichtet und erzieht die Schülerinnen und Schüler bei gebührender Rücksichtnahme auf die Empfindungen anders denkender Schülerinnen und Schüler auf der Grundlage christlicher Bildungs- und Kulturwerte. Der Erziehungsauftrag ist in der Art zu erfüllen, dass durch politische, religiöse, weltanschauliche oder ähnliche äußere Bekundungen weder die Neutralität des Landes gegenüber Schülerinnen und Schülern und Eltern noch der politische, religiöse oder weltanschauliche Schulfrieden gefährdet oder gestört werden.

(2b) Im Rahmen ihres Unterrichts- und Erziehungsauftrages trägt die Schule in Wahrnehmung ihrer Fürsorgepflicht für den Schutz der Kinder vor Gewalt, Vernachlässigung, Ausbeutung sowie leiblicher, geistiger oder sittlicher Verwahrlosung Sorge. Der Schutzauftrag der Schulen gemäß Satz 1 erstreckt sich dabei insbesondere auch auf gegebenenfalls eingerichtete außerunterrichtliche Bildungs- und Betreuungsangebote unter schulischer Aufsicht. Zur Gewährleistung des Schutzauftrages erstellt jede Schule ein Schutzkonzept, das auch die außerunterrichtlichen Bildungs- und Betreuungsangebote gemäß Satz 2 umfasst. Im Rahmen der Umsetzung der Schutzkonzepte in den Schulen richtet das Ministerium für Bildung und Kultur eine zentrale Ansprech- und Beschwerdestelle "Sexualisierte Gewalt in Schulen" ein. Diese nimmt Beschwerden und Hinweise im Kontext sexualisierter Gewalt in Schulen entgegen. Sie ist berechtigt zur Konkretisierung des Vorbringens mit dem Beschwerdeführer beziehungsweise Hinweisgeber in Kontakt zu treten, zu darüberhinausgehenden Ermittlungen ist die Ansprech- und Beschwerdestelle nicht befugt; bestehende schulaufsichtliche, arbeitsrechtliche, disziplinar- und dienstrechtliche Befugnisse des Ministeriums für Bildung und Kultur bleiben hiervon unberührt.

Die Ansprech- und Beschwerdestelle ist zu diesen Zwecken berechtigt, Daten, die im Zusammenhang mit Satz 5 und 6 bekannt werden, an die jeweils zuständige Stelle im Ministerium für Bildung und Kultur weiterzugeben. Bei gewichtigen Anhaltspunkten für das Vorliegen eines Verdachts auf Kindeswohlgefährdung beziehungsweise bei Vorliegen von zureichenden tatsächlichen Anhaltspunkten für eine verfolgbare Straftat ist die Ansprech- und Beschwerdestelle befugt, die zur Ahndung und Verfolgung zuständigen Stellen zu benachrichtigen und die ihr vorliegenden Erkenntnisse dorthin weiterzugeben. Im für die Aufgabenerfüllung erforderlichen Umfang darf die Stelle auch besondere Kategorien personenbezogener Daten nach Artikel 9 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 (Datenschutz-Grundverordnung) verarbeiten. Das Nähere zu Aufgaben, Organisation und Zusammenarbeit mit anderen Stellen, insbesondere zu den zu benachrichtigenden Stellen sowie Zeitpunkt beziehungsweise Anlass der Benachrichtigung, ebenso wie angemessene und spezifische Vorgaben zur Berücksichtigung der Interessen der betroffenen Personen regelt das Ministerium für Bildung und Kultur durch Rechtsverordnung.

(3) Bei der Erfüllung ihres Auftrages hat die Schule das Elternrecht zu achten.

(4) Die Schulen sind zur stetigen Entwicklung und Sicherung der Qualität ihrer Bildungs- und Erziehungsarbeit verpflichtet. Die Schulaufsichtsbehörde unterstützt sie bei der Erfüllung dieser Aufgabe.

(5) Die für den Unterricht erforderlichen Richtlinien müssen dem Erziehungs- und Unterrichtsauftrag der Schule entsprechen.

§ 2

Gliederung des Schulwesens

(1) Die Gliederung des Schulwesens wird insbesondere durch die Besonderheiten der Altersstufen, die Vielfalt der Anlagen und Fähigkeiten und die Mannigfaltigkeit der Lebens- und Berufsaufgaben bestimmt. Für Übergangsmöglichkeiten unter den verschiedenen Schulformen ist zu sorgen.

(2) Bei der Gestaltung und Gliederung des Schulwesens ist den Erkenntnissen der Wissenschaft Rechnung zu tragen und darauf zu achten, dass die Einheit des deutschen Schulwesens gewahrt wird.

(3) Das Schulwesen des Landes wird nach Gebietsteilen in Schulregionen aufgegliedert.

In der Schulregion sollen

1. das Bildungsangebot die Struktur und den Umfang des Gebietsteiles berücksichtigen und darüber hinaus dem Einzelnen den bestmöglichen Zugang zu Bildungseinrichtungen gewährleisten, die seiner Eignung und Neigung entsprechen,
2. Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler, Erziehungsberechtigte und Schulträger im Rahmen der staatlichen Schulaufsicht (§ 52) bei der inneren und äußeren Gestaltung der Schulregion zusammenwirken. Das Nähere wird im Schulmitbestimmungsgesetz (SchumG) geregelt.

(4) Die Schulaufsichtsbehörde wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Ministerium für Inneres und Sport durch Rechtsverordnung die Aufgliederung des Landes in Schulregionen vorzunehmen.

§ 3

Schulbegriff und Aufbau des Schulwesens

(1) Schulen im Sinne dieses Gesetzes sind alle auf Dauer bestimmten Unterrichtseinrichtungen, in denen unabhängig vom Wechsel der Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler durch planmäßige und methodische Unterweisung in einer Mehrzahl von Fächern bestimmte Bildungs- und Erziehungsziele erreicht werden sollen.

(2) Das öffentliche Schulwesen gliedert sich in allgemeinbildende (Grundschule, Gemeinschaftsschule, Gymnasium) und berufliche Regelschulformen (Berufsschulen, Berufsfachschulen, Fachschulen und Fachoberschulen). In pädagogischer Hinsicht sind die Schulformen in die Primarstufe, die Sekundarstufe I und die Sekundarstufe II gegliedert.

(3) Die Schulen der verschiedenen Stufen können als selbstständige Schulen geführt werden.

§ 3a

Regelformen der allgemeinbildenden Schulen

(1) Die Grundschule ist die Schule, die von allen Kindern nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften über die Schulpflicht besucht werden muss. Sie führt in schulisches Lernen ein und legt die Grundlage für die weitere Bildung. Die Grundschule umfasst die Klassenstufen 1 bis 4. Die Klassenstufen 1 und 2 (Schuleingangsphase) werden von den Schülerinnen und Schülern in einem Zeitraum von ein bis drei Schuljahren durchlaufen (flexible Verweildauer). Es kann jahrgangs- und klassenübergreifend unterrichtet werden. Eine Versetzungsentscheidung findet erstmals am Ende der Klassenstufe 3 statt.

(2) Die Gemeinschaftsschule vermittelt eine erweiterte und vertiefte allgemeine Bildung, die zugleich Grundlage einer Berufsausbildung oder weiterführender berufsbezogener oder studienbezogener Bildungsgänge ist. Sie bildet eine pädagogische und organisatorische Einheit, an der mit dem erfolgreichen Abschluss der Klassenstufe 9 der Hauptschulabschluss, nach erfolgreichem Besuch der Klassenstufe 10 der mittlere Bildungsabschluss und bei entsprechender Qualifikation die Berechtigung zum Eintritt in die gymnasiale Oberstufe sowie bei deren erfolgreichem Abschluss die allgemeine Hochschulreife erworben wird, die zum Studium an einer Hochschule berechtigt; die Abschlüsse berechtigen auch zum Eintritt in berufsbezogene Bildungsgänge. Die Schülerinnen und Schüler, die den Hauptschulabschluss anstreben, schließen die Klassenstufe 9, die Schülerinnen und Schüler, die den mittleren Bildungsabschluss anstreben, schließen die Klassenstufe 10 mit einer Abschlussprüfung ab.

Der Unterricht findet im Klassenverband und in Kursgruppen statt. Die Kursgruppen werden nach Leistungsfähigkeit und Neigung der Schülerinnen und Schüler gebildet. Über Beginn und Umfang der äußeren Fachleistungsdifferenzierung ab der Klassenstufe 7 entscheidet die Schulkonferenz auf Vorschlag der Gesamtkonferenz im Rahmen ihres pädagogischen Konzepts und der personellen und sächlichen Gegebenheiten auf der Grundlage der geltenden schulrechtlichen Regelungen.

Die Gemeinschaftsschule verfügt über eine eigene gymnasiale Oberstufe am Standort oder kooperiert in Oberstufenverbänden insbesondere mit anderen Gemeinschaftsschulen oder mit grundständigen Gymnasien, Oberstufengymnasien und gymnasialen Oberstufen mit berufsbezogenen Fachrichtungen an öffentlichen Berufsbildungszentren. Sie bietet so selbst die Berechtigungen der Sekundarstufe II und nach Klassenstufe 13 die allgemeine Hochschulreife an.

Die gymnasiale Oberstufe der Gemeinschaftsschule umfasst eine einjährige Einführungsphase und eine zweijährige Hauptphase. Im Übrigen gelten die für die Oberstufe des Gymnasiums in Absatz 4 genannten Voraussetzungen.

(3) In der Gemeinschaftsschule und dem Gymnasium dienen die Klassenstufen 5 und 6 im Hinblick auf den weiteren Bildungsweg der Schülerin oder des Schülers einer besonderen Beobachtung, Förderung und Orientierung. Diese Klassenstufen sind durch ein besonderes Maß an Durchlässigkeit gekennzeichnet. Vor einer Einstufung oder Umstufung oder einem möglichen Wechsel zu einer Schule einer anderen Schulform erfolgt eine Beratung der Erziehungsberechtigten. Bis einschließlich Klassenstufe 8 rücken die Schülerinnen und Schüler der Gemeinschaftsschule in der Regel ohne Versetzungsentscheidung auf. Die Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums steigen von Klassenstufe 5 nach Klassenstufe 6 in der Regel ohne Versetzungsentscheidung auf; eine Versetzungsentscheidung findet erstmals am Ende der Klassenstufe 6 statt.

(4) Das Gymnasium umfasst die Jahrgangsstufen 5 bis 13. Es vermittelt eine erweiterte und vertiefte allgemeine Bildung. Der erfolgreiche Abschluss des Gymnasiums vermittelt die allgemeine Hochschulreife und berechtigt zum Studium an einer Hochschule; er berechtigt auch zum Eintritt in berufsbezogene Bildungsgänge.

Die Dauer des Besuchs der Oberstufe des Gymnasiums beträgt für die einzelne Schülerin und den einzelnen Schüler mindestens zweieinhalb und höchstens vier Jahre, die in Schulhalbjahre aufgegliedert werden; die Möglichkeit, eine nicht bestandene Abiturprüfung nach weiterem Schulbesuch zu wiederholen, bleibt unberührt. In Ausnahmefällen, insbesondere bei längerem Unterrichtsversäumnis infolge Krankheit oder anderer nicht zu vertretender Umstände, kann die Dauer des Besuchs der Oberstufe des Gymnasiums angemessen verlängert werden.

In der Oberstufe des Gymnasiums werden die Schülerinnen und Schüler nach einer einjährigen Einführungsphase zwei Jahre in einem Kurssystem unterrichtet, in dem sie nach ihrer Neigung, Begabung und Leistungsbereitschaft in Kursen des Pflicht- und Wahlbereichs im Rahmen der zulässigen Fächerkombinationen und des schulischen Angebotes Schwerpunkte in ihrer schulischen Bildung setzen. Neben studienbezogenen Bildungsinhalten können auch berufsbezogene Bildungsinhalte vermittelt werden.

Die im Kurssystem und im Abitur erbrachten Leistungen werden in einem Notensystem bewertet, dem ein Punktesystem zugeordnet ist; die aus dem Kurssystem - zu berücksichtigenden Leistungen und die Leistungen im Abitur werden zu einer Gesamtqualifikation zusammengefasst. Die Schülerin oder der Schüler wird zur Abiturprüfung zugelassen, wenn sie oder er die in der Prüfungsordnung festgelegten Mindestanforderungen erfüllt hat.

Die Schulaufsichtsbehörde wird ermächtigt, Ziele, Inhalt und Struktur der Oberstufe des Gymnasiums durch Rechtsverordnung zu regeln. Sie kann ferner durch Rechtsverordnung bestimmen, dass eine Schülerin oder ein Schüler aufgrund eines Beschlusses der Konferenz der sie oder ihn unterrichtenden Lehrkräfte unter Vorsitz der Schulleiterin oder des Schulleiters oder einer Vertretung beziehungsweise aufgrund eines Beschlusses der Abiturprüfungskommission aus der Schule und der Schulform zum Ende des Schulhalbjahres ausscheidet, in dem festgestellt wird, dass sie oder er innerhalb der in Satz 4 genannten zulässigen Höchstdauer die gymnasiale Oberstufe des Gymnasiums nicht mehr erfolgreich abschließen kann.

Die für das Deutsch-Französische Gymnasium getroffenen Regelungen bleiben unberührt.

§ 3b

Regelformen der beruflichen Schulen

(1) An der Berufsschule werden der Bildungsgang in der dualen Berufsausbildung und der Bildungsgang der Ausbildungsvorbereitung geführt. Im Bildungsgang in der Berufsschule in der dualen Berufsausbildung werden Schülerinnen und Schüler mit dem Ziel unterrichtet, ihnen im Rahmen der beruflichen Erstausbildung für eine berufliche Tätigkeit vorwiegend berufsbezogene Kenntnisse, Fertigkeiten und Fähigkeiten (berufliche Handlungskompetenz) zu vermitteln und ihre vorher erworbene allgemeine Bildung berufsbezogen zu erweitern. Die Dauer des Bildungsgangs in der Berufsschule entspricht der Regelausbildungsdauer des jeweiligen Ausbildungsberufs in der dualen Berufsausbildung. Der Bildungsgang der Ausbildungsvorbereitung an der Berufsschule bereitet Schülerinnen und Schüler aufbauend auf der vorher erworbenen allgemeinen Bildung und der beruflichen Orientierung der allgemein bildenden Schulen vorwiegend auf die Aufnahme einer Ausbildung oder einer Berufstätigkeit vor; es wird eine nachhaltige berufliche Orientierung gefördert und vermittelt, um den Übergang in die Ausbildung oder die Berufstätigkeit zu erleichtern. Die Berufsschule schließt in ihren beiden Bildungsgängen mit einem Abschlussverfahren ab (Berufsschulabschluss, Abschluss der Ausbildungsvorbereitung). Darüber hinaus führt die Berufsschule aufbauend auf dem mittleren Bildungsabschluss in Verbindung mit einer mindestens dreijährigen erfolgreich abgeschlossenen Berufsausbildung über den Berufsschulabschluss, einen Fachhochschulreifeunterricht und eine Abschlussprüfung zu der zum Studium an einer Fachhochschule berechtigenden Fachhochschulreife.

(2) In der Berufsfachschule werden Schülerinnen und Schüler ohne berufliche Vorbildung durch Vermittlung der erforderlichen fachtheoretischen sowie fachpraktischen Kenntnisse und einer weiter gehenden und vertieften Allgemeinbildung auf eine Berufstätigkeit vorbereitet, in einen Beruf eingeführt oder für einen Beruf ausgebildet. Die Berufsfachschule schließt in der Regel mit einer Abschlussprüfung ab.

(3) In der Fachschule werden Schülerinnen und Schüler in der Regel nach einer beruflichen Erstausbildung und praktischer Bewährung mit dem Ziel unterrichtet, ihnen eine weiter gehende fachliche Qualifikation zu vermitteln. Die Fachschule schließt in der Regel mit einer Abschlussprüfung ab.

(4) In der Fachoberschule, die nach Fachbereichen gegliedert ist und innerhalb der Fachbereiche nach Fachrichtungen gegliedert sein kann, werden Schülerinnen und Schüler mit einem mittleren Bildungsabschluss in den Klassenstufen 11 und 12 unterrichtet. Der Besuch der Klassenstufe 11 kann durch eine fachbereichsbezogene bzw. fachrichtungsbezogene Berufsausbildung oder eine entsprechende hinreichende mehrjährige Berufserfahrung ersetzt werden; nach Maßgabe dieser Voraussetzungen kann die Fachoberschule auf die Klassenstufe 12 beschränkt werden. Die Fachoberschule schließt mit einer Abschlussprüfung ab und vermittelt die zum Studium an einer Fachhochschule berechtigende Fachhochschulreife.

(5) Berufliche Schulen sind in der Regel unter einer Leitung und mit übergreifendem Lehrkräfteeinsatz in Form eines Berufsbildungszentrums zusammengefasst. An Berufsbildungszentren kann zudem eine gymnasiale Oberstufe mit berufsbezogenen Fachrichtungen eingerichtet werden, in der die Schülerinnen und Schüler nach einer einjährigen Einführungsphase zwei Jahre in einem Kurssystem unterrichtet werden; die in § 3a Abs. 4 für die Oberstufe des Gymnasiums getroffenen Regelungen finden entsprechende Anwendung.

§ 4

Inklusive Schule

(1) Die öffentlichen Schulen der Regelform sind inklusive Schulen. Sie ermöglichen grundsätzlich allen Schülerinnen und Schülern einen gleichberechtigten und ungehinderten Zugang. Die Barrierefreiheit ist im Saarländischen Behindertengleichstellungsgesetz vom 26. November 2003 (Amtsbl. S. 2987), geändert durch das Gesetz vom 15. Februar 2006 (Amtsbl. S. 474), in der jeweils geltenden Fassung geregelt. Die §§ 3a und 3b bleiben hiervon unberührt.

(2) Näheres regelt die Schulaufsichtsbehörde im Einvernehmen mit dem Ministerium für Inneres und Sport durch Rechtsverordnung, in der auch Vorschriften über die Voraussetzungen für eine sonderpädagogische Unterstützung insbesondere in den Förderschwerpunkten geistige Entwicklung, körperliche und motorische Entwicklung, Sehen und Hören sowie Sprache, über das förderdiagnostische Vorgehen, über die Zusammenarbeit und die Verteilung der Aufgaben zwischen den Lehrkräften, insbesondere mit unterschiedlichen Lehrbefähigungen, sowie zur Anerkennung des Vorliegens der Voraussetzungen und zum Verfahren enthalten sind.

(3) Ob die Schülerinnen und Schüler eine Schule der Regelform oder eine Förderschule besuchen, entscheiden grundsätzlich die Erziehungsberechtigten (§ 5 Absatz 4 Schulpflichtgesetz).

§ 4a

Förderschulen, Förderzentren, Hausunterricht, Sonderunterricht und besondere Fördermaßnahmen

(1) Förderschulen sollen gegliedert nach Förderschwerpunkten geführt werden (§ 4 Absatz 2). In einer Förderschule können Schülerinnen und Schüler nach der Anerkennung des Vorliegens der Voraussetzungen für eine sonderpädagogische Unterstützung - auch in unterschiedlichen Förderschwerpunkten gemeinsam - unterrichtet werden, insbesondere, wenn dadurch eine bessere Förderung zu erwarten ist.

(2) An Förderschulen, die einen Bildungsgang anbieten, in welchem nach den Lehrplänen der Schulen der Regelform unterrichtet wird (zielgleiche Unterrichtung), durchlaufen die Schülerinnen und Schüler dieses Bildungsgangs die Klassenstufen 1 und 2 (Schuleingangsphase) in einem Zeitraum von ein bis drei Schuljahren (flexible Verweildauer). Es kann jahrgangs- und klassenübergreifend unterrichtet werden.

(3) An Förderschulen erfolgt eine Versetzungsentscheidung erstmals am Ende der Klassenstufe 8.

(4) Die Förderschulen sollen

1. die Behinderung beheben oder deren Folgen mildern und dabei eine allgemeine Bildung vermitteln und auf die berufliche Bildung vorbereiten,
2. auf die Eingliederung der Schülerinnen und Schüler in die Schulen der Regelform hinwirken sowie
3. Erziehungsberechtigte von Schülerinnen und Schülern, bei denen die Voraussetzungen für eine sonderpädagogische Unterstützung vorliegen, beraten.

Die Förderschulen können nach Maßgabe ihres jeweiligen Unterrichts- und Erziehungsauftrags zu den in den Schulen der Regelform vorgesehenen Abschlüssen führen. Wenn die Anerkennung für eine sonderpädagogische Unterstützung aufgehoben wird, ist die Schülerin oder der Schüler in eine Schule der Regelform einzugliedern.

(5) Die Schulaufsichtsbehörde kann sonderpädagogische Förderzentren, auch als Beratungs- und Kompetenzzentren, einrichten.

(6) Schülerinnen und Schülern, die nach amtsärztlicher Feststellung infolge dauernder oder mehr als sechs Unterrichtswochen während der Erkrankung die Schule nicht besuchen können, soll Krankenhausunterricht oder Hausunterricht in angemessenem Umfang erteilt werden. Schülerinnen und Schülern, deren Förderung an einer Schule nicht möglich ist, kann Sonderunterricht erteilt werden.

(7) Förderschulen können zur Durchführung von besonderen Fördermaßnahmen in Kindertageseinrichtungen für entwicklungsbeeinträchtigte Kinder, bei denen die Voraussetzungen für eine sonderpädagogische Unterstützung in den Förderschwerpunkten Sehen, Hören und geistige Entwicklung vorliegen, mit einer Kindertageseinrichtung kooperieren.

§ 4b

Sprachfördermaßnahmen

Für Kinder und Jugendliche, die dem Unterricht auf Grund mangelnder Deutschkenntnisse nicht ausreichend folgen können, finden an den Schulen verpflichtende Sprachfördermaßnahmen statt, die den regulären Unterricht ergänzen oder ganz oder teilweise an dessen Stelle treten. Die Ausgestaltung der Sprachfördermaßnahmen regelt die Schulaufsichtsbehörde durch Rechtsverordnung.

§ 5

Weiterentwicklung des Schulwesens

(1) Zur Gewinnung und Erprobung neuer pädagogischer und schulorganisatorischer Erkenntnisse sollen nach Anhörung der Landesschulkonferenz Versuchsschulen, nach Anhörung der Schulkonferenz Schulversuche eingerichtet werden.

(2) Die Schulaufsichtsbehörde kann nach Anhörung der Schulkonferenz und, falls damit für den Schulträger eine wesentliche Mehrbelastung verbunden ist, mit dessen Zustimmung einer bestehenden Schule Eigenschaft und Aufgaben einer Versuchsschule übertragen.

(3) Zur Erprobung von Modellen der Selbstständigkeit und Eigenverantwortung kann die Schulaufsichtsbehörde einer begrenzten Anzahl von Schulen für die Dauer von bis zu sechs Jahren in Abweichung von den bestehenden Rechtsvorschriften ermöglichen, zur Weiterentwicklung des Schulwesens bei der Personalentwicklung, Personalverwaltung, Stellenbewirtschaftung und Sachmittelbewirtschaftung sowie in der Unterrichtsorganisation und Unterrichtsgestaltung selbstständige Entscheidungen zu treffen.

Das Land und der Schulträger können den am Modellvorhaben teilnehmenden Schulen auf der Grundlage einer Kooperationsvereinbarung Stellen, Personal und Sachmittel im Rahmen eines einheitlichen Budgets zur selbstständigen Bewirtschaftung zur Verfügung stellen. Soweit einer Schule Mittel zur Verfügung gestellt werden, kann sie für das Land oder den Schulträger entsprechend der Zweckbindung finanzielle Verpflichtungen eingehen.

Die Schulaufsichtsbehörde kann durch Rechtsverordnung für die Dauer des Modellvorhabens nähere Regelungen über die Abweichungen gemäß Satz 1 sowie die Durchführung der Selbstbewirtschaftung gemäß den Sätzen 2 und 3 erlassen.

§ 5a

Ganztagsschulen

(1) Schulen aller Schulstufen und Schulformen können im Rahmen der vorhandenen schulorganisatorischen, personellen und sächlichen Möglichkeiten als Ganztagsschulen geführt werden, wenn im Einzelfall hierfür ein öffentliches Bedürfnis besteht oder von der Schulaufsichtsbehörde ein besonderes pädagogisches Interesse anerkannt wird. Die Entscheidung über die Errichtung einer Ganztagsschule oder über die Änderung einer bestehenden Schule in eine Ganztagsschule trifft die Schulaufsichtsbehörde auf Antrag des Schulträgers.

Die im Ganztagsbetrieb zu führenden Förderschule mit den Förderschwerpunkten geistige Entwicklung, körperliche und motorische Entwicklung, Sehen und Hören sind keine Ganztagsschulen im Sinne dieser Vorschrift.

(2) In der Ganztagsschule werden im Rahmen des nach diesem Gesetz geltenden Unterrichts- und Erziehungsauftrages der Schule die Unterrichts- und Erziehungsziele der jeweiligen Schulform verwirklicht. Der nach der Stundentafel für die betreffende Schulform zu erteilende Unterricht wird auf den Vor- und Nachmittag verteilt. Neben dem Unterricht bestehen außerunterrichtliche Angebote, aus denen die Schülerin oder der Schüler im Rahmen vorgegebener Wahlmöglichkeiten auszuwählen hat. Es ist auch möglich, den nach der Stundentafel zu erteilenden Unterricht für die betreffende Schule oder einzelne Teile der Schule auf den Vormittag zu beschränken und für den Nachmittag nur außerunterrichtliche Angebote vorzusehen.

Auch im Bereich der Pflichtschulen ist der Besuch von Ganztagschulen freiwillig. Das gilt nicht für die gemäß Absatz 1 Satz 3 im Ganztagsbetrieb zu führenden Förderschulen.

(3) In der Ganztagschule ermöglichen es die Organisation des Unterrichts und die außerunterrichtlichen Angebote,

1. die Betreuung der Schülerinnen und Schüler für die Dauer des Ganztagsbetriebes zu gewährleisten,
2. durch künstlerische, handwerkliche, sportliche und spielerische Betätigung in besonderer Weise die persönlichen Interessen der Schülerinnen und Schüler anzuregen und ihre Begabungen und Fähigkeiten zu fördern,
3. das im Unterricht Gelernte verstärkt einzuüben und zu vertiefen,
4. den sozialen Erfahrungsaustausch der Schülerinnen und Schüler in besonderer Weise zu erweitern,
5. Schülerinnen und Schüler und Erziehungsberechtigte besser zu beteiligen und zu beraten sowie
6. die Begegnung der Schüler mit ihrem kulturellen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Umfeld in besonderer Weise zu fördern.

(4) Die Schulaufsichtsbehörde wird ermächtigt durch Rechtsverordnung insbesondere zu regeln:

1. die für den Betrieb der Ganztagschulen nach Art und Umfang erforderliche räumliche, sächliche und personelle Ausstattung,
2. Grundsätze für die Organisation und das unterrichtliche wie außerunterrichtliche Angebot der Ganztagschule, den Umfang des Pflichtaufenthaltes und der Teilnahmeverpflichtung der Schülerin oder des Schülers (Pflicht-, Wahlpflicht- oder Wahlveranstaltungen) sowie über eine etwaige Betreuung der Schülerinnen und Schüler vor Schulbeginn und nach Schulschluss und
3. das Verfahren der Festlegung der Einzelheiten des Betriebes der einzelnen Ganztagschule und der erforderlichen Zusammenarbeit insbesondere von Schul- und Jugendhilfebehörden.

§ 5b

Schulsozialarbeit

(1) Schulsozialarbeit trägt zur Erfüllung des Erziehungsauftrags von Schule bei. An den Regelformen der allgemeinbildenden Schulen und den Förderschulen ist Schulsozialarbeit gemeinsame Aufgabe von Jugendhilfe und Schule. Die Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter sowie die Lehrkräfte arbeiten gleichberechtigt zusammen, um Schülerinnen und Schüler in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung zu unterstützen und zur gleichberechtigten, selbstbestimmten Teilhabe zu befähigen. Die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe erbringen Leistungen auf der Grundlage der Vorschriften des zweiten Kapitels, erster Abschnitt des Achten Buches Sozialgesetzbuch sowie § 9a des Kinder- und Jugendförderungsgesetzes vom 1. Juni 1994 (Amtsbl. S. 1258), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 13. Juli 2022 (Amtsbl. I S. 1018), in der jeweils geltenden Fassung und arbeiten dabei gemäß § 4 des Achten Buches Sozialgesetzbuch mit anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe zusammen. Die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe und das Ministerium für Bildung und Kultur als Schulaufsichtsbehörde sowie überörtlicher Träger der Jugendhilfe für den Bereich der Schulsozialarbeit gemäß § 12 Absatz 2 Satz 3 des Ersten Gesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes vom 9. Juli 1993 (Amtsbl. S. 807), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 8. Dezember 2021 (Amtsbl. I S. 2629), in der jeweils geltenden Fassung gewährleisten gemeinsam eine angemessene Ausstattung.

(2) Die Schulen, die Träger der öffentlichen Jugendhilfe sowie die anerkannten Träger der freien Jugendhilfe arbeiten bei der Erfüllung ihrer jeweiligen gesetzlichen Aufgaben zusammen. Zur Erprobung geeigneter Formen der Zusammenarbeit können an den Regelformen der allgemeinbildenden und beruflichen Schulen sowie den Förderschulen Schulversuche zur Schulsozialarbeit eingerichtet werden.

§ 6

Besondere schulische Einrichtungen

(1) Die Gemeinschaftsschule in Abendform führt Schülerinnen und Schüler, die die allgemeine Vollzeitschulpflicht und die Berufsschulpflicht erfüllt haben, in einem ein- oder zweijährigen Abendunterricht zum Hauptschulabschluss. Sie führt Schülerinnen und Schüler nur Hauptschulabschluss oder einem als gleichwertig anerkannten Abschluss in einem zweijährigen Abendunterricht zu einem mittleren Bildungsabschluss gemäß § 3a Abs. 2 und 3. Beide Bildungsgänge schließen mit einer Abschlussprüfung ab.

(2) Das Abendgymnasium führt erwachsene Berufstätige, die mindestens den Hauptschulabschluss oder einen als gleichwertig anerkannten Abschluss erworben haben, nach einer beruflichen Erstausbildung oder einer mindestens dreijährigen geregelten Berufstätigkeit im Abendunterricht, der entsprechend der Vorbildung vier oder drei Jahre dauert, zur allgemeinen Hochschulreife. Das Abendgymnasium schließt mit der Abiturprüfung ab. § 3a Abs. 4 Satz 5 bis 10 gilt entsprechend.

(3) Das Saarland-Kolleg (Institut zur Erlangung der Hochschulreife) führt Erwachsene mit mittlerem Bildungsabschluss nach einer beruflichen Erstausbildung oder einer mindestens dreijährigen geregelten Berufstätigkeit in drei Schuljahren zur allgemeinen Hochschulreife; ausnahmsweise können auch Bewerber ohne mittleren Bildungsabschluss aufgenommen werden, wenn sie erfolgreich an einem vorbereitenden Lehrgang teilgenommen haben. Das Saarland-Kolleg schließt mit der Abiturprüfung ab. § 3a Abs. 4 Satz 5 bis 10 gilt entsprechend.

(4) Die Schulaufsichtsbehörde wird ermächtigt, für die in den Absätzen 1 bis 3 genannten Schulen durch Rechtsverordnung das Mindest- und Höchstalter für die Aufnahme in die Schule sowie Ausübung, Umfang und Dauer einer Berufstätigkeit als Voraussetzungen für die Aufnahme und das Verbleiben in der Schule zu regeln.

(5) Die Abendfachoberschule, die nach Fachbereichen gegliedert ist und innerhalb der Fachbereiche nach Fachrichtungen gegliedert sein kann, führt Erwachsene mit mittlerem Bildungsabschluss nach einer fachbereichsbezogenen bzw. fachrichtungsbezogenen Berufsausbildung oder einer entsprechenden hinreichenden mehrjährigen Berufserfahrung in einem in der Regel zweijährigen Teilzeitunterricht zur Fachhochschulreife. Die Abendfachoberschule schließt mit einer Prüfung ab.

§ 7

Öffentliche und private Schulen

(1) Öffentliche Schulen sind die Schulen, deren Träger das Land, eine Gemeinde, ein Gemeindeverband oder ein Schulverband ist.

(2) Alle übrigen Schulen sind Privatschulen. Ihre Rechtsverhältnisse werden durch Artikel 7 Abs. 4 und 5 des Grundgesetzes, Artikel 28 der Verfassung des Saarlandes und durch das Gesetz Nr. 751 "Privatschulgesetz" vom 30. Januar 1962 (Amtsbl. S. 159) in seiner jeweils geltenden Fassung geregelt.

§ 8

Geltungsausschuss

(1) Auf Privatschulen ist das Gesetz nur anwendbar, soweit dies ausdrücklich bestimmt wird.

(2) Als Schulen im Sinne dieses Gesetzes gelten nicht:

1. die Hochschulen,
2. die Fachhochschulen,
- 2a. die Berufsakademien,
3. die Einrichtungen der Weiterbildung,
4. die Saarländische Verwaltungsschule und die Sparkassenakademie Saar,
5. die Schulen für Heil- und Heilhilfsberufe sowie die Pflegeschulen,
6. die landwirtschaftlichen Schulen,
7. die Schulen im Strafvollzug.

2. Abschnitt

Geordneter Schulbetrieb

§ 9

Geordneter Schulbetrieb

(1) Schulen sollen eine Größe haben, die eine fruchtbare Unterrichts- und Erziehungsarbeit gewährleistet, eine Differenzierung des Unterrichts erlaubt und einen zweckmäßigen und wirtschaftlichen Einsatz von personellen und sächlichen Mitteln sichert (geordneter Schulbetrieb).

(2) Ein geordneter Schulbetrieb ist noch gewährleistet, wenn

1. Grundschulen in allen Klassenstufen insgesamt mindestens 80 Schülerinnen und Schüler,
2. Gemeinschaftsschulen und Gymnasien in den Klassenstufen 5 bis 9 insgesamt mindestens 220 Schülerinnen und Schüler,
3. Berufsschulen in den Fachklassen der jeweils zugeordneten Ausbildungsberufe wenigstens jeweils eine Klasse je zugeordneter Stufe (Grundstufe, Fachstufe),
4. andere Formen der beruflichen Schulen in der Unterstufe (Eingangsklassenstufe) wenigstens jeweils zwei Klassen und
5. Förderschulen wenigstens vier aufsteigende Klassen aufweisen.

(3) Die Schulaufsichtsbehörde und die kommunalen Schulträger haben für die Gewährleistung eines geordneten Schulbetriebs Sorge zu tragen. Die Schulaufsichtsbehörde kann zu diesem Zweck im Einvernehmen mit den Schulträgern und im Rahmen der Schulentwicklungsplanung Kooperationen von räumlich zusammengefassten oder benachbarten Schulen vorsehen, Schulen mit anderen Schulen zusammenlegen oder Schulen schließen.

(4) Werden die in Absatz 2 angegebenen Mindestvorgaben unterschritten, können Schulen ausnahmsweise fortgeführt werden, wenn der Maßnahme, insbesondere der Zusammenlegung oder Schließung, im Einvernehmen zwischen Schulaufsichtsbehörde und Schulträger wichtige pädagogische, organisatorische, siedlungs- oder wirtschaftsstrukturelle Gründe entgegenstehen.

(5) Schulen, die die Anforderungen des Absatzes 2 in zwei aufeinander folgenden Schuljahren unterschreiten, können im Einvernehmen mit dem Schulträger und im Rahmen der Schulentwicklungsplanung mit anderen Schulen zusammengelegt oder geschlossen werden; Absatz 4 gilt entsprechend. Bei Grundschulen, die die Voraussetzungen des Absatzes 2 Nummer 1 nicht erfüllen, kann von einer Zusammenlegung oder Schließung abgesehen werden, wenn im Einvernehmen mit den Lehrkräften und den Erziehungsberechtigten in jahrgangsübergreifenden Lerngruppen unterrichtet wird.

(6) Lehnt ein kommunaler Schulträger die Herstellung des in Absatz 3 Satz 2 genannten Einvernehmens ab und führt eine Schule fort, die keinen geordneten Schulbetrieb mehr aufweist und nicht nach Absatz 4 oder Absatz 5 Satz 2 ausnahmsweise fortgeführt werden kann, so hat er dem Land für das Lehrpersonal der Schule die Mehrkosten zu erstatten, die durch die Fortführung der Schule entstehen. Hierfür erfolgt ein pauschaler Ausgleich von 15 Prozent der Personalkosten. Der Ausgleich ist zu zahlen ab Beginn des Schuljahres, das auf die beiden in Absatz 5 genannten Schuljahre folgt, in denen kein geordneter Schulbetrieb mehr vorlag.

3. Abschnitt Der Religionsunterricht

§ 10 Grundsätze

(1) Der Religionsunterricht ist an allen öffentlichen Schulen ordentliches Lehrfach.

(2) In Schulen, die einer besonderen Fachausbildung dienen, ist der Religionsunterricht ordentliches Lehrfach, soweit an diesen Schulen Religion zur Berufsausbildung gehört.

(3) Der Religionsunterricht wird nach Bekenntnissen getrennt in Übereinstimmung mit den Lehren und Grundsätzen der betreffenden Kirche oder Religionsgemeinschaft erteilt.

§ 11 Religionslehrerinnen und Religionslehrer

(1) Der Religionsunterricht wird von Lehrkräften oder Geistlichen erteilt.

(2) Lehrkräfte übernehmen die Erteilung des Religionsunterrichts in freier Willensentscheidung. Voraussetzung für die Erteilung des Religionsunterrichts sind die staatliche Lehrbefähigung und eine Bevollmächtigung durch die Kirche oder die Religionsgemeinschaft.

(3) Keine Lehrkraft darf gezwungen werden, Religionsunterricht zu erteilen. Lehrkräften, die die Erteilung des Religionsunterrichtes ablehnen, dürfen hieraus keine beamtenrechtlichen Nachteile erwachsen.

(4) Geistliche, die Religionsunterricht erteilen (z.B. Pfarrerinnen und Pfarrer, Hilfsgeistliche, Vikarinnen und Vikare), bedürfen des staatlichen Unterrichtsauftrages. Das Nähere wird zwischen der Kirche oder der Religionsgemeinschaft und der Schulaufsichtsbehörde vereinbart.

(5) Die Kirchen, Religionsgemeinschaften und kirchlichen Vereinigungen können mit Genehmigung der Schulaufsichtsbehörde hauptamtlichen Lehrkräften, die von ihnen für den Religionsunterricht gestellt sind und die beamtenrechtlichen Voraussetzungen für die Verwendung im öffentlichen Schuldienst erfüllen, für die Dauer ihrer Tätigkeit gestatten, eine der Amtsbezeichnung der vergleichbaren Lehrkräfte im öffentlichen Schuldienst entsprechende Bezeichnung mit dem Zusatz "im Kirchendienst" zu führen. Die Führung der jeweiligen Bezeichnung kann der Lehrkraft frühestens zu dem Zeitpunkt gestattet werden, in dem sie im öffentlichen Schuldienst zur Einstellung, Anstellung oder Beförderung heranstehen würde. Ein Recht auf eine entsprechende Verwendung bei Übernahme in den öffentlichen Dienst wird dadurch nicht begründet.

(6) Falls die Erteilung des Religionsunterrichts durch Lehrkräfte oder Geistliche nicht sichergestellt ist, kann der Religionsunterricht auch durch kirchlich ausgebildete Kräfte erteilt werden. Richtlinien über den Nachweis hinreichender Ausbildung, Eignung und Lehrbefähigung werden zwischen der Kirche oder der Religionsgemeinschaft und der Schulaufsichtsbehörde vereinbart.

§ 12

Lehrplan und Lehrbücher

Lehrplan und Lehrbücher für den Religionsunterricht bedürfen der Zustimmung der Schulaufsichtsbehörde.

§ 13

Aufsicht über den Religionsunterricht

(1) Der Religionsunterricht unterliegt als ordentliches Lehrfach der staatlichen Schulaufsicht. Sie beschränkt sich darauf, dass bei der Erteilung des Religionsunterrichts der Stundenplan beachtet, die Unterrichtszeit eingehalten und die Schulordnung gewahrt wird.

(2) Die Wochenstundenzahl für den Religionsunterricht wird im Benehmen mit der Kirche oder der Religionsgemeinschaft von der Schulaufsichtsbehörde festgesetzt

(3) Die Aufsicht der Kirche oder der Religionsgemeinschaft über den Religionsunterricht wird im Benehmen mit der staatlichen Schulaufsichtsbehörde durch religionspädagogisch erfahrene Beauftragte wahrgenommen. Das Recht der Kirchenleitung, den Religionsunterricht zu besuchen, wird hierdurch nicht berührt.

§ 14

Teilnahme am Religionsunterricht

Die Eltern können die Teilnahme ihrer Kinder am Religionsunterricht ablehnen. Nach Vollendung des 18. Lebensjahres steht dieses Recht der Schülerin oder dem Schüler zu. Die Erklärung über die Abmeldung vom Religionsunterricht ist der Schulleiterin oder dem Schulleiter von den Erziehungsberechtigten oder von der Schülerin oder dem Schüler schriftlich abzugeben. Diese Vorschrift gilt auch für Privatschulen.

§ 15

Religiöse Minderheit, allgemeine Ethik

(1) Beträgt in einer Klassenstufe, einer öffentlichen Schule die Zahl einer religiösen Minderheit mindestens 5, so soll für diese Religionsunterricht eingerichtet werden. Unter den gleichen Voraussetzungen wird nach Maßgabe der jeweiligen Schulordnung für Schülerinnen und Schüler, die am Religionsunterricht nicht teilnehmen, ab Klassenstufe 5 Unterricht in allgemeiner Ethik erteilt. Die Teilnahme an diesem Unterricht ist Pflicht,

(2) Wird für eine religiöse Minderheit von weniger als 5 Schülerinnen und Schülern Religionsunterricht eingerichtet, so hat der Schulträger den Unterrichtsraum unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

4. Abschnitt**Sexualerziehung**

§ 15a

Sexualerziehung

(1) Die Sexualerziehung gehört zu dem Unterrichts- und Erziehungsauftrag der Schule.

(2) Durch die Sexualerziehung sollen die Schülerinnen und Schüler mit den Fragen der Sexualität altengem0 vertraut gemacht werden mit dem Ziel, sittliche Entscheidungen und sittlich bestimmte Verhaltensweisen im Bereich der Geschlechtlichkeit zu ermöglichen, das Verständnis für die menschliche und soziale Partnerschaft, vor allem in Ehe und Familie zu entwickeln und das Verantwortungsbewusstsein zu stärken. Die Sexualerziehung muss für die verschiedenen Wertvorstellungen auf diesem Gebiet offen sein und darf nicht zu einer einseitigen Beeinflussung der Schülerinnen und Schüler führen.

(3) Die Sexualerziehung wird im Unterricht mehrerer Fächer (fächerübergreifend) durchgeführt.

(4) Die Erziehungsberechtigten sind über Ziel, Inhalt und Form der Sexualerziehung rechtzeitig zu unterrichten.

(5) Das Nähere über Inhalt, Umfang und Ziel der Sexualerziehung sowie ihre Zuordnung zu den einzelnen Klassenstufen und Fächern regelt die Schulaufsichtsbehörde.

Teil II

Die Schulen

1. Abschnitt

Allgemeine Rechtsverhältnisse

§ 16

Rechtsstellung

(1) Die öffentlichen Schulen sind nichtrechtsfähige öffentliche Anstalten ihrer Schulträger. Der Schulträger kann seinen Schulen insbesondere für die entgeltliche Schulbuchausleihe Mittel zur eigenen Bewirtschaftung zuweisen und ihnen Konten einrichten. Schulen können außerdem auf der Grundlage einer begrenzten Ermächtigung und im Rahmen der ihnen zur Verfügung stehenden Mittel Rechtsgeschäfte mit Wirkung für den ermächtigenden Rechtsträger abschließen und für diesen Verpflichtungen eingehen. Bei Abschluss der Rechtsgeschäfte handelt die Leiterin oder der Leiter der Schule in Vertretung des jeweiligen Rechtsträgers. Die Rechtsgeschäfte müssen der Erfüllung des Bildungs- und Erziehungsauftrags der Schule dienen.

(2) Als Schulträger gilt, wer die sachlichen Kosten der Schule trägt.

(3) Soweit die öffentlichen Schulen auf dem Gebiet der inneren Schulangelegenheiten Verwaltungsakte erlassen, gelten sie als untere staatliche Verwaltungsbehörden.

§ 17

Pädagogische Eigenverantwortung

(1) Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler und Erziehungsberechtigte gestalten gemeinsam das Leben der Schule. An Berufsschulen sind die für die fachpraktische Ausbildung Verantwortlichen der Ausbildungsstätten angemessen zu beteiligen. Das Nähere wird im Schulmitbestimmungsgesetz (SchuMG) geregelt.

(1a) Grundschulen und Kindergärten sollen pädagogisch und organisatorisch eng zusammenarbeiten. Der konkrete Übergang wird von der Grundschule und dem Kindergarten gemeinsam vorbereitet. Zur Gestaltung des Übergangs gehören wechselseitige Informationen und Hospitationen, die Benennung fester Ansprechpersonen in beiden Institutionen, gemeinsamen Veranstaltungen für die Erziehungsberechtigten und gemeinsame Fortbildungsmaßnahmen. Die Kinder lernen die Grundschule als künftigen Lern- und Lebensort kennen.

(2) Unbeschadet der Rechte der Schulaufsichtsbehörde und der Schulträger ordnen die Schulen ihre pädagogischen Angelegenheiten im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften selbst.

(3) Die Schulträger haben den Schulen bei der Beschaffung der Lehrmittel, Bücher und Einrichtungsgegenstände im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel angemessene Freiheit zu gewähren.

§ 17a

Einführung und Verwendung von Schulbüchern

(1) Schulbücher sind die eigens für den Gebrauch im Unterricht der Schulen herausgegebenen Bücher, die von jeder Schülerin und jedem Schüler regelmäßig zum Erreichen des Unterrichtszieles zu benutzen sind und die mindestens halbjahrgangsbezogen die Lerninhalte eines Unterrichtsfaches oder mehrerer Unterrichtsfächer enthalten. Als Schulbücher im Sinne dieser Vorgaben gelten auch Arbeitsmittel für die Hand der Schülerin oder des Schülers, die Schulbücher ergänzen oder ersetzen, zum Beispiel didaktisch angelegte Arbeitshefte mit nicht nur unerheblichen Freiräumen, Eingreif- und Stützprogramme, Schülermaterialien für den Erstlese-, den Schreib- und den Mathematikunterricht in der Grundschule sowie Tabellenwerke, Wörterbücher, Atlanten, Klassenlektüre und Bibeln. Als Schulbücher gelten auch digitale Substitute der in den Sätzen 1 und 2 aufgeführten Schulbücher oder Arbeitsmittel.

(2) Über die Einführung eines neuen Schulbuches entscheidet die Schulleitung auf Vorschlag der Fachkonferenz beziehungsweise, wenn an der Schule keine Fachkonferenz besteht, der Gesamtkonferenz der jeweiligen Schule im Benehmen mit der Elternvertretung sowie ab Klassenstufe 8 auch im Benehmen mit der Schülervertretung. Schulbücher können nur eingeführt werden, wenn sie insbesondere

1. mit den durch Grundgesetz, Landesverfassung und dieses Gesetz vorgegebenen Unterrichts- und Erziehungszielen übereinstimmen,
2. die Anforderungen der Lehrpläne erfüllen,
3. nach Auswahl, Anordnung, Darbietung und Umfang des Stoffes der betreffenden Schulform und dem Alter der Schülerinnen und Schüler angemessen sind.

Bei der Auswahl digitaler Substitute im Sinne von Absatz 1 Satz 3 genügt die Schulleitung ihrer Verantwortung zur Wahrung datenschutzrechtlicher und urheberrechtlicher Anforderungen, wenn sie ihre Einführungsentscheidung

mit dem Vorhandensein eines Prüfsiegels oder anderen Testats einer anerkannten Stelle zur Prüfung von digitalen Bildungsressourcen begründet und dies in geeigneter Form nachweist.

(3) An den Schulen dürfen nur solche Schulbücher verwendet werden, die an der jeweiligen Schule eingeführt sind. § 12 dieses Gesetzes bleibt unberührt. In Parallelklassen oder Parallelgruppen einer Schule, die nach denselben Lehrplänen unterrichtet werden, dürfen keine verschiedenen Schulbücher verwendet werden.

(4) Die einzelne Lehrkraft entscheidet im Rahmen ihrer pädagogischen Verantwortung, ob sie in ihrem Unterricht ein Schulbuch verwendet. Entscheidet sie sich für die Verwendung eines Schulbuches, so darf nur das an der jeweiligen Schule eingeführte Schulbuch verwendet werden.

§ 18

Bezeichnung

(1) Jede selbstständige Schule muss eine Bezeichnung führen, die den Schulträger und die Schulform angibt und sich von der Bezeichnung anderer Schulen am gleichen Ort unterscheidet.

(2) Der Schulträger hat die Schulaufsichtsbehörde von der beabsichtigten Bezeichnung zu unterrichten. Die Schulaufsichtsbehörde kann die Führung des Namens untersagen, wenn pädagogische Gründe oder öffentliche Belange es geboten erscheinen lassen,

§ 19

Schulbezirk

(1) Für jede öffentliche Grundschule, Förderschule und Berufsschule - erforderlichenfalls für einzelne Stufen oder Klassen - ist von der Schulaufsichtsbehörde im Benehmen mit dem Schulträger nach Anhörung der Schulregionkonferenz ein räumlich abgegrenztes Gebiet als Schulbezirk festzulegen. Zur Sicherung eines zweckmäßigen und wirtschaftlichen Einsatzes von personellen und sächlichen Mitteln können für mehrere Schulen ein gemeinsamer Schulbezirk gebildet und die notwendigen Koordinierungsaufgaben einer dieser Schulen zugewiesen werden. Die Schulaufsichtsbehörde kann im Benehmen mit den betroffenen Schulträgern zur Bildung möglichst gleich starker Klassen Abweichungen von den Schulbezirksgrenzen anordnen.

(2) Alle vollzeitschulpflichtigen Kinder haben die Schulpflicht an der Grundschule oder Förderschule zu erfüllen, in deren Schulbezirk sie ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben. Alle Berufsschulpflichtigen haben die Berufsschule oder die Sonderform zu besuchen, in deren Schulbezirk sie beschäftigt sind; besteht kein Berufsausbildungs- oder Arbeitsverhältnis, so haben sie die Berufsschule oder die Sonderform zu besuchen, in deren Schulbezirk sie ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben.

(3) Die Schulleiterin oder der Schulleiter der zuständigen Schule kann aus wichtigem Grund den Besuch einer anderen als der zuständigen Schule gestatten oder Schülerinnen und Schüler ganz oder für einzelne Unterrichtsfächer einer anderen Schule zuweisen. Die Gestattung oder die Zuweisung erfolgt jeweils im Benehmen mit den betroffenen Schulträgern und der Schulleiterin oder dem Schulleiter der anderen Schule.

§ 20

Schulgesundheitspflege

(1) Die Schulgesundheitspflege wird von den staatlichen Gesundheitsämtern nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen ausgeübt.

(2) Schulaufsichtsbeamtinnen und Schulaufsichtsbeamte, Lehrkräfte und alle sonstigen an der Schule tätigen Bediensteten sowie Schülerinnen und Schüler sind unbeschadet der Vorschriften des Infektionsschutzgesetzes vom 20. Juli 2000 (BGBl. I S. 1045), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Dezember 2003 (BGBl. I S. 2954), in der jeweils geltenden Fassung verpflichtet, sich auf Weisung der Schulaufsichtsbehörde untersuchen zu lassen. Insoweit wird das Grundrecht der körperlichen Unversehrtheit (Artikel 2 Abs. 2 Satz 1 Grundgesetz) eingeschränkt.

(3) Die Erhebung und Verarbeitung einschließlich der Aufbewahrung der für die Schulgesundheitspflege erforderlichen personenbezogenen Daten der Schülerinnen und Schüler und ihrer Erziehungsberechtigten obliegen den Gesundheitsämtern.

(4) Den Erziehungsberechtigten oder der volljährigen Schülerin oder dem volljährigen Schüler ist Gelegenheit zur Besprechung der Ergebnisse und zur Einsichtnahme in die Unterlagen zu geben. Die Gesundheitsämter teilen der zuständigen Stelle nur die für deren Entscheidungen oder Maßnahmen erforderlichen Untersuchungsergebnisse mit; wird das Gesundheitsamt nicht auf Grund besonderer gesetzlicher Vorschriften zur Vorbereitung schulischer Entscheidungen tätig, bedarf die Unterrichtung der zuständigen Stelle der Einwilligung der Erziehungsberechtigten oder der volljährigen Schülerin oder des volljährigen Schülers.

(5) (weggefallen)

(6) Diese Vorschriften gelten auch für Privatschulen.

§ 20a

Schulpsychologischer Dienst

(1) Die Landkreise, der Regionalverband Saarbrücken, die Landeshauptstadt Saarbrücken und die kreisfreien Städte richten einen Schulpsychologischen Dienst ein. Sie erfüllen diese Aufgaben als staatliche Aufgaben (Auftragsangelegenheiten).

(2) Der Schulpsychologische Dienst untersteht der Fachaufsicht der Schulaufsichtsbehörde.

(3) Der Schulpsychologische Dienst hat die Aufgabe, durch Diagnose und auf die Schule bezogene Therapie, insbesondere durch Beratung, Förderung und in Einzelfällen auch durch weiterführende Betreuung Schülerinnen und Schüler, Erziehungsberechtigte und Lehrkräfte bei der Vermeidung und Überwindung von besonderen Schulschwierigkeiten zu unterstützen. Der Schulpsychologische Dienst ist bei der Klärung von Sachverhalten in Zusammenhang mit Gefährdungen des Kindeswohls (§ 1 Abs. 2b) einzubinden; dabei findet § 4 des Gesetzes zur Kooperation und Information im Kinderschutz vom 22. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2975) in der jeweils geltenden Fassung Anwendung.

(4) Wird der Schulpsychologische Dienst nicht auf Grund besonderer gesetzlicher Vorschriften zur Vorbereitung schulischer Entscheidungen tätig, bedürfen die Erhebung, Verarbeitung und sonstige Nutzung personenbezogener Daten sowie die Anwendung formeller psychologischer Untersuchungsverfahren der Einwilligung der Erziehungsberechtigten oder der volljährigen Schülerin oder des volljährigen Schülers. Die Betroffenen sind vorher auf die Freiwilligkeit der Untersuchung hinzuweisen; sie sind hierbei über die Untersuchung, die Einsichtnahme in schulische und außerschulische Unterlagen, die einzuholenden Auskünfte, die Verwendung und etwaige Weitergabe der personenbezogenen Daten und Untersuchungsergebnisse sowie die Datenempfänger aufzuklären.

(5) Den Erziehungsberechtigten oder der volljährigen Schülerin oder dem volljährigen Schüler ist Gelegenheit zur Besprechung der Ergebnisse und zur Einsichtnahme in die Unterlagen zu geben. Der zuständigen Stelle sind nur die für ihre Entscheidungen oder Maßnahmen erforderlichen Untersuchungsergebnisse mitzuteilen.

(6) Die Schulaufsichtsbehörde wird ermächtigt, Einzelheiten des Schulpsychologischen Dienstes einschließlich des Datenschutzes durch Rechtsverordnung zu regeln. Die gegenseitige Vertretung der schulpsychologischen Fachkräfte regeln die Landkreise, der Regionalverband Saarbrücken, die Landeshauptstadt Saarbrücken und die kreisfreien Städte nach § 20 des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit (Pflichtvereinbarung).

(7) Die Schulen, der Schulpsychologische Dienst, die Träger der öffentlichen Jugendhilfe sowie die anerkannten Träger der freien Jugendhilfe arbeiten bei der Erfüllung ihrer jeweiligen gesetzlichen Aufgaben zusammen.

§ 20b

Verarbeitung von personenbezogenen Daten

Für die Verarbeitung von personenbezogenen Daten durch Schulen gelten die Vorschriften des Schulwesen-Datenschutzgesetzes.

§ 20c

Wissenschaftliche Forschung in Schulen

(1) Wissenschaftliche Forschungsvorhaben in den Schulen bedürfen der Genehmigung der Schulaufsichtsbehörde.

(2) Personenbezogene Daten dürfen im Rahmen eines Forschungsvorhabens, das die Schulaufsichtsbehörde genehmigt hat, nur mit schriftlicher Einwilligung der Erziehungsberechtigten oder der volljährigen Schülerin oder des volljährigen Schülers erhoben werden. Die Betroffenen sind vorher auf die Freiwilligkeit der Teilnahme an der Erhebung hinzuweisen; sie sind hierbei über das Ziel und den wesentlichen Inhalt des Forschungsvorhabens, die Art ihrer Beteiligung an der Untersuchung sowie über die Verwendung der erhobenen Daten aufzuklären. Personenbezogene Daten sind zu anonymisieren, sobald dies ohne Beeinträchtigung des Erfolges der Untersuchung möglich ist; sie dürfen nur im Rahmen des genehmigten Forschungsvorhabens verwendet und nicht an Dritte übermittelt werden.

(3) Die Schulaufsichtsbehörde wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung die Einzelheiten über die Voraussetzungen und das Verfahren der Genehmigung von Forschungsvorhaben, die Durchführung der Erhebung, die vorherige Aufklärung der Betroffenen, die Auflagen für die Durchführung der Erhebung sowie die Datensicherung zu regeln.

(4) Absätze 2 und 3 gelten entsprechend für wissenschaftliche Untersuchungen in den Schulen, die von der Schulaufsichtsbehörde oder in deren Auftrag durchgeführt werden.

§ 20d

Durchführung laufender Landesstatistiken

(1) An den Schulen und schulischen Einrichtungen sowie den Studien- bzw. Landesseminaren werden jährlich statistische Erhebungen über schulbezogene Tatbestände für Zwecke der Schulverwaltung und der Bildungsplanung durchgeführt. Die Schulaufsichtsbehörde wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung, die den Anforderungen des Saarländischen Landesstatistikgesetzes entsprechen muss, derartige Erhebungen mit und ohne Auskunftspflicht anzuordnen und dabei insbesondere die zu erhebenden Merkmale, den Kreis der zu Befragenden sowie Art, Zeitpunkt und Umfang der Erhebungen zu regeln. Das Statistische Amt wird ermächtigt, Einzelangaben an die Schulaufsichtsbehörde zu übermitteln.

(2) Diese Vorschrift gilt auch für Privatschulen.

§ 20e

Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung

(1) Schülerinnen und Schüler und Lehrkräfte sind verpflichtet, an den von der Schulaufsichtsbehörde oder in deren Auftrag durchgeführten Vergleichsuntersuchungen sowie an sonstigen von der Schulaufsichtsbehörde vorgesehenen Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung teilzunehmen. Personenbezogene Daten dürfen dabei nur verarbeitet werden, soweit dies für den Zweck der Vergleichsuntersuchung oder der sonstigen Maßnahme erforderlich ist.

(2) Für die Aufzeichnung des Unterrichts in Bild und Ton gilt § 7 Absatz 5 Satz 2 des Schulwesen-Datenschutzgesetzes vom 10. Juli 2024 (Amtsbl. I S. 570) in der jeweils geltenden Fassung.

§ 20f

SchoG

– aufgehoben –

2. Abschnitt

Schulleitung, Lehrkräftekonferenzen und Schulkonferenz

§ 21

Schulleiterinnen und Schulleiter

(1) Für jede Schule wird eine Schulleiterin oder ein Schulleiter bestellt. Falls mehrere Schulen gemäß § 9 Abs. 3 zusammenarbeiten, kann für diese Schulen eine gemeinsame Schulleiterin oder ein gemeinsamer Schulleiter bestellt werden.

(2) Schulleiterin oder Schulleiter kann nur werden, wer nach seiner Eignung und beruflichen Erfahrung die an die Befähigung einer Schulleiterin oder eines Schulleiters zu stellenden Anforderungen erfüllt.

(3) Die Schulleiterinnen und Schulleiter an Schulen, deren Träger Gemeinden, Gemeindeverbände oder Schulverbände sind, werden im Benehmen mit dem Schulträger bestellt.

(4) Die Schulleiterin oder der Schulleiter leitet die Schule im Rahmen der Gesetze nach den Weisungen der Schulaufsichtsbehörde und in enger Zusammenarbeit mit den unter Vorsitz der Schulleitung stehenden zuständigen Konferenzen. Die Schulleiterin oder der Schulleiter hat dafür Sorge zu tragen, dass die Schule ihren Unterrichts- und Erziehungsauftrag erfüllt. Die Schulleiterin oder der Schulleiter ist grundsätzlich zugleich Lehrkraft an der von ihr oder ihm geleiteten Schule.

Das Nähere wird im Schulmitbestimmungsgesetz (SchumG) geregelt.

(5) Erhält die Schulleiterin oder der Schulleiter davon Kenntnis, dass gewichtige Anhaltspunkte für die Gefährdung des leiblichen, geistigen oder seelischen Wohls einer Schülerin oder eines Schülers bestehen, findet § 4 des Gesetzes zur Kooperation und Information im Kinderschutz Anwendung.

(6) Gegenüber Schülerinnen und Schülern, von denen eine erhebliche Gefahr für die Sicherheit und Gesundheit der anderen Schülerinnen und Schüler oder der Lehrkräfte ausgeht, kann die Schulleiterin oder der Schulleiter die zur Abwehr erforderlichen Maßnahmen ergreifen. Ein Verbot des Schulbesuchs bis auf Weiteres kann nur erfolgen, wenn die Gefahr nicht anders abwendbar ist. Die Schulleiterin oder der Schulleiter fordert unverzüglich die Vorlage einer schul- oder amtsärztlichen Stellungnahme darüber, ob die Gefährdung durch die Schülerin oder den Schüler fortbesteht; unter Würdigung der schul- oder amtsärztlichen Stellungnahme entscheidet die Schulleiterin oder der Schulleiter erneut über die Erforderlichkeit der Fortdauer des Verbots; § 13 Absatz 1 des Schulpflichtgesetzes bleibt

unberührt. Widerspruch und Anfechtungsklage gegen die ergriffenen Maßnahmen haben keine aufschiebende Wirkung. Die Polizei ist unverzüglich über die Gefahrenlage in Kenntnis zu setzen. Die Erziehungsberechtigten, die Schulaufsichtsbehörde und der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe sind unverzüglich zu informieren.

(7) Die Absätze 5 und 6 gelten für Privatschulen entsprechend.

§ 22

Vertretung der Schulleiterin oder des Schulleiters

(1) Ist eine Schulleiterin oder ein Schulleiter nicht bestellt oder ist sie oder er an der Wahrnehmung ihrer oder seiner Dienstpflichten verhindert, obliegt die Schulleitung der ständigen Vertreterin oder dem ständigen Vertreter, der oder dem eigene Aufgaben zu übertragen sind. Ist eine ständige Vertreterin oder ein ständiger Vertreter nicht bestellt oder ist sie oder er ebenfalls verhindert, regelt sich die weitere Vertretung nach näherer Bestimmung der Schulaufsichtsbehörde.

(2) Abweichend von Absatz 1 kann die Schulaufsichtsbehörde eine andere Lehrkraft mit der Schulleitung beauftragen. Die Schulleitung kraft Auftrages soll nicht länger als sechs Monate dauern.

§ 23

Lehrkräftekonferenzen

(1) Die Lehrkräftekonferenzen beraten und beschließen im Rahmen der Gesetze und Verwaltungsanordnungen die für die Unterrichts- und Erziehungsarbeit erforderlichen Maßnahmen, soweit hierfür nicht die Schulleitung oder die Schulkonferenz zuständig ist. Das Nähere wird im Schulmitbestimmungsgesetz (SchumG) geregelt.

(2) Ergänzende Verfahrensvorschriften werden von der Schulaufsichtsbehörde erlassen.

§ 24

Schulkonferenz

In der Schulkonferenz wirken Lehrkräfte, Eltern, Schülerinnen und Schüler und Schulträger, bei Berufsschulen auch die in § 17 Abs. 1 Satz 2 Genannten bei der Unterrichts- und Erziehungsarbeit der Schule zusammen. Das Nähere wird im Schulmitbestimmungsgesetz (SchumG) geregelt.

3. Abschnitt

Schulregionkonferenz, Landesschulkonferenz

§ 25

Schulregionkonferenz

Die Schulregionkonferenz soll zur Wahrnehmung der Aufgaben der Schulregion (§ 2) das verantwortliche Zusammenwirken von Lehrkräften, Schülerinnen und Schülern, Eltern und Schulträgern sowie bei Berufsschulen den in § 17 Abs. 1 Satz 2 Genannten in inneren und äußeren Schulangelegenheiten ermöglichen. Das Nähere wird im Schulmitbestimmungsgesetz (SchumG) geregelt.

§ 26

Landesschulkonferenz

Die Landesschulkonferenz dient dem Austausch von Informationen und Erfahrungen der Mitglieder untereinander und mit der Schulaufsichtsbehörde. Das Nähere wird im Schulmitbestimmungsgesetz (SchumG) geregelt.

4. Abschnitt

Lehrkräfte

§ 27

Rechtsstellung

(1) Die Lehrkräfte und Lehrhilfskräfte an den öffentlichen Schulen im Sinne des § 7 Abs. 1 stehen im Dienst des Landes, soweit sie nicht im Wege der Abordnung von anderen Dienstherren oder als ausländische Austauschlehrkräfte oder Austauschassistentinnen und Austauschassistenten tätig sind oder im Wege von Gestellungsverträgen von den Kirchen beschäftigt werden.

(2) Die Lehrkräfte und Lehrhilfskräfte sind verpflichtet, den Unterricht erkrankter oder sonst wie an der Ausübung des Dienstes verhinderter Lehrkräfte derselben Schule oder von Schulen, die durch Lehrkräfteeinsatz miteinander verbunden sind, in zumutbarem Umfang vorübergehend zu übernehmen.

§ 28

Aufgabe der Lehrkraft

- (1) Die Lehrkraft unterrichtet und erzieht die ihr anvertrauten Schülerinnen und Schüler und beurteilt ihre Leistungen in eigener Verantwortung im Rahmen der für sie geltenden Vorschriften und Konferenzbeschlüsse. Beschlüsse der in diesem Gesetz vorgesehenen Gremien dürfen die Gestaltung des Unterrichts und der Erziehung durch die einzelne Lehrkraft nicht unnötig oder unzumutbar einengen.
- (2) Unbeschadet ihres Rechtes, im Unterricht die eigene Meinung zu äußern, muss die Lehrkraft dafür sorgen, dass auch andere Auffassungen, die für den Unterrichtsgegenstand im Rahmen des Bildungsauftrages der Schule erheblich sind, zur Geltung kommen. Jede einseitige Beeinflussung der Schülerinnen und Schüler ist unzulässig.
- (3) In Wahrnehmung der Fürsorgepflicht der Schule übt die Lehrkraft die Aufsicht über die ihr anvertrauten Schülerinnen und Schüler aus. An und Umfang der Aufsicht sind im Interesse einer Erziehung zu eigenverantwortlichem Handeln unter Berücksichtigung von Alter und Reife der Schülerinnen und Schüler abzustufen.
- (4) Werden der Lehrkraft in Wahrnehmung ihrer Fürsorgepflicht gewichtige Anhaltspunkte für die Gefährdung des leiblichen, geistigen oder seelischen Wohls einer Schülerin oder eines Schülers bekannt, findet § 4 des Gesetzes zur Kooperation und Information im Kinderschutz Anwendung.

§ 29

Lehramt und Lehrerbildung

- (1) Die Lehrkräfte an den öffentlichen Schulen müssen in der Regel die Befähigung zum Lehramt besitzen.
- (2) Die Befähigung zum Lehramt wird durch das vorgeschriebene Studium und die erforderlichen Prüfungen nachgewiesen.
- (3) Die Lehrkräfte sind verpflichtet, sich auch nach Abschluss ihrer Ausbildung allgemein und fachlich fortzubilden. Ihre Fortbildung wird von der Schulaufsichtsbehörde angemessen unterstützt.
- (4) Die Schulaufsichtsbehörde ist verpflichtet, Möglichkeiten zur Fortbildung zu gewährleisten.

4a. Pädagogische Fachkräfte an Schulen

§ 29a

Pädagogische Fachkräfte im Ganztagsbetrieb und in außerunterrichtlichen schulischen Bildungs- und Betreuungsangeboten

Werden einer pädagogischen Fachkraft im Ganztagsbetrieb oder in außerunterrichtlichen Bildungs- und Betreuungsangeboten unter schulischer Aufsicht in Ausübung ihrer beruflichen Tätigkeit gewichtige Anhaltspunkte für die Gefährdung des Wohls eines Kindes oder eines Jugendlichen bekannt, so ist durch sie die jeweils zuständige Schulleitung davon in Kenntnis zu setzen. Das weitere Verfahren regelt § 21 Absatz 5 in Verbindung mit § 4 des Gesetzes zur Kooperation und Information im Kinderschutz vom 22. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2975), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 3. Juni 2021 (BGBl. I S. 1444), in der jeweils geltenden Fassung. Satz 1 und 2 gelten nicht für pädagogische Fachkräfte im Ganztagsbetrieb und in außerunterrichtlichen Bildungs- und Betreuungsangeboten, für die in § 8a des Achten Buches Sozialgesetzbuch oder § 4 des Gesetzes zur Kooperation und Information im Kinderschutz Regelungen zum Umgang mit Kindeswohlgefährdung getroffen werden.

5. Abschnitt

Schülerinnen und Schüler

§ 30

Allgemeine Schulpflicht, Pflichten der Schülerinnen und Schüler

- (1) Im Saarland besteht allgemeine Schulpflicht. Ihr sind alle Kinder, Jugendlichen und Heranwachsenden unterworfen, die im Saarland ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben. Völkerrechtliche Abkommen und zwischenstaatliche Vereinbarungen bleiben unberührt.
- (2) Für Kinder, Jugendliche und Heranwachsende, die in einer Schule der Regelform in einer Förderschule oder durch Sonderunterricht nicht gefördert werden können, ruht die Schulpflicht.
- (3) Einzelheiten über Dauer und Inhalt, Erfüllung und Durchsetzung der Schulpflicht werden im Schulpflichtgesetz geregelt.
- (4) Jede Schülerin und jeder Schüler ist verpflichtet, am verbindlichen Unterricht und an den übrigen verbindlichen Veranstaltungen der Schule regelmäßig teilzunehmen, im Unterricht mitzuarbeiten, die ihr oder ihm im Rahmen der schulischen Ausbildung gestellten Aufgaben auszuführen und die Regeln des Zusammenlebens in der Schule einzuhalten.

(5) Ist eine Schülerin oder ein Schüler einer Schule, die keine Pflichtschule ist, längere Zeit oder häufig während kürzerer Zeitabschnitte ohne ausreichende Entschuldigung dem Unterricht ferngeblieben und hat die Schulleitung die Erziehungsberechtigten oder die volljährige Schülerin oder den volljährigen Schüler schriftlich entsprechend belehrt, so kann die Klassenkonferenz oder der Jahrgangsausschuss unter Vorsitz der Schulleiterin oder des Schulleiters oder ihrer oder seiner Vertretung weiteres unentschuldigtes Fernbleiben einer Austrittserklärung gleichstellen. Die Schulpflicht bleibt davon unberührt.

§ 31

Schulbesuch und Auswahl des Bildungsweges

(1) Die öffentlichen Schulen sind jedem nach seinen Anlagen und Fähigkeiten zugänglich. Über die Aufnahme in eine Schule entscheidet die Eignung. Im Übrigen obliegt die Wahl des weiteren Bildungsweges nach dem Besuch der Grundschule den Erziehungsberechtigten.

(2) Ein Anspruch auf Aufnahme in eine bestimmte Schule besteht nicht. Wenn die für die Aufnahme vorgeschriebenen Voraussetzungen erfüllt sind, darf jedoch eine Aufnahme nur verweigert werden, wenn die Aufnahmefähigkeit der Schule erschöpft oder der Besuch einer anderen Schule desselben Schultyps möglich und der Schülerin oder dem Schüler zumutbar ist. Die Vorschrift des § 19 bleibt unberührt.

§ 32

Ordnungsmaßnahmen

(1) Zur Verwirklichung des Unterrichts- und Erziehungsauftrages der Schule, der Erfüllung der Schulbesuchspflicht, der Einhaltung der Schulordnung und zum Schutz von Personen und Sachen können Ordnungsmaßnahmen gegenüber Schülerinnen und Schülern getroffen werden, soweit andere erzieherische Einwirkungen nicht ausreichen. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit ist zu beachten; insbesondere ist vor Verhängung einer bestimmten Ordnungsmaßnahme zu prüfen, ob nicht eine leichtere Ordnungsmaßnahme ausreicht.

(2) Folgende Ordnungsmaßnahmen können getroffen werden:

1. durch die Klassenlehrerin oder den Klassenlehrer oder durch die unterrichtende Lehrkraft: der schriftliche Verweis;
2. durch die Schulleiterin oder den Schulleiter:
 - a) die Überweisung in eine parallele Klasse oder Unterrichtsgruppe;
 - b) der Ausschluss von besonders bevorzugten Schulveranstaltungen bei fortbestehender Verpflichtung zur Teilnahme am Unterricht während dieser Zeit;
 - c) die Androhung des zeitweiligen Ausschlusses vom Unterricht;
 - d) der Ausschluss vom Unterricht bis zu drei Unterrichtstagen, bei beruflichen Schulen in Teilzeitform für einen Unterrichtstag;
3. durch die Klassenkonferenz oder den Jahrgangsausschuss unter Vorsitz der Schulleiterin oder des Schulleiters oder ihrer oder seiner Vertretung, wobei die Klassenelternsprecherin oder der Klassenelternsprecher oder die Elternsprecherin oder der Elternsprecher der Kerngruppe stimmberechtigt ist und eine Verbindungslehrerin oder ein Verbindungslehrer mit beratender Stimme teilnimmt:
 - a) der Ausschluss vom Unterricht bis zu zwei Unterrichtswochen; Nummer 2 Buchst. d bleibt unberührt;
 - b) die Androhung des Ausschlusses aus der Schule;
4. durch die Gesamtkonferenz: der Ausschluss aus der Schule;
5. durch die Schulaufsichtsbehörde: auf Antrag der Gesamtkonferenz die Ausdehnung des Ausschlusses auf alle Schulen des Landes mit Ausnahme der Förderschule soziale Entwicklung.

Ein Beschluss der Gesamtkonferenz gemäß Satz 1 Nr. 4 und 5, an dem die Vertreterinnen und Vertreter der Schülervertretung mit beratender Stimme teilnehmen, bedarf der Zweidrittelmehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder. Die Verhängung von Ordnungsmaßnahmen gegenüber Klassen und Gruppen als solchen ist nicht zulässig.

(3) Körperliche Züchtigung und entwürdigende Maßnahmen sind nicht zulässig.

(4) Eine Ordnungsmaßnahme gemäß Absatz 2 Satz 1 Nr. 2 Buchst. b bis Nr. 3 Buchst. b ist nur zulässig, wenn eine Schülerin oder ein Schüler durch schweres oder wiederholtes Fehlverhalten ihre oder seine Pflichten verletzt und dadurch die Erfüllung der Aufgabe der Schule oder die Rechte anderer gefährdet hat. Eine Ordnungsmaßnahme gemäß Absatz 2 Satz 1 Nr. 4 und 5 ist nur zulässig, wenn neben den Voraussetzungen des Satzes 1 das Verbleiben

der Schülerin oder des Schülers in der Schule eine Gefahr für die Erziehung und Unterrichtung, die sittliche Entwicklung, die Gesundheit oder Sicherheit der Mitschülerinnen und Mitschüler befürchten lässt; eine Ordnungsmaßnahme gemäß Absatz 2 Satz 1 Nr. 5 ist darüber hinaus nur zulässig, wenn zu erwarten steht, dass auch bei einem Wechsel der Schule die gleiche Gefährdung der Mitschüler gegeben ist.

(5) Vor der Entscheidung über eine Ordnungsmaßnahme ist der Schülerin oder dem Schüler, vor Ordnungsmaßnahmen gemäß Absatz 2 Satz 1 Nr. 2 bis 5 auch den Erziehungsberechtigten Gelegenheit zur Äußerung vor der für die Entscheidung zuständigen Stelle zu geben. Die Schülerin oder der Schüler und die Erziehungsberechtigten können eine Schülerin oder einen Schüler oder eine Lehrkraft ihres Vertrauens hinzuziehen.

(6) Die Schulleiterin oder der Schulleiter kann in dringenden Fällen einer Schülerin oder einem Schüler vorläufig den Schulbesuch untersagen, wenn deren oder dessen Verhalten den Ausschluss aus der Schule durch die Gesamtkonferenz erwarten lässt. Die Schulleiterin oder der Schulleiter hat die Entscheidung der Gesamtkonferenz unverzüglich herbeizuführen.

(7) Eine Ordnungsmaßnahme ist den Erziehungsberechtigten und dem für die Berufsausbildung der Schülerin oder des Schülers Mitverantwortlichen, eine Entscheidung gemäß Absatz 2 Satz 1 Nr. 4 und 5 darüber hinaus dem Jugendamt und der Schulaufsichtsbehörde unter Angabe der Gründe unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

(8) Widerspruch und Anfechtungsklage gegen eine Ordnungsmaßnahme haben keine aufschiebende Wirkung.

§ 33

Schul- und Prüfungsverordnungen, Anerkennung von Abschlüssen

(1) Die Schulaufsichtsbehörde wird ermächtigt, durch Rechtsverordnungen Schulordnungen über Einzelheiten des Schulverhältnisses und Prüfungsordnungen zu erlassen. Sie erlässt diese Bestimmungen auf der Grundlage des Unterrichts- und Erziehungsauftrages der Schule, unter Beachtung der Bildungsziele der einzelnen Schulstufen, Schulformen und Schultypen und in Wahrnehmung der Pflicht, das Wohl der einzelnen Schülerin und des einzelnen Schülers ebenso wie das Wohl aller Schülerinnen und Schüler zu fördern.

(2) In den Schulordnungen sind insbesondere zu regeln:

1. die Voraussetzungen und das Verfahren für die Aufnahme in die Schule; dabei kann
 - a) die Aufnahme von Bestehen einer der Aufgabenstellung der Schule entsprechenden Prüfung abhängig gemacht werden;
 - b) die Zulassung im notwendigen Umfang beschränkt werden, wenn die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber die Aufnahmefähigkeit der Schule übersteigt; das Auswahlverfahren kann nach Gesichtspunkten der Eignung, Leistung und Wartezeit sowie unter Berücksichtigung von Härtefällen und der insbesondere auf den jeweiligen Gemeindebezirk, die jeweilige Gemeinde oder Schulregion bezogenen Nähe der Wohnung der Schülerin oder des Schülers zur Schule gestaltet werden; ferner ist die Auswahl durch das Los zulässig; für Schulen, deren Schulträger nicht das Land ist, kann die Verordnung vorsehen, dass die Regelung des Auswahlverfahrens unter Beachtung der in dieser Vorschrift genannten Grundsätze durch Satzung des Schulträgers erfolgt, die der Schulaufsichtsbehörde vor In-Kraft-Setzung anzuzeigen ist,
2. die Beendigung des Schulverhältnisses (Austritt und Entlassung) und der Schulwechsel;
3. der Umfang der Pflicht zur Teilnahme am Unterricht und an sonstigen Schulveranstaltungen, die Voraussetzungen und der Umfang von Befreiungen und Beurlaubungen sowie das Verfahren bei Schulversäumnissen;
4. das Ziel, die Gliederung und die Dauer des schulischen Bildungsganges, die Stundentafeln bzw. für den Unterricht der Auszubildenden in der Berufsschule die Fächergruppen, ferner die Praktika und Anerkennungszzeiten, soweit sie für das Bildungsziel erforderlich sind;
5. die Grundsätze für die Bewertung von Leistung und Verhalten unter Angabe des Noten- und Punktsystems, ausnahmsweise der Verzicht auf die Anwendung eines Noten- oder Punktsystems, sowie die Folgen der Leistungsverweigerung;
6. die während des Schulbesuches und, soweit keine besonderen Prüfungen stattfinden, bei dessen Abschluss zu erteilenden Zeugnisse einschließlich der zu bewertenden Fächer, der Bewertungsmaßstäbe für Leistungen und Verhalten, der erforderlichen Leistungsnachweise und der mit einem erfolgreichen Abschluss verbundenen Berechtigungen;
7. das Aufsteigen in der Schule (z.B. Versetzung, Aufsteigen ohne Versetzung, Wiederholung und Überspringen einer Klassenstufe) sowie die Einstufung und Umstufung in Kurse, soweit nicht in Klassen unterrichtet wird, dabei sind das Verfahren zu regeln einschließlich der Zusammensetzung der für die Entscheidung zuständigen Konferenz und entsprechend dem Bildungsziel der Schulform und des Schultyps die für die Entscheidung maßgeblichen Fächer und Schülerleistungen sowie die hierfür geltenden Bewertungsmaßstäbe;

8. das Ausscheiden aus der Schule infolge Nichtversetzung, ausgenommen die Pflichtschulen; dabei kann bestimmt werden, dass eine Schülerin oder ein Schüler auf Grund eines Beschlusses der Klassenkonferenz unter Vorsitz der Schulleiterin oder des Schulleiters oder einer Vertretung bei zweimaliger Nichtversetzung in derselben Klassenstufe oder in zwei aufeinander folgenden Klassenstufen aus der Schule und der Schulform oder dem Schultyp ausscheidet;
9. die Gleichwertigkeit schulischer Leistungen mit dem Abschluss einer anderen Schulform;
10. die Verfügung über Schülerarbeiten;
11. das Verhalten der Schülerinnen und Schüler innerhalb der Schule;
12. die Schul- und Schülerzeitungen und ihr Vertrieb in der Schule sowie die Zulassung von Schülervereinigungen;
13. das Verbot der Betätigung politischer Schülergruppen in der Schule;
14. die zur Durchführung der Schulgesundheitspflege, der Unfallverhütung und der Schulfürsorge erforderlichen Maßnahmen;
15. die Pflichten der Erziehungsberechtigten und der für die Berufsausbildung Mitverantwortlichen gegenüber der Schule.

(3) In den Prüfungsordnungen sind insbesondere zu regeln:

1. der Zweck der Prüfung, die Prüfungsgebiete und die Gliederung der Prüfung;
2. die Voraussetzungen für die Zulassung zur Prüfung und die Teilnahme an der Prüfung;
3. das Prüfungsverfahren einschließlich der Bildung und Zusammensetzung des Prüfungsausschusses, des Rücktrittes von der Prüfung sowie der Folgen des Nichtbringens von Prüfungsleistungen;
4. die Folgen von Täuschungshandlungen, insbesondere der Ausschluss von der Prüfung und die nachträgliche Aberkennung des Prüfungszeugnisses;
5. die Bewertung der Prüfungsleistungen einschließlich der Bewertungsmaßstäbe sowie die Voraussetzungen für das Bestehen der Prüfung;
6. die Erteilung von Abschluss- und Prüfungszeugnissen und die damit verbundenen Berechtigungen;
7. die Folgen der Nichtzulassung zur Prüfung, der Nichtteilnahme an der Prüfung und des Nichtbestehens der Prüfung sowie Voraussetzungen, Verfahren und Umfang des Wiederholens der Prüfung; dabei kann bestimmt werden, dass eine nicht bestandene Prüfung nur einmal wiederholt oder infolge der Nichtteilnahme an einer vorangegangenen Prüfung oder einer Wiederholungsprüfung nicht mehr wiederholt werden kann.

(4) Die Schulaufsichtsbehörde wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung zu regeln:

1. die Zulassung von Nichtschülerinnen und Nichtschülern zu Prüfungen an Schulen und die Einrichtung von Prüfungen für Nichtschülerinnen und Nichtschüler zum Erwerb des Hauptschulabschlusses, eines mittleren Bildungsabschlusses gemäß § 3a Abs. 2 und 3, der allgemeinen Hochschulreife oder für den Hochschulzugang von besonders befähigten Berufstätigen; dabei kann ein Mindestalter für die Zulassung zur Prüfung vorgeschrieben und bestimmt werden, dass nur Bewerberinnen und Bewerber mit Hauptwohnsitz im Saarland zugelassen werden;
2. die Ausbildung und Prüfung in Bildungseinrichtungen, die außerhalb der Ausbildung an öffentlichen oder privaten Schulen bestehen oder vorgesehen sind, sofern sie auf Abschlüsse vorbereiten, die an den im Land bestehenden oder grundsätzlich vorgesehenen öffentlichen Schulen erworben werden können, oder sofern für diese Prüfungen ein sonstiges öffentliches Interesse besteht;
3. die Anerkennung außerschulischer Prüfungen als schulische Prüfungen.

Für die Ausbildungs- und Prüfungsordnungen, die zur Durchführung der in den Nr. 1 bis 3 genannten Prüfungen erforderlich sind, gelten die Absätze 2 und 3 entsprechend.

(5) Die Schulaufsichtsbehörde entscheidet über die Anerkennung außerhalb des Landes erworbener schulischer Abschlüsse und Berechtigungen.

§ 34

Schülervertretung

(1) Die Schülervertretung dient der Vertretung von Interessen der Schülerinnen und Schüler in der Schule, der Beteiligung an den schulischen Gremien sowie der Durchführung übertragener und selbstgewählter Aufgaben im Rahmen der Unterrichts- und Erziehungsaufgabe der Schule. Sie soll an der Planung von Einzelveranstaltungen der Schule, die der Erweiterung des Unterrichtsangebots dienen, beteiligt werden. Die Schülervertretung besitzt kein politisches Mandat; die Bildung politischer Schülergruppen innerhalb der Schülervertretung ist unzulässig.

(2) Das Nähere wird im Schulmitbestimmungsgesetz (SchumG) geregelt.

(3) Die Privatschulen haben eine angemessene Beteiligung der Erziehungsberechtigten entsprechend den in Absatz 1 niedergelegten Grundsätzen zu gewährleisten.

§ 35 Ferien

Die Ferien an den öffentlichen Schulen werden durch die Ferienordnung der Schulaufsichtsbehörde festgelegt.

6. Abschnitt Elternvertretung

§ 36 Elternvertretung

(1) Die Elternvertretung dient der Vertretung von Erziehungsinteressen der Erziehungsberechtigten in der von ihren Kindern besuchten Schule und der Beteiligung an den schulischen Gremien.

(2) Das Nähere wird im Schulmitbestimmungsgesetz (SchumG) geregelt.

(3) Die Privatschulen haben eine angemessene Beteiligung der Erziehungsberechtigten entsprechend dem in Absatz 1 niedergelegten Grundsatz zu gewährleisten.

Teil III Schulunterhaltung, Schulverwaltung

1. Abschnitt Schulträger

§ 37 Grundsatz

(1) Bei der Errichtung, Änderung, Auflösung und Unterhaltung der öffentlichen Schulen wirken das Land und die Schulträger nach den Vorschriften dieses Gesetzes zusammen. Im Rahmen der Schulentwicklungsplanung stimmen die kommunalen Schulträger auf der Ebene der Gemeindeverbände die planerischen Grundlagen für die Entwicklung eines ausgewogenen Bildungsangebotes ab und stellen für ihr Gebiet Schulentwicklungspläne auf; die Schulaufsichtsbehörde prüft die Pläne unter Beachtung der Gegebenheiten im Land und als Grundlage für Entscheidungen nach §§ 9, 19, 39 und 40. Näheres regelt die Schulaufsichtsbehörde durch Rechtsverordnung; dabei kann sie insbesondere Rahmenbedingungen wie das vorhandene Schulangebot, die mittelfristig zu erwartenden Schülerzahlen oder die räumlichen Gegebenheiten benennen und zeitliche Vorgaben machen.

(2) Die Vorschriften des Schulmitbestimmungsgesetzes (SchumG) bleiben unberührt.

§ 38 Gemeinden, Gemeindeverbände und das Land als Schulträger

(1) Die Gemeinden sind Schulträger der Grundschulen.

(2) Die Gemeindeverbände sind Schulträger der sonstigen allgemeinbildenden Schulen in den Sekundarstufen I und II, der beruflichen Schulen sowie der Förderschulen geistige Entwicklung, der Förderschulen Lernen und der besonderen schulischen Einrichtungen. Gemeinden können auf ihren Antrag die Trägerschaft derartiger Schulen erhalten.

(3) Das Land ist Schulträger der Förderschulen mit Ausnahme der Förderschulen geistige Entwicklung und der Förderschulen Lernen. Das Land ist berechtigt, zur Weiterentwicklung des Schulwesens Träger von Versuchsschulen zu sein.

(4) An Schulen der Regelform eingerichtete Unterrichtsgruppen oder Klassen für Behinderte mit sonderpädagogischem Förderungsbedarf sind Bestandteil der Schule, an der sie eingerichtet sind.

§ 39 Schulverband als Schulträger

(1) Gemeinden und Gemeindeverbände können im Rahmen der Schulentwicklungsplanung zur gemeinsamen Erfüllung der ihnen als Schulträger obliegenden Aufgaben Schulverbände bilden oder öffentlich-rechtliche Vereinbarungen abschließen.

(2) Im Übrigen finden die Vorschriften des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit Anwendung.

§ 40

Errichtung, Änderung und Auflösung öffentlicher Schulen

(1) Über die Errichtung, Änderung und Auflösung einer öffentlichen Schule entscheidet die Schulaufsichtsbehörde im Einvernehmen mit dem Schulträger im Rahmen der Schulentwicklungsplanung nach Anhörung der Schulregionkonferenz und der Schulkonferenz der Schule, soweit sie bereits besteht.

(2) Als Errichtung gelten auch die Teilung einer Schule in mehrere selbstständige Schulen oder die dauernde Zusammenlegung mehrerer selbstständiger Schulen zu einer Schule. Änderung ist der dauerhafte Aus- und Abbau einer Schule, der Wechsel des Schulträgers sowie der Wechsel der Schulform und des Schultyps.

2. Abschnitt

Personalkosten

§ 41

Grundsatz

(1) Das Land trägt bzw. entartet die Personalkosten ihr Lehrkräfte und Lehrhilfskräfte der öffentlichen Schulen, deren Träger das Land, eine Gemeinde, ein Gemeindeverband oder ein Schulverband ist; dies gilt nicht für Personalkosten kommunaler Schulträger aus Versorgungsfällen, die vor dem 1. Januar 1960 eingetreten sind.

(2) Für die Erteilung von Unterricht an Schülerinnen und Schüler, die zum Schulbesuch nicht fähig sind, gilt Absatz 1 erster Halbsatz entsprechend.

§ 42

Umfang der Personalkosten

(1) Personalkosten im Sinne dieses Gesetzes sind

1. die Dienstbezüge der im Beamten- und die Vergütungen der im Angestelltenverhältnis beschäftigten Lehrkräfte sowie die Mehrkosten für notwendige Vertretungen,
2. die Ruhegehälter der Lehrkräfte und die Versorgungsbezüge der Hinterbliebenen,
3. die Abfindungs- und Übergangsgelder,
4. die Umzugskosten, die Trennungsentschädigungen und ähnliche Vergütungen der Lehrkräfte,
5. die Reisekosten der Lehrkräfte bei staatlichem Reiseauftrag,
6. die Beihilfen und Unterstützungen für Lehrkräfte und ihre Hinterbliebenen,
7. die Beiträge zu den sozialen Versicherungen der Lehrkräfte im Angestelltenverhältnis,
8. die Kosten für die gesundheitliche Überwachung der Lehrkräfte,
9. die Stundenvergütungen für nebenamtlichen und nebenberuflichen Unterricht, soweit er lehrplanmäßig erteilt wird,
10. Weihnachtsgelder und Jubiläumszuwendungen,
11. die durch die Tätigkeit der Personalräte der Lehrkräfte entstehenden Kosten, soweit diese nach dem Saarländischen Personalvertretungsgesetz von der Dienststelle zu tragen sind.

(2) Absatz 1 gilt sinngemäß für Lehrhilfskräfte.

§ 43

Klassenbildung

Die Schulaufsichtsbehörde wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung nach den pädagogischen und verwaltungsmäßigen Bedürfnissen der einzelnen Schulformen, Schultypen, Schulstufen und Klassen Höchst-, Richt- und Mindestwerte für die Klassen-, Gruppen- und Kursbildung sowie Schüler-Lehrer-Relationen festzulegen; dabei ist auch die in § 9 Absatz 5 Satz 2 sowie die in § 3a Absatz 1 Satz 5 und § 4a Absatz 2 Satz 2 vorgesehene Möglichkeit einer Unterrichtung in jahrgangsübergreifenden Lerngruppen vorzusehen.

3. Abschnitt

Sachkosten

§ 44

Grundsatz

Die Sachkosten werden vom Schulträger aufgebracht.

§ 45

Umfang der Sachkosten

(1) Sachkosten im Sinne dieses Gesetzes sind alle Kosten, die nicht Personalkosten nach § 42 sind.

(2) Zu den Sachkosten gehören insbesondere

1. die Kosten für die Errichtung, Unterhaltung und Verwaltung der Schulgebäude, Schulanlagen und Schuleinrichtungen,
2. die Verwaltungskosten der Schulleitung.

(3) Die Schulträger übernehmen ferner

1. die Personalkosten der Beamtinnen und Beamten sowie Tarifbeschäftigten, die nicht Lehrkräfte oder Lehrhilfskräfte sind, und ihrer Hinterbliebenen (Verwaltungspersonal, Hausmeisterinnen und Hausmeister, Reinigungspersonal),
2. die Reisekosten der Lehrkräfte und Lehrhilfskräfte für Reisen im Auftrag des Schulträgers,
3. die Beförderungskosten, die notwendig durch den Besuch der Grundschule entstehen,
4. die Beförderungskosten, die notwendig durch den Besuch von Förderschulen entstehen,
5. die infolge der Behinderung einer Schülerin oder eines Schülers, die oder der eine Schule der Regelform besucht, entstehenden Kosten der notwendigen Beförderung.

(4) Die Beförderungskosten, die notwendig durch den Besuch von Förderschulen außerhalb des Saarlandes entstehen, werden den Erziehungsberechtigten vom Land erstattet.

(5) Die Schulaufsichtsbehörde wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Ministerium für Inneres und Sport und dem Ministerium für Finanzen und Europa die Einzelheiten der Beförderungskosten insbesondere die Abgrenzung der notwendigen Beförderungskosten, durch Rechtsverordnung zu regeln.

§ 46

Sachleistungen, Verwaltungspersonal, Raumprogramm

(1) Die Schulträger haben die erforderlichen Schulgebäude und Anlagen zu errichten, mit den notwendigen Lehrmitteln, Bibliotheken (Mediotheken) und Einrichtungen auszustatten und ordnungsgemäß zu unterhalten. Sie haben ferner das erforderliche Verwaltungspersonal zur Verfügung zu stellen.

(2) Land, Gemeinden, Gemeindeverbände und Schulverbände können zur gemeinsamen Erfüllung der ihnen als Schulträger obliegenden Aufgaben zentrale Einrichtungen, insbesondere Bibliotheken (Mediotheken) schaffen.

§ 47 Anzeigepflichtige Verfügungen, Benutzung von Schulräumen

(1) Verfügungen der Schulträger über Schulgrundstücke oder Dienstwohnungen für Lehrkräfte sind der Schulaufsichtsbehörde anzuzeigen und dürfen ausgeführt werden, wenn diese innerhalb von zwei Monaten nach Eingang der Anzeige nicht widersprochen oder vor Ablauf der Frist erklärt hat, dass sie nicht widerspricht.

(2) Räume, Plätze und Einrichtungsgegenstände öffentlicher Schulen dürfen nicht für Zwecke verwendet werden, die den Belangen der Schule widersprechen. Über die Verwendung für andere als schulische Zwecke entscheidet der Schulträger im Benehmen mit der Schulleiterin oder dem Schulleiter. Bei Meinungsverschiedenheiten entscheidet die Kommunalaufsichtsbehörde im Einvernehmen mit der Schulaufsichtsbehörde.

§ 48

Schulsachkostenbeiträge

(1) Gemeinden, Gemeindeverbände und Schulverbände haben als Schulträger das Recht, für die ihre Schule besuchenden Schülerinnen und Schüler aus einer anderen Gemeinde oder aus einem anderen Gemeindeverband einen angemessenen Beitrag zu den laufenden Sachkosten zu fordern (Schulsachkostenbeitrag). Ist Schulträger eine Gemeinde oder ein aus Gemeinden bestehender Schulverband, so richtet sich der Anspruch gegen die Gemeinde, in welcher die Schülerin oder der Schüler ihren oder seinen Wohnsitz hat; ist Schulträger ein Gemeindeverband oder ein aus Gemeindeverband und Gemeinde bestehender Schulverband, so richtet sich der Anspruch gegen den Gemeindeverband, zu dem die Wohnsitzgemeinde der Schülerin oder des Schülers gehört.

(2) Die Berechnungsgrundlagen für die Schulsachkostenbeiträge, das Verfahren der Festsetzung der Schulsachkostenbeiträge und die Zahlungsweise der Schulsachkostenbeiträge werden durch Rechtsverordnung des Ministeriums für Inneres und Sport im Einvernehmen mit der Schulaufsichtsbehörde so bestimmt, dass eine angemessene Beteiligung der beitragspflichtigen Körperschaften an den Schulsachkosten gewährleistet ist; hierfür kann auch ein pauschaliertes Abrechnungsverfahren gewählt werden.

(3) Diese Vorschrift findet keine Anwendung, soweit ein Ausgleich auf Grund anderer Vorschriften oder auf Grund öffentlich-rechtlicher Vereinbarungen erfolgt.

§ 49

Schulbauten

Neu-, Um- und Erweiterungsbauten von Schulen bedürfen der Genehmigung der Schulaufsichtsbehörde. Dies gilt auch für Privatschulen, die staatliche Finanzhöfe erhalten.

4. Abschnitt

Erziehungsbeihilfen

§ 50

Erziehungsbeihilfen

(1) Erziehungsbeihilfen können gewährt werden:

1. für geeignete Schülerinnen und Schüler der Schulen der Sekundarstufen I und II,
2. für Personen, die auf Grund besonderer Eignung außerhalb des üblichen Bildungsweges den Zugang zu einer Fachschule anstreben.

Dies gilt nicht, soweit sie nach den Vorschriften des Bundesausbildungsförderungsgesetzes zu fördern sind.

(2) Die erforderlichen Mittel sind vom Land bereitzustellen.

(3) Nähere Bestimmungen über die Gewährung der Erziehungsbeihilfen erlässt die Schulaufsichtsbehörde.

(4) Diese Vorschrift gilt auch für Privatschulen.

5. Abschnitt

Kommunale Schulverwaltung

§ 51

Kommunale Schulverwaltung

Die Gemeinden, Gemeindeverbände und Schulverbände als Schulträger üben ihre Rechte und Pflichten als Selbstverwaltungsangelegenheiten nach Maßgabe dieses Gesetzes aus.

Teil IV

Schulaufsicht

1. Abschnitt

Allgemeine Bestimmungen

§ 52

Inhalt und Aufgabe

(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.

(2) Die Schulaufsicht umfasst insbesondere

1. die Planung, Ordnung und Förderung des gesamten Schulwesens sowie die Gestaltung und Leitung der öffentlichen Schulen,
2. die Fachaufsicht über die öffentlichen Schulen,
3. die Dienstaufsicht über die Lehrkräfte und Lehrhilfskräfte der öffentlichen Schulen.

(3) Der Umfang der Schulaufsicht über die privaten Schulen wird durch deren Rechtsstellung nach Artikel 7 Abs. 4 und 5 des Grundgesetzes und nach dem Gesetz Nr. 751 "Privatschulgesetz" vom 30. Januar 1962 (Amtsbl. S. 159) in seiner jeweils geltenden Fassung bestimmt.

§ 52a

Notwendige Regelungen bei schwerwiegenden Gefahren für Leben und Gesundheit

Können einzelne Vorschriften dieses Gesetzes, insbesondere Vorschriften zum Inhalt und zu der Gestaltung von Bildungsgängen sowie zu Abschlussprüfungen in den §§ 3a, 3b, 4a, 5a und 6, durch Gesetz, aufgrund eines Gesetzes oder durch gerichtliche oder behördliche Anordnung zur Verhütung schwerwiegender Gefahren für Leben und Gesundheit keine oder nur eingeschränkt Anwendung finden, trifft die Schulaufsichtsbehörde zur rechtzeitigen Sicherung von Schul- und Bildungslaufbahnen sowie zur Herstellung der Bildungsgerechtigkeit die unmittelbar notwendigen, von diesem Gesetz abweichenden Regelungen durch Rechtsverordnung oder Verwaltungsvorschrift.

§ 53

Fachliche Schulaufsichtsbeamtinnen und Schulaufsichtsbeamte

- (1) Die Fachaufsicht wird durch hauptamtlich tätige Beamtinnen und Beamte ausgeübt. Sie müssen fachlich vorgebildet sein und sich im Schuldienst bewährt haben.
- (2) Die Schulaufsichtsbehörde kann besondere Fachberaterinnen und Fachberater hinzuziehen.

§ 54

Beteiligung der Kommunalaufsicht

Kommt ein kommunaler Schulträger einer ihm nach diesem Gesetz obliegenden Verpflichtung in äußeren Schulanlässen nicht ordnungsgemäß nach, so stellt die Schulaufsichtsbehörde im Einvernehmen mit der Kommunalaufsichtsbehörde die Verpflichtung fest. Für weitere Maßnahmen ist die Kommunalaufsichtsbehörde zuständig.

§ 55

– aufgehoben –

§ 56

– aufgehoben –

2. Abschnitt

Schulaufsichtsbehörde

§ 57

Schulaufsichtsbehörde

- (1) Schulaufsichtsbehörde ist das Ministerium für Bildung und Kultur.
- (2) Das Ministerium für Bildung und Kultur ist Dienstbehörde für alle Lehrkräfte und Lehrhilfskräfte.

Teil V

Übergangs- und Schlussvorschriften

§ 58

Wechsel des Dienstherrn

- (1) Mit dem In-Kraft-Treten dieses Gesetzes treten die Lehrkräfte und Lehrhilfskräfte, die im Beamtenverhältnis zu einem kommunalen Schulträger stehen, in den Dienst des Landes.
- (2) Bei Lehrkräften und Lehrhilfskräften, die im Angestelltenverhältnis stehen, tritt das Land mit dem In-Kraft-Treten dieses Gesetzes in die bestehenden Arbeitsverträge ein.
- (3) Die Beamtinnen und Beamten und die Angestellten erhalten hierüber eine Mitteilung.

§ 59

Wechsel des Schulträgers infolge gesetzlicher Regelung.

- (1) Beim Wechsel der Schulträgerschaft infolge gesetzlicher Regelung gehen, sofern von den Beteiligten nichts anderes vereinbart wird, das Eigentum des bisherigen Schulträgers an den Schulgrundstücken mit allen Rechten und Belastungen sowie alle sonstigen Rechte und Verpflichtungen des bisherigen Schulträgers, die mit der Schule im Zusammenhang stehen, entschädigungslos auf den neuen Schulträger über. Grundstücksanteile, die nicht unmittelbar Zwecken der betreffenden Schule dienen, sind auf Antrag des bisherigen Schulträgers durch Grundstücksteilung abzutrennen und diesem unverzüglich zurückzuübereignen. Der bisherige Schulträger ist außerdem berechtigt, das Schulgrundstück in dem Umfang unentgeltlich zu nutzen, in dem es bis zum Wechsel der Schulträgerschaft für andere als Zwecke der betreffenden Schule genutzt wurde; er ist verpflichtet, sich an den Grundstücksunterhaltungskosten nach dem Umfang der Mitbenutzung zu beteiligen.
- (2) Absatz 1 findet keine Anwendung auf Schulgrundstücke, die zum Zeitpunkt des Wechsels des Schulträgers überwiegend anderen als Zwecken der betreffenden Schule dienen. In diesem Falle hat jedoch der bisherige Schulträger dem neuen Schulträger das Schulgrundstück in dem Umfang unentgeltlich zur schulischen Nutzung zu überlassen, in dem es bis zum Wechsel der Schulträgerschaft für Zwecke der betreffenden Schule genutzt wurde. Der neue Schulträger ist verpflichtet, sich an den Grundstücksunterhaltungskosten nach dem Umfang der Mitbestimmung zu beteiligen. Welche Art der Nutzung eines Schulgrundstücks überwiegt, entscheidet im Zweifelsfälle die Schulaufsichtsbehörde im Einvernehmen mit dem Ministerium für Inneres und Sport.

(3) Wird eine Schule, deren Träger gewechselt hat, aufgelöst oder geschlossen oder wird das Schulgrundstück seinem bisherigen Zweck ganz oder überwiegend entfremdet, so kann der frühere Eigentümer innerhalb eines Jahres verlangen, dass ihm das Eigentum an den Schulgrundstücken entschädigungslos zurückübertragen wird. Absatz 1 Satz 1 ist entsprechend anzuwenden.

(4) Die Kommunalaufsichtsbehörde beantragt die nach Absatz 1 und 3 erforderliche Berichtigung des Grundbuches und anderer öffentlicher Bücher. Zum Nachweis des Eigentums gegenüber dem Grundbuchamt genügt die mit dem Amtssiegel versehene Bestätigung der obersten Kommunalaufsichtsbehörde, dass das Eigentum dem neuen oder früheren Eigentümer zusteht.

(5) Rechtshandlungen, die aus Anlass des Wechsels der Schulträgerschaft erforderlich werden, sind frei von öffentlichen Abgaben. Das Gleiche gilt für die Berichtigung, Löschung und sonstigen Eintragungen in öffentliche Bücher; § 4 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 3 des Landesjustizkostengesetzes bleiben unberührt.

(6) Das bewegliche Vermögen der Schule, insbesondere die Einrichtungsgegenstände sowie die Lehr- und Lernmittel, gehen mit dem Wechsel der Schulträgerschaft entschädigungslos in das Eigentum des neuen Schulträgers über.

§ 59a

– aufgehoben –

§ 60

Vertragsvereinbarungen und Verpflichtungen Dritter

(1) Verträge, die zwischen dem Land und Gemeinden oder Gemeindeverbänden oder zwischen Gemeinden oder Gemeindeverbänden über die Unterhaltung öffentlicher Schulen bestehen oder geschlossen werden, bleiben unberührt.

(2) Verpflichtungen zu Leistungen an öffentliche Schulen oder Schulträger, die weder dem Land noch einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband obliegen, werden durch dieses Gesetz nicht berührt.

(3) Durch zwischenstaatliche Vereinbarungen können die Unterhaltung, die Verwaltung, die Leitung, der Aufbau und die Struktur öffentlicher Schulen sowie die Bestimmungen der Schulordnung (§ 33) abweichend von den Vorschriften dieses Gesetzes geregelt werden.

§ 61

Aufhebung von Vorschriften

Die für die bergbaulichen Schulen bestehenden gesetzlichen Sonderbestimmungen werden durch dieses Gesetz nicht berührt.

§ 62

Durchführungsbestimmungen

Die zur Durchführung dieses Gesetzes notwendigen Verwaltungsvorschriften erlässt die Schulaufsichtsbehörde, soweit Belange kommunaler Schulträger berührt werden, im Einvernehmen nur dem Ministerium für Inneres und Sport.

§ 63

Übergangsvorschriften für die Einführung der Gemeinschaftsschule

(1) Zum 1. August 2012 werden an den jeweiligen Standorten der bestehenden Erweiterten Realschulen und Gesamtschulen durch dieses Gesetz Gemeinschaftsschulen errichtet. Für diese gelten die in § 9 Absatz 2 getroffenen Regelungen mit der Maßgabe, dass die dort genannte Mindestschülerzahl für den geordneten Schulbetrieb ab dem Schuljahr 2013/14 unter Einbeziehung der Schülerinnen und Schüler der auslaufenden Schule zugrunde zu legen ist; § 9 Abs. 3 bis 6 findet insofern bis dahin keine Anwendung. Für die Gemeinschaftsschulen wird das Gebiet der jeweiligen Sitzgemeinde als Einzugsbereich festgelegt. Schülerinnen und Schüler, die in diesem Einzugsbereich ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben, sind vorrangig aufzunehmen. Sofern eine Gemeinde nicht Sitzgemeinde einer Gemeinschaftsschule ist, werden dortige Schülerinnen und Schüler vorrangig in Gemeinschaftsschulen der angrenzenden Gemeinden des jeweiligen Landkreises beziehungsweise des Regionalverbandes aufgenommen.

(2) Die am 1. August 2012 bestehenden Erweiterten Realschulen und Gesamtschulen werden in den zum Schuljahr 2012/13 bestehenden Klassenstufen 6 bis 10, gegebenenfalls auch in den Jahrgangsstufen 11 bis 13 der gymnasialen Oberstufe, bis einschließlich des Schuljahres 2016/17 auslaufend fortgeführt. Am 1. August 2017 wird die gymnasiale Oberstufe der auslaufenden Schulen gymnasiale Oberstufe der Gemeinschaftsschule.

(3) Für die auslaufend fortgeführten Schulen und die Erweiterte Realschule in Abendform finden die sie betreffenden schulrechtlichen Regelungen bis einschließlich des Schuljahres 2016/17 weiterhin Anwendung beziehungsweise gelten in der jeweils geltenden Fassung.

§ 63a

Übergangsvorschriften zur inklusiven Schule

(1) § 4 Absatz 1 ist ab dem Schuljahr 2014/2015 auf die Grundschulen anzuwenden. Bis zum Inkrafttreten einer nach § 4 Absatz 2 zu erlassenden Rechtsverordnung ist die auf der Grundlage des § 4 Absatz 1 in der bis zum 31. Juli 2014 geltenden Fassung ergangene Rechtsverordnung in der jeweils geltenden Fassung auf die Klassenstufen 1 bis 4 der Grundschulen weiter anzuwenden.

(2) § 4 Absatz 1 und 2 sowie die auf der Grundlage des § 4 Absatz 2 zu erlassende Rechtsverordnung sind im Bereich der weiterführenden allgemein bildenden Schulen erstmals auf die Schuljahrgänge anzuwenden, die sich aufsteigend beginnend ab dem Schuljahr 2016/2017 in Klassenstufe 5 befinden. Im Bereich der beruflichen Schulen sind sie erstmals auf die Schuljahrgänge anzuwenden, die sich aufsteigend beginnend ab dem Schuljahr 2018/2019 in den Eingangsklassen der beruflichen Schulen befinden. Soweit ein vollständiges Aufwachsen noch nicht erfolgt ist, ist § 4 Absatz 1 in der bis zum 31. Juli 2014 geltenden Fassung auslaufend weiter anzuwenden.

§ 63b Übergangsvorschriften zur Einführung des neunjährigen Gymnasiums

(1) § 3a Absatz 3 Satz 5 und Absatz 4 Satz 1 findet mit der Maßgabe Anwendung, dass er aufsteigend, erstmals für die Schülerinnen und Schüler, die sich im Schuljahr 2023/2024 in den Klassenstufen 5, 6 und 7 des Gymnasiums befinden, gilt.

(2) Auf die Schülerinnen und Schüler, die sich im Schuljahr 2023/2024 in den Klassenstufen 8 bis 12 des auslaufenden achtjährigen Gymnasiums befinden, finden die bisher geltenden Vorschriften grundsätzlich Anwendung; abweichende Regelungen trifft die Schulaufsichtsbehörde durch Rechtsverordnung.

§ 64

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt mit Ausnahme des § 39 am 1. Juli 1965 in Kraft. Der § 39 tritt am 1. April 1966 in Kraft.

**Gesetz über die Schulpflicht im Saarland
(Schulpflichtgesetz)**

Vom 11. März 1966

in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. August 1996 (Amtsbl. S. 864, ber. 1997 S. 147),
zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. Dezember 2021 (Amtsbl. I S. 2629)

Erster Teil

§ 1 Allgemeine Schulpflicht

Zweiter Teil

§ 2 Beginn der allgemeinen Vollzeitschulpflicht

§ 3 Teilnahme an besonderen Fördermaßnahmen, Zurückstellung vom Schulbesuch

§ 4 Dauer der allgemeinen Vollzeitschulpflicht

§ 5 Erfüllung der allgemeinen Vollzeitschulpflicht

§ 6 Gemeinsame Unterrichtung von Behinderten und Nichtbehinderten, Förderschulen, Sonderunterricht

§ 7 Unterbringung in Anstalts- oder Familienpflege

Dritter Teil

§ 8 Beginn der Berufsschulpflicht

§ 9 Dauer der Berufsschulpflicht

§ 10 Erfüllung der Berufsschulpflicht und Unterrichtsumfang

§ 11 Behinderte Berufsschulpflichtige

Vierter Teil

§ 12 Dauer des Schuljahres

§ 13 Ruhen der Schulpflicht, Beurlaubung

§ 14 – aufgehoben –

§ 15 Überwachung der Schulpflicht

§ 16 Schulzwang

§ 17 Zuwiderhandlungen

Fünfter Teil

Übergangs- und Schlussvorschriften

§ 18 – aufgehoben –

§ 19 Ausführung des Gesetzes

§ 19a Übergangsvorschrift

§ 20 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Erster Teil Grundsätzliches

§ 1

Allgemeine Schulpflicht

(1) Im Saarland besteht allgemeine Schulpflicht für alle Kinder, Jugendlichen und Heranwachsenden, die im Saarland ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt oder ihre Berufsausbildungs- oder Arbeitsstätte haben. Schulpflicht im Sinne des Satzes 1 besteht auch für ausländische Kinder, Jugendliche und Heranwachsende, die im Besitz einer Aufenthaltsgestattung oder Duldung sind. Für ausreisepflichtige ausländische Kinder, Jugendliche und Heranwachsende besteht die Schulpflicht bis zur Erfüllung ihrer Ausreisepflicht.

(2) Die Schulpflicht ist durch den Besuch einer deutschen Schule zu erfüllen. Über Ausnahmen entscheidet die Schulaufsichtsbehörde.

(3) Völkerrechtliche Abkommen und zwischenstaatliche Vereinbarungen bleiben unberührt.

Zweiter Teil

Allgemeine Vollzeitschulpflicht

§ 2

Beginn der allgemeinen Vollzeitschulpflicht

(1) Für alle Kinder, die bis zum 30. Juni eines Kalenderjahres das sechste Lebensjahr vollenden, beginnt die Schulpflicht mit dem Anfang des Schuljahres in diesem Kalenderjahr. Zur Vorbereitung der Aufnahme in die Schule sind diese Kinder ab dem 1. Januar des dem Beginn der Schulpflicht vorangehenden Kalenderjahres zur Feststellung des Gesundheits- und Entwicklungsstandes durch eine Schul- oder Amtsärztin oder einen Schul- oder Amtsarzt zu untersuchen; insoweit wird das Grundrecht der körperlichen Unversehrtheit (Artikel 2 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes) eingeschränkt. Soweit erforderlich, werden bei dieser Untersuchung auch fördernde Maßnahmen empfohlen.

Es obliegt der Schul- oder Amtsärztin oder dem Schul- oder Amtsarzt, im Hinblick auf Gesundheits- und Entwicklungsbeeinträchtigungen zu entscheiden, ob eine erneute Untersuchung im ersten Halbjahr des Kalenderjahres, in dem die Schulpflicht beginnt, erforderlich ist.

Zu den schulärztlichen Untersuchungen kann eine Schulpsychologin oder ein Schulpsychologe herangezogen werden. Das Ergebnis der schulärztlichen Untersuchungen ist der Schulleitung mitzuteilen.

Soweit eine entsprechende schriftliche oder mittels digitalem Dokument in einer von der Schulaufsichtsbehörde bereitgestellten oder zugelassenen geschützten elektronischen Umgebung abgegebene Einwilligung der Erziehungsberechtigten vorliegt, wird das Ergebnis der schulärztlichen Untersuchungen an die vom Kind besuchte Kindertageseinrichtung durch die Schul- oder Amtsärztin oder den Schul- oder Amtsarzt übermittelt.

(2) Kinder, die noch nicht schulpflichtig sind, können auf Antrag der Erziehungsberechtigten zu Anfang des Schuljahres in die Schule aufgenommen werden, wenn sie im laufenden oder im folgenden Kalenderjahr das sechste Lebensjahr vollenden. Die Entscheidung trifft die Schulleiterin oder der Schulleiter auf der Grundlage einer Untersuchung durch eine Schul- oder Amtsärztin oder einen Schul- oder Amtsarzt, zu der auch eine Schulpsychologin oder ein Schulpsychologe herangezogen werden kann, und nach Durchführung eines Beratungsgesprächs mit den Erziehungsberechtigten. Bei der Untersuchung von Kindern, die erst im folgenden Kalenderjahr das sechste Lebensjahr vollenden, ist eine Schulpsychologin oder ein Schulpsychologe hinzuzuziehen. Vorzeitig aufgenommene Kinder werden mit ihrer Aufnahme in die Schule schulpflichtig.

(3) Die bei den Kindertageseinrichtungen vorhandenen personenbezogenen Daten des Kindes über den Entwicklungsprozess und den Entwicklungsfortschritt können, wenn und soweit dies zur Erziehung und Förderung des Kindes in der Schule erforderlich ist, von der Schul- oder Amtsärztin oder dem Schul- oder Amtsarzt anlässlich der schulärztlichen Untersuchung sowie von der Schulleitung im Rahmen des Aufnahmeverfahrens herangezogen werden. Eine Heranziehung dieser Daten bis zum Ende des ersten Schulhalbjahres der Klassenstufe 1 ist zulässig, wenn sich nach Abschluss des Aufnahmeverfahrens Anhaltspunkte ergeben haben, dass dies zur Erziehung und Förderung des Kindes in der Schule erforderlich ist. Die Erziehungsberechtigten werden durch die Schulleitung über die erfolgte Heranziehung der personenbezogenen Daten ihres Kindes benachrichtigt.

§ 3

Teilnahme an besonderen Fördermaßnahmen, Zurückstellung vom Schulbesuch

(1) Entwicklungsbeeinträchtigte Kinder, die bereits bei Beginn der Schulpflicht förderungsbedürftig erscheinen, sind verpflichtet, an besonderen Fördermaßnahmen gemäß § 4a Absatz 7 SchoG teilzunehmen. Über Art und Um-

fang der Fördermaßnahmen entscheidet die Schulleiterin oder der Schulleiter nach Durchführung eines Beratungsgesprächs mit den Erziehungsberechtigten nach Maßgabe der schulorganisatorischen und personellen Gegebenheiten; sie oder er soll sich bei der Entscheidung auf Erkenntnisse einer Schul- oder Amtsärztin, eines Schul- oder Amtsarztes, einer Schulpsychologin oder eines Schulpsychologen und gegebenenfalls des zuständigen Förderzentrums stützen.

(2) Schulpflichtige Kinder, für die aufgrund einer medizinischen Indikation durch die Schul- oder Amtsärztin oder den Schul- oder Amtsarzt eine Einschulung noch nicht angeraten ist, können nach Anhörung der Erziehungsberechtigten von der Schulleiterin oder von dem Schulleiter für ein Jahr zurückgestellt werden.

(3) Kinder und Jugendliche, die dem Unterricht auf Grund mangelnder Deutschkenntnisse nicht ausreichend folgen können, nehmen an den für sie vorgesehenen Sprachfördermaßnahmen teil. Über die Verpflichtung zur Teilnahme entscheidet die Schulleiterin oder der Schulleiter nach Durchführung eines Prüfungsverfahrens.

§ 4

Dauer der allgemeinen Vollzeitschulpflicht

(1) Die allgemeine Vollzeitschulpflicht dauert neun Schuljahre. Sie endet spätestens mit dem erfolgreichen Besuch der Klassenstufe 9.

(2) Für Schülerinnen und Schüler, die einen Hauptschulabschluss innerhalb von neun Schuljahren an einer Gemeinschaftsschule nicht erreicht haben, kann die allgemeine Vollzeitschulpflicht auf Antrag der Erziehungsberechtigten durch die Schulleiterin oder den Schulleiter um ein, in Ausnahmefällen um ein weiteres Schuljahr verlängert werden. Liegt kein Antrag der Erziehungsberechtigten vor, so kann die Schulaufsichtsbehörde die Schulzeit auf Antrag des Schulleiters, zu dem die Erziehungsberechtigten vorher zu hören sind, um ein Jahr verlängern.

(3) Durchläuft eine Schülerin oder ein Schüler die Schuleingangsphase (§ 3a Absatz 1 Satz 4 oder § 4a Absatz 2 Satz 1 SchoG) in drei Schuljahren (flexible Verweildauer), werden lediglich zwei Schuljahre auf die Dauer der Schulpflicht angerechnet. Eine Zurückstellung vom Schulbesuch (§ 3 Absatz 2) wird im Regelfall auf die Dauer der Schulpflicht nicht angerechnet.

§ 5

Erfüllung der allgemeinen Vollzeitschulpflicht, Teilhabe aller Schülerinnen und Schüler am Bildungssystem

(1) Die allgemeine Vollzeitschulpflicht wird für alle Schülerinnen und Schüler durch den Besuch einer öffentlichen Grundschule und einer Gemeinschaftsschule erfüllt.

(2) Frühestens nach dem Besuch der Grundschule kann die allgemeine Vollzeitschulpflicht auch durch den Besuch einer anderen öffentlichen Schule mit gymnasialem Bildungsgang erfüllt werden.

(3) Schülerinnen und Schüler, bei denen die Voraussetzungen für eine sonderpädagogische Unterstützung vorliegen, besuchen grundsätzlich eine Schule der Regelform im Sinne des § 3a SchoG. 2 Sofern keine Unterrichtung an einer Schule der Regelform erfolgt, sind die Schülerinnen und Schüler entsprechend des Vorliegens der Voraussetzungen für die sonderpädagogische Unterstützung zum Besuch der für sie geeigneten besonderen Schulen (Förderschulen) im Sinne des § 4a Absatz 1 SchoG oder des für sie geeigneten Sonderunterrichts verpflichtet.

(4) Auf Antrag der Erziehungsberechtigten und nach Anerkennung des Vorliegens der Voraussetzungen für eine sonderpädagogische Unterstützung kann die allgemeine Vollzeitschulpflicht auch durch den Besuch einer Förderschule (§ 4a Absatz 1 SchoG) erfüllt werden. In Ausnahmefällen ist der Besuch einer Förderschule auch unabhängig von einem entsprechenden Antrag der Erziehungsberechtigten möglich, wenn das Kindeswohl, insbesondere der Schutz der Gesundheit einer Schülerin oder eines Schülers oder der Schutz anderer Schülerinnen und Schüler, dies dringend erfordert und die Möglichkeiten der Förderung in der Schule der Regelform und der außerschulischen Beratung ausgeschöpft sind. Die jeweiligen Entscheidungen trifft die Schulaufsichtsbehörde.

(5) Die allgemeine Vollzeitschulpflicht kann auch durch den Besuch einer genehmigten Schule in freier Trägerschaft derselben Schulstufe erfüllt werden.

§ 6

Förderschulen, Sonderunterricht

(1) Die allgemeine Vollzeitschulpflicht an Förderschulen endet

1. für Schülerinnen und Schüler, bei denen das Vorliegen der Voraussetzungen für eine sonderpädagogische Unterstützung anerkannt wurde, in den Förderschwerpunkten Sehen, Hören oder körperliche und motorische Entwicklung erfüllen, nach zehn Schuljahren; eine Verkürzung ist möglich,

2. für Schülerinnen und Schüler, bei denen das Vorliegen der Voraussetzungen für eine sonderpädagogische Unterstützung anerkannt wurde, im Bereich geistige Entwicklung nach zwölf Schuljahren, spätestens jedoch mit Ende des Schuljahres, in dem sie das 18. Lebensjahr vollenden.

(2) Die Schulleiterin oder der Schulleiter kann für Schülerinnen und Schüler, die zum Besuch einer Förderschule oder des für sie geeigneten Sonderunterrichts verpflichtet sind - ausgenommen die in Absatz 1 Nummer 2 genannten Schülerinnen und Schüler -, nach Anhörung der Erziehungsberechtigten die Schulpflicht zweimal für jeweils ein Schuljahr, auf Antrag der Erziehungsberechtigten um ein weiteres Schuljahr verlängern. Für Schülerinnen und Schüler, die zum Besuch einer Förderschule geistige Entwicklung verpflichtet sind, kann die Schulaufsichtsbehörde auf Antrag der Erziehungsberechtigten in begründeten Ausnahmefällen die Schulpflicht um bis zu zwei Schuljahre verlängern.

(3) Über die Dauer der Vollzeitschulpflicht der in Absatz 1 und 2 genannten Schülerinnen und Schüler, die eine Schule der Regelform besuchen, entscheidet bei Ablauf der allgemeinen Vollzeitschulpflicht die Schulaufsichtsbehörde im Einzelfall; Absatz 1 ist zu berücksichtigen; geeignete Formen des verlängerten Schulbesuchs sind zu entwickeln.

§ 7

Unterbringung in Anstalts- oder Familienpflege

(1) Kinder, bei denen das Vorliegen der Voraussetzungen für eine sonderpädagogische Unterstützung anerkannt wurde, können, wenn es die Durchführung der Schulpflicht erfordert, mit Zustimmung der Erziehungsberechtigten in geeigneten Anstalten oder Heimen oder in geeigneter Familienpflege untergebracht werden.

(2) Die Entscheidung trifft die Schulaufsichtsbehörde im Einvernehmen mit dem überörtlichen Träger der Sozialhilfe bzw. im Einvernehmen mit dem Jugendamt.

(3) Verweigern die Erziehungsberechtigten ihre Zustimmung, so ist eine Entscheidung des Vormundschaftsgerichts nach §§ 1666, 1666a des Bürgerlichen Gesetzbuchs herbeizuführen. Soweit die Kosten der Unterbringung nicht nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) oder dem Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII) übernommen werden, fallen sie dem Kind oder seinen Unterhaltspflichtigen zur Last.

Dritter Teil Berufsschulpflicht

§ 8

Beginn der Berufsschulpflicht

Mit der Beendigung der allgemeinen Vollzeitschulpflicht beginnt die Pflicht zum Besuch der Berufsschule.

§ 9

Dauer der Berufsschulpflicht

(1) Die Berufsschulpflicht dauert drei Jahre. Auszubildende sind unabhängig davon bis zur Beendigung des Berufsausbildungsverhältnisses berufsschulpflichtig. Bei einem Berufs- oder Tätigkeitswechsel, der zur Begründung eines Berufsausbildungsverhältnisses führt, lebt für dessen Dauer die Pflicht zum Besuch der Berufsschule wieder auf; dies gilt nicht für die Teilnahme an Maßnahmen der beruflichen Umschulung. Die Schulaufsichtsbehörde kann früheren Berufsschulbesuch anrechnen.

(2) Die Berufsschulpflicht endet für Jugendliche ohne Berufsausbildungsverhältnis spätestens mit der Vollendung des 18. Lebensjahres, sofern sie nicht durch Begründung eines Berufsausbildungsverhältnisses wieder auflebt. Im Übrigen endet die Berufsschulpflicht spätestens mit der Vollendung des 21. Lebensjahres.

(3) Liegt ein über das Ende der Berufsschulpflicht hinausgehendes Berufsausbildungsverhältnis vor oder wird ein solches nach dem Ende der Berufsschulpflicht begründet, so kann die Berufsschule freiwillig bis zu dessen Beendigung besucht werden; dies gilt nicht für die Teilnahme an Maßnahmen der beruflichen Umschulung.

(4) Die Berufsschulpflicht entfällt oder endet vorzeitig

1. mit der Entscheidung der Schulaufsichtsbehörde, dass die Ausbildung der oder des Berufsschulpflichtigen den Besuch der Berufsschule entbehrlich macht,
2. mit der Eheschließung, sofern die oder der Berufsschulpflichtige nicht in einem Berufsausbildungsverhältnis steht.

(5) Für Geistigbehinderte besteht keine Pflicht zum Besuch der Berufsschule.

§ 10

Erfüllung der Berufsschulpflicht und Unterrichtsumfang

(1) Die Berufsschulpflicht ist zu erfüllen durch den Besuch

1. der für den Beschäftigungsort, bei Berufsschulpflichtigen ohne Berufsausbildungsverhältnis sowie ohne Arbeitsverhältnis der für den Wohnort zuständigen Berufsschule oder
2. einer Schule oder eines Lehrgangs, die von der Schulaufsichtsbehörde, gegebenenfalls nach Anhörung des beteiligten Fachministeriums, als Ersatz für den Berufsschulunterricht anerkannt sind.

(2) Die Landesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung zu bestimmen, dass Jugendliche, die eine Schule mit Beendigung der allgemeinen Vollzeitschulpflicht verlassen, verpflichtet sind, im nachfolgenden Schuljahr die Ausbildungsvorbereitung an der Berufsschule zu besuchen, sofern sie zu Beginn des Unterrichts des auf die Schulentlassung folgenden Schuljahres die erfolgte oder verbindlich zugesagte Begründung eines im gleichen Kalenderjahr beginnenden Berufsausbildungsverhältnisses oder die anschließende Teilnahme an einer Fördermaßnahme der Arbeitsverwaltung für Jugendliche, die dem Bildungsgang der Berufsschule nicht oder nicht genügend zu folgen vermögen, nicht nachweisen. Diese Verpflichtung kann auch für Jugendliche bestimmt werden, die vor Ablauf des ersten Schulhalbjahres eines an die Beendigung der allgemeinen Vollzeitschulpflicht anschließenden Schuljahres ein bestehendes Berufsausbildungsverhältnis nicht fortsetzen oder eine Vollzeitschule verlassen, ohne zugleich in ein Berufsausbildungsverhältnis einzutreten oder eine Fördermaßnahme der Arbeitsverwaltung für Jugendliche, die dem Bildungsgang der Berufsschule nicht oder nicht genügend zu folgen vermögen, zu beginnen. In der Rechtsverordnung kann überdies bestimmt werden, dass die Verpflichtung zum Besuch der Ausbildungsvorbereitung an der Berufsschule oder einer besonderen Einrichtung des Berufsgrundbildungsjahres entfällt, sobald nachweislich ein Berufsausbildungsverhältnis begründet worden ist.

(3) Ein Praktikanten- oder gleichartiges Verhältnis, das im Anschluss an die Beendigung der allgemeinen Vollzeitschulpflicht für eine berufliche Ausbildung bundes- oder landesrechtlich vorgesehen ist, steht einem Berufsausbildungsverhältnis im Sinne der in Absatz 2 getroffenen Regelungen gleich.

(4) Im Rahmen der dualen Ausbildung wird der Unterricht an der Berufsschule in Teilzeitform mit in der Regel 12 Wochenstunden erteilt.

Die Schulaufsichtsbehörde kann anordnen, dass der Berufsschulunterricht statt in Teilzeitform in der Form des Blockunterrichts (zusammenhängende Teilabschnitte mit täglichem Unterricht) erteilt wird; hierbei ist regelmäßig ein Teilzeitunterricht von 12 Wochenstunden zugrunde zu legen.

(5) Die Berufsschulpflicht ruht

1. während des Besuchs einer Gemeinschaftsschule, eines Gymnasiums, einer Fachoberschule, einer Fachhochschule oder einer Hochschule;
2. während des Besuchs einer öffentlichen oder genehmigten privaten Berufsfachschule, soweit ihr Besuch nicht bereits nach Absatz 1 Nr. 2 als Ersatz für den Berufsschulunterricht anerkannt ist;
3. während des Dienstes als Soldat bei der Bundeswehr oder eines entsprechenden Dienstes;
4. während des Bestehens eines Beamtenverhältnisses;
5. während des Dienstes im Rahmen eines Freiwilligen Sozialen Jahres oder eines entsprechenden Dienstes.

(6) Die Schulaufsichtsbehörde kann gestatten, dass die Berufsschulpflicht während des Besuchs einer nicht in Absatz 5 Nr. 1 und 2 genannten Unterrichtseinrichtung ruht.

§ 11

Behinderte Berufsschulpflichtige

Berufsschulpflichtige, die dem Bildungsgang der Berufsschule nicht oder nicht genügend zu folgen vermögen, können von der Schulaufsichtsbehörde vom Besuch der Berufsschule befreit werden, wenn eine Unterrichtung in entsprechenden Berufsschuleinrichtungen für Behinderte nicht durchführbar ist.

Vierter Teil

Gemeinsame Bestimmungen

§ 12

Dauer des Schuljahres

Das Schuljahr beginnt am 1. August und endet am 31. Juli des folgenden Kalenderjahres. Beginn und Ende des Unterrichts werden von der Schulaufsichtsbehörde festgesetzt. Sie kann für einzelne Schulformen oder Schultypen die Gliederung des Schuljahres in Semester (Schulhalbjahre) zulassen.

§ 13

Ruhe der Schulpflicht, Beurlaubung

(1) Für Schülerinnen und Schüler mit einer Erkrankung, die nicht im Rahmen des Krankenhaus- und Hausunterrichts beschult werden können, und für Kinder und Jugendliche, bei denen das Vorliegen der Voraussetzungen für eine sonderpädagogische Unterstützung anerkannt wurde, die weder in einer Schule der Regelform noch in einer Förderschule dauerhaft beschult werden können, kann die Schulaufsichtsbehörde auf Antrag der Erziehungsberechtigten oder auf Antrag der Schule im Benehmen mit den Erziehungsberechtigten das Ruhen der Schulpflicht anordnen. Die Entscheidung erfolgt auf der Grundlage der eingeholten Stellungnahmen und ist in der Regel auf die Dauer eines Schuljahres zu befristen. Die Schulaufsichtsbehörde kann anordnen, dass die Schulpflicht für die Dauer des Entscheidungsverfahrens vorläufig ruht, wenn die Gesundheit der Schülerin oder des Schülers oder anderer Schülerinnen und Schüler dies erfordert. Sie unterrichtet das Jugendamt und die überörtlichen Träger der Sozialhilfe.

(2) Die Schulaufsichtsbehörde kann ausnahmsweise Schülerinnen und Schüler für das letzte Schuljahr der allgemeinen Vollzeitschulpflicht widerruflich beurlauben, wenn ungewöhnlich schwierige Umstände oder besondere, in der Person der Schülerin oder des Schülers liegende Verhältnisse es rechtfertigen.

(3) Die Schulaufsichtsbehörde kann unter den in Absatz 2 genannten Voraussetzungen ausnahmsweise berufsschulpflichtige Jugendliche, die gemäß § 10 Abs. 2 und 3 zum Besuch der Ausbildungsvorbereitung an der Berufsschule verpflichtet sind, auf Antrag bis zum Ablauf des an die Beendigung der allgemeinen Vollzeitschulpflicht anschließenden Schuljahres widerruflich beurlauben; danach entfällt die Berufsschulpflicht, sofern nicht ein Berufsausbildungsverhältnis begründet wird.

(4) Die Schulpflicht ruht für eine Schülerin vier Monate vor und drei Monate nach der Niederkunft; die Berechtigung der Schülerin, am Unterricht teilzunehmen, wenn keine gesundheitlichen Gründe entgegenstehen, bleibt unberührt.

(5) Für Mütter oder Väter im schulpflichtigen Alter ruht die Schulpflicht. Die Berechtigung zum Schulbesuch bleibt unberührt.

§ 14

(aufgehoben)

§ 15

Überwachung der Schulpflicht

(1) Die Erziehungsberechtigten haben dafür Sorge zu treffen, dass die oder der Schulpflichtige am Unterricht und an den sonstigen Veranstaltungen der Schule regelmäßig teilnimmt und sich der Schulordnung fügt.

(2) Die Erziehungsberechtigten sind verpflichtet, die Schulpflichtigen bei der zuständigen Schule an- und abzumelden, sie für den Schulbesuch angemessen auszustatten und sie anzuhalten, die für die Schulgesundheitspflege erlassenen Anordnungen zu befolgen.

(3) Auszubildende, Leiterinnen und Leiter von Betrieben und deren Bevollmächtigte haben die Schulpflichtigen bei der zuständigen Berufsschule an- und abzumelden, ihnen die zur Erfüllung der Schulpflicht erforderliche Zeit zu gewähren und sie zur Erfüllung der Schulpflicht anzuhalten.

(4) Erziehungsberechtigte im Sinne dieses Gesetzes sind die Eltern oder die Personen, denen an Stelle der Eltern die Erziehung der Schulpflichtigen ganz oder teilweise obliegt.

§ 16

Schulzwang, Zwangsmittel

(1) Schulpflichtige, die ihre Schulpflicht nicht erfüllen, können der Schule zwangsweise zugeführt werden; hierbei kann die Schulleiterin oder der Schulleiter die Hilfe der Polizei in Anspruch nehmen.

(2) Die zwangsweise Zuführung ist auf die Fälle zu beschränken, in denen die anderen Mittel der Einwirkung auf die oder den Schulpflichtigen oder auf die in § 15 bezeichneten Personen ohne Erfolg geblieben sind.

(3) Bei Verletzung der Schulpflicht können die für die Überwachung der Schulpflicht nach § 15 Absatz 1 und 2 zuständigen Personen durch Zwangsmittel nach Maßgabe des Saarländischen Verwaltungsvollstreckungsgesetzes zur Erfüllung ihrer Pflichten gemäß § 15 Absatz 1 und 2 angehalten wer-

den; für volljährige Schulpflichtige gilt diese Regelung entsprechend. Zuständig ist die Schulaufsichtsbehörde. § 17 bleibt unberührt.

§ 17

Zu widerhandlungen

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig den Bestimmungen über die Schulpflicht zuwiderhandelt oder Schulpflichtige oder die in § 15 bezeichneten Personen durch Missbrauch des Ansehens, durch Überredung oder durch andere Mittel dazu bestimmt, den Vorschriften über die Schulpflicht entgegen zu handeln.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße geahndet werden.

(3) Verwaltungsbehörden im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten sind die Landkreise, der Regionalverband Saarbrücken, die Landeshauptstadt Saarbrücken und die kreisfreien Städte.

(4) Wer sich oder eine andere Person der Schulpflicht dauernd oder vorsätzlich wiederholt entzieht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu einhundertachtzig Tagessätzen bestraft. Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein. Antragsberechtigt ist die Schulleitung.

Fünfter Teil

Übergangs- und Schlussvorschriften

§ 18

(aufgehoben)

§ 19

Ausführung des Gesetzes

Die Schulaufsichtsbehörde wird ermächtigt, die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Einzelheiten über Umfang, Inhalt, Erfüllung und Durchsetzung der Schulpflicht durch Rechtsverordnung zu regeln, insbesondere im Hinblick auf

1. Beginn, Dauer und Erfüllung der Schulpflicht,
2. Beurlaubung von Schulpflichtigen, Befreiung von der Schulpflicht sowie Ruhen und vorzeitige Beendigung der Schulpflicht,
3. Schulpflicht in besonderen Fällen, insbesondere im Sinne des § 5 Absatz 3 und 4, § 6 und § 13 und Teilnahme an besonderen Fördermaßnahmen,
4. Überwachung und Durchsetzung der Schulpflicht.

§ 19a

Übergangsvorschrift

(1) § 5 Absatz 3 und 4 findet ab dem Schuljahr 2014/2015 auf die Grundschulen Anwendung.

(2) § 5 Absatz 3 und 4 ist im Bereich der weiterführenden allgemeinbildenden Schulen grundsätzlich erstmals auf die Schuljahrgänge anzuwenden, die sich aufsteigend beginnend ab dem Schuljahr 2016/2017 in Klassenstufe 5 befinden.

§ 20

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt mit Ausnahme der §§ 18, 19 und 22 am 1. April 1966 in Kraft. 2Die §§ 18, 19 und 22 treten am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Die Vorschrift betrifft das In-Kraft-Treten des Gesetzes in der ursprünglichen Fassung vom 11. März 1966 (Amtsbl. S. 205).

Verordnung zur Ausführung des Schulpflichtgesetzes (VO-Schulpflichtgesetz)

Vom 23. Juni 2004 (Amtsbl. S. 1382) -

zuletzt geändert durch die Verordnung vom 14. Juli 2023 (Amtsbl. I S. 650)

§ 1

Geltungsbereich

(1) Diese Verordnung gilt für alle Kinder, Jugendlichen und Heranwachsenden, die im Saarland ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt oder ihre Berufsausbildungs- oder Arbeitsstätte haben.

(2) Diese Verordnung gilt auch für ausländische Kinder, Jugendliche und Heranwachsende, die im Besitz einer Aufenthaltsgestattung oder Duldung sind. Für ausreisepflichtige ausländische Kinder, Jugendliche und Heranwachsende besteht die Schulpflicht bis zur Erfüllung ihrer Ausreisepflicht.

(3) Personen, die im Saarland weder ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt noch ihre Berufsausbildungs- oder Arbeitsstätte haben, können saarländische Schulen besuchen, wenn der Schulträger mit dem Schulbesuch einverstanden ist. Mit Schülern und Schülerinnen, die ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland haben, kann der Schulträger die Abgeltung von Schulsachkosten vereinbaren.

(4) Ausnahmegenehmigungen nach § 1 Abs. 2 des Schulpflichtgesetzes zum Besuch einer Schule im Ausland oder einer nicht deutschen Schule im Inland werden nur erteilt, wenn der Besuch einer solchen Schule im wohlverstandenen Interesse des Schülers/der Schülerin liegt und gewährleistet ist, dass die Erziehungs- und Unterrichtsziele der öffentlichen Schulen, die zum Hauptschulabschluss führen, erreicht werden können.

§ 2

Vorzeitige Einschulung, Verlängerung der allgemeinen Vollzeitschulpflicht, Anrechnung

(1) Eine vorzeitige Aufnahme in die Schule nach § 2 Abs. 2 des Schulpflichtgesetzes ist nur zulässig, wenn begründete Aussicht besteht, dass das Kind ohne Schaden zu nehmen erfolgreich am Unterricht teilnehmen kann. Dabei sind die körperliche, soziale und geistige Reife sowie die örtlichen und häuslichen Verhältnisse zu berücksichtigen. Der Bescheid des Schulleiters/der Schulleiterin, durch den ein Antrag abgelehnt wird, ist zu begründen und den Erziehungsberechtigten schriftlich mitzuteilen.

(2) Eine Verlängerung der allgemeinen Vollzeitschulpflicht nach § 4 Abs. 2 des Schulpflichtgesetzes kommt nur in Betracht, wenn begründete Aussicht besteht, dass der Schüler/die Schülerin durch den weiteren Schulbesuch noch wesentlich gefördert werden kann. Bei Kindern, die vorzeitig in die Schule aufgenommen wurden, im ersten Schuljahr jedoch das Ziel der Klasse nicht erreicht haben, ist die allgemeine Vollzeitschulpflicht in der Regel um ein Jahr zu verlängern. Bei Schulpflichtigen, die längere Zeit am Unterricht nicht teilgenommen haben, ist die Notwendigkeit einer Verlängerung besonders zu prüfen. Die Entscheidung ist zu begründen und den Erziehungsberechtigten schriftlich mitzuteilen.

(3) Durchläuft ein Schüler/eine Schülerin die Schuleingangsphase in drei Schuljahren, werden lediglich zwei Schuljahre auf die Dauer der Schulpflicht angerechnet (§ 4 Absatz 3 Satz 1 des Schulpflichtgesetzes). Eine Anrechnung der Zurückstellung vom Schulbesuch auf die allgemeine Vollzeitschulpflicht erfolgt in der Regel nicht.

§ 3

Erfüllung der allgemeinen Vollzeitschulpflicht

(1) Vollzeitschulpflichtige haben in der Regel die öffentliche Grundschule, in deren Schulbezirk sie ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben, und danach eine Gemeinschaftsschule zu besuchen.

(2) Die allgemeine Vollzeitschulpflicht kann auch durch den Besuch einer genehmigten Privatschule derselben Schulstufe oder nach dem Besuch der Grundschule durch den Besuch einer anderen öffentlichen Schule mit gymnasialem Bildungsgang erfüllt werden.

(3) Soweit Kinder und Jugendliche, die dem Unterricht aufgrund mangelnder Deutschkenntnisse nicht ausreichend folgen können, an verpflichtenden Sprachfördermaßnahmen nach § 4b des Gesetzes zur Ordnung des Schulwesens im Saarland (Schulordnungsgesetz: SchoG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. August 1996 (Amtsbl. S. 846; 1997 S. 147), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 25. Juni 2014 (Amtsbl. I S. 296), in der jeweils geltenden Fassung teilnehmen, erfüllen sie hierdurch ihre Schulpflicht.

§ 4

Erfüllung der Berufsschulpflicht

(1) Die Berufsschulpflicht ist durch den Besuch der für den Beschäftigungsort oder den Wohnort zuständigen Berufsschule zu erfüllen. Die Zuständigkeit der Berufsschulen richtet sich nach den jeweiligen Schulbezirken, die von der Schulaufsichtsbehörde nach § 19 Abs. 1 des Schulordnungsgesetzes festgelegt werden.

(2) Die Schulaufsichtsbehörde kann, gegebenenfalls nach Anhörung des beteiligten Fachministeriums, den Besuch einer Schule oder eines Lehrgangs als Ersatz für den Berufsschulunterricht anerkennen. Hierzu gehören insbesondere der länderübergreifend für Splitterberufe eingerichtete Blockunterricht auf der Grundlage der Rahmenvereinbarung über die Bildung länderübergreifender Fachklassen für Schüler in anerkannten Ausbildungsberufen mit geringer Zahl Auszubildender (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 26. Januar 1984 in der jeweils geltenden Fassung) sowie Berufsschuleinrichtungen für Behinderte außerhalb des Saarlandes. Für private Ergänzungsschulen gilt dies nur dann, wenn die Schulaufsichtsbehörde nach § 17 Abs. 1 des Privatschulgesetzes (PrivSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Mai 1985 (Amtsbl. S. 610), zuletzt geändert durch das Gesetz

vom 9. Juli 2003 (Amtsbl. S. 1990), in der jeweils geltenden Fassung festgestellt hat, dass durch ihren Besuch die Berufsschulpflicht erfüllt wird.

(3) Soweit Berufsschulpflichtige, die dem Unterricht aufgrund mangelnder Deutschkenntnisse nicht ausreichend folgen können, an verpflichtenden Sprachfördermaßnahmen (§ 4 Abs. 9 des Schulordnungsgesetzes) teilnehmen, erfüllen sie hierdurch ihre Schulpflicht.

§ 5

Entfallen der Berufsschulpflicht

(1) Die Berufsschulpflicht entfällt

1. nach erfolgreichem Abschluss des Bildungsgangs der Ausbildungsvorbereitung an der Berufsschule, sofern danach nicht vor Vollendung des 21. Lebensjahres ein Berufsausbildungsverhältnis begründet wird,
2. nach dem Erwerb eines mittleren Bildungsabschlusses, sofern danach kein Berufsausbildungsverhältnis begründet wird.

(2) Die Berufsschulpflicht entfällt auch nach regelmäßigem Besuch des Bildungsgangs der Ausbildungsvorbereitung an der Berufsschule, sofern danach vor Vollendung des 21. Lebensjahres kein Berufsausbildungsverhältnis begründet wird. Der Schulbesuch gilt dann noch als regelmäßig, wenn nicht mehr als insgesamt 40 Unterrichtstage im Schuljahr versäumt worden sind. Die Klassenkonferenz kann hiervon Ausnahmen zulassen, wenn dies pädagogisch vertretbar ist und der Förderung des Berufsschulpflichtigen dient. Entsprechendes gilt für das nicht erfolgreich abgeschlossene, jedoch mindestens vollständige Durchlaufen der Fachstufe I der zweijährigen Berufsfachschulen, der Fachstufe I der Berufsfachschule der Fachrichtung Heilerziehungspflege in Vollzeitform oder des zweiten Ausbildungsjahres der Berufsfachschule der Fachrichtung Heilerziehung in der praxisintegrierten Form, der Fachstufe I der Berufsfachschule der Fachrichtung Ganztagsbetreuung beziehungsweise der Berufsfachschule für Kinderpflege oder der Berufsfachschule für Haushaltsführung und ambulante Betreuung, sofern danach nicht vor Vollendung des 21. Lebensjahres ein Berufsausbildungsverhältnis begründet wird.

(3) Die Schulaufsichtsbehörde kann allgemein oder im Einzelfall entscheiden, dass die Berufsschulpflicht auch nach der Teilnahme an einer berufsvorbereitenden Fördermaßnahme der Arbeitsverwaltung entfällt, sofern danach kein Berufsausbildungsverhältnis begründet wird.

(4) Die Berufsschulpflicht endet für Auszubildende, deren Berufsausbildungsverhältnis nur zur Wiederholung des nicht bestanden praktischen Teils der Abschlussprüfung verlängert wird, bereits mit dem Bestehen des theoretischen Prüfungsteils, sofern sie nach den jeweils geltenden Vorschriften den Berufsschulabschluss erreicht haben.

(5) Darüber hinaus kann die Schulaufsichtsbehörde allgemein oder im Einzelfall entscheiden, dass die Ausbildung des/der Berufsschulpflichtigen den Besuch der Berufsschule entbehrlich macht und damit die Berufsschulpflicht entfällt oder vorzeitig endet.

§ 6

(aufgehoben)

§ 7

Umschulung in die Förderschule Lernen

(1) Zur Überprüfung des Vorliegens der Voraussetzungen für eine sonderpädagogische Unterstützung im Bereich des Lernens (Lernbeeinträchtigung) meldet die Gemeinschaftsschule möglichst sechs Monate vor Beginn des neuen

Schuljahres der Förderschule Lernen über die Schulaufsichtsbehörde die Kinder, bei denen das Vorliegen der Voraussetzungen für eine sonderpädagogische Unterstützung im Bereich Lernen zu erwarten ist.

(2) Die Leitung der Gemeinschaftsschule hat sich von jedem zu meldenden Kind einen persönlichen Eindruck zu verschaffen und eine schriftliche Stellungnahme abzugeben.

(3) Den Erziehungsberechtigten ist Gelegenheit zu geben, sich zu der beabsichtigten Überprüfung des Vorliegens der Voraussetzungen für eine sonderpädagogische Unterstützung sowie zur Umschulung in die Förderschule Lernen zu äußern. Bei dieser Anhörung sind sie auch darauf hinzuweisen, dass sie die Möglichkeit haben, einen Antrag auf gemeinsame Unterrichtung nach der Integrationsverordnung zu stellen. Ihre Stellungnahme ist schriftlich oder mittels digitalem Dokument in einer von der Schulaufsichtsbehörde bereitgestellten oder zugelassenen geschützten elektronischen Umgebung festzuhalten.

(4) Eine Förderschule überprüft Art und Umfang der Lernbehinderung in einem von ihr zu wählenden Überprüfungsverfahren, das auch psychologische Testverfahren umfassen kann. Sie leitet das Ergebnis mit sämtlichen Unterlagen unmittelbar der Schulaufsichtsbehörde zu, die bei Bedarf den Schul- oder Amtsarzt/die Schul- oder Amtsärztin oder den Schulpsychologen/die Schulpsychologin hinzuzieht.

(5) Schüler und Schülerinnen, bei denen das Vorliegen der Voraussetzungen für eine sonderpädagogische Unterstützung anerkannt wurde, sollen nur dann in die Förderschule Lernen umgeschult werden, wenn begründete Aussicht auf einen Erziehungs- und Unterrichtserfolg besteht. Dies ist in der Regel dann anzunehmen, wenn die Umschulung dieser Schüler und Schülerinnen mindestens drei Jahre vor dem Ende ihrer allgemeinen Vollzeitschulpflicht erfolgen kann.

(6) Die Schulaufsichtsbehörde entscheidet anhand der Unterlagen über das Vorliegen der Voraussetzungen für eine sonderpädagogische Unterstützung des Kindes. Ist dieses anerkannt und stellen die Erziehungsberechtigten bis zum 1. Februar einen Antrag auf gemeinsame Unterrichtung, so leitet die Schulaufsichtsbehörde das Verfahren nach der Integrationsverordnung ein. Wird in diesem Verfahren dem Antrag der Erziehungsberechtigten auf gemeinsamen Unterricht nicht stattgegeben oder haben die Erziehungsberechtigten einen solchen Antrag nicht gestellt, so entscheidet die Schulaufsichtsbehörde über die Umschulung des Kindes in die Förderschule Lernen. Die Entscheidung wird den Erziehungsberechtigten sowie gegebenenfalls dem Schul- oder Amtsarzt/der Schul- oder Amtsärztin, dem Schulpsychologen/der Schulpsychologin, der abgebenden Schule und der aufnehmenden Förderschule Lernen mitgeteilt. Haben die Erziehungsberechtigten zu erkennen gegeben, dass sie mit der Umschulung ihres Kindes in die Förderschule Lernen nicht einverstanden sind, so ist die Entscheidung zu begründen, mit Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen und den Erziehungsberechtigten zuzustellen.

§ 8

Verfahren in sonstigen Fällen

(1) An allgemeinbildenden weiterführenden Schulen wird die Umschulung der übrigen nach § 6 des Schulpflichtgesetzes zum Besuch einer Förderschule verpflichteten Kinder in die betreffende Förderschule von der Schulleitung, von dem Schul- oder Amtsarzt/der Schul- oder Amtsärztin, von dem Schulpsychologen/der Schulpsychologin, vom Jugendamt oder von den Erziehungsberechtigten möglichst sechs Monate vor Beginn des Schuljahres bei der zuständigen Förderschule schriftlich beantragt. Wird die Umschulung beantragt, nimmt die Leitung der abgebenden Schule hierzu schriftlich Stellung. Antragstellung und Stellungnahme können auch mittels digitalem Dokument in einer von der Schulaufsichtsbehörde bereitgestellten oder zugelassenen geschützten elektronischen Umgebung erfolgen.

(2) Den Erziehungsberechtigten ist Gelegenheit zu geben, sich zu der beabsichtigten Überprüfung des Vorliegens der Voraussetzungen für eine sonderpädagogische Unterstützung sowie zur Umschulung in die Förderschule zu äußern. Bei dieser Anhörung sind sie auch darauf hinzuweisen, dass sie die Möglichkeit haben, einen Antrag auf gemeinsame Unterrichtung nach der Integrationsverordnung zu stellen. Ihre Stellungnahme ist schriftlich oder mittels digitalem Dokument in einer von der Schulaufsichtsbehörde bereitgestellten oder zugelassenen geschützten elektronischen Umgebung festzuhalten.

(3) Die Förderschule erstellt, sofern nach den gegebenen Verhältnissen eine Überprüfung möglich ist, für die Schulaufsichtsbehörde ein sonderpädagogisches Gutachten. Ist eine Überprüfung nicht möglich oder erscheint sie nicht sinnvoll, leitet die Schule den Antrag mit einer schriftlichen oder mittels digitalem Dokument in einer von der Schulaufsichtsbehörde bereitgestellten oder zugelassenen geschützten elektronischen Umgebung erstellten Stellungnahme der Schulaufsichtsbehörde zu.

(4) Die Schulaufsichtsbehörde kann bei Bedarf ein Gutachten des Schul- oder Amtsarztes/der Schul- oder Amtsärztin oder des Schulpsychologen/der Schulpsychologin einholen. Wünschen die Erziehungsberechtigten ein solches Gutachten, so soll es eingeholt werden.

(5) Die Schulaufsichtsbehörde entscheidet anhand der Unterlagen über das Vorliegen der Voraussetzungen für eine sonderpädagogische Unterstützung des Kindes. Ist dieses anerkannt und stellen die Erziehungsberechtigten bis zum 1. Februar einen Antrag auf gemeinsame Unterrichtung, so leitet die Schulaufsichtsbehörde das Verfahren nach der Integrationsverordnung ein. Wird in diesem Verfahren dem Antrag der Erziehungsberechtigten auf gemeinsame Unterrichtung nicht stattgegeben oder haben die Erziehungsberechtigten einen solchen Antrag nicht gestellt, so entscheidet die Schulaufsichtsbehörde über die Umschulung des Kindes in die Förderschule. Die Entscheidung wird den Erziehungsberechtigten sowie gegebenenfalls dem Schul- oder Amtsarzt/der Schul- oder Amtsärztin, dem Schulpsychologen/der Schulpsychologin, der aufnehmenden Förderschule, der abgebenden Schule und bei gehörlosen, blinden und taubblinden Kindern auch dem überörtlichen Träger der Sozialhilfe mitgeteilt. Haben die Erziehungsberechtigten zu erkennen gegeben, dass sie mit der Umschulung ihres Kindes in die Förderschule nicht einverstanden sind, so ist die Entscheidung zu begründen, mit Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen und den Erziehungsberechtigten zuzustellen.

§ 9

Vorläufige Zuweisung, Wegfall des sonderpädagogischen Förderungsbedarfs

Ist im Bereich der weiterführenden allgemeinbildenden Schulen die zeitnahe Überprüfung eines Schülers/einer Schülerin, für die oder den das Vorliegen der Voraussetzungen für eine sonderpädagogische Unterstützung in Betracht kommt, nicht möglich, so kann die Schulaufsichtsbehörde diesen Schüler/diese Schülerin vorläufig der Förderschule zuweisen. Die endgültige Entscheidung trifft die Schulaufsichtsbehörde nach Abschluss des ordentlichen Überprüfungsverfahrens.

(1) Über den Wegfall der Anerkennung des Vorliegens der Voraussetzungen für eine sonderpädagogische Unterstützung und die Umschulung in eine Schule der Sekundarstufe I entscheidet die Schulaufsichtsbehörde auf der Grundlage eines Gutachtens der Förderschule.

§ 10

Behinderte Berufsschulpflichtige

(1) Vor Entscheidungen über die Befreiung behinderter Berufsschulpflichtiger vom Besuch der Berufsschule holt die Schulaufsichtsbehörde in der Regel eine gutachtliche Stellungnahme der zuletzt besuchten Schule ein.

(2) Die Befreiung vom Besuch der Berufsschule wird unter Widerrufsvorbehalt ausgesprochen. Der/Die Berufsschulpflichtige kann bis zur Entscheidung der Schulaufsichtsbehörde durch den Schulleiter/die Schulleiterin vom Besuch der Berufsschule beurlaubt werden.

(3) Die Teilnahme an einer Fördermaßnahme der Arbeitsverwaltung an Stelle des Pflichtbesuchs eines zehnten beruflichen Vollzeitschuljahres nach § 10 Abs. 2 des Schulpflichtgesetzes bleibt unberührt.

§ 11

Inkrafttreten, Außerkrafttreten, Übergangsregelung

(1) Diese Verordnung tritt am 1. August 2004 in Kraft.

(2) Zum gleichen Zeitpunkt treten die Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Schulpflicht im Saarland (Schulpflichtgesetz) vom 30. Oktober 1978 (Amtsbl. S. 1013), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 21. November 2000 (Amtsbl. S. 2035), und die Verwaltungsvorschriften zum Gesetz über die Schulpflicht im Saarland (Schulpflichtgesetz) in der Fassung vom 8. November 1978 (GMBL. Saar 1979 S. 135) außer Kraft.

(3) §§ 7 bis 9 dieser Verordnung finden ab dem Schuljahr 2015/2016 für die dann bestehenden Klassenstufen 1 bis 4 keine Anwendung mehr. Auf die Erweiterten Realschulen und Gesamtschulen findet diese Verordnung entsprechend Artikel 4 Absatz 2 des Gesetzes zur Änderung schulrechtlicher Vorschriften 2011 vom 15. Juni 2011 (Amtsbl. I S. 236) bis zu deren Auslaufen zum Ende des Schuljahres 2016/2017 in ihrer jeweils geltenden Fassung weiterhin Anwendung.

Ordnung der Schulpraktika für die Lehrämter an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen

Vom 1. Oktober 2021 (Amtsbl. I S. 2316)

Abschnitt 1 Zielsetzungen

Schulpraktika sind integraler Bestandteil von Lehramtsstudiengängen. Sie dienen der Berufsorientierung der Studierenden und der Stärkung ihres Bezugs zur Schulpraxis. Sie bieten in besonderer Weise Gelegenheit, fachwissenschaftliche, fachdidaktische und pädagogisch-psychologische Aspekte des Unterrichtens und Erziehens zu integrieren sowie Theorie und Praxis aufeinander zu beziehen. In ihnen sollen die Studierenden vor allem

- a) lernen, Erkenntnisse und Methoden der Fachwissenschaften, der Fachdidaktiken und des Fachs Bildungswissenschaften für praktisches Handeln in schulischen, unterrichtlichen und erzieherischen Prozessen zu nutzen und wissenschaftlich zu reflektieren,
- b) das gesamte Tätigkeitsfeld Schule (einschließlich Unterricht, Schulleben, Arbeitsfelder und Arbeitsleistungen der Lehrkraft, Organisation, Verwaltung, rechtliche Grundlagen) - auch vor dem Hintergrund der außerschulischen Bedingungen des Lernens - frühzeitig kennenlernen und reflektieren,
- c) Gelegenheit erhalten, ihr individuelles Handlungsrepertoire durch Erkundung, Beobachtung, Übernahme von Aufträgen innerhalb und außerhalb des Unterrichts sowie eigene Unterrichtsversuche unter Anleitung zu erweitern und zu erproben,
- d) Hilfen für eine realistische Selbsteinschätzung und Hinweise zur Selbstüberprüfung der Neigung und Eignung für den Lehrerberuf erhalten,
- e) Gelegenheit erhalten, ihr berufsbezogenes Selbstverständnis weiterzuentwickeln, und
- f) Anregungen zur Gestaltung des weiteren Studiums erhalten.

Abschnitt 2 Art der Schulpraktika, Zeiträume, Orte und Gestaltung

2.1

Folgende Schulpraktika sind für den Studiengang für das Lehramt für die Primarstufe vorgeschrieben:

- a) ein fünfwöchiges bildungswissenschaftliches Orientierungspraktikum,
- b) ein semesterbegleitendes fachdidaktisches Schulpraktikum in Didaktik des Sachunterrichts (Primarstufe),
- c) ein semesterbegleitendes fachdidaktisches Schulpraktikum im Profulfach,
- d) ein vierwöchiges fachdidaktisches Schulpraktikum in Fachdidaktik Deutsch (Primarstufe),
- e) ein vierwöchiges fachdidaktisches Schulpraktikum in Fachdidaktik Mathematik (Primarstufe).

Wird ein zusätzliches Profulfach studiert, so kann in diesem das Schulpraktikum erlassen werden.

2.2

Folgende Schulpraktika sind für den auslaufenden Studiengang für das Lehramt für die Primarstufe und für die Sekundarstufe I (Klassenstufen 5 bis 9) vorgeschrieben:

- a) ein fünfwöchiges bildungswissenschaftliches Orientierungspraktikum,
- b) ein semesterbegleitendes fachdidaktisches Schulpraktikum im studierten Fach der Sekundarstufe I,
- c) ein semesterbegleitendes fachdidaktisches Schulpraktikum im Lernbereich Didaktik der Primarstufe (DP): Sachunterricht,
- d) ein vierwöchiges fachdidaktisches Schulpraktikum im Lernbereich DP: Deutsch,
- e) ein vierwöchiges fachdidaktisches Schulpraktikum im Lernbereich DP: Mathematik.

In den fachdidaktischen Praktika der Pflichtlernbereiche werden Inhalte der Wahlpflichtbereiche berücksichtigt.

Wird ein zusätzliches Fach studiert, so können in diesem die Schulpraktika erlassen werden.

2.3

Folgende Schulpraktika sind für die Studiengänge für das Lehramt an beruflichen Schulen, für das Lehramt für die Sekundarstufe I (Klassenstufen 5 bis 10) und für das Lehramt für die Sekundarstufe I und für die Sekundarstufe II (Gymnasien und Gemeinschaftsschulen) sowie für den auslaufenden Studiengang für das Lehramt an Gymnasien und Gesamtschulen (Klassenstufen 5 bis 13) vorgeschrieben:

- a) ein fünfwöchiges bildungswissenschaftliches Orientierungspraktikum,
- b) ein semesterbegleitendes fachdidaktisches Schulpraktikum im ersten Fach oder in der beruflichen Fachrichtung,
- c) ein semesterbegleitendes fachdidaktisches Schulpraktikum im zweiten Fach,
- d) ein vierwöchiges fachdidaktisches Schulpraktikum im ersten Fach oder in der beruflichen Fachrichtung,
- e) ein vierwöchiges fachdidaktisches Schulpraktikum im zweiten Fach.

Wird ein zusätzliches Fach studiert, so können in diesem die Schulpraktika erlassen werden.

2.4

Im Einvernehmen mit der betreffenden Fachrichtung und dem Ministerium für Bildung und Kultur kann insbesondere im Falle nicht ausreichender Betreuungskapazität an den Schulen an die Stelle des semesterbegleitenden fachdidaktischen Schulpraktikums ein dreiwöchiges fachdidaktisches Schulpraktikum treten.

2.5

Studierenden moderner Fremdsprachen, die während ihres Auslandsaufenthaltes ein mindestens dreimonatiges Schulpraktikum in einer Schulform absolvieren, die dem angestrebten Lehramt entspricht, kann dieses Praktikum als Äquivalent zum semesterbegleitenden fachdidaktischen Schulpraktikum anerkannt werden. Von Studierenden zweier moderner Fremdsprachen kann nur ein fachdidaktisches Schulpraktikum auf diese Weise ersetzt werden.

2.6

Das bildungswissenschaftliche Orientierungspraktikum ist in der Regel nach dem ersten oder zweiten Semester in der vorlesungsfreien Zeit zu absolvieren, die semesterbegleitenden fachdidaktischen Schulpraktika im dritten bis fünften Semester an einem vom Zentrum für Lehrerbildung und dem Ministerium für Bildung und Kultur gemeinsam festzulegenden Wochentag. Die vierwöchigen fachdidaktischen Schulpraktika sind nach dem jeweiligen semesterbegleitenden Praktikum, in der Regel nach dem fünften, sechsten oder siebten Semester in der vorlesungsfreien Zeit zu absolvieren. Da die Zielsetzungen und Anforderungen der einzelnen Schulpraktika aufeinander aufbauen, ist ihre Reihenfolge (Orientierungspraktikum - semesterbegleitendes fachdidaktisches Schulpraktikum - vierwöchiges fachdidaktisches Schulpraktikum) festgelegt. Die fachdidaktischen Praktika im Studiengang für das Lehramt für die Primarstufe sowie die fachdidaktischen Praktika in den Lernbereichen DP im auslaufenden Studiengang für das Lehramt für die Primarstufe und für die Sekundarstufe I (Klassenstufen 5 bis 9) können ab dem dritten Semester absolviert werden; die Reihenfolge ist nicht festgelegt.

2.7

Für die Wahl der Schulform gilt:

- a) Im Orientierungspraktikum des Studienganges für das Lehramt für die Primarstufe sowie des auslaufenden Studienganges für das Lehramt für die Primarstufe und für die Sekundarstufe I (Klassenstufen 5 bis 9) sind fünf Wochen in einer Grundschule abzuleisten.
- b) Im Orientierungspraktikum der Studiengänge für das Lehramt für die Sekundarstufe I (Klassenstufen 5 bis 10) und für das Lehramt für die Sekundarstufe I und für die Sekundarstufe II (Gymnasien und Gemeinschaftsschulen) sowie des auslaufenden Studienganges für das Lehramt an Gymnasien und Gesamtschulen (Klassenstufen 5 bis 13) sind zwei Wochen in einer Grundschule und drei Wochen in einer Gemeinschaftsschule oder einem Gymnasium abzuleisten.
- c) Im Orientierungspraktikum des Studienganges für das Lehramt an beruflichen Schulen sind zwei Wochen in einer Gemeinschaftsschule (Sekundarstufe I) und drei Wochen in einer beruflichen Schule abzuleisten.
- d) Die fachdidaktischen Schulpraktika finden in der Regel an einer Schule statt, die dem angestrebten Lehramt entspricht. Eines der Schulpraktika für die Lehramter an allgemeinbildenden Schulen kann auch an einer beruflichen Schule abgeleistet werden.

2.8

Im Orientierungspraktikum und in den vierwöchigen fachdidaktischen Schulpraktika nehmen die Praktikantinnen und Praktikanten am gesamten Leben ihrer Schule teil. Sie sind insbesondere verpflichtet zur

- a) hospitierenden Teilnahme am Unterricht,
- b) Teilnahme an Aktivitäten von Lehrkräften wie Konferenzen, Elternabenden, Projekttagen usw.,
- c) Teilnahme am außerunterrichtlichen Schulleben wie an Feiern, Präsentationstagen, Wandertagen, Sporttagen, pädagogischen Tagen, Kooperationen mit außerschulischen Partnern usw.,
- d) Durchführung eigener Unterrichtsversuche,
- e) Teilnahme an Veranstaltungen der Studien- oder Landesseminare.

Im Studiengang für das Lehramt für die Primarstufe sowie im auslaufenden Studiengang für das Lehramt für die Primarstufe und für die Sekundarstufe I (Klassenstufen 5 bis 9) ist bei diesen Schulpraktika darüber hinaus die Teilnahme an Kooperationen mit Einrichtungen der frühkindlichen Bildung verpflichtend.

Im Studiengang für das Lehramt an beruflichen Schulen ist bei diesen Schulpraktika darüber hinaus die Teilnahme an Veranstaltungen im Rahmen der dualen Partnerschaft zwischen Schule und Ausbildungs- oder Praktikumsbetriebern (z. B. Runde Tische) sowie die Beteiligung an Veranstaltungen der zuständigen Stellen (z. B. Kammerprüfung) verpflichtend.

Die Studierenden haben in allen Schulpraktika die für die Schule bzw. die Kooperationseinrichtungen geltenden Vorschriften zu beachten und entsprechende Weisungen der praktikumsbetreuenden Personen und der Schulleitung zu beachten. Sie sind in allen die Schule bzw. die Kooperationseinrichtungen betreffenden Angelegenheiten zur Verschwiegenheit verpflichtet.

2.9

Die Schulpraktika orientieren sich an den Prinzipien forschenden Lernens. Die Inhalte und die zu erwerbenden Kompetenzen werden in den entsprechenden Modulbeschreibungen der Fachrichtungen der Hochschulen festgelegt.

- a) Im bildungswissenschaftlichen Orientierungspraktikum lernen die Studierenden insbesondere die Institution Schule und ihre Tätigkeitsfelder aus der Perspektive einer Lehrkraft kennen und reflektieren. Sie beobachten Unterricht kriteriengeleitet und dokumentieren ihn. Sie lernen Kriterien der Unterrichtsplanung, des Methoden- und Medieneinsatzes kennen und erproben diese. Sie erhalten Einblicke in erzieherische Prozesse und beschreiben sie.
- b) In den semesterbegleitenden fachdidaktischen Schulpraktika lernen die Studierenden vor allem fachdidaktische Kriterien und Methoden kennen und wenden sie bei der Planung, Durchführung und Reflexion von fachlichem Unterricht an.
- c) Der fachliche Unterricht steht auch im Mittelpunkt der vierwöchigen fachdidaktischen Schulpraktika. Die Studierenden lernen durch aktive Teilnahme das gesamte Tätigkeitsfeld einer Fachlehrkraft (z. B. Unterricht, Konferenzen, Elternarbeit, Schulleben, Schulentwicklung) kennen. Vor allem planen sie - unter den Bedingungen größerer Selbstständigkeit und unter erhöhten Anforderungen - auch Unterrichtsreihen und -projekte, führen sie durch und reflektieren sie. Sie orientieren sich dabei an den geltenden Lehrplänen und den Standards fachlichen Unterrichts.

Alle Schulpraktika dienen auch der Überprüfung der Neigung und Eignung für den Lehrerberuf sowie der Überprüfung des Lernfortschritts. Die Studierenden sind deshalb zur Teilnahme an einem Beratungsgespräch mit der praktikumsbetreuenden Lehrkraft sowie gegebenenfalls der Schulleitung verpflichtet. Sie nehmen darüber hinaus an qualitätssichernden Maßnahmen teil.

Abschnitt 3 Organisation

3.1.

Die Schulpraktika sind Elemente bildungswissenschaftlicher oder fachdidaktischer Module, d. h. sie sind durch geeignete Lehrveranstaltungen der Hochschulen vor- und nachzubereiten und zu begleiten.

Die Betreuung der Praktikantinnen und Praktikanten an den Schulen erfolgt durch die Schulleitung und durch geeignete Lehrkräfte. Die Bestellung der betreuenden Lehrkräfte erfolgt durch die Geschäftsstelle des Zentrums für Lehrerbildung unter Einbeziehung der Schulleitung im Einvernehmen mit der für die einzusetzende Lehrkraft zuständigen Behörde.

Hochschulen, Schulen und Studien- bzw. Landesseminare arbeiten bei der Durchführung der Schulpraktika zusammen.

3.2

Die verbindliche Anmeldung für die Schulpraktika erfolgt auf der Homepage der Geschäftsstelle des Zentrums für Lehrerbildung unter Mitteilung der erforderlichen Angaben

- a) für die Schulpraktika, die in der vorlesungsfreien Zeit stattfinden (Orientierungspraktikum und vierwöchige fachdidaktische Schulpraktika), bis zum 10. Januar des Jahres (Wintersemester) oder bis zum 10. Mai des Jahres (Sommersemester),
- b) für die semesterbegleitenden fachdidaktischen Schulpraktika bis zum 10. Mai des Jahres (für das Praktikum im Wintersemester) oder bis zum 10. Januar des Jahres (für das Praktikum im Sommersemester).

Die Studierenden werden in der Regel zu Vierergruppen zusammengefasst. Sie werden den Schulen durch die Geschäftsstelle des Zentrums für Lehrerbildung im Benehmen mit der jeweiligen Schulleitung und den betroffenen Lehrpersonen der Hochschul-Fachrichtungen zugewiesen. Die Zuweisung erfolgt insbesondere nach den Kriterien

- a) Gleichbelastung aller Schulen einer Schulform des Landes,
- b) Vorhandensein einer geeigneten betreuenden Lehrkraft,
- c) Schulformbezug nach Nummer 2.7,
- d) Fachbezug,
- e) räumliche Nähe.

Wünsche der Studierenden werden nach Möglichkeit berücksichtigt.

3.3

Die Arbeitsbelastung der Studierenden während der Schulpraktika ist durch die in den fachspezifischen Anhängen zur Prüfungsordnung und zur Studienordnung der Hochschulen ausgewiesenen Leistungspunkte geregelt. Jedem Leistungspunkt entspricht eine Arbeitsbelastung von 30 Stunden.

Die Studierenden haben während der Schulpraktika grundsätzlich an allen Schultagen des jeweiligen Praktikumszeitraums in der Schule anwesend zu sein. Ausnahmen aus triftigem Grund bedürfen der Genehmigung der Schulleitung und der Geschäftsstelle des Zentrums für Lehrerbildung. Krankheitstage sind durch ärztliches Attest zu belegen. Fehlen Studierende an einem Praktikumstag ohne ausreichende Entschuldigung oder aus Gründen, die sie selbst zu vertreten haben, gilt das Praktikum als nicht erfolgreich absolviert. Versäumen Studierende aus von ihnen nicht zu vertretenden Gründen mehr als 20 Prozent der in einem Praktikum zur Verfügung stehenden Tage, so gilt das Praktikum als nicht absolviert.

Ferner sind die Studierenden grundsätzlich zur Anwesenheit in den die Schulpraktika vor-, nachbereitenden und begleitenden Lehrveranstaltungen der Hochschulen verpflichtet. Satz 4 bis 7 gilt entsprechend mit der Maßgabe, dass die Ausnahme gemäß Satz 4 der Genehmigung der Geschäftsstelle des Zentrums für Lehrerbildung bedarf.

3.4

Die Schulleitung und/oder die betreuende Lehrkraft organisieren das Praktikum in der Schule und stehen für Informationen und Beratungen zur Verfügung. Die betreuende Lehrkraft führt gegen Ende des Praktikums mit jeder oder jedem Studierenden ein auswertendes Beratungsgespräch und entscheidet, ob die Teilnahme am Praktikum als erfolgreich festgestellt werden kann. Dies ist der Fall, wenn die oder der Studierende entsprechend den Vorgaben in den fachspezifischen Anhängen zur Prüfungsordnung und zur Studienordnung der Hochschulen

- a) in dem nach Nummer 3.3 geforderten Umfang am Praktikum teilgenommen,
- b) die ihr oder ihm in der Schule übertragenen Aufgaben erfolgreich erledigt und
- c) sich in der Schule bezüglich der im jeweiligen Praktikurstyp zugrunde gelegten Zielsetzungen und Aufgaben bewährt hat.

Eine entsprechende Bestätigung wird von der Schule ausgestellt. Bei nicht ausreichender Beherrschung der deutschen Sprache kann diese Bestätigung nicht ausgestellt werden; in diesem Fall gilt das Praktikum als nicht absolviert.

3.5

Die Praktikantinnen und Praktikanten dokumentieren ihr Praktikum anhand eines Praktikumsberichts oder durch die schriftliche Bearbeitung von Aufgaben. Der Bericht oder die Aufgabenbearbeitung ist von der Lehrperson der jeweiligen vor-, nachbereitenden oder begleitenden Lehrveranstaltung gemäß den fachspezifischen Anhängen zur Prüfungsordnung und zur Studienordnung der Hochschulen zu bewerten.

3.6

Die Geschäftsstelle des Zentrums für Lehrerbildung bescheinigt die erfolgreiche oder nicht erfolgreiche Teilnahme am Praktikum. Das Ausstellen der Bescheinigung setzt voraus, dass die Praktikantin oder der Praktikant

- a) in dem nach Nummer 3.3 geforderten Umfang an der entsprechenden vor- und nachbereitenden bzw. begleitenden Lehrveranstaltung teilgenommen und die gestellten Aufgaben erfolgreich bearbeitet hat (von der Lehrperson der Hochschule ausgestellter Leistungsnachweis),
- b) die mit Unterschrift und Dienstsiegel versehene Praktikumsbestätigung der Schule über eine erfolgreiche Teilnahme am Praktikum vorlegt und
- c) an verpflichtenden Veranstaltungen der Studien- bzw. Landesseminare teilgenommen hat.

3.7

Ein nicht erfolgreich absolviertes oder gemäß Nummer 3.3 Satz 6 oder 9 als nicht erfolgreich absolviert geltendes Praktikum ist zu wiederholen, ein gemäß Nummer 3.3 Satz 7 oder 9 oder gemäß Nummer 3.4 Satz 5 als nicht absolviert geltendes Praktikum erneut zu absolvieren. Dies schließt jeweils die vor-, nachbereitenden und begleitenden Lehrveranstaltungen sowie die dazugehörigen Leistungsüberprüfungen ein.

3.8

Ein bereits erfolgreich absolviertes Praktikum kann nicht wiederholt werden.

3.9

Grundsätzlich sind alle saarländischen Schulen in öffentlicher Trägerschaft verpflichtet, an der Durchführung von Schulpraktika verantwortlich mitzuwirken und entsprechende qualitätssichernde Maßnahmen zu ermöglichen. Die betreuenden Lehrkräfte an den Schulen erhalten einen pauschalierten Auslagenersatz, soweit sie nicht für diese Aufgabe abgeordnet worden sind oder Anrechnungsstunden erhalten haben.

Abschnitt 4 Übergangsvorschriften

4.1

Nach der Ordnung für Schulpraktika an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen vom 2. Februar 2018 (Amtsbl. I S. 61) abgeleistete oder angerechnete Schulpraktika werden angerechnet.

4.2

Unbeschadet Nummer 4.1 werden Studierenden, die ihr Lehramtsstudium vor dem 1. Oktober 2007 begonnen haben, die nach den bis zum 1. Oktober 2007 geltenden Vorschriften erbrachten Schulpraktika von den in § 2 Absatz 4 Satz 1 der Lehramtsprüfungsordnung I vom 18. März 2008 (Amtsbl. S. 548), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 20. September 2021 (Amtsbl. I S. 2166), genannten Hochschulen angerechnet, sofern hinsichtlich der erworbenen Kompetenzen kein wesentlicher Unterschied zu den nach dieser Ordnung abzuleistenden Schulpraktika nachgewiesen wird.

4.3

Anstelle von Nummer 2.1 findet für Studierende, die ihr Studium für das Lehramt für die Primarstufe vor dem 1. Oktober 2021 begonnen haben, Nummer 2.1 der Ordnung der Schulpraktika für die Lehrämter an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen vom 2. Februar 2018 (Amtsbl. I S. 61) Anwendung.

Abschnitt 5 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

5.1

Diese Ordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

5.2

Mit Inkrafttreten dieser Ordnung tritt die Ordnung der Schulpraktika für die Lehrämter an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen vom 2. Februar 2018 (Amtsbl. I S. 61) außer Kraft.

**Verordnung über den Schulpsychologischen Dienst
(VO-Schulpsychologischer Dienst)**

Vom 07. August 2008 –
zuletzt geändert durch das Gesetz vom 8. Dezember 2021 (Amtsbl. I S. 2629)

Abschnitt I

Allgemeine Bestimmungen

§ 1

Geltungsbereich

Diese Verordnung gilt für den Schulpsychologischen Dienst im Bereich der öffentlichen Schulen.

§ 2

Grundsätze

(1) Der Schulpsychologische Dienst soll die pädagogische Arbeit an den Schulen durch Diagnosestellung und auf die Schule bezogene Beratung, Förderung und Behandlung unterstützen und dadurch zur Erfüllung des schulischen Erziehungs- und Bildungsauftrages beitragen.

(2) Der Schulpsychologische Dienst untersteht der Fachaufsicht der Schulaufsichtsbehörde.

(3) Einstellungen von Schulpsychologinnen und Schulpsychologen sollen mit der Fachaufsicht abgestimmt werden.

Abschnitt II

Aufgaben

§ 3

Aufgabenbereich

Aufgaben des Schulpsychologischen Dienstes sind insbesondere:

1. Beratung, gezielte Förderung und in Einzelfällen weiterführende Betreuung von Schülerinnen und Schülern bei pädagogischen und psychologischen Problemen durch die in der Schule möglichen Interventions- und Behandlungsformen sowie entsprechende Beratung von Erziehungsberechtigten und Lehrkräften, insbesondere bei Funktionsstörungen im Lern- und Leistungsbereich, Verhaltensauffälligkeiten im Sozial- und Erziehungsbereich sowie Persönlichkeits- und Entwicklungsstörungen,
2. Beratung und Mithilfe bei der Lösung von psychosozialen Konflikten in der Schule,
3. ergänzende Zusammenarbeit mit Erziehungsberechtigten, Lehrkräften und Schulen in Fragen der pädagogischen Beratung, der Schullaufbahnberatung und der Hilfe bei der Berufswahl,
4. Anfertigung fachpsychologischer Gutachten und Stellungnahmen zur Förderung und Betreuung von Schülerinnen und Schülern mit dem Ziel, den spezifischen Hilfebedarf außerhalb des Schulpsychologischen Dienstes festzustellen, und zur Vorbereitung von schulaufsichtlichen Entscheidungen, insbesondere bei Ein- und Umschulungen,
5. Durchführung von Fortbildungen für Lehrkräfte und Schulleitungen zu pädagogisch-psychologischen Fragestellungen, sowie
6. Mitwirkung bei der Klärung von Sachverhalten in Zusammenhang mit Gefährdungen des Kindeswohls (§ 1 Abs. 2b SchoG).

§ 4

Aufgabenwahrnehmung

(1) Im Rahmen seines Aufgabenbereichs wird der Schulpsychologische Dienst auf Veranlassung der Lehrkräfte, der Schulleitung oder der Schulaufsichtsbehörde und auf Ersuchen von Schülerinnen, Schülern und Erziehungsberechtigten tätig.

(2) Der Schulpsychologische Dienst gewinnt seine Untersuchungsergebnisse insbesondere durch Anamnese, Gespräche, Verhaltensbeobachtungen, Exploration in Einzel- und Gruppenuntersuchungen, Verwertung von Informationen der Schule und Eltern sowie testdiagnostische Verfahren.

(3) Untersuchungen und Beratungen führt der Schulpsychologische Dienst in der Regel ohne Anwesenheit Dritter durch. Ob dritte Personen hinzugezogen werden, entscheidet der Schulpsychologische Dienst nach pflichtgemäßem Ermessen.

(4) Die Schulleitung gibt dem Schulpsychologischen Dienst Einsicht in alle zur Diagnosestellung erforderlichen Unterlagen und gewährt ihm die nötige Unterstützung. Der Schulpsychologische Dienst ist im Rahmen seiner Tätigkeit berechtigt, in Absprache mit den beteiligten Lehrkräften und der Schulleitung Unterrichtsbesuche durchzuführen. Er ist ferner berechtigt, Auskünfte von außerschulischen Einrichtungen einzuholen.

(5) Der Schulpsychologische Dienst arbeitet im Rahmen seiner Aufgabenwahrnehmung mit Personen und Institutionen zusammen, die an der Erziehung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen mitwirken. Hierzu gehören insbesondere Jugend-, Gesundheits- und Sozialämter, Agenturen für Arbeit sowie Beratungsstellen und Einrichtungen freier Träger.

(6) Der Schulpsychologische Dienst teilt personelle Veränderungen und seine Sprechzeiten der Schulaufsichtsbehörde, den ihm zugeordneten Schulen sowie den in Absatz 5 Satz 2 genannten Institutionen mit.

Abschnitt III

Vertraulichkeit und Schriftgut

§ 5

Einverständnis des Betroffenen

(1) Jede auf die Person einer Schülerin oder eines Schülers bezogene Tätigkeit der Schulpsychologinnen und Schulpsychologen erfolgt, soweit nachfolgend keine abweichende Regelung getroffen ist, nur mit Einverständnis der betroffenen volljährigen Schülerinnen und Schüler beziehungsweise der Erziehungsberechtigten der betroffenen minderjährigen Schülerinnen und Schüler.

(2) Führen Schulpsychologinnen und Schulpsychologen Untersuchungen durch, an denen die betroffenen Schülerinnen und Schüler aufgrund von Rechtsvorschriften teilnehmen müssen, bedarf es keiner Einwilligung. In diesem Fall sind die betroffenen Schülerinnen und Schüler beziehungsweise die Erziehungsberechtigten darauf hinzuweisen, dass der Schulpsychologische Dienst gutachterlich und nicht beratend tätig wird.

(3) Eine erste Beratung minderjähriger Schülerinnen und Schüler auf deren Wunsch ist ohne Zustimmung der Erziehungsberechtigten zulässig. Sind darüber hinaus weitere Maßnahmen erforderlich, bedürfen sie des schriftlichen Einverständnisses der Erziehungsberechtigten, sofern keine konkreten Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass eine Benachrichtigung der Erziehungsberechtigten das körperliche, geistige oder seelische Wohl der betroffenen Schülerin oder des betroffenen Schülers gefährden kann. Das Vorliegen eines solchen Ausnahmefalles ist zu dokumentieren und, wenn die Einschaltung eines Fachdienstes eines freien Trägers nicht ausreichen sollte, unverzüglich dem Jugendamt, dem Gesundheitsamt sowie der Schulaufsichtsbehörde anzuzeigen.

(4) Wird der Schulpsychologische Dienst auf Antrag von Erziehungsberechtigten oder volljährigen Schülerinnen und Schülern tätig, soll er darauf hinwirken, dass die Betroffenen ihr Einverständnis zur Weitergabe des Untersuchungsergebnisses an Lehrkräfte, Schulleitung oder Schulaufsicht schriftlich oder in einem digitalen Dokument in einer von der Schulaufsichtsbehörde bereitgestellten oder zugelassenen geschützten elektronischen Umgebung erklären.

§ 6

Verschwiegenheit, Weitergabe von personenbezogenen Daten

(1) Personenbezogene Daten und Untersuchungsergebnisse, die dem Schulpsychologischen Dienst in Ausübung seiner Tätigkeit bekannt werden, unterliegen der Verschwiegenheit. Dies gilt nicht, wenn eine Gefahr für Leben oder Gesundheit einer Person nur durch die Weitergabe der Informationen abgewendet werden kann und unverzüglich Maßnahmen des Jugendamtes, der Strafverfolgungsbehörden oder anderer staatlicher Stellen erforderlich sind.

(2) Wenn die Unterrichtung der Erziehungsberechtigten das Kindeswohl gefährdet, gilt die Schweigepflicht auch ihnen gegenüber.

(3) Personenbezogene Daten, die für Entscheidungen oder Maßnahmen der zuständigen Stellen erheblich sind und aufgrund besonderer Rechtsvorschriften zur Vorbereitung schulischer Maßnahmen erhoben oder verarbeitet wurden, sind den zuständigen Stellen mitzuteilen. In allen anderen Fällen ist für die Weitergabe von personenbezogenen Daten die Einverständniserklärung der Erziehungsberechtigten oder der volljährigen Schülerinnen und Schüler erforderlich.

(4) Aussagen vor Gericht bedürfen der Genehmigung des Dienstvorgesetzten und der Schulaufsichtsbehörde.

§ 7

Schriftgut, Akteneinsicht

(1) Der Schulpsychologische Dienst ist zur ordnungsgemäßen Aktenführung verpflichtet. Alle wesentlichen Ergebnisse seiner Tätigkeit hält er in Gutachten, Stellungnahmen, Empfehlungen oder Aktenvermerken fest.

(2) Unterlagen, die der Verschwiegenheit unterliegen, sind unter Verschluss zu halten und 25 Jahre aufzubewahren. Danach sind sie zu vernichten.

(3) Den Erziehungsberechtigten sowie volljährigen Schülerinnen und Schülern ist Gelegenheit zur Einsichtnahme in Gutachten zu geben, soweit Rechte Dritter nicht entgegenstehen.

Abschnitt IV

Qualitätssicherung

§ 8

Landeskonferenz der Schulpsychologinnen und Schulpsychologen

(1) Die schulpsychologischen Fachkräfte im Saarland bilden eine Landeskonferenz der Schulpsychologinnen und Schulpsychologen. In deren Geschäftsordnung ist vorzusehen, dass an ihren mindestens einmal pro Schulhalbjahr durchzuführenden Sitzungen die Fachaufsicht der Schulaufsichtsbehörde teilnimmt.

(2) Die Landeskonferenz der Schulpsychologen und Schulpsychologinnen ist zur Qualitätssicherung und Qualitätsverbesserung des Schulpsychologischen Dienstes insbesondere mit folgenden Aufgaben betraut:

1. gegenseitige Unterstützung bei der Bewältigung schulpsychologischer Aufgaben, vor allem durch Austausch von Erfahrungen aus der Fachpraxis,
2. Beratung über aktuelle Entwicklungen an saarländischen Schulen und deren Auswirkungen auf die Aufgabenstellung des Schulpsychologischen Dienstes sowie über den Bericht eines von der Schulaufsichtsbehörde zu einer jährlich stattfindenden Fachtagung entsandten Mitglieds der Landeskonferenz der Schulpsychologinnen und Schulpsychologen,
3. Erarbeitung von Vorschlägen zu den Grundsätzen und Richtlinien der Schulpsychologie im Saarland.

Abschnitt V

Schlussvorschriften

§ 9

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

**Erlass über die Bildungs- und Erziehungsarbeit an außerschulischen Lernorten
sowie über die Festsetzung von Pauschvergütung gemäß § 18 des Saarländischen
Reisekostengesetzes (SRKG) (Schulfahrtenerlass)**

Vom 30. August 2016 – geändert durch Erlass vom 06.12.2016

- 1. Ziele**
- 2. Die einzelnen Veranstaltungsarten**
 - 2.1 Unterrichtsgänge
 - 2.2 Schulwanderungen
 - 2.3 Schulfahrten
 - 2.4 Fahrten aus besonderem Anlass
 - 2.5 Internationale Begegnungen
- 3. Allgemeine Bestimmungen**
 - 3.1 Grundsätze für die Planung und Durchführung
 - 3.2 Teilnahme
 - 3.3 Leitung, Begleitpersonen
 - 3.4 Qualifikation der Lehrkräfte und sonstiger Begleitpersonen
 - 3.5 Beförderungsmittel
 - 3.6 Unfallverhütung
 - 3.7 Aufsicht
 - 3.8 Versicherung, Haftung
- 4. Reisekosten**
- 5. Genehmigung**
- 6. Übergangsregelung**
- 7. Schlussbestimmungen**

1. Ziele

Schulveranstaltungen an außerschulischen Lernorten sind Bestandteile der Bildungs- und Erziehungsarbeit der Schulen. Sie dienen Bildungs- und Erziehungszwecken, müssen einen deutlichen Bezug zum Unterricht und den in den Lehrplänen formulierten Zielen und Kompetenzen haben und im Unterricht vor- und nachbereitet werden. Veranstaltungen oder Fahrten in Form eines Erholungsurlaubs oder mit überwiegend touristischem Charakter sind keine schulischen Veranstaltungen im Sinne dieses Erlasses und nicht genehmigungsfähig.

2. Die einzelnen Veranstaltungsarten

2.1. Unterrichtsgänge

Unterrichtsgänge sind schulische Veranstaltungen zur Durchführung des Unterrichts außerhalb des Schulgeländes. Sie erwachsen aus dem aktuellen Unterrichtsgeschehen und dienen der unmittelbaren Anschauung bestimmter Stätten und Objekte am Schulort oder in seiner näheren Umgebung, insbesondere unter naturkundlichen, geographischen, historischen, kulturellen, wirtschaftlichen und alltagsrelevanten Gesichtspunkten. Dazu gehört zum Beispiel die Erkundung von Wirtschaftsbetrieben, sozialen Einrichtungen und technischen Anlagen.

Unterrichtsgänge sind grundsätzlich so durchzuführen, dass keine Kosten anfallen. Sie sind der Schulleiterin oder dem Schulleiter anzuzeigen. Sofern sie ausnahmsweise mit Kosten verbunden sind, bedarf es der Genehmigung der Schulleiterin oder des Schulleiters.

2.2 Schulwanderungen

Schulwanderungen, die z. B. als eintägige Fußwanderungen durchgeführt werden können, sollen den Schülerinnen und Schülern durch Bewegung einen direkten Zugang zur Natur und Kultur in ihrer näheren Heimat ermöglichen. Sie schaffen günstige Voraussetzungen für eine erfolgreiche Umwelterziehung. Neben dem gesundheitlichen Aspekt fördern Schulwanderungen – losgelöst von der schulischen Lernsituation – das gegenseitige Kennenlernen, bieten Anlässe für soziales Lernen und erleichtern den Inklusionsprozess. Sie sind im Klassenverband durchzuführen.

Bei der Festlegung von Ziel und Weg der Wanderung sind die individuellen Voraussetzungen der Schülerinnen und Schüler zu berücksichtigen, wie zum Beispiel das Alter und die körperliche Leistungsfähigkeit. Schulwanderungen sind so zu planen, dass der zeitliche Umfang des Programms mindestens der Unterrichtszeit entspricht. Die Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln ist auf das notwendige Maß zu beschränken; insbesondere sind unverhältnismäßig lange Anfahrten zum Ausgangspunkt einer Wanderung unzulässig. Von der Verwendung gewerblicher Verkehrsmittel ist so weit wie möglich abzusehen.

Im Schuljahr können

- in den Klassenstufen 1 und 2 je vier,
- in den Klassenstufen 3 und 4 je drei,
- in der Sekundarstufe I bis zum Beginn der Gymnasialen Oberstufe je Klassenstufe drei

Schulwanderungen unternommen werden.

Die Schulleitung kann entscheiden, dass diese Tage für Klassen und Kurse der Sekundarstufe II für in der Schule stattfindende individuelle Lernzeiten, Prüfungsvorbereitungen, Berufs- und Studienberatung genutzt werden können.

In den Klassenstufen 1 und 2 sind alle, ab Klassenstufe 3 mindestens zwei Schulwanderungen grundsätzlich so durchzuführen, dass keine Kosten anfallen.

Im Übrigen wird auf den Erlass zur Durchführung des Kulturellen Praktikums an Schulen vom 1. Juni 2001 (GMBL Saar S. 190) in der jeweils geltenden Fassung verwiesen, wonach in jedem Schuljahr einer der Wandertage in allen Klassen als Kulturwandertag zu nutzen ist.

2.3 Schulfahrten

Schulfahrten stellen durch Ausweitung der Lernumgebung und die längere Dauer des Zusammenseins höhere Anforderungen an die kognitiven, emotionalen und sozialen Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler und eröffnen gleichzeitig durch andere Zugänge neue Lernchancen und die Weiterentwicklung ihrer Kompetenzen und Interessen. Den Lehrkräften ermöglichen die Schulfahrten eine ganzheitliche Sichtweise auf das Potential der Schülerinnen und Schüler.

In besonders günstiger Weise können Unterricht und Erziehung durch Schullandheimaufenthalte miteinander verbunden werden. Zur Umsetzung der KMK-Empfehlung zur pädagogischen Bedeutung und Durchführung von Schullandheimaufenthalten sollen grundsätzlich die Angebote der für Schullandheimpädagogik geeigneten Einrichtungen genutzt werden. Über geeignete Häuser wird auf dem Bildungsserver informiert.

Schulfahrten können ab Klassenstufe 3 ein- oder mehrtägig stattfinden und sind so zu planen, dass grundsätzlich alle Schülerinnen und Schüler einer Klasse oder eines Kurses uneingeschränkt an dem Bildungs- und Erziehungsangebot teilhaben können. Den Schülerinnen und Schülern soll ihrem Alter entsprechend Gelegenheit gegeben werden, sich an den Planungen der Veranstaltung zu beteiligen.

Eine eintägige Schulfahrt kann in jedem Schuljahr durchgeführt werden, in dem keine mehrtägige Schulfahrt stattfindet.

Für mehrtägige Schulfahrten können

- in den Klassenstufen 3 und 4 grundsätzlich insgesamt bis zu drei Kalendertage,
- in den Klassenstufen 5 und 6 insgesamt bis zu fünf Kalendertage,
- in der Sekundarstufe I ab Klassenstufe 7 bis zum Beginn der Gymnasialen Oberstufe insgesamt bis zu fünf Kalendertage und
- in der Sekundarstufe II insgesamt bis zu fünf Kalendertage

in Anspruch genommen werden. Die Schulen können eine andere Verteilung vornehmen, sofern dabei die Gesamtzahl der ihnen zur Verfügung stehenden Kalendertage nicht überschritten wird.

Die vorgenannte Sekundarstufe II umfasst dabei auch alle Klassen und Kurse der beruflichen Schulen.

Soweit in der Sekundarstufe II keine mehrtägigen Fahrten durchgeführt werden, können die dafür zur Verfügung stehenden Tage für eintägige Schulfahrten genutzt werden.

In den Klassenstufen 3 bis 6 sind Schulfahrten nur innerhalb des Saarlandes sowie dem grenznahen Bereich von Rheinland-Pfalz, Frankreich und Luxemburg zulässig. Mehrtägige Schulfahrten sind in diesen Klassenstufen als Schullandheimaufenthalte zu gestalten. Sofern bei Schullandheimaufenthalten in den Klassenstufen 3 und 4 das pädagogische Angebot des Schullandheims (zum Beispiel durch Öko- oder Erlebnispädagogen) in Anspruch genommen wird, kann der Aufenthalt auf bis zu fünf Kalendertage verlängert werden.

Im Rahmen ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung und zur Vermeidung unzumutbarer finanzieller Belastungen der Familien sind Lehrkräfte und Schulleitung verpflichtet, die Kosten der Veranstaltung zu begrenzen. Für mehrtägige Schulfahrten dürfen je Klassenstufe beziehungsweise je Jahr der schulischen Ausbildung höchstens 120 € je Schülerin oder Schüler veranschlagt werden. Die Beträge können für mehrtägige Fahrten über mehrere Klassenstufen beziehungsweise Jahre der schulischen Ausbildung hinweg zusammengefasst werden. Sollte es das pädagogische Konzept einer mehrtägigen Schulfahrt im begründeten Einzelfall erfordern, ist eine geringfügige Überschreitung des zeitlichen Umfangs zulässig, sofern dabei die Höchstgrenze eingehalten ist. Mit diesen Beträgen müssen alle Kosten der Schülerin oder des Schülers (zum Beispiel Fahrtkosten von der Schule zum Ziel der Klassenfahrt und zurück, Unterkunft und Verpflegung, Reiserücktrittskostenversicherung, Kurtaxe, Fahrtkosten am Ort, Eintrittsgelder) abgedeckt werden. Das Taschengeld ist dabei nicht umfasst. Eine durch einen Klassen- oder Kurswechsel einer Schülerin oder eines Schülers bedingte Überschreitung der Höchstgrenze ist zulässig. Sollten bei Schullandheimaufenthalten durch die Inanspruchnahme eines pädagogischen Angebotes des Schullandheims (zum Beispiel durch Öko- oder Erlebnispädagogen) zusätzliche Kosten je Schülerin oder Schüler entstehen, darf die Höchstgrenze um den entsprechenden Betrag überschritten werden. Sollten in einer weniger als dreijährigen Sekundarstufe II die höchstens anzusparenden Beträge im Einzelfall nicht ausreichend sein, um das pädagogische Ziel einer mehrtägigen Schulfahrt erreichen zu können, ist eine Abweichung von der Höchstgrenze nur zulässig, wenn die geplante Schulfahrt samt der voraussichtlichen Kosten Teil des unter Nummer 3.1 beschriebenen Fahrtenkonzepts ist. Die für eine dreijährige Sekundarstufe II geltende Höchstgrenze darf dabei nicht überschritten werden. Ungeachtet dieser Höchstgrenze sind die Kosten der einzelnen Veranstaltung möglichst niedrig zu halten. Aus diesem Grund werden Schulfahrten mit Ausnahme von Schullandheimaufenthalten grundsätzlich im Klassen- oder Kursverband von zwei Klassen oder Kursen gemeinsam durchgeführt.

Die Höhe der Höchstgrenze unterliegt einer regelmäßigen Überprüfung durch die Schulaufsichtsbehörde.

2.4 Fahrten aus besonderem Anlass

Mit dem Schulleben sind herkömmlicherweise Fahrten aus besonderem Anlass verbunden, die zu Repräsentationszwecken oder zur Teilnahme an Wettbewerben durchgeführt werden. Dazu gehören beispielsweise Fahrten von Schulchören, Schulorchestern oder Schulsportmannschaften.

Bei Fahrten aus besonderem Anlass handelt es sich um schulische Veranstaltungen, jedoch nicht um Schulfahrten gemäß Nummer 2.3, denn der Teilnehmerkreis hängt vom Zweck der jeweiligen Veranstaltung ab und kann sich aus Schülerinnen und Schülern verschiedener Klassen beziehungsweise Kurse und Jahrgangsstufen zusammensetzen.

Sie bleiben deshalb sowohl bei der zeitlichen Höchstdauer als auch bei der Höchstgrenze unberücksichtigt.

2.5 Internationale Begegnungen

Internationale Begegnungen sind Unternehmungen, in deren Rahmen die projektorientierte Begegnung mit ausländischen Schülerinnen und Schülern den Schwerpunkt bildet. Sie fördern die Auseinandersetzung mit anderen Kulturen und Gesellschaften und leisten so einen besonderen Beitrag zur interkulturellen Erziehung, zur Vermittlung landeskundlicher Kenntnisse und zum Erwerb von vertieften Sprachkenntnissen der teilnehmenden Schülerinnen und Schüler.

Bei internationalen Begegnungen handelt es sich um schulische Veranstaltungen, jedoch nicht um Schulfahrten gemäß Nummer 2.3. Der Teilnehmerkreis hängt vom Zweck der jeweiligen Veranstaltung ab und kann sich aus Schülerinnen und Schülern verschiedener Klassen beziehungsweise Kurse und Jahrgangsstufen zusammensetzen.

Internationale Begegnungen dauern grundsätzlich höchstens drei Wochen; ihre Durchführung bedarf, sofern sie nicht lediglich eintägig stattfinden, bis zum Inkrafttreten einer ausschließlich diese Fahrten betreffende Verwaltungsvorschrift der Genehmigung der Schulaufsichtsbehörde. Im Übrigen gilt die mit Rundschreiben vom 8. Mai 2015 bekannt gegebene Übergangsregelung für die Genehmigung von Klassenfahrten etc..

3. Allgemeine Bestimmungen

3.1 Grundsätze für die Planung und Durchführung

Schulen erstellen ein Konzept für die Veranstaltungen im Sinne dieses Erlasses für einzelne oder übergreifende Klassenstufen. Darin werden die dem Profil der einzelnen Schule entsprechenden, immer wiederkehrenden vorgesehenen Veranstaltungen gemäß den Nummern 2.2 bis 2.5 mit einer auf bisheriger Erfahrung beruhenden Abschätzung der Kosten aufgeführt. Dieses Fahrtenkonzept wird von der Schulkonferenz auf Vorschlag der Gesamtkonferenz beschlossen. Gleiches gilt für eventuelle Änderungen und Ergänzungen.

Die Schulwanderungen sollen für alle Klassen und Kurse einer Schule am gleichen Tag durchgeführt werden. Bei mehrtägigen Schulfahrten dürfen bewegliche Ferientage, Feiertage und Wochenenden nur insoweit einbezogen

werden, als dadurch der Charakter der Veranstaltung als schulische Veranstaltung nicht berührt wird und sich die zulässige Höchstdauer gemäß Nummer 2.3 nicht erhöht.

Die Planung der jeweiligen Schulveranstaltung erfolgt durch die begleitenden Lehrkräfte, dem Alter und der Reife entsprechend gemeinsam mit den betroffenen Schülerinnen und Schülern beziehungsweise deren Erziehungsberechtigten. Ziel, Programm, Dauer und zumutbare Höchstkosten sind so zu wählen, dass grundsätzlich alle Schülerinnen und Schüler teilnehmen können. Das Meinungsbild der Erziehungsberechtigten beziehungsweise der volljährigen Schülerinnen und Schüler dient den Lehrkräften zur Orientierung für die Planung. Mit den Erziehungsberechtigten soll auch eine Absprache über die Höhe eines Taschengeldes getroffen werden.

Im Bereich der beruflichen Schulen sind Schulfahrten gegebenenfalls auch mit den Ausbildungsbetrieben abzustimmen.

Die Veranstaltung beginnt und endet grundsätzlich an der Schule. Nach Absprache mit der Schulleitung sowie bei Einverständnis aller Erziehungsberechtigten oder aller volljährigen Schülerinnen und Schüler können sowohl Start- als auch Zielort abweichend davon gewählt werden, wenn sichergestellt ist, dass diese für die betroffenen Schülerinnen und Schüler in Abhängigkeit von ihrem Alter und ihrer Reife zumutbar erreicht werden können.

Wird die Leistung von Beförderungsunternehmen in Anspruch genommen, sind vor Vertragsschluss mehrere Vergleichsangebote einzuholen und hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit zu prüfen. Dies gilt auch für die Beherbergung, sofern das nach den Umständen der Reise möglich ist. Zur Minderung der Reisekosten sollen so weit wie möglich Freifahrten, Freiplätze, die jeweils günstigsten Sondertarife, kostenlose Unterbringungs- und Verpflegungsmöglichkeiten sowie Möglichkeiten der Bezuschussung in Anspruch genommen werden. Es sind nur solche Verträge abzuschließen, die sämtliche anfallenden Kosten gesondert und detailliert ausweisen.

Im Übrigen wird auf den Erlass über den Abschluss von Beförderungs- und Beherbergungsverträgen bei der Durchführung außerunterrichtlicher Schulveranstaltungen an öffentlichen Schulen vom 11. Februar 1986 (GMBL. Saar S. 214), geändert durch Erlass vom 9. Juli 1996 (GMBL. Saar S. 167), in der jeweils geltenden Fassung, sowie auf das Rundschreiben betreffend Absicherung bei Insolvenz des Reiseveranstalters durch einen Reise-Sicherungsschein im Rahmen außerunterrichtlicher Schulveranstaltungen vom 10. Mai 2007 verwiesen.

3.2 Teilnahme

Die Teilnahme an Unterrichtsgängen, Schulwanderungen und eintägigen Schulfahrten ist grundsätzlich verpflichtend, es sei denn, sie wäre im Einzelfalle mit unzumutbaren Kosten verbunden. Die Teilnahme an mehrtägigen Veranstaltungen setzt die schriftliche Einverständniserklärung der Erziehungsberechtigten sowie gegebenenfalls eine Vereinbarung mit dem betroffenen Ausbildungsbetrieb voraus.

Es sind alle Möglichkeiten auszuschöpfen, Schülerinnen und Schülern aus finanziell schlechter gestellten Familien die Teilnahme zu ermöglichen. Auf Unterstützungsangebote Dritter (zum Beispiel von Fördervereinen) ist zurückzugreifen.

Nimmt eine Schülerin oder ein Schüler an einer Veranstaltung nicht teil, so wird sie beziehungsweise er während dieser Zeit einer anderen geeigneten Klasse beziehungsweise einem anderen geeigneten Kurs zur Teilnahme am Unterricht zugewiesen.

3.3 Leitung, Begleitpersonen

Schulwanderungen und Schulfahrten werden grundsätzlich von der Klassenlehrerin oder dem Klassenlehrer beziehungsweise von einer Tutorin oder einem Tutor geleitet. Ist einer Lehrkraft die Leitung oder Teilnahme als Begleitperson aus gesundheitlichen oder anderen zwingenden Gründen nicht möglich, so kann die Schulleiterin oder der Schulleiter eine andere Lehrkraft beauftragen, die Veranstaltung zu leiten beziehungsweise an ihr als Begleitperson teilzunehmen. Die Schulleiterin oder der Schulleiter kann die Leitung der Veranstaltung einer anderen Lehrkraft übertragen, wenn dies wegen des besonderen Charakters der Veranstaltung geboten erscheint.

Mehrtägige Schulfahrten bedürfen grundsätzlich zweier Begleitpersonen. Je zusätzlicher Klasse beziehungsweise je zusätzlichem Kurs kann eine weitere Begleitperson teilnehmen, wobei bei der Entscheidung über die Anzahl der Begleitpersonen immer auch die Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler zu berücksichtigen ist. Abweichungen sind nur in schriftlich zu begründenden Ausnahmefällen unter Abwägung pädagogischer, finanzieller und unterrichtsorganisatorischer Gesichtspunkte sowie unter Berücksichtigung des Fahrtenkonzeptes der Schule zulässig. Bei gemischten Gruppen ist grundsätzlich die Teilnahme von mindestens einer männlichen und einer weiblichen Begleitperson erforderlich. Ausnahmsweise ist auch der Einsatz von zwei weiblichen Begleitpersonen zulässig.

Internationale Begegnungen bedürfen, soweit die Teilnehmerzahl 15 nicht übersteigt und eine Unterbringung in Gastfamilien erfolgt, nur einer Begleitperson.

Die Schulleiterin oder der Schulleiter kann im Einvernehmen mit der Lehrkraft, der die Leitung der Veranstaltung obliegt, eine andere geeignete Person – zum Beispiel Erziehungsberechtigte, Ehegatten von Lehrkräften oder volljährige Schülerinnen und Schüler – mit der Hilfsaufsicht betrauen, sofern eine weitere Lehrkraft als Aufsichtsperson nicht zur Verfügung steht. Die mit der Hilfsaufsicht betraute Person muss ihr Einverständnis schriftlich erklären. Auf den Erlass betreffend die Vorlage eines Erweiterten Führungszeugnisses im schulischen Bereich vom 26. Juni 2014 (Amtsbl. II S. 571) in der jeweils geltenden Fassung wird verwiesen.

3.4 Qualifikation der Lehrkräfte und sonstiger Begleitpersonen

Die an den Veranstaltungen teilnehmenden Lehrkräfte und sonstigen Begleitpersonen müssen den vorauszusehenden Anforderungen gewachsen und über ihre Pflichten informiert sein.

Bei Veranstaltungen, die typischerweise mit erhöhten Risiken verbunden sind (zum Beispiel Bergwandern, Schwimmen in offenen Gewässern, Skifahren) müssen teilnehmende Lehrkräfte und sonstige Begleitpersonen die nach den hierfür jeweils bestehenden Vorschriften erforderliche spezielle Qualifikation besitzen.

3.5 Beförderungsmittel

Soweit erforderlich, sind grundsätzlich öffentliche oder gewerbliche Verkehrsmittel zu benutzen.

Die Benutzung des Fahrrades ist unter dem Gesichtspunkt der Erziehung zu umweltbewusstem Verhalten zwar besonders empfehlenswert, jedoch mit zusätzlichen Risiken verbunden. Das Fahrrad darf daher nur benutzt werden, wenn die jeweilige Verkehrssituation (zum Beispiel das Vorhandensein von Radwegen) sowie Alter und Fahrtüchtigkeit der Schülerinnen und Schüler dies zulassen. Eine schriftliche Einverständniserklärung der Erziehungsberechtigten ist erforderlich.

Die Beförderung von Schülerinnen und Schülern mit Kraftfahrzeugen jeglicher Art, die von Lehrkräften, Erziehungsberechtigten, Schülerinnen oder Schülern gesteuert werden, ist bei der Durchführung der außerunterrichtlichen Schulveranstaltungen nicht zulässig. Gleiches gilt auch für die Beförderung in gewerblich genutzten Kraftfahrzeugen. Das Trampen ist verboten.

Schulen, denen eigene Personenkraftwagen oder Kleinbusse zur Verfügung stehen, dürfen diese für die Durchführung von außerunterrichtlichen Veranstaltungen benutzen. Geeignete Lehrkräfte können mit ihrem Einverständnis als Fahrerinnen und Fahrer eingesetzt werden. Die schriftliche Einverständniserklärung der Erziehungsberechtigten ist erforderlich.

Die Schulleiterin oder der Schulleiter kann in Ausnahmefällen die Benutzung von Personenkraftwagen und Kleinbussen erlauben, die von geeigneten Lehr- oder Lehrhilfskräften oder Erziehungsberechtigten, in Ausnahmefällen auch von Schülerinnen und Schülern gesteuert werden, wenn

- die Schulveranstaltung pädagogisch erforderlich ist,
- die Zustimmung der Fahrerin oder des Fahrers vorliegt,
- die Erziehungsberechtigten sich schriftlich einverstanden erklärt haben,
- geeignete öffentliche Verkehrsmittel nicht vorhanden sind und
- der Einsatz gewerblicher Verkehrsmittel wirtschaftlich unverhältnismäßig aufwendig wäre.

3.6 Unfallverhütung

Es gehört zur Vorbereitung einer außerunterrichtlichen Schulveranstaltung, dass die Lehrkraft mit den Schülerinnen und Schülern die erforderlichen Verhaltensmaßregeln bespricht, um Unfälle zu verhüten. Bei den Veranstaltungen ist Sanitätsmaterial zur Ersten Hilfe mitzunehmen. Unternehmungen mit einem erhöhten Sicherheitsrisiko sind besonders sorgfältig vorzubereiten. Die die Veranstaltung leitende Lehrkraft muss in Erster Hilfe ausgebildet sein, sich über mögliche Gefahren informieren und erforderlichenfalls ortskundige Fachkräfte hinzuziehen. Auf den Erlass über die gesetzliche Unfallversicherung, die Unfallverhütung und den Gesundheitsschutz für Schüler und Schülerinnen in Schulen vom 27. Juni 2001 (GMBL. Saar S. 198) in der jeweils geltenden Fassung wird verwiesen.

3.7 Aufsicht

Die Lehrkräfte sind während der gesamten Veranstaltung zur Wahrnehmung ihrer gesetzlichen Aufsichts- und Fürsorgepflicht verpflichtet. Diese muss aktiv, präventiv und kontinuierlich erfolgen. Alter und Reife der Schülerinnen und Schüler sind zu berücksichtigen. Auf den Erlass zur Aufsichtspflicht der Lehrkräfte, zur Haftung und zur Unfallversicherung im Bereich der allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen des Saarlandes vom 30. Mai 1971 (GMBL. Saar S. 471) in der jeweils geltenden Fassung wird verwiesen.

Die Aufsicht führende Lehrkraft kann Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit einräumen, im Rahmen der Schulfahrt pädagogisch angemessene Unternehmungen in Gruppen durchzuführen, ohne dass dabei eine Aufsichtsperson anwesend ist. Bei minderjährigen Schülerinnen und Schülern ist das Einverständnis der Erziehungsberechtigten vorher schriftlich einzuholen. Sofern sich eine mehrtägige Veranstaltung auf einen Sonntag oder religiösen Feiertag erstreckt, soll den Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit zum Besuch religiöser Veranstaltungen gegeben werden.

Die geplanten Aktivitäten sind im Vorfeld abzusprechen. Dabei sind insbesondere Ziel der Unternehmungen und Erreichbarkeit sowie der genaue Zeitpunkt der Rückkehr festzulegen. Schülerinnen und Schüler, die sich über die getroffenen Regelungen und Vereinbarungen hinwegsetzen, können unter Umständen den gesetzlichen Unfallversicherungsschutz verlieren. Hierauf sind die Schülerinnen und Schüler sowie deren Erziehungsberechtigte rechtzeitig vor Antritt einer Schulfahrt hinzuweisen. Gleiches gilt auch bei zeitlich begrenzten Beurlaubungen.

Lehrkräfte und Begleitpersonen müssen in derselben Unterkunft wie die Schülerinnen und Schüler übernachten. Bei Unterbringung in Gastfamilien muss eine Begleitperson jederzeit erreichbar sein.

3.8 Unfallversicherung, Haftung

Die Schülerinnen und Schüler sind bei schulischen Veranstaltungen im Rahmen der gesetzlichen Schülerunfallversicherung gegen körperliche Schäden versichert.

Verbeamtete Lehrkräfte sind im Rahmen der beamtenrechtlichen Unfallfürsorge, angestellte Lehrkräfte im Rahmen der gesetzlichen Unfallversicherung versichert, soweit sie in Ausübung ihres Dienstes oder in wesentlichem inneren Zusammenhang damit einen Unfall erleiden. Gleiches gilt für sonstige Begleitpersonen, die mit Wissen und Wollen der Schulleitung die Schülerfahrt begleiten, und in Ausübung ihrer Tätigkeit oder in wesentlichem inneren Zusammenhang damit einen Unfall erleiden.

Für Schülerinnen und Schüler, angestellte Lehrkräfte sowie Begleitpersonen ist die Unfallkasse Saarland (UKS), Beethovenstraße 41, 66125 Saarbrücken zuständig.

Entsteht schulfremden Personen ein Schaden, der auf mangelnde Aufsichtsführung durch eine Lehrkraft oder eine der sonstigen Begleitpersonen zurückzuführen ist, so haftet grundsätzlich das Land nach den Grundsätzen der Amtshaftung (Artikel 34 Grundgesetz in Verbindung mit § 839 Bürgerliches Gesetzbuch). Ein Rückgriff des Landes gegen die Aufsichtsführenden kommt nur in Betracht, wenn die Aufsichtspflicht nachweisbar vorsätzlich oder grob fahrlässig verletzt wurde.

Wird eine Lehrkraft oder eine sonstige Aufsichtsperson für die Folgen eines Unfalls im Ausland wegen Schadenersatz in Anspruch genommen, so stellt das Land die betroffene Person im Ergebnis nicht anders, als wenn sich der Unfall im Inland ereignet hätte.

4. Reisekosten

Sofern eine Veranstaltung gemäß der Nummern 2.1, 2.2 oder 2.3 als Schulveranstaltung genehmigt wurde und nicht ohne den Anfall von Kosten durchgeführt werden konnte, erhalten Lehrkräfte, denen eine entsprechende Dienstreisegenehmigung durch die Schulleitung erteilt wurde, anstelle der Reisekostenvergütung im Sinne des § 4 Nummer 1 bis 7 des Saarländischen Reisekostengesetzes vom 31. März 1966, zuletzt geändert durch das Gesetz vom 4. Juli 2007 (Amtsbl. S. 1450), in der jeweils geltenden Fassung gemäß § 18 des Saarländischen Reisekostengesetzes eine Pauschvergütung.

Diese beträgt, abhängig von dem Ziel sowie der Dauer der Veranstaltung, jedoch unabhängig davon, ob die Veranstaltung an der Schule oder ausnahmsweise an einem anderen Ort beginnt oder endet, für jede Lehrkraft:

	Schulwanderung/ Unterrichtsgang	Schulfahrt					
		1-tägig	2-tägig	3-tägig	4-tägig	5-tägig	Für jeden weiteren
Saarland und angrenzende Regionen	6 €	12 €	30 €	50 €	75 €	95 €	20 €
übriges Inland	6 €	12 €	40 €	60 €	95 €	120 €	20 €
übriges Ausland	6 €	15 €	50 €	75 €	115 €	150 €	25 €

Die Höhe der Pauschvergütung unterliegt einer regelmäßigen Überprüfung durch die Schulaufsichtsbehörde.

Die Kostenerstattung findet auf sonstige Begleitpersonen entsprechende Anwendung.

Die Leiterin oder der Leiter der Veranstaltung reicht die Anträge aller Begleitpersonen auf Erstattung der Pauschvergütung beim Ministerium für Bildung und Kultur ein. Die sachliche Richtigkeit der geltend gemachten Beträge ist von der Schulleiterin oder dem Schulleiter zu bescheinigen und festzustellen.

Die Pauschvergütung ist innerhalb einer Ausschlussfrist von sechs Monaten beim Ministerium für Bildung und Kultur schriftlich zu beantragen. Die Frist beginnt mit dem Tag nach der Beendigung der Dienstreise, in den Fällen des § 19 des Saarländischen Reisekostengesetzes mit Ablauf des Tages, an dem der oder dem Berechtigten bekannt wird, dass die Dienstreise nicht ausgeführt wird.

5. Genehmigung

Die Genehmigung zur Durchführung der unter Nummer 2.1 bis 2.4 genannten Veranstaltungen erteilt, soweit dieser Erlass nicht ausdrücklich anderes vorsieht, die Schulleiterin oder der Schulleiter auf der Grundlage des von der Schulkonferenz beschlossenen Fahrtenkonzeptes unter pädagogischen, finanziellen und unterrichtsorganisatorischen Gesichtspunkten.

Die Genehmigung ist davon abhängig zu machen, dass die geplante Veranstaltung alle Voraussetzung dieses Erlasses erfüllt. Insbesondere ist darauf zu achten, dass

- die Kosten je Schülerin und Schüler die Höchstgrenze nach Nummer 2.3 nicht überschreiten,
- die notwendigen Aufwendungen, die auf die begleitenden Lehrkräften fallen, die unter Nummer 4. genannten Beträge nicht übersteigen,
- eine Abweichung von der grundsätzlich zulässigen Anzahl der Begleitpersonen nach Nummer 3.3 nur in schriftlich zu begründenden Ausnahmefällen zulässig ist,
- bei Festlegung der Anzahl der Begleitpersonen auch die Anzahl der Schülerinnen und Schüler mitberücksichtigt wird und
- die geordnete Unterrichts- und Erziehungsarbeit der Schule gewährleistet bleibt.

Die Dienstreisegenehmigung im Rahmen aller unter Nummer 2.1 bis 2.4 genannten Veranstaltungsarten wird von der Schulleiterin oder dem Schulleiter erteilt.

6. Übergangsregelung

Nummer 2.3 findet keine Anwendung auf Schulfahrten, die vor der Veröffentlichung dieses Erlasses geplant und genehmigt wurden, und für die bereits Verträge abgeschlossen wurden.

7. Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Dieser Erlass tritt mit Wirkung vom 1. August 2016 in Kraft.

Gleichzeitig treten die Richtlinien über Schulwanderungen, Lehrfahrten, Schullandheimaufenthalte und andere außerunterrichtliche Schulveranstaltungen (Klassenfahrtenerlass) vom 9. Juli 1996 (GMBL Saar S. 173), der Erlass über Genehmigungsverfahren und Kostentragung bei außerunterrichtlichen Schulveranstaltungen an öffentlichen Schulen vom 9. Juli 1996 (GMBL Saar S. 157), zuletzt geändert durch Erlass vom 29. April 2010 (Amtsbl. II S. 358) sowie der Erlass über die Reisekostenvergütung und die Festsetzung von Aufwands- und Pauschvergütungen gemäß §§ 17, 18 des Saarländischen Reisekostengesetzes (SRKG) bei außerunterrichtlichen Schulveranstaltungen vom 9. Juli 1996 (GMBL. 13 Saar S. 161), zuletzt geändert durch Erlass vom 29. April 2010 (Amtsbl. II S. 358) außer Kraft.

FAQ
(Häufig gestellte Fragen)

zum

Erlass über Bildungs- und Erziehungsarbeit an außerschulischen Lernorten
sowie über die Festsetzung von Pauschvergütung gemäß § 18 des
Saarländischen Reisekostengesetzes (Schulfahrtenerlass)
Vom 30. August 2016, geändert am 06. Dezember 2016

1. Allgemeines

Wer plant eine Fahrt/Schulwanderung?

Die Planung erfolgt durch die begleitenden Lehrkräfte. Die Schüler (bei entsprechendem Alter) bzw. die Erziehungsberechtigten sollen an der Planung beteiligt werden.

Wie lange vor einer Veranstaltung muss die Genehmigung bei der Schulleitung beantragt werden?

Es gibt keine verbindliche Frist. Grundsätzlich gilt, dass ein Antrag auf Genehmigung so früh wie möglich zu stellen ist.

Kann am Ende einer Schulfahrt direkt vor Ort die Unterbringung für die nächste Fahrt gebucht werden?

Wie bisher sind mehrere Vergleichsangebote einzuholen und diese auf ihre Wirtschaftlichkeit zu überprüfen.

Ist ein Schullandheimaufenthalt nur in Schullandheimen im klassischen bzw. engeren Sinne wie z.B. Berschweiler oder Gersheim möglich?

Nein, es besteht keine Beschränkung auf Schullandheime im engeren Sinne. Es geht um den pädagogischen Ansatz, der sehr gut, aber nicht ausschließlich in klassischen Schullandheimen verwirklicht werden kann. Über für Schullandheimpädagogik geeignete Einrichtungen wird auf dem Bildungsserver informiert.

Wer entscheidet über das Fahrtenkonzept?

Das Fahrtenkonzept wird von der Schulkonferenz auf Vorschlag der Gesamtkonferenz mehrheitlich beschlossen. Damit sind auch die Schüler- und Elternvertretungen von Anfang an in die Planungen mit einbezogen und können eigene Anregungen einbringen.

Dürfen die Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I zur Abfahrt z. B. an den Bahnhof bestellt werden?

Ja. Voraussetzung ist, dass allen der Weg zum Bahnhof zumutbar ist und alle Erziehungsberechtigten schriftlich ihr Einverständnis erklärt haben. Hinsichtlich der Zumutbarkeit ist immer auf die konkrete Situation abzustellen. Deshalb spielen z. B. das Alter der Schülerinnen und Schüler, die Erreichbarkeit des Bahnhofs und auch der damit verbundene Zeit- sowie Kostenaufwand eine Rolle.

Dürfen Schülerinnen und Schüler in Fahrzeugen befördert werden, die von Eltern, Lehrkräften oder Schülerinnen und Schülern gesteuert werden?

Ja, die Schulleiterin oder der Schulleiter kann dies erlauben, wenn

- die Schulveranstaltung pädagogisch erforderlich ist,
- die Zustimmung der Fahrerin oder des Fahrers vorliegt,
- die Erziehungsberechtigten sich schriftlich einverstanden erklärt haben,
- geeignete öffentliche Verkehrsmittel nicht vorhanden sind und
- der Einsatz gewerblicher Verkehrsmittel wirtschaftlich unverhältnismäßig aufwendig wäre.

Ist ein Kleinbus, der einer Schule im Rahmen eines Kooperationsprojektes zur Verfügung steht, als ein schuleigenes Fahrzeug im Sinne der Regelung einzuordnen?

Ja, ein solcher Bus ist als schuleigener Bus anzusehen.

Darf ein von einem Förderverein zum Zwecke der Schülerbeförderung angeschafftes oder zur Verfügung gestelltes Fahrzeug von Lehrkräften gesteuert werden?

Ja, ein solches Fahrzeug ist als schuleigenes Fahrzeug anzusehen. Es darf deshalb auch zur Durchführung von außerunterrichtlichen Veranstaltungen genutzt werden. Dabei dürfen geeignete Lehrkräfte als Fahrerinnen und Fahrer eingesetzt werden, sofern die schriftlichen Einverständniserklärungen der Erziehungsberechtigten vorliegen.

Besteht auf dem Weg zu einem Veranstaltungsort Versicherungsschutz?

Ja, auf dem Schul- bzw. Unterrichtsweg sind die Schülerinnen und Schüler gesetzlich unfallversichert.

Dürfen die Lehrkräfte vom Veranstalter angebotene Freiplätze für sich selbst in Anspruch nehmen?

Ja, dies ist wie bisher nicht zu beanstanden.

Steht die Zahl der Begleitpersonen in Relation zur Schüleranzahl?

Ja, die Anzahl der Begleitpersonen richtet sich nach der Anzahl der Klassen bzw. Kurse, wobei bei der Entscheidung über die Gesamtanzahl der Begleitpersonen auch die Gesamtanzahl der Schülerinnen und Schüler zu berücksichtigen ist.

Darf die Zahl der Begleitpersonen erhöht werden, wenn in entsprechender Zahl Freiplätze zur Verfügung stehen oder die zusätzlichen Begleitpersonen auf Kostenerstattung verzichten?

Die Schulleitung kann die Überschreitung der im Erlass vorgesehenen Anzahl von Begleitpersonen dann ausnahmsweise genehmigen, muss jedoch die entsprechende pädagogische Notwendigkeit schriftlich begründen.

Wann können die Lehrkräfte die Anträge auf Kostenerstattung im Ministerium für Bildung und Kultur einreichen?

Die Kostenerstattung kann innerhalb einer Frist von 6 Monaten nach Beendigung der Fahrt beantragt werden. Bereits vor Beginn der Fahrt eingereichte Anträge werden unbearbeitet zurückgesandt.

2. Kosten**Gibt es eine Höchstgrenze für die Kosten, die bei einem Unterrichtsgang oder einer Schulwanderung anfallen dürfen?**

Nein. Eine feste Höchstgrenze besteht nicht. Die Kosten (z. B. für Eintrittskarten und ggf. Bustransfer) sollten sich jedoch in einem angemessenen und zumutbaren Rahmen halten.

Ist es im Falle einer schlechten Anbindung an Wandermöglichkeiten erlaubt, öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen?

Ja. In diesen Fällen dürfen öffentliche Verkehrsmittel benutzt werden. Da bei einer Schulwanderung die Bewegung im Vordergrund stehen soll, sollten allerdings längere Anfahrten vermieden werden.

Für welche Veranstaltungen gilt die Höchstgrenze von 120 €?

Diese Höchstgrenze gilt für alle mehrtägigen Schulfahrten.

Gibt es auch eine Höchstgrenze für die Kosten von eintägigen Schulfahrten?

Nein, eine feste Höchstgrenze gibt es für eintägige Schulfahrten nicht. Allerdings lässt sich aus der Höhe der Pauschvergütung für die Lehrkräfte ableiten, dass sich die Kosten für Schülerinnen und Schüler sowie für Lehrkräfte auch hierbei in einem angemessenen und zumutbaren Rahmen halten sollen.

Umfasst die Höchstgrenze bei einer Schulschifahrt auch die Kosten für Skier, Skischuhe, Skihelm, Stöcke und Skipass?

Ja, von der Höchstgrenze sind mit Ausnahme des Taschengeldes alle Kosten umfasst, die für die Schülerinnen und Schüler anfallen.

Darf die Höchstgrenze überschritten werden, wenn der darüber hinausgehende Betrag von einem Dritten übernommen wird (Spende oder Sponsoring) oder zum Beispiel durch besondere Aktionen erwirtschaftet wurde?

Ja, denn Sinn und Zweck der Höchstgrenze ist es, dass die Familie der Schülerin oder des Schülers pro Jahr mit nicht mehr als 120 € belastet wird.

Darf auch auf eine Klassenkasse zurückgegriffen werden?

Ein zusätzliches Zurückgreifen auf eine Klassenkasse wäre unzulässig, sofern diese aus regelmäßigen Elternbeiträgen gespeist wird.

Dürfen Erziehungsberechtigte in eine Klassenkasse spenden, um dadurch über 120 € hinausgehende Kosten abzudecken?

Ja. Dies darf jedoch nicht dazu führen, dass z. B. durch spendenfreudige Eltern einzelne Klassen einseitig bevorzugt werden. Die Entscheidung über die Zulässigkeit einer solchen Spendung liegt deshalb bei der Schule.

Ist die Förderung einzelner Schülerinnen und Schüler aus finanziell schlechter gestellten Familien, zum Beispiel durch Fördervereine, auch weiterhin möglich?

Ja.

Dürfen nur die Kosten des pädagogischen Angebots des Schullandheims selbst (Öko- oder Erlebnispädagogik) die Höchstgrenze übersteigen oder auch die Kosten von externen, vom Schullandheim nur vermittelten Angeboten?

Eine Überschreitung der Höchstgrenze ist nur bei Inanspruchnahme der pädagogischen Angebote des Schullandheims selbst möglich.

Wer übernimmt die Buchführung zur Kontrolle der Einhaltung der Höchstgrenze?

Die Genehmigung einer Schulfahrt erfolgt durch die Schulleitung, die die notwendigen Informationen von der begleitenden Lehrkraft erhält und diese mit dem Fahrtenkonzept der Schule und den Vorgaben des Schulfahrtenerlasses abgleicht. Die Einzelheiten der Buchführung sind schulintern festzulegen.

Können Beträge über mehrere Schuljahre angespart werden?

Ja, dies ist möglich. Sieht das Fahrtenkonzept der Schule z. B. in den Klassenstufen 7 bis 10 lediglich eine mehrtägige Fahrt vor, so ergäbe sich hierfür ein Höchstgrenze von 480 €. Dieser Betrag könnte sich beim Vorhandensein von Restbeträgen aus den Klassenstufen 5 und 6 entsprechend erhöhen.

3. Dauer/Umfang

Wie viele eintägige Schulfahrten sind erlaubt?

In jedem Schuljahr, in dem keine mehrtägige Fahrt stattfindet, ist eine eintägige Fahrt erlaubt.

Können mehrtägige Fahrten in eintägige umgewandelt werden mit der Folge, dass mehr als eine eintägige Fahrt pro Jahr erfolgen kann?

Die Möglichkeit, mehrtägige Fahrten in eintägige umzuwandeln, besteht nur in der Sekundarstufe II. Werden dort keine mehrtägigen Fahrten durchgeführt, dürfen zusätzlich bis zu fünf eintägige Fahrten erfolgen.

Stehen den Klassenstufen 5 und 6 jeweils oder insgesamt fünf Tage für Schulfahrten zur Verfügung?

In Klassenstufe 5 und 6 stehen für mehrtägige Schulfahrten für beide Stufen insgesamt bis zu fünf Kalendertage zur Verfügung.

Kann man in Klassenstufen 5 und 6 nur drei Tage fahren und die verbleibenden Tage in Klassenstufen 7-10 anhängen und so insgesamt sieben Tage fahren?

Ja, ein solches zeitliches Ansparen ist möglich, wenn sich die Schule für eine andere als die im Erlass vorgesehene Verteilung der für mehrtägige Fahrten zur Verfügung stehenden Tage entscheidet.

Kann bei Verlängerung der Dauer des Schullandheimaufenthaltes in der Grundschule eine Aufteilung in zwei Fahrten von zwei und drei Tagen stattfinden?

Nein. Der Vorteil einer Verlängerung eines Aufenthaltes auf bis zu fünf Tage liegt darin, dass das pädagogische Konzept des Schullandheims vertieft durchgeführt werden kann, was bei zwei oder drei Tagen nicht möglich ist.

Welche Regeln gelten für die Dauer und Umfang von Schulwanderungen und Schulfahrten bei jahrgangsgemischten Klassen?

Es können die Regeln für die höchste Klassenstufe zugrunde gelegt werden.

4. Abgrenzung

Wann handelt es sich bei einer Veranstaltung um eine Kulturwanderung, wann um einen Unterrichtsgang, wann um eine eintägige Schulfahrt?

Manche außerschulischen Lernorte können das Ziel sowohl eines Unterrichtsgangs als auch einer Kulturwanderung als auch einer eintägigen Schulfahrt sein. Da die Einordnung auch von dem Format der gesamten Veranstaltung abhängen kann, wird die Entscheidung im Einzelfalle von der Schulleitung im Rahmen der Genehmigung getroffen.

Dabei gelten die grundsätzlichen Regeln: Ein Unterrichtsgang hat einen direkten Bezug zum Unterricht. Er spiegelt das aktuelle Unterrichtsgeschehen wider und kann auch nur einen Teil der Unterrichtszeit in Anspruch nehmen. Schulwanderungen ermöglichen den Schülerinnen und Schülern einen Zugang zu Natur und Kultur in der näheren Heimat. Der Aspekt sozialer Interaktion steht im Vordergrund. Das Programm einer Schulwanderung umfasst mindestens die Unterrichtszeit.

Wenn eine Schulwanderung als Kulturwandertag durchgeführt wird, gelten auch hierfür die Regelungen zur Schulwanderung.

Wer entscheidet, ob eine für Unterrichtsgänge geeignete Stätte in der „näheren Umgebung“ des Schulortes liegt?

Die Entscheidung liegt bei der Schulleitung.

Kann der Besuch eines Theaterstücks einen Unterrichtsgang darstellen?

Ja.

Kann ein Theaterbesuch auch im Rahmen eines Kulturwandertags durchgeführt werden?

Ja.

Kann der Besuch der Schulkinotage einen Unterrichtsgang darstellen?

Ja.

Können Betriebsbesichtigungen im Rahmen der Berufsorientierung einen Unterrichtsgang darstellen?

Ja.

Zählt eine Fahrt mit Bezug zum Lehrplan (z. B. KZ-Gedenkstätten, Straßburg, Verdun) als Schulfahrt?

Diese Entscheidung trifft die Schulleitung.

Können Schulwandertage auch als pädagogische Sportwandertage durchgeführt werden?

Ja. Sollte dabei der Besuch von Sportstätten mit Kosten verbunden sein, dürfen – ohne dass es eine konkrete Höchstgrenze gibt – nur geringe Kosten für Schülerinnen und Schüler anfallen.

Welche Fahrten fallen unter „Fahrten aus besonderem Anlass“?

Fahrten aus besonderem Anlass dienen der Teilnahme an Wettbewerben wie z. B. „Jugend trainiert für Olympia“ oder „Jugend forscht“ oder auch zum Zweck der Repräsentation der Schule wie durch Auftritte von Schulchören, Schulorchestern oder der Teilnahme an Spendenläufen.

Sind Schulschifahrten oder Skischullandheimaufenthalte Fahrten aus besonderem Anlass?

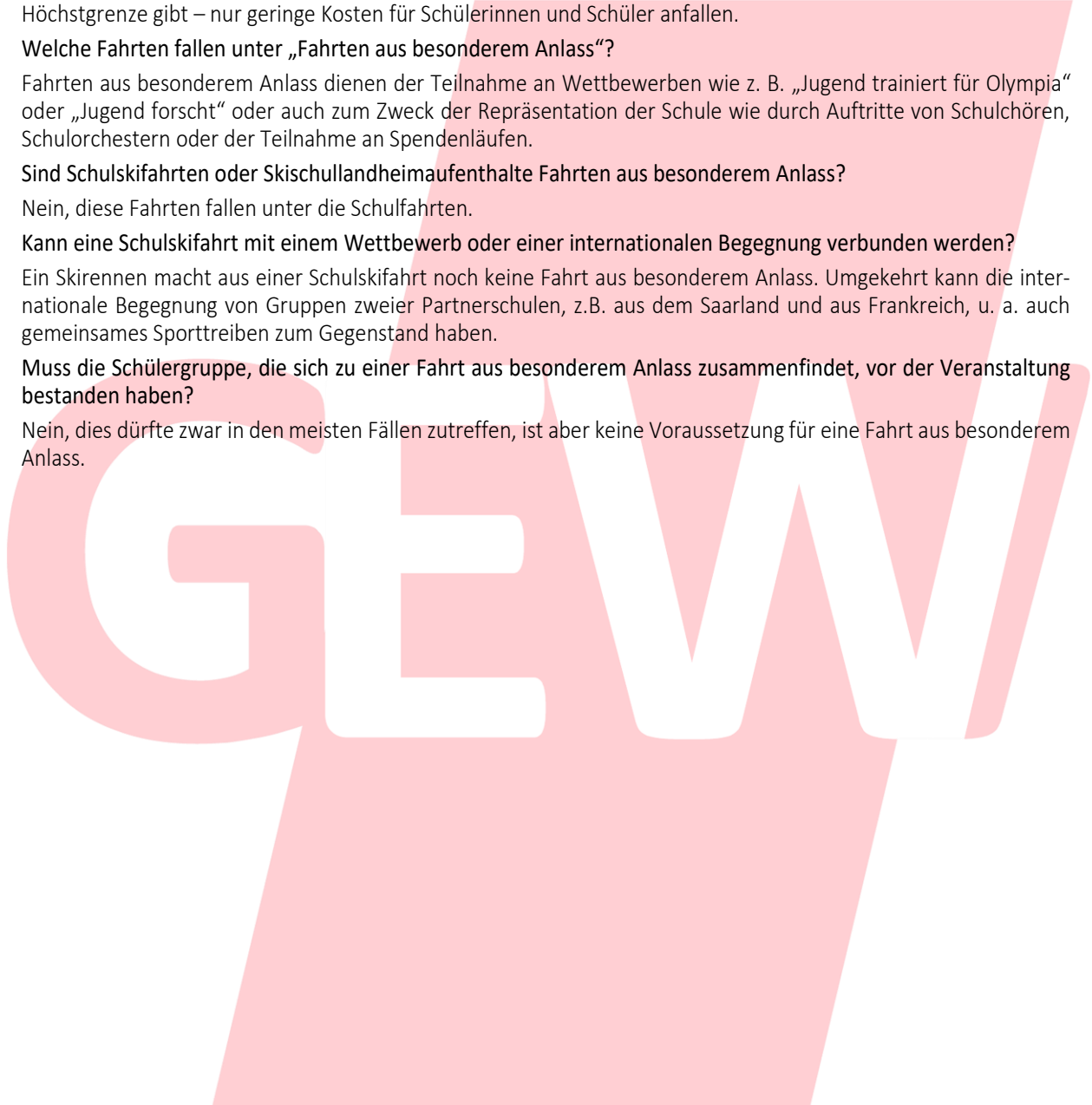
Nein, diese Fahrten fallen unter die Schulfahrten.

Kann eine Schulschifahrt mit einem Wettbewerb oder einer internationalen Begegnung verbunden werden?

Ein Skirennen macht aus einer Schulschifahrt noch keine Fahrt aus besonderem Anlass. Umgekehrt kann die internationale Begegnung von Gruppen zweier Partnerschulen, z.B. aus dem Saarland und aus Frankreich, u. a. auch gemeinsames Sporttreiben zum Gegenstand haben.

Muss die Schülergruppe, die sich zu einer Fahrt aus besonderem Anlass zusammenfindet, vor der Veranstaltung bestanden haben?

Nein, dies dürfte zwar in den meisten Fällen zutreffen, ist aber keine Voraussetzung für eine Fahrt aus besonderem Anlass.



Erlass über den Abschluss von Beförderungs- und Beherbergungsverträgen bei der Durchführung außerunterrichtlicher Schulveranstaltungen an öffentlichen Schulen

Vom 11. Februar 1986 (GMBL Saar S. 214) –
geändert durch Erlass vom 9. Juli 1996 (GMBL Saar S. 167)

Beherbergungs- und Beförderungsverträge, die zur Durchführung außerunterrichtlicher Schulveranstaltungen abgeschlossen werden, haben in jüngster Zeit - nicht zuletzt aufgrund einzelner gerichtlicher Entscheidungen - Fragen über die Einzelheiten des Vertragsschlusses und der Rechtsbeziehungen zwischen den Vertragspartnern aufgeworfen. Um dem verständlichen Bedürfnis insbesondere der Lehrerschaft nach Klarheit über die Rechtsbeziehungen zu entsprechen, ergeht folgende Regelung, die mit dem Saarländischen Städte- und Gemeindetag und dem Landkreistag Saarland abgestimmt ist:

1. Außerunterrichtliche Schulveranstaltungen werden von der die Veranstaltung leitenden Lehrkraft im Rahmen ihrer dienstlichen Aufgaben vorbereitet und durchgeführt. Der Lehrer handelt dabei nicht im eigenen Namen oder im Namen der Eltern der einzelnen Schüler. Er soll vielmehr nach außen erkennbar "für die Schule" auftreten, die eine unselbständige Anstalt des jeweiligen Schulträgers ist. Der Abschluss des Beförderungs- und Beherbergungsvertrages gehört zu den in den Zuständigkeitsbereich des Schulträgers fallenden sog. äußeren Schulangelegenheiten.
2. Der Lehrer darf im Namen der Schule nur mit der ausdrücklichen Zustimmung seines Schulleiters handeln. Dies gilt insbesondere für die Abgabe von Erklärungen mit Rechtsfolgen. Verbindliche Anmeldungen haben grundsätzlich schriftlich auf einem Kopfbogen der Schule zu erfolgen und sind vom Lehrer und dem Schulleiter zu unterzeichnen. Die etwaige Absage einer bereits angemeldeten Fahrt bei einem Beförderungs- oder Beherbergungsunternehmen muss rechtzeitig, schriftlich und als eingeschriebener Brief durch die Schule erfolgen.
3. Hinsichtlich der erforderlichen Zustimmung des Schulleiters und des Schulträgers gilt: Da der Schulträger Vertragspartner des Beförderungs- bzw. Beherbergungsunternehmens sein soll, ist die Zustimmung des Schulträgers erforderlich. Hat der Schulträger sein grundsätzliches Einverständnis für die Durchführung derartiger Lehrfahrten gegenüber der Schule schriftlich erteilt, braucht im Einzelfall eine Zustimmung des Schulträgers durch den Schulleiter nicht mehr eingeholt zu werden. Soweit sich der Schulträger die Genehmigung der einzelnen Fahrten vorbehalten hat, ist er zuvor vom Schulleiter zu beteiligen. Liegt eine ausdrückliche, d. h. eine generelle oder im Einzelfall ausgesprochene Ermächtigung des Schulleiters durch den Schulträger nicht vor, so ist davon auszugehen, dass, wenn die Schule als solche mit den Vertragspartnern in Kontakt tritt und es zum Abschluss eines Beförderungs- oder Beherbergungsvertrages kommt, der Vertrag zwischen dem Beförderungs- bzw. Beherbergungsunternehmen und der Schule (Schulträger) nach den Grundsätzen der Anscheins- oder Duldungsvollmacht geschlossen wird; etwaige dienstrechtliche Maßnahmen und Schadensersatzansprüche gegen die ohne Vollmacht handelnden Lehrer bleiben unberührt.
4. Die Eltern bzw. die volljährigen Schüler selbst sind aus dem Schulverhältnis verpflichtet, die auf sie entfallenden Kosten der Fahrt bzw. der Beherbergung an die Schule zu entrichten, wenn sie sich mit der Teilnahme an der Veranstaltung einverstanden erklärt haben und eine andere Vereinbarung nicht getroffen worden ist.
Für die Schule empfiehlt es sich, zuvor eine entsprechende schriftliche Erklärung der Erziehungsberechtigten bzw. des volljährigen Schülers einzuholen; bei Lehrfahrten ist stets eine schriftliche Erklärung einzuholen.
Der von den Schülern zu zahlende Betrag wird wie bisher von dem Lehrer eingesammelt; der Lehrer überweist für die Schule den zu zahlenden Betrag an das Beförderungs- bzw. Beherbergungsunternehmen.
5. Bei Leistungsstörungen in den Rechtsbeziehungen zwischen der Schule und dem Beförderungs- bzw. Beherbergungsunternehmen haben alle rechtlichen Schritte im Einvernehmen mit dem Schulträger zu erfolgen.
6. Soweit sich unter dem Gesichtspunkt der Vertragsverletzung Ersatzansprüche eines Beförderungs- oder Beherbergungsunternehmens gegen die Schule (Schulträger) richten und in einem Verschulden von Lehrern begründet sind, erfüllt das Land im Innenverhältnis den Ausgleichsanspruch des Schulträgers. Bei etwaigen Schadensersatzansprüchen Dritter, die auf eine schuldhafte Aufsichtspflichtverletzung durch Lehrer oder Begleitpersonen bei der Durchführung außerunterrichtlicher Schulveranstaltungen zurückzuführen sind, wird die Haftung des Landes nicht unter Hinweis auf vertragliche Haftung des Schulträgers bestritten werden.
7. Ergeben sich bei der Anwendung dieser Grundsätze besondere Probleme, so werden sich der jeweilige Schulträger und die Schulaufsichtsbehörde miteinander ins Benehmen setzen.

**Rundschreiben betr. Absicherung bei Insolvenz des Reiseveranstalters durch
einen Reisesicherungsschein im Rahmen außerunterrichtlicher Schulveranstaltungen**

Vom 10. Mai 2007 (Az.: B-3.6.0.0)

An alle
allgemeinbildenden und beruflichen Schulen des Saarlandes

nachrichtlich:
den Studienseminaren und Landeseminaren

Organisation außerunterrichtlicher Schulveranstaltungen

Absicherung bei Insolvenz des Reiseveranstalters durch einen Reise-Sicherungsschein

Außerunterrichtliche Veranstaltungen sind ein wichtiger Bestandteil des schulischen Lebens. Als schulische Veranstaltung dienen sie der Verwirklichung des Unterrichts- und Erziehungsauftrages der Schule und stellen eine wertvolle Ergänzung des Unterrichts dar. Ich freue mich, dass an den Schulen die Möglichkeit zur Durchführung von Schulwanderungen, Lehrfahrten, Schullandheimaufenthalten und anderen außerunterrichtlichen Schulveranstaltungen oft genutzt wird.

Damit diese außerunterrichtlichen Schulveranstaltungen zu der erwünschten Ergänzung und Bereicherung des Unterrichts beitragen können, müssen diese gründlich vorbereitet werden. Entsprechende Hinweise geben die "Richtlinien über Schulwanderungen, Lehrfahrten, Schullandheimaufenthalte und andere außerunterrichtliche Schulveranstaltungen" vom 9. Juli 1996 (GMBL. Saar S. 173). Sie geben den Rahmen vor, in dem Lehrerinnen und Lehrer eigenverantwortlich handeln können.

Mit der Organisation ist häufig die Beauftragung von Beförderungs- und Beherbergungsunternehmen verbunden. Hierbei ist der rechtliche Hintergrund zu beachten (siehe "Erlass über den Abschluss von Beförderungs- und Beherbergungsverträgen bei der Durchführung außerunterrichtlicher Schulveranstaltungen an öffentlichen Schulen" vom 11. Februar 1986 [GMBL. Saar S. 214], geändert durch Erlass vom 9. Juli 1996 [GMBL. Saar S. 167]):

- Mit der Beauftragung eines Beförderungs- oder Beherbergungsunternehmens wird ein Vertrag geschlossen.
- Vertragspartner des Beförderungs- oder Beherbergungsunternehmens ist der Schulträger. Lehrerinnen und Lehrer handeln in der Regel auf der Grundlage eines grundsätzlichen Einverständnisses des jeweiligen Schulträgers.
- Lehrerinnen und Lehrer sollen nach außen erkennbar "für die Schule" auftreten. Sie handeln weder im eigenen Namen noch im Namen der Eltern ihrer Schülerinnen und Schüler. Demnach haben verbindliche Anmeldungen grundsätzlich schriftlich auf einem Kopfbogen der Schule zu erfolgen und sind vom Lehrer und dem Schulleiter zu unterzeichnen. Die ausdrückliche Zustimmung der Schulleitung ist erforderlich.

Seit Jahren haben sich viele kommerzielle Anbieter auf Schulfahrtenprogramme spezialisiert. Leider ist die Zuverlässigkeit und finanzielle Leistungsfähigkeit eines Veranstalters nicht immer gewährleistet. So kann es passieren, dass ein Reiseveranstalter nach Zahlung des Reisepreises, aber vor Abschluss der Reise zahlungsunfähig wird oder das Insolvenzverfahren eröffnet wird. Dadurch entsteht die Gefahr, dass der gezahlte Reisepreis trotz Ausfalls der Reiseleistung nicht zurückgezahlt werden kann oder zusätzliche Aufwendungen für die Rückreise entstehen, die ebenfalls nicht erstattet werden können.

Vor diesem Hintergrund verpflichtet der Gesetzgeber gemäß § 651 k Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) Reiseveranstalter bei Fahrten, die eine Übernachtung einschließen und den Reisepreis von 75 Euro übersteigen, zum Abschluss einer entsprechenden Versicherung. Eine solche wird nachgewiesen, indem der Reiseveranstalter dem Reisenden einen sog. Reise-Sicherungsschein aushändigt. Ohne dessen Aushändigung dürfen Reiseveranstalter und Reisevermittler vor Beendigung der Reise keine Zahlungen des Reisenden auf den Reisepreis fordern oder annehmen.

Ich bitte Sie daher dringend, darauf zu achten, dass im Falle des Vertragsabschlusses mit einem Reiseveranstalter ein solcher Reise-Sicherungsschein ausgehändigt wird. Leisten Sie keine Zahlungen ohne Originalsicherungsschein.

**Verordnung zum Übergang von der Grundschule in
weiterführende allgemeinbildende Schulen (Aufnahmeverordnung)**

Vom 22. Januar 1997 (Amtsbl. S. 98) –
zuletzt geändert durch Verordnung vom 8. Dezember 2021 (Amtsbl. I S. 2629)

§ 1

Anwendungsbereich

(1) Diese Verordnung regelt das Aufnahmeverfahren an den öffentlichen Gemeinschaftsschulen und Gymnasien des Saarlandes in den Fällen, in denen die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber in der Klassenstufe 5 an der einzelnen Schule die Aufnahmefähigkeit der Schule übersteigt.

(1a) Für das Deutsch-Luxemburgische Schengen-Lyzeum Perl gelten die in dessen Schulordnung getroffenen Regelungen.

(2) Diese Verordnung regelt auch das Verfahren des Übergangs von der Grundschule auf das Gymnasium.

§ 2

Aufnahmeverfahren

(1) Die Anmeldung der Schülerin/des Schülers erfolgt durch die Erziehungsberechtigten innerhalb eines von der Schulaufsichtsbehörde festgelegten Zeitraumes, der rechtzeitig bekannt gemacht wird. Bei der Anmeldung ist das Halbjahreszeugnis der Klassenstufe 4 mit dem Entwicklungsbericht vorzulegen; es verbleibt bis zum Abschluss des Aufnahmeverfahrens bei der aufnehmenden Schule. Die aufnehmende Schule teilt der abgebenden Grundschule schriftlich die Aufnahme der Schülerin/des Schülers mit. Die Mitteilung kann auch digital durch eine von der Schulaufsichtsbehörde bereitgestellte Schulverwaltungssoftware erfolgen.

(2) Die Durchführung des Aufnahmeverfahrens obliegt der Schulleitung.

(3) Die Schulleitung nimmt die angemeldeten Schülerinnen und Schüler auf, wenn deren Gesamtzahl innerhalb der Aufnahmefähigkeit der Schule liegt und die Bestimmungen über die Klassenbildung eingehalten werden.

(4) Ist erfahrungsgemäß damit zu rechnen, dass die Gesamtzahl der Anmeldungen die Aufnahmefähigkeit der Schule übersteigt oder dass die Bestimmungen über die Klassenbildung nicht eingehalten werden können, so weist die Schulleitung die Erziehungsberechtigten bei der Entgegennahme der Anmeldung auf deren Vorläufigkeit, auf die Möglichkeit eines Auswahlverfahrens und des Besuchs einer anderen Schule hin. Die geltenden Regelungen sind zur Einsichtnahme auszulegen.

(5) Den Erziehungsberechtigten obliegt es, bei der Anmeldung alle Gründe für eine bevorzugte Aufnahme in die Schule darzulegen und glaubhaft zu machen. Insbesondere haben sie die Umstände glaubhaft zu machen, aus denen sich eine besondere Härte (§ 4 Abs. 1) ergeben könnte.

§ 3

Aufnahmefähigkeit der Schule

(1) Die Aufnahmefähigkeit wird für jede Schule der Sekundarstufe I von der Schulaufsichtsbehörde im Benehmen mit dem Schulträger festgelegt. Hierbei sind neben dem Bildungsauftrag der Schule und den Vorschriften über die Klassen-, Gruppen- und Kursbildung insbesondere die baulich-räumlichen Bedingungen der jeweiligen Schule zu berücksichtigen.

(2) Übersteigt die Gesamtzahl der Anmeldungen die Aufnahmefähigkeit, so prüfen Schulleitung und Schulträger, ob und wie diese erweitert werden kann. Das Ergebnis ist der Schulaufsichtsbehörde mitzuteilen, die im Benehmen mit dem Schulträger entscheidet.

(3) Können auch hiernach nicht alle angemeldeten Schülerinnen und Schüler aufgenommen werden, so führt die Schulleitung ein Auswahlverfahren durch. Ist zu besorgen, dass das Auswahlverfahren an einer Schule das Aufnahmeverfahren an anderen Schulen in erheblichem Maße beeinflusst, so kann die Schulaufsichtsbehörde das Verfahren an sich ziehen.

§ 4

Auswahlverfahren an Gemeinschaftsschulen

(1) Bewerberinnen und Bewerber sollen aufgenommen werden, wenn die Nichtaufnahme für sie eine besondere Härte darstellen würde. Eine besondere Härte liegt vor, wenn bereits Geschwister die gewünschte Schule besuchen oder deren Aufnahme auf Grund des Auswahlverfahrens erfolgen wird. Darüber hinaus werden bis zu 5 v.H. der Plätze für sonstige Härtefälle reserviert, insbesondere für Bewerberinnen und Bewerber,

- deren schwieriger sozialer Lage an einer anderen Schule nicht hinreichend Rechnung getragen werden kann,
- für die bauliche Ausstattungen (Rampen, Aufzüge usw.), die für behinderte Schülerinnen oder Schüler notwendig sind, an einer anderen Schule nicht vorhanden sind,
- für die eine andere Schule derselben Schulform nicht in zumutbarer Entfernung erreichbar ist.

Die Entscheidung über die in Satz 3 genannten Härtefälle erfolgt erst nach Durchführung des in den Absätzen 2 bis 5a geregelten Verfahrens.

(2) Unbeschadet der Regelungen in Absatz 1 werden im Rahmen der Aufnahmefähigkeit alle diejenigen angemeldeten Schülerinnen und Schüler vorrangig aufgenommen, die innerhalb des Gebiets der Sitzgemeinde der jeweiligen Gemeinschaftsschule (Einzugsbereich) ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben. Sofern eine Gemeinde nicht Sitzgemeinde einer Gemeinschaftsschule ist, werden dortige Schülerinnen und Schüler vorrangig in Gemeinschaftsschulen der angrenzenden Gemeinden des jeweiligen Landkreises beziehungsweise des Regionalverbandes aufgenommen.

(3) Die verbleibenden Plätze werden an Bewerberinnen und Bewerber vergeben, die außerhalb des Einzugsbereichs nach Absatz 2 wohnen. Die Vergabe soll mit der Maßgabe erfolgen, dass bei einem Drittel der insgesamt aufgenommenen Schülerinnen und Schüler die Leistungsentwicklung einen erfolgreichen Besuch des Gymnasiums erwarten lässt (§ 16 Absatz 2 der Zeugnis- und Versetzungsordnung - Schulordnung - für die Grundschulen im Saarland (ZVO-GS) vom 29. Juni 1979 in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. August 2000 (Amtsbl. S. 1674) in der jeweils geltenden Fassung).

(4) Können bei der Vergabe nicht alle Bewerberinnen und Bewerber mit gleicher Präferenz aufgenommen werden, so entscheidet jeweils das Los.

(5) Bietet die aufnehmende Schule in der Klassenstufe 5 unterschiedliche Fremdsprachen an, so wird das Losverfahren auf jene Fremdsprachen beschränkt, für die die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber die Zahl der möglichen Aufnahmen übersteigt. Bilinguale Angebote werden wie eine eigene Fremdsprache behandelt. Übersteigt die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber in mehr als einer Fremdsprache die Zahl der möglichen Aufnahmen, so wird das Losverfahren für diese Fremdsprachen getrennt durchgeführt. Bei der Zahl der an der jeweiligen Schule für eine Fremdsprache zu bildenden Klassen sind die personellen und organisatorischen Gegebenheiten und danach das Anmeldeverhalten zu berücksichtigen.

(6) Die Erziehungsberechtigten sind unverzüglich über das Ergebnis des Auswahlverfahrens zu unterrichten. Kann die Aufnahme nicht erfolgen, so ist die Entscheidung schriftlich zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen. Das Schreiben enthält einen Hinweis auf die in Betracht kommenden schulischen Alternativen.

§ 5

Auswahlverfahren an Gymnasien

(1) In Gymnasien werden die Bewerberinnen und Bewerber im Rahmen der Aufnahmefähigkeit der einzelnen Schule aufgenommen.

(2) Bewerberinnen und Bewerber sollen aufgenommen werden, wenn die Nichtaufnahme für sie eine besondere Härte darstellen würde.

Eine besondere Härte liegt vor, wenn bereits Geschwister die gewünschte Schule besuchen oder deren Aufnahme aufgrund des Auswahlverfahrens erfolgen wird.

Darüber hinaus werden bis zu 5 v. H. der Plätze für sonstige Härtefälle reserviert, insbesondere für Bewerberinnen und Bewerber

- deren schwieriger sozialer Lage an einer anderen Schule nicht hinreichend Rechnung getragen werden kann,
- für die bauliche Ausstattungen (Rampen, Aufzüge, usw.), die für behinderte Schülerinnen oder Schüler notwendig sind, an einer anderen Schule nicht vorhanden sind,
- für die in zumutbarer Entfernung kein anderes Gymnasium erreichbar ist.

(3) Ist die Aufnahmefähigkeit der Schule erschöpft, so entscheidet das Los. Die Entscheidung über die in Absatz 2 Satz 3 genannten Härtefälle erfolgt erst nach Durchführung des Losverfahrens.

Die Erziehungsberechtigten können der Auslosung beiwohnen; Ort und Zeitpunkt des Losverfahrens sind ihnen rechtzeitig bekanntzugeben.

(4) Bietet die aufnehmende Schule in der Klassenstufe 5 unterschiedliche Fremdsprachen an, so wird das Losverfahren auf jene Fremdsprachen beschränkt, für die die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber die Zahl der möglichen Aufnahmen übersteigt. Bilinguale Angebote werden wie eine eigene Fremdsprache behandelt. Übersteigt die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber in mehr als einer Fremdsprache die Zahl der möglichen Aufnahmen, so wird

das Losverfahren für diese Fremdsprachen getrennt durchgeführt. Bei der Zahl der an der jeweiligen Schule für eine Fremdsprache zu bildenden Klassen sind die personellen und organisatorischen Gegebenheiten und danach das Anmeldeverhalten zu berücksichtigen.

(5) Die Erziehungsberechtigten sind unverzüglich über das Ergebnis des Auswahlverfahrens zu unterrichten. Kann die Aufnahme nicht erfolgen, so ist die Entscheidung schriftlich zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen. Das Schreiben enthält einen Hinweis auf die in Betracht kommenden schulischen Alternativen.

§ 6

Notwendige Regelungen bei schwerwiegenden Gefahren für Leben und Gesundheit

Können einzelne Vorschriften dieser Verordnung angesichts eines Gesetzes, aufgrund eines Gesetzes oder durch gerichtliche oder behördliche Anordnung zur Verhütung schwerwiegender Gefahren für Leben und Gesundheit keine Anwendung finden, trifft die Schulaufsichtsbehörde zur Sicherung von Schul- und Bildungslaufbahnen sowie zur Herstellung der Bildungsgerechtigkeit die unmittelbar notwendigen, von dieser Verordnung abweichenden Regelungen durch Verwaltungsvorschrift.

§ 7

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

(1) Diese Verordnung gilt erstmals für das Aufnahmeverfahren zum Schuljahr 1997/98.

(2) Zugleich tritt die Verordnung - Schulordnung - über die Aufnahme in Schulen der Sekundarstufe I vom 9. Dezember 1993 (Amtsbl. 1994, S. 70) außer Kraft.



Zweite Verordnung zur Stärkung der Selbständigkeit und Eigenverantwortung von Schulen

Vom 26. März 2007 –
geändert durch die Verordnung vom 4. Juni 2013 (Amtsbl. I S. 171)

§ 1

Geltungsbereich

(1) Diese Verordnung dient der Einrichtung und Steuerung von Schulversuchen im Bereich der allgemeinbildenden Schulen zur Erprobung einer verstärkten Selbständigkeit und Eigenverantwortung von Schulen und soll damit zur Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung im saarländischen Schulwesen beitragen.

(2) Zur Teilnahme ist eine Anmeldung bei der Schulaufsichtsbehörde auf der Grundlage entsprechender Beschlüsse der Gesamtkonferenz und der Schulkonferenz erforderlich.

§ 2

Teilnehmende Schulen

Aus den Schulen, die sich zu einem Schulversuch nach dieser Verordnung angemeldet haben, werden von der Schulaufsichtsbehörde unter Beteiligung des vom Minister für Bildung, Kultur und Wissenschaft berufenen Qualitätsbeirates Schule Saar als Auswahlkommission die teilnehmenden Schulen ausgewählt.

§ 3

Ziele, Arbeitsfelder und Vorbereitung

(1) Im Rahmen einer verstärkten Eigenverantwortung der Schule soll die Qualität der schulischen Erziehungs- und Unterrichtsarbeit verbessert werden. Es sollen Erfahrungen gewonnen werden, welche Konsequenzen für die Schule insgesamt, insbesondere für Schulleitung, Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler, Erziehungsberechtigte, Schulaufsichtsbehörde und, soweit betroffen, Schulträger mit der erweiterten Verantwortung und Gestaltungsfreiheit verbunden sind.

(2) Im Rahmen von Schulversuchen, die in der Regel zu Schuljahresanfang beginnen, übernehmen die beteiligten Schulen abweichend von den geltenden Vorschriften auf der Grundlage der im jeweiligen Einzelfall zwischen Schule und Schulaufsichtsbehörde zu treffenden Vereinbarungen Eigenverantwortung. Soweit die Zuständigkeit des Schulträgers, insbesondere als Sachkostenträger, gegeben ist, bedarf es auch einer Vereinbarung mit diesem.

Betroffen sind insbesondere die Arbeitsfelder

- Unterrichtsorganisation und Unterrichtsgestaltung,
- Qualitätsentwicklung, Qualitätssicherung und Rechenschaftslegung,
- Personalverwaltung und Personalentwicklung sowie
- Sachmittelverantwortung.

(3) Die beteiligten Schulen richten einen Schulbeirat sowie eine schulische Qualitäts-Steuerungsgruppe ein, führen interne Evaluierungen durch und nehmen an externen Evaluierungsmaßnahmen teil.

(4) In der Anfangsphase der Schulversuche erarbeiten die beteiligten Schulen, in der Regel unter Federführung der Qualitäts-Steuerungsgruppe, ein Unterrichts- und Erziehungsprogramm. Dieses enthält die besonderen erzieherischen und unterrichtlichen Ziele der Schule, Wege zu deren Umsetzung sowie Verfahren, das Erreichte zu überprüfen.

§ 4

Zuständigkeiten

(1) Für die Dauer des Schulversuchs werden der Schule im Rahmen der personellen und sächlichen Mittel insbesondere die nachfolgend genannten Möglichkeiten eröffnet. Die Schulaufsichtsbehörde kann auf Antrag der Schule weitergehende Freiräume einräumen.

Die grundlegenden Anforderungen des jeweiligen Bildungsganges einschließlich des Fächerkanons sind einzuhalten. Es muss gewährleistet sein, dass die von den Schülerinnen und Schülern erworbenen Abschlüsse aufgrund vergleichbarer Anforderungen wie an anderen Schulen erreicht werden, um die Anerkennung der Abschlüsse zu sichern.

Personalvertretungsrechtliche Regelungen bleiben unberührt.

(2) Die Schulleitung kann nach Maßgabe der mit der Schule und, soweit betroffen, dem Schulträger getroffenen Vereinbarungen insbesondere

- klassen- und/oder jahrgangsübergreifenden Unterricht einführen,
- ab Klassenstufe 7 an der Erweiterten Realschule in den Fächern Bildende Kunst, Musik, Allgemeine Ethik und Sport bildungsgangübergreifenden Unterricht einführen,
- die Stundenzahl einzelner Fächer erhöhen, wobei die zusätzlichen Stunden durch vorübergehende Reduzierung in anderen Fächern gewonnen werden,
- pro Schuljahr und Fach einen anderen Leistungsnachweis (z.B. Projektarbeit, erfolgreiche Teilnahme an einem Schülerwettbewerb) anstelle einer Klassen- oder Kursarbeit für die Leistungsfeststellung im Zeugnis heranziehen,
- im Rahmen der personellen Möglichkeiten Zusatzunterricht für schwächere bzw. besonders begabte Schüler einführen,
- den Unterricht im Rahmen des Gesamtzeitumfangs frei rhythmisieren,
- auf die Umwandlung von Stellenanteilen im Umfang von bis zu 10 Jahreswochenstunden in ein Geldbudget hinwirken und dieses für Honorarverträge, befristete Arbeitsverträge oder ähnliche Verträge unter Beachtung der rechtlichen Regelungen in Anspruch nehmen,
- ihr zur Besetzung freigegebene Stellen ausschreiben, das Auswahlverfahren durchführen und Bewerberinnen und Bewerber zur Einstellung oder für die Funktionsübertragung benennen; die Ausführungsbestimmungen der Schulaufsichtsbehörde sind zu beachten,
- Sachmittel selbständig verwalten,
- im Rahmen der geltenden Bestimmungen die Ausübung von Nebentätigkeiten genehmigen; die Schulaufsichtsbehörde ist durch Übersendung der Unterlagen zu unterrichten,
- den Lehrkräften der Schule im Rahmen der geltenden Bestimmungen und bei Sicherstellung der Unterrichtsvertretung Dienstbefreiung an bis zu fünf Tagen je Kalenderjahr gewähren.

§ 5

Beteiligung von Schulkonferenz, Schulträger und Schulaufsichtsbehörde

- (1) Die Schule berät die beabsichtigte Vereinbarung (§ 3 Abs. 2) nach Befassung der Gesamtkonferenz mit der Schulaufsichtsbehörde. Soweit betroffen, ist der Schulträger zu beteiligen.
- (2) Die Vereinbarung ist von der Schulkonferenz mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder zu beschließen. Der Beschluss ist der Schulaufsichtsbehörde zuzuleiten. Erst mit deren Zustimmung ist die Vereinbarung abgeschlossen. Sie gilt jeweils für ein Schuljahr und kann anschließend nach dem vorstehend beschriebenen Verfahren verlängert oder abgeändert werden.

§ 6

Schulbeirat

Der Schulbeirat besteht neben der Schulleiterin oder dem Schulleiter aus mindestens vier Persönlichkeiten aus Bildung, Wirtschaft und öffentlichem Leben, die von der Schulkonferenz für zwei Schuljahre berufen werden. Er informiert sich über wesentliche Angelegenheiten der Schule und berät die Schule.

§ 7

Berichts- und Informationspflichten

- (1) Schulen, die von den in den vorstehenden Regelungen eröffneten Möglichkeiten Gebrauch machen, berichten hierüber der Schulaufsichtsbehörde.
- (2) Die teilnehmenden Schulen tragen dafür Sorge, dass Lehrkräfte, Eltern, Schülerinnen und Schüler sowie, soweit betroffen, Schulträger über die im Rahmen der Vereinbarung vorgesehenen Maßnahmen umfassend unterrichtet werden.

§ 8

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft. Sie tritt am 1. August 2014 außer Kraft.

Erlass über
Sponsoring, Spenden und Werbung an Schulen
Vom 24. April 2003 (GMBL. Saar S. 224)

1. Allgemeines

- 1.1 Schulen sind ermächtigt, nach Maßgabe der nachfolgenden Vorschriften durch Sponsoring Einnahmen zu erzielen sowie Spenden entgegenzunehmen (Geld, Sachmittel oder Dienstleistungen). Die zugewendeten Mittel sind ordnungsgemäß zu verwalten, Sachmittel gehen in das Eigentum des Schulträgers über.
- 1.2 Die Annahme von Zuwendungen (Geld, Sachmittel oder Dienstleistungen), für die als Gegenleistung in vereinbarter Weise auf die Leistung des Zuwendenden hingewiesen wird (Sponsoring), oder die ohne eine Gegenleistung der Schule erfolgen (Spenden), ist jeweils nach Maßgabe der nachfolgend genannten Grundsätze zulässig.
- 1.3 Durch Sponsoring oder Spenden dürfen die Erfüllung des schulischen Unterrichts- und Erziehungsauftrages sowie die Ordnung des Schulbetriebes und des Unterrichts nicht beeinträchtigt werden. Die Rechte von Schülern und Schülerinnen, Erziehungsberechtigten und Lehrkräften sowie berechtigte Interessen Dritter sind zu beachten.
- 1.4 Vor der Annahme einer Zuwendung ist zu prüfen, ob diese selbst oder die Erfüllung des vom Spender festgelegten Verwendungszweckes, der zum Aufgabenbereich der Schule gehören muss, zu Folgekosten oder zu personellem Aufwand führen kann. Ist dies zu erwarten, darf die Zuwendung nur mit Zustimmung der hiervon betroffenen Stelle (Schulträger, Schulaufsichtsbehörde) erfolgen.

2. Sponsoring

- 2.1 Sponsoring ist zulässig, wenn es sich um eine erhebliche Zuwendung des Sponsors handelt und der Hinweis auf dessen Leistung deutlich hinter den dadurch erreichten Nutzen für die Erfüllung des Unterrichts- und Erziehungsauftrages zurücktritt.
- 2.2 Eine wirtschaftliche oder sonstige Abhängigkeit der Schule vom Sponsor darf nicht zu erwarten sein.
- 2.3 Spendenbescheinigungen sind für Sponsoringmaßnahmen nicht zu erteilen.
- 2.4 Eine etwaige Gegenleistung ist auf einen Hinweis auf die Unterstützung durch den Sponsor zu beschränken (z.B. auf Plakaten, durch Veranstaltungshinweise, bei Sachausstattung und in Ausstellungskatalogen unter Verwendung des Namens, Emblems oder Logos des Sponsors ohne besondere Hervorhebung). Der Schulträger kann dem Sponsor auch die Nutzung des Namens der Schule zu Werbezwecken in der Weise gestatten, dass der Sponsor selbst hierfür oder zur Imagepflege auf seine Leistungen angemessen hinweist. Die Schule darf (z.B. durch Einbindung von Schülern und Schülerinnen oder Lehrkräften in Werbeaktionen) an Werbemaßnahmen selbst nicht mitwirken. Es darf nicht der Eindruck entstehen, in der Entscheidung für einen bestimmten Sponsor liege eine Empfehlung für dessen Leistungen oder Waren.
- 2.5 Der Schulleiter/Die Schulleiterin hat vor Abschluss von Sponsoringverträgen das Einvernehmen mit dem Schulträger herzustellen. Die Schulkonferenz ist vorher anzuhören.
- 2.6 Hat der Schulleiter/die Schulleiterin Zweifel hinsichtlich der steuerlichen Auswirkungen des Sponsoringvertrages, so wendet er/sie sich an das zuständige örtliche Finanzamt. Dessen Prüfung ist nachvollziehbar aktenkundig zu machen.
- 2.7 Bewerben sich mehrere Sponsoren, so ist die Begründung für die unter Beachtung des Gleichheitsgrundsatzes getroffene Entscheidung zugunsten eines Sponsors oder bestimmter Sponsoren nachvollziehbar aktenkundig zu machen. Eine Vertragslaufzeit von zwei Jahren darf nicht überschritten werden.
- 2.8 Die Befugnisse der Schulaufsichtsbehörde bleiben unberührt. Der Schulleiter/Die Schulleiterin berichten ihr jeweils zum 31. Januar eines jeden Jahres über alle im Vorjahreszeitraum aufgrund von Sponsoringverträgen zugewendeten Geldbeträge, Sachen und sonstigen Vorteile, soweit ihr Wert in der Summe einen Betrag von 5.000,- Euro pro Jahr übersteigt.

3. Spenden

Für die Annahme und Verwaltung von Spenden gelten die vom jeweiligen Schulträger erlassenen Regelungen.

4. In-Kraft-Treten

Dieser Erlass tritt am 1. August 2003 in Kraft.

Verfassung des Saarlandes (Auszug)

Vom 15. Dezember 1947

zuletzt geändert durch das Gesetz vom 7. Februar 2024 (Amtsbl. I S. 147)

Artikel 26 – 34a

3. Abschnitt Erziehung, Unterricht, Volksbildung, Kulturpflege, Sport

Artikel 26

Unterricht und Erziehung haben das Ziel, den jungen Menschen so heranzubilden, dass er seine Aufgabe in Familie und Gemeinschaft erfüllen kann. Auf der Grundlage des natürlichen und christlichen Sittengesetzes haben die Eltern das Recht, die Bildung und Erziehung ihrer Kinder zu bestimmen.

Die Kirchen und Religionsgemeinschaften werden als Bildungsträger anerkannt.

Artikel 27

Der Heranbildung der Jugend dienen öffentliche und private Schulen.

Das gesamte Schulwesen untersteht der Aufsicht des Staates.

Das öffentliche Schulwesen besteht aus allgemeinbildenden und beruflichen Schulen. Allgemeinbildende Schulen, an denen die allgemeine Hochschulreife erworben werden kann, sind Gemeinschaftsschulen und Gymnasien. Das Nähere bestimmt ein Gesetz.

Die öffentlichen Schulen sind Gemeinsame Schulen. In ihnen werden Schüler unabhängig von ihrer Religionszugehörigkeit bei gebührender Rücksichtnahme auf die Empfindungen andersdenkender Schüler auf der Grundlage christlicher Bildungs- und Kulturwerte unterrichtet und erzogen.

Öffentliche Schulen müssen die Voraussetzungen eines geordneten Schulbetriebes erfüllen. Das Nähere bestimmt ein Gesetz.

Über die Aufnahme in eine bestimmte Schulform entscheidet die Eignung. Den Schülern ist der Zugang zu den Schulen gemäß ihrer Begabung zu ermöglichen.

Artikel 28

Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.

Private Grundschulen und Förderschulen dürfen nur unter den besonderen Voraussetzungen des Artikels 7 Abs. 5 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 zugelassen werden.

Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen haben zur Durchführung ihrer Aufgaben und zur Erfüllung ihrer Pflichten Anspruch auf öffentliche Zuschüsse. Das Nähere bestimmt ein Gesetz.

Privaten Grundschulen und Förderschulen, die auf gemeinnütziger Grundlage wirken und in Aufbau und Gliederung den für die öffentlichen Schulen geltenden gesetzlichen Vorschriften entsprechen, ersetzt das Land auf Antrag des Schulträgers den notwendigen Aufwand für die fortdauernden Personal- und Sachkosten, der sich nach dem der öffentlichen Schulen bemisst. Absatz 3 bleibt unberührt.

Artikel 29

Der Religionsunterricht ist an allen öffentlichen Schulen ordentliches Lehrfach. Er wird erteilt im Auftrag und im Einvernehmen mit den Lehren und Satzungen der betreffenden Kirchen und Religionsgemeinschaften. Die Kirchen und Religionsgemeinschaften haben das Recht, im Benehmen mit der staatlichen Aufsichtsbehörde die Erteilung des Religionsunterrichtes zu beaufsichtigen. Lehrplan und Lehrbücher für den Religionsunterricht bedürfen der Zustimmung der staatlichen Aufsichtsbehörde.

Die Eltern können die Teilnahme ihrer Kinder an dem Religionsunterricht ablehnen. Den Kindern darf daraus kein Nachteil entstehen. Diese Ablehnung kann auch durch die Jugendlichen selbst geschehen, wenn sie das 18. Lebensjahr vollendet haben.

Artikel 30

Die Jugend ist in der Ehrfurcht vor Gott, im Geiste der christlichen Nächstenliebe und der Völkerversöhnung, in der Liebe zu Heimat, Volk und Vaterland, zu sorgsamem Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen, zu sittlicher und politischer Verantwortlichkeit, zu beruflicher und sozialer Bewährung und zu freiheitlicher demokratischer Gesinnung zu erziehen.

Artikel 31

(gestrichen)

Artikel 32

Staat und Gemeinde fördern das Volksbildungswesen, einschließlich der Volksbücherei und Volkshochschulen.

Artikel 33

Die Gründung und der Ausbau saarländischer Hochschulen werden angestrebt.

Die Hochschulen haben das Recht der Selbstverwaltung. Die Freiheit von Forschung und Lehre ist gewährleistet. Die Studenten wirken in der Erledigung ihrer eigenen Angelegenheiten in demokratischer Weise mit.

Der Zugang zum Hochschulstudium steht jedem offen. Es sind Einrichtungen zu treffen, die es begabten Werkträgern ohne Reifezeugnis ermöglichen, die Hochschule zu besuchen.

Näheres bestimmt ein Landesgesetz.

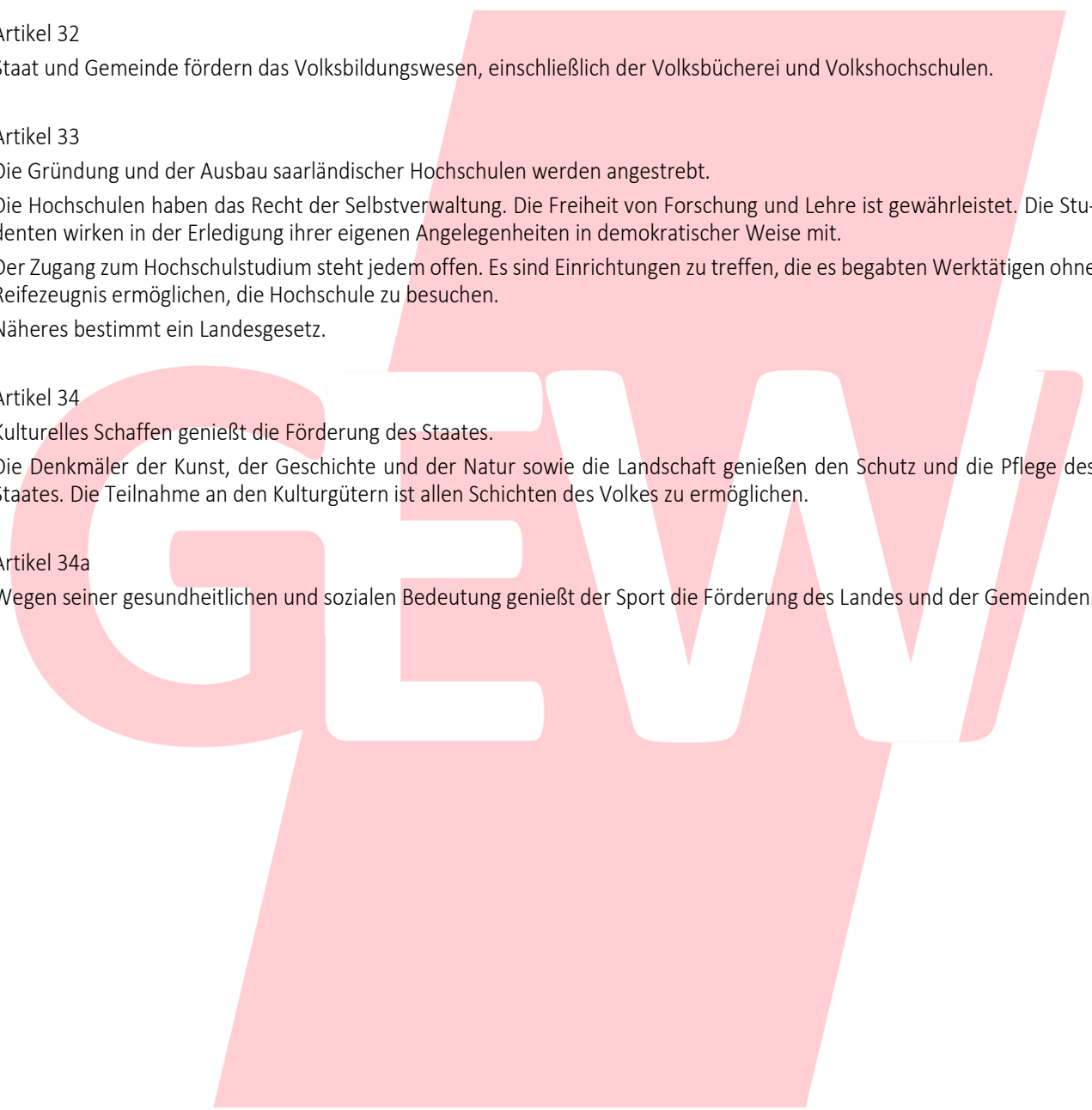
Artikel 34

Kulturelles Schaffen genießt die Förderung des Staates.

Die Denkmäler der Kunst, der Geschichte und der Natur sowie die Landschaft genießen den Schutz und die Pflege des Staates. Die Teilnahme an den Kulturgütern ist allen Schichten des Volkes zu ermöglichen.

Artikel 34a

Wegen seiner gesundheitlichen und sozialen Bedeutung genießt der Sport die Förderung des Landes und der Gemeinden.



Verordnung über Verhaltenszeugnisse

Vom 19. April 2000 (Amtsbl. S. 828)

- zuletzt geändert durch Verordnung vom 27. Juni 2017 (Amtsbl. 1 S. 624)

§ 1

Geltungsbereich

(1) Diese Verordnung gilt für alle öffentlichen Gemeinschaftsschulen, Gymnasien und Förderschulen mit Ausnahme der Förderschulen soziale Entwicklung und der Förderschulen geistige Entwicklung.

(2) Sie gilt gemäß § 18 Abs. 2 des Privatschulgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Mai 1985 (Amtsbl. S. 610), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 16. November 2011 (Amtsbl. I S. 422), in der jeweils geltenden Fassung auch für staatlich anerkannte private Ersatzschulen, die den in Absatz 1 genannten Schulen entsprechen, sowie für private Hauptschulen, private Realschulen und private Erweiterte Realschulen.

§ 2

Begriff, Zweck und Inhalt des Zeugnisses

(1) Schüler/Schülerinnen der Sekundarstufe I der in § 1 genannten Schulen, die die allgemeine Vollzeitschulpflicht erfüllt haben und die Schule verlassen, erhalten zusammen mit dem Abschluss- oder Abgangszeugnis ein Verhaltenszeugnis.

(2) Das Verhaltenszeugnis ist der urkundliche Nachweis über das schulische Verhalten, über besondere schulische Aktivitäten und über unentschuldigte Schulversäumnisse des Schülers/der Schülerin.

(3) Die Beurteilung des schulischen Verhaltens der Schüler/Schülerinnen erfolgt in Form von Noten. Die Information über besondere schulische Aktivitäten des Schülers/der Schülerin ergeht in freier Form. Unentschuldigte Unterrichtsversäumnisse werden durch Angabe der Zahl der unentschuldigt versäumten Unterrichtstage oder Unterrichtsstunden ausgewiesen.

(4) Die Verhaltenszeugnisse werden nach dem Muster der Anlagen 1 und 2 ausgestellt.

§ 3

Schulisches Verhalten

Schulisches Verhalten umfasst die Merkmale Betragen, Mitarbeit, Arbeitshaltung und Teamfähigkeit:

1. Betragen umfasst insbesondere Aufmerksamkeit, Höflichkeit, Pünktlichkeit, Rücksichtnahme, Hilfsbereitschaft, angemessenen Umgang mit Konflikten, Kompromissbereitschaft, Toleranz und Zivilcourage.
2. Mitarbeit umfasst insbesondere die Beteiligung am Unterricht, das Bereithalten notwendiger Unterrichtsmaterialien, Sorgfalt, Zuverlässigkeit sowie die Bereitschaft, Informationen einzuholen und zu verarbeiten.
3. Arbeitshaltung umfasst insbesondere Fleiß, Ausdauer, Anstrengungs- und Lernbereitschaft, Zielstrebigkeit, Regelmäßigkeit beim Erfüllen von Aufgaben, Eigeninitiative, Verantwortungsbereitschaft und Kreativität.
4. Teamfähigkeit umfasst insbesondere Kooperationsbereitschaft, Übernahme von Aufgaben und Pflichten, Einhaltung von Absprachen und Regeln, Fairness sowie die Fähigkeit, in einer Gruppe die Kompetenz Einzelner zu nutzen und selbst mit der eigenen Kompetenz in der Gruppe mitzuarbeiten.

§ 4

Besondere schulische Aktivitäten

(1) Als besondere schulische Aktivitäten kommen vor allem Mitwirkung in Schulchor, Schulorchester oder Schülerband, als Mitglied einer Schulmannschaft, Teilnahme an schulischen Wettbewerben, Wahrnehmung von Aufgaben zur Förderung von bestimmten schulischen Einrichtungen (Schulbibliothek, Sammlungen), die Förderung jüngerer Mitschüler/ Mitschülerinnen (z.B. Hausaufgabenbetreuung) oder die Tätigkeit als Schülerlotse in Betracht; Tätigkeiten in der Schülervertretung sind nicht aufzuführen.

§ 5

Zeugnisnoten

Die Beurteilung des schulischen Verhaltens erfolgt mit

- „sehr gut“, wenn das schulische Verhalten besondere Anerkennung verdient,
- „gut“, wenn das schulische Verhalten den an den Schüler zu stellenden Erwartungen entspricht,
- „befriedigend“, wenn die Erwartungen an das schulische Verhalten mit Einschränkungen erfüllt werden,
- „nicht befriedigend“, wenn das schulische Verhalten nicht den Erwartungen entspricht.

§ 6

Beschlussfassung durch die Klassenkonferenz

- (1) Die Klassenkonferenz unter Vorsitz des Schulleiters/der Schulleiterin oder des Stellvertreters/der Stellvertreterin setzt die Beurteilung für das schulische Verhalten auf der Grundlage der Vorschläge der Fachlehrkräfte fest.
- (2) Angaben über besondere schulische Aktivitäten und über unentschuldigte Versäumnisse sind von dem Klassenleiter/der Klassenleiterin zur Beschlussfassung durch die Klassenkonferenz vorzubereiten.

§ 7

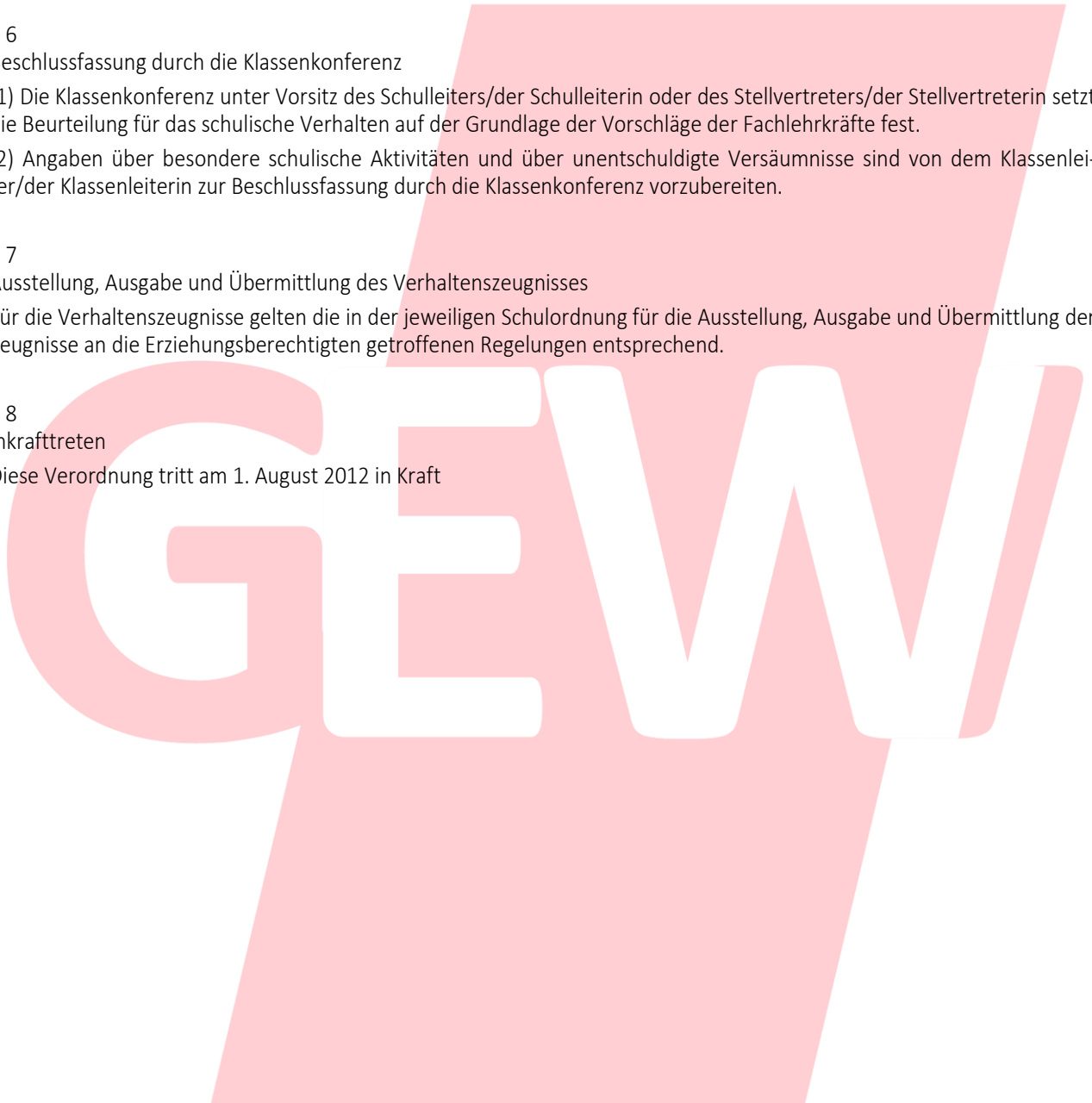
Ausstellung, Ausgabe und Übermittlung des Verhaltenszeugnisses

Für die Verhaltenszeugnisse gelten die in der jeweiligen Schulordnung für die Ausstellung, Ausgabe und Übermittlung der Zeugnisse an die Erziehungsberechtigten getroffenen Regelungen entsprechend.

§ 8

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. August 2012 in Kraft





GEW-MITGLIEDER BLEIBEN ENTSPANNT!

Im Berufsalltag ist schnell mal was passiert: Der Dienstschlüssel geht verloren, im Labor geht was zu Bruch oder der Beamer fällt runter... Für GEW-Mitglieder hat das berufliche Risiko Grenzen, denn die im Mitgliedsbeitrag enthaltene Berufshaftpflichtversicherung springt ein.

Zudem unterstützt dich der Rechtsschutz in juristischen Fragen, die mit deiner Ausbildung, deinem Dienstverhältnis oder deiner sozialen Lage in Verbindung stehen – wenn nötig bis in die letzte Instanz.

Mit der GEW bist du immer auf der sicheren Seite.

Jetzt Mitglied werden unter: www.gew.saarland





Vorteile für
GEW-Mitglieder!

BB
Bank
Better Banking

BETTER BANKING für den öffentlichen Dienst

Die BBBank ist die bessere Bank für alle Privatkundinnen und -kunden sowie Beschäftigte im öffentlichen Dienst.

Ihre Vorteile:

- ✓ **Größte und modernste genossenschaftliche Privatkundenbank**
- ✓ **Persönliche Beratung**
in den Kompetenzzentren und Filialen,
per Video oder Telefon
- ✓ **Girokonto¹ mit höchster Kundenzufriedenheit und kostenloses junges Konto² für alle bis 30.**
- ✓ **Top-Konditionen**



Jetzt informieren

BBBank eG
Nadja Wünsch
E-Mail: nadja.wuensch@bbbank.de
Telefon: 0151 74471556

¹Monatliches Kontoführungsgehalt i. H. v. 2,95 Euro bei Online-Überweisungen ohne Sofort-Überweisungen; gratis (Ausgabe einer Debitkarte) 11,95 Euro p. a.; Voraussetzungen: Gehalts-Überweisung und Voraussetzungen: BBBank Junges Konto mit Online-Überweisungen ohne Sofort-Überweisungen; bis zur Verletzung des 30. Lebensjahres. Danach erfolgt die Umwandlung in ein Girokonto mit monatlichem Kontoführungsgehalt i. H. v. 2,95 Euro, gratis (Ausgabe einer Debitkarte) 11,95 Euro p. a.

Folgen Sie uns

